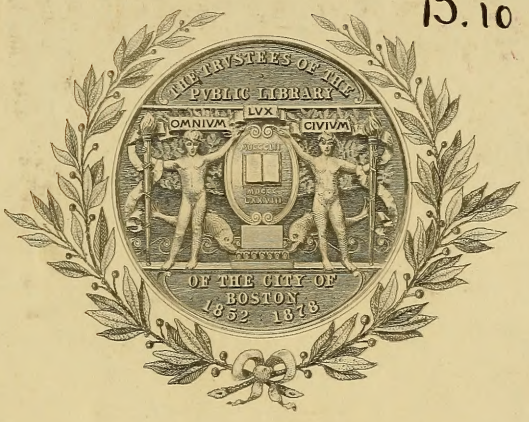
BOSTON
PUBLIC
LIBRARY

№ 6252.50

B.10



Bought with the income of

the Scholfield bequests.

D.G. APR 23

A.P. MAY 6

B AUG 15

Digitized by the Internet Archive
in 2009 with funding from
Boston Public Library

http://www.archive.org/details/spamersillustrie10kaem

Spamers
Illustrierte Weltgeschichte

X

Dritte, völlig neugestaltete Auflage

Spamers
Illustrierte Weltgeschichte

Mit besonderer Berücksichtigung der Kulturgeschichte

unter Mitwirkung von

Prof. Dr. G. Diestel, Prof. Dr. F. Rösiger, Prof. Dr. O. E. Schmidt
und Dr. K. Sturmhoefel

neubearbeitet und bis zur Gegenwart fortgeführt

von

Prof. Dr. Otto Kaemmel

Dritte, völlig neugestaltete Auflage

Zehnter Band

Geschichte der Neuesten Zeit

III

Mit zahlreichen Text-Abbildungen, Kunstbeilagen und Karten

Leipzig
Verlag und Druck von Otto Spamer
1898

Illustrierte Geschichte der Neuesten Zeit

Dritter Teil

Von der Thronbesteigung Napoleons III. bis zur Gegenwart

In dritter Auflage

neubearbeitet von

Prof. Dr. Otto Kaemmel

Mit 240 Text-Abbildungen sowie 7 Beilagen und Karten

Leipzig

Verlag und Druck von Otto Spamer

1898

Verfasser und Verleger behalten sich das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen vor.

Schol.
Mar. 19. 1901
6
10 v. 8 suppl.

Inhalt

der

Illustrierten Weltgeschichte.

Zehnter Band.

Geschichte der Neuesten Zeit. III.

Siebenter Zeitraum.

Der Sieg der Nationalitäten und die Ausbildung der Weltwirtschaft (1852–1890).

Seite

Einleitung 3

Erster Abschnitt.

Die Vorherrschaft des zweiten napoleonischen Kaisertums.

Regiment und Regierte in Frankreich unter Napoleon III. 5

Napoleon III. und sein Hof. Napoleon III. (5). — Politische Grundsätze Napoleons. Seine Stellung zu den Franzosen (8). — Kaiserin Eugenie (9). — Die Familie Bonaparte. Die Umgebung des Kaisers. Sein Hof (10). — Staat, Heer und Flotte. Verfassung. Vereins- und Preßgesetzgebung (11). — Verwaltung. Heerwesen und Marine (12). — Kirche und Schule. Die Kirche (14). — Kirche und Volk. Unterricht (15). — Der Staatssozialismus Napoleons III. Der vierte Stand. Landwirtschaft (17). — Gewerbe und Handel (18). — Börsenspiel und Spekulationsgeist. Staatshaushalt. Kolonialpolitik. Algerien (19). — Senegambien (20). — Lesseps und der Suezkanal (21). — Die Franzosen in Asien. Paris (22). — Die Provinz (24). — Litteratur und Kunst. Grundlagen und Charakter der Litteratur (24). — Roman und Drama (25). — Wissenschaft (26). — Malerei (27). — Plastik. Architektur. Gefahren des Kaisertums (28).

England im Zeitalter der aufsteigenden Demokratie 29

Wirtschaftsleben. Stellung Englands. Landwirtschaft (29). — Fabrikwesen. Binnenverkehr. Weltverkehr (30). — Volkszahl und Reichtum (32). — Kirche und Unterricht. Die Kirchen. Der Katholizismus (32). — Hochschulen, Gelehrten- und Volksschulen (33). — Wissenschaft, Litteratur und Kunst. Naturwissenschaften (34). — Philosophie. Volkswirtschaftslehre (35). — Geschichte (36). — Dichtung. Die Presse (37). — Kunst (38). — Soziale Bestrebungen. Soziale Gegensätze (38). — Soziale Arbeit der Gebildeten. Die Gewerkschaften. Auswanderung (40). — Die „Gesellschaft“ (41). — Staatsleben. Herrschaft der Liberalen (41). — Die Parlamentsreform (43). — Die irische Frage. Heer und Flotte (44). — Volkscharakter. Auswärtige Politik (45).

Der Krimkrieg (1853—56) 46

Der türkisch-griechische Orient vor dem Kriege. Stellung der Türkei. Türkische Verwaltung (46). — Das Königreich Griechenland: Verfassung (47). — Volkswirtschaft. Bildungswesen. Das Griechentum und die Türkei (48). — Moldau und Walachei. Serbien (50). — Die Bulgaren (51). — Die Armenier. Nestorianer und Maroniten. Europäische Kultureinflüsse (52). — Die christliche Mission (53). — Der Ursprung des Krimkrieges. Die Frage der „heiligen Stätten“. Pläne Kaiser Nikolaus' I. (54). — Die montenegrinische Frage. Die Parteien am türkischen Hofe (56). — Fürst Menschikow in Konstantinopel (57). — Einmarsch der Russen in der Moldau (58). — Die Kriegserklärung (59). — Die Abwehr des russischen Angriffes. Beginn des Krieges an der Donau. Die Seeschlacht von Sinope. Die Kriegserklärung der Westmächte (60). — Österreich und Preußen (61). — Österreichs Annäherung an die Westmächte. Der Krieg an der unteren Donau. Die Verbündeten in der Dobrudscha. Rückzug der Russen (62). — Der

Seite

Kampf um Sebastopol. Die Verbündeten im Schwarzen Meere. Die Verbündeten in der Ostsee. Landung der Verbündeten in der Krim. Sieg an der Alma (64). — Die Verbündeten vor Sebastopol. Die Bucht und Stadt Sebastopol (66). — Beginn der Belagerung. Schlachten bei Balaklawa und Inkerman (67). — Der Winter 1854/55. Österreichs Annäherung an die Westmächte (68). — Bündnis Piemonts mit den Westmächten. Stellung Preußens. Tod Nikolaus' I. (69). — Die Wiener Konferenzen (70). — Die Lage vor Sebastopol. General Pélissier. Sturm- und Entsatzversuche (71). — Beschießung von Sebastopol (72). — Die Erstürmung von Sebastopol. Die Räumung der Südseite Die Lage nach der Eroberung von Sebastopol (74). — Unternehmungen zur See. Der Krieg in Asien (76). — Der Friede von Paris. Friedliche Stimmungen (76). — Einleitung der Friedensunterhandlungen. Annahme der Grundlagen (77). — Eröffnung des Kongresses. Der Friedensschluß (78). — Die Friedensbedingungen. Ergebnisse des Krimkrieges. Seine Folgen (80).

Asien und die europäischen Kolonialmächte 82

Englische und russische Fortschritte. Englands und Rußlands Stellung. Die Russen in Turkestan. Erwerbung des Amurlandes (82). — England und Persien (83). — Der indische Aufstand. Indische Zustände (83). — Die englische Herrschaft. Gärung (84). — Die Meuterei in Hindostan (85). — Die Lage der Engländer. Eroberung von Delhi. Niederwerfung des Aufstandes (86). — Aufhebung der ostindischen Kompanie. Befestigung der englischen Herrschaft (88). — Die Öffnung der ostasiatischen Reiche. Ausbreitung der Chinesen (88). — Soziale und politische Organisation (89). — Der Opiumhandel. Der Opiumkrieg (90). — Neue Verwickelungen. Die Westmächte gegen China. Vertrag von Tientsin (92). — Die religiös-politische Bewegung in China (93). — Der Taipingaufstand (94). — Erfolge der Taiping (95). — Niedergang der Taipingbewegung. Neue Verwickelungen mit den Westmächten. Engländer und Franzosen gegen Peking (96). — Eroberung Pekings (97). — Friede von Peking. Neue Verträge. Aufblühen des chinesisch-europäischen Verkehrs (98). — Staatsleben und Kultur in Japan. Die ersten Verträge (99). — Reaktion gegen die Fremden (100). — Der Sturz des Taikunats und die neue Verfassung. Hinterindien (101). — Birma und Siam (103). — Die Franzosen in Annam (104).

Deutschland und Österreich unter der Herrschaft der Reaktion 104

Die Zustände im allgemeinen (104). — Preußen. Die Parteien am Hofe. Halber Sieg der Reaktion (105). — Kirchen- und Schulverwaltung. Vereine und Presse. Heer und Flotte (106). — Die Mittel- und Kleinstaaten. Königreich Sachsen (107). — Mecklenburg. Hannover (108). — Bayern unter König Maximilian II. (109). — Konflikte mit dem Landtage (110). — Ausgleich und Reformen. Württemberg (111). — Baden (112). — Hessen-Darmstadt (113). — Österreich. Die leitenden Staatsmänner und ihre Ziele (113). — Die absolutistische Verwaltung (114). — Die Grundentlastung (115). — Wirtschaftspolitik. Finanzen (116). — Heerwesen. Kriegsflotte. Die Unterrichtsreform (117). — Das Konkordat (119). — Folgen des Konkordats (120). — Die ultramontane Partei. Ergebnisse der Reaktionszeit für Österreich (121). — Der Deutsche Bundestag und Österreich. Österreichs Stellung im Bunde. Bismarck am Bundestage (122). — Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins. Deutschland im Krimkriege (123). — Die Neuenburger Frage (124). — Der Konflikt zwischen der Schweiz und Preußen. Ausgleich. Folgen des Streites. Ausgang Friedrich Wilhelms IV. (125).

Die Begründung des Königreichs Italien 126

Die Reaktion und die nationale Bewegung. Die politische Lage (126). — Wirtschaftliche Zustände (127). — Die geistige Bildung und die Kirche. Litteratur und Kunst (128). — Die Parteien der Patrioten. Victor Emanuel II. und d'Azeglio (130). — Graf Cavour (132). — Seine Stellung (133). — Moderne Reformen und Fortschritte in Piemont (134). — Die Vorbereitungen zur Erhebung. Bündnis mit den Westmächten (134). — Verhältnis zu Österreich. Der Nationalverein (135) — Orsinis Attentat. Die Sicherheitsgesetze in Frankreich. Der Vertrag von Plombières (136). — Bündnis mit Frankreich. Rüstungen (137). — Der Krieg in der Lombardei (1859). Napoleons Neujahrsgruß; Thronrede Victor Emanuels (137). — Rüstungen Österreichs. Seine Reaktionspläne (138). — Verhandlungen. Der Bruch (139). — Aufmarsch der Franzosen und Piemontesen. Einmarsch der Österreicher (140). — Vordringen der Verbündeten. Rückzug der Österreicher (141). — Schlacht bei Magenta. Räumung der Lombardei. Die Volkserhebung in Ober- und Mittelitalien (142). — Die Österreicher am Mincio. Neuer Vormarsch der Österreicher. Schlacht bei Solferino. Waffenstillstand und Vorfriede von Villafranca (144). — Preußen und der Deutsche Bund (146). — Cavours Rücktritt (147). — Die mittelitalienischen Annexionen. Mittelitalien und der Friede von Zürich (147). — Napoleon III. und der Papst. Vereinigung Mittelitaliens mit Piemont, Savoyens und Nizzas mit Frankreich (148). — Die Eroberung Siziliens und Neapels. Piemont und Neapel. Neapel unter Ferdinand II. (149). — Franz II. Die Erhebung auf Sizilien und die Landung Garibaldis. Garibaldi auf Sizilien (150). — Steigende Verwickelungen. Vordringen Garibaldis bis Neapel (151). — Päpstliche Rüstungen (152). — Cavours Verhandlungen mit Napoleon. Einmarsch der Piemontesen in den Kirchenstaat (153). — Kämpfe am Volturno. Wirren in Neapel (154). — Eingreifen Victor Emanuels. Belagerung von Gaeta. Verhandlungen. Einnahme von Gaeta (155). — Das bourbonische Brigantaggio (156). — Das Königreich Italien und die römische Frage. Die Grundlagen der neuen Ordnung. Unterrichts- und Heerwesen; Eisenbahnen und Zolleinheit (157). — Aufhebung der Klöster. Die römische Frage. Cavours Tod (158). — Die Agitation der Radikalen. Garibaldis Zug gegen Rom (159). — Die Septemberkonvention. Florenz Hauptstadt (160). — Die Genfer Konvention (161).

Rußland und der türkisch-griechische Orient unter Alexander II. 161

Die Reformzeit. Wirtschaftlich-soziale Grundlagen (161). — Die russische Bauerngemeinde. Bauern und Gutsherren (162). — Der Mittelstand (163). — Innere Politik Nikolaus' I. Verwaltung und Rechtspflege (164). — Finanz- und Heerwesen. Unzufriedenheit und Opposition (165). — Die russische Kirche. Wachsender Einfluß der Slawophilen. Moralischer Zusammenbruch des Absolutismus (166). — Alexander II. Die russische Presse. Beratungen über die Aufhebung der Leibeigenschaft (168). — Aufhebung der Leibeigenschaft. Ihre Ausführung. Steigende Aufregung (169). — Reformen in Verwaltung und Rechtspflege. Finnland und die baltischen Provinzen (170). — Armeereform. Unterrichtswesen (171). — Der polnische

Seite

Aufstand (171). — Die revolutionäre Agitation. Die polnischen Parteien. Sieg der Roten. Die polnischen Bauern und die Revolution (172). — Unruhen in Warschau. Wielopolskis Reformpläne und russische Zugeständnisse (173). — Wielopolskis Verwaltung und Tumulte in Warschau. Steigende Agitation. Die Geistlichkeit und die Agitation. Neue Zugeständnisse (174). — Beginn der Schreckensherrschaft der „Nationalregierung“ (175). — Die „Hängegendarmen“. Die Rekrutierung und der Aufstand (176). — Langiewicz Diktator. Die „Nationalregierung“ und die Russen. Die Haltung der auswärtigen Mächte (177). — Ausbreitung des Aufstandes über Litauen und Wolhynien. Murawjew und Graf Berg (178). — Zwistigkeiten unter den Polen und Ende des Aufstandes (179). — Die nationalrussische Reaktion und der Nihilismus. Der Umschwung der Stimmung in Rußland (179). — Die Russifizierung der polnischen Lande. Maßregeln gegen die katholische Kirche Polens (180). — Beginnende Russifizierung der Ostseeprovinzen. Der Nihilismus (181). — Das erste Attentat auf den Kaiser. Wiederaufnahme der Reformen. Finanzen. Unterrichtswesen (182). — Die wirtschaftliche Umwälzung. Adel und Bauern (183). — Handel. Industrie (184). — Die geistige Bewegung. Wissenschaft. Litteratur (185). — Kunst (186). — Auswärtige Politik (187). — Türkische Reformversuche. Schwierigkeiten der Reform. Finanzen (187). — Wirtschaftliche Wandlungen. Unruhen in Dschedda und im Libanon (188). — Die Balkanstaaten. Personalunion der Moldau und Walachei (190). — Wahl Alexander Cusas. Cusas Regierung (191). — Sturz Cusas. Wahl des Prinzen Karl von Hohenzollern (192). — Serbien (193). — Montenegro. Das bulgarische Exarchat. Thronwechsel in Griechenland (194). — Kreta (195). — Ägypten. Erweiterung der Selbständigkeit (196). — Ismail Chedive (197).

Die nordamerikanische Union und die Kreolenstaaten 197

Die Vereinigten Staaten unter der Herrschaft des Südens. Erschütterung der französischen Vorherrschaft (197). — Beginn der modernen Entwickelung. Europäische Einwanderung Die Yankees (198). — Die südliche Aristokratie. Die Sekten (199). — Die Mormonen. Die katholische Kirche (200). — Steigerung der wirtschaftlichen Gegensätze. Weiße und Rothäute (201). — Fortgang der Besiedelung im Westen des Mississippi (202). — Texas. Krieg mit Mexiko (203). — Kalifornien. Die Sklavenfrage (204). — Der Kampf um Kansas. Die Neubildung der Parteien und die wirtschaftliche Krisis (205). — John Brown (206). — Zunehmendes Übergewicht des Nordens. Stadt und Land. Verkehrsmittel (207). — Volkswohlstand. Unterrichtswesen. Volksbildung und Presse (208). — Wissenschaft, Litteratur und Kunst (209). — Staatsrechtliche Gegensätze (210). — Der Bundeskrieg (1861—65). A. Lincoln Präsident (210). — Die Sezession (211). — Die Konföderation. Anfang des Krieges. Rüstungen im Norden und Süden. Die ersten Kämpfe in Virginien (212). — Charakter der Heere und des Krieges. Kriegsschauplätze (214). — Krieg in Missouri. Vorstoß der Unionisten gegen Richmond (215). — Erfolge der Konföderierten in Virginien (216). — Kämpfe in Tennessee (217). — Eroberung von New Orleans (218). — Die Aufhebung der Sklaverei. Neuer Vorstoß gegen Richmond (219). — Lee gegen Washington. Einnahme von Vicksburg. Eroberung von Tennessee (220). — U. Grant Oberbefehlshaber. Der Seekrieg (221). — Sherman. Grant gegen Richmond (222). — Shermans Marsch nach der Küste und Virginien (223). — Stellung der europäischen Mächte; Verhandlungen. Erschöpfung des Südens. Die Entscheidung in Virginien (224). — Lincolns Ermordung. Verluste des Bürgerkrieges. Die „Rekonstruktion“ des Südens (225). — Ergebnisse des Bürgerkrieges (226). — Mexiko und Mittelamerika. Bevölkerungsverhältnisse in Amerika. Charakter der Kreolenstaaten (226). — Mexikos Natur und Bevölkerung. Die Indios. Kirche und Volksbildung (227). — Volkswirtschaft. Parteikämpfe. Santa Anna (228). — Wechselnde Präsidenten. Juarez und der Sieg der Liberalen (229). — Die Klerikalen und Napoleon III. Französische Beschwerden (230). — Westmächtliche Einmischung. Vordringen der Franzosen nach Mexiko. Erzherzog Maximilian Kaiser von Mexiko (231). — Annahme der Kaiserkrone (232). — Maximilian und die Franzosen. Sein Bruch mit den Klerikalen (233). — Stellung der Union. Abzug der Franzosen. Sieg der Republikaner (234). — Maximilians Ende. Aufsteigen der Indios. Die mittelamerikanische Union (235). — Honduras und Nicaragua (236). — Südamerika. Bevölkerung (237). — Politische Verhältnisse im allgemeinen. Columbia. Peru und Bolivia (238). — Chile. Die La Plata-Staaten. Brasilien (239). — Paraguay (240). — Paraguay und die Nachbarstaaten. Lopez im Angriff (241). — Die Kämpfe in Paraguay. Eroberung von Asuncion. Lopez' Untergang. Der Friede (242). — Langsame Kulturfortschritte. Die Weltstellung der Vereinigten Staaten (243).

Zweiter Abschnitt.

Das Zeitalter Wilhelms I. des Siegreichen.

Die Neugestaltung Deutschlands und Österreichs 244

Deutsches Wirtschafts- und Geistesleben. Die wirtschaftliche Grundlage der Einheit. Landwirtschaft (244). — Bergbau. Industrie (245). — Binnenverkehr. Außenhandel (246). — Soziale Mißstände. Wachstum der großen Städte (247). — Schulze-Delitzsch. F. Lassalle (248). — Soziale Verhältnisse. Auswanderung (249). — Die geistige Einheit. Philosophie. Naturwissenschaften (250). — Geographie. Geschichte (252). — Germanistik (254). — Altertums- und Sprachwissenschaft (255). — Rechts- und Staatswissenschaft. Die historische Volkswirtschaftslehre. Der Sozialismus (256). — Wissenschaft und Nationaleinheit. Lyrik und Epik (258). — Roman und Novelle (259). — Drama. Musik (260). — Bildende Kunst. Malerei (261). — Die Plastik (262). — Baukunst (264). — Die katholische Kirche (266). — Katholische Theologie. Protestantische Theologie (267). — Praktische Richtungen innerhalb der protestantischen Kirche (268). — Hochschulen. Gymnasien (269). — Realschulen. Volksschulen (270). — Die Presse (272). — Die Anfänge König Wilhelms I. und der Konflikt in Preußen. Prinz Wilhelm von Preußen (272). — Die „neue Ära“ (273). Konservative Opposition. Der Nationalverein und die Schillerfeier (274). — Mittelstaatliche Bundesreformpläne (275). — Auswärtige Politik Preußens. Mängel des preußischen Heerwesens (276). — Die Heeresreform und Roon (277). — Der Entwurf zur Heeresreform (278). — Thronbesteigung König Wilhelms I. Die Fortschrittspartei und die Königskrönung. Der Ministerwechsel und der Konflikt (279). — Bismarck Ministerpräsident. Der Gegensatz (280). — Bismarcks erste Erklärungen. Höchste Steigerung des Konflikts. Die Preßverordnung; Stimmung in Deutschland. Der kurhessische Verfassungsstreit (282). — Der schleswig-holsteinische Konflikt. Österreichisch-mittelstaatliche Bundesreformpläne (283). — Verfassungsversuche in Österreich. Ministerium Schmerling (284). — Das Februarpatent. Einladung zum Fürstentage in Frankfurt (286). —

Seite

Der österreichische Reformplan. Ablehnung Königs Wilhelms. Beratungen in Frankfurt. Ergebnisse (287). — Das dritte Deutsche Turnfest und die Feier der Völkerschlacht. Erneuerung des Zollvereins (288). — Der dänische Krieg. Die neue dänische Verfassung und Friedrichs VII. Tod. Wandlung der europäischen Lage. Friedrichs (VIII.) Erbanspruch (289). — Die Bundesexekution gegen Holstein. — Bewegung in Deutschland. — Bund zwischen Preußen und Österreich; der Bruch (290). — Der Kampf um das Danewirk. Einmarsch in Jütland. Seegefecht bei Arkona (291). — Belagerung und Erstürmung der Düppeler Schanzen (292). — Räumung von Fridericia. Gefecht von Helgoland. Die Londoner Konferenz und der Waffenstillstand. Übergang nach Alsen (294). — Besetzung Jütlands und der friesischen Inseln. Umschwung in Kopenhagen. Friede von Wien (295). — Neue Spannung zwischen Preußen und Österreich. Wendung der österreichischen Politik. Abzug der Bundestruppen aus Holstein. Die „Februarforderungen" (296). — Die Lage der preußischen Politik (297). — Die innere Lage Österreichs. Die Konvention von Gastein (298). — „Sistierung" der Gesamtverfassung (299). — Der Ausbruch des Deutschen Krieges. Preußisch-italienische Verhandlungen. Ende des preußisch-österreichischen Bündnisses (300). — Österreichische Rüstungen. Preußisch-italienisches Bündnis. Der preußische Bundesreformplan; Attentat auf Bismarck (301). — Rüstungen in Deutschland. Napoleons Kongreßvorschlag. Der Bruch (302). — Napoleon III. und Österreich. Abstimmung im Bundestage (303). — Stimmung in Deutschland. Haltung des preußischen Volkes (304). — Die Überwältigung der norddeutschen Mittelstaaten. Preußische Aufstellung. H. von Moltke (304). — Der preußische Feldzugsplan (305). — Räumung Sachsens. Besetzung Kurhessens (306). — Rückzug der Hannoveraner. Die Hannoveraner in Thüringen (307). — Schlacht und Kapitulation von Langensalza. Der italienische Feldzugsplan (308). — Schlacht bei Custozza (309). — Rückzug und neuer Vormarsch der Italiener (310). — Der Kampf mit Österreich. Der österreichische Aufmarsch. Die Kämpfe um die Iserlinie (310). — Treffen bei Gitschin (311). — Anmarsch der Zweiten preußischen Armee (312). — Treffen bei Trautenau. Siege des Gardekorps (313). — Treffen bei Nachod und Skalitz. König Wilhelm übernimmt den Oberbefehl (314). — Stellung der Preußen. Benedeks Lage und Entschluß. Entschluß König Wilhelms zur Schlacht (316). — Stellung der Österreicher und Sachsen. Anmarsch der Preußen (317). — Schlacht bei Königgrätz (318). — Sieg der Preußen. Rückzug der Österreicher. Eindruck der Schlacht; die französische Einmischung (320). — Vormarsch auf Wien. Die Preußen an der Donau (322). — Seeschlacht von Lissa (323). — Beginn der Unterhandlungen (325). — Der Vorfriede von Nikolsburg. Rückkehr König Wilhelms (326). — Die Überwältigung Süddeutschlands. Die Aufstellung. Vordringen der Preußen bis zum Main. Kämpfe am Main (327). — Kämpfe an der Tauber. Das II. preußische Reservekorps in Franken (328). — Die Friedensschlüsse. Der innere Friede in Preußen. Verhandlungen mit Frankreich (329). — Friedensschlüsse mit den süddeutschen Staaten (330). — Friede von Prag. Friede mit Sachsen. Die Annexionen. Friede zwischen Österreich und Italien (331). — Der Norddeutsche Bund. Ordnung der neuen Provinzen (332). — Stimmungen außerhalb Preußens. Die Grundlagen der neuen Bundesverfassung (333). — Der konstituierende Reichstag. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes (334). — Die Luxemburgische Frage. Die Zusammenkunft in Salzburg (335). — Befestigung der neuen Ordnung in Preußen. Der norddeutsche Reichstag (336). — Norddeutsche Bundesgesetzgebung. Süddeutschland und der Nordbund (337). — Zollbundesrat und Zollparlament (338). — Ergebnisse für Norddeutschland (339). — Die Begründung der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Nationalitäten (339). — Der Ausgleich mit Ungarn (340). — Ungarn (341). — Österreich (342).

Der Zusammenbruch des Bourbonenthrones in Spanien 343

Kulturfortschritte und Reste alter Zustände (343). — Wirtschaftliche Fortschritte. Gefahren des Zustandes (344). — Reaktionsversuche (345). — Erhebung der „liberalen Union". Weitere Parteikämpfe. Krieg mit Marokko (346). — Ministerwechsel. Die Progressisten. Neue Reaktion. Vorbereitungen zur Erhebung (347). — Ausbruch der Empörung. Flucht der Königin (348). — Die neue Regierung. Republikanische und karlistische Erhebungen. Die „Ibertsche Union" (349). — Amadeus König von Spanien (350).

Das Vatikanische Konzil und das Ende des Kirchenstaates 350

Päpstliche Politik (350). — Das italienische Kirchengesetz. Garibaldi vor Rom; Mentana. Verhandlungen Napoleons (351). — Pius IX. Das Papsttum und die moderne Weltanschauung. Berufung des Vatikanischen Konzils. Deutschland und das Konzil (352). — Eröffnung des Konzils. Die Vorlagen. Die Opposition (353). — Das Dogma von der Unfehlbarkeit. Annahme der Unfehlbarkeit (354). — Verkündigung der Unfehlbarkeit. Vertagung des Konzils. Päpstliche Politik. Bismarck und die Italiener. Italien beim Ausbruch des Krieges 1870 (355). — Die Entscheidung über Rom. Einnahme Roms (356). — Einverleibung des Kirchenstaates (358).

Der Fall des napoleonischen Kaisertums und die Wiederherstellung des Deutschen Reiches 358

Die letzten Jahre Napoleons III. Veränderte Lage Napoleons III. Eindruck der Schlacht von Königgrätz (358). — Mißlingen der Kompensationsverhandlungen. Verhältnis zu Österreich (359). — Französische Rüstungen. Liberale Reformen (360). — Das Plebiszit (361). — Eindruck des Plebiszits. Friedliche Erklärungen in Paris (362). — Der Ursprung des Deutsch-französischen Krieges. Stimmungen in Frankreich. Die spanische Thronfrage. Eindruck der Kandidatur in Paris (363). — Prinz Leopolds Verzicht. Erklärungen und Forderungen in Paris. König Wilhelm und Benedetti in Ems (364). — Die Emser Depesche. Die Entscheidung in Paris. Die Erklärungen in der Kammer (366). — Rückfahrt König Wilhelms nach Berlin. Eröffnung des Reichstags und Kriegserklärung (367). — Die Haltung Süddeutschlands und der fremden Mächte. — Der Krieg gegen das Napoleonische Kaiserreich. Die Mobilisierung des deutschen Heeres. Der deutsche Aufmarsch (369). — Der Küstenschutz (370). — König Wilhelm in Mainz. Der französische Aufmarsch. Grenzgefechte (372). — Weißenburg und Wörth (373). — Spichern. Die Franzosen bei Metz. Deutscher Vormarsch gegen Metz. Schlacht bei Mars la Tour (374). — Schlacht bei Gravelotte und St. Privat (376). — Einschließung von Metz; die Maasarmee. Marsch Mac Mahons nach der Maas (378). — Mac Mahons Rückzug nach Sedan. Schlacht bei Sedan (379). — Ergebung Napoleons. Die Kapitulation von Sedan (380). — Eindruck in Deutschland (381). — Kämpfe um Metz. Erklärung der Republik (382). — Der Seekrieg. Belagerung und Einnahme von Straßburg (383). — Einschließung von Paris. Stimmung in Paris; Verhandlungen in Ferrières (384). — Gefechte um Paris. Kämpfe mit den Provinzialheeren (385). — Kapitulation von Metz (386). — Verhandlungen mit Thiers; Gambetta Diktator (387). — Schlachten an der Loire (388). — Kämpfe mit der französischen Nordarmee. Ausfallsschlachten vor Paris. Deutsches Weihnachten vor Paris (389). — Lage in Paris. Beschießung von Paris. Kämpfe im Norden (390). — Die letzten Schlachten an der Loire. Kampf um Belfort und in Burgund. Schlacht vor Belfort (391). — Untergang der französischen Ostarmee; Übergabe von

Seite

Belfort. Der letzte Ausfall von Paris. Waffenstillstand und Übergabe von Paris (392). — Die Erneuerung des deutschen Kaisertums und der Friede. Die Bundesverträge mit den süddeutschen Staaten. Die Kaiserproklamation (393). — Der Vorfriede von Versailles (396). — Kaiser Wilhelms Heimkehr. Die Pariser Commune (397). — Der Friede von Frankfurt. Heimkehr der Sieger (398).

Europa unter der Führung des Dreikaiserbündnisses 399

Das Dreikaiserbündnis. Deutschlands neue Stellung (399). — Kaiser Wilhelm I. (400). — Fürst Bismarck (402) — Der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl (403). — Der Ausbau des Deutschen Reiches. Das Reich und die Parteien. Die Sozialdemokratie in Deutschland (403). — Anwachsen der Sozialdemokratie; die ersten sozialen Gesetze (404). — Der Altkatholizismus. Gründung des „Zentrums“ (406). — Anfang des „Kulturkampfes“ (407). — Die „Maigesetze“. Fortführung des Kulturkampfes (408). — Wachsende Agitation und Verstörung. Verwendung der Kriegsentschädigung. Elsaß-Lothringen (409). — Verkehrsanstalten. Heer und Flotte (411). — Einheit des Rechts und Gerichts. Die preußische Kreisordnung und die Ministerkrisis (1872) (412). — Reform der Provinzial- und Kirchenverfassung (413). — Königreich Sachsen. Ludwig II. von Bayern. Parteigegensätze in Bayern (414). — Württemberg, Baden. Die Finanz- und Zollfrage im Reiche (415). — Bismarck und die Konservativen. Das Reichseisenbahnenprojekt und die Verstaatlichung der deutschen Eisenbahnen (416). — Das Reich und die Fürsten (417). — Österreich-Ungarn im Beginn des Nationalitätenstreites. Föderalistische Versuche. Herrschaft der deutschen Liberalen; die Kirchengesetze (418). — Vordringen der Slawen (419). — Magyarisierungsbestrebungen in Ungarn (420). — Italien in den letzten Jahren König Victor Emanuels II. Grundlagen der italienischen Politik. Parteigegensätze und soziale Nöte (422). — Verhältnis zum Papste. Herrschaft der Linken (424). — Tod Victor Emanuels; König Humbert. — Tod Pius' IX.; Wahl Leos XIII. — Der Kampf zwischen Monarchie und Republik in Frankreich. Reaktionäre Strömungen. Die Parteien; Thiers Präsident (427). — Beginnende Reorganisation des Landes. Thiers' Sturz; Mac Mahon Präsident (428). — Versuch einer monarchischen Restauration (429). — Aussichten der Bonapartisten. Die neue republikanische Verfassung (430). — Wahlsieg der Republikaner. Neuer Anlauf der Klerikalen und Monarchisten (431). — Republikanischer Wahlsieg. Mac Mahons Rücktritt (432). — Die Wiederherstellung des Bourbonenthrones in Spanien. Spanien unter Amadeo (432). — Spanien Föderativrepublik (433). — Sozialistische Erhebungen. Serrano und die Karlisten (434). — Erhebung Alfonsos XII. Niederwerfung der Karlisten (436). — Die neue Verfassung. Beruhigung des Landes. Alfons XII. und die europäischen Mächte (437). — Tod Alfons' XII. (438).

Rußland und die Zersetzung der europäischen Türkei (1866—81) 438

Die russische Agitation und die Balkanstaaten. Nihilistische und panslawistische Agitation (438). — Anfänge des Fürsten Karl in Rumänien (439). — Innere Reformen. Finanzieller und wirtschaftlicher Ausbau Rumäniens (440). — Griechenland. Türkische Mißwirtschaft (441). — Der Ursprung des Russisch-türkischen Krieges. Erhebung in Bosnien und der Herzegowina. Ausbreitung der Bewegung, Beginn der fremden Einmischung (442). — Sturz des Sultans Abdul Aziz. Die bulgarischen Greuel. Der serbisch-montenegrinische Angriff (444). — Erhebung Abdul Hamids II. (446). — Diplomatische Vorbereitungen Rußlands (447). — Die türkische Verfassung. Das Londoner Protokoll und die Kriegserklärung (448). — Der Russisch-türkische Krieg. Rumänien und Rußland. Anmarsch der Russen; Unabhängigkeitserklärung Rumäniens (449). — Die ersten Erfolge der Russen (450). — Osman Pascha in Plewno. Russische Angriffe auf Plewna (452). — Kämpfe am Schipkapaß. Der Fall von Plewna (454). — Angriffe der Serben und Montenegriner. Der erste Feldzug in Armenien. Der zweite Feldzug und die Eroberung von Kars (456). — Vordringen der Russen über den Balkan. Der Waffenstillstand. Der Vorfriede von San Stefano (458). — Der Kongreß und der Vertrag von Berlin. Das Eingreifen der Großmächte (459). — Beratungen des Kongresses (460). — Die Ausführung des Berliner Vertrages. Bulgarien (460). — Rumänien. Österreichische Eroberung Bosniens (461). — Österreichische Verwaltung in Bosnien (462). — Die Grenzregulierung in Albanien. Vergrößerung Griechenlands (463). — Der Ausgang Kaiser Alexanders II. Nihilistische Attentate und panslawistische Agitation. Die liberale Wendung (465). — Ermordung Alexanders II. Regierungsantritt Alexanders III. (466).

Der Wettstreit der Kolonialmächte 467

Rußland, England und Frankreich in Asien. Persien (467). — Schir Ali von Afghanistan und die Engländer. Fortschritte der Russen in Turkestan (468). — Englisch-russische Grenzbestimmung. Die Russen in Chiwa (469). — Russische Gesandtschaft in Kabul. Englischer Feldzug gegen Afghanistan (470). — Erhebung und Bürgerkrieg in Afghanistan (472). — Unterwerfung der Tekinzen. Erwerbung von Merw (474). Charakter der russischen Herrschaft in Turkestan (475). — Indien Kaiserreich. Eroberung von Ober-Birma. Englische Politik in Ostindien (476). — Folgen der englischen Fremdherrschaft für Indien (477). — Niederländisch-Indien (478). — Erweiterung des französisch-indischen Reiches (479). — Konflikt und Friede mit China (480). — Die ostasiatischen Mächte. Die mohammedanische Erhebung in Yünnan. Das Reich Jakub Begs in Ostturkestan. Reformbestrebungen in China und Konflikte mit den europäischen Mächten (481). — Der Mikado und die Samurai (482). — Zunehmende Europäisierung. Die japanische Verfassung (484). — Die Teilung Afrikas. Afrika und die europäischen Völker (484). — Ägypten. Zustände in Abessinien. Kaiser Theodor II. (486). — Konflikt mit England (487). — Feldzug der Engländer; Theodors Ende. Kaiser Johannes. Kämpfe mit Ägypten (488). — Der Sudan unter ägyptischer Herrschaft (489). — Erweiterung der Selbständigkeit Ägyptens. Zunehmende Abhängigkeit von den europäischen Mächten. Absetzung Ismails (491). — Erhebung Arabi Paschas; Beschießung von Alexandria. Die englische Okkupation (492). — Die Franzosen in Tunis (494). — Erhebung des Mahdi im Sudan. Belagerung und Fall von Chartum (495). — Zerstörung Chartums. Emin Paschas Abzug (497). — Die Italiener in Abessinien (498). — Ausbreitung und Niederlage der Italiener. Die Araber in Sansibar und in Zentralafrika (499). — Der Islam im tropischen Nordwestafrika (500). — Englischer Krieg mit Aschanti. Die englische Nigerkompanie. Die Franzosen in Senegambien. Entdeckungsfahrten in Zentralafrika (501). — Stanley und de Brazza am Kongo. Die Deutschen in Südwestafrika (502). — Die Deutschen in Togo und Kamerun (504). — K. Peters in Ostafrika (505). — Die afrikanische Konferenz und der Kongostaat. Verträge mit Sansibar (506). — Erhebung der Araber und Wißmanns Siege (507). — Abgrenzungsverträge. Die Kaffernkriege im Kaplande (508). — Der Kriegerstaat der Sulu (509). — Der Auszug der Boeren (510). — Port Natal englisch. Transvaalrepublik und Oranjefreistaat (511). Die Entdeckung der Diamantfelder. Transvaal unter englischer Hoheit (512). — Unterwerfung des Sulu-

Seite

reiches (513). — Erhebung der Boeren in Transvaal (514). — Cecil Rhodes und die Boeren (515). — Die Chartered Company im Norden des Limpopo. Jamesons Einfall in Transvaal. Aussichten (516). — Australien. Anfänge der Besiedelung (518). — Aufblühen seit den Goldfunden. Neuseeland (519). — Verhältnis der Kolonien untereinander. Die Inseln der Südsee (520). — Neuguinea und Bismarckarchipel (521).

Amerika 521

Das germanische Amerika. Kanada Bundesstaat. Aufschwung desselben. Die Vereinigten Staaten unter der Herrschaft des Nordens (522). — Wirtschaftliche und soziale Sorgen (523). — Die Zollreformfrage. Wirtschaftliche Entwickelung der Union (525). — Landschaftliche Gegensätze in der Union (526). — Das romanische Amerika. Mexiko. Mittelamerikanische Kanalpläne (526). — Südamerika. Aufsteigen Chiles (527). Rücktritt Bolivias. Einnahme von Callao und Lima; Friedensschluß. Chilenischer Bürgerkrieg (528). — Gegensätze in Brasilien. Sturz des Kaisertums; Brasilien Bundesrepublik (529).

Die Mächte des mitteleuropäischen Dreibundes 529

Begründung des Dreibundes. Das deutsch-österreichische Bündnis (529). — Anschluß Italiens (530). — Das deutsch-russische Verhältnis (531). — Die nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland. Bismarcks Reformgedanken und die Kathedersozialisten (531). — Bismarcks Zoll- und Steuerpläne. Die Attentate auf den Kaiser (532). — Das Sozialistengesetz (533). — Die Zollreform (534). Der Kampf um die Vollendung des Zollvereins. Beitritt Hamburgs und Bremens (536). — Die soziale Gesetzgebung (537). — Wirtschaftliche Lage in Deutschland. Die Anfänge deutscher Kolonialpolitik (538). — Bismarck als Streitredner; sein 70. Geburtstag. Der kirchenpolitische Ausgleich (539). — Polentum und deutsche Kolonisation (541). — Die antisemitische Bewegung. Die Regentschaft in Braunschweig (542). — Einzelstaaten und Reich. Thronwechsel in Bayern (543). — Dichtung (544). — Musik. Malerei. Plastik (545). — Baukunst. Philosophie. Historische Wissenschaften (546). — Schulwesen. Kirche. Staatliche Förderung von Wissenschaft und Kunst (547). — Nationale Denkmäler und Feste. Ausgestaltung der kaiserlichen Marine. Das militärische Septennat (548). — Der deutsch-russische Neutralitätsvertrag (549). — Die neue Heeresverstärkung. Die Krankheit des Kronprinzen Friedrich (550). — Erkrankung und Tod Kaiser Wilhelms I. (551). — Kaiser Friedrichs Heimkehr. Die 99 Tage (552). — Der Rückgang des Deutschtums in Österreich. Fall der Deutsch-Liberalen. Graf Taaffe (552). — Engerer Zusammenschluß der Deutschen (553). — Nationalitätenkampf in Böhmen. Folgen (554). — Erneuerung des „Ausgleichs". Umgestaltung des Kriegswesens. Wirtschaftliche Fortschritte (556). — Niedergang des Bauernstandes. Die zusammenhaltenden Kräfte. Tod Kronprinz Rudolfs (557). — Italien im ersten Jahrzent des Königs Humbert I. Das radikale Ministerium Cairoli (557). — Depretis und der Sieg der Monarchisten. Ministerium Crispi (558).

Die kleineren Nachbarstaaten Deutschlands 560

Die Schweiz. Die schweizerische Neutralität (560). — Parteien. Kämpfe in Genf. Der Krieg von 1870/71; die Verfassungsrevision (561). — Kampf gegen ultramontane Übergriffe. Verstärkung der Bundesgewalt. Volkswirtschaft. Geistesleben (562). — Wohlstand und Selbstgefühl (564). — Belgien und Holland. Gegensätze in Belgien. Der erste Kampf um die Schule (564). — Befestigung von Antwerpen. Belgien und Frankreich (565). — Der zweite Kampf um die Schule (566). — Arbeiterunruhen; Fortschritte der Vlaminge; Erweiterung des Wahlrechts (567). — Der Kongostaat. Parteien in Holland; wirtschaftliche Verhältnisse (568). — Reorganisation des Unterrichts; Erweiterung des Wahlrechts (569). — Thronwechsel (570). — Dänemark. Dänemarks Stellung zu Deutschland. Der parlamentarische Konflikt (570). — Wirtschaftliche Entwickelung (571). — Schweden und Norwegen. Auswärtige Politik (571). — Verhältnis beider Reiche. Parlamentarischer Konflikt (572). — Wirtschaftliches Leben (573) — Skandinavisches Geistesleben (574).

Der Kampf um die Einheit des britischen Reichs 576

Auflösende Tendenzen. Verhältnisse Irlands (576). — Zugeständnisse an Irland (577). — Neue Parlamentsreform. Kampf der Parteien um die Herrschaft (Salisbury und Gladstone) (578). — Reformen und Zwangsmaßregeln in Irland (579). — Reform der Grafschaftsverwaltung. Sozial-wirtschaftliche Bewegungen. Engerer Zusammenschluß des britischen Weltreichs (580).

Die Befestigung der dritten Republik in Frankreich 581

Die „Revanche". Die herrschende Klasse (581). — Gambettas Schulgesetze (582). — Gambettas „großes Ministerium". Die Eisenbahnfrage (583). — Gambettas Tod. Ministerium Ferry. Die Verfassungsrevision und die Niederlage der Republikaner (584). — Boulanger Kriegsminister. Grévys Rücktritt; Carnot Präsident (585). — Boulanger als radikaler Agitator. Boulangers Beseitigung. Das neue Wehrgesetz; Sieg der Republikaner (586). — Annäherung an das Papsttum. Annäherung an Rußland. Ergebnisse und Aussichten (587).

Rußland und die Balkanstaaten unter Alexander III. 588

Die Regierung Alexanders III. Alexander III. (588). — Heerwesen und Flotte (589). — Volks- und Finanzwirtschaft (590). — Volksnöte (591). — Maßregeln gegen die deutsche Kolonisation im Westen (592). — Russifizierungsmaßregeln in Polen und den baltischen Provinzen (593). — Finnland. Französische Sympathien. Auswärtige Politik (594). — Panslawistische Feste (595). — Das Osmanische Reich unter Abdul Hamid II. Sultan Abdul Hamid II. (595). — Deutsche Reformen. Eisenbahnbau. Christliche Missionsarbeit (596). — Innere Unruhen (598). — Die christlichen Balkanstaaten. Antirussische Erhebung in Bulgarien. Erhebung in Ostrumelien. Abzug der Russen aus Bulgarien (600). — Der serbisch-bulgarische Krieg. Waffenstillstand. Vereinigung von Ostrumelien und Bulgarien (601). — Konflikt mit Griechenland. Sturz, Rückkehr und Abdankung des Fürsten Alexander (602). — Wahl Ferdinands von Koburg (603). — Thronwechsel in Serbien. Rumänien (604). — Ergebnisse der russischen Politik. Tod Alexanders III. (605).

Schlußwort 606

Beilagen und Karten.

Seite

Schlacht an der Alma am 20. September 1854: Angriff des französischen Centrums nach 12 Uhr mittags . 64

Die Belagerung von Sebastopol. Ansicht von der Mühle. Nach den Plänen des französischen Generalstabs gezeichnet von M. Beeger 68

Karte der Vereinigten Staaten von Amerika 224

König Wilhelm eröffnet den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes am 24. Februar 1867 . . . 336

Brief König Wilhelms an die Königin Augusta aus Ems vom 13. Juli 1870 364

Siegesdepesche König Wilhelms an die Königin Augusta vom Schlachtfelde bei Sedan am 1. September 1870 378

Der Kongreß zu Berlin vom 13. Juni bis 13. Juli 1878. Gemälde von Anton von Werner 458

Geschichte der neuesten Zeit.

III.

Siebenter Zeitraum.

Der Sieg der Nationalitäten und die Ausbildung der Weltwirtschaft (1852—1890).

Einleitung.

Die neueste Zeit wird von zwei Bewegungen gekennzeichnet, die oft einander durchkreuzen: den Sieg der Nationalitätsbestrebungen in Europa, der hier einen politischen Abschluß herbeiführt oder anbahnt, und die Ausbildung der Weltwirtschaft, die die politisch getrennten Völker aller Erdteile immer enger verbindet. Die erste Umgestaltung, vor allem von Frankreich her gefördert, siegt in Italien, Deutschland, Ungarn, Rumänien, auf der Balkanhalbinsel, bestimmt auch die Entwickelung der slawischen Völker, der Russen, Polen und Tschechen, und erficht in Nordamerika einen glänzenden Sieg über die Sonderbestrebungen der Teile. So verwandelt sich die Gestalt Europas, und von den Abgrenzungen des Wiener Kongresses von 1815, der letzten großen Grenzregulierung, bleibt wenig mehr übrig. Im Innern der Staaten setzt sich das konstitutionelle oder das parlamentarische System fast überall in Europa und Amerika vollends durch, indem sich zugleich der Kreis der politisch Berechtigten ständig erweitert, die staatliche Gesellschaft also eine immer breitere demokratische Grundlage erhält, aber bereits beginnen auch starke Schattenseiten hervorzutreten, die die Begeisterung früherer Zeiten für diese politischen Formen mindern, und von Deutschland aus erhebt sich kraftvoll wieder der lange verdunkelte monarchische Gedanke. Zugleich werden in dem vierten und letzten Zeitalter der großen Entdeckungen, die im Gegensatze zu den früheren die Binnenräume der fremden Erdteile erschließen und an denen alle großen Kulturvölker einen fast gleichmäßigen Anteil nehmen, die letzten noch unbekannten Erdräume aufgehellt und mit Europa in Verbindung gebracht, bis endlich fast alle noch „herrenlosen" Länder der europäischen Kultur und der Herrschaft der europäischen Kulturvölker sich mehr oder weniger öffnen. Dabei bringt die gesteigerte Technik alle Völker miteinander in Verkehr, umspannt den ganzen Erdball mit einem immer dichteren Netze von Eisenbahnen, Dampfer- und Telegraphenlinien und verwandelt die Welt in ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet, so daß jede einzelne Volkswirtschaft von der Weltwirtschaft abhängig wird. Da nun zugleich das Streben nach möglichst freier wirtschaftlicher Bewegung des einzelnen, also der reinste Individualismus, innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften zur Geltung kommt, daher

die Gewerbefreiheit und die Mobilisierung des Grundbesitzes und damit die Zerstörung der alten genossenschaftlichen Organisationen von der Gesetzgebung überall durchgeführt wird, so ersteigt die individualistische, d. h. kapitalistische Wirtschaft ihre Höhe. Daraus folgen die vollendete Ausbildung des Kredits, des Staatsschuldenwesens, der Börsenherrschaft, der Riesenvermögen, die, äußerst beweglich und weder an ein bestimmtes Land noch an Grundbesitz gebunden, zu internationalen Geldmächten werden, des großen Unternehmertums in der Landwirtschaft wie namentlich im Fabrikbetriebe, und daraus ergibt sich wieder der Verfall des alten Handwerkes, die großstädtische Konzentration, die Herrschaft der Städte über das platte Land. Diesem Unternehmertume tritt in der Industrie eine Fabrikarbeiterschaft gegenüber, die zunächst ohne jede Organisation, ein Haufe von Sandkörnern, der Willkür der Unternehmer ausgesetzt und in ihren Lebensbedingungen von jeder Konjunktur des Weltmarktes abhängig, fast einen geschlossenen „vierten Stand" bildet, weil ein Aufsteigen in den Kreis des Unternehmertums immer schwerer wird. Daher entsteht gegenüber dem internationalen Kapitalismus die internationale Sozialdemokratie als die Organisation des vierten Standes. Eine Gegenströmung tritt erst ein, als die Regierenden und Gebildeten ihre sozialen Pflichten erkennen und auf dem Boden des nationalen Staates zu erfüllen suchen.

Diese ganze Bewegung wird aufs stärkste von der Wissenschaft beeinflußt, deren Wechselwirkung mit der Praxis niemals so lebendig war, wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die herrschende Stellung nimmt zunächst die Naturwissenschaft ein, schon wegen ihrer exakten Methode und ihrer ungeheueren praktischen Erfolge; gerade die Überschätzung der sinnlichen Wahrnehmung, die allein sie beherrscht, fördert die Lehren des Materialismus, und da dieser dem menschlichen Gemüt niemals wirkliche Befriedigung gewährt, den Pessimismus. Aber die naturwissenschaftliche Methode beginnt auch die andern Geisteswissenschaften zu durchdringen, was günstig wirkt, sofern sie überall auf die exakte Erforschung des Thatbestandes hin drängt, ungünstig, sobald sie die Grenzen der menschlichen Erkenntnisfähigkeit übersieht und die menschliche Willensfreiheit zu gunsten angeblicher Entwickelungsgesetze leugnet. Auch Dichtung und Kunst schlagen realistische und naturalistische Bahnen ein. In jener überwiegen daher die Prosadichtungen (Roman, Novelle) selbst das Drama, während die wirkliche Epik fast ganz verschwindet und die Lyrik wenigstens zurücktritt. Derselbe Zug beherrscht die Plastik und die Malerei. Die Architektur bleibt in diesem Zeitalter der blühenden Kunstwissenschaft notwendig eklektisch, ohne zu einem eigentümlichen alles beherrschenden Stile zu gelangen, außer in der Verwendung von Eisen und Glas, und sie leistet das Größte in riesigen Nutzbauten.

Dieser ganzen Entwickelung gegenüber haben Schule und Kirche allerorten einen schweren Stand. Das demokratische Streben nach Verallgemeinerung der Bildung führt zur immer weitergreifenden Ausgestaltung der Volksschule, das Eindringen des Realismus zur Errichtung eigner, die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer wie die neueren Sprachen besonders pflegender Schulen und zu einer inneren Umgestaltung der humanistischen Gymnasien, die ungeheure Ausdehnung der Wissensgebiete zur thatsächlichen Verwandlung der Universitäten in Gruppen von Fachschulen und zur Gründung besonderer technischer Hochschulen. Der Kirche gegenüber greift lange Zeit bei den Gebildeten wie bei den großstädtischen Massen Gleichgültigkeit oder Unglauben und offene Feindschaft um sich, eine Folge einerseits des modischen Materialismus und der Überspannung naturwissenschaftlicher Anschauungen, anderseits des dogmatisch-hierarchischen Geistes in den Kirchen, der am meisten die Gebildeten abstößt; die griechische Kirche bleibt überhaupt ohne jeden sittlich-religiösen Einfluß auf ihre Bekenner. Doch allmählich beginnt eine rückläufige Bewegung. In der Bildung von Sekten, in dem Erwachen des Gemeindelebens, in der Missionsarbeit wie unter den modernen Heiden der Großstädte, so unter dem Heidenvolke draußen, in der Teilnahme an der sozialen Bewegung zeigen die evangelische und die römisch-katholische Kirche ihre ungebrochene innere Kraft und den unzerstörbaren Gehalt des Christentums gerade in dieser von tausend Gegensätzen zerrissenen, im tiefsten Grunde unbefriedigten Zeit; ja

das konfessionelle Bewußtsein ergreift ihre Mitglieder wieder stärker und gestattet dem Papsttume, die letzten Folgerungen aus der hierarchischen Entwickelung zu ziehen.

Die Rolle der einzelnen Völker in dieser reichen, vielgestaltigen Bewegung ist sehr verschieden. Der nationalpolitische Anstoß geht vom bonapartischen Frankreich aus, die Begründung der Weltwirtschaft und der ganzen modernen Volkswirtschaft von England. Diese liberalen Westmächte beherrschen anderthalb Jahrzehnte Europa und die Welt. Ihr Übergewicht wird erschüttert durch die Neugestaltung und die gewaltige Ausbreitung Rußlands, die Einigung Italiens, den Sieg der nordamerikanischen Union. Endlich zerstört die Einigung Deutschlands die politische Hegemonie Frankreichs und bedroht das wirtschaftliche Übergewicht Englands, um ein wahres Gleichgewicht der großen Mächte in Europa und in der Welt anzubahnen.

Erster Abschnitt.

Die Vorherrschaft des zweiten napoleonischen Kaisertums.

Regiment und Regierte in Frankreich unter Napoleon III.

Napoleon III. und sein Hof.

Napoleon III.

Der merkwürdige und bedeutende Mann, der seit dem 2. Dezember 1852 Napoleon III., von Gottes Gnaden und durch den Willen des Volkes Kaiser der Franzosen hieß, ist von seinen Anhängern oft über alle Gebühr gepriesen, von seinen Feinden namentlich nach seinem Sturze über alles Maß hinaus beschimpft und verlästert worden, zumeist in dem Volke, das er über zwei Jahrzehnte hindurch regiert und lange Zeit auf der stolzen Höhe eines herrschenden Ansehens gehalten hat. Denn allerdings, er war nichts weniger als ein Franzose, fast noch weniger als sein Oheim Napoleon I., und er entbehrte deshalb jener inneren Sympathie, die Herrscher wie Heinrich IV. und Franz I. trotz aller Schwächen mit ihrer Nation verbunden hat. Vierzig Jahre seines Lebens hatte er in der Schweiz, in Deutschland, in England und in Nordamerika zugebracht, von Frankreich kannte er bis 1848 nur die Mauern einiger Gefängnisse. Er war ein Doktrinär von fast deutscher Prägung, wie er denn auch für Deutschland und deutsches Wesen stets eine gewisse Vorliebe hatte, das Deutsche mit schwäbischem Accent fließend sprach und sogar den in Frankreich ganz unbekannten Weihnachtsbaum an seinem Hofe heimisch machte, träumerisch, gedankenvoll, beherrscht von bestimmten, sorgfältig durchdachten Ideen, an die er mit dem Starrsinn des Fatalisten glaubte, langsam und schwerfällig in seinen Entschlüssen, aber überaus zäh in der Durchführung einmal gefaßter Pläne, in seinem Auftreten phlegmatisch, gutmütig, voll ehrlichen Wohlwollens und ohne eine Spur von Kleinlichkeit. Nur wer seine dynastischen Interessen anzutasten wagte, der erweckte in ihm einen Tiger, der schonungslos und grausam alles Widerstrebende niederschlug. In einem unruhigen, abenteuerlichen Leben war er nur lückenhaft gebildet, namentlich in historischer Beziehung mangelhaft, sonst vielseitig, besonders technisch und sprachlich, vortrefflich geschult — er war ein vorzüglicher Artillerist und beherrschte das Französische, Deutsche, Englische, Italienische und Spanische — hatte großes Interesse für die Wissenschaft, zeigte sich in seiner Unterhaltung behaglich und gedankenreich, zuweilen von verblüffender Offenheit, aber er hatte keine Spur der geistsprühenden Lebendigkeit des echten Franzosen und nicht die Kraft, Massen zu begeistern und mit sich fortzureißen. Auch seine äußere Erscheinung hatte nichts Imposantes; ein schwerer Oberkörper saß auf zu kurzen Beinen, aber er war ein ausgezeichneter Reiter, hielt sich würdevoll, wo es darauf ankam, und sein scharfgeschnittener Kopf mit dem starken Schnurr- und Knebelbart und den eigentümlichen, bald verschleierten, bald aufleuchtenden Augen hatte etwas unwillkürlich Fesselndes, so wenig ein bonapartischer Zug darin war. Alles in allem war er weit mehr ein Mann des Friedens als des Krieges; er hatte nichts von der Natur des Feldherrn und des Helden, wie sein Oheim, erweckte daher auch beim Heere keine eigentliche Begeisterung und suchte seine Ziele vor allem durch diplomatische Mittel, nur im äußersten Notfalle durch Krieg zu erreichen.

2. Napoleon III., Kaiser der Franzosen.
Gemalt und lithographiert von Lafosse (1852).

3. Eugenie, Kaiserin der Franzosen.

Nach der Lithographie von M. Alophe.

Politische Grundsätze Napoleons.

Über diesen zu einem beschaulichen friedlichen Leben geschaffenen Mann hatten nun die Gedanken des Bonapartismus eine unwiderstehliche Macht gewonnen, und er hatte sich aus ihnen eine Art politischer Theorie zurechtgezimmert, die schon in seinen „Idées Napoléoniennes“ vom Jahre 1839 fertig vorliegt. In Napoleon I. sah er den monarchischen Verfechter und Begründer demokratischer Freiheit für die Welt gegenüber dem Absolutismus der legitimen Höfe, und in Frankreich hielt er nur eine Regierung für möglich, die auf der Souveränität des Volkes beruhte, diesem also verantwortlich blieb und eben deshalb stark, ja unumschränkt sein mußte. Dies also regierte Frankreich sollte als das Haupt der Völker die liberalen Ideen auch jenseit der Grenzen verwirklichen, aber nicht durch Eroberungen, wie unter Napoleon I., dessen kriegerische Politik der Neffe für überspannt und schädlich hielt, sondern mehr durch die ihnen innewohnende natürliche Stärke, an die dieser Doktrinär so fest glaubte, wie jemals ein deutscher Gelehrter, und durch das gebietende Ansehen der französischen Macht, die nur im Notfalle zum Schwerte greifen sollte. Was er also in seiner äußeren Politik erstrebte, das war etwas Kosmopolitisches, nichts durchweg national Französisches, und an diesem inneren Widerspruche zwischen seinen im Grunde hochherzigen Idealen und den Forderungen seines eitlen und ruhmsüchtigen Volkes, auf die er immer Rücksicht zu nehmen hatte, ist er schließlich zu Grunde gegangen. Er wollte die Verträge von 1815, die das siegreiche Ausland den Franzosen aufgezwungen hatte, zerreißen, das absolutistische Rußland, den Hort der Reaktion, zurückdrängen und daher das altbefreundete Polen wiederherstellen, Österreichs Macht in Deutschland schwächen, in Italien vernichten, Preußen verstärken und Deutschland wie Italien im nationalen Sinne umgestalten, dabei für Frankreich Belgien und ein Stück des linken Rheinufers, Savoyen und Nizza erwerben und seine, wie er meinte, natürliche Führerschaft über die romanischen Nationen feststellen. Schon im März 1854 hat er den Hauptinhalt dieser Gedanken dem überraschten Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha ganz offenherzig ausgesprochen, und ein gutes Einvernehmen mit Preußen war, wie dieser sagt, „damals und noch lange nachher Gegenstand seiner fast schwärmerischen Sehnsucht“. Wer wollte nun leugnen, daß in dem allen sehr viel Richtiges lag, und daß Napoleon III., indem er das Nationalitätsprinzip als die Grundlage seiner Politik ergriff, einem lange zurückgedrängten Bedürfnis seiner Zeit zum Durchbruche und zum Siege verhalf, daß er damit eine neue Zeit über Europa heraufgeführt hat! Er hat den vor allem auf Deutschland schwer lastenden Druck der Übermacht Rußlands gebrochen, den alten Todfeind England auf lange hinaus mit sich verbündet, und patriotische Italiener haben niemals vergessen, daß sie ihm ihre Befreiung verdanken. Daß dieser deutschfreundlichste aller Herrscher Frankreichs schließlich in einem Kriege mit Deutschland enden mußte, den er nie gewünscht hatte, vor dem ihm vielmehr bis zuletzt graute, das ist in der That ein tragisches Verhängnis, nicht eigentlich seine Schuld und viel mehr die Konsequenz seiner inneren, als seiner äußeren Politik.

Napoleons III. Stellung zu den Franzosen.

Denn aufs engste hingen beide zusammen. Napoleon III. war aufgekommen als Gegner der Bourgeoisie, die 1848 die Februarrevolution, die dümmste aller französischen Revolutionen, gemacht hatte, als Sieger über die drohende rote Republik im Interesse derselben Bourgeoisie, und doch als der Kandidat des vierten Standes, der städtischen Arbeiter und der Bauern (s. Bd. IX, S. 764 ff.). In dessen Interesse vor allem mußte er regieren und hat er regiert. So wurde sein Regiment eine demokratische Tyrannis, nicht eine militärische, wie die Herrschaft Napoleons I. Daher gönnte er der Kirche eine freiere Bewegung, als jemals die Bourbonen, um durch sie vor allem das Landvolk zu beherrschen, und er war der Urheber eines gedankenvollen, wohlwollenden und wohlthätigen monarchischen Sozialismus (socialisme autoritaire). Niemals ist in Frankreich mehr für die Masse des Volkes geschehen, als unter ihm. Der unter dem Julikönigtume herrschenden Bourgeoisie versagte er jede politische Freiheit und jeden wirklichen Anteil an der Regierung, er verwies sie ausschließlich auf die wirtschaftliche Thätigkeit und befriedigte sie in der That eine Zeitlang durch einen

großartigen Aufschwung der französischen Volkswirtschaft, aber innerlich gewonnen hat er sie niemals. Gerade die besten Männer konnten es nicht vergessen, daß er ihre Freiheit um der Ordnung willen vernichtet habe und daß der „Dezembermann" durch Eidbruch und unter Blutvergießen zur Herrschaft gelangt sei, wobei sich freilich fragen ließ, ob sie ihn nicht selber zu seinem Vorgehen geradezu gezwungen hätten, und ob nicht die vergötterte große Revolution von 1789 auf einer ganzen Kette von Eidbrüchen beruhte. Vollends die geistige Aristokratie Frankreichs stand dem Kaisertume innerlich immer feindlich, mindestens ohne Sympathie gegenüber. Diese Stimmung verhinderte Napoleon III. daran, das Kaisertum liberaler auszugestalten, und da seine auswärtige Politik doch nur eben teilweise Erfolg hatte, so wuchs allmählich die Opposition nicht sowohl gegen die Regierungsweise als gegen die Dynastie, und auch auf die Geistlichkeit war kein Verlaß mehr, da die nicht gewollten Ergebnisse seiner italienischen Politik das Oberhaupt der Kirche, den Papst, schwer bedrängten.

Über diesen Fehlschlägen hat man schließlich jedes gerechte Urteil vergessen. Ein Jahrzehnt hindurch stand Frankreich in der That an der Spitze der Völker, sein Wohlstand nahm überraschend schnell zu, Paris wurde in der That etwas wie die Hauptstadt Europas, und mit einem sonderbaren Gemisch von abergläubischer Furcht und blindem Vertrauen blickte alles nach dem schweigsamen, geheimnisvollen „Cäsar an der Seine", der immer unergründliche Pläne hege und für alle Verwickelungen das lösende Wort zu finden wisse. Selten vorher und niemals nachher hat Frankreich eine ähnliche Stellung eingenommen.

Kaiserin Eugenie.

Das neue Kaisertum fand, was den Franzosen doch schmeichelte, rasch die Anerkennung der auswärtigen Höfe, die Napoleon III. zwar im stillen als einen illegitimen Emporkömmling betrachteten, anderseits aber auch den „Retter der Gesellschaft" in ihm sahen; nur Kaiser Nikolaus I. von Rußland weigerte ihm die übliche Anrede „Bruder und Vetter" und nannte ihn nur „Freund", was in den Tuilerien sehr verdroß. Dagegen erwies es sich als unmöglich, eine Prinzessin der „alten Familien" als Gemahlin für den neuen Beherrscher Frankreichs zu gewinnen, so sehr er das natürlich gewünscht hätte. Da entschloß er sich kurz und erklärte am 22. Januar 1853 vor dem Staatsrate und den Präsidien beider Kammern, er verzichte darauf, eine Gemahlin aus einem fürstlichen Hause heimzuführen, da eine solche eigentlich niemals Frankreich Glück gebracht habe, er wolle sein Wappenschild nicht älter machen als es sei und habe sich daher, stolz auf den Titel eines Emporkömmlings, den er durch die freie Abstimmung eines großen Volkes erlangt habe, entschlossen, dem Lande eine Kaiserin zu geben, die zwar Spanierin von Geburt, aber Französin durch Erziehung und Gesinnung sei und mit allen Vorzügen des Herzens auch den verbinde, in Frankreich keine Familie zu besitzen, die man mit Ehren und Würden beschenken müsse. Die Erkorene war Eugenia de Montijo y Teba, geboren 1826 und seit Anfang 1849 dem Kaiser bekannt, der sie seitdem stets ausgezeichnet hatte. Sie war die Tochter eines spanischen Granden Joaquim de Montijo, Herzog von Teba und einer Dame aus dem schottisch-jakobitischen Hause der Kirkpatrik of Closeburn. Seit der Scheidung von ihrem Gemahl (gest. 1829) hatte diese mit ihren Töchtern in Frankreich gelebt und Eugenia seit 1838 in dem Kloster zum heiligen Herzen in Paris, später in einer englischen Pension erziehen lassen. Frühzeitig in die Gesellschaft eingeführt, hatte Eugenie bald die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Sie war damals von wunderbarer, bezaubernder Schönheit, schlank, geschmeidig und harmonisch gebaut, goldblond, mit schönen, von langen dunklen Wimpern beschatteten Augen, voll Grazie und Anmut in ihren Bewegungen, von natürlicher Gutherzigkeit, streng kirchlich, nicht ohne Geist und Energie, gern fröhlich ohne viel Rücksicht auf höfischen Ton, nur oberflächlich gebildet, aber von gewinnender Liebenswürdigkeit und ihrem Gatten aufrichtig zugethan, alles in allem wohl wert, die erste Dame dieses graziösen und eleganten, leichtlebigen und vergnügungssüchtigen Frankreich zu sein. Am 29. Januar wurde das Paar in den Tuilerien standesamtlich verbunden, am 30. in der Notre Dame durch den Erzbischof von Paris eingesegnet. Den Betrag für einen kostbaren Brillanten-

schmuck, den ihr der Gemeinderat von Paris widmen wollte, und das Hochzeitsgeschenk ihres Gemahls bestimmte die Kaiserin sofort für milde Zwecke, was einen sehr guten Eindruck machte, wie nicht minder die Begnadigung von 4312 Deportierten durch den Kaiser.

Die Familie Bonaparte.

Wenn dieser es an seiner Gemahlin gerühmt hatte, daß sie ohne Familienanhang in Frankreich sei, so empfand er selber das Gegenteil davon als eine schwere Last und vielleicht als ein Unglück. Denn alle die Bonapartes, die bisher meist in der Verbannung gelebt hatten, begehrten von ihm Versorgung, und er mußte sie ihnen gewähren, viele von ihnen als kaiserliche Prinzen anerkennen und alle mehr oder weniger reich ausstatten. Der älteste von ihnen war der ehemalige König von Westfalen, Jerôme Bonaparte, ein noch rüstiger, beweglicher, lebhafter alter Herr (geb. 1784), der mit seinem Neffen sich im ganzen gut vertrug und die Überlieferungen des ersten Kaiserreichs lebendig erhielt. Eine recht unbequeme Persönlichkeit war dagegen sein Sohn, Prinz Jerôme Napoleon (geb. 1822), geistreich und gebildet, aber in seinen Anschauungen radikal, sehr ehrgeizig, jeder Unterordnung abgeneigt und ausschweifend, in seinem Äußern von frappanter Ähnlichkeit mit Napoleon I. Seine Schwester Mathilde, ihm in mancher Beziehung ähnlich, klug und geschmackvoll und von jeher Mittelpunkt eines angeregten Kreises, stand, anders wie er, mit dem Kaiser und bald auch mit der Kaiserin in bestem Einvernehmen. Die Nachkommen Lucian Bonapartes, Fürst Karl von Canino (gest. 1857) und seine Kinder aus zwei Ehen, waren unbedeutend, aber sehr lästig. Der eine Sohn, Peter Bonaparte, war ein übelberüchtigter Abenteurer und Raufbold, gefügig und verwendbar dagegen Prinz Lucian Murat (geb. 1803) mit seinen Kindern. Die Borghese, die Nachkommen von Napoleons I. schöner Schwester Pauline, Fürstin Borghese, waren ganz Römer geworden und traten zu dem jungen kaiserlichen Hofe in keine Beziehungen, dagegen thaten dies die Bacciochi, die von Elisa Bonaparte abstammten; Fürst Felix Bacciochi wurde schon 1852 erster Kammerherr. Besondere Wichtigkeit hatte Stephanie Beauharnais, die Stieftochter Napoleons I., verwitwete Großherzogin von Baden, weil sie durch ihre Töchter, die in die Häuser Hohenzollern-Sigmaringen und Wasa eingetreten waren, Beziehungen zu den „alten Familien" vermittelte. Alle diese Angehörigen erhielten allmählich bedeutende Ausstattungen, im ganzen über 70 Millionen Frank und außerdem mehr oder weniger ansehnliche Apanagen und Pensionen, ohne dem Kaiser, mit wenigen Ausnahmen, irgend welche wichtige Dienste zu leisten; vielmehr schadeten sie ihm meist durch ihren Ruf.

Die Umgebung des Kaisers.

Und bedenkliche Elemente genug gab es auch unter den unzweifelhaft sehr begabten und auch teilweise patriotischen Männern, die dem Präsidenten Louis Napoleon zum Staatsstreich und dann zum Kaiserthrone verholfen hatten. Da war der Kriegsminister St. Arnaud, ein sehr fähiger, tapferer, zuverlässiger Soldat und glühender Monarchist, General Magnan, des Kaisers Halbbruder, der kühl berechnende, staatsmännische Graf Morny, sein alter Vertrauter von Straßburg und Boulogne, der leidenschaftliche und eitle Vicomte Persigny, der Polizeiminister Maupas, der schlaue Finanzminister Achille Fould, der advokatenmäßig scharfsinnige Eugen Rouher, der feine, gewandte und im stillen höchst einflußreiche Privatsekretär Mocquard, der treue Leibarzt Dr. Conneau, der liebenswürdige ritterliche Generaladjutant Fleury u. a. m. Sie hatten alle ein verwegenes Spiel gewagt und wollten jetzt in Macht, Ehren und Reichtum den Gewinn ihrer Thaten einheimsen. Ohne sie konnte sich Napoleon III. nicht behaupten, aber mit ihnen schreckte er manchen ehrlichen und bedeutenden Mann von sich zurück.

Napoleons III. Hof.

Der Hof, der sich so bildete, konnte, da der alte Adel sich fast ganz zurückhielt, nur das Gepräge einer Vereinigung von Emporkömmlingen und Glücksrittern tragen; er war zwar prunkvoll, aber weder geistvoll noch auch nur wirklich vornehm. Herzog Ernst von Koburg wurde durch ihn halb an den Hof des „Bürgerkönigs" Louis Philipp, halb an den Napoleons I. erinnert.

Der Kaiser bemühte sich, die geistigen Größen Frankreichs und des Auslandes heranzuziehen, namentlich zum Frühjahr nach Fontainebleau, zum Herbst nach Compiègne, wo die sorgfältig ausgewählten eingeladenen Gäste immer je sechs Tage blieben. Er war dann aufgeräumt und freundlich, aber für gewöhnlich war der Ton ziemlich niedrig gestimmt. Die Kaiserin, die gern heiter war, hielt es sogar nicht unter ihrer Würde, gelegentlich eine beliebte Chansonetten-

sängerin zweideutigen Rufs kommen zu lassen, um die neuesten, oft recht bedenklichen Pariser Gassenhauer zu hören; sie sah gern pikante kleine Theaterstücke, lachte über kleine mimische Darstellungen und beschäftigte sich eifrig mit dem modischen Tischrücken und Geistercitieren. Später war in diesen Angelegenheiten die elegante lebenslustige Fürstin Pauline Metternich, die Gemahlin des österreichischen Botschafters, ihre bevorzugte Vertraute. Nebenher kosteten sie die eifrigen beobachteten religiösen Übungen viel Zeit. In der Öffentlichkeit sah man die Kaiserin wenig und um die Politik kümmerte sie sich in den ersten Jahren gar nicht; erst als sie für die Zukunft eines Sohnes zu sorgen hatte, den sie zärtlich liebte (seit 1856), begann sie ihre Aufmerksamkeit auch darauf zu richten, und seit 1859 wohnte sie oft den Sitzungen des Ministerrates bei. Der Kaiser vergrub sich gern in sein Arbeitszimmer, das mit Büchern, Akten, Zeichnungen, Plänen, Urkunden u. dgl. vollgepfropft war, und vertiefte sich am liebsten in technische oder historische Studien. Als er an seinem Leben Cäsars arbeitete, war er ein Schrecken der Staatsmänner seiner Umgebung, weil er von nichts anderem sprach. Er war immer sehr zeitig auf, machte seinen regelmäßigen Morgenspaziergang und ritt häufig aus, oft ganz allein mit einem Adjutanten und in Zivil, auch in bedenkliche Viertel, zuweilen ohne die Polizei zu benachrichtigen, die deshalb immer in Sorge um ihn war; aber in seinem fatalistischen Gleichmut gab er darauf nichts. Die Kaiserin gab für ihre Toilette sehr viel Geld aus — sie trug nie eine Robe zweimal — und wurde bald die despotische Alleinherrscherin der Mode für ganz Europa; der Kaiser, in Geldsachen von jeher unordentlich und lange verschuldet, behielt doch von seiner Zivilliste (25 Millionen) nur 5 Millionen zu seiner persönlichen Verfügung und verwendete auch diese weitaus zum größten Teile für öffentliche oder sonst löbliche Zwecke. Sein persönliches Dasein war nichts weniger als luxuriös; an der gewöhnlichen Hoftafel nahmen nur 12—18 Personen teil. Mit Recht konnte man ihm seine meist niedrigen Liebschaften vorwerfen, obwohl die Franzosen an ihren Herrschern viel ärgere Dinge gewöhnt waren, und die Kaiserin machte ihm darüber gelegentlich eine Szene, wovor er große Scheu hatte. Doch im allgemeinen war der kaiserliche Hof weitaus nicht so verschwenderisch und liederlich, wie ihn der bösartige Pariser Klatsch dargestellt hat, und schließlich weit mehr das Erzeugnis seiner Umgebung, als daß diese das seinige gewesen wäre.

Staat, Heer und Flotte.

Verfassung.

Seit Napoleon I. verfügte jeder Beherrscher Frankreichs über eine ungeheure Machtfülle, um wieviel mehr der „Erwählte des Volks", hinter dem 7 Millionen Stimmen standen, und was wollte diesem einen gegenüber der Abgeordnete bedeuten, der nur einen Wahlkreis vertrat! Daher wurde die Volksvertretung unter Napoleon III. fast zu derselben Nichtigkeit herabgedrückt wie unter Napoleon I., und der Kaiser thatsächlich so gut wie unumschränkt. Die Mitglieder des Senats ernannte der Kaiser, und da sie ansehnlichen Gehalt empfingen (30 000 Frank), so wurde die hohe Körperschaft allmählich eine Versorgungsanstalt für treue Diener und entbehrte jeder Selbstständigkeit. Der gesetzgebende Körper (Corps législatif) ging zwar aus allgemeinen und direkten Wahlen hervor, doch diese beherrschte die Regierung, indem sie offizielle Kandidaten aufstellte und mit dem ganzen unbedingt gefügigen Verwaltungsapparat unterstützte; dazu waren die Abgeordneten (261), da die Verfassung Beamte ausschloß und es eine Selbstverwaltung nicht gab, geschäftsunkundige Dilettanten, im besten Falle Schönredner und Theoretiker, erhielten hohe Diäten (2500 Frank monatlich für die Dauer der Tagung) und durften nicht einmal ihr Präsidium wählen, das vielmehr der Kaiser ernannte. Dazu hatte die Revision der Verfassung ihre Befugnisse stark beschnitten. Die Abgeordneten durften Amendements nur mit Zustimmung des Senats stellen und hatten zu Interpellationen und Adressen überhaupt kein Recht; bei der Beratung des Staatshaushalts bewilligte das Haus immer nur die Gesamtbeträge für den Geschäftskreis jedes Ministeriums; die Verteilung auf die einzelnen Posten blieb diesem überlassen und konnte durch kaiserliches Dekret abgeändert werden. Beim Abschluß von Handelsverträgen hatte der Kaiser ganz freie Hand, selbst zur Abänderung der Zolltarife genügte ein kaiserliches Dekret. Kein Wunder, daß bis 1857 kaum eine Spur von parlamentarischer Opposition hervortrat.

Vereins- und Preßgesetzgebung.

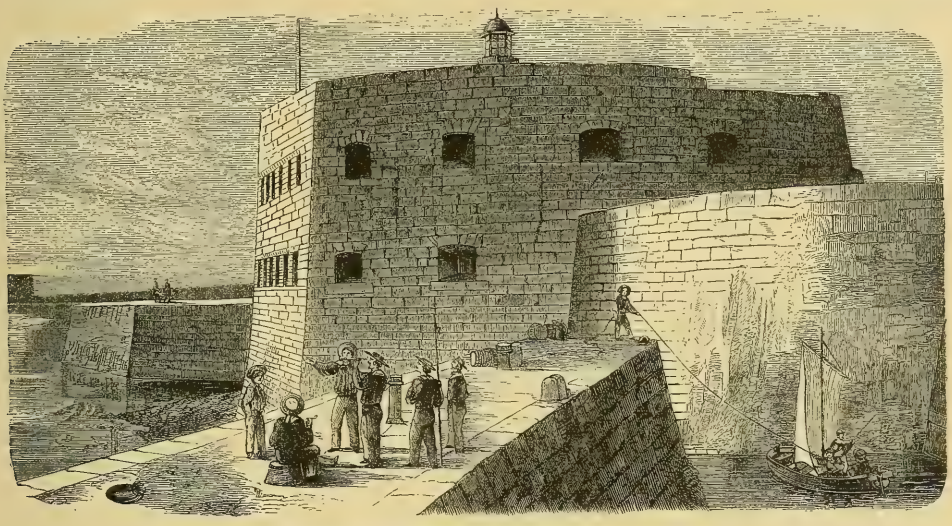
Daß sie sich auch im übrigen nicht regte, dafür sorgte eine scharfe Vereins- und Preßgesetzgebung. Politische Versammlungen waren überhaupt nicht gestattet, nicht einmal bei den Wahlen, jede Zeitung konnte nach der dritten Verwarnung ohne weiteres unterdrückt werden, unterlag einer sehr hohen Stempelsteuer, die den Preis des Blattes zum Schaden seiner Verbreitung bedeutend erhöhte, und war gehalten, jedem politischen Artikel den Namen des Verfassers hinzuzufügen. Dazu kam eine scharfe

Überwachung der auswärtigen Presse, ein „schwarzes Kabinett" für die Untersuchung von Privatbriefen und eine oft peinliche „Beaufsichtigung" verdächtiger Persönlichkeiten.

Verwaltung. Von keiner selbständigen Volksvertretung beschränkt, von keiner unabhängigen Presse kritisiert, vereinigte der Kaiser auch alle Machtmittel in seiner Hand. Beamtentum und Heer, Kirche und Schule standen zu seiner Verfügung. Die Verwaltungsordnung Napoleons I. (s. Bd. VIII, S. 470) gab dem jeweiligen Staatsoberhaupte die Ernennung aller Beamten vom Präfekten bis zum Maire und seinen Beigeordneten (Stadträten) unmittelbar in die Hand; nur in den kleinsten Gemeinden wurden diese vom Präfekten ernannt. Da diese Beamten jederzeit versetzbar und absetzbar waren, so gehorchten sie blind dem Inhaber der Regierung und herrschten despotisch nach unten, und da der Generalrat im Departement und der Gemeinderat (von höchstens 36 Mitgliedern) fast nur beratende Stimme hatten, diese überdies jederzeit aufgelöst und bis zum Ablauf der fünfjährigen Wahlperiode durch eine kommissarische Verwaltung ersetzt werden konnte, da ferner der Gemeinderat nur viermal jährlich auf höchstens zehn Tage zusammentrat und die höhere Polizei in allen Städten von mehr als 40 000 Einwohnern (im ganzen nur 19) in den Händen des Präfekten lag, so gab es in Frankreich schlechterdings keine wirkliche Selbstverwaltung. Fehlten dazu doch auch alle Voraussetzungen. Alles Vermögen von Körperschaften hatte die große Revolution vernichtet, auf dem Lande besonders fehlte es entweder ganz an einer grundbesitzenden Aristokratie, die unentgeltliche Ehrenämter hätte übernehmen können, wie die englische (s. Bd. VII, S. 134 f.) oder sie war, wo sie bestand, legitimistisch, stand also dem Kaisertum feindselig gegenüber, und endlich waren die Franzosen durch eine Geschichte von Jahrhunderten wie durch die ihnen seit 1789 tief im Blute liegende demokratische Gleichmacherei jedes Gedankens an unentgeltlichen persönlichen Dienst, der stets etwas Aristokratisches hat, gründlich entwöhnt. Da aber eine Volksvertretung nur dann Bedeutung gewinnen kann, wenn sie auf der Vorschule der Selbstverwaltung beruht, so mußte auch das französische Parlament nichtig bleiben, und Napoleon III. hatte ganz recht, wenn er sagte, die Franzosen seien zur „Freiheit" nicht reif, denn die wahre politische Freiheit besteht nicht in dem Rechte, dann und wann einen Wahlzettel in die Urne zu werfen, sondern in der Selbstverwaltung kleinerer und größerer Kreise. Nur ist der Despotismus die schlechteste Schule für diese Freiheit.

Heerwesen und Marine. Dieselben Gründe, die in Frankreich die Selbstverwaltung und damit ein kräftiges Parlament unmöglich machten, hielten auch das französische Heerwesen auf den altnapoleonischen Grundlagen fest. Also gab es in diesem Lande demokratischer Gleichheit keine allgemeine Wehrpflicht mit verkürzter Dienstzeit für die Gebildeten und Bemittelten, sondern das alte napoleonische System der Aushebung mit Stellvertretung für die Besitzenden bestand noch in voller Übung, so daß, da die städtische Arbeiterbevölkerung wenig kriegstauglich war, die Last des Waffendienstes im wesentlichen auf die gut bonapartischen Bauern fiel. Für die gezahlte Summe besorgte die Militärverwaltung Einsteher aus den Leuten, deren Dienstzeit abgelaufen war, um sich einen Stamm altgedienter Leute zu verschaffen, die sich durch höheren Sold und Aussicht auf Zivilversorgung an die Fahne fesseln ließen. Die Dienstzeit betrug 7 Jahre, wovon $3\frac{1}{2}$—4 bei der Fahne, die übrigen für die große Mehrzahl im Urlaub verstrichen, ohne eine wirkliche Reserveorganisation, die jährliche Aushebung forderte anfangs 80 000, später 100 000 Mann (wovon etwa 6500, später 9000 für den Dienst an Bord der Kriegsflotte abgingen), doch wurden von diesen nur etwa 23 000 Mann eingezogen, die übrigen bis 1861 ohne jede militärische Ausbildung entlassen, weil man möglichst viel altgediente Leute zurückbehielt. So entstand ein lediglich auf den Angriffskrieg berechnetes Berufsheer, getrennt von der Bevölkerung durch die lange Dienstzeit, die Zusammensetzung der Regimenter aus Leuten aller möglichen Departements, den häufigen Garnisonswechsel und den damit verbundenen Mangel an festen Korpsverbänden, geführt von einem Offizierskorps, das gesellschaftlich sich sehr scharf in die wissenschaftlich gebildeten Männer und die durch bloße Tapferkeit vor dem Feinde emporgekommenen sogenannten troupiers schied, sich sehr wohl bewußt war, die beste Stütze des

Kaisertums zu sein, und sie auch wirklich war, solange der Dienst Ehren und Ruhm brachte, aber eine wirkliche Loyalität nicht empfand und nicht empfinden konnte. An diesen Einrichtungen konnte und wollte Napoleon III. nichts ändern; sie entsprachen dem Bedürfnis seiner Selbstherrschaft, die ein Volksheer nicht brauchen konnte, wie der Sinnesart der Franzosen, sie hatten sich auf zahllosen Schlachtfeldern bewährt und bewährten sich noch beständig in Algerien, dem großen Übungsfelde wenigstens für den Kleinkrieg. Aber technisch hat er fortwährend gebessert. Er richtete das stehende Lager von Chalons ein, während er große Feldmanöver nicht vornehmen ließ, gab der Artillerie noch vor 1859 die gezogenen Geschütze und wirkte bei der Infanterie auf das dem Nationalcharakter ganz entsprechende Schützengefecht und das Draufgehen mit dem Bajonett besonders hin, während die Reiterei im ganzen weniger tüchtig war. Glänzende bunte Uniformen (die roten Beinkleider sind seine Erfindung) befriedigten zugleich die Eitelkeit und die Schaulust. Für die Befestigung des Landes gegen einen feindlichen Angriff geschah zunächst gar nichts, da ein solcher undenkbar schien,



4. Zentralfort und Hafendamm von Cherbourg um 1858.

und so blieben die zahlreichen (88) wirklichen Festungen (von 47 festen Plätzen abgesehen) bis etwa 1864 Plätze nach der Bauweise Vaubans (s. Bd. VII, S. 538 ff.).

Der Kriegsflotte haben die bedeutendsten Herrscher Frankreichs stets eifrige Sorge zugewendet, und auch Napoleon III. ist dahinter nicht zurückgeblieben. In seine Zeit fiel der vollständige Übergang vom Segelschiff zum Schraubendampfer, vom Holzschiff zum Panzerschiff. Noch in den Jahren 1860/61 zählte die französische Kriegsmarine auf dem Kriegsfuß 317 Dampfer und 224 Segler mit etwa 12 000 Geschützen, Ende 1867 an fertigen Schiffen 343 Dampfer und nur noch 116 Segler, die überhaupt als verwendbare Kriegsschiffe kaum mehr in Betracht kamen. Zuerst während des Krimkrieges hatte sich die Ohnmacht hölzerner Kriegsschiffe gegen die neuen schweren Festungsgeschütze und die Überlegenheit eisengepanzerter Fahrzeuge erwiesen, doch waren die damals 1855 verwendeten sogenannten schwimmenden Batterien der Franzosen noch nicht seetüchtig. Da war es das Verdienst Napoleons III., 1858 den Bau des ersten seetüchtigen Panzerschiffes, der Panzerfregatte „Gloire“ (zu 42 Geschützen, 13 cm Panzerstärke und 900 Pferdekraft) durchzusetzen, der bald 12 andre (hölzerne) Panzerschiffe folgten, um damit das Zeichen zu einer völligen Umwälzung des Kriegsschiffbaues zu geben, so daß das altüberlieferte Übergewicht der englischen Flotte mit einem Male ins Wanken geriet. An seemännischer, für den Flottendienst pflichtiger Bevölkerung besaß Frankreich um 1860 etwa 170 000 Mann, zu denen noch Marinetruppen aus der Landbevölkerung in der Stärke von 30 000 Mann kamen. Auch für den Ausbau des gewaltigen Kriegshafens Cherbourg in der Normandie trug Napoleon III. eifrig Sorge. In seinen aus den Felsen gehauenen Bassins vermochte er allein 60 Kriegsschiffe ersten Ranges zu bergen, und den Engländern, von deren Südküste er nur 125 km entfernt ist, machte er den Eindruck wie ein auf ihre Brust gerichtetes Feuerrohr. Alles in allem näherte sich die französische Kriegsflotte mit raschen Schritten ihrem Ziele, der englischen ebenbürtig zu sein.

Kirche und Schule.

Die Kirche.

Wie Napoleon I. so hat auch sein Neffe Kirche und Schule wesentlich als Mittel seiner Herrschaft betrachtet und mit ihr den engsten Bund geschlossen. Schon 1851 schlug er für den Papst die römische Republik zu Boden (s. Bd. IX, S. 742 f.), und sofort nach dem Staatsstreiche gab er das Pantheon seiner kirchlichen Bestimmung zurück. Aber diese Kirche war seit dem Konkordat von 1802 und gerade durch dasselbe eine völlig andre geworden, als sie jemals früher gewesen war. Das Konkordat hatte den Papst thatsächlich zum unumschränkten Herrn der französischen Kirche gemacht, und die Revolution hatte der Geistlichkeit alle Vorrechte und alle Besitzungen entrissen, sogar die katholische Kirche ihres Charakters als Staatskirche entkleidet, indem sie allen Konfessionen Gleichberechtigung gewährte. Durch dies alles hatte die Geistlichkeit aufgehört, französisch-national zu sein, sie war römisch-ultramontan geworden.

Diese französische Kirche aber war und ist die stärkste innerhalb der Gesamtkirche, Frankreich das Hauptland des modernen Katholizismus. 18 Erzbischöfe und 67 Bischöfe regieren diese Kirche. Jeder ist in seinem Sprengel der absolute Herr, Regierer und Richter seiner Geistlichkeit, inmitten der rasch wechselnden weltlichen Beamten der einzige, der bleibend waltet und Land und Leute wirklich kennt. Er ernennt und versetzt alle Pfarrer mit wenigen Ausnahmen (in jedem Sprengel durchschnittlich 5—600, im ganzen Lande 37 000), er inspiziert sie beständig, und sie gehorchen ihm wie ein Regiment seinem Obersten, er hat auch die Mönche unter seiner Leitung, sobald sie aushilfsweise gottesdienstliche Handlungen verrichten, und beaufsichtigt ebenso die Nonnenklöster; er firmt jährlich Tausende von Kindern, er leitet zahlreiche Schulen und Wohlthätigkeitsanstalten und hat für ihren Unterhalt zu sorgen, der größtenteils oder ganz aus freiwilligen Spenden bestritten wird, er ist von Geschäften der verschiedensten Art oft überladen und lebt in seinem Palais ziemlich schlicht von seinem Gehalt (10—15 000 Frank). Denn die große Mehrzahl der Bischöfe kommt durch eigne Kraft aus der Pfarrgeistlichkeit herauf, gewöhnlich erst nach dem 50. Lebensjahr, und diese wiederum entstammt, da die höheren Stände sich selten zu dieser Laufbahn entschließen, fast durchweg aus dem kleinen Bauernstande. Da dieser zu arm ist, für die höhere Ausbildung seiner Söhne zu sorgen, so werden die künftigen Geistlichen durchweg in den priesterlichen Seminaren, strengen Rektoratsschulen, vorbereitet und nicht sowohl zu wissenschaftlichen Theologen, als zu unbedingt gläubigen und gehorsamen Priestern erzogen. „Die Priester lernen nicht denken, ihre wissenschaftliche Schulung ist gleich Null — was sie am wenigsten kennen, das ist das Evangelium und Jesus Christus“, so hat einer von ihnen noch 1890 gesagt. Aber über die Mühseligkeiten ihres Berufs, über die Kargheit ihres Gehalts (1100—1600 Frank), über die sklavische Unterwürfigkeit, die sie dem Bischof schulden, erhebt sie das stolze Bewußtsein, Mittler zu sein zwischen Gott und den Menschen. An Hingebung und Opfermut, an Eifer und Pflichttreue übertrifft dieser moderne französische Klerus den altfranzösischen vor der Revolution unvergleichlich, und Männer wie Bischof Felix Dupanloup von Orléans (1848—78), lange Jahre das anerkannte Haupt des Klerus, erinnern an die besten Zeiten der französischen Kirche des 17. Jahrhunderts.

Eine merkwürdige Triebkraft entwickelten auch die geistlichen Orden, obwohl äußerliche Vorteile schlechterdings nicht mehr locken konnten, und zwar trat dabei die Askese, wie sie Cistercienser, Kartäuser und Trappisten üben, weit hinter der werkthätigen Frömmigkeit in Kranken- und Armenpflege, Unterricht und innerer Mission, also hinter der sozialen Aufgabe der Kirche, zurück, und gerade diese Orden, meist jüngerer Stiftung, wie die vom heiligen Karl und von Vincenz da Paula, vom heiligen Herzen und die der Schulbrüder und Schulschwestern wuchsen besonders rasch. Die Schulbrüder z. B. zählten 4000 Köpfe im Jahre 1845, 9818 im Jahre 1878, die Klostergeistlichkeit überhaupt gegen 66 000 im Jahre 1856, im Jahre 1866 allein Nonnen gegen 86 000, Mönche über 20 000. Die strenge Zucht unter selbstgewählten, wechselnden Oberen, die karge Lebenshaltung und die sorgfältigste Prüfung der Novizen ist ihnen allen charakteristisch.

Zwei Strömungen gelangten innerhalb der französischen Kirche unter Napoleon III. mehr als jemals in der neueren Zeit zur Herrschaft, die Richtung auf eine immer schärfere Unterordnung unter den absoluten Papst in Rom und die mystisch-sinnliche auf das Wunderbare, die gerade von Rom aus gefördert wurde. Überall verdrängte der römische Kirchenbrauch den alteinheimischen, so daß sich z. B. die örtliche Agende nur noch in den Sprengeln von Paris und Orléans hielt, und überall wurde die Andacht zum heiligen Herzen Jesu, d. i. dem blutenden Herzen als dem eigentlichen Sinnbilde der Erlösung, und der Kultus der Mutter Gottes gefördert, dieser besonders, als Pius IX. aus eigner Machtvollkommenheit 1854 das neue Dogma von der unbefleckten Empfängnis verkündigt hatte. Riesige Madonnenstatuen erhoben sich bei Lyon an der Rhone und bei Puy in der Auvergne, und in der Mitte dieses bildungsstolzen 19. Jahrhunderts erlebte die Nation Voltaires wunderbare Marienerscheinungen, 1853 bei La Salette in dem Dauphiné und 1858 in der Grotte von Lourdes in den Pyrenäen. Da sich an beide alsbald der Glaube an wunderbare Heilungen knüpfte, so wurden beide Punkte Wallfahrtsorte, nach denen die Gläubigen aller Stände zu Zehntausenden strömten. Umsonst widerstrebten die selbständigeren

unter den Bischöfen, wie Sibour in Paris und Dupanloup in Orléans, dieser ultramontanen Wundersucht; das römische System fand nicht nur in den Orden, sondern auch in der klerikalen Presse, vor allem in Louis Veuillots „l'Univers", die nachdrücklichste Vertretung und wurde im Notfall durch unmittelbares Eingreifen des Papstes unterstützt.

Kirche und Volk.

Aber freilich, je schärfer Rom die Zügel anzog und je mehr es dem handfesten Volksglauben, der des Heils durch sinnliche Wahrnehmung gewiß werden wollte, entgegenkam, desto mehr entfremdete es sich die Gebildeten. Weitaus die meisten gebildeten Franzosen waren und blieben Voltairianer oder völlig gleichgültig, in beiden Fällen ohne sittlich-religiöse Überzeugung. Gerade deshalb waren sie freilich der Kirche auch ganz ungefährlich, und keinem fiel es ein, sich von ihr loszusagen, denn dies hätte Unbequemlichkeiten gemacht. Also galt überall der Satz: „Man spottet und unterwirft sich." Nur die Frauen bewahrten ein inneres Verhältnis zur Kirche. Diese gleichgültige oder feindselige Stimmung ging aber allmählich auch auf die großen Massen über, erst in den Städten, dann auch auf dem platten Lande, weil bei diesen vor allem der Anspruch des Seelsorgers, das Leben des einzelnen bis ins kleinste zu regeln und zu beaufsichtigen, mit dem modernen Gefühle der persönlichen Freiheit in Widerspruch geriet. Schon 1847 wollte ein Pfarrer von den 32 Millionen Franzosen nur 2 Millionen als gute Christen, die zu Beichte und Abendmahl gingen, gelten lassen, und Bischof Dupanloup sagte in einem Hirtenbriefe, daß von 350 000 Diöcesanen kaum 45 000 diese Pflicht zu Ostern erfüllten. Anders stand es im ganzen bei den Protestanten; doch ihrer zählte man 1860 nur ungefähr $1\frac{1}{2}$ Millionen (von 37) und weitaus die Mehrzahl davon fiel auf das Elsaß, wo im Niederelsaß ein Drittel, im Oberelsaß ein Zehntel evangelisch war und der lutherische Bauer treu an seinem Pfarrer und seinen deutschen Kirchenliedern festhielt.

Unterricht.

Um so angestrengter arbeitete die römische Kirche daran, den Unterricht möglichst in ihre Hände zu bekommen. Napoleon I. hatte ihn zu einem Monopole des Staats gemacht, indem er durch das Gesetz vom 17. März 1808 das gesamte Unterrichtswesen in allen seinen Stufen von der Hochschule bis zur Volksschule in eine große staatliche Körperschaft, die Université de France, unter einem vom Staatsoberhaupte ernannten „Großmeister (Grandmaître)" zusammenfaßte, die alten Universitäten in einzelne Fakultäten (staatliche Fachschulen, écoles spéciales) auflöste und als oberstes Ziel des Unterrichts die „nationale Doktrin", d. h. die dogmatische Einprägung unbedingter Hingabe an die Person des Kaisers, hinstellte. So wurde die überdies ganz militärisch eingerichtete napoleonische Schule zur Ergänzung der Kirche (vergl. Bd. VIII, S. 687 f.). Dies System behielten die Bourbonen und die Orléans mit einigen Milderungen für ihre Zwecke bei, nur daß das Ministerium Guizot schon 1833 dem Elementarunterricht eine gewisse Freiheit gestattete. Aber da die Geistlichkeit nicht aufhörte, das Staatsmonopol zu bekämpfen und die Freiheit des Unterrichts (natürlich im Interesse der Kirche) zu fordern, besonders seit 1842, und da Napoleon III. ihrer bedurfte, überdies die Stimmung der maßgebenden Kreise nach der Junischlacht alle Mittel zum Kampfe gegen die „Roten", die Sozialisten, aufbieten zu müssen glaubte, so beseitigte das Gesetz vom 15. März 1850 das alte Unterrichtsmonopol des Staats und gewährte die „Freiheit des Unterrichts (Enseignement libre)", indem es sogar seine Aufsicht über die Privatschulen auf die Sittlichkeit und die Gesundheitspflege beschränkte, dagegen den Religionsunterricht in seinen Anstalten der Kirche zuwies (s. Bd. IX, S. 753). Damit war die Mitherrschaft der Kirche über den Unterricht begründet, die bald zur Vorherrschaft wurde. Denn in den obersten Unterrichtsrat traten vier Bischöfe ein, und jeder Bischof war mit einem zweiten Geistlichen Mitglied der obersten Schulbehörde seines Sprengels.

Auf seinem Gebiete reglementierte der Staat nach wie vor alles. Er ordnete das höhere Schulwesen der Lyceen und Kollegien durch das Gesetz vom 10. April 1852, stellte die Volksschule unter die Aufsicht des Präfekten, ernannte seine Landesschulinspektoren für alle drei Stufen des Unterrichts und übertrug den Rektoren der auf 16 verringerten „Akademien" (d. i. Unterrichtsbezirke) die Aufsicht über das gesamte Schulwesen ihres Bezirks (1854). Aber neben dem staatlichen Schulwesen entwickelte sich mit zunehmender Schnelligkeit ein kirchliches. Allein die

Jesuiten, deren Anstalten 1845 aufgelöst worden waren, gründeten 1850/52 nicht weniger als 16 „freie" Anstalten, deren bis 1870 im ganzen gegen 100 neu entstanden, und die Zahl der kirchlichen Mittelschulen überhaupt wuchs von 1853—59 von 158 auf 230, die Zahl ihrer Schüler kam denen der staatlichen Anstalten fast gleich (1865 54000 gegen 64000). Gegenüber diesen beiden Mitbewerbern nahmen die ursprünglich ziemlich zahlreichen Privatschulen rasch ab, von 1854—65 fiel ihre Ziffer von 825 auf 622, und selbst manche altberühmte Anstalt, wie das reichdotierte Kolleg St. Barbe in Paris, ein Rest der alten Pariser Universität, hält sich jetzt nur mit Staatsunterstützung. Vollends auf dem Gebiete der Volksschule nahm die Kirche dem Staate den Wind bald aus den Segeln. Da der größte Teil der Laienlehrer (von etwa 40000 angeblich drei Viertel!) für sozialistisch galt, so waren sie schon 1849 scharenweise entsetzt worden (im ganzen über 600). In diese Lücke traten bereitwillig vor allem die Schulbrüder und Schulschwestern ein. Wenige Jahre nachher, 1852, besaßen jene 1700, diese 1836 Schulen; insbesondere die Mädchenerziehung aller Stände fiel größtenteils den klösterlichen Internaten anheim. Da es indes keinen Schulzwang gab, so blieben noch nach 1850 über $^1/_2$ Million Kinder ganz ohne Unterricht, $^1/_2$ Million wenigstens ohne regelmäßigen Unterricht; noch 1864 berechnete man die Zahl der ersteren auf 600000, davon $^3/_4$ Mädchen, und die 38000 öffentlichen Volksschulen, die es damals gab, waren keineswegs auf alle Landschaften und Gemeinden gleichmäßig verteilt, so daß noch 1857 durchschnittlich ein Drittel der Rekruten (in der Bretagne sogar 58—65 Proz.) nicht einmal lesen konnte. Erst seitdem begann der Staat entschiedener einzugreifen durch Vermehrung des Staatszuschusses, Errichtung von Schulen für Erwachsene und von Volksbibliotheken u. dergl., und 1867 bildete sich für denselben Zweck eine Unterrichtsgesellschaft (Ligue française de l'enseignement), die ihre Spitze gegen den klerikalen Einfluß kehrte.

Von all diesen Umgestaltungen wurde das Hochschulwesen Frankreichs höchstens insofern berührt, als die römische Kirche die Ausbildung der künftigen Geistlichen ausschließlich ihren eignen kleinen und großen Seminaren vorbehielt, während die Protestanten dafür ihre besonderen theologischen Akademien hatten, die Calvinisten in Montauban, die Lutheraner in Straßburg. Im übrigen blieben die gesonderten Fakultäten bestehen, und auch der Charakter des Mittelschulwesens in den staatlichen mehr humanistischen Lyceen und den städtischen mehr realistischen „Kollegien" änderte sich dadurch nicht wesentlich; selbst die geistlichen Schulen und die Privatanstalten blieben dem einmal landesüblichen Systeme treu. Danach waren und sind die französischen Mittelschulen durchweg Internatsschulen, große Kasernen für Hunderte von Alumnen, so daß die Externen die Minderheit bilden (1887 von 183000 Schülern überhaupt 85000), mit allen Übelständen solcher, der künstlichen Absperrung von der Außenwelt, den Zwang zu peinlichem äußeren Gehorsam bei innerem Widerspruch und dem daraus folgenden heimlichen, zu Lüge und Verstellung führenden Kriegszustande zwischen Erziehern und Schülern, der Entfremdung vom Familienleben und der Verkümmerung des Gemüts, den Gefahren moralischer und physischer Ansteckung durch schlechte Elemente. Denn beide Mächte, Staat und Kirche wollten und wollen den Knaben und Jüngling keineswegs zum selbständigen Denken und Handeln um seiner selbst willen erziehen, sondern vielmehr ihn für ihre politischen oder kirchlichen Zwecke dressieren und in Beschlag nehmen. Nirgends trat das in schärferen Widerspruch mit den natürlichen Bedürfnissen der Bevölkerung als im deutschen Elsaß, wo das höhere Unterrichtswesen ebenso völlig französisch war als im Innern und daher die höheren Stände, vor allem die Frauen, unter Napoleon III. vollkommen französiert wurden. Jenem Zwecke zuliebe stand bei den staatlichen Schulen der Religionsunterricht ganz außerhalb, bei den geistlichen, verbunden mit einer Menge äußerlicher Übungen im Mittelpunkte; bei beiden aber war der sprachliche Unterricht mehr auf das Formale, das Grammatisch-Rhetorische gerichtet, die Geschichte wurde nach der einen oder der andern Seite zurecht gemacht und ziemlich mechanisch eingepaukt, dagegen die Mathematik als Mittel der logischen Schulung gründlich betrieben. Als Hauptmittel, den Wetteifer anzuspornen, diente von jeher die Erregung des Ehrgeizes, vor allem durch große „Konkurse" aller Lyceen und Kollegien des ganzen Landes mit Preisen und Belobigungen für die tüchtigsten Leistungen. Ob staatlich oder kirchlich geleitet, der Geist blieb überall derselbe. Die Fakultätsbildung mit ihrer ganz und gar fachmäßigen, übrigens rein theoretischen Schulung setzt dann das Werk des Lyceums und Kollegiums fort. So erhielt und erhält die französische Jugend der höheren Stände eine Erziehung und

Bildung, bei der das Gemüt verkümmert, die formale Gewandtheit, das scharfe Denken und der Ehrgeiz besonders entwickelt und zugleich der entschiedenste Haß gegen allen Druck, den sie während der schönsten Jahre hat ertragen müssen, aber keine unbefangene Beurteilung der Welt, kein Idealismus und keine Pietät groß gezogen werden. Die Eigenart der modernen französischen Geschichte ist nicht zum wenigsten in dieser Erziehung begründet.

Der Staatssozialismus Napoleons III.

Der vierte Stand.

Da im französischen Staatsleben Tradition und Treue längst zerstört waren, da die Grundlage des Kaisertums das allgemeine Stimmrecht und jeder politische Idealismus hier nicht monarchisch, sondern republikanisch oder sozialistisch war, so konnte Napoleon III. auf diese Kräfte des Gemüts nicht rechnen, so wenig wie dies Napoleon I. gethan hatte, sondern er mußte zwischen seiner Dynastie und dem französischen Volk ein Band materieller Interessen schaffen. Demgemäß wandte er seine besondere Fürsorge dem vierten Stande, vor allem der städtischen Arbeiterbevölkerung zu, die am gefährlichsten und doch am ehesten durch materielle Vorteile zu gewinnen schien, und auch in dem dritten Stande, der Bourgeoisie, suchte er durch kräftige Förderung des Erwerbslebens das Streben nach politischer Herrschaft zu betäuben. Für die Arbeiter vor allem schuf er Sparkassen, deren Zahl im Jahre 1852 etwa 2000, im Jahre 1859 schon über 4000 mit $^1/_2$ Mill. Mitglieder betrug, Rentenkassen unter Staatsgarantie und Krankenkassen, zahlreiche neue Wohlthätigkeitsanstalten, Volksküchen und Siechenhäuser; er sorgte für billige Volksbäder auch in den Provinzialstädten und für billiges Brot, indem er bei höheren Getreidepreisen den Bäckern Zuschüsse zahlen ließ, während diese im entgegengesetzten Falle kleine Beiträge in die Kasse abführten; er ließ in Paris prachtvolle, geräumige Markthallen errichten und wandte große Geldmittel auf, um an Stelle der engen, finsteren, schmutzigen Löcher, in denen bis dahin die Fabrikarbeiter meist hausten, freundliche, gesunde Wohnungen, ganze Arbeiterviertel zu setzen, so in Paris (in Faubourg St. Antoine), in Lille (die Cité Napoléon), in Mülhausen, wo sie hauptsächlich durch Fabrikherren deutscher Abkunft, wie Jean Dollfus seit 1853 mit Hilfe der Société des Cités ouvrières, ins Leben gerufen und bis 1866 gegen 800 Arbeiterhäuser hergestellt wurden. Er gewährte umfassende Arbeitsgelegenheit durch den großartigen Umbau von Paris, wo der Seinepräfekt Haußmann (1853—1870) mit unumschränkter Machtvollkommenheit schaltete und 1068 Mill. Frank dafür verausgabte, und er schuf damit nicht nur breite, luftige Straßen und Boulevards, prächtige Schmuckplätze und Parkanlagen, sondern auch bessere gesundheitliche Bedingungen durch diese Anlagen wie durch großartige Schleusenbauten und zugleich bessere Sicherheit gegen Revolutionen, die in den engen Gassen nur am leichtesten widerstandsfähig gewesen, indem die neuen breiten, geraden Straßen nur makadamisiert und an den wichtigsten Punkten von mächtigen Kasernen beherrscht wurden. Da Paris tonangebend war, so ahmten die großen Provinzialstädte dies Beispiel schleunigst nach. Freilich stürzten sie sich dadurch auch in Schulden, die in Lyon unter dem Kaisertum von 10 auf 54, in Marseille von 17 auf 91 Mill. Frank, in Paris 1859—1869 von 49 auf 984 Mill. stiegen. Zugleich drängte sich die kleinstädtische und ländliche Bevölkerung scharenweise in die großen Städte, wo sie ein angenehmeres Dasein und höhere Löhne zu finden erwartete. So wuchs Paris 1851—1856 um 300000 Einwohner, aber die kleinen Gemeinden (unter 3000 Einwohnern) verloren 1852—1862 nicht weniger als 12 Prozent ihrer Bevölkerung, das platte Land überhaupt 50000, und in 20 Departements verringerte sich die Bevölkerung geradezu. Sogar im deutschen Elsaß war die Zunahme nur gering, da gerade die tüchtigsten Leute gern nach Paris oder in andre große Städte des Innern gingen. Doch sind das alles Erscheinungen der modernen Entwickelung, für die Frankreich nur typisch ist.

Landwirtschaft.

Der weitaus stärkste Teil des vierten Standes, die Landwirtschaft treibende Bevölkerung, im Jahre 1856 etwa 53 Prozent aller Franzosen, erfuhr, obwohl die Bauern ihrer Gesinnung nach am zuverlässigsten waren und der Kaiser für die Land-

wirtschaft ein ganz persönliches Interesse hegte, doch viel weniger direkte Förderung. Das Meiste geschah für Urbarmachung der noch sehr ausgedehnten Ödländereien und für Aufforstung. Bis 1862 wurden im ganzen 458000 ha neuangebaut, z. B. das Sumpfland der Sologne südlich von Orléans, wo in elf Jahren 270000 ha entwässert und an kleine Besitzer ausgethan wurden; ebenso wurden die Dünen der Gascogne bepflanzt und auf den Domänen Tausende von Hektaren aufgeforstet. Auf eigne Kosten ließ der Kaiser 33 Musterwirtschaften anlegen, 16 alte Pachthöfe in solche umwandeln, 10000 ha meliorieren; er suchte die kümmerliche Rindviehzucht und die ganz ungenügende Pferdezucht nicht ohne Erfolg zu heben, er sorgte für Kredit- und Versicherungsanstalten (Credit foncier), stellte u. a. für Drainierungen einen Kredit von 100 Millionen zur Verfügung, ermunterte durch landwirtschaftliche Ausstellungen und Preise zu Verbesserungen. Im ganzen hatte das alles doch nur mäßige Erfolge. Der Bauer litt am meisten unter dem Mangel an Selbstverwaltung, der beständigen Bevormundung durch ganz städtisch gebildete Beamte, die ihm zuweilen sogar vorschreiben wollten, wann er die Ernte beginnen sollte, und an dem Abzuge der ländlichen Arbeiter in die Städte; an sich konservativ und gegen Neuerungen mißtrauisch, blieb er am liebsten bei der Väter Weise, vernachlässigte die einträgliche Viehzucht und den Wiesenbau und wußte wenig von Düngung und Drainage. Und doch bildeten diese Millionen von Bauern, von denen 1856 fast acht Millionen (Weiber und Kinder mitgerechnet) freie Eigentümer, nur $2^1/_2$ Mill. Pächter, $1^1/_3$ Mill. Halbpächter (métayers) waren, also fast $11^2/_3$ Millionen (von 19) eigne Wirtschaften leiteten, Frankreichs größten Schatz, einen unerschöpflichen Vorrat physischer und sittlicher Kraft und die sicherste Schutzwehr gegen die Ausbeutung des revolutionären Sozialismus, der dort aufzuhören pflegt, wo der Bodenbesitz anfängt.

Gewerbe und Handel.

Über Gewerbe und Handel Frankreichs hatte die Februarrevolution eine schwere Krisis gebracht. Unter dem Drucke der politischen Unsicherheit waren die Bestellungen unterblieben oder zurückgezogen, die Fabrikation verringert oder eingestellt, die Arbeiter zu Tausenden entlassen worden, im Sommedepartement z. B. allein 142000. Erst nachdem mit dem Staatsstreiche die Verhältnisse sicherer geworden waren, begann sich das Erwerbsleben wieder zu heben. Das meiste dafür that der Kaiser ganz persönlich. Schon 1855 fand (nach dem Vorbilde der englischen von 1851) die erste große Weltausstellung in Paris statt, der 1867 eine weit großartigere folgte, und im Widerspruch mit den Traditionen und der Stimmung des Volkes ging Napoleon III., gestützt auf seine in dieser Beziehung beinahe unumschränkte Machtvollkommenheit, also ohne Mitwirkung der Volksvertretung, dazu über, das altnationale Schutzzollsystem zu verlassen und durch eine Reihe von Handelsverträgen mit den Nachbarstaaten deren Waren freieren Eingang in Frankreich, der hochentwickelten französischen Industrie und Landwirtschaft ausgedehntere Absatzgebiete im Auslande zu öffnen und künftigen Zollbenachteiligungen dadurch vorzubeugen, daß die Vertrag schließenden Staaten einander die Rechte der „meistbegünstigten Nationen" zusicherten. Den ersten schloß er am 23. Januar 1860 mit England ab, andre mit Belgien, Italien und dem zollvereinten Deutschland folgten in den nächsten Jahren. So wurde Napoleon III. der Begründer einer Periode des Freihandels für ganz Westeuropa. Ein großartiger Ausbau des französischen Eisenbahnnetzes (1857 1330 km, 1869 21000 km) durch die vier großen, vom Staate monopolisierten und unterstützten Eisenbahngesellschaften des Nordens, Ostens, Südens und Westens setzte die Hauptstadt mit den entferntesten Teilen des Landes in bequeme und rasche Verbindung, wobei freilich die Querlinien so völlig fehlten, daß man z. B. von Lyon nach Bordeaux nur über Paris fahren konnte. Die Zahl der Seeschiffe stieg bis 1863 auf mehr als 15000 mit über 1 Mill. Tonnen Gehalt, die von der Regierung unterstützten Messageries impériales besorgten von Bordeaux aus einen guten Teil des Verkehrs mit Südamerika, befuhren seit 1862 von Marseille aus eine große Linie über Ägypten nach Ostindien und Asien und besaßen Ende 1864 schon 58 große Dampfer. Die französischen Telegraphenlinien hatten 1866 eine Länge von 30000 km. Die industrielle

Bevölkerung belief sich schon 1856 auf etwa $10^1/_3$ Mill., doch verteilte sich der industrielle Betrieb sehr ungleich; er herrschte vor in und um Paris, im Norden und Nordosten, im oberen Elsaß, an der oberen Rhone (Lyon) und an der unteren Garonne (Bordeaux). So verdreifachte sich in 15 Jahren der Wert der Ein- und Ausfuhr (1850 2500 Mill., 7600 Mill. im Jahre 1865) und der Wohlstand besonders der städtischen Bevölkerung wuchs rasch, so daß die Zahl der kleinen Rentenbesitzer in 20 Jahren von 292000 (1848) auf fast 1100000 (1867) stieg.

Börsenspiel und Spekulationsgeist.

Allein mit diesen Lichtseiten der neuen Volkswirtschaftspolitik verbanden sich dunkle Schattenseiten. Die Gier, rasch reich zu werden, trieb zu wilden Börsenspekulationen und schwindelhaften „Gründungen", die, solange sie Kredit fanden, einzelne Firmen unsinnig bereicherten, beim Zusammenbruch Tausende kleiner Leute mit ins Verderben rissen, wie jener „Crédit mobilier", die Gründung der Gebrüder Pereire, zweier portugiesischer Juden, 1852, die eine Masse von neuen Aktienunternehmungen hervorrief und schließlich 1867 jämmerlich zusammenfiel. Dazu kamen die zahlreichen Anleihen fremder, auch sehr wenig zahlungsfähiger Staaten (1855—65 fast 1000 Mill. im Nominalbetrag), die durch hohen Zinsfuß und günstige Emissionsbedingungen viele verlockten und dann durch raschen Kurssturz Verderben verbreiteten. Besonders die jüdische Findigkeit hatte hier ein dankbares Feld, und die großen Geldmächte, wie die Rothschild, sind zuerst in Frankreich zu entscheidender Bedeutung emporgekommen. Ganz neu, aber durchaus kein Fortschritt war dabei die Erscheinung, daß angesehene Zeitungen, wie „Constitutionel", „Presse", „Patrie", in das Eigentum von Börsenmännern übergingen und deren unsolideste Spekulationen, das Publikum betrügend, unterstützten, und noch schlimmer war es, daß hochgestellte Männer in der Regierung, namentlich Genossen des Staatsstreiches, sich an diesen Dingen beteiligten und ihre Kenntnis der politischen Lage zu Spekulationen mißbrauchten. Die Regierung geriet allmählich selbst in Abhängigkeit von den Börsenmächten und mußte bei ihren Unternehmungen auf sie eine unziemliche, oft schädliche Rücksicht nehmen.

Staatshaushalt.

Denn auch die staatliche Finanzwirtschaft arbeitete mit Anleihen und Schulden trotz der Überschüsse, die sich in den ersten Jahren ergeben hatten (1852 66 Mill., 1853 44 Mill. Frank). Im ganzen stieg die Last der Staatsschulden bis 1869 auf etwa 5 Milliarden, der Voranschlag der jährlichen Ausgaben erreichte um dieselbe Zeit fast die dritte Milliarde. Waren doch die Ausgaben für Heer und Flotte beständig im Zunehmen, und die Gloire des Krimkrieges, von dem Frankreich kaum einen greifbaren Gewinn hatte, kostete 1348 Mill. Frank.

Kolonialpolitik.

In der Volks- und Finanzwirtschaft der Franzosen begannen die Kolonien, nachdem das stolze Kolonialreich des 18. Jahrhunderts bis auf wenige kleine Trümmerstücke zerfallen war, erst unter dem zweiten Kaisertume allmählich wieder eine gewisse Rolle zu spielen. Es war das Verdienst der Orléans, durch die Eroberung Algeriens den Grundstein zu einem neuen Kolonialreiche gelegt zu haben, und es sollte das Werk des Kaiserreichs sein, sie nach allen Richtungen zu erweitern und neue Teile hinzuzufügen. Daß dabei der Soldat voranging, der Kaufmann und Kolonist folgten, war und ist in der Allmacht und Zentralisation des französischen Staatswesens tief begründet; aber den Franzosen deshalb, weil sie gerade umgekehrt verfahren, wie die Engländer, schlechtweg die Befähigung zur Kolonisation abzusprechen, geht doch nicht an; ihre Schwäche jenen gegenüber beruht mehr in der geringen Auswanderung, die mit der langsamen Volksvermehrung zusammenhängt.

Algerien.

Jedenfalls hatten die Orléans die Aufgabe an einem sehr günstigen Punkte angefaßt. Denn Algerien war zwar in seiner Küstenzone von den herrschenden nomadisierenden Arabern und den in zahlreichen, befestigten Dörfern seßhaften, Ackerbau und ein ziemlich hochentwickeltes Gewerbe treibenden Berbern (Kabylen), die in Glaube und Sitte längst meist arabisiert waren, verhältnismäßig gut bevölkert und kultiviert, aber es bot doch in seinen fruchtbaren Thalebenen, dem Tell, noch hinlänglich Raum für eine südeuropäische Kolonistenbevölkerung, die hier unter ähnlichen natürlichen Bedingungen wie in der Heimat und in geringer Entfernung von ihr leben und ihr

die wertvollsten Rohstoffe liefern konnte, es hat zahlreiche gute Häfen und es gab Frankreich eine sehr wertvolle Verstärkung seiner Stellung am Mittelmeere. Die Kolonisation hatte erst unter der glücklichen und energischen Verwaltung des Marschalls Bugeaud (1841—47) begonnen (s. Bd. IX, S. 576 ff.); doch während der republikanischen Zeit wechselten die Generalgouverneure rasch, und obwohl St. Arnaud und Pélissier siegreich gegen die Kabylen waren, so trat eine Periode des Aufschwunges doch erst unter General Randon (1852—58) ein. Dieser unterwarf mehrere noch unabhängige Stämme, schlug während des Krimkrieges den gefährlichen Aufstand der Kabylen unter Bu-Bargla nieder und sicherte das unruhige Dschurdschuragebirge südöstlich von Algier durch das starke Fort Napoleon. Nicht nur Militärstraßen und Kasernen für 30000 Mann wurden nun erbaut, sondern auch die europäische Kolonisation energisch begonnen. Von 1851—57 entstanden 70 neue Dörfer, wurden 130000 ha Ackerland den Ansiedlern überwiesen und stieg deren Zahl von 131000 auf 189000; die für Getreidebau verwandte Fläche verneunfachte sich schon bis 1854 (540000 ha), die Baumwollernte betrug 1858 schon über 200000 kg, die Ausnutzung der reichen Korkeichenwälder wurde kräftig in Angriff genommen, seit 1857 auch der Eisenbahnbau. So wuchs 1852—58 die Ausfuhr von $21\frac{1}{2}$ auf 39 Mill., die Einfuhr von $65\frac{1}{2}$ auf 108 Mill., das Budget von 20 auf $36\frac{1}{2}$ Mill. Frank. Daß von unmittelbarem finanziellen Gewinn für das Mutterland keine Rede sein konnte, ergab sich aus den großen Kosten für das Militär (gegen 100000 Mann). Aber nicht darin beruht der Hauptwert einer Kolonie. Auch die Verbreitung französischer Bildung blieb hinter diesen materiellen Fortschritten nicht zurück. In Algier und Constantine entstanden die ersten französischen Schulen auch für Araber und Kabylen, die vorzügliche Erfolge aufwiesen, Lazaristen, Jesuiten, Schwestern des heiligen Vincenz von Paula widmeten sich dem Unterricht, der Armen- und der Krankenpflege ohne Unterschied des Bekenntnisses; zu den beiden Bistümern Oran und Constantine-Hippo, wohin 1842 ein Arm des heiligen Augustinus als kostbarste Reliquie übertragen worden war (s. Bd. III, S. 105), trat 1867 das ihnen übergeordnete Erzbistum Algier. Auch wissenschaftliche Institute wurden ins Leben gerufen, und überall spürten Offiziere und Gelehrte den Resten des römischen Altertums nach, vor allem in Lambäsa, der einst glänzenden Lagerstadt der dritten Legion (s. Bd. II, S. 812).

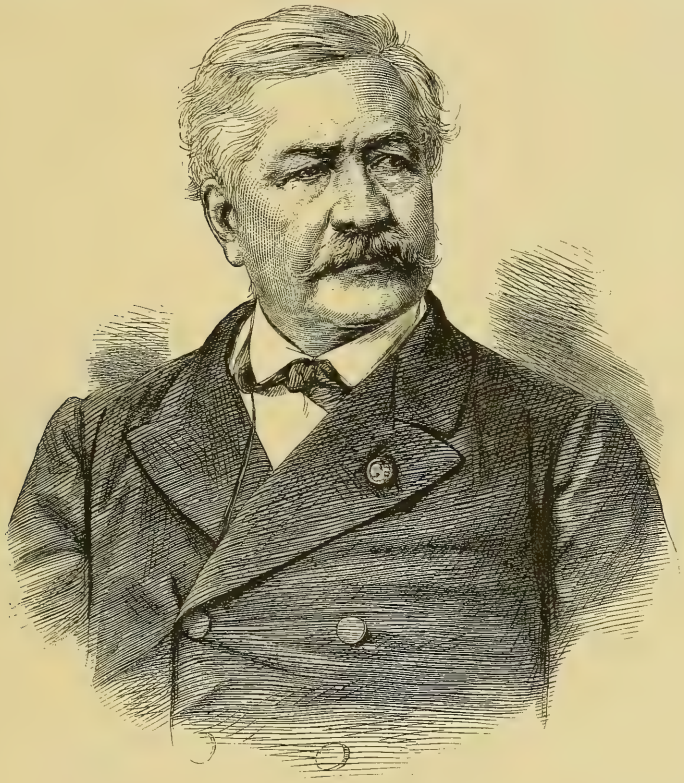
Seit 1858 geriet die Europäisierung allmählich ins Stocken. Denn Napoleon III., der selbst das Land zweimal, 1860 und 1865, besuchte, machte den verfrühten Versuch, die militärische Verwaltung der Generalgouverneure durch die Zivilverwaltung, zunächst unter Leitung seines unruhigen Vetters, des Prinzen Napoleon, zu ersetzen, dann, als er ihn bald wieder aufgegeben und Pélissier 1860 zum Generalgouverneur ernannt hatte, verfolgte er den Gedanken, aus Algerien statt einer französischen Kolonie ein „arabisches Königreich" zu machen und daher die Eingebornen möglichst zu begünstigen. Das Senatskonsult vom 22. April 1863 sprach den Eingebornen das von ihnen behauptete Land als Eigentum zu, zum entschiedenen Nachteil der Kolonisten, die davon eine Ausdehnung der arabischen Weidenwirtschaft auf das Fruchtland befürchteten, und ohne doch die Araber wirklich zu gewinnen, die vielmehr 1864 einen neuen Aufstand machten. Unter Mac Mahon (seit 1864), der die Militärverwaltung durch die Unterordnung der Präfekten unter die Divisionsgenerale noch befestigte, wurden endlich am 14. Juli 1865 die Eingebornen den Franzosen in allen Dingen rechtlich gleichgestellt, selbst in Frankreich. Die Bildung eingeborner Truppen, die sogenannten Turkos (tirailleurs algériens, schon 1865 drei Regimenter), hing damit zusammen.

Senegambien.

Über Algerien hinaus in die unermeßlichen Weiten der Sahara blickten damals die Franzosen noch wenig. Doch errichteten sie 1868 für die Tuaregs die apostolische Delegation der Sahara, und in Senegambien erweiterte und befestigte der energische Generalgouverneur Faidherbe (1854—65) in Verbindung mit der Mission der Kongregation zum heiligen Herzen Mariä (seit 1848) ihre Herrschaft und schuf damit die Grundlage für den modernen Riesengedanken, den ganzen Westen der Nordhälfte Afrikas ihrem Kolonialreiche einzufügen.

Lesseps und der Suezkanal.

Dafür nahmen sie um so glücklicher einen Plan Napoleons I. wieder auf, sich in Ägypten festzusetzen, indem sie den Suezkanal ausführten. Nachdem sich die für dies Werk schon 1846 gebildete französisch-englisch-österreichische Gesellschaft wieder aufgelöst hatte, nahm es Graf Ferdinand von Lesseps (1805—94), trotz allem Widerstreben der englischen Politik, die für die Sicherheit Indiens fürchtete, seit 1854 in die Hand und gründete eine neue französische Gesellschaft zunächst mit 200 Mill. Frank Kapital. Es galt, von Suez bis Port Said am Mittelmeere einen Seekanal von 150 km Länge, 56 m Spiegelbreite und 8 m Tiefe durch lockere Sanddünen und flache Binnenseen in der Wüste zu schaffen. Seitdem der Süßwasserkanal von Kairo nach Suez



5. Graf Ferdinand von Lesseps.
Nach einer Photographie.

das nötigste Bedürfnis befriedigt hatte, wurden längs der Kanallinien Suez, Ismailia und Port Said rasch französische Städte, Pflanzenwuchs stellte sich ein und 40 000 Arbeiter wurden allmählich in Thätigkeit gesetzt, bis endlich im Widerspruch mit allen Unkenrufen und allen englischen Ränken die neue großartige Welthandelsstraße zwischen dem Mittelmeere und dem Indischen Ozean durch den Vizekönig Ismail Pascha von Ägypten im November 1869 feierlich dem Verkehre übergeben werden konnte. Es hat nachmals der ganzen chauvinistischen Verblendung der dritten Republik bedurft, um die Stellung, die das zweite Kaiserreich der Nation im Nillande geschaffen hatte, ihren schlimmsten Nebenbuhlern, den Engländern, in die Hände zu spielen. Aber es bleibt ein wohlerworbener Ruhmestitel der Orléans und Napoleons III., den seit der arabischen Eroberung zerrissenen Zusammenhang der nordafrikanischen Küstenländer mit der europäisch-christlichen Kultur wieder angeknüpft zu haben.

Die Franzosen in Asien.

Auch sonst in der Levante, in Syrien und Kleinasien, verbreiteten die Franzosen mit ihren Missionen, besonders denen der Lazaristen, die von der Propaganda in Lyon geleitet oder unterstützt wurden, ihren Einfluß und ihre Sprache. Im Indischen Ozean, wo sie Mauritius, einige Küstenpunkte in Madagaskar und Vorderindien (Pondichéry) behauptet hatten, kamen sie unter dem Kaiserreich über Anfänge nicht hinaus. Doch setzten sie sich 1862 in Kochinchina fest (s. unten) und erhielten 1868 auf Madagaskar das Recht zur Erwerbung von Grundbesitz, sicherten sich auch schon 1862 durch die Erwerbung von Obok am Golf von Aden einen Anteil an der Herrschaft über die neue Welthandelsstraße nach Indien.

Paris.

Doch alle diese Leistungen verschwanden für den ferner stehenden beinahe vor dem Schauspiele, das Paris darbot. Alle Licht- und Schattenseiten des französischen Lebens flossen hier zusammen, denn niemals war die Zentralisation so groß gewesen wie in diesem Zeitalter der Eisenbahnen und elektrischen Telegraphen. Daher machte sich zunächst der Charakter des französischen Wirtschaftslebens nirgends mehr geltend als hier. Der materialistische Zug, den das Kaisertum nicht erst hineingebracht hatte, aber seiner ganzen Natur nach mächtig verstärkte, beherrschte alles, und da der bequemste Weg zum Reichtum das Börsenspiel zu sein schien, das einen heute hoch emporhob, morgen ins Nichts zurückschleuderte, so nahm das ganze Leben der Pariser Gesellschaft etwas vom Charakter des Glückspiels an, und ein Protzentum von zweifelhafter Bildung und unzweifelhafter Sittenlosigkeit drang bis in die obersten Kreise der Gesellschaft ein. Mancher Herr von altem Adel fand es keineswegs schmutzig, sein rostfleckiges Wappenschild mit dem ergaunerten Golde der Tochter eines Börsenfürsten aufzufrischen, und manch alter adlige Grundbesitz ging in die Hände eines Geldmannes über, dem die Ahnenbilder seines neuen Schlosses sehr fremdartig sein mußten. Verhältnismäßig wenige dieser Emporkömmlinge wußten sich zu behaupten und dem Tone der Kreise, in die sie ihr Spielerglück emporgehoben hatte, sich anzupassen, wie jenes deutschjüdische Haus Rothschild, das zu seinem fürstlichen Landsitze Ferrières den reichsten Schatz alter Gold- und Silberarbeiten erwarb. Aber die feinen Salons hörten fast auf, ein schwerer Schaden für die ganze gesellige Kultur Europas, die ihnen so viel verdankte, die Grenze zwischen der guten Gesellschaft und der Halbwelt verschwand, die „Bohème", das litterarische und künstlerische Zigeunertum, drang in die Geselligkeit der oberen Schichten ein. Sinnloser und oft geschmackloser Luxus trat an die Stelle wahrer Vornehmheit, Spötterei und Frivolität verdrängten alle idealen Interessen, der schamlose Cancan wurde ein beliebter Tanz, und die Königin der Gesellschaft war die Cocotte. Die elegante Jugend teilte ihre kostbare Zeit zwischen dem Börsenspiel und käuflichen Dirnen, gegen die gehalten die bescheidene Grisette des Pariser Studenten ein Ideal von Sittenreinheit war, und in erschreckender Weise zerrüttete der Genuß des Absynths die körperlichen und seelischen Kräfte. Ohne Zweifel ging der kaiserliche Hof in allen diesen Dingen mit schlechtem Beispiele voran, denn er war zwar keineswegs der Urheber, wohl aber der Typus dieser Gesellschaft.

Und Paris, das „Seinebabel", war Frankreich mehr als jemals. Unwiderstehlich zog es die Provinzialen und die Ausländer dahin, die großen Weltausstellungen wurden wahre Völkerfeste. In der That, was konnte es Stolzeres geben, als diese sich immer mehr erneuernde Millionenstadt inmitten ihrer anmutigen Hügel- und Stromlandschaft und ihres Kranzes eleganter Villenortschaften, mit ihren breiten Prachtstraßen und prunkenden Neubauten um den alten historischen Kern, die stumpfen Türme der Notre Dame und den Justizpalast, das Louvre und das Stadthaus, mit dem Pantheon und dem Triumphbogen, mit ihren grünen Schmuckplätzen und Parks, den Elysäischen Feldern und den Buttes Chaumont, den Gehölzen von Vincennes, und Boulogne; was bot mehr Abwechselung als das flutende Leben seiner Boulevards, was reizte mehr die Genuß- und Schaulust jeder Art als die eleganten Restaurants und Cafés, die glänzenden Schaufenster, die zahllosen Theater, zumal wenn am Abend Hunderttausende von Gasflammen alles in strahlenden Schimmer tauchten!

6. Ansicht des Suezkanals (links ein englisches Schiff). Nach einer Photographie.

Die „Provinz".

Und doch war Paris wieder nicht Frankreich. Mochten alljährlich Tausende aus der Provinz dorthin ziehen, ins Glück oder ins Verderben, die große, wirklich seßhafte Masse der französischen Bauern und des bürgerlichen Mittelstandes wurde davon doch eigentlich wenig berührt. Sie hatten nicht die geringste politische und geistige Selbständigkeit gegenüber der Hauptstadt, sie waren es seit langer Zeit gewöhnt, dem von dort gegebenen Anstoß zu folgen, aber sie lebten nicht mit den Parisern. Der Bauer sparte jeden möglichen Centime, um sich ein neues Stück Land zu kaufen, der Schiffer an der Küste, um ein größeres Fahrzeug zu erwerben, der kleine Bürgersmann, um sein Geschäft zu erweitern, seine Kinder zu erziehen und sich eine Rente zu sichern, mit der er sich dann womöglich in den fünfziger Lebensjahren zur Ruhe setzen und in behaglicher Muße in seiner Heimat den Lebensabend verbringen konnte. Die Frau war dabei die treue Gehilfin des Mannes. Dabei hielten diese kleinen Leute nicht nur an den Bräuchen, sondern auch an der Mundart ihrer Heimat ebenso zäh fest wie die elsässischen Bauern an ihrem Schwäbisch, obwohl die Regierung den Dialekten gradezu feindlich gegenüberstand, und verstanden oft nicht einmal richtig Französisch. Wunderten sich doch noch 1870 die Pariser darüber, daß die bretonischen Mobilgarden so gut wie gar nicht Französisch sprachen. Dort in der Provinz lebte das gesunde, arbeitsame, sparsame Frankreich, das den Fortbestand der Nation verbürgte. Selten, aber doch zuweilen hat sie sich auch gegen das Übergewicht der Hauptstadt aufgerafft. Die Wahl Napoleons zum Präsidenten und die Volksabstimmung, die das Kaisertum begründete, waren Siege der Provinz, und der Kampf gegen die Commune 1871 war zugleich ein Kampf gegen die Hauptstadt.

Litteratur und Kunst.

Grundlagen.

Die Litteratur ist ein getreues Spiegelbild dieser Zustände. Auch hier wirkte die Zentralisation des nationalen Lebens in Paris bestimmend. Alles, was in Litteratur, Wissenschaft und Kunst emporkommen wollte, zog dorthin, um sein Glück zu machen, mitunter mit nur ein paar Frank in der Tasche, wie jener sechzehnjährige Alfons Daudet 1858. Noch immer war und ist ein Sitz in der Académie Française unter den fünfzig „Unsterblichen" im palmengestickten Frack das Ziel des höchsten Ehrgeizes für jeden französischen Schriftsteller und Dichter und die Besetzung eines leergewordenen Sessels eine Frage allerersten Ranges. Noch übte das Théâtre français zwar nicht mehr die Alleinherrschaft in Sachen des Geschmacks, da zahlreiche andre Bühnen, wie das Gymnase, Vaudeville, Odeon daneben bestanden, aber die Wucht seiner zähe festgehaltenen Tradition war doch so groß, daß ein Stück, das dort die Probe bestanden hatte, unbedingt durchschlug, und seine Herrscherstellung wußte es auch dadurch zu behaupten, daß es neuere Richtungen keineswegs unbedingt ablehnte. Vollends die litterarische und wissenschaftliche Kritik hatte ihre Heimat durchaus in Paris, in den großen politischen Zeitungen und in den Wochen- und Monatsschriften, wie der Revue des deux mondes, an denen die bedeutendsten Geister Frankreichs mitarbeiteten (Ste. Beuve im „Constitutionel", Theophile Gautier im amtlichen „Moniteur" u. a. m.). Von den vornehmen Salons war wenig mehr vorhanden, doch pflegte die Prinzessin Mathilde eine geistvolle Geselligkeit, und das gastlich offene Haus manches berühmten Schriftstellers wie die kleinen Litteratendiners im Speisehaus Magny boten dafür eine Art Ersatz. Jedenfalls war Paris noch immer ein geistiger Mittelpunkt, wie es sonst nirgends einen gab, die „Provinz" aber verödete mehr und mehr.

Charakter der Litteratur.

Die Litteratur, die unter diesen Umständen aufwuchs, in einer von unsittlichen Elementen reichlich durchsetzten, materialistisch gestimmten Gesellschaft, inmitten des politischen und börsenmäßigen Glücksspiels, konnte natürlich weder klassisch noch idealistisch sein. Von den Anschauungen des Klassizismus wollte sie so wenig mehr etwas wissen, wie von der Romantik, die jenen einst überwunden hatte, sie war oft gemein und unsittlich, aber immer lebendig, auf das wirkliche Leben gerichtet, bemüht, es seiner Natur nach getreu zu schildern, unbekümmert darum, ob es häßlich oder schön, gut oder schlecht war, ja zuweilen mit Vorliebe dem Häßlichen und Schmutzigen zugewandt,

so daß eheliche Untreue ein beliebtes Lustspielmotiv wurde, und der sinnliche Genuß als das eigentliche Ziel des Lebens erschien. Dieser Naturalismus liegt so tief in der ganzen Geistesrichtung der modernen Welt begründet, die allzusehr von der Naturwissenschaft beherrscht wird, daß sie allen europäischen Litteraturen ihr Gepräge mehr oder minder aufgedrückt hat. Ihre Stärke liegt in der sinnlichen Anschaulichkeit des Äußern, des Menschen und seiner Umgebung bis in die kleinste Einzelheit, und in der feinen psychologischen Analyse, nicht in der Handlung und noch weniger in der Befriedigung des Lesers darüber. Noch war eine Reihe von Schriftstellern am Leben und thätig, deren Ruhm schon in der Zeit der Restauration oder der Julidynastie begründet war, Victor Hugo, der Führer der französischen Romantik (gest. 1885), der grollend in der Verbannung auf Jersey und Guernsey saß, aber noch eine große Gemeinde von Anbetern (Hugolâtres) in Frankreich um sich vereinigte, Alexander Dumas (gest. 1870), der unermeßlich fruchtbare Dramatiker und Romanschriftsteller, noch immer fröhlich, kindlich, sprudelnd von Geist, aber „ein einziges kolossales Ich", George Sand (gest. 1876), die begeisterte Erbin der republikanisch-sozialistischen Ideen von 1789, aber eine warmherzige Frau, ihr alter Genosse Jules Sandeau (gest. 1883), Francis Ponsard (gest. 1867), der letzte Klassizist, der kindlich heitere, sorglose Theophile Gautier (gest. 1872), das Haupt der sogenannten „Parnassines". Doch nicht sie gaben mehr die Richtung, sondern ein jüngeres Geschlecht, dem sie sich selbst teilweise dann anschlossen, Alexander Dumas der Sohn (1824—95), Emil Augier (1820—89), Gustav Flaubert (1821—80), Octave Feuillet (geb. 1822), die eng verbrüderten Elsässer Erckmann und Chatrian aus Pfalzburg u. a. m. So frivol manche von ihnen sein mochten, mit ihrer litterarischen Arbeit nahmen sie es doch alle ernst, und an Eifer und Sorgfalt in der Beobachtung des Lebens, das sie schildern wollten, werden die besseren von ihnen doch selten erreicht worden sein.

Roman und Drama.

Damit aber waren auch die herrschenden Gattungen gegeben, der Roman und das Drama als Lustspiel, Sitten- und Gesellschaftsstück, und beide verbanden sich so eng, daß die meisten Schriftsteller beide vertraten und oft genug ein Roman für die Bühne bearbeitet wurde. Dabei herrschte durchaus das politische oder politisch-historische und vor allem das soziale, gesellschaftliche Interesse vor; für idealistisches Heldentum und für antike Stoffe, die einst das klassische Drama der Franzosen bearbeitet hatte, begeisterte sich niemand mehr. Eines der verdienstvollsten Lustspiele Sandeaus, Mademoiselle de la Seigliere (1844 als Roman erschienen, 1851 dramatisiert) behandelt den Ausgleich zwischen dem alten Adel und der neuen Gesellschaft, Erckmann und Chatrian schilderten in ihren Romanen (Histoire d'un conscrit de 1813, Waterloo, le Blocus), die Kriegsthaten des ersten Kaiserreichs, doch mit antibonapartischer Tendenz. Aber weit überwog das Interesse an den sozialen und sittlichen Problemen der modernen Gesellschaft und leider besonders an ihren unsittlichen Seiten. George Sands „Marquis de Villemer" (1851, dramatisiert 1864) ist noch ein vorzüglicher Gesellschaftsroman älterer Art, aber Dumas der Sohn feierte in seiner berufenen „Kameliendame" (la dame aux camélies, 1852) eine Heldin der Liebe, Flauberts „Madame Bovary", an der er acht Jahre gearbeitet hatte (1857), wurde der Ausgangspunkt eines rücksichtslosen, grellen Naturalismus, Augiers „Lionnes pauvres" (1858) übertrafen alles an Schamlosigkeit, und andre Stücke führten die Welt des Börsen- und Preßtreibens vor, wie Augier in seinen „Effrontés" und dem „Fils de Giboyer" (1861), und es half wenig, wenn Ponsard halb im Auftrage Napoleons III. diesem wüsten, ideenlosen, völlig frivolen Treiben in seinem Stück „l'Honneur et l'Argent" (1853) zu gunsten ehrenfester Grundsätze den Krieg erklärte. Und schon wurden die Vertreter des vierten Standes mit Vorliebe als Helden einer Dichtung behandelt, wie selbst Victor Hugo es in seinen späteren Romanen „les Misérables" (1852) und „les Travailleurs de la Mer" in oft phantastischer Weise that. Volkstümlich im guten Sinne war das ja alles nicht; die Massen der Pariser Bevölkerung ergötzten sich hauptsächlich an prachtvoll inszenierten Ausstattungsstücken, an phantastisch-lüsternen „Féeries" und an lärmenden Spektakelstücken, die die kriegerische Gloire des Kaisertums verherrlichten. Ganz

unberührt von dem allen blieb im Grunde das Landvolk. Nach wie vor ergötzte sich dies an seinen alten Volksliedern in heimischer Mundart, die es sich durch alle Stürme der Zeiten bewahrt hatte. An diese lebendige Volksdichtung anknüpfend, versuchten es patriotische Südfranzosen, Mistral und Roumanille voran, das klangvolle Provençalisch wieder mindestens für die Dichtung zu einer Schriftsprache zu erheben, und Schöpfungen echt poetischen Inhalts sind aus dieser Schule hervorgegangen.

Wissenschaft. Wenn der Wirklichkeitssinn die französische Dichtung oft genug zur Darstellung des Unsittlichen und Häßlichen verführte, so übte er auf die Wissenschaft, namentlich auf die historisch-philologischen Fächer, einen überwiegend günstigen Einfluß. Von großer Bedeutung wurde der philosophische Positivismus von Auguste Comte (1798—1857), die Lehre, daß nur das sinnlich Wahrnehmbare erforschbar sei, also in letzter Linie die unabänderlichen Naturgesetze, alles Metaphysische dagegen jenseit der Grenzen der Erkenntnis liege. Dazu flutete ein starker Strom germanischen Geisteslebens aus Deutschland, England und Nordamerika nach Frankreich. Die Bildung des Kaisers selbst stand viel mehr unter dieser Einwirkung, als unter französischer, und die Elsässer wurden damals wirklich das, dessen sie sich so gerne rühmten, die Vermittler zwischen deutscher und französischer Art. Die „Revue germanique" des Elsässers Nefftzer widmete sich ganz besonders dem Verständnis deutschen Geisteslebens, der „Temps" wurde lange Zeit in demselben Sinne von Elsässern geleitet, die „Revue historique" berücksichtigte ausführlich die geschichtliche Litteratur Deutschlands. Die Regierung ging in der Förderung dieser Studien mit gutem Beispiele voran. Sie reorganisierte die 1846 gestiftete „französische Schule" für junge Archäologen in Athen (1850 und 1859), erweiterte die „Urkundenschule" (École des Chartes) für mittelalterliche Geschichte, sorgte für Ordnung und Öffnung der unendlich reichen Archive, die sie auch fremden Gelehrten, wie Ranke und Sybel, bereitwillig zugänglich machte, veranlaßte selbst große wissenschaftliche Unternehmungen, wie die Herausgabe des Briefwechsels Napoleons I., förderte eifrig die Erforschung des Altertums in Algerien, dessen römische Inschriften Rénier sammelte, und in Gallien die der Kriege Cäsars, besonders, weil der Kaiser selbst mit einem „Leben Cäsars" beschäftigt war, das 1863 erschien. Freilich erweckte er damit mehr die Kritik seiner eignen Regierung, da der Vergleich zwischen ihm selbst und diesem antiken Retter der Gesellschaft allzu deutlich zwischen den Zeilen seines Werkes zu lesen war, und die Opposition bekämpfte seitdem das Kaiserreich, indem sie sich gegen Cäsar wandte (so Regnard in seinen Propos de Labiénus). Diese Kritik wurde aber für Frankreich erst dann besonders fruchtbar, als sie sich der neuen französischen Geschichte zuwandte und durch den dichten Nebel der revolutionären Phrase und der napoleonischen Legende die Wirklichkeit zu erkennen begann. Die bisherigen, größtenteils noch unter dem zweiten Kaiserreich lebenden und thätigen Historiker dieser Zeit, Lamartine (gest. 1869), Mignet (gest. 1884), Thiers (gest. 1876) hatten noch allzusehr unter diesen Einflüssen gestanden; jetzt kam eine jüngere Schule empor, die endlich den Franzosen die Wahrheit sagen wollte über ihre vergötterte Revolution und den großen Soldatenkaiser. Alexis de Tocqueville schilderte im „Ancien régime" zum erstenmal treu den Franzosen das Wesen des vorrevolutionären Frankreich und zeigte ihnen an dem Beispiele der nordamerikanischen Demokratie, daß die Freiheit auf der Selbstverwaltung beruhe; Edgar Quinet gewann in seinem Exil fruchtbare Erkenntnis über Revolution und Kaisertum, Charras schilderte die Feldzüge von 1813 und 1815 ohne jede der französischen Eigenliebe schmeichelnde Schönfärberei; der allzu früh verstorbene Pierre Lanfrey (1828—78) gab nach den gewissenhaftesten Studien seinen Landsleuten zuerst ein wahrhaftiges Gemälde der despotischen und eroberungssüchtigen Politik Napoleons I. (Histoire de Napoléon I., 1867 ff.), die er fast zu einseitig beurteilte; endlich begann Henry Taine (1828—93) mit der unerbittlichen Genauigkeit des Naturforschers seine Studien über die Entstehung des modernen Frankreich, um aus der Kenntnis der Vergangenheit die Heilmittel für sein heißgeliebtes, erkranktes Vaterland zu finden. Es geht ein germanischer Zug, eine Richtung auf Wahrheit und Vertiefung durch alle diese Männer, die Gutes auch für die innere Gesittung

Frankreichs hoffen ließ. — Diese Kritik aber machte sowenig hier wie in Deutschland Halt vor den heiligsten Überlieferungen. Ausgehend von den gerade in Frankreich besonders aufblühenden Studien über den alten Orient stellte Ernst Renan (geb. 1823) in seinem glänzend geschriebenen Vie de Jésus (1863) und den dies Buch fortsetzenden Werken über die Anfänge des Christentums diese weltgeschichtliche Wandlung mit feinem Verständnis für die örtlichen und zeitlichen Umstände, aber ohne jeden religiösen Sinn und deshalb unwahr im tiefsten Grunde dar, denn er machte aus dem Weltheiland und dem religiösen Genius den liebenswürdigen, menschenfreundlichen Helden einer galiläischen Dorfgeschichte.

Noch mehr beinahe als in der Litteratur trat der auf die Wiedergabe des wirklichen Lebens gerichtete Sinn in der Kunst hervor, doch wurde er gezügelt durch die feste Tradition, die besonders durch die Vorbildung der französischen Künstler auf der Schule in Rom (seit 1801 in der Villa Medici auf dem Monte Pincio, vgl. Bd. VI, S. 586) schon seit Ludwig XIV. festgehalten wurde. Der „römische Preis" bildete das höchste Ziel des Ehrgeizes für junge Künstler, und die jungen dort studierenden Architekten wurden schon dadurch auf das sorgfältigste Studium der altrömischen Baudenkmäler hingewiesen, daß sie eine Rekonstruktion eines derselben zu liefern hatten. Dazu kam die Zentralisation des gesamten Kunstbetriebes in Paris und die alljährliche große Künstlerheerschau im „Salon". Gleichwohl verlief die Entwickelung namentlich der Malerei, der eigentlich modernen Kunst, der Litteratur im ganzen parallel. Über den Klassizismus hinaus, der immerhin noch durch Meister wie Ingres und Baudry kräftig vertreten wurde, strebte der ausgesprochenste Naturalismus. Er führte zum genauesten Studium der Natur wie der Umgebung und des Kostüms jeder dargestellten Zeit, zu eindringender Kenntnis der Formen, genauer Zeichnung und glänzendem Kolorit. In seinen Gegenständen äußerte er sich teils als Historienmalerei im weitesten Sinne, teils als Landschafts- und Genremalerei. Drei Meister beherrschten jene vor allem und übten als Lehrer den größten Einfluß, auch auf Schüler aus andern Nationen, nicht zum wenigsten auf Deutsche. Thomas Couture (1815—79), der nie in Italien gewesen, aber besonders an den italienischen Meistern gebildet war, hatte schon 1847 mit seinem großen Bilde „Römer der Verfallzeit" die neue naturalistische Schule der Historienmalerei eingeleitet und erzog dann in Chavannes einen Schüler, der in demselben Sinne besonders das Altertum in zahlreichen idyllischen und heroischen Szenen vergegenwärtigte. Leon Cogniet (1794—1880) malte gleichmäßig antike, biblische und moderne Gegenstände und war noch bedeutender als Lehrer. Zu seinen Schülern zählen vor allem Felix Philippoteaux (geb. 1825), der Schlachtenmaler des modernen Frankreich, besonders der dritten Republik, und Ernst Meissonier (1813—91) „der unbestrittenste Meister" dieser Epoche. Er malte lange Jahre hindurch auf kleinen zierlichen Bildern Szenen des behaglichen ruhigen Genusses aus dem 17. und 18. Jahrhundert; erst ein Auftrag Napoleons III. machte ihn zum Historienmaler des ersten wie des zweiten Kaiserreichs (Friedland 1807, Feldzug von 1814, Napoleon III. bei Solferino 1859). Peinlichste Sorgfalt in der kleinsten Einzelheit bis auf die Säbeltroddel hinab, feinste Individualisierung der Personen und meisterhafte Behandlung der Pferde beim kleinstmöglichen Maßstabe machen jedes seiner Bilder zu einem mit unglaublichen Preisen bezahlten Kabinettstück. Seine Schüler Eduard Detaille (geb. 1848) und Alfred de Neuville (geb. 1836) stehen jetzt an der Spitze der französischen Historienmalerei. Einen neuen Kreis von Gegenständen erschloß dieser Charles Gleyre (1806—74), der erste große Maler des farbenprächtigen Orients in biblischen und mythologischen Bildern. Alle diese Maler verfolgten dabei immer noch eine gewisse idealistische Richtung in der Wahl ihrer Gegenstände wie in der Betonung des seelischen Lebens. Daneben aber entwickelte sich eine andre Richtung, die lediglich an der Außenseite der Dinge, an der virtuos behandelten Form und Farbe haften blieb und mit Vorliebe Szenen der Lüsternheit und des Grausens malte, daher ihre Gegenstände auch meist dem Altertum und dem Orient entlehnte. Ihr gehören vor allem an Gustav Boulanger, Leo

Malerei.

Gérôme (Phryne vor ihren Richtern, Moschee in Kairo), der jung vor Paris 1871 gefallene und daher viel gepriesene Henry Rigault (Hinrichtung in Granada, Salome, General Prim) und Eugen Fromentin, der genialste der jungen Orientmaler. Halb zu ihnen zählt auch der einst vielgefeierte Illustrator Dantes und der Bibel, Gustav Doré, dessen Stärke indes nicht Figuren, sondern phantastische Landschaften in phantastischer Beleuchtung sind. Auch in der Landschafts- und Genremalerei drang, besonders unter englischem Einfluß, der Naturalismus völlig durch, und er suchte gerade hier das Natürliche vielfach im Häßlichen. Poetisch ist noch Camille Corot (1796—1875), ein vorzüglicher Wald- und Tiermaler Theodor Rousseau, der Maler des hartarbeitenden Bauern Jean François Millet, der poetischen Seiten des Landlebens mit scharfer Hervorhebung des landschaftlich charakteristischen Jules Breton, ein Darsteller vor allem des Häßlichen und Alltäglichen Gustav Courbet u. s. w.

Plastik. Die ganz besonders in der römischen Schule begründete technische Meisterschaft der französischen Plastik blieb auch unter dem zweiten Kaiserreiche auf ihrer alten Höhe, wußte alle Stoffe gleich vortrefflich zu behandeln und mit derselben Natürlichkeit Gewänder wie Körper wiederzugeben. Indem sie sich besonders an die Formgebung der Renaissance anschloß, überwand sie rasch die antiken Götter und die kalten Allegorien des Klassizismus und stellte, wie die Malerei, am liebsten das wirkliche Leben oder idealistische Szenen, doch in voller Lebenswahrheit der Figuren dar, wie Jean Baptist Carpeaux, Mathurin Moreau, Eugen Delablanche, Paul Dubois u. a. m.

Architektur. Zu keinem einheitlich ausgeprägten Charakter brachte es trotz zahlreicher großer Aufgaben, wie sie vor allem der Umbau von Paris den Künstlern stellte, die Architektur. Noch vor 1848 war neben dem neugriechischen Stil Perciers und Fontaines die Nachahmung der mittelalterlichen Bauten aufgekommen, zum Teil im Anschluß an Wiederherstellung solcher Werke, wie der Notre Dame und der Benediktinerabtei St. Martin-des-Champs, und sie hatte in Viollet-le-Duc und Leon Vaudoyer besonders begabte Vertreter gefunden. In dem Widerstreit beider Richtungen und unter dem ungeheuren Druck einer stets sich vertiefenden wissenschaftlichen Erkenntnis der Denkmäler aller Zeiten kam die Architektur des zweiten Kaiserreichs über die Verwendung aller möglichen Stilarten je nach Umgebung und Aufgabe nicht hinaus und brachte es zu größerer Selbständigkeit nur bei der Verwendung von Eisen und Glas für die Konstruktion ungeheurer Räume, wie Ausstellungsgebäude und Bahnhofshallen, und in den weiträumigen Anlagen von Straßen und Plätzen mit prächtigen, strahlen- oder kreuzförmigen Perspektiven auf rauschende Springbrunnen oder erhabene Bauwerke. Der bedeutendste Kirchenbau dieser Zeit ist die Kathedrale von Marseille, die Vaudoyer seit 1855 in byzantinischem Stile errichtete, der großartigste Profanbau die Große Oper in Paris von Charles Garnier (1864—74), ein riesiges, fast überreich dekoriertes, farbenprächtiges Werk. Im Ausbau der Tuilerien konnte sich eine originale Schöpferkraft nicht geltend machen, und die neuen Straßenfronten gewannen trotz aller Dekorationen im einzelnen durchschnittlich einen einförmigen, kasernenmäßigen Anstrich.

Gefahren des Kaisertums. Aber auf dies ganze vielgestaltige Geistesleben übte das Kaisertum keinen tiefgreifenden Einfluß, um so weniger, als ihm die Geistesaristokratie zum guten Teil ablehnend gegenüberstand, weil sie ihm seinen gewaltsamen Ursprung nicht verzeihen konnte. Darin lag die größte Gefahr für Napoleon III. Denn er mußte die besten Kräfte Frankreichs niederhalten, teils durch Gewaltmittel, teils durch Beförderung des materialistischen Zuges in dieser Gesellschaft, ohne daß sich doch dies System auf die Dauer behaupten ließ, und er gewann doch weder die katholische Kirche als zuverlässige Bundesgenossin, weil diese jede Regierung immer nur so weit unterstützt, als diese ihre Interessen fördert, noch konnte er sich auf den vierten Stand, für den er vor allem regierte, wirklich stützen, weil die Bauern zwar monarchisch gesinnt waren, aber eine politische Macht nicht darstellten und die städtischen Arbeitermassen im Grunde den revolutionären Sozialismus wollten. Seine auswärtige Politik verstärkte diese Schwierigkeiten. Denn sie war nicht eigentlich französisch, sondern doktrinär kosmopolitisch, und

sie befriedigte die Nation nur so lange, als sie ihrer Ruhmliebe schmeichelte, die doch der Bonapartismus seinem Ursprunge nach fortwährend nähren mußte. Denn das zweite Kaisertum beruhte nicht auf Tradition und Legitimität, sondern auf dem allgemeinen Stimmrecht, also der Volkssouveränität. In dem Augenblicke, wo sich dieses gegen den Kaiser erklärte, oder, praktisch genommen, sobald ein Handstreich im Namen des souveränen Volkes in der Hauptstadt des straffer als je zentralisierten Landes gelang, mußte seine rein thatsächliche Herrschaft zusammenbrechen.

England im Zeitalter der aufsteigenden Demokratie.

Wirtschaftsleben.

Stellung Englands.

Wenn Frankreich die politische Führung in Europa errang und dadurch den entscheidenden Anstoß zur Neugestaltung des europäischen Staatssystems gab, in Amerika einen solchen wenigstens zu geben versuchte, so war England seit dem Ausgange der napoleonischen Kriege die wirtschaftliche und militärische Beherrscherin der Meere, die ohne allen Vergleich größte, unersättlich und unaufhörlich Länder verschlingende Kolonialmacht. Es trug somit das Wesentlichste dazu bei, die Völker des Erdballs in immer engere Beziehungen zu einander zu bringen und den Übergang von der Einzelvolkswirtschaft zur Weltwirtschaft herbeizuführen. Wie diese Weltpolitik aus den inneren Verhältnissen des Landes, aus der drängenden Notwendigkeit, immer neue Absatzmärkte zu gewinnen, entsprang, so wirkte sie wieder unwiderstehlich auf diese zurück. Alle Licht- und Schattenseiten der modernen wirtschaftlichen und sozialen Entwickelung prägten sich daher in England am schärfsten aus; es wurde ihr klassisches Land wie einst Italien für das 15. Jahrhundert. Obwohl dabei der konservative Charakter des englischen Volkes im geraden Gegensatze zu Frankreich die Grundlagen der englischen Verfassung bewahrte und gewaltsame Erschütterungen vermied, so vollzog sich doch in gesetzlicher Umbildung eine fortschreitende Demokratisierung dieses hocharistokratischen Staatswesens, ohne daß dadurch das Übergewicht der freien Thätigkeit der Gesellschaft über die Staatsthätigkeit erschüttert worden wäre.

Landwirtschaft.

Diese neue Entwickelung hängt mit der wirtschaftlich-sozialen aufs engste zusammen. Die Aufhebung der Kornzölle 1846 und der Navigationsakte 1849 (s. Bd. IX, S. 436) entschied den Übergang zum Freihandel, das Übergewicht der Exportindustrie und die Herrschaft des durch beide emporgehobenen Mittelstandes. Denn der Rückgang der Landwirtschaft, auf der die bisherige Herrschaft des Landadels im Parlament beruhte, war damit entschieden. Der Getreidebau, durch die Einfuhr billiger ausländischer, namentlich amerikanischer und indischer Brotfrucht unlohnend geworden, ging so sehr zurück, daß im Jahre 1830 noch 17 Bushel Weizen, 1887 nur noch acht Bushel auf den Kopf der Bevölkerung gebaut wurden und jetzt kaum der sechste Teil des Getreidebedarfs im Inland gedeckt wird. Man schränkte daher die Ackerfläche ein, dehnte die Wiesen und Weiden in England allmählich auf $^2/_3$ der ganzen Bodenfläche aus und legte den Hauptwert auf die Viehzucht, die durch treffliche Rinder und Schweine für den wachsenden Fleischverbrauch der großen Städte, durch große Schafherden für diesen und für die Wollindustrie sorgte; aber die Schafzucht litt unter der steigenden Konkurrenz der australischen Wolle, und der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sank 1837—87 um 60 Prozent, so daß er schließlich nur 20 Prozent des Nationaleinkommens darstellte; der Prozentsatz der damit Beschäftigten aber, der 1841 noch fast 29 Prozent des ganzen Volkes umfaßt hatte, ging 1887 in England auf 14, in Schottland auf 5 Prozent zurück. Ungünstig war dabei das Vorwiegen des Großgrundbesitzes, der nur noch Pächter und besitzlose Tagelöhner, keine Bauern duldete, also eine verhältnismäßig weit höhere Grundrente herausschlagen wollte, als die Selbstbewirtschaftung kleiner Eigentümer forderte, und der zudem immer mehr Boden für reine Luxuszwecke, für Parks und Jagdgründe beanspruchte, am meisten in den schottischen Hochlanden, wo allmählich etwa 300 Grundherren und Jagdpächter eine Fläche von $2^1/_2$ Mill. Acres, die 10000 Bauernfamilien ernähren

könnte, in so gut wie unproduktive Jagdreviere umwandelten. Daher nahm der landwirtschaftlich benutzte Boden in Schottland nur ein Viertel der Gesamtfläche ein, in dem ungleich fruchtbareren England drei Viertel, obwohl es dort eigentlichen Wald gar nicht mehr gibt.

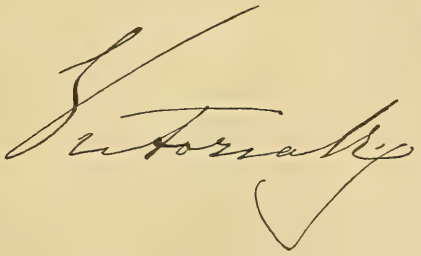
Fabrikwesen. So strömten denn immer dichtere Scharen vom Lande in die Städte und lieferten den Unternehmern reichliche und billige Arbeitskräfte. Weitaus der wichtigste Fabrikationszweig war bis etwa 1850 die Baumwollenindustrie, die 1850 fast 1 Million, 1860 aber 32 Millionen Spindeln mit 450000 Arbeitern zählte, 1857 wöchentlich 39000 Ballen Rohstoff verbrauchte (das ganze Festland nur wenig über 24000) und 1860 fast die Hälfte ($^5/_{13}$) des gesamten englischen Ausfuhrhandels bestritt. Ihr zunächst kam die Wollenweberei mit über 3 Millionen Spindeln und 80000 Arbeitern im Jahre 1860. Mit dem zunehmenden Eisenbahn-, Eisenschiff- und Maschinenbau gewann die Eisenindustrie ein verhältnismäßiges Übergewicht (1860 betrug die Gesamtproduktion 1360000 Tons), und damit steigerte sich auch die Steinkohlenförderung schon 1860 auf 660 Mill. Doppelzentner (gegenüber 440 Mill. auf dem ganzen Festlande), von denen $^9/_{10}$ im Lande selbst verbraucht wurden. Daher drängten allmählich die Männer auch in der Textilindustrie die früher hier herrschende Frauen- und Kinderarbeit zurück.

Binnenverkehr. Das alles wurde nun durch die riesige Entwickelung der Verkehrsmittel mächtig gefördert. Die Eisenbahnlinien, durchweg von Privatgesellschaften erbaut und verwaltet, hatten 1844 eine Länge von 2000, 1847 von 6000, 1860 von 10000, 1887 von fast 20000 englischen Meilen und beförderten in diesem letzten Jahre allein 409 Eilzüge täglich, darunter 42 allein zwischen London und Manchester. Das Kanalnetz in England, schon 1820 im wesentlichen ausgebaut (2590 englische Meilen Gesamtlänge), 1847 durch den großen schottischen Kanal (Caledonian Channel) erweitert, bot in Verbindung mit den auf einer Gesamtstrecke von 1800 englischen Meilen schiffbaren Flüssen jeder größeren Stadt die unmittelbare billige Wasserverbindung mit einem Seehafen. Die königliche Post, die 1837 schon 80 Millionen Briefe beförderte, nahm seit der Reform durch Rowland Hill, der im Jahre 1840 die Briefmarke und das Einheitsporto (1 Penny für das ganze Reich) einführte, einen solchen Aufschwung, daß die Zahl der Briefe im Jahre 1863 642 Millionen, 1874 967 Millionen (außer 79 Millionen Postkarten) betrug. Der seit 1840 bestehende elektrische Telegraph hatte 1871 schon 1500 Stationen, 1880 aber 5700.

Weltverkehr. Noch riesiger fast war der Aufschwung des Weltverkehrs. Nachdem schon 1826 der erste englische Seedampfer „Enterprise“ nach Indien gefahren war, wurde die erste transatlantische Dampferlinie 1837 zwischen Liverpool und New York eröffnet, das erste große Schraubenschiff „Great Britain“ 1845 erbaut. Mit der zunehmenden Verwendung des Eisens stieg die Größe der Schiffe und die Stärke ihrer Maschinen; ja man wagte um 1860 einen allzukühnen Riesenbau, das Schraubenräderschiff „Great Eastern“, der sich nicht bewährte. Aber auch die Segelschiffe behaupteten sich durch zunehmende Größe und Schnelligkeit, namentlich die nach nordamerikanischem Vorbilde gebauten Klipper, von denen 1866 fünf in kühner Wettfahrt die ungeheure Strecke von Futschau in China nach London in etwa 100 Tagen zurücklegten. Ungleich rascher noch vermittelten den Nachrichtenverkehr die Telegraphen. Schon im September 1851 wurde England mit Frankreich durch ein unterseeisches Kabel verbunden, im März 1865 die englisch-indische Linie über Persien eröffnet, und 1866 legte der „Great Eastern“ das erste atlantische Kabel zwischen Valentia in Irland und Neufundland. Die britische Handelsmarine zählte 1863 im Mutterlande 28000 wirkliche Seefahrzeuge, in den Kolonien 11500. An Schiffen liefen 1864 ein 31000 englische und 23400 fremde (darunter fast 11000 Dampfer), aus gingen 30000 britische und 23700 fremde (davon 10000 Dampfer). Die Ausfuhr hatte 1862 einen Wert von 166 Mill. Pfd. Sterl., von denen 124 Mill. auf britische Erzeugnisse kamen, die Einfuhr, zum großen Teil Rohstoffe für die englische Industrie, 225 Mill. Pfd. Sterl. Der Gesamtbetrag beider vermehrte sich 1833—75 von 95 auf 597 Mill. Pfd. Sterl. So hatte

7. Victoria,
Königin von Großbritannien und Irland.

(Um das Jahr 1855.)



Großbritannien einen bis etwa 1867/68 noch fortwährend steigenden Löwenanteil am Welthandel, der in jenem Jahre 24 Prozent des Außenhandels der ganzen Erde und 34 Prozent des europäischen Außenhandels betrug.

Volkszahl und Reichtum.

Gewaltig wuchs die Volkszahl und der Reichtum Großbritanniens. Jene stieg im Mutterlande, obwohl die Bevölkerung Irlands reißend schnell sank (s. unten), in den Jahren 1837—87 von 25 auf 37 Millionen, in den Kolonien (ohne Indien, das dazu nicht gerechnet werden kann), von 4 auf 16 Millionen. Das gesamte Volksvermögen berechnete man schon 1837 auf mehr als vier Milliarden Pfd. Sterl. (150 Pfd. Sterl. auf den Kopf), 1887 auf $9^1/_2$ Milliarden (256 Pfd. Sterl. auf den Kopf); die Staatseinkünfte stiegen in diesem halben Jahrhundert von 60 auf 90 Mill. Pfd. Sterl. London, riesig anwachsend (1821 1379000 Einwohner, 1881 3814000), Ortschaft um Ortschaft verschlingend und allmählich eine ganze Landschaft mit seinem Häusermeer bedeckend, wurde noch mehr als bisher das Herz des Welthandels, die Bank von England seine innerste Herzkammer, von der nach allen Seiten die Kapitalströme fluteten, um verstärkt dahin zurückzukehren. Für das Volk im engeren Sinne gewannen eine ähnliche Bedeutung wie die zahlreichen Banken für die Wohlhabenden die Sparkassen, besonders auch die Postsparkassen (seit 1861), deren Kapital 1837—87 von 14 auf 90 Mill. Pfd. Sterl. wuchs. Diese Anhäufung von Kapital drückte den landesüblichen Zins so herab (2 Prozent), daß es in immer steigendem Maße Beschäftigung im Auslande suchte und dort in Staatsanleihen und Unternehmungen der verschiedensten Art (Eisen- und Straßenbahnen, Gasanstalten, Fabriken u. a. m.) eine höhere Rente suchte. So wurden die Engländer zu Gläubigern fast der gesamten Welt, die Grundlage ihrer Volkswirtschaft freilich auch immer künstlicher, immer abhängiger von der Weltwirtschaft. Doch ihrer tonangebenden Stellung entsprach es, wenn sie zuerst 1851 und 1857 in London Weltausstellungen veranstalteten, friedliche Wettkämpfe der Völker.

Kirche und Unterricht.

Die Kirchen.

Dieser materiellen Entwickelung steht nun ein reges und reiches geistiges Leben gegenüber. Unter den Kirchen behauptete die englische Hochkirche durch die Zahl ihrer Bekenner (etwa zwei Drittel der ganzen Bewohnerschaft Großbritanniens), ihre hierarchische Verfassung (in England unter zwei Erzbistümern und 30 Bistümern) und ihren Reichtum, der ihr ein Jahreseinkommen von 4 Mill. Pfd. Sterl. sicherte, den Vorrang; aber weit volkstümlicher waren die Sekten der Methodisten, Independenten und Baptisten geworden, sie nahmen deshalb auch verhältnismäßig viel rascher zu als die Anglikaner und gewannen im Norden, namentlich unter der Arbeiterbevölkerung der großen Städte, das Übergewicht. Für die Elenden und Armen im Geiste wirkte seit 1865 in London William Booth mit hingebendem Eifer auf methodistischer Grundlage, auf der er später (1878) die militärische Ordnung der „Heilsarmee" (Salutation Army) errichtete. In Schottland trennten sich 1843 von der presbyterianischen Staatskirche die Freikirche, die dem Staate jedes Anstellungsrecht abspricht, aber Besoldungen von ihm annimmt, und die unierte Presbyterialkirche, die sich vom Staate ganz getrennt hält; beide sind im wesentlichen die Kirchengenossenschaften für die Masse des Volkes. In Irland lebten nur 600000 Anglikaner unter einer Bevölkerung von 4—5 Millionen, aber mit einer Hierarchie von vier Erzbischöfen, 18 Bischöfen und einem Kirchenvermögen von $16^1/_2$ Mill. Pfd. Sterl.

Der Katholizismus.

Nun aber behauptete sich die römisch-katholische Kirche keineswegs nur in Irland, ihrem niemals aufgegebenen Herrschaftsgebiet, wo sie unter vier Erzbischöfen und 22 Bischöfen steht, aber lediglich auf die kirchlichen Abgaben angewiesen war, sondern sie machte auch in England, begünstigt durch die starke irische Einwanderung, die Zersplitterung der Protestanten in Sekten und eine starke katholisierende (ritualistische) Bewegung in der anglikanischen Kirche selbst, rasche Fortschritte. Daher konnte es Papst Pius IX. wagen, durch die Bulle „Universalis ecclesiae" vom 24. September 1850 die katholische Hierarchie mit dem Erzbistume Westminster (unter dem Kardinal Nikolaus

Wiseman) und zwölf Bistümern (namentlich in den von der Hochkirche vernachlässigten neuen Großstädten) wiederherzustellen, aller Proteste und Kundgebungen von protestantischer Seite ungeachtet. Um 1860 zählte das gesamte Königreich bereits 5800000 Katholiken, von denen fast $1\frac{1}{2}$ Millionen auf England, über 200000 auf Schottland kamen, und der Übertritt vornehmer Herren führte ihnen fortwährend reiche Mittel zu, während Priester, wie der gewaltige Kanzelredner, Seelsorger und Schriftsteller John Henry Newman, der erst mit 41 Jahren zum Katholizismus übertrat, eine ebenso weite als tiefgehende Wirksamkeit entfalteten. Die Ausdehnung der Heidenmission aber übertraf noch die des Britischen Weltreiches.

Hochschulen.

Einen höchst konservativen Charakter trug und trägt im ganzen das britische Unterrichtswesen (s. Bd. VII, S. 726 f.). Die alten Universitäten Englands behaupteten ihre alte Stellung und Organisation, waren also nicht eigentlich wissenschaftliche Vorbereitungsstätten für die gelehrten Berufe, sondern vermittelten eine allgemeine wissenschaftliche Bildung humanistischen Charakters für die höheren Stände. Doch öffneten sie ihre Collegien allmählich auch Nichtanglikanern, die fellowship verheirateten Männern (seit 1850) und vermehrten die Zahl der Studienfächer. Daneben entstanden sogar Collegien für Damen (Girton und Newnham College bei Cambridge 1869, bezw. 1871) und seit 1870 University Colleges außerhalb der beiden Hochschulen, die zuweilen in Körperschaften zusammengefaßt wurden, Unterstützung vom Staate erhielten und nach dem Lehrplane der Universitäten unterrichten, aber keine Promotionsrechte haben. Dagegen ist die London University keine Hochschule, sondern eine Prüfungskommission für Studierende der philosophischen Fakultät, Juristen und Mediziner.

Gelehrten- und Volksschulen.

Ebenso zäh am Alten, einer wesentlich formalen, altphilologisch-mathematischen Bildung, hafteten die Gelehrtenschulen (grammar Schools), die auf Stiftungen beruhten (die public Schools) und für die Söhne der höheren Stände bestimmt oder private Unternehmungen waren. Erst 1869 öffnete ein Gesetz die alten vornehmen public Schools auch den Mittelklassen, und seit 1870 veranlaßte das Eindringen des Realismus die Teilung in eine humanistische und eine realistische Abteilung. Daneben gründeten Gesellschaften neue Schulen unter geprüften, tüchtigen Lehrern. Das Stiefkind des englischen Unterrichtswesens war von jeher die Volksschule. Ursprünglich durchaus Sache der Kirchengemeinschaften und ganz ungenügend der Zahl wie der Ausstattung und dem Lehrerpersonal nach, erhielten die Volksschulen zuerst 1832 Staatsunterstützung für Schulbauten, die geprüften Lehrer staatliche Zeugnisse, die Seminarien Zuschüsse, und 1856 rief ein königlicher Kabinettsbefehl, da Gewohnheit und Vorurteil einer gesetzlichen Regelung durchaus widerstrebten, im Ministerium eine Oberbehörde für das Schulwesen (Education department) ins Leben. Aber noch 1867 fand eine königliche Untersuchungskommission den Zustand des Volksschulwesens höchst unbefriedigend, große, junge Städte fast ohne Schulen, die Zahl derer, die nicht lesen und schreiben konnten, erschreckend hoch. Da trat nun wieder die Gesellschaft, nicht der Staat oder die Gemeinde ein durch die Gründung der National Education League in Birmingham und London, die in Versammlungen und in der Presse für die Einführung lokaler Abgaben zu Schulzwecken, Simultanschulen und Schulzwang eintraten. Aber eine grundsätzliche und durchgreifende Regelung des Volksschulwesens bahnte erst das Unterrichtsgesetz von 1870 an. Es erklärte den Unterricht für eine Sache der Gemeinden und des Staates und betraute mit der Oberleitung in jedem Schulbezirke einen aus Wahlen hervorgehenden Schulausschuß (schoolboard) mit dem Rechte, Schulabgaben zu beschließen und für den Bezirk den Schulzwang einzuführen. Neben den auf diese Weise staatlich unterstützten und geleiteten Simultanschulen behaupteten aber auch die verschiedenen Kirchengenossenschaften ihre weit zahlreicheren Freischulen (Voluntary Schools), und in den Großstädten, namentlich in London, entstanden auf Kosten von Privatgesellschaften eine Menge Armenschulen (ragged Schools). Die Gesamtzahl der Zöglinge betrug 1858 etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen. Früher sorgte der Staat seit der Errichtung der Abteilung für Wissenschaften und Künste (1856) für den kunstgewerblichen und technischen Unterricht im Anschluß an die Sammlungen des Süd-Kensington-

Museums und durch zahlreiche Zeichenschulen in den großen Städten. Daneben gab es viele ganz unabhängige private Gewerbeschulen. Aber im ganzen blieb das englische Schulwesen in seiner charakteristischen Regellosigkeit, der oft mangelhaften Vorbildung der Lehrer, den überwiegend mechanischen Methoden und dem sehr ungleichmäßigen Schulbesuche hinter andern Kulturländern, namentlich hinter Deutschland, noch wesentlich zurück. Dagegen war in Schottland das Volksschulwesen schon seit der Reformation Gemeindesache, und seit der Sezession entstanden noch eine Menge von Kirchschulen der verschiedenen Genossenschaften, übrigens alle mit Staatsbeihilfe. In Irland waren die sogenannten Nationalschulen (seit 1833) wesentlich der katholischen Mehrheit zugefallen und daher seit 1840 neben ihnen hochkirchliche Anstalten begründet worden, der Stand der Volksbildung jedoch im allgemeinen niedrig. Die Katholiken erhielten eine eigne Universität in Dublin.

Wissenschaft, Litteratur und Kunst.

Naturwissenschaften.

Die Wissenschaft ist von den Hochschulen in England immer viel unabhängiger gewesen als in Deutschland; ihre bedeutendsten Vertreter haben oft genug außerhalb der Universitäten gestanden, sind z. B. unmittelbar aus den Reihen praktischer Staats- und Geschäftsmänner hervorgegangen. Im Vordergrunde des Interesses und der Wirksamkeit stehen auch hier die Naturwissenschaften.

An dem letzten großen Zeitalter der geographischen Entdeckungen nahmen die Engländer einen hervorragenden Anteil, die noch unerforschte Welt in eintöniger Wiederholung mit Benennungen von Ländern, Gewässern und Bergen nach ihrem Herrscherpaare bedeckend. Ein großartiger Mittelpunkt wurde dafür ihre Königl. Geographische Gesellschaft in London. Englische Seefahrer versuchten die letzten noch unbekannten Ländermassen am Nord- und Südpol zu erforschen. Dabei fanden James Clarke, Roß und Crozier im Jahre 1841 am Südpol das Victorialand mit den beiden Vulkanen Erebus und Terror an der eisumstarrten Küste, derselbe Roß, der im Juni 1831 den (damaligen) magnetischen Nordpol gefunden hatte. Aber die Expedition John Franklins, der 1845 mit den beiden Schiffen „Erebus“ und „Terror“ auslief, um die vielgesuchte nordwestliche Durchfahrt (s. Bd. V, S. 705 f., Bd. VII, S. 718) endlich zu finden, ging in mehrjährigem schrecklichen Kampfe mit den Eiswüsten, dessen Entsetzen man nur ahnen kann, elend zu Grunde, denn alle Nachforschungen, die, nachdem Franklin seit dem Juli 1845 verschollen war, von 1848 bis 1854 von 19 Expeditionen mit zusammen 31 Schiffen aus England, Nordamerika und Frankreich unternommen wurden, blieben vergeblich. Dabei fand allerdings Mac Clure am 26. Oktober 1858 die gesuchte Durchfahrt (zwischen der Prince of Walesstraße und dem Melvillesund) auf, aber praktischen Nutzen konnte das nicht haben, und von Franklin kamen die ersten Spuren erst 1859 zu Tage, zwölf Jahre nach dem Tode des unerschrockenen Forschers (11. Juni 1847). Ihre Reste hat dann in Skeletten und Gräbern auf King Williamland 1878—79 Schwatka gefunden.

Nicht minder thätig waren die Engländer unter der heißen Sonne Afrikas, um den großen weißen Flecken, den die Karten im äquatorialen Innern des Erdteiles noch aufwiesen, allmählich zu beleben. Während der Deutsche Heinrich Barth 1850—55 mit englischer Unterstützung den ganzen Nordwesten Afrikas durchzog (s. unten), erforschte der Missionar David Livingstone 1849—51 das zentrale Ostafrika, entdeckte den Ngamisee und drang 1858 den gewaltigen Sambesistrom aufwärts bis zum Njassasee vor, nachdem Burton und Speke schon 1857 den Tanganjika- und den Ukerewe(Victoria-Nyanza)see erreicht hatten. Daß dies gewaltige Wasserbecken der Quellsee des Weißen Nils sei, stellten Speke und Grant 1863 fest, Samuel Baker (1862—64) entdeckte den zweiten Quellsee des Riesenstromes, den Mwutan Nzige (Albert-Nyanza). Das tausendjährige Rätsel der Nilquellen war gelöst, das vielverspottete Kartenbild des Eratosthenes und Ptolemäus (s. Bd. II, S. 255) in seinen Hauptzügen glänzend bestätigt. Das Stromgebiet des längst bekannten Kongo blieb noch längere Zeit hindurch unklar, doch erreichte Burton 1863 die Jellalafälle. Derselbe Forscher hatte schon 1861 und 1862 den hohen Gipfel des Kamerun, des „Götterberges“, bestiegen. In Asien (Indien und Tibet) waren auf englische Rechnung 1854—57 besonders die Brüder Schlagintweit thätig, in Australien seit 1842 Ludwig Leichhardt aus Brandenburg, der 1848 auf einer Reise in die 1843 entdeckte Wüste des Innern spurlos verscholl. Glücklicher als er drang Macdonall Stuart 1860 bis in die Mitte des Festlandes, bis an den Mount Stuart vor und erreichte 1861—62 die Nordküste am Van Diemensgolf.

Wie in der Erweiterung unsrer Erdkunde, so waren auch die Engländer vielfach Bahnbrecher in der Vertiefung der Naturerkenntnis. Charles Lyell wurde (1856) der Begründer der modernen Geologie, John Lubbock verband damit die Erforschung der vorhistorischen Zeit (1865), Thomas Huxley gehörte zu den hervorragendsten

Forschern auf den ganz neuen Gebieten der vergleichenden Anatomie und Biologie und wurde dadurch einer der bedeutendsten Vorkämpfer der Lehren von Charles Darwin (1809—82), deren Einfluß weit über die Grenzen der Naturforschung hinausreicht und die gesamte wissenschaftliche Anschauung der neuesten Zeit aufs stärkste bestimmt hat. Seine Abstammungslehre, wie er sie in seinen beiden Hauptwerken „Ursprung der Arten" (1859) und „Abstammung des Menschen" (1871) auf Grund eindringender und umfänglicher Beobachtungen dargelegt hat, stellt die geistvolle und kühne Hypothese auf, alle die unendlich zahlreichen Arten der organischen Welt, als deren höchste der Mensch erscheint, seien im Laufe ungezählter Jahrtausende in regelmäßiger Stufenfolge von der niedrigsten bis zur höchsten entstanden, und zwar durch natürliche Zuchtwahl (Verbindung der stärksten und besten Individuen einer Gattung) im „Kampfe ums Dasein" (Struggle for life) und durch Anpassung an die Lebensverhältnisse ihrer Umgebung. Diese Anschauung, die natürlich jeder Schöpfungslehre widerspricht, fand den wärmsten Beifall wie die schärfste Zurückweisung, diese um so mehr, als sie oft gröblich mißverstanden oder mit einer dogmatischen Bestimmtheit vorgetragen wurde, die Darwins bescheidenem Sinne widersprach; jedenfalls bahnte sie eine neue Weltauffassung an, den Evolutionismus, der alles aus dem Walten unveränderlicher Naturgesetze erklären will und selbst die menschliche Persönlichkeit als unbewußtes Ergebnis ihres Nährbodens etwa wie eine Pflanze auffassen möchte.

Philosophie.

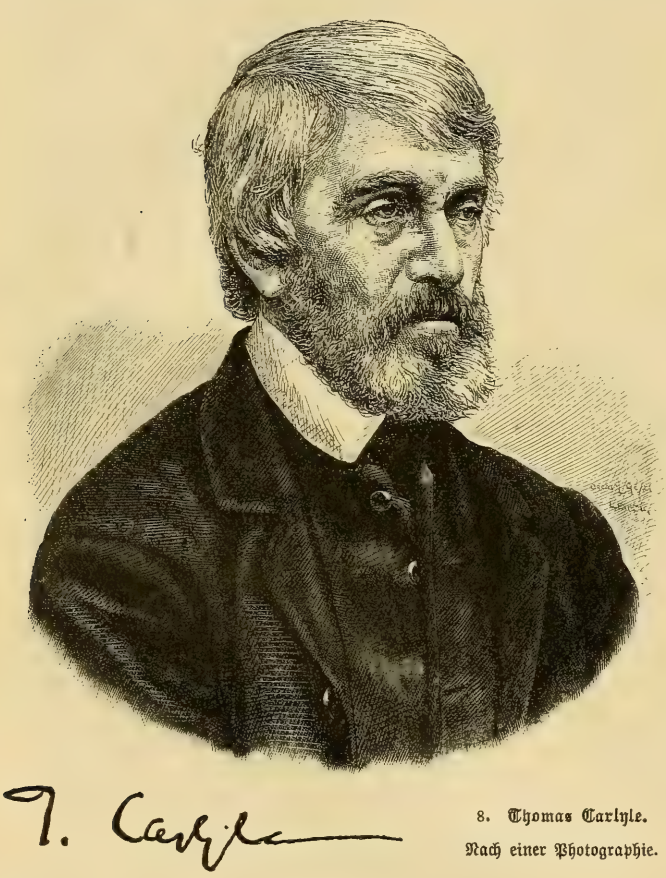
Diese Richtung bestimmte in vieler Beziehung die englische Philosophie, in Verbindung mit dem sehr wirksamen Einflusse des französischen Positivismus von August Comte (s. S. 23), dessen Hauptwerk 1853 in englischer Übersetzung erschien. John Stuart Mill (1806—73) betrachtet als die einzige wissenschaftliche Methode die Induktion (Beobachtung des Thatbestandes) und leugnet alles Aprioristische, huldigt also dem reinen Empirismus. Die Möglichkeit, aus der Induktion allgemeine Schlüsse abzuleiten, beruht auf der Gleichmäßigkeit der Natur, sie muß aber auch auf die Geisteswissenschaften (Psychologie, Ethologie, Soziologie) angewendet werden. Deren höchstes Prinzip ist, das Glück aller empfindenden Wesen zu fördern (Utilitarianismus). Die Religion erkennt Mill als ein Bedürfnis des menschlichen Herzens an, doch beruht sie auf unbeweisbarer Imagination (Einbildung). Herbert Spencer, der alle Wissenschaften unter einem einheitlichen philosophischen Gesichtspunkte zusammenzufassen sucht, ist insofern strenger Positivist, als er scharf zwischen dem Erkennbaren (Endlichen, Relativen) und Unerkennbaren (Unendlichen, Absoluten) scheidet, aber aus der höchsten Wahrheit, die wir erkennen können, der Beständigkeit (persistance) der Kraft, läßt sich auf ein für uns an sich nicht erkennbares Absolutes schließen, und so führen Wissenschaft und Religion zusammen. In der Sittenlehre vereinigt er den Egoismus (Selbstsucht) mit dem Altruismus (Sorge für andre) durch die Lehre, daß der Egoismus am besten durch das Streben nach fremdem Wohle befriedigt werde, also das größte Glück für die größte Zahl das Ziel sei.

Volkswirtschaftslehre.

Diese praktischen Folgerungen konnten in Verbindung mit den wirtschaftlichen Zuständen des englischen Volkes nicht ohne tiefgreifende Wirkung auf die Volkswirtschaftslehre bleiben. Obwohl die praktische Volkswirtschaft, vor allem durch Männer wie Richard Cobden vertreten, noch durchaus dem freien Spiel der Kräfte folgte, das sich aus den Lehren von Adam Smith als der natürliche Zustand ergab, so entfernten sich die englischen Theoretiker doch immer mehr von dieser Auffassung. John Stuart Mill ging hart bis an die Grenzen des Sozialismus, indem er als das Ziel aller menschlichen Arbeit das allgemeine Wohl hinstellte, daher unter Umständen das Eingreifen des Staats forderte, für eine schwere Erbschaftssteuer (gegenüber den Riesenvermögen) und Verwandlung der Pächter in Grundeigentümer eintrat. Derselben Richtung folgten James Lauderdale, William Atkinson u. a. m., William Rogers aber suchte später in seiner „Geschichte der englischen Arbeit" den Nachweis zu führen, daß der ganze Reichtum Englands auf einer furchtbaren Ausbeutung und Beraubung des arbeitenden Volkes beruhe, übte also eine schneidende praktische Kritik an A. Smith und dem ganzen Geiste der englischen Volkswirtschaft.

Geschichte.

Der naturwissenschaftliche Positivismus und der demokratisierende Grundzug der Zeit wirkten nun zusammen, um eine neue Richtung der Geschichtsforschung und -schreibung zu begründen, die über die Fürsten- und Kriegsgeschichte hinaus eine wirkliche Volksgeschichte erstrebte, also die umfassende und eindringende Kenntnis und Darstellung des Volkslebens in allen seinen Äußerungen, derart, daß die Entwickelung der Kultur ebenbürtig neben oder gar über die des Staatslebens trat. Das freie Staatsleben Englands mußte dies begünstigen. Schon Thomas Babington Macaulay, der in dem frohen Gefühle einer aufsteigenden Volkskraft die „Geschichte von England" seit 1685 zu schreiben unternahm, ging, obwohl bei ihm die staatsmännischen Gesichtspunkte vorherrschten, von einer klassisch gewordenen Schilderung des gesamten englischen Lebens um 1685 aus, und George Grote (1794—1871), der unmittelbar vom praktischen Leben herkam, gab in seiner „Geschichte Griechenlands" (1846—56) nicht nur die erste große, wirklich politisch gedachte, wenngleich einseitige Darstellung der Entwickelung des griechischen Volkes, die bisher mehr Gegenstand philologischer als historischer Studien gewesen war, sondern auch ausführliche Bilder seines geistigen Daseins. Zuerst von naturwissenschaftlich-materialistischem Standpunkte aus schrieb Thomas Buckle seine weithin wirksame „Geschichte der englischen Zivilisation" (1857—60). In schroffem Widerspruch damit ging dagegen Thomas Carlyle (1795—1883), der Abkomme eines puritanischen Bauerngeschlechts, ein Mann von unerbittlicher Wahrhaftigkeit, daher Feind aller konventionellen Unwahrheiten und der einzige Brite, der Deutschland ganz verstand, von der Überzeugung aus, daß alle Fortschritte der Zivilisation, die Buckle in den Vordergrund stellte, wertlos seien ohne den sittlichen Fortschritt des einzelnen Menschen. Von selbst rückte also wieder die Persönlichkeit in den Vordergrund, und nachdem er schon 1837 von der französischen Revolution ein Bild von sprühender Lebendigkeit gegeben hatte, erreichte er sein Höchstes in den ausgedehnten Biographien Oliver Cromwells und Friedrichs des Großen, praktischen Anwendungen seiner Theorie von der Heldenverehrung (hero worship, 1840). Sein bedeutendster Jünger war Ruskin. An Biographien und persönlichen Aufzeichnungen bedeutender Menschen war England auch in diesem Zeitalter sehr reich (Leben Goethes von Lewes, Tagebücher Livingstones, des Generals Gordon, der Königin Victoria), und jedes neue geschichtliche Ereignis



8. Thomas Carlyle.
Nach einer Photographie.

fand seine Darsteller oft in hervorragenden Teilnehmern, wie der Krimkrieg, der indische Aufstand u. a. m. In der Altertumskunde leisteten die Engländer das Bedeutendste im Sammeln der monumentalen Reste. So deckte A. H. Layard 1840—51 die Trümmer der assyrischen Hauptstädte auf, Henry Rawlinson enträtselte die altpersischen Inschriften von Behistun, Newton entdeckte 1857 das Mausoleum in Halikarnassos u. a. m. Das Britische Museum wurde auf diese Weise eine der großartigsten Sammlungen der Welt.

Dichtung.

Aus der breiten Masse der englischen Dichtung hebt sich besonders ab die idealistische, formenschöne Epik und Lyrik Alfred Tennysons, des poeta laureatus der Königin seit 1850, der in seinem Enoch Arden aus den einfachsten Motiven heraus eine herzergreifende poetische Erzählung, in dem Gesange von Maud, der Fahrt in See (Crossing the bar) u. a. m. das Schönste und Innigste der englischen Lyrik schuf. Das Drama brachte kein einziges bedeutendes Werk hervor, dagegen entfaltete sich der realistische Roman auch in England als die herrschende, populärste Kunstform, die das ganze reiche Leben der Gegenwart und Vergangenheit in seinen großartigen und guten, wie in seinen kleinen und häßlichen Zügen oft mit ausgesprochener Tendenz widerspiegeln wollte. In den vierziger Jahren erreichte Charles Dickens (Boz) mit „Martin Chuzzlewitt" (1849) seinen Höhepunkt, in einer unnachahmlichen Verbindung von heiterer Laune und hinreißender Komik, herzlicher Wärme und ergreifendem Pathos mit sorgfältigster anschaulichster Einzelmalerei das Kleinleben des Volkes schildernd. Mit ätzender Satire dagegen deckt William Thackeray die Schäden der Gesellschaft, ihre Selbstsucht und Scheinheiligkeit auf, ohne jemals zu mildern oder auf die Lichtseiten hinzuweisen (Vanity Fair 1846). Den politischen Zeitroman schuf Benjamin Disraeli, der spätere Führer der Neutories, der zuerst in Vivian Grey (1826) dann in zahlreichen andern Dichtungen (Conings by 1844, Sibylle 1845, Tancred 1847) mit eindringender Menschenkenntnis und naturwahrer Charakterzeichnung den Parlamentsadel, das Elend der Fabrikarbeiter und der irischen Landbevölkerung, „die heuchlerische Selbstsucht der satten Jugend und der zahlungsfähigen Moral" schilderte und tiefeingreifende Reformen als unumgänglich predigte. Die Weltweite des Seehorizonts trat in den Seeromanen Frederick Marryats u. a. hervor, den Familienroman schufen vor allem Frauen, in erster Linie Currer Bell (Charlotte Bronte), in der Jane Eyre (1847) und George Eliot (Mary Evans), die Gattin des Goethebiographen Lewes, in Middlemarch, den schauerlichen Sensations- und Verbrecherroman pflegte James Ainsworth. Der größte Vertreter des historischen Romans wurde in dieser Zeit der edle Charles Kingsley, Pfarrer in Eversley, vor allem in der Hypatia (1852), einem gewaltigen, lebenswahren Gemälde des untergehenden Römerreichs im 5. Jahrhundert und der in aller Verwirrung wirksamen göttlichen Liebe des Christentums, von dem der Dichter auch für die Not seines Vaterlandes das Heil erhofft.

Die Presse.

Trotz dieser breiten Entfaltung der Litteratur, namentlich des Romans, ist es aber doch fraglich, ob nicht die periodische Presse einen noch weit größeren Einfluß ausübt, zumal da sie auch viele Dichtungen zuerst bringt, ehe sie in Buchform erscheinen. Charakteristisch sind für sie die ungeheure Zahl der Blätter, die riesige, bei den bedeutendsten Zeitungen in die Hunderttausende gehende Auflage, die Billigkeit vieler Tagesblätter, die Verschiedenheit des Standpunktes, die alle Parteien, Richtungen und Interessen zu Worte kommen läßt, endlich die umfassende Berichterstattung aus allen Teilen der Welt durch eigne, oft vorzügliche hochgebildete Korrespondenten und Zeichner. Neben den alten Tageszeitungen, wie der amtlichen London Gazette (seit 1655), der aristokratischen Morning Post (seit 1772), der gewaltigen Times, dem größten aller Blätter und dem Sprechsaal für alle Welt (seit 1778), entstanden besonders nach der Aufhebung der lästigen Stempeltaxe 1856 zahlreiche „Pfennigblätter" (Penny papers): der radikale Daily Chronicle, der konservative Standard, der Daily Telegraph, das wichtigste Anzeigeblatt Londons u. a. m. Auch die alten Wochenschriften behaupteten sich und wurden beständig durch neue vermehrt (Observer

1791, Spectator 1828, Saturday Review 1855), auch durch große illustrierte Blätter (Illustrated London News, Graphic) und durch eine unübersehbare Menge von Fach- und Sportzeitschriften. Dazu traten besonders seit 1859 Monatsschriften, wie das Cornhill Magazin Thackerays und die Westminster Review John Stuart Mills. Unter den Vierteljahrsschriften ist die Edinburgh Review (1802) die älteste.

Kunst. Die bildende Kunst hat im Leben des englischen Volkes niemals den Raum eingenommen, wie etwa in Italien oder auch nur in Frankreich. Gleichwohl haben die Engländer in der Architektur, indem sie am gotischen Baustil festhielten, ohne allerdings andre Formen geradezu auszuschließen, und ihn neuen Aufgaben geschickt anpaßten, ihrer scharf ausgeprägten Eigenart entsprechend, einen wirklich nationalen Stil geschaffen, wie ihn andre Völker nicht besitzen. Sein riesigstes und großartigstes Werk ist ohne alle Frage das Parlamentshaus in London, das nach dem Brande der alten Westminsterhalle am 16. Oktober 1834 der geniale Charles Barry 1840—47 mit einem Kostenaufwande von 30 Mill. Mark erbaut. Spätere Bauten sind der Justizpalast und das naturhistorische Museum in London, die Universität in Glasgow u. a. m. Ganz neue, freilich mehr technische als künstlerische Aufgaben stellten die Forderungen des modernen Verkehrs besonders durch die Verwendung von Eisen und Glas. Den ersten „Glaspalast" sah binnen vier Monaten die Londoner Weltausstellung von 1851 entstehen, die erste große Eisenbrücke über einen Meeresarm der Menaikanal 1850. — In der Malerei und Plastik machte sich seit der Mitte des Jahrhunderts an Stelle der bisherigen Vorliebe für italienische und spanische Vorbilder der Spätrenaissance und des Gibsonschen Klassizismus eine realistische Richtung geltend. So knüpfte die Malerei bei Burner Jones, Millais u. a. mit Vorliebe an die Meister der italienischen Frührenaissance, die „Präraffaeliten" an, deren durch treue Naturbeobachtung und Innigkeit des seelischen Ausdrucks ausgezeichnete Bilder noch jetzt in den italienischen Museen von niemand fleißiger kopiert werden, als von den Engländern, leistete aber auch in der Landschaft und im Porträt (hier freilich durch den Deutschen Hubert Herkomer) Vorzügliches.

Soziale Bestrebungen.

Soziale Gegensätze. Der demokratisierende Zug, der sich durch das gesamte geistige Leben Englands zieht, ist nur das Widerspiel der Verschiebungen in der Gesellschaft. Allerdings ist der Gegensatz zwischen reich und arm niemals und nirgends größer gewesen als auf britischem Boden und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Eine ungeheure Kluft gähnt in London zwischen den stolzen Palästen des Westends und den dumpfen, schmutzigen Höhlen des Elends und des Verbrechens im Osten, zwischen dem Landlord, der über Tausende von Acres gebietet, und seinem besitzlosen Tagelöhner, zwischen dem Unternehmer, dessen Geschäfte die Welt umspannen, und dem Fabrikarbeiter, der von der Hand in den Mund lebt in dem stumpfsinnigen Einerlei derselben mechanischen Teilarbeit tagaus, tagein. Denn neue riesige Vermögen bildeten sich durch Handel und Industrie, und die alte Vorherrschaft des Großgrundbesitzes blieb unerschüttert aufrecht, die Masse der Landbevölkerung bestand aus Pächtern und Tagelöhnern. Die Hälfte des ganzen vereinigten Königreichs gehört nur 7400 Besitzern, der Grund und Boden von London einigen wenigen Lords, die gerade aus den elendesten Wohnungen Unsummen für Mieten schlagen. In Irland sind die meisten Landeigentümer obendrein landfremde Engländer, die fast niemals im Lande wohnen, sondern nur die Pachtrenten beziehen. Bei der schrecklichen Hungersnot 1846—47, der Folge relativer Übervölkerung, ließen sie ihre zahlungsunfähigen Hintersassen sogar mit grausamer Härte gerichtlich auf die Straße setzen und zwangsweise nach Nordamerika verschiffen (1846 etwa 300 000 Menschen), fuhren auch nachher in solchem Maße damit fort, daß 1849—52 die Zahl der Ausweisungen mehr als 221 000 betrug, die Gesamtzahl der Auswanderer 1842—51 fast $1^1/_2$ Millionen! Bei solchen Verhältnissen bildete sich eine sehr ungleiche Vermögensverteilung aus. Um 1860 rechnete man

9. Das Parlamentsgebäude zu London, erbaut von Charles Barry 1840—47.

$1\frac{1}{2}$ Millionen reiche Leute, knapp 3 Millionen mit gutem Auskommen, 5 Millionen, die von der Hand in den Mund lebten, und 18 Millionen Proletarier.

Soziale Arbeit der Gebildeten.

Anderseits geschah doch manches, was diese Gegensätze abschwächte. Zunächst war der industrielle Mittelstand in steter Zunahme; sodann begann der Staat trotz der Manchesterlehre und der tiefgewurzelten Gewohnheit, hier und da unmittelbar einzugreifen. Er erließ Gesetze zum Schutze der Fabrikarbeiter, namentlich der Frauen und Kinder, gegen gewissenlose Überanstrengung und Ausbeutung und gab im Jahre 1870 eine Landbill für das unglückliche Irland, die den Pächtern die Erwerbung von Grundeigentum durch staatliche Vorschüsse zu erleichtern suchte und sie für Meliorationen bei Ablauf der Pacht zu entschädigen befahl, für die landlosen Feldarbeiter freilich noch gar nichts that. Ferner begann unter dem Einflusse der Litteratur, Wissenschaft und Religion in den gebildeten Ständen das Bewußtsein ihrer sozialen Pflichten lebhafter zu erwachen. Neben der inneren Mission in den Armenschulen und Rettungshäusern der Großstädte entfaltete sich eine umfassende und geordnete Wohlthätigkeit, die allein in London im Jahre 1885 die Summe der freiwilligen Beiträge, Schenkungen und Vermächtnisse zu den wohlthätigen Anstalten auf fast $4\frac{1}{2}$ Mill. Pfd. Sterl. und den Ertrag des „Hospitalsonntages", an dem in allen Kirchen für die Hospitäler gesammelt wird, auf jährlich 40 000 Pfd. Sterl. brachte.

Die Gewerkschaften.

Wichtiger noch war es, daß die Gebildeten mit Wort und That die Bestrebungen zunächst der Fabrikarbeiter unterstützten, um durch Selbsthilfe ihre Lage zu verbessern. Die Gewerkschaften (Trade Unions), die daraus fast gleichzeitig mit der Entstehung der Großindustrie hervorgingen, hatten zunächst die Zwecke der mittelalterlichen Zünfte: Arbeitsvermittelung, Festsetzung der Löhne, wenn es sein mußte, durch Ausstände (Strike), Unterstützung der Kranken und Hilfsbedürftigen aus gemeinsamen Kassen. Allmählich drang daneben das echt zünftlerische Streben nach fester Abgrenzung der Arbeitsgebiete (der gesetzlich herrschenden Gewerbefreiheit zum Trotz) und nach Einführung einer bestimmten Lehrzeit durch. Da die Arbeiter anfangs der Koalitionsfreiheit entbehrten, so nahmen die Gewerkvereine die Form von Geheimbünden mit phantastischen Zeremonien und feierlichen Eiden an. Nachdem die Koalitionsfreiheit während des Kampfes um die Korngesetze mit Hilfe der Liberalen errungen und seit 1860 mit der Einsetzung von Einigungs- und Schiedsämtern besonders auf die Anregung des Fabrikbesitzers Mundella begonnen worden war, wurde schließlich 1871 den Gewerkschaften das Recht zugesprochen, die Eigenschaften einer juristischen Person zu erlangen. So wuchs ihre Bedeutung sehr rasch. Am mächtigsten wurden die Maschinenbauer, die sich schon seit 1851 zu einem großen Landesverbande zusammengeschlossen hatten, 1861 ein Vereinsvermögen von etwa 75 000 Pfd. Sterl. besaßen und 1851—68 im ganzen 347 000 Pfd. Sterl. zur Unterstützung für brotlose Arbeiter (ohne die Streiks) verwandten. Allmählich bildete sich, da die umfänglichen Geschäfte von gewöhnlichen Arbeitern nicht mehr geführt werden konnten, ein geschultes besoldetes Vereinsbeamtentum mit dem parlamentarischen Gewerkschaftskomitee als gemeinsames Organ, seine Mitglieder erlangten Zutritt in die Bezirksschulausschüsse, in königliche Kommissionen, ins Unterhaus, und in den Vereinsabenden (Logen) begann ein durchaus höflicher, anständiger Ton zu herrschen. Die Zahl der Mitglieder stieg bis auf $1\frac{1}{2}$ Millionen, immerhin nur etwa ein reichliches Fünftel der gesamten Handarbeiterschaft, aber sie beherrschten die wichtigsten Industrien und dadurch die gesamte Arbeiterwelt. Jedenfalls haben die Gewerkvereine, indem sie von sozialpolitischen Utopien absahen und praktische Zwecke mit praktischen Mitteln verfolgten, eine Art von Arbeiteraristokratie geschaffen und die gesamte englische Arbeiterschaft in den Stand gesetzt, gegenüber dem Unternehmertum eine gleichberechtigte Stellung zu gewinnen, um durch friedliche Verhandlungen oder durch Ausstände die Erhöhung der ursprünglich sehr niedrigen Löhne, also eine Verbesserung ihrer Lage zu erzielen.

Auswanderung.

Freilich reichte das alles nicht aus, um der rasch anwachsenden Bevölkerung im Lande selbst eine auskömmliche Existenz zu verschaffen. Daher stieg die Zahl der Auswanderer, die 1815 wenig über 2000 betragen hatte, 1815—52 auf fast $3\frac{1}{2}$ Mil-

lionen, 1853—89 auf beinahe 7 Millionen, von denen mehr als die Hälfte Tagelöhner waren.

Die „Gesellschaft".

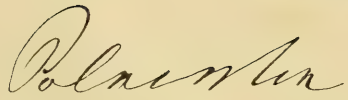
Im ganzen also trat ohne Zweifel eine wesentliche Erhöhung der Lebenshaltung und der Lebenslage sowohl bei der handarbeitenden Klasse als beim Mittelstande ein, ohne daß freilich das soziale Übergewicht der „oberen Zehntausend" erschüttert worden wäre. Auch der konservative Grundzug im Charakter des englischen Volkes, das auf seine alten Adelsgeschlechter stolz ist, war dem günstig. Dazu hielten die alten Familien selbst nach wie vor an dem alten Brauche fest, daß nur der älteste Sohn mit dem Hauptgute Titel und Rang des Vaters erbt, die übrigen in den kleinen Adel oder in den Mittelstand übergehen, also eine strenge Scheidung der Stände nicht aufkommt, und sie fuhren fort, einen großen Teil ihrer Zeit und Kraft ohne jedes Entgelt der Selbstverwaltung und den großen politischen Geschäften des Landes zu widmen. Der Landedelmann, wie ihn Holtzendorff geschildert hat, in seiner ruhigen, freien Thätigkeit für seine Wirtschaft und die Verwaltung seiner Grafschaft war die Regel, nicht eine Ausnahme, und die ganze Erziehung des vornehmen Engländers blieb darauf berechnet, einen kräftigen, selbstbewußten, weitblickenden Herrenstand zu bilden. Darum blieb auch der englische Adel von der Verweichlichung, wie sie sonst oft dem Reichtum anhaftet, frei, und seine Vergnügungen rüstiger Sport: die kräftigenden Spiele, die Fuchsjagden auf den weiten Ebenen Englands und Irlands, der Birschgang in den Heiden und Wäldern Hochschottlands, die Wettrennen des Derbytags und die Wettfahrten, sei es mit schnellem Ruderboot oder mit den eleganten schnellen Segeljachten des königlichen Jachtklubs bei Cowes. Damit verbindet sich in der guten Jahreszeit eine reiche Geselligkeit auf den herrlichen Landsitzen in ihren schönen Parks, die eine vornehme Gastfreiheit auch dem gut empfohlenen Fremden, wenn er nur Gentleman ist, bereitwillig öffnet, oder in den glänzenden Seebädern der malerischen Südküste und der milden, grünen Insel Wight, wo die Myrte im Freien überwintert. Die „Season", die Parlamentszeit zieht dann alles nach London. Dann beleben sich die Paläste des Westends mit einer glänzenden, angeregten Geselligkeit, die eleganten vornehmen Klubhäuser, die dem verwöhntesten Geschmack jede Bequemlichkeit bieten, füllen sich, auf den prächtigen Promenaden des Hydeparks drängen sich zu bestimmten Stunden die herrschaftlichen Equipagen mit reichgeschirrten Rossen, graziöse Reiterinnen und elegante Reiter auf herrlichen Pferden. Den Mittelpunkt der vornehmen Geselligkeit während der Season bildet selbstverständlich der königliche Hof im Buckinghampalast, und Königin Victoria hat stets dafür gegolten, daß sie, wie sie dem „Prinz-Gemahl" (prince consort, seit 1840) bis an seinen frühen, tiefbeklagten Tod am 14. Dezember 1861 in herzlicher Liebe ergeben war und als Gattin und Mutter ein musterhaftes Familienleben führte, so auch am Hofe und in der vornehmen Gesellschaft nicht nur auf strenge Etikette, sondern auch auf strenge Sitte hielt, so wenig diese auch im stande sein mochte, die allgemeinen Sünden einer unermeßlich reichen Aristokratie, Familienskandale und hohes Glücksspiel, zu unterdrücken. Und so fest der Engländer an seiner parlamentarischen Verfassung und seiner persönlichen Freiheit hält, so unbedingt loyal zeigt er sich dem Königshause gegenüber. Auch Prinz Albert, so sehr er anfangs als Ausländer mit Vorurteilen zu kämpfen hatte, verstand es doch bald, nicht nur der erste Gentleman des Königreichs zu sein, sondern auch durch edle Fürsorge für jedes Kulturwerk sich um das Land verdient zu machen und seine Gemahlin, wenn auch nur persönlich und sehr behutsam, in den Geschäften ihrer Regierung zu unterstützen.

Staatsleben.

Herrschaft der Liberalen.

Obwohl die Macht der Krone durch die Parlamentsherrschaft in enge Schranken gebannt ist, so steht ihrem Träger doch immer noch manche Möglichkeit offen, seinen persönlichen Willen zur Geltung zu bringen, und auch die Königin Victoria hat davon gelegentlich Gebrauch gemacht. Die alte Stellung des Parlaments aber begann sich zu ändern, als der aufsteigende Mittelstand eine stärkere Teilnahme an den Staatsgeschäften forderte. An die Stelle der aristokratischen Monarchie begann die demo-

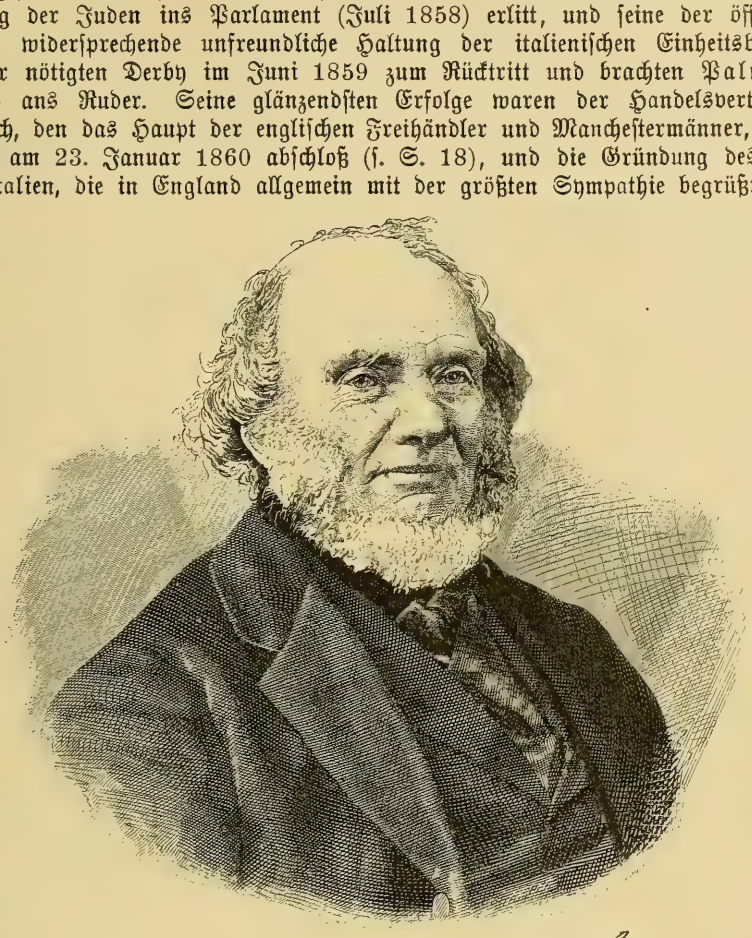
kratische zu treten; das Oberhaus verlor an Bedeutung, das Unterhaus verwandelte sich aus einer Vertretung des niederen Adels in eine wirkliche Volksvertretung, und die alte Parteiung zwischen den aristokratischen Koterien der Whigs und Tories machte ganz modernen, mannigfachen Gegensätzen zwischen Konservativen, Liberalen, Radikalen, Irländern u. a. m. Platz. Seit die Abschaffung der Korngesetze die Macht des Landadels im Parlament gebrochen hatte, beherrschten die Liberalen, d. h. der industrielle, manchesterliche Mittelstand das Unterhaus, und ihr Führer, Lord Palmerston, der höchst populäre „Old Palm" oder „Lord Firebrand" leitete 1846—52 als Minister



10. Henry John Temple, Viscount Palmerston.
Nach einem gleichzeitigen Stiche.

des Auswärtigen die Regierung. Diese wurde sowohl mit einer großartigen Chartistendemonstration am 10. April 1848 und mit Pöbelunruhen in Manchester und Glasgow, wie mit einer offenen Erhebung in Irland am 29. Juli ohne besondere Mühe fertig, erlitt aber mit ihrer offenen Unterstützung der revolutionären Bewegungen auf dem Festlande entschiedene Zurückweisungen und erregte mit ihrer deutschfeindlichen Haltung in der schleswig-holsteinischen Frage (s. Bd. IX, S. 654, 782) die tiefste Verstimmung in Deutschland. Endlich kam das ganze Ministerium über die Frage der Anerkennung Napoleons III. nach dem Staatsstreiche vom 2. Dezember 1851, die Palmerston eigenmächtig ausgesprochen hatte, zu Fall, und Graf Derby bildete ein neues Torykabinett, das indes schon am 27. Dezember 1852 nach dem Ausfalle der Neuwahlen dem whigistisch-liberalen Ministerium Russell-Gladstone-Palmerston weichen mußte. Dieser übernahm schließlich 1855 den Posten des Premierministers und wich erst, als sein Versuch, gegen die politischen Flüchtlinge in England gesetzlich einzuschreiten, weil sie das Orsiniattentat gegen Napoleon III. vorbereitet hatten (s. unten), an der allgemeinen Entrüstung des Landes gescheitert war (20. Dezember 1858). Allein das zunehmende Drängen nach Parlamentsreform, die

Niederlage, die das Torykabinett Derby-Disraeli in der Frage der von ihm bekämpften Zulassung der Juden ins Parlament (Juli 1858) erlitt, und seine der öffentlichen Meinung widersprechende unfreundliche Haltung der italienischen Einheitsbewegung gegenüber nötigten Derby im Juni 1859 zum Rücktritt und brachten Palmerston abermals ans Ruder. Seine glänzendsten Erfolge waren der Handelsvertrag mit Frankreich, den das Haupt der englischen Freihändler und Manchestermänner, Richard Cobden, am 23. Januar 1860 abschloß (s. S. 18), und die Gründung des Königreichs Italien, die in England allgemein mit der größten Sympathie begrüßt wurde;



11. Lord John Russell.
Nach einer Photographie.

dagegen erlitt er in den nächsten Jahren mit seiner Parteinahme für die nordamerikanische Konföderation, Polen und Dänemark eine Niederlage nach der andern und starb am 18. Oktober 1865 in der Erkenntnis, daß seine deutschfeindliche Haltung (zumal in der dänischen Frage) ein Irrtum gewesen sei.

Sein Erbe war Lord Russell. Unter ihm brachte endlich der Schatzkanzler William Gladstone, der Sohn eines Kaufmanns in Liverpool (geb. 1809), ein Liberaler von fast radikaler Färbung, ein Fanatiker der Gerechtigkeit und ein eiserner Kopf, die Reformgesetze über die Ausdehnung des Wahlrechts und die Neuverteilung der Parlamentssitze vor das Unterhaus (März und Mai 1866). Da die Abstimmung gegen sie entschied, traten sie am 25. Juni zurück, und abermals übernahm Graf Derby mit Benjamin Disraeli als Schatzkanzler die Leitung. Doch Disraeli (1805—81), der anglikanische Abkömmling einer altjüdischen Familie, ein Schwärmer für die „Weltherrschaft" des Judentums, als des auserwählten Volkes, und ein geistvoller Schriftsteller, hatte längst mit den alten Idealen der Tories gebrochen und verfocht die Verstärkung der Krongewalt durch den Bund mit den arbeitenden Klassen, der nationalen Demokratie, daher auch die Trennung der Kirche vom Staate, damit sie mitarbeite am sozialen Frieden. Als notwendige Voraus-

Die Parlamentsreform.

setzung für dies alles forderte er die weitere Demokratisierung des Unterhauses durch eine neue Parlamentsreform. Sein Werk war das Reformgesetz vom 15. August 1867. Es gab allen Haushaltungsvorständen in den Städten das Wahlrecht und vermehrte dadurch die Zahl der Wähler (1056659) beinahe auf das doppelte. Als aber Disraeli, seit dem Frühjahr 1868 Premierminister, die Reformpläne Gladstones und John Brights bekämpfte und die ersten Wahlen nach seinem eignen Wahlgesetz 271 Liberale gegenüber 387 Konservativen ergaben, so nahm Disraeli am 2. Dezember 1868 seine Entlassung, und W. Gladstone bildete sein erstes Ministerium mit Lord Russell und John Bright.

Die irische Frage.

Unwiderstehlich vorwärts drängten vor allem die irischen Dinge. Aus der großen irischen Auswanderung im Jahre 1846 war drüben in Nordamerika ein neues Irland erwachsen, voll Haß und Rachsucht gegen England, und aus der tapferen „irischen Brigade" der Unionsarmee im Bürgerkrieg (1861—65) ging die „fenische Bruderschaft" hervor, die in Amerika O'Mahong, in Irland James Stephens leitete. Nachdem die erste geheime Versammlung der „Fenier" (Fenians) schon zu Anfang des Jahres 1862 im westlichen Irland stattgefunden hatte, traten sie im November 1863 auf dem Kongreß von Chicago offen hervor, gründeten in Dublin eine große Zeitung (The Irish People) und machten in Irland im stillen eine ganze Armee mobil, die sie von Amerika her mit Geld und Waffen unterstützten. Die Regierung suchte dem geplanten Aufstande zuvorzukommen, indem sie in der Nacht des 15. September 1865 die Redaktionslokale des „Irish People" besetzen, alle Papiere wegnehmen und die Führer verhaften ließ. Trotzdem bewiesen Putsche verschiedener Art, der Versuch eines bewaffneten fenischen Einfalls in Kanada im Juni 1866 und nachdem über Irland der Belagerungszustand verhängt war, eine offene Schilderhebung in der Nähe von Dublin, endlich die versuchte Sprengung des Clerkenwellgefängnisses in London am 13. Dezember 1867, daß die irische Bewegung keineswegs erstickt sei; auch die Hinrichtung dreier Verschwörer in Manchester am 23. November 1868 erbitterte nur. Da führte nun Gladstone einen ersten Stoß gegen das ungerechte System, unter dem Irland seit Jahrhunderten seufzte, und damit zugleich gegen das aristokratische England. Am 1. März 1869 verteidigte er in dreistündiger Rede seine Bill über die Entstaatlichung der anglikanischen Kirche in Irland. Vom 1. Januar 1871 an sollte sie zu bestehen aufhören; die Krone verzichtete auf ihr Recht, Bischöfe für Irland zu ernennen, und diese verloren ihren Sitz im Parlament. An die Spitze der irisch-anglikanischen Kirche trat eine aus Geistlichen und Laien gewählte Synode. Von den $16^1/_2$ Mill. Pfd. Sterl. Vermögen der anglikanisch-irischen Staatskirche sollte diese $6^1/_2$ Millionen mit allen Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäuden erhalten, von den übrigen 10 Millionen die Katholiken und Presbyterianer 2 Millionen, weltliche Wohlthätigkeitsanstalten 8 Millionen. Nachdem auf Disraelis Antrag der Anteil der Anglikaner auf 12 Millionen erhöht worden war, wurde das Gesetz im Juli 1869 angenommen. Nun folgte noch die irische Landbill von 1870 (s. S. 40), aber da sie den landlosen Feldarbeitern nichts und den Pächtern nur wenig gewährte, so trug sie zur Beruhigung Irlands kaum etwas bei, und die Mehrzahl der Irländer blieb im geheimen Kriegszustande mit England, die grüne Insel eine offene Wunde am britischen Staatskörper.

Heer und Flotte.

Von den Umgestaltungen des englischen Staatslebens wurden die Grundlagen der britischen Wehrmacht nicht berührt. Für die Flotte wie für das Landheer dauerte die veraltete Ergänzung durch Werbung auch dann noch fort, als die Mächte des Festlandes nach deutschem Vorbilde sämtlich zur allgemeinen Wehrpflicht übergingen. Selbst der für moderne Verhältnisse unleidliche Stellenkauf der Chargen vom Oberstleutnant aufwärts wurde erst am 20. Juli 1871 durch königlichen Kabinettsbefehl abgeschafft. Auch die Stärke und Organisation des stehenden Landheeres blieb fast unverändert (1863 gegen 150000 Mann, die ostindischen Truppen ungerechnet); der Mangel an größeren Verbänden, die über das Regiment hinausgehen, und der Verzicht auf größere Manöver (außer in dem stehenden Lager von Aldershot seit 1855 auf stets demselben Gelände) charakterisieren noch heute das britische Heerwesen. Seine Bedeutung beschränkte sich daher mehr und mehr auf den inneren Sicherheitsdienst

namentlich in Irland und auf die Bestimmung, den Ersatz (von jedem Infanterieregiment gewöhnlich eins der beiden Bataillone) für die Truppen in Indien und in den Kolonien zu stellen. Die alte Miliz und die Yeomanry werden im ganzen wenig militärischen Wert haben, abgesehen etwa von der seit 1867 bestehenden „Milizreserve", die im Kriegsfalle zur Ergänzung des stehenden Heeres herangezogen werden soll; einen etwas größeren besitzen vielleicht die sehr zahlreichen „Freiwilligen" (Volunteers), die sich zur Landesverteidigung bildeten, als ein Angriff von Frankreich her zu drohen schien. Eine weit größere Wichtigkeit hatte natürlich stets die Flotte, die eigentliche Stütze der englischen See- und Kolonialherrschaft. Sie ging selbstverständlich mehr und mehr vom Segelschiff zum Schraubendampfer, vom Holzschiff zum Eisenpanzer über und zählte 1858 noch 244 Segler, 1865 aber nur noch 39 Segler neben 336 Dampfern mit 15000 Pferdekraft, 8476 Geschützen und einer Besatzung von 69000 Mann.

Volkscharakter.

So groß auch die politischen und sozialen Verschiebungen im englischen Leben waren, so wenig hat sich der Volkscharakter geändert; eher haben sich seine Eigenschaften noch schärfer in der eingeschlagenen Richtung ausgebildet: der konservative Zug, der ebensowohl im Staatsleben, insbesondere in der Verehrung für das königliche Haus, wie in der Bewahrung alter Gebräuche von der Lord Mayors Show bis zum weihnachtlichen Plumpudding hervortritt, die strengkirchliche Gesinnung und Sitte, mit Einschluß der öden Langeweile des englischen Sonntags, die freilich arge sittliche Ausschreitungen unter Umständen keineswegs hindert und sie nur gern mit dem Mantel echt englischer Scheinheiligkeit (cant) bedeckt, das starke Gefühl persönlicher Freiheit nicht nur im politischen sondern auch im wirtschaftlichen und sozialen Leben, wo die Abneigung gegen Eingriffe des Staates ebenso groß ist wie die Selbständigkeit des Hauses, die auch Mietskasernen nicht aufkommen läßt, die Freude am herzhaften Lebensgenuß wie am kräftigenden Sport, die Lust am Wetten und Wagen und die vorwärts dringende Thatkraft, aber auch die brutale Mißachtung fremder Rechte und Ansprüche und die Roheit der Volksmassen, endlich der abweisende nationale Hochmut, der alles und jedes vom englischen Standpunkte aus auffaßt und einen andern gar nicht begreift.

Auswärtige Politik.

Aus diesem Volkscharakter und aus dem ganzen britischen Volksleben heraus erwuchs die auswärtige Politik, die seit den Tagen Wilhelms III. mit rücksichtsloser Selbstsucht, zäher Ausdauer und glänzendstem Erfolge verfolgt worden ist und seit dem Erwachsen der englischen Großindustrie mehr als je verfolgt wird. Während England seit der napoleonischen Zeit und namentlich seit der riesigen Entwickelung der militärischen Kräfte des Festlandes thatsächlich aufgehört hat eine europäische Großmacht zu sein, ist es eine Weltmacht geblieben. Denn es bedarf für den Überschuß seiner Bevölkerung und für seine riesige Exportindustrie, ohne die es gar nicht mehr leben kann, immer größerer Ansiedlungsgebiete und Märkte, es strebt also nach beständiger Ausdehnung seines ohnehin schon riesigen Länderbesitzes und versicht das Prinzip des Freihandels, weil der Starke frei am stärksten ist. So verschärfte sich der Gegensatz zu Rußland mit dessen Ausbreitung in Asien, und der längere Zeit schlummernde zu Frankreich brach wieder hervor, als dies zum zweitenmal an die Bildung eines Kolonialreichs ging; auf dem europäischen Festlande und in Amerika aber förderte die britische Politik, gleichviel, welche Partei am Ruder war, alles, was den Handelsinteressen Englands nützlich sein konnte, und hemmte alles, was ihnen zu widersprechen schien. Sie trat mit Frankreich gegen Rußland in die Schranken, um durch die Erhaltung der Türkei das Vordringen der russischen Macht ins Mittelmeer zu hindern und die russische Seemacht im Schwarzen Meer zu zerstören; sie förderte die Entstehung der italienischen Einheit, um dort ein Gegengewicht gegen Frankreich zu schaffen; sie unterstützte den Abfall der Konföderierten Staaten von der Union, um die Macht dieser gewaltigen Nebenbuhlerin zu brechen; sie trat der werdenden deutschen Einheit mißgünstig und feindselig entgegen, weil sie in der Entwickelung der deutschen Volkswirtschaft und einer deutschen Kriegsflotte eine Gefahr für ihre eigne industrielle und maritime Überlegenheit erkannte. Sie konnte mit alledem nicht verhindern, daß die russische Weltmacht rastlos wuchs und die Nationen des Festlandes mündig wurden.

Der Krimkrieg (1853—1856).

Der türkisch-griechische Orient vor dem Kriege.

Stellung der Türkei.

Wenn Napoleon III. seine auswärtige Politik mit einem Unternehmen gegen Rußland zu gunsten der Türkei eröffnete und dabei die Hilfe Englands fand, so war das nur scheinbar zufällig, thatsächlich die Fortsetzung oder Wiederaufnahme sehr alter französischer Traditionen. Durch die Folgen des russisch-türkischen Krieges und der Kämpfe mit Mehemed Ali von Ägypten (s. Bd. IX, S. 365 ff.) war die Stellung des osmanischen Reiches zum christlichen Abendlande vollständig umgestaltet worden. Bisher in grundsätzlicher Gegnerschaft zu diesem war es jetzt als eine europäische Macht anerkannt worden und hatte durch den Hattischerif von Gülhane am 3. November 1839 zum erstenmal den Grundsatz rechtlicher Gleichstellung der Mohammedaner und der christlichen Rajah verkündet (s. Bd. IX, S. 379), dem auch Mahmud II., im Grunde wohlwollend und großmütig, für seine Person ernstlich anhing. Auch begann sich unter den Türken selber eine sogenannte „jungtürkische" Partei zu bilden, um eine europäisierende Erneuerung des Reichs herbeizuführen. Allein die Verwirklichung widersprach dem ganzen Geiste dieses auf dem Koran beruhenden Staatswesens, das den „Giaurs" die Gleichberechtigung niemals gewähren konnte, und da die Türken trotz mancher guten Eigenschaften höheren Kulturideen vollkommen unzugänglich blieben, so war eine innere Verjüngung des Reichs durch Aufnahme abendländischer Bildung nur in einzelnen mehr äußerlichen Dingen, wie im Heerwesen, möglich. Daher vollzog und vollzieht sich die Erneuerung dieser alten Kulturlande nicht durch türkische Reformen, sondern durch eine fortschreitende Auflösung des Reiches in christliche Staaten.

Türkische Verwaltung.

Nach der blutigen Vernichtung der Janitscharen 1826 hatte Sultan Mahmud II. (1808—39), der letzte hervorragende Herrscher des osmanischen Reichs, ein Heer nach europäischem Muster aufgestellt und preußische Offiziere, vor allem den Hauptmann Helmut von Moltke, berufen, um bei seiner Ausbildung hilfreiche Hand zu leisten. Aber dieser allerdings wichtige Schritt blieb auch die einzige wirklich durchgeführte Reform. Im übrigen änderte sich die Verwaltung nicht. Nach wie vor wurden nur die Mohammedaner zum Kriegsdienste herangezogen, der sie um so schwerer drückte, als die Aushebung sehr willkürlich und unregelmäßig war und die Dienstzeit 15 Jahre betrug, deshalb auch die Zunahme der mohammedanischen Bevölkerung höchst ungünstig beeinflußte. Die Christen blieben militärfrei, zahlten dafür die ziemlich geringe Kopfsteuer (Charadsch) und eine höhere Grundsteuer. Beide Klassen der Bevölkerung litten gleichmäßig unter der schlechten Art der Erhebung durch Verpachtung, mit der sich die größte Willkür unzertrennlich verband, der neuen an den Thoren der Städte erhobenen Mahl- und Schlachtsteuer und der Stempelsteuer auf alle Gewerbeerzeugnisse, obwohl alle diese Abgaben dem Staate wenig einbrachten, da das Meiste in den Händen der Pächter und Beamten blieb. Die Lage verschlimmerte sich noch dadurch, daß die hohe Pforte in ihrer steten Geldnot die hohen Ämter, vor allem die Paschaliks, um hohe Summen verkaufte, und die so bestellten Beamten, die das Geld fast immer von griechischen oder armenischen Bankiers borgen mußten, an diese die Steuererhebung ihrer Provinz verpachteten. Gelegentliche Münzverschlechterung kam hinzu. So bestand keinerlei Sicherheit des Erwerbes. Das Kapital wurde daher am liebsten in Bargeld oder Schmuck als totliegender Schatz aufgehäuft, statt in nutzbringenden Anlagen verwendet zu werden, das Geld war also sehr teuer. Der gesetzliche Zinsfuß betrug 20 Prozent, der Handel war fast ganz in den Händen der Christen und vor allem der Fremden, der Landmann baute schlechterdings nur, was er mußte, um seinen eignen Bedarf und die Steuern zu decken, ganze Strecken des fruchtbarsten Bodens selbst in der unmittelbaren Nähe großer Städte lagen nach wie vor brach, die Gegend zwischen Adrianopel und Konstantinopel war eine baumlose, menschenleere Einöde, die Waldung dort ausgerottet, die Bevölkerung in ganz Rumelien in einige große Städte und wenige elende Dörfer zusammengedrängt. Es gab fast keine fahrbaren Straßen und Brücken aus älterer

Zeit nur hier und da, Gütertransport und Reisen waren also nur auf Saumtieren und zu Pferde möglich, so daß z. B. Moltke 1836 von Rustschuk über Schumla und Adrianopel nach Konstantinopel zehn Tage brauchte. In den Städten traf der Reisende nur große, öde Karawanserein (Han), die ihm nichts gewährten als Obdach; höheren Ansprüchen genügten dort nur die Kaffeehäuser und die vortrefflichen türkischen Bäder. Ungenützt lagen die prachtvollen Wälder, die Metallschätze und Marmorbrüche Kleinasiens. Und doch schien die Fruchtbarkeit des Bodens unerschöpflich, und einzelne Striche an der Küste, also an den natürlichen Verkehrsstraßen, wie am Bosporus, in Brussa und am Nordgestade Kleinasiens prangten in üppiger Vegetation und besserem Anbau.

Das Königreich Griechenland: Verfassung.

Von dieser türkischen Mißwirtschaft hatte sich das Königreich Griechenland (Hellas) bereits vollständig, das Fürstentum Serbien, die Walachei und die Moldau wenigstens halb getrennt. Freilich litt Griechenland schon unter dem Mißverhältnisse seines allzu gering bemessenen Umfanges zu den Machtansprüchen seines rührigen Volkes, das deshalb immer über die engen Grenzen hinaussah und daher zu ruhiger politischer Arbeit im Lande selbst niemals recht kam, und nicht minder nachteilig wirkte die Eifersucht der drei „Schutzmächte" Rußland, Frankreich und England, durch die das ohnehin tiefgewurzelte Parteiwesen nur noch gesteigert wurde. Der junge König Otto aus dem Hause Wittelsbach (s. Bd. IX, S. 255), seit 1. Juni 1835 volljährig, seit 22. November 1836 mit der thatkräftigen, ehrgeizigen Amalia von Oldenburg vermählt, der von der wahrhaft edlen Begeisterung seines Vaters, König Ludwigs I. von Bayern, mit großen Opfern für Griechenland ausgerüstet worden war und seit dem 30. September 1834 in dem verödeten Athen residierte, hatte persönlich den besten Willen, war aber keine bedeutende Persönlichkeit und ohne rechte Energie, faßte daher niemals recht Wurzel im Lande und hatte gleich anfangs mit der Abneigung zu kämpfen, die der Nationalstolz der Hellenen seinen an sich trefflichen, nur vielleicht zu büreaukratischen bayrischen Ministern, dem Grafen Armansperg (bis 1836) und dessen Nachfolger Ignaz von Rudhart, entgegenbrachte. Nach Rudharts durch englische Ränke erzwungenen Rücktritt (Dezember 1837) übernahm ein Grieche, Zographos, die Leitung des Ministeriums, konnte sich aber nicht lange behaupten, ein Minister folgte rasch dem andern, und endlich zwang ein Militäraufstand in Athen am 15. September 1843 den König, ein neues Ministerium unter dem russischgesinnten Metaxas zu bilden, alle Fremden aus dem Staatsdienste zu entlassen und eine Nationalversammlung zur Beratung einer Verfassung zu berufen. Diese, am 20. November 1843 eröffnet, brachte die Verfassung am 2. März 1844 zum Abschluß. Gemäß den sehr demokratischen Verhältnissen des Landes, das die monarchische Gewalt nur in der Form einer despotischen Fremdherrschaft gesehen hatte, außer den Nachkommen der venezianischen Geschlechter auf einzelnen Inseln des Ägäischen Meeres keinen Adel und kaum eine wirkliche Aristokratie des Besitzes kannte, wurde die Macht der Volksvertretung (Senat und Abgeordnetenkammer) so gestaltet, daß das jeweilige Ministerium lediglich als Ausschuß der Kammermehrheit erschien und dem König kaum etwas andres übrig blieb, als die Ernennung dieses Ministeriums. Damit war der echt griechischen Parteisucht um so mehr Thür und Thor geöffnet, als dem Sieger die Beute gehörte und bei jedem Ministerwechsel alle Ämter bis zum Polizeidiener hinunter neu besetzt wurden. Alles drängte sich in die politische Laufbahn, Zeitungen zu lesen und zu politisieren wurde dem gebildeten Griechen zur Leidenschaft, und dies noch halbbarbarische Land, für das ein kraftvoller und erleuchteter Absolutismus die passendste Regierungsform gewesen wäre, gelangte nicht einmal zu einer festen Regierung. Unaufhörlich wechselten die Ministerien, und die notwendigste Reform, die Aufhebung der Steuerverpachtung, stieß auf eine so heftige Opposition, daß der König 1847 die Kammer auflösen mußte. Und doch litt das Land schwer unter der unglücklichen Finanzlage, die wesentlich durch eine von den Schutzmächten vermittelte und durch Wucherzinsen stets wachsende Anleihe von 60 Mill. Drachmen verschuldet wurde. Auswärtige Schwierigkeiten kamen hinzu. Da der türkische Gesandte Mussuros vom König beleidigt zu sein behauptete, so reiste er im Februar 1847 ab und kehrte erst

nach dem Tode des damaligen Ministers Kolettis (September) auf seinen Posten zurück, und eine brutale englische Blockade im Januar 1850 erzwang von dem wehrlosen Lande eine schwere Entschädigungssumme dafür, daß der athenische Pöbel das Haus des Juden Pacifico, eines englischen Unterthanen, geplündert hatte, was hinterher beinahe zu einem Zusammenstoße mit Rußland und Frankreich geführt hätte. Glücklicher als die politischen gestalteten sich die kirchlichen Verhältnisse. Die Unabhängigkeit der griechischen Landeskirche, die schon die Verfassung ausgesprochen hatte, erhielt im Juli 1850 die Genehmigung des Patriarchen von Konstantinopel, und das „organische Gesetz" vom Juni 1852 stellte sie unter die Leitung der heiligen Synode von Athen (fünf Mitglieder unter dem Vorsitze des Metropoliten und eines königlichen Kommissars).

Volkswirtschaft.

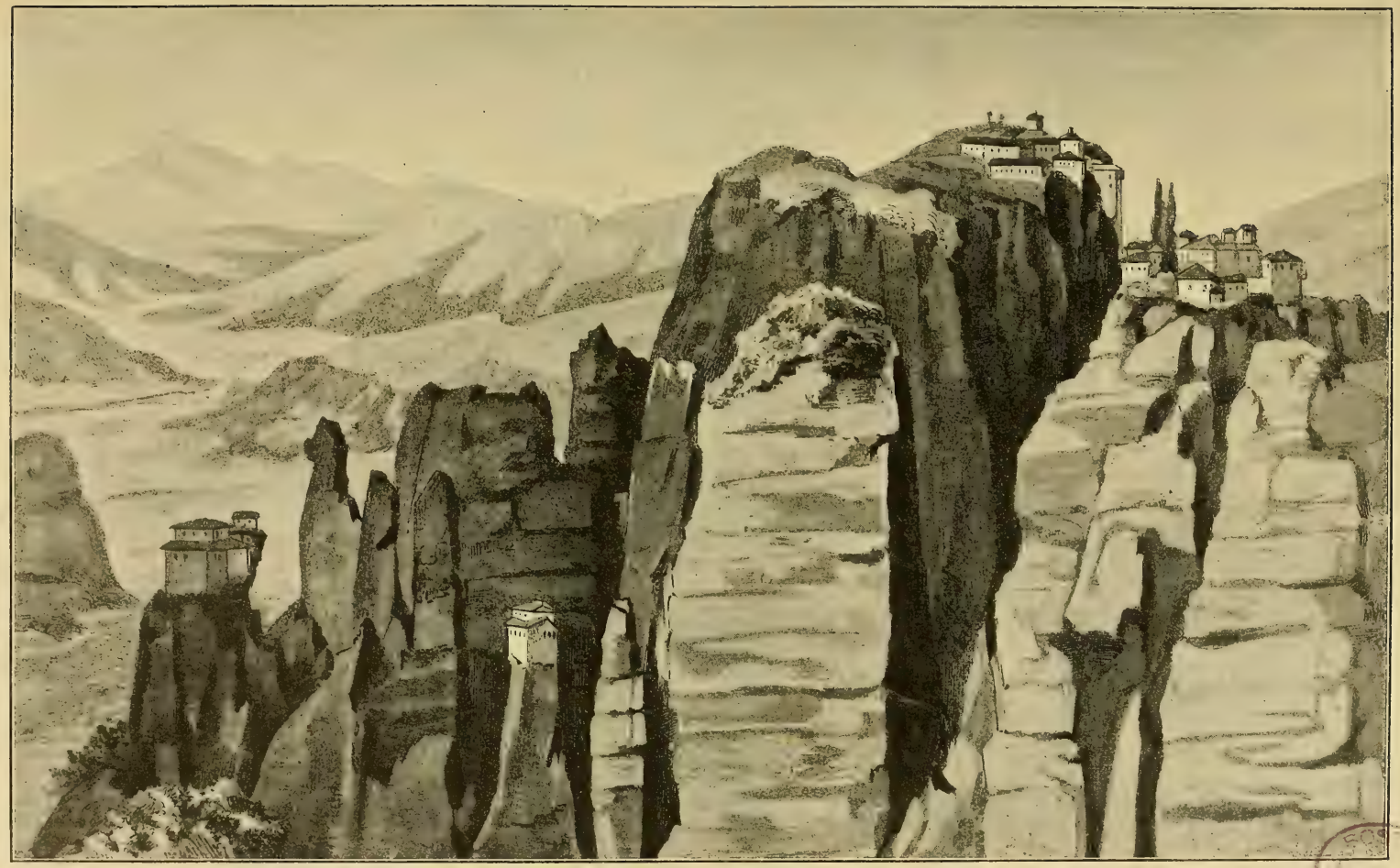
Fortschritte machte die wirtschaftliche Entwickelung des Landes, doch in sehr ungleichmäßiger Weise. Der Boden war in der That zum größten Teil ausgewirtschaftet, die Wälder meist vernichtet, die Trockenheit des an sich dürren Kalkbodens, besonders im Osten, noch weit größer als im Altertum. Das Land brachte daher wenig Getreide hervor, in größerer Menge nur Wein, Öl und Korinthen. Von Gewerben gab es, abgesehen von den notwendigsten Handwerken, nur etwas Seidenweberei, Schiff- und Bergbau (auf Marmor und Schmirgel). Fahrbare Straßen im Innern des doch meist sehr gebirgigen Landes fehlten so gänzlich, daß dort die Verwertung und der Transport von Massengütern einfach unmöglich war. Dazu war und ist der Grieche der mühsamen Landwirtschaft im ganzen abgeneigt, so daß die königlichen Musterwirtschaften ohne Nachahmung blieben; er fühlte sich am wohlsten als halbnomadischer Hirt oder als Händler und Seefahrer auf seinem herrlichen, blauen Inselmeere. Mit seinen meist kleinen Fahrzeugen beherrschte er vollständig den Küstenverkehr in der ganzen Levante. Man zählte 1857 über 4800 Schiffe unter griechischer Flagge, die durch die Billigkeit ihrer Frachten jede abendländische Konkurrenz ausschlossen, und in geschäftlicher Geriebenheit that es der Grieche sogar den Juden zuvor und stand nur den Armeniern nach. Daher blühten die Seestädte rasch empor. Das während des Freiheitskrieges ganz neu entstandene Hermupolis auf Syra zählte 1831 erst 11000, nach dem Krimkriege 30000, Athen hatte 36000 Einwohner. Große Vermögen fehlten freilich fast ganz, reiche Griechen gab es fast nur im Auslande, aber sie thaten für ihre Heimat außerordentlich viel, vor allem auf dem Gebiete des Bildungswesens.

Bildungswesen.

Dies blieb in der That die rühmlichste Seite des Neuhellenismus. Von innen heraus hat sich dies merkwürdige Volk erneuert und, indem es die Erinnerung an die antike Vergangenheit wieder erweckte, zwar das dazwischenliegende Mittelalter allzusehr vergessen, aber doch auch durch jene Bildung das nationale Selbstgefühl so gesteigert, daß es vielleicht der wichtigste Faktor im Leben der Griechen wurde. Die Anfänge des griechischen Schulwesens gehen bis ins 18. Jahrhundert zurück und waren privatem Eifer zu danken (s. Bd. VII, S. 619). Ins Volk hinunter drang die neue Bildung freilich nur langsam. Noch im Jahre 1830 gab es im ganzen Königreiche erst 71 Volksschulen und eine einzige „hellenische Schule" (höhere Bürgerschule, auf Ägina seit 1829). Seitdem ging die Regierung kräftig vor und ordnete das Unterrichtswesen nach deutschem Vorbilde durch Gesetze, 1833 die Volksschulen, 1837 die hellenischen Schulen und die Gymnasien; in demselben Jahre entstand die Universität Athen. So zählte man 1858 an öffentlichen Volksschulen 454, wozu noch 300 Privatschulen kamen, an hellenischen Schulen 79, an Gymnasien 7, eine Menge Privatanstalten noch ungerechnet.

Das Griechentum und die Türkei.

Dies intelligente, rührige, selbstbewußte Griechentum des Königreichs stand nun mit den Volksgenossen unter türkischer Herrschaft rings in den Küstenländern, auf allen Inseln des Ägäischen Meeres und auf Cypern, wo man 1861 unter 110000 Einwohnern 80000 Griechen zählte, in regster und engster Verbindung. Zwar entbehrten diese Griechen aller politischen Organisation, aber ihre Gemeindeverfassung und ihre Kirche, die im Patriarchat von Konstantinopel ihren uralten Mittelpunkt hatte, schützten



12. **Die Meteora in Thessalien (links im Hintergrunde der Pindos). Nach einem Aquarell von Dr. Cl. Franke.**

Die Klöster stehen auf roten Sandsteinfelsen.

überall ihr Volkstum, zuweilen auch besondere Vorrechte, wie die 24 Griechendörfer um Volo in Thessalien, die Insel Samos, die seit dem russisch-türkischen Kriege unter einem griechischen Fürsten aus dem Hause Vogorides stand, die Klostergebiete des Athos und der Meteora in Thessalien (s. Bd. VI, S. 727). Wo die Türken zwischen Griechen lebten, waren sie meist auf bestimmte Stadtteile oder gar nur auf einzelne Beamte beschränkt. Ihrer Zukunft sicher, gewannen die Griechen überall den Türken rasch den Boden ab, namentlich auch in Kleinasien, da die Volkszahl der Türken langsamer wuchs oder geradezu zurückging, und dies kleine Volk von nur 6—7 Millionen, von denen auf das Königreich wenig über 1 Million kam (um 1850), wurde das belebende Element in der ganzen Levante.

Moldau und Walachei.

Sehr viel langsamer entwickelten sich die Rumänen in der Moldau und Walachei. Sultan Mahmud II. hatte 1827 der Fanariotenwirtschaft insofern ein Ende gemacht, als er den Fürstentümern einheimische Hospodare, die auf sieben Jahre ernannt wurden, zugestand. Doch blieb der schwere Übelstand bestehen, daß die reichen Güter, die frühere Fürsten griechischen Klöstern (auf dem Athos, in Jerusalem u. a. m.) in Rumänien geschenkt hatten, die ihnen stiftungsgemäß auferlegten Beiträge für rumänische Kulturzwecke nicht mehr zahlten und die Einkünfte (im Jahre 1858 gegen 9 Mill. Frank) ausschließlich zum Nutzen jener auswärtigen Klöster verwendet wurden. Dann hatte der Friede von Adrianopel am 14. September 1829 den Rumänen freien Kultus, selbständige Verwaltung unter lebenslänglichen Hospodaren und freien Handel im Türkischen Reiche gewährt und die türkischen Besatzungen zurückgezogen (s. Bd. IX, S. 253). Dafür standen freilich die Fürstentümer unter der Schutzherrschaft Rußlands, das durch seine Generalkonsuln in Jassy und Bukarest die beiden Hospodare thatsächlich als russische Statthalter behandelte und zunächst (bis 1834) sogar den Grafen Paul Kisselew als Generalgouverneur dort ließ. Immerhin brachen die Russen wichtigen Reformen die Bahn. Eine neue Verwaltungsordnung wurde ausgearbeitet und von den Nationalversammlungen in Bukarest und Jassy 1831 angenommen, die Lasten der Bauern ermäßigt, die Abgaben, von denen freilich der Adel, die Städte und die Fremden freiblieben, neu festgestellt, Posten eingerichtet, eine Miliz gebildet. Freilich war das Land, das vom Kriege furchtbar gelitten hatte, noch 1835 eine halbe Wüste, da nur ein Fünftel des Bodens bestellt wurde, ohne wirkliche Straßen und Brücken, in der Ebene weit und breit baumlos, die Dörfer selten und elend, möglichst versteckt in den Thälern angelegt, selbst die Hauptstadt der Walachei, Bukarest, inmitten ihrer Einöde ein Gemisch von Hütten und Palästen der Bojaren, die fast nur hier oder in Jassy lebten, von abendländischer Zivilisation und türkischer Barbarei. Aber das nationale Selbstbewußtsein war geweckt, in den beiden Hauptstädten entstanden die ersten rumänischen Zeitungen und Zeitschriften, und auch die Rumänen ließen sich von den Stürmen des Jahres 1848 ergreifen. In Jassy brach eine Erhebung gegen den Hospodaren Michael Sturdza los, in Bukarest wurde eine nationale Regierung eingesetzt. Nur der Einmarsch russischer und türkischer Truppen hinderte weiteres, und die Übereinkunft von Balta Liman am 1. Mai 1849 beseitigte die Landesverfassung auf sieben Jahre, wobei in der Walachei Stirbei Bibesco, in der Moldau Gregor Ghika die Fürstenwürde unter der Aufsicht eines russischen und eines türkischen Kommissars übernahm.

Serbien.

Anders standen die Dinge im Fürstentum Serbien (s. Bd. VII, S. 617 f., und Bd. IX, S. 241). Hier regierte seit 1830 als anerkannter Fürst (Knjas) und Vasall der Pforte Milosch Obrenowitsch nach serbischem Recht mit einheimischen Beamten und einer Landesversammlung (Skupschtina), und auch die Kirche des Fürstentums stand seit 1832 unter einem einheimischen Metropoliten, der nur der Oberhoheit des Patriarchen von Konstantinopel untergeordnet war. Doch saß auf der Festung von Belgrad noch ein türkischer Pascha, und auch mehrere andre feste Plätze hatten noch türkische Besatzungen und türkische Bevölkerung. Milosch gebärdete sich durchaus als unumschränkter Herr. Als Rechtsnachfolger des Sultans betrachtete er sich als den alleinigen Grundherrn des Landes, behandelte daher die Grundbesitzer nur als seine

erblichen Lehnsleute und riß den Handel mit den einträglichsten Gegenständen, wie mit Schweinen und Salz, als Monopol an sich. Obwohl er sich mit dem Sultan Mahmud II. gutzustellen wußte, so erregte doch sein willkürliches Schalten und Walten unter den tapferen Serben, die ihre Freiheit von den Türken nicht erstritten hatten, um einem heimischen Despoten zu gehorchen, heftige Opposition, und da Rußland wie die Türkei diese unterstützten, so verlieh der Sultan im Dezember 1838 den Serben ein Statut (Ustav), das die Gewalt des Fürsten durch einen Senat (von 17 Mitgliedern nach den 17 Bezirken) beschränkte, eine Zentralregierung von drei Ministern (Justiz, Finanzen, Inneres) einsetzte, die Kompetenzen der Gerichte genau abgrenzte (Friedensgericht, Bezirksgericht, Appellationsgericht) und jedem Serben Sicherheit des Lebens und Eigentums zusprach, also einen wirklich gesetzlichen Zustand nach abendländischen Begriffen schuf. Milosch konnte sich darein nicht finden, und als ein von ihm geschürter Aufstand zu seinen gunsten mißlang, dankte er am 13. Juni 1839 ab und trat auf österreichisches Gebiet über. Sein ältester Sohn Milan starb bald darauf, und der jüngere Michael wurde im März 1840 als Fürst anerkannt. Dieser aber erlag schon im August 1842 der bewaffneten Erhebung der sogenannten Senatorenpartei unter Thomas Wutschitsch und Abraham Petronjewitsch, und nun wurde im September von der Skupschtina ein Sohn des „schwarzen Georg", Alexander Karageorgewitsch (geb. 1806), zum Fürsten erhoben (1842—58). Er unterstützte daher auch 1848—49 die Erhebung der österreichischen Serben gegen die Magyaren (s. Bd. IX, S. 664) und trat nachher in enge Beziehungen zum Wiener Hofe. Das Eindringen europäischer Ideen in das noch halbbarbarische Land wurde dadurch wesentlich begünstigt. Junge Serben studierten in Wien, Schulen entstanden im Lande, und ein serbischer Staatsmann konnte die Erwartung aussprechen, daß die Serben sich in einigen Jahrzehnten ebenso in europäischer Bildung hervorthun würden, wie die Tschechen.

13. Milosch Obrenowitsch, Fürst von Serbien.
Nach der Lithographie von C. Brandt.

Die Bulgaren.

Weniger glücklich als die Serben waren damals ihre Nachbarn und Stammverwandten, die Bulgaren. Von den im Hattischerif von Gülhane (1839, s. S. 46), verheißenen Reformen kamen ihnen nur die 1845 eingeführten Provinzialräte (Medschlis) insofern einigermaßen zu gute, als sie christliche Mitglieder hatten, die freilich neben den mohammedanischen wenig bedeuteten. Aber der Steuerdruck dauerte fort und führte gelegentlich zu örtlichen, daher fruchtlosen Erhebungen der Bauern, 1841 um Nisch und Pirot, 1851 um Widdin. Außer stande, mit Gewalt etwas durchzusetzen, und ohne Hoffnung auf auswärtige Unterstützung richteten daher die Bulgaren

ihre Anstrengungen zunächst darauf, ihre verlorene kirchliche Unabhängigkeit vom Patriarchen wiederherzustellen (vgl. Bd. VII, S. 616 f.), denn dessen Macht ungeschmälert zu erhalten, hatte auch die türkische Regierung kein besonderes Interesse. An der Spitze dieser Bestrebungen stand zunächst der feurige Neophyt Bozveli, Archimandrit des Klosters Chilandari auf dem Athos. Freilich wurde er dort 1845 von den erbitterten Griechen eingekerkert und starb 1849, aber schon 1848 wurde in Konstantinopel eine bulgarische Kirche erbaut und 1851 weihte der Patriarch auf das Drängen der Pforte einen Bulgaren zum Bischof, wenngleich noch ohne Sprengel. Gleichzeitig führten die Bulgaren einen lebhaften Kampf um die Gleichberechtigung ihrer Sprache in Kirche und Schule, besonders in Philippopel, und begannen in ihrer Sprache zu schreiben und zu drucken (so das Neue Testament in Smyrna 1840, ebendort die erste bulgarische Zeitschrift seit 1845).

Die Armenier.

So war die europäische Rajah überall dabei, die Selbständigkeit ihres inneren Lebens und dabei den Anschluß an die abendländische Kultur zu erstreiten. Auch in Asien gab es kleinere oder größere, mehr oder weniger geschlossene Gruppen christlicher Bevölkerungen, die allmählich zu neuem Leben erwachten. Die stärkste darunter waren und sind die Armenier, etwa zwei Millionen Menschen, aber unter drei Reiche, die Türkei, Persien und Rußland verteilt und außerhalb ihrer Heimat über alle Welt verstreut, zusammengehalten nur durch ihre alte Nationalkirche (s. Bd. III, S. 77), deren Patriarch (Katholikos) seit 1441 dauernd im Kloster Edschmiadsin bei Eriwan im russischen Armenien residiert. Auch sie umfaßte aber schon seit dem 18. Jahrhundert nicht mehr alle Armenier, denn die Kongregation der Mechitharisten (seit 1807 auf der Insel San Lazzaro bei Venedig) arbeitete eifrig an der Verbreitung des römischen Katholizismus und europäischer Bildung unter ihren Landsleuten und wurde darin von einer syrisch-armenischen Kongregation im Libanon unterstützt. Einen andern Halt gewann die Pflege der armenischen Litteratur in der 1815 von den Gebrüdern Lasarew gegründeten Erziehungsanstalt für junge Armenier in Moskau, und im ganzen armenischen Sprachgebiete lebte die Volksdichtung, durch fahrende Sänger gepflegt, ununterbrochen fort.

Nestorianer und Maroniten.

Verwildert und verkommen dagegen blieb noch lange das Kirchenwesen der syrischen Nestorianer in den Grenzgebirgen zwischen Persien und der Türkei unter ihrem Patriarchen in Kotschams, sie verstanden kaum mehr ihre eigne altsyrische Kirchensprache (vgl. Bd. III, S. 187). Reger war schon das geistige Leben der seit 1182 römisch-katholischen Maroniten im Libanon zwischen Tripolis und Tyrus eben durch ihre Verbindung mit dem Abendlande. Unter christlichen Beamten ihre syrisch-arabische Kirchensprache und andre Eigentümlichkeiten bewahrend, besaßen sie doch Schulen und Druckereien schon seit dem Ende des 16. Jahrhunderts.

Europäische Kultureinflüsse.

Über diesen ganzen türkischen Orient ergoß sich nun seit dem vierten Jahrzehnt des Jahrhunderts in immer stärkerem Strome die abendländische Kultur, die wirtschaftliche wie die geistige. Keinen mächtigeren Kulturbringer hatte die Zeit als das Dampfschiff, weil es die Herstellung regelmäßiger Verbindungen ermöglichte. Die österreichische Donaudampfschiffahrtsgesellschaft sandte ihre schönen Schiffe den gewaltigen Strom hinunter bis in die Häfen seines Mündungsgebiets Braila und Galatz und beförderte schon 1837 im ganzen 47 000 Reisende und 73 000 Zentner Waren, 1838 bereits 74 000 Menschen und 320 000 Zentner. Noch viel größer war die Bedeutung des österreichischen Lloyd in Triest (als Schiffahrtsgesellschaft 1836 gegründet), denn seine großen Dampfer verknüpften bald alle Häfen der gesamten Levante und der Südküste des Schwarzen Meeres bis Trapezunt untereinander und mit dem Abendlande und behaupten noch heute in diesem Verkehr die herrschende Stellung. Konstantinopel und Saloniki, Smyrna, Beirut und Alexandria wurden die großen Aus- und Einfuhrplätze zwischen dem Osten und dem Westen. Abendländische Reisende in gesteigerter Zahl besuchten jetzt die Länder einer verwüsteten hohen Kultur. Ludwig Roß durchforschte (1835—43) mit der frischen Begeisterung des ersten Entdeckers die Inseln des Ägäischen Meeres, Ernst Curtius unternahm auf Grund eigner Beobachtung

die erste und klassische Schilderung des Peloponnes, Philipp Fallmerayer durchzog in den Jahren 1831—35 und 1840—42 alle Länder des türkischen Reiches und gab zuerst, wie herrliche Bilder ihrer landschaftlichen Schönheiten, so einen tiefen Einblick in das Wesen des Byzantinismus. Der Engländer Leake machte Attika und Makedonien zu seinem besonderen Arbeitsfelde.

Die christliche Mission.

Aber in das innere Leben dieser Völker, es anregend und befruchtend, drang doch noch mehr die christliche Mission. Sie wollte nicht so sehr die Mohammedaner gewinnen und nur in beschränktem Maße die Juden, als vielmehr das verkommene und veräußerlichte Christentum der orientalischen Völker zu neuem Leben erwecken. Dabei hatte die russische Kirche den großen Vorzug, daß sie mit der im Orient herrschenden in Glaubens- und Kultusgemeinschaft steht. Das Hauptquartier ihrer Wirksamkeit war das große Athoskloster Russikon (s. Bd. III, S. 688); aber auch in Jerusalem baute Rußland das verfallene Kreuzkloster mit einem Gymnasium und einem Priesterseminar für junge Griechen wieder auf und gebärdete sich überhaupt als die Schutzmacht der griechischen Kirche im ganzen Türkischen Reiche, was bei der engen Verbindung von Staat und Kirche notwendig auch einen starken politischen Einfluß sicherte und sichern sollte. Weit älter als diese Stellung Rußlands zu den Glaubensgenossen seiner Kirche, aber bei weitem nicht so umfassend waren die Ansprüche Frankreichs auf den Schutz der römisch-katholischen Unterthanen der Türkei. Im letzten Grunde eine Erbschaft der Kreuzzüge, stützten sie sich seit dem 16. Jahrhundert auf zahlreiche „Kapitulationen" (s. Bd. V, S. 346), die durch den Frieden vom 25. Juni 1802 in allen Beziehungen bestätigt worden waren (s. Bd. VIII, S. 508) und von all den wechselnden Regierungen Frankreichs stets zäh festgehalten wurden. Am wichtigsten war hier das seit 1659 bestehende Schutzverhältnis der Maroniten des Libanon; aber auch sonst suchte Frankreich festen Fuß zu fassen. Unter seinem Schutze brachte Papst Pius IX. im Jahre 1847 mit der hohen Pforte ein Konkordat über die Wiederherstellung des erloschenen „lateinischen" Patriarchats von Jerusalem zustande und ernannte zum Patriarchen den trefflichen Lazaristenmissionar Giuseppe Valerga, der am 14. Januar 1848 feierlich einzog (gest. 1872). Auch ihren Anteil an den „heiligen Stätten" in Jerusalem, das gegen 1850 immerhin 1000 katholische Einwohner (unter 16—20 000) zählte, hielten die römischen Katholiken eifrig fest und strebten besonders in der Kirche des heiligen Grabes die Wiederherstellung der Verhältnisse vor 1808 an, nachdem hier ihr Anteil seit der Wiederherstellung der Kuppel durch die Griechen erheblich vermindert worden war. Am meisten für die Ausbreitung der Kirche und damit des französischen Einflusses thaten unstreitig die Lazaristen. Sie hatten ein großes Kolleg in Smyrna, eine bedeutende Anstalt in Galata; sie gründeten in steter Verbindung mit den Schwestern des heiligen Vincent von Paula und den Schulbrüdern überall, in Skutari, Saloniki, im Archipel, im Libanon, in Mesopotamien ihre Schulen, Kollegien, Bibliotheken, Druckereien, Spitäler, sie zählten schon 1846 5 Pensionate und 12 Schulen mit 2000 Schülern und leisteten zugleich Großes für das Studium der orientalischen Sprachen, wie vor allem Eugen Boré, der apostolische (päpstliche) Präfekt in Konstantinopel. Auch die anspruchslosen Franziskaner arbeiteten wacker als Seelsorger und Missionare und besaßen auch in Palästina mehrere Klöster und Spitäler, wie bei Jerusalem, Gethsemane, in Ramleh, Tiberias, Akkon u. s. f. Während sie hier unter französischem Schutze standen, genossen sie in Bosnien die Schirmherrschaft Österreichs (s. Bd. VII, S. 617) und wirkten nach wie vor segensreich unter der zahlreichen römisch-katholischen Bevölkerung dieses Landes.

Während die römische und griechische Kirche im Orient zugleich den politischen Zwecken zweier oder dreier Großmächte diente, hatte die evangelisch-protestantische Mission rein religiöse Zwecke im Auge, soweit nicht England in Betracht kam, denn Deutschland war als Ganzes ohnmächtig und hatte weder die Möglichkeit, noch auch nur ein Verständnis für eine weitgreifende Politik, die nordamerikanische Union aber verfolgte keine politischen Interessen im türkischen Orient. Und doch geschah von deutscher Seite, durch König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, der erste entscheidende Schritt, um der protestantischen Kirche einen ansehnlichen Mittelpunkt im Morgenlande zu verschaffen. Nachdem in Jerusalem schon unter Mehmed Ali

von Ägypten die englische und die nordamerikanische Mission unter den Juden wie bei den Griechen und Armeniern ohne bedeutenden Erfolg begonnen hatte, errichtete der König 1841 ohne jeden politischen Hintergedanken im Einvernehmen mit England das preußisch-englische Bistum von Jerusalem, dessen Bischof abwechselnd von ihm und von England ernannt, aber nach anglikanischem Ritus geweiht werden und das Haupt aller Evangelischen in Syrien, Ägypten, Mesopotamien und Abessinien sein sollte. Der erste Bischof war ein getaufter schlesischer Jude, Alexander (1841—46), der zweite der treffliche Schweizer Samuel Gobat (1846 bis 1879). Bald mehrte sich die Zahl der Protestanten durch Einwanderung; neben der Jakobskapelle auf dem Zion entstanden ein Hospital, ein Waisenhaus und eine Schule, 1849 wurde die protestantische Christuskirche auf dem Zion vollendet und drei Gemeinden, eine deutsche, eine englische und eine arabische, scharten sich um sie, andre entstanden in Nazareth, Nablus (Sichem), Bethlehem, Jaffa, und seit 1850 traten auch deutsche Diakonissen von Kaiserswerth in die Arbeit ein. Inzwischen arbeiteten nordamerikanische Presbyterianer von der 1810 gegründeten Missionsgesellschaft in Boston eifrig in Ägypten unter den Kopten und in Syrien, wo sie seit 1824 von Beirut aus Gemeinden und Schulen, Druckereien und Hospitäler unter den Maroniten und Drusen des Libanon und bis tief in das Innere, bis nach Damaskus und Aleppo gründeten, auch die Bibel ins Arabische übersetzten. Ebenso wirkten sie unter den Nestorianern, namentlich in der Ebene von Urumia seit 1835, denen sie erst eine Schriftsprache schufen, und seit demselben Jahre unter den Armeniern, wo sie Seminarien und zahlreiche Volksschulen anlegten.

Noch waren, zahlenmäßig betrachtet, die Erfolge aller dieser hingebenden Arbeit gering, aber unmerklich half sie dazu, christliches Leben und abendländische Kultur in diesen verwüsteten Ländern zu pflanzen, die tiefe Kluft, die einst die türkische Eroberung zwischen ihnen und dem Abendlande aufgerissen hatte, zu überbrücken und eine neue bessere Zukunft vorzubereiten.

Der Ursprung des Krimkrieges.

Aus dem Gegensatze der christlichen Konfessionen und der sie vertretenden Mächte erwuchs der Krieg, der, zum Schutze des osmanischen Reiches unternommen, dies mehr als jemals der westeuropäischen Gesittung öffnen und zugleich das Verhältnis der europäischen Großstaaten völlig verschieben sollte.

Die Frage der „heiligen Stätten".

Jener apostolische Präfekt in Konstantinopel, der französische Lazarist Eugen Boré, eröffnete im Jahre 1850 den Kampf um die „heiligen Stätten" Palästinas mit der Flugschrift Question des lieux Saints. Daraufhin forderte der französische Gesandte in Konstantinopel, General Aupick, im Mai 1850 für die Lateiner zu ausschließlichem Besitz die große Kirche in Bethlehem mit der darunter liegenden Geburtsgrotte, in der 1847 ein ihnen angehöriger silberner Stern von den Griechen beiseite gebracht worden sein sollte, und für die Grabkirche in Jerusalem die Wiederherstellung des Zustandes von 1808. Auf französische Anregung hin unterstützten Portugal, Piemont und Neapel, schließlich auch Österreich diese Forderungen. Dadurch in die Enge getrieben, setzte die türkische Regierung endlich eine gemischte Kommission zur Entscheidung der Frage ein, und diese erklärte sich im ganzen für die französischen Ansprüche. Da aber Kaiser Nikolaus I. von Rußland, nicht gesonnen, seinen Glaubensgenossen etwas zu vergeben, im Oktober 1851 die bestimmte Erwartung aussprach, daß der dermalige Zustand erhalten bleibe, und mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte, so entschied eine neu berufene ausschließlich türkische Kommission zu ungunsten der Lateiner und gestand ihnen nur einen Schlüssel zur Hauptthür der Kirche in Bethlehem und zwei zum Altar zu, damit sie nur überhaupt in die ihnen gehörige Geburtsgrotte gelangen könnten. Sofort erhob Frankreich energisch Protest, und am 3. Februar 1852 erkannte der Sultan wieder die französischen Ansprüche als berechtigt an.

Pläne Nikolaus' I.

Der Konflikt zwischen Rußland und Frankreich war damit offen erklärt, und wie man den Zaren kannte, war in diesem Falle am allerwenigsten eine Nachgiebigkeit von ihm zu erwarten. Im Gegenteil. Der Kaiser hielt vielmehr den Zeitpunkt gekommen, die großartigen orientalischen Projekte der Kaiserin Katharina, seiner Großmutter, wieder aufzunehmen. Denn in England war am 27. Dezember 1852 ein Ministerium ins Amt getreten, in dem der unruhige Lord John Russel die auswärtigen

14. Nikolaus I., Kaiser von Rußland, in seinen letzten Lebensjahren.
Nach einer gleichzeitigen Lithographie.

Angelegenheiten übernommen hatte (s. S. 42). Nikolaus nannte den Sultan den „kranken Mann", über dessen Erbschaft Rußland und England allein zu verfügen hätten, die europäische Türkei nahm er für Rußland in Anspruch, Ägypten und Kreta sollten an England fallen. Österreichs und Preußens glaubte er sicher zu sein. „Was aber die Franzosen von mir sagen", meinte er, „das achte ich nicht; ich spucke darauf."

In dem beginnenden Streit um die heiligen Stätten sah er eine günstige Handhabe zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei; er beanspruchte unter Berufung auf alte Verträge das Protektorat über sämtliche griechische Christen im türkischen Reiche, ein Protektorat, das 11 Millionen Unterthanen des Sultans unter die Mitherrschaft des russischen Kaisers gestellt haben würde, das der Padischah also niemals bewilligen konnte. Das aber war es gerade, worauf es Nikolaus ankam, er wollte die Erbschaft des „kranken Mannes" noch bei dessen Lebzeiten antreten. Der Versuch Frankreichs, durch direkte Verhandlung mit Rußland den ganzen Streit beizulegen, verlief daher erfolglos, denn die Antwort des Zaren lautete schroff ablehnend.

Da war es denn der Kaiser Napoleon, der zuerst die geheimen Absichten Rußlands mit richtigem Blicke durchschaute und unverzüglich bemüht war, dem englischen Kabinette klar zu machen, daß es sich dabei um mehr als eine „einfache Sakristeiangelegenheit" handele und selbst die Weltherrschaft auf dem Spiele stehen könne. Er ließ daher den Kirchenstreit ganz fallen, um Rußland zu unverhülltem Vorgehen zu nötigen.

Unterstützt wurden die Bemühungen Napoleons durch die Berichte des englischen Botschafters Lord Seymour über seine weiteren Unterredungen mit dem Kaiser Nikolaus. Aber das Kabinett von St. James war nicht der Meinung, durch das Versprechen eines Beuteanteils sich für die russischen Pläne gewinnen zu lassen. Vielmehr erklärte Lord Clarendon, der Nachfolger Russels, daß er keinen Grund habe, an der Lebensfähigkeit der Türkei zu zweifeln, und daß eine Besetzung Konstantinopels durch eine der Großmächte mit dem Gleichgewicht und dem Frieden Europas unverträglich sei. Allein der Kaiser sprach sich am 18. April zu Seymour dahin aus, daß das zweideutige Verfahren des Sultans in der Frage der heiligen Stätten ihn persönlich beleidige; er werde nicht dulden, daß man mit ihm spiele; wenn die Türken nicht der Vernunft wichen, so müßten sie es thun „unter der Drohung einer nahen Gefahr". Er war also entschlossen, seine Pläne nicht zu vertagen.

Die montenegrinische Frage.

15. Omer Pascha.
Nach einer Lithographie aus dem Jahre 1853.

Dazu reizte ihn auch die montenegrinische Angelegenheit. Über das kleine Bergland Montenegro behauptete die Pforte die Oberhoheit zu besitzen. Als nun Ende 1852 der Vladika (Fürstbischof), der die höchste weltliche und geistliche Würde in seiner Person vereinigte (s. Band VI, S. 729), starb, begab sich dessen Nachfolger, sein Neffe Daniel (Danilo) Petrowitsch, nach St. Petersburg und erklärte sich mit Zustimmung Rußlands zum erblichen weltlichen Fürsten. Die Pforte wollte dies als Anlaß benutzen, um die Anerkennung ihrer Oberhoheit zu erzwingen. Allein bevor noch Omer Pascha, ein kroatischer Renegat, mit dem türkischen Heere „die schwarzen Berge" erreicht hatte, setzte sich Danilo durch Überfall in den Besitz von Spuz und Zabljak. Um nun einer Intervention Rußlands zu gunsten der Montenegriner zuvorzukommen, sandte Österreich den Feldmarschallleutnant Graf Leiningen, ohne sich mit Rußland deshalb zu benehmen, mit dem bestimmten, durch militärische Anordnungen unterstützten Verlangen an die Pforte, die Feindseligkeiten gegen Montenegro sofort einzustellen. Und wirklich gab der Sultan auf den Rat Frankreichs und Englands ohne viel Besinnen nach.

Die Parteien am türkischen Hofe.

Diese Mine hatte also versagt. Das notwendigste schien daher für Rußland zu sein, den sanften und nachgiebigen Sultan Abdul Medschid den Händen seiner bisherigen Ratgeber zu entreißen. Denn die alttürkische Partei war einem Anschlusse der Türkei an die Macht Rußlands günstig gesinnt; für ihr Haupt galt der greise

Chosrew Pascha, der alte Gönner Moltkes, aber ihre Hauptstütze im Serail war die Sultanin-Mutter, die einen bedeutenden Einfluß auf ihren Sohn ausübte. Allein die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten war damals in den Händen der jungtürkischen Partei, die den Westmächten zuneigte. Ihr gehörte der Großwesir Ali Pascha an, ein behäbiger Mann mit einnehmenden Zügen, die durch ein paar glänzende intelligente Augen gehoben, der Sohn eines Thorhüters von Konstantinopel, ein Freigeist und Poet. Bedeutender indessen war sein Freund, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Fuad Effendi, früher Chirurg bei der Marine, ein geistreicher, geschmeidiger Mann, durchaus ein Gegner Rußlands. Auf seinen Sturz also war es zunächst abgesehen.

Fürst Menschikow in Konstantinopel.

Der Kaiser Nikolaus entsandte seinen Generaladjutanten, den Admiral Fürsten Menschikow, mit glänzendem Gefolge nach der Türkei. In Odessa hielt er mit großem Geräusch eine Musterung über Flotte und Landtruppen ab und traf am 28. Februar 1853, von der christlichen Bevölkerung sehr warm empfangen, an Bord des „Gromonosez" (d. i. der Donnerer) in Konstantinopel ein. Von dem Großwesir erbat er sich zunächst eine private Zusammenkunft, zu der er am 2. März auf die Hohe Pforte in Zivil kam, den Reisepaletot über dem Frack, da er durch einen ungeheizten Gang gehen mußte. Als Verstoß gegen die peinliche türkische Etikette erschien dies nur, weil der Großwesir ihn gegen die Verabredung offiziell empfing. Auch Fuad Effendi erwartete in voller Gala den Besuch des außerordentlichen russischen Gesandten; allein der Fürst ging demonstrativ an seiner Thür vorüber, indem er dabei Ali Pascha erklärte, Fuad sei ein betrügerischer Mensch, mit dem er nicht verhandeln könne. Fuad nahm infolgedessen seine Entlassung und erhielt sie, um die Unterhandlungen mit Rußland nicht zu erschweren. An seine Stelle trat erst Rifat, dann Reschid Pascha. Dagegen besuchte Menschikow Chosrew Pascha in seinem reizenden Landsitze Emirgjon am Bosporus und überreichte ihm das Bildnis seines Kaisers in Brillanten. Dem Sultan gegenüber benahm er sich dagegen (9. März) ziemlich schroff, als wolle er ihn einschüchtern. — Die Regelung der Frage wegen der heiligen Stätten in russischem Sinne bildete nur den Vorwand der Sendung; allmählich enthüllte Menschikow seinen eigentlichen Zweck: er trat mit dem Vorschlage eines Geheimvertrages zwischen Rußland und der Türkei hervor, wonach der Sultan die griechische Kirche in seinem Reiche unter den Schutz des russischen Kaisers stellen sollte und zwar mit Berufung auf den Frieden von Kutschuk Kainardschi 1774 (s. Bd. VII, S. 588), dafür aber diesem eine Armee von 400 000 Mann und eine Flotte anbot, wenn er Hilfe gegen die Westmächte brauche. Menschikow verlangte unbedingtes Stillschweigen über dies Anerbieten; aber die Türkei machte doch den Vertretern der Westmächte vertrauliche Mitteilungen darüber. Frankreich war so sehr dagegen, daß die französische Flotte im Mittelmeere Befehl erhielt, sich nach Salamis zu begeben, um bequemer zur Hand zu sein. Auch Lord Stratford de Redcliffe, der englische Gesandte, gab dem Sultan den Rat, den Geheimvertrag abzulehnen, und bewog ihn, um Rußland die Waffe aus der Hand zu winden, im Einverständnis mit Napoleon III. zu einem Vertrage über die heiligen Stätten (22. April), wonach die Lateiner den Schlüssel zur Kirche in Bethlehem behalten sollten, ohne einen Anspruch auf den Besitz der Kirche daraus abzuleiten, und den silbernen Stern als Geschenk des Sultans erhielten, dagegen die Ausbesserung der Grabeskirche unter Aufsicht des griechischen Patriarchen auf türkische Kosten vorgenommen wurde. Da starb in der Nacht vom 1. zum 2. Mai die Sultanin-Mutter, die Freundin Rußlands, so daß Menschikow, um zum Ziele zu kommen, energischer vorgehen zu müssen glaubte; er forderte bis zum 10. Mai die definitive Antwort der Pforte. Aber der Sultan erhielt am 9. Mai die Mitteilung von Stratford, er habe Befehl, unter Umständen die englische Flotte aus Malta herbeizurufen, blieb daher fest entschlossen, die Anträge Rußlands abzulehnen. Lord Stratford lud die Gesandten Frankreichs, Österreichs und Preußens zu sich und legte ihnen die Sachlage dar. Alle billigten das Verfahren der Pforte, und der österreichische Gesandte begab sich zu Menschikow, um eine Vermittelung zu versuchen.

Wohl erreichte er eine in der Form etwas gemilderte Fassung der russischen Forderungen, die am 13. Mai übergeben wurde; als aber die Pforte auch diese zurückwies, erklärte Menschikow am 21. Mai seine Mission für beendigt und die diplomatischen Beziehungen zu der Türkei für abgebrochen und verließ Konstantinopel. Die englische Regierung aber ermächtigte schon am 28. Mai ihren Gesandten, der Türkei ihre Zusicherung zu geben, daß sie entschlossen sei, wenn es not thäte, der Türkei Beistand zu leisten. Darauf legte sich die englische Flotte in Gemeinschaft mit der französischen am 25. Juni in der Besikabai am Eingange der Dardanellen vor Anker, um den weiteren Verlauf der Dinge zu beobachten. Denn England fürchtete von einem weiteren Anwachsen der russischen Macht mit Recht für seine ganze Stellung im Orient; Napoleon aber erkannte, daß eine thatkräftige Politik mehr als alles dazu beitragen würde,

16. Fürst Alexander Menschikow.

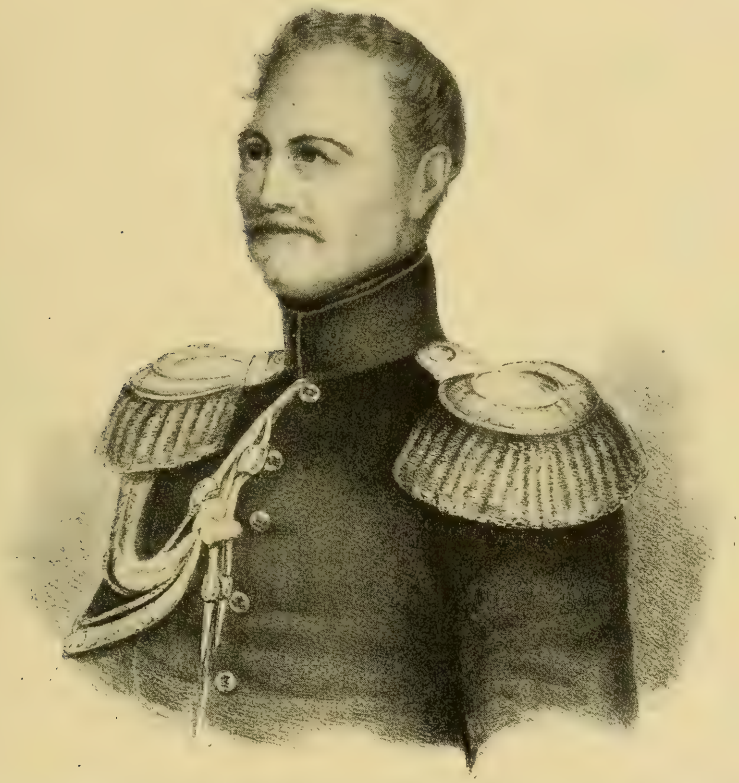
seinen Thron zu stützen. „Wenn Napoleon unsrer Eitelkeit und Einbildung nicht schmeicheln kann, wird er sich nicht drei Jahre halten", sagte Barthelemy St. Hilaire; er traf damit den Nagel auf den Kopf, denn er kannte seine Landsleute. Jetzt aber erschien Napoleon als der Schirmherr der europäischen Rechtsordnung.

Einmarsch der Russen in der Moldau.

Der Zar Nikolaus war indes nicht der Mann, vor einem unerwarteten Hindernis zurückzuweichen. Anfangs schien er unter dem Eindrucke der gescheiterten Sendung Menschikows zu schwanken, da Rußland auf einen Krieg im Grunde nicht vorbereitet war, dann aber erließ er am 26. Juni einen Aufruf an die Russen, daß er zum Schutze des heiligen Glaubens das Schwert zöge, und ließ am 2. Juli 1853 eine Armee von 80 000 Mann unter dem Fürsten Michael Gortschakow den russisch-türkischen Grenzfluß, den Pruth, nachdem er schon am 31. Mai die Besetzung der Moldau und Walachei angekündigt hatte, überschreiten, um die Donaufürstentümer als „materielles Unterpfand" in Besitz zu nehmen, bis die Pforte seinen Forderungen

nachgekommen sein würde. Ein Manifest versicherte den Rumänen die Uneigennützigkeit der russischen Absichten und die Unantastbarkeit ihrer Einrichtungen. Dennoch wurden, nachdem Jassy und Bukarest besetzt waren, die beiden Hospodare der Moldau und Walachei von ihren Ämtern suspendiert, in der ganzen Zivilverwaltung russische Ordnungen eingeführt, der größere Teil der Miliz in die russische Armee eingereiht, russisches Papiergeld mit Zwangskurs ausgegeben und der Kriegszustand verkündigt.

In Konstantinopel feierte man in den Tagen des russischen Einmarsches gerade das Beiramfest, was die allgemeine Aufregung noch steigerte; die Kriegspartei gewann jetzt die Oberhand, und das bisherige Ministerium ward als nicht energisch genug



17. Fürst Michael Gortschakow, Oberbefehlshaber der russischen Armee in den Donaufürstentümern.

entlassen. Allein Lord Stratford bewog den Sultan, nicht nur die Sache rückgängig zu machen, sondern auch, um die Mäßigung der Pforte in das hellste Licht zu setzen, den Einmarsch der Russen nicht durch eine Kriegserklärung zu beantworten. Auch die Westmächte erließen gegen die offenbare Verletzung des Völkerrechts keinen Protest, und Österreich versuchte noch durch Verhandlungen mit Rußland den Frieden zu erhalten; eine Zusammenkunft der beiden Kaiser in Olmütz wurde für Ende September in Aussicht genommen.

Die Kriegserklärung.

Indes in der Türkei gewann inzwischen die kriegerische Stimmung immer mehr die Oberhand. Ulemas und Derwische predigten den heiligen Krieg und verteilten aufregende Flugblätter; als Feiglinge und Glaubensverräter wurden darin alle friedlich Gesinnten bezeichnet; selbst der versöhnlich gestimmte Scheich-ul-Islam, das Oberhaupt der Geistlichkeit, ohne dessen Gutachten kein Krieg unternommen werden darf, wurde durch Einschüchterungen gewonnen. Eine Deputation von 18 Ulemas drang

in das Serail und erklärte dem Sultan, er habe nur die Wahl zwischen Absetzung und Kriegserklärung. Abdul Medschid entschloß sich darauf zum Kriege. Nach mehrtägigen Beratungen eines großen „Diwans" von 172 Mitgliedern, hohen Beamten, Geistlichen und Offizieren, am 25. und 26. September, wurde am 28. September der Krieg beschlossen, wenn Rußland nicht binnen 15 Tagen die Donaufürstentümer räume, und da dies natürlich verweigert wurde, so erklärte die Türkei am 23. Oktober 1853 an Rußland den Krieg. Die Türken drängten sich förmlich dazu, ihrer Steuer- und Militärpflicht nachzukommen, so sehr sahen sie den Krieg als einen gerechten an. Ein starkes Heer sammelte sich unter Omer Pascha auf dem Südufer der Donau, die Hand am Schwerte.

Die Abwehr des russischen Angriffs.

Beginn des Krieges an der Donau.

In Olmütz waren unterdes die beiden Kaiser, denen in Warschau sich auch der König von Preußen angeschlossen hatte, übereingekommen, unter Garantie der Unabhängigkeit und der souveränen Rechte des Sultans die Unterhandlungen mit der Pforte noch fortzusetzen, denn der Zar erklärte, daß er die Donaufürstentümer nur als Pfand besetzt habe und einen europäischen Krieg vermeiden wolle. Aber noch ehe sie begonnen waren, wurden durch die Ereignisse selbst die Vermittelungsversuche vereitelt. Omer Pascha hatte am 28. Oktober bei Widdin die Donau überschritten und die Russen, die ihn am 4. November unter General Dannenberg angriffen, um ihn wieder zurückzutreiben, bei Oltenitza tapfer zurückgeworfen. Auch mehrere Gefechte im Januar 1854 bei Tschetate und Dschurdschewo fielen günstig für die Türken aus. Die Waffenehre Rußlands war bloßgestellt; sie bedurfte einer entschiedenen Wiederherstellung.

Seeschlacht von Sinope.

Es war die Absicht der Türken, den Kaukasus gegen Rußland zu insurgieren. Ein türkisches Geschwader von 7 Fregatten, 3 Korvetten und 2 Dampfern unter Osman Pascha verließ daher Konstantinopel, um Truppen, Waffen und Munition nach der tscherkessischen Küste zu bringen und den türkischen Truppen bei Batum Waffen und Lebensmittel zuzuführen. Allein die Russen waren wachsam. Admiral Nachimow verließ mit einer Flottille von 6 Linienschiffen, 2 Fregatten und 3 Dampfern, er selbst an Bord der „Kaiserin Maria", den Hafen von Sebastopol in der Krim und kreuzte im Schwarzen Meere. Inzwischen hatten die Türken vor dem schlechten Wetter Zuflucht in dem unsicheren Hafen von Sinope gesucht. Hier aber überfiel sie Nachimow am 30. November, erdrückte die heldenmütig fechtenden Türken durch die Überzahl seiner Geschütze und vernichtete in ungleichem Kampfe binnen kaum vier Stunden bis auf ein Dampfschiff das ganze türkische Geschwader. 4000 Türken fanden dabei ihren Tod, Osman Pascha geriet verwundet in die Gefangenschaft des Siegers, nur 400 von der türkischen Flottenmannschaft überlebten die furchtbare Katastrophe.

Die Kriegserklärung der Westmächte.

Die öffentliche Meinung Europas sah in diesem Überfalle ein hinterlistiges Attentat. Die „Times" schrieben, „das englische Volk verlange, daß eine Politik der vollendeten Heuchelei durch eine exemplarische Niederlage bestraft und solchen Angriffen ein Ende gemacht werde". Clarendon erklärte, daß der Vorgang von Sinope ihn in eine „lächerliche" Stellung bringe. Dazu kam die Nachricht, daß Rußland im Bunde mit Persien und Dost Mohammed von Afghanistan eine Armee gegen Turkestan konzentriere, um über das Pamirplateau gegen Indien zu marschieren. England sah sich dadurch unmittelbar bedroht und verstärkte schleunigst seine Streitkräfte in Peschauer um 14 000 Mann. Mit Entschiedenheit forderte die öffentliche Meinung in England den Krieg, und Lord Palmerston, unlängst erst aus dem Kabinette ausgeschieden, trat wieder ein, um noch entschiedener als vorher die Kriegspolitik zu betreiben. Am 24. Dezember 1853 ging eine englische Note nach St. Petersburg, die Flotten der Westmächte würden jedes russische Kriegsschiff nach Sebastopol zurückweisen, am 4. Januar 1854 lief die englisch-französische Flotte in das Schwarze Meer ein, und beide Mächte faßten zugleich den Beschluß, Rußland die Schiffahrt auf dem Schwarzen Meere zu verbieten. Das mußte den Zaren verletzen; durch seinen Kanzler, den Grafen Nesselrode, stellte er daher in London wie in Paris die Fragen, ob es der Türkei freistehen

solle, Rußland anzugreifen, und ob, wenn türkische Transportschiffe frei von einem Hafen zum andern gehen könnten, Rußland nicht dasselbe Recht haben solle. Beide Mächte beantworteten beide Fragen mit Nein. Die Folge war, daß der Zar seine Gesandten am 4. Februar von London und Paris abberief, worauf denn am 21. Februar beide Westmächte das gleiche thaten. „Das Herz blutet mir", sagte Lord Seymour in der sehr kühlen Abschiedsaudienz zu dem Kaiser Nikolaus, „wenn ich Euer Majestät glorreiche Stellung als kraftvolle und uneigennützige Stütze der Ordnung und Gesetzmäßigkeit in Europa während der letzten verhängnisvollen Jahre betrachte und damit die Stellung vergleiche, die Sie, Sire, im Begriffe stehen anzunehmen." Die Forderung der Westmächte, daß Rußland die Donaufürstentümer räumen solle, beantwortete Graf Nesselrode mit der kurzen Erklärung: „Der Kaiser hält es nicht für angemessen, darauf irgend eine Antwort zu geben." Neun Tage später — am 27. März — erklärten beide Mächte an Rußland den Krieg. Durch besondere Verträge regelten sie ihre Beziehungen zu einander und zu der Türkei. Am 12. März verpflichteten sie sich, ein Landheer nach der Türkei zu senden, das sich dort vollkommen frei bewegen könne, am 10. April schlossen England und Frankreich ein Bündnis, um den Bestand der Türkei und das europäische Gleichgewicht zu schützen.

Österreich und Preußen.

Von der größten Wichtigkeit war es, welche Stellung zu dem ausgebrochenen Streite Österreich und Preußen einnehmen würden. Kaiser Nikolaus verlangte von ihnen die Beobachtung einer wohlwollenden Neutralität. Aber durch die Besetzung der Donaufürstentümer fühlte sich Österreich unmittelbar bedroht und dadurch den Westmächten genähert. In Preußen dagegen drängten die Vertreter der Reaktion zum Anschlusse an Rußland, die altpreußische Partei, an ihrer Spitze der Prinz Wilhelm von Preußen, neigte mehr zu England, aber keineswegs, um Preußen in ein Bündnis mit den Westmächten zu verwickeln, sondern um das unerträgliche Übergewicht, das Rußland in Deutschland ausübte, zu brechen. Dringend riet auch der preußische Bundestagsgesandte Otto von Bismarck zur Neutralität, und der Kriegsminister von Bonin meinte: „Ein Bündnis Preußens mit Rußland würde einem Selbstmorde Preußens gleich kommen." Bunsen dagegen, der preußische Gesandte am Hofe von St. James, ein unklarer, romantischer Kopf und daher Liebling des Königs, betrieb den Abschluß eines Bündnisses Preußens mit England; ja Graf Pourtalès erschien zu diesem Zwecke im Dezember 1853 als außerordentlicher Gesandter in London und forderte als Gegenleistung für Preußen freie Hand in Deutschland und zur Wiedergewinnung Neuenburgs. So schien der Anschluß Preußens an die Westmächte nicht unwahrscheinlich. Preußen nahm auch am 5. Dezember an den Konferenzen der Westmächte mit Österreich in Wien teil, deren Ergebnis der Vorschlag an Rußland war, daß dies die Donaufürstentümer räumen, die Pforte aber bestimmte Zusicherungen geben solle, daß sie durch innere Reformen die christliche Bevölkerung ihres Reiches in eine bessere Lage versetzen würde. Rußland lehnte zwar diesen Vorschlag ab, jedoch die vier Großmächte erklärten durch Protokoll vom 13. Januar 1854, daß sie dabei beharrten, und Österreich war nunmehr bereit, die Räumung der Donaufürstentümer gemeinsam mit den Westmächten zu betreiben, denn es fürchtete, Rußland möge sich auf der Balkanhalbinsel festsetzen, und sah darin mit Recht eine Gefährdung seiner eignen Interessen. Der Zar aber war über diesen „Undank" Österreichs schwer erzürnt.

Um so mehr bot Rußland in Berlin alles auf, den König von England zurückzuhalten, und wirklich gelang es ihm mit Hilfe der konservativen Partei, die Entlassung Bonins und Pourtalès' und die Abberufung Bunsens zu erreichen, worauf sich Prinz Wilhelm eine Zeitlang ganz vom Hofe zurückzog. Indes Österreich arbeitete mit allen Kräften entgegen, da es an Preußen Rückendeckung gegen Rußland haben wollte, und der König selbst dachte gar nicht daran, die Türkei zu unterstützen. So schwankte die Entscheidung in Berlin hin und her. Endlich siegte Österreich. Am 20. April 1854 wurde zwischen den beiden deutschen Großmächten ein Vertrag abgeschlossen, durch den sie sich für die Dauer des bevorstehenden Krieges ihr Gebiet gegenseitig garantierten, und Preußen außerdem Österreich Unterstützung zusagte, wenn

dieses bei dem Versuche, die Räumung der Donaufürstentümer von Rußland zu erzwingen, von Rußland angegriffen werden sollte. Eine gemeinsame Aufforderung beider Mächte zu dieser Räumung erging nach St. Petersburg. Auch der Deutsche Bund als solcher, d. h. die Mittel- und Kleinstaaten, trat am 24. Juli 1854 diesem Vertrage bei.

Österreichs Annäherung an die Westmächte.

Österreich indes blieb nicht in dieser Stellung stehen, vielmehr näherte es sich Schritt für Schritt der Politik der Westmächte. Frankreich und England waren untereinander übereingekommen, als unerläßliche Grundlagen des Friedens festzuhalten: die Beseitigung des russischen Protektorates über die Donaufürstentümer und über die Christen in der Türkei, die Beschränkung der Kriegsmacht Rußlands im Schwarzen Meere und völlige Freiheit der Donauschiffahrt. Am 8. August nahm auch Österreich diese „vier Punkte" als unerläßliche Friedensgrundlage an und ließ, da Rußland der Aufforderung zur Räumung der Donaufürstentümer nicht entsprochen hatte, am 20. August durch die Pässe von Siebenbürgen seine Truppen in die Fürstentümer einrücken.

Der Krieg an der unteren Donau.

An der Donau war unterdessen das Kriegsfeuer schon in hellen Flammen emporgeschlagen. Tapfer hatte sich Omer Pascha in Kalafat gegenüber Gortschakow behauptet. Da übernahm der greise Fürst Paskjewitsch, unter den Lebenden der berühmteste Feldherr, den Oberbefehl über die Russen und ging schon im März 1854 unweit der Pruthmündung über die Donau. Ohne erheblichen Widerstand bei den Türken zu finden, drang die eine Hälfte seiner Armee unter General Lüders in die Dobrudscha ein. Während Omer Pascha sein Heer vor der Übermacht nach dem festen Schumla am östlichen Balkan zurückzog, überschritt Lüders den Trajanswall und vereinigte sich dann mit der andern Hälfte, die General Schilder gegen die Wälle von Silistria führte. Doch dieser Platz wehrte sich unter Mussa Pascha, den der preußische Oberst Grach unterstützte, so nachdrücklich, daß zwei Monate hindurch alle Angriffe der Russen vergeblich blieben.

Die Verbündeten in der Dobrudscha.

Da erschienen auch die Westmächte auf dem Plan. Ein englisches Korps von 20 000 Mann und ein französisches von doppelter Stärke landete bei Gallipoli, schiffte sich aber, von der Cholera bedroht, wieder ein, um nun bei Varna den Boden des türkischen Alliierten zu betreten. Die Franzosen führte der Marschall St. Arnaud, der Befehlshaber der Engländer war Lord Raglan. Der Kapitän Somerset war Wellingtons Adjutant gewesen und hatte an dessen Seite bei la Haye am 18. Juni 1815 den rechten Arm verloren. Bis an den Tod des Herzogs war der Tapfere dessen militärischer Sekretär geblieben; nun wurde er unter dem Namen Lord Raglan Peer von England und Großmeister der Artillerie, bis ihn der Krieg nach dem Schwarzen Meere rief, eine hohe Gestalt, eine edle Physiognomie, trotz seiner siebzig Jahre kräftig und von gerader Haltung. Mit St. Arnaud stand er im besten Einvernehmen.

Die Russen aus der Dobrudscha zu vertreiben, wurde General Espinasse mit zwei Divisionen abgesandt. Aber in diesem Landstriche, der halb Wüste, halb Sumpf ist, richtete zuerst die Hitze, dann die Fieberluft, schließlich die ausbrechende Cholera fürchterliche Verheerungen unter den Truppen an. Von 10 500 Mann, die am 21. Juli aufgebrochen waren, kehrten am 10. August nur noch 4 500 zurück. Vom Feinde hatten sie nichts gesehen, als einige am fernen Horizonte rasch auftauchende und ebenso rasch wieder verschwindende Kosaken. Denn Paskjewitsch hatte vor dem drohenden Einmarsche der Österreicher schon begonnen seine Truppen zurückzuziehen und nach einem letzten Sturme am 9. Juni die Belagerung von Silistria mit einem Verluste von 12 000 Mann am 21. Juni aufgegeben. Als die Österreicher dann einrückten, ging er ohne Widerstand über den Pruth zurück.

Rückzug der Russen.

Die Russen hatten die Donaufürstentümer geräumt, der nächste Zweck der Westmächte, die Türkei zu schützen, war völlig erreicht, und Preußen erklärte daher am 6. September, daß es nunmehr den am 20. April geschlossenen Vertrag als gelöst betrachte; es gedachte, sich auf die Vermittelung des Friedens zu beschränken.

Allein die Westmächte wollten schon weit mehr. Jene „vier Punkte" enthielten nichts Geringeres, als die Demütigung Rußlands und die Vernichtung seiner Macht im Schwarzen Meere. Damit nahm der Krieg eine ganz neue Wendung: aus einem Verteidigungskampfe der Türkei wurde er zum Angriffskriege im englisch-französischen Interesse.

18. Fitzroy James Henry Somerset, Lord Raglan.
Nach dem Originale von Sir Francis Grant gestochen von H. Cousins.

Der Kampf um Sebastopol.

Die Verbündeten im Schwarzen Meere.

Rußland hatte sich jetzt dafür entschieden, sich allenthalben in der Defensive zu halten. Lord Lyons dagegen erhielt, nachdem er die Nichtachtung der Parlamentärflagge durch ein ziemlich nutzloses Bombardement der Festungswerke von Odessa und die Verbrennung der in dem dortigen Kriegshafen liegenden russischen Schiffe bestraft hatte, den Befehl, mit einem Dampfgeschwader die russischen Städte an den Küsten der Krim und des Kaukasus zu zerstören. Allein er fand, als er vor den Festungen Anapa, Redut-Kale und Sukum-Kale erschien, nur noch rauchende Trümmerhaufen: die Russen hatten sie selbst niedergebrannt und ihre ganze Kraft in das feste Sebastopol an der Südwestecke der Krim zusammengezogen.

Die Verbündeten in der Ostsee.

Es war der Gedanke Napoleons, den Stier bei den Hörnern zu fassen. Da ein Angriff auf Rußland zu Lande unmöglich war, solange Preußen und Österreich durch ihre Neutralität den Russen die ganze Westfront ihres Reiches deckten, so sollten gleichzeitig Sebastopol und Kronstadt, die Seefeste im Finnischen Meerbusen, der Schirm St. Petersburgs, das Ziel bilden. Die englische Flotte unter Napier, durch französische Schiffe unter Baraguay d'Hilliers verstärkt, war für die Operationen in der Ostsee ausersehen und sammelte sich im Hafen von Kiel, den das neutrale Dänemark zur Verfügung stellte. Da indes überall an der ganzen Küste Verteidigungsmaßregeln getroffen wurden, so beschränkte sich die mächtige Flotte auf die Wegnahme russischer Handelsschiffe und die Blockade der russischen Häfen. Denn die Ostsee beherrschte sie unbedingt, da unter den 31 Linienschiffen und 10 Fregatten, die Rußland dort hatte, nur fünf Schraubendampfer waren, ein Kampf mit der feindlichen Dampferflotte also gar nicht gewagt werden konnte. Zugleich sollte sie Schweden für die Allianz gewinnen. Durch ein heftiges Bombardement zwang sie im August die kleine Festung Bomarsund auf den Alands-Inseln zur Ergebung. Wohl illuminierte nun Stockholm zur Feier jenes Sieges und veranstaltete Vergnügungsfahrten nach dem eroberten Bomarsund, allein zum Anschlusse ließ sich Schweden nicht bestimmen. Dazu spotteten die gewaltigen Granitforts von Kronstadt aller Angriffe. Der gleiche Mißerfolg vor Sebastopol — und das Kriegsspiel war verloren.

Landung der Verbündeten in der Krim.

Indes schon hatte Napoleon die englische Regierung für den Angriff auf Sebastopol gewonnen, und in einer geheimen Depesche empfahl er ihn dem Marschall St. Arnaud. Am 28. Juli hielten die Verbündeten in Varna Kriegsrat, nachdem eine Erkundigungsfahrt nach der Küste der Krim die Ausführbarkeit der Landung festgestellt hatte. Die Entscheidung war drängend, denn eine furchtbare Feuersbrunst hatte soeben außer einem großen Teile der Stadt fast sämtliche Magazine der Alliierten in Varna vernichtet. St. Arnaud legte den Plan des Kaisers vor; zahlreiche Bedenken dagegen wurden laut, zumal der Prinz Napoleon, der sich bei dem französischen Heere befand, erklärte, daß der Kaiser in Biarritz die Sachlage gar nicht beurteilen könne. Dennoch entschied sich schließlich die Mehrheit des Kriegsrates für den Angriff auf Sebastopol. Am 7. September gingen 21 500 Engländer, 30 000 Franzosen und 7 000 Türken mit einem ungeheuren Kriegsmaterial auf beinahe 300 Kauffahrern, gedeckt von 84 Kriegsschiffen, von denen etwa 50 Dampfer waren, von Varna ab. Die Fahrt ging sehr langsam, hatte aber von der russischen Flotte kaum etwas zu fürchten, da diese im Schwarzen Meere fast nur Segelschiffe, 16 Linienschiffe und 7 Fregatten, zählte.

Wie ganz andre Aussichten hätte der Angriff gehabt, wenn er gleich im April unternommen worden wäre! Damals hatten die Russen nicht mehr als 12 000 Mann in der Festung; jetzt aber beliefen sich ihre Streitkräfte in der Krim auf 51 000 Mann mit 18 500 Matrosen und Seesoldaten. Dazu war die Jahreszeit ungesund und der Winter nahe. Sie glaubten daher an eine feindliche Invasion nicht mehr, besonders da die englischen Zeitungen ganz offen von einer solchen sprachen.

Sieg an der Alma.

So wurden die Russen von der Expedition der Alliierten völlig überrascht und thaten nichts, die Ausschiffung zu hindern. Die Verbündeten konnten deshalb ganz ungestört bei Eupatoria an der Westküste der Krim, etwa 80 km nördlich von

Schlacht an der Alma am 20. September 1857: Angriff des französischen Centrums nach 12 Uhr mittags.

Nachdem der Feind von dem rechten Ufer der Alma vertrieben ist, formieren sich die Bataillone in Kolonnen, überschreiten den Bach und erstürmen trotz des mörderischen Gewehr- und Geschützfeuers die Höhen mit dem Bajonett

Fort Alexander. Fort Peter. Fort Risbank. Fort Cronshlev. St. Petersburg (im Hintergrunde).

19. Die Befestigungen von Kronstadt zur Zeit des Krimkrieges. Nach einer gleichzeitigen Lithographie.

Sebastopol, an Land gehen. Schon am Abend des 16. September waren die Franzosen mit der Ausschiffung fertig, die schwerfälligeren Engländer erst am 18. September. Am Tage darauf, am 19. September, begann der Vormarsch auf Sebastopol. Schon am Abend sah man die Russen sich gegenüber. Menschikow, ihr Oberbefehlshaber, hatte seine Truppen, etwas über 33000 Mann, in einer vorteilhaften Stellung vereinigt, um den Angriff der Gelandeten zu erwarten. Am linken Ufer des Flüßchens Alma zieht sich eine Bergkette in einiger Entfernung vom Meere hin. Auf ihren letzten Ausläufern nahm Menschikow Aufstellung, so daß sein linker Flügel bis in die Nähe des Meeres reichte, durch 70 Geschütze gedeckt. Gegen diese feste Stellung führte St. Arnaud am 20. September die verbündete Armee zum Angriffe vor. General Bosquet, der den rechten Flügel kommandierte, durchschritt die Alma an einer seichten Stelle und gelangte bis auf das den linken Flügel der Russen beherrschende und ungenügend besetzte Plateau. Seine Zuaven fielen mit Verwegenheit den Russen in die Flanke und brachten Artillerie die steilen Wege hinauf. Gegen deren mörderisches Feuer, das noch von der französischen Flotte unterstützt wurde, vermochte alle Todesverachtung der Russen nichts, zumal da ihre schwerfällige Massentaktik der modernen französischen nicht gewachsen war. Mit besserem Glücke widerstand ihr rechter Flügel, auf eine Redoute an der Straße Eupatoria-Sebastopol gestützt, den Engländern Lord Raglans; indes der Sieg der Franzosen machte auch diese Stellung unhaltbar, und um 4 Uhr nachmittags sah sich Menschikow zum Rückzuge genötigt. Nur der Mangel an Reiterei hinderte die Verbündeten, ihren Sieg völlig auszunutzen. Außerdem waren ihre Verluste sehr schwer; sie betrugen bei den Franzosen an Toten 3 Offiziere und 253 Mann, an Verwundeten aber 54 Offiziere und 1033 Mann, bei den Engländern 353 Tote und über 1600 Verwundete. Die Russen hatten über 5200 Mann eingebüßt, aber ihren Rückzug nach Sebastopol ungestört bewerkstelligt.

Die Verbündeten vor Sebastopol.

Sie erwarteten nun den Angriff der Franzosen auf die Nordseite von Sebastopol. Menschikow ließ daher sofort nach der Schlacht, in der Nacht vom 22. auf den 23. September, sieben Kriegsschiffe am Eingange der Bucht versenken, um jeden Angriff von der Seeseite unmöglich zu machen. Dadurch führte er, ohne es zu wollen, eine entscheidende Wendung herbei. Denn da die Verbündeten, die erst am 23. September weitermarschiert waren, nunmehr auf die Mitwirkung ihrer Flotte nicht mehr rechnen konnten, so beschlossen sie, die Festung im Osten zu umgehen und sie von der nur schwach befestigten Südseite her zu fassen. Sie lagerten sich daher am 26. und 27. September um die tiefeingeschnittene Felsenbucht von Balaklawa, etwa 20 km südlich von Sebastopol. St. Arnaud erlebte das nicht mehr. Am 24. September von der Cholera befallen, starb er am 29. September am Bord des „Berthollet“ auf der Fahrt nach Konstantinopel. Sein Nachfolger aber, General Canrobert, war nicht ein Mann kühnen Wagnisses.

Sebastopol.

Noch jubelte Konstantinopel über den Sieg an der Alma, als sich die Nachricht verbreitete, Sebastopol wäre gefallen. Wieder wurde Viktoria geschossen und die Stadt illuminiert. Und in Paris wollte man wissen, ein Tatar habe eine ähnliche Meldung nach Silistria gebracht. Allein es war eben eine „Tatarennachricht“. Vielmehr trafen die Russen alle Anstalten zu einer energischen Verteidigung der Festung.

Die herrliche Bucht von Sebastopol ist in die hier meist mit steilen Rändern zu ihr abfallende Hochebene von Ost nach West, von der Mündung der Tschernaja (Schwarzwasser) bis zum Fort Konstantin, in einer Länge von etwa 7 km und einer Breite von 1—2 km eingeschnitten und verzweigt sich besonders auf der Südseite in mehrere kleine Buchten, von denen die Südbucht die längste (etwa 2,5 km) ist. Um diese lag die Hafenstadt, die eigentliche Stadt an der Westseite, die Schiffervorstadt (Karabelnaja) mit den Docks an der Ostseite bis zur Werftbucht. Alle Mittel der Verteidigung waren nach der Seeseite vereinigt, teils mächtige, aus Kalksteinblöcken erbaute Forts mit mehreren Stockwerken von Batterien in enger Aufstellung, teils offene Batterien. Auf der Landseite war die Nordseite nur durch das sogenannte Nordfort, ein schwaches Werk mit Graben, gedeckt, die Stadt zunächst nur durch eine einfache gebrochene Wallinie, die von einzelnen Bastionen verstärkt wurde und im ganzen nur 145 Geschütze zählte; der stärkste Punkt war der hochliegende Malakowturm, ein Werk mit mehreren Batterien übereinander über der Karabelnaja; an diesen schloß sich südwestlich bis zur Südbucht der sogenannte große Redan (Bastion Nr. 3), nordöstlich nach der Werftbucht hin der kleine Redan (Bastion Nr. 2).

Die schweren Schiffsgeschütze wurden auf die Festungswerke gebracht, durch die Matrosen die Besatzung verstärkt, die Stadt auf allen Seiten mit neuen Festungswerken umgeben, bewunderungswürdige Arbeiten, die der geniale Oberst Franz Eduard Todleben, ein Kurländer (geb. 1818 in Mitau), leitete. Die Seele der Verteidigung war nicht Menschikow, der sich vielmehr zum Heere nach Baktschiserai begab, um im offenen Felde zu operieren, sondern der heldenmütige Admiral Kornilow, der unermüdlich die Festungswerke beritt und die Truppen aufforderte, niederzustoßen, wer von Rückzug spreche, und wenn er es selber wäre. Dieselbe unerschütterliche Entschlossenheit lebte in der Besatzung und in der Bevölkerung, und die ganze Natur dieses zähen Verteidigungskampfes entsprach im höchsten Grade dem russischen Volkscharakter.

Beginn der Belagerung.

Dem gegenüber mußten sich die Verbündeten zu einer regelmäßigen Belagerung entschließen, zu der jedoch das schwere Geschütz erst aus der Heimat hergesandt werden mußte. Selbst die eignen Lager, das englische an der Bucht von Balaklawa, das französische an der Bucht von Kamiesch, mußten sie befestigen. Endlich, am 9. Oktober, hoben die französischen Sappeurs die ersten Laufgräben gegen die Festung im Südwesten der Stadt, die Engländer gegenüber dem großen Redan aus, und am 17. begann ein mehrtägiges Bombardement gleichzeitig aus den Batterien der ersten Parallele und den Geschützen der Flotte auf der Reede. Das Ergebnis war keineswegs das erwünschte. Allerdings waren der Malakow und der große Redan schwer beschädigt, Kornilow am Malakow tödlich verwundet worden, aber Todleben stellte die Werke sofort wieder her, und die Flotte erwies sich vollkommen ohnmächtig gegenüber den russischen Seeforts, erlitt sogar schwere Beschädigungen. Die „Ville de Paris" hatte 150 Schüsse erhalten, die „Albion" 93 Kugeln allein in den Rumpf. Es war klar, daß an eine rasche Eroberung der sich täglich noch verstärkenden Festung gar nicht zu denken sei. Eine lange Belagerung aber bot die größten Schwierigkeiten, nicht nur wegen der großen Entfernung von der Heimat, sondern auch deshalb, weil die Verbündeten trotz der eintreffenden Verstärkungen, die das französische Heer auf 50000 Mann brachten, ganz außer stande waren, die Festung einzuschließen und ihr die Verbindung mit dem Innern abzuschneiden.

Schlachten bei Balaklawa und Inkerman.

Vielmehr warf Menschikow 31 Bataillone mit 28 Geschützen nach Sebastopol und befahl dem General Liprandi, die englische Stellung bei Balaklawa anzugreifen.

Diese beherrschte die Ebene, die sich von der Bucht nordwärts bis zum Berge Fediukin, ostwärts bis zu dem steilen Abfalle der die Südseite von Sebastopol umgebenden Hochebene, dem Sapunberge, ausdehnt, an die sich jenseit des Fediukin das breite Thal der unteren Tschernaja schließt. Quer durch läuft von Ost nach West die Poststraße von Jalta nach Sebastopol, die Verbindungslinie zwischen Balaklawa und den englischen Belagerungswerken vor dem großen Redan, gedeckt durch ein paar schwachbesetzte Schanzen dicht an der Straße, während der nördliche Ausläufer des Sapunberges über der Brücke von Inkerman (auf dem rechten Ufer der Tschernaja), unmittelbar oberhalb der Bucht, von einer englischen Division besetzt und von einer noch unbewaffneten Redoute gedeckt war. Am 25. Oktober griffen die Russen, über 20000 Mann, jene englischen Schanzen an der Straße an und nahmen sie. Ihrem weiteren Vordringen warfen sich jedoch einige Schwadronen von der schweren Reiterei der Scots Greys- und der Inniskillen-Dragoner, berühmter Regimenter, unter Sir James Scarlett heldenmütig entgegen, 300 gegen 2900 Reiter, und drängten sie zurück. Auf einen nur unter Umständen auszuführenden Befehl Lord Raglans hin attackierte auch noch Graf Cardigan mit der leichten Brigade, geriet aber in das furchtbare Artilleriefeuer der Russen vom Fediukinberge her und brachte nach einem tollkühnen Ritte von 673 Reitern nur noch 193 zurück. Die Schanzen blieben den Russen, und nun schickte sich Fürst Menschikow an, die Engländer vollends zu zermalmen.

Drei Kolonnen, im ganzen über 60000 Mann, sollten dabei zusammenwirken, die eine von Sebastopol, die zweite von Inkerman, die dritte unter Fürst Peter Gortschakow vom oberen Tschernajathale aus. Das Hauptziel war die englische Stellung am Sapun. In der Morgenfrühe des nebligen 5. November überraschte die aus der Festung kommende Kolonne die Engländer vollständig und nahm die Redoute. Doch die Engländer sammelten sich rasch, wiesen dichtgeschlossen in unerschütterlicher Haltung die Russen zurück und wehrten, von den allmählich eintreffenden Garden unterstützt, auch die Angriffe der zweiten russischen Kolonne ab, oft in wildem Handgemenge, Mann gegen Mann. Aber ihre Kräfte verbluteten sich, und erst das nunmehr erbetene Eingreifen der französischen Brigade Bosquet gegen 8 Uhr morgens brachte die Entscheidung. „Welch eine Schlachtbank!" rief Bosquet entsetzt aus, als er die Leichenhaufen an der hartumstrittenen Redoute erblickte, und die „Batterie de l'abattoir" hieß sie seit-

dem bei den Verbündeten. Endlich nach drei Stunden waren die russischen Geschütze zum Schweigen gebracht; in geschlossenen Reihen gingen die russischen Bataillone zurück. Verfolgend drangen die Franzosen nach; an der Brücke von Inkerman und in der Schiffswerftschlucht stauten sich die Massen; haufenweise deckten die Toten den Boden; zitternd, mit weitgeöffneten Nüstern sträubten sich die Pferde, auf dem blutdurchtränkten Boden vorwärts zu gehen, aber der Rückzug gelang im ganzen. Die Verluste waren furchtbar. Von 12000 Engländern, die im Feuer gewesen, war der vierte Teil tot und verwundet, von den Franzosen über 1500; die Russen hatten fast 11000 eingebüßt.

Der Winter 1854/55.

Der Plan war mißlungen. Dennoch blieben die Russen voll Zuversicht, denn sie gewannen einen wirksamen Verbündeten in dem einbrechenden Winter, der ihnen die Wege bahnte und die Zufuhr erleichterte. Um so trauriger gestaltete sich die Lage der Verbündeten. Geschwächt durch die großen Opfer, mit denen sie den Sieg hatten erkaufen müssen, konnten sie vor dem Eintreffen bedeutender Verstärkungen nichts unternehmen. Regengüsse verwandelten unterdes die Laufgräben in Kanäle, selbst in den Zelten stand das Wasser oft fußhoch. Für einen Winterfeldzug waren keine Vorbereitungen getroffen, es fehlte an warmer Kleidung, selbst an Nahrungsmitteln. Die Cholera hatte das Heer schon mitgebracht, dazu gesellten sich jetzt Fieber und Skorbut, schließlich auch Typhus. Jede Krankheit nahm einen gefährlichen Charakter an, denn alle Lazarette waren überfüllt, und in diesen verpesteten Räumen wurden die Wunden sofort brandig. Es fehlte auch an Ärzten und Pflegern, bis auf die Bitte der englischen Regierung und des Oberbefehlshabers Miß Florence Nightingale, die, in der Kaiserswerther Diakonissenanstalt ausgebildet, in London ein Krankenhaus für Gouvernanten musterhaft leitete, herbeikam und mit segensreichem Erfolge Ordnung in das trostlose Durcheinander brachte. Die Verpflegung der Truppen war erbärmlich; dazu kam Mißgeschick mancherlei Art. Ein unerhört heftiger Orkan am 14. November fügte der Flotte großen Schaden zu. Der Dampfer „Prince“ mit den dringend notwendigen Winterkleidern und zahlreiche andre Schiffe gingen unter; eine Sendung Stiefel langte an, aber sie waren alle für den linken Fuß gemacht. Mehrere Armeelieferanten begingen schamlose Betrügereien, unter denen der Soldat bitter zu leiden hatte. Langten Verpflegungsgegenstände zu Schiffe an, so fehlte es nicht selten an Transportmitteln, sie von der Küste weiter zu schaffen, während in Algier 3000 Pferde und Maultiere schon seit Monaten darauf warteten, nach der Krim gebracht zu werden. Es waren Leiden, die nur mit denen der Franzosen auf dem Rückzuge aus Rußland verglichen werden konnten. So schmolzen die Engländer Ende 1854 auf 8000 Mann zusammen und hatten kaum noch eine Reiterei, von den 74000 Franzosen lagen 9000 in den Lazaretten. Dennoch durfte in Frankreich keine Klage darüber laut werden; ein Schauspieler, der in einem Pariser Café, mit der schlechten Bedienung unzufrieden, gesagt hatte: „es ist ja hier wie bei Sebastopol, man kann nichts bekommen!“ wurde auf der Stelle verhaftet. In England aber wurden lebhafte Anklagen gegen die Armeeverwaltung wie gegen Lord Raglan erhoben: daß man eine große Festung belagere, ohne sie einzuschließen, daß die Laufgräben mehr als doppelt zu weit vor den russischen Außenwerken ausgehoben seien, daß man die ganze Linie der Befestigungen angreife, statt das Feuer auf einen Punkt zu konzentrieren. Vor allem begann man einzusehen, daß das englische Heerwesen selbst nichts tauge. Allein jetzt im Winter mußten alle Operationen des Heeres ruhen.

Österreichs Annäherung an die Westmächte.

Um so geschäftiger aber waren die Diplomaten. Das Bestreben des Königs von Preußen war, nach beiden Seiten hin zu vermitteln. Es kam eine Verständigung mit Österreich dahin zustande, jene vier Punkte, die Österreich am 8. August angenommen hatte, als geeignete Grundlage für Friedensunterhandlungen zu betrachten und ihnen Geltung zu verschaffen. Daraufhin unterzeichnete Preußen am 26. November einen Zusatzartikel zu dem früheren Aprilvertrage, worin es die Verpflichtung der Abwehr übernahm, falls Österreich von Rußland in den Donaufürstentümern angegriffen würde. Aber schon zwei Tage später traf die Erklärung ein, daß auch Rußland jene vier Punkte annehme, „um als Ausgangspunkt für Friedensunterhandlungen zu dienen“. Gleichzeitig indes hatte Österreich unter dem Eindrucke des Sieges von Inkerman,

Die Belagerung von Sebastopol. Ansicht von der Mühle.

Nach den Plänen und Croquis des französischen Generalstabes gezeichnet von M. Beeger.

zu dem Kaiser Franz Joseph Napoleon beglückwünschen ließ, schon einen Schritt weiter gethan, sich den Westmächten zu nähern. Auf Grund geheimer Verhandlungen schloß es am 2. Dezember einen ihm sehr vorteilhaften Vertrag mit den Westmächten, durch den es sich für jeden Fall deckte, seine Interessen an der Donau sicherte und sich doch zu keiner Aktion verpflichtete. Gleichwohl legten die Westmächte Gewicht auf diesen Vertrag, da sie darin den ersten Schritt zu einer wirklichen Allianz sahen. Denn damit erklärte Österreich, die Annahme der vier Punkte durch Rußland sei zu spät erfolgt, verzichtete auf Sonderverhandlungen und behielt sich vor, für den Friedensschluß besondere Bedingungen zu stellen. Fürst Gortschakow, der russische Gesandte in Wien, war entrüstet über diese Hinterhaltigkeit. Graf Buol, Österreichs auswärtiger Minister, bat ihn, als er ihm den neuen Vertrag mitteilte, die Sache aufs versöhnlichste nach St. Petersburg zu berichten. Aber im Vorzimmer des Grafen machte der Fürst, als er ihn verließ, seinem Unmut Luft: „O, sie werden es mir eines Tages bezahlen", rief er mit drohender Gebärde aus, „sie werden es mir bezahlen!" „Ich habe immer behauptet", sagte Großfürst Konstantin auf die Kunde von diesem österreichischen Vertrage, „daß der rechte Weg nach Konstantinopel über Wien führt." Auch in Berlin war man aufs äußerste entrüstet. Dagegen schien der Deutsche Bund willens, dem Vorgehen seiner Präsidialmacht zu folgen. Denn nachdem er schon am 9. Dezember die vier Punkte angenommen hatte, beschloß er am 8. Februar 1855 die Kriegsbereitschaft des Bundesheeres wegen der europäischen Lage.

Bündnis Piemonts mit den Westmächten.

Um so größer aber war das unwillige Erstaunen in Wien, als wenige Wochen darauf, am 26. Januar 1855, Piemont, der alte Gegner Österreichs in Italien, dem Bündnis der Westmächte beitrat und sich verpflichtete, 15 000 Mann für den Krieg in der Krim zu stellen, wogegen England 1 Mill. Pfd. Sterl. vorschießen und den Transport der piemontesischen Truppen übernehmen sollte, auch dem König die Unverletzlichkeit seiner Staaten verbürgte. Ohne Wissen Österreichs hatte Graf Cavour, Victor Emanuels leitender Minister, den Vertrag mit dem englischen Gesandten Sir James Hudson abgeschlossen. Sein Ziel war, Piemont davor sicherzustellen, daß auf seine Kosten Österreich beim Friedensschlusse Entschädigung suche, und die Unterstützung der Westmächte für die Entwickelung der Dinge in Italien zu gewinnen. „Die Herren Piemontesen machen einen weiten Umweg nach Mailand", bemerkte ein französischer Offizier einem italienischen Kameraden nach der Landung in der Krim, England aber gewann damit eine wertvolle Ergänzung seiner kläglich unzulänglichen Heeresmacht und ein Gegengewicht gegen die militärische Überlegenheit der Franzosen.

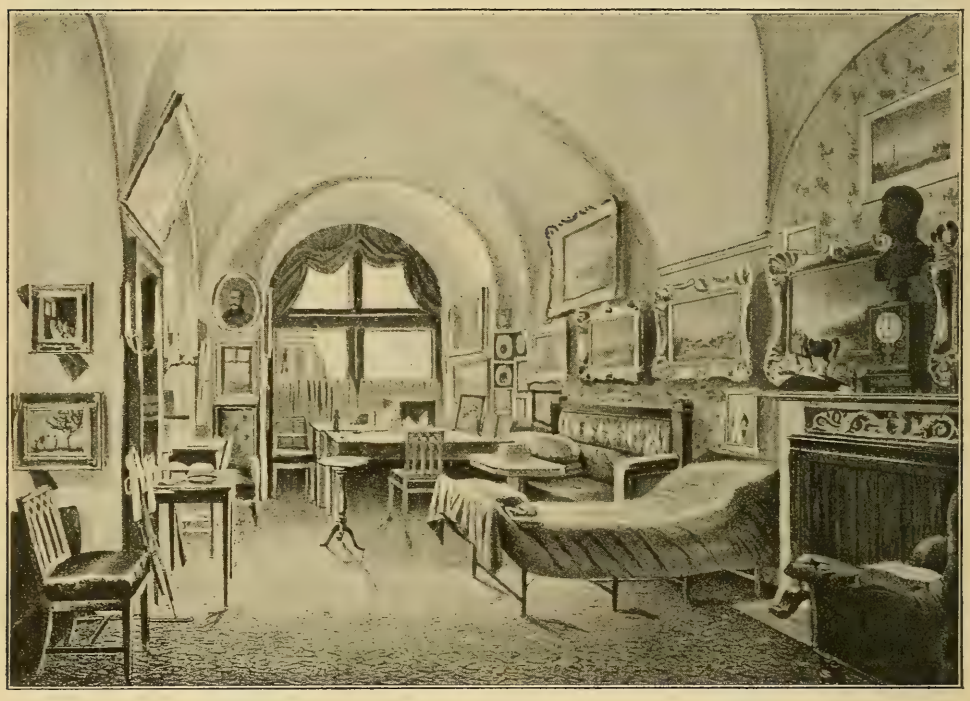
Stellung Preußens.

Es traf den König Friedrich Wilhelm empfindlich, daß sowohl der österreichische wie der piemontesische Vertrag ohne sein Wissen und seine Mitwirkung abgeschlossen war; schmerzlich empfand er die Isolierung Preußens. Indes hielt der König doch die neutrale Rolle fest, zu der er sich einmal entschlossen hatte. Mit herben Worten warf Drouin de l'Huys, Napoleons auswärtiger Minister, Preußen seine Unschlüssigkeit vor, und der Prinz-Gemahl Albert konnte nicht umhin, bei allem Wohlwollen dem Grafen Usedom zu erklären, daß das Mißtrauen gegen Preußen und sein System in England allgemein sei. Man verzieh es dort der preußischen Politik nicht, daß sie ihre eignen Wege ging, ohne nach dem Wohlwollen der Westmächte zu fragen, und auch in Deutschland erkannten wenige, daß dies die rechten Wege seien.

Tod Nikolaus' I.

Die Lage Rußlands wurde mit jeder Woche in dem neuen Jahre ungünstiger. In England trat an Stelle des Rußland zugeneigten Lord Aberdeen Lord Palmerston an die Spitze des Kabinetts, der ganz für das Zusammengehen mit Frankreich und eine energische Fortführung des Krieges eingenommen war. So wurden denn in England mit eben solchem Nachdruck wie in Frankreich die Zurüstungen für den Feldzug des neuen Jahres in Angriff genommen; außerdem erschien das piemontesische Hilfskorps von 15 000 Mann unter General Alfonso de La Marmora in der Krim. Durch eine allgemeine Aushebung in seinem Reiche und durch das Aufgebot der Reichsmiliz (Narodnoje opoltschenije) am 13. Februar suchte Kaiser Nikolaus dem entgegenzutreten; aber die anstrengenden Märsche über die weiten Schneefelder des

inneren Rußlands kosteten Tausenden der Rekruten das Leben und hemmten sehr die rasche Komplettierung der Regimenter. Dazu kam, daß die Unternehmung des Generals Chrulew gegen Eupatoria von den Türken unter Omer Pascha am 17. Februar 1855 mit sehr empfindlichen Verlusten zurückgewiesen wurde. Alles das trug dazu bei, die schon wankende Gesundheit des Zaren noch mehr zu erschüttern; er trug sich, wie man wissen wollte, mit dem Gedanken abzudanken; da trat eine sehr heftige Erkältung dazu, die er sich auf einer Parade seiner Garden am 26. Februar bei strenger Kälte geholt hatte, und machte, da er alle ärztlichen Mahnungen außer acht ließ, seinem Leben am 2. März 1855 im noch nicht vollendeten 60. Jahre ein Ende.



20. Sterbezimmer Kaiser Nikolaus' I. im Winterpalaste zu St. Petersburg.

Die Wiener Konferenzen.

Sein Nachfolger Alexander II. (1855—81, geb. 1818) war als ein Mann von humaner, ja milder Gesinnung bekannt. Alle Welt erwartete daher von ihm, daß er mehr Nachgiebigkeit als sein strenger Vater zeigen würde, und die Börsen Europas nahmen die Nachricht von seiner Thronbesteigung mit einem allgemeinen Steigen der Kurse auf. Und wirklich erwies er sich dem Frieden nicht abgeneigt. In Wien wurden am 15. März Konferenzen eröffnet, auf denen Rußland durch den Fürsten Gortschakow, Frankreich durch Bourqueney, England durch Lord John Russel, Österreich durch Graf Buol, die Türkei durch Aarif Effendi vertreten war. Preußen wurde zur Teilnahme nicht eingeladen, zur großen Erbitterung des Königs. Rußland erwies sich in den meisten Punkten nachgiebig; es verzichtete sogar auf sein Protektorat über Griechenland, das eine Erhebung zu seinen gunsten versucht hatte, aber von Verbündeten mit Waffengewalt zur Ruhe verwiesen war. Nur eine Beschränkung seiner Stellung am Schwarzen Meer wies es als seine Würde verletzend zurück. Gerade darauf aber bestanden die Verbündeten. Und doch war eine solche Forderung nur dann durchführbar, wenn Rußland wirklich besiegt war. Noch aber war seine Macht in Sebastopol ungebrochen. Die Konferenzen verliefen daher erfolglos und wurden am 26. April abgebrochen. Vor Sebastopol mußte erst die Entscheidung gefallen sein, ehe sie mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen werden konnten.

So entbrannte denn der Kampf um Sebastopol mit um so größerer Heftigkeit. Umfassende Truppensendungen nach der Krim fanden statt, so daß die Stärke der Verbündeten auf der Halbinsel bis auf 175 000 Mann stieg, die der Russen auf 150 000 Mann. Freilich waren diese Anstrengungen auf beiden Seiten fast erschöpfend und die Stimmung trübe. Frankreich schickte bis Ende Juni 1855 über 200 000 Mann nach dem Orient, von denen 37 000 fielen, 74 000 krank oder verwundet wurden und fast zur Hälfte in den Lazaretten starben. Rußland hielt nicht weniger als 870 000 Mann unter Waffen, von denen weitaus die Mehrzahl an den Grenzen, in der Krim und in Polen standen. Im Innern hatte man nur Reserven mit wenig Offizieren. Dazu grassierte die Cholera. Aber die Stimmung war mutig und entschlossen. Die Blockade schreckte niemand, und Kronstadt erwies sich als unangreifbar. Man haßte England, hegte Sympathien für Frankreich, zürnte der Untreue Österreichs, lobte die Haltung Preußens. Von Nachgiebigkeit war also auf keiner Seite die Rede. Der Kaiser Napoleon trug sich sogar mit dem Gedanken, sich persönlich nach dem Kriegsschauplatze zu begeben. Aber auf die Einwendungen seiner Vertrauten änderte er seinen Entschluß und machte im April mit seiner Gemahlin der Königin Victoria in England einen Besuch, den diese mit ihrem Gemahl noch in demselben Jahre erwiderte. Dabei wurde am 18. April förmlich beschlossen, Sebastopol um jeden Preis zu nehmen. Schon im Januar war der Artilleriegeneral Niel nach der Krim gesandt worden, um Canrobert mit seinem Rate zu unterstützen; sein Verdienst war es, daß nunmehr der Angriff auf die Festung mit gesammelter Kraft gegen die südliche Vorstadt Karabelnaja gerichtet wurde. Aber Todleben war unermüdlich, immer neue Werke den Angreifern entgegenzustellen; zumal in dem Malakowturm schuf er ein fast uneinnehmbares Bollwerk. Und General Fürst Michael Gortschakow, seit dem Herbste Menschikows Nachfolger im Oberkommando, der ältere Bruder des Gesandten in Wien, war zur hartnäckigsten Gegenwehr entschlossen.

Die Lage vor Sebastopol.

Am 9. April 1855 hatte das Bombardement der Festung von neuem begonnen und wurde zehn Tage lang fortgesetzt. Aber ein Erfolg war nicht zu spüren; die Belagerten richteten die zerschossenen Schanzen unverzüglich wieder auf oder legten neue davor an, nur die Verluste waren entsetzlich, bei den Russen über 5000, bei den Verbündeten gegen 1800 Mann. Ungeduldig fragte die öffentliche Meinung in Frankreich, ob es denn in der ganzen Armee keinen Mann gebe, die Belagerung endlich einmal zu Ende zu führen; man wünschte, daß der Oberbefehl an Stelle des milden und bedächtigen Canrobert dem Gouverneur von Algier, General Pélissier, übertragen würde, der in Afrika Beweise rücksichtsloser Entschiedenheit gegeben hatte und im Kreise seiner Offiziere mit naiver Ruhmredigkeit sich als den einzigen „Teufel" bezeichnete, der Sebastopol zu nehmen im stande wäre. Und der Kaiser Napoleon gab dem nach; selbstlos trat Canrobert unter Pélissiers Befehl (17. Mai).

Pélissier.

Ein wilder Geist trat jetzt in der Kriegführung hervor. Ein Teil der verbündeten Flotte segelte Ende Mai nach dem Asowschen Meere und brannte die Hafenstädte Kertsch, Jenikale, Mariopol, Taganrog und Anapa zum größten Teil nieder und zerstörte Hunderte von Handelsschiffen. Vor Sebastopol rötete sich von den steten Angriffen und Ausfällen der Boden, während doch die Laufgräben und Verschanzungen der Alliierten immer näher an die Stadt heranrückten. Um diese Arbeiten gegen einen Rückenangriff der Russen vom Tschernajathale her zu decken, ließ Pélissier am 25. Mai das ganze linke Ufer der Tschernaja, die Traktirbrücke, über die hier die Straße von Balaklawa nach Sinferopol führt, und den Fediukinberg durch Franzosen und Piemontesen, die sich auf die Türken unter Omer Pascha stützten, besetzen, so daß die Russen ihre Stellung bei Tschorgun auf dem rechten Ufer aufgeben mußten. Dann ließ er nach heftiger Beschießung am 7. Juni die russischen Vorwerke vor dem großen Redan und vor der Malakowbastion (den „grünen Hügel") stürmen und brachte sie unter schweren Verlusten (gegen 6000 Mann auf jeder Seite) in seine Hand. Indes der Sturm, den er zur Revanche für Belle-Alliance am 18. Juni gegen den Malakow selbst unternahm, wurde von den Russen erfolgreich abgeschlagen. Aber ebensowenig

Sturm- und Entsatzversuche.

gelang es diesen wieder am 16. August, zwei französische Divisionen und die Piemontesen aus ihrer sehr festen Stellung an der Tschernaja zu vertreiben; mit dem Bajonett wurden sie zurückgeworfen und an der Traktirbrücke von der nachsetzenden Artillerie der Feinde fürchterlich dezimiert. Es war der letzte Versuch Gortschakows, mit seiner Armee die belagerte Festung zu entsetzen.

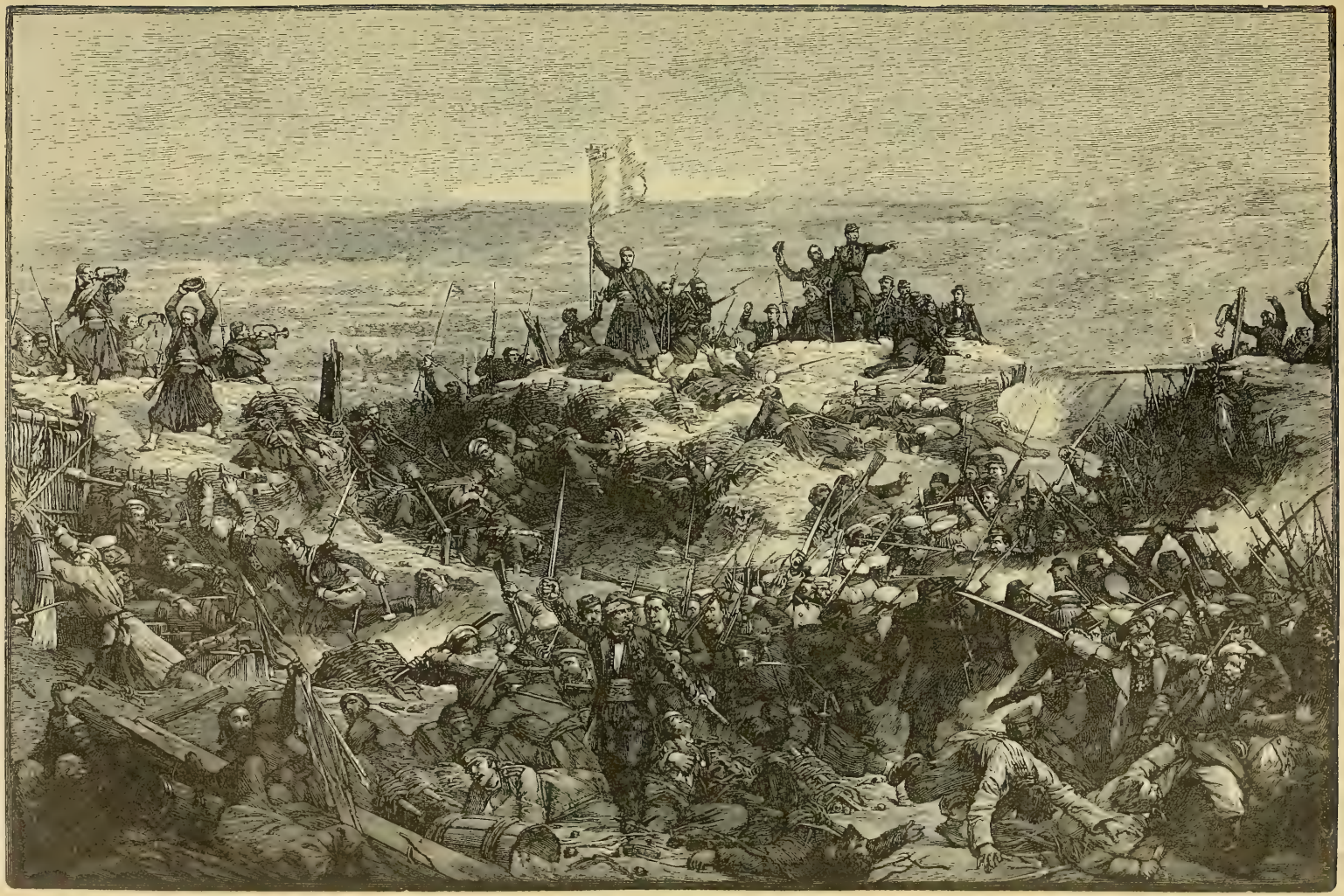
Beschießung von Sebastopol.

Diese Niederlage der Entsatzarmee gab den Verbündeten, wenn es auch nicht gelang, die Festung selbst völlig einzuschließen, doch neue Zuversicht. Die Beschießung dauerte fort, die Belagerungsarbeiten rückten bis Mitte August auf 60 Saschen bis an den Malakow und den kleinen Redan heran. Sebastopol wurde beinahe unbewohnbar, die Verluste häuften sich, auch der tapfere Vizeadmiral Nachimow, der Sieger von Sinope, wurde am 10. Juli beim Malakow tödlich verwundet und starb zwei Tage danach. Man begann bereits eine innere Verteidigungslinie hinter dem Außenwalle zu errichten, bereitete sich aber aufs Äußerste, auf die Räumung, vor, indem man eine Floßbrücke über die Bucht schlagen ließ. Am 17. August wurde das Bombardement mit verstärkter Heftigkeit, gleichzeitig aus 800 Geschützen, wieder aufgenommen. Unaufhörlich fielen die Kugeln in die Stadt und die Schanzen, so daß es unmöglich war, die zerschossenen Befestigungen wiederherzustellen; die Erde bebte von dem Donner der Geschütze, die ganze Luft war erfüllt von Pulverrauch. Täglich wurden Hunderte von Verteidigern getötet, die Gräben wurden verschüttet, die Mauern zertrümmert. Dazu kam, daß Cholera und Typhus in der Stadt kaum weniger arg wüteten, als in dem Lager der Verbündeten.

21. General Pélissier, Oberbefehlshaber der französischen Belagerungsarmee von Sebastopol.

Seit 12. September 1855 Marschall von Frankreich, 22. Juli 1856 Herzog von Malakow.

Kaiser Alexander selbst äußerte zu Graf Münster, dem preußischen Militärbevollmächtigten in St. Petersburg, daß sich nunmehr leider Sebastopol nicht mehr lange werde halten können. Der Graf schrieb diese Äußerung dem General Leopold von Gerlach in Berlin, aber der Brief geriet durch Bestechung in die Hände der französischen Gesandtschaft, die ihn unverzüglich an den Kaiser Napoleon sandte. Durch diesen erhielt Pélissier davon Kunde. Am 3. September versammelte er den Kriegsrat, der Beschluß ging auf sofortigen Sturm. Dem trat auch General Simpson bei, der, nachdem im Juni Lord Raglan ein Opfer der Cholera geworden war, die Engländer führte.



22. Die Erstürmung des Malakow durch die Franzosen am 8. September 1855. Nach dem Gemälde von Yvon in der Nationalgalerie zu Versailles.

Die Erstürmung von Sebastopol.

So wurde denn am 5. September mit größtem Nachdruck das Bombardement wieder aufgenommen; drei Tage lang donnerten Tag und Nacht die Kanonen gegen die Festung. Mit dem Glockenschlage zwölf schwiegen am 8. September alle Batterien. Die Sturmkolonnen, schon seit Stunden bereit, an der Spitze Sappeurs, rückten vor, die Franzosen gegen den Malakow, die Engländer gegen den großen Redan. In raschem Sturmlauf nahmen die Generale Mac Mahon und Bosquet die Außenschanzen, aber in den bedeckten Gängen des inneren Turmes verteidigten sich die Russen mit verzweifelter Hartnäckigkeit; Kolben, Bajonette, selbst Steine werden ihnen zur Waffe. Fünf Stunden lang wütet der Kampf; Tausende sinken tot oder verwundet nieder; eine Batterie explodiert und begräbt unter Schutt und Trümmer ihre Opfer; ein glücklicher Zufall zeigt den Franzosen die Drähte, durch welche die Pulverfässer in den Kellern von der Stadt aus entzündet werden konnten; rasch werden sie durchschnitten. Bosquet, verwundet und von Blutverlust erschöpft, wird ohnmächtig fortgetragen, aber die Franzosen bleiben Sieger.

Auch am Mittelwall stießen die Franzosen auf den gleichen verzweifelten Widerstand; aber über die Leichenhaufen stiegen sie zu den Verschanzungen empor und stachen die russischen Kanoniere an den Geschützen nieder. In geschlossenen Kolonnen, mit Kartätschen von den Russen empfangen, rückten die Engländer vor, erstiegen auf Sturmleitern das Sägewerk, wurden aber, als sie in das Innere eindrangen, mit einem solchen Kugelregen aus versteckten Batterien überschüttet, daß sie nach zweistündigem Kampfe wieder weichen mußten. Nicht besser erging es den französischen Kolonnen, die den Sturm auf die Bastionen der Stadtseite unternahmen.

Die Räumung der Südseite.

Aber der Malakow und die Mittelbastei wurden behauptet. 7500 Mann hatte die Franzosen, 2400 die Engländer der Sturm gekostet. Indes der Erfolg war, daß die Russen die Südseite der Festung nicht mehr behaupten konnten. In der Nacht sprengten sie den Redan und alle übrigen Schanzwerke, in deren Besitz sie geblieben waren, sowie die Pulvermagazine in die Luft, versenkten die noch übrigen 23 Schiffe der Flotte in der Hafenbucht und zogen sich auf der Floßbrücke in die Nordseite der Festung zurück unter dem furchtbaren Krachen und dem aufzuckenden Feuerscheine der Explosionen, während ein starker Wind das Wasser der Bucht peitschte und ein klarer Sternenhimmel auf die tausendfachen Greuel der Zerstörung und des Todes herniedersah. 11 000 Mann hatte Gortschakow an dem Sturmtage verloren, 4000 Kanonen und unermeßliches Kriegsmaterial ließ er dem Sieger als Beute; jetzt suchte er mit dem größten Teile seiner Truppen eine sichere Stellung in den östlichen Gebirgen zu gewinnen. Aber er behauptete über Perekop die Verbindung mit dem Innern des Reiches, immer noch Achtung gebietend. Erst am 10. September zogen die Verbündeten in dem ungeheuren rauchgeschwärzten und blutbefleckten Trümmerhaufen ein, der einst Sebastopol hieß. Sie hatten ihren Erfolg mit riesigen Opfern erkauft. An Toten und Verwundeten ließen die Franzosen 45 000, die Engländer über 18 000 in der Krim, die Russen berechneten ihren Verlust auf etwa 129 000 Mann. Aber der Eindruck war ungeheuer, und Napoleon III. kargte nicht mit Auszeichnungen. Pélissier, Bosquet und Canrobert erhielten den Marschallsrang, der erste außerdem den Titel eines Herzogs von Malakow.

Die Lage nach der Eroberung von Sebastopol.

Kaiser Alexander kam jetzt selbst nach dem Süden seines Reiches. In Nikolajew hielt er Rat, ob man die Krim nunmehr aufgeben solle, um den Feind auf dem Festlande zu erwarten. General Gortschakow, der zugegen war, vertrat mit Entschiedenheit die Meinung, daß mit der Krim die ganze Stellung Rußlands im Schwarzen Meere und im Kaukasus verloren wäre; hätten sich die Feinde einmal in der Halbinsel festgesetzt, so würde es unmöglich sein, sie wieder daraus zu vertreiben, denn ohne Beherrschung des Meeres sei die Halbinsel fast uneinnehmbar. Er wolle daher die Feinde in seiner starken Stellung bei Sinferopol ruhig erwarten, zumal ja der Fall von Sebastopol voraussichtlich ihren Kriegseifer sehr würde abgekühlt haben. Der Kaiser stimmte dem zu und ordnete alsbald eine neue Truppenaushebung an. So blieb der Erfolg der Verbündeten in der Krim trotz der Einnahme von Sebastopol

23. Ansicht von Kars von Osten (um 1840).

unvollständig. Daran änderte es auch wenig, daß ihre Flotte die kleinen Festungen Taman und Phanagoria gegenüber von Kertsch zerstörte, daß sie Kimburn und am 18. Oktober auch Otschakow eroberten.

Unternehmungen zur See.

Aber auch auf den andern Kriegsschauplätzen war der rechte Erfolg für die Verbündeten ausgeblieben. An des alten Napier Stelle war der Oberbefehl über die Ostseeflotte dem Admiral Sir James Dundas übertragen worden. Man erwartete von ihm einen Angriff auf Kronstadt; aber er begnügte sich, über die russischen Häfen in der Ostsee im April, über diejenigen des Weißen Meeres im Juni die Blockade zu verhängen und am 9. August die kleine finnische Festung Sweaborg zu bombardieren. Eine andre Flottenabteilung der Verbündeten war nach dem Stillen Ozean gesegelt, um die russischen Besitzungen in Kamtschatka anzugreifen. Im Mai langte sie vor Petropawlowsk an und zerstörte dessen Befestigungen; aber die Besatzung der kleinen Feste war schon einige Wochen zuvor davongesegelt und unter dem Schutze dichten Nebels glücklich entkommen.

Der Krieg in Asien.

In Armenien und im Kaukasus behielt Rußland schließlich die Oberhand. Die Verbündeten unterschätzten durchaus die Wichtigkeit dieser Angriffsbasis. Omer Pascha, der hier kommandierte, blieb ohne Unterstützung, und selbst Pélissiers Mahnung, den Kaukasus zu insurgieren, verhallte ungehört. Wohl war es den Türken gelungen, dem General Murawjew, der die türkische Festung Kars, das Bollwerk Asiens, wie sie Murawjew mit Recht nannte, belagerte, vor Kars am 26. September eine empfindliche Niederlage beizubringen, und auch Omer Pascha, von Redut Kaleh aus der Festung zu Hilfe ziehend, schlug die Russen am 6. November. Aber die Festung zu entsetzen, kam er zu spät. Mit wahrem Heldenmute hatte Wassif Pascha, mit Rat und That von dem Engländer Williams und dem Ungarn Kmety unterstützt, die Angriffe der Russen abgewehrt; indes am 28. November zwang ihn der Hunger, sich auf ehrenvolle Bedingungen an Murawjew zu ergeben, ein Ereignis, das in Asien wenigstens den Eindruck des Falles von Sebastopol vollauf auslöschte.

Der Friede von Paris.

Friedliche Stimmungen.

Damit war die Waffenehre Rußlands wiederhergestellt; es konnte also, ohne sich zu demütigen, Friedensvorschlägen sein Ohr leihen, wenn auch sie selbst nicht machen. „Die Ereignisse", sagte Fürst Alexander Gortschakow in Wien, „verurteilen uns, stumm zu sein, aber sie haben uns nicht taub gemacht." Und es war nicht zu verkennen, daß Rußland des Friedens bedurfte. Die englischen Kaufleute, sonst die hauptsächlichsten Abnehmer der russischen Rohprodukte, kauften nicht mehr, viele Tausende von russischen Grundbesitzern verfielen dadurch dem Bankrott oder dem Wucher der Juden; die Aushebungen hatten in großer Zahl auch Leibeigene unter die Waffen gerufen, in manchen Gegenden machte sich infolgedessen ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften geltend. Die Staatseinnahmen zeigten große Ausfälle; es war kein Zweifel, das Land der unerschöpflichen Hilfsquellen war finanziell erschöpft. Und überdies hatte der Krieg, die Seuchen und Märsche noch mehr als die blutigen Kämpfe, eine halbe Million Menschen an Opfern erfordert.

Aber auch in Frankreich war in der Nation wie in der Armee die Begeisterung für den Krieg ganz geschwunden; groß war sie zudem nie gewesen. Man war mit dem Ruhme zufrieden, den die französischen Waffen errungen hatten; Napoleon sah, daß seine Dynastie Wurzel gefaßt hatte, daß sein Bündnis umworben war. Wozu da den Krieg noch fortsetzen, bei dem er es von vornherein auf Sondervorteile für Frankreich nicht abgesehen hatte! Schon im September hatte er persönlich ganz andre Dinge, weitere Ziele im Auge als den Krieg mit Rußland. Ein allgemeiner Kongreß sollte die schwebenden europäischen Fragen, vor allem die italienische und polnische entscheiden, und er hoffte dafür Preußen zu gewinnen, während er gegen Österreich sehr verstimmt war. So kam er der öffentlichen Meinung in Frankreich, die

nach Frieden verlangte, gern entgegen und zeigte sich kühl gegen den Kriegseifer Englands, das, mit den Ergebnissen weitaus nicht zufrieden, nach einem neuen Feldzuge Verlangen trug. Denn in England, wo der Krieg sehr populär war, sah die öffentliche Meinung in der Eroberung Sebastopols nicht das Ende, sondern den Anfang der zu erreichenden Demütigung Rußlands. Es machte daher großen Eindruck, daß am 21. November 1855 auch Schweden in einem Vertrage der Allianz beitrat, der dem Dezembervertrage Österreichs sehr ähnlich war; aber doch war Napoleons Absicht dabei lediglich die, auf Rußland einen Druck zum Frieden auszuüben. Wenigstens ließ er in Berlin durch den französischen Gesandten Malaret bei dem Minister Manteuffel anfragen, ob er nicht von St. Petersburg einige versöhnliche Eröffnungen empfangen habe, denn es sei zu bedauern, daß niemand den ersten Schritt zum Frieden thun wolle. Manteuffel erwiderte, daß nur Frankreich die Initiative dazu ergreifen könne.

Einleitung der Friedensunterhandlungen.

Indes nicht Preußen, sondern Österreich erhielt von Rußland die Andeutung, daß es zu Unterhandlungen geneigt wäre. Graf Buol beeilte sich, durch den österreichischen Bundestagsgesandten von Prokesch-Osten persönlich bei Napoleon anfragen zu lassen, ob der Augenblick nicht günstig sei für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Rußland, und dazu seine guten Dienste anzubieten. Denn Österreich war in Sorge, daß Rußland sich direkt mit den Westmächten ohne Österreich verständigen möchte. Indes Napoleon nahm die österreichische Vermittelung an. So wurde denn nach mancherlei Verhandlungen in Wien ein österreichisch-französisches Ultimatum entworfen, das durch den Grafen Esterhazy nach St. Petersburg überbracht wurde. Auch dem Könige von Preußen wurde es mitgeteilt, und dieser empfahl dem Kaiser Alexander die Annahme, ohne sich jedoch über den Inhalt der aufgestellten Forderungen auszusprechen.

Annahme der Grundlagen.

Am 15. Januar 1856 versammelte der Zar seine vertrautesten Ratgeber und legte ihnen das Ultimatum vor, dessen Nichtannahme Österreich durch den Abbruch aller diplomatischen Beziehungen mit Rußland zu beantworten drohte. Der Kanzler Graf Nesselrode erklärte es für eine Notwendigkeit, die Forderungen Österreichs anzunehmen, dadurch würde eine Friedensbasis gewonnen. Die Anwesenden stimmten ihm zu. Fürst Dolgoruki, der Kriegsminister, setzte die militärische, Baron Meyendorff, der Finanzminister, die finanzielle Unmöglichkeit, den Krieg weiter zu führen, auseinander. Graf Bludow war der einzige, der sich gegen den Frieden aussprach; doch riet er ihn zu machen, da man nicht Krieg zu führen verstünde. Der Kaiser entschied sich danach für die Annahme des Ultimatums. Der Grundgedanke war jetzt, sich Frankreich möglichst zu nähern, das Eisenbahnnetz Rußlands möglichst zu vervollständigen, die erschöpften Kräfte wiederherzustellen.

Kaiser Napoleon sprach seine volle Befriedigung über diese Nachgiebigkeit Rußlands aus, und ganz Frankreich teilte diese Befriedigung; England dagegen, nach der Fortführung des Krieges verlangend, sah sich sehr enttäuscht; Lord Palmerston sprach sogar in seinem Unmut von „Kabalen politischer Stockjobbers“ in der Umgebung des Kaisers Napoleon. Aber konnte es sich von Frankreich trennen? Am 1. Februar kamen Frankreich, Österreich, Rußland und die Türkei in Wien überein, binnen drei Wochen Bevollmächtigte zur Abschließung förmlicher Präliminarien eines Waffenstillstandes und eines definitiven Friedensvertrages nach Paris zu entsenden.

Indessen außer diesen Mächten verlangten auch Piemont und Preußen die Zulassung zu diesem Friedenskongreß. Piemont wurde sie trotz des heftigen Widerstrebens Österreichs auf die nachdrückliche Fürsprache Englands zugestanden. Preußen hatte die Unterstützung Österreichs für sich; aber Lord Clarendon, der englische Bevollmächtigte, opponierte auf das schärfste: Preußen habe unter der Maske der Neutralität Rußland die wichtigsten Dienste geleistet; er sehe nicht, wie Preußen seinen Anspruch auf Teilnahme am Kongreß begründen könne. Napoleon war wohl der Zulassung Preußens geneigt, wollte es aber doch deswegen nicht mit England verderben. Die Frage wurde daher einstweilen in der Schwebe gelassen.

Eröffnung des Kongresses.

Am 25. Februar wurde der Kongreß eröffnet. Graf Alexander Walewski, der für einen natürlichen Sohn Napoleons I. von einer polnischen Dame galt (geb. 1810 in Walewice), sich an Louis Napoleon eng angeschlossen hatte, dann französischer Gesandter in Florenz, Neapel und London gewesen, nach dem Rücktritte von Drouin de l'Huys Minister des Auswärtigen geworden war, vertrat Frankreich, Lord Clarendon England, Graf Buol Österreich, Graf Cavour Piemont, Ali Pascha die Türkei, Fürst Orlow Rußland, außerdem wurden natürlich die in Paris beglaubigten Botschafter der fremden Mächte zugezogen.

Tausende von Schaulustigen bedeckten den Konkordienplatz an dem Quai d'Orsay in Paris, um die Friedensbevollmächtigten anfahren zu sehen. Die piemontesischen Gesandten waren die ersten, die eintrafen, gleich hinter ihnen die türkischen. Zuletzt kamen die russischen Bevollmächtigten; mit der Elastizität eines Jünglings stieg der 75jährige Graf Orlow die Stufen zum Portal empor. Ein großer Saal im Erdgeschoß des auswärtigen Ministeriums war für die Sitzungen eingerichtet; den grünen Tisch umgaben zwölf vergoldete, mit rotem Atlas bezogene Lehnstühle. Auf einem kleinen Büreau zur Seite stand ein goldenes Schreibzeug, aus dem die Friedensurkunden unterzeichnet werden sollten. Man setzte sich nach der (französischen) alphabetischen Ordnung der Staaten. Benedetti, der Protokollführer, nahm an einem Seitentische an einem Fenster Platz.

24. Graf Alexander Walewski.

Nach der Lithographie von Lafosse.

Die Wahl zum Vorsitzenden fiel auf den Grafen Walewski. Mit vieler Gewandtheit leitete er die Verhandlungen, von Napoleon persönlich, dem er täglich zweimal Bericht zu erstatten hatte, fortlaufend mit genauen Instruktionen versehen. Die Verhandlungen des ersten Tages waren kurz; sie beschränkten sich darauf, die Grundlage der Beratungen zu schaffen; man nahm die Festsetzungen des Wiener Protokolls vom 1. Februar als Friedenspräliminarien an und setzte einen Waffenstillstand bis zum 31. März fest. Dann folgten regelmäßige Sitzungen, meist dreimal in der Woche, vom 24. bis 30. März täglich.

Erst am 10. März beschloß der Kongreß auf den Antrag Walewskis, als man im Begriffe stand, in die Beratung über die Donaufürstentümer einzutreten, Preußen nun als „Mitunterzeichner der Londoner Konvention vom 13. Juli 1841" zur Teilnahme an den Verhandlungen einzuladen; am 18. erschienen dann die preußischen Bevollmächtigten, Minister von Manteuffel und Graf Hatzfeld, und auch jetzt noch versuchte Lord Clarendon, wenn auch erfolglos, ihre Teilnahme auf die Revision der Meerengenkonvention zu beschränken.

Der Friedensschluß.

Fortwährend drängte Napoleon zum Abschluß. Palmerston machte selbst in letzter Stunde noch Schwierigkeiten; allein die Königin Victoria wies Clarendon zur

von Brunnow Graf Orlow. Lord Cowley. Graf Cavour. Lord Clarendon. Villamarina. Graf Walewski. von Bourqueney. Graf Hatzfeld Mehemed Djemil Bey. Ali Pascha. von Hübner. von Manteuffel. Graf Buol.

25. Der Pariser Kongreß im Jahre 1856.

Unterzeichnung an. So wurde denn Sonntag, den 30. März, mittags 2 Uhr, die Friedensurkunde von den Bevollmächtigten vollzogen. Napoleon dankte allen für ihre versöhnlichen Gesinnungen. Das Hauptverdienst am Zustandekommen des Friedens aber zu haben, lehnte er ab. „Alle Welt hat dazu ein wenig beigetragen", meinte er, „ich wie die andern". Mit einer glänzenden Illumination begrüßte Paris den Friedensschluß. Napoleons III. Glücksstern stand im Zenith. In Frankreichs Hauptstadt hatte sich der Kongreß versammelt, Frankreich stand, von hellem Kriegsruhm umstrahlt, an der Spitze der europäischen Völker, und die napoleonische Dynastie schien gesichert, denn am 15. März 1856 war dem Kaiser der ersehnte Sohn und Erbe geboren worden.

Die Friedensbedingungen.

Die Bedingungen des Pariser Friedens waren folgende: Die während des Krieges gemachten gegenseitigen Eroberungen wurden zurückgegeben. Die Dardanellen und der Bosporus sollten, solange die Türkei in Frieden stände, fremden Kriegsschiffen auch ferner verschlossen bleiben. Das Schwarze Meer wurde neutralisiert; Rußland wie die Türkei verpflichteten sich, an den Küsten desselben keine Kriegsarsenale zu errichten und nicht mehr als je sechs leichte Kriegsdampfschiffe zum Küstendienst zu halten; aber während es den Kriegsschiffen aller Mächte verschlossen wurde, sollte es der Handelsmarine aller Nationen geöffnet sein. Ebenso verpflichtete sich Rußland, auf den Alandsinseln keine Befestigungen anzulegen. Die Schiffahrt auf der Donau sollte von allen Beschränkungen befreit werden, und eine europäische Kommission darüber wachen, daß ihre Mündungen schiffbar gemacht und erhalten würden. Rußland willigte in die Abtretung eines Teiles von Bessarabien, welcher der Moldau unter türkischer Oberhoheit hinzugefügt wurde, wurde also völlig von der Donau verdrängt. Über die Donaufürstentümer sollte keine Macht ausschließlich den Schutz ausüben oder das Recht haben, sich in ihre inneren Angelegenheiten zu mischen. Eine Kommission sollte die Grundlagen der künftigen Organisation der Fürstentümer feststellen und dem Kongresse zur Vereinbarung mit der Pforte vorlegen.

Der Sultan vervollständigte auf Veranlassung der Großmächte die Abmachungen durch den „Hat-Humayum", einen großherrlichen Ferman, der, am 21. Februar 1856 in Konstantinopel veröffentlicht, eine große Anzahl von Reformen zum Besten der christlichen Bevölkerung des türkischen Reiches versprach. Die Türkei wurde ausdrücklich „in das europäische Völkerrecht" aufgenommen und die Unverletzbarkeit ihres Gebietes von allen Mächten ihr verbürgt. Breiter als jemals wurde der abendländischen Kultur der Zugang in die türkischen Länder geöffnet.

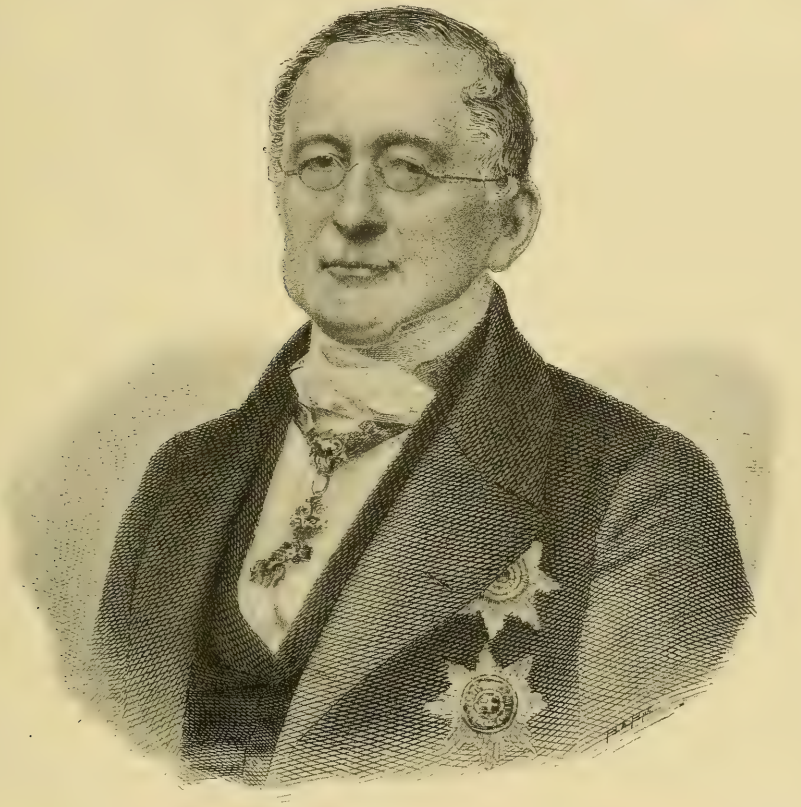
Ergebnisse des Krimkrieges.

So war denn der opferreiche Krieg zu Ende. Die Westmächte schlossen mit Österreich am 15. April sogar noch einen Sondervertrag, durch den sich alle drei zur strengen Aufrechterhaltung der Friedensbestimmungen, namentlich zum Schutze der Türkei, mit gemeinsamen Kräften verpflichteten. War es doch, als empfände niemand rechte Befriedigung über das abgeschlossene Friedenswerk und volles Vertrauen zu dessen Dauerhaftigkeit; denn war auch eine Reihe von wichtigen Fragen zwischen den beteiligten Mächten zum Austrag gebracht, so blieben doch noch andre kaum weniger wichtige unerledigt zurück, die den Ausblick in die Zukunft trübten. Hatte doch Graf Cavour bereits unumwunden die unerträgliche Lage Italiens zur Sprache gebracht (8. April), und Rußland betrachtete das Abkommen über die Neutralisierung des Schwarzen Meeres als eine demütigende Fessel. Bezeichnend sagte der neue Minister des Auswärtigen, der Nachfolger Nesselrodes, Fürst Alexander Gortschakow: „La Russie se recueille!"

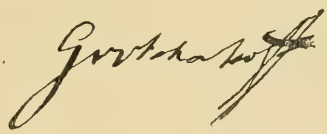
Folgen des Krimkrieges.

Eine völlig veränderte Stellung der Großmächte war das bedeutsamste Ergebnis des Krimkrieges. Der geheimnisvolle Zauber, der so lange Zeit die russische Macht als eine bei der Unerschöpflichkeit seiner Hilfsquellen unüberwindliche, alles überwältigende hatte erscheinen lassen, war zerstört; Mitteleuropa war von dem schwer lastenden, in alle politischen Verhältnisse eingreifenden Übergewichte Rußlands befreit. Von einer Erneuerung der Heiligen Allianz, wie sie dem Kaiser Nikolaus immer

vorgeschwebt hatte, konnte nicht mehr die Rede sein. Auch Deutschland mußte dieses Ergebnis zu gute kommen. **Preußen** schien durch seine unsichere Politik Einbuße an Geltung erlitten zu haben, doch wurde das reichlich dadurch aufgewogen, daß es sich nicht zum Bruche mit Rußland hatte treiben lassen und sich dadurch die Möglichkeit bewahrt hatte, an Rußland unter Umständen eine Stütze zu finden. Dagegen hatte sich **Österreich** gründlich mit Rußland verfeindet, ohne doch zu festem Anschlusse an dessen Gegner zu gelangen. Sobald sich daher zwischen Rußland und Frankreich bessere Beziehungen einleiteten, stand Österreich völlig isoliert da.



26. Fürst Alexander Gortschakow.



England war in seinem Prestige geschmälert und von der unter die Mohammedaner durch den Krieg getragenen Aufregung, die zu dem indischen Aufstande beitrug, in seinem asiatischen Besitze bedroht, aber es hatte doch insofern einen greifbaren Vorteil errungen, als die Seemacht Rußlands völlig zerstört und damit das Übergewicht der englischen Flotte im Mittelmeer verstärkt worden war. Den größten Vorteil von dem Kriege erntete **Frankreich**. Unbestritten galt es jetzt für die erste Militärmacht Europas. Es hatte die größten Opfer gebracht, zur Entscheidung das meiste beigetragen und doch uneigennützig jeder Entschädigung entsagt. Kaiser Napoleon hatte sich vom Schirmvogt des europäischen Gleichgewichts zum Schiedsrichter Europas emporgeschwungen.

Asien und die europäischen Kolonialmächte.

Englische und russische Fortschritte.

Englands und Rußlands Stellung.

Der Krimkrieg war militärisch und vom Standpunkte der europäischen Politik aus betrachtet in erster Linie ein Kampf zwischen Frankreich und Rußland und eine Niederlage des Zarenreichs gewesen. Von einem umfassenderen Gesichtspunkte aus erscheint er wesentlich anders, als ein Zusammenstoß zwischen den beiden großen Mächten, die sich in Asien feindlich gegenüberstanden, England und Rußland, und dort, im fernen Osten waren die Russen nicht im Weichen, sondern im Vordringen. Nicht direkt und am wenigsten mit den Waffen bekämpften sie sich beide dort, sondern mit wirtschaftlichen und diplomatischen Mitteln oder höchstens durch ihre Bundesgenossen stritten sie miteinander auf der ganzen Linie vom Kaukasus bis nach China. Dabei waren die Russen insofern im Vorteile, als die streitigen Gebiete überall an ihrer Grenze lagen, inmitten roher Stämme, denen sie wesentlich überlegen waren und doch als Halborientalen viel näher standen als die Engländer mit ihrer ganz und gar abendländischen Kultur, und daß sie nicht bloß eroberten, sondern auch kolonisierten (s. Bd. VI, S. 392). Die Engländer dagegen waren von Indien durch Tausende von Seemeilen getrennt und haben hier wie in ganz Südasien, was in der Natur der Sache lag, immer nur geherrscht, niemals kolonisiert.

Die Russen in Turkestan.

Noch während des Krimkrieges und bald nachher vollendeten die Russen die Unterwerfung des Kaukasus und gewannen damit eine mächtige Gebirgsbastion, die gegen die Türkei wie gegen Persien und das Kaspische Meer hin Front macht (s. Bd. IX, S. 364 f.). Ihr nächstes Ziel war eine sichere Grenze im Osten des Kaspisees, in den unermeßlichen Steppen und Sandwüsten Turkestans, die nur hier und da fruchtbare Oasen und Flußthäler umschließen und erst an den Gebirgsrändern in ackerbaufähige Landstriche übergehen, zum größten Teile also das Gebiet nomadisierender und zu beständigen Raubzügen geneigter Turkmenenstämme sind. Zunächst gingen die Russen von Norden her gegen den Syr Darja (Jaxartes) vor. Unweit vom Aralsee bestand hier seit 1847 das Fort Rahim (Raimskoje). Dann eröffnete im Jahre 1851 General Perowskij den Kampf gegen den Chan von Chokand, dessen Raubhorden kirgisischen Unterthanen des Zaren ihre Viehherden weggetrieben hatten. Im folgenden Jahre 1852 drang er über 400 Kilometer in das Innere von Chokand vor, eroberte 1853 die Festung Akmedsched am Syr, erbaute hier das Fort Perowskij und verband es durch eine lange Reihe von Befestigungen mit dem Aralsee. Später (1854) unternahm er einen Kriegszug gegen das Chanat von Chiwa und zwang den Chan zu einem Vertrage, durch den der russische Gesandte in Chiwa der wahrhafte Regent des Landes wurde. Selbst der Emir von Bochara wurde durch einen Einfall Perowskijs genötigt, ein Freundschaftsbündnis mit Rußland zu schließen. Weiter ostwärts drangen die Russen vom Balchaschsee und vom Ili her südlich nach den Gebirgen vor und gründeten hier Kosakenansiedelungen, vor allem 1855 Wjernoje zwischen dem Ili und dem Issyk-Kul. Gegen Ende der fünfziger Jahre lief also die russische Militärgrenze bereits von der Mündung des Syr-Darja in den Aralsee, diesen Fluß und den Tschu aufwärts bis an den westlichen Abfall der chinesischen Grenzgebirge. Die erste „Parallele gegen Indien", wie der Engländer Rawlinson sagte, war eröffnet.

Erwerbung des Amurlandes.

Gegenüber China begnügte sich Rußland im Westen zunächst mit einem Handelsvertrage 1851, der seinen Kaufleuten den wichtigen Marktplatz Kuldscha am oberen Ili öffnete und die Errichtung eines Konsulats dort gestattete. Im fernen Osten dagegen wurde das langerstrebte Amurgebiet und damit der Zugang zum offenen Ozean gewonnen. Durch den Frieden von Nertschinsk 1689 war Rußland genötigt worden, das weite Gebiet an China wieder abzutreten. Aber der Verlust des zwar fast menschenleeren, aber an Gold, Kohlen und Holz reichen Landes, das durch den gewaltigen Amurstrom überdies eine bequeme Verbindung für Südsibirien mit den Häfen des östlichen Asien darbot, wurde von den Russen stets schmerzlich empfunden.

Der Statthalter von Ostsibirien, Nikolaus Murawjew, schob daher Schritt für Schritt russische Ansiedelungen in das chinesische Grenzland vor, legte in je 50 Werst (53 km) Entfernung Kosakenposten an und erbaute an der Küste die Festung Nikolajewsk. Die chinesische Regierung, durch die Aufstände der Taiping im Süden gehindert (s. unten S. 94 f.), ließ alles geschehen und entschloß sich endlich, in Verwickelungen mit den europäischen Westmächten geraten, und in der Hoffnung, Rußlands Unterstützung zu gewinnen, das Amurland durch den Vertrag von Aigun am 27. Mai 1858 an Rußland abzutreten. Drei Jahre später wurde ein Handelsvertrag hinzugefügt, der einen lebhaften Karawanenverkehr von Kjachta nach Peking ins Leben rief. Im äußersten Südosten des Landes entstand die Hafenstadt Wladiwostok, die „Herrin des Ostens", die schon in ihrem Namen auf eine große Zukunft deutete.

England und Persien.

Diesen Fortschritten Rußlands unmittelbar zu begegnen, war England außer stande. Auch schwankte seine Politik, sehr unähnlich der folgerichtig, zäh und klug vorgehenden russischen Diplomatie, fortwährend zwischen Besorgnis und Gleichgültigkeit hin und her und ließ sich nicht selten von den glatten Worten der russischen Staatsmänner bethören. Was es zum Schutze Indiens und im Interesse seines Handels thun konnte, das beschränkte sich im wesentlichen darauf, in den Staaten auf den gewaltigen Hochländern Vorderasiens, Persien und Afghanistan, seinen vorwaltenden Einfluß zu begründen und so eine Vormauer gegen Rußland zu errichten. Im Jahre 1851 war Yar Mohammed, der Chan von Herat, gestorben, der sich Rußland zugeneigt hatte. Sofort erhob nun sein Schwiegersohn Dost Mohammed, nachdem er, durch frühere Erfahrungen gewitzigt, sich vorher mit England verständigt hatte, Anspruch auf das Chanat, das als Schlüssel Vorderasiens und auch Indiens gilt. Allein Persien wollte die seit langen Jahren über Herat geübte Oberherrschaft sich nicht entreißen lassen und besetzte im März 1852 die Stadt. Da schritt England ein, ließ am 30. September 1852 in Buschehr, der wichtigsten Hafenstadt Persiens, 9000 Mann landen und erzwang dadurch die Räumung Herats. Allein während des Krimkrieges bemächtigten sich die Perser abermals 1856 durch Verrat der Stadt. Da nun überdies der Schah Nasireddin (seit 1848) während des Krimkrieges die Russen Murawiews durch Lieferung von Lebensmitteln und Lasttieren unterstützt hatte, so erklärte jetzt England an Persien den Krieg. General Outram erstürmte Buschehr am Persischen Meerbusen, schlug die persische Landmacht am 8. Februar 1857 bei Khusfad und nahm die Festung Mohammerah am Schat el Arab in Besitz. Das genügte, um Persien zum Frieden zu nötigen. Unter Vermittelung Napoleons wurde er am 4. März 1857 in Paris abgeschlossen. Persien entsagte allen Ansprüchen auf Herat und Afghanistan, und England hatte zum Schutze seiner indischen Besitzungen gegen das Fortschreiten Rußlands in Innerasien eine starke Schranke gezogen.

Der indische Aufstand.

Und es bedurfte derselben; denn eben damals brach gegen die englische Herrschaft in Indien ein furchtbarer Aufstand aus.

Indische Zustände.

Ursprung wie Überwindung dieser gefährlichsten Krisis, die jemals über die englische Herrschaft in Indien gekommen ist, erklärt sich aus dem auch durch diese trotz schon hundertjähriger Dauer nicht veränderten Wesen Indiens und der Inder.

Nach wie vor bestand die Bevölkerung des ungeheuren Gebiets, das, ins Europäische übersetzt, den Raum von Petersburg bis Palermo und von Lissabon bis Bukarest ausfüllen würde, aus bunt durcheinander gewürfelten Teilen und Trümmerstücken von vier ganz verschiedenen Rassen und Hunderten von Völkern und Stämmen mit einer ganzen Anzahl selbstständiger Sprachen (116 im Jahre 1887), Litteraturen und Alphabeten und den Anhängern von vier oder fünf großen durchgebildeten Religionen, von denen die Brahmanen und die Mohammedaner am zahlreichsten sind. Und diese großen Massen zerfielen und zerfallen wieder in Hunderttausende von Clans, Kasten (die vier großen altindischen Kasten sind längst aufgelöst), Kultgemeinschaften, Sekten, Gilden, frommen Brüderschaften. Die Mitglieder aller dieser Genossenschaften speisen, heiraten und verkehren ausschließlich untereinander und sehen auf die einer tiefer stehenden Kaste mit Verachtung, ja mit Ekel herab. Nur die Zugehörigkeit zu einer solchen kleinen Verbindung, deren Marke (Nama) er sich auf Stirn oder Arm malt, gilt dem Inder

etwas, der Staat ist ihm etwas Vergängliches, Zufälliges, daher Gleichgültiges (nach seinen historischen Erfahrungen mit vollem Rechte, vergl. z. B. Bd. VII, S. 71, 87 f.). Die Begriffe Heimat, Vaterland, Patriotismus versteht er gar nicht, und die ganze irdische Welt gilt ihm wenig gegenüber der Hoffnung auf ein Jenseits. So haben Gesellschaft und Religion eine dem westeuropäischen Geiste völlig entgegengesetzte Sinnesart erzeugt, und diese hunderte von Millionen Menschen zerfallen in zahllose, streng geschlossene und schroff voneinander geschiedene religiöse und soziale Gruppen. Auf die Frage nach seinem Vaterland würde ein Inder etwa antworten: „Ich gehöre zu der siwaitischen Schneidergilde von Kalkutta", ein andrer: „Ich bin von der wischnuitischen Goldschmiedeinnung in Madras". Ob er ein unmittelbarer Unterthan der Engländer oder eines der zahlreichen einheimischen Vasallenfürsten ist, macht dabei gar keinen Unterschied, denn auch diese sind meist fremden Stammes, und der Engländer ist dem Inder nicht fremder, als etwa der Bengale dem Sikh oder der Tamile dem Bewohner von Kaschmir.

Die englische Herrschaft.

Nur die englische Herrschaft hielt dies bunte Gewirr, das niemals vorher eine politische Einheit gebildet hatte, zusammen, und sicher hatte Indien niemals eine so gute Regierung gehabt, wie unter der ostindischen Kompanie, nachdem die erste Beutegier überwunden war, was freilich nur ein bedingtes Lob ist (s. Bd. VII, S. 755). Die Engländer gewannen die Inder nicht gerade für sich, weil dazu deren ungeheure Mehrzahl viel zu unwissend und indolent ist, hatten sie aber auch nicht gerade gegen sich. Sie schonten die einheimischen Anschauungen soweit irgend möglich, beschränkten oder verboten z. B. die Witwenverbrennungen und thaten sehr viel für die stets gedrückten Bauern (ryots), die 94 Prozent der ganzen Bevölkerung bildeten, wie überhaupt für die wirtschaftliche Entwickelung des Landes. Unter Lord Dalhousie (1848—56) wurde mit dem Bau eines ausgedehnten Telegraphen- und Eisenbahnnetzes begonnen, die große Heerstraße von Kalkutta nach Pischauer und der Gangeskanal vollendet.

Nur sehr wenig Einfluß gewannen dagegen die Europäer auf die geistige Entwickelung Indiens. Die Erfolge der meist protestantischen Missionen auf Ceylon, unter den südindischen Tamilen, den Parsi und anderwärts waren trotz aller Anstrengungen niemals groß, die Zahl der eingeborenen Christen blieb daher gering, am geringsten bei den Brahmanen und Mohammedanern. Besser glückte es der Regierung mit der Einführung des Volksunterrichts, obwohl auch dieser sich auf verhältnismäßig kleine Kreise beschränkte. Auf die gebildeten Hindus blieben die Ergebnisse der indischen Studien in Europa, die die Stammesverwandtschaft zwischen ihnen und ihren englischen Herren nachwiesen, nicht ohne Eindruck, und die 1856 gegründeten englischen Universitäten in Kalkutta, Madras und Bombay (d. h. Prüfungskommissionen) fanden unter den jungen Indern viel Zuspruch. Auch der englische Militärdienst galt für eine Ehre, und die besten Elemente Indiens drängten sich zu den englischen Fahnen. Daher waren 1857 von dem 280000 Mann starken indischen Heere nur 39000 Mann Engländer, und außerdem lebten nur ungefähr 10000 Europäer in Indien. In diesem Zahlenverhältnis, in der ungeheuren Entfernung vom Mutterlande (15000 Seemeilen), zu deren Überwindung damals ein Truppentransport mindestens drei Monate brauchte, und in den riesigen Dimensionen Indiens selbst, das 1857 erst 650 km Eisenbahnen besaß, lagen große Gefahren, aber eine allgemeine Erhebung war schlechterdings nicht zu fürchten. Auch der Aufstand von 1857/58 war niemals eine nationalindische Bewegung, weil es Nationen nach unserem Begriffe dort gar nicht gibt, sondern eine Soldatenmeuterei in einem Teile des indischen Heeres. Unzufrieden mit der englischen Herrschaft waren nur die Mitglieder entthronter Dynastien und ihr Anhang, meist zentralasiatische Abenteurer, die oberen Klassen der Mohammedaner und die brahmanischen Priester. Diese Elemente schlossen sich der Soldatenmeuterei an, da ihre Interessen gerade damals von den Engländern verletzt worden waren.

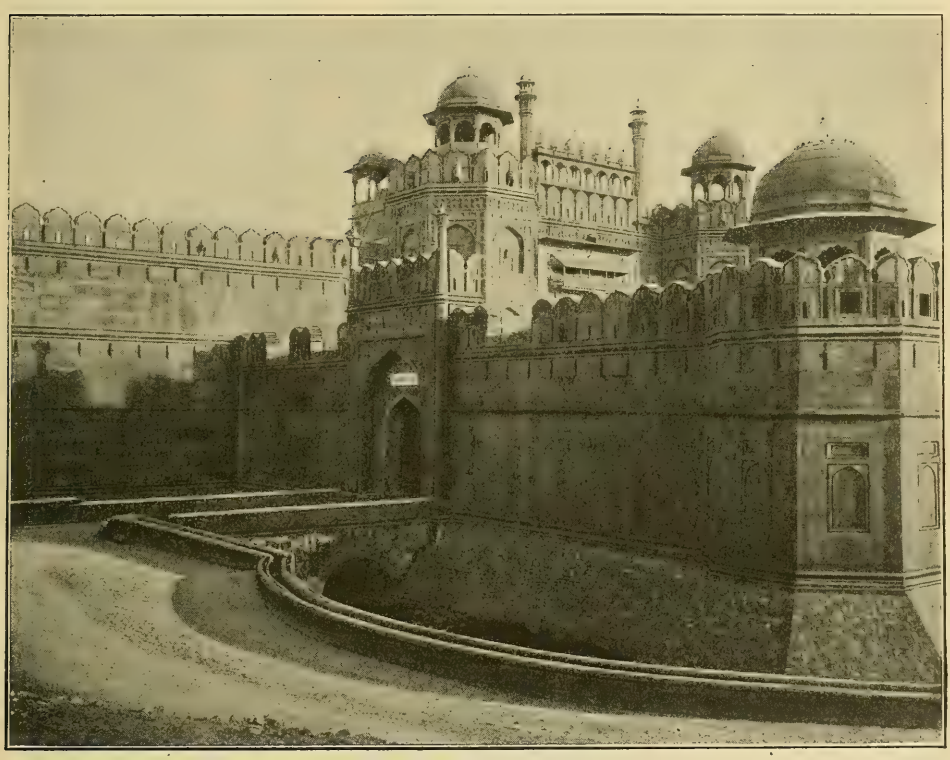
Gärung.

Lord Dalhousie war besonders nach der Unterwerfung der kriegerischen Sikhs 1849 (s. Bd. IX, S. 373) in der Einziehung indischer Fürstentümer, meist übrigens nach dem Aussterben ihrer Herrengeschlechter, etwas zu ungestüm vorgegangen (1848 Sattra im westlichen Dekan, 1849 Sambalpur und Dschaitpur, 1854 Dschhansi und Nagpur, 1855 Tandschur) und hatte durch seinen Reformeifer manches Vorurteil der Eingebornen verletzt. Als nun 1856 auch das Königreich Audh (Oude) im mittleren Gangeslande, um der Mißwirtschaft des Wadschid Ali Schah ein Ende zu machen,

den britischen Besitzungen einverleibt wurde, schien das Maß voll. Eine Prophezeiung wurde verbreitet, daß die englische Herrschaft in Indien nur hundert Jahre dauern würde, von denen seit der Schlacht von Plassy 99 vergangen waren. Militäraufstände brachen aus, im Februar 1857 in Burhampur, im März in Madras, offenbar Symptome einer weit verbreiteten Unzufriedenheit. Doch wurden sie noch rasch unterdrückt.

Die Meuterei in Hindostan.

Da brach am 10. Mai 1857 die Meuterei sämtlicher Sipahis in Mirat nordöstlich von Delhi wegen des scheinbar geringfügigen Umstandes los, daß die Patronen für die neuen Miniégewehre angeblich mit Kuh- und mit Schweinefett eingeschmiert und dadurch die religiösen Gefühle der Hindus wie der Mohammedaner beleidigt worden waren. Die europäischen Offiziere der aufständischen Regimenter wurden mit



27. Der Palast zu Delhi. Nach einer Photographie.

Weib und Kind ermordet und die Kasernen in Brand gesteckt. Von hier zogen die Meuterer nach Delhi. Die ganze Besatzung der alten Hauptstadt des Großmogulates schloß sich ihnen an; ungeheure Kriegsvorräte, 150 Geschütze und ein Kriegsschatz von 2 Mill. Pfd. Sterl. (40 Mill. Mark) fielen in ihre Hand. Nun verbreitete sich der Militäraufstand über Benares, Allahabad, Agra, Kanpur (Cawnpore), Lacknau und ganz Audh. Die wichtige Garnisonstadt Dinahpur bei Patna, der politische und militärische Mittelpunkt einer Provinz von fünf Mill. Einwohnern, wo nur 1200 europäische Soldaten standen, aber ein Schatz von 300 000 Pfd. Sterl. und Opiummagazine von mehreren Millionen Pfd. Sterl. an Wert sich befanden, wurde nur durch die Entschlossenheit des Regierungskommissars W. Taylor gerettet, ging aber im August doch noch verloren, als die indische Brigade meuterte. Auch die Truppen der Armee von Bengalen in Rohilkand (östlich von Delhi) und im Pandschab erhoben sich, weil sie zum Unglück für die Engländer fast alle aus Brahmanen und Radschputen von Audh bestanden. Ganz Mittelhindostan und ein Teil des Nordwestens war somit in Aufruhr.

Die Europäer wurden, wo man sie fand, mit Grausamkeit niedergemetzelt, und der frühere Großmogul, der neunzigjährige Bahadur, zum Herrscher von ganz Indien ausgerufen.

Lage der Engländer.

Die Engländer in Indien gerieten über diese Vorgänge in die äußerste Bestürzung; bald aber ermannten sie sich, um mit Nachdruck der ungeheuren Gefahr zu begegnen. Sehr kam ihnen zu statten, daß mit Ausnahme des greisen Großmoguls, des mohammedanischen Maharattenfürsten von Bithur bei Kanpur, des persönlich erbitterten Nana Sahib und der kühnen Begum (Königin) von Dschhansi keiner der eingeborenen Fürsten, sei es aus Klugheit, sei es aus Eifersucht aufeinander, der Empörung sich anschloß, sowie daß die Regimenter, die aus den Bergbewohnern des Himalaya, namentlich den Ghurkas, sowie aus Sikhs bestanden, aus Haß gegen die Bengali die Treue bewahrten. Auch elf irreguläre Regimenter der Bengaliarmee nahmen keinen Anteil am Aufstande, und die tapferen Sikhs folgten sogar in ihrer Heimat in Scharen dem englischen Rufe zu den Waffen; ebenso blieben die eingeborenen Truppen der Armee von Bombay und Madras treu, und das Volk rührte sich nicht, zeigte vielmehr den Aufständischen vielfach offene Feindseligkeit.

Eroberung von Delhi.

Ohne daher erst Hilfstruppen aus der Heimat abzuwarten, nahmen die Engländer den Kampf gegen die Meuterer auf. General Havelock übernahm Ende Juni in Allahabad den Oberbefehl gegen die Belagerer der Citadellen von Kanpur und Lacknau. Nana Sahib, der mit wilder Blutgier die Engländer nicht hatte vertreiben, sondern ausrotten wollen — in dem eroberten Kanpur (Cawnpore) allein hatte er im Juni 900 Engländer, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, mit entsetzlicher Grausamkeit hinrichten lassen — wurde am 12. Juli bei Fatihpur, am 15. und 16. bei Kanpur, am 29. und 30. Juni bei Unao und Bepirgandsch, am 16. August bei Bithur geschlagen, unter ungeheuren Strapazen und mörderischen Kämpfen. Endlich drang Havelock am 26. September in Lacknau ein, wo sich Lawrence mit 400 Frauen und Kindern unter unsäglichen Leiden gegen eine ungeheure Übermacht in der Citadelle tapfer gehalten hatte. General Wilson erstürmte nach einmonatiger Belagerung mit nicht mehr als 8700 Mann, von denen nur 3300 Europäer waren, am 20. September in sechsstündigem Kampfe Delhi und führte den Großmogul als Gefangenen mit sich fort, während zugleich im Pandschab General Nicholson mit Erfolg gegen die Rebellen kämpfte und schon im Juli den Aufstand in Lahaur (Lahore) unterdrückte.

Niederwerfung des Aufstandes.

Nach dem Falle von Delhi war Lacknau (Lucknow), die Hauptstadt von Audh, der Mittelpunkt des Aufstandes geworden. Nun wurde der Kampf gegen Mittelindien auch mit den von Europa allmählich eintreffenden Verstärkungen von mehreren Seiten in Angriff genommen. Der neue Obergeneral Sir Colin Campbell kam von Kalkutta herauf, übernahm am 3. November in Kanpur das Kommando gegen Lacknau und Audh und nahm Lacknau. Inzwischen sammelten sich aber bei Kanpur, wo der General Windham mit nur 500 Mann stand, große Massen zersprengter Meuterer, dazu die Truppen des Sindhja von Gwalior, die der kluge und tapfere Maharatte Tantia Topi zum Abfall gebracht hatte. Nach heftigen Kämpfen mit Windham gegen Ende November siegte Campbell, der am 22. November Lacknau bis auf die sogenannte Residenz wieder geräumt hatte, bei Kanpur am 6. Dezember über die 25 000 Mann starken Gegner und drängte sie südlich über die Dschamna zurück, wo sie am 9. Dezember völlig zersprengt wurden. Jetzt drang aber der Generalgouverneur Lord Canning darauf, vor allem Lacknau wieder einzunehmen, während Campbell vorher ganz Audh mit Truppen umstellen wollte. Wirklich wurde Lacknau am 19. März 1858 erobert, die heldenmütig behauptete Residenz entsetzt und nun auch ganz Audh militärisch besetzt, aber die geschlagenen Sipahis zerstreuten sich und der Kampf artete in einen sehr gefährlichen Guerillakrieg aus. Unterdessen säuberte Sir Hugh Rose von Bombay her mit der sogenannten Nerbadaarmee (6000 Mann, darunter nur 2500 Engländer), nordostwärts vordringend und mit einer von Madras kommenden Kolonne vereinigt, bis Ende März 1858 alle Berggruppen und Thäler Mittelindiens bis zur Dschamna hin. Tantia Topi sammelte noch die Zersprengten um sich, jedoch erlag sein Heer den englischen Bajonetten am 22. Mai bei Kalpi an der Dschamna

Eingeborner Oberoffizier vom Guidenkorps. Reiter eines afghanischen Fürsten. Irregulärer Reiter.

28. **Eingeborene Truppen der englisch-ostindischen Kompanie** (1858).

(südwestlich von Kanpur) und dann in grimmigem Kampfe endgültig am 19. Juni bei Gwalior. Auch die Begum von Dschhansi fand hier, an der Spitze ihrer Scharen kämpfend, den Tod. Die Rebellen flüchteten sich nun in die Vorderberge des Himalaya; wer sich gefangen nehmen ließ, wurde erschossen, gehängt oder vor die Mündungen der Kanonen gebunden und „weggeblasen". Auch die Versuche der Begum von Audh und Nana Sahibs, sich mit einzelnen Haufen in Rohilkand und Audh zu behaupten, waren vergeblich; sie wurden endlich über die Grenze von Nepal getrieben, wo sie durch Hunger, Fieber und die Ghurkas aufgerieben wurden. Mit dem Ende des Jahres 1858 war der Aufstand vollständig unterdrückt, und aus dem Kampfe wurden Treibjagden auf einzelne der Anstifter. Tantia Topi wurde verraten und gehängt; Nana Sahib starb in den Dschungeln am Fieber, bevor ihn die Verfolger erreichen konnten.

Aufhebung der ostindischen Kompanie.

Der Aufstand war zu Ende, aber auch die Herrschaft der englisch-ostindischen Kompanie. Denn aufs grellste war der Widerspruch hervorgetreten, daß eine Gesellschaft von Kaufleuten um reichlicher Dividenden willen ein so ungeheures Reich beherrschen sollte. Daher hob die neue Indiabill vom 2. August 1858 ihre Herrschaft auf. An Stelle der ostindischen Kompanie übernahm am 1. November 1858 die Königin von England unmittelbar die Regierung von Indien; unterstützt durch den „Rat von Indien", führt sie seitdem in ihrem Namen der Nawab-Wesir (Vizekönig). Als erster erhielt diese machtvolle Würde der bisherige Generalgouverneur Lord Canning.

Befestigung der englischen Herrschaft.

Seitdem ist sehr viel zum Wohle Indiens und zur Befestigung der englischen Herrschaft geschehen. Die Armee wurde reorganisiert, indem man darauf Bedacht nahm, die religiösen Vorurteile durch Bildung von Kompanien und Schwadronen aus Mitgliedern derselben religiösen Genossenschaft zu schonen, die Regimenter aus solchen unter sich innerlich ganz getrennten Abteilungen zusammenzusetzen und die ganze Artillerie lediglich aus Europäern zu rekrutieren. Der Ausbau des indischen Eisenbahnnetzes sicherte allmählich die rasche Verbindung aller Landesteile, ein Netz von Bewässerungskanälen vergrößerte die anbaufähige Fläche, Fabriken, namentlich Baumwollenspinnereien entstanden, eine verständige Gesetzgebung sorgte für ein klares, leicht verständliches Recht. Freilich innerlich blieben die Inder so selbständig wie immer. Trotz großer Anstrengungen brachte man es nur so weit, daß etwa 6 Proz. der Männer ihre Muttersprache schreiben und lesen konnten, gelehrte europäische Bildung durch Promotion erwarben sich 1864—83 nur etwa 5000. Anderseits ist es zweifelhaft, ob die in dem langen Frieden und unter einem hohen Maße von Rechtssicherheit sehr rasch wachsende Bevölkerung auf die Dauer genügende Existenzmittel findet, da der Inder nicht auswandert. Wenigstens sind schreckliche Hungersnöte infolge von schlechten Ernten immer wieder vorgekommen, die erste 1865/66 in Orissa. Der Nordwestgrenze aber näherte sich immer drohender die russische Macht.

Die Öffnung der ostasiatischen Reiche.

Inzwischen begann im fernen Ostasien eine ungeheure Umwälzung, die heute noch nicht beendet ist und noch nicht im entferntesten voraussehen läßt, was sie für die Welt und zumal für Europa bedeutet: die ostasiatischen Kulturreiche traten mit dem Abendlande in immer engere Verbindung.

Ausbrettung der Chinesen.

Seit dem 18. Jahrhundert hatte sich China insofern abgeschlossen, als es unter dem Kaiser Jungtschöng (1723—35) das Christentum fast ganz ausstieß und Fremde weder zum Verkehr noch zur Niederlassung zuließ, von der unbedeutenden portugiesischen Faktorei Macao vor Kanton abgesehen (vgl. Bd. V, S. 46; VI, S. 390). Aber selbst hatte dies zahlreichste Volk der Erde (1842 über 400 Millionen) keineswegs verzichtet, seine Kultur und seine Herrschaft weiter auszubreiten, mit jenem langsam, aber unwiderstehlich wirkenden Drucke, den eine solche fest zusammengeschlossene Masse auf ihre Umgebung ausüben muß. Gerade seit der Thronbesteigung der Mandschukaiser

1644 überfluteten die Chinesen nicht in kriegerischer, sondern in der ihrem ganzen Wesen entsprechenden kolonisierenden Eroberung den größten Teil der Mandschurei, deren Einwohner wieder in Masse nach China zogen, dann die fruchtbaren Landschaften der Mongolei und Tibet, Tongking, Annam und Siam, Formosa und die Philippinen. Chinesische Kaufleute siedelten sich in jedem Hafenplatze der indischen Inselwelt an, chinesische Arbeiter (Kulis) zogen schon in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts, besonders aber seit 1840 über den Großen Ozean nach Kalifornien hinüber, dessen Goldreichtum soeben entdeckt worden war, und zählten dort schon 1860 gegen 35000 Köpfe. Diese ungeheure Kraft zur Ausbreitung und Auffaugung fremder Volksbestandteile beruht zunächst auf der uralten, allen andern Völkern ringsum weit überlegenen chinesischen Kultur. Der duldsame und äußerliche chinesische Buddhismus schmiegt sich andern Formen der Religion leicht an und bildet für die chinesische Regierung doch ein sehr wirksames Mittel, die mongolischen Völker Hochasiens weithin unter ihren Einfluß zu bringen, da sie deren religiöses Zentrum, Lhassa in Tibet, beherrscht und auf die Wahl des Dalai-Lama einen sehr bestimmenden Einfluß ausübt; die eigentümlich nationale und doch gewissermaßen klassisch humanistische Bildung bringt tüchtige Leute ohne Rücksicht auf ihre Abkunft in die Höhe; die gartenartige, mühsame Bestellung des Landes in winzigen Parzellen (6 ha bilden schon ein ansehnliches Bauerngut), das solide, technisch vollendete, ganz eigenartige Gewerbe mit seinem durchweg handwerksmäßigen Kleinbetriebe, die Geschicklichkeit und Fertigkeit der chinesischen Kaufleute zumeist im Kram- und Hausierhandel, die unendliche Genügsamkeit und das dichte Zusammenwohnen in Haus und Ort, das alles macht es den Chinesen möglich, sich überall festzusetzen und überall sich fortzuhelfen, wo kein europäisches Volk fortkommen würde, indem sie dabei mitten unter Fremden ihre Art aufs zäheste festhielten und niemals in einem fremden Volkstume aufgingen.

Soziale und politische Organisation.

Dazu kommt die eigentümliche soziale und politische Organisation: der eisenfeste Zusammenhalt der Familie unter der bis an seinen Tod währenden unbeschränkten Gewalt des Hausvaters über alle ihre Glieder, die meist in 3—4 Generationen zusammen das Haus bewohnen, das Feld bestellen, das Geschäft betreiben und auch in der Fremde ihre Angehörigen niemals fallen lassen, sondern unterstützen, wie sie von ihnen unterstützt werden, so daß die Familie eine festgeschlossene Arbeitsgenossenschaft bildet. Auf der Familie und ihrer Erweiterung, dem Clan, beruht ebenso die Dorfverfassung mit ihrem patriarchalischen Regiment der Ältesten, wie wenigstens zum großen Teil die Macht der weitverzweigten geheimen Gesellschaften zur Verfolgung gemeinsamer Zwecke, namentlich zu gegenseitiger Unterstützung, die auch im Auslande höchst wirksam sind.

Und wie dieser Volksgeist und diese Einrichtungen Jahrtausende alt sind, so blieben sie bestehen, mitsamt dem patriarchalischen wohlwollenden Despotismus des Kaisers, der als Vater des Volkes und Eigentümer alles Grund und Bodens im ganzen Reiche gilt, aber fortdauerten auch die grausame Strafrechtspflege, die Willkür und Unredlichkeit der Beamten, die thatsächliche Selbständigkeit der acht großen Vizekönige, die über Verwaltung, Finanzen und Heerwesen ungeheurer Länderstrecken fast wie unabhängige Fürsten verfügen, nur daß sie genau kontrolliert werden, endlich das allmählich bis zur Unbrauchbarkeit veraltende Heer- und Seewesen. Denn die Mandschuarmee, die China erobert hatte, war zu einer Truppe von Erbsöldnern mit ganz veralteter Bewaffnung geworden, die chinesische Armee, das sogenannte grüne Banner, zu einer militärisch unbrauchbaren Polizeitruppe in ihren alten Verbänden unter unwissenden, wenig geachteten Offizieren, die Flotte bestand aus schwerfälligen Dschonken. Daher erschien China nach außen, namentlich europäischen Mächten gegenüber, schwerfällig, ja ohnmächtig, im Innern erstarrt, sein Volk geduldig bis zum Stumpfsinn, und doch ruhte in seinem Charakter und seiner gesellschaftlichen Organisation, die vom Staatsleben wenig berührt wurde, eine nachhaltige, sich zuweilen selbst zu energischen Erhebungen gegen den Druck von oben emporraffende Kraft, und nach außen gab der zähe Stolz auf eine uralte Kultur und Geschichte ein Maß von Selbstgefühl, das den Fremden oft lächerlich erschien, aber auch festen Halt gab.

Der Opiumhandel.

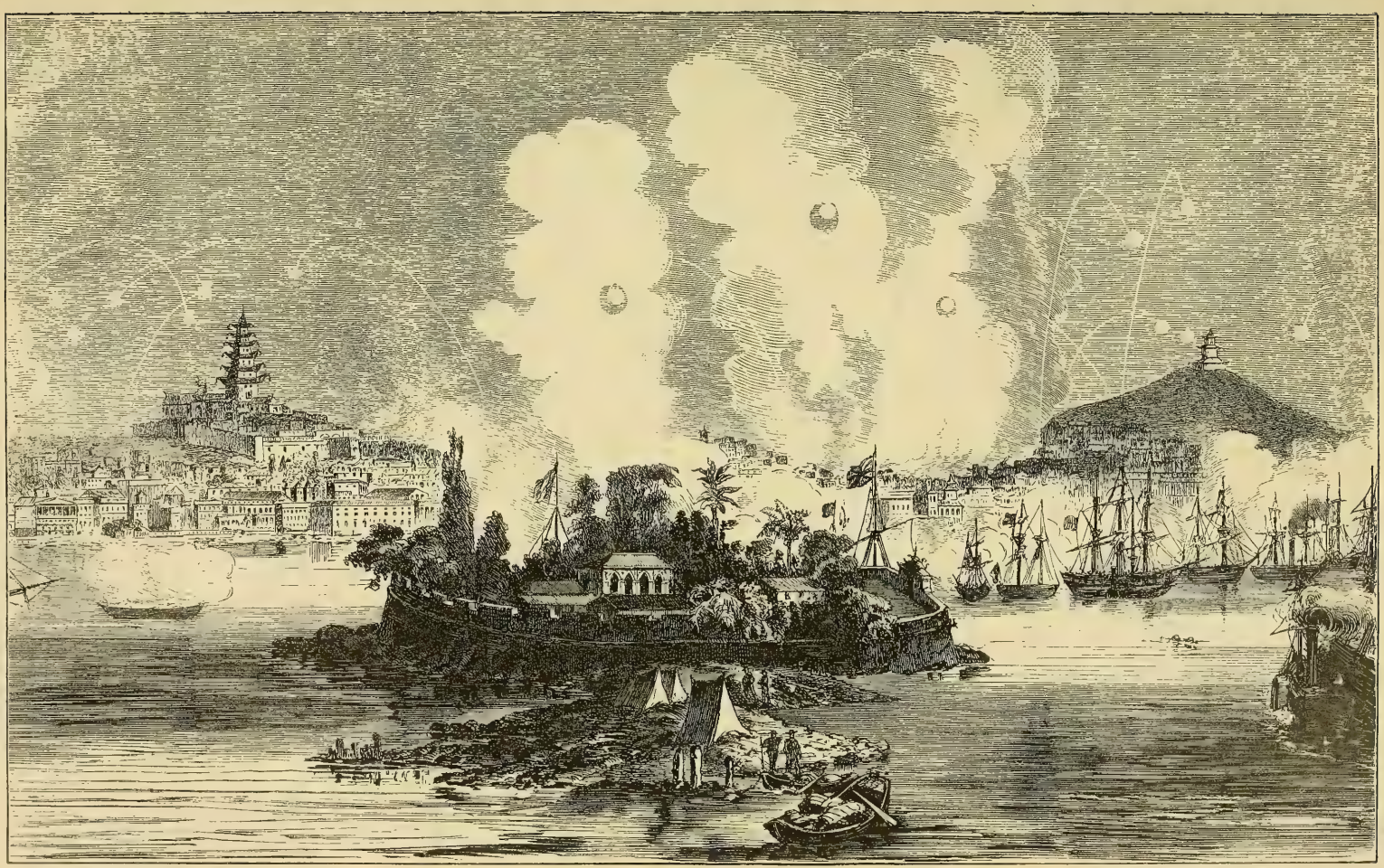
Es war die gemeine Geldgier englischer Kaufleute, die zuerst die lange verschlossenen Pforten Chinas aufsprengte.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts hatte sich vom Süden aus schnell über alle Provinzen des Chinesischen Reiches die Unsitte des Opiumrauchens verbreitet, ein altes Mittel reicher Schwelger im südöstlichen wie im westlichen Asien, sich zu berauschen und angenehme Gefühle zu erregen. Allein die chinesische Regierung verbot die Einfuhr wie den Gebrauch des entnervenden Mohnsaftes für das ganze Reich. Die Folge war eine so bedeutende Preissteigerung, daß, während bisher die Portugiesen diesen Handel fast ausschließlich betrieben hatten, jetzt die Ostindische Kompanie zahlreiche Opiumpflanzungen in ihrem Indischen Reiche anlegte und die Ausfuhr mit Hilfe eines sehr gewinnreichen Schmuggels selbst in die Hand nahm. Und so wirkungslos erwiesen sich alle Verbote der chinesischen Regierung, daß im Jahre 1837/38 die Opiumeinfuhr auf 34000 Kisten, jede zu 40 kg, gestiegen war, die einen Reingewinn von mehr als 3 Mill. Pfd. Sterl. (60 Mill. Mark) abwarfen und die Bilanz des chinesischen Handels äußerst günstig für England stellten. An der Gewinnsucht der englischen Kaufleute glitten auch die eindringlichsten Vorstellungen des Kaisers Taok-wang (1820—50) ab. Daher sandte die chinesische Regierung Lin Tsesiu, einen Mann niederer Abkunft, der sich durch Verdienste und glücklich bestandene Prüfungen emporgeschwungen hatte, als kaiserlichen Bevollmächtigten nach Kanton, um den verderblichen Opiumschmuggel von Grund aus zu zerstören. Lin, aller Bestechung unzugänglich, griff die Sache mit Nachdruck an. Am 13. März 1839 verlangte er von den englischen Kaufleuten die Auslieferung ihres gesamten Opiumvorrates. Nicht weniger als 20291 Kisten wurden ihm abgeliefert; er ließ ihren Inhalt, mit Kalk und Öl vermischt, ins Meer schütten. Außerdem wurden 16 Schleichhändler aus China verbannt und von allen Schiffen, welche die Boca Tigris des Sikiang vor Kanton passieren wollten, die schriftliche Versicherung verlangt, daß sie kein Opium an Bord führten.

Der Opiumkrieg.

Dem wollten sich die Engländer nicht fügen. Es handelte sich in der That nicht nur um den Opiumhandel, sondern um das grundsätzliche Zugeständnis der hochmütigen Chinesen, die Fremden als berechtigt, nicht nur als geduldet behandeln zu wollen. Englische Kriegsschiffe erschienen in den chinesischen Gewässern und griffen die Flotte des Admirals Kuan bei Tschuenpi an, vernichteten von 29 Kriegsdschonken sechs und trieben die übrigen in eiliger Flucht von dannen. Infolgedessen wurde allen Unterthanen Englands für ewige Zeiten der Aufenthalt in China untersagt; ja sie wurden für vogelfrei erklärt und ein Preis auf ihren Kopf gesetzt. England antwortete darauf mit der Kriegserklärung, blockierte die Mündung des Sikiang vor Kanton, bemächtigte sich der Insel Tschusan und zerstörte die Hafenstadt Amoy. Die chinesische Regierung ließ sich darauf zu Friedensunterhandlungen herbei; da diese indessen zu keinem Resultate führten, begann im Februar 1841 der Krieg von neuem. Aber erst als nach einem Siege über 50000 Chinesen am 27. März die Vorstädte von Kanton besetzt, Amoy und Tschusan wiedererobert, die Sperre am Zusammenflusse des Yang-tse-kiang und des Wusang am 14. Juni vernichtet, am 19. Juni Schanghai genommen, die Stadt Tschingkiangfu an der Verbindung des Kaiserkanals mit dem Yang-tse-kiang trotz des tapferen Widerstandes der tatarischen Besatzung erstürmt und ein englisches Korps am 5. August vor Nanking angelangt war, bequemte sich der Kaiser Taokwang zum Nachgeben. Am 26. August 1842 wurde der Frieden zu Nanking geschlossen, in dem außer Kanton die vier Häfen Amoy, Futschufu, Ningpo und Schanghai den Engländern geöffnet, ihnen die Insel Hongkong überlassen, 80 Mill. Mark Entschädigung gezahlt und Behandlung auf gleichem Fuße mit den Chinesen zugesichert wurde. Auch die Opiumeinfuhr wurde freigegeben. In die alte Abgeschlossenheit Chinas war die erste Bresche gelegt.

Das besiegte China mußte nun auch dem Drucke der andern großen seefahrenden Nationen nachgeben und ihnen gleiche Vorteile, wie England sie erhalten hatte, bewilligen. Am 3. Juli 1844 schloß China einen Handelsvertrag mit Nordamerika, am



29. Das Bombardement von Kanton durch das englisch-französische Geschwader am 28. Dezember 1857.

25. Oktober 1844 (ratifiziert 25. August 1845) einen Handels- und Freundschaftstraktat mit Frankreich und gewährte darin außer dem Zutritt zu den fünf Häfen die Errichtung von Kirchen und Schulen daselbst sowie für die einheimischen Christen freie Religionsübung.

Neue Verwickelungen.

Frankreich im besonderen erwarb das Schutzrecht über die katholische Kirche im ganzen Chinesischen Reiche. Allein die Chinesen nahmen es wenig ernst mit diesen Verträgen und verletzten sie in wesentlichen Bestimmungen, namentlich weigerten sie sich, den Hafen von Kanton den Engländern zu öffnen. Vollends seit 24. Februar 1850 der Kaiser Taokwang gestorben war und unter seinem Sohne Hienföng-hwang-ti (1850—61) die reaktionäre Strömung in China völlig das Übergewicht erhalten hatte, wurde die Stimmung auf beiden Seiten immer gereizter. Die Chinesen zeigten offenen Haß gegen alle Fremden, den diese dem hochmütigen Volke durch unverhohlenen Widerwillen vergalten. Bei dieser gegenseitigen Stimmung erschien ein Krieg nur als Frage kurzer Zeit. Dazu kam, daß der Export aus China viel rascher stieg, als der englische Import, so daß England im Jahre 1856 einen baren Zuschuß von 13 Mill. Pfd. Sterl. (260 Mill. Mark) in Silber brauchte, um die Differenz auszugleichen. Die englischen Kaufleute drängten also mit aller Macht dazu, den Chinesen größere Handelsvorteile, wenn auch mit Gewalt, abzuzwingen.

Die Westmächte gegen China.

England wollte also den Krieg. Ein Vorwand war daher leicht gefunden. Der Statthalter von Kanton, Yeh Mingschin, hatte die englische Flagge, unter der die Lorcha Arrow, das Schmuggelschiff des chinesischen Kaufmanns Suasing, fuhr, nicht respektiert und es am 8. Oktober 1856 mit Beschlag belegt. Freilich war der Berechtigungsschein des Schiffes schon seit elf Tagen abgelaufen; dennoch erklärte England seine Ehre für beleidigt. Yeh erbot sich, die gefangene Schiffsmannschaft zurückzusenden, allein man nahm dies nicht an, verlangte vielmehr eine förmliche Entschuldigung, und als Yeh sich nicht dazu verstand, ließ Admiral Seymour am 23. und 24. Oktober die vier Forts an der Einfahrt in den Hafen von Kanton bombardieren, dann, als sich die Chinesen ohne Widerstand zurückzogen, die Kanonen in den Forts vernageln und die Kasernen in Brand stecken. Einige Tage später ließ er den Palast Yehs in Brand schießen. Das Feuer verbreitete sich rasch, und ganze Vorstädte und Straßen der sehr enggebauten Stadt gingen in Flammen auf. Am folgenden Tage (29. Oktober 1856) drang Seymour mit einigen hundert Matrosen und Marinesoldaten durch eine Bresche in die innere Stadt ein und ließ den brennenden Palast ausplündern, worauf dann die Engländer die Stadt wieder verließen. Weitere Feindseligkeiten folgten im November, ohne daß Yeh nachgab. Auch ein amerikanisches Kriegsschiff beteiligte sich daran, und Frankreich drängte seine Bundesgenossenschaft, da die Chinesen im Februar den französischen Missionar Chapdelaine gegen die ausdrücklichen Bestimmungen des Traktats nach langen Qualen hingerichtet hatten, den Engländern förmlich auf und schickte ein Geschwader mit 1500 Mann Landungstruppen nach China.

In England tauchte nun der Gedanke auf, Südchina zu erobern und neben dem angloindischen ein anglochinesisches Reich zu errichten. Allein ein Jahr verging, bevor etwas geschehen konnte, denn der indische Aufstand legte die Kräfte Englands lahm. Erst gegen Ende des Jahres 1857 konnte der Feldzug gegen China begonnen werden, zu dessen Leitung Lord Elgin herüberkam. Yeh glaubte mit einer Armee von 40000 Mann den auch jetzt nur 6000 Mann starken Verbündeten vollauf gewachsen zu sein. Allein am Morgen des 26. Januar begann ein so nachdrückliches Bombardement mit Bomben und Brandraketen auf Kanton, daß die meisten Straßen in Brand gerieten und die Vorstädte einem Flammenmeere glichen. Auf Sturmleitern wurden dann am 28. Januar die Wälle der Forts überstiegen und die Stadt besetzt. Die meisten Einwohner und auch die ganze chinesische Armee hatte sich geflüchtet. Der hartnäckige Yeh aber wurde gefangen genommen und auf den „Inflexible“ gebracht, der ihn später als Staatsgefangenen nach Kalkutta überführte.

Vertrag von Tientsin.

Die Flotte der Verbündeten wandte sich nun nach Norden gegen Peking. Sie erschien vor dem Peiho, an dem die chinesische Hauptstadt liegt, und zerstörte am 20. Mai 1858 die Forts, welche die Flußmündung decken. Eine Flottille von

Kanonenbooten drang nun in den Peiho ein bis nach Tientsin, dem Hafen von Peking (26. Mai). Da war denn der Widerstand der chinesischen Regierung gebrochen; am 26. Juni 1858 wurde der **Vertrag von Tientsin** geschlossen, der den Siegern erhebliche Erweiterungen der früheren Traktate, namentlich die Öffnung von Tientsin und das Recht der europäischen Gesandten, in Peking zu residieren, gewährte. Auch Rußland benutzte die Gelegenheit, sich das Amurland zu sichern (s. S. 83), wie denn auch Amerika nicht leer ausging. Der chinesische Hochmut mußte sich also entschließen, die fremden Nationen als ebenbürtig anzuerkennen; es war fortan verboten, die Fremden im Reiche „I" (Barbaren) zu nennen.

Niemals seit Jahrhunderten hatte das ungeheure Chinesische Reich in so schweren Nöten gelegen. Denn zu der Gefahr durch die fremden Mächte kam im Inneren des Reiches ein Aufstand der allergefährlichsten Art.

Die religiös-politische Bewegung in China

Schon der Friede von Nanking wurde von allen chinesischen Patrioten als eine tiefe Demütigung empfunden und trug nicht wenig dazu bei, die Gemüter des Volkes gegen die herrschende Mandschudynastie zu erkälten. Das Verlangen nach dem altnationalen Herrscherhause der Ming erwachte wieder einmal mit verstärkter Kraft, und einen neuen Gärungsstoff hatte die beginnende Ausbreitung des Christentums ins Land gebracht. Denn seit 1842 hatten katholische wie protestantische Missionare ihr unter diesen nüchternen, kühlen Chinesen doppelt mühsames Werk begonnen. Von Hongkong aus wirkte vor allem ein Deutscher, K. Fr. A. Gützlaff (gest. 1851), mit Sprache und Wesen der Chinesen aufs innigste vertraut; neben ihm erschienen bald andre deutsche, schweizerische, englische und nordamerikanische Missionare, und die katholische Kirche, an die Arbeit der Jesuiten wieder anknüpfend (s. Bd. VI, S. 390), sandte Jesuiten, Lazaristen, Dominikaner und Franziskaner und errichtete bald eine ganze Reihe apostolischer Vikariate bis nach Korea hin; sogar bis Tibet drangen schon 1854 Huc und Gabet vor. Noch waren die Erfolge sehr gering und auf einzelne Punkte beschränkt, aber das Volk wurde doch durch Mission, Krieg und Handel hier und da aus seinem alten Stillleben aufgescheucht, und eine sehr vielgestaltige Bewegung entwickelte sich aus kleinen Anfängen zunächst in den Südprovinzen. Räuberische Banden erhoben zumal in der Provinz Kwangsi die Fahne der Ming in der Hoffnung, die herrschenden Mandschu zu stürzen. Der einsichtige und thatkräftige Taokwang ließ sie nicht aufkommen; unter Hienfông jedoch griff, da überdies infolge von Überschwemmungen und Mißwachs in mehreren Provinzen Hungersnot ausbrach, die Unzufriedenheit in erschreckender Weise um sich. Mit unerhörter Dreistigkeit traten die Rebellen auf; mehr als die Hälfte der Provinz Kwangsi (am Sikiang) schloß sich ihnen an, in der ganzen Umgegend von Kanton waren sie die Herren. Sehr verschiedene Elemente thaten sich zusammen; der aus einzelnen geheimen Genossenschaften gebildete sogenannte **Dreifaltigkeitsbund** (San-ho-hwei), der die Mandschudynastie stürzen und eine kommunistisch-demokratische Revolution durchführen wollte, verband sich mit der halb religiösen, halb politischen Sekte der **Tai-ping** (d. i. der große Friede) unter ihrem Propheten und König **Hung-tsiu-tsuang** zu völligem Umsturz.

Hung-tsiu-tsuang war 1813 in einem kleinen Dörfchen nordwestlich von Kanton geboren. Sein Vater Hung Yang war ein armer Bauer, der nicht mehr als zwei Büffelochsen, einige Schweine und Hühner besaß. Davon konnte er seinem ungewöhnlich begabten und lerneifrigen Sohne keine höhere Schule zu teil werden lassen. Aber die große Familie Hung, der er angehörte, nahm sich des Knaben an, sie reichte ihm manche Unterstützung, und der arme Dorfschulmeister verzichtete auf das Schulgeld; denn Dorf und Sippe erwarteten großen Ruhm von dem Knaben. Allein mit der Zeit wurden die Kosten doch unerschwinglich. Der Knabe mußte die Schule verlassen, die Ochsen hüten und dem Vater bei der Feldarbeit helfen. Indes nach einigen Jahren schon übertrug ihm sein Heimatsdorf die Dorflehrerstelle. Jetzt hatte er bei aller Ärmlichkeit seiner Einkünfte doch Zeit, seine Studien wieder aufzunehmen. Er gedachte die großen Staatsprüfungen abzulegen, durch die man in China allein zu Stellung und Ansehen gelangt. Schon verheiratet und Vater mehrerer Kinder, erwarb er den ersten Grad. Im Jahre 1839 begab er sich nach Kanton, um sich der zweiten Prüfung zu unterziehen. Hier schenkte ihm ein Greis, Liang Afah, ein protestantischer Christ, ein Werk, das den Titel trug: „Gute Worte zur Erhebung unsres Geschlechts." Bei der Prüfung indes fiel er durch, ebenso wie bei der Wiederholung im folgenden Jahre. Vor Schmerz über diesen Mißerfolg fiel er in

eine langwierige Krankheit. In dieser hatte er wunderbare Visionen, die er für objektive Wirklichkeit hielt. Er gewann aus ihnen die Überzeugung, daß es seine Aufgabe sei: die Fremden aus China zu vertreiben, den Götzendienst abzuschaffen und das chinesische Volk durch eine neue Religion, die er auf dem Grunde christlicher Ideen aus dem Buche des Liang Afah, buddhistischen Lehren und eignen Anschauungen erbauen wollte, zu erneuern. Von jetzt an zeigte er ein feierliches Wesen; mit strengen Worten trat er gegen Mißbräuche und Laster auf und gewann bald einen großen Einfluß in der ganzen Umgegend. Dann zog er lehrend und predigend in den Provinzen Kwangsi und Kwangtong (Kanton) umher, mit Ernst auf die Sündhaftigkeit des Menschen hinweisend; die alte Religion des Konfucius mit ihrer Selbstgerechtigkeit tauge nichts, aber auch das Christentum mit seiner Milde, Geduld und Demut passe nicht für die verdorbenen Zeiten; mit größter Strenge müßten die schlechten Menschen gezüchtigt werden.

30. Chinesische Mandarinen und Soldaten.

Dabei führte er ein langes Schwert mit der Inschrift: „Zur Vertilgung der Dämonen", und sang Lieder, die er selbst im Psalmenstil gedichtet hatte, wie denn die Psalmen, namentlich der 19. und 33., seine Lieblingslektüre waren. Dazwischen lebte er auch in Kanton, um unter der Anleitung des Missionars Robert die Bibel zu studieren.

Der Taipingaufstand.

Seine Getreuen zogen im Lande umher und gewannen das Volk für die neue Lehre. Scharenweis traf man sie in Kwangsi und Kwangtong, wie sie die Götzenbilder zerstörten und die Bevölkerung nicht selten mit Gewalt in der Ausübung des alten Gottesdienstes hinderten. Die Behörden vermochten nichts dagegen. Im Herbste 1851 hatte sich schon der größte Teil der Provinz Kwangsi für den Propheten erklärt. Im September berief er daher eine allgemeine Versammlung nach der Stadt Jungngan in Kwangsi und ließ sich hier zum Kaiser ausrufen. Seine Dynastie sollte Taiping („der große Friede") heißen, sein Reich Tienkuo, himmlischer Staat. Es sollte die ganze Welt umfassen; denn als „dem jüngeren Bruder Christi", erklärte der

Prophet, komme ihm die Weltherrschaft zu, und so ernannte er denn seinen Freund Fong Junsan zum Könige im Westen, Jang Siutschin im Osten, Siao Tschaokuei im Süden und seinen Bruder Wei Tschanghoei zum Könige des Nordens. Gott selbst, vom Himmel herabsteigend, meinten sie, regiere Tienkuo durch seine Offenbarungen an den König. Tabak, Opium und alle geistigen Getränke waren den Gläubigen verboten; es waltete allenthalben die strengste Disziplin.

Erfolge der Taiping.

Die Gläubigen brannten vor Begierde, die Feinde Gottes auszurotten. Mit unwiderstehlicher Begeisterung dehnten sie ihre Herrschaft aus; wer ihnen Widerstand leistete, wurde getötet. Sie setzten sich schon im Frühjahr 1852 am Yang-tse-kiang fest

31. Taiping-Offiziere und Soldaten.

und eroberten am 19. März 1853 Nanking, wo sie die ganze Mandschugarnison mit Frauen und Kindern, zusammen 20 000 Menschen, erbarmungslos erschlugen und alle Denkmäler anderer Religionen und der herrschenden Dynastie zerstörten. Unter dem Namen Thien-king (Sitz des Himmels) wurde Nanking ihre Hauptstadt, wo Hungtsiutsuan jetzt als Thienwang (König des Himmels) residierte. Dann drangen sie am Kaiserkanal nordwärts und bedrohten im Oktober Tientsin, also Peking. Da aber ermannte sich Hienföng; der gesamte Heerbann der mongolischen Lehnsfürsten wurde aufgeboten, erlitt zwar im April 1854 am Kaiserkanal eine Niederlage, schlug aber endlich die Reservearmee der Taiping bei Tungtschang, so daß nun auch die vor Tientsin liegende Hauptarmee sich hinter den Hoangho zurückziehen mußte. Der Kampf gegen Peking und die Nordarmee wurde aufgegeben; man begnügte sich mit kleineren Unternehmungen, die das Land weithin verödeten und eine Reihe von Städten in Trümmerhaufen verwandelten.

Niedergang der Taipingbewegung.

Da erhoben sich Zweifel an der göttlichen Sendung des Propheten. Jang Siutschin, der König des Ostens, der sich als der „heilige Geist“ proklamiert hatte, trug sich mit Rebellionsgedanken. Aber Hungtsiutsuan beschied seinen Bruder Wei Tschanghoei nach Nanking, ließ in einer dunklen Novembernacht (1856) das Quartier des Ostkönigs mit Truppen umstellen und dessen sämtliche Freunde, Verwandte und Gesinnungsgenossen, gegen 30 000 Männer, Frauen und Kinder, ohne Gnade niedermachen, wobei auch der berühmte „Porzellanturm“ zu Grunde ging. Ein fürchterlicher Bürgerkrieg zerrüttete mehrere Monate lang den „himmlischen Staat“; selbst Wei Tschanghoei empörte sich gegen seinen Bruder. Der Prophet siegte noch über alle Rebellionen, doch seine Kraft war gebrochen. Immer erfolgreicher drangen die kaiserlichen Truppen, Freiwillige und Söldner, die zuerst Tseng-kuo-fan in Hunan auf eigne Faust gebildet hatte, gegen die Taiping vor und belagerten seit 1858 sogar Nanking. Noch einmal ermannten sich diese 1860 zum Angriff, nahmen 1861 Sutschou und Ningpo (südlich von Schanghai) und belagerten seit dem Januar 1862 Schanghai. Aber diese Bedrohung dieses für die Europäer sehr wichtigen Handelplatzes rief Engländer und Franzosen gegen die Taiping unter Waffen. Von diesen unterstützt, nahmen die Chinesen jetzt eine Stadt der Taiping nach der andern ein (Schaohing, Hangtschou, Hutschou), während der englische Major Charles Gordon mit einer chinesisch-englischen Legion von Schanghai aus gegen den unteren Yang-tse-kiang vordrang und endlich im Mai 1864 Tschangtschou eroberte. Immer enger wurde also die Grenze des „himmlischen Staates“ gezogen; endlich war er auf die einzige Stadt Nanking beschränkt. Da wurde trotz tapferer Gegenwehr am 19. Juli 1864 auch diese von den Kaiserlichen erobert. Hongtsiutsuan, der Prophet, aller Hoffnung entsagend, ließ einen großen Scheiterhaufen errichten und verbrannte sich mit seinen Weibern und Schätzen. Als Räuberbanden zerstreuten sich die letzten seiner Anhänger über das Land, Tausende zogen sich nach den unzugänglichen Gebirgen der Südprovinz Yünnan zurück.

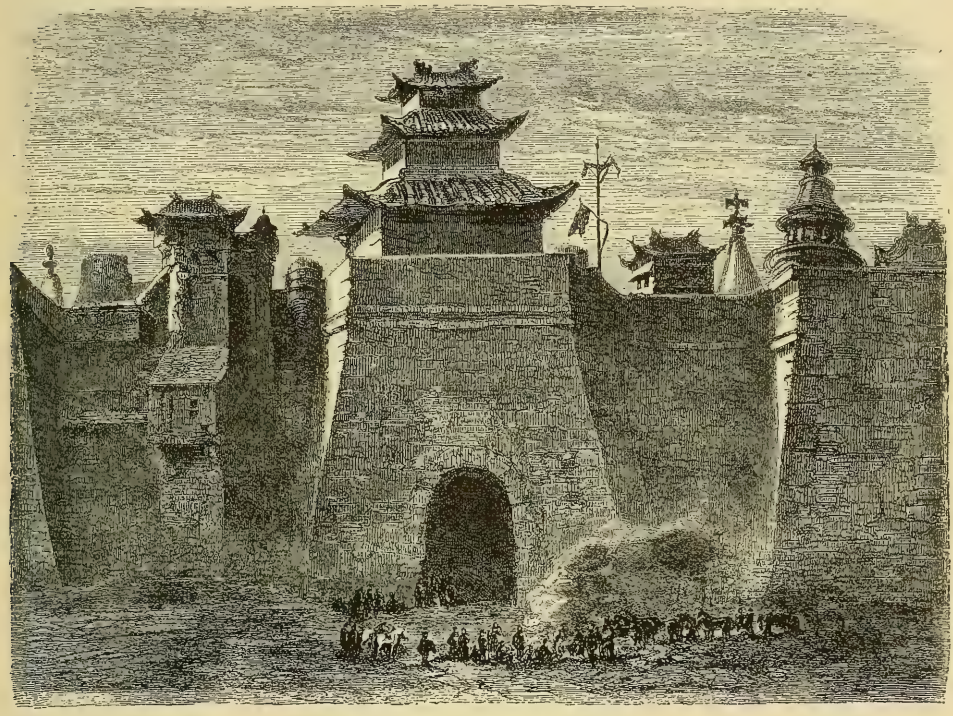
Neue Verwickelung mit den Westmächten.

Die Gefahr, mit der der Taipingaufstand China bedrohte, hatte viel dazu beigetragen, die kaiserliche Regierung in Peking gegen die fremden Mächte nachgiebig zu machen; sobald daher der Aufstand seine Bedrohlichkeit verlor, änderte die chinesische Regierung auch ihre Haltung gegen die Fremden. Der Vertrag von Tientsin wurde nicht nur nicht ausgeführt, sondern auch Kanonen und anderes Kriegsgerät von den Amerikanern gekauft, und als die verbündete Flotte den Eingang in die mit Ketten gesperrte Mündung des Peiho mit Gewalt erzwingen wollte, wurden von den Uferforts aus mehrere ihrer Kanonenboote in Grund geschossen (21. Juni 1859). Entrüstet forderte der englische Gesandte John Bruce volle Entschädigung für den Angriff und die sofortige Ausführung des Vertrages von Tientsin. In Peking wies man die Forderung zurück. Bruce wurde nun von der englischen Regierung, der neue Verwickelungen mit China sehr ungelegen kamen, angewiesen, mildere Bedingungen zu stellen. So begnügte er sich in einem neuen Schreiben, nur die ungeschmälerte Ausführung des Vertrages von Tientsin zu verlangen; darauf aber gab China überhaupt keine Antwort. Der Krieg war unvermeidlich.

Engländer und Franzosen gegen Peking.

Am Nordufer der Peihomündung landeten die Truppen der Verbündeten am 11. August 1860. Die Engländer, unter dem Befehle von Sir Hope Grant, 13 000 Mann stark, stellten ein wunderliches Gemisch von Nationalitäten dar, Briten, Leute von Madras, Bengali, Sikhs, Ghurkas; dazu kam ein großer Troß angeworbener chinesischer Kulis als Lastträger und Arbeiter. Das französische Korps, von General Cousin-Montauban angeführt, war schwächer (7500 Mann), aber es umfaßte besseres Material. Stromaufwärts rückten die Verbündeten vor; am 19. August überschritten sie den Peiho und erstürmten zwei Tage später die Forts von Taku, worauf sich die Flotte bei Tientsin vor Anker legte. Ein Teil des Heeres blieb hier als Besatzung zurück, der andre setzte sich auf Peking in Marsch. Die Chinesen versuchten nun Unterhandlungen anzuknüpfen; allein bevor diese zu einem Ergebnis führten, wurden die Verbündeten bei Tschangkiawan von einem an Zahl weit überlegenen chinesischen Heere (20 000 gegen 6800 Mann) am 18. September angegriffen. Der chinesische

Oberfeldherr Sankolinsin, ein tapferer Mandschu, versuchte mit seiner Übermacht das kleine Korps der Fremden zu umzingeln, allein schon nach wenig Stunden war der Kampf entschieden. Das chinesische Lager war erstürmt, und in wüsten Haufen flüchteten die Chinesen nach allen Seiten auseinander. Auf der Kaiserstraße, bei Palikiau, wenige Meilen vor Peking, sammelte Sankolinsin seine flüchtigen Scharen wieder und versuchte hinter einigen rasch aufgeworfenen Erdwällen den Anmarsch der Sieger aufzuhalten. Links und rechts von den Schanzen hatte er Fußvolk und Reiterei aufgestellt, mit denen er den Angriff am 21. September eröffnete. Mehrmals zurückgeworfen, gingen seine Leute, namentlich die Mandschureiterei, unerschrocken immer wieder zum Angriffe vor; aber endlich erlagen sie doch der mörderischen Wirkung der



32. Stadtmauer und Thor von Peking.

englischen Armstrongkanonen. Die Schanzen wurden erobert, und Sankolinsin suchte mit dem Reste seiner geschlagenen Armee hinter den Mauern von Peking Schutz. Der Weg zur Reichshauptstadt lag offen vor den Verbündeten.

Der Kaiser Hienföng hatte sich nach der Mandschurei geflüchtet. Aber sein Bruder, der Prinz Kong, mit kaiserlicher Vollmacht versehen, wandte sich an den englischen Bevollmächtigten Lord Elgin, Bruces Bruder, um jetzt die Friedensverhandlungen einzuleiten. Die siegreiche Armee ließ sich dadurch nicht aufhalten; nachdem sie aus Tientsin Verstärkungen an sich gezogen hatte, trat sie am 5. Oktober von Palikiau aus den Marsch nach Peking an. Am folgenden Tage langte sie vor der Hauptstadt des chinesischen Reiches an.

Eroberung Pekings.

Nördlich von Peking, etwa $7\frac{1}{2}$ km entfernt, lag der Palast Juen-ming-juen, die gewöhnliche Sommerresidenz des Kaisers, ein hügeliger Park mit starken Waldbäumen besetzt, zwischen denen die gelben Ziegelbauten der kaiserlichen Paläste hindurchschimmerten, in der Mitte ein großer See mit einigen Inseln, die durch kühn geschwungene Brücken mit dem Ufer verbunden waren. Dorthin zog die verbündete Armee, um den chinesischen Truppen den Rückzug nach Norden abzuschneiden. Mit leichter Mühe, da weder

die Wache von 40 Bogenschützen, noch die Scharen der Eunuchen Widerstand zu leisten wagten, nahmen sie den Palast ein (7. Oktober). Plündernd zerstreuten sich die Soldaten durch die weiten Anlagen; eine unermeßliche Beute wurde gemacht. Die Franzosen behielten, was sie geraubt hatten; die Engländer versteigerten auf Sir Grants Befehl unter sich die Beute und teilten sich den Erlös von 20 000 Pfd. Sterl. (400 000 M.).

Friede von Peking.

Alle Forderungen mußten jetzt den Siegern zugestanden werden. Durch das Ngangtingthor (Thor des vollkommenen Friedens) hielten sie am 13. Oktober ihren Einzug in Peking. Mit dem Prinzen Kong schlossen Lord Elgin für England, Baron Gros für Frankreich Frieden. Der Traktat von Tientsin wurde bestätigt, an jede der verbündeten Mächte 16 Mill. Dollar (64 Mill. Mark) bezahlt und ihr das Recht, einen Gesandten in Peking zu halten, von neuem zugestanden. Ein trauriges Nachspiel folgte. Von den Gefangenen der Verbündeten hatten 20 durch die unmenschlichen Mißhandlungen der Chinesen ihren Tod gefunden. Zur Strafe dafür ließ Lord Elgin den herrlichen Juen-ming-juen von Grund aus zerstören; zwei Tage waren erforderlich, die Bäume zu fällen, die Brücken zu sprengen, die Paläste niederzubrennen. Aber wenn irgend etwas, so brachte diese barbarische Zerstörung den Chinesen ihre Ohnmacht den europäischen Mächten gegenüber zum klaren Bewußtsein. Am 10. November räumten die englisch-französischen Truppen Peking wieder, und im März 1861 hielten die Gesandten der beiden Westmächte ihren Einzug in der chinesischen Hauptstadt, wo bald danach auch Vertreter der nordamerikanischen Union und Rußlands ihren Sitz nahmen.

Neue Verträge.

Am 17. August 1861 starb der Kaiser Hienföng. Für seinen Nachfolger, den erst fünf Jahre zählenden Kaiser, übernahm die Regentschaft Prinz Kong, sein Oheim, der einer Öffnung des Landes und europäischen Reformen geneigt war. Er bestätigte deshalb ohne weiteres den wenige Tage zuvor, am 15. August, durch Graf Eulenburg, der mit dem ersten deutschen Kriegsgeschwader unter preußischer Flagge in den ostasiatischen Gewässern erschienen war, für Preußen, den Zollverein, Mecklenburg und die Hansestädte zu Tientsin abgeschlossenen Handelsvertrag. Er öffnete China auch dem deutschen Handel in demselben Maße wie den Westmächten und gestattete die Errichtung einer preußischen Gesandtschaft in Peking. Ähnliche Verträge mit Spanien, Belgien, Portugal und Dänemark folgten 1862 und 1863.

Aufblühen des chinesisch-europäischen Verkehrs.

So begann das Abendland wenigstens an einigen Punkten seinen Einzug in das ungeheure Reich zu halten. Auf der 1841 besetzten, fast unbewohnten Felseninsel Hongkong erwuchs unter englischer Herrschaft die Stadt Victoria zum größten Umschlag- und Bankplatze Chinas mit Docks, Werften und Fabriken, mit großen Kaufhäusern und prächtigen terrassierten Promenaden. Hier hausten bald jene englischen Kaufmannsfürsten (merchant princes), von denen um 1860 zwei Firmen sich besondere Schnelldampfer hielten, um die europäischen Nachrichten und Börsenkurse um ein paar Tage früher aus Singapore zu erhalten als ihre Konkurrenten. Hier und in den andern geöffneten Häfen bildete sich die neue Kaufmannssprache der chinesischen Küste, das sogenannte Pitschen-englisch (business-english), eine Mischung des Englischen mit chinesischen Worten und Wendungen. Aber neben den Engländern traten schon die Deutschen hervor, obwohl keine mächtige Flotte und keine einheitliche Staatsgewalt sie deckte, besonders junge Kaufleute aus den Hansestädten, die ein paar Jahre in englisch-chinesischen Häusern arbeiteten und dann selbständige Geschäfte gründeten. In Hongkong liefen 1860 gegen 200 deutsche Schiffe ein, und die chinesische Küstenschiffahrt war schon damals fast ganz in deutschen Händen, so daß der Argwohn des englischen Handelsneides bereits recht rege wurde. Mit besonderer Freude begrüßten deshalb die deutschen Kaufleute das preußische Geschwader und den Abschluß des Handelsvertrags von 1861. Das Aufblühen der europäischen Küstenschiffahrt machte dem riesigen Binnenverkehr so wirksame Konkurrenz, daß die Kanäle, sogar der Kaiserkanal und die im Norden noch wichtigeren Landstraßen verfielen. Die Chinesen selbst waren noch weit davon entfernt, die europäischen Verkehrsmittel, Eisenbahnen und Telegraphen im Lande einzuführen; selbst ihre alten, wenig seetüchtigen, schwerfälligen Kriegsdschonken

behielten sie bei, und höchstens der eine oder andre Vizekönig begann einige Abteilungen seiner Truppen europäisch einüben und bewaffnen zu lassen, und europäische Festungswerke (wie die Takuforts) anzulegen. Aber gleichzeitig zeigte das chinesische Volk seine Lebenskraft darin, daß es die furchtbaren Verwüstungen und Menschenverluste (12—13 Millionen) der Taipingrevolution erstaunlich schnell verwand und überall neue Wohnsitze, neue Städte mit breiten, reinlichen Straßen wieder aufbaute. So glich China einem Felsen, an dem unten die Flut nagt, ohne ihn selbst irgendwie erschüttern zu können.

Staatsleben und Kultur in Japan.

Weniger gewaltsam als in China vollzog sich das Eindringen der Europäer im Inselreiche Japan, und doch bereitete es dort eine in der Geschichte fast beispiellos schnelle Umgestaltung vor. Seit der gewaltsamen Vernichtung des Christentums im 17. Jahrhundert hatte sich Japan viel schärfer vom Auslande abgeschlossen als China und nur durch die Vermittelung der Holländer in schwachem Verkehr mit Europa gestanden (vgl. Bd. VI, S. 392). Völlig unberührt und unverändert war daher sein Staatswesen und seine Kultur geblieben. Der Taïkun (Siogun, Shogun) hatte seine Stellung gegenüber dem Mikado, der nach wie vor der rechtmäßige Oberherr und der einzige Grundeigentümer des Reiches blieb, noch dadurch befestigt, daß er gegenüber dem Shinto (Ahnen-)kultus des Mikado den Buddhismus pflegte und daher sogar die Errichtung einer Art kriegerischer Mönchsorden begünstigte. Die strenge Scheidung des Volkes in 7 Klassen, zwischen denen sogar die Ehe ausgeschlossen war, die Behandlung alles Grundbesitzes als Lehnsbesitz, von dem die (276) Daïmios dem Mikado oder Shogun den Tribut, die Bauern den Daïmios die Grundsteuer zahlten, und der feste innere Zusammenhang der Gefolgschaften (Clans) sicherte die Herrschaft dieser Lehns- und Clanfürsten und der Kriegerkaste (Samurai) mit dem Shogun an der Spitze. Die geistige Kultur war fast ganz chinesisch, aber sie hatte, dank der hohen Intelligenz des japanischen Volkes, eine eigentümliche Buchstabenschrift, eine nationale Litteratur und eine höchst originelle Kunst entwickelt, die durch feinen Farbensinn, scharfe Beobachtung der Natur, namentlich auch der abwechselungsreichen, malerisch schönen Landschaft und erstaunliche technische Vollendung zu den reizvollsten Erzeugnissen der Menschheit gehört. Der wie in China gartenartige Landbau, das wie dort ganz handwerksmäßig betriebene blühende Gewerbe, die dichte Bewohnung bei einem oft ungeheuren Umfange der Städte, deren niedrige zierliche Holzhäuser von weiten Höfen und grünen Gärten umgeben sind, der feste Zusammenhang der Familie und das innige Familienleben (Japan heißt „das Paradies der Kinder"), der freundliche, liebenswürdige, heitere Charakter des beweglichen Volkes, der doch der harten Seiten, kriegerischen Mutes und stolzen Ehrgeizes, keineswegs entbehrt, ließen Japan wie ein verfeinertes Abbild von China erscheinen.

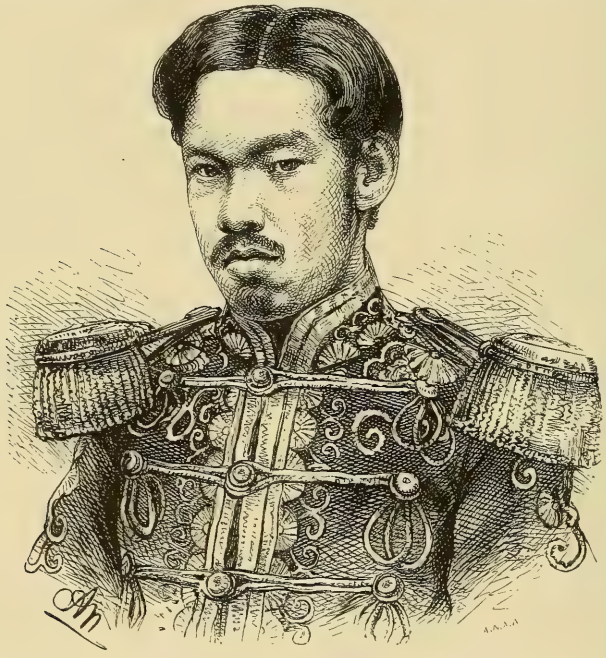
Die ersten Verträge.

Es war zunächst das Interesse der nordamerikanischen Walfischfänger, das die Unionsregierung veranlaßte, im Jahre 1853 ein Geschwader von 8 Kriegsschiffen unter Commodore Perry nach Japan zu entsenden. Als dieser durch den Vertrag von Kanagawa (bei Jedo) 31. März 1854 die Öffnung der Häfen von Shimoda und Hakodadi (auf Jesso) erzwungen hatte, erreichten rasch die europäischen Seemächte Verträge ähnlicher Art, England 1854, Rußland 1855, Holland 1856, Frankreich 1858, Preußen 1861. Durch diese wurden allmählich außer jenen beiden Häfen auch Nagasaki, Yokohama, Niigata, Hiogo und Osaka den Fremden geöffnet und diesen erlaubt, Handel zu treiben, Grundbesitz zu erwerben, Häuser und Kirchen zu erbauen und sich sogar in Jedo niederzulassen, alles unter der ausschließlichen Jurisdiktion ihrer Konsuln. Rascher als die Chinesen begannen die Japaner bald europäische Kulturmittel im Lande nachzuahmen. Schon 1858 legten sie die erste Telegraphenlinie, während ein Eisenbahnzug, den ihnen der nordamerikanische Präsident Pierce schenkte, noch nicht zur Nachahmung anreizte, bewaffneten wenigstens einige Regimenter mit modernen Gewehren und ließen sie von Holländern drillen, erbauten schon 1856 bis 1858 auch drei Kriegsfregatten, die allerdings die Heiterkeit der Europäer erregten, weil sie nach holländischen Zeichnungen aus dem 17. Jahrhundert hergestellt waren,

besaßen aber schon 1860 zwei schöne, im Lande selbst hergestellte Kriegsdampfer und richteten eigne Werften und Maschinenfabriken ein.

Reaktion gegen die Fremden.

Allmählich aber regte sich gegen diese Neuerungen ein großer Teil der Daïmios und der Samurai, die davon eine Beeinträchtigung ihrer eignen Stellung und der alten Gesetze des Landes, sowie eine Verstärkung der Militärmacht des Taïkuns fürchteten. Die Stimmung gegen die Fremden wurde gereizter. Schon die preußische Gesandtschaft und Flottenmannschaft wurde argwöhnisch überwacht, und am 15. Januar 1861 fiel bei Jedo unter den Streichen einiger Jakonins der Sekretär der nordamerikanischen Gesandtschaft, der Holländer Heusken, dessen ruhiges Begräbnis nur unter preußischem Waffenschutze möglich war. Im nächsten Jahre, im September 1862, wurde eine harmlose englische Reisegesellschaft bei Kanagawa durch Leute des Fürsten von Satsuma angegriffen und einer davon ermordet. In demselben Jahre verließen



33. Mutsuhito, Kaiser von Japan (um 1880).

die Daïmios Jedo, die Hauptstadt des Shogun, und indem sie erklärten, die von diesem bewilligten Zugeständnisse an die Fremden seien gegen die Reichsgesetze, begaben sie sich zum Mikado Komeitenno nach Kioto und rüsteten zum Sturze des Taïkunats. Das Verhältnis zu den Fremden wurde feindseliger, und da auch der Taïkun aus Rücksicht auf die Stimmung der Daïmios in seiner bisherigen fremdenfreundlichen Politik zu schwanken begann, so kam es zu bewaffneten Konflikten. Die Beschießung von Kagoshima, der Hauptstadt des Fürsten von Satsuma, durch ein britisches Geschwader am 15. August 1863 blieb noch ergebnislos. Als aber der Daïmio von Nagato (Hoshiu), wie es scheint, auf einen Befehl des Mikado, von seiner Festung Shimonoseki aus die Meerenge zwischen Nipon und Kiusiu sperrte, erschien im September 1864 ein Geschwader englischer, französischer, holländischer und nordamerikanischer Kriegsschiffe vor Shimonoseki, zerstörte die Werke und führte die Geschütze mit sich fort. Eine Flottendemonstration vor Jedo im Oktober zwang dann den Shogun, für die dem Fürsten von Nagato auferlegte Entschädigungssumme gutzusagen, ihn seiner Würde zu entsetzen und beim Mikado für die Genehmigung der geschlossenen Verträge einzutreten.

Der Sturz des Taïkunats und die neue Verfassung.

Aber das Ansehen des Shogun war dadurch schwer erschüttert, und zugleich begann sich bei vielen Daïmios ein Umschwung zu vollziehen, als die Berichte der 1860 nach Nordamerika und Europa abgeordneten Gesandtschaften und einzelner 1863 zur Erziehung nach England geschickter junger Samurais des Fürsten von Nagato die gewaltige technische Überlegenheit der abendländischen Kultur über allen Zweifel erhoben. Immer klarer wurde es patriotischen Japanern, daß unter solchen Umständen eine starke einheitliche Reichsregierung unbedingt notwendig und eine Vertreibung der Fremden zur Zeit unmöglich sei. Fast gleichzeitig trat nun in Jedo und Kioto ein entscheidender Personenwechsel ein. Shogun wurde Anfang 1867 der freisinnige, aber wankelmütige Hitotsbashi, Sohn des Fürsten von Mito, Mikado nach dem Tode des Vaters (3. Februar) der erst 15jährige Mutsuhito (geboren 3. November 1852), der noch jetzt regierende Kaiser, der ungesäumt die Verträge bestätigte und ehrlich zur Ausführung brachte. Aber der Gegensatz zwischen dem Mikado und dem Shogun war damit keineswegs beseitigt. Zunächst schien er sich friedlich lösen zu sollen, denn Ende 1867 ließ der Mikado, gestützt auf die Vereinigung der Fürsten von Nagato, Satsuma u. a. m., den Taïkun rundweg auffordern, seine Würde niederzulegen, da sie mit einer einheitlichen Reichsregierung nicht verträglich sei, und Hitotsbashi erklärte sich am 7. November, unentschlossen wie er war, oder auch in patriotischer Selbstverleugnung, ohne weiteres dazu bereit. Aber er hatte mit seinen unmittelbaren Vasallen, den Daïmios des Nordens, nicht gerechnet. Diese drängten ihn zur Zurücknahme seines Verzichts und also zum Kampfe. Zu Anfang des Jahres 1868 ging er daher mit 30000 Mann von Osaka gegen Kioto vor, wurde aber am 26. Januar bei Fushimi und in den nächsten Tagen noch in mehreren anderen Gefechten zu Land und See von den Truppen der südlichen Daïmios von Nagato und Satsuma so geschlagen, daß er sich in der Nacht an Bord des amerikanischen Kriegsschiffes „Iroquois" flüchtete und dann auf seinem Dampfer „Kajo Maru" nach Jedo zurückfuhr. Unmittelbar danach fielen Osaka und Hiogo in die Hände der Sieger, sie erklärten am 5. Februar den Shogun aller seiner Ämter und Würden entsetzt, worauf sich dieser in ein buddhistisches Kloster zurückzog, und marschierten mit einer großen Armee unter dem Prinzen Arisugawa auf Jedo. Ohne besondere Gegenwehr zogen sie in der Hauptstadt ein, nur der Fürst von Aïzu setzte den Kampf noch eine Zeitlang fort, aber zu Ende des Jahres 1868 war der Mikado in den vollen Besitz seiner gesetzlichen Gewalt gelangt und verlegte seine Residenz nach Jedo, das nunmehr den Namen Tokio, d. h. östliche Hauptstadt, empfing. Ein Zwiespalt zwischen den Daïmios des Nordens und des Südens hatte dies Ergebnis, den Sturz des Taïkunats und die Herstellung einer einheitlichen Reichsgewalt, herbeigeführt. Ihre Macht dachten weder sie noch die Samurai aufzugeben; sie bildeten vielmehr eine neue Regierung mit einem Premierminister und zwei beratende Körperschaften, eine auf vier Jahre gewählte und eine aus den Delegierten der Daïmios bestehende, und hielten in klarer Erkenntnis, daß es ein Zurück nicht mehr gebe, die Verträge mit den fremden Mächten aufrecht. Am 13. Februar 1869 empfing der Mikado ihre Gesandten zum erstenmal in öffentlicher Audienz. Japan stand an der Schwelle einer der merkwürdigsten Umwälzungen.

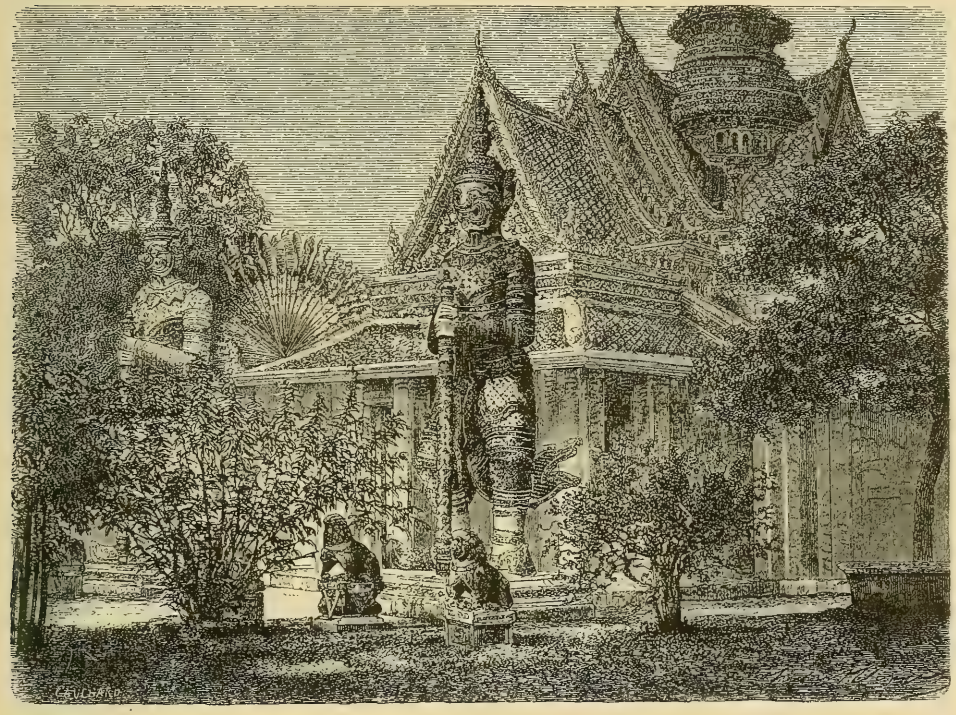
Hinterindien.

Viel geringere Hindernisse als in Japan und China stellten sich den Europäern in Hinterindien, auf der indochinesischen Halbinsel entgegen. Denn das bunte Gemisch von mongolischen, malaiischen, indischen und chinesischen Bevölkerungen, das in dünnen Beständen die unwegsamen Hochgebirge des Innern, in dichter gedrängten Ansiedelungen das flache, sumpfige, unendlich fruchtbare Schwemmland in den Thälern der vier großen Ströme bewohnt, hat sich niemals zu nationalen Einheiten zusammengeschlossen und auch niemals eine selbständige Kultur hervorgebracht. Daher hatten auch die Grenzen und Machtverhältnisse der Staaten mehrfach gewechselt. Das Reich Annam war nach Abwerfung des chinesischen Joches (1428) aus der Vereinigung des eigentlichen Annam mit Tongking und Kochinchina unter der Dynastie Tayson 1737 hervorgegangen, diese aber von dem einzigen geretteten Sprossen des kochin-

chinesischen Herrscherhauses Nguyen-anh mit französischer Hilfe 1802 vernichtet worden. Siam war 1767 nach der Zerstörung seiner alten Hauptstadt Ayuthia den Barmanen erlegen, hatte sich aber sehr bald unter Führung eines Chinesen, Phaja Tak, wieder befreit und Bangkok als neue Hauptstadt begründet. Die inneren Verhältnisse blieben trotz solcher Umwälzungen unverändert. Überall sitzt eine herrschende Rasse über der unterworfenen dienstbaren Masse, deren Stammesgenossen nur in den Bergen eine halbe Selbständigkeit bewahrt haben, die Kultur aber ist im Osten, in Tongking und Annam, chinesisch, im Westen, in Siam und Barma (Birma), indisch mit malaiischer Mischung. Im ganzen Osten, ja bis tief nach Siam hinein, ist daher nicht nur die Bevölkerung namentlich längs der Küste meist chinesisch, sondern auch Sprache, Litteratur, Bildung und Kunstübung, im Westen überwiegt das indische Pali, und indische Vorbilder beherrschen Kunst und Handwerk, vor allem jene merkwürdigen riesigen Tempelbauten, die aus Backsteinen errichtet, aber mit kunstvollem Stuck, Vergoldung, Porzellan- und Glasmosaik bekleidet sind. Überall herrscht der südindische Buddhismus, aber sein klassisches Land ist Siam mit seinen hunderttausenden von Priestern und der Verehrung des „weißen Elefanten", der den Geist Buddhas birgt. Der Ackerbau und die Ausbeutung der prachtvollen Wälder härtesten Holzes, die Grundlage aller wirtschaftlichen Arbeit, liegt überwiegend in den Händen der Eingeborenen, aber des Bergbaues, des Handwerks und des Handels hatten sich schon seit dem 17. Jahrhundert allmählich die Chinesen bemächtigt, selbst in Siam, da der leichtlebige, oberflächliche, träge Charakter der Eingeborenen jeder ernsteren Anstrengung widerstrebt. Auch dem Staatswesen hatten sie in Tongking und Annam ihren Stempel aufgedrückt. Ein patriarchalischer, im Grunde wohlwollender Despotismus mit strengster Etikette

34. König Mongkut von Siam und seine Hauptgemahlin.
Um das Jahr 1864.

um die Person des Herrschers war dort durch sie wie in China zur Geltung gelangt, bei der Anstellung der Beamten wurden doch im ganzen Kenntnisse und Verdienst bevorzugt, und den Gemeinden blieb eine gewisse Autonomie, dem einzelnen ein ziemliches Maß von Freiheit. In Siam und Barma dagegen war jener indische Despotismus zur Herrschaft gekommen, der sich schlechterdings nur auf die Ausbeutung eines geknechteten Volkes richtet. Hier wurden die Ämter nach Provinzen und Bezirken verkauft, die Masse zu ausgedehnten Frondiensten und zur Grundsteuer (die eingewanderten Chinesen nur zur Kopfsteuer) herangezogen, denn der König galt als der Eigentümer des ganzen Landes. Daher war die Monopolisierung der einträg-



35. Audienzhalle des Königs von Siam zu Bangkok.

lichsten Handelsgegenstände durch ihn oder die obersten Würdenträger, die dann den Betrieb meist an Chinesen verpachteten, etwas Selbstverständliches, und auch in Annam nicht ungewöhnlich.

Birma und Siam.

Am zugänglichsten für die Fremden erwiesen sich die westlichen Reiche. Nieder-Birma, das schon 1722 ein apostolisches Vikariat hatte, fiel nach kurzem Kampfe (seit Januar 1851) unmittelbar unter britische Herrschaft und öffnete den Engländern den freien Zugang den mächtigen Irawaddi hinauf nach dem noch selbständigen Ober-Birma. In Siam war die katholische Mission durch die Unterwerfung unter Barma zu Grunde gegangen und erst 1840 wieder aufgenommen worden. Ein regerer Handelsverkehr begann erst nach 1848, steigerte sich aber rasch. Liefen in jenem Jahre nur 9 fremde Schiffe in Bangkok ein, so betrug ihre Zahl im Jahre 1860 schon 286, im nächsten Jahre weit über 300, und die Ausfuhr von Reis wuchs 1857—61 auf das Vierfache. Unter den europäischen Nationen standen dabei die Deutschen voran, die schon 1861 zwei Drittel des ganzen siamesischen Seeverkehrs in Händen hatten. Der Vertrag des Grafen Eulenburg vom Februar 1862 gab ihnen einen noch festeren Halt. König Phra Mongkut (1851—68), vielseitig gebildet, wie er war (er verstand sogar Englisch und Lateinisch), zeigte sich überhaupt den Europäern geneigt, schickte 1861 eine

Gesandtschaft nach Frankreich, ließ sich europäische Kriegsschiffe bauen und einige Truppenabteilungen europäisch ausrüsten und einüben.

Die Franzosen in Annam.

Spröder verhielten sich Tongking und Annam, die, wie China, ihren Unterthanen verboten, auf Schiffen außer Landes zu gehen. Katholische Missionare, Jesuiten, später auch Dominikaner, fanden allerdings schon im 17. Jahrhundert Zugang und machten unter schweren Opfern (über 200 Märtyrer) ansehnliche Fortschritte, aber blutige Christenverfolgungen 1833—47 und dann wieder 1852 zeigten die Fortdauer des alten fremdenfeindlichen Geistes. Gerade diese gaben den Franzosen, die hier nur alte Beziehungen wieder aufnahmen, den nicht unerwünschten Vorwand, einzugreifen und sich in Hinterindien festzusetzen. Die Einnahme von Turon südlich der Landeshauptstadt Huë 1856 machte noch keinen besonderen Eindruck auf die Annamiten. Erst im September 1858 nahm der Admiral Rigault de Genouilly zum zweitenmal die Befestigungen an der Turonbucht, und im Februar 1859 besetzte er Saigon im Delta des Mekong, wo er eine Flottenstation begründete. Ein Waffenstillstand im Juni beendigte zunächst den Kampf, und die Verwickelungen in China gestatteten nicht, ihn wiederaufzunehmen, aber im Februar 1861 fuhr Admiral Page siegreich den Mekong hinauf, im Dezember besetzte sein Nachfolger Bonard die Pulo-Condoreinseln vor seiner Mündung, erfocht dann 1862 mehrere Landsiege über die Annamiten und zwang endlich am 15. Juni den König Tuduk (1847—83) zu einem Frieden, in dem dieser ganz Kochinchina, das ganze Land am Unterlaufe des Mekong, an Frankreich abtrat. Da indes die Verwaltung dieser Eroberung allzuviele Schwierigkeiten machte, so gab Frankreich sie in dem Vertrag vom 15. Juni 1864 wieder zurück, behielt nur Saigon mit seiner Umgebung und das Protektorat über Kochinchina und erhielt 20 Mill. Dollars Entschädigung. Immerhin war der erste Anfang zu einem hinterindisch-französischen Kolonialreiche gemacht, und die Zahl der einheimischen Christen, die sich nun freier regen durften, wuchs so an, daß man ihrer, von Kambodscha noch abgesehen, im Jahre 1868 gegen 480 000 zählte.

Von den drei großen selbständigen Kulturkreisen der Alten Welt war der mittelmeerländische mit dem indischen schon sehr früh, und dann besonders seit dem 16. Jahrhundert in nähere Beziehungen getreten, die sich seitdem immer inniger gestaltet hatten, mit dem viel fremdartigeren ostasiatischen wurde nach kurzen Anläufen im 16. und 17. Jahrhundert erst im 19. eine engere Verbindung hergestellt. Erst jetzt also rückten alle Völker der Alten Welt enger aneinander, und unabsehbaren Entwickelungen war damit die Bahn geöffnet.

Deutschland und Österreich unter der Herrschaft der Reaktion.

Die Zustände im allgemeinen.

Während die in sich längst geeinten großen Nationen Europas um die Vorherrschaft in Asien rangen, war Deutschland durch den Mißerfolg der volkstümlichen Einheitsbewegung von 1848/49 zurückgeworfen auf den Standpunkt eines zwieträchtigen, daher ohnmächtigen lockeren Staatenbundes, als ganzes ohne jedes Ansehen im Auslande, ja das Gespött der Fremden, im Innern voll Mißtrauen zwischen den einzelnen Staaten, in diesen voll scharfer, nur äußerlich zunächst unterdrückter Parteigegensätze, voll Verstimmung und Niedergeschlagenheit gerade der geistig führenden Kreise, die ihre nationalen Ideale jetzt von den Regierungen als hochverräterische Gedanken behandelt sehen mußten, während doch der selbst von diesen nur als Notbehelf wiederhergestellte Bundestag nicht einmal die einfachsten und dringendsten nationalen Pflichten zu erfüllen vermochte und mehr und mehr geradezu der Verachtung verfiel. Daß dieser Zustand unhaltbar sei, mußte jeder ehrliche Mensch zugeben, wie auf friedlichem Wege zu helfen sei, wußte keiner zu sagen; daß die Herstellung einer brauchbaren Gesamtverfassung um jeden Preis die dringendste Lebensfrage der Nation sei, erkannten nur wenige. Den Regierungen, die soeben ihre formell ungeschmälerte, erst 1806 usurpierte Souveränität gegen die Einigungspläne gesichert hatten, galt es als die höchste Aufgabe, diese unverkürzt zu behaupten, und ihre nicht minder wichtige sahen sie

darin, die Neuerungen der Bewegungsjahre, die „Errungenschaften" von 1848/49, die ihnen der städtische Liberalismus und Radikalismus abgenötigt hatten, im ebenso einseitigen Interesse der schließlich siegreich gebliebenen und jetzt regierenden Gesellschaftsgruppen, d. h. im wesentlichen des Grundbesitzes, thunlichst einzuschränken oder ganz zu beseitigen. Beides geriet mit der thatsächlich bestehenden geistigen Einheit der Nation wie mit der rasch fortschreitenden wirtschaftlichen Entwickelung, die gerade von den städtischen Erwerbszweigen ausging und das außerösterreichische Deutschland immer mehr zu einer großen Wirtschaftsgenossenschaft zusammenschmolz, in unlösbaren, von Jahr zu Jahr sich steigernden Widerspruch.

Preußen.

Die Parteien am Hofe.

Auch für diese „Reaktion" gab der Bundestag das Stichwort aus. Am 23. August 1851 hob er die „Grundrechte" geradezu auf und verpflichtete die Einzelregierungen, die den Grundgesetzen des Deutschen Bundes widersprechenden Neuerungen von 1848/49 zu beseitigen. In Preußen war die strengkonservative Partei ans Ruder gekommen, die in der „Revolution" einen gottlosen Greuel sah, mit Abscheu auf ihren neuen Sieg in Frankreich blickte und im Zaren Nikolaus I. den Hort der gottgewollten Ordnung verehrte, daher für das engste Einvernehmen mit Österreich eintrat und für die nationale Aufgabe des preußischen Staates gar kein Verständnis besaß. Doch war sie selbst gespalten, denn des Königs liebster Vertrauter, der General Leopold von Gerlach, war mit Stahl und Hengstenberg für das altständisch-strengkirchliche Wesen und hätte am liebsten die Verfassung durch eine altständische Ordnung ersetzt, der Ministerpräsident Otto von Manteuffel und der Polizeipräsident von Hinckeldey dagegen sahen das Heil des Staates in einer strammen Büreaukratie, die Gerlach und seinen Anhängern fast ebenso verhaßt war als die Revolution. König Friedrich Wilhelm IV. neigte im Herzen zu den Altständischen, wahrte sich aber doch sein eignes Urteil und fühlte sich in seinem Gewissen an den Eid auf die Verfassung gebunden. Sein jüngerer Bruder Prinz Karl galt als der entschiedenste Gesinnungsgenosse Gerlachs und Stahls, der ältere Prinz Wilhelm dagegen wollte trotz strengkonservativer Gesinnung in seinem klaren Verstande von jener feudalen Staatsauffassung nichts wissen, hielt an dem deutschen Berufe Preußens fest und lebte fern vom Hofe als Statthalter der Rheinlande in Koblenz, umgeben von dem vertrauten Kreise der Männer, die einst mit ihm Preußen und Deutschland umgestalten sollten.

Halber Sieg der Reaktion.

So erfocht die Reaktion nur einen halben Sieg. Die vom König beschworene Verfassung vom 31. Januar 1850 blieb bestehen, ebenso wie die neue Gerichtsverfassung vom 11. März 1850, die die gutsherrlichen (patrimonialen) und städtischen Gerichte durch königliche Kreisgerichte (236) und Stadtgerichte (für die fünf größten Städte) ersetzt und in das Strafverfahren die französisch-rheinischen Schwurgerichte eingeführt hatte, nur daß ihnen die politischen Prozesse entzogen wurden. Auch die grundsätzliche Beseitigung aller bäuerlichen Abhängigkeitsverhältnisse und Grundlasten, also die Mobilisierung des ländlichen Grundbesitzes zu gunsten des städtischen Kapitals war im ganzen nicht mehr rückgängig zu machen, nur die Fideikommisse lebten wieder auf. Dagegen wurde die Abhängigkeit des Verwaltungsbeamtentums von der jeweiligen Regierung verschärft durch das Gesetz vom 21. Juli 1852, wonach jeder Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden konnte; die Erste Kammer der Verfassung von 1850 verwandelte sich nach dem Gesetz vom 7. Mai 1853 in das Herrenhaus mit starkem Übergewichte des Großgrundbesitzes, dem dadurch ein unbedingtes Einspruchsrecht bei allen Gesetzvorlagen gegeben wurde; an die Stelle der neuen liberalen Gemeindeordnung von 1852 traten die Städteordnungen von 1853 und 1856, und in den Landgemeinden, Kreisen, Regierungsbezirken und Provinzen wurde die alte Verwaltung (einschließlich der gutsherrlichen Polizei und der Aufsicht des Gutsherrn über die Dorfverwaltung) für den Osten, also das Übergewicht des Adels, wiederhergestellt.

Kirchen- und Schulverwaltung.

Natürlich wichen auch in der Kirchen- und Schulverwaltung die liberalen Tendenzen zurück, denn die strenggläubige Partei erschien gegenüber dem religiös gleichgültigen oder geradezu religionsfeindlichen bürgerlichen Liberalismus als Stütze des Thrones und der gesellschaftlichen Ordnung. Durch den Oberkirchenrat (29. Juni 1850) erhielt die evangelische Landeskirche eine den Lieblingsgedanken des Königs entsprechende selbständigere Stellung, und die vom Liberalismus allerdings arg verketzerten Stiehlschen Regulative des neuen Kultusministers Karl Otto von Raumer (seit Ende 1850) beschränkten zweckmäßig den Lehrstoff für die Seminarien und Volksschulen unter stärkerer Betonung der christlichen Grundlagen und stellten die geistliche Aufsicht (1854) wieder her, während seine Verfügungen über die Gymnasien den Unterricht in den klassischen Sprachen wieder mehr in den Vordergrund schoben und der Überbürdung zu steuern suchten. Bei der Anstellung von Geistlichen wurden die positiv-bekenntnistreuen möglichst bevorzugt. Die katholische Kirche erfuhr als eine Macht der Autorität eine durchaus entgegenkommende Behandlung und zog den größten Gewinn aus der Verfassung, die eine Menge bis dahin bestehende Beschränkungen ihrer freien Bewegung grundsätzlich beseitigt hatte.

Vereine und Presse.

Peinlicher noch als von diesen neuen Gesetzen und Verordnungen fühlten sich weite Kreise durch die Unterdrückung von Vereinen der verschiedensten Art, Beschränkungen der Presse, chikanöse Prozesse oder Polizeimaßregeln, die sich zuweilen ohne jede gesetzliche Grundlage gegen politisch mißliebige Personen richteten, berührt, und der Name des Polizeipräsidenten von Berlin (seit 1848) und Chefs der gesamten Sicherheitspolizei in Preußen (seit 1854), K. L. F. von Hinckeldey, gelangte bei ihnen in schlimmen Ruf. Daher wurden die großen Verdienste des fähigen und energischen Mannes um die vorzügliche Neugestaltung der hauptstädtischen Polizei und Feuerwehr, Verbesserung der Gefängnisse, Einführung der Straßenreinigung, Gründung von Bade- und Speiseanstalten und dergleichen mehr bei weitem nicht genug gewürdigt, und sein Tod im Duell mit einem Gardeoffizier (10. März 1856) rief bei vielen sogar eine gewisse Befriedigung hervor.

Heer und Flotte.

Für die Entwickelung von Handel und Gewerbe, namentlich auch für den Bau der großen Eisenbahnlinien, der allerdings noch wesentlich der Privatindustrie überlassen blieb (mit Ausnahme der Ostbahn, der ersten großen preußischen Staatsbahn), trug der Handelsminister von der Heydt verständige und wirksame Sorge, aber man sagte ihm Neigung zu Willkür und Mangel an festen Grundsätzen nach; jedenfalls kam das dringend notwendige Eisenbahngesetz nicht zustande. Dagegen geschah für die Umgestaltung des Heeres, ohne die eine energische auswärtige Politik nicht möglich war, trotz der besonders bei der Mobilisierung von 1851 hervorgetretenen schweren Mängel so gut wie nichts, weil die herrschende Partei eine solche Politik gar nicht wollte. Die Cadres waren zu schwach, namentlich auch an Offizieren, die Korpskommandeure durchweg zu alt, die Verbindung der Landwehr mit der Linie zu locker, und die Pläne des trefflichen Kriegsministers Eduard von Bonin (1852—54) über eine Heeresreorganisation blieben unausgeführt. Die junge Kriegsflotte aber, deren Unentbehrlichkeit der dänische Krieg über allen Zweifel emporgehoben hatte, galt der herrschenden Partei als etwas Demokratisches.

Alles, was für sie geschah, war das Werk des trefflichen Prinzen Adalbert. Die Admiralität wurde 1852 als Oberbehörde für Verwaltungs- und Kommandoangelegenheiten errichtet, die Rangordnung des Seeoffizierkorps und die Wehrpflicht der seemännischen Bevölkerung geordnet, das Seekadetten- und das Schiffsjungeninstitut sowie das Seebataillon begründet. Als Instruktoren wurden zunächst schwedische Marineoffiziere gewonnen, für die Ausbildung der Seekadetten noch bis 1864 englische Kriegsschiffe benutzt. Bei den knappen Mitteln (nur $1^1/_2$ Millionen Mark jährlich) und der Neigung an maßgebender Stelle, die Verhältnisse einer Flotte genau so wie die des Landheeres zu behandeln, waren die Fortschritte langsam genug und die Zahl der Schiffe gering. Von der deutschen Reichsflotte gingen die besten Fahrzeuge, der vorzügliche „Barbarossa“ und die schöne „Gefion“, das Beutestück des ruhmvollen Tages von Eckernförde, in den Besitz Preußens über. Das erste auf einer einheimischen Werft (in Danzig) erbaute Kriegsschiff war die starke Raddampfkorvette „Danzig“. Noch 1860/61 zählte die gesamte Flotte auf Kriegsfuß erst 9 Segler und 28 Dampfer (meist Schraubenkanonenboote)

mit 352 Geschützen. Als Kriegshafen mußte zunächst Danzig genügen; doch faßte man die Notwendigkeit eines Nordseehafens schon frühzeitig ins Auge und erwarb durch Vertrag vom 20. Juli 1853 von Oldenburg an der Mündung des Jadebusens ein kleines Gebiet, wo bald mit schweren Kosten der Bau eines großen Kriegshafens in Angriff genommen wurde. In denselben Jahren zeigten stattliche Geschwader zum erstenmal den schwarzen Adler mit dem eisernen Kreuz im weißen Felde an überseeischen Küsten: in den Jahren 1852/53 in Westindien und Südamerika (Gefion, Amazone, Merkur), 1853/54 im Mittelmeer bis nach Konstantinopel und Alexandria (Gefion, Danzig, Merkur), und am 7. August 1856 züchtigte Prinz Adalbert mit der Danzig die Piraten des Rif an der marokkonischen Küste, die ein preußisches Handelsschiff genommen hatten, in einem blutigen Landungsgefecht bei Tres Forcas. Die langvergessenen Traditionen des Großen Kurfürsten waren trotz der matten Zeit endlich wiederaufgenommen.

Die Mittel- und Kleinstaaten.

Königreich Sachsen.

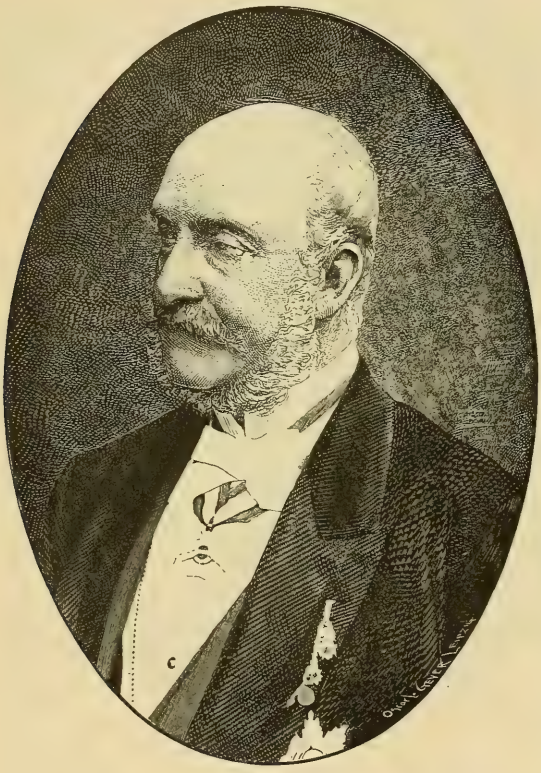
Dem Königreich Sachsen drückte zunächst der Minister Fr. F. von Beust seinen Stempel auf, ein vielgewandter und ehrgeiziger Herr, aber mehr geschickter Parlamentsredner und Journalist als Staatsmann. Nachdem er schon am 3. Juni 1850 die 1848 umgestalteten Stände kurzerhand beseitigt und die alten Stände wieder einberufen hatte (die sogenannten „reaktivierten Stände"), die von den entschiedenen Liberalen niemals als zu Recht bestehend anerkannt wurden, unterdrückte er durch eine scharfe Preß- und Vereinsgesetzgebung thunlichst das selbständige politische Leben und suchte das Volk durch Pflege des Wohlstandes dafür zu entschädigen. Er behauptete seine Stellung auch nach dem plötzlichen Tode König Friedrich Augusts II., der auf einer Reise in sein Lieblingsland Tirol im oberen Innthale beim Weiler Brennbüchl unweit Imst am 9. August 1854 durch den Hufschlag eines scheuen Pferdes getötet worden war, unter dem König Johann (1854—73). Dieser, ursprünglich ohne besondere Sympathien begrüßt, da man den allerdings ehrlichen Katholiken ohne jeden Grund der Bigotterie verdächtig hielt, von strengem Rechtssinn und von ganz ungewöhnlicher gelehrter Bildung, ein tüchtiger Jurist und einer der feinsten Kenner Dantes, dessen Werke er mustergültig verdeutschte, im Grunde seines Wesens mehr wissenschaftlicher Beschäftigung als dem Staatsleben zugeneigt, hatte doch schon als Prinz die ihm zugefallenen politischen und militärischen Aufgaben mit unverdrossener Pflichttreue auf sich genommen und zeigte sich jetzt seiner königlichen Aufgabe in fast überraschender Weise gewachsen. Ein Zeitalter eifriger und wohlthätiger Reformen begann. Die Rechtsprechung ging 1856 von den Patrimonial- und Stadtgerichten auf die 15 königlichen Bezirksgerichte und die 107 Gerichtsämter über, in demselben Jahre erschien ein neues Strafgesetzbuch, 1865 ein treffliches bürgerliches Gesetzbuch. Das kleine Heer gestaltete der Kriegsminister Rabenhorst unter starker Vermehrung, allerdings mit Beibehaltung der Stellvertretung, zu einer durchaus kriegstüchtigen Truppe um. Die Ablösung der bäuerlichen Lasten wurde 1858 durch die Aufhebung der grundherrlichen Jagdrechte

36. König Johann von Sachsen.
Nach einem Lichtbilde aus dem Jahre 1854.

vervollständigt, die Freiheit des Gewerbes 1861 durchgeführt, die Elbschiffahrt durch die Aufhebung der Elbzölle 1863 und die Verbesserung der Fahrbahn gefördert, das Eisenbahnnetz rasch verdichtet (1840: 115 km, 1860: 722 km). Die Universität Leipzig schwang sich nach langem Stillstande unter dem Kultusminister P. von Falkenstein wieder zu einer der ansehnlichsten Deutschlands empor, wenngleich die historisch-philologischen Fächer hinter den andern zurückstanden, die sehr vermehrten Seminare erhielten 1857, die frisch emporstrebenden (meist städtischen) Realschulen 1860 Regulative.

Mecklenburg, Hannover.

Auch Sachsen-Altenburg, Nassau und Hessen-Darmstadt kehrten unter Aufhebung der Wahlgesetze von 1848 zu der alten Form ihrer Landtage zurück. In Mecklenburg führte der berufene Schiedsspruch von Freienwalde (Oktober 1850) auf den Antrag des Adels, dem der wohlgesinnte Großherzog Friedrich Franz vergeblich widerstrebte, die Wiederherstellung der völlig veralteten ständischen Verfassung von 1755 herbei (s. Bd. VII, S. 291 f.). Die Hansestädte beseitigten die demokratischen Verfassungsänderungen von 1848. Im benachbarten und stammverwandten Hannover siegte der Adel fast ebenso entschieden, wie in Mecklenburg, obwohl die Finanzlage des Landes diesem zum Trotze zum Anschluß an den preußischen Zollverein führte (s. unten). Nachdem die adligen Provinziallandschaften schon 1851 wiederhergestellt worden waren, gelangte mit dem Tode Ernst Augusts 18. November 1851 in seinem früh erblindeten Sohne Georg V. (1851—66) ein Monarch zur Herrschaft, den bei einem natürlichen scharfen Verstande und großer Liebenswürdigkeit sein körperliches Gebrechen in dem vom Vater ererbten starren Welfen- und Fürstenstolze noch bestärkte, an der Erkenntnis der Wirklichkeit der Dinge mehr und mehr verhinderte und von seiner Umgebung, oft ganz untergeordneten Menschen, die ihn stets als einen Sehenden behandeln mußten, trotz seines hochgespannten Selbstgefühls völlig abhängig machte. Der beklagenswerte Herr spann sich immer tiefer in die Überzeugung ein, daß sein christlich-germanisches Welfenreich von der Vorsehung zu einer führenden, selbständigen Rolle berufen sei, wozu alle Voraussetzungen fehlten, und daß sein Königtum von Gottes Gnaden ihm jeden Verzicht auf irgend welches Souveränitätsrecht verbiete. Daher waren ihm natürlich alle Neuerungen von 1848/49 ein Greuel. Er entließ deshalb im November 1853 den Ministerpräsidenten Freiherrn von Schele, der jene Gesetzgebung nicht rasch genug beseitigte, und berief zu seinem Nachfolger von Lütken. Dieser erwirkte beim Bundestage mit Hilfe des Bundesgesandten, des Grafen Kielmannsegg, die Anerkennung der dort erhobenen Beschwerden des hannöverischen Adels über die Verkürzung seiner Rechte durch die neue Gesetzgebung (12. April 1855) und die Weisung, alle gegen das Bundesrecht verstoßenden Bestimmungen der hannöverschen Verfassung zu beseitigen (19. April).



37 König Georg V. von Hannover.
Nach einer Photographie.

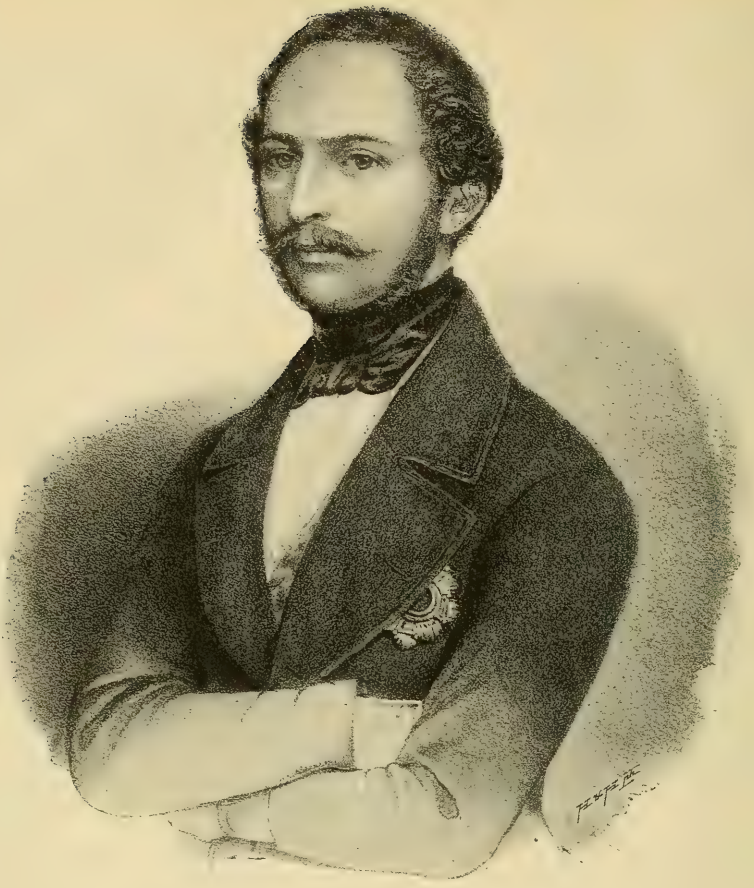
Die Durchführung übernahm das neue Ministerium Kielmannsegg (Graf Platen, von Borries, von der Decken, von Bothmer). Dies löste am 31. Juli die zweite Kammer auf, erklärte am 1. August die Verfassung von 1848 für aufgehoben und die von 1840 wiederhergestellt. Später, 1857, ließ sich der König anstatt der Zivilliste ein übermäßig großes Krongut ausscheiden. Scharfe Verordnungen schränkten die Preß- und Vereinsfreiheit ein. Eine neue gründliche Erschütterung des Rechtsbewußtseins war die notwendige Folge, und die mehr und mehr hervortretende Neigung des Königs, jede Opposition gegen seine Regierung als persönliche Beleidigung aufzufassen, verscheuchte alle unabhängigen Männer aus seiner Umgebung.

Dieser schwere Schade wurde nicht ausgeglichen durch prunkvolle und kostspielige Schloßbauten in Hannover und anderwärts (die Marienburg bei Nordstemmen als Sitz der Königin) oder durch wirtschaftliche Maßregeln, wie die zunächst gänzlich verfehlte Erbauung des Konkurrenzhafens Geestemünde neben Bremerhaven (eröffnet 1863), zumal da sogar solche Arbeiten nicht selten von der loyalen Gesinnung der damit bedachten Stadt oder Gegend abhängig gemacht wurden. Dabei ging die Verwaltung dank der Tüchtigkeit des Beamtentums ihren geordneten Gang, und die Armee bewahrte mit mancher Eigentümlichkeit (z. B. bei der trefflichen Reiterei) und dem wohlberechtigten Stolze auf glorreiche Waffenthaten ihre Tüchtigkeit und ihr ausgezeichnetes, durch wissenschaftliche Bildung und gesellschaftliche Feinheit hervorragendes Offizierkorps.

Bayern und König Maximilian II.

Während in Hannover von dem, was der Staat für Deutschland und die Welt leisten sollte, immer nur in hochtönenden Worten gesprochen wurde, geschah in dem größten süddeutschen Staate, **Bayern**, in der That sehr viel für die Nation und zwar durch das ganz persönliche Verdienst **Maximilians** II. (1848—64). König Max, wie sein Volk ihn kurzweg nannte, der Sohn und Nachfolger des geistvollen und deutsch-patriotischen Ludwig I. (s. Bd. IX, S. 625), geb. 28. November 1811, hatte in glücklichen Studienjahren auf den norddeutsch-protestantischen Universitäten Göttingen und Berlin (1829—31), denen ein längerer Aufenthalt in Italien folgte, alle konfessionelle und landschaftliche Befangenheit völlig abgelegt und sich mit besonderem Eifer der Geschichte und Philosophie (unter Schelling) gewidmet. „Er hatte nur eine Leidenschaft, zu lernen.“ An den Staatsgeschäften nahm er als Kronprinz keinen Teil, und sie waren ihm auch als König nicht gerade Herzenssache. Von Natur milde und versöhnlich, hatte er keine Ader von der durchgreifenden Energie und dem großen Ehrgeiz des Staatsmannes; er pflegte sein Ministerium auch dann meist gewähren zu lassen, wenn seine persönlichen Ansichten andre waren, und von einem Soldaten hatte der zartgebaute, nicht besonders kräftige Herr gar nichts. Aber in allen Kulturfragen verfuhr er selbständig, nach eignem Ermessen, ohne sich durch etwaiges Dreinreden eines ebenso zähen als beschränkten bayrischen Partikularismus jemals irre machen zu lassen.

Es war sein Ehrgeiz, sein einziger, **München** zu einem großartigen Mittelpunkte deutschen Geisteslebens zu erheben und dadurch zugleich den Beweis zu liefern, daß Bayern nicht nur ein Recht auf selbständige Existenz, sondern auch auf eine führende Stellung im „reinen“ Deutschland habe. Zahlreiche norddeutsch-protestantische Gelehrte, Dichter und Künstler berief er nach München oder fesselte sie dort, unbekümmert um das thörichte Gerede seiner Münchener von den „Fremden“, und seine allwöchigen „Symposien“ in einem Rokokozimmer der „Residenz“ vereinigten zu zwangloser Unterhaltung oder zu zusammenhängenden Vorträgen aus den verschiedensten Wissensgebieten Dichter wie **Geibel**, **Heyse**, Graf **Schack**, **Bodenstedt**, **Kobell**, Gelehrte wie **Thiersch**, **Liebig**, **Sybel**, **Carrière**, **Löher**, **Riehl**, **Pettenkofer**, Künstler wie **Piloty**, **Kaulbach** und **Klenze**. Auch im Sommer, am liebsten in der herrlichen Gebirgseinsamkeit von Hohenschwangau, das er sich als Kronprinz erbaut hatte, oder auch in Berchtesgaden, versammelte der König eine geistvolle Geselligkeit um sich; in Berchtesgaden hielt ihm L. Ranke 1854 jene Vorträge, aus denen ihm der Gedanke der „Weltgeschichte“ entsprungen ist. Mit solchen Männern begründete Maximilian 1859 die historische Kommission bei der Königlichen Akademie der Wissenschaften, einen großen Sammelpunkt nord- und süddeutscher Historiker, eines der bedeutsamsten Institute für geschichtliche Arbeiten im weitesten Sinne, und das Bayrische Nationalmuseum, das seinesgleichen sucht. Weniger glücklich waren seine Bemühungen, in der schönen Anlage der Maximiliansstraße und des Maximilianeums die Anregung zu einem nationalen und modernen Baustile zu geben.



38. Maximilian II., König von Bayern.

Konflikte mit dem Landtage.

So viel er in staatlichen Dingen seinen Ministern, vor allem dem Freiherrn Ludwig v. d. Pfordten, einem sanguinisch-cholerischen Herrn ohne unbefangenes Urteil und ohne Festigkeit, freie Hand ließ, an zwei Grundsätzen hielt er doch immerdar fest, an der strengen Beobachtung der Verfassung und an der Gleichberechtigung der Konfessionen, wie er denn selbst dem Lande eine protestantische Königin, Prinzessin Maria von Preußen, gegeben hatte (1842). Und doch sind ihm schwere Konflikte mit der Landesvertretung nicht erspart geblieben. Der Landtag von 1854/55 lehnte die beantragte Wiederherstellung der Wahlordnung von 1818 aufs bestimmteste ab, forderte dagegen Trennung der Justiz von der Verwaltung auch in der untersten Instanz und Verkürzung der Finanzperioden. Die Auflösung der Kammer am 25. März 1855 und scharfe Maßregeln gegen die Presse reizten nur noch mehr; die neugewählte Kammer strich 1856 den größten Teil der angesichts der drohenden europäischen Lage geforderten vermehrten Heeresausgaben. Der Konflikt verschärfte sich, als der Landtagsausschuß, der ein neues Strafgesetzbuch beraten sollte, im März 1858 aufgelöst und der Führer der Opposition, der Professor des Staatsrechts, Weis in Würzburg, zur Strafe nach Eichstädt versetzt wurde. Die neue Kammer wählte ihn demonstrativ zum zweiten Präsidenten (September 1858) und erneuerte nach abermaliger Auflösung diese Wahl im Januar 1859. Darauf bewilligte der Landtag den mit Rücksicht auf den nahenden italienischen Krieg geforderten Militärkredit von 8 Mill. Gulden, richtete aber an den König eine Adresse mit so scharfen Anklagen gegen v. d. Pfordten,

daß der König, persönlich tief verletzt, sie am 19. März zurückwies und am 26. März den Landtag vertagte.

Der Konflikt schien einer gewaltsamen Lösung zuzutreiben; da war es v. d. Pfordten, der unter dem Eindrucke der liberalen Wendung in Preußen mit der „neuen Ära" dem Monarchen riet, seinen Minister zu opfern. Am 27. März gab das Ministerium seine Entlassung, der König aber erklärte: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke", schickte v. d. Pfordten als Bundestagsgesandten nach Frankfurt a. M. und berief zu seinem Nachfolger am 9. April den Freiherrn von Schrenck. Mit einem Schlage hatte er den Gipfel seiner Popularität erreicht, er galt als das Muster eines konstitutionellen Monarchen. Nun nahm der neue Landtag 1861 das Gesetz über die neue Gerichtsverfassung, das Strafgesetzbuch und das Polizeistrafgesetzbuch an. Die Rechtspflege ging an die 270 Amtsgerichte über, die Verwaltung an die 152 Bezirksämter unter den Kreisregierungen, innerhalb deren die kleineren Städte und die Dörfer die Distriktsgemeinden und den Distriktsrat als Organe der Selbstverwaltung bildeten, die größeren Städte unmittelbar unter der Kreisregierung standen. Auch der Ausbau der großen Verkehrswege wurde rüstig gefördert, im August 1860 z. B. die langersehnte Eisenbahnlinie München-Wien eröffnet. Allein die beginnende deutsche Bewegung warf ihre Schatten schon voraus, und gerade während König Max sich in besserem Einklange mit der Mehrheit seines Volkes fühlte als je, geriet seine Politik in immer schärfere Gegensätze hinein, und er mußte erleben, daß manche seiner norddeutschen Schützlinge ihn verließen, weil sie seinen Standpunkt in der deutschen Frage nicht zu teilen vermochten. Ausgleich und Reformen.

Ohne besondere Härte trat die Reaktion auch in Württemberg auf, dessen greiser König Wilhelm I. (1816—64) unter dem Drucke des Volkswillens zuerst die Frankfurter Reichsverfassung anerkannt, dann aber, als sie zum Deckmantel radikalrepublikanischer Pläne wurde, das Rumpfparlament in Stuttgart am 18. Juni 1849 halb mit Waffengewalt aufgelöst hatte (s. Bd. IX, S. 708). Das im Juli 1850 berufene Ministerium Linden (Knapp, Miller, Plessen) schlug natürlich eine beschränkende Richtung ein und berief 1851 den Landtag nach der Verfassung von 1819; mit diesem aber, der überwiegend aus Beamten bestand und sich dem Ministerium gegenüber sehr willfährig zeigte, vereinbarte dies eine Reihe von Gesetzen, die einigen der wichtigsten Bestimmungen der deutschen „Grundrechte" (über Preßfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Versammlungs- und Vereinsrecht, Schwurgericht) landesgesetzliche Geltung sicherten. Beschränkungen der Preßfreiheit wurden erst 1856 unter dem Einflusse des Bundestages verfügt, 1861 aber wieder beseitigt. Nebenher ging die Übernahme der Thurn- und Taxisschen Post in die Verwaltung des Staats (1851) und der Ausbau der Verkehrslinien, meist durch den Staat. Die evangelische Landeskirche erhielt von 1851 Pfarrgemeinderäte, 1854 Diözesansynoden, also eine verstärkte Mitwirkung des Laienelements. Dagegen entspann sich mit der katholischen Kirche, wie im benachbarten Baden, ein langwieriger Streit, als das alte rheinbündisch-napoleonische Staatskirchenrecht (landesherrliches Placet für kirchliche Erlasse, Anstellung der Pfarrer durch die Regierung, Vorbildung der Geistlichen auf den Landesuniversitäten, staatliche Leitung des Schulwesens) durch die Frankfurter Reichsverfassung erschüttert wurde und darauf die deutschen Bischöfe mit Berufung auf § 147 derselben („jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen") nach ihren Vereinbarungen vom Oktober 1848 zu Würzburg gemeinsame Forderungen im Sinne der „Kirchenfreiheit" an die Staatsregierungen vereinbarten. Daraufhin verlangte der Erzbischof von Freiburg, der greise Hermann von Vicari, als Oberhaupt der sogenannten oberrheinischen Kirchenprovinz am 7. September 1849 freie Besetzung der kirchlichen Ämter, freie Verwaltung des Kirchenvermögens u. a. m. Ohne rechten Halt und gedrängt von Österreich (vgl. unten S. 707 f.), schloß endlich die württembergische Regierung nach langen Verhandlungen am 8. April 1857 ein Konkordat mit Rom, das diesen Forderungen in der Hauptsache entsprach; der 1855 neugewählte Landtag aber ver- Württemberg.

39. Friedrich, Großherzog von Baden.
Nach dem Originale von R. Lauchert (1854) lithographiert von Léon-Noël.

warf am 16. März 1861 dies Konkordat und nötigte dadurch die Regierung, die kirchlichen Verhältnisse durch Staatsgesetz dahin zu ordnen, daß die Anordnungen des Bischofs (von Rottenburg), wenn sie nicht rein kirchlicher Natur waren, vom Staate genehmigt, im andern Falle zur Einsicht vorgelegt werden mußten, ebenso wie päpstliche Bullen, Erlasse u. s. f. (30. Januar 1862). Derselbe Landtag entschied sich auch gegen den längst eingebrachten und heiß umstrittenen Entwurf eines Gesetzes über die Zahlung ansehnlicher Entschädigungen für die 1848 beschlossene Ablösung der Grundlasten (Dezember 1861).

Baden. Am meisten von allen deutschen Staaten war Baden durch die Revolution erschüttert worden. Das Notwendigste war hier die Reorganisation der völlig zerrütteten Armee, die der Kriegsminister Freiherr von Roggenbach nach preußischem Muster umsichtig und energisch durchführte. Bis zum Herbste 1851 blieben die neu-

gebildeten Regimenter sogar in preußischen Garnisonen und erhielten erst 1853 neue Fahnen. Der Landtag wurde nach dem alten Wahlgesetz ergänzt und vereinbarte 1850 eine Reihe von Gesetzen (Gemeindeordnung, Strafgesetz, Prozeßordnung, Vereinswesen) mit dem hochkonservativen Ministerium Stengel. Dies blieb auch nach dem Tode des Großherzogs Leopold am 24. April 1852 im Amte, als dessen zweiter Sohn Friedrich, zunächst in Stellvertretung seines regierungsunfähigen älteren Bruders Ludwig (gest. 1858), die Regierung übernahm. Erst seine unentschlossene Haltung in dem Kirchenstreit mit dem Erzbistum Freiburg brachte eine Wendung. Da diesem die 1853 erlassenen Regierungsverordnungen nicht genügten, so versagte der Erzbischof nicht nur seine gesetzliche Mitwirkung bei der Besetzung geistlicher Stellen, so daß viele unbesetzt blieben und in zahlreichen Gemeinden ein geistlicher Notstand eintrat, sondern er wies auch den katholischen Kirchenrat an, sich nur nach den kanonischen Gesetzen zu richten, und verhing schließlich über die Mitglieder sogar den großen Bann (14. November 1853), als diese sich auf ihren Amtseid beriefen. Statt nun gegen den Erzbischof die Gesetze anzuwenden, zog die Regierung nur Vikare und Pfarrer zur Verantwortung und beschloß erst am 22. Mai 1854 die Anklage gegen den Erzbischof. Darüber kam es zu gereizten Auseinandersetzungen mit Rom, und endlich zum Abschluß eines Konkordats am 28. Juni 1859. Aber von einer rasch anschwellenden Bewegung im Lande getragen verwarf die zweite Kammer dies Konkordat und forderte am 30. März 1860 die Regelung der kirchlichen Angelegenheiten durch die Gesetzgebung des Staates. Zwei Tage später, am 2. April, trat das Ministerium Stengel zurück und wurde durch ein liberales Kabinett aus den Führern der bisherigen Opposition, Lamey, Stabel und andre, ersetzt. Nachdem der Landtag die nunmehr vorgelegten kirchlichen Gesetzentwürfe genehmigt hatte, schloß den Kirchenstreit eine Vereinbarung mit dem Erzbischof am 20. November 1861 über die Besetzung der Kirchenämter, die Verwaltung des Kirchenvermögens und die Errichtung eines katholischen Oberstiftungsrats. In demselben Jahre wurde in der evangelischen Landeskirche den Laien durch die Einrichtung von Gemeinderäten ein maßgebender Einfluß eingeräumt, und die Verwaltung des Landes durch die Einteilung in elf Kreise (statt der bisherigen vier Provinzen) und die Einführung einer weitgehenden Selbstverwaltung neu geordnet. Baden begann damit zum vielgefeierten Musterstaate des Liberalismus zu werden.

Hessen-Darmstadt.

Viel nachgiebiger in der Kirchensache zeigte sich die Regierung von Hessen-Darmstadt, die der Hierarchie schon am 23. August 1854 im geheimen große Zugeständnisse machte.

Das vielgeschmähte Zeitalter der Reaktion war also für Deutschland keineswegs so durchaus ein Zeitalter des Rückschrittes. Es hat vielmehr die wirtschaftliche und soziale Entwickelung kräftig gefördert und auch auf dem Gebiete des geistigen Lebens nichts weniger als den Stillstand bedeutet, und es war reich an Kräften der verschiedensten Art, die dann die politische Neugestaltung durchgeführt haben. Das schlimmste an ihm war, daß die Regierung im einseitigen Interesse gewisser Gesellschaftsgruppen, im Widerspruch mit mächtigen Strömungen und Bedürfnissen und ohne jede Befriedigung der nationalen Forderungen geführt wurde. Daraus ergab sich eine gefährliche Verschärfung der Gegensätze und eine tiefgehende Verstimmung, die jeden politischen Fortschritt aufs äußerste erschwerte und die Nation als Ganzes lähmte.

Österreich.

Die leitenden Staatsmänner und ihre Ziele.

Nicht anders war es in Österreich, das als Sieger aus dem verworrenen Kampfe seit 1848 hervorgegangen war und zugleich in Deutschland wie in Italien die herrschende Stellung einnahm. Den jungen Kaiser Franz Joseph (seit 1848, s. Bd. IX, S. 648) umgab eine Reihe bedeutender Männer, die mit Entschlossenheit bedeutende Ziele verfolgten. Neben dem Ministerpräsidenten und Leiter des Auswärtigen, Fürst Felix Schwarzenberg, der Seele der gesamten österreichischen Politik bis an seinen jähen Tod (5. April 1852), standen Graf Leo Thun-Hohenstein, aus

einem der bedeutendsten Adelsgeschlechter Böhmens (geb. 1811 auf Schloß Tetschen), seit dem Juli 1849 Kultus- und Unterrichtsminister, der erste und letzte für Gesamtösterreich, ein idealgerichteter Charakter, voll Pflichttreue, Energie und Patriotismus und von umfassenden Kenntnissen, dabei streng kirchlich und aristokratisch, dann der Handelsminister Karl Ludwig von Bruck (geb. 1798; Abb. s. Bd. IX, S. 713), ein protestantischer Rheinländer bürgerlicher Abkunft, später (1854) Finanzminister, ganz kaufmännisch gebildet und bewährt als Direktor des österreichischen Lloyd in Triest, ein Mann von großem Reichtum an Ideen und unermüdlicher Thatkraft, endlich der Minister des Innern, Freiherr Alexander von Bach (seit 1849, geb. 1813), neben Schwarzenberg der eigentliche Träger des neuen Staatsideals. Dies Ideal war im wesentlichen das alte Josephinische (s. Bd. VII, S. 593): Zusammenfassung des Gesamtreiches zu einem straff zentralisierten Einheitsstaate durch ein wesentlich deutschsprechendes monarchisches Beamtentum und Heerwesen unter einer unumschränkten Monarchie mit Beseitigung aller ständischen Körperschaften und Unterdrückung aller Vereinsfreiheit, aber mit berechneter Pflege des wirtschaftlichen Lebens und Erneuerung der geistigen Bildung ohne Schädigung, vielmehr durch Entwickelung der nationalen Besonderheiten, und zwar, was in der Natur der Sache lag, unter Vorherrschaft des Deutschen. Diese politische Zentralisation und Reform sollte dann eine Stütze erhalten in der völligen Freiheit, d. h. der unbedingten Herrschaft der katholischen Kirche über das ganze Leben ihrer Angehörigen. Während Bach diesem Gedanken ablehnend gegenüberstand, förderte Graf Thun von dem Gesichtspunkte aus, daß Staat und Kirche zwei völlig gleichberechtigte Gewalten seien, die Verwirklichung nach allen Kräften. Von einer Rücksicht auf die öffentliche Meinung war nirgends die Rede, denn diese schien den leitenden Männern nur slawisch, ungarisch, italienisch, nirgends österreichisch zu sein, und im Grunde war das, was sie erstrebten, von dem Standpunkte des historischen Rechtes aus nicht weniger revolutionär, als die verhaßte Revolution, die sie soeben niedergeschlagen hatten.

Die absolutistische Verwaltung.

Die erst am 4. März 1849 verliehene Reichsverfassung wurde schon am 31. Dezember 1850 aufgehoben, der schwerste Fehler von allen, denn damit schnitt sich die Regierung selbst jede Möglichkeit ab, dem neuzuschaffenden Rechtszustande eine unzweifelhafte Anerkennung zu verschaffen. Aber auch die Landtage der einzelnen Länder wurden aufgehoben und durch bloße sehr aristokratisch gebildete Deputationen ersetzt. Die „Königreiche und Länder“ blieben als solche unter kaiserlichen Statthaltern bestehen, die Patrimonialgerichte (in Niederösterreich z. B. im ganzen 9000, davon 190 mit Strafgerichtsbarkeit) blieben aufgehoben, und ihre Befugnisse gingen an kaiserliche Behörden über. In Ungarn galt die alte Landesverfassung als verwirkt durch die Revolution, und die Verwaltung wurde von Grund aus geändert. Siebenbürgen und der Banat, Kroatien und Slawonien lösten sich aus der alten staatsrechtlichen Verbindung mit Ungarn und traten unmittelbar unter die Wiener Regierung; Ungarn selbst zerfiel fortan in fünf große selbständige Verwaltungsbezirke meist mit deutschen oder halbdeutschen Hauptstädten (Ofen-Pest, Ödenburg, Preßburg, Kaschau, Großwardein); ja der Plan tauchte auf, es ganz in einzelne Provinzen aufzulösen. Deutsche oder deutschsprechende Beamte, meist Tschechen und Rumänen, regierten das Land; in Siebenbürgen wurde das Deutsche zur Amtssprache erhoben, alle höheren Behörden im deutschen Hermannstadt, der Hauptstadt der Sachsen, vereinigt, freilich auch die nationalen Genossenschaften (die sogenannten „rezipierten Nationen“) der Sachsen, Szekler und Magyaren aufgehoben und die bisher völlig rechtlosen Rumänen ihnen gleichgestellt. Im halbdeutschen Banat überwog das Deutsche und Serbische, Kroatien und Slawonien hatten ihre nationale Verwaltung unter dem Banus, die Militärgrenze stand unmittelbar unter dem Kriegsministerium und die Amtssprache war überwiegend deutsch. Gründlicher als damals war das stolze Magyarentum mit Hilfe der Nationalitäten noch niemals mattgesetzt worden. Aber ein furchtbarer Haß verfolgte die verrufenen „Bachhusaren“, die deutschen Beamten, in ihren „Angströhren“ (Cylinderhüten), grollend hielt sich der magyarische Adel auf seinen Gütern und benutzte jede Gelegenheit, um zu demonstrieren. So konnte der Belagerungszustand in Ungarn

(und Galizien) erst am 1. Mai 1854, in Siebenbürgen erst am 15. Mai desselben Jahres aufgehoben werden, und so zäh war der passive Widerstand, daß die Regierung, wenn sie die rückständigen Steuern exekutivisch hätte beitreiben wollen, dazu in Ungarn 120000 Mann, den dritten Teil der Armee, gebraucht hätte. Im lombardisch-venezianischen Königreiche blieb das militärische Regiment unter dem greisen Feldmarschall Radetzky, dem Sieger von Custozza und Novara, bis 1857 aufrecht.

Die Grundentlastung.

Aber so unumschränkt und gewaltthätig diese Regierung schaltete, so liberal förderte sie in vieler Beziehung den Fortschritt, fast wie einst Joseph II. Wirtschaftlich und sozial war ihr größtes Werk die Durchführung der **Grundentlastung**, das besondere

40. Alexander, Freiherr von Bach.

Verdienst des Ministers Bach, die endlich nach jahrhundertelanger Sklaverei einen freien Bauernstand schuf und die landwirtschaftliche Produktion gewaltig steigerte.

In Niederösterreich z. B., wo ein Drittel des Bodens weltlichen und geistlichen Großgrundbesitzern unmittelbar gehörte, ein zweites Drittel den pflichtigen Bauern, das letzte den Städten und Märkten, betrug bis 1848 die Summe der „Fuß- und Handrobot" alljährlich über 6 Mill. Tage, der Spanndienste 2200000 Tage, der Zehnten (an die Kirche) $1^1/_2$ Mill. Gulden, der Naturalabgaben und bestimmter Leistungen 360000 Gulden, und die Leistungen an den Grundherrn verschlangen im Durchschnitt die Hälfte des Reinertrags einer Bauernwirtschaft. Indem nun das Entschädigungskapital auf etwa 32 Mill. Mark festgestellt wurde, übernahmen die bisher pflichtigen Bauern die Zahlung einer jährlichen Grundentlastungsrente von 1000000 Gulden. Beide Teile befanden sich wohl dabei. Der Bauer war Herr seiner Wirtschaft, der Grundherr erhielt statt der oft schwer verwertbaren Naturallieferungen und der meist widerwillig, also schlecht geleisteten Frondienste eine bestimmte Geldrente, und die Produktion stieg erheblich (in Feldgetreide und Hülsenfrüchten von 1848 bis 1868 von 13 Mill. auf 18 Mill. Metzen), auch der Bestand an Pferden und Rindern vermehrte sich außerordentlich.

Wirtschafts-politik.

Für die eigentliche Wirtschaftspolitik war der leitende Gedanke zunächst der, alle Länder des Kaiserstaates von Bodenbach bis Hermannstadt in ein einheitliches Verkehrsgebiet zu verwandeln und dies mit dem deutschen Zollvereine in die engste Verbindung zu bringen, diesen also über ganz Österreich auszudehnen, gewiß ein großartiger Plan, aber in der damaligen politischen Lage unausführbar. Nur der erste Teil wurde verwirklicht, denn schon am 1. Oktober 1850 fielen die Zollschranken zwischen Österreich und Ungarn, der zweite Teil scheiterte am entschiedenen Widerstande Preußens, und Österreich mußte sich mit der Begründung des österreichisch-deutschen Postvereins (6. April 1850) und mit einem Handelsvertrage, der die Zölle auf eine Reihe von Waren herabsetzte (19. Februar 1852; s. auch unten), begnügen; später, am 24. Januar 1857, folgte noch ein Münzvertrag, durch den Österreich zum preußischen 45 Gulden- (30 Thaler-) fuß überging, und seinen Silbermünzen (neuen Gulden und Thalern) auch in Deutschland Kurs verschaffte. Im Innern sicherte Bruck den wirtschaftlichen Interessen eine sachgemäße Vertretung durch die Handels- und Gewerbekammern (seit März 1850), die sich vortrefflich bewährten; vor allem aber arbeitete er an dem Ausbau der noch sehr vernachlässigten Verkehrswege. Nicht nur zahlreiche Landstraßen wurden neuhergestellt, sondern auch das Eisenbahnnetz vervollständigt, von dem im Jahre 1848 in Österreich nur ein paar große Linien (Wien-Brünn-Prag, Wien-Oderberg, Venedig-Verona-Mailand), in Ungarn nichts vorhanden waren. Schon war 1848 die Semmeringbahn, die erste Alpenbahn überhaupt und eine der schönsten aller, unter Leitung des Ingenieurs Ghega vom Staate begonnen worden, 1857 wurde die Südbahn bis Triest eröffnet. Auch die Überschienung des Brenner wurde in Aussicht genommen, der Bau der Bahn nach München angefangen, in Lombardo-Venetien einige Linien den Hauptlinien angefügt, für Ungarn ein großes Netz von 1125 km geplant (1856), von dem freilich sehr wenig fertig wurde, da der ungarische Adel zwar groß im Aktienzeichnen, aber schwach im Zahlen war. Nach 1856 wurde eine Menge von Bahnen konzessioniert und besonders dafür die Kreditanstalt für Handel und Gewerbe gegründet, aber noch im Jahre 1859 endete die Tiroler Bahn in Innsbruck, zwischen dem oberitalienischen Netz und der Südbahn klaffte eine weite Lücke, und auch die direkte Verbindung mit München war noch nicht hergestellt, so daß z. B. der junge Kaiser, wenn er seine Braut, Prinzessin Elisabeth von Bayern, besuchen wollte, den Weg über Prag, Dresden, Leipzig, Hof und Nürnberg nehmen mußte. Die volle Ausnutzung der Donau als Wasserstraße nach der Levante hinderten damals wie noch bis zum September 1896 die Schnellen und Riffe der Felsenengen des Eisernen Thores, die eine Umladung der Waren unumgänglich und daher den Transport kostspielig machten, und der Pariser Vertrag von 1856 gab die Herrschaft über den unteren Teil dieses österreichischen Stromes in die Hände einer europäischen Kommission; aber die österreichischen Dampfer behaupteten auch auf dieser Strecke ein unbedingtes Übergewicht. Kräftiger entwickelte sich der Seehandel von Triest aus, wo der Lloyd unter Brucks zweiter Leitung 1851/52 großartige Arsenale und Trockendocks baute und im Jahre 1861 die Einfuhr einen Wert von 156 Mill. Gulden, die Ausfuhr von 99 Mill. Gulden erreichte.

Finanzen.

Bei alledem wollte es nicht gelingen, die Finanzen des Reiches auf eine feste Grundlage zu stellen. Der Gewohnheit, mit Anleihen zu wirtschaften, trat Bruck entgegen, indem er bei der Nationalbank die Staatsschuld durch Anweisung von Domänen im Werte von 155 Mill. Gulden als Hypothek tilgte (1855), und die Südbahn verkaufte er um 100 Mill. Gulden an eine französisch-italienische Gesellschaft. Trotz alledem wollte das Defizit aus dem Staatshaushalte nicht weichen, der Staatskredit und damit der Kurs des Papiergeldes sich nicht heben. In den zehn Jahren 1848 bis 1857 betrug die Staatseinnahme 2163 Mill. Gulden, die Ausgabe dagegen 2564 Mill. Gulden, wozu noch 736 Mill. außerordentlicher Ausgaben kamen, so daß diese zehn Jahre ein Defizit von 1183 Mill. brachten. Die Staatsschuld wuchs um 1043 Millionen. Auch die letzten Friedensjahre hatten kaum eine Besserung zur Folge; 1857 betrug das Gesamtdefizit 48 und 1858 noch 41 Mill. Gulden. Die Masse

des Papiergeldes und die Entwertung desselben nahmen in erschreckender Weise zu; Staatsanleihen konnten nur unter den ungünstigsten Bedingungen aufgenommen werden.

Heerwesen.

Der Hauptgrund dafür lag unzweifelhaft in den Ausgaben für das Heer, das zwei Drittel der Staatseinnahmen verschlang, und doch ließ sich daran nichts Wesentliches ändern, denn ein Reich, dessen größere Hälfte lange Jahre nur mit dem Belagerungszustande regiert werden konnte, konnte einer starken Armee nicht entbehren. Bei einer gesetzlichen Verpflichtung zu 8 (thatsächlich 4) Jahren unter Waffen, 2 Jahren in der Reserve und Befreiung der besitzenden Klassen betrug der Friedensstand 434000 Mann mit 64000 Pferden, der Kriegsstand 674000 Mann mit 108000 Pferden. Doch erschwerten die Mobilisierung der Mangel einer festen Korpseinteilung und vor allem die Garnisonierung der meisten Truppenteile außerhalb ihrer Ergänzungsbezirke, die aus politischen Gründen geboten schien. Die italienischen Regimenter lagen durchaus, die ungarischen wenigstens teilweise in den deutsch-slawischen Ländern, ja sogar in deutschen Bundesfestungen wie Mainz, die deutschen in Italien, Ungarn u. a. m. Von kundiger österreichischer Seite wird außerdem hervorgehoben, die Armeeleitung, die thatsächlich in den Händen des Generaladjutanten Grafen Grünne lag, sei zu büreaukratisch gewesen, der Generalstab in Vorurteilen und Selbstüberschätzung befangen, die Besetzung der oberen Kommandostellen viel zu sehr von höfischer Gunst und hoher Geburt abhängig, die Bildung des Offizierkorps ungenügend. Jedenfalls war die Bewaffnung der Artillerie (mit glatten Geschützen) veraltet, die Feuersicherheit der Infanterie gering, die Reiterei wurde nicht kühn und energisch genug geführt, das Befestigungswesen war in schlechtester Verfassung, das Material der Festungsartillerie geradezu unbrauchbar, die Werke selbst entsprachen nirgends mehr, auch nicht in dem berühmten oberitalienischen Festungsviereck, den modernen Anforderungen. Aber wer damals dergleichen geäußert hätte, der hätte tauben Ohren gepredigt.

Kriegsflotte.

Merkwürdigerweise hat nun das Stiefkind dieser Verwaltung, die Flotte, im entscheidenden Augenblicke sich besser bewährt, als das mit so großen Kosten geförderte Landheer. Bis 1848 eine fast rein italienische Institution mit dem Kriegshafen Venedig, mit überwiegend italienischem Offizierkorps und italienischer Kommandosprache, war die Kriegsmarine durch den großen Abfall im März 1848 zunächst fast zerrüttet worden, hatte sich aber rasch völlig neugestaltet unter einer Reihe tüchtiger junger Offiziere, die damals rasch emporkamen (Tegethoff, Sterneck, Wüllerstorf-Urbais u. a. m.), und unter der Oberleitung des Erzherzogs Ferdinand Max (geb. 1832), der sich sein Zauberschloß Miramar bei Triest angesichts der blauen Adria baute. Seit 1850 wurde die schöne tiefe Bucht von Pola an der Westküste Istriens zum Kriegshafen eingerichtet, die Bemannung der Flotte wesentlich dalmatinisch, die Kommandosprache deutsch. Die Zahl der Schiffe wuchs bis 1860/61 für den Kriegsfall auf 49 Segler und 38 Dampfer mit 1893 Geschützen, und die rotweißrote österreichische Kriegsflagge erschien im Roten Meere wie an der Küste Marokkos, u. a. machte der Gaffel der schönen Fregatte „Novara“ 1857—59 zum erstenmal die Reise um die Erde.

Die Unterrichtsreform.

Das dauerndste und in mancher Beziehung wertvollste hat aber das neue Österreich auf dem Gebiete des Unterrichtswesens geleistet; was dies, namentlich die „Mittelschule“ und die Universität, heute ist, das verdankt sie wesentlich diesem verrufenen Zeitalter der Reaktion, in erster Linie dem Unterrichtsminister Grafen Thun und seinen beiden Mitarbeitern Franz Exner und Hermann Bonitz (aus Stettin).

Die österreichische Volksschule war damals über das unter Maria Theresia Begründete (s. Bd. VII, S. 517) nicht wesentlich hinausgekommen. Man zählte 1847 allerdings über 10000 Schulen (abgesehen von Italien, Südtirol und Dalmatien), davon fast 6000 mit deutscher Unterrichtssprache, aber weder genügte diese Zahl, noch waren die Anstalten gleichmäßig verteilt, fehlten vielmehr in entlegeneren Gegenden ganz, wurden nur von einem Teile der schulpflichtigen Kinder besucht und waren doch im Verhältnis zu den vorhandenen Lehrkräften überfüllt, diese selbst aber waren mangelhaft gebildet und schlecht besoldet, die Lokale und die Lehrmittel höchst ungenügend. Die nun beginnende Reform erklärte zunächst die Volksschule für eine Gemeindesache, für die Land und Staat nur aushilfsweise aufzukommen habe, führte den Schulzwang (für 6 Jahre) ein, stellte die Schulen unter staatliche Inspektoren und unter die Aufsicht der Bezirks-, Kreis- und Landesbehörden, hielt an dem konfessionellen Charakter der Volksschule fest und wollte als Grund-

lage des Unterrichts die Muttersprache der Kinder betrachtet wissen, doch mit Berücksichtigung der sonst landesüblichen Sprachen. Die alte Einteilung in Trivial- und Hauptschulen blieb bestehen, aber daneben entwickelten sich „Bürgerschulen" für die Bedürfnisse des Bürgerstandes, und die verfallenen Normalschulen wurden als Lehrerbildungsanstalten reorganisiert. Großen Eifer legten dabei die Gemeinden, die Grundherrschaften und manche Kirchenfürsten für die bessere Ausstattung der Schulen an den Tag, und die Zahl der Schulen, namentlich der städtischen Hauptschulen, und der Schüler wuchs rasch, wenngleich der Schulbesuch immer noch mangelhaft blieb, am schlechtesten in der Bukowina 13,6 %, in Galizien 24 % und in Dalmatien 25 %.

Fast noch mehr bedurfte das Mittelschulwesen einer gründlichen Reform. Die österreichischen Gymnasien (83 im Jahre 1847 ohne Italien) standen damals tief unter den deutschen. Sie waren mittelmäßige Lateinschulen, die nach der mehr ehrwürdigen als zeitgemäßen Ratio studiorum der Jesuiten von 1586 (s. Bd. V, S. 434) meist unter der Leitung von Ordensgeistlichen ihren Zöglingen eine gewisse Fertigkeit im Lateinischen beibrachten, aber das Griechische nur höchst mangelhaft betrieben, in die antike Litteratur gar nicht einführten, in deutscher Sprache und Litteratur überhaupt nicht unterrichteten und die Realien höchst oberflächlich oder auch gar nicht behandelten. Sie entließen mit 16 Jahren ihre Schüler zu den zwei- oder dreijährigen sogenannten „philosophischen Obligatkursen", die entweder selbständige Anstalten (15), oder mit Lyceen (5) oder mit den Universitäten (6) verbunden waren und im ganzen ungefähr die verkümmerte artistische Fakultät der mittelalterlichen Hochschulen (s. Bd. V, S. 168 f.), also Vorbereitungsanstalten für ein Fachstudium darstellten. Nach dem Organisationsentwurf von Bonitz vom 16. September 1849 wurden diese philosophischen Obligatkurse überall mit den beiden „Humanitätsklassen" des Gymnasiums zum vierjährigen Obergymnasium vereinigt, so daß ein vollständiges Gymnasium seitdem acht Klassen zählt, die Philosophie auf Logik und Propädeutik beschränkt, der ganze Lehrplan nach norddeutschem Muster umgestaltet, später das Deutsche als Pflichtfach und als bevorzugte Unterrichtssprache (außer in Italien) vorgeschrieben. Bessere Vorbildung der künftigen Gymnasiallehrer auf den neuen philologischen und pädagogischen Seminarien der Universitäten, unter scharfer Kontrolle staatlicher Prüfungskommissionen, neue Lehrbücher und Zeitschriften, Lehrer- und Direktorenversammlungen, Gymnasialinspektoren und große Opfer der Gemeinden brachten rasch einen frischen Zug in das ganze Mittelschulwesen, und am 9. Dezember 1854 wurde der neue Gymnasiallehrplan endgültig genehmigt, doch vermehrte sich die Zahl dieser Schulen nicht erheblich. Eine ganz neue Schöpfung dagegen waren die Realschulen, die nach dem Statut vom 13. August 1851 aus den Hauptschulen herauswachsen sollten und teils als Unter-, teils als Oberrealschulen (je zu 3 Klassen) eingerichtet wurden. Doch wuchs die Zahl langsam (1857 17 vollständige Anstalten, 8 selbständige Unterrealschulen).

41. Graf Leo Thun-Hohenstein.

Am gründlichsten nächst den Gymnasien war die Reform der (6) Universitäten. Bis 1848 ein zusammenhangsloses Gemisch von theologischen, juristischen und medizinischen Fachschulen, nach den dürftigen Gesichtspunkten des alten Absolutismus, nur bestimmt dem Staate Beamte zu liefern, aber nicht wissenschaftlich gebildete Männer zu erziehen, in ihren Vorträgen starr an den vorgeschriebenen Lehrgang und die kaiserlich königlichen Lehrbücher oder „approbierte Hefte" gebunden, erhielten sie jetzt nach deutscher Weise Lehr- und Lernfreiheit, korporative Selbst-

verwaltung, vollständige philosophische Fakultäten, mit zahlreichen, meist aus Deutschland berufenen Professoren, dazu die Einrichtungen der Kollegiengelder, der Privatdozenturen und der Staatsprüfungen. Auch die theologischen Studien an den Universitäten und den bischöflichen Seminarien wurden neugeordnet, die evangelisch-theologische Lehranstalt in Wien als Fakultät organisiert, obwohl nicht mit der Universität vereinigt.

An Opposition gegen diese Neuerungen konnte es unmöglich fehlen. Der Klerus, die nichtdeutschen Nationalitäten, selbst übereifrige Österreicher erhoben zahlreiche Beschwerden, und in manchen Punkten wich die Regierung zurück. Schon 1854 stellte sie die katholischen Gymnasien unter die Aufsicht der Bischöfe, überließ mehrere Staatsgymnasien wieder den Orden, ohne deren Mitglieder zu strenger Beobachtung des neuen Lehrplans oder auch nur zur Ablegung der Lehrerprüfung zu verpflichten, setzte die Anforderungen in manchen Gegenständen herab und gab 1859 sogar die allgemeine Forderung der deutschen Unterrichtssprache bei den nichtstaatlichen Gymnasien auf. Weitergehende Veränderungen lehnte sie jedoch besonders auch unter dem Eindrucke der deutschen Philologenversammlung in Wien im September 1858 ab.

Ungleich schwieriger noch als in Österreich lagen die Verhältnisse in Ungarn mit seinem Gemisch von bunt durcheinander wohnenden Nationalitäten und Konfessionen, wo sich die Krone, die römisch-katholischen Bischöfe und Orden, noch vier andre Konfessionen und die politischen Gemeinden in die Verwaltung der Schule teilten. Die Volksschulen waren namentlich auf dem platten Lande noch viel schlechter bestellt als in Österreich, die Ausstattung, Lehrerbesoldung und Lehrerbildung meist erbärmlich, nicht wenige Lehrer verabschiedete Soldaten, kleine Handwerker oder Schauspieler, die Aufsicht mangelhaft, der Schulbesuch, da der Schulzwang fehlte und die wirtschaftlichen Verhältnisse oft dürftig genug blieben, im ganzen schlecht (in Ungarn mit Slawonien und Kroatien durchschnittlich 37 %, höchstens 67 %, in Siebenbürgen namentlich bei den Sachsen besser). Erschwerend wirkte noch das Sprachengewirr. Von den etwa 10 000 Volksschulen unterrichteten 5000 magyarisch, 2000 slawisch, fast 1500 deutsch, nur etwa 1000 rumänisch, die übrigen bedienten sich mehrerer Unterrichtssprachen. Von den Gymnasien (68 in Ungarn, 27 in Siebenbürgen) leisteten nur die evangelisch-sächsischen etwas Besseres, den griechisch-orientalischen Glaubensgenossen (meist Rumänen) fehlten sie gänzlich. Darüber standen noch zahlreiche Lyceen und Akademien mit philosophischen Obligatkursen, aber nur eine Universität (in Pest-Ofen).

Die neue Unterrichtsverwaltung dachte nun keineswegs daran, etwa die Verwaltung auch nur der höheren Schulen selbst in die Hand zu nehmen, sie dehnte vielmehr nur die österreichische Gesetzgebung auch auf Ungarn aus und begründete einzelne Staatsanstalten. Sie erstrebte also vor allem Vermehrung der Volksschulen und ihrer Klassen, sorgte sogar für Schulen in den Puszten, und wirkte auf äußerliche Verbesserungen und eine Reform der Lehrerbildung hin, hierbei eifrig unterstützt von einzelnen Bischöfen, Grundherren, Gemeinden und Religionsgenossenschaften, von denen beiläufig die Juden die regsten waren. Die schärfere Aufsicht nach österreichischer Weise förderte auch den Schulbesuch. Der streng konfessionelle Charakter und der Unterricht in der Muttersprache blieben gewahrt, wie diesseit der Leitha, doch wurde Fertigkeit im Deutschen allen Haupt- und Stadtschulen aller Volksstämme als Ziel gesteckt. Bis 1859 war das Volksschulwesen der ungarischen Länder in den Rahmen der Gesetzgebung des Gesamtstaates eingefügt, die Zahl der Volksschulen stieg schon 1858 auf mehr als 13 000, der Schulbesuch auf durchschnittlich 70 % der Schulpflichtigen. — Auch den Gymnasien wurden die österreichischen Ordnungen und das Deutsche in den oberen Klassen als herrschende Unterrichtssprache vorgeschrieben. Die Anstalten, die diesen Forderungen nicht genügten, verloren bis auf weiteres ihren Charakter als öffentliche Schulen; dafür gründete der Staat eine Reihe staatlicher Gymnasien und besetzte sie überwiegend mit österreichischen, meist vortrefflichen Lehrkräften. So zählte man 1859 in Ungarn 69 öffentliche Gymnasien, in Siebenbürgen 32, außerdem 15 mit einer Ausnahme neu gegründete Realschulen mit überwiegend österreichischen Lehrern und deutscher Unterrichtssprache. Aber die Opposition gegen diese im ganzen höchst verständigen und wohlthätigen Reformen war in Ungarn um so heftiger, als man sie hier als ein Mittel zur „Germanisierung" betrachtete und von Österreich nichts wissen wollte. Zu diesem magyarischen Widerstreben gesellte sich der Widerwille so ziemlich aller Religionsgenossenschaften, auch der Evangelischen, gegen das herrische Eingreifen des absoluten Staates. Auch hier wich schließlich die Regierung einen Schritt zurück wie in Österreich, indem sie 1859 die Bestimmung der Unterrichtssprache den Körperschaften überließ, die für den Unterhalt der Schulen aufkamen, also ihren großen einheitlichen Gesichtspunkt preisgab.

Das Konkordat.

Während Österreich energisch und mit schönem Erfolge daran arbeitete, seine geistige Bildung auf die Stufe der deutschen zu erheben, setzte es sich doch zugleich durch das Konkordat in einen unausgleichbaren Widerspruch zu der deutschen Geistesfreiheit. Angebahnt war dieser verhängnisvolle Schritt schon durch die Zusicherung voller Selbständigkeit für die Kirche in der Verfassung vom 4. März 1849, der zufolge noch in demselben Jahre die Bischöfe ihre Forderungen aufstellten, dann durch den Verzicht des Staats auf das auch von den der Kirche ergebensten Herrschern stets festgehaltene Placetum regium **im April 1851, womit das ganze Josephinische**

System aufgegeben wurde. Doch der eigentliche Urheber des Konkordats war Joseph Othmar von Rauscher, seit 1853 als Nachfolger des Josephiners Milde Fürsterzbischof von Wien (geb. 1797). Seinem Wesen nach ein formalistisch-scholastischer Stubengelehrter, ohne eigentliche Kenntnis des Lebens, aber von riesigem Wissen und unermüdlichem Lerneifer, daher allen seinen Mitbischöfen weit überlegen, äußerlich unscheinbar, klein, schmächtig, sehr kurzsichtig, schwerfällig im Sprechen, in seiner Haltung aber ruhig, gemessen, vollkommen Herr seiner selbst, in allen seinen Äußerungen klar und bestimmt, wenngleich ohne eigne Ideen und ohne jeden Schwung, war er durch und durch ein kirchlicher und politischer Absolutist nach Metternichs Weise, sah die Ursache des Unheils in der „schlechten Philosophie" und den Freimaurern, die den „Staat ohne Gott" wollten, und die einzige Rettung in der unbedingten Unterwerfung unter die Leitung der Kirche. Daß er der Jugendlehrer des Kaisers gewesen war, das gab ihm eine fast unerschütterliche Stellung, und jedenfalls war er, solange er lebte, der souveräne Beherrscher der römischen Kirche Österreichs. Seit 1852 verhandelte er über das Konkordat in Wien mit dem päpstlichen Nuntius Viale Prela, später in Rom mit dem Kardinal Santucci unter freudiger Mitwirkung des Grafen Thun, der als geschworener Gegner der „freiheittötenden" Allmacht des Staates Kirche und Staat für vollkommen gleichberechtigte Gewalten hielt und dem „Materialismus" der Zeit die „sittliche Idee" durch die freie Kirche entgegenstellen wollte. Am 18. August 1855, dem Geburtstage des Kaisers, wurde das Konkordat in Rom unterzeichnet, am 5. November bekannt gemacht. Die Kirche sollte in Österreich volle Befugnisse und Prärogativen haben, die ihr „nach den Anordnungen Gottes und den kanonischen Ordnungen zustehen." Alle dem Konkordat und den Lehren oder der Praxis der Kirche entgegenstehenden Staatsgesetze waren aufgehoben. Sie erhielt daher das unbeschränkte Recht, Eigentum zu erwerben, die Aufsicht und Überwachung aller Erziehung und die volle Ehegerichtsbarkeit nach kanonischem Recht vor bischöflichen Ehegerichten. Dem Staate verblieben nur die Gerichtsbarkeit über den Klerus in bürgerlichen und peinlichen Prozessen, sowie das kaiserliche Ernennungsrecht für die Bistümer.

42. Kardinal Joseph Othmar von Rauscher, Fürsterzbischof von Wien. Nach einer Photographie.

Folgen des Konkordats.

Der Eindruck war ungeheuer. In der gebildeten Laienwelt wirkte der Vertrag wie ein Donnerschlag. „An einen Unterrichtsminister. Einen Selbstmord hab' ich

Euch anzusagen. Der Kultus hat den Unterricht erschlagen", mit diesen scharfen Zeilen brachte der edle Josephiner Grillparzer das Urteil der gebildeten Deutsch-Österreicher zum Ausdruck. Aber auch der Klerus empörte sich gegen dies Konkordat, das die Geistlichkeit zum stummen willenlosen Gehorsam gegen die Bischöfe verurteilte; der Primas von Ungarn und der Erzbischof von Olmütz wollten nichts wissen von dem Vertrage, und die alten stolzen Klöster der großen Orden, der Benediktiner, Cistercienser, Prämonstratenser, Augustiner Chorherren fürchteten den Verlust ihrer Selbstständigkeit. Es half ihnen allen wenig. Die Erziehung des geistlichen Nachwuchses in den Seminarien und den seit 1857 ganz scholastisch organisierten katholisch-theologischen Fakultäten im ultramontan-römischen Sinne sorgte dafür, daß die ultramontane Kirchenauffassung unter dem Klerus sich ausbreitete, auch die Bischöfe lenkten allmählich ins ultramontane Fahrwasser ein, die von Rauscher veranlaßten Klostervisitationen vernichteten die Selbständigkeit der alten Orden, die Anstellung ausschließlich ultramontaner Religionslehrer an den Mittelschulen und die Missionspredigten der Jesuiten trugen den Ultramontanismus auch unter die Gebildeten und das Volk.

Die ultramontane Partei.

Aber damit nicht genug. Auf dem Nährboden des Konkordats erwuchs auch die ultramontane Partei in Österreich, die es vor 1849 gar nicht gab. Ihren Kern bildeten die bald zahlreich aufschießenden „katholischen Vereine" unter geistlicher Leitung, die sich völlig frei bewegen durften, während dies allen andern versagt blieb, und auch unter dem Adel bildete sich schon 1855 eine ultramontane Gruppe. Dazu kam eine rührige Tagespresse, das aristokratische „Vaterland", das Graf Leo Thun gründete, und der mehr populäre „Österreichische Volksfreund." Und diese Richtung herrschte so, daß bis 1860 eine streng kirchliche Gesinnung als das sicherste Mittel galt, Beförderung und Einfluß zu erlangen. Damit aber wurde eine tiefe Kluft aufgerissen zwischen dem ultramontanen Adel und Klerus auf der einen, der Masse des deutschen Bürgertums auf der andern Seite. Denn da dieses seiner innersten Natur nach der neuen Geisteknechtung nicht weniger widerstrebte, als dem Absolutismus und dem Feudalismus, eine andre Kirche aber als diese ultramontan werdende katholische nicht fand, so gesellte sich zu seinem politischen Liberalismus der religiöse, und dieser entfremdete in Verbindung mit der ultramontanen Gesinnung die deutschen Ultramontanen ihren eignen Volksgenossen. Der Klerus und der größte Teil des böhmisch-mährischen Adels, die Nachkommen jener Geschlechter, die einst im Dreißigjährigen Kriege als Belohnung für ihre Kriegsdienste vom Kaiser die Güter der besiegten tschechischen Edelleute erhalten hatten (s. Bd. VI, S. 167 f.), wurde deutschfeindlich und tschechisch. Das Konkordat ist längst gefallen, aber diese verhängnisvolle Umwandlung, die aus ihm hervorging, bestimmt Österreichs innere Verhältnisse bis zur Stunde.

Ergebnisse der Reaktionszeit für Österreich.

So stand es demnach nach kaum einem Jahrzehnt der „Reaktion". Der zentralisierende Absolutismus stand äußerlich unerschütterlich aufrecht und hatte die materielle wie die geistige Entwickelung des Völkerstaates wesentlich gefördert, aber er hatte die Nationalitäten weder unterdrückt noch innerlich einander genähert oder gar mit der herrschenden Richtung versöhnt. Vielmehr widerstrebten sie stärker als je der Zentralisation, die ihnen zugleich als freiheitsfeindlich und allen Zeitideen widersprechend erschien, und damit auch dem Deutschtum, das ihnen als Werkzeug dieses Systems galt, und dies zwar gar nicht sein wollte, aber doch auch nach seiner ganzen Stellung und Tradition die Einheit des Reiches nicht preisgeben durfte. In diese ohnehin unklare und schwierige Lage hatte das Konkordat mit seinen Folgen nicht, wie seine Urheber beabsichtigten, ein einigendes, sondern ein auflösendes Moment gebracht, weil es die Früchte der Unterrichtsreform verkümmerte, die Kräfte der Deutschen spaltete und damit die der Reichseinheit widerstrebenden Nationalitäten nur verstärkte. Außerdem war es mehr als zweifelhaft, ob die sittliche Kraft dieser zwiespältigen, zusammengezwungenen Völker, in denen alle Selbständigkeit der Charaktere, der einzelnen wie der Nationen, seit Jahrzehnten planmäßig unterdrückt worden war, ausreichen würde, um einem starken Stoße von außen zu widerstehen.

Der deutsche Bundestag und Österreich.

Österreichs Stellung im Bunde.

Und doch wollte Österreich die Herrschaft gleichzeitig über Deutschland und Italien behaupten. In Deutschland herrschte es als Vormacht des Bundestages, den es in sein gefügiges Werkzeug verwandelte, um durch eine geschlossene Mehrheit der Mittel- und Kleinstaaten Preußen niederzuhalten. Es hütete sich dabei, die formelle Souveränität der Einzelstaaten anzutasten, aber es beherrschte die Höfe durch zahlreiche persönliche Verbindungen, unterhielt rege Beziehungen mit den deutschen Ultramontanen, verknüpfte die Interessen der Geldleute, namentlich des Frankfurter Hauses Rothschild, eng mit den seinigen, so daß die schlechten Finanzen Österreichs ein Element seiner Stärke wurden, und sorgte für eine geschickte Vertretung in der Tagespresse, vor allem durch die Augsburger „Allgemeine Zeitung". Vorkommendenfalls wurden allerdings die kleinen Höfe nachdrücklich daran erinnert, daß in Deutschland nur Österreich eine auswärtige Politik zu führen habe. „Erhaltung des Bestehenden", d. h. dieses ihm bequemen Zustandes war für Österreich in Deutschland die Losung. Denn allerdings, unwiderleglich hatten die Sturmjahre seit 1848 erwiesen, daß der Kaiserstaat an einem deutschen Bundesstaate niemals teilnehmen könne, sondern nur an dem bestehenden lockeren Staatenbunde. Da aber dessen schimpfliche Unbrauchbarkeit längst feststand, und nur ein Bundesstaat den nationalen Bedürfnissen Deutschlands entsprach und ihm das unentbehrliche Maß nationaler Einheit geben konnte, so mußte Österreich, wollte es seine „historische Stellung in Deutschland" behaupten, der geschworene Gegner dieser Einheit sein. „Es gibt keinen verruchteren Gedanken, als die deutsche Einheit", äußerte Graf Buol-Schauenstein, der Nachfolger des Fürsten Schwarzenberg im Auswärtigen Amte.

Bismarck im Bundestage.

Diesen österreichischen Plänen trat nun zum erstenmal ein entschlossener und konsequenter Widerspruch entgegen in der Person des preußischen Gesandten am Bundestage, Otto von Bismarck-Schönhausen (seit 27. August 1851).

Als Sohn eines alten brandenburgischen Adelsgeschlechts am 1. April 1815 auf Schloß Schönhausen in der Altmark geboren, hatte Bismarck nach glücklichen freien Knabenjahren seine Gymnasialbildung im Grauen Kloster zu Berlin unter dem Rektor Bonnel erhalten und dann seit 1832 in Göttingen die Rechte studiert, ohne sich dadurch abhalten zu lassen, als Mitglied des vornehmen Korps Hannovera ein flotter Bursche und gefürchteter Schläger zu sein. Doch der Justizdienst, nachdem er noch seiner Militärpflicht bei den Gardeschützen in Potsdam und dem pommerschen Jägerbataillon in Greifswald zu genügen hatte, fesselte ihn nur kurze Zeit; er übernahm schon 1839 die Bewirtschaftung der pommerschen Güter seines Vaters. Indem er hier bei aller stürmischen Lebensfreude doch auch eifrig sich den praktischen Geschäften seines Berufs widmete, behielt er zugleich Zeit genug zu einer ausgebreiteten, namentlich geschichtlichen Lektüre, die er von jeher gepflegt hatte, und war somit wohlvorbereitet für eine politische Wirksamkeit, als er 1847 als Abgeordneter der Ritterschaft des Kreises Jerichow in den Vereinigten Landtag eintrat. Diese parlamentarische Thätigkeit setzte er als Mitglied des neuen konstitutionellen Landtags und des Unionsparlaments in Erfurt fort. Er hatte somit eine sehr ungewöhnliche, nichts weniger als diplomatische Vorbereitung für den diplomatischen Posten gefunden, den ihm das ganz persönliche Vertrauen seines Königs übertrug.

Er galt damals überall wegen seines parlamentarischen Auftretens als ein „reaktionärer Junker" reinsten Wassers und als ein geschworener Anhänger der Kreuzzeitungspartei und war das doch niemals. Aber allerdings, er war ein stolzer Preuße und Edelmann, ein treuer Vasall seines Königs, ein Verächter aller Phrasen und Theorien, ein geschworener Gegner des landläufigen französierenden Liberalismus, ein mutiger Verfechter des historischen starken preußischen Königtums, dessen Krone er nicht dahin geben wollte, um sie in einer flitterhaften deutschen Kaiserkrone einzuschmelzen, kein Redner im gewöhnlichen Sinne, aber stets schlagfertig, scharf, witzig, voll treffender Bilder. Er war ein Anhänger des engen Bundes mit Österreich, aber nur unter der Voraussetzung, daß beide Großmächte als gleichberechtigte Genossen in engem Einvernehmen den Deutschen Bund leiteten, wie nach 1815; er wurde sein entschiedenster Gegner, sobald er in Frankfurt bemerkte, daß es ein solches Österreich gar nicht gebe, und er war fest entschlossen, der österreichischen Majorisierungspolitik am Bundestage mit Hilfe einer allen Machtunterschieden hohnsprechenden Stimmenverteilung, nach der Preußen von 17 Stimmen nur eine führte, soviel wie Baden oder Sachsen, Schritt

für Schritt entgegenzutreten, vor allem jedem Versuche, die Befugnisse des Bundestages zu erweitern. So trat er wie mit blankem Schwert und offenem Visier auf den Plan, die Würde seines geringgeschätzten Staates gegenüber dem österreichischen Präsidialgesandten (erst Graf Thun, seit 1852 Prokesch-Osten) bald mit Laune, bald mit Schärfe wahrend, immer Herr seiner selbst und Herr des Moments.

Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins.

Bereits war sein Rat von Gewicht bei dem ersten Erfolge, den Preußen nach einer endlosen Reihe von Demütigungen wieder erfocht. Dem von Österreich betriebenen und von den Mittelstaaten unterstützten Versuche gegenüber, in den Zollverein einzutreten, die Leitung der Zollsachen dem Bunde zu übertragen und dadurch in österreichische Hände zu bringen, beugte Preußen rasch und entschieden vor. Es schloß am 7. September 1851 in Magdeburg einen geheimen Vertrag mit Hannover, der dies verpflichtete, mit seinem unhaltbaren „Steuerverein" (Hannover, Braunschweig, Oldenburg) vom 1. Januar 1854 an dem preußischen Zollvereine beizutreten, kündigte dann sämtlichen Genossen die 1853 ablaufenden Zollverträge und lud sie für den April 1852 zu neuen Verhandlungen auf Grund des Abkommens mit Hannover nach Berlin ein. Alle Welt war überrascht und bestürzt, aber so fest war bereits die Wirtschaftsgemeinschaft des zollvereinten Deutschland mit Preußen, daß keine politische Gegnerschaft und kein Souveränitätsdünkel über die harten Thatsachen hinweghalfen und der Zollverein am 4. April 1853 auf weitere zwölf Jahre, die übliche Frist, erneuert wurde. Mit dem Beitritt des Steuervereins war die wirtschaftliche Einigung des außerösterreichischen Deutschland, die Grundlage des neuen Reichs, bis auf die Hansestädte, Mecklenburg und Schleswig-Holstein, vollendet und ein geschlossenes freies Gebiet von mehr als 9000 Geviertmeilen mit 35 Millionen Einwohnern geschaffen. Österreich mußte sich mit einem günstigen Handelsvertrage (19. Februar 1852) begnügen (s. S. 116).

43. Otto von Bismarck als Bundestagsgesandter.

Deutschland im Krimkriege.

Kurz nach dieser Entscheidung brach der Krimkrieg aus. So schwer hatte nach der allgemein verbreiteten Ansicht die russische Macht als eine Macht der Reaktion auf Deutschland gelastet, daß die weit überwiegende Mehrzahl der politisch Denkenden sich fast leidenschaftlich gegen Rußland aussprach, und in diesem großen unglücklichen Volke, das kein Vaterland hatte, die Erwachsenen am Bier- und Zeitungstisch, die Schuljugend mit Zinnsoldaten und Fäusten fast nicht minder heftig gegeneinander stritten, wie Russen, Franzosen und Engländer um Sebastopol. Auch in den leitenden Kreisen Preußens war die Meinung geteilt. Die Hochkonservativen der Kreuzzeitungspartei, darunter viele hohe Offiziere, hätten am liebsten zur Unterstützung des bewunderten Zaren Nikolaus das Schwert gezogen und dadurch die Hauptlast des ganzen Krieges auf Preußen abgewälzt; Prinz Wilhelm war zwar keineswegs für den Anschluß an die Westmächte, hielt aber ein Zurückdrängen des russischen Einflusses für durchaus notwendig im Interesse

Deutschlands, wollte also keinesfalls eine Unterstützung Rußlands; Bismarck riet von Frankfurt aus nüchtern und kühl zur Neutralität und warnte davor, etwaige Angriffsneigungen Österreichs zu unterstützen. Der König hatte persönlich kaum ein politisches Interesse an dem Kriege; er mißbilligte das ganze Vorgehen seines Schwagers, des Zaren, wünschte aber eine Verbesserung in der Lage der türkischen Christen herbeizuführen und gab daher Rußland insoweit nach, daß er seinen mehr geistreichen und phantasievollen als diplomatischen Gesandten in London, Freiherrn Josias von Bunsen, im Mai 1854 abberief, weil dieser allzueifrig der westmächtlichen Politik entgegenkam, und um dieselbe Zeit den wackeren Kriegsminister Eduard von Bonin auf unmittelbare Einwirkung Rußlands entließ, weil er dessen offenkundiger Gegner war. Tief verstimmt über eine solche, wie er meinte, viel zu weit gehende Nachgiebigkeit gegen Rußland zog sich damals Prinz Wilhelm auf längere Zeit nach Baden-Baden zurück. Indes wollte der König durchaus die Neutralität wahren. Anders Österreich, das an der unteren Donau eigne Interessen gegen Rußland zu schützen hatte. Allein es fand für seinen Gedanken, ganz Deutschland für dies Auftreten zu gewinnen, selbst bei den Mittelstaaten keinen Beifall, da diese in Rußland den einzigen kräftigen Schutz gegen die unheimliche „Revolution" sahen. So ergab sich die thatsächliche Neutralität ganz Deutschlands und Österreichs weniger aus einer kaltblütig das eigne Interesse abwiegenden Politik, als aus dem Widerstreit der Interessen. Beide Großmächte gingen zusammen auf den vermittelnden Wiener Konferenzen im Dezember 1853 und in dem Schutz- und Trutzbündnis vom 20. April 1854, wogegen die Mittelstaaten in den Bamberger Besprechungen im Juni einen ganz ohnmächtigen Versuch machten, ihre Selbständigkeit zu wahren (s. S. 687). Aber dem weiteren Vorgehen Österreichs in seinem Bündnis mit den Westmächten am 2. Dezember 1854 versagten sich Preußen und der Bund; statt der von Österreich beantragten Mobilisierung der Bundeskontingente beschloß der Bundestag am 8. Februar 1855 vielmehr nur deren Bereitschaftstellung. Wirksam arbeitete dann Preußen nach dem Falle von Sebastopol in Petersburg an einer Friedensvermittelung, und auch am Pariser Kongreß nahm es seit dem März 1856 als europäische Großmacht teil, während der Deutsche Bund als solcher unberücksichtigt blieb.

Für Deutschland ergab sich aus dem Krimkriege in der That eine Abnahme des Drucks, den Rußland bisher ausgeübt hatte. Obwohl die Russen in ihrem Hochmut immer noch geneigt blieben, Preußen als ihren Vasallenstaat zu behandeln, so erkannten sie doch den Nutzen an, den ihnen die Neutralität Preußens gebracht hatte, und gegen Österreichs „Undank" hegten sie den tiefsten Groll. Damit war die Möglichkeit einer neuen entscheidenden Wendung der preußischen Politik gegeben.

Die Neuenburger Frage.

Zunächst freilich wurde das in Deutschland wenig bemerkt. Hier sah man in dem Verhalten Preußens nur einen neuen Beweis für die Unklarheit und Unschlüssigkeit seiner Politik. Wie wenig es daher auf die Unterstützung seiner „Bundesgenossen" rechnen konnte, zeigte deutlich der wunderliche Streit um Neuenburg.

Seit dem Jahre 1707 besaß das preußische Königshaus die Souveränität über das Fürstentum Neuenburg (s. Bd. VII, S. 272); allein in den Unruhen des Jahres 1848 wurde der preußische Statthalter aus Neuenburg vertrieben, und das Fürstentum trat als selbständiges Glied der Eidgenossenschaft bei. König Friedrich Wilhelm ließ das geschehen; als man aber allenthalben zur alten Ordnung der Dinge zurückkehrte, erhob auch er wieder Anspruch auf die Souveränität über Neuenburg, unbeschadet seiner Zugehörigkeit zum Schweizer Bunde. Er erreichte, daß die Großmächte durch das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 seine Ansprüche auf das Fürstentum ausdrücklich als begründet anerkannten, und hielt den Werbungen Englands um die preußische Waffengenossenschaft im Krimkriege gegenüber als Vorbedingung für alle Verhandlungen fest, daß der Wiederbesitz Neuenburgs ihm garantiert würde. Auf die Ablehnung Englands hin ruhte indessen die Frage mehrere Jahre, und als Manteuffel auf dem Pariser Kongresse auf Befehl seines Königs verlangte, daß sie unter diejenigen allgemein europäischen Fragen aufgenommen würde, „die der Prüfung unterworfen werden

sollten", so hörten die Bevollmächtigten ihm wohl mit Aufmerksamkeit zu, doch fand sich niemand bewogen, auf die Anregung ihm eine Antwort zu geben.

Der Konflikt zwischen der Schweiz und Preußen.

Da erhob sich die zu Preußen haltende alteinsässige und monarchisch gesinnte Minorität der Neuenburger Bevölkerung unter der Anführung des Grafen Pourtalès am 2. September 1856 mit den Waffen in der Hand, bemächtigte sich durch einen Handstreich des Neuenburger Schlosses und versuchte, die 1848 dort eingeführte demokratisch-republikanische Verfassung umzustürzen und die Herrschaft der Hohenzollern wiederherzustellen. Indes nach kurzem Kampfe wurden die Aufständischen von den Truppen der Bundesregierung (5000 Mann Aarganer und Waadtländer) unter Oberst Denzler überwältigt; einige wurden getötet und 668 gefangen genommen, von denen 66 in Haft behalten und unter Anklage auf Hochverrat gestellt wurden. Sofort griff der König von Preußen zu ihren gunsten ein, erklärte den Aufstand für berechtigt und verlangte die Freigebung sämtlicher Gefangenen. Die Weigerung der Schweiz beantwortete er mit der Mobilmachung mehrerer Armeekorps (im ganzen 160000 Mann) und dem Abschlusse von Verträgen mit den süddeutschen Regierungen behufs des freien Durchmarsches der preußischen Truppen. Direkte Verhandlungen mit dem schweizerischen Bundesrate wies er zurück und brach am 16. Dezember 1856 alle diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz ab. Da rüstete denn unter großem Geräusch und unter vielem Gerede von alten Heldenthaten gegen fremde Tyrannen auch die Schweiz, befestigte Basel und bot einige Milizdivisionen auf. Der Krieg schien unvermeidlich.

Ausgleich.

Dennoch versuchte zunächst Österreich ihn zu beschwören, um einer Intervention Napoleons zuvorzukommen; es bestritt den Einzelregierungen das Recht, den Durchmarsch fremder Truppen zu gewähren, das sei Sache des Deutschen Bundes. Mit Gereiztheit wies Preußen diese Einmischung zurück. So erfolgte denn doch die gefürchtete Intervention des französischen Kabinetts, aber nach vorheriger Verständigung mit Preußen. Napoleon gab der Schweiz die Zusicherung, daß Preußen von dem Augenblicke an, wo die Gefangenen freigelassen würden, auf jede kriegerische Maßregel gegen die Schweiz Verzicht leisten werde, und verbürgte sich für die Unabhängigkeit Neuenburgs. Daraufhin gab die Schweiz nach, ließ die Gefangenen frei und schlug den angestrengten Hochverratsprozeß nieder. In Paris trat nun eine Konferenz der Großmächte zusammen und traf zwischen dem Könige und der Schweiz, wenn auch erst nach längeren Verhandlungen, am 26. Mai 1857 das Abkommen, daß der König endgültig auf alle Souveränitätsrechte über Neuenburg verzichtete, den Neuenburger Aufständischen aber Straflosigkeit gewährt wurde. Einer Entschädigung für seine Privatbesitzungen in Neuenburg entsagte der König, behielt sich aber den Titel eines Fürsten von Neuenburg und Valengin auch für die Zukunft vor.

Folgen des Streites.

Unzweifelhaft war dies Ergebnis, wenn man in Preußen um eine nicht eigentlich preußische Angelegenheit den Krieg nicht wollte, obwohl er natürlich siegreich verlaufen wäre, nicht ungünstig, aber es brachte auch eine Befestigung der französischen Vormachtstellung in Europa, es vergrößerte die Spannung zwischen Preußen und Österreich und führte zu einer Annäherung Preußens und Frankreichs. In seiner Isolierung wich Österreich in Italien einen Schritt zurück. Schon am 1. Januar 1857 hatte Franz Joseph eine umfassende Amnestie für politische Vergehen erlassen, er rief am 1. März Radetzky ab und ernannte den Erzherzog Ferdinand Max zum Generalgouverneur des lombardisch-venezianischen Königreichs. Doch es war zu spät.

Ausgang Friedrich Wilhelms IV.

Den König Friedrich Wilhelm hatte die Neuenburger Angelegenheit ganz persönlich gereizt und verstimmt, weil sie ihn in der Tiefe seines fürstlichen Selbstbewußtseins verwundet hatte. Schon mehrere Jahre früher hatten sich Anzeichen einer vermutlich sehr weit zurückreichenden geistigen Erkrankung (Gehirnerweichung) gezeigt, namentlich in einem oft langanhaltenden dumpfen Hinbrüten. Jetzt, geärgert über die Haltung Österreichs in der Neuenburger Frage, wollte er einen letzten Versuch machen, das alte Verhältnis wiederherzustellen, das ihm seit seiner Jugend Herzenssache war, und reiste deshalb im Juli 1857 über Teplitz nach Wien. Völlig enttäuscht zurückgekehrt, hatte er noch in Pillnitz ärgerliche Erörterungen, da traf ihn ein erster Schlaganfall mit Lähmungs-

erscheinungen der Zunge. Er erholte sich wieder und machte sogar die Herbstmanöver um Merseburg und die Einweihung der wiederhergestellten ehrwürdigen Grabkirche der Wettiner auf dem Petersberge bei Halle mit (8. September). Obwohl dabei abermals bedenkliche Erscheinungen hervortraten, führte er doch die Regierung weiter und leitete noch einmal den Ministerrat. Da geschah es, daß er über dreizehn in langer Zwischenzeit gefällte Todesurteile zu entscheiden hatte. Seinem Wesen nach gütig und mild, war er seit den ihm so schrecklichen Märztagen von 1848 von der düsteren Vorstellung ergriffen, daß ihn Gott zur Buße seiner Sünden als Zuchtrute der Sünde eingesetzt habe, und so bestätigte er von jenen Todesurteilen auf einmal elf. Es war seine letzte Regierungshandlung. In den ersten Tagen des Oktober erneuerte sich der Gehirnschlag, und der Zustand wurde hoffnungslos. So übernahm Prinz Wilhelm von Preußen die Stellvertretung, zunächst auf drei Monate. Es war ein höchst unbehaglicher Zustand vor allem für ihn selber; denn obwohl er in sehr wichtigen Fragen gar nicht mit dem Könige übereinstimmte, so wollte er doch in seiner peinlichen Gewissenhaftigkeit nicht einen Fingerbreit von den durch diesen vorgezeichneten Richtlinien abgehen, und da die bis dahin herrschende Kreuzzeitungspartei nichts mehr fürchtete als eine Änderung dieser Linien, so wußte sie es zu erreichen, daß die Stellvertretung noch dreimal erneuert wurde. Da aber zerriß Prinz Wilhelm alle Ränke mit festem Griff und forderte vom Ministerium ein Gutachten, ob der gegenwärtige Zustand ohne Gefährdung der Verfassung länger dauern dürfe oder ob nicht vielmehr die verfassungsmäßige Regentschaft eintreten müsse. Am 6. September entschied sich der Ministerrat für die Regentschaft, am 7. Oktober unterzeichnete der König, der den Winter in Rom zubringen sollte, in einem freien Augenblicke die Urkunde, vollkommen klar darüber, daß er damit abdankte; ein Thränenstrom brach hervor und er verließ das Zimmer. Am 8. Oktober 1858 übernahm Prinz Wilhelm die Regentschaft „mit alleiniger Verantwortung gegen Gott", am 26. Oktober leistete er vor dem Landtage den Eid auf die Verfassung. Eine neue Periode für Preußen war damit angebrochen, das erwartete damals jeder, und viele hofften, daß sie eine Herrschaft des Liberalismus bringen werde. Hatte doch der Prinz seinen Sohn Friedrich Wilhelm mit der jugendlichen Prinzeß royal Victoria von Großbritannien, der ältesten Tochter seines Freundes Prinz Albert, vermählt (25. Januar 1858), und lauter Jubel begrüßte das junge Paar bei seinem Einzuge in Berlin am 8. Februar, denn England galt allen Liberalen als das Musterland. Doch unendlich Größeres sollte kommen: Deutschland stand an der Schwelle seiner modernen Heldenzeit.

Die Begründung des Königreichs Italien.

Die Reaktion und die nationale Bewegung.

Die politische Lage.

Noch ahnte damals niemand, daß sich die alte Schicksalsgemeinschaft Deutschlands und Italiens abermals erneuern und daß beide Völker nebeneinander ihre nationale Einheit erkämpfen würden. Nach dem Scheitern der volkstümlichen Einheitsbewegung von 1848/49 war die Lage Italiens viel schlimmer als die Deutschlands. Mit Ausnahme Piemonts hatten die siegreichen Regierungen überall den alten Absolutismus wiederhergestellt. Dazu stand ein großer Teil des Landes, das lombardisch-venezianische Königreich, unmittelbar unter der österreichischen Fremdherrschaft, fast alle seine Staaten unter fremden Dynastien, die in Österreich den Bürgen für ihren eignen Fortbestand sahen und sich, wie die Bourbonen in Neapel, auf fremde (schweizerische) Söldner oder (wie Toscana, Parma, Modena) auf österreichische Besatzungen stützten, und im Kirchenstaate schaltete ein geistliches Regiment, das eine national-italienische Politik weder verfolgen konnte noch wollte und sich gegen seine Unterthanen nur durch fremde Truppen sichern konnte, französische in Rom, österreichische in der Romagna. Die oft brutale und hochfahrende Art, wie die österreichischen Befehlshaber und Diplomaten den italienischen Bevölkerungen und wohl auch den von ihnen ganz abhängigen Regierungen gegenübertraten, verdichtete von Jahr zu Jahr den Haß gegen die „Bar-

baren", die „Tedeschi", und die Scharen von Flüchtlingen, die die Wiederherstellung des Absolutismus und eine rachsüchtige Reaktion über die Grenze, nach Piemont, der Schweiz und Frankreich trieb, bildeten überall ein Element der Unruhe, das nicht eher beseitigt werden konnte, als bis in ihrer Heimat bessere Zustände wiederhergestellt wurden. Hunderte von ausgewanderten Lombarden, zum Teil wohlhabende Leute, lebten in Piemont; von den 114 Mitgliedern der neapolitanischen Kammer von 1848 waren zwei Drittel zum Tode oder zum Gefängnis verurteilt oder in der Verbannung, und jener Graf Orsini, der 1858 den Mordanfall auf Napoleon III. unternahm (s. unten), war ein römischer Flüchtling. Sehr milde war die Reaktion in Toscana unter dem Großherzog Leopold aufgetreten, aber die konstitutionelle Verfassung hatte auch er trotz eines gegenteiligen Versprechens im Mai 1852 beseitigt, in Livorno lag bis Ende 1854, in Florenz bis Mai 1855 eine starke österreichische Besatzung, und für nationalitalienische Interessen hatte der Großherzog jedes Verständnis verloren, so wohlmeinend und geordnet seine Verwaltung im übrigen auch war.

Wirtschaftliche Zustände.

Und wie politisch, so war die Halbinsel auch wirtschaftlich zerrissen und weit hinter andern Kulturländern Westeuropas zurückgeblieben. Abgesehen von Piemont, beschränkte sich das italienische Eisenbahnnetz im Norden noch 1859 auf die wesentlich aus militärischen Gründen erbauten Linien Venedig-Ticino und Piacenza-Bologna, im Süden des Apennin auf ein paar kurze vereinzelte Strecken (Florenz-Pisa-Livorno, Rom-Civitavecchia, Neapel-Caserta); auf Sizilien fehlten auch solche. Der Verkehr war also fast ganz auf die Landstraßen und auf das Meer angewiesen. Eine wirkliche Industrie gab es nur in einzelnen Strichen Nord- und Mittelitaliens, in Piemont, der Lombardei und in Toscana, das 1850 und 1854 sogar eine Industrieausstellung veranstaltete; vor allem blühten die Seidenzucht, die Strohflechterei, die Steinarbeit und das unverwüstliche Kunstgewerbe in alter technischer Meisterschaft. Eine erhebliche bergmännische Ausbeute gaben nur die Schwefelgruben Siziliens, die Eisenbergwerke Elbas und die herrlichen Marmorbrüche von Carrara, während es an Eisen und Kohle ganz fehlt. Weitaus die Mehrzahl des Volkes lebte dem Landbau und vom Landbau oder von der Viehzucht, die im Süden noch immer in jedem Winter die halbnomadischen Herden in die Grassteppen Apuliens hinunter-, im Sommer in die kühlen, futterreichen Gebirge hinaufführte. Technische Fortschritte aber waren schon deshalb schwer möglich, weil der italienische Bauer nur in einzelnen Teilen der Potiefebene und des Südens Eigentümer des Grund und Bodens, im übrigen Lande nur Pächter eines Grundherrn oder einer Kirche, vielfach auf Halbpacht (mezzadria) oder zu kurzem Pachttermin, seltener auf Erbpacht, war und ist, also fast niemals die Mittel oder auch nur das Interesse hatte, Meliorationen vorzunehmen und nur in mühsamer Arbeit unter südlichem Sonnenbrande dem oft so gesegneten Boden die Mittel zum bescheidensten täglichen Leben, zum dürftigsten Unterhalt abgewinnen kann. Die Großgrundbesitzer aber bewirtschafteten nach alter schlechter Gewohnheit ihre Güter meist nicht selbst, sondern überließen es Generalpächtern, die Pachtzinsen einzutreiben, die sie in den Städten verzehrten, ohne mit dem platten Lande in andre persönliche Verbindung zu treten, als etwa durch eine Sommerfrische auf künstlerisch geschmücktem Landsitz. Daher blieben viele der größten agrarischen Kulturaufgaben ungelöst, fast waldlos das Felsgebirge der Apenninen, wo die toscanische Regierung indes wenigstens versuchte, frühere Sünden gut zu machen (s. Bd. VIII, S. 699), eine Sumpfwildnis die Maremmen der Westküste, außer in einzelnen Teilen Toscanas, ein menschenleeres Weideland die fieberhauchende römische Campagna, das nur wenigen großen Herdenbesitzern reichen Gewinn abwarf. Italien war daher im ganzen, trotz des natürlichen Reichtums seines Bodens, finanziell ein armes Land, mit geringer Ausfuhr, meist von Bodenerzeugnissen, aus wenigen wichtigeren Häfen, wie Genua, Livorno, Neapel, während des verfallenden Venedig alte Bedeutung mehr und mehr an Triest überging, und mit überwiegender Einfuhr fremder Industrieerzeugnisse. Nur durch schwere Steuerbelastung vermochten deshalb die Einzelstaaten ihre Finanzen nach der Zerrüttung der Sturmjahre wiederherzustellen, am besten Toscana, wo im Früh-

jahre 1859 in den öffentlichen Kassen fast 6 Mill. Lire bar, 20 Millionen in Wertpapieren lagen, die Domänen einen Wert von 60 Millionen darstellten und einheimisches Papiergeld ganz unbekannt war.

Die geistige Bildung und die Kirche.

Was für die geistige Bildung des außerordentlich geweckten und begabten Volkes geschah, hielt sich wesentlich in dem alten Rahmen. Kein Schulzwang sorgte dafür, die Kinder der Masse des Volkes zu größerer geistiger Selbständigkeit zu erziehen, selbst Lesen und Schreiben waren für zwei Drittel der Italiener unbekannte Künste (bei der Gründung des Königreichs zählte man 14 Millionen analfabetti von 22), und mit beißendem Hohne legte G. Giusti dem Herzoge von Modena das Verschen in den Mund:

„Fortan wird aus unserm Ländchen
(Das wir, Gott sei Dank, am Bändchen
Lenken in der Finsternis)
Kraft ausdrücklichen Dekretes
Wer sich noch des Alphabetes
Macht verdächtig, fortgejagt."

Für die ungeheure Mehrzahl der Italiener bot also die einzige höhere Form des geistigen Lebens die tief im Volke wurzelnde Kirche mit ihrem glänzenden, sinnengefälligen Kultus und ihrem halbheidnischen Heiligendienst in künstlerisch geschmückten Kirchen. Die höheren Bildungsanstalten aber waren entweder in geistlichen Händen oder vermittelten wenigstens im wesentlichen noch die alte jesuitische, überwiegend formale, rhetorisch-logische Bildung. Erst seit 1852 trat in Lombardo-Venetien die österreichische Unterrichtsreform des Grafen Thun und mit ihr auch die Einrichtung von Realschulen in Kraft, im selben Jahre eine ganz ähnliche in Toscana. Die Universitäten waren zahlreich, aber meist klein und daher dürftig ausgestattet, wenige bedeutend, wie Padua, Bologna, Pisa, Neapel. Groß war äußerlich die Macht der Kirche; erschien doch die Niederwerfung der Bewegung von 1848/49 teilweise geradezu als ihr Sieg über die gottlose Revolution. Da stand denn die Zahl der geistlichen Personen in gar keinem Verhältnis zur Bevölkerung (betrug sie doch selbst in Toscana, vielleicht dem bestregierten Teile Italiens, fast 1 Prozent, über 17000 bei einer Bevölkerungsziffer von 1800000, in Piemont $^1/_2$ Prozent, die Zahl der Bistümer aber nicht weniger als 21, in Piemont sogar 41!), und Konkordate suchten die volle Freiheit der Kirche und ihre Herrschaft über das Unterrichtswesen zu sichern, wie das mit Toscana im Juni 1852, dessen Bestimmungen im wesentlichen denen des österreichischen von 1855 entsprachen.

Aber die Folgen verbürgten keineswegs die Zukunft dieser Zustände. Denn da die gebildeten und national gesinnten Italiener in der römischen Geistlichkeit die geschworene Feindin ihrer nationalen Bestrebungen und ihrer geistigen Freiheit sahen, nach dem Wesen ihres Volkes und seiner Geschichte aber keine andern Formen des religiösen Lebens kannten, als eben die der römisch-katholischen Kirche, so entfremdeten sie sich oft der Kirche überhaupt und verfielen einer glaubenslosen religiösen Freigeisterei oder traten dem Freimaurerorden (massoneria) bei, der bald eine große Macht erlangte und als eine „Kirche des Satans" den grimmigsten Haß der Klerikalen auf sich zog.

Trotzdem bildete sich schon aus den früher erörterten Gründen (s. Bd. VII, S. 708) ein scharfer Gegensatz zwischen den gebildeten Ständen und der Masse des Volkes nicht aus. Dies wurde schon auch durch das alte Übergewicht des Grundbesitzes und der Städte über das platte Land verhindert, das politisch stets zu einer Stadt gehört und mit ihr zusammen das Commune bildet. Es fehlte also auch jeder Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Bürgertum und Landadel, freilich auch jede Selbständigkeit des Landes gegenüber den Städten; jede Bewegung ging daher von den Städten aus und riß das platte Land unwiderstehlich mit sich fort.

Litteratur und Kunst.

Nun stand die Mehrzahl der denkenden und gebildeten Italiener der Fremdherrschaft und den fremden Dynastien mit abgesagter Feindschaft oder mindestens mit kühler Gleichgültigkeit und ohne jede Sympathie gegenüber. Denn ein sittliches Band hatte sich zwischen diesen Fürstengeschlechtern und ihren Unterthanen, die diplomatische Willkür und Waffengewalt zusammengefügt hatte, niemals bilden können, und die glanzvolle Vergangenheit des Landes war nicht landschaftlich-dynastisch, sondern städtisch-republikanisch. Was konnte auch dem Venezianer oder dem Florentiner das Haus Habsburg-Lothringen sein, und wie konnte der Lombarde jemals die scheußlichen

44. Victor Emanuel, König von Italien.

Gefängnisse des Spielberges oder die öffentlich vollzogenen Prügelstrafen an gebildeten Männern vergessen! Seit Jahrzehnten war die ganze italienische Litteratur von dieser Gesinnung durchdrungen; sie atmete glühenden Haß gegen die Fremdherrschaft und leidenschaftliche Sehnsucht nach Befreiung (s. Bd. IX, S. 198 f.). Noch galt Alessandro Manzoni, der Führer der Romantiker, unbestritten als das Haupt dieser Litteratur, obwohl er seinem ersten großen historischen Romane „Die Verlobten“ (I promessi sposi, 1827) kein Werk von gleicher Bedeutung hatte folgen lassen, und er hatte das Glück, die Verwirklichung seiner Hoffnungen noch im hohen Alter zu erleben, da er erst 1873 starb. Eine Fülle historischer Romane (von Tommaso Grossi, Massimo d'Azeglio u. a. m.) führte den Italienern ihre Vergangenheit in demselben Lichte des Patriotismus vor, und sie wurden immer wieder aufgelegt; daneben wirkten Dramatiker wie der Römer Pietro Cossa (gest. 1881) in derselben Richtung. Unter den Lyrikern gewann allmählich Giosuè Carducci den ersten Platz. Die Blüte der

Dialektdichtung zeigte zugleich den ungebrochenen Reichtum dieses Volkslebens. Nicht minder behaupteten die Italiener in der Wissenschaft einen ehrenvollen Platz. Astronomen wie Schiaparelli und P. Secchi (in Rom), Archäologen wie de' Rossi, der Erforscher der Katakomben, Historiker wie Cesare Cantu, der die erste Weltgeschichte in italienischer Sprache schrieb, genossen einen guten Ruf auch jenseit der Grenze, und wenn die italienische Kunst auch nicht mehr die Führung behauptete, so zeigte sich überall nicht nur die Nachwirkung der alten großen Traditionen, sondern auch die Fähigkeit, der modernen Richtung auf kräftigen Realismus zu folgen, also in der Malerei namentlich die Landschaft, das Genrebild und das Porträt zu pflegen, wobei Rom, Neapel, Florenz, Mailand und Venedig die Mittelpunkte eigner Schulen wurden.

Die Parteien der Patrioten.

Wie konnte nun ein so altes Kulturvolk, das noch immer rüstige Lebenskraft in sich fühlte, darauf verzichten, die Leitung seiner Geschicke selbständig in die Hand zu nehmen! Das erschien den edelsten Italienern nicht so sehr als eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit, sondern, wie es sich gebührte, als eine sittliche Pflicht. Und die Aufgabe, die nationale Einheit und Unabhängigkeit zu begründen, stand den Italienern viel klarer vor Augen, als den Deutschen. Denn nach Lage der Sache gab es keinen landschaftlich-monarchischen Partikularismus, der in Deutschland so stark war, sondern nur einen italienischen oder städtischen Patriotismus. Dieser hatte bis zu den Revolutionsjahren überwiegend eine radikal-republikanische und kirchenfeindliche Färbung getragen und sein Ziel durch Verschwörungen und Aufstände zu erreichen gesucht, ohne die vorhandenen Kräfte zu erwägen, weil die verzweifelte Lage notwendig zum Radikalismus führte; erst allmählich drang die monarchische Anschauung durch, die ihre Zukunftshoffnungen auf das piemontesische Königtum setzte und sie mit den geordneten politischen und militärischen Kräften zur Erfüllung bringen wollte. Der römischen Kirche waren ihre Führer keineswegs feindlich, wenn nicht aus Überzeugung, so doch aus praktischen Gründen, da sie sich sagen mußten, daß sie tief im Volke wurzele, auch der gebildeten Frauen unbedingt sicher sei und fast in jeder Familie irgend ein Mitglied zähle, und da sie in der Weltmacht des Papsttums wohl auch einen Gegenstand des nationalen Stolzes und ein Mittel des italienischen Einflusses erblickten; nur die entnervende antinationale weltliche Herrschaft des Papsttums wollten sie zerstören. Obwohl nun diese Richtung seit dem unglücklichen Ausgange der ersten Erhebung rasche Fortschritte machte, so lebte jene frühere Anschauung doch noch fort, besonders in Mazzini und seinem Anhange, und sie hat noch auf den Gang der italienischen Einheitsbewegung einen bedeutenden Einfluß ausgeübt. Dabei vereinigten diese italienischen Patrioten in ihren besten Männern südländische Glut der Leidenschaft mit nüchterner, praktischer Erwägung, und das eben hat ihnen den Sieg gegeben. Und doch stand das Königreich Neapel, das an den stolzen republikanischen Erinnerungen keinen Anteil hatte und stets von rasch wechselnden Herrschergeschlechtern der verschiedensten Abkunft despotisch regiert worden war, der ganzen nationalen Bewegung fast gleichgültig gegenüber, und die Bevölkerung Roms, der Adel wie die Bürgerschaft, war mit der Kirche und dem Papsttume durch tausendjährige Gewohnheit und starke materielle Interessen so fest verwachsen, daß von ihr eine selbständige Regung schwerlich zu erwarten stand.

Victor Emanuel II. und d'Azeglio.

Da war denn die Hoffnung der Patrioten das kleine Piemont allein, der einzige italienische Staat, der ein einheimisches Fürstenhaus, einen politisch-militärischen Adel, ein nationales Heer und eine starke, stolze Tradition besaß (s. Bd. VII, S. 701 f.), der einzige zugleich, der seine junge Verfassung bewahrt hatte. An seiner Spitze stand seit den trüben Tagen nach der Unglücksschlacht von Novara ein junger Fürst, Victor Emanuel II. (1849—78), an sich kein großer Mann, aufrichtig kirchlich gesinnt, ohne tiefere Bildung, schlichten Wesens, von derber Sinnlichkeit, ein Herr, der sich auf verwegener Gemsjagd im Hochgebirge viel wohler fühlte als in der Oper, insofern gar nicht italienisch, und auch in seinem Äußern, der stämmigen, untersetzten Figur mit den starken Zügen und dem riesigen Schnurr- und Knebelbart, alles andre als ein schöner Mann, aber ein treuer Sohn, ein tapferer Soldat, ein gutkonstitutioneller Fürst und

ein patriotischer Italiener, der seine Krone an die Befreiung seines Volkes gesetzt hat. Von der Staatskunst seiner Vorfahren hatte er genug geerbt, um sie mit glänzendem Erfolge anzuwenden: das Ziel unverrückt im Auge zu behalten, aber in den Mitteln unbedenklich zu wechseln, mit allen Kräften und Mächten in Verbindung zu bleiben und bald diese, bald jene zu benutzen, immer aber auf der Seite des Siegers zu stehen, das verstand er mit einer Verschlagenheit, die, mit so heißer Thatkraft gepaart, seinem Volke stets als die höchste politische Tugend gegolten hat. Neben ihm stand seit dem Beginne seiner Regierung als Ministerpräsident Massimo d'Azeglio, ein piemontesischer Edelmann und doch ein Italiener durch und durch, ehrlich, ritterlich, furchtlos, im Grunde seines Herzens ein Idealist und doch besonnen mit der nüchternen Wirklichkeit rechnend, eine feingebildete Künstlernatur ohne politischen Ehrgeiz und doch ein leidenschaftlicher Patriot, der von Jugend auf kein höheres Ziel kannte als die Befreiung seines mißhandelten und zerrissenen Landes, ohne doch jemals von Verschwörungen und Revolutionen irgend etwas zu hoffen, in seinem Wesen und Auftreten so unwiderstehlich liebenswürdig und geradsinnig, daß er das Gerede von welscher Arglist Lügen strafte.

45. Massimo Taparelli Marchese d'Azeglio.
Nach einer Photographie.

Was Azeglio war, verdankte er vor allem seinem trefflichen Vater, einem alten piemontesischen Offizier von harter Willenskraft und streng monarchischer ritterlicher Gesinnung, und seiner gemütvollen, frühleidenden Mutter Christina, denen er beiden bis ans Ende seines Lebens die treueste Dankbarkeit gewidmet hat. Seine Jugend fiel in die napoleonische Zeit und ihre jähen Schicksalswechsel. Geboren in Turin am 24. Oktober 1798, verlebte er doch seine wichtigsten Bildungsjahre in Florenz in der reichen und geistvollen Geselligkeit dieser italienischesten aller Städte und kehrte erst 1810, nach der Einverleibung Piemonts in Frankreich, nach Turin zurück, wo er nun eine ganz scholastisch-jesuitische Erziehung erhielt, vom Vater aber zu strengem Gehorsam und Gewöhnung an Selbstüberwindung erzogen wurde. Nach dem Sturze Napoleons, den diese Kreise mit tiefster Befriedigung begrüßten, begleitete er 1814 den zum piemontesischen Gesandten in Rom ernannten Vater als blutjunger Attaché dahin und trat später bei der piemontesischen Reiterei ein, hatte aber in Rom so viel von Kunst und Altertum kennen gelernt und fand den Friedensdienst so langweilig, daß er allen Traditionen seines Standes zum Trotz sich schon 1815 ganz der Malerei zu widmen beschloß und nach Rom ging. Erst 1820 nach seiner Vaterstadt zurückgekehrt, blieb er doch seiner Absicht treu und suchte deshalb wieder die ewige Stadt auf, vom Vater absichtlich knapp unterstützt, damit er auf eignen Füßen stehen lerne. In eifrigem Schaffen und regem geselligen Verkehr verging ihm ein Jahrzehnt in Rom, in seiner reichen, reizvollen Umgebung und auf Ausflügen durch das Land. Als Meister sah er 1830 Turin wieder, siedelte aber bald nach dem Tode seines

Vaters (1831) ganz nach Mailand über, wo er sich mit einer Tochter Manzonis, Giulia, vermählte (1833/34) und bis 1845 lebte. Er kannte Italien und die Italiener wie wenige, und je tiefer er in das Leben von Land und Volk eingedrungen war, desto heißer war seine Liebe zu beiden geworden, desto reifer sein Patriotismus. Wie er mit Vorliebe italienische Landschaften und Gegenstände aus der italienischen Geschichte zu seinen Bildern wählte, so griff er, um in noch weiteren Kreisen zu wirken, zur Feder und schilderte in historischen Romanen einem in gedankenloser ästhetischer Feinschmeckerei verweichlichten Geschlecht italienische Mannhaftigkeit und Waffenfreudigkeit früherer Tage mit glühenden Worten und lebendigster Lokalfärbung. Bei einer Anwesenheit in Rom 1845 trat er zuerst mit den geheimen Verbindungen der Patrioten in Beziehung, betonte aber sofort die Thorheit der Verschwörungen, wies die unwillig erstaunenden Freunde auf König Karl Albert als den geborenen Führer der Italiener hin und knüpfte in einer merkwürdigen Unterredung mit ihm die ersten Fäden zwischen dem Monarchen und den Patrioten. Fortan widmete er seine eifrigste Thätigkeit der Vorbereitung einer nationalen Erhebung mit Wort und Feder. Das Jahr 1848 drückte ihm den Degen in die Hand, bis er, am 10. Juni vor Vicenza schwer verwundet, wieder zur Feder griff. Tapferen Mutes übernahm er endlich nach der Katastrophe von Novara die Leitung des piemontesischen Ministeriums und brachte den Frieden mit Österreich zustande, ohne die Verfassung aufzugeben.

Graf Cavour.

Seine bedeutendste Leistung auf dem Gebiete der inneren Politik war, daß er durch den Justizminister Siccardi im März 1850, der leidenschaftlichen Gegenwehr der Geistlichkeit zum Trotze, die Aufhebung der geistlichen Gerichtsbarkeit durchsetzte. Dies entfremdete zwar das klerikale Savoyen der Regierung, knüpfte aber das Volk von Piemont um so fester an sie. Doch zur Durchführung weiterer moderner Reformen bedurfte es stärkerer Hände, als d'Azeglios, und in dieser Erkenntnis bewog er den König noch im Herbst 1850, dem Grafen Camillo Cavour, der das Ministerium seit seinem Bestehen und besonders in der Debatte über das Gesetz Siccardis kräftig unterstützt hatte, das Handelsministerium zu übertragen, obwohl er voraussah, daß dieser Amtsgenosse ihn selber bald aus dem Sattel heben würde.

Auch Graf Camillo Cavour stammte aus dem alten piemontesischen Militäradel und war am 10. August 1810 in Turin geboren. Seine Pate war die Fürstin Pauline Borghese, Napoleons Schwester. Mit 16 Jahren wurde er Unterleutnant im Geniekorps. Aber die hohlen Vergnügungen seiner Kameraden langweilten ihn; seine freisinnigen Ansichten, wohl ein Erbe seiner geistvollen Mutter, einer Genferin aus dem Hause Sellon, die er rückhaltslos äußerte, machten ihn mißliebig. Er wurde daher 1830 in das einsame Fort Bard versetzt, so daß er es vorzog, 1832 die militärische Laufbahn ganz aufzugeben. Die damit gewonnene Muße erlaubte ihm in dem regen geistigen Leben, das damals in Piemont herrschte, sich einem gründlichen Studium der Volkswirtschaft zu widmen. Glühender Patriot, hielt er sich doch von allen geheimen Verbindungen fern. Im Jahre 1842 gründete er den landwirtschaftlichen Verein, der bald ein Mittelpunkt auch des sozialen Verkehrs wurde, und als die nationale Bewegung in Italien sich erhob, rief er die Zeitschrift „Die Auferstehung“ (il Risorgimento) ins Leben, in der er mit vielem Erfolge sowohl volkswirtschaftliche wie auswärtige politische Fragen erörterte. Seit 1848 saß er als Abgeordneter der Stadt Turin in der piemontesischen Kammer.

Graf Cavour hatte in seiner Erscheinung wenig Anziehendes und gar nichts Imponierendes. Untersetzt, etwas korpulent, in seiner Haltung nachlässig und behaglich, ein Feind alles Zeremoniells, die stechenden, tiefliegenden Augen von einer Brille bedeckt, blond und mit glattrasiertem Gesicht, verriet er so den Italiener nur durch seine Lebhaftigkeit und sprudelnde Laune. Er war nicht einmal ein besonderer Redner im gewöhnlichen Sinne, denn er sprach mit schriller und etwas zu hoher Stimme in zerhackten Sätzen, häufig stockend und in einem keineswegs mustergültigen Italienisch, da ihm, wie den meisten seiner Standesgenossen, das Französische geläufiger war. Von den litterarisch-ästhetischen Neigungen der Italiener hatte er nichts, seine Bildung war mathematisch-naturwissenschaftlich, er verstand nicht einmal Latein, und beteuerte gelegentlich, daß es ihm leichter fallen werde, die Einheit Italiens als ein Sonett zustande zu bringen. Er war durchaus praktischer Volkswirt und Staatsmann, ein Kenner und Bewunderer Englands, ein Millionär durch eigne fleißige Arbeit, kurz ganz und gar ein Mann der Gegenwart; aber es war für seine nur allzulange durch feine Genußschwelgerei verweichlichte Nation eine Wohlthat, einen solchen Mann zum Führer zu erhalten, der mit frischem Lebensmut und praktischem Sinn eine unwiderstehliche Logik im Denken und Reden, eine feste Entschlossenheit und einen glühenden italienischen Patriotismus verband. Es fiel ihm nicht ein, sich ein festes Programm zu bilden, denn er war gar kein Doktrinär; aber unverrückbar standen ihm die beiden Ziele vor Augen: Piemont umzuwandeln in einen ganz modernen Staat und die Fremdherrschaft über Italien zu brechen. In den Mitteln namentlich seiner auswärtigen Politik war er niemals wählerisch. Darin glich er beinahe den Staatsmännern der Renaissance, aber als etwas Heiliges galt ihm die Sache Italiens.

46. Graf Camillo Cavour. C. Cavour

Cavours Stellung.

Schon das erste und nähere Ziel war schwer genug zu erreichen. Denn die starke konservativ-klerikale Partei, auf die sich die Regierung zunächst stützte, schon um nicht allzu starken Anstoß nach außen zu geben, war doch für ihre Kirchenpolitik keine feste Stütze. Aber im Ministerium selbst gewann Cavour sehr bald die herrschende Stellung. Schon am 19. April 1851 übernahm er das Finanzministerium; als dann Frankreich die Verschärfung der piemontesischen Preßgesetzgebung forderte, damit fremde Staatsoberhäupter gegen Angriffe in der Presse besser gesichert seien, vollzog er, damit die Regierung sich nicht allzuweit nach rechts drängen lasse, seine „Scheidung (divorzio)" von der Rechten, der er ursprünglich selbst angehörte, und seine „Ver-

bindung (connubio)" mit dem linken Zentrum unter Urban Ratazzi, der das Poland beherrschenden Partei des liberalen Bürgertums. Die Verbindung Cavours mit dieser Partei schloß sich noch enger, als Ratazzi erst Vizepräsident, im Mai 1852 Präsident der Kammer wurde, brachte ihn aber in Widerspruch mit seinen Kollegen, so daß d'Azeglio seine Entlassung forderte, und da sie der König ihm verweigerte, sein neues Kabinett ohne Cavour bildete. Indes schon im November desselben Jahres trat d'Azeglio zurück, weil der König sich weigerte, das von ihm vorgelegte Gesetz über die Einführung der Zivilehe zu unterzeichnen, und Cavour gelangte am 4. November 1852 an die Spitze des „großen Ministeriums".

Moderne Reformen und Fortschritte in Piemont.

Ein Zeitalter tiefeinschneidender Reformen begann, das Piemont in politischer wie in volkswirtschaftlicher Hinsicht zum ersten wirklich modernen Staate Italiens machte. Vom Standpunkte des damals überall zur Herrschaft aufsteigenden Freihandels aus wollte Cavour den Verkehr von allen Fesseln möglichst befreien, damit er sich desto kräftiger entfalte. Eine Anleihe von 75 Millionen in England gab der Regierung reiche Mittel an die Hand; eine Reihe von Handelsverträgen mit Frankreich, Belgien, England, sogar mit Österreich setzte die Zölle wesentlich herab; im Januar 1854 fielen auch die Kornzölle. Der Hafen von Genua wurde in großartiger Weise ausgebaut, das Eisenbahnnetz im Tieflande und die schwierige Gebirgslinie Turin-Genua so weit gefördert, daß es bei deren Eröffnung im Dezember 1853 schon 420 km umfaßte, der Tunnel durch den Mont Cenis in Gemeinschaft mit Frankreich 1857 begonnen; auch die vernachlässigte Insel Sardinien erhielt ihr Straßennetz. Das Briefporto wurde ermäßigt, sogar die Aufhebung der doch wirkungslosen Wuchergesetze gewagt. So stieg die Einfuhr 1850—52 von 18 auf 93 Millionen Wert, die Ausfuhr in Seidenwaren auf 925 000 kg, trotz einer verheerenden Krankheit der Seidenraupen. Der blühende Ackerbau begann sich moderner landwirtschaftlicher Maschinen zu bedienen, die zum Teil schon im Lande selbst gebaut wurden, die Industrie wagte 1856 ihre erste Ausstellung in Turin. Freilich die Finanzen besserten sich nur langsam, und die Steuern stiegen mit den wachsenden Ausgaben, die 1852 143 Millionen, 1854 192 Millionen betrugen, und noch 1855 blieb ein Fehlbetrag von 9 Millionen. Daher war auch die Auswanderung stark, und die Bevölkerungszahl nahm nur langsam zu.

Indes die Popularität Cavours war im Wachsen. Auf sie vertrauend und von Ratazzi, der 1853 das Ministerium der Justiz, 1855 das des Innern übernahm, kräftig unterstützt, wagte es Cavour, nachdem das Gesetz über die Zivilehe am Widerstande des Senats gescheitert war, im Februar 1855 das Gesetz über die Besteuerung der reichen geistlichen Güter und die Beschränkung des allzusehr überwuchernden Klosterwesens, einzubringen, das alle Orden, die nicht für Predigt, Unterricht oder Krankenpflege thätig waren, aufhob, ihre Güter einzog und daraus eine Kasse bildete für die Pensionierung der Mitglieder der aufgehobenen Stiftungen und bessere Ausstattung der armen Pfarrer. Trotz päpstlicher Drohungen und eines Protestes der piemontesischen Bischöfe bestätigte der König nach hartem inneren Kampfe am 29. Mai 1855 das Gesetz, und Cavour stand fester als je.

Die Vorbereitungen zur Erhebung.

Bündnis mit den Westmächten.

Aber das alles war für Cavour nur Mittel zu einem größeren und höheren Zwecke. Piemont sollte der modernste Staat Italiens sein, um die Freiheit und Einheit Italiens zu erringen. Freilich, das stolze Wort Karl Alberts „l'Italia farà da se" hatte der Ausgang der Kämpfe 1848/49 Lügen gestraft, und die Verhältnisse der Halbinsel hatten sich seitdem eher verschlimmert als verbessert. Mit seinen Garnisonen beherrschte Österreich ganz Ober- und Mittelitalien, umspannte die Ostgrenze Piemonts von den Alpen bis an das Meer, an eine Verständigung mit Rom und Neapel war weniger zu denken als je, und endlich vermochte Piemont auch bei der größten Kraftanstrengung nur ein allerdings treffliches Heer von 80 000 Mann aufzubringen. Es war also für Cavour ganz klar, daß eine neue, „dritte Erhebung (terza riscossa)" nur möglich sei mit fremder Hilfe, und daß man diese selbst mit schweren Opfern erkaufen

müsse. Als Ziel stand ihm noch keineswegs der italienische Einheitsstaat vor Augen, sondern nur die Vertreibung der Österreicher, die Vereinigung Piemonts mit der Lombardei, Venetien, Parma und Modena zu einem starken oberitalienischen Königreich, die Herstellung einer weltlichen Verwaltung in der Romagna und die Bildung eines italienischen Staatenbundes. Doch er wollte diese Ziele durchaus nicht allein mit militärischen und diplomatischen Mitteln erreichen, sondern auch mit Hilfe einer mächtigen Volksbewegung, damit die neue Staatengründung volkstümlich und der fremde Bundesgenosse nicht ein Herr werde. Als solchen konnte er aber nur die liberalen Westmächte, Frankreich und England, ins Auge fassen, und er wurde geradezu auf ihre Seite gedrängt, als Österreich während des Krimkrieges bereit schien, sich ihnen anzuschließen, denn geschah dies, so konnte nur der sofortige Beitritt Piemonts zu dem Kriegsbündnis gegen Rußland eine weitere unerträgliche Steigung des erdrückenden Übergewichts Österreichs in Italien hindern. So schloß er weitvorausschauend am 26. Januar 1855 das Bündnis mit den Westmächten, sandte 15 000 Mann unter La Marmora nach der Krim und erlebte bald die Freude, daß die tapferen Bataillone den alten Waffenruhm erneuerten und die Ehre der nationalen Fahne wiederherstellten. Als König Victor Emanuel im Herbst 1855 mit Cavour und d'Azeglio Paris und London besuchte, da that Napoleon III. die vielbedeutende Frage: „Was kann man für Italien thun?" Nun brachte zwar der Krimkrieg dem piemontesischen Staate scheinbar nur schwere Opfer (2 000 Menschen und 80 Mill. Lire), aber aufs geschickteste benutzte Cavour die völlige Isolierung Österreichs nach dem Kriege, um auf dem Pariser Kongreß die italienische Frage zur Sprache zu bringen. Zwar wurde in der erregten Sitzung vom 8. April 1856 kein Beschluß gefaßt, aber der Vertreter Österreichs, Graf Buol, stand ganz allein und mußte den Angriffen Cavours gegenüber die unerträglichen Übelstände halb und halb zugeben. Noch einmal faßte dann der Piemontese in einer Denkschrift an Walewski und Clarendon die Beschwerden Italiens zusammen, indem er nachdrücklich betonte, daß ein völliger Umsturz nur durch eine Verständigung der Mächte mit Piemont vermieden werden könne. Seine Hoffnungen aber setzte er fortan auf Napoleon III. allein, denn auf das parlamentarisch regierte England war kein Verlaß.

Verhältnis zu Österreich.

Die italienischen Patrioten verstanden den kühnen Minister, ohne daß er ihnen ein Wort von seinen Plänen verriet; die „Italiener Toscanas" sandten ihm seine Büste, an La Marmora einen Ehrensäbel, und die nationale Erregung begann höhere Wellen zu schlagen. Nun verwahrte sich zwar Österreich in einem Rundschreiben an die italienischen Höfe am 18. Mai gegen die „Anmaßung" Piemonts, als Sprecher der Italiener aufzutreten, aber es änderte auch sein Verfahren in Lombardo-Venetien. Zu Ende 1856 kam das österreichische Kaiserpaar selbst nach der Lombardei, Huld und Gnaden spendend. Zu Anfang des Jahres 1857 trat an die Stelle des alten gestrengen Marschalls Radetzky, der in den Lombarden immer nur Rebellen sah, der wohlwollende, edle Erzherzog Maximilian, des Kaisers jüngerer Bruder; die Beschlagnahme der Güter der lombardischen Flüchtlinge wurde aufgehoben, eine umfassende Amnestie verkündigt, die Besatzung aus Parma und Modena zurückgezogen. Wäre noch eine Versöhnung möglich gewesen, so hätte sie jetzt kommen können, aber die stolzen Lombarden dachten mit dem früheren Diktator von Venedig Daniel Manin: „Wir fordern von Österreich nicht, daß es mild regiere, wir fordern, daß es gehe"; sie sammelten sogar für die Bewaffnung der piemontesischen Festung Alessandria und führten dadurch mittelbar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Turin herbei (März 1857).

Der Nationalverein.

Rücksichtsloser begann nun Cavour vorzugehen, um Napoleon III., ohne den er ja nichts vermochte, vorwärts zu treiben; er trat in geheime Verbindung mit den Mächten der Volksbewegung. Mit dem klaren, oft gemütlos und prinzipios erscheinenden Realismus der Italiener bekehrten sich die meisten republikanischen Führer der Revolution von 1848/49 zu seinem monarchischen Programm. Schon 1851 war Gioberti, das Haupt der sogenannten Neoguelfen (der kirchlich und national gesinnten

Italiener), ganz ins piemontesische Lager übergegangen; ihm folgte Manin, der arm und krank als Sprachlehrer in Paris lebte und jetzt erkannte, daß die Erhebung von 1848/49 vor allem am Partikularismus der Republikaner gescheitert sei; in zahllosen Flugschriften trat er nun ein für den italienischen Einheitsstaat unter dem Hause Savoyen. Der feurige Sizilianer Giuseppe La Farina aber, ein wahrhafter, treuer und uneigennütziger Mensch, gründete im August 1857 im geheimen Einvernehmen mit Cavour für das monarchisch-nationale Programm den italienischen Nationalverein, dessen Leitung thatsächlich er selbst, der Form nach der populärste Italiener, Garibaldi, und einer der früheren Gefangenen des Spielbergs, der Marchese Pallavicino, übernahmen. Die Mazziniſtenvereine begannen sich aufzulösen, nur ihr Oberhaupt blieb unbelehrbar seinem Radikalismus und seiner Verschwörertaktik treu, und gelegentlich bewiesen 1857 kopflose Aufstände in Genua, Livorno, Neapel, daß das von ihm angeschürte Feuer noch unter der Asche glimme.

Orsinis Attentat.

Aber Napoleon III. rührte sich nicht, obwohl er ohne Wissen seiner Minister mit Cavour beständig in enger Verbindung blieb (besonders durch seinen Leibarzt Dr. Conneau), in England war seit dem Februar 1855 das österreichfreundliche Toryministerium Derby am Ruder; von Rußland, dem Cavour 1857 den Hafen Villafranca bei Nizza als Kohlenstation geöffnet hatte, konnte man höchstens eine freundliche Neutralität, von Preußen unter Umständen sogar ein bewaffnetes Eintreten für Österreich erwarten. Da trieb das furchtbare Attentat italienischer Verschwörer (Graf Orsini, Pieri, Gomez, Rudio) am 24. Januar 1858 Napoleon III. zu entscheidendem Entschluß.

Als der Kaiser mit der Kaiserin am Abend nach der Großen Oper fuhr, wohin er sich zu Ehren des in Paris anwesenden Herzogs Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha zum erstenmal seit langer Zeit wieder begab, wurden, trotz der militärischen Absperrung, dicht am Eingange des Opernhauses drei Handbomben nach seinem Wagen geworfen, die daneben und darunter explodierten. Von den den Wagen umgebenden Polizeimannschaften wurden mehrere getötet oder schwer verwundet; der Kaiser aber wie seine Gemahlin blieben unverletzt, nur der Hut wurde ihm durchlöchert. In quälender Besorgnis und ingrimmiger Stimmung wohnte er doch der Opernvorstellung bis zu Ende bei. Fast auf der Stelle wurden die Thäter entdeckt und festgenommen. Es war der Graf Felix Orsini mit drei Genossen. Orsini, 1819 in Meldola geboren, hatte 1848 an dem Befreiungskampfe Italiens teilgenommen; mehrmals danach verhaftet, war er doch stets aus den Gefängnissen entkommen und hatte zuletzt in der Gesellschaft Mazzinis in London gelebt. Entflammt von dem Verlangen nach der Befreiung seines Vaterlandes von der Fremdherrschaft, hatte er die römische Expedition an Napoleon rächen und in diesem das Haupthindernis der Befreiung Italiens, wie er meinte, beseitigen wollen. Aus dem Gefängnisse richtete er am 11. Februar an Napoleon ein Schreiben, worin er ihn dringend zur Befreiung Italiens aufforderte, und der Kaiser gestattete, daß Orsinis Verteidiger, Jules Favre, es vor Gericht vorlas. Am 13. März wurden Orsini und Pieri hingerichtet. Mazzini aber stellte in einem Briefe, der am 1. April in einer Londoner Zeitung veröffentlicht wurde, Napoleon vor die Wahl, das Opfer des Hasses der Italiener oder ihr Befreier zu werden.

Die Sicherheitsgesetze in Frankreich.

Für Frankreich war die nächste Folge des Mordanschlages eine durchgreifende Verschärfung des napoleonischen Despotismus. Eine Menge mißliebiger Personen wurde verhaftet, die Aufsicht über die Presse und Preßkontrolle verschärft und alle Fremden polizeilich überwacht. Dazu wurde am 28. Januar das „Sicherheitsgesetz“ erlassen, das mit Polizeiaufsicht, Verbannung oder Deportation alle bedrohte, die nur im geringsten als verdächtig erschienen, dem Kaiser nicht ganz ergeben zu sein. Und wirklich nahmen, seitdem der General Espinasse zum Minister des Innern ernannt war, die Deportationen nach Cayenne einen ganz erschreckenden Umfang an. Auch Piemont mußte dem Drängen Napoleons nachgeben, indem es ein Gesetz erließ, das Verschwörungen gegen fremde Souveräne als Verbrechen bestrafte und für diese Fälle die Geschworenen nicht erlosen, sondern von den Bürgermeistern ernennen ließ (April 1859).

Der Vertrag von Plombières.

Es schien eine schwere Niederlage Cavours, die klerikale Partei wuchs, und selbst d'Azeglio war entmutigt. Aber Cavour kannte Napoleon besser, er wußte, daß die Worte Orsinis und Mazzinis auf fruchtbaren Boden gefallen seien. Bald hatte er die Beweise in den Händen. Unter dem Vorwande einer Schweizerreise folgte er im Juli 1858 im tiefsten Geheimnis mit nur zwei Begleitern einer Einladung Napoleons nach dem Badeorte Plombières in Lothringen und hatte hier am 21. Juli mit

dem Kaiser eine mehrstündige Unterredung. Danach sollten die Österreicher aus Italien vertrieben, die Lombardei, Venetien, die päpstlichen Marken (um Ancona) und Legationen (Romagna) mit Piemont vereinigt, das Patrimonium Petri mit Rom dem Papste belassen, der Rest des Kirchenstaates mit Toscana zu einem mittelitalienischen Königreich vereinigt, ganz Italien zu einem Staatenbunde unter dem Vorsitze des Papstes gestaltet werden. Über die Entschädigung Frankreichs für den zu leistenden Beistand wurde damals noch nichts bestimmt.

Bündnis mit Frankreich.

Bei einem Zusammentreffen mit dem Prinzregenten von Preußen in Baden-Baden gewann Cavour die Sicherheit, daß Preußen neutral bleiben werde, von England und Rußland hoffte er bestimmt dasselbe, und um den Krieg unvermeidlich zu machen, sprach er auf der Rückreise durch die Schweiz ganz offen davon. Den Anfang der Erhebung sollte ein Aufstand in Massa und Carrara bilden, von dort sollte die Hilfe Piemonts angerufen werden, und wenn dies darüber mit Österreich in Verwickelungen gerate, Frankreich ihm Beistand leisten. Doch verzweifelte Cavour noch nicht daran, Toscana auf friedlichem Wege zu gewinnen, schon um etwaige bonapartische Pläne abzuschneiden; zugleich traf er Vorbereitungen, um die lombardischen Flüchtlinge militärisch zu organisieren, und ließ das Festungsdreieck Alessandria, Valenza und Casale instandsetzen, denn Piemont sollte selber so stark wie möglich sein. Im Dezember 1858 wurde das Bündnis mit Frankreich geschlossen. Piemont sollte Lombardo-Venetien, Parma, Modena und die Romagna erhalten, dafür aber Savoyen und Nizza an Frankreich überlassen, wenn die Bevölkerung sich dafür ausspreche.

Rüstungen.

Auch Frankreich begann jetzt in aller Stille zu rüsten. Ungeheure Massen von Munition wurden in den Zeughäusern angefertigt, große Vorräte von Zwieback, Salzfleisch und trockenen Gemüsen in den Mittelmeerhäfen angehäuft, Schraubenkanonenboote erbaut und schwimmende Batterien ausgerüstet. Alle geräuschvollen Maßregeln dagegen, wie die Einberufung von Beurlaubten, wurden geflissentlich vermieden, da es galt, die öffentliche Meinung so wenig wie möglich aufzuregen. Denn der bevorstehende Krieg war der ganzen Bevölkerung Frankreichs im höchsten Grade zuwider; vornehmlich die Landleute, die ihre Söhne vom Kriegsdienste nicht freikaufen konnten, waren entrüstet: für den „Murmeltier-König“ sollten ihre Söhne totgeschossen werden und ihre Töchter ledig bleiben! Die beruhigenden Artikel, die dagegen der „Moniteur“ von Zeit zu Zeit brachte, fruchteten wenig gegen die Furcht vor einem zweiten „Kriegs-Napoleon“. So war Napoleons Lage schwierig, als ein unvorsichtiges Wort den Schleier plötzlich für alle Welt zerriß.

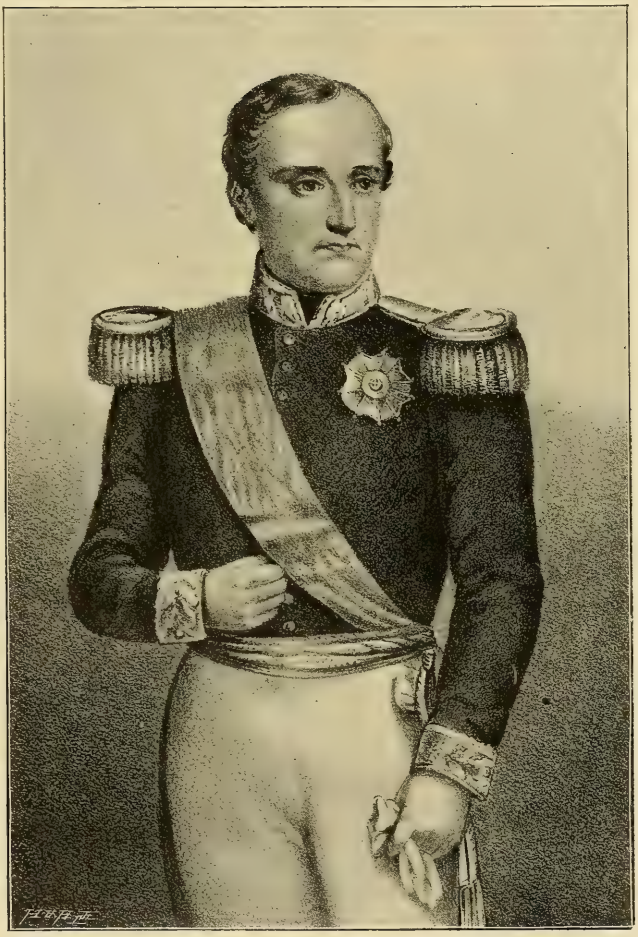
Der Krieg in der Lombardei (1859).

Napoleons Neujahrsgruß; Thronrede Victor Emanuels.

Am 1. Januar 1859 empfing der Kaiser das gesamte diplomatische Korps in den Tuilerien, um den üblichen Neujahrswunsch entgegenzunehmen. Er wandte sich an den österreichischen Gesandten. Hafenbredl war nicht beliebt bei dem kaiserlichen Hofe. Früher Generalkonsul in Leipzig, aber als gewandter Beamter in den Kanzleien Metternichs und Schwarzenbergs bewährt, war er als Baron von Hübner geadelt worden. Daß es dem österreichischen Kaiser genügte, durch den Parvenü an der Seine vertreten zu sein, wurde fast als Mißachtung empfunden. Mit doppelter Spannung lauschte daher alles. „Ich bedaure“, sagte der Kaiser kühlen Tones, „daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht so gut sind wie früher. Ich bitte Sie, Ihrem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gesinnungen für ihn unverändert dieselben geblieben sind.“ Die Worte waren gar nicht so ernst gemeint, aber jeder faßte sie als eine kaum verhüllte Kriegserklärung, und die Kurse an der Börse fielen derart, daß dieser Neujahrsgruß Frankreich eine Milliarde kostete. Und nun verkündete König Victor Emanuel am 10. Januar 1859 in der Thronrede, mit der er die piemontesische Kammer eröffnete: „Wir bleiben nicht unempfindlich bei dem Schmerzensschrei, der uns aus so vielen Teilen Italiens entgegenschallt“, und der betäubende Jubel der Lombarden, die in Scharen herbeigeeilt waren, die Rede zu hören, bewies ihm, wie sie verstanden wurde. Eine Woche später erschien Prinz Napoleon, des Kaisers Vetter, in Turin,

vollzog am 23. Januar die Verlobung, am 30. die Vermählung mit Prinzessin Klotilde, der Tochter des Königs. Fast ohne Widerspruch bewilligte die Kammer darauf eine Kriegsanleihe von 50 Millionen, die um 30 Millionen überzeichnet wurde, die Einverleibung der jüngeren Jahrgänge der Nationalgarde in das Heer, die Organisation zahlreicher Freiwilligenbataillone aus allen Teilen Italiens. Cavour, schon seit dem Herbst 1857 Minister des Innern, übernahm im April 1859 auch noch das Kriegsministerium, so daß er kaum noch einige Stunden Zeit zum Schlafen fand.

Rüstungen Österreichs.



47. Prinz Napoleon.
Nach einer Lithographie, etwa um 1860.

Dieser fest und sicher vorschreitenden Bewegung gegenüber war Österreich nicht einmal militärisch besonders gut gerüstet. In Oberitalien standen Ende 1858 nur drei schwache Armeekorps das 5., 7. und 8., zusammen etwa 55 000 Mann; das Festungsviereck war nur mit glatten Feldgeschützen bewaffnet, und da eine ununterbrochene Eisenbahnverbindung mit Wien noch immer fehlte (die Strecke zwischen Casarsa am Tagliamento und Nabresina), so blieben noch während des Krieges die schweren Geschütze an den letzten Stationen liegen, und auch Truppenverstärkungen waren nur mit großem Zeitverlust herbeizuschaffen. Nach Neujahr 1859 wurde die Armee in Italien auf 100 000 Mann gebracht, aber an der Kriegsbereitschaft fehlte noch viel. Dagegen war die politische Stellung Österreichs sehr günstig. Denn unzweifelhaft lag für einen Angriff Piemonts ein rechtlicher Grund gar nicht vor, es konnte also nicht schwer sein, es völlig in formelles Unrecht zu setzen; dazu glaubte man in Wien des deutschen Beistandes unbedingt sicher zu sein, da die große Mehrzahl der deutschen Fürsten und des Volkes in Mittel- und Süddeutschland die Sache Österreichs in Italien für eine nationaldeutsche hielt.

Reaktionspläne Österreichs.

Zum Unglück herrschte in der Wiener Hofburg eine Auffassung, die diese sehr einfache und klare Lage völlig verschob und Österreich in die Rolle des Angreifers drängte. Es kam darauf an, das liberale und nationale Prinzip, das dem System der österreichischen Regierung feindlich gegenüberstand, überall niederzuwerfen, Europa im reaktionären Sinne umzugestalten. Dazu konnte nur ein kühner Angriffskrieg helfen. Das verwegene Piemont „unschädlich zu machen", galt demnach als untergeord-

netes Ziel; der eigentliche Zweck des Krieges, wie ihn Buols Nachfolger, Graf Rechberg, amtlich unverhohlen ausgesprochen hat, war, Napoleon III. zu stürzen und Heinrich V., den Grafen Chambord, mit seiner befreundeten klerikalen Umgebung auf den Thron Frankreichs zurückzuführen. Nur noch „Louis Napoleon, den Usurpator" nannten österreichische Zeitungen den französischen Kaiser. In Italien, glaubte man, werde Österreich mit Leichtigkeit das Feld siegreich behaupten. Ein Heereszug über den Rhein nach Frankreich hinein sollte die Entscheidung bringen.

Verhandlungen.

Daher blieben denn auch die Vermittelungsversuche neutraler Mächte vergeblich. Zunächst übernahm es England durch Lord Cowley, am 25. Februar 1859 die französischen Vorschläge zu überbringen: Verzicht Österreichs auf die Bündnisse mit den mittelitalienischen Staaten, Räumung der Romagna, Reformen in ganz Italien. Aber Graf Buol forderte zu gleicher Zeit in einer Depesche an den österreichischen Botschafter in London, den Grafen Apponyi, daß die Großmächte gemeinsam gegen die Zustände in Piemont einschritten, da die Einführung von Verfassungen Italiens Unglück sei. Kühn hob dagegen Cavour, der sich in einer Denkschrift an England vom 1. März den Vorschlägen Napoleons III. angeschlossen hatte, in einer Depesche an d'Azeglio, den damaligen Vertreter Piemonts in London, hervor, die piemontesische Verfassung sei allerdings eine Drohung für Österreich; dies müsse entweder die liberalen Ideen in seinem eignen Staatswesen zulassen oder auch Piemont vernichten und seine Herrschaft über ganz Italien ausdehnen. Der Prinzipienkrieg war also auch von dieser Seite offen erklärt, und daran scheiterte notwendigerweise die englische Vermittelung. Da trat am 18. März Rußland mit dem Vorschlage eines Kongresses hervor. Napoleon ging darauf ein, um seine Rüstungen zu vollenden, verlangte aber die Zulassung Piemonts. Umsonst verweigerte Österreich diese und forderte sogar die Abrüstung Piemonts; aber da Victor Emanuel mit seiner Abdankung und Cavour mit der Enthüllung aller geheimen Verhandlungen drohte, so verwarf der Kaiser am 25. März die österreichischen Forderungen und nahm dagegen den englischen Vorschlag an, daß alle italienischen Staaten zuzulassen seien und eine allgemeine Abrüstung eingeleitet werde. Auch Cavour mußte sich halb verzweifelnd fügen; da kam ihm Österreich, gereizt durch die Hinterhaltigkeit in der Taktik der Gegner und von allzugroßem Selbstbewußtsein erfüllt, durch einen schweren Fehler zu Hilfe. Statt dem englischen Vorschlage zuzustimmen, wurde die sofortige Absendung eines Ultimatums nach Turin beschlossen, nach dessen Ablehnung der Krieg beginnen sollte. Graf Buol wagte dem Kaiser dagegen Vorstellungen zu machen, aber Franz Joseph stieß in der Aufregung seine Säbelscheide gegen den Boden und verlangte Gehorsam; kurz danach ersetzte er Buol durch den Grafen Rechberg, den bisherigen Bundestagsgesandten. So ging denn nach Turin das österreichische Ultimatum ab, das von Piemont das Versprechen der Abrüstung binnen drei Tagen forderte. Österreich legte sich zum Angriffe aus.

Der Bruch.

Baron Kellersperg überbrachte das Ultimatum an Cavour am 23. April. Soeben hatte die Kammer mit 110 gegen 24 Stimmen beschlossen, dem König für die Dauer des Krieges die diktatorische Gewalt (i pieni poteri) zu übertragen. Als Cavour den Saal verließ, bemerkte er in froher Zuversicht: „Jetzt gehe ich aus der letzten piemontesischen Kammersitzung, die nächste wird die erste des Königreichs Italien sein." Kurz nach 5 Uhr nachmittags kam Graf Kellersperg zu ihm und erhielt den Bescheid, daß er die Antwort drei Tage später um dieselbe Stunde empfangen werde. Inzwischen traf am 25. die Nachricht ein, daß die ersten französischen Truppen die Grenze Savoyens überschritten hätten. Am 26. erschien Kellersperg wieder bei dem Minister. Mit ruhiger Bestimmtheit lehnte Cavour die Forderung Österreichs ab; dann wandte er sich an die anwesenden Freunde: „Der Würfel ist geworfen. Wir haben Geschichte gemacht, jetzt wollen wir zu Tische gehen." Am selben Tage zeigte Napoleon in Wien an, er werde die Überschreitung des Ticino durch österreichische Truppen als Kriegserklärung ansehen. Der Krieg war entschieden, auch die Stimmung in Frankreich schlug zu seinen gunsten um.

Aufmarsch der Franzosen und Piemontesen.

Schon standen die Spitzen der französischen Kolonnen in Chambery; am 30. April trafen sie in Turin ein, von dem allgemeinen freudigen Zurufe der Bevölkerung begrüßt. Langsam folgten ihnen die französischen Korps teils über den Mont Cenis und den Mont Genèvre, teils zur See von Toulon nach Genua übersetzend; am 12. Mai stieg auch der Kaiser Napoleon in Genua ans Land. Den Bocchettapaß übersteigend, vereinigten sie sich bei Alessandria mit den Piemontesen. Sie zählten zusammen gegen 170000 Mann mit 14000 Pferden und 500 Geschützen, die Österreicher (an verfügbaren Feldtruppen) nur 106000 Mann mit 6000 Pferden und 364 Geschützen. Trotzdem nutzten diese die wertvolle Zeit vor der Ablehnung des Ultimatums bis zum Eintreffen größerer französischer Heeresmassen schlechterdings nicht aus.

Einmarsch der Österreicher.

48. Feldzeugmeister Graf Franz Gyulai.

Nach einer Lithographie von Kriehuber.

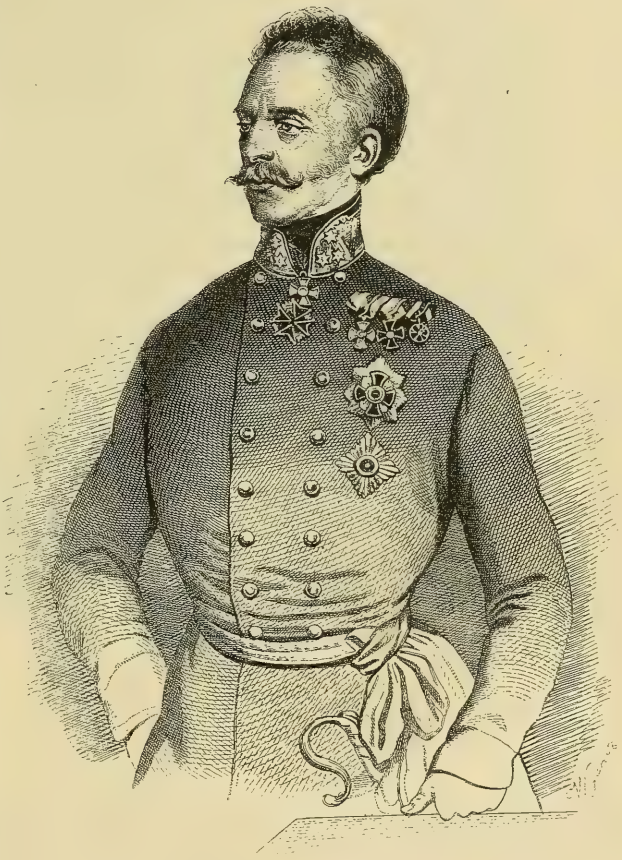
Am 29. April hatten die Korps der Generale Zobel, Fürst Schwarzenberg und Graf Stadion, denen als Reserve das Korps des Fürsten Liechtenstein folgte, den Ticino, die Grenze Piemonts, überschritten und die Lomellina zwischen Ticino und Sesia besetzt. Das Korps des Generals Benedek sammelte sich erst bei Piacenza, und dasjenige des Grafen Schaffgotsch war noch im Anmarsche von der adriatischen Küste her. In der Lomellina aber standen sie still, statt die schwachen Piemontesen bei Alessandria mit Übermacht anzugreifen und einen entscheidenden Sieg zu erfechten, bevor die Franzosen eintrafen.

Zum Oberfeldherrn der österreichischen Armee war der Feldzeugmeister Graf Franz Gyulai (geb. 1798) ernannt, der einzige unter den österreichischen Generalen, der nie in seinem Leben einem Gefecht beigewohnt hatte; aber er hatte 1848 als Kommandant von Triest durch diktatorische Maßregeln die Ruhe in der Stadt erhalten und die kaiserliche Flotte gerettet. So galt er für einen energischen Mann, dem die Verschwägerung mit der Familie Schwarzenberg und die Fürsprache der Hofpartei, zumal des Grafen Grünne, des Generaladjutanten des Kaisers, zur Seite stand. Sein erster Gedanke war allerdings, das gesamte piemontesische Heer zwischen Novara und Turin „aufzurollen"; aber er war ganz von den Weisungen des Hofes abhängig, und ratlos, als er den Feind dort nicht fand; wo er ihn suchte, machte er Halt und harrte des Weiteren. Erst am 20. Mai gewann er Fühlung mit dem Feinde. Bei Gelegen-

heit einer großen Rekognoszierung stieß er auf den äußersten rechten Flügel der verbündeten Armee. Zwischen dem Korps Stadions und der französischen Division Forey von dem Korps Baraguay d'Hilliers entspann sich bei Montebello an der Straße nach Voghera und Alessandria ein Gefecht, in dem die Übermacht der Österreicher anfangs bedeutende Vorteile errang, dann aber doch vor den Franzosen in ihre alte Stellung zurückweichen mußte.

Vordringen der Verbündeten.

Indes fast der ganze Monat Mai verging, bevor die Aufstellung der verbündeten Armeen beendet war. In erster Linie standen die Korps der Generale Baraguay d'Hilliers, Mac Mahon und Niel, hinter diesen diejenigen von Canrobert und Regnaud de St. Jean d'Angely; an den linken Flügel Niels schlossen sich die fünf Divisionen der Piemontesen an. Es war von diesen die Division Cialdini, die zuerst die Sesia überschritt und sich auf dem linken Ufer auch zu behaupten wußte. Unterdessen hatte Garibaldi mit seinen Freischaren am 23. Mai den oberen Ticino überschritten und drang keck längs den lombardischen Seen vor. Eine österreichische Abteilung, die gegen ihn entsendet wurde, schlug er bei Varese und Como und nahm ihr sogar mehrere Kanonen ab, und selbst das 10000 Mann starke Korps des Generals Urban vermochte nicht mit ihm fertig zu werden.



49. Feldzeugmeister Heinrich von Heß.

Rückzug der Österreicher.

Inzwischen begann der Linksabmarsch der Verbündeten nach dem Norden, um von Casale und Vercelli her die Straße nach Mailand zu gewinnen. Zu diesem Zwecke gingen drei weitere piemontesische Divisionen über die Sesia. Bei Palestro unweit von Vercelli stießen sie am 30. Mai auf den rechten Flügel der Österreicher unter General Zobel, erstürmten den Ort und warfen die Österreicher zurück; auch den Versuch derselben, am nächsten Tage das Dorf ihnen wieder abzunehmen, wiesen sie unter den Augen ihres Königs zurück und nahmen den Österreichern 2200 Gefangene und 8 Geschütze ab. Heldenmütig hatten auch die lombardischen Freiwilligen gestritten und schwere Verluste erlitten. Als aber der König das Schlachtfeld beritt, da riefen ihm die Verwundeten, die Hände ausstreckend, ungebrochenen Mutes zu: „Sire, fate questa povera Italia!“ („Schaffen Sie dies arme Italien!“). Damit war die Straße zum Ticino frei, und schon rückte General Niel, die Österreicher überflügelnd, auf Novara vor. Nun blieb diesen nur der Rückzug hinter den Ticino. Am 1. Juni wurde

er angetreten mit dem Befehle an die einzelnen Korps, „sich rückwärts zu konzentrieren“. Dabei sollten die Flußübergänge durch das Korps des Grafen Clam-Gallas, das soeben auf dem ungeheuren Umwege von Wien über Prag, Dresden, Leipzig, Hof, München und Innsbruck Mailand erreicht hatte, gedeckt werden. Indessen nach einem mißlungenen Versuche, die besonders wichtige Brücke von Buffalora an der Straße nach Mailand zu sprengen, zog er sich hinter einen dem Flusse gleichlaufenden Kanal (Naviglio grande) auf den hohen Thalrand bei dem Dorfe Magenta zurück, um die Straße zu sperren.

Die Unsicherheit, mit der Gyulai den Krieg führte, hatte längst die Unzufriedenheit der Umgebung des Kaisers Franz Joseph, der in Verona weilte, erregt. Es wurde daher Feldzeugmeister Heß auf den Kriegsschauplatz abgesandt. In Bereguardo traf er am 3. Juni mit dem Oberfeldherrn zusammen. Die Folge war, daß die Konzentrierung der österreichischen Truppen, die Gyulai im Sinne hatte, einstweilen sistiert, dann aber doch anbefohlen wurde.

Schlacht bei Magenta.

Allein darüber waren kostbare Stunden verloren gegangen. Denn unterdessen hatten sich die Franzosen, die sich in Novara vereinigt hatten, gegen den Ticino in Marsch gesetzt. Schon am 3. Juni überschritt Mac Mahon, dessen Korps die Eisenbahn unerwartet schnell heranbrachte, den Fluß bei Turbigo, eine Meile unterhalb, bei Buffalora unweit von Magenta, das Gros, etwa 50 000 Mann unter Napoleon III. In der Frühe des 4. Juni rückten auch die französischen Garden unter General Mellinet über die Brücke von Buffalora heran. Die Österreicher, etwa 58 000 Mann, standen auf dem Thalrande um Magenta, Buffalora und Robecco hinter dem Naviglio grande. Als die Franzosen anrückten, warf sich die Division Reischach von Zobels Korps ihnen entgegen und trieb sie bis zur Brücke zurück; Schwarzenberg unterstützte sie durch einen Flankenangriff im Flußthale, und auch Mac Mahon kam nicht über Bernate (nordwestlich von Magenta) hinaus. Endlich erhielt er aber Verstärkungen und drängte heftig vor, während zugleich von Buffalora her Lamotherouge vorging. Gegen 6 Uhr eröffneten die Franzosen den Angriff auf das tapfer verteidigte Magenta. Nach drei Stunden blutigen Kampfes war es in ihren Händen, aber die Dunkelheit und die Erschöpfung verhinderten jede Verfolgung, und so wenig klar war die Lage, daß Napoleon selbst erst am nächsten Morgen erfuhr, er sei der Sieger. Der heiße Tag hatte ihn 4500, die Österreicher über 10 000 Mann gekostet, darunter 4000 Gefangene. Am folgenden Tage wollte Gyulai die Schlacht erneuern; aber schon in der Nacht hatten, ohne seinen Befehl abzuwarten, Clam und Liechtenstein den Rückzug nach Mailand angetreten. Dafür entschied sich jetzt auch Gyulai. Die Lombardei war verloren.

Räumung der Lombardei.

Die Österreicher wichen hinter den Mincio zurück, von den Verbündeten verfolgt. Ein glückliches Gefecht Benedeks bei Melegnano am 8. Juni konnte daran nichts ändern; auch Piacenza und Pavia wurden geräumt. Gyulai aber mußte dem Oberbefehle entsagen. Seite an Seite mit König Victor Emanuel hielt Napoleon am 8. Juni seinen Einzug in Mailand, empfangen von dem begeisterten Jubel der Bevölkerung; er stand auf dem Höhepunkt seines Lebens. Und noch Größeres schien folgen zu müssen, rief er doch den Lombarden in seinen Proklamationen zu, „frei bis zur Adria“ solle Italien sein.

Die Volkserhebung in Ober- und Mittelitalien.

Aber was ferner geschah, die Befreiung weiterzuführen, das that im wesentlichen eine wohlorganisierte Volksbewegung und nicht die Franzosen. Den Anfang hatte Toscana noch vor dem Ausbruche des Krieges gemacht. Eine überwältigende, aber durchaus maßvolle und ganz unblutige Erhebung unter der festen Leitung des Barons Bettino Ricasoli nötigte den Großherzog Leopold von Toscana, da er allzuspät in ein Bündnis mit Piemont gewilligt hatte, schon am Mittag des 27. April Florenz zu verlassen. Die neue provisorische Regierung unter Ubaldino Peruzzi, einem der edelsten Florentiner, bot dem König Victor Emanuel die Diktatur über Toscana an, doch übernahm dieser nur den Oberbefehl über die toscanischen Truppen (9—10 000 Mann) und ernannte am 8. Mai den piemontesischen Gesandten

50. Napoleon III. zur Zeit des italienischen Feldzuges.
Nach dem Gemälde von Yvon lithographiert von Lafosse.

Buoncompagni zu seinem Stellvertreter. Denn er mußte noch auf Napoleon Rücksicht nehmen, der seinen Vetter, den Prinzen Napoleon, mit Truppen nach Livorno sandte und geneigt schien, an diesen Toscana zu geben. Parma verließ die Herzogin-Regentin Luise am 1. Mai, kehrte zwar nach wenigen Tagen zurück, wagte aber dann doch nicht zu bleiben. Ihrem Beispiele folgte der Herzog Franz von Modena mit seinen 6000 Mann Truppen, 80 politische Gefangene in Ketten nach Mantua mit sich schleppend, und beide Herzogtümer erklärten ihren Anschluß an Piemont. Die Romagna, durch starke österreichische Besatzungen in Bologna und Ferrara niedergehalten, erhob sich erst, als diese nach der Schlacht von Magenta das Land räumten, am 12. Juni, und bestellte eine provisorische Regierung unter dem Marchese Peruzzi; später übernahm d'Azeglio als königlicher Kommissar die militärische Oberleitung des Landes von Bologna aus, das ihm einen jubelnden Empfang bereitete. In Ancona dagegen wurden die österreichischen Truppen sofort durch päpstliche ersetzt, und einen Aufstand in der alten Bergfeste Perugia am 14. Juni schlug das Schweizerregiment des Obersten Schmid am 20. Juni mit blutiger Härte nieder unter noch heute dort unvergessenen Greueln einer rohen Soldateska.

Die Österreicher am Mincio.

Die letzte Entscheidung mußten freilich die Waffen bringen. Mit aller Macht hatten die Österreicher ihre Kräfte verstärkt und 220 000 Mann in zwei Armeen unter Graf Schlick und Graf Wimpffen zwischen dem Po und dem Gardasee vereinigt. Den Oberbefehl über diese Streitkräfte übernahm der Kaiser Franz Joseph selber, dem der Feldzeugmeister Heß zur Seite stand; aber die ganze Umgebung des Kaisers redete in die Kriegführung hinein, so daß von einer Einheit des Kommandos jetzt noch viel weniger als früher die Rede war.

Neuer Vormarsch der Österreicher.

So schnell war die österreichische Armee hinter den Mincio zurückgewichen, daß sie nicht einmal den Versuch gemacht hatte, den nachrückenden Feind hinter dem Chiese in der günstigen Stellung bei Castiglione auf dem äußersten Westrande des Hügellandes am Südende des Gardasees, wo das wenig durchschnittene Gelände auch für Geschütz und Reiterei ein weites Feld bot, aufzuhalten. Bald indessen wurde man in dem kaiserlichen Hauptquartiere in Villafranca des Fehlers inne und faßte den Entschluß, über den Mincio vorzugehen und die Höhen von Castiglione zu besetzen. Am 23. Juni setzte sich die Armee in Marsch. Am Abend war der rechte Flügel unter Benedek bis Pozzolengo südwestlich von Peschiera gelangt; die drei andern Korps der zweiten Armee unter Schlick standen in einer Linie am Südrande jenes Hügellandes, Stadion bei Solferino, Clam-Gallas bei Cavriana und Zobel bei Volta; die erste Armee unter Wimpffens Befehle, aus den Korps Schwarzenberg und Schaffgotsch mit starker Reiterei gebildet, war in der Ebene bis Guiddizolo im Süden von Cavriana vorgerückt. Am folgenden Tage glaubte man Castiglione erreichen und dann in fester Stellung dem Angriffe der Verbündeten entgegensehen zu können.

Schlacht bei Solferino.

Aber Napoleon kam dem Gegner zuvor. Von allem genau unterrichtet, brach er mit dem ersten Morgengrauen des heißen 24. Juni vom Chiese auf. Die Piemontesen rückten als linker Flügel über Desenzano gegen Benedek vor, Baraguay d'Hilliers, Mac Mahon und die Garde im Zentrum gegen Schlick, Canrobert und Niel auf dem rechten Flügel gegen Wimpffen. In ihren Marschlagern, auf den Ruhepunkten, die sie nur für eine Nacht gewählt hatten, sahen sich die Österreicher um 5 Uhr morgens angegriffen, und eine dreifache Schlacht entspann sich, oder vielmehr drei Schlachten ohne Zusammenhang untereinander, da von einer gemeinsamen Oberleitung der Österreicher an dem Schlachttage nichts zu merken war. Dem Korps Liechtensteins war befohlen, von Mantua aus über Asola am Chiese in Flanke und Rücken des Gegners zu operieren. Auch davon wußte Napoleon, er hielt daher Canroberts Korps zurück, um den von Asola her erwarteten Feind zu empfangen. So stand denn Niel allein der Armee Wimpffens gegenüber, die bis gegen Medole vorgegangen war, und der Kampf schwankte lange. Als aber Liechtenstein nicht kam und nun auch Canrobert sich am Nachmittage auf Wimpffen warf, wurden die Österreicher zurückgedrängt. Rascher war im Zentrum die Entscheidung erfolgt. Solferino, dessen hochliegender weißer Kirchturm ein weithin sichtbares Ziel bildete, wurde von Baraguays Bataillonen nach vierstündigem heldenmütigen Kampfe bald nach 2 Uhr erstürmt; gleich danach fiel San Cassiano in die Hände Mac Mahons, und nachdem auch Cavriana verloren war, mußte die ganze Armee Schlicks auf Volta zurückgehen. Dagegen war es Benedek gelungen, sich in San Martino nordwestlich von Pozzolengo gegen fünf Angriffe der Piemontesen zu behaupten. Indes mit der Niederlage der ersten und zweiten Armee war die Entscheidung gefallen, um 4 Uhr erhielt daher auch Benedek den Befehl, San Martino den Piemontesen zu überlassen und sich zurückzuziehen. Weinend vor Zorn gehorchte der tapfere Mann, und um 7 Uhr abends besetzte La Marmora San Martino. Es war der einzige Punkt des ganzen weiten Schlachtfeldes, wo der Kampf bis gegen Abend tobte; überall sonst hatte ihm schon in der fünften Stunde ein fürchterliches Gewitter mit dichten Regenströmen ein Ende gemacht.

Waffenstillstand und Vorfriede von Villafranca.

Die Niederlage hatte die Österreicher gegen 22 000 Mann, worunter 9000 Gefangene, gekostet, fast 12 000 die Franzosen, 5500 die Piemontesen. Unverfolgt gingen die Österreicher hinter den Mincio zurück und standen bald, auf 200 000 Mann gebracht, in vorteilhaftester Lage bei Verona. Um dies Festungsviereck mußte der weitere

51. General La Marmora.

Kampf entbrennen, und schon zogen die Piemontesen mit Baraguay gegen Peschiera heran, Canrobert und Prinz Napoleon, der aus Toscana herbeigekommen war, gegen Mantua; nur drei Korps blieben dem Kaiser für eine Feldschlacht, deren Ausgang zweifelhaft war und deren Erfolg selbst im Falle eines Sieges nichts entschied. Diese Aussicht auf einen unter allen Umständen langwierigen und gefährlichen Kampf, die schrecklichen Eindrücke des Schlachtfeldes von Solferino, eignes Unwohlsein, die Folgen der ungewohnten Anstrengungen und der furchtbaren Hitze, endlich die Erkenntnis, daß ihm die Fähigkeiten eines Feldherrn versagt seien, drückten zusammen mit der Erwägung der europäischen Lage derart auf Napoleon III., daß er zustimmende Äußerungen der englischen, russischen und preußischen Minister zu neuen Vermittelungsvorschlägen (Vereinigung der Lombardei, Parmas und Modenas mit Piemont, Erhebung Venetiens zu einem selbständigen Staat unter einem Habsburger, italienischer Staatenbund) benutzte, um dies für den Anfang einer Intervention dieser drei Mächte auszugeben, und noch am Abend des 6. Juli den General Fleury an den Kaiser Franz Joseph in Verona sandte, um einen Waffenstillstand als Einleitung

zu Friedensverhandlungen vorzuschlagen. Da dieser zustimmte, so wurde schon am 8. Juli in Villafranca ein Waffenstillstand bis zum 15. August abgeschlossen, und am 9. Juli begannen in Valeggio die Friedensunterhandlungen. Mit plötzlichem Entschluß nahm sie dann Napoleon selbst in die Hände und stellte in einer persönlichen Zusammenkunft mit Franz Joseph und dem Grafen Rechberg in Villafranca am Morgen des 11. Juli diesen vor, daß er ihnen bessere Bedingungen gewähren wolle, als die neutralen Mächte beabsichtigten, wenn sie sofort in deren Annahme willigten. Daraufhin wurden die Präliminarien des demnächst abzuschließenden Friedens festgestellt. Österreich trat die Lombardei bis zum Mincio an Frankreich ab, damit sie von diesem an Piemont überlassen würde. Italien sollte unter dem Vorsitze des Papstes einen Staatenbund bilden, dem auch das österreichische Venetien angehören sollte; auch der Großherzog von Toscana und der Herzog von Modena sollten, wenn ihre Völker sie freiwillig zurückriefen ohne die Intervention einer fremden Macht (woran Franz Joseph nicht zweifelte), in ihre Länder zurückkehren dürfen.

Preußen und der Deutsche Bund.

Die Überraschung war allgemein, und die italienischen Patrioten schäumten vor Zorn. Denn was war aus dem stolzen Versprechen Napoleons, daß Italien frei bis zum Adriatischen Meere sein sollte, geworden? So verdient diese Vorwürfe scheinen mochten, Napoleon konnte in der That nicht anders. Frankreich vermochte nicht gleichzeitig und zwar allein den Krieg in Italien und am Rheine zu führen, denn um nichts Geringeres handelte es sich. Kaiser Alexander II. von Rußland sah mit größter Abneigung der revolutionären Bewegung in Italien zu, in England waren zwar seit dem Sturze Derbys die den Italienern freundlichen Whigs unter Palmerston am Ruder, aber gar nicht geneigt, Napoleon III. zu unterstützen. Vor allem aber wurde der Krieg in weiten Kreisen Mittel- und Süddeutschlands als eine nationale Sache empfunden, deren Vertreter Österreich gegen den alten Erbfeind im Westen sei; mit stürmischem Jubel hatte man in Sachsen und Bayern das Armeekorps Clam-Gallas auf seiner langen Fahrt begrüßt, und mit leidenschaftlichem Anteil folgte man den Nachrichten vom Kriegsschauplatze. Der Norden, namentlich Preußen, stand den Dingen etwas kühler gegenüber. Der Prinzregent wollte unter allen Umständen für Österreich eintreten, jedenfalls das Gebiet des Deutschen Bundes (also praktisch zunächst Tirol) vor feindlicher Gewalt schützen, jenes aber nur dann, wenn ihm der Oberbefehl über die deutschen Bundestruppen zugestanden würde, und zwar vertragsmäßig, nicht nach den lähmenden Bestimmungen des Bundeskriegsrechts, und sehr scharf betonte diesen Standpunkt sein Gesandter am Bundestage, von Bismarck. Zu einem solchen Zugeständnis, das die Einleitung zu einer wesentlichen Verstärkung der preußischen Stellung in Deutschland sein konnte, war nun aber Österreich um so weniger geneigt, als auch die Mittelstaaten einer solchen Wendung durchaus feindlich gegenüberstanden und Österreich auf ihre Stimmen im Bundestage unbedingt rechnen konnte. Es hoffte daher mit Bestimmtheit, mit ihrer Hilfe den Beschluß des Bundeskrieges gegen Frankreich durchzusetzen und Preußen in gewohnter Weise zu majorisieren, obwohl es als höchst unbillig erscheinen mußte, den Staat, auf dessen Schultern die schwerste Last eines französischen Krieges fiel, gegen seinen Willen durch eine rein formelle Mehrheit dazu zu zwingen. Unter diesen Umständen blieb die Sendung des Erzherzogs Albrecht nach Berlin um Mitte April 1859 völlig ergebnislos, weil er nur die Aufstellung eines Bundesheeres im Westen unter preußischem und österreichischem Oberbefehl anbot. Als der Bruch mit Piemont doch erfolgte, erklärte ein preußisches Rundschreiben, Preußen werde zunächst neutral bleiben, aber keine Verletzung des Bundesgebiets dulden und unter Umständen eine bewaffnete Vermittelung versuchen. Zu diesem Zwecke ordnete der Prinzregent Wilhelm noch im April die Marschbereitschaft seiner sämtlichen 9 Armeekorps an und erhielt am 1. Mai vom Landtage die Bewilligung einer Anleihe von 100 Millionen Thalern für die Kosten. Die Entscheidung lag also durchaus in Wien. Machte Österreich das gewünschte Zugeständnis, dann trat Preußen und mit ihm ganz Deutschland zur Wahrung des österreichischen Besitzes in Italien in den Krieg mit Frankreich ein. Aber General Willisen, der,

um zu unterhandeln, Mitte Mai nach Wien kam, fand nicht das mindeste Entgegenkommen, vielmehr forderte Österreich rundweg die Bundeshilfe für Italien und zum Sturze Napoleons III. Es kam ihm zu gute, daß ein russisches Rundschreiben vom 24. Mai die deutschen Bundesregierungen in befehlendem Tone aufforderte, der Sache Österreichs fernzubleiben. Dergleichen Insolenzen ließ sich Prinz Wilhelm nicht bieten; er befahl nach der Schlacht bei Magenta die Mobilisierung von drei Armeekorps, am 14. Juni die seiner gesamten Armee; zugleich beschloß der Bundestag, sämtliche Bundestruppen in Bereitschaft zu stellen. Ein preußisches Rundschreiben an Rußland und England vom 24. Juni schlug darauf die bewaffnete Vermittelung vor, und an demselben Tage, an dem Fürst Windischgrätz zu neuen Verhandlungen in Berlin eintraf, am 4. Juli, stellte Preußen beim Bundestage den Antrag, daß auch der Bund mobil mache, der Oberbefehl aber über sämtliche deutsche Truppen an den Prinzregenten von Preußen übertragen würde. Am 7. Juli kam Österreich mit dem Gegenantrage, daß den Vorschriften der Bundesverfassung nach der Prinzregent von Preußen zum Bundesfeldherrn ernannt würde. Doch dieser war persönlich aufs tiefste entrüstet, daß der Bundestag über den Oberbefehl seiner eignen Armee beschließen und ihn als Bundesfeldherrn von dem vielköpfigen Kriegsrate der Kontigentsherren abhängig machen wollte; ehe er sich dem füge, erklärte er, würde er die preußische Armee wieder auf den Friedensstand setzen. Es war nicht anders: Österreich konnte den Beistand Preußens, d. h. Deutschlands, nur damit erkaufen, daß es Preußen als die militärische Vormacht ganz Deutschlands anerkannte. Da opferte Kaiser Franz Joseph in Villafranca lieber die doch verlorene Lombardei als die „historische Stellung" Österreichs in Deutschland, und sprach es tief verstimmt in einem Manifest „an meine Völker", das ihnen den Friedensschluß ankündigte, mit bitteren Worten aus, daß er von seinen „natürlichen Bundesgenossen" im Stich gelassen worden sei. Ein tiefer Spalt klaffte zwischen den beiden deutschen Großmächten auf.

Cavours Rücktritt.

Die große Frage in Italien war nun die, wie sich die Italiener zu den Abmachungen von Villafranca stellen würden. König Victor Emanuel unterzeichnete den Vertrag mit den Worten: „Ich trete bei, insoweit es mich betrifft." Cavour aber, nachdem er sich vergeblich bemüht hatte, seinen König und den Kaiser Napoleon zurückzuhalten, nahm am 14. Juli seine Entlassung. An seine Stelle trat Ratazzi; den Vorsitz des Ministeriums übernahm der General La Marmora, die piemontesischen Bevollmächtigten wurden aus Mittelitalien abberufen.

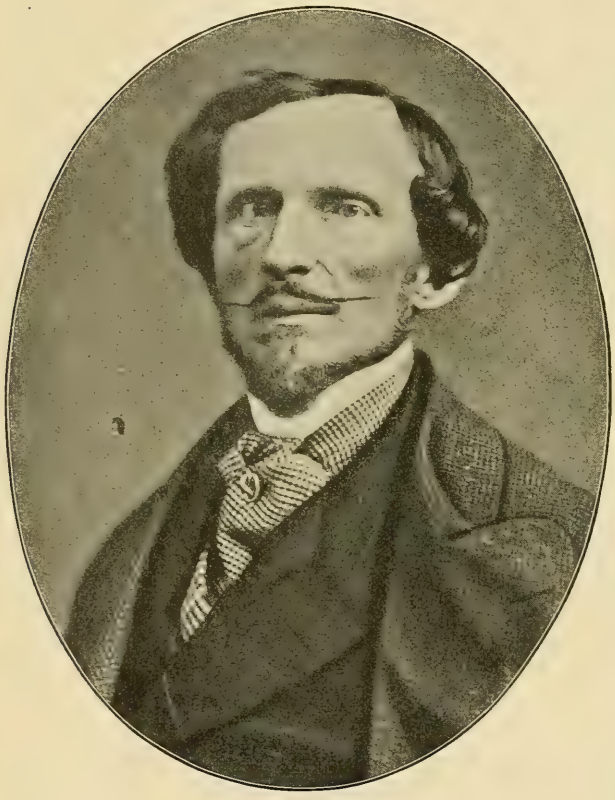
Die mittelitalienischen Annexionen.

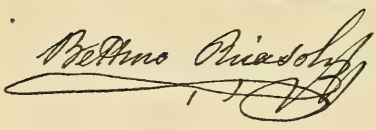
Mittelitalien und der Friede von Zürich.

Doch entschlossen, ohne Unruhe und Gewaltthat, in musterhafter Ordnung schritt das mittelitalienische Volk über den Frieden von Villafranca hinweg. An die Stelle des piemontesischen Bevollmächtigten trat in Modena und Parma Farini, in Bologna der Corse Cipriani, in Florenz Ricasoli. Dann sprach eine Nationalversammlung am 16. August 1859 in Florenz die Absetzung des Hauses Lothringen aus, in Modena am 19. August des Hauses Este, in Parma am 14. September des Hauses Bourbon. Niemand erhob sich dagegen, daß allenthalben provisorisch die grünweißrote Fahne Piemonts mit dem Kreuze von Savoyen, die Farben des napoleonischen Königreichs Italien, aufgezogen wurden. Auch in Bologna erklärte eine Nationalversammlung am 6. September, daß sie die Herrschaft des Papstes nicht mehr anerkenne, und bat den König Victor Emanuel um die Vereinigung der Legationen mit Sardinien. Da diese Aufforderung, wie die der drei andern Staaten vom König mit Rücksicht auf Napoleon noch ausweichend beantwortet wurde, so schlossen die vier Länder ein Schutz- und Trutzbündnis, stellten eine gemeinsame Armee von 25 000 Mann (später 40 000 Mann) unter dem früheren piemontesischen General Fanti zu ihrem Schutze auf und wählten am 7. November den Prinzen von Carignan zu ihrem Regenten. Doch mußte dieser das ablehnen, denn soeben wurde in Zürich am 10. November 1859 auf Grund der Bedingungen von Villafranca der Friede unterzeichnet, indem das Schicksal Mittelitaliens einem Kongreß vorbehalten wurde.

Napoleon III. und der Papst.

Aber dessen Programm wurde ein ganz andres als erwartet. Denn Napoleon hatte sich überzeugt, daß er, wenn er der italienischen Volksbewegung entgegenträte, in den schroffsten Widerspruch mit dem Prinzip der Volkssouveränität und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, auf dem seine eigne Stellung beruhte, geraten müsse. Er ließ deshalb mit einer Flugschrift, die am 24. Dezember erschien (Le pape et le congrès), den Satz aufstellen, daß der Papst zur Sicherung seiner geistlichen Gewalt nur Roms und des Patrimoniums Petri bedürfe, und ersuchte ihn am 30. Dezember in einem eigenhändigen Schreiben, auf die abgefallenen Provinzen freiwillig Verzicht zu leisten. In seiner Antwort jedoch lehnte Pius jeden freiwilligen Verzicht ab, bezeichnete die napoleonischen Erörterungen als ein „widerwärtiges Gemisch von Heuchelei und Brutalität“ und erklärte am 19. Januar 1860 in einem Rundschreiben an die Kirchenfürsten, daß er auf keinen Teil seiner weltlichen Herrschaft Verzicht leisten werde oder könne. 127 Bischöfe der katholischen Christenheit schlossen sich ihm mit der gemeinschaftlichen Erklärung an, daß jeder Versuch, das Banner der Empörung im Kirchenstaate aufzupflanzen, als ein Angriff auf alle Fürsten und ein Eingriff in das Völkerrecht anzusehen sei. Nunmehr ließ der Kaiser den Kongreß ganz fallen, übertrug das Ministerium des Auswärtigen dem bisherigen Gesandten in Konstantinopel, Thouvenel, an Stelle des Grafen Walewski und arbeitete auf die Annexion von Savoyen und Nizza los, schon um den aufgeregten Franzosen einen Siegespreis bieten zu können.





52. Bettino Ricasoli.
Nach einer Photographie.

Vereinigung Mittelitaliens mit Piemont, Savoyens und Nizzas mit Frankreich.

Dies führte Cavour wieder ins Amt zurück. Obwohl ihm der König wegen seines Rücktritts am 14. Juli grollte, obwohl die Radikalen, an ihrer Spitze Garibaldi, ihn in allen Tonarten verunglimpften, da sie seine feste Hand fürchteten, so erhielt doch Cavour am 16. Januar 1860 den Auftrag, das Ministerium neu zu bilden. Sein Rundschreiben vom 27. Januar kündigte den festen Entschluß an, die mittelitalienische Frage zu lösen, um der Revolution entgegentreten zu können, auch Österreich erklärte, sich nicht mit Gewalt widersetzen zu wollen, und Napoleon stimmte unter der Bedingung zu, daß Frankreich Savoyen und Nizza erhalte, vorbehältlich einer Volksabstimmung. Nun erklärten sich die „königlichen Provinzen der Emilia“ (Parma, Modena, die Romagna) und Toscana mit ungeheurer Majorität für den Anschluß an Piemont, und Victor Emanuel nahm in feierlicher Audienz am 18. März 1860 die Annexion der Emilia, am 22. März die von Toscana an. Piemontesische

Truppen rückten in Bologna, Florenz, Parma und Modena ein; der Papst aber sprach den großen Kirchenbann über alle aus, die den Eingriff in die päpstlichen Staaten begangen, veranlaßt oder gebilligt hatten. Um dieselbe Zeit entschieden sich Savoyen und Nizza, längst von französischen Sendlingen bearbeitet, für den Anschluß an Frankreich, da etwas andres gar nicht übrig blieb und Savoyens materielle Interessen durchaus nach Frankreich wiesen, und das „subalpine" Parlament nahm im Mai 1860 den Vertrag mit Frankreich an, trotz des leidenschaftlichen Widerspruchs, den der Nizzarde Garibaldi erhob gegen Cavour, der ihn zum Fremden in seiner Heimat gemacht habe. Das norditalienische Königreich war gebildet nicht allein durch die Waffen und die Diplomatie, sondern vor allem durch den festen Willen seines Volkes, der von einer starken Zeitströmung getragen wurde, und das Haus Savoyen, das sein französisches Stammland aufgegeben hatte um Italiens willen, war fortan untrennbar verbunden mit dem Gedanken der nationalen Einheit.

„Nur nicht ängstlich!" sprach der Hahn zum Regenwurm, und im selben Augenblicke verschlang er ihn.

53. Spottbild auf die Annexion Savoyens und Nizzas durch Frankreich. (Kladderadatsch 1866.)

Piemont und Neapel.

Die Eroberung Siziliens und Neapels.

Unzweifelhaft wäre es für die innere Befestigung des neuen Staates besser gewesen, wenn er sich zunächst auf die Nordhälfte Italiens hätte beschränken können, und in der That wünschte Cavour die Erhaltung Neapels und ein enges Bündnis mit ihm. Doch diese Möglichkeit lag nicht vor. Denn auf der einen Seite drängte die immer noch sehr starke radikale Partei leidenschaftlich vorwärts, und die Regierung konnte sie weder frei gewähren lassen, weil das die Rücksicht auf die Großmächte nicht gestattete, noch sie mit Gewalt niederhalten, weil sie ja auch auf dem Boden der Volkssouveränität stand; auf der andern Seite waren die Zustände im Königreiche Neapel völlig unhaltbar.

Lange Jahre hatte König Ferdinand II. ein tyrannisches Willkürregiment sondergleichen geführt. Die Polizei hatte in die vertrautesten Verhältnisse eingegriffen, 180000 Menschen standen unter polizeilicher Aufsicht, Hunderte lebten in der Verbannung; durch Gewaltmaßregeln war jede freiere Bewegung unterdrückt worden, selbst die Rechtspflege war unzuverlässig. Mit Recht hatte daher schon auf dem Pariser Kongresse Cavour, von Lord Cowley lebhaft unterstützt, auf die unerträgliche Härte der neapolitanischen Regierung als auf eine allgemeine Gefahr hingewiesen; aber die Warnungen, die daraufhin die Westmächte dem Könige Ferdinand erteilten, blieben ohne jeden Erfolg. Mordanschläge auf den König und Erhebungsversuche verrieten die zunehmende Gärung; aber die gewaltigen Jesuiten, mit der Königin im Bunde, hielten ihn bei seinem Systeme fest. Als eine Erleichterung empfand es daher das schöne Land, daß Ferdinand am 22. Mai 1859 starb.

Neapel unter Ferdinand II.

Franz II.

Und wirklich schien sein Sohn Franz II., seit kurzem mit Maria von Bayern, der jüngeren Schwester der Kaiserin von Österreich, vermählt, eine andre Bahn einschlagen zu wollen. Er berief den populären General Filangieri ins Ministerium und entließ noch im Sommer seine Schweizerregimenter, die zuverlässigsten Stützen dieser Regierung. Denn die Greuelthaten der päpstlichen Söldner bei der Erstürmung von Perugia hatten in ganz Italien eine solche Erbitterung hervorgerufen, daß die Eidgenossenschaft sich schon aus Rücksicht auf die vielen in Italien lebenden Schweizer genötigt sah, diesen letzten Rest des alten Reislaufens zu beseitigen. Sie verbot daher fernere Werbungen und befahl, die Wappen der Kantone von den Fahnen der neapolitanischen Schweizerregimenter zu entfernen. Darüber kam es bei diesen zu einer Meuterei, die ihre Auflösung veranlaßte. Allein nach wenigen Monaten schon hatten die Jesuiten ihren früheren Einfluß wiedergewonnen, und der 23jährige, durchaus von Priestern erzogene König wandelte ganz und gar in den Pfaden seines Vaters, so daß es selbst sein Oheim, der Graf von Syrakus, für angemessen hielt, ihn zu warnen und zu mahnen, daß er das von Piemont angebotene Bündnis annehmen und seinem Lande eine zeitgemäße Verfassung verleihen solle. Dies allein konnte ihm noch die Krone retten.

Die Erhebung auf Sizilien und die Landung Garibaldis.

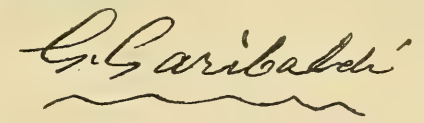
Da brach auch schon, durch mazzinistische Sendboten geschürt, am 4. April 1860 in Palermo, am 8. in Messina die Empörung aus. Zwar gelang es, durch Waffengewalt die Insurgenten aus den Städten zu vertreiben; aber im Innern der Insel glimmte der Aufruhr fort, und er bedurfte nur eines Luftzuges, um wieder in helle Flammen aufzuschlagen. Da nun Cavour wußte, daß die französische Diplomatie daran arbeite, die Besetzung des Kirchenstaates den Neapolitanern zu übertragen, um die weitere Ausbreitung der Piemontesen zu verhindern, und da er auch muratistische Pläne fürchtete, während anderseits Neapel durch seine russenfreundliche Haltung im Krimkriege es namentlich mit England gründlich verdorben hatte, so kam er zu dem Entschlusse, eine Unternehmung der Radikalen gegen Sizilien zuzulassen. An die Spitze trat Garibaldi, der populärste Mann Italiens, eine Macht für sich, politisch und kirchlich radikal bis zum Unverstande, aber im höchsten Grade uneigennützig und ein feuriger Patriot, ein Mann „mit einem Herzen von Gold und dem Kopfe eines Büffels“. Seine Aufforderung, zu gunsten der gedrückten Neapolitaner und Sizilianer zu intervenieren, lehnte Victor Emanuel ab: er stehe nicht im Kriege mit Neapel. Aber er wollte es nicht sehen, daß Garibaldi, namentlich von englischen Geldleuten unterstützt, am 6. Mai 1860 mit 1067 Freiwilligen, den gefeierten „Tausend“, in Genua sich auf zwei Dampfern der Gesellschaft „Rubattino“, dem „Piemonte“ und „Lombardo“, einschiffte, um selbst nach Unteritalien Hilfe zu bringen. Unterwegs erhielt er in Orbetello Munition und vier kleine Geschütze, und am 11. Mai bei Tagesanbruch landete die abenteuerliche Schar unter dem Schutze von zwei englischen Korvetten bei Marsala an der Westküste Siziliens, so daß die neapolitanischen Kriegsschiffe erst zu schießen wagten, als die Landung vollzogen war.

Garibaldi auf Sizilien.

Sofort warf sich Garibaldi ins Gebirge des Innern und zog die zerstreuten Insurgentenscharen an sich, indem er im Namen Victor Emanuels die Diktatur über die Insel übernahm. Bei Calatafimi wollte General Landi in starkbefestigter Stellung ihn aufhalten; aber der Befreier erstürmte am 15. Mai die steilen Höhen und wandte sich jetzt gegen Palermo. Hier war unterdessen aus Neapel General Lanza angelangt und hatte das Fort und alle festen Punkte der Stadt besetzt, während zugleich acht Kriegsschiffe den Hafen deckten. Am 27. Mai begann Garibaldi mit 5000 Mann den Kampf gegen den fünffach überlegenen Gegner. Da erhob sich aber zugleich die Bürgerschaft in der Stadt, die Sturmglocken wurden geläutet, Barrikaden erbaut, und bis Mittag war die Hälfte der Stadt im Besitze Garibaldis. Durch ein furchtbares Bombardement suchte Lanza nun die Bewohner zu strafen und zu schrecken; es zertrümmerte die Häuser, aber nicht den Mut der Bewohner. Am 30. Mai mußte Lanza, im königlichen Palast eingeschlossen und ohne Lebensmittel, mit Garibaldi Waffenstillstand, am 6. Juni eine Kapitulation eingehen, und wenige Tage darauf kehrte er mit

allen seinen Truppen (20000 Mann) nach Neapel zurück. Einem Ministerium, das er selbst ernannte, mit dem Sizilianer Crispi als Minister des Innern an der Spitze, übertrug Garibaldi jetzt die Verwaltung der Insel, während er selbst sich der Organisation der militärischen Streitkräfte mit rastlosem Eifer widmete und sogar die allgemeine Wehrpflicht dekretierte. Durch Zuzüge wesentlich verstärkt, ging er darauf mit drei Kolonnen gegen Messina vor, schlug am 20. Juli den General Bosco bei Milazzo an der Nordküste, zwang ihn zur Übergabe und besetzte am 28. Juli auch Messina ohne Kampf; nur die Citadelle behauptete sich. Sonst war Sizilien in seinen Händen.

54. Giuseppe Garibaldi (1859).
Gezeichnet und gestochen von Metzmacher.
Verlag von Boussod, Valladon & Cie



Steigende Verwickelungen

Zwar suchte König Franz jetzt einzulenken; er erließ eine allgemeine Amnestie, berief ein freisinniges Ministerium und stellte die Verfassung vom 10. Februar 1848 wieder her. Ja er bot in Turin nunmehr ein Freundschaftsbündnis und sogar die Abtretung der Insel Sizilien an. Cavour war der Meinung, sich damit zu begnügen, und sandte seinen Vertrauten, den Sizilianer La Farina, als Bevollmächtigten nach Palermo, um zu verhindern, daß Garibaldi durch weitere Unternehmungen den Besitz des Gewonnenen gefährde. Aber Garibaldi schickte ohne viel Umstände am 8. Juli den Abgesandten nach Genua zurück, nötigte den General Clary zum Abzuge von Messina und sann darauf, wie Sizilien, so nunmehr auch das neapolitanische Festland zu befreien.

Vordringen Garibaldis bis Neapel.

Unter keinen Umständen wollte ihm hier Cavour freie Hand lassen und wies deshalb den Admiral Persano an, wenn in Neapel Unruhen ausbrechen sollten, die Stadt sofort zu besetzen und die Herrschaft Victor Emanuels zu proklamieren. Gleichzeitig ließ er jedoch 9000 Freiwillige unter Piaciani und W. Rüstow, einem früheren

preußischen Offiziere, von Genua nach Sizilien abgehen. So verstärkt, setzte Garibaldi am 19. August von Torre di Faro aus mit 5000 Mann über die Meerenge. Er landete bei Reggio und wußte die ihm entgegenstehenden königlichen Truppen durch Märsche im Gebirge geschickt zu ermüden und zu täuschen. Durch einen Handstreich gewann Bixio am 20. August nachts Reggio. Da versiechte der Widerstand: die Truppen des Königs wichen oder gingen zu Garibaldi über; überall in Kalabrien und Apulien erhob sich das Volk gegen die Regierung und jubelte dem Befreier entgegen. Am 5. September stand Garibaldi schon in Eboli bei Salerno.

Am königlichen Hofe herrschte ratlose Verwirrung. Der Graf von Syrakus forderte den König, seinen Neffen, auf, abzudanken; er wollte die Einheit Italiens unter König Victor Emanuel. Die Entscheidung der Waffen anzurufen wagte König Franz nicht mehr. Er gab Neapel auf und ließ die Truppen, die ihm noch treu geblieben waren, teils in das befestigte Lager bei Capua am Volturno, teils nach der Festung Gaeta abrücken. Am 6. September schiffte er sich dann selbst mit seiner Gemahlin und seinen Garden nach Gaeta ein auf dem einzigen Kriegsschiffe, dessen Kapitän es noch wagte, dem flüchtenden Könige diesen letzten Dienst zu leisten. Denn bereits sperrte ein piemontesisches Geschwader unter Admiral Persano den Hafen von Neapel, und die Flotte verweigerte offen den Gehorsam, die höchsten Beamten, sogar Minister und Generale, baten um ihre Entlassung oder weigerten sich, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu übernehmen, und der Minister Liborio Romano selber forderte sogar Garibaldi auf, nach Neapel zu kommen. An seiner eignen sittlichen Fäulnis ging der Bourbonenstaat schmachvoll zu Grunde.

Am 7. September kam Garibaldi in seiner roten Bluse, einen großen Filzhut auf dem Kopfe, in offener Kalesche mit wenig Begleitern in die von dem Könige aufgegebene Hauptstadt, von einem lärmenden Jubel empfangen, wie ihn nur Neapolitaner kennen, und übernahm die Diktatur über das Königreich im Namen König Victor Emanuels. Der Bruch mit den Mazzinisten war damit ausgesprochen, die von ihnen schon gebildeten provisorischen Regierungskomitees wurden aufgehoben und die Regierung einem liberalen Ministerium unter dem Vorsitze von Liborio Romano übertragen. Aber zur Sicherung des raschgewonnenen Königreiches bedurfte es stärkerer Kräfte, als Garibaldi zu Gebote standen.

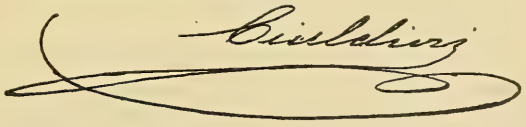
Päpstliche Rüstungen.

Die Meinung Garibaldis war, die so glücklich begonnene Bewegung nunmehr auch nach dem Kirchenstaate zu übertragen. Von der Höhe des Kapitols in Rom wollte er das Königreich Italien proklamieren. Aber in den päpstlichen Staaten waren dank der geistlichen Regierung, die Lord Clarendon auf dem Pariser Kongresse offen „eine Schande Europas“ genannt hatte, die Mazzinisten zahlreicher und einflußreicher als irgend sonstwo in Italien; sie warteten nur auf einen Anstoß, um die Fahne der Republik von neuem zu erheben. Gegen sie wie gegen die von außen drohende Gefahr hatte die päpstliche Regierung für notwendig gehalten, militärische Vorkehrungen zu treffen. Ein Aufruf war durch die ganze katholische Christenheit gegangen, der Not des Stuhles St. Petri zu Hilfe zu kommen. Große Summen waren von allenthalben her als „Peterspfennig“ nach Rom geflossen, die es dem Papste ermöglichten, sein Heer zu reorganisieren und durch Werbungen zumal in Österreich, Belgien und Irland bis auf 20000 Mann zu bringen. Der frühere französische General Lamoricière, ein eifriger Legitimist, übernahm den Oberbefehl. Im Hintergrunde stand der Plan, im Oktober die Romagna anzugreifen und eine allgemeine Reaktion ins Werk zu setzen. Napoleon III. begünstigte selbstverständlich diese Pläne an sich durchaus nicht, aber den Papst in Rom mußte er schützen aus Rücksicht auf die französischen Klerikalen, und so erließ er am 28. August die Erklärung, die französischen Okkupationstruppen würden, solange der Papst in Rom weile, der Autorität des heiligen Stuhles Achtung verschaffen. Die Lage war kritisch. Wenn die päpstlichen Landsknechte Garibaldis Scharen stand hielten? Wenn die französische Besatzung von Rom in den Kampf hineingezogen wurde? War dann nicht eine Parteinahme Frankreichs gegen das werdende Italien zu erwarten? Konnte nicht die Niederlage Garibaldis eine rückläufige Bewegung in Italien überhaupt zur Folge haben?

Es bleibt das Verdienst Cavours, diese Schwierigkeiten zur rechten Zeit erkannt und durch ein energisches Eingreifen vermieden zu haben. Bevor noch Garibaldi, der bei Capua stehengeblieben war, der Truppen des Königs Franz Herr geworden, war das päpstliche Mittelitalien mit alleiniger Ausnahme von Rom und seiner Umgebung für Victor Emanuel gewonnen, und zwar mit Zustimmung Napoleons. Cavours Gesandte Cialdini und Farrini brachten von ihm Ende August aus Chambéry die Antwort zurück: „Fate, ma fate presto!“ (Handelt, aber handelt schnell!). Denn er

Cavours Verhandlungen mit Napoleon.

55. General Enrico Cialdini, Herzog von Gaeta.



war längst überzeugt, daß der Kirchenstaat unhaltbar sei, und mußte die geplante legitimistische Reaktion ebenso verhindern wie einen Angriff Garibaldis auf Rom, und das vermochte er nur durch die Piemontesen.

In den ersten Tagen des September schon sammelten sich die piemontesischen Truppen an der Nordgrenze des Kirchenstaates. Sofort brachen in Pesaro, Sinigaglia, Urbino und andern Städten Aufstände aus. Am 11. September verlangte Cavour von dem Staatssekretär Antonelli die unverzügliche Auflösung des päpstlichen Söldnerkorps, das in den Marken und in Umbrien den Ausdruck der Gefühle der Bevölkerung mit Gewalt niederhalte. Mit Entrüstung wies der päpstliche Stuhl dies Ultimatum zurück. Da rückten denn ohne weiteres die Piemontesen ein. General Fanti besetzte Umbrien und zwang am 14. September Perugia zur Ergebung, Cialdini griff die Marken an. Umsonst versuchte Lamoricière die päpstlichen Truppen zu sammeln; als

Einmarsch der Piemontesen in den Kirchenstaat.

er am 18. September mit nur 6000 Mann vom Gnadenorte Loreto her die piemontesische Stellung bei Castelfidardo angriff, um sich nach dem festen Ancona durchzuschlagen, wurde die päpstliche Armee völlig geschlagen und zersprengt, und nur mit schwachen Trümmern entkam Lamoricière nach Ancona. Aber die piemontesische Flotte unter Persano legte sich vor die Stadt und zerstörte durch ein anhaltendes Bombardement die Werke der Seeseite. Schon am 29. September mußte daher Ancona mit dem ganzen Reste der päpstlichen Armee, etwa 7000 Mann, kapitulieren. Und in der Abstimmung des 4. November sprach sich die Bevölkerung von Umbrien und den Marken für den Anschluß an Piemont aus.

Den Schein zu wahren, als mißbillige er das Vorgehen Cavours, berief Napoleon allerdings den französischen Gesandten aus Turin ab, ließ aber im übrigen den italienischen Dingen ihren Lauf.

Kämpfe am Volturno.

„Großer Nußknacker, könntest du mir nicht diese drei Nüsse knacken?"

56. Spottbild des „Münchener Punsch" (1860).

Inzwischen hatte Garibaldi den Kampf gegen die neapolitanischen Korps begonnen, die in einer Stärke von fast 60000 Mann in festen Stellungen in und bei Capua hinter dem Volturno standen. Allein er war der Übermacht nicht gewachsen. Von König Franz in Person angeführt, überschritten die neapolitanischen Söldner, großenteils angeworbene Süddeutsche, am 1. Oktober 1860 in drei Kolonnen den Volturno und griffen die Garibaldiner bei Caserta an. Von beiden Seiten wurde mit großer Erbitterung gekämpft, Garibaldi behauptete sich eben nur in seiner Stellung und konnte am 8. die Belagerung von Capua beginnen. Allein die Aufgabe war zu groß für seine Kräfte; es fehlte ihm ebenso sehr an Geschütz wie an Mannschaft. Sehnsüchtig schaute er nach den Piemontesen aus.

Wirren in Neapel.

Dazu kam ein anderes. Mazzini war selbst nach Neapel gekommen, und die Mazzinisten boten jetzt alles auf, um den Anschluß von Neapel und Sizilien an Piemont zu hintertreiben. Mit allen Mitteln suchten sie Garibaldi gegen die Politik Cavours einzunehmen. Mit Nachdruck stellte sich der greise Marchese Pallavicino, den Garibaldi zum Prodiktator von Neapel ernannt hatte, ihnen entgegen; er ließ alle politischen Klubs schließen und Mazzini ersuchen, Neapel zu verlassen. Allein Mazzini blieb, und der Generalsekretär Crispi intrigierte so erfolgreich gegen Pallavicino, daß dieser wirklich im Mißmut seine Entlassung nahm. Ein Aufstand brach darüber in Neapel aus, den Garibaldi, vom Lager herbeieilend, nicht ohne Mühe zu beschwichtigen vermochte. Um so mehr war Cavour im Rechte, wenn er zur schleunigen Vollziehung der Annexion von Neapel drängte. Auf seinen Antrag hatte schon am 11. Oktober das piemontesische Parlament mit überwältigender Majorität beschlossen, daß die Annexion der Provinzen Mittel- und Süditaliens, in denen sich der Volkswille für den Anschluß ausspräche, anzunehmen sei. Am 21. Oktober fand nun in Neapel und Sizilien die allgemeine Volksabstimmung statt; wie allenthalben, so

war auch hier die große Mehrheit für den Anschluß an Piemont. Es war die höchste Zeit, daß eine endgültige Ordnung im Neapolitanischen geschaffen wurde. Denn Garibaldi hatte sich für die Verwaltung völlig unfähig erwiesen, durch leichtsinnige Steuererlasse die Finanzen völlig zerrüttet und in seiner vertrauensseligen Menschenunkenntnis eine wüste Stellenjägerei zugelassen, so daß alles in der größten Verwirrung war. Nur die piemontesische Monarchie konnte hier Hilfe bringen.

Eingreifen Victor Emanuels.

Am 9. Oktober hatte König Victor Emanuel in Ancona in Person den Oberbefehl über seine Armee übernommen, um sie nach dem Süden zu führen und dem letzten Widerstande der Truppen des Königs Franz ein Ende zu machen. Am 20. Oktober forcierte Cialdini den Paß von Macerone bei Isernia, der nach dem oberen Volturno führt, und kam damit den Neapolitanern in den Rücken. Dadurch wurden diese genötigt, die Volturnolinie aufzugeben und sich hinter den Garigliano nach Gaeta zurückzuziehen. Garibaldi vereinigte sich jetzt mit dem Heere des Königs bei Teano und begrüßte Victor Emanuel als „König von Italien". „Ich danke", erwiderte dieser lakonisch und reichte dem General die Hand. Die rote Bluse war nunmehr abgethan, und die Garibaldiner legten zum größten Teile die piemontesische Uniform an. Der königlichen Armee vermochte jetzt Capua nicht lange mehr zu widerstehen; nach kurzem Bombardement mußte es sich am 2. November ergeben, die kriegsgefangene Besatzung wurde in die piemontesische Armee eingereiht. Am 7. November hielt Victor Emanuel mit Garibaldi an der Seite unter strömendem Regen seinen Einzug in Neapel; der aber entsagte uneigennützig allen Ehren und Ämtern, ermahnte seine Freiwilligen, treu zum König zu halten, und zog heim nach der kleinen Insel Caprera an der Nordküste von Sardinien. Doch hoffte er im März des nächsten Jahres wieder zu kommen zum Angriffe auf Rom.

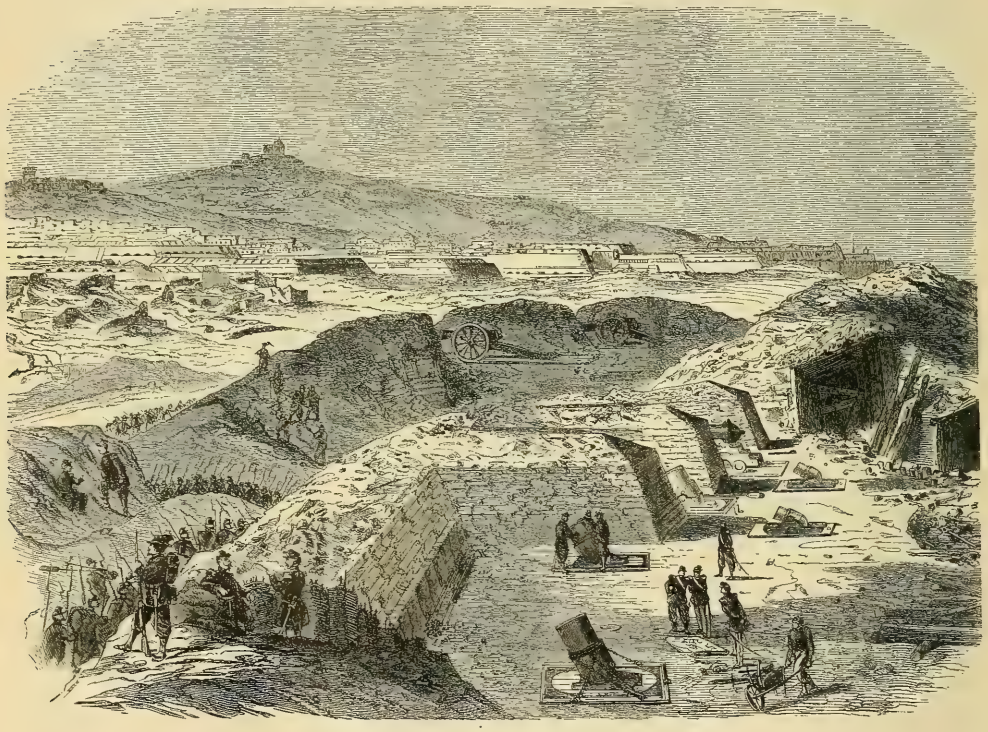
Belagerung von Gaeta.

Schon hatte da Victor Emanuel seinen Angriff gegen Gaeta eröffnet. Er überschritt am 3. November den Garigliano und schlug das vor der Festung lagernde Truppenkorps des Königs Franz. Nur etwa 10 000 Mann von den Besiegten konnten noch in der Festung aufgenommen werden; 25 000 Mann zogen an der Meeresküste entlang und traten auf päpstliches Gebiet über, wo sie von den Franzosen bei Velletri entwaffnet wurden. Von der Landseite wurde jetzt Gaeta vollständig eingeschlossen; an der Seeseite wurde die Festung aber durch eine französische Flotte unter dem Admiral Le Barbier de Tinan gedeckt, der Lebensmittel und Kriegsbedarf ungehindert in die Festung hineinließ. Dadurch wurde natürlich die Belagerung sehr erschwert, denn ohne Mitwirkung einer Flotte war Gaeta überhaupt nicht einzunehmen. Gleichwohl bestimmte das Bombardement von der Landseite her den König Franz, seine Familie nach Rom zu senden. Nur seine junge Gemahlin Maria harrte mutig bei ihm aus, nicht wenig durch Beispiel und Wort die Besatzung zu tapferer Gegenwehr anfeuernd.

Verhandlungen Einnahme von Gaeta.

Hauptsächlich indes setzte König Franz seine Hoffnung auf die diplomatische Intervention der auswärtigen Mächte. Hatte doch Österreich überhaupt noch nicht wieder die diplomatische Verbindung mit Piemont angeknüpft, Frankreich aber seine Mißbilligung der piemontesischen Politik durch die Abberufung seines Gesandten ausgesprochen, ein Beispiel, dem Rußland und Spanien folgten. Preußen hatte zwar den diplomatischen Verkehr mit dem Turiner Hofe nicht abgebrochen, aber doch schon am 13. Oktober erklärt, daß, obgleich es dem Prinzipe der Nationalitäten große Geltung zugestände, es doch „ausdrücklich und formell" es mißbilligen müsse, daß Piemont die Bahn der Reformen verlasse und die der Revolutionen betrete. Wirklich fand gegen Ende Oktober in Warschau eine persönliche Zusammenkunft der Herrscher von Preußen, Österreich und Rußland statt; aber ein Einvernehmen über Italien wurde nicht erzielt. Vielmehr begann England, das die vollzogenen Annexionen anerkannt hatte, einen immer stärkeren Druck auf Napoleon auszuüben, daß er der Einmischung in die Verhältnisse Italiens entsage und seine Flotte von Gaeta abrufe. Denn nichts konnte der

englischen Politik förderlicher sein, als wenn im Mittelmeer eine neue große Macht entstand, die der französischen Seemacht die Wage hielt. Mehr und mehr gab Frankreich dem Drängen nach: es schlug dem belagerten Könige einen Waffenstillstand vor, um während dessen einen friedlichen Ausgleich zu vermitteln. Allein König Franz lehnte diesen ab, so daß am 20. Januar 1861 die französische Flotte Gaeta verließ und sich sofort die früher neapolitanischen Kriegsschiffe unter Persanos Befehle an ihre Stelle legten. Damit war der Fall von Gaeta entschieden. Einige Wochen widerstand die Festung noch dem Bombardement, dem Hunger und den Seuchen; dann öffnete sie dem Überwinder am 13. Februar 1861 ihre Thore. Am 13. März kapitulierte auch die Citadelle von Messina und am 20. März die kleine Bergfestung Civitella del Tronto in den Abruzzen an der römischen Grenze, der letzte



57. Die Piemontesen vor Gaeta.

Platz, der noch zu König Franz gehalten hatte. Und an demselben 20. März 1861 wurde auf Grund des Gesetzes vom 17. März Victor Emanuel feierlich als König von Italien ausgerufen. Die Anerkennung Englands erfolgte fast auf der Stelle und im Juni auch diejenige Frankreichs; die übrigen Großmächte verweigerten sie noch.

Das bourbonische Briganttaggio.

König Franz hatte sich von Gaeta auf einem französischen Schiffe nach Terracina geflüchtet und war von dort nach Rom gegangen. Hier organisierte er zahlreiche Banden, die ihm sein verlorenes Reich wieder erobern sollten, aber unter der weißen Bourbonenfahne nur zügellose Räubereien und Schandthaten aller Art an den früheren Unterthanen des Königs verübten, eine Maßregel, die ebenso geeignet war, den Enthronten der allgemeinen Mißachtung preiszugeben, wie unwirksam für den von ihm beabsichtigten Zweck. So entschlug er sich selbst des Mitgefühls, das sonst dem Unglücke zu folgen pflegt.

Das Königreich Italien und die römische Frage.

Die Grundlagen der neuen Ordnung.

So war denn der Einheitsstaat Italien geschaffen; nur Venetien fehlte noch und das Patrimonium St. Petri, Rom mit dem päpstlichen Gebiete. Jetzt aber galt es für Italien, sehr verschiedenartige Landschaften, die seit vielen Jahrhunderten ein getrenntes Dasein geführt hatten, zu einem staatlichen Ganzen zu verschmelzen und Versäumnisse von Jahrhunderten nachzuholen. Eine harte und schwere Arbeit mit ungenügenden Kräften folgte dem Rausche glücklicher Revolutionen. Die größte Schwierigkeit lag darin, daß hier nicht, wie später in Deutschland, eine festgefugte Großmacht mit einer Anzahl kleinerer Staaten in festerer oder freierer Weise verbunden werden mußte, sondern daß das schwache Piemont mit Ländern, die ihm an Größe wenig nach-, oder gar voranstanden und bisher ganz despotisch regiert, also ohne jede politische Schulung waren, zu einem konstitutionellen Einheitsstaate verschmolzen werden mußte. Die piemontesische Grundlage war also verhältnismäßig zu schwach, und die Möglichkeit, das übrige Italien mit dem straffen piemontesischen Staatsgeist zu durchdringen, kaum vorhanden. Saß doch in dem neugebildeten Ministerium außer Cavour nur ein einziger Piemontese, und von den 443 Abgeordneten waren nur 83 Piemontesen. Eine weitere Schwierigkeit bot die Finanzlage. Die sofort vollzogene Unifikation der Schulden aller bisherigen Einzelstaaten belastete Italien mit einer Gesamtschuld von mehr als drei Milliarden Lire (Frank). Dazu kam infolge der notwendigen Reorganisation des Heeres und der Flotte ein jährliches Defizit von über 300 Millionen Lire. Die jährlichen Staatsausgaben stiegen den Bedürfnissen des Großstaates entsprechend auf eine Milliarde, während sie bisher zusammen nur etwas über die Hälfte betragen hatten, ein bequemes Agitationsmittel für alle Feinde des neuen Staates. Denn die Anhänger der gestürzten Dynastien wie auch die mazzinistischen Republikaner waren unermüdlich, immer neue Unruhen anzuzetteln. Das Räuberunwesen nahm auf Sizilien in der Maffia, in Neapel in der Camorra eine feste Organisation an und wurde zu einer schweren Geißel für den ganzen Süden; dazu hausten die bourbonischen Briganten-scharen in den Abruzzen. Ein Statthalter nach dem andern wurde nach Neapel geschickt und wieder abberufen, bis es endlich dem General La Marmora gelang, einige Ordnung zu schaffen (seit dem Oktober 1861). Auch die alten provinziellen Gegensätze machten sich geltend; man klagte in den neuen Provinzen über Bevorzugung der Piemontesen, die doch fast die einzigen geschulten Beamten stellten. Diese Sorge um den „Regionalismus" vereitelte auch den Plan Cavours, das Land in große Provinzen (Regionen) mit weitgehender Selbständigkeit wie etwa Preußen zu teilen; man legte vielmehr der neuen Organisation im wesentlichen die alten Stadtbezirke zu Grunde und schuf in den sogenannten „Provinzen" (58) thatsächlich ganz büreaukratisch regierte französische Departements mit einer Masse von Beamten, die vielfach ebenso herrisch wie unzuverlässig und bestechlich waren; auch die Selbstverwaltung der Städte wurde durch die Bestimmung, daß der König jeden Bürgermeister (sindaco) ernannte, stark eingeschränkt.

Unterrichts- und Heerwesen; Eisenbahnen und Zolleinheit.

Dem gegenüber arbeitete die Regierung rüstig daran, die Bande der Einheit zu verstärken und neue zu schaffen, zunächst durch Förderung des weltlichen Unterrichts. Den Volksschulunterricht ordnete schon das Gesetz vom 13. November 1859 als Sache der Gemeinden oder von Privaten mit dem immerhin ansehnlichen Erfolge, daß, obwohl ein Schulzwang nicht eingeführt wurde, 1871/72 wenigstens $^2/_5$ der schulpflichtigen Kinder Schulunterricht empfingen; die Lehrerbildungsanstalten erhielten 1860/61 ihre Ordnungen, die Gymnasien und Lyceen, teils Staats-, teils Gemeinde- oder Korporationsanstalten, wurden 1867 reformiert, die außer in Piemont und der Lombardei fast überall fehlenden Realschulen (scuole techniche) nach österreichischem Muster eingerichtet, überwiegend als Gemeindeanstalten; die 21 Universitäten (davon 17 königliche) erhielten 1859 eine den deutschen nachgebildete Einrichtung, wurden aber durch spätere Bestimmungen in ihrer Bewegungsfreiheit sehr eingeengt und

doch, oder auch infolge davon oft Herde unreifer politischer Agitationen. Immerhin wurde dies Unterrichtswesen schon dadurch ein starkes Bindemittel der Nation, daß es in nationalem Geiste geleitet wurde und die italienische Schriftsprache in alle Schichten des Volkes trug. Doch unmittelbarer wirkte das Heerwesen. Es war eine ungeheure Aufgabe, die jeder militärischen Zucht entwöhnten, verweichlichten oder zügellosen Stämme Mittel- und Süditaliens an Unterordnung, pünktlichen Gehorsam und Reinlichkeit zu gewöhnen, aber es gelang, wenngleich mit schweren Opfern. Denn da die alten piemontesischen Offiziere und Unteroffiziere bei weitem nicht ausreichten, so mußte man viele minderwertige und unzuverlässige Leute einreihen, zu denen auch die Garibaldischen Freiwilligen meist gehörten, und man beging obendrein den Fehler, nicht nur die allerdings zuchtlosen bourbonischen Regimenter ganz aufzulösen, sondern auch die piemontesischen Truppenteile als Cadres für die Neubildung des ganzen Heeres zu verwenden. Kein Wunder, daß die italienische Armee 1866 weniger leistete als die piemontesische 1859. Endlich und vor allem sorgte die Regierung dafür, die Landschaften in freie und sichere Verbindung zu setzen durch Eisenbahnen. Schon 1860 umfaßte das Netz der Halbinsel (ohne Venetien und den Rest des Kirchenstaates) etwa 3000 km, und 1867 erstreckten sich die Schienenstraßen von Bologna längs der adriatischen Küste bis Brindisi und Lecce (ein alter Jugendtraum Cavours) und über die Apenninen durch Toscana und Umbrien nach Rom und bis über Neapel hinaus. Die Zollgrenzen waren natürlich sofort gefallen, das ganze Königreich bildete ein Wirtschaftsgebiet.

Aufhebung der Klöster.

Den wundesten Punkt der neuen Ordnung bildete nach wie vor das Verhältnis zum Papsttum, zur Kirche, die alte Erbschaft der Langobarden- und Karolingerzeit. Teils der Not gehorchend, teils den Anschauungen des herrschenden Liberalismus folgend, zog der Staat die Kirchengüter größtenteils ein und hob die meisten Klöster auf; selbst so ehrwürdige Stiftungen wie Montecassino, das Franziskanerkloster in Assisi (das Mutterkloster des Ordens), die Dominikanerklöster in Bologna (die Gründung des Ordensstifters) und Florenz (San Marco, der Sitz Savonarolas), blieben nicht verschont; die Güter wurden meist sehr billig verkauft, die Gebäude zu Schulen und Kasernen eingerichtet, einzelne von besonders künstlerischem und historischem Werte in Nationalmuseen verwandelt, wie San Marco in Florenz, die herrliche Kartause San Martino mit der Prachtaussicht auf Neapel u. a. m. Kein Wunder daher, daß die Geistlichkeit sich nicht selten widerspenstig zeigte und von Rom ermuntert wurde, denn der Papst setzte allen Versuchen des Königreichs Italien, zu einer Ausgleichung mit ihm zu gelangen, ein festes „Non possumus“ entgegen.

Die römische Frage; Cavours Tod.

Von der andern Seite drängte die Aktionspartei gegen die Regierung mit dem ungestümen Verlangen an, durch die Eroberung von Venetien und Rom das Einigungswerk zu vollenden. In seiner großen Weise wollte Cavour die römische Frage der radikalen Partei aus der Hand winden und sie lösen durch eine friedliche Vereinbarung zwischen Italien und dem Papsttume. Die weltliche Gewalt des Papstes sollte aufhören, Rom eine italienische Stadt und die Hauptstadt des Reiches werden, dem Papste aber die volle Freiheit seiner geistlichen Gewalt verbürgt bleiben, die Kirche frei sein im freien Staate (libera chiesa in libero stato). Umsonst wies d'Azeglio, der Rom weit besser kannte als Cavour, diesem hochgespannten Idealismus gegenüber in seiner Schrift „Die brennenden Fragen“ (Le quistioni urgenti) darauf hin, daß Rom zwar eine italienische Stadt werden müsse, aber zur Hauptstadt Italiens nicht tauge, daß daher diese anderwärts sein müsse; am 27. März faßte das Parlament in Turin nach einer großartigen Rede Cavours den Beschluß, Rom zur künftigen Hauptstadt Italiens zu erklären. Bei seiner ebenso kühnen wie umsichtigen Politik würde die Lösung der Frage ihm vielleicht gelungen sein; aber er starb unerwartet nach kurzer Krankheit, der Folge übermenschlicher Anstrengungen, am 6. Juni 1861, als ein gebannter und doch als ein katholischer Christ, nachdem er die Sterbesakramente aus der Hand seines treuen Paters Joseph empfangen hatte. Ungern und schmerzvoll schied er aus der Welt: „Italien braucht mich, ich darf nicht sterben!“ sagte er, und seine letzten Worte galten der großen ungelösten Aufgabe: „Libera chiesa in libero stato!“ Mit Recht faßte Italien seinen

Tod als ein nationales Unglück auf; in einem Augenblicke verlor es den erfahrenen Steuermann, wo es seiner noch auf das dringendste bedurfte, und wieder einmal erfuhr die Welt, was ein großer Mann bedeute.

Die Agitation der Radikalen.

Wohl waren Cavours Nachfolger der Meinung, sein Programm festzuhalten; aber ihnen fehlte seine Sicherheit und sein Ansehen. Baron Ricasoli versuchte gegen Frankreich eine selbständigere Haltung anzunehmen; aber die Kälte, die Napoleon infolgedessen gegen Italien zeigte, veranlaßte ihn schon am 2. März 1862 zum Rücktritt. Ratazzi war wieder der populären Bewegung nicht Meister, Garibaldi kam daher von Caprera herüber. Nach englischem Vorbilde hatten sich in zahlreichen Städten besonders des nördlichen Italiens Schützenvereine gebildet, in denen die Aktionspartei ein Werkzeug zur Durchführung ihrer Pläne zu gewinnen meinte. Im Triumphe wurde der „Alte von Caprera" von Stadt zu Stadt geleitet; Freiwilligenkorps sammelten sich um ihn, die sich mit dem Gedanken trugen, in Venetien und Südtirol den Aufstand gegen die österreichische Herrschaft zu entfachen. Indes noch zur rechten Zeit schritt die Regierung ein, verhaftete, wenn auch nur auf kurze Zeit, die Wortführer und löste die Korps auf, um einem Zusammenstoße mit Österreich zuvorzukommen.

58. Urbano Ratazzi.
Nach einer Photographie.

Garibaldis Zug gegen Rom.

Aber schon drohte der eigenwillige General an einer andern Stelle der Regierung unheilvolle Verwickelungen zu schaffen. Aus Anlaß der Heiligsprechung von 27 Märtyrern, die in Japan ihren Tod gefunden hatten (s. Bd. VI, S. 392), hatte der Papst die katholischen Bischöfe aller Länder auf Pfingsten 1862 nach Rom entboten; der eigentliche Zweck aber war, eine großartige politische Demonstration ins Werk zu setzen. Am 9. Juni ging sie vor sich; die Bischöfe überreichten dem Papste eine Erklärung, in der sie unter den heftigsten Anklagen gegen das Königreich Italien die Notwendigkeit der weltlichen Herrschaft des heiligen Stuhles bekräftigten. Darauf gedachte Garibaldi die rechte Antwort zu geben. Er begab sich mit einer Schar Freiwilliger nach Sizilien und erklärte hier in öffentlicher Versammlung Napoleon für einen Verräter, der Italien seine natürliche Hauptstadt Rom vorenthalte. Auf Rom also war sein Absehen gerichtet, wo allein die französischen Okkupationstruppen die Herrschaft des Papstes noch aufrecht erhielten. Konnte sich aber die Regierung durch Garibaldis Handstreich in einen unheilvollen Konflikt mit Frankreich stürzen lassen? Sie erließ eine warnende Proklamation, erklärte Garibaldis Unternehmen für Rebellion und traf umfassende militärische Maßregeln, um es zu verhindern. Allein

Garibaldi ließ sich nicht zurückhalten. Obgleich sich nur 2500 Freiwillige um ihn gesammelt hatten, setzte er am 24. August 1862 nach Kalabrien über. Fünf Tage danach, am 29. August, ereilten ihn die italienischen Truppen unter Oberst Pallavicini am Aspromonte unweit Reggio. Ein Gefecht entspann sich, dabei erhielt Garibaldi einen schmerzhaften Schuß in das rechte Fußgelenk und mußte sich mit seiner ganzen Schar ergeben. Am 5. Oktober wurden die gefangenen Freischärler wieder in Freiheit gesetzt. Garibaldi indes lag an seiner Wunde in Spezzia schwer danieder, bis der französische Arzt Nelaton die Kugel fand und entfernte. Erst im Dezember kehrte er nach Caprera zurück. Jedoch so groß war die allgemeine Sympathie für den „Gefangenen Italiens", daß Ratazzi sein energisches Vorgehen gegen ihn mit der Entlassung aus dem Ministerium büßte.

59. Marco Minghetti.

Denn trotz aller Überstürzung und Ungeduld, in der Sache hatte Garibaldi recht und darum die öffentliche Meinung für sich: ohne Rom fehlte dem Neubau des Königreichs Italien der Schlußstein. Darum entwarf der Alte auf Caprera, unbelehrt, immer neue Projekte: am 15. Dezember 1863 forderte er in einer Proklamation die Italiener auf, Victor Emanuel die Diktatur zur Eroberung von Rom und Venedig zu übertragen, und kündigte am 21. Januar 1864 die Einsetzung eines neuen Zentralaktionskomitees an. Allein das Ministerium Minghetti trat ihm mit Nachdruck entgegen und hemmte jede Unbesonnenheit.

Die Septemberkonvention.

Es konnte dies mit um so größerer Sicherheit thun, als die politische Weltlage sich unerwartet für Italien günstig gestaltete. Der polnische Aufstand von 1863 und der deutsch-dänische Konflikt hatten eine vorübergehende Annäherung der drei östlichen Großmächte aneinander herbeigeführt. Napoleon sah sich vereinsamt und hielt es darum für angemessen, sich gegen die Wünsche Italiens, zumal da der Papst alle seine Ratschläge unbeugsam zurückgewiesen hatte, entgegenkommender zu zeigen. Er ließ daher in Turin erklären, daß er geneigt sei, auf Unterhandlungen über die Räumung Roms von den französischen Okkupationstruppen einzugehen, wenn Italien genügende Bürgschaft für die Sicherheit des Papstes bieten wolle. Auf dieser Grundlage kam denn am 15. September 1864 zwischen den beiden Mächten eine Konvention zustande. Frankreich verpflichtete sich, binnen zwei Jahren Rom zu räumen, Italien versprach dagegen, das päpstliche Gebiet nicht nur selbst nicht anzugreifen, sondern auch gegen jeden Angriff von außen zu schützen; überdies machte es sich verbindlich, binnen sechs Monaten den Sitz der Regierung von Turin wegzuverlegen.

Florenz Hauptstadt.

Indes so wenig entsprach diese Konvention den Wünschen des Volkes, daß bei ihrem Bekanntwerden in Turin am 20. September ein Aufruhr ausbrach. Der König beschwichtigte diesen durch die sofortige Entlassung des Ministeriums Minghetti, und

das neue Kabinett, in dem General La Marmora den Vorsitz führte, setzte wirklich am 24. Oktober den Beschluß des italienischen Parlaments durch, daß Florenz zur Reichshauptstadt bestimmt wurde. Mit dem Beginn des neuen Jahres siedelte die Regierung in die schöne Arnostadt über. Der Hof nahm seinen Sitz in dem mächtigen Palazzo Pitti, den einst ein Florentiner Bürger gebaut hatte, das italienische Parlament zog in die großartigen Säle des ehrwürdigen Palazzo Vecchio ein, des alten Hortes und Sinnbildes florentinischer Bürgerherrlichkeit, und eine großartige bauliche Umgestaltung unter Leitung des Sindaco Ubaldino Peruzzi wandelte die alte Stadt der Medici in einen würdigen Königssitz um. Nun konnte sich auch Napoleon der übernommenen Verpflichtung nicht entziehen: im Oktober 1865 begannen die Franzosen Rom zu räumen. Aber die Hoffnung, Rom zu gewinnen, erhob die Italiener. „Roma capitale" blieb ihr Schlachtruf, Florenz erschien nur als eine Etappe auf dem Wege nach der natürlichen und historischen Hauptstadt des Reiches, und der immer schärfer sich zuspitzende Gegensatz der deutschen Großmächte gab Hoffnung, auch zur Gewinnung Venedigs einen machtvollen Bundesgenossen zu haben. Dann aber war vollendet, was seit Menschengedenken das Sehnen aller patriotischen Herzen gewesen war: ein einiges und starkes Italien!

Die Genfer Konvention.

Die Kämpfe um das Ziel, die einem alten Kulturvolke wieder zu seinem natürlichen Rechte verhalfen, haben zugleich mittelbar eine überaus wohlthätige Wirkung für die gesamte Menschheit gehabt. Im Innersten erschüttert von den Schrecknissen des Schlachtfeldes von Solferino, die er in seiner Schrift „Un Souvenir de Solférino" in ihrer ganzen grauenhaften Wirklichkeit schilderte, rief der edle Henri Dunant, der Sprößling einer Genfer Patrizierfamilie (geb. 1827), die Genfer Konvention vom roten Kreuz ins Leben (22. August 1864), und er hatte die Genugthuung, daß ihr auf der zweiten Generalversammlung 1869 fast alle zivilisierten Staaten beitraten. Fortan standen Ärzte, Lazarette, Verwundete und Kranke aller kriegführenden Parteien unter dem Schutze des Völkerrechts, und ausgebreitete Organisationen zur freiwilligen Kranken- und Verwundetenpflege haben sich daran geschlossen.

Rußland und der türkisch-griechische Orient unter Alexander II.

Die Reformzeit.

Nur mit geschickter Benutzung der europäischen Lage, vor allem der Machterhebung Frankreichs und der Isolierung Österreichs durch den Krimkrieg, war die Begründung des Königreichs Italien möglich gewesen. Wie dieser Kampf eine Neugestaltung der Apenninhalbinsel vorbereitete, so wurde er für das ehrenvoll besiegte Rußland der Anfang zu einer neuen Periode seiner Geschichte, denn er gab den Anstoß zu einer tiefgreifenden Umgestaltung seiner staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Verhältnisse.

Wirtschaftlich-soziale Grundlagen.

Die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse Rußlands waren, wenn man von den Ländern germanisch-protestantischer Kultur, den baltisch-deutschen Provinzen und dem Großfürstentum Finnland, absieht, noch immer halbmittelalterlich. Streng schieden sich die Stände, der grundbesitzende Adel, der schwache, unentwickelte Bürgerstand der meist noch halbländlichen, größtenteils aus Holz gebauten, dünngesäten Städte und die überwiegend leibeigenen Bauern, die fünf Sechstel der ganzen Bevölkerung bildeten. Über einer fast geldlosen Naturalwirtschaft des platten Landes stand eine durchaus auf Geldwirtschaft berechnete, ganz moderne Verwaltung mit einem allmächtigen Beamtentum und einem äußerlich europäischen Heerwesen, der gegenüber es eine Selbstverwaltung nur in den kleinsten örtlichen Kreisen gab und die selbst nur durch die geistigen Kräfte des baltischen Deutschtums erhalten werden konnte.

Trotz aller scheinbaren Gleichförmigkeit des Bodens wies und weist das europäische Rußland sehr große Verschiedenheiten auf. Nebeneinander stehen die weite, offene baumlose Steppe im Süden, die Zone der reichen „schwarzen Erde", des Tschernosjem in der Mitte, das Wald- und Sumpfland im Norden, in dem die An-

siedelungen nur Waldlichtungen bilden, bis nach der Polarzone hin der Ackerbau fast aufhört, die Bevölkerung sich an den Flußläufen zusammenzieht und wesentlich von Jagd und Fischfang lebt. Dazu kamen noch die ungeheuren Kolonisationsgebiete in Sibirien und in der erhabenen Gebirgswelt des Kaukasus. Von dem üppigen Reichtum der subtropischen Zone, von den Weinbergen und Orangegärten der Krim und des Kaukasus bis zu den Eiswüsten des Polarmeeres reicht das unermeßliche Wirtschaftsgebiet. Aber den alles an Zahl überragenden Kern seines Völkergewimmels bildet doch der großrussische Stamm mit den allerdings wesentlich von ihm verschiedenen Kleinrussen, sonst sind nur die Polen eine geschlossene Gruppe; alle andern nichtslawischen Stämme sitzen nur an den Rändern dieses russischen Kernlandes oder sind in dünnen Beständen weit zerstreut. Die dichteste Bevölkerung aber, die freilich nirgends wesentlich über 2000 Einwohner auf die Quadratmeile stieg, drängte sich wieder ziemlich genau in der Mittelzone zusammen und nahm nach Norden, Osten und Süden ab; nur der unrussische Westen kam ihr nahe.

Die russische Bauerngemeinde.

Die große Masse des russischen Landvolkes wohnt noch heute in kleinen Dörfern aus eng aneinandergebauten Höfen, Gruppen von kleinen Blockhäusern, die eine breite Gasse bilden und eine Flur von höchstens 1400 Morgen (also etwa 350 ha) besitzen. Nach Väterweise wird die Flur in den Ordnungen der Dreifelderwirtschaft mit dem uralten Hakenpfluge bestellt (s. Bd. III, S. 205; V, S. 130), und zwar, da die Anteile der einzelnen Höfe im Gemenge liegen, unter dem Flurzwange. Das ganze Ackerland aber war und ist Besitz der Gemeinde, derart, daß in größeren Fristen (gewöhnlich aller 15 Jahre, nach den periodischen Steuerrevisionen) die einzelnen Anteile an die Höfe nach den männlichen Arbeitskräften (den sogenannten „Revisionsseelen") neu verteilt wurden. Die Wiesenanteile wurden alljährlich verlost oder auch nur der Ertrag verteilt, Weide und Wald blieben gemeinsam. So bildete jedes Dorf eine unzertrennliche Wirtschaftsgemeinschaft (Mir, d. h. Welt), die auch dem Grundherrn und dem Staate gegenüber zu einer bestimmten, nach der Arbeitseinheit (tjaglo, d. h. ein Mann, eine Frau und ein Pferd) bemessenen Leistung an Diensten und Steuern als Gesamtheit verpflichtet war und deshalb ihre Mitglieder auch dann festhielt, wenn sie außerhalb des Dorfes lebten. Im Süden auf der Steppe überwog die Viehzucht mit halbnomadischer Ackerwirtschaft (einer Art wilder Feldgraswirtschaft, s. Bd. III, S. 205), die indessen z. B. bei den Baschkiren und Kirgisen von russischen bäuerlichen Pächtern betrieben wurde. Da der lange strenge Winter einen guten Teil des Jahres hindurch jede landwirtschaftliche Arbeit verbietet, so entwickelte sich ein sehr ansehnliches, auch für den Verkauf arbeitendes bäuerliches Hausgewerbe, wobei der Hausvater die Rohstoffe kaufte und jede Landschaft ihre Besonderheiten festhielt. Ein Teil der Bauern betrieb wohl auch bestimmte Gewerbe auf der Wanderschaft bis nach Sibirien hinein.

Bauern und Gutsherren.

Das ganze Leben der russischen Bauern stand nun unter dem Einflusse der Leibeigenschaft (vgl. Bd. VI, S. 49); nur die Kosaken und die fremden Kolonisten waren frei, und in den baltischen Provinzen war die Leibeigenschaft schon seit 1817 aufgehoben. Von diesen leibeigenen Bauern saß fast die Hälfte auf den Domänen und den Apanagegütern der kaiserlichen Familien; sie waren hier zwar an die Scholle gebunden, erhielten aber oft Freipässe, um ihr Dorf auf unbestimmte Zeit verlassen zu können und wurden durch Handel und Handwerk wohlhabende Leute. Auf den großen Gutsherrschaften des Adels standen sie ähnlich; auch die kleineren Besitzer plagten ihre Leibeignen nur selten und begnügten sich gewöhnlich mit den üblichen Leistungen, die in mäßigen Naturalzinsen und Frondiensten (gewöhnlich 3 Tage wöchentlich von jeder Arbeitseinheit) bestanden. Schlimmer war es dort, wo Verwalter großer Herren ohne rechte Überwachung wirtschafteten. Herren- und Gemeindeland waren überall streng getrennt, die Gemeinde besorgte ihre Angelegenheiten durch ihre Dorfversammlung (schod) unter ihrem jährlich gewählten Dorfschulzen (selskij starosta) selbst und stand dem Herrn immer als eine geschlossene Einheit gegenüber. Verkauft wurden die Bauern nur mit dem Lande, und auch das im ganzen selten. So fest waren beide verwachsen, daß die Bauern dem Gutsherrn wohl sagten: „Wir sind

Euer, aber das Land ist unser!" Ganz anders standen die landlosen „Hofleute" (dworowye ljudi), etwa ein Zehntel aller Leibeigenen. Sie wurden vom Herrn ernährt und gekleidet, verkauft oder vermietet (namentlich als Fabrikarbeiter), deckten den feineren und gröberen Bedarf der Gutswirtschaft fast völlig mit ihrer Arbeit, bildeten sogar unter Umständen herrschaftliche Musikkapellen, Schauspielertruppen, Balletttänzer u. a. m. Es war ein Zustand ungefähr wie auf den Gutshöfen in der ersten Hälfte des abendländischen Mittelalters (vgl. Bd. III, S. 251/2). So lebte denn der russische Gutsherr, soweit er nicht den Staats- und Heeresdienst wählte und in großen Städten wohnte, behaglich und gedankenlos aus dem Vollen, rechnete nicht und trank französischen Champagner, übte ungemessene Gastfreundschaft und hauste auf seinem Landgut (imjenie, mysa) fern von jedem Verkehr, oft monatelang durch grundlose Wege ganz abgeschnitten, in jener „ewigen Stille (wjetschnaja tischina)", der geistigen Öde, dem abwechselungslosen Einerlei, die dem russischen Landleben charakteristisch ist. Ein Bauer war er deshalb keineswegs, er hatte in seiner Jugend Französisch und wahrscheinlich auch Deutsch gelernt, hielt seinen Kindern einen deutschen oder französischen Hauslehrer und kannte Petersburg und Moskau, aber ein modern europäisches Dasein führte er nicht, und das Schlimmste an der Leibeigenschaft war nicht die thatsächliche Lage der Bauern, sondern ihre Rechtlosigkeit gegenüber möglicher Willkür des Grundherrn.

Der Mittelstand.

Es ist klar, wie schwer und langsam sich aus solchen Verhältnissen ein städtischer Mittelstand und städtisches Leben entwickeln konnte. War doch auch das Geld wegen der mangelhaften Rechtssicherheit und des unvollkommenen Hypothekenwesens so teuer, daß es für gewerbliche Unternehmungen gewöhnlich nicht unter 6—8 Proz. zu haben war. Nur ein Zehntel des russischen Volkes lebte in den Städten, und nur 127 städtische Ortschaften über 10 000 Einwohner zählte noch um 1875 das ganze eigentliche Rußland. Abgesehen vom Adel und dem Beamten bestand die städtische Bevölkerung aus den streng geschiedenen Gruppen der Kaufleute (kupzy), der Kleinbürger (meschtschanje) und den Handwerkern (zechowije), jede mit besonderer Organisation und besonderen Privilegien. Aber die Fabrikthätigkeit beschränkte sich auf die Herstellung von Massenartikeln und war von den vermieteten Leibeigenen abhängig, die selten dauernd blieben, hatte schwachen Absatz, trotz aller Schutzzölle und kränkelte beständig, so daß die Regierung fortwährend mit Zuschüssen eingreifen mußte. Dazu kam, daß die Regierung selbst durch ihre „Kronfabriken", die schlecht und teuer produzierten, den privaten Unternehmungsgeist lähmte. Auch die Bergwerke hatte sie fast allein in der Hand, ohne daß sie viel eingebracht hätten. Der Handel aber trug vielfach noch ein sehr altertümliches Gepräge. Denn nur die großen Poststraßen waren gut und mit vortrefflich eingerichteten, alle Bequemlichkeiten bietenden Posthäusern versehen, die gewöhnlichen Landwege dagegen ohne jeden festen Unterbau, endlos breit, weil ausgefahrene Geleise mit neuen vertauscht wurden, im Übergange vom Sommer zum Winter und umgekehrt völlig grundlos. Auch den Verkehr auf den Strömen und Kanälen, der vielfach schon von Dampfern besorgt wurde, unterbrach der Winter auf lange Monate, und an Eisenbahnen besaß Rußland noch 1856 insgesamt erst etwa 750 Werst (800 km), vor allem die fast schnurgerade Linie Petersburg-Moskau. Daher behaupteten die Messen, vor allem die von Nishnyj Nowgorod, dem großen Zwischenplatze an der Grenze Europas und Asiens, ihre alte Bedeutung, und das platte Land konnte den „Aufkäufer" (prasol) nicht entbehren, der im ländlichen Einspänner (teljega) von Hof zu Hof, von Dorf zu Dorf fuhr, und den Gutsherren wie den Bauern die Überschüsse ihrer Naturalwirtschaft, Korn, Obst, Pilze, Beeren, Garn, Leinwand abkaufte, um sie dann weiter umzusetzen, in der Regel auch eine Gast- und Schankwirtschaft führte. Da der nationalrussische Kaufmann, zumal im Innern, gewöhnlich nur eine geringe Bildung hatte, im Grunde noch ganz bäuerlich dachte und lebte, und gleichmäßiges, ruhiges Arbeiten nicht Sache der Russen ist, so lag der Großhandel, besonders Aus- und Einfuhr, meist in den Händen von Deutschen und Engländern; sogar den gesamten Küstenverkehr im Finnischen Meerbusen beherrschten die intelligenten und thätigen Finnen.

Innere Politik Nikolaus' I.

Über dieser Bevölkerung stand nun drei Jahrzehnte hindurch ein zarischer Absolutismus, wie ihn Rußland in dieser strengen, harten, folgerichtigen Form niemals erlebt hatte. Denn Kaiser Nikolaus I. (s. Bd. IX, S. 352 f.) hatte viel mehr von einem starren, unbelehrbaren deutschen Doktrinär als von einem der gewaltthätigen alten Zaren und von dem sentimentalen Liberalismus seines Vaters keine Ader. Für ihn bestand das Wesen des Russentums in der blinden Unterwürfigkeit unter den Willen des Monarchen; alles, was sich dagegen auflehnte, galt ihm als fremd, als unrussisch. Er suchte daher sein Reich von jeder Berührung mit dem von der „Revolution" vergifteten Westen möglichst abzusperren, verbot oder erschwerte daher alles Reisen ins Ausland und verhängte über alle ausländischen Preßerzeugnisse, vor allem über die Zeitungen, die schärfste Zensur, so daß die hervorragendsten Werke und 90 Prozent der westeuropäischen Presse in Rußland verboten waren. Die ganze Erziehung der gebildeten Stände wurde aufs strengste reglementiert, die öffentlichen (staatlichen) Unterrichtsanstalten waren für die staatliche Laufbahn privilegiert, auch die wissenschaftlichen Schulen der Ostseeprovinzen und die Konfessionsschulen, ja sogar die Hauslehrer standen unter starker Staatsaufsicht. Die russischen Universitäten (nur sechs!), die der Zar nicht leiden mochte, weil er sie für gefährlich hielt, entbehrten jeder Lehr- und Lernfreiheit, verloren 1848 sogar die philosophischen Lehrstühle und waren Generalen als Kuratoren unterstellt; die Studenten wurden uniformiert und ihre Zahl an jeder Hochschule seit 1849 auf 300 beschränkt. Die eigentlich bevorzugten Anstalten waren die Fachschulen (medizinische, chirurgische, juristische, Ingenieur- und Bergschulen), vor allem die Kadettenhäuser, denn als die besten Verwaltungsbeamten für alle Zweige galten blindgehorsame Offiziere. Überall war die Hauptsache die äußerliche „Ordnung" und der mechanische Drill, der sich auch nicht selten körperlicher Züchtigungen bediente; von einer Entwickelung zu geistiger und sittlicher Selbständigkeit war gar keine Rede; selbst über die ärgsten sittlichen Schäden der Internatsschulen sah man achselzuckend oder lächelnd hinweg, wenn nur die „Ordnung" gewahrt blieb. Daher entbehrte denn auch Litteratur und Presse außer in Dingen litterarischer Kritik jeder Freiheit, und über jedem offenen Worte schwebte unentrinnbar das Verhängnis der Verbannung nach Sibirien oder in irgend eine entlegene geistesöde Provinzialstadt. Kaum ein bedeutender Schriftsteller der Nikolaitischen Zeit ist diesem Schicksal entgangen, sie wurden fast alle in der Blüte geknickt oder ins Ausland getrieben. Und da nun alles Gift aus dem „faulen Westen" kam, so war die Russifizierung der westeuropäischen Nationalitäten des Reiches, vor allem der Balten, und als Mittel dazu die Ausbreitung der „nationalen" rechtgläubigen Kirche unter ihnen eine notwendige Folgerung aus dem ganzen Systeme. Riga erhielt ein russisches Erzbistum, in Livland erreichte man durch Vorspiegelungen materieller Vorteile den Übertritt von etwa einem Zehntel der lutherischen Bauern, Kinder aus gemischten Ehen wurden stets orthodox getauft. Nicht minder sahen sich die zahlreichen russischen Sekten, die „Altgläubigen", die etwa 12 Millionen zählten (s. Bd. VI, S. 174), also weit mehr als eine Sekte bedeuteten, die mehr evangelisch gerichteten Molokani und Stundisten, die phantastisch-fanatischen Skopzen u. a. m. beständigen Bedrückungen und Verfolgungen ausgesetzt.

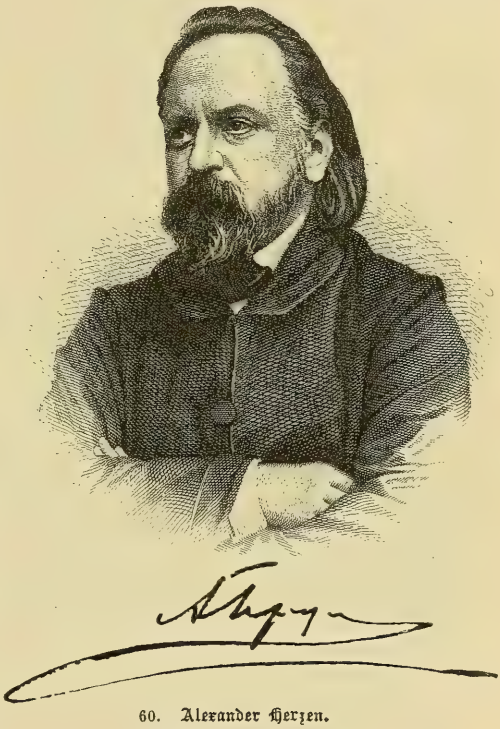
Verwaltung und Rechtspflege.

Eine ungeheure Büreaukratie überspannte das ganze Reich. Aber da dem Kaiser ihre Unzuverlässigkeit und Bestechlichkeit sehr wohl bekannt waren, so griff er mit seiner „eignen Kanzlei", vor allem mit der berüchtigten „dritten Abteilung" (der politischen Polizei), der er eine unbeschränkte polizeiliche, richterliche und ausübende Strafgewalt eingeräumt hatte, fortwährend unmittelbar ein, ließ jährlich zahlreiche „Verdächtige" auf dem „Verwaltungswege" ohne richterlichen Spruch nach Sibirien „verschicken", als Gemeine ins Heer einstellen oder in den Kasematten der Petersburger Festung, in Schlüsselburg, und im fernen Solowezkijkloster verschwinden, übertrug oft sogar die richterliche Entscheidung meist militärischen Kommissionen, schickte beständig seine Adjutanten zu besonderer Berichterstattung aus und war unermüdlich selber unterwegs, auch im Winter im Schlitten, oft genug fast allein. Aber trotz seines ehrlichen Bemühens galt immer noch der echtrussische Satz: „Der Himmel ist hoch

und der Zar ist weit." Vollends die Rechtspflege war jammervoll, der Instanzenweg endlos, das ganze Verfahren geheim und schriftlich, dazu fortwährend durch willkürliche Eingriffe der Verwaltungsbehörden gehemmt, die Bestechlichkeit der elendbezahlten Richter allgemein, das geltende Recht selbst völlig veraltet. Die einzige unzweifelhafte Folge des ganzen Systems war der Mangel jeder Rechtssicherheit und die Ertötung jedes Rechtssinnes. Für Recht galt, was die Regierung befahl, für Unrecht, was sie verbot.

Finanz- und Heerwesen.

Da nun die Aufwendungen zur Behauptung einer alles überragenden Machtstellung die an sich schwachen Kräfte eines unentwickelten Landes weit überstiegen, so standen die russischen Finanzen auch unter dem trefflichen Finanzminister Grafen Georg Kankrin, einem geborenen Hessen (bis 1844), niemals günstig. Selbst im Frieden betrug der jährliche Fehlbetrag 25—30 Mill. Rubel, ein Sechstel des ganzen Etats. Denn die direkten Abgaben (etwa 40 Mill. Rubel) gingen niemals vollständig ein, da irgendwo immer die Ernte mißriet, manche Provinzen blieben jahrelang im Rückstande, und Anleihen waren schwer möglich. Man half sich mit fortwährender Vermehrung des Papiergeldes und beständiger Entnahme großer Summen aus der Reichsbank, mit Zwangskurs für das Papiergeld und unregelmäßiger Zahlung der Staatsschuldzinsen, aber immer stand man thatsächlich dicht am Zusammenbruche. Selbst das Heerwesen entsprach keineswegs den ungeheuren Kosten, denn die Unterschleife aller Art waren auch hier, namentlich im Kriege, ungeheuer, die Bildung der Offiziere höchst ungenügend, die Mannschaften, die unter einer barbarischen Disziplin 15 Jahre mit der Waffe dienten, 10 Jahre Reservisten blieben, schlecht ausgerüstet und ernährt, im Felde zur Hälfte unbrauchbar. Neue Aushebungen waren nur sehr selten möglich, da die entlassenen Soldaten freie Leute wurden, die Gutsherren also andre Leibeigene stellen mußten, was man ihnen nicht allzuoft zumuten konnte. Nur die kaukasischen Truppen und die in jeder Hinsicht bevorzugten Garden entsprachen höheren Anforderungen, waren aber auch ein Gegenstand gehässigen Neides bei den „Armeeoffizieren".



60. Alexander Herzen.
Nach einem Kupferstiche.

Unzufriedenheit und Opposition.

Das Ergebnis war auf der einen Seite ein dumpfer Fatalismus in den Massen, gedankenlose Oberflächlichkeit und sinnliches Genußleben bei der Mehrheit der Gebildeten, auf der andern allmählich eine im Verborgenen schleichende, aber tiefgreifende und allgemeine Unzufriedenheit. Die vornehme Welt fühlte sich durch das schroffe Wesen des Zaren und unbequeme Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit verletzt, der Landadel klagte über die Rekrutierungen und die beurlaubten Soldaten, die er ernähren mußte, da ihre Gemeinden sie nicht mehr aufnahmen, die Kaufleute über die Schutzzölle, die sie zwangen, schlechte heimische Waren teurer zu bezahlen als gute auswärtige, die Armee murrte über dürftige Besoldung, die Ostseeprovinzen über Kürzung ihrer verbrieften Rechte, alle selbständigeren Geister fanden den Druck auf das geistige Leben unerträglich. Und während die großen Massen zwar die Beamten als Ausbeuter und Blutsauger haßten, aber mit einem halborientalischen Fatalismus

ihre Lage hinnahmen und in dem Kaiser beinahe ein göttliches Wesen sahen, bereitete sich unter den Gebildeten eine wachsende Opposition vor, die vor allem in der alten nationalen Hauptstadt Moskau ihren Sitz hatte. Die altrussische Bojarenpartei in Moskau sah in der Entwickelung Rußlands seit Peter dem Großen eine „Treibhauszivilisation" und in dem Hause Gottorp (s. Bd. VII, S. 433) ein fremdes deutsches Herrschergeschlecht; die „Slawophilen" der Moskauer Universität, meist junge Leute mit einem Anfluge westeuropäischer, namentlich deutsch-philosophischer Bildung und voll überschwenglicher Vorstellungen von Rußlands Macht und historischer Mission, wollten Rußland auf die alten volkstümlichen Grundlagen vor Peter dem Großen zurückführen und glaubten, daß es zur Weltherrschaft, zur Unterwerfung des „faulen Westens" und zur Befreiung der türkischen Slawen berufen sei; die „Westler" (Sapadniki) endlich, unter der Führung des geistvollen Kritikers Bjelinskij (gest. 1848), waren überzeugt, daß Peter den richtigen Weg eingeschlagen habe und daß Rußland seine Eigenart nur durch die Aufnahme der westlichen Kultur entfalten könne. Eine Gruppe unter ihnen, an ihrer Spitze Alexander Herzen, wollte Rußland sogar im Sinne des französischen Sozialismus umgestalten und mit der Vergangenheit völlig brechen. Da solche Gedanken sich nicht offen hervorwagen durften, so äußerten sie sich beständig in geheimen Gesellschaften und Verschwörungen, die ihre Genossen regelmäßig, trotz aller Absperrung, in den höheren staatlichen Unterrichtsanstalten fanden und Nikolaus I. während seiner ganzen Regierung beunruhigten.

Die russische Kirche.

Die russische Kirche übte auf dies alles so gut wie gar keinen Einfluß. Denn trotz aller äußeren Macht und alles Reichtums erschien sie den Gebildeten wie dem Volke nur als eine Anstalt für äußerlichen Zeremoniendienst ohne Wirkung auf das innere sittlich-religiöse Leben, der sich formell zwar vornehm und gering unterwarf, die aber die „gebildete Gesellschaft" keineswegs hinderte, einem bodenlosen Atheismus und Materialismus zu huldigen.

Wachsender Einfluß der Slawophilen.

Ein Stimmungswechsel trat erst mit dem Ausbruch der westeuropäischen Revolutionen 1848 ein; da sah man allgemein, wie Nikolaus selbst, in Rußland den Hort der „Ordnung". Aber das war vorübergehend. Je stärker die gebietende Rolle, die die russische Politik in Österreich und Deutschland ausübte, das russische Selbstgefühl steigerte, desto mehr wuchs der stillwirkende Einfluß der Slawophilen, die ihre Anhänger schon in den höchsten Verwaltungsstellen hatten, und gleichzeitig drangen die westeuropäischen Ideen unwiderstehlich vor. Halb gegen seinen Willen wurde der Zar im ungünstigsten Augenblicke in den Krieg gegen die Westmächte gedrängt; er war der Held, aber noch mehr das Werkzeug der nationalen Parteien geworden und konnte schon während des Krimkrieges bemerken, daß sich zwar der Haß gegen das „undankbare" Österreich und das rivalisierende England steigerte, aber die Sympathien mit dem revolutionären Frankreich immer mehr wuchsen. In Sorge und Zweifel ging er aus der Welt, und schon mehrere Jahre vorher hatte der Thronfolger Alexander II. gegen Vertraute geäußert: „Mein Vater bereitet mir eine sehr schlimme Erbschaft."

Moralischer Zusammenbruch des Absolutismus.

In der That war der Rückschlag, den der unglückliche Krieg auf die Stimmung ausübte, ungeheuer. Das schlimmste war nicht die tiefe Erschöpfung des südlichen Rußland durch endlose Durchmärsche und ungeheure Lieferungen, nicht der Ruin der tapferen Armee, die Moltke noch bei der Krönungsfeier in Moskau 1856 sehr herabgekommen fand, auch nicht die Zerrüttung der Finanzen, die eine Anleihe von der Höhe eines vollen Jahreseinkommens nötig machte und einen jährlichen Fehlbetrag von 20 Mill. Rubel herbeiführte, sondern der moralische Zusammenbruch des Absolutismus. Mit der dem russischen Wesen charakteristischen Beweglichkeit und mit jenem Radikalismus, der stets aus dem Mangel praktischer Erfahrung und dem Übergewicht der Theorie hervorzugehen pflegt, hier aber von der herrschenden oberflächlichen oder unreifen Bildung und von der eigentümlichen Neigung der Russen zu pessimistischer Selbstkritik noch besonders gefördert wurde, fand die gebildete russische Welt mit einem Schlage das ganze „Nikolaitische System" verwerflich, seine Werkzeuge, die Beamten, verächtlich, und ging mit fliegenden Fahnen in das Lager des westeuropäischen

61. Alexander II.,
Kaiser von Rußland (um 1855).

Nach dem Gemälde von Krüger.

Liberalismus und Radikalismus über, um eine neue glänzende Zeit, eine völlige Umgestaltung Rußlands herbeizuführen.

Alexander II.

Nun schien Kaiser Alexander II. (1855—81) ganz der Mann zu sein, um diese stürmische Bewegung in vernünftige Bahnen zu lenken. Geboren am 29. (17.) April 1818, der Sohn Nikolaus' I. und der Prinzessin Charlotte von Preußen, also ein Enkel Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise und der Neffe Prinz Wilhelms, war Alexander II. von Anfang an allerdings in strengster militärischer Unterordnung für den Thron erzogen und frühzeitig gelegentlich in politischen Geschäften verwendet worden, obwohl er auf den Gang der Regierung gar keinen Einfluß hatte. Wie der Vater ein hochgewachsener, stattlicher, schöner Mann, ein Liebling der Frauen und ein großer Kinderfreund, besaß er doch nichts von dem despotischen Sinne des Vaters, sondern war, so fern ihm jede Sentimentalität lag, eher eine weiche Natur, von aufrichtiger Menschenfreundlichkeit erfüllt, und er verband damit ebenso einen nüchternen, gesunden Menschenverstand wie das Gefühl seiner ungeheuren Verantwortlichkeit, das ihn fremdem Rate leicht zugänglich machte.

Die russische Presse.

Sofort nach dem Friedensschlusse, dem im September 1856 die feierliche Krönung in Moskau folgte, verkündigte er in einem Manifest seinen Völkern, daß durch die vereinten Bemühungen der Regierung und des Volkes die Verwaltung verbessert werden solle. Um nun diese Mitwirkung des Volkes zu ermöglichen, wurden die Zügel der Zensur so weit gelockert, daß sofort eine Menge neuer Zeitungen und Zeitschriften entstanden, die nun die Reformfragen eifrig erörterten. Binnen kurzem war die periodische Presse eine Macht. Der Ton war durchaus radikaldemokratisch, ja sozialistisch, denn eine Flut abendländischer Ideen ergoß sich jetzt über die Grenze, und gerade die extremsten fanden die wärmste Aufnahme in diesem unreifen, leicht begeisterten Volke, zumal unter der gebildeten Jugend. Nur wenige Zeitschriften, wie der „Russische Bote" (Rußkij Wjestnik) Michael Katkows in Moskau traten für Dezentralisation und Selbstverwaltung nach englischem Muster ein; die meisten schwärmten für einen völligen Umsturz in sozialistischem Sinne. Doch kein Blatt übte größeren Einfluß als die „Glocke (Kolokol)" eines russischen Flüchtlings in London, des geistvollen Alexander Herzen (Iskander), die seit 1856 erschien. Obwohl in Rußland verboten, wurde sie doch in vielen Tausenden von Exemplaren eingeschmuggelt und von jedermann, auch vom Kaiser, eifrig gelesen, wußte alles und besprach die geheimsten Dinge mit der allergrößten Offenheit, allerdings vom ultraradikalen Standpunkte aus. Nur ein positiver Gedanke blitzte unter diesem glänzenden Feuerwerk von Anklagen und Phrasen auf, daß der Gemeinbesitz der russischen Bauern der Ausgangspunkt der neuen Ordnung sein müsse, von der im übrigen niemand eine klare Vorstellung hatte. Doch das wußte in Rußland jeder, daß der Anstoß zu jeder Reform von der Regierung, vom Kaiser ausgehen müsse, und das geschah auch durchweg.

Beratungen über die Aufhebung der Leibeigenschaft.

Das allerwichtigste war die Aufhebung der Leibeigenschaft. Dahin drängten schon die finanzielle Not und die bedenklich werdende Stimmung unter den Bauern. Kamen doch unter Nikolaus I. zuletzt jährlich 42 Mordthaten an Gutsherren vor. Es galt also, die Steuerkraft des Landes durch bessere Ausnutzung des Bodens zu heben, dem sicher der freie Grundeigentümer ganz andre Erträge abgewann als der Fronarbeiter, und die Bauern sicher zu stellen. Schon im Jahre 1857 wurde daher das „Hauptkomitee für die Bauernangelegenheiten" eingesetzt, das die Aufhebung der Leibeigenschaft vorbereiten sollte. Diese überwies die Angelegenheit den Adelsmarschällen der Provinzen zur Begutachtung. Allein nur der Adel der Gouvernements Wilna, Grodno und Kowno erwies sich entgegenkommend und suchte das große Werk zu fördern; der Adel der übrigen Gouvernements dagegen suchte die Maßregel zu hindern oder wenigstens zu verschleppen, und zwar keineswegs so schlechthin im egoistischen Interesse. Vielmehr fürchtete er, daß, wenn die Macht des grundbesitzenden Adels fiele, die letzte Schranke des zarischen Absolutismus fallen werde, und er wollte deshalb nur dann der Aufhebung der Leibeigenschaft zustimmen, wenn er durch eine Verfassung Ersatz für den ihm zugemuteten Verlust erhalte. Der Kaiser suchte dem

durch die Einsetzung von Adelsausschüssen 1858 zu begegnen, denen die Grundsätze: allmähliche Befreiung der Bauern und Ausstattung mit Land vorgeschrieben wurde. Da kam es denn zu einer offenbaren Auflehnung des russischen Adels gegen den Willen des Kaisers. Der Adelsmarschall Platonow erklärte in St. Petersburg, wohin Deputierte der Adelsausschüsse berufen worden waren, daß über die Leibeigenschaft überhaupt nur von der Versammlung aller Bojaren entschieden werden könne, die von Peter dem Großen widerrechtlich beseitigt worden sei (s. Bd. VII, S. 216). Und die Stimmführer des Adels traten Platonow bei. Selbst in dem Reichsrate erhob sich entschiedener Widerstand gegen die Maßregel.

Aufhebung der Leibeigenschaft.

Allein Kaiser Alexander ließ sich nicht irre machen. Er wies die Ansprüche der Bojaren mit Nachdruck zurück, setzte mehrere widerstrebende Adelsmarschälle ab und erließ am 19. Februar (3. März) 1861 das Manifest, das die Aufhebung der Leibeigenschaft im ganzen russischen Reiche aussprach. Dadurch erhielten die Hofeleute, deren Zahl $1\frac{1}{2}$ Millionen betrug, sofort die Erlaubnis, sich auch ohne die Einwilligung ihrer Herren zu verheiraten; nach zwei Jahren aber sollten sie in den Vollbesitz der persönlichen und bürgerlichen Freiheit treten und bis dahin keiner Veränderung der Stellung, die sie inne hätten, weder durch Erhöhung des Kopfgeldes, noch durch Abkommen mit dritten Personen unterworfen werden dürfen. Dasselbe sollte auch von den schollenpflichtigen Bauern gelten. Außerdem erhielten diese das Recht, die Ländereien, die sie in Nutznießung hatten, etwa die Hälfte des gesamten Adelslandes, durch Ablösung als freies Eigentum zu erwerben, und zwar ward eine Frist von zwei Jahren bestimmt, innerhalb deren sie einen freien Vergleich mit den Grundherren über die Bedingungen der Ablösung zu schließen hätten. Die vereinbarten Abgaben an die Herren wurden zu 6 % kapitalisiert, davon erhielten die Gutsbesitzer von der Regierung sofort $\frac{4}{5}$ ausgezahlt, allerdings in Kassenanweisungen, die unter pari standen; das letzte Fünftel hatten die Bauern sofort oder in Raten zu zahlen, überdies der Regierung die ihnen vorgeschossene Ablösungssumme bis zum Jahre 1900 mit 6 % jährlich zu verzinsen. Die Gemeindeverwaltung blieb unverändert, besonders weil die russischen Reformer im Mir eine Bürgschaft gegen die Bildung eines Proletariats sahen. Der Kaiser selbst ging voran, indem er die 2 Millionen Kronbauern auf die mäßigsten Ablösungsbedingungen hin frei ließ.

Die Ausführung.

Indes fast nirgends in den beteiligten Kreisen begegnete das große Werk der ihm gebührenden Dankbarkeit. Die Adligen waren ungehalten über die materiellen Verluste, und unter den Bauern kam es wiederholt zu offenen Aufständen, da sie es für ungerecht hielten, daß sie für das Land, das ihnen ja gehöre, noch Ablösungsgelder zahlen sollten. Die Ablösungskontrakte kamen daher trotz aufopfernder Bemühungen der „Friedensvermittler" (dazu bestellter Gutsbesitzer) zum weitaus größten Teile nicht rechtzeitig zustande, so daß wiederum die Regierung einschreiten und die Ablösungsverträge zwangsweise feststellen mußte. So gedieh nur unter den hemmendsten Schwierigkeiten und sehr langsam die große soziale Reform.

Steigende Aufregung.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft gab dem Kaiser den wohlverdienten Beinamen des „Zar-Befreiers" (Zar-oswoboditelj); sie war der erste große grundlegende Sieg der Reformer, steigerte aber auch ihre Ansprüche und die allgemeine Aufregung. Immer maßloser wurde die Sprache der Presse, die überall auftauchenden „Sonntagsschulen" trugen die modernen revolutionären Ideen auch in weitere Kreise, sogar unter das Militär, und die studierende Jugend, die sich seit mehreren Jahren freier bewegen durfte, fühlte sich vor allem berufen, die weitere Neugestaltung Rußlands in die Hand zu nehmen. Um so drückender empfand sie es, als der neue Unterrichtsminister Graf Putjatin, ein früherer Admiral und starrer Absolutist, in dem neuen Universitätsstatut vom Mai 1861 die alten Beschränkungen fast alle wiederherstellte. Daher kam es bei Eröffnung des Winterhalbjahres im September 1861 in Petersburg, Moskau, Charkow und Kiew zu schweren Unruhen, die nur mit Waffengewalt und Wortbruch bewältigt werden konnten und zu einer längeren Schließung der Hochschulen führten. Die Wirkung war die entgegengesetzte der beabsichtigten. Der Kaiser entließ Putjatin

in Ungnaden und ersetzte ihn durch den liberalen Staatsrat Golowwin (1861—66); das Kriegsministerium erhielt im Januar 1862 der liberale General Miljutin, ein entschiedener Anhänger der Bauernbefreiung und des Gemeindebesitzes, das Finanzministerium der Staatsrat von Reutern, Gouverneur von Petersburg wurde der in den Ostseeprovinzen bewährte und beliebte Fürst Suworow; kurz die Regierung ging vollständig in die Hände der Reformer über. Die ganze gebildete Gesellschaft aber nahm für die gemaßregelten Studenten Partei, und die zur Zeit unbeschäftigten Professoren veranstalteten „populärwissenschaftliche Kurse", deren Besuch für jeden „denkenden" Mann Ehrensache war. Ja noch mehr. Von den im Januar 1862 in vierzehn Gouvernements zusammentretenden Adelsversammlungen forderten mehrere rundweg die Verleihung einer Verfassung und andre tiefeinschneidende Reformen, und als das scharf zurückgewiesen wurde, da bewiesen ausgedehnte, planmäßig angelegte Feuersbrünste in Petersburg während des Mai, daß eine entschiedene Partei auch vor dem Ärgsten nicht zurückschrecke.

Reformen in Verwaltung und Rechtspflege.

Rußland schien am Vorabend einer Revolution zu stehen. Nun wurden die Sonntagsschulen verboten, mehrere Zeitungen suspendiert, der ganz radikal-politisch gewordene Schachklub in Petersburg geschlossen. Nichts destoweniger erwartete man von der Tausendjahrfeier des russischen Reichs im September 1862, die ihren Mittelpunkt in Groß-Nowgorod fand (vergl. Bd. III, S. 461 f.), den Anbruch einer großartigen Ära der Reformen. Diese Hoffnung blieb unerfüllt, aber sie wurde auch nicht ganz getäuscht. Vielmehr erschienen noch im September in der Nordischen Post, dem Organ der Regierung, die Entwürfe zu einer Reform der Rechtspflege und zu einer neuen, auf Selbstverwaltung gegründeten Kreis- und Provinzialordnung. Vor allem der erstere, das Werk des neuen Justizministers Samjatin, war ein ungeheurer und höchst wohlthätiger Fortschritt, der die davon gehegten Erwartungen noch weit übertraf. Die Justiz wurde von der Verwaltung getrennt, das Verfahren öffentlich und mündlich, für Straffälle das Schwurgericht eingeführt, die Unabsetzbarkeit der durchweg vom Staate ernannten Richter festgestellt, die Staatsanwaltschaft und Advokatur begründet, jeder privilegierte Gerichtsstand aufgehoben. Fortan standen als Instanzen übereinander die unter Teilnahme der Bevölkerung gewählten Friedensrichter, die Bezirksgerichte, die Obergerichte und der Senat, aber nur als Kassationshof. Revidierte Gesetzbücher gaben seit 1865 der Rechtsprechung eine feste Grundlage. Weniger glücklich war die neue Provinzial- und Kreisordnung 1864. Neben den alten Adelsversammlungen wurden Kreis- und Provinzialvertretungen (Landschaften, Semstwa) aus Abgeordneten aller Stände gebildet, die jährlich einmal zusammentraten, außerdem ständige Verwaltungsausschüsse neben den kaiserlichen Gouverneuren und Kreishauptleuten (Isprawniki). Doch hatten sie sich nur mit wirtschaftlich-finanziellen Fragen zu beschäftigen, durchaus nicht mit politischen, und da die ungebildeten, sozialistischen Bauern das Übergewicht der Zahl für sich hatten, so wurden die gebildeten Mitglieder in ihrer Wirksamkeit gelähmt, und die Landschaften bewährten sich im ganzen sehr wenig. Von einer Verfassung sollte nach wie vor keine Rede sein.

Finnland und die baltischen Provinzen.

Nicht ohne Neid blickten deshalb die Russen auf das Großfürstentum Finnland. Zwar hatte die alte Verfassung und mit ihr der Landtag (in vier Ständen nach schwedischem Muster) seit der russischen Besitzergreifung geruht, aber die herrschenden Stände schwedischer Abstammung hielten unbeirrt an ihr fest, befriedigten die aufkommenden Selbständigkeitsbestrebungen der Finnen, die bisher nur das Landvolk und die niederen Klassen der Städte bildeten, indem sie die Gleichberechtigung beider Sprachen anerkannten, und erhielten 1861 endlich vom Kaiser Alexander II. die Erlaubnis, eine ständische Deputation zur Beratung der Vorlagen für den nächsten Landtag zu wählen, die im Januar 1862 zu Helsingsfors zusammentrat. Hier tagte 1863/64 auch der erste finnische Landtag und brachte eine Reihe von Reformen zustande. In ziemlich ungestörter Wirksamkeit waren die sehr aristokratischen Stände von Liv-, Est- und Kurland geblieben, worauf der halbdeutsche Charakter und die Kultur dieser Provinzen wesentlich beruhte (s. Bd. VII, S. 207).

Wirkungsvoller als die russische Selbstverwaltung entfaltete sich die Armeereform Miljutins, die erst durch die Aufhebung der Leibeigenschaft ermöglicht wurde. Die Aushebungen fanden nunmehr jährlich statt, die Dienstzeit wurde auf 15 Jahre herabgesetzt, wovon fast die Hälfte auf die Reserve kamen, so daß im Kriegsfalle gediente Leute zur Ergänzung der Regimenter auf die volle Stärke vorhanden waren und die Rekruten zunächst bei den Reservebataillonen ausgebildet werden konnten. Noch immer ruhte die Last des Waffendienstes fast ganz auf dem Bauernstande, denn Adel, Klerus, Stadtbürger, Studierende waren frei und Stellvertretung zulässig, bis 1874 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde. Die Besserung der Verpflegung, die Abschaffung der Körperstrafe (1865), die bessere Vorbildung der Offiziere in den völlig umgestalteten Kadettenhäusern, die Einführung eines neuen auf den Felddienst berechneten Reglements hoben den ganzen Zustand der Armee. Zugleich gestaltete sich die Armeeverwaltung und Kommandoführung dadurch beweglicher und übersichtlicher, daß an Stelle der Zentralisation die Dezentralisation in elf selbstständige Militärbezirke, vom Kaukasus und Sibirien abgesehen, trat (Petersburg, Helsingfors, Riga, Wilna, Warschau, Kiew, Odessa, Charkow, Moskau, Kasan und Orenburg). So konnte Rußland im Jahre 1868 an regulären Truppen 500 Bataillone Infanterie, 76 Grenadier- und 28 Schützenbataillone in 56 Divisionen und 260 Schwadronen, außerdem 82 Reservebataillone aufstellen. Dazu kamen noch die gewaltigen Massen der irregulären Truppen der acht Kosakenheere (wojska) vom Don, Kuban, Terek, Astrachan, Orenburg, Ural, Sibirien und Amur, die auf der allgemeinen Wehrpflicht aller kriegstüchtigen Männer beruhen und überwiegend aus Reiterei bestehen, eine besonders für den kleinen Krieg in halbwilden Ländern unvergleichlich tüchtige Truppe.

Armeereform.

Kaum weniger wichtig als die Neugestaltung des Heeres mußte die Reform des völlig vernachlässigten Unterrichtswesens erscheinen. Den Universitäten, die durch eine neue in Odessa (das bisherige Lyceum Richelieu) vermehrt wurden, gab Golownin durch das Statut vom 18. Juni 1863 eine der deutschen sich nähernde Selbstverwaltung, er erhöhte die Gehalte der Professoren, vermehrte die Lehrstühle, errichtete Privatdozenturen und traf Sorge für eine bessere Ausstattung des wissenschaftlichen Apparats. Fast um dieselbe Zeit (19. November 1863) erhielten die staatlichen Mittelschulen eine neue Ordnung. Den humanistischen Gymnasien, an denen übrigens das Griechische nur allmählich eingeführt werden sollte, traten lateinlose Realgymnasien mit der Berechtigung, zur Universität vorzubereiten, zur Seite. Doch hinderte der Mangel an tüchtigen Lehrern rascheren Aufschwung, und noch Ende 1866 zählte das ganze eigentliche Rußland nur 98 Mittelschulen mit 26 000 Schülern. Viel besser stand es in Finnland und in den deutschen Ostseeprovinzen mit ihren guten, nach deutschem Muster eingerichteten ritterschaftlichen und städtischen Gymnasien. Ebenso übertrafen diese das innere Rußland bei weitem in der Organisation des Volksschulwesens. Denn da es hier überall an geeigneten Lehrern, Räumlichkeiten und Ausstattungsmitteln fehlte, ein Schulzwang aber nicht bestand, so waren Zahl, Besuch und Leistungen im ganzen sehr mangelhaft. Noch 1863 gab es in 36 Gouvernements an öffentlichen Volksschulen nur wenig über 30 000 mit 632 000 Zöglingen auf 45 Mill. Einwohner, abgesehen von den nicht sehr zahlreichen Privatelementar- und Kreisschulen, und das Elementarvolksschulgesetz vom 14. Juli 1864, das die Gründung neuer Schulen möglichst erleichterte, hatte wenig Wirkung. Daher waren Lesen und Schreiben der großen Mehrzahl des russischen Volkes unbekannte Künste, und sogar in Petersburg zählte man 1862 über 274 000 Analphabeten.

Unterrichtswesen.

Der polnische Aufstand.

Immerhin war Rußland eine Reihe von Jahren hindurch auf dem besten Wege, alte Versäumnisse nachzuholen und sich in seiner Weise der abendländischen Kultur innerlich anzunähern. Da trat ein überaus verhängnisvoller, bis zur Stunde fortwirkender Umschwung durch die polnischen Wirren ein, die dem allgemeinen Zuge der Zeit nach national-staatlicher Gestaltung entsprangen, aber von einem unvernünf-

tigen und gewissenlosen revolutionären Radikalismus in der heillosesten Weise beeinflußt wurden.

Die revolutionäre Agitation.

Der verhältnismäßig gemäßigte polnisch-demokratische Verein (s. Bd. IX, S. 351) war im Laufe der Jahre bei den Polen völlig in Mißkredit gekommen. Die polnischen Emigranten, meist Anhänger der Lehren der französischen Kommunisten, schlossen sich vielmehr dem internationalen Revolutionsvereine an, den Mazzini in London gegründet hatte. Die hervorragendsten Mitglieder dieses Vereins waren damals Garibaldi, Herzen, Bakunin, Kossuth und Klapka; zur Aufgabe hatte er sich gestellt „durch gleichzeitige Revolutionen in allen Ländern die monarchischen Regierungen zu stürzen und Volksrepubliken zu gründen". Seine konspiratorische Thätigkeit erstreckte sich über ganz Europa und einen großen Teil Amerikas. Das ergiebigste Arbeitsfeld war Polen, das allmählich mit einem Netze von Zweigvereinen überzogen wurde. Selbst die halbwüchsige Jugend in den preußischen Grenzprovinzen wurde in geheime Verbindungen gezogen; auf den Gymnasien in Posen, Tremessen, Ostrowo, Lissa und Glogau wurden politische Vereine gestiftet, die es zusammen freilich nur auf 152 Mitglieder brachten.

Die polnischen Parteien.

Die Weißen, die Partei des Adels und der besitzenden Klassen, wollten zwar auf dem Wege gemäßigter Opposition gegen die Regierung beharren, aber mit Rußland nicht brechen, sondern benutzen, was ihnen dies bot, um zunächst eine möglichst unabhängige Verwaltung und die Verfassung von 1815 wieder zu erlangen. Die Roten dagegen, größtenteils dem bankerotten Kleinadel und dem gebildeten Proletariate angehörend, schürten den bewaffneten Aufstand, um Polen in den Grenzen von 1772 wiederherzustellen. Der Mittelpunkt der Weißen war die „landwirtschaftliche Gesellschaft" in Warschau unter dem Vorsitze des Grafen Zamojski, die, in zahlreichen Zweigvereinen über das Land verbreitet, gegen 5000 Mitglieder in Rußland, über 4000 in Preußen zählte und unter dem Vorgeben der Beförderung des Ackerbaues politische Bestrebungen verbarg. Der Mittelpunkt der Roten war seit 1860 das Zentralkomitee, eine Vereinigung von zwölf unbekannten, unerfahrenen, aber fanatischen jungen Leuten, die vor keinem Mittel zurückschreckten. Zwischen beiden Faktionen, beide für ihre Zwecke ausnutzend, stand die katholische Geistlichkeit, die Polentum und Katholizismus identifizierte und sich nicht scheute, die Religion als Deckmantel für revolutionäre Zwecke zu gebrauchen. Ihre verborgenen Hetzer waren fast durchweg Jesuiten, die ein Pole mit sehr bezeichnendem Ausdruck damals die schwarzen Jakobiner genannt hat.

Sieg der Roten.

Eine Zeitlang bekämpften sich die Faktionen untereinander; dann überließen die Weißen den Roten die Aktion, und der Klerus schloß sich jetzt ebenfalls an die Roten an. Deren eigentlichen Kern bildeten die Zehner, Genossenschaften von zehn Personen, deren jede die Verpflichtung übernahm, neue zehn anzuwerben, so daß bald die Verzweigungen bis zu den fernsten Grenzen Polens reichten. Neben den Agenten des Revolutionsvereins, die von London nach Polen geschickt wurden, erwiesen sich ganz besonders die aus Sibirien zurückgekehrten Verbannten thätig, denen die Amnestie des Jahres 1856 die Heimkehr frei gegeben hatte. Sie gründeten in Warschau den Geheimbund der schwarzen Brüderschaft, dessen ausschließlicher Zweck es war, den Haß gegen Rußland zu schüren. Sie waren es, die auf das eifrigste die revolutionären Plakate aus London verbreiteten und zunächst den Warschauer Pöbel zu Auflehnungen gegen die Polizei aufreizten.

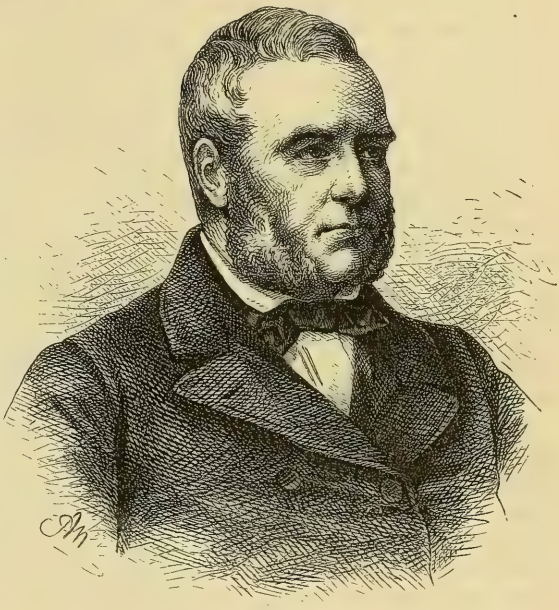
Die polnischen Bauern und die Revolution.

Die größte Schwierigkeit für die revolutionäre Partei lag in dem Verhältnis zu den Bauern. Die napoleonische Gesetzgebung von 1807 hatte die polnischen Leibeigenen kurzerhand für persönlich frei erklärt und ihr Verhältnis zu den Gutsherren auf kündbare Verträge gestellt, ihnen aber kein Landeigentum gegeben (s. Bd. VIII, S. 651). Dies hatte der Adel benutzt, um die Bauernstellen in Masse einzuziehen, so daß etwa die Hälfte der bäuerlichen Bevölkerung besitzlos geworden war und sich unstät im Lande umhertrieb, oder er hatte ihnen, wenn er sie als Pächter sitzen ließ, eine Masse von Naturaldiensten auferlegt. Da nun jeder größere Gutsherr als Amt-

mann im Namen der Regierung die Polizei und (niedere) Gerichtsbarkeit in seinem Gutsbezirk hatte oder sie durch seine Beamten, meist rohen Szlachcicen, verwalten ließ, so war die Lage der freien polnischen Bauern nicht besser, sondern eher schlechter als die der russischen Leibeigenen. Es wäre nun die Aufgabe des polnischen Adels, namentlich der landwirtschaftlichen Gesellschaft gewesen, hier bessernd einzugreifen, und auch ein kaiserlicher Ukas empfahl 1856 die Ablösung. Aber zu solchen mühsamen Kulturarbeiten ließ die Politik den Polen keine Zeit, und am wenigsten wollten die „Roten" von ruhigen Reformen etwas wissen, sie wollten die Revolution, ohne sich auch nur recht klar zu machen, daß sie ohne die Bauern unmöglich sei und diese sich für eine Erneuerung des polnischen Adelsstaates nicht schlagen würden.

Unruhen in Warschau.

Schon im Juni 1860 bei dem Begräbnisse der Generalin Sowinska, deren Gemahl in der Insurrektion von 1831 gefallen war, begannen daher die Tumulte in Warschau. Sie wiederholten sich zu Anfang des Jahres 1861 und führten am Jahrestage der Schlacht von Grochow (27. Februar) zu einem blutigen Zusammenstoße mit der bewaffneten Macht. Natürlich ließ man es nicht daran fehlen, diese Pöbelexzesse im Auslande zu nationalen Demonstrationen aufzubauschen. Dadurch wurde nun auch die „Landwirtschaftliche Gesellschaft", die damals in Warschau ihre Generalversammlung abhielt, ganz ins Fahrwasser der Roten getrieben, und da die Grundherren die ganze Lokalverwaltung in Händen hatten, so wurde diese thatsächlich vom revolutionären Zentralkomitee abhängig. Ja noch mehr. Der Statthalter von Polen, Fürst Michael Gortschakow, nahm ohne große Bedenken das Anerbieten einer Anzahl von Warschauer Bürgern an, die Ruhe in der polnischen Hauptstadt selbst aufrecht zu erhalten. Sie gründeten zu diesem Zwecke einen Verein, die Delegation, und bildeten ein Polizeikorps, das äußerlich der kaiserlichen Polizei ganz ähnlich war. So wurde die hauptstädtische Bevölkerung daran gewöhnt, in den Mitgliedern der Delegation ein gesetzlich befugtes Organ zu sehen.



62 Markgraf Alexander Wielopolski.
Nach einer Photographie.

Wielopolskis Reformpläne und russische Zugeständnisse.

Die Lage der russischen Regierung dieser unfaßbaren, im Dunkeln schleichenden Agitation gegenüber wurde schwierig. Nichts lag dem menschenfreundlichen Kaiser und seinem neuen Vizekanzler, dem Fürsten Gortschakow, ferner, als Gewalt gegen die Polen zu brauchen. Gortschakow schwärmte für ein enges Bündnis mit Frankreich, und er wußte, daß dies bei Napoleon III. ohne Nachgiebigkeit gegen die Polen nicht zu haben sei. Da bot sich ihm nun ein vornehmer Pole, Marquis Alexander Wielopolski, als Bundesgenosse an. Er hatte den Aufstand von 1831 mitgemacht, sich aber überzeugt, daß mit Gewalt nichts auszurichten sei, und erstrebte jetzt die Versöhnung zwischen Polen und Russen unter dem Zepter des Kaisers Alexander auf Grund der Wiederherstellung der Verfassung von 1815, damit beide gegen die verhaßten Deutschen Front machen und die Weltherrschaft des Slawentums begründen könnten. Ein stolzer Aristokrat, enorm reich und ein trefflicher Verwalter seiner Güter, herrisch, streng logisch, ein Todfeind kopfloser Agitationen und gesetzloser Meuterei, ein

Mann der Ordnung und des besonnenen Fortschritts, stand er als ein Fremdling unter seinen Landsleuten und war doch der einzige wirkliche Staatsmann, den Polen seit Jahrhunderten hervorgebracht hat. Die „Landwirtschaftliche Gesellschaft" war im Februar 1861 auf seine besonnenen Vorschläge nicht eingegangen, jetzt griff sie die russische Regierung auf. Ein kaiserlicher Ukas vom 26. März 1861 gewährte dem Königreich Polen einen durch polnische Notable zu verstärkenden Staatsrat, gewählte Kreis- und Gemeinderäte und eine sogenannte Kommission (thatsächlich ein selbständiges Ministerium) für Kirche und Unterricht.

Wielopolskis Verwaltung und Tumulte in Warschau.

Dessen Leitung übernahm schon am 27. März Wielopolski. Ein fester Zug kam jetzt in die Regierung. Schon am 1. April wurde die Delegation aufgehoben, am 2. April der Geistlichkeit jede Einmischung in polnische Dinge verboten, am 5. April die Landwirtschaftliche Gesellschaft geschlossen. Der Verdruß darüber richtete sich gegen Wielopolski, der diese Maßregel befohlen hatte. Wieder begannen die lärmenden Zusammenrottungen, sie steigerten sich am 8. April 1861 zu einem Tumulte. Militär rückte aus dem Schloßhofe, es wurde verhöhnt und mit Steinen geworfen. Endlich fielen Schüsse aus den Nachbarhäusern, zwei Soldaten wurden getötet, mehrere verwundet. Da folgte eine Salve in die tobende Menge hinein, so daß gegen 30 Menschen tot auf dem Platze liegen bleiben und die Rotten sich heulend in die Seitengassen flüchten.

Steigende Agitation.

Infolge dieses Tumultes erhielt der Statthalter Fürst Gortschakow Urlaub. Er starb bald danach am 31. Mai. Sein Nachfolger wurde der Generaladjutant Graf Suchosanett, ein streng absolutistisch gesinnter Haudegen, ohne jedes politische Verständnis, den nach kurzer Amtsthätigkeit der General Graf Lambert, ein Katholik, ablöste. Das Tragen von Trauerkleidung, die zu einem Zeichen russenfeindlicher Gesinnung geworden war, und polnische Abzeichen wurden verboten, alle Demonstrationen untersagt. Trotzdem stieg die Macht des Zentralkomitees von Tag zu Tag. Es beherrschte durch seine Anhänger die Behörden, schrieb Steuern aus, ließ Säumige oder Laue erdolchen, trug die Bewegung auch nach den altpolnischen Provinzen Litauen und Wolhynien hinüber. Überall wurde es dabei von der Geistlichkeit unterstützt. Aufreizende Predigten wurden gehalten, politische Lieder in den Kirchen abgesungen. Und der Erzbischof von Warschau, Fialkowski, lehnte es ab, dies der Geistlichkeit zu untersagen. Als es aber bei der Beerdigung dieses Kirchenfürsten, der am 5. Oktober gestorben war, wieder zu lärmenden Demonstrationen kam, verhängte die Regierung am 14. Oktober über ganz Polen den Belagerungszustand. Indes am folgenden Tage schon, dem 15. Oktober 1861, am Todestage Kosciuszkos, erneuerten sich die Unruhszenen in der St. Johannis-Kathedrale und der Bernhardinerkirche, so daß Lambert diese Kirchen durch Militär gewaltsam räumen und dann schließen ließ.

Die Geistlichkeit und die Agitation.

Infolgedessen stellte die Geistlichkeit auch in allen übrigen Kirchen Warschaus den Gottesdienst ein und legte damit gleichsam ein Interdikt auf die Stadt. Es sei die Regierung, verkündete sie, welche das arme Volk des geistlichen Trostes beraube. „Wir beten, die Russen morden", war das lügenhafte Schlagwort, das die ganze liberale Presse Europas gedankenlos nachsprach. Graf Lambert nahm seine Entlassung; ihn ersetzte am 7. November der greise General Graf Lüders. Allein dieser hielt die Maßregeln seines Vorgängers nicht nur aufrecht, sondern ließ auch die meisten Mitglieder der früheren Delegation verhaften. Ruhe trat indessen erst ein, als der Professor Felinski aus St. Petersburg, ein milder und versöhnlicher Mann, den erledigten erzbischöflichen Stuhl in Warschau bestieg und die Kirchen wieder öffnete. Doch die Ruhe war nur ein Waffenstillstand. Als am 12. April 1862 der neue Erzbischof in der Kathedrale in einer Fastenpredigt die versammelte Gemeinde zur Achtung vor dem Gesetze ermahnte, da unterbrachen Zischen und Lärmen den „moskowitischen Sendling", so daß der Gottesdienst nur mit Hilfe der Polizei beendigt werden konnte. Ähnliche Skandalszenen wiederholten sich den April und fast den ganzen Mai hindurch in andern Kirchen.

Neue Zugeständnisse.

Da gelang es Wielopolski in St. Petersburg mit Hilfe Gortschakows, neue Zugeständnisse an die Polen durchzusetzen. Der Kaiser genehmigte im Mai 1862 die Trennung der Militär- und Zivilgewalt in Polen, ließ jene dem General Lüders,

übertrug diese dem Marquis Wielopolski als selbständigem Minister für Polen, gestattete die Anstellung polnischer Beamten und die Einrichtung der verheißenen Lokalbehörden, ordnete endlich die Ablösung der bäuerlichen Lasten an. Zum Statthalter von Polen ernannte er seinen Bruder, den liberalen Großfürsten Konstantin (1. Juli 1862). Überall wurden nun Polen an die Stelle der russischen Beamten gesetzt, der polnische Staatsrat ganz mit Polen besetzt, das Unterrichtswesen im nationalpolnischen Sinne umgestaltet, Warschau zu einer polnischen Universität gemacht.

63. Großfürst Konstantin Nikolajewitsch, Statthalter von Polen.

Beginn der Schreckensherrschaft der „Nationalregierung".

Aber dies wohlwollende Entgegenkommen, das alle vorläufig erfüllbaren Wünsche der Polen befriedigte, wußte das geheime Zentralkomitee durch Maßregeln des Schreckens völlig wirkungslos zu machen. Massenbrandstiftungen wurden vorbereitet, Tonnen mit Brennstoff bereit gehalten, Brandbriefe an alle Regierungsfreunde gesandt. Neue ruchlose Attentate folgten. Einem Juden, der zum Empfange des Großfürsten am 2. Juli Hurra rief, wurde Vitriol in den Mund gegossen; Graf Lüders wurde am 27. Juni im Sächsischen Garten schwer verwundet, am 4. Juli abends beim Verlassen des Theaters auf den Großfürsten Konstantin geschossen, am 7. August unter den Kolonnaden des Schatzgebäudes auf Wielopolski. Am 16. August abends sprang ein Mensch auf den Wagentritt des Marquis und versuchte ihn mit einem vergifteten Dolche zu ermorden. Die Verbrecher, der Schneidergeselle Jaroczynski und die Lithographen Ryll und Rzonca wurden ergriffen und bekannten, durch das Los zu ihren Thaten bestimmt worden zu sein. Sie wurden gehängt, aber wenige Tage danach waren in der ganzen Stadt Plakate verbreitet, die zu einem Trauergottesdienste für „die siegreichen Helden und Märtyrer" aufforderten. Von den Kanzeln predigten die Priester den Aufruhr, die Klöster wurden zu Waffenniederlagen, und am 1. September 1862 proklamierte sich

das Zentralkomitee zur Nationalregierung für das Königreich Polen innerhalb der Grenzen von 1772, versprach den Bauern ihr Land als Eigentum und rief alle Slawen zur Teilnahme am heiligen Kampfe auf. Selbst der Adel des Königreichs Polen und der altpolnischen Länder forderte vom Kaiser deren Wiedervereinigung mit dem Königreiche.

Die „Hängegendarmen".

Der Schrecken wuchs, als bald hier, bald dort Mordthaten vorkamen, die zum Teil unter entsetzlicher Grausamkeit verübt waren; bald in den Städten, bald auf dem Lande wurden Beamte, Bauern, Soldaten, selbst Weiber und Kinder grauenvoll hingemordet. Bis zum 1. November 1862 betrug die Zahl der Opfer schon 832. Jetzt wagten auch die Weißen nicht mehr, sich den Befehlen des Zentralkomitees zu entziehen. Die Furcht vor diesem war größer, als die vor den Russen. Denn wer diesen widerstrebte, wurde verhaftet und verbannt, wer aber jenem nicht gehorchte, ermordet. Überall herrschte Angst, ja Verzweiflung. Die Verwirrung war unbeschreiblich, die Thätigkeit der Behörden hörte beinahe auf, da sie im geheimen vom Zentralkomitee abhingen.

Es war der Gedanke des Priesters Mikoszewski gewesen, eine Hängegendarmerie zu errichten und sich des systematischen Mordes als einer revolutionären Regierungsmaßregel zu bedienen. So waren dann 50 mit Dolchen bewaffnete Hängegendarmen unter dem Befehle eines gewissen Szaffarczyk, dem Chef der geheimen Revolutionspolizei Michailowski zur Verfügung gestellt worden. Sie erhielten täglich 50 Kopeken (1,61 Mark) Löhnung, die ihnen, wenn sie sich weigerten, einen Mord zu begehen, so lange vorenthalten wurde, bis der Hunger sie fügsam machte. Später wurde ihre Zahl bis auf 200 erhöht.

Die Rekrutierung und der Aufstand.

Durch eine Generalmaßregel versuchte nunmehr die Regierung auf Wielopolskis Rat, der diese Mörderbande kurzerhand zermalmen wollte, sich aller unruhigen und unbeschäftigten Köpfe zu bemächtigen und dadurch die Ruhe wiederherzustellen. Sie erklärte am 6. Oktober, daß die mehrere Jahre ausgesetzt gewesene Rekrutenaushebung wieder stattfinden und diesmal die Städte (also auch die gebildete Jugend) treffen sollte. Sie hoffte dadurch die Leute in die Hand zu bekommen, die in dem Verdachte revolutionärer Bestrebungen standen. Mit einem Schlage hätte dadurch die Insurrektion allen Halt verloren. Die „Nationalregierung", im Augenblicke noch nicht zum offenen Aufruhr fertig, schrieb sofort am 18. Oktober eine Kapitalsteuer von $^1/_2$ Prozent auf Grundbesitz und Hypotheken, und eine Einkommensteuer von 5 Prozent auf alles sonstige Einkommen aus, bestellte Waffen und Gift im Auslande und suchte den drohenden Schlag wenigstens aufzuhalten. Der Magistrat in Warschau, von dem Zentralkomitee völlig abhängig, wandte sich daher mit der dringenden Bitte um Aufschub der Rekrutierung an den Großfürsten, allein erfolglos, so daß sich eine große Zahl von jungen Leuten, die sich bedroht glaubten, schleunigst in die weiten Wälder Polens flüchteten. Am festgesetzten Tage, 15. Januar 1863, nachts um 1 Uhr, begann die Rekrutierung, in sieben Stunden war sie beendet. Die Soldaten drangen in die Häuser, holten die ihnen bezeichneten Leute aus den Betten und führten sie auf die Kasernenhöfe zur Einkleidung. Allein sie fanden nur etwa $^1/_3$ der Rekruten vor, die eigentlichen Führer am wenigsten. Der Schlag war mißlungen, und die leidenschaftliche Erbitterung, die er hervorrief, brachte den Aufstand gegen den ursprünglichen Willen der „Nationalregierung" zum Ausbruch. Am 22. Januar rief sie zur bewaffneten Empörung auf, erneuerte den Bauern ihre Versprechungen, ernannte Mieroslawski zum Diktator und übertrug ihm den Oberbefehl über die militärischen Streitkräfte der Revolution. Allein es gelang Mieroslawski nicht, eine größere Mannschaft zusammenzubringen. Denn nicht nur wollte jeder Bandenführer als selbständiger „General" operieren, sondern, was viel wichtiger war, die Bauern versagten sich so gut wie ganz der Revolution, und die Banden bestanden meist aus Studenten, Handwerkern, Szlachcicen, galizischen und posenschen Freiwilligen. Zu größeren kriegerischen Ereignissen kam es daher gar nicht, sondern nur zu einem erbitterten Kleinkriege, bei dem die Geistlichkeit Kirchen und Klöster als Schlupfwinkel hergab und die Waffen der Streiter im Namen Christi

segnete. Aber schon am 22. Februar wurde die kleine Schar Mieroslawskis von den Russen unweit Pionsk bei Kalisch überfallen und über die österreichische Grenze gejagt. Der Diktator flüchtete sich nach Krakau und ließ den Befehl der Nationalregierung, bis zum 20. März bei Strafe der Absetzung nach Polen zurückzukehren, völlig unbeachtet.

Langiewicz Diktator.

Nun warf sich, von den „Weißen" unterstützt, die erfahren hatten, daß Napoleon III. von Revolutionären, wie Mieroslawski, nichts wissen wollte, aber gemäßigte Leute unterstützen werde, Maryan Langiewicz, ein früherer preußischer Artillerist, der ursprünglich Lange hieß, zum Diktator auf, ohne sich um die „Nationalregierung" zu bekümmern, die deshalb sogar ihre Mordgesellen gegen ihn ausschickte. Seine „Armee" war 3060 Mann stark; beim ersten Zusammenstoß mit den Russen aber, mit denen er einige Wochen nicht ungeschickt in dem Sendomirschen herumgeplänkelt hatte, stob sie am 19. März auseinander und flüchtete sich auf österreichisches Gebiet. Ein exaltiertes Mädchen, Anna Pustowojtow, begleitete in Männerkleidung als Adjutant den flüchtenden Diktator, was für manche Leute einen romantischen Schimmer über die klägliche Katastrophe ausbreitete. Die österreichischen Offiziere waren entrüstet über die elende Haltung, welche die Insurgenten den Russen gegenüber zeigten. Bei den ersten Schüssen gerieten sie jedesmal in die größte Verwirrung, und ein ernstlicher Angriff trieb sie sofort in jäher Flucht auseinander. Zeigte sich einmal einer tapfer, dann war es ein Ungar oder Italiener, deren gar manche Abenteuerlust unter die Reihen der Insurgenten geführt hatte. Die Diktatur Mieroslawskis hatte im ganzen 12 Tage, die von Langiewicz 14 Tage gedauert. Jetzt erklärte es die Nationalregierung für Hochverrat, wenn jemand sich die Diktatur anmaßen sollte.

Die „Nationalregierung" und die Russen.

Bei diesen wahrhaft kläglichen militärischen Leistungen der Freiheitskämpfer hätten die Russen, die fast bei jedem Zusammenstoße siegten, den Aufruhr kurzerhand niederschlagen können, hätten nicht Großfürst Konstantin und Wielopolski die ganz unzuverlässige polnische Zivilverwaltung aufrecht erhalten wollen. Dadurch gaben sie das Land thatsächlich der geheimen, unauffindbaren, aber höchst wirksamen „Nationalregierung" in die Hand, die durch zahlreiche Zweigausschüsse Besteuerung, Rekrutierung und Strafjustiz pünktlichst übte und von den polnischen Regierungsbeamten heimlich unterstützt wurde. So beherrschten die Russen immer nur den Punkt, wo sie gerade standen. Erst am 30. März ernannte der Kaiser den Grafen Berg zum Höchstkommandierenden in Polen, befahl dann die ganze Armee auf Kriegsfuß zu setzen, brachte die in Polen stehenden Truppen bis auf 70 000 Mann und ordnete die Armierung der Seefestung Kronstadt an. Gleichzeitig schlug er nochmals den Weg der Milde ein. Am 31. März (12. April) 1863, dem russischen Ostertage, erließ er eine Amnestie für Polen, wenn es bis zum 1. (13.) Mai die Waffen niederlegen würde.

Aber die Nationalregierung wies in einer allenthalben verbreiteten Proklamation alle Gnade von sich, denn sie rechnete auf auswärtige Hilfe.

Die Haltung der auswärtigen Mächte.

Von Preußen freilich war nur entschlossene Feindschaft zu erwarten. Denn mit scharfem Blick hatte der neue Ministerpräsident König Wilhelms I., Otto von Bismarck (seit September 1862), die schwere Gefahr erkannt, mit der ein russisch-französisches Bündnis und die panslawistischen Pläne Wielopolskis Preußen und Deutschland bedrohten. Er bestimmte daher den König im entscheidenden Augenblicke, dem Kaiser Alexander seine Hilfe dadurch anzubieten, daß Preußen mit Rußland am 8. Februar 1863 eine Militärkonvention abschloß, die unter Umständen den beiderseitigen Truppen gestattete, Insurgentenbanden über die Grenzen zu verfolgen. Vier preußische Armeekorps bewachten seitdem die Grenze von Gumbinnen bis Oppeln und verhinderten jede Ausbreitung der Revolution nach Preußen hinein. So ging die Unterstützung, die sie an Mannschaft und Geld aus den preußischen Provinzen hätte beziehen können, der Insurrektion so gut wie ganz verloren. Österreich dagegen zeigte eine etwas freundlichere Haltung und ließ Trupps von Freiwilligen und Waffentransporte unbeachtet durch. Endlich, als besonders England zu einem entscheidenden Schritte drängte, erließen Österreich, Frankreich und England am 10. und 12. April beinahe identische Noten nach St. Petersburg, worin sie, die eine Macht schärfer, die

andere milder, die Beruhigung Polens durch ausgedehnte Zugeständnisse verlangten; in Paris dachte man sogar an Landungen in Kurland und in Triest. Rußland antwortete am 26. April in der Form sehr maßvoll, in der Sache durchaus ablehnend; in Polen aber flammte, durch Hoffnungen, Waffen- und Geldsendungen unterstützt, der schon erlöschende Aufstand von neuem empor und ergriff jetzt auch den polnisch-katholischen Adel Litauens und Wolhyniens.

Ausbreitung des Aufstandes über Litauen und Wolhynien.

Mit verdoppelter Wut begann der Kampf. Denn empört über die westmächtliche Einmischung erhob sich der Nationalstolz des rechtgläubigen russischen Volkes. Graf Berg erhielt weitere Vollmachten, russische Offiziere wurden an die Spitze der polnischen Bezirke gestellt und die polnischen Bauern gegen den Adel aufgerufen. Denn

64. General Graf Berg.

die polnische Landbevölkerung, weit entfernt, sich durch die glänzenden Versprechungen der Agitatoren locken zu lassen, hatte sich schon im März 1863 aus der Betäubung ermannt, in die sie der Terrorismus des Zentralkomitees eine Zeitlang versetzt hatte, und zur Selbsthilfe gegriffen. Die Proklamationen der Nationalregierung wurden zerrissen, ihre Sendboten davongejagt, die Hängegendarmen totgeschlagen. Jetzt bildeten die Bauern willig starke Polizeitrupps zur Verfolgung der Aufständischen und gegen die Bildung neuer Banden. So ging binnen kurzem fast das ganze platte Land der Revolution verloren.

Murajew und Graf Berg.

Die Nationalregierung stellte (2. Juni) dagegen Revolutionstribunale in allen polnischen und litauischen Bezirken auf, die mit allen Mitteln des Schreckens sich gegen die Feinde der „Freiheit" richtete. Da setzte zuerst der neue Generalgouverneur von Litauen in Wilna, Graf Michael Murawjew, ein harter, brutaler Altrusse, wenngleich keineswegs ohne Einsicht und Menschenkenntnis, Schrecken gegen Schrecken, um die Rebellion niederzuwerfen, den polnischen Adel dort auszurotten und dies „altrussische

Erbe" wieder russisch und griechisch-katholisch zu machen. Eine rein militärische, mit unbedingter Vollmacht über Leben und Tod ausgestattete Verwaltung bekämpfte mit dem Schwert und dem Kriegsgericht erbarmungslos alles, was polnisch und katholisch war. Entsetzt über dies Schreckensregiment erhoben um Mitte Juni die Westmächte abermals fast gleichlautende Vorstellungen in St. Petersburg, indem sie ungefähr das verlangten, was Kaiser Alexander schon im Jahre 1862 gewährt, der Unverstand der fanatischen Polen aber zurückgewiesen hatte; ja sie wünschten eine europäische Konferenz zur Ordnung der polnischen Verhältnisse. Gortschakow lehnte diesmal eine solche Einmischung mit aller Entschiedenheit ab; zugleich erhielt Wielopolski, dessen Stellung längst völlig erschüttert war, am 7. Juli Urlaub, und auch die Leitung der Verwaltung ging an den Grafen Berg über. Fast 200 000 Mann Russen standen jetzt in den aufständischen Provinzen, die ganze russische Armee war mobilisiert, eine neue Aushebung von 150 000 Mann stand bevor. Die Zeiten der Zugeständnisse waren vorüber, die Führer der russischen Nation forderten die Vernichtung Polens, und Großfürst Konstantin trat am 31. Oktober zurück. Sein Nachfolger als Statthalter und Oberbefehlshaber in Polen wurde Graf Berg.

Zwistigkeiten unter den Polen und Ende des Aufstandes.

Dazu erschöpften die Polen ihre letzten Kräfte in sinnlosen Zwistigkeiten. Durch Intrigen gelang es um die Mitte des Juni 1863 die Nationalregierung zu stürzen. Eine Zentralbehörde von drei Personen trat an ihre Stelle, mußte indessen schon nach zwölf Tagen wieder zurücktreten. Die neue Nationalregierung bestand aus fünf Mitgliedern, durchweg jungen Leuten, Studenten und Lehrern. Sie wurde im September durch die Extremen der Roten gestürzt, welche die Volksmasse in Warschau für sich gewonnen hatten. Ihr Haupt war Ignaz Chmielenski, der im vergangenen Jahre die Mordanschläge gegen den Großfürsten, Graf Lüders und Wielopolski angestiftet hatte. Durch wildesten Terrorismus, durch Mordthaten ohne Ende suchten diese neuesten Gewalthaber sich zu behaupten. Allein in Krakau sammelte sich die Opposition gegen sie; eine Anzahl maßgebender Persönlichkeiten verständigte sich hier zu ihrem Sturze. Der frühere russische Ingenieuroberstleutnant Romwald Traugutt, ein im Gouvernement Grodno angesessener Gutsbesitzer, der eine Zeitlang ein Insurgentenkorps angeführt hatte, wurde von ihnen beauftragt, die Leitung der Regierung zu übernehmen. Am 10. Oktober 1863 langte er in Warschau an und wußte wirklich Chmielenski und seine Genossen zum Rücktritte von der Regierung zu bewegen. Allein auch gegen Traugutt wurden bald von den äußersten Radikalen Umtriebe angesponnen. Da machten die Russen dem elenden Intrigenspiel ein Ende. Am 29. März 1864 wurde Traugutt mit einem großen Teil seiner Genossen verhaftet, und damit die Nationalregierung überhaupt beseitigt. Gleichzeitig meldete Fürst Ladislaus Czartoryski, der freiwillige Vertreter der „Nationalregierung" in Paris, daß Napoleon III. für die Polen nichts mehr thun könne und wolle.

Das war das Ende der Erhebung. Ihre Bedeutung reicht weit über Polen hinaus. Sie machte jede Versöhnung zwischen Polen und Russen auf absehbare Zeit unmöglich, sie vereitelte auf lange hinaus das ersehnte russisch-französische Bündnis, begründete dagegen ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Rußland und Preußen und schuf so eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Neugestaltung Deutschlands.

Die nationalrussische Reaktion und der Nihilismus.

Der Umschwung der Stimmung in Rußland.

Für Polen selbst war der Aufstand von 1863, wie heute patriotische und verständige Polen ohne Umschweife eingestehen, der schwerste Schlag, der die Nation nach dem Verluste ihrer Unabhängigkeit getroffen hat. Zerrüttung und Verarmung vieler Familien, Verbannung vieler der kräftigsten Elemente, schwere finanzielle Verluste — allein an Steuern und Zwangsanlagen hatte die „Nationalregierung" 168 Mill. polnische Mark (84 Mill. Mark) erhoben — waren noch nicht die schlimmsten Folgen. Das Verhängnisvollste für Polen wie für ganz Rußland war vielmehr das übermächtige Hervortreten einer neuen geistigen Strömung im russischen Volke. Bis zum polnischen Aufstande hatte Herzens „Glocke" mit ihrer radikalen, sozialistischen und

polenfreundlichen Richtung die öffentliche Meinung Rußlands völlig beherrscht; für die Zugeständnisse der Regierung an die Polen hatte er nur Spott und Verachtung, nach der Unart aller Radikalen wollte er immer nur alles oder nichts. Als nun die Verblendung der Polen den Aufstand herbeiführte, da predigte Herzen die Verbrüderung der slawischen Völker unter dem Banner der internationalen Demokratie und wollte sogar eine Freischar unter Bakunin an die kurländische Küste werfen. Der sonst so scharfsinnige Mann kannte doch die Russen nicht. Schon im Juli 1862 war Michael Katkow, der Führer der Slawophilen, im „Russischen Boten" Herzens Agitationen scharf entgegengetreten, da sie die verbrecherischen Brandstiftungen in Petersburg verschuldet hätten und die Regierung in ihren Reformen nur störten. Als Herzen nun gar offen für die aufständischen Polen auftrat, verlor er mit einem Schlage allen Einfluß in Rußland, und der unumschränkte Gebieter der öffentlichen Meinung wurde Katkow mit seiner „Moskauer Zeitung". Niemals hat ein Schriftsteller eine so ungeheure Macht über ein großes Reich ausgeübt. Immer und immer wiederholte er: der russische Patriot habe jetzt nur eine Pflicht, die polnischen Rebellen zu zermalmen und dem Reiche die westlichen Provinzen zu retten; alle liberalen Ideen verschwanden ihm vor dem zwingenden Gebot der nationalen Selbsterhaltung. Bald entwickelte Katkow daraus eine neue furchtbare Theorie, und sie wurde durch den Mangel an jeder festen Rechtsüberzeugung und jeder gründlichen Bildung innerhalb der russischen Gesellschaft, sowie durch die Neigung des Volkscharakters zu raschem Stimmungswechsel nur allzusehr begünstigt. Man müsse den Staat gründen auf das echte, von fremder Kultur unverfälschte russische Volk, auf die Bauern und ihren Gemeinbesitz, man müsse daher auch in den litauischen und westrussischen Ländern die alte Volksfreiheit und damit ihren russischen Charakter dieser Länder wiederherstellen. Damit war der Krieg nicht nur gegen die ausländische Kultur, sondern auch gegen jede Art von Aristokratie der Geburt, des Besitzes und der Bildung erklärt, und die national-russische Demokratie verband sich mit dem zarischen Absolutismus, um diese Aristokratie und damit die Keime abendländischen Staatslebens zu vernichten und im Namen der russischen Volksfreiheit alle aristokratischen Elemente zu zerstören, alle fremden zu russifizieren. Im Zeichen dieser wahrhaft jakobinischen gewaltthätigen Politik steht seitdem das Staatsleben Rußlands.

Die Russifizierung der polnischen Lande.

Mit Nachdruck von der allgemeinen Volksstimmung getragen und gedrängt, ging die russische Regierung zunächst an die Umgestaltung der inneren Verhältnisse in dem Insurrektionsgebiete. Die völlige Russifizierung der Verwaltung verstand sich von selbst. Russen, leider oft Menschen zweifelhaften Rufes, besetzten alle wichtigen Ämter und das Russische wurde ausschließlich Amtssprache für Polen, Litauen und Rotrußland. Sodann erhielten die Bauern, zuerst (1863) in Litauen und Rotrußland, zuletzt (1864) in Polen, durch kaiserliches Manifest ihre bisherigen Pachthöfe als freies Eigentum verliehen. Die Entschädigung der Grundbesitzer übernahm der Staat, aber er zahlte sie nur denen, die am Aufstande keinen Anteil genommen hatten. So verlor der polnische Adel Litauens drei Viertel seiner Güter. In Streitigkeiten zwischen Edelleuten und Bauern erhielten stets die Bauern recht, jeder Exzeß, selbst die Plünderung und Verbrennung von Gutshöfen, ging ihnen straflos hin. So hoffte die allmächtige russische Demokratie die geschlossenen Gutshöfe zu sprengen, auch hier den Gemeinbesitz durchzusetzen, den Bauernstand zu russifizieren, die polnische Nationalität auf den Adel zu beschränken. Daher befahlen neue Gesetze 1865 allen am Aufstande irgendwie beteiligten Personen, ihre Güter binnen kürzester Frist zu verkaufen, und verboten Katholiken und Polen in den Gouvernements Wilna und Kiew überhaupt Güter zu kaufen. Auf der andern Seite begünstigte die Regierung die Ansiedelung russischer Gutsbesitzer und Bauern, aber mit sehr geringem Erfolge.

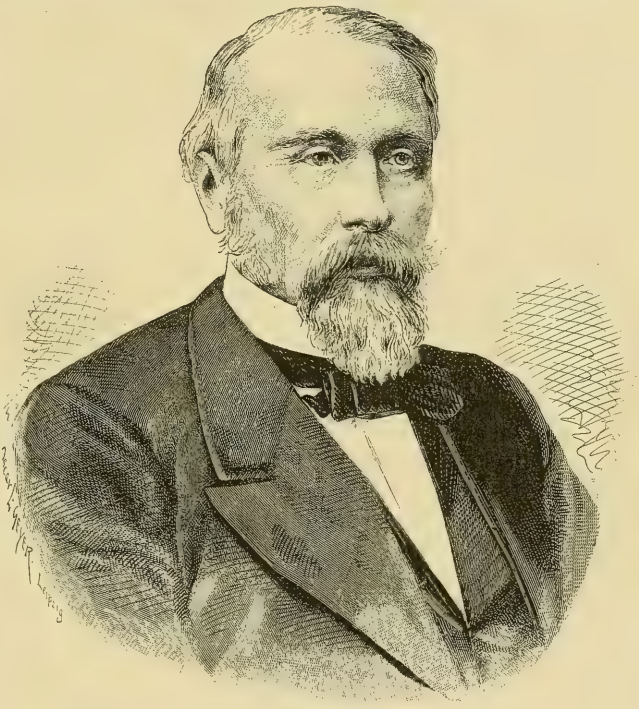
Maßregeln gegen die katholische Kirche Polens.

Mit ebenso wuchtigen Schlägen traf die russische Regierung die polnisch-katholische Kirche. Im November 1864 ließ sie alle römisch-katholischen Klöster, die den Aufstand unterstützt hatten, und alle, die weniger als acht Insassen zählten, im ganzen 110, räumen und aufheben. Im Dezember 1865 übernahm der Staat das gesamte

Eigentum der römisch-katholischen Kirche in seine Verwaltung und setzte die Geistlichkeit auf feste Staatsbesoldung. Ebenso wurden überall russische Volksschulen gegründet, das ganze Schulwesen dem eifrig geförderten griechisch-katholischen Klerus unterstellt, später — 1871 — das Russische als obligatorischer Unterrichtsgegenstand in allen Volksschulen eingeführt, die höheren Schulen und die Universität Warschau russifiziert. Sogar den Katholiken der litauischen Provinzen versuchte man das Russische als Kirchensprache aufzudrängen. Im eignen Lande wurde das Polentum so gut wie rechtlos.

Beginnende Russifizierung der Ostseeprovinzen.

Bald griff dasselbe System auf die deutschen Ostseeprovinzen über, deren durch und durch aristokratische Gesellschaftsordnung und deutsche Kultur der national-russischen Demokratie ein Greuel waren. In die wichtigsten Verwaltungsstellen begann man Russen einzuschieben, der Übertritt der lettischen und esthnischen Bauern zur griechischen Kirche wurde thunlichst gefördert, die Erlernung der deutschen Sprache, die allein diesen vereinzelten Stämmen den Weg zu höherer Kultur eröffnete, wurde in den Land- und Kreisschulen möglichst erschwert, dafür allmählich das Russische als obligatorisches Fach neben der „Landessprache" eingeführt, den Gymnasien (1869) ein ausgedehnterer Betrieb des Russischen (statt des Französischen) und der russische Vortrag für manche Lehrfächer vorgeschrieben. Das letzte Ziel blieb die völlige Russifizierung dieser Anstalten und der ganz deutschen Landesuniversität Dorpat. Dazu war schon seit 1865 die Zensur außerhalb der beiden Residenzstädte erheblich verschärft worden. So hoffte man hier die deutsche Kultur zu brechen, den lettischen und esthnischen Bauernstand zu russifizieren, alles im Namen der Demokratie und der Volksfreiheit.



65. Michael Katkow.
Nach einer Photographie.

Der Nihilismus.

Da beschwor nun dies System, das alle höhere Kultur und alles Recht einem einseitigen Nationalismus zu opfern bereit war, über sich selbst die Nemesis herauf im Nihilismus. In dieser Richtung gewannen die revolutionär-sozialistischen Ideale Herzens ein neues unheimliches Leben. Mit den Slawophilen verwandt in ihren demokratischen Grundanschauungen und in der Mißachtung des gegebenen Rechtszustandes, waren doch die Nihilisten die geschworenen Feinde jeder monarchischen, überhaupt jeder nichtsozialistischen Ordnung, wie jeder Religion; sie fühlten sich im Kriegszustande mit der ganzen bestehenden Gesellschaft und glaubten sich daher ebenso sehr berechtigt als verpflichtet, jedes, auch das schlimmste Mittel, Gift, Dolch, Revolver und Dynamit, gegen sie anzuwenden, ohne eine Spur sittlicher Bedenken und mit einer fanatischen Aufopferung, die selten ihresgleichen gefunden hat. Ihr eignes Ideal, soweit sie ein bestimmtes hatten, war die atheistische Staatlosigkeit, die Auflösung aller Staaten in kleine, durch freien Entschluß verbundene, von allen Gesetzen und allen

Vorschriften der Sitte und der Sittlichkeit entbundene, gemeinsam wirtschaftende Gruppen. So predigte es lange ihr Hauptorgan, die in Genf erscheinende „Commune“ (Obschtschina). Aber die ganze Richtung litt, abgesehen von der praktischen Unausführbarkeit dieses Ideals, an einer unheilbaren Schwäche. Sie war immer nur Sache einer kleinen gebildeten Minderheit, oft von Leuten, die keine Prüfung bestanden hatten, weil sie phantasierten, anstatt zu arbeiten, aber auch von idealistischen Schwärmern, vor allem von Studenten und jungen Mädchen, die nun, verwöhnt durch die ihnen lange Zeit geradezu anerzogene Meinung, sie seien berufen, die Welt zu reformieren, jetzt in ihrem Sinne damit Ernst machen und deshalb „unter das Volk gehen“ wollten. Die Hauptrolle spielten dabei die Frauen, denn während die Männer in Rußland in ihrem Wesen oft weich, bestimmbar und unentschlossen sind, pflegt das russische Weib einer gewissen Bildungsstufe Verstandesschärfe und leidenschaftlichen Thätigkeitssinn zu vereinigen, ist also dem Manne gewöhnlich überlegen. Aber dies Volk, für das sie doch zu arbeiten meinten, wollte von seinen Beglückern schlechterdings nichts wissen, und so hat es der Nihilismus über hochtönende Phrasen, ruchlose Mordthaten und kindische Putsche nirgends und niemals hinausgebracht.

Das erste Attentat auf den Kaiser.

Ein Mordanfall war es, der zuerst die allgemeine Aufmerksamkeit auf die neue Sekte lenkte. Am 16. April 1866 schoß ein früherer Moskauer Student, Dmitrij Karakosow, im Sommergarten an der Newa auf den Kaiser, als er sich harmlos hier erging. Nur daß ein Bauer, der neben dem Verbrecher stand, in dem Augenblicke, als dieser feuerte, ihm den Arm in die Höhe schlug, rettete dem Zaren das Leben. Karakosow wurde im September hingerichtet, 35 seiner Genossen zu Kerker oder Verschickung nach Sibirien verurteilt. Aber die Entdeckung einer so weitverzweigten Verschwörung machte doch die leitenden Kreise bedenklich, ob Rußland mit der rücksichtslosen Bekämpfung aller aristokratischen und fremden Elemente auf dem richtigen Wege sei. Manche hohe Ämter wurden mit Gegnern der herrschenden Demokratie besetzt, ein kaiserliches Reskript an den Präsidenten des Reichsrates, den Fürsten P. Gagarin (Mai 1866), verkündete offen die Rückkehr zu den konservativen Prinzipien, die letzten beiden Zeitungen Herzenscher Richtung wurden unterdrückt, sogar die allmächtige „Moskauer Zeitung“ auf zwei Monate suspendiert.

Wiederaufnahme der Reformen. Finanzen.

Aber diese Wendung war von sehr kurzer Dauer. Denn sollte Ernst damit gemacht werden, so mußten Demokratie und Absolutismus auch auf den Terrorismus in Polen verzichten; hier wirtschaften wie bisher, die Nichtrussen als rechtlos behandeln und die Russen nach liberalen Grundsätzen regieren, das war ein innerer Widerspruch, der sich nicht lange ertragen ließ. So nahmen also die eigentlich politischen Reformen keinen Fortgang; jeder Versuch der neuen Landschaften, auf wirklich politische Fragen Einfluß zu gewinnen oder überhaupt den Kreis ihrer Befugnisse zu erweitern, wurde vielmehr aufs schärfste zurückgewiesen. Nur auf gewissermaßen neutralen Gebieten kam die Neugestaltung nicht zum Stillstande. Neben der Umbildung der Armee stand die Finanzreform seit 1867 im Vordergrunde. Die ungeheuren Domänen, deren kostspielige Verwaltung durch unredliche Beamte fast den ganzen Ertrag verschlang, wurden teilweise in freie Bauerngüter zerschlagen, die meisten Staatsbetriebe, die nichts einbrachten, aufgegeben, die Staatsbergwerke und die Eisenbahnen meist verpachtet oder verkauft; die Erbauung neuer Eisenbahnlinien blieb den „Landschaften“ oder privaten Unternehmern überlassen. Dagegen blieb im Auslandsverkehr das alte Prohibitivsystem aufrecht, da der russische Kaufmann und Fabrikant nichts mehr fürchtete, als die Konkurrenz. „Rußland für die Russen!“ war das Schlagwort.

Einen wesentlich veränderten Charakter nahm das russische Unterrichtswesen seit 1866 an.

Unterrichtswesen.

Hier war es Katkow gelungen, durch die Anklage, daß die neue „liberale“ Richtung Golownins die Verbreitung von gemeingefährlichen Umsturzideen in der gebildeten Jugend befördere, den Minister zu stürzen und den Grafen Dmitrij Tolstoj an seine Stelle zu bringen (3. Mai 1866—80). Nach Katkows Grundsätzen, die er schon mit dem trefflichen Philologen Leontjew in einem Privatlyceum zu Moskau verwirklicht hatte, wollte Tolstoj der russischen Jugend eine wahrhaft gründliche, auf energischer Arbeit ruhende Bildung durch den stärkeren

Betrieb der klassischen Sprachen, wesentlich nach deutschem Vorbilde, vermitteln, um der oberflächlichen und dünkelhaften Halbbildung, in der der Nihilismus wurzele, ein Ende zu machen. Daher rief er für die Ausbildung tüchtiger philologischer Lehrer 1867 das historisch-philologische Institut in St. Petersburg, ein großes Internat etwa nach der Art englischer Colleges (s. Bd. VI, S. 710), später (1873) auch noch das russisch-philologische Seminar in Leipzig ins Leben und erreichte durch das Gesetz vom Juli 1871, daß den humanistischen Gymnasien (mit achtjährigem Kurs) allein das Recht der Vorbereitung auf die Universitäten gegeben wurde, während ein zweites Gesetz von 1872 lateinlose Realschulen begründete, die dieses Recht entbehrten. Wirklich wuchs die Zahl dieser Anstalten so, daß es 1873 im europäischen Rußland 178 Gymnasien und 46 Realschulen gab (die Gemeinde- und Privatschulen ungerechnet) und sich der staatliche Aufwand für sie von 1865—76 mehr als verdoppelte. Indes Tolstojs „Klassizismus" stieß ebenso bei der gebildeten Gesellschaft und in der Presse, wie bei der studierenden Jugend auf den entschiedensten Widerspruch oder zähen, passiven Widerstand, schon weil Rußland zu der antiken Kultur ein ganz andres Verhältnis hat als das Abendland und weil der unreifen russischen Bildung die Naturwissenschaft als die einzige wahre Wissenschaft erschien. Dazu kam, daß die peinliche Überwachung der Anstalten wegen des Nihilismus zunächst meist den fremden oder von Fremden erzogenen philologischen Lehrern zufiel und diese samt den klassischen Sprachen mißliebig machte. — Bessere Erfolge hatte Tolstoj auf dem Gebiete der Volksschule, die überall unter fachliche Aufsicht gestellt und kräftig gefördert wurde, soweit das der Lehrermangel, die ungenügende Besoldung und die stumpfe Gleichgültigkeit der Eltern gestattete. So zählte man 1874 im ganzen eigentlichen europäischen Rußland über 22000 Elementarschulen mit 920000 Kindern, freilich auf 76 Mill. Einwohner, und an die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht konnte noch nicht gedacht werden.

Die wirtschaftliche Umwälzung.

Adel und Bauern.

Mit der politisch-sozialen Umgestaltung verband sich eine ungeheure wirtschaftliche Umwälzung, die größtenteils aus jener folgte und Rußland fast unvermittelt in eine moderne Entwickelung hineinführte. Die Vorteile traten unzweifelhaft nicht in dem erwarteten Umfange ein. Da sich die alten großen, gemeinsam wirtschaftenden Bauernfamilien meist auflösten, weil jeder verheiratete Bauer möglichst selbständig werden wollte, so waren zwar die Kräfte zur Bestellung des Landes mehr als ausreichend vorhanden, aber der Bodenanteil durchschnittlich für eine Familie nur 4 bis $5\frac{1}{2}$ ha, so klein, daß sie davon nicht leben konnte, also Nebenverdienst außerhalb des Dorfes brauchte, ohne ihn in den meisten Fällen schaffen zu können, weil der Mann daheim nicht zu entbehren war und die Frau das Haus nicht wohl verlassen konnte. Um so schwerer drückte, von den Ablösungsbedingungen ganz abgesehen, die Steuerlast (für eine „Revisionsseele" durchschnittlich $9\frac{1}{2}$ Rubel, für eine Familie 23—24 Rubel), und der Druck wurde dadurch oft fast unerträglich, daß mit dem Mir auch die alte gemeinsame Haftpflicht der Gemeinde dem Staate gegenüber fortbestand, also die fleißigen und tüchtigen Leute für die Faulpelze und Trunkenbolde mit aufkommen mußten, und deren gab es, als der Zwang zur Arbeit für die Gutsherren wegfiel, nur allzuviel. Weniger schädlich wirkte die Fortdauer der Feldgemeinschaft, da der Antrieb und vor allem die Mittel zur Verbesserung des Betriebes sowieso fehlten. Ein Fortschritt in der Feldbestellung und eine Steigerung des Ertrages trat also auf dem Bauernlande fast nirgends ein, ganz im Gegenteil. Denn da mit der Leibeigenschaft auch das Recht auf Unterstützung durch den Herrn weggefallen war, so hatte sich zwar die rechtliche Lage der Bauern unfraglich verbessert, die wirtschaftliche aber eher verschlechtert. Ganze Dörfer gerieten bald durch schlechte Wirtschaft und Steuerdruck in die Hände gewissenloser Wucherer (kulaki, d. h. Fäuste), die eine tyrannischere Gewalt ausübten, als die Gutsherren der früheren Zeit, und die Fälle, daß eine Bauernschaft, den Popen an der Spitze, mit Sack und Pack ihre Höfe verließ, um sich in der freien Steppe anzusiedeln, wurden immer häufiger. Auch sonst wurden leerstehende, verfallende Höfe in den nordrussischen Dörfern ein alltäglicher Anblick, der Viehstand und der Umfang des Ackerlandes, also auch die Produktion, gingen ganz allgemein zurück. Von den mittleren und kleinen Gutsbesitzern kamen nur die in der reichen Zone der schwarzen Erde ohne großen Schaden durch die Übergangszeit hindurch; auf dem ärmeren Boden des nördlichen Waldlandes und der Steppe wurden sie, namentlich wenn sie, was bei ihrer sorglosen Wirtschaft häufig genug vorkam, schon vorher verschuldet waren, meist bankrott.

Denn für die Feldbestellung mußten sie jetzt ihre früheren Leibeigenen in irgendwelcher Weise entschädigen, durch Geld und Brennmaterial oder Anweisung von Weideland, oder durch Überlassung eines Teiles der Ernte, und doch fehlte es oft genug an Arbeitskräften, oder sie zeigten sich unzuverlässig. Sehr viele Gutsherren verpachteten daher ihr Land an die Bauern und zogen in die Stadt, kamen aber dabei oft schlecht weg, weil diese es meist nachlässig bestellten. „Früher rechneten wir nicht und tranken Champagner, jetzt rechnen wir und trinken Bier", sagte einer von ihnen. Nur intelligente und wohlhabende Grundherren richteten ihre Wirtschaft nach westeuropäischem Vorbilde womöglich mit einem deutschen Inspektor ein. So nahm die Zahl der adligen Gutsbesitzer mehr und mehr ab. Selbst im Moskauer Kreise, also auf „schwarzer Erde", sank der im Besitze des Adels befindliche Grund und Boden von 1865—77 von 90 auf 70 Prozent. An ihre Stelle traten überall städtische Spekulanten, Schenkwirte, Kornhändler, gewesene Aufkäufer u. dergl., oft Deutsche oder Juden, die um Schleuderpreise die Güter an sich brachten, den Boden durch Raubbau aussogen und die Wälder schlugen. Verfallene Edelhöfe und abgeholztes Land wurden deshalb selbst um Moskau häufig. Mit fatalistischer Ergebung pflegt sich das Volk darein zu finden, denn es ist „schwach" geworden.

Handel. Anderseits nahmen nun **Handel und Gewerbe** unleugbar einen lebhaften Aufschwung. Vor allem hatte der Ausbau des Eisenbahnnetzes meist durch Privatgesellschaften mit starker Beteiligung ausländischen Kapitals so raschen Fortgang, daß die Gesamtlänge 1867 schon fast 6000 Werst, 1875 22000 Werst betrug und die fernsten Enden des europäischen Rußland mit seinen Hauptstädten verknüpft waren (schon seit 1863 Warschau und Wirballen), im Osten der Weichsel allerdings mit einer von der allgemein europäischen verschiedenen größeren Spurweite. Das Telegraphennetz besaß 1866 schon 274 Stationen. Daneben trat die Schiffahrt auf den großen Strömen, namentlich auf der Wolga mit ihrem riesigen Verkehr, den hier drei Dampferkompanien mit mächtigen Schiffen beherrschen, auf den großen Landseen, wie dem Ladoga- und Onegasee, die ganze Flotten von plumpen Holzschiffen bis nach Petersburg senden, endlich auf dem Weißen und Schwarzen Meere. Das Kanalnetz wurde z. B. 1861 durch einen zweiten Ladogakanal für den Verkehr St. Petersburgs mit dem Innern vervollständigt und setzte in Finnland den Saimasee, den „See der tausend Inseln", die Hauptverkehrsader des merkwürdigen Felslandes, durch einen Kanal mit kunstvollen Schleusenanlagen mit der Ostsee bei Wiborg in Verbindung (1856). Dagegen blieben die Landstraßen außerhalb der großen Linien nach wie vor vernachlässigt.

Industrie. Aber da sich die Verkehrswege doch außerordentlich vermehrten, und anderseits alte Schranken fielen, so nahm die **Industrie**, ohne das alte Hausgewerbe zu zerstören, allmählich einen wesentlich europäischen Charakter an, nicht ohne starke Heranziehung deutschen Kapitals und deutscher Kräfte für die Leitung. Die Gouvernements Moskau, Petersburg, Wladimir, Tula, Nishnyj Nowgorod, Perm wurden die Hauptsitze dieser Industrie, Moskau ihr eigentlicher Mittelpunkt, der 1864 schon 550 Fabriken mit 36000 Arbeitern zählte; für den Westen erwuchs Lodz, eine Gründung deutschen Unternehmungsgeistes, zu einem großen Zentrum. Neben den modernen Textilgewerben standen altnationale Zweige, die Lederfabrikation, die Holzindustrie und die Metallbearbeitung, vor allem in den charakteristisch russischen Silberarbeiten von Tula, und der Sitz einer großartigen Bergindustrie wurde Jekaterinburg im Gouvernement Perm. So konnte Rußland neben massenhafter Einfuhr fremder Waren namentlich feinerer Gattung doch seine wachsende **Ausfuhr** entwickeln, die nach Westen vor allem in Bodenprodukten (Getreide, Holz u. dgl.), nach Asien in Industrieerzeugnissen bestand und dort mit der englischen Konkurrenz immer erfolgreicher wetteiferte. Die gesamte Einfuhr hatte 1865 einen Wert von fast 142 Mill. Rubel, die Ausfuhr von beinahe 204 Millionen. Der Verkehr zur See blieb zum guten Teil noch in ausländischen Händen, denn von den etwa 9400 Schiffen, die 1865 einliefen und ebensovielen ausgehenden trugen nur wenig mehr als je 1300 die blaurotweiße Handelsflagge Rußlands, und von diesen war ein großer Teil finnischer Herkunft.

Die geistige Bewegung.

Wissenschaft.

Die lebhafte geistige Bewegung, aus der diese ganze große Umgestaltung des russischen Lebens wesentlich hervorging, wurde nach wie vor durch den Gegensatz zwischen den Slawophilen und den Westlern bestimmt. Gewiß hat nur die hier zur Herrschaft gelangte Anschauung der Slawophilen in politischer Beziehung verwüstend gewirkt, seitdem sie praktisch in eine national-demokratische Richtung umgeschlagen war, aber sie hat doch auch, ähnlich wie die deutsche Romantik, mit der sie die Verherrlichung des eignen Volkstums und mittelalterlicher Zustände teilte, als eine erklärliche und im Kerne berechtigte Reaktion gegen die Abkehr der gebildeten Russen vom eignen Volke zu gunsten einer oberflächlichen französierenden Bildung, das Interesse für die Erkenntnis des heimischen Volkslebens, der heimischen Geschichte und des heimischen Bodens mächtig erregt und vertieft und die russische Wissenschaft und Litteratur nachhaltig befruchtet. Eine Anzahl historisch-antiquarischer und geographisch-ethnographischer Gesellschaften in Anlehnung an die Petersburger Akademie förderten diese Studien, bedeutende Zeitschriften, wie das „Russische Archiv", das „Russische Altertum", der „Europäische Bote" wurden ihre Organe, die deutsche Forschung ihr wichtigstes Vorbild.

Die Sammlung des Stoffes, der Lieder und Märchen, der Sitten und Gebräuche des Völkerreichs, der einheimischen und griechischen Altertümer Südrußlands, die Herausgabe und Bearbeitung historischer Urkunden, die geographische Erforschung besonders der fast unbekannten Länder Innerasiens durch wissenschaftliche Reisende, wie vor allem Nikolaus Prschewalskij, und die Monographien über einzelne Gegenstände standen anfangs natürlich voran. Doch wurden auch schon große, zusammenfassende Darstellungen gewagt. Nachdem Karamsin, noch ohne rechte wissenschaftliche Grundlage und daher allzusehr moralisierend und schablonisierend, mit stark rhetorischer Färbung die russische Geschichte bis 1611 behandelt hatte, gab Iwan Sabjelin in der „Geschichte des russischen Lebens" einen Überblick über die Kulturentwickelung seines Volkes, allerdings mit weitgehender romantischer Verherrlichung heimischer und altrussischer Art. Der Begründer einer wahrhaft wissenschaftlichen Geschichtschreibung wurde erst Sergej Solowjew (1820—80), ein durchaus patriotischer, monarchisch und kirchlich gesinnter Russe, aber ein Mann von unbeirrter Wahrheitsliebe, tief durchdrungen von der Überzeugung, daß Rußlands Heil in der Annäherung an Westeuropa liege („wir sind Europäer", pflegte er zu sagen), und daher entschiedener Gegner der Slawophilen, deren Anschauungen er als unhistorische Geschichtskonstruktion verwarf und unermüdlich bekämpfte. Sein Hauptwerk ist die „Russische Geschichte" in 29 Bänden (bis 1774). Eine Geschichte Rußlands in Biographien gab Kostomarow; die Bedeutung der starken ethnographischen Mischung und des mongolischen Einflusses legte unbefangen Bestuschew-Rjumin dar; eine der trefflichsten Monographien aus der neueren russischen Geschichte lieferte M. Bogdanowitsch in seiner „Geschichte des Feldzugs im Jahre 1812". Die Meister der Litteraturgeschichte mit sorgfältiger Vergleichung auch fremder, slawischer wie westeuropäischer Völker wurden A. Wesselowskij und A. Pypin.

Litteratur.

Ganz und gar auf der Versenkung in das eigne Volkstum beruht die russische Litteratur seit den letzten Zeiten Nikolaus' I. Nach dieser volkstümlich-naturalistischen Richtung wies sie zuerst der Kritiker Wissarion Bjelinskij; dahin führte aber auch die ganze Eigentümlichkeit der Russen, die, trotz alles Kulturfirnisses, dem Volkstümlichen viel näher stehen, als gebildete Westeuropäer und auch in die Natur nicht, wie diese, ihre Stimmung hineintragen, sondern sie ganz sachlich unbefangen betrachten, fast wie die Alten, weil sie gewissermaßen sich selber noch eins mit der Natur fühlen. Schärfe der Naturbeobachtung und eindringende Kenntnis des menschlichen Seelenlebens, unübertroffene Naturschilderungen und feinste phychologische Analysen charakterisieren deshalb neurussische Dichtung. Dabei liegt es über dieser russischen Welt fast immer wie ein bleigrauer oder wenigstens verschleierter Himmel, zu leben erscheint nicht als eine Freude, sondern als eine schwere Arbeit; von sonniger Heiterkeit, naiver Freude am Dasein, kraftvollem Streben nach einem großen Ziele hat diese Litteratur nichts, denn allzulange hatte das russische Volk den Druck eines despotischen Willens wie ein unentrinnbares Schicksal empfunden und allzu melancholisch wirkt die einförmige Natur dieses Landes, dessen zwischen glühender Hitze und eisiger Kälte wechselndes Klima den Menschen sich nicht minder unbedingt unterwirft als der zarische Despotismus. Und wie nun der Geist der russischen Dichtung nichts hat von der Art südlicher Völker, so fehlt ihr auch fast immer die Klarheit

und Anmut der Form, so reich, biegsam und ausdrucksvoll die Sprache ist. Daher überwiegt, wie freilich in der modernen Litteratur überhaupt, die Prosadichtung, die der Wirklichkeit am nächsten kommt, die Novelle, der Roman (auch der historische). Neben ihr behauptet, wie im gleichzeitigen Frankreich, das Drama einen ehrenvollen Platz; die Lyrik tritt ganz zurück. Indem nun aber die Litteratur es unternimmt, die Wirklichkeit zu schildern, unverhüllt und ohne Verschönerung, verliert sie den rein ästhetischen Charakter, sie wird tendenziös, zur herben Kritik des Bestehenden, zur beißenden Satire oder zur wuchtigen Anklage, und selten löst ein Lächeln befreienden Humors oder der Ausblick in eine glückliche Zukunft die Spannung. Aber wie sie auch ist, die neurussische Dichtung ist ein so klarer Spiegel des Volkslebens und seiner Wandlungen, aus denen sie hervorgegangen ist, wie kaum eine andre und daher eine lebendige Macht in der russischen Welt.

Aus Gogols und Bjelinskijs Kreisen (s. Bd. IX, S. 354) ging der erste aller russischen Novellisten hervor, Iwan Turgenjew (1818—83), ein Südrusse wie Gogol, der unübertroffene Schilderer des russischen Lebens, aller Volksschichten vor und nach der Aufhebung der Leibeigenschaft, vor allem der größte Kenner der russischen Frauenseele, der in seinen Werken („Aufzeichnungen eines Jägers" 1852, „Väter und Söhne" 1862, „Rauch" 1867, „Neuland" 1876 u. a. m.), die eindringendste Beobachtung mit einer in Rußland seltenen künstlerischen Form verband, aber allmählich, da er meist in Baden-Baden und Paris lebte, sich seinem Vaterlande entfremdete. Daher übertrafen ihn an Wirkung auf die russische Lesewelt, vor allem auf die gebildete Jugend zwei jüngere Schriftsteller, die als Dichter ihn bei weitem nicht erreichen. Fedor Dostojewskij (1821—81), ein starrer Russe und ein geschworener Feind der Westler, wurde in seinen „Erinnerungen aus dem toten Hause" (sibirisches Zuchthaus) der beredte Anwalt jener nach Sibirien verbannten „Unglücklichen", deren Schicksal er aus eigner Erfahrung kannte (1850—58), und schilderte im „Raskolnikow" mit erschütternder Meisterschaft das Schicksal eines Menschen, der aus Not und zu einem guten Zwecke zum Mörder wird, den Typus des nihilistischen Verbrechers. Geradezu das Evangelium der Nihilisten aber wurde Nikolaj Tschernyschewskijs (geb. 1829), eines sibirischen Verbannten (seit 1864), formloser Roman „Was thun?" Ruhiger, aber mit packender Lebenswahrheit gab J. Gontscharow (1813—1891) seine psychologischen Studien der inneren Umwandlung des russischen Lebens von der kindlichen Unerfahrenheit durch apathische Willenlosigkeit (Oblomowbsto, nach einer typischen Person) zu unruhiger Thätigkeit und stellte unbefangen den Russen deutsche Pflichttreue und Thatkraft als Muster auf. Michael Saltykow (Schtschedrin, 1826—89) entwarf in seinen Gouvernementsskizzen (1855—57) kleine satirisch gefärbte Sittenbilder aus allen Ständen und Landschaften, Graf Wladimir Sollohub (1814—82) solche besonders aus dem Leben der Aristokratie, dessen Beobachtung ihn immer wieder zu dem pessimistischen Schlusse führt: das Alte bricht zusammen und das Neue ist kraftlos. In lyrischepischen Gedichten wirklich volkstümlicher Art schilderte Nikolaj Nekrasow (1821—77) „den Jammer ringsum"; der Gründer eines volkstümlichen Dramas realistischen Charakters wurde Alexander Ostrowskij, der „russische Molière," besonders durch seine Sittengemälde aus dem werdenden Mittelstande.

Doch in tiefgreifender Wirksamkeit sollte alle russischen Schriftsteller Graf Leo Tolstoj (geb. 1828) übertreffen. Ein Russe durch und durch, ohne wirkliches Verständnis für die freie humane Bildung Westeuropas, obwohl er sie kannte, kam er in einem buntbewegten, oft genug wüsten Leben schließlich zu der Überzeugung, daß die Gesundung der Menschheit und insbesondere der russischen auf der Rückkehr aus der lügenhaften Zivilisation zur Natur, zum Leben des schlichten Bauern beruhe, dessen Arbeit und Tracht er seitdem teilt. Denn nur hier findet er die Kraft des einfältigen Glaubens an einen gütigen Vater im Himmel. So greift sein Wirken weit über die Aufgaben eines Dichters hinaus; der soziale und sittlich-religiöse Reformator seines Volkes möchte Tolstoj werden. Als Dichter schildert er ohne anzuklagen, die ganze nackte Wirklichkeit, sei sie schön oder häßlich, großartig oder entsetzlich. Aber er zeigt seinen Lesern ein positives Ziel: das entsagungsvolle Leben für andre im engen Pflichtenkreise ist das Glück. So verherrlicht er in der „Anna Karenina" die glückliche Ehe ebenso, wie er die alle Schranken der Sittlichkeit überspringende Liebe verurteilt; in „Krieg und Frieden" gibt er ein ungeheures Gemälde des russischen Lebens von 1805—12, in den „Kosaken" und „Sebastopol" schildert er seine eignen Erfahrungen als Soldat im Kaukasus und im Krimkriege. In Naturschilderungen und vor allem in den Darstellungen des Krieges ist er ein unerreichter Meister anschaulichster Lebendigkeit, in der Kenntnis des menschlichen Herzens wird er kaum übertroffen.

Kunst.

Die realistische Richtung des russischen Geistes ergriff von den bildenden Künsten die Malerei am stärksten, um so mehr als diese vornehmlich bei den gleichgestimmten Franzosen in die Schule ging. Männer wie Ajwasowskij und Wereschtschagin brachten diese Richtung mit einer ganz den litterarischen Erscheinungen entsprechenden, unerbittlichen, die Grenzen des Schönen oft weit überschreitenden Weise zum Ausdruck, vor

allem der letztere in seinen erbarmungslosen Darstellungen aus dem russisch-türkischen Kriege 1877/78, die an Leo Tolstojs Kunst erinnern. Die Bildnerei folgte, soweit sie monumentale Aufgaben zu lösen hatte, den Wendungen der abendländischen Kunst (Standbild des Kaisers Nikolaus I. 1859 und Katharinas II. 1872 in Petersburg, Denkmal zur Erinnerung an die Tausendjahrfeier in Nowgorod 1862); im Genre verwertete sie mit Vorliebe russische Volkstypen. In der Baukunst erhielt sich für die Kirchenbauten wesentlich der russisch-byzantinische Stil, doch trägt die neue Eremitage in Petersburg, das Werk L. von Klenzes (vollendet 1852), einen ganz abendländischen Charakter, und die prachtvolle Isaakskirche mit ihrer imposanten vergoldeten Kuppel, ein Koloß von Granit, Marmor und Bronze (vollendet 1858), ist eine Nachbildung der Peterskirche. Indes drängte das Erwachen des nationalen Lebens diese Neigung mehr und mehr zurück, und die 1883 vollendete Erlöserkirche zu Moskau gab ein prächtiges Beispiel des neubelebten altrussischen Stils, der sich auch in Wohnhäusern versucht.

So entfaltete sich in dem gewaltigen Reiche ein neues vielgestaltiges Leben. Freilich, zu einer befriedigenden Lösung der schroffen Gegensätze gelangte das russische Volk nicht; ja es steht kaum fest, ob sich eine solche auf dem seit 1863 eingeschlagenen Wege überhaupt finden läßt, und unbestritten war nur das eine fast trostlose Ergebnis: das Alte ist unhaltbar und das Neue ist kraftlos.

Auswärtige Politik.

Mit den Schwankungen und Kämpfen im Innern Rußlands steht die konsequent und sicher fortschreitende auswärtige Politik in eigentümlichem Gegensatz. Denn hier gab es alte Traditionen und zähe festgehaltene Ziele, und die Werkzeuge waren hier eine geschulte Diplomatie und die Armee, die trotz aller Mängel doch wahrscheinlich die besten Kräfte Rußlands umschloß. Die Ergebnisse dieser Politik waren auf den verschiedenen Schauplätzen verschieden. Während sie in Asien von Erfolg zu Erfolg schritt (s. oben S. 82 f.), erreichte sie im Westen ihr eigentliches Hauptziel, die Beherrschung der Türkei, sei es durch ihre Zerstörung oder durch ihre Unterwerfung unter russische Leitung, nicht, denn allzustark war hier der Widerstreit der großen Mächte, von denen Österreich und England entschieden gegen Rußland standen, Frankreich die russischen Ziele eher förderte, Preußen sich darauf beschränkte, alles zu unterstützen, was eine friedliche Lösung der mannigfachen Gegensätze fördern konnte, ohne Rußlands Politik zu kreuzen.

Türkische Reformversuche.

Schwierigkeiten der Reform.

Jene Haltung Englands und Österreichs beruhte auf der Hoffnung, daß die Türkei, nachdem sie ins europäische Konzert aufgenommen und ihr Gebiet verbürgt sei, einer Umwandlung nach abendländischen Grundsätzen fähig sei. Das war ein Irrtum; heute, 40 Jahre nach dem Pariser Frieden, ist die Lage des Osmanenreichs schwieriger und hoffnungsloser als je. Denn mochten einzelne begabte und scharfsinnige Staatsmänner, wie Fuad und Ali Pascha, die Notwendigkeit einer solchen Europäisierung einsehen, es fehlte ihnen nicht nur an einem geschulten und willigen Beamtentum, sondern der ganze Geist des Islam und des osmanischen Staatswesens bereitete ihnen unüberwindliche Schwierigkeiten (s. Bd. VI, S. 726). Daher blieben die Versprechungen des Hat-Humayun vom 16. Februar 1856 (s. oben S. 81) fast ganz ein toter Buchstabe, die Reformen ganz äußerlicher Art oder bloße Ansätze.

Die Persönlichkeit der Sultane that dabei wenig. Der schwache Abdul Medschid starb gänzlich entnervt schon am 25. Juni 1861; sein Nachfolger Abdul Aziz (1861—76), der zweite Sohn des gewaltigen Mahmud II. (geb. 1830), ganz abgeschlossen erzogen und von seiner mit Grund höchst mißtrauischen Mutter aufs sorgfältigste bewacht, war ein starrer Alttürke ohne jeden Begriff von abendländischer Kultur, aber ohne alttürkische Kraft und bald ein asiatischer Wollüstling schlimmster Art, der außer seinen drei legitimen Frauen seinen Harem noch mit 900 Weibern füllte und die unsinnigste Verschwendung trieb.

Finanzen.

Den einzigen Weg, der vielleicht zu einer Befestigung des Reichs geführt hätte, die Gewährung weitgehender Selbstverwaltung an die verschiedenen Religionsgesell-

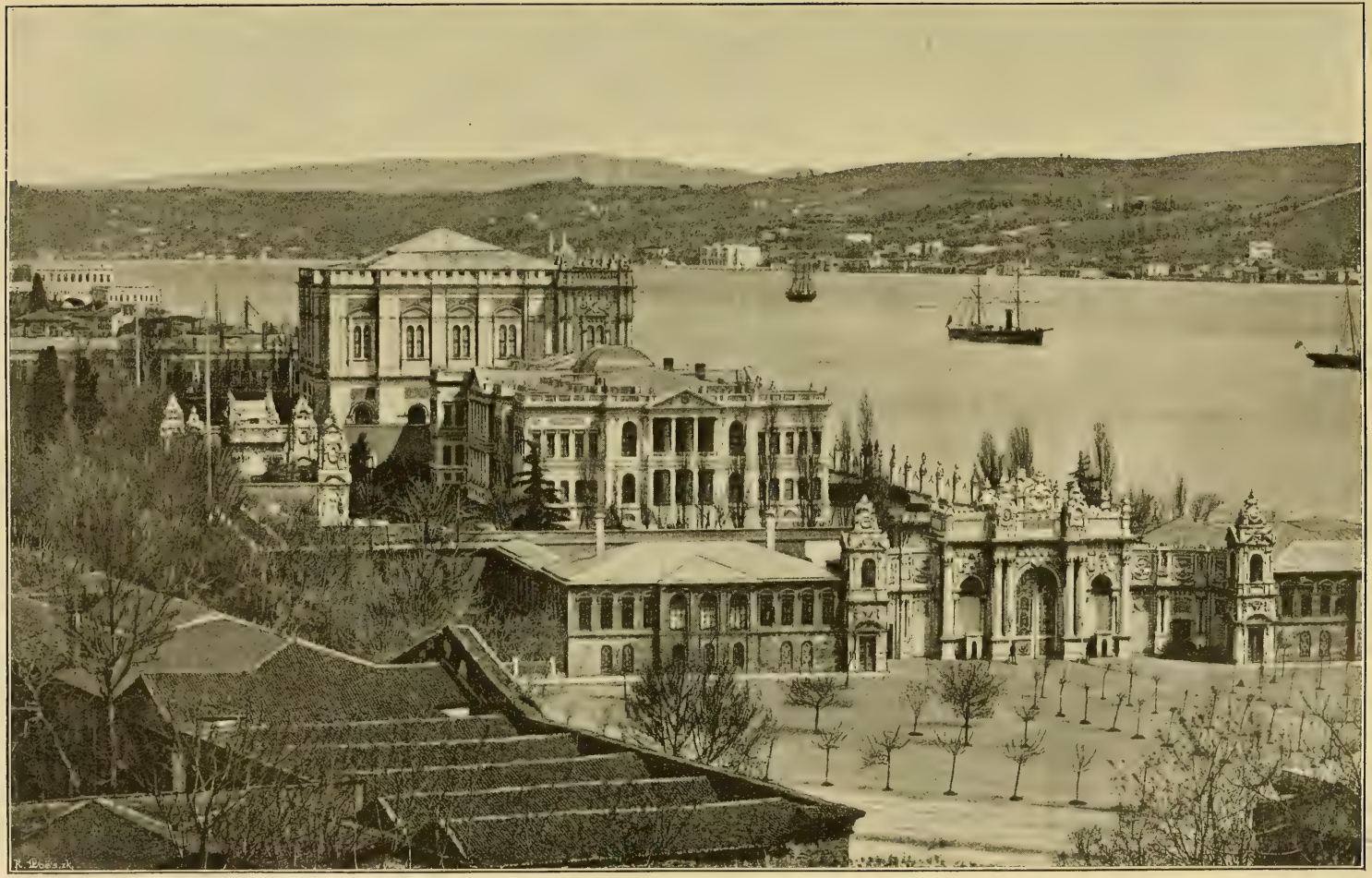
schaften und Stämme, verschmähten die ganz französisch gebildeten jungtürkischen Staatsmänner; sie wollten im Gegenteil das Reich straffer zentralisieren. Sie machten zunächst den Versuch, die zerrütteten Finanzen zu reformieren. Da Abdul Medschid eine Schuldenlast von 15 Millionen Pfd. Sterl. hinterlassen hatte, der Fehlbetrag für 1861 etwa 4 Mill. Pfd. Sterl. (450 Mill. Piaster) betrug und eine Masse halbentwertetes Papiergeld umlief, so wurde zunächst eine Anleihe von 6 Mill. Pfd. Sterl. in England abgeschlossen, ein Rechnungshof gegründet, eine englisch-französisch-österreichische Kommission zur Überwachung der Finanzverwaltung eingesetzt, eine Staatsbank errichtet, deren Privilegium im Januar 1863 eine englisch-französische Gesellschaft erhielt, der Wakuf (die Moscheegüter, s. Bd. VI, S. 726) schärfer zu den Staatslasten herangezogen. Aber die Verschwendung des Hofes und innere Unruhen hinderten jede Gesundung der Finanzen.

Wirtschaftliche Wandlungen.

Später nahm Ali Pascha auch Christen in den Staatsrat auf, und mehrere Paschaliks wurden zu großen Vilajets zusammengezogen, um die Verwaltungskosten zu vermindern. Selbst an die Verbesserung der Verkehrswege ging man. Eine Heerstraße verband die wichtige Grenzfestung Erzerum mit der Hafenstadt Trapezunt, die Eisenbahnlinie Rustschuk-Varna, 1866 vollendet, kürzte den Weg von der unteren Donau zum Schwarzen Meere wesentlich ab, und die endlich am 2. November 1865 abgeschlossene Donauschiffahrtsakte sicherte unter der Leitung der europäischen Kommission den Ausbau der Sulinamündung, die Betonnung und Beleuchtung und den Rettungsdienst an dieser Welthandelsstraße. Nicht minder bot die Zulassung von Ausländern zum Erwerb von Grundeigentum im türkischen Reiche die Möglichkeit, den europäischen Kultureinfluß zu verstärken. Einzelne Statthalter waren ehrlich und verständig um das Wohl ihrer Landschaften bemüht, vor allem Mithad Pascha im Donauvilajet (Bulgarien, 1864—68). Auch der Gedanke, die 1864 aus dem russisch gewordenen Kaukasus auswandernden mohammedanischen Tscherkessen, 70000 Familien, im türkischen Reiche aufzunehmen, war an sich von türkischem Standpunkte aus ganz richtig; aber statt daß man diese tapferen Leute an der asiatischen Grenze als Markmannen gegen Rußland angesiedelt hätte, brachte man sie nach Bulgarien, um dort das mohammedanische Element zu verstärken, quartierte sie bei den christlichen Bauern ein, zwang diese, den wilden fremden Gesellen die besten Äcker zu überlassen, ganz nach spätrömischer und byzantinischer Art (s. Bd. III, S. 56, 69, 690 u. f. f.), und verursachte dadurch nur Verwirrung, Erbitterung und Enttäuschung, so daß tscherkessische Haufen im Herbst 1865 plündernd den Balkan überschritten. Viele gingen außerdem durch Krankheiten und Entbehrungen auf und nach dem Transport zu Grunde (von den nach Cypern bestimmten 2700 starben 900 an Bord, nachher 30 bis 40 täglich); und die Frauen und Mädchen wurden scharenweise an die Harems der türkischen Großen verkauft.

Unruhen in Dschedda und im Libanon.

Und was das Schlimmste war: der mohammedanische Fanatismus brach bald da, bald dort mit vulkanischer Wut hervor, alle Berechnungen und alle Hoffnungen störend. Am 15. Juni 1858 fielen in Dschedda, der Hafenstadt von Mekka, die Mohammedaner über die Christen her, stürmten das englische und französische Konsulat, erschlugen die Konsuln und eine Menge Christen. Erst die Beschießung Dscheddas durch ein englisches Kriegsschiff am 25. Juli erzwang die Bestrafung der Rädelsführer. Zwei Jahre später, im Mai 1860, erhoben sich die Drusen gegen die christlichen Maroniten des Libanon, richteten unter ihnen ein greuliches Blutbad an, dem gegen 30000 Menschen zum Opfer fielen und dem in Damaskus nicht etwa die schlaffen oder böswilligen türkischen Beamten steuerten, sondern nur der hierher verbannte Abd el Kader mit seinem persönlichen Ansehen entschlossen und edelmütig entgegentrat. Die Entrüstung Europas überwand endlich die Eifersucht der Großmächte so weit, daß sie am 3. August (5. September) einen Vertrag über die Entsendung von 12000 Mann nach Syrien schlossen und Frankreich mit der Ausführung beauftragten. Die Landung dieses Korps in Beirut am 16. August nötigte Fuad Pascha, der inzwischen mit 16000 Mann und umfassenden Vollmachten in Syrien erschienen war,



66. Palaſt Dolma-Bagḧtſche bei Konſtantinopel (erbaut 1847 bis 1855).

mit der Bestrafung der Schuldigen Ernst zu machen. Eine Menge von drusischen Häuptlingen und türkischen Offizieren wurden hingerichtet oder verbannt, den Maroniten eine Entschädigung von 75 Millionen Piaster versprochen und an die Spitze des Libanon ein christlicher, in Deutschland gebildeter Gouverneur, Daud Pascha, gestellt, der über eine einheimische Miliz verfügte. Doch räumten die Franzosen die syrische Küste erst im Juni 1861, besonders auf das Drängen Englands.

Die Balkanstaaten.

Personalunion der Moldau und Walachei.

Da nun doch schließlich eine innere Umgestaltung des Reichs in europäischem Sinne nicht eintrat, so nahm die Ablösung ganz oder wesentlich christlicher Reichsteile oder mindestens die Vorbereitung dazu ihren Fortgang. So gut wie vollständig zum Ziele führte diese Bewegung in Rumänien, das der Pariser Friede von der russischen Schutzherrschaft befreit und dessen Neugestaltung er einer europäischen Kommission vorbehalten hatte (s. S. 80). Am schärfsten stießen daher die Interessen der Großmächte zusammen, aber nicht sie gaben schließlich die Entscheidung, sondern die entschlossene Haltung der rumänischen Patrioten. Schon 1856, nach dem Pariser Frieden, stellte Joan Bratiano das nationale Programm auf: Vereinigung der beiden Fürstentümer unter der erblichen Herrschaft eines fremden Fürsten, und eifrig wurde die Agitation für dessen Verwirklichung aufgenommen, besonders von der Moldau aus, wo sich in Jassy ein Zentralausschuß bildete. Während nun Rußland, Frankreich, Piemont und Preußen diese Union begünstigten, widerstrebten ihr England und Österreich mit der Türkei, und diese ernannte noch 1856 statt der beiden vertragsmäßig zurücktretenden Hospodare (s. S. 50) zwei Kaimakame (Statthalter von Sandschaks), die ihre Stellen nach alter Fanariotenweise thatsächlich von der Pforte kauften, für die Walachei Alexander Ghika, für die Moldau erst Theodor Balsch, 1857 Nikolaus Vogorides, den Sohn des früheren Fürsten von Samos Stephan Vogorides und Gemahl der reichsten Erbin der Moldau. Inzwischen hatte die Pforte die Wahl zweier Nationalvertretungen (Diwan) verfügt, und die europäische Kommission traf im März 1857 in Bukarest ein. Nun beeinflußte zwar Vogorides im Einverständnis mit der Türkei, Österreich und England die moldauischen Wahlen derart, daß sie ganz gegen die Union ausfielen, aber die dieser freundlich gesinnten Großmächte erzwangen den Rücktritt des Großwesirs Reschid Pascha, die Kassation der Wahlen, der auch Österreich und England zustimmten, und die Ausschreibung von Neuwahlen. Da diese im September 1857 ganz unionistisch ausfielen, so sprachen sich beide Diwane im Sinne des nationalen Programms aus. Die Großmächte aber verständigten sich am 19. August 1858 zu Paris über eine neue Verfassung der „Vereinigten Fürstentümer", die, ein echtes Diplomatenstück, aus lauter Widersprüchen bestand und von Anfang an unhaltbar war. Moldau und Walachei blieben getrennt, jede unter einem Hospodar, der aber auf Lebenszeit von der Nationalvertretung erwählt, nicht von der Pforte ernannt wurde, jede mit einem verantwortlichen Ministerium, einem auf sieben Jahre gewählten Landtage, und mit einer nationalen Miliz. Gemeinsam aber sollten sein die Bestimmungen über Zoll-, Post-, Telegraphen- und Münzwesen, das Gesetzbuch und der oberste Gerichtshof. Über diese gemeinsamen Angelegenheiten hatte eine permanente Zentralkommission in Fokschani, acht Moldauer und acht Walachen, zu beschließen. Das Vasallenverhältnis und die Tributpflicht gegenüber der Türkei blieben unverändert. Nach dem Rücktritt der beiden Kaimakame übernahmen zwei provisorische Regierungen die Verwaltung. Die der Moldau, ganz unionistisch, wies den türkischen Kommissar Asif-Bei, als er nach ihrer Einsetzung noch amtliche Gewalt in Anspruch nahm, kurzweg aus, und die Nationalvertretung wählte, obwohl die Gegner der Union die Mehrheit hatten, doch, da keiner ihrer Kandidaten möglich war, am 17. Januar 1859 den unionistisch gesinnten Obersten Alexander Cusa zum Hospodaren der Moldau, worauf ihn auch die walachische Volksvertretung am 5. Februar zum Hospodaren berief, beide aber ausdrücklich nur provisorisch bis zur Wahl eines fremden Fürsten. So war die Personalunion der beiden Länder vollzogen ohne formelle Verletzung der Bestimmungen von 1858.

Die europäische Lage kam den Rumänen zu Hilfe. Am Vorabend des Krieges mit Österreich nahm Napoleon III. den Spezialgesandten Cusas, seinen Minister des Auswärtigen, Basil Alexander, sehr günstig auf, Österreich und England aber hatten drängendere Sorgen als die rumänische Frage. Nach dem Kriege vollends war die Stellung Napoleons III. so übermächtig, daß alle Mächte der formell berechtigten Wahl Cusas zustimmten und auch die Pforte ihn im September 1859 bestätigte. Ja noch mehr. Als er im Oktober 1860 in Konstantinopel eintraf und hier die Realunion vorschlug, um den unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen, genehmigte der Sultan am 2. Dezember 1861 auch diese auf Cusas Lebenszeit, und am 20. Dezember wurde sie feierlich verkündet.

Wahl Alexander Cusas.

Nur war Alexander Joan I. (1859—66), wie Cusa sich als Fürst nannte, nicht ganz der Mann dazu, Rumänien neuzugestalten. Ein Sprößling des kleinen Adels, der Sohn Joan Cusas und einer Griechin, 1820 geboren, hatte er die gewöhnliche oberflächliche französische Bildung der vornehmen Rumänen genossen, war eine durch und durch sinnliche Natur ohne jeden sittlichen Ernst und ohne rechtes Vertrauen zu sich selbst und umgab sich am liebsten mit ähnlichen Persönlichkeiten. Ohne Fähigkeiten war er indes keineswegs; nur daß der häufige Ministerwechsel bis 1862 (die Walachei erlebte bis dahin zehn, die Moldau sechs Ministerien!) die Verwaltung in völlige Anarchie stürzte und die unbedachte Einführung des französischen Steuersystems anstatt der althergebrachten Besteuerung haftpflichtiger Gemeinden (wie in Rußland, s. S. 162) die Finanzen völlig ruinierte. Erst die Einsetzung einer einheitlichen Regierung in Bukarest 1862 gab eine festere Grundlage, und das Gesetz des Ministeriums Crezulesco vom 25. Dezember 1863 zog die reichen Klostergüter (mit 9 Mill. Frank Jahreseinkünften) zu den Domänen, indem es zugleich den griechischen („geweihten") Klöstern eine Abfindungssumme von 82 Millionen (später auf russische Anregung von 150 Millionen) Piastern zusprach, wofür eine Anleihe aufgenommen wurde. Aber da der Landtag, von den Bojaren, den Großgrundbesitzern, beherrscht, der durchaus notwendigen Befreiung der Bauern widerstrebte, so entschloß sich der Fürst mit dem energischen Minister Cogalniceano zum Staatsstreich nach napoleonischem Muster (14. Mai 1864). Die Kammern wurden aufgelöst, und eine neue Verfassung verkündet, die dem Fürsten die Initiative in der Gesetzgebung zusprach,

Cusas Regierung.

67. Alexander Johann I. (Cusa), Fürst von Rumänien.

ihm vorläufig die diktatorische Gewalt übertrug und das allgemeine Wahlrecht für die Zweite Kammer einführte, dieser aber einen Senat zur Seite stellte. Ein Plebiszit genehmigte am 24. Mai 1864 mit 713000 Stimmen gegen 57000 das neue „Statut", und die Konferenz der Großmächte hieß trotz türkischen Protestes am 28. Juni den Staatsstreich gut, worauf auch der Sultan die neue Ordnung anerkannte. Nunmehr erließ der Fürst am 14. August aus eigner Machtvollkommenheit das Ackergesetz. Es befreite die Bauern, über 400 000 Familien mit drei Millionen Seelen, von den Frondiensten (Robot) und gab ihnen ihre Höfe gegen eine auf 15 Jahre verteilte Ablösungssumme zum Eigentum, wobei der Staat selbst auf diese für seine Domänen verzichtete. Nach jahrhundertelanger Sklaverei war der freie Bauernstand Rumäniens, die Grundlage jedes gesunden Staatslebens, begründet. Andre fürstliche Erlasse schufen ein neues Gesetzbuch, eine Prozeßordnung, Schwurgerichte, Handels- und Landwirtschaftskammern, eine neue Bezirks- und Gemeindeverwaltung, ein Unterrichtsgesetz, zwei Universitäten in Jassy und Bukarest, alles in jäher Hast binnen anderthalb Jahren und ohne Rücksicht auf die Finanzlage, die durch das Sinken der Grundsteuererträge, eine zunächst unvermeidliche Folge des Ackergesetzes, und der Zolleinkünfte, die Folge einer Mißernte in der Moldau, hoffnungslos wurden, so daß zu Anfang 1866 alle Kassen zahlungsunfähig und alle Gehalte seit Monaten im Rückstande waren. Kamarilla- und Mätressenwirtschaft am Hofe, schmähliche Unterschleife in der Verwaltung und allgemeine Rechtsunsicherheit steigerten die Gärung, und umsonst suchte sie das Ministerium Crezulesco durch Knebelung der Presse und Aufhebung der Versammlungsfreiheit niederzuhalten.

Sturz Cusas.

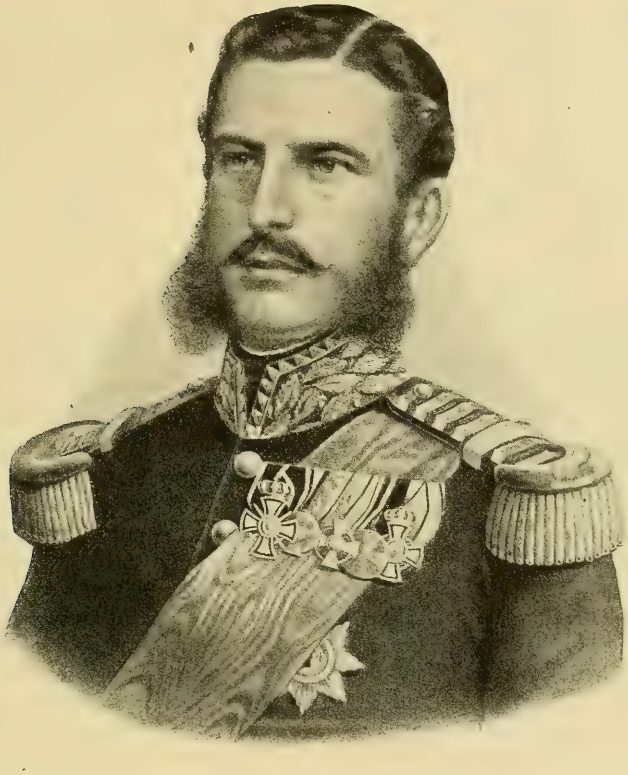
Da bei dem Charakter des Fürsten eine Änderung nicht zu erwarten stand, so bildete sich seit dem Frühjahr 1865 eine rasch um sich greifende Bewegung zu seinem Sturze. Nachdem einige geheime Agenten, vor allem Joan Bratiano, die Stimmung der Großmächte, namentlich Napoleons III., sondiert und nicht ungünstig gefunden hatten, auch einige höhere Offiziere gewonnen waren, überraschten die Verschworenen mit dem Major Lecca, dessen Jäger die Schloßwache hatten, in der Nacht des 23. Februar 1866 den Fürsten in seinem Schlafzimmer und nötigten ihn, eine Abdankungsurkunde zu unterzeichnen, worein er ohne besonderen Widerstand willigte. Er hatte seinen Sturz selbst verschuldet, aber das Verdienst ist ihm nicht abzusprechen, daß er die eine Hälfte des nationalen Programms, die Union, mit Geschick und Energie verwirklicht hat.

Wahl des Prinzen Karl von Hohenzollern.

Es blieb die zweite übrig, die Wahl eines auswärtigen Fürsten als erblichen Oberhauptes. Schon am Mittag des 23. Februar wurde sie von den vereinigten Kammern vollzogen. Sie traf den Grafen Philipp von Flandern, den Bruder des Königs der Belgier. Doch da dieser als ein Verwandter der Orléans Napoleon III. unbequem war, so mußte er ablehnen, und die provisorische Regierung knüpfte durch Bratiano Verhandlungen mit einem den Bonapartes entfernt verwandten Fürsten an, dem Prinzen Karl von Hohenzollern, dem Sohne des Fürsten Anton und der Prinzessin Josephine von Baden, einer Enkelin der Kaiserin Josephine durch ihre Mutter Stephanie Beauharnais. Ein großes Plebiszit vom 14. bis zum 20. Mai erkor den jugendlichen Hohenzollern mit 685 969 Stimmen gegen 224 zum Fürsten von Rumänien. Schon am 16. April hatte sich dieser auf den vertraulichen Rat Graf Bismarcks hin zur Annahme der Wahl bereit erklärt, ohne daß er vom Vater dafür oder dagegen beeinflußt worden wäre, und auch König Wilhelm von Preußen sagte ihm als Haupt des Gesamthauses am 7. Mai: „Du nimmst es auf Deine eigne Kappe." Aber wenn der drohende Bruch mit Österreich den Monarchen von jeder Rücksicht auf dessen Interessen oder Wünsche entband, so machte er freilich anderseits auch die Reise nach Rumänien zu einem kühnen Abenteuer. Unter falschem Namen mit ganz geringer Begleitung kam Fürst Karl durch die Schweiz, Süddeutschland und Österreich glücklich bis Bazias und setzte dann die Fahrt auf einem österreichischen Donaudampfer fort. In Turnu Severin betrat er am 20. Mai rumänischen Boden und wurde von dem Volke, dem ihn der Präfekt sofort vorstellte, mit Jubel empfangen.

Am 22. Mai hielt er seinen Einzug in Bukarest. Hier hatten die Kammern schon am 13. Mai die Union unter der erblichen Souveränität des Hauses Hohenzollern proklamiert. Der glänzende Sieg Preußens über Österreich sicherte dann den jungen Thron gegen alle Gefahren; der Sultan vollzog im Oktober 1866 die Belehnung, und alle Mächte erkannten den Fürsten Karl an.

Auch Serbien rang mit Erfolg um die Erweiterung seiner Freiheit. Die Volksvertretung wurde von der Senatorenpartei zur Absetzung des Fürsten Alexander Karageorgiewitsch am 23. Dezember 1858 gedrängt, man warf ihm vor, daß er sich auf Österreich stützen wolle, anstatt sich an Rußland anzulehnen. Aber nun wurde, sehr gegen die Wünsche und Interessen der Senatorenpartei, der 79jährige Miloſch Obrenowitsch, Serbien.



68. Karl I., Fürst (seit 1881 König) von Rumänien.
Nach einer Lithographie von etwa 1870.

dem Serbien seine selbständigere Stellung verdankte und der bis 1839 selbst Fürst von Serbien gewesen war (s. oben S. 50 f.), aus der Verbannung, in die ihn Alexander gesandt, zurückgerufen, um den serbischen Thron zum zweitenmal zu besteigen. Auf die Verwendung Rußlands und Frankreichs bestätigte ihn gegen Österreichs Wünsche der Sultan, doch ohne ihm zunächst die Erblichkeit zuzugestehen. Trotzdem folgte ihm, als er schon am 26. September 1860 starb, sein Sohn Michael III. (1860—68). Dieser, europäisch gebildet und von jungen, im Abendlande erzogenen Serben unterstützt, gestaltete 1861 den Senat in einen Staatsrat um und organisierte ein Milizheer auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Vorwärts gedrängt von der großserbischen Bewegung (Omladina), wußte er, als der türkische Kommandant der Festung Belgrad am 17. Juni 1862 wegen einer unbedeutenden Schlägerei die Stadt bombardiert hatte, durch die Vermittelung der Großmächte zu erreichen, daß alle türkischen Einwohner des Landes angewiesen wurden, es zu verlassen. Nur in den

serbischen Festungen Belgrad, Schabaz, Smederewo und Kladowo bewahrte der Sultan noch das Besatzungsrecht. Allein auch dieses mußte er 1867 aufgeben, so daß nunmehr das Souveränitätsrecht der Pforte über Serbien ohne jeden realen Inhalt war. Auch der Versuch Alexanders, durch die greuelvolle Ermordung des Fürsten Michael auf den serbischen Thron zurückzugelangen (10. Juni 1868 im Parke von Topschider bei Belgrad), mißlang; vielmehr folgte diesem unangefochten sein junger Neffe Milan Obrenowitsch (1868—89), zunächst unter einer vormundschaftlichen Regierung.

Montenegro. Auf die Oberherrschaft über Montenegro hatte die Türkei schon 1853 verzichtet (S. 56), dennoch blieb das Verhältnis gespannt. Als nun Montenegro den Aufstand der hart gedrückten Bauern in Bosnien und der Herzegowina gegen ihre mohammedanischen Grundherren (seit 1857; vgl. Bd. VII, S. 617) ziemlich offen unterstützte, gingen die Türken militärisch vor, wurden aber am 13. Mai 1858 bei Grahowo völlig geschlagen und mußten unter Vermittelung der Großmächte den Montenegrinern eine Grenzberichtigung zugestehen, ohne daß diese indes den sehnlichst gewünschten Zugang zum Meere erhalten hätten oder daß über ihr Verhältnis zur Türkei etwas Bestimmtes festgesetzt worden wäre. Infolgedessen kam es 1860 zu neuen Händeln, als Fürst Danilo am 11. August 1860 in Cattaro unter dem Dolche eines Mörders gefallen und sein Neffe Nikita (Nikolaus) gefolgt war. Da dieser einen neuen bosnischen Aufstand unterstützte, so drang Omer Pascha mit einem ansehnlichen Heere in das Land ein, schlug die Montenegriner diesmal am 25. August 1862 an der Rjeka und besetzte am 13. September ihre Hauptstadt Cetinje. Durch die Abtretung des Besatzungsrechtes in mehreren befestigten Orten an der Straße von der Herzegowina nach Skutari mußte jetzt Montenegro den Frieden erkaufen, doch führte die Ausübung desselben alsbald zu so vielen Unzuträglichkeiten, daß es die Pforte vorzog, bereits 1863 darauf Verzicht zu leisten und die schon erbauten Blockhäuser schleifen zu lassen. Die arge Not, die infolge des schweren Krieges in Montenegro ausbrach, wurde durch Hilfesendungen aus dem Abendlande bereitwillig gemildert.

Das bulgarische Exarchat. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Bulgaren bewegten sich zunächst noch auf kirchlichem Boden, richteten sich also weniger gegen die Türken, als gegen die Fanariotenherrschaft, und gingen zunächst auf die Begründung einer unabhängigen bulgarischen Nationalkirche aus. Das Signal dazu gab die Verjagung vieler griechischen Bischöfe und die allgemeine Anerkennung des bulgarischen Bischofs Ilarion als Oberhaupt der bulgarischen Kirche um Ostern 1860. Da die Verhandlungen mit dem Patriarchat von Konstantinopel zu nichts führten, die Pforte aber während der nächsten Jahre angesichts der Umwälzung in Griechenland 1862 und des kretischen Aufstandes seit 1866 keine Ursache hatte, die Griechen gegen die Bulgaren zu begünstigen, auch die Ereignisse in Serbien und Rumänien zur Vorsicht mahnten, so riet Fuad Pascha dringend zu Konzessionen an die Bulgaren. Endlich übergab Ali Pascha am 28. Februar 1870 den griechischen und bulgarischen Vertretern den großherrlichen Ferman über die Gründung des bulgarischen Exarchats. Der Exarch sollte gewählt, vom Sultan bestätigt, vom Patriarchen geweiht werden. Doch vergingen bei dem hartnäckigen Widerstreben der Griechen noch zwei Jahre bis zur Wahl des ersten Exarchen Ilarion, der indes schon nach wenigen Tagen zu gunsten des Bischofs Anthimos von Widdin abdankte (Februar 1872). So gewannen die Bulgaren in der nationalen Kirche die Grundlage zum nationalen Staate.

Thronwechsel in Griechenland. Bei dem raschen Vordringen des nationalen Gedankens im Norden der Balkanhalbinsel konnten es die Griechen des Königreichs Hellas ihrem Monarchen nicht verzeihen, daß er in seiner nüchternen und vorsichtigen Art sich dem großgriechischen Gedanken versagte. Freilich war das weniger seine Schuld, als die der Westmächte, die im Krimkriege, als er Anschluß an Rußland suchte, kurzerhand den Piräus besetzten und die griechische Kriegsflotte wegnahmen. Daß Otto nach dem Kriege notgedrungen Anschluß an England suchte, beschleunigte die Katastrophe. Eine weitverzweigte Verschwörung bildete sich, deren Seele der alte Seeheld Kanaris war. Im Oktober 1862 kam sie gleichzeitig in Athen, Korinth, Patras und Vonitza zum

Ausbruch, als Otto mit seiner Gemahlin auf einer Inspektionsreise im südlichen Peloponnes verweilte. Sofort kehrte er zurück. Aber im Piräus drangen die Gesandten der fremden Mächte an Bord seiner Fregatte „Hellas" in ihn, durch Thronentsagung dem drohenden Bürgerkriege vorzubeugen. Ohne Unmut hörte er sie an, erließ von Salamis aus an die Griechen eine Proklamation, in der er, ohne abzudanken, seinen Entschluß, in die bayrische Heimat zurückzukehren, ihnen kund that, und schiffte sich auf einem englischen Dampfer nach Triest ein. Er nahm seinen Wohnsitz im lieblichen Bamberg, ohne jemals die Hoffnung aufzugeben, sein undankbares Volk, das er trotzdem nicht aufhörte zu lieben, werde ihn reuig zurückrufen. Dort ist er am 26. Juli 1867 gestorben.

Thatsächlich war der hellenische Königsthron frei. Wer sollte ihn nunmehr einnehmen? Seit langem schon verlangte die Republik der Jonischen Inseln, über die England seit dem Pariser Vertrage vom 5. November 1815 eine sehr weitgehende Schutzherrschaft ausübte, nach Anschluß an das Königreich Hellas. Auf sein Protektorat zu verzichten und in die Vereinigung der Jonischen Inseln mit Griechenland zu willigen, erklärte sich nun England bereit, falls die griechische Königswahl nach seinen Wünschen ausfalle. Das gab die Entscheidung: die Griechen beriefen, nachdem Prinz Alfred, der zweite Sohn der Königin Victoria, die Krone abgelehnt hatte, den Bruder der Prinzessin von Wales, den zweiten Sohn des zum Könige von Dänemark bestimmten Prinzen Christian von Glücksburg (s. Band IX, S. 782), auf ihren erledigten Thron. Am 13. März 1863 hielt der neue König Georg seinen Einzug in die griechische Hauptstadt.

69. Georg I., König der Hellenen.
Nach einer Photographie von 1896.

Aber der Victor Emanuel des Griechenvolkes sollte auch er nicht werden, so lockend die Verhältnisse bald erschienen. Denn im Jahre 1866 brach ein neuer Aufstand auf Kreta los, das schon während des griechischen Unabhängigkeitskrieges seine Vereinigung mit Griechenland erstrebt hatte. Die große, herrliche Insel, von 234000 Griechen und nur 38000 Mohammedanern bewohnt, seufzte unter der schimpflichsten Verwahrlosung. Von Natur so reich, daß sie sich ohne jede fremde Zufuhr ernähren kann, besaß sie doch weder fahrbare Straßen noch Brücken, und da die Türken fast die Hälfte des Grundeigentums in Händen hatten und von den drei einzigen Häfen der Nordküste, Kanea, Retymo und Kandia, aus die ganze Aus- und Einfuhr beherrschten, so blieben die Hilfsquellen völlig unentwickelt oder wurden von den Türken ausgebeutet. Da faßte am 26. Mai 1866 eine große Volksversammlung die Beschwerden der Griechen zusammen, rief, da die Pforte ablehnend antwortete, die waffenfähige Mannschaft zum Kampfe auf und proklamierte am 2. September die Vereinigung Kretas mit Griechenland. In ihren unzugänglichen Gebirgen, namentlich in der Sphakia, mehrmals siegreich, konnten die Aufständischen zwar die Erstürmung Kreta.

des festen Klosters Arkadion am 22. November 1866 nicht hindern, erregten aber doch das Interesse der Großmächte derart, daß die Pforte Abgeordnete der Christen und Türken nach Konstantinopel berief. Doch kein Grieche ging dorthin, auch Omer Pascha vermochte die Sphakia nicht zu bezwingen, die provisorische Regierung gab Kaperbriefe aus, der kecke Dampfer „Arkadion" brach zwanzigmal die türkische Blockade, und in Menge strömten aus Griechenland Freischärler zur Hilfe herbei, während die fremden Kriegsschiffe die Wehrlosen nach Griechenland brachten, so daß die aufständischen Kreter gegen die türkischen und ägyptischen Truppen sich zu behaupten im stande waren. Endlich bewilligte die Pforte auf das Drängen der Großmächte einen Waffenstillstand (bis zum 1. November) und eine Amnestie, und Ali Pascha verhandelte persönlich über einen weitherzigen und klugen Verfassungsentwurf, der alle billigen Wünsche der Kreter zu befriedigen schien. Griechenland war amtlich zunächst neutral geblieben; aber das Ministerium Kumunduros (seit Ende 1866) verstärkte das Heer und die Flotte und richtete am 3. Juni 1867 eine energische Note an die Mächte; zugleich gab die Vermählung des Königs (27. Oktober 1867) mit der Großfürstin Olga, der Tochter des Großfürsten Konstantin, dem Königreich einen stärkeren Rückhalt an Rußland. Als aber die Türkei die Unterhandlungen mit den Kretern abbrach, ein Ultimatum an Griechenland stellte und ein Heer unter Omer Pascha in Bereitschaft setzte (Ende 1868), da trat auf Vorschlag Preußens im Januar 1869 eine Konferenz der Großmächte in Paris zusammen und entschied, daß Kreta unter türkischer Herrschaft zu bleiben und Griechenland sich zu fügen habe. Den Kretern blieb nunmehr nichts übrig, als die Unterwerfung gegen einige Zugeständnisse, doch erklärte das neue griechische Ministerium Zaimis, daß Griechenland sich nicht für die Zukunft binde. Wieder einmal hatte die Eifersucht der Großmächte, besonders Englands, die an sich berechtigten Bestrebungen der Griechen durchkreuzt.

70. Ismail Pascha, Vizekönig von Ägypten.

Ägypten.

Erweiterung der Selbständigkeit.

Währenddem wurde der türkische Vasallenstaat Ägypten fester mit der europäischen Kulturwelt verknüpft als jeder andre Teil der unmittelbaren Reichslande. Dies geschah unter dem zähen Kampfe Englands und Frankreichs um den maßgebenden Einfluß am Nil und kam mittelbar dem Bestreben der Dynastie Mehemed Alis, den Zusammenhang mit der Türkei zu lockern und dem Lande eine größere Selbständigkeit zu sichern, zu Hilfe. Mehemed Alis nächster Nachfolger, sein Enkel Abbas (1849—54), verzichtete zwar auf die stolzen Pläne des Vorgängers, verringerte daher Heer und Flotte und gab die einträglichen, wenngleich sehr verhaßten Monopole auf, unterstützte

auch den Sultan pflichtmäßig im Krimkriege, wußte aber seine Selbständigkeit zu behaupten und erlangte sogar das Recht, die ägyptischen Bauern zu Frondiensten heranziehen zu dürfen und die Todesstrafe zu verhängen, also eine Erweiterung dieser Selbständigkeit. Während er dem abendländischen Einfluß ablehnend gegenüber gestanden und die Europäer aus dem ägyptischen Dienst entlassen hatte, lenkte Said Pascha, Mehemed Alis Sohn (1854—63), französisch erzogen, mehr in europäisches Fahrwasser ein. Er trennte die persönlichen Ausgaben von den staatlichen, gab den Fellahs die freie Verfügung über Anbau und Ernte zurück, statt sie zum Zwangsverkauf des Getreides an den Staat anzuhalten, verwandelte ihre Naturalleistungen in Geldsteuern, schaffte sogar Sklaverei und Sklavenhandel gesetzlich ab. Vor allem aber gab er, neben dem Ausbau der Eisenbahn von Kairo nach dem Mittelmeere (1854 und 1856), dem Grafen Lesseps die Konzessionen zum Bau des Suezkanals (s. oben S. 21), trotz aller Ränke Englands, das auch die türkische Regierung dagegen einzunehmen suchte.

Ismail Chedive.

Seinem Neffen, dem hochstrebenden und verschwenderischen Ismail (1863—79), schien es vorbehalten, das Werk der Vorgänger zu krönen. Zwar die im November 1866 berufene Notablenversammlung blieb in diesem stets despotisch regierten Lande eine leere Form, aber er erlangte im Mai desselben Jahres von der Pforte die Bestätigung der Erbfolge nach der Erstgeburt und 1867 den auszeichnenden Titel Chedive. Freilich mußte er sich 1869 auf die Forderung der Pforte, wo vor allem Ali Pascha nicht aufhörte, ihn mit Argwohn zu betrachten, dazu verstehen, sein Heer auf 30000 Mann herabzusetzen und neue Steuern oder Anleihen nur mit Zustimmung des Sultans auszuschreiben, auch auf selbständige diplomatische Vertretung verzichten. Aber bei der glänzenden Einweihung des Suezkanals vom 16.—18. November 1869, bei der eine gewaltige Flotte, die französische Kaiserjacht „Aigle" mit der Kaiserin Eugenie an Bord voran, die neue Wasserstraße durchfuhr, empfing Ismail die Fürsten Europas, darunter den Kaiser von Österreich und den Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, mit dem ganzen blendenden Prunk eines selbständigen orientalischen Herrschers, und er durfte sich sagen, daß Ägypten damit wieder in den Mittelpunkt des Welthandels gerückt sei und also für Europa an Wichtigkeit unendlich gewonnen habe.

Wohl hatte also der türkisch-griechische Orient seit dem Krimkriege manchen Schritt vorwärts gethan in der Annäherung an die abendländische Kultur, aber die orientalische Frage harrte noch immer ihrer Lösung.

Die nordamerikanische Union und die Kreolenstaaten.

Die Vereinigten Staaten unter der Herrschaft des Südens.

Erschütterung der französischen Vorherrschaft.

Im Verlaufe der orientalischen Angelegenheiten hatte in mancher Beziehung Frankreich die glänzendste und erfolgreichste Rolle gespielt. Es hatte im Krimkriege den alten Waffenruhm erneuert und doch mit Rußland ein gutes Einvernehmen hergestellt, das erst der polnische Aufstand von 1863 wieder erschütterte; es war nicht nur damals, sondern vor allem 1860 als die berufene Schutzmacht der katholischen Christenheit in der Levante aufgetreten und schien sich durch die Erbauung des Suezkanals für alle Zukunft den maßgebenden Einfluß am Nile gesichert zu haben, beidemal in Anknüpfung an die ruhmvollen Traditionen Napoleons I. Dann hatte es den aufstrebenden Rumänen zu ihrer nationalen Einheit verholfen, wie es im Westen die Befreiung und Einigung Italiens ermöglicht hatte. Freilich war der Lieblingsgedanke Napoleons III., daß Frankreich berufen sei, die Hegemonie der „lateinischen Rasse" zu übernehmen, noch keineswegs verwirklicht, und als er den Versuch machte, ihn auch jenseit des Atlantischen Ozeans durchzuführen, da scheiterte er nicht nur, sondern brachte auch der erstrebten und wirklich behaupteten Vormachtstellung Frankreichs in Europa einen entscheidenden Stoß bei. Jenes Mißlingen aber beruhte keineswegs auf einem inneren Widerspruch seines Planes oder auf einem unüberwindlichen Widerstande in

dem zunächst ausersehenen Lande selbst, sondern darauf, daß dieser Napoleonische Gedanke den Lebensinteressen der Vereinigten Staaten widerstrebte, die sich zu derselben Zeit im Innern dieses ungeheuren Länderkreises gegen gefährliche Sonderbestrebungen unwiderstehlich durchsetzten.

Beginn der modernen Entwickelung.

Die moderne Entwickelung der Union (vergl. Bd. IX, S. 201 ff.) beginnt erst etwa mit dem Jahre 1830. In diesem Jahre umfaßte die Union 24 Staaten und drei Territorien (Florida, Michigan, Arkansas) auf 725 000 englischen (etwa 25 000 deutschen) Quadratmeilen mit fast 13 Mill. Einwohnern, und die feste Besiedelung und Staatenbildung hatte den Mississippi noch kaum überschritten, obgleich die Rechtsansprüche seit 1803 bis ans Felsengebirge reichten (s. Bd. IX. S. 204). Seitdem schwoll die europäische Einwanderung riesig an, binnen wenigen Jahrzehnten überflutete die Kolonisation das weite Gebiet bis zum Großen Ozean, und das ganze wirtschaftliche Leben nahm einen erstaunlichen Aufschwung. Dem allen zur Seite ging freilich eine zunehmende Vertiefung der alten schweren Gegensätze, die schließlich erst durch das Schwert ihre Lösung finden sollten (vergl. Bd. VII, S. 146 f.). Kultur subtropischer Handelsgewächse (Zucker, Tabak und Baumwolle) und Getreidebau, Schutzzoll und Freihandelspolitik, Großgrundherrschaft und bäuerlicher Kleinbesitz, Sklavenwirtschaft und freie Arbeit, aristokratische und demokratische Gesellschaftsfügung standen sich unausgleichbar gegenüber.

Europäische Einwanderung.

Eine Nation im vollen Sinne des Wortes bildete die nordamerikanische Bevölkerung natürlich noch nicht, und also war auch der Volkscharakter noch im Werden, noch unfertig wie die Zustände selbst, schon weil fortwährend massenhaft neue Elemente aus Europa zuströmten und das Staatsgebiet in beständiger Erweiterung begriffen war. Die Einwanderung, die 1821—30 nur 143 000 Köpfe umfaßt hatte, wuchs 1831—40 auf 552 000, 1841—50 auf mehr als $1\frac{1}{2}$ Millionen, 1851—60 auf über $2\frac{1}{2}$ Millionen. Die Hauptmasse kam aus Großbritannien, vor allem aus Irland (1807—60 über 900 000 von $1\frac{1}{3}$ Million Briten überhaupt), die nächst starke aus Deutschland, Holland und Skandinavien (1851—60 über 950 000 Köpfe). Die Irländer strömten meist den großen Städten zu, bildeten hier die Masse der Fabrikarbeiter und der dienenden Klasse, errangen dank der demokratischen Grundsätze und ihres eignen festen Clanzusammenhanges einen maßgebenden Einfluß, wirkten aber durch ihre Roheit und Leidenschaftlichkeit höchst ungünstig auf das politische Leben ein, dessen tiefgreifende Korruption wesentlich sie verschuldeten. Die deutsche Einwanderung gewann politische Bedeutung erst, als die Sturmjahre 1848/49 zahlreiche politische Flüchtlinge, gebildete Leute, herüberführten: Männer wie Friedrich Hecker, Karl Schurz, Udo Brachvogel u. a. m.; sie hielten sich anfangs, da sie sehr bald bemerkten, daß Nordamerika weder ihre eignen abstrakten demokratischen Ideale verwirkliche noch dafür auch nur Verständnis habe, verstimmt zurück und hatten oft als „lateinische Farmer" um des Lebens Notdurft hart zu ringen, traten aber seit 1854 in das politische Leben ihrer neuen Heimat kräftig ein und errangen bald eine geachtete Stellung. Die Hauptmasse der Deutschen widmete sich dem Ackerbau, nahm daher an der Kolonisation von Ohio (um Cincinnati), Wisconsin, Iowa, Missouri, Illinois kräftig teil und siedelten sich oft in geschlossener Masse zusammen, nur daß sie, ohne rechtes nationales Selbstbewußtsein und mit der alten Heimat innerlich zerfallen, teilweise rasch im Amerikanertum aufgingen und dann mit widerwärtiger Selbstüberhebung, aber in echt deutscher Unart geringschätzig auf ihr Vaterland herabsahen. Ein längst eingewöhntes, aber immer noch durchaus fremdartiges Element bildeten im Süden die Negersklaven, im Jahre 1860 etwa vier Millionen; Indianer gab es seit 1830 östlich vom Mississippi nur noch strichweise, und nirgends übten sie, da sie ihrer nomadischen Lebensweise fast immer treu blieben, auf die Zusammensetzung der seßhaften Bevölkerung einen erheblichen Einfluß aus.

Die Yankees.

In dieser bunten, unruhigen, unfertigen Völkermischung trat doch schon der Charakter des Yankeetums (Yankee aus indianisch Yanglee, d. h. English, Engländer) bestimmend hervor. In den Nordoststaaten erwachsend auf englisch-protestantischer

Grundlage und unter dem bestimmenden Einflusse des kolonialen Lebens wie des nordamerikanischen Klimas bildete sich allmählich ein neues Volkstum, das körperlich wie geistig von den Engländern des alten Mutterlandes wesentlich verschieden ist. In dem kleinen Kopfe mit starken Backenknochen, den tiefliegenden Augen und dem schlichten, straffen Haar, der Magerkeit des ganzen Körpers, der blassen, gelblichen Hautfarbe nähern sich die Yankees sehr auffallend dem Indianertypus. Nervösen Temperaments, zuweilen frühzeitig durch Anwendung narkotischer Mittel ruiniert, hastig und unstät haften sie wenig am Orte, kennen kaum eine Heimat im deutschen Sinn, sind aber auch von einem kühn vorwärtsstürmenden, rast- und rücksichtslosen Unternehmungsgeiste erfüllt. Ohne Phantasie und oft ohne tieferes Gemütsleben, schwunglos und nüchtern, überaus findig (smart), fast ganz den Interessen des Erwerbes, dem money making hingegeben, in der Regel ohne jeden Idealismus, daher auch nicht eigentlich religiös, hängen sie doch streng an kirchlicher Sitte und am äußerlichen Gesetz, neigen daher auch zu einer mit zwingenden Vorschriften und phantastischen Zeremonien umgebenen Geheimbündelei. Stolz auf ihre demokratische Freiheit und Gleichheit, und doch nicht selten titelsüchtig, huldigen sie unbedingt dem Dogma vom unumschränkten Rechte des souveränen Volkes, nehmen daher wohl sogar die Rechtspflege, wenn das geordnete Verfahren versagt, als „Richter Lynch" selbst in die Hand, sind daher jedem Zwange abgeneigt, wollen für jeden einzelnen ein möglichst hohes Maß freier Bewegung und ergreifen ohne Bedenken einen neuen Beruf, wenn sie in dem früheren nicht vorwärts kommen. Daher legen sie das größte Gewicht auf eine allgemeine hohe Volksbildung, vernachlässigen aber die tiefere, ideale, den Menschen zu wahrer sittlicher und geistiger Selbständigkeit erziehende Bildung, und gestatten den Kindern allzuzeitig ein Maß von Freiheit, das sie zwar früh selbständig, oft aber auch unausstehlich naseweis und altklug macht und sie um ihre Kindheit bringt, und überspannen bei den Mädchen die geistige Ausbildung auf Kosten der körperlichen, um dann der gebildeten Frau im Hause und in der Gesellschaft ein Übergewicht einzuräumen, das den Mann zu ihrem Sklaven macht und hier und da schon zur Unnatur des Frauenstimmrechts geführt hat. Bei allem Frauenkultus blieben aber die Sitten der Männerwelt noch lange Zeit durchschnittlich unfertig und roh, die Ausbildung des Geschmacks kümmerlich, das geistige Leben ganz abhängig von England. Gemildert erscheint dieser Charakter in den eigentlichen Neuenglandstaaten, wo eine ältere Kultur den Konkurrenzkampf abschwächt und das Leben mehr europäische Züge trägt.

Die südliche Aristokratie.

Sehr wesentlich verschieden vom Yankeetum des Nordens war die stark mit romanischem, namentlich französischem Blute versetzte Aristokratie der südlichen Sklavenhalter, energische, stolze, zielbewußte, ans Befehlen gewöhnte Leute, eifrig, feurig, von guten gesellschaftlichen Formen, ritterlich, voll Heimatliebe, körperlich kräftig und wohlgenährt, treffliche Reiter und Jäger, aber ohne lebhaftere geistige Interessen und ohne eine Ahnung von der Macht einer Idee, den Nordländern so unsympathisch wie diese ihnen, zwei verschiedene Nationen trotz der übereinstimmenden Sprache.

Die Sekten.

Der demokratische Grundzug hat nun wie dem staatlichen und geselligen, so auch dem kirchlichen Leben der Union ein eigentümliches Gepräge aufgedrückt. Da jede Volkskirche und jeder schulmäßige religiöse Unterricht fehlt, und also jeder seiner persönlichen Eingebung folgen kann, so sind die Vereinigten Staaten das gelobte Land der Sekten geworden. Man zählte um 1860 etwa 70 protestantische „Denominations" von den Episkopalen bis zu den Quäkern, die sich als völlig selbständige Kirchengenossenschaften verwalten und erhalten. Die zahlreichsten waren diejenigen, die auf dem Grunde des Glaubens an fortgesetzte, persönliche Offenbarung stehen, also die Methodisten (1850 über 4 300 000) und die Baptisten (zu derselben Zeit 3 247 000); die merkwürdigste und in mancher Beziehung wirkungsvollste wurde eine neue nur halbchristliche, die Mormonen, eine der sonderbarsten Erscheinungen neuester Zeit und nur in Nordamerika möglich, zugleich aber ein Beweis von der ungebrochenen Kraft eines fanatischen Glaubens in diesem bildungsstolzen „aufgeklärten" 19. Jahrhundert.

Die Mormonen.

Um 1810 schrieb Salomo Spalding in Ohio (gest. 1816) ein phantastisches Buch von der Abstammung der Indianer von den zehn verlorenen Stämmen Israels. Diese Handschrift oder eine Abschrift davon kam um 1829 durch Sidney Rigdon in die Hände von Joseph (Joe) Smith (geb. 1805), eines Methodisten, und dieser machte sie als „Buch Mormons" zu einer Art Bibel und zur Grundlage einer neuen Sekte. Ein wüstes, geistloses, phantastisches Gemisch ohne poetischen Gehalt und sittliche Tiefe lehrt es die Dreieinigkeit Gottes und die Fortdauer der Wundergabe, verwirft aber im Sinne der Baptisten die Kindertaufe und auch die Vielweiberei und enthält in der Weise fanatischen Puritanertums die heftigsten Angriffe auf die „päpstliche" Kirche.

Indem Smith, ein schlauer, dreister und sinnlicher Mensch, behauptete, dies Buch, das er 1830 drucken ließ, sei die Wiedergabe eines auf goldene Platten geschriebenen Werkes, das er von einem Engel erhalten habe, sammelte er in Pennsylvanien unweit des Susquehannathals die ersten Gläubigen und begründete dann am 1. Juni 1830 seine erste Gemeinde zu Fayette im Staate New York, ging aber 1831 nach Ohio zurück. Unterstützt von S. Rigdon, der in den Doctrines and Covenants den Mormonen eine Art Neues Testament gab, setzte Smith auf Grund göttlicher Eingebungen, deren er sich rühmte, an Stelle der ursprünglichen presbyterianischen Verfassung eine altjüdisch-biblische mit Propheten, Aposteln, Patriarchen und Evangelisten, Bischöfen, Ältesten, Diakonen, Predigern und Lehrern und einer doppelten Priesterschaft, der höheren des Melchisedek und der niederen des Aaron, er selbst aber und Rigdon nahmen die Stelle von Propheten ein. Die kühne Beredsamkeit, der Ernst der Verkündigung, selbst das Abenteuerliche und Gewagte ihrer Behauptungen verschaffte ihnen bei der urteilslosen Masse zu einer Zeit, wo wieder einmal die methodistischen „Erweckungen (revivals)" im Schwange gingen, rasch Glauben, so daß die Zahl ihrer Anhänger in wenigen Monaten auf 1200 wuchs. So gründeten sie 1832 in Missouri ihre erste Stadt, das jetzige Independence, 1833, als sie mit der Umgebung in Streit gerieten, zwei andre Niederlassungen jenseit des Missouri. Neue „Verfolgungen" veranlaßten sie im November 1837 unter Stürmen und bittrer Kälte zum drittenmal auszuziehen und in Illinois am Mississippi die Stadt Nauvoo anzulegen, wo Smith 1841 den Grundstein zum ersten „Tabernakel" legte. Hier erlaubte ihm persönlich eine „Offenbarung" 1843 die Vielweiberei, und hier gab er seiner Gemeinde 1844 den Namen die „Heiligen der letzten Tage (the Latter Day Saints)" an, indem er alle Andersgläubigen als „Heiden (gentils)" betrachtete.

Aber diese Verschärfung des Gegensatzes und Eroberungsträume, die an die Wiedertäufer von Münster erinnern, führten zu neuen Verfolgungen. Angeklagt und ins Gefängnis geworfen, wurde Smith selbst am Abend des 27. Juli 1844 von 200 vermummten Bewaffneten überfallen und gelyncht. Das gewaltsame Ende goß einen Märtyrerschein um sein Haupt und gab der rasch angewachsenen Bewegung neue Kraft. Sein Nachfolger als „Seher, Offenbarer und Präsident", Brigham Young (1844—77), ursprünglich Zimmermann, ein Mann von geringer Bildung, aber selbständig, menschen- und weltkundig, führte sie zu ihrem Höhepunkte und schloß das System des Mormonismus ab.

Das Mormonentum ist eine Theokratie auf demokratischer Grundlage, ein willkürliches Gemisch aus puritanisch-biblischen und römisch-katholischen Elementen mit einem Zusatz mohammedanischer Sinnlichkeit. Kirche, Staat und Gesellschaft fallen zusammen und stehen unter der unbedingten Herrschaft eines durch die Offenbarung berufenen Propheten, der zugleich der erwählte Präsident der Genossenschaft ist. Alles ist prophetisch geordnet, kirchlich geweiht und bis ins kleinste hinein streng geregelt und beaufsichtigt. Eine ausgebreitete Mission soll den „Heiligen der letzten Tage" beständig neue Gläubige zuführen und hat es lange Zeit unter den germanischen Nationen mit Erfolg gethan. Da aber alles im letzten Ende auf den „Offenbarungen", also den persönlichen Eingebungen des „Propheten" beruht, so stehen in der Glaubenslehre nur wenige Sätze wirklich fest, wie die von der Präexistenz der Seele, der Erlösung, der Vielweiberei, da Frauen nur durch Ansiedelung an einen Mann (als Spiritual wives) der Erlösung teilhaftig werden, endlich die Lehre von der Wiederkunft Christi. Ein glänzender, teilweise geheimer Kultus halb römischen, halb methodistischen Charakters soll die Phantasie fesseln. Aber die Stärke des Mormonentums liegt nicht in einem sittlichen Prinzip, sondern in dem fanatischen Glauben (faith), hinter dem die Liebe ganz zurücktritt, in der streng geschlossenen Organisation und in der umfassenden Fürsorge für jeden einzelnen. So gewinnen Schwache, also die große Masse, inneren Halt und äußerlich Förderung, die Starken reichliche Gelegenheit zur Bethätigung, und darum hat das Mormonentum zwar keine sittlich-religiöse Erneuerung eingeleitet, wohl aber in der Kolonisation Großartiges geleistet.

Die katholische Kirche.

Je zahlreicher und zerfahrener die protestantischen Sekten wurden, desto rascher wuchs die Macht der katholischen Kirche, die durch straffe Ordnung und die Unbedingtheit ihrer Glaubenslehre den nach fester Autorität sich sehnenden Massen einen ganz andern Halt bot, als die sich gegenseitig verdammenden „Denominations". Namentlich die zukunftsreichen Gebiete des Mississippilandes nahm sie vorschauend in Beschlag, noch ehe die Besiedelung hier dichter wurde, und mit reißender Schnelligkeit wuchs die Zahl ihrer Kirchen, Priester und Gläubigen. Hatte es 1808 erst 80 Kirchen und

68 Priester gegeben, so zählte man 1857 bereits 2053 Kirchen mit 1872 Priestern und über 3 Millionen Katholiken. Wenig später hatten sie 7 Erzbischöfe und 41 Bischöfe. Auch die großen Orden setzten sich fest, vor allem die Jesuiten, die z. B. in Washington und St. Louis stattliche Kollegien gegründet hatten (1873 im ganzen 20), und die Barmherzigen Schwestern, die wetteifernd mit den Missionaren bis in die Tiefen der Urwälder des „fernen Westens" Trost und Hilfe brachten.

Steigerung der wirtschaftlichen Gegensätze.

Trotz alledem haben nun die kirchlichen Interessen bei dem bunten Durcheinander der Glaubensbekenntnisse bis in den Schoß der Familien hinein in der inneren politischen Geschichte der Vereinigten Staaten kaum eine Rolle gespielt; vielmehr sind hier die wirtschaftlichen Interessen ohne jede Verhüllung und meist ohne alle idealen Gesichtspunkte immer maßgebend, und in rücksichtslosen Kämpfen aufeinander gestoßen. Dabei blieb mehr als ein Menschenalter hindurch der Süden, obwohl er wirtschaftlich schwächer war, im Übergewicht. Ihren Ausgangspunkt nahmen diese Kämpfe seit 1830 von dem neuen Zolltarif des Jahres 1828, der durch die Erhöhung der Einfuhrzölle die junge Industrie der Nordstaaten förderte, die Ausfuhr des Südens in Tabak und Baumwolle schädigte. Verschärfend wirkte die Sklavenfrage, da die Nordstaaten seit 1827 allmählich die Sklaverei abschafften, der Sklavenhandel nach und nach überall verboten wurde und England seit 1833 die Sklaverei in allen seinen Kolonien grundsätzlich aufhob. Daher brachten die Südlichen im März 1829 Andrew Jackson auf den Präsidentenstuhl und trennten sich unter dem wohllautenden Namen der Demokraten, der auch die Volksmassen des Nordens anlocken sollte, von den nördlichen Whigs unter Henry Clay und Daniel Webster. Sie erfochten dann ansehnliche Vorteile, zuerst durch das neue Zollgesetz vom 26. Februar 1833, das manche Waren sofort zollfrei zuließ, den Zoll auf andre bis 1842 allmählich auf 20 Prozent herabsetzte, sodann durch die Aufhebung der 1816 zum zweitenmal begründeten Nationalbank 1836, mit der der kapitalkräftige Norden den ganzen Geldverkehr der Union beherrschte. Allein die dadurch hervorgerufene schwere Krisis in Handel und Wandel wie in den Finanzen und der Seminolenkrieg in Florida nötigten 1841 die Union zu einer Staatsanleihe unter ungünstigen Bedingungen.

71. Brigham Young, Präsident der Mormonen (1844—77).

Hart stießen die Gegensätze zwischen dem Norden und dem Süden in der reißend schnell fortschreitenden Besiedelung des „wilden Westens" aufeinander. Denn da Baumwolle und Tabak den Boden rasch aussaugen, so mußten die südlichen Sklavenhalter auf Erweiterung ihres Bodens bedacht sein, und nach demselben Ziele drängte sie das Bestreben, das Gleichgewicht zwischen den Sklavenstaaten und den freien Staaten zu behaupten, also neue Sklavenstaaten südlich von 36° 30′ zu begründen, der Linie, die 1820 der so-

Weiße und Rothäute.

genannte Missourikompromiß als Nordgrenze der Sklaverei bestimmt hatte (s. Bd. IX, S. 209). Jenseit des Mississippi in den ungeheuren einförmigen Grassteppen der Prärien und in den riesigen Urwäldern des Nordwestens gab es um 1830 nur schweifende Indianerhorden, die von der Jagd auf die unabsehbaren Herden wilder Büffel oder auf die kostbaren Pelztiere lebten; dazwischen aber schoben sich bereits die Blockhäuser der kühnen Squatter vor, die, den nomadisierenden Trappern (Pfadfindern) folgend, in beständigem Kampfe mit den Indianern den Wald rodeten und die ersten Saaten warfen, ein wildes, abenteuerliches Geschlecht, die rauhen Bahnbrecher einer höheren Kultur. So engten sie immer weiter die Jagdgründe der Rothäute ein, und es blieb ein nur halb gelungenes Bemühen der Union seit 1827, diese zwar aus den Gegenden östlich vom Mississippi zu verdrängen, ihnen aber westlich des großen Stromes im „Indianerterritorium" und in „Reservationen" unter „Superintendenten" und Agenten, die seit 1857 unter das Indian Office in Washington gestellt wurden, gesicherte Sitze vorzubehalten, um sie dadurch vor dem Untergange zu schützen und vielleicht zur Seßhaftigkeit zu erziehen. Mehr noch als durch die Büchse des Squatters, wurde ihre Zahl durch das scheußliche „Feuerwasser", eingeschleppte Krankheiten, und die Ausrottung der Büffel, ihres wichtigsten Jagdtieres, gelichtet, und nur einzelne Stämme, wie die Tscherokesen, kamen zu einer Art von Halbzivilisation.

Fortgang der Besiedelung im Westen des Mississippt.

Da wurde nun epochemachend für den Fortgang der Besiedelung die Anlage der großen Straße von St. Louis nach Santa Fé 1826 und die Einführung der Dampfschiffahrt auf den großen Strömen, den natürlichen Verkehrsadern des weiten, noch pfadlosen Landes. Sie eroberte vor allen das Mississippithal der Kultur. Schon 1817 erschien der erste Dampfer auf dem „Vater der Gewässer", im Jahre 1819 dampfte das erste Boot den Missouri hinauf. Rasch verdichtete sich die Bevölkerung. Wisconsin wurde 1836 als Territorium eingerichtet, 1848 zum Staat erhoben, Michigan schon im Jahre 1837, Jowa 1846 als solcher anerkannt. Schon zehn Jahre vorher, im Jahre 1836, drangen zwei kühne Missionare, Dr. Markus Whitman und Spalding, über das Felsengebirge nach Oregon vor, das die englische Hudsonsbaikompanie im Interesse der Pelzgewinnung bisher als ihre Domäne festgehalten und als ein wüstes Felsenland verschrieen hatte, um Ansiedler abzuschrecken. Schon war die Bundesregierung im Begriff, darüber mit England einen ungünstigen Vertrag abzuschließen, da erfuhr Dr. Whitman davon, und am 3. Oktober 1842 aufbrechend, erreichte er gegen Ende Januar 1843 auf einem verwegenen Ritt durch das wilde menschenleere Land, unter unsäglichen Entbehrungen halberfroren Washington, um zu berichten. Auf Grund seiner Angaben sicherte sich die Union durch den Vertrag von 1844 Oregon südlich des 49. Grades. Schon 1843 hatte Whitman die ersten Ansiedlerzüge dahin geführt, allmählich gab die Hudsonsbaigesellschaft ihre Posten südlich des 49. Grades auf, und schon 1859 wurde Oregon als Staat in die Union aufgenommen. Doch eine der großartigsten Kolonisationen, die Besiedelung des wüsten Utah, vollbrachten die Mormonen.

Abermals manchen Angriffen ausgesetzt, entschlossen sie sich zu ihrem vierten und kühnsten Auszuge. Zu Anfang des Jahres 1846 überschritten 1500 Mann „Kundschafter" den Missouri und drangen, überall Stationen anlegend und Getreide zur Verpflegung der nachfolgenden Hauptmasse säend, Schritt für Schritt in den wilden Westen vor. Die Masse der Mormonen, die im Mai 1846 ihr „Tabernakel" in Nauvoo geweiht hatten, mußten im September desselben Jahres der Gewalt weichen, verlebten einen schrecklichen Winter in der öden Prärie und im Lager am Missouri und setzten dann unter Entbehrungen und Mühseligkeiten aller Art, 1000 englische Meilen weit, ihren Marsch durch die große Wüste und über die Ketten des Felsengebirges nach der weiten, von jedem Verkehr abgeschiedenen Hochebene zwischen dem Wahsatchgebirge und der Sierra Nevada fort, wo ihnen tief unten der blaue Spiegel des Großen Salzsees entgegenleuchtete. Hier hatte bereits ihr Vortrab am Fuße majestätischer Gipfel ein Fort gegen die Indianer angelegt, dann zeigte eine „Vision" dem „Propheten" Brigham Young die Stelle des neuen „Tabernakels". Um sie herum entstand am „Jordan" das „Neue Jerusalem", die „Große Salzseestadt", und bald verwandelte sich unter den fleißigen Händen der Mormonen die wüste Salzsteppe ringsum in einen blühenden Garten. Durch siegreiche Kämpfe mit den Utahindianern gehoben, proklamierte Brigham Young verwegen am 5. März 1849 das Mormonengebiet als ein selbständiges Reich, den Staat Deseret; doch die Union griff ein, machte Utah 1850 zu einem Territorium des Bundes und Young zum Gouverneur. Aber da mehrere Ernten

infolge der Dürre fehlschlugen, Züge von neuen Einwanderern unterwegs zu Grunde gingen, so sah der Prophet darin ein Zeichen himmlischen Zornes und verkündete den heiligen Krieg gegen die Heiden, wie einst Josua und Mohammed. Diesem Fanatismus fiel 1857 ein nach Kalifornien durch Utah ziehender Auswandererhaufen von 120 Menschen in dem berüchtigten Mountain-Meadow-Massacre zum Opfer bis auf sechs kleine Kinder, und entsprang ein neuer Versuch, Deseret unabhängig zu machen. Diesmal sandte die Union Truppen, setzte im April 1858 einen Gouverneur nach der Salzseestadt und ließ in ihrer Nähe ein Fort errichten. Im übrigen blieb die Mormonengemeinde ungestört, sogar die Polygamie, die erst 1853 grundsätzlich verkündet worden war, mit ihrer greulichen Entsittlichung der Jugend wurde nicht verboten, und Brigham Young war bis an seinen Tod im Jahre 1877 unumschränkter Gebieter, der durch seine Prophezeiungen alles regelte und durch seine „Racheengel (Daniten)" alle ihm gefährlich scheinenden Gegner heimlich aus dem Wege räumen ließ, wie einst der „Alte vom Berge" durch seine Fedawis (s. Bd. III, S. 703). Er hatte im ganzen 19 Frauen und war der reichste Mann von Utah.

Texas.

Den freien Staaten und Territorien des Nordwestens suchte nun die Sklavenaristokratie des Südens neue Gründungen in ihrem Interesse entgegenzustellen. Dazu bot zunächst Texas, ein fast menschenleeres, nur von unabsehbaren Pferde- und Büffelherden durchzogenes mexikanisches Gebiet von riesiger Ausdehnung (über 600000 qkm), günstige Aussichten. Hier hatte sich schon 1819 ein Abenteurer Namens Long mit 75 Mann festgesetzt und eine unabhängige Republik proklamiert; aber erst die Brüder M. und St. Austin siedelten hier 1821 etwa 300 nordamerikanische Familien an und gründeten die Stadt Austin mit Bewilligung der fernen und schwachen mexikanischen Regierung, um die sich die Kolonisten im übrigen nicht weiter kümmerten. Ihre Zahl betrug 1830 doch schon gegen 40000, 1836 zwischen 50—60000; sie wählten Stephan Austin zu ihrem Generalissimus, 1835 den abenteuerlichen Samuel Houston aus Tennessee zum Präsidenten und erklärten am 2. März 1836 abermals die Unabhängigkeit in einer Urkunde, die 60 Landspekulanten mit zweifelhaftester Berechtigung unterzeichneten. Nun schritt freilich der mexikanische Präsident, der General Santa Anna, energisch ein, nahm am 6. März nach verzweifeltem Kampfe das Fort Alaame und ließ die 412 Gefangenen wortbrüchig erschießen; aber dies entfachte weithin in Tennessee, Louisiana, Kentucky und Mississippi eine stürmische Bewegung, die Squatters und Hinterwäldler der Grenzgebiete bewaffneten sich, und mit 749 Bewaffneten, darunter 70 Reitern, überschritt Houston den Jacinto. Im blutigen Kampfe siegreich über die dreifach überlegenen Mexikaner, zwang er den gefangenen Santa Anna, einen Waffenstillstand zu bewilligen, und wurde im Herbst 1836 abermals zum Präsidenten der Republik Texas erhoben, 1841 zum drittenmal. Noch verweigerte Mexiko die Anerkennung, und die Union hielt sich zurück, aber der junge Staat geriet bald in solche finanzielle Not, daß sein selbständiges Fortbestehen mehr und mehr unmöglich schien, und die südlichen Sklavenhalter drängten endlich die Unionsregierung zum Einverleibungsvertrage vom 11. April 1844, dem der Kongreß erst unter dem Präsidenten Polk (1845—49) im Dezember 1845 seine Zustimmung gab, indem er zugleich den Missourikompromiß von 1820 aufrecht erhielt.

Krieg mit Mexiko.

Der Krieg mit Mexiko (1845—49) war die Folge dieser Einverleibung von Texas. Ein Zusammenstoß der Mexikaner unter Arista mit den Unionstruppen unter dem General Taylor, der mit 3000 Mann, der Blüte des stehenden Heeres, vom Hafen Corpus Christi aus ins südwestliche Texas vorrückte, gab dem Kongreß den von den Sklavenhaltern begierig ergriffenen Anlaß, am 11. Mai 1846 die Kriegserklärung zu beschließen und 50000 Freiwillige (d. h. angeworbene Leute), von denen freilich kaum 20000 aufgebracht wurden, dem Präsidenten zur Verfügung zu stellen. So verstärkt überschritt Taylor, schon im Mai mehrfach siegreich, den Rio Grande, drang westwärts ins Hochland vor, siegte am 20. September 1846 bei Monterey und nach langer Pause am 22. März 1847 bei Buena Vista über Santa Anna. Sein Nachfolger im Oberbefehl, der tüchtige und energische Winfield Scott, hatte inzwischen beschlossen, geradeswegs nach der feindlichen Hauptstadt zu marschieren. Am 9. März landete er mit 10—12000 Mann bei Veracruz, zwang es nach drei Wochen zur Übergabe (mit 5000 Mann und 400 Geschützen) und hielt nach den

drei Siegen von Cerro Gordo (18. April), Cherubusco (19. u. 20. August) und Chapultepek am 15. September 1847 nach heftigem Widerstande am nächsten Tage seinen Einzug in Mexiko. — Währenddem hatte Kearney schon im August 1846 Santa Fé besetzt und hier eine Regierung für Neumexiko ernannt; von hier aus drang er in überaus mühseligen Märschen über das Gebirge nach Kalifornien vor. Hier war vor ihm schon Kapitän Fremont angelangt, der 1842—45 die Felsengebirge durchforscht hatte. Im Juni 1846 eröffnete er die Feindseligkeiten gegen die Mexikaner, kurz danach erhoben sich die nordamerikanischen Ansiedler in Kalifornien, nahmen und behaupteten mit Fremonts Hilfe die Stadt Somona unweit der Bai von San Francisco und erklärten am 4. Juli, dem Geburtstage der Union, Kalifornien für unabhängig. Am 13. August hißten Fremont und der Kommodore Stockton das Sternenbanner an der herrlichen Bai und in Los Angelos, am 8. Februar 1847 wurde das reiche Goldland der Union einverleibt. Der Friede von Guadelupe-Hidalgo am 2. Februar 1848 besiegelte den glänzendsten Triumph einer kühnen und rücksichtslos zugreifenden Politik. Mexiko trat Texas, Neumexiko und Kalifornien (dies letzte gegen eine Entschädigung von 15. Mill. Dollar) an die Vereinigten Staaten ab. Ein Gebiet von 48000 deutschen Geviertmeilen war gewonnen. „Der Pacific schlägt unsern Strand, Wir hören den Atlantic brausen", so sang damals ein amerikanischer Dichter voll stolzen Selbstgefühls. Was wollten gegen solchen Gewinn die Kriegskosten von 40 Mill. Dollar und das Anschwellen der Staatsschuld (von 16800000 auf 65800000 Dollar) bedeuten!

Kalifornien. Freilich, was das Schwert in kurzer Frist erstritten hatte, das konnte doch erst in harter Arbeit nutzbar gemacht werden. Ein Strom von Einwanderern ergoß sich nach dem Westen bis an die Küste des Großen Ozeans. Es waren meist junge, kräftige Männer, hagere Leute mit langen Gliedern, blondem Schnurrbart und hellen stahlblauen Augen, ohne alle Formen, nach harter Arbeit am liebsten im Stuhle liegend, die Hände in den Hosentaschen und die Beine auf dem Tische, tabakkauend und spuckend, aber entschlossen, unermüdlich und findig. Texas zählte 1850 schon über 150000 freie weiße Bewohner und 58000 Sklaven, deren Zahl sich bis 1855 fast verdoppelte, und im mittleren Hügellande um Neu-Braunfels und Friedrichsburg bildete sich seit 1845 eine geschlossene deutsche (rheinländische) Niederlassung. Ans Wunderbare aber grenzte das Aufblühen Kaliforniens. Denn hier kam im Februar 1848 beim Bau einer Sägemühle auf dem Grunde eines deutschen Ansiedlers aus Baden, des Kapitäns Sutter, Gold in solcher Menge zu Tage, daß durch das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten hin und weit darüber hinaus bis nach Mexiko, Peru und China, ein wahres „Goldfieber" ausbrach. In unabsehbaren Zügen strömten die Goldsucher, Menschen jedes Berufs, jeder Nation und jeder Hautfarbe herzu und schürften gierig nach dem gleißenden Metall. Gegen solchen Andrang waren die Behörden völlig machtlos, alle Zucht fehlte, es war oft geradezu ein Krieg aller gegen alle, in dem Messer und Revolver, im günstigsten Falle der „Richter Lynch" entschied. Alle Kulturbedürfnisse stiegen rasend im Preise, und oft genug ging ein rasch gewonnenes Vermögen ebenso rasch, vor allen im hohen Spiel, wieder verloren, Sutter selbst starb arm. Aber die Ausbeute stieg so rasch, daß seit 1849 jährlich gegen 50 Millionen Dollar allein nach New York verschickt wurden, und die Bevölkerung betrug im Dezember 1852 bereits 300000, zu Anfang 1856 $1/2$ Million. Infolge dieses Wachstums wurde Kalifornien bereits im September 1850 in die Union aufgenommen, aber trotz aller Anstrengungen der leidenschaftlich erbitterten Sklavenhalter nach dem Antrag Henry Clays mit Verletzung des Missourikompromisses ein freier Staat.

Die Sklavenfrage. Gleichzeitig wurde im Bundesdistrikt Columbia (um Washington) der Sklavenhandel abgeschafft. Um eine offene Spaltung zu verhüten, mußte man jedoch den Sklavenstaaten ein Gesetz zugestehen, das die Auslieferung flüchtiger Sklaven gebot, sobald die Persönlichkeit durch zwei Zeugen festgestellt war, was der ärgsten Willkür Thür und Thor öffnete. Und doch war der Süden keineswegs befriedigt. Schon im

November 1850 betonte vielmehr eine demokratische Konvention in Nashville das Recht des Einzelstaates, sich von der Union zu trennen. Zum erstenmal erhob der Gedanke der Sezession drohend das Haupt. Noch wurde er nicht verwirklicht, denn es gelang den Südlichen, immer wieder ihre Männer auf den Präsidentenstuhl zu bringen, 1853 zunächst den unselbständigen schwachen Franklin Pierce, der mit geringer Mehrheit über den General Scott siegte, ein gehorsames Werkzeug der Sklavenhalter. Er hinderte darum auch nicht die gesetzlosen Freibeuterzüge, die Narciso Lopez 1850 und 1851 gegen Cuba unternahm, um die reiche Insel mit ihrer Plantagen- und Sklavenwirtschaft für die Union zu gewinnen, sowenig wie die Unternehmungen William Walkers nach Nicaragua und Honduras (1853—60). Beide Flibustier wurden endlich gefangen und erschossen (s. unten).

Der Kampf um Kansas.

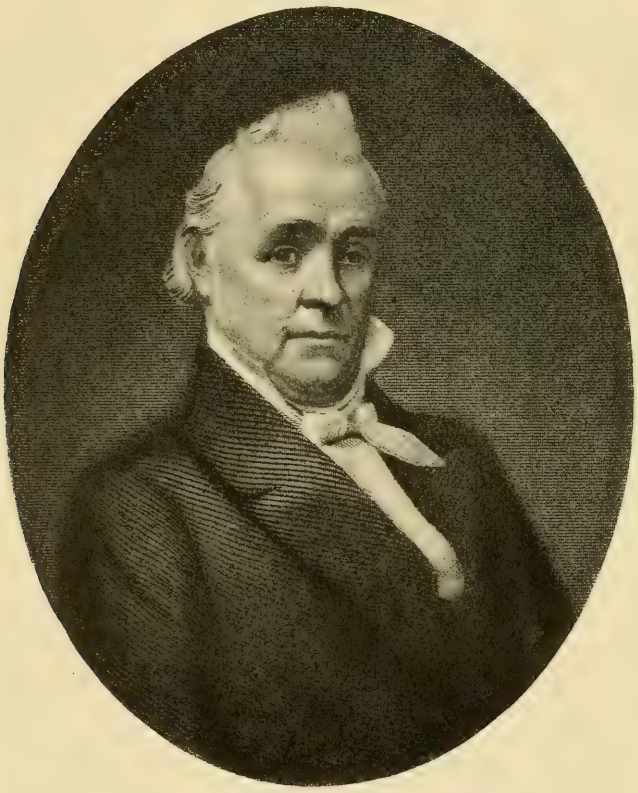
Die Sklavenfrage ruhte zunächst, bis die Bill über die Errichtung eines neuen Territoriums Nebraska, die im Dezember 1853 an den Senat gelangte, den Kampf aufs neue und in der heftigsten Weise entfesselte. Denn auf den Antrag des Senators Stephen Douglas wurde das neue Gebiet in zwei Teile, Kansas und Nebraska, zerschnitten, um wenigstens den Süden, Kansas, für die Sklaverei zu gewinnen, und aus demselben Grunde die Entscheidung über die Einführung der Sklaverei vom Bunde, dem sie bisher zugestanden hatte, auf die Ansiedler übertragen (Squatter Sovereignity). Aber da die Südlichen sehr wohl einsahen, daß der Süden zu menschenarm sei, um in der Besiedelung mit dem Norden wetteifern zu können, so warfen sie Haufen bewaffneter Abenteurer aus dem angrenzenden Missouri nach Kansas und erreichten dadurch, daß diese gegen alles Gesetz an der Abstimmung teilnahmen, eine Legislatur, die unbesehen die Verfassung des Sklavenstaates Missouri einführte. Dagegen erhob sich im ganzen Norden eine gewaltige Erregung. 3000 Geistliche und Hunderte von Zeitungen, darunter 80 deutsche, legten geharnischte Verwahrung gegen die Kansas-Nebraskabill ein, und die zahlreich entstehenden Gesellschaften von Abolitionisten (Gegnern der Sklaverei) schickten Scharen bewaffneter Ansiedler nach Kansas. Ein wilder Kampf entbrannte. Die Bundesregierung, die Mehrheit des Senats, der ganze Süden traten für die Sklaverei in Kansas ein, die Mehrheit des Repräsentantenhauses und der ganze Norden dagegen. Im Lande selbst bildete sich unter dem Namen der „Freibodenmänner“ (freesoilers) eine starke Partei gegen die Sklaverei; sie errichtete eine selbständige Legislatur, wählte einen eignen Gouverneur und gab dem Lande eine neue Verfassung. In grausamen Mord- und Raubzügen rangen die Parteien miteinander, aber die Zahl der freien Ansiedler wuchs unaufhaltsam, und am 2. August 1858 entschieden sie mit 11000 gegen 2000 Stimmen, daß Kansas ein freies Gemeinwesen bilden solle.

Die Neubildung der Parteien und die wirtschaftliche Krisis.

Es war die Einleitung zu einer Neubildung der Parteien und zum Bürgerkriege. Schon im Jahre 1853 war der Geheimbund der „Know-nothings“ (Nichtwisser) gegen das Überwuchern des „fremden“ (eingewanderten) Elementes und für die Wahrung des religiös-protestantischen Charakters der Volksschule entstanden; im Jahre 1854 bildete sich im Norden die republikanische Partei für die Abschaffung der Sklaverei und des Missourikompromisses. Der Roman einer begabten Schriftstellerin, Harriet Beecher-Stowe, „Onkel Toms Hütte“, ein flammender Protest gegen die unmenschlichen Greuel der Sklaverei im Namen des Christentums und der Humanität, warb, in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet, dem Gedanken der Sklavenbefreiung ungezählte Anhänger. Nur mit den äußersten Anstrengungen gelang es den südlichen Demokraten, noch einmal, zum letztenmal, die Wahl eines ihrer Anhänger, James Buchanan, zum Präsidenten durchzusetzen (1857—61) und Fremont zu schlagen. Aber der Sieg des Demokraten Douglas bei der Senatorwahl in Illinois über Abraham Lincoln (1858) zerriß die wankende demokratische Partei des Nordens, weil er seinen Gegner nur dadurch schlagen konnte, daß er sich von der strengen Sklavereipartei lossagte, und die unvorsichtige Herabsetzung der Zölle zu gunsten der Ausfuhr der Südstaaten beschwor 1857 eine furchtbare wirtschaftliche Krisis herauf. Die Einfuhr, namentlich von europäischen Luxuswaren, in dem rasch reichwerdenden Lande

stieg unsinnig (an Seidenwaren, Stickereien, Spitzen, Handschuhen, Juwelen u. s. f. 1856/57 für 41 Mill. Dollar!), das Geld ging aus dem Lande, die einheimische Industrie verlor an Absatz, und ein plötzlicher Schrecken warf alles um. Man zählte binnen kurzem 4257 Bankrotte und berechnete den Gesamtverlust auf 269 Mill. Dollar. Dazu gingen die Boden- und Warenpreise reißend zurück, und bis 1860 lagen alle Geschäfte danieder. Erst langsam trat die Genesung ein, die freihändlerische Richtung der Demokraten aber war gründlich erschüttert, der Norden für eine strenge Schutzzollpolitik gewonnen. Gleichzeitig stieg die Erregung im Norden durch die Sklavenjagden, die nicht selten zur gewaltsamen Befreiung der verfolgten Neger führten.

John Brown.



72. James Buchanan.
Nach dem Kupferstiche von J. R. Rice.

Ein unvermutetes Ereignis erhellte blitzartig den tiefen Abgrund, der den Norden vom Süden trennte. Ein Nachkomme eines jener Pilgrimsväter von der „Maiblume“ (s. Bd. VI, S. 443), ein strenger Puritaner und ein Mann von eisernem Willen, wie jene alten „gottseligen Eisenseiten“ Cromwells, der Kapitän John Brown (geb. 1800), der schon in den Raufereien in Kansas wacker auf seiten der Freibodenmänner mitgefochten hatte, faßte den verwegenen Entschluß, auf eigne Hand die Aufhebung der Sklaverei zu beginnen. Mit allen Schlupfwinkeln in den Bergen Virginiens seit seiner Jugend vertraut, bemächtigte er sich mit einer kleinen Schar bewaffneter Genossen durch einen Handstreich am 16. Oktober 1859 der virginischen Stadt Harpers-Ferry am Potomac und des dortigen Arsenals, um Waffen für die entlaufenen Sklaven, die er um sich sammeln wollte, in seine Hand zu bekommen. Fünfzehnhundert Mann Milizen wurden gegen ihn aufgeboten; allein Brown verteidigte sich mit seinen 22 Leuten in dem Arsenale mit unerschütterlichem Mute. Er sah seine Söhne neben sich fallen; erst als er, aus sechs Wunden blutend, nicht mehr fähig war, sich aufrecht zu erhalten, ergab er sich. Mit Hast beseitigten die Demokraten den Tollkühnen: er wurde in Charleston zum Tode verurteilt und am 2. Dezember 1859 zum Galgen geführt; auf dem letzten Wege noch küßte er ein Sklavenkind, das neugierig auf der Straße stand. Aber weithin durch den Norden ging der Ruf nach Rache für den verwegenen Idealisten, der als Märtyrer für einen großen Gedanken gefallen war, und bald klang dort wie eine drohende Mahnung das Lied mit dem Kehrreim:

„Im Grabe modernd liegt der Leib John Browns,
Doch schreitet fort sein Geist.“

Zunehmendes Übergewicht des Nordens.

Der Süden begann mit wachsender Deutlichkeit zu fühlen, daß er der schwächere Teil sei. Und er war es. Von den neuen Staaten und Territorien hatte er nur Texas und Florida (Staat 1845) für die Sklaverei gewonnen; die andern alle, Kalifornien, Neumexiko, Utah, Iowa, Minnesota (Staat 1858), Oregon (Staat 1859), Kansas, waren freie Gebiete geworden. Von den 33 Staaten (und sieben Territorien), die 1860 die Union zählte, kamen 18 auf den Norden, nur 13 auf den sklavenhaltenden Süden; von den $31\frac{1}{2}$ Mill. Einwohnern fielen auf den Norden über 19 Millionen, auf den Süden nur 12 Millionen, und von diesen waren über 4 Millionen Sklaven. Denn die nördlichen Staaten entwickelten sich durch die freie Arbeit und die starke Einwanderung, die ganz vorwiegend ihnen zufloß, in jeder Beziehung viel rascher als die Sklavenstaaten. Namentlich in einer Anzahl großer Handelszentren des Nordens wuchs die Einwohnerzahl in einer geradezu sprichwörtlich gewordenen Weise. New York, die Empire City, die größte Stadt der Union, das gewaltige Eingangsthor für den europäischen Verkehr, hatte 1830 200000 Einwohner, 1860 aber 800000. Cincinnati, die „Königin des Westen", wuchs 1840—60 von 46000 auf 160000; Chicago am Michigansee, wo 1825 erst 14 Häuser standen und 1830 nur 70 Menschen lebten, zählte 1850 schon 30000, 1860 bereits 111000 Einwohner; St. Louis, der größte Stapelplatz des inneren Mississippilandes, vermehrte seine Bevölkerung in dem Jahrzehnt 1850—60 von 75000 auf 160000. Alle Städte aber übertraf bei weitem San Francisco, das 1846 gegen 200, 1847 453, 1853 aber 50000 Einwohner hatte. Weit dahinter blieben die Städte des Südens. Charleston blieb ziemlich stehen, Mobile ging zurück, nur New Orleans, der Einfuhrhafen des Mississippithales, kam mit 140000 Einwohnern den nördlichen Städten nahe.

Stadt und Land.

Alle diese Städte glichen sich in ihrer einförmig schachbrettförmigen Anlage mit den schnurgeraden, sich rechtwinkelig schneidenden Straßen so völlig, daß, wer eine gesehen, sie alle kannte; nur die Ausdehnung machte einen Unterschied. Selbst die Straßen, meist Reihen hoher, schmaler Familienhäuser, pflegten sich ganz ähnlich zu sehen und wurden gewöhnlich mit Ziffern oder Buchstaben bezeichnet; nur wenige, namentlich die überall dem New Yorker Broadway entsprechende Hauptstraße, zeichneten sich durch stattlichere Gebäude in den verschiedensten Stilarten und oft in kostbarem Material aus; in den entlegeneren waren die Häuser oft dürftige Bretterschuppen, dazwischen dehnten sich weite wüste Plätze und draußen begann bei den Städten des Innern unvermittelt die öde Prärie.

Auch das platte Land gewährte von jeher, namentlich in den endlosen Ebenen des Innern, denselben einförmigen Anblick. Im Süden dehnten sich die weiten Tabaks- und Baumwollpflanzungen zwischen dem oft ansehnlichen Herrenhause und den elenden Negerhütten; im Norden setzte jeder dieser freien Amerikaner seine Farm mitten in sein Besitztum hinein und umgab dies mit rohen Bretterzäunen (Fences), die jede Aussicht hinderten; das ganze Land bedeckte sich also mit Einzelhöfen, Dörfer bildeten sich nicht, nur Gemeinden (townships).

Verkehrsmittel.

Es entsprach diesem jungen Koloniallande einer hochentwickelten Zivilisation, daß neben den Strömen häufig die Eisenbahnen die ersten Verkehrsstraßen bildeten und die Lokomotive durch Wildnisse brauste, noch ehe ein fahrbarer Weg bestand. Ihre Erbauung blieb selbstverständlich ganz und gar den konkurrierenden privaten Unternehmungen überlassen, Ausführung und Betrieb waren oft nachlässig, Unfälle an der Tagesordnung. Die erste Eisenbahngesellschaft bildete sich 1827 für die Strecke von Baltimore nach Ohio, aber bis 1860 hatten die Linien den Mississippi erreicht; ihre Länge betrug 1857 im ganzen fast 25000, im Jahre 1860 über 30000 englische Meilen, und auch hier ging der Norden dem Süden weit voran. Flußdampfer, auf den großen Strömen riesige schwimmende Hotels mit mehreren Stockwerken übereinander, groß genug, um Tausende von Menschen und Massen von Waren aufzunehmen, gab es um dieselbe Zeit gegen 400. Auch hier war der Betrieb oft höchst leichtfertig, unsinnige Wettfahrten und Überheizung der Maschinen, bis der Kessel sprang und das ganze Fahrzeug in die Luft flog, wurden etwas ganz Gewöhnliches, worüber

sich niemand weiter aufhielt. Zu diesen Verkehrsmitteln trat schon in den vierziger Jahren der elektrische Telegraph, der damals zuerst zwischen Washington und Baltimore gelegt wurde, seit 1861 die ganze Breite des Festlandes zwischen New York und San Francisco durchspannte.

Volkswohlstand.

Das gesamte Volksvermögen berechnete man 1860 auf fast 1000 Mill. Dollar in den freien, 5200 Mill. Dollar in den Sklavenstaaten. Im Süden beruhte es zum größten Teile auf der Baumwollkultur, die dort vor dem großen Kriege jährlich etwa $3\frac{1}{2}$ Mill. Ballen (1821 erst 425000 Ballen) nach Europa ausführte, im Norden überwogen Körnerbau (namentlich von Mais und Weizen), Viehzucht, Bergbau auf Metalle, Steinsalz, Kohlen, Petroleum u. s. f., Jagd auf Pelztiere, Waldwirtschaft, die freilich, da der Wald Privatbesitz ist, fast nur eine rohe Raubwirtschaft war und die herrlichen Waldbestände in unglaublich kurzer Zeit mit leichtsinniger Habgier vernichtet hat, ohne für irgendwie ausreichende Nachpflanzungen zu sorgen. Dazu kam eine endlich rasch aufblühende Industrie (1860 in 128000 Fabrikbetrieben), deren Wettbewerb mit Europa unter den hohen Arbeitslöhnen litt, aber durch die rege Erfindsamkeit der Yankees außerordentlich gefördert wurde. So erhob sich die Union zu einer der ersten Handelsmächte der Welt (1860 mit einer Ausfuhr im Werte von 1400 Mill., einer Einfuhr von 362 Mill. Dollar), und ihre Handelsflotte (1860 mit einem Gehalte von $5\frac{1}{2}$ Mill. Tonnen) drohte die britische zu überflügeln. Schon 1853 konnte sie die Völker zu einer Weltausstellung in New York einladen.

Unterrichtswesen.

Der Charakter der geistigen Kultur hängt aufs engste mit dem Unterrichtswesen zusammen, das nun wieder ein Ergebnis der Zustände, insbesondere des demokratisch-kolonialen Zuges im Volke ist. Das Volksschulwesen (die primary and grammar School vom 6. bis 14. Lebensjahre) wurde von Anfang an als eine der wichtigsten öffentlichen Angelegenheiten betrachtet, im Staate New York z. B. schon 1795 eingerichtet, daher überall sehr reichlich, nämlich in jeder Township (15,5 qkm) gleich bei der ersten Gründung mit der „Zentralsektion" (2,59 qkm), später noch mit der 36. Sektion (im ganzen mit 5,18 qkm) ausgestattet oder mit Steuern erhalten, durch den unentgeltlichen Unterricht allen zugänglich gemacht und für Kinder aller Stände gleichmäßig (mit Ausschluß der fremden Sprachen, der Geschichte und der Mathematik) eingerichtet. Die öffentliche High School und die zahlreichen, von Stiftungen oder Genossenschaften unterhaltenen Akademien, Institute und Seminarien derselben Bestimmung mit vierjährigem Kursus (14. bis 18. Lebensjahre) sollten zunächst den Knaben wie den Mädchen, die oft zusammen unterrichtet wurden, eine fachliche, besonders auf Latein und Mathematik beruhende Vorbildung geben und für das höhere Studium vorbereiten, förderten aber ihre Abiturienten (graduates) höchstens bis zur Stufe eines deutschen Untersekundaners. Die höchste Stufe bildeten die Colleges und Universities. Ganz nach englischem Muster mit strengem Studienzwange und völlig im Geiste der Kirchengemeinschaften, denen sie zu sieben Zehnteln gehören, eingerichtet, also ohne jede Freiheit der Lehre und des Lernens, teilweise auch für Frauen bestimmt, aber oft glänzend ausgestattet, wurden sie rasch ziemlich zahlreich und durch neue Gründungen vermehrt, wie die Cornell University zu Ithaka im Staate New York 1865, so daß die Gesamtzahl 1857 schon 123, im Jahre 1870 aber 360 betrug. Neben ihnen entstanden noch zahlreiche Fachschulen für Theologen der verschiedenen Konfessionen, Juristen, Mediziner, Techniker u. s. f., aber keine eigentliche Universität nach deutscher Art, während das „Smithsonian Institution" in Washington, die 1846 ins Leben gerufene großartige Stiftung des Engländers James Smithson (gest. 1827), eine sehr wirksame Akademie der Wissenschaften darstellt.

Volksbildung und Presse.

Die wissenschaftliche Bildung konnte sich natürlich erst allmählich auf die Stufe der europäischen erheben, bei der Mehrzahl der höheren Schulen und ihrer Zöglinge mußte das praktische Interesse im Vordergrunde stehen, das ideale zurücktreten, die überall dort herrschende mechanische Lehrmethode mit dem Einpauken eines Textes sowie die mangelhafte Vorbildung der Lehrer waren nicht geeignet, zu selbstständigem Denken und Arbeiten vorzubilden, und der grundsätzliche Ausschluß des

Religionsunterrichts in Verbindung mit der den künftigen freien Bürgern und Bürgerinnen gegenüber sehr nachsichtigen Disziplin, die an Achtung vor einer Autorität schlechterdings nicht gewöhnt, erzeugten leicht sittlich-religiöse Haltlosigkeit und Abneigung gegen jede Art von Unterordnung. Da der demokratischen Freiheit jeder Schulzwang widerstrebte, so war die Zahl derer, die weder lesen noch schreiben konnten, auch unter den Weißen sehr groß (1840: 550000, 1860: 1260000, also 4—5 Prozent), und die Neger entbehrten meist fast aller Schulbildung. Wieder kam hierbei die Überlegenheit des Nordens zum Ausdrucke, denn nach dem Zensus von 1860 waren dort nur 3,21 Prozent des Lesens und Schreibens unkundig, im sklavenhaltenden Süden aber 17 Prozent. Immerhin ist die weite Verbreitung einer solchen Volksbildung wie die unentbehrliche Grundlage der Demokratie so der berechtigte Stolz Nordamerikas.

Damit hängt die Ausdehnung und die Macht der Presse zusammen, denn jeder, der lesen kann, liest auch seine Zeitung, und große Blätter erlangten eine tonangebende Macht. So zählte man um 1860 im Norden 1161 Zeitungen, im Süden 469; die nichtpolitischen Journale hatten dort eine Auflage von 268000, hier von 35000 Exemplaren, die Unterhaltungsblätter eine solche von über 1700000, von denen auf den Norden $1^1/_2$ Millionen kamen. Auch hierin also zeigte sich die Überlegenheit des Nordens.

Wissenschaft, Litteratur und Kunst.

Im ganzen war der Norden, namentlich die Neuenglandstaaten, die sich in der Gesittung am meisten dem Mutterlande näherten, auch der Sitz der Wissenschaft, Litteratur und Kunst. Seit dem dritten Jahrzehnt des Jahrhunderts begannen sie mächtig aufzublühen, zunächst in Anlehnung an europäische Vorbilder und Methoden, allmählich mit zunehmender Selbständigkeit.

Die Forschung, vornehmlich in Deutschland geschult, wandte sich begreiflicherweise vor allem naturwissenschaftlichen Aufgaben im weitesten Sinne zu. W. Fremont erforschte auf jahrelangen beschwerlichen Reisen (1842—44) die fast unbetretenen Wildnisse des Felsengebirges; der Polarforschung wandten sich die Nordamerikaner besonders zu, seitdem John Franklins Expedition (1845—47) spurlos verschollen war, und ein New Yorker Kaufmann, Grinnell, gab im wesentlichen hochherzig die Mittel zu zwei Reisen, von denen die zweite unter Dr. Elisa Kent Kane 1853—55 durch den Smithsund bis zum 80.° nördl. Br. vordrang. Der treffliche Marineoffizier M. F. Maury untersuchte die Tiefen, Strömungen und Windbahnen der Ozeane und schuf durch seine Beobachtungen feste Regeln für ihre Benutzung, die allen seefahrenden Nationen zu gute kamen; endlich bahnte S. Morse durch die Erfindung des elektrischen Schreibtelegraphen einen unermeßlichen Fortschritt im Verkehrswesen an, und die Benutzung wissenschaftlicher Ergebnisse zu praktischen Erfindungen wurde seitdem ein hervorstechender Charakterzug der Nordamerikaner.

Aber je bedeutender die Geschichte der Union selbst wurde, desto mehr entwickelte sich auch der Sinn für historische Interessen, zumeist natürlich für die Vergangenheit des eignen Landes und des amerikanischen Kontinents überhaupt. In glänzend geschriebenen und dabei auf eindringender Forschung beruhenden Werken schilderte Georg Bancroft die Vorgeschichte der Vereinigten Staaten bis 1778, William Prescott die spanische Eroberung von Mexiko und Peru wie die ruhmvollsten Zeiten der spanischen Weltmacht, John Motley die Entstehung der niederländischen Republik. Für die Urgeschichte Nordamerikas wurde die größte Autorität Henry Schoolcraft. Dann erweckte die eigentümliche wirtschaftliche Entwickelung der Union den ersten selbständigen nordamerikanischen Volkswirtschaftslehrer in H. C. Carey (1793—1879), der im Gegensatze zu A. Smith und Malthus für die Industrie ein Schutzzollsystem forderte und die Möglichkeit einer schrankenlosen Ausbreitung der Volkswirtschaft verfocht.

Die nordamerikanische Litteratur blieb lange ein Zweig der englischen, doch gewann sie allmählich eine selbständigere Haltung, indem sie sich der scharfen Beobachtung und realistischen Schilderung amerikanischen Lebens und Treibens zuwandte. Dabei wog die Prosadichtung, wie überall in der neuesten Zeit, durchweg vor. Washington Irving (gest. 1859) wußte zuerst die amerikanische Landschaft dichterisch zu verklären; James Cooper schilderte in unsterblichen Romanen, die zur Lieblingslektüre der Jugend aller Völker wurden, die Kämpfe der neuenglischen Pfadfinder und Ansiedler mit den Rothäuten; Nathanael Hawthorne und Allan Poe wurden die Meister der Novelle, Harriet Beecher Stowe griff durch „Onkel Toms Hütte“ mit einer fast beispiellosen Wirkung in den Kampf um die Sklavenbefreiung ein, Francis Bret Harte eroberte die Thaten und Unthaten der Goldgräber Kaliforniens der Litteratur; eine spezifisch amerikanische Gattung wurde die humoristische Erzählung vor allem durch Marc Twain. Reich entwickelte sich auch die Lyrik, während die eigentliche Epik nur von H. Longfellow vertreten wurde, das Drama wesentlich vom englischen abhängig blieb. Auch die deutschen Amerikaner versuchten sich in den verschiedensten Litteraturgattungen, ohne indes eine Leistung ersten Ranges hervorzubringen.

Am spätesten konnte sich naturgemäß auf diesem kolonialen Boden die bildende Kunst entfalten. In der Architektur herrschte zunächst der englische Klassizismus und die neuenglische Gotik. Jene brachte es in dem Riesenbau des Kapitols zu Washington zu einer höchst imposanten Leistung und schuf große monumentale Bauten, wie das dortige Patentamt und die Zollämter in Boston und New York; diese wurde vor allem zu Kirchenbauten, wie die St. Patrikskathedrale in New York und die Allerheiligenkirche in Albany verwendet; daneben entstanden auch romanische Bauten. Stadthallen, Bahnhöfe, Brücken, Bibliotheken, Kollegien, Museen stellten namentlich später den Architekten beständig die großartigsten Aufgaben, sie wurden oft mit verschwenderischer Aufwendung von Geldmitteln und mit einer originellen unbefangenen Mischung sehr verschiedener Stilelemente kühn und glücklich gelöst. Die Plastik trug meist einen scharf ausgesprochenen realistischen Zug und war häufig in Denkmälern nichts weniger als glücklich. In der Malerei kam seit 1840 durch E. Leutze die Düsseldorfer Richtung zur Herrschaft, seit 1860 begann das Pariser Vorbild zu überwiegen.

Staatsrechtliche Gegensätze.

Obwohl nun der Norden in geistiger Bildung und wirtschaftlicher Entwickelung dem Süden wesentlich überlegen war, so hatte doch dieser bisher die Herrschaft in der Union behauptet und stets seine Männer auf den Präsidentenstuhl gebracht. Denn politisch überragte er den in vielem noch unfertigen Norden durch seine feste aristokratische Fügung und seine staatsmännischen Traditionen. Die Südlichen waren daher auch fest entschlossen, ihre Stellung unter allen Umständen festzuhalten, weil sonst die Grundlage ihres wirtschaftlichen und sozialen Daseins, die Sklaverei, gefährdet wurde, oder, sollte dies unmöglich sein, sich von der Union zu trennen, zur Sezession zu schreiten. Denn nach der von ihnen bekannten staatsrechtlichen Lehre J. C. Calhouns von Südcarolina beruhte die Union auf dem freien Willen des souveränen Volkes der Einzelstaaten (was historisch bei den alten Staaten gar nicht zweifelhaft ist, vgl. Bd. VII, S. 745), und das selbst stand nur durch seine Staatsregierungen, nicht unmittelbar, mit der Bundesgewalt in Verbindung. Verletzte diese eine Bedingung des Grundvertrages, so hatte demnach jeder Einzelstaat das Recht, einen solchen Beschluß zu „nullifizieren", unter Umständen sich von der Union zu trennen. Dieser staatenbündischen Auffassung gegenüber betrachteten die Nördlichen das souveräne Volk der Union als eine unzertrennliche Einheit und jeden Versuch, diese aufzulösen, als Hochverrat. Sobald solche Grundsätze offen aufeinandertrafen, konnte nur das Schwert entscheiden. Und dies geschah.

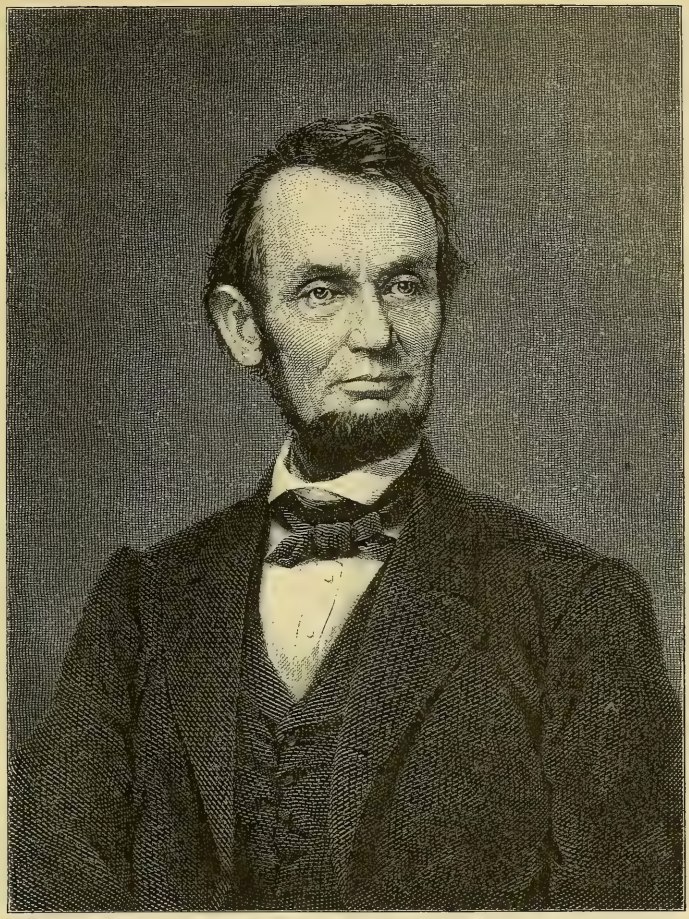
Der Bundeskrieg (1861—65).

A. Lincoln Präsident.

Bei den Beratungen über die Aufstellung eines neuen Kandidaten für die Präsidentenwahl im Frühjahr 1860 zu Charleston spalteten sich die Demokraten, und trotz angestrengter Einigungsversuche kam es schließlich zur Ernennung von vier Bewerbern, von denen der bedeutendste Stephen Douglas war. Dagegen erhoben die Republikaner, zuletzt einstimmig, zu Chicago im Mai 1860, Abraham Lincoln aus Illinois auf den Schild.

Abraham Lincoln, Nachkomme einer pennsylvanischen Quäkerfamilie, war 1809 in einem Blockhause in Kentucky geboren und, als ein echter Yankee, ganz durch eigne Kraft aus den bescheidensten Verhältnissen emporgekommen. Als Ackerknecht, Bootsmann, Holzfäller und Ladengehilfe verlebte er seine Jugend. Einen Feldzug gegen die Indianer machte er als Hauptmann einer Kompanie Freiwilliger mit, die er selbst gesammelt hatte. Aus diesem zurückgekehrt, eröffnete er in Neu-Salem in Indiana einen Kramladen, indem er seine freie Zeit für die Förderung seiner geistigen Ausbildung benutzte: hatte er doch überhaupt nur einmal sechs Monate hindurch Schulunterricht genossen. Im Handel indes hatte er kein Glück; er mußte seinen Laden wieder schließen und wurde nun Advokat in Springfield. Bald erlangte er einen großen Ruf als Verteidiger; mehr aber noch machte ihn seine unbestechliche Rechtschaffenheit, seine Willensstärke, seine Umgänglichkeit und sein schlagfertiger Witz populär. Er wurde in das Repräsentantenhaus gewählt, wo er mit Beredsamkeit die Politik der Freibodenmänner vertrat. Daß er im Jahre 1858 bei der Wahl eines Senators für seinen Heimatsstaat mit in Frage kam, machte ihn auch in weiteren Kreisen bekannt.

So wurde Lincoln unter ungeheurer Aufregung am 6. November 1860 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt, allerdings nur, weil die Stimmen der Gegner sich zersplitterten.



73. Abraham Lincoln.

Die Bundesregierung kam in die schlimmste Lage. Denn die Wahl war ein Faustschlag für den Süden, da Lincoln als ein entschiedener Gegner jeder Ausbreitung der Sklaverei galt, und es war vorauszusehen, daß der Süden sie als Kriegserklärung auffassen würde. Buchanan versuchte noch den Kampf zu vermeiden, aber freilich nur dadurch, daß er in seiner Botschaft an den Kongreß, der am 5. Dezember 1860 zusammentrat, den Sklavenstaaten unter gewissen Umständen das Recht der Sezession zugestand, sich also auf ihre Seite stellte. Darüber brach sein Ministerium zusammen; er wurde gezwungen, ein neues aus strengen Unionisten zu bilden. Das trieb den Süden weiter. Am 20. Dezember 1860 erklärte sich Südcarolina zum freien, souveränen Staat, im Verlauf des Januar 1861 folgten Mississippi, Florida, Alabama, Georgien und Louisiana, im Februar Texas, im März Arkansas; ihre Vertreter entfernten sich seit dem 24. Dezember aus Washington, gewöhnlich mit Begründung ihres Standpunktes. Trotzdem tagte der Kongreß weiter, beschloß, Colorado, Dakota und Nevada als Territorien einzurichten, Kansas als Staat aufzunehmen und die Eingangszölle im Interesse der nordstaatlichen Industrie wesentlich zu erhöhen (2. März). Der gleichzeitige Friedenskongreß in Washington seit dem 4. Februar 1861, an dem 14 freie und 7 Sklavenstaaten teilnahmen, verlief ergebnislos. Die Sezession.

Die Konföderation.

Schon am 6. Februar 1861 konstituierten sich die abtrünnigen Staaten zu Montgomery in Alabama als „Konföderative Staaten" und wählten am 9. Februar den Senator Jefferson Davis von Mississippi zum Präsidenten, der am 18. desselben Monats sein Amt übernahm. Die gleichzeitig aufgestellte neue Verfassung legte eine wesentlich stärkere Gewalt in seine Hände, als sie der Unionspräsident besaß.

Unter so schwierigen Umständen trat Lincoln am 4. März 1861 sein Amt als Präsident der Union an. Er betonte in seiner Antrittsrede, daß er nicht die Absicht habe, sich in die inneren Angelegenheiten der Südstaaten einzumischen, und enthielt sich daher aller gewaltsamen Maßregeln gegen den frondierenden Süden. Nur dessen Anträge auf Anerkennung des neuen Staatenbundes wies er pflichtmäßig zurück.

Anfang des Krieges.

Es war der Süden, der die Bahn der Gewalt zuerst betrat. Denn er fühlte sich durchaus als den stärkeren Teil; hatte doch auch der frühere Kriegsminister Floyd fast alle Waffenvorräte in südlichen Arsenalen aufgehäuft, und nur wenige Posten waren dort von Unionstruppen besetzt. So traf der General der Konföderierten Beauregard Anstalten, um sich des Forts Sumter, das den Eingang des Hafens von Charleston in Südcarolina beherrscht, zu bemächtigen. Der Kommandant des Forts, Major Anderson, wandte sich an die Unionsregierung um Hilfe. Indes die Konföderierten trieben den Dampfer, der nach Fort Sumter Verstärkung bringen sollte, mit Kanonenschüssen zurück und eröffneten am 12. April ein lebhaftes Geschützfeuer gegen das Fort. Dem war die schwache Besatzung von 77 Mann nicht gewachsen: am 14. April übergab Anderson das Fort gegen die Gewährung des freien Abzuges. Mit wehender Fahne unter den Klängen des Yankee-Doodle verließen die Verteidiger die zerschossenen Mauern, und die Palmettoflagge der Konföderation wurde statt des Sternenbanners gehißt.

Nach diesem Erfolge schlossen sich jetzt auch Virginien, der Heimatstaat Washingtons, das alte Kernland der Union, Tennessee und Nordcarolina der Konföderation an, dagegen blieben ihr die westlichen Staaten treu.

Rüstungen im Norden.

Nun forderte die Volksstimme im Norden laut energische Maßregeln zur Unterdrückung der Rebellion. Die reguläre Armee der Vereinigten Staaten, nur 15000 Mann stark, war dazu indessen um so weniger hinreichend, als sie über ein ungeheures Gebiet verzettelt stand und ein großer Teil der Offiziere, nun da der Krieg beginnen sollte, seinen Abschied nahm, teils aus schmählicher Furcht vor dem Kampfe, teils um bei den Konföderierten einzutreten. Die sehr zahlreiche Miliz aber durfte verfassungsmäßig nur je innerhalb ihres Staates verwendet werden, war auch militärisch fast ohne jede Schulung. Der Präsident ordnete daher, dem allgemeinen Verlangen entsprechend, schon am 15. April die Verdoppelung der regulären Armee und die Anwerbung von 75000 Freiwilligen an. Vielleicht den wertvollsten Bestandteil dieser Truppenmasse bildeten die deutschen Regimenter, die zum Teil aus gedienten Leuten bestanden und daher besser diszipliniert waren. Den Oberbefehl über diese ansehnliche Streitmacht erhielt der 75jährige General Scott, der einzige Offizier, der jemals einen größeren Feldzug geleitet hatte.

Rüstungen im Süden.

In größerem Maßstabe betrieb der Süden seine Rüstungen. Präsident Davis errichtete eine reguläre Armee von 25000 Mann und rief 150000 Freiwillige unter die Fahnen. Bald wurde die allgemeine Wehrpflicht der Männer vom 18. bis zum 45. Jahre (mit wenigen Ausnahmen) eingeführt. Der ganze Süden verwandelte sich in ein Kriegslager unter einer Militärdiktatur, etwa wie später Frankreich unter Gambetta; die wirtschaftliche Arbeit blieb den Sklaven und den Waffenuntüchtigen überlassen. Bei den ansehnlichen Waffenvorräten im Süden konnten auch Artillerie und Kavallerie in ansehnlicher Stärke ausgerüstet werden, während der Norden fast alles erst schaffen mußte, und die größere Anzahl von Berufsoffizieren, sowie die Gewöhnung der Südlichen an Befehlen und Gehorchen gab ihnen zunächst ein starkes Übergewicht. Namentlich ihre Reiterei war ausgezeichnet und wurde vortrefflich geführt.

Die ersten Kämpfe in Virginien.

Sie gingen daher sehr bald zum Angriff über und besetzten im nördlichen Virginien, nach dessen Hauptstadt Richmond Jefferson Davis seinen Sitz verlegte, die ganze Linie

74. Jefferson Davis.

von Harpers Ferry am Potomac, da, wo der Fluß durch die östliche Kette der Alleghanies bricht, bis nach Norfolk an der Chesapeakbai. Die Unionstruppen standen um Washington, überschritten aber am 24. Mai den Potomac und lieferten unter Mac Clellan den Konföderierten ein paar kleine, siegreiche Gefechte. Da erscholl im ganzen Norden der stürmische Ruf: „nach Richmond!“ Der alte Scott gab dem Drängen nach und rückte langsam in der Richtung auf Richmond vor. General Beauregard erwartete ihn in verschanzter Stellung hinter dem Flüßchen Bull-Run. So sicher war der Norden seines Sieges, daß zahllose Neugierige zu Wagen und zu Pferd aus Washington herbeiströmten, um das Schauspiel einer Schlacht in der Nähe sich anzusehen. Am 21. Juli rückte Scott zum Angriffe auf den Feind vor; hinter ihm drein zogen die Marketender und der ganze Troß über die Brücken. Und wirklich drangen anfangs einige Regimenter ganz wacker auf die ruhig wartenden Konföderierten los; bald aber riß Verwirrung ein; es fehlte an jeder Übereinstimmung der Bewegungen. Nun führte Beauregard einen kräftigen Vorstoß, und die ganze Unionsarmee stürzte in hellem Schrecken rückwärts. Die Brücken waren verstopft; die Bataillone lösten sich völlig auf; wer konnte, schnitt die Trainpferde von den Wagen und jagte in kopfloser Flucht von dannen. Der Ruf: „Kavallerie kommt!“ erhob sich, da war kein Halten mehr. Die Soldaten warfen die Waffen weg, um schneller laufen zu können; die Equipagen der Zuschauer wurden umgestürzt oder zu rascher Flucht benutzt, bis die Verschanzungen der Stadt Washington die Gescheuchten aufnahmen. Ja von den Milizen rannten

nicht wenige gleich bis in ihr Heimatsdorf. Nur die deutsche Brigade Blenker that wacker ihre Pflicht und deckte den schimpflichen Rückzug. Zum Glück unterließ der Sieger jede Verfolgung; nur seine Vorposten schob er bis nach Washington vor.

Charakter der Heere und des Krieges.

Das Gefecht bei Bull-Run hatte die Union zum Gespötte der ganzen Welt gemacht. Unter diesem Eindrucke bewilligte der Kongreß ohne weiteres dem Präsidenten Lincoln die Anwerbung von Freiwilligen bis zu 500000 Mann, woneben die reguläre Armee auf 40000 Mann gebracht werden sollte. Diese trug eine blaue Uniform, bei den Freiwilligen aber blieb die Bekleidung ziemlich willkürlich; die meisten trugen einen kurzen blusenartigen Rock. Erst allmählich wurden diese Leute zu Soldaten, aber immer blieb der Übelstand bestehen, daß die Freiwilligenregimenter (nominell zu 1000 Mann) immer nur auf eine bestimmte Zeit angenommen und nach deren Ablaufe, oft in einem gefährlichen Augenblicke, entlassen wurden; nur wenige Staaten schickten für ihre Regimenter regelmäßig Ersatz. Die Offiziere gingen größtenteils in Zivilkleidern, nur daß sie die Abzeichen ihrer Charge auf der Schulter trugen. Wer aber waren die Offiziere? Wer eine Kompanie Freiwillige zusammenbrachte, wurde ihr Hauptmann, wer ein Bataillon, Major, wer ein Regiment, Oberst. Natürlich waren diese Offiziere, die vorher fast nie Soldat gewesen waren, in einem unglaublichen Grade unwissend in allen militärischen Dingen. Hauptsächlich aber hatten sie keine Vorstellung von der ersten Soldatentugend, dem Gehorsam: jeder wollte den Krieg auf seine Art führen. Freilich verstanden die Generale meist nicht mehr von Kriegskunst. Die besten waren diejenigen, die aus der Militärschule von Westpoint am Hudson hervorgegangen waren, aber auch von diesen hatte keiner jemals einen etwas größeren Heeresverband geführt, sie waren in dieser Beziehung fast reine Empiriker. Und dies eben ist es, was dem amerikanischen Bürgerkriege eine so grausige Färbung gibt. Viele Tausende von Menschen wurden durch die Unwissenheit und das Ungeschick der Heerführer völlig nutzlos hingemordet. Tagelange Schlachten wurden geschlagen, ohne daß eine Entscheidung herbeigeführt wurde. Die Kraft zusammenzufassen, um die feindliche Schlachtlinie im rechten Augenblick zu durchbrechen, durch geschickte Marschdispositionen den Gegner zugleich von mehreren Seiten zu fassen, Reserven zur Verfügung zu halten, von alledem hatten die meisten Generale keine Ahnung, und versuchten sie es einmal, so mißglückte das Manöver. Noch weniger verstanden sie, einen Erfolg durch konsequente Verfolgung auszunutzen. Stießen sie auf den Gegner, so lösten sich bald die Regimenter in meilenlange Tirailleurlinien auf, denen eine einheitliche Leitung fehlte. Man schoß einfach dem Gegner soviel Leute tot, wie möglich war. An heldenmütiger Bravour und Ausdauer fehlte es dabei auf keiner Seite. Darum ergaben die Schlachten so fürchterliche Opfer und doch keine Entscheidung; darum schleppte sich der Krieg, ein entsetzliches Morden, vier Jahre lang hin. Fortwährend wechselten im Norden die Oberanführer, und für einen jeden bezahlten viele Tausende von Soldaten das Lehrgeld mit ihrem Leben, sei es in den nutzlosen Schlachten, sei es in den unerhörten Strapazen, die aus militärischer Ignoranz ihnen zugemutet wurden: bis endlich durch den Krieg selbst einige Generale sich zu brauchbaren Heerführern ausbildeten. Im Grunde mußte schließlich die Endentscheidung davon abhängen, welcher der beiden Gegner das meiste Geld und die meisten Menschen zu opfern hatte. Und dieser Vorteil war auf seiten der Nordstaaten.

Kriegsschauplätze.

Monate vergingen mit der Einübung der ungeheuren neuangeworbenen Freiwilligenmassen, die sich im Norden zu Ende des Jahres 1861 auf nicht weniger als 640000 Mann, neben der regulären Armee von 20000 Mann, beliefen. Dann entbrannte der Krieg fast gleichzeitig auf drei verschiedenen Schauplätzen. Der eine lag zwischen den beiderseitigen Hauptstädten Washington und Richmond, also in Virginien, den zweiten bildeten die Staaten Kentucky, Tennessee und der nördliche Teil von Georgien; denn hier vereinigten sich die Eisenbahnen des konföderierten Gebietes und von hier führten die Pässe in die weiten Ebenen von Georgien und Alabama hinab. Den dritten endlich stellte, das Gebiet der Konföderation durchschneidend, der Mississippi mit seinen Ufern von Cairo am Einflusse des Ohio bis New Orleans dar. Die

ungeheuren Entfernungen, die im ganzen noch dünne Bevölkerung, namentlich der Binnenstaaten, die ausgedehnten Wald- und Sumpfstrecken, die damals im ganzen noch immer geringe Entwickelung des Eisenbahn- und Wegenetzes, die die Verpflegung großer Heeresmassen sehr erschwerte, das alles trug dazu bei, dem Kriege seinen eigentümlichen Charakter zu geben: die lange Dauer und die Seltenheit großer durchschlagender Entscheidungen. Dazu kam der Seekrieg. Er umfaßte die ganze 700 Meilen lange Küste der Konföderation vom Potomac bis Texas, die von der Union in Blockadezustand erklärt wurde. Freilich stand diese zunächst auf dem Papier. Denn beim Beginne des Bürgerkrieges zählte die Unionsflotte nur 42 Schiffe mit 555 Geschützen und 760 Mann, und davon lagen 30 in auswärtigen Häfen, viele waren kriegsuntüchtig, und zur Hand augenblicklich nur drei brauchbare Schiffe. Doch mit einer Energie und Umsicht, die an das Verfahren der Römer im ersten Punischen Kriege erinnert, schuf sich die Union, zum Teil mit Hilfe der Privatindustrie, bis zum 1. Dezember 1861 eine Marine von 264 Schiffen, und besaß 1863 deren 671, Fahrzeuge der verschiedensten Art für die verschiedenen Aufgaben, darunter zahlreiche Panzerschiffe mit den schwersten Geschützen, vor allem flachgehende Turmschiffe, für die der schwedische Ingenieur Ericsson im „Monitor" das bahnbrechende Beispiel gab. Die Offiziere wurden größtenteils der Handelsflotte entnommen. Mit diesen Rüstungen konnten die Konföderierten nicht wetteifern, sie vermochten mit ihren Schiffen höchstens ihre Häfen zu verteidigen, sandten aber bald kühne, schnelle „Blockadebrecher" auf Kaperfahrten gegen die Kauffahrteiflotte der Union ins Meer hinaus. So nahm die Unionsflotte schon im August 1861 die Forts Clark und Hatteras (am gleichnamigen Kap) in Nordcarolina, im November auch nach schwerer Beschießung den schönen Hafen Portroyal in Südcarolina, im Januar 1862 die Insel Roanoke mit einigen Punkten an der Küste des Festlandes, und führte allmählich die Blockade der Ostküste wirklich durch.

Krieg in Missouri.

Der Landkrieg gewann einen lebhafteren Charakter zuerst im Westen, zwischen den Alleghanies und dem Mississippi. In Missouri griffen die hier zahlreichen Deutschen sofort für die Union zu den Waffen, bildeten, ohne Weisungen aus Washington abzuwarten, Freiwilligenregimenter und sicherten St. Louis für die Union, indem sie schon am 10. Mai 1861 Camp Jackson nahmen. Dann siegte der deutsche Oberst Franz Sigel, der beim badischen Aufstande 1849 eine hervorragende Rolle gespielt hatte, mit dem Amerikaner Lyons am 5. Juli bei Carthage, wurde zwar am 10. November bei Springfield geschlagen, führte aber den Kern seiner Truppen glücklich zurück. Inzwischen hatte Fremont die Oberleitung in Missouri übernommen, organisierte hier die Streitkräfte der Union und ließ zahlreiche Kanonenboote auf dem Mississippi bauen, mußte aber sein Kommando bald an den General Hunter abgeben, da er am 31. August eigenmächtig die Befreiung der Sklaven verkündigt hatte. Dieser leistete so wenig, daß er sich in St. Louis einschloß. Erst der Sieg Sigels bei Pearidge im nordwestlichen Arkansas am 6.—8. März 1862 verdrängte die Konföderierten aus Missouri.

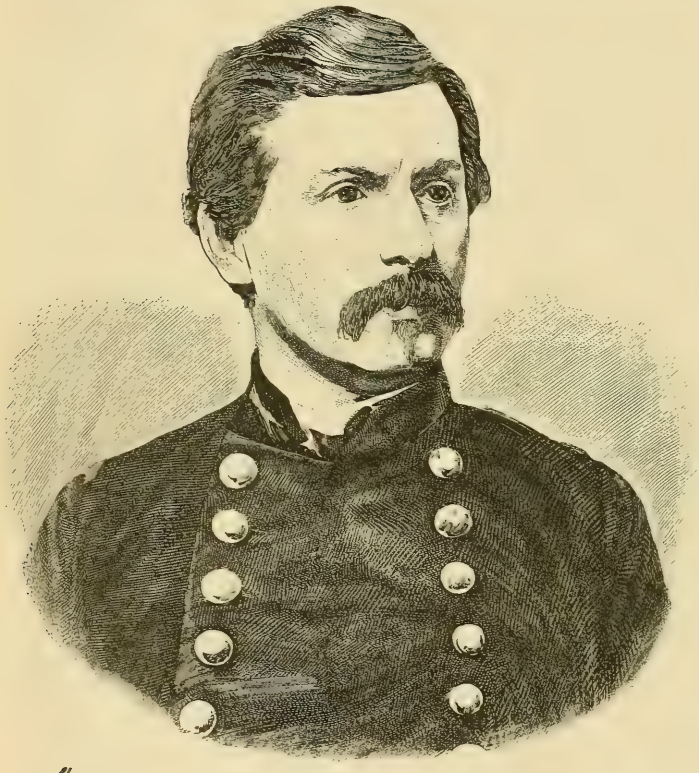
Vorstoß der Unionisten gegen Richmond.

Mittlerweile waren die Unionisten auf dem in mancher Beziehung wichtigsten Kriegsschauplatze, in Virginien, wenig glücklich. Hier versuchten die Konföderierten zunächst die Blockade des Jamesflusses bei Fort Monroe zu durchbrechen, um den geplanten Vormarsch des neuen Unionsobergenerals Mac Clellan (seit Oktober 1861) zu erschweren. Dabei kam es am 8. März 1862 auf den Hampton Roads im Angesicht von Fort Monroe zu dem ersten denkwürdigen Kampfe zwischen Panzerschiffen.

Ein Teil des Blockadegeschwaders, drei Dampfer und zwei Segelfregatten, lag im März 1862 auf der Reede der Hampton Roads, den Hafen von Norfolk beobachtend. Am 8. März verließ eine Flottille der Konföderierten den Hafen, den Feind zu vertreiben. Sie bestand aus zwei Panzerschiffen, einigen Kanonenbooten und einem schwer gepanzerten Schiffe, dem Merrimac, das aus einer alten Holzfregatte hergestellt und wie ein schwimmendes Hausdach erschien, mit Kanonen schwersten Kalibers ausgerüstet und vorn mit einem Stahlschnabel versehen war. Mit seinem Eisenpanzer den vollen Breitseiten, die auf ihn abgefeuert werden, trotzend, schießt der Merrimac zunächst die Fregatte „Congreß" in Brand, rennt dann mit voller Dampfkraft die Holzfregatte „Cumberland" an und bringt sie sofort zum Sinken; dann wendet er sich gegen die „Minnesota", die indes, im flachen Wasser liegend, ihm unerreichbar blieb. Die Nacht

bricht herein und zwingt das Widderschiff sich in den Hafen zurückzuziehen. Da kommt am nächsten Morgen den Unionsschiffen Hilfe. Es ist die schwimmende Batterie Monitor. Wie ein breitkrämpiger Hut, kaum aus dem Wasser hervorragend, schwimmt sie auf dem Meere. Ganz mit sechszölligen Eisenplatten gedeckt, trägt sie in der Mitte einen bombensicheren Turm mit zwei Geschützen, die Kugeln von 92 kg Gewicht schleudern. Der Merrimac kommt hervor, und der Kampf zwischen den beiden seltsamen Gegnern beginnt. Die Kugeln wie der Stahlschnabel des Merrimac erweisen sich an der Batterie gleich machtlos; auch ein Versuch, sie zu entern, mißlingt. Vielmehr empfängt der Merrimac so ernstliche Verletzungen, daß er zu sinken beginnt und schleunig in den Hafen zurückkehren muß.

Die Unionsflotte behauptete die Blockade. Dadurch wurde Mac Clellans Plan, Richmond konzentrisch anzugreifen, wesentlich unterstützt. Er selbst wollte bei Fort Monroe, unweit Norfolk, mit einer Armee von 120000 Mann landen; zwei andre Korps sollten ihn dabei von der Landseite unterstützen. Allein die Unionsregierung rief sie, als Mac Clellan seine Landung bewerkstelligt hatte und, die viel schwächeren Konföderierten vor sich her schiebend, bis auf 7 englische Meilen von Richmond vorgedrungen war (23. Mai), zum Schutze der Bundeshauptstadt zurück. Die konföderierten Truppen auf dem östlichen Kriegsschauplatze befehligte jetzt nämlich General Robert Lee, ein tüchtiger und umsichtiger Führer. Auf seine Weisung hatte „Stonewall" Jackson, einer der genialsten Führer der Südlichen, der seine Truppen zu elektrisieren wußte und dabei ein strenggläubiger Puritaner, der nie in den Kampf ging, ohne zu beten, im Shenandoathale eine drohende Demonstration gegen Washington ausgeführt, und der kühne Reitergeneral Stuart war im Rücken der Unionstruppen erschienen. Mac Clellan zog sich infolgedessen in eine feste Stellung am Jamesflusse zurück. Mit Ungestüm griff ihn hier Lee an. Sieben Tage, vom 25. Juni bis 1. Juli, währten die blutigen Kämpfe bei Richmond; 60000 Mann fanden ihren Tod, aber dennoch wurde nichts weiter erreicht, als daß Mac Clellan seine Armee durch Sumpf und Wald zurückführen und sich wieder einschiffen mußte. Er wurde zum Kommandanten von Washington ernannt; den Oberbefehl mußte er an General Halleck überlassen.



75. General Mac Clellan.

Erfolge der Konföderierten in Virginien.

Nun aber rückte Lee wieder gegen Washington vor. Abermals kam es am Bull-Run vom 28.—30. August zum Kampfe. Halleck wurde geschlagen, und die Bundesregierung, voller Bestürzung, dachte schon an Flucht nach New York. Aber Lee begnügte sich nach der Erstürmung von Harpers Ferry durch Jackson (13. September)

und einem trotz furchtbar blutigen Ringens mißlungenen Vorstoße bei Antietam am 17. September damit, die Reiterei unter Stuart in den Rücken des Feindes nach Pennsylvanien zu senden und allenthalben Kontributionen für die Konföderierten erheben zu lassen. Jetzt ermannte sich die Bundesregierung; Lincoln übertrug den Oberbefehl dem General Burnside mit der Weisung, energisch vorzurücken. Burnside traf den Gegner in stark verschanzter Stellung auf den Höhen bei Fredericksburg am Rappahannock, nördlich von Richmond. Ohne die feindlichen Batterien erst zum Schweigen zu bringen, ging er am 13. Dezember zum Sturme gegen die feindlichen Positionen vor. Am den mörderischen Geschützfeuer scheiterte der Angriff völlig, und nur die Nacht rettete Burnside vor der Vernichtung. Ein zweiter Vormarsch im Januar 1863 blieb buchstäblich im Straßenkot stecken. Den Oberbefehl erhielt jetzt General Hooker, dessen Aufgabe es vor allem war, Ordnung und Disziplin in der geschlagenen Armee wiederherzustellen. Die Konföderierten hatten in Virginien glänzend das Feld behauptet.

Kämpfe in Tennessee.

Etwas schwereren Stand als Lee hatte Beauregard, den Davis als Oberbefehlshaber auf den westlichen Schauplatz gesandt hatte. Ihm trat ein Unionsheer unter den Generalen Grant und Buell entgegen. Dies beherrschte eine Linie längs des Cumberlandflusses, die quer durch Tennessee und Kentucky von Cairo am Mississippi bis an die westlichste Kette der Alleghanies, die Cumberlandberge bei Cumberland Gap reichte. Durch die Siege bei den Rumford Hills am 17. Dezember 1861 und Mill Springs am 19. Januar 1862, wo ein stürmischer Bajonettangriff der deutschen Brigade des Generals Schöpf die Entscheidung herbeiführte, sowie durch die Eroberung der Forts Henry und Donelson im Februar desselben Jahres, gelangten die Unionstruppen in den Besitz von Nashville, der Hauptstadt von Tennessee, und vertrieben dann die Konföderierten fast ganz aus Tennessee und Kentucky.

76. General Robert Lee.

Beauregard sammelte indes seine Truppen in einer verschanzten Stellung bei Korinth, an der Nordgrenze des Staates Mississippi, einem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt, und trat in dessen Nähe, bei Pittsburg-Landing am Tennesseeflusse, am 6. April dem kühn vordringenden Grant entgegen. Er warf ihn bis an den Tennessee zurück; allein Grant zog während der Nacht Verstärkungen an sich, erneuerte am folgenden Tage das Gefecht und drängte jetzt seinerseits die Konföderierten bis in ihre Verschanzungen bei Korinth zurück. Er benutzte indes den gewonnenen Vorteil so wenig, daß Beauregard nach dem östlichen Kriegstheater zur Unterstützung Lees abziehen und die Konföderierten in den Verschanzungen bei Korinth ein neues Heer bilden konnten, mit dem der unternehmende Südgeneral Bragg auf der einen Seite wieder in Kentucky bis an den Ohio, auf der andern ostwärts bis Chattanooga, an

der Grenze von Georgien und Alabama, vordrang. Sogar Louisville und Cincinnati waren bedroht. Aber die Unionisten traten ihm am 8. Oktober bei Perryville, südöstlich von Louisville, am 31. Dezember bei Murfreesboro, unweit Nashville, in mörderischen Kämpfen entgegen, so daß beide Teile nach schweren Verlusten voneinander abließen.

Eroberung von New Orleans.

Einen entscheidenden Erfolg indessen hatte die Union am Mississippi errungen, dessen Ufer und Mündung die Konföderierten auf das stärkste gesichert hatten, um die Hilfsmittel ihrer westlicher gelegenen Staaten unbehindert für den Kampf heranziehen zu können. New Orleans war der wichtigste Stützpunkt und Stapelplatz der Konföderierten an dem Riesenstrome. Zwar die Stadt war unbefestigt, aber 19 Meilen stromabwärts von ihr sperrten die sehr starken Forts Jackson und St. Philipp hüben und drüben die Einfahrt in den Mississippi mit 128 Geschützen in bombenfesten Gebäuden. Und zwischen ihnen war eine mächtige Kette quer durch den Strom gezogen. Kommodore Farragut erhielt den Auftrag, den Eingang in den Mississippi zu erzwingen und New Orleans zu nehmen. Eine Flotte von 310 Kanonen war unter seinen Befehl gestellt, und General Butler, der Oberbefehlshaber der Landarmee, angewiesen, mit ihm zusammen zu operieren. David Farragut, 1801 geboren, seit seinem neunten Jahre Seemann, ging im Februar 1862 in See, entsetzte Fort Pickens, eroberte Pensacola in Florida und begann am 18. April das Bombardement gegen die beiden Mississippiforts. Allein es war erfolglos. Dennoch beharrte Farragut auf seinem Entschlusse, die Einfahrt zu erzwingen. Unter dem Schutze der Nacht gelang es, die Sperrkette, obgleich sie von 13 Kanonenbooten und einer schwimmenden Panzerbatterie verteidigt wurde, zu sprengen; dann rückten, wie eben der Mond aufging, in drei Linien dicht hintereinander die stärksten Schiffe der Flotte vor. Die Forts eröffneten ein lebhaftes Feuer aus allen Geschützen auf sie; aber mitten in dem Kugelregen, während die einschlagenden Geschosse das Wasser wie ein Sturmwind emporpeitschten, drangen die Schiffe vorwärts. Ein wilder Kampf mit der feindlichen Flotte erhob sich, den die Fregatte Portsmouth, von einem Brander in Brand gesteckt, schauerlich beleuchtete. Der Dampfer Varuna, schwer beschädigt, trieb sinkend ans Ufer. Aber als der Tag graute, der 24. April, hatten alle übrigen Schiffe Farraguts die furchtbare Sperrlinie der Forts glücklich überwunden und gingen zwei Tage später bei New Orleans vor Anker. Die konföderierte Flotte war vernichtet; die Forts mußten am 28. sich Butler ergeben, der nunmehr New Orleans am 1. Mai ohne Widerstand besetzte und mit despotischer Strenge dort auftrat.

77. Admiral Farragut.

Die Mündung des Mississippi war frei. Zugleich hatte auch am oberen Strome General Halleck die feste Stellung der Konföderierten bei New Madrid am Mississippi und auf der Insel Nr. 10 unterhalb Cairo am 14. März 1862 nach heißen Flottenkämpfen auf dem Riesenstrome genommen, dann Fort Pillow und endlich Memphis erobert. Damit war diese wichtige Verpflegungslinie den Konföderierten entrissen; nur die beiden trotzigen Festen Port Hudson und Vicksburg, sperrten noch auf einer Strecke von 75 engl. Meilen der Union die Stromfahrt.

Die Aufhebung der Sklaverei.

Dennoch stand es gegen Ende des Jahres mit der Sache der Union nicht sehr aussichtsvoll. Die täglichen Kosten des Krieges beliefen sich auf 2 Millionen Dollar (8 Millionen Mark). Die ungeheuren Verluste der kämpfenden Armeen hatten Trauer in zahllose Familien gebracht und mußten ersetzt werden. Aber die Begeisterung für den Krieg hatte im Norden sich sehr abgekühlt. Die Werbungen lieferten nicht mehr die nötige Zahl von Rekruten; Zwangsaushebung sollte ergänzend eintreten, aber die Bevölkerung setzte den Rekrutierungsbeamten an mehreren Orten blutigen Widerstand entgegen. Die Zahl der Desertionen aus Feigheit oder Betrügerei, um anderswo neues Handgeld zu erschwindeln, mehrte sich in bedenklicher Weise; bei der östlichen Armee stieg sie auf 200 Ausreißer täglich. Lincoln verschloß sich nicht länger der Notwendigkeit, auch die Farbigen für den Krieg heranzuziehen, womit schon einzelne Generale gegen seinen Willen auf ihre eigne Verantwortung einen Anfang gemacht hatten. Zugleich aber erkannte er, daß auch die weiße Bevölkerung einer neuen wirksamen Anregung bedurfte, da der Kampf für die Einheit der Union die Gemüter nicht mehr hinriß. So entschloß er sich denn, die Aufhebung der Sklaverei auszusprechen. Am 22. September 1862 erließ Lincoln eine Proklamation, daß vom 1. Januar 1863 an „alle Personen, die als Sklaven behandelt werden in irgend einem Staate oder bestimmten Teile eines Staates, wovon die Einwohner an gedachtem Tage sich im Stande der Empörung gegen die Vereinigten Staaten befinden werden", für immer frei sein sollten. Und am Neujahrstage 1863 folgte eine zweite Proklamation, welche die erste bestätigte und die Freiheit aller Sklaven nochmals aussprach. Damit war die Brücke zu einer friedlichen Aussöhnung mit den Südstaaten, die Lincoln bisher immer noch für möglich gehalten hatte, definitiv abgebrochen; nur die völlige Niederwerfung der Konföderierten konnte jetzt noch den Frieden geben.

Dem Kriege kam die Maßregel in erster Linie zu gute. Zahlreiche flüchtige Sklaven ließen sich für die Union anwerben, und die farbigen Regimenter, so schwer sie auch zuzeiten zu zügeln waren, haben sich nicht schlecht geschlagen.

Neuer Vorstoß gegen Richmond.

Unterdessen war, bedrohlich genug, Lee den Winter über bei Fredericksburg stehen geblieben. Aber er hatte nur noch 50 000 Mann um sich, und Stuarts treffliche Reiterei war durch eine verheerende Seuche unter den Pferden gelähmt. Die nächste Aufgabe Hookers schien es daher zu sein, den Feind zum Zurückgehen zu bewegen. Mit seiner wiederhergestellten Armee von 100 000 Mann rückte er demnach über den Rappahannock vor und suchte bei Chancellorsville am 2. Mai 1863 Lee in der Flanke zu fassen. Indessen Lee durchschaute das Manöver und hatte seine Maßregeln danach getroffen: er hatte das Korps des Generals Jackson abgeschickt, um, durch Wald gedeckt, den rechten Flügel der Unionsarmee zu umgehen. Um Mittag begann die Schlacht; gegen Abend griff Jackson mit seinem gewöhnlichen Ungestüm ein. In dem dicht verwachsenen Wald erhob sich ein wütender Kampf; die Bäume selbst gerieten durch die Granaten in Brand, Freund und Feind mußten aus dem Walde weichen, aber die zahllosen Verwundeten wurden ein Opfer der Flammen. Am nächsten Tage nahm Hooker die Schlacht wieder auf, jedoch nur, um den Rückzug sich zu sichern. Mit einem Verlust von 15 000 Mann und 120 Geschützen ging er über den Rappahannock zurück. Auch die Konföderierten hatten indes schwer gelitten, und mehr als eine ganze Armee bedeutete für sie der Tod Jacksons, dem am Abend der Schlacht bei einem Rekognoszierungsritte im dunklen Walde eine Salve seiner eignen Leute den linken Arm zerschmettert hatte und der wenige Tage später einer heftigen Lungenentzündung erlag. „Führt die Infanterie vor", hörte man ihn noch rufen, als er in den letzten Zügen lag.

Eine Pause der Erschöpfung trat ein. Nur mit äußerster Anstrengung brachten die Konföderierten Lees Armee auf fast 100 000 Mann, aber es begann ihnen nach den entsetzlichen Verlusten an Menschen zu fehlen. Daher mußten sie alles an einen entscheidenden Schlag setzen; die Entscheidung des Krieges nahte heran.

Lee gegen Washington.

Am 4. Juni brachen Lees Vortruppen auf, um durch das Shenandoahthal über den Potomac vorzudringen und die Bundeshauptstadt Washington im Rücken zu fassen, am 24. Juni stand die ganze Armee im Norden des Flusses und rückte gegen die Grenze Pennsylvaniens vor, während Stuarts Reitergeschwader weit vorausschweiften, Schrecken ergriff Washington, die gefürchtete Invasion war da. Lincoln rief 120 000 Milizen unter Waffen und ernannte den kaltblütigen, umsichtigen General Meade an Hookers Stelle zum Oberbefehlshaber. Dieser folgte den Gegnern in eiligen Parallelmärschen nach Pennsylvanien hinein und stieß bei Gettysburg nördlich von Washington auf Lee, der, da er keine genügende Reiterei zur Hand hatte, von der Stärke der Unierten schlecht unterrichtet war. Eine der grimmigsten Schlachten des grimmigen Krieges entspann sich. Die beiden Heere standen auf zwei parallel laufenden Hügelketten südlich von Gettysburg, die Konföderierten auf dem Seminary Ridge im Westen, die Unionisten gegenüber im Osten auf den Cemetery Ridge (Kirchhofberge). Drei Tage lang, vom 1.—3. Juli 1863 wurde erbittert gefochten. An den beiden ersten waren die Südlichen im Übergewicht, aber am dritten scheiterten ihre Angriffe auf die Stellung der Nördlichen trotz glänzenden Heldenmuts und sie mußten weichen; 36 000 Mann, darunter 17 Generale, hatten sie auf dem Platze gelassen, die Unionisten 28 000 Mann mit 10 Generalen. Die Kerntruppen des Südens deckten das Schlachtfeld, und seine Stoßkraft war gebrochen. Doch zog sich Lee in guter Ordnung und unverfolgt über den Potomac zurück.

Einnahme von Vicksburg.

Als sich diese Nachricht am 4. Juli, dem Bundesfesttage, im Lande verbreitete, kam zugleich eine zweite nicht weniger wichtige Siegespost aus dem Westen: Vicksburg, das stärkste Bollwerk der Konföderierten am Mississippi, war gefallen. Die Konföderierten hatten Vicksburg und Port Hudson auf das äußerste befestigt, die Unionstruppen setzten alles daran, sie zu nehmen. Unterhalb Port Hudson lag Farragut mit seiner Flotte, oberhalb Vicksburg Kommodore Porter, zu Lande führte Grant die Belagerung von Vicksburg, General Banks diejenige von Port Hudson. Indes den Zwillingsfesten, die sich gegenseitig deckten, war nur beizukommen, wenn es gelang, zwischen sie zu kommen. Der kühne Farragut unternahm das Wagnis; seinem Vorgange folgte Porter: die Verbindung der Festungen wurde durch die Unionsschiffe aufgehoben und die Verproviantierung ihnen gesperrt. Seit dem 19. Mai war Vicksburg nach zahlreichen blutigen Gefechten fest eingeschlossen. Indes noch monatelang widerstand die Festung, erst der Hunger bezwang sie. Nachdem das letzte Pferd und der letzte Maulesel verzehrt war, zog General Pemberton, der wackere Verteidiger von Vicksburg, am 3. Juli die weiße Flagge auf und ergab sich am folgenden Tage mit 31 000 Mann und 172 Geschützen an Grant. Dadurch war auch Port Hudson unhaltbar geworden und kapitulierte nun ebenfalls am 9. Juli. Die Mississippilinie war damit in ihrer ganzen Länge für die Union gewonnen, und die Konföderierten völlig von ihren Weststaaten abgeschnitten.

Eroberung von Tennessee.

Noch harrte aber Grants eine schwere Aufgabe. Gegen den verwegenen Konföderiertengeneral Bragg war ein starkes Truppenkorps unter General Rosenkranz ausgesandt, von ihm aber am Chicamanga in Tennessee am 29. und 30. September 1863 geschlagen und in Chattanooga eingeschlossen worden. Alle Berghöhen um die Stadt hatte Bragg in verschanzten Stellungen besetzt. Grant zog zum Entsatze herbei. In dreitägigen Gefechten vom 27.—29. November bei Missionary Ridge und Lookout-Mountain vertrieb er die Konföderierten aus ihren Verschanzungen. Auf 20 000 Mann belief sich der Verlust eines jeden Heeres; aber Braggs Armee war fast vernichtet; in eiliger Flucht retteten sich ihre Trümmer nach Atlanta in Georgien. Tennessee ging für die Konföderierten völlig verloren. Ganz entschieden neigte sich jetzt das Übergewicht auf die Seite der Union. „Ich hoffe", sagte Lincoln, „der

Frieden kommt jetzt bald und auf die Dauer und so, daß er für alle Zukunft gehalten zu werden verdient."

U. Grant Oberbefehlshaber.

Und Lincoln selbst that den entscheidenden Schritt, um seine Hoffnung zu erfüllen, indem er sich entschloß, der bisher geübten Praxis entgegen, die militärische Oberleitung sämtlicher Streitkräfte der Union in eine Hand zu legen. Es wurde für diesen Zweck die Stelle eines Generalleutnants geschaffen, und am 17. März 1864 General Grant in diese berufen.

Ulysses Grant war im Jahre 1822 in Mount-Pleasant in Ohio geboren. Mit 17 Jahren trat er in die militärische Akademie von Westpoint; als junger Leutnant machte er den Krieg gegen Mexiko mit und wurde während desselben zur Belohnung wiederholt bewiesener besonderer Tapferkeit zum Hauptmann ernannt. Indes 1854 nahm er seinen Abschied und wurde Feldmesser in St. Louis. Da er jedoch hierbei seine Rechnung nicht fand, übernahm er die Bewirtschaftung einer Farm in der Nähe; allein auch diese gab er nach einigen Jahren wieder auf und trat 1859 in die Gerberei seines Vaters in Galena in Illinois ein. Beim Ausbruche des Bürgerkrieges kehrte er zu den Waffen zurück; er wurde Oberst eines Illinoiser Freiwilligenregiments, jedoch schon im August zum General befördert. Seinem Talente, vor allem seiner unerschütterlichen Ruhe und Umsicht, wie seiner gründlicheren militärischen Ausbildung verdankte er seine Erfolge, und diese waren es, die ihn jetzt an die Spitze der gesamten Kriegführung der Union erhoben. Siegeszuversicht knüpfte sich an seinen Namen. Indes so schnell, wie man es wünschte und hoffte, vermochte auch Grant nicht die Entscheidung herbeizuführen.

78. General Ulysses Grant.

Der Seekrieg.

Unterdessen litt der Handel der Union in ganz unerträglicher Weise durch die dreisten Kaper der Konföderierten. 671 Kriegsschiffe erwiesen sich als ungenügend, um zugleich die Blockade der konföderierten Küste wirksam zu machen und die Handelsschiffe der Union zu schützen. Die Kaper des Südens, schnelle, meist in England gebaute Dampfer, die teilweise über 16 Knoten (Seemeilen) in der Stunde liefen, mehr als jedes der damaligen Kriegsschiffe der Union, durchbrachen die Blockade und vertrieben die Kauffahrer der Union vom Atlantischen Ozean oder zwangen sie zu ihrer Sicherheit unter englischer Flagge zu segeln. Der Shenandoah zerstörte 34 Walfischfahrer der Union in den Polargegenden, und die Alabama gar unter Kapitän Semmes erbeutete nicht weniger als 65 Schiffe des Gegners im Werte von 10 Mill. Dollar. Endlich fand der Kearsarge, ein Kriegsschiff der Union, ihre Spur und folgte ihr bis nach Cherbourg, in dessen Hafen das Raubschiff einer Ausbesserung wegen eingelaufen war. Die Alabama nahm die Herausforderung an und kam aus dem Hafen hervor. Ein heftiger Geschützkampf entspann sich am 19. Juni 1864 angesichts des Hafens unter den Augen von Tausenden von Zuschauern: nach zwei Stunden war die Alabama zum Sinken gebracht und strich die Flagge. Ihren Haupt-

schlupfwinkel indes hatten die südlichen Kaper in Charleston und am Golf von Mexiko in der Bai von Mobile. Jene Stadt, die den Nördlichen besonders verhaßt war als die Wiege der Sezession, wurde im Jahre 1863 zweimal mit allen Mitteln der neuen Technik, mit Panzerschiffen und Riesengeschützen, angegriffen und das Fort Sumter dabei in Trümmer geschossen, aber trotz schwerer Verluste gelang die Einnahme nicht. Glücklicher war die Union im nächsten Jahre 1864 gegen Mobile. Durch eine Insel gedeckt, hatte die Bai nur zwei Zugänge, von denen für größere Schiffe sogar nur einer fahrbar war. Ihn schützte auf der Festlandsseite Fort Morgan mit 136, auf der Inselseite Fort Gaines mit 50 Kanonen, und in der Bai lag eine Flottenabteilung unter Kommodore Buchanan mit dem Panzerschiff Tennessee. Wiederum war es Farragut, der die Eroberung des Raubnestes auf sich nahm. Auf dem Mars seines Admiralschiffes, des Hartford, mit seinem jungen Sohne stehend, dampfte der alte Held am Morgen des 5. August 1864 gegen den engen Swasch-Kanal vor. Mit einem furchtbaren Geschützfeuer werden die Forts überschüttet; eines der Schiffe, der Monitor Tecumseh, stößt auf einen Torpedo und fliegt in die Luft; die Fregatte Oneida erhält einen Schuß in den Dampfkessel; dennoch dringt die Flotte vor. Die kleineren Schiffe des Gegners sind bald genommen oder in die Flucht getrieben. Nur der Tennessee hält unerschütterlich stand. Da läßt Farragut seine Holzschiffe mit voller Dampfkraft gegen das schwere Panzerschiff anrennen; es kracht in allen Fugen und ergibt sich. In weniger als drei Stunden ist der Kampf entschieden; Fort Gaines kapituliert und nach wenigen Tagen auch Fort Morgan. Farragut hatte die Sperrung der Bai vollendet; die Stadt Mobile selbst war freilich ohne Landtruppen nicht zu nehmen. Für diese aber gab es damals größere Aufgaben.

Sherman. Grant hatte, als er nach dem Osten berufen wurde, den Oberbefehl über seine Armee an General William Sherman abgegeben, der als Korpsführer unter Grant das Meiste zu dem Siege bei Missionary Ridge beigetragen hatte.

Sherman war 1820 geboren, hatte seine militärische Ausbildung in Westpoint erhalten und die Kämpfe in Florida gegen die Seminolen mitgemacht, 1851 aber seinen Abschied genommen und sich als Kaufmann in San Francisco niedergelassen. Später Leiter einer Militärschule in Louisiana nahm er beim Beginne der Sezession seinen Abschied und trat in die Unionsarmee ein. Hager und sehnig, an große Strapazen gewöhnt, gänzlich bedürfnislos und uneigennützig, äußerlich kalt, aber um seine Soldaten väterlich besorgt, faßte er die kühnsten Pläne und führte sie mit eiserner Thatkraft schonungslos durch. Denn seine politische Überzeugung stand ihm fest, daß die Union um jeden Preis behauptet werden müsse, weil sonst Sezession auf Sezession und völlige Zerrüttung folgen werde. Mit Grant verband ihn herzliche Freundschaft.

Grant gegen Richmond. Grant beabsichtigte, die 120000 Mann starke Armee Meades persönlich über den Rappahannock gegen Richmond zu führen, während Sherman mit seiner 100000 Mann zählenden Armee über das Gebirge von Westen heranziehen sollte, um dann vereint mit Grant den entscheidenden Schlag gegen die konföderierte Heeresmacht in Virginien zu thun.

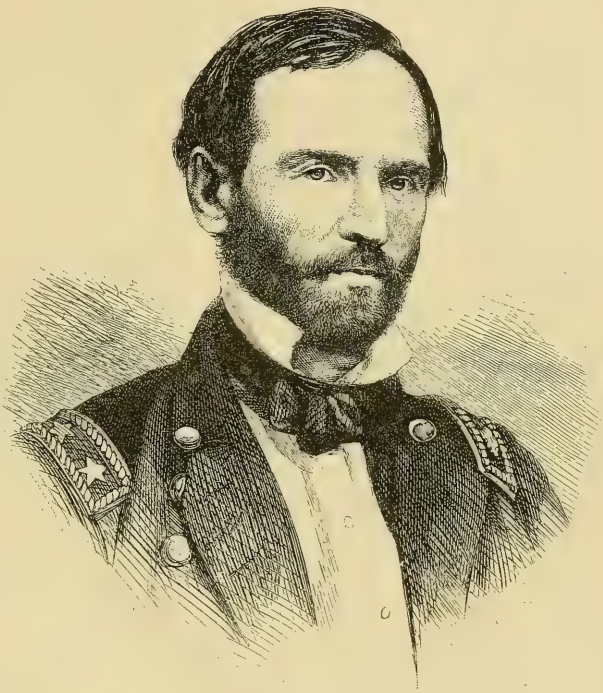
Nachdem Grant in umfassender Weise Verstärkungen an sich gezogen und die Korps von Sigel und Butler zur Deckung der Flanken, das eine nach dem Shenandoahthale, das andre an den Jamesfluß, detachiert hatte, setzte er sich am 4. Mai 1864 in Marsch. Kaum hatte er indes den Rappahannock überschritten, so stellte sich ihm Lee auf dem Marsche durch Spottsylvania bei Wilderneß entgegen. In der Wildnis führten durch das unentwirrbare Gestrüpp des Unterholzes und der Schlingpflanzen nur wenige ausgehauene Pfade. Die Konföderierten hatten sie alle durch Verhaue gesperrt. Drei Tage lang dauerten die Gefechte auf der ganzen meilenlangen Frontlinie, die das geängstigte Wild des Waldes aus seinen verborgensten Schlupfwinkeln aufscheuchten. Endlich war der Wald überwunden. Aber sofort erneuerten sich vom 10. bis 17. Mai die Gefechte in und um Spottsylvania. Schritt für Schritt mußte Grant den Vormarsch erkämpfen, der ihn 25000 Mann kostete. Die Konföderierten verloren dabei ihren besten Reiterführer, den General Stuart. Auch am 4. Juni kam es zu einem sehr blutigen Zusammenstoß bei Cold-Harbor. Immer weiter wurde Lee südöstlich zurückgedrängt, und Grant erreichte Petersburg, den Hauptwaffenplatz

der Konföderierten, unweit Richmond. Durch raschen Sturm versuchte er am 16. Juni die stark befestigte Stadt einzunehmen. Der Sturm wurde jedoch abgeschlagen, und Grant mußte sich zu einer langwierigen Belagerung entschließen.

Unterdessen hatte sich Sigel seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Er wurde in Harpers Ferry eingeschlossen, und Lee sandte das Korps des Generals Early brandschatzend bis tief nach Pennsylvanien und Maryland hinein. Wieder einmal schwebte Washington in großer Gefahr; nur die kühne Entschlossenheit des Reitergenerals Sheridan, der sich im Shenandoahthale erfolgreich Early entgegenwarf, rettete die Bundeshauptstadt. Das blühende Thal aber, wo die Konföderierten immer Zuflucht und Unterstützung gefunden hatten, wurde planmäßig verwüstet.

Shermans Marsch nach der Küste.

Mittlerweile hatte auch Sherman von Chattanooga aus seinen Vormarsch angetreten. Unter steten Kämpfen und den größten Mühseligkeiten vordringend, gelangte er Anfang September nach Atlanta, das General Hood unter furchtbaren Zerstörungen räumte. Zwei Monate verwandte er hier auf die Sicherung seiner Stellung. Er zwang die Einwohner von Atlanta, die Stadt zu räumen; als er abzog, ließ er sie verbrennen und zerstörte alle Eisenbahnen weit und breit, um jede Verbindung abzuschneiden. So trat er am 16. November mit 55000 Mann seinen verwegenen Zug nach der Küste an, ohne Basis, sich lediglich aufs Fouragieren verlassend, eine Strecke von 290 englischen Meilen quer durch Feindesland nach Savannah. Meist mußte er im Gebirge selbst die Brücken über Schluchten und Flüsse bauen und die Straßen für sein Heer anlegen; aber auf Widerstand des Feindes traf er fast gar nicht. Er erkannte, daß die Rebellion „eine hohle Schale" geworden war, denn das innere Land hatte schon alle Kräfte zur Verteidigung der Grenzen des Konföderationsgebietes abgeben müssen. Am 11. Dezember langte er vor Savannah an, am 22. Dezember besetzte er die geräumte Stadt. In denselben Tagen scheiterte ein letzter Versuch der Konföderierten, den Krieg wieder nach Tennessee zu tragen, in der blutigen Schlacht bei Nashville gegen General Thomas am 15. und 16. Dezember.



79. General William Sherman.

Sherman nach Virginien.

In Savannah gönnte Sherman sich nur so viel Rast, als er brauchte, um das Eisenbahnnetz von Nord- und Südcarolina zu zerstören. Schon im Januar 1865 zog er weiter, durch Georgien und die beiden Carolinen nordwärts. Rauch- und Feuersäulen bezeichneten den Marsch, denn nur durch die Schrecken der Zerstörung meinte er, zum Frieden zu gelangen. Tausende von Negern, von Weibern, Kindern und Greisen, die alles verloren hatten, schlossen sich seinem Heere an. Bald erntete er den Lohn seines energischen Vordringens. Bisher hatten Charleston und Wilmington, die stärksten Festungen der Konföderierten an der Atlantischen Küste, allen

Angriffen von der Seeseite erfolgreich widerstanden. Jetzt sahen sie sich in ihren Landverbindungen bedroht und gaben den Widerstand auf. Am 13. Februar wurde Charleston geräumt, nachdem General Harder fast alle öffentlichen Gebäude in die Luft gesprengt oder angezündet hatte; nur brandgeschwärzte Trümmer fanden die Unionstruppen vor. Vier Tage darauf fiel auch Wilmington. Sherman zog jetzt die durch den Fall beider Festungen frei gewordenen Korps von Terry und Shofield an sich und nahm so verstärkt seinen Nordmarsch wieder auf. Endlich gegen Ende März gewann er Fühlung mit der Armee Grants und erschien am 26. März in dessen Hauptquartier, City Point vor Petersburg, um Teil an dem Kriegsrat zu nehmen, den der Generalleutnant Grant berufen hatte.

Stellung der europäischen Mächte; Verhandlungen.

Immer hatte bisher die Konföderation die Hoffnung nicht aufgegeben, ihre Selbstständigkeit zu erkämpfen. Es kam ihr dabei zu statten, daß die Sympathien der europäischen Westmächte durchaus auf ihrer Seite standen. Der Kaiser Napoleon durfte für seine mexikanischen Pläne wohl bei den Südstaaten auf Zustimmung und Förderung rechnen, aber nimmer bei der Union. Er war dicht daran, die Konföderation anzuerkennen, wenn England sich ihm angeschlossen hätte (Juni 1862). Und England als Industriestaat sah sich durch die Interessen seiner Industrie auf gute Beziehungen zu den freihändlerischen Südstaaten hingewiesen, so daß es hart bis an die Grenze des Bruches mit der Union für den Süden Partei nahm. Es erzwang nicht nur die Freilassung der beiden südländischen Agenten Slidell und Mason, die im November 1861 von einem Unionskriegsschiff auf dem englischen Postdampfer „Trent" bei den Bahamainseln verhaftet worden waren, sondern ließ auch die Ausrüstung von Blockadebrechern in seinen Häfen geschehen. Aber auch innerhalb der Union selbst besaß der rebellische Süden in den dortigen Demokraten Freunde. Diese waren es, die in dem Kongresse zu Washington, als gegen Ende des Jahres 1863 das Übergewicht des Nordens sich herauszustellen begann, den Antrag stellten, mit den „Behörden von Richmond" über die Beendigung des Krieges in Unterhandlungen zu treten. Mit schärfster Entschiedenheit, um zugleich allen Einmischungsgelüsten Europas zu begegnen, verwarf der Kongreß den Antrag. Nun aber wurde für die Präsidentenneuwahl der Kandidatur Mac Clellans, der für einen friedlichen Ausgleich war, Lincoln entgegengestellt. Allein am 8. November 1864, dem großen Wahltage, siegte Lincoln und wurde auf weitere vier Jahre gewählt; das Volk der Union entschied damit, daß es die Fortführung des Krieges gegen die Konföderation verlange. Dennoch machte Lincoln, milden Sinnes und versöhnlich, noch einen Versuch der Verständigung. Konferenzen zwischen ihm und Vertretern der Südstaaten fanden statt; allein sie endeten, da diese vorweg auf der Anerkennung der Konföderation bestanden, ohne Ergebnis.

Erschöpfung des Südens.

Die Südstaaten machten nun die äußersten Anstrengungen für die Fortsetzung des Kampfes; selbst Sklaven wurden zum Militärdienste ausgehoben. Aber die Mittel zur Fortsetzung des Kampfes waren erschöpft, nicht nur die Menschen, auch die Finanzen. Die Baumwollenproduktion, im Jahre 1860 noch über 5 Mill. Ballen, sank schon 1861 auf weniger als die Hälfte dieser Zahl, 1862 auf 1 Million, und nur wenige Tausende gelangten durch die Blockadeflotte hindurch nach England. So schnitt die Flotte der Union den Konföderierten den Lebensnerv durch, und die Katastrophe ließ sich nicht mehr abwenden.

Die Entscheidung in Virginien.

Der Kriegsrat Grants in City-Point beschloß nunmehr nach dem Eintreffen Shermans den sofortigen Angriff auf Petersburg und Richmond. Sherman schlug den konföderierten General Johnston zurück, Sheridan warf sich mit der gesamten Reiterei Grants in den Rücken Lees. Am 1. April wurden die Schanzen von Five Forks, an einer wichtigen Straßenkreuzung, genommen, am 2. April die Außenwerke der Südfront von Petersburg erstürmt. Da zog sich Lee zurück, und am 3. April rückten die Unionstruppen in Petersburg ein. Der Präsident Jefferson Davis war eben in der Kirche, als Lees Depesche anlangte, Richmond sei verloren und müsse sofort geräumt werden. Er erblaßte und wankte, dann flüchtete er nach Georgien. Die Stadt wurde von den abziehenden Konföderierten größtenteils zerstört; im Flammenschein und im Krachen der Explosionen

Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

ging die Sezession zu Ende. General Weitzels farbige Regimenter waren die ersten Truppen, die einrückten, und Lincoln nahm am 4. April von dem Kapitol der feindlichen Bundeshauptstadt Besitz. Der Widerstand war gebrochen. Von Sheridan verfolgt, konnte Lee mit seinem furchtbar dezimierten und todesmatten Heere an keine Gegenwehr mehr denken. Am 9. April schloß er in dem Gerichtshause zu Appomattox mit Grant eine Kapitulation, durch die er mit 26 000 Mann, 759 Geschützen und 71 Fahnen sich ergab. Am 15. April kapitulierte auch Johnston in Raleigh vor Sherman, am 16. hißte General Anderson das Sternenbanner wieder auf Fort Sumter, das er vier Jahre vorher hatte übergeben müssen.

Lincolns Ermordung.

Da ergriff wilde Raserei einige fanatische Parteigänger des Südens. Durch die Ermordung der Leiter der Union glaubten sie Unordnung erwecken und noch eine günstige Wendung für die Konföderation herbeiführen zu können. Am Karfreitage, den 14. April, erschoß der Schauspieler Wilkes Booth den trefflichen Lincoln im Theater zu Washington. Der Mordanschlag gegen den Staatssekretär Seward indes wurde glücklich vereitelt. Allein die Geschicke der Konföderation ließen sich nicht bannen; im Mai erklärten auch die letzten Heerführer des Südens im Mississippilande ihre Unterwerfung.

Verluste des Bürgerkrieges.

Der Bürgerkrieg war zu Ende. Mit wachsender Erbitterung und Grausamkeit, aber auch mit zäher Ausdauer und unverzagtem Heldenmut hatten beide Teile gestritten; doch, was auch seine Beweggründe waren, der Preis darin gebührte dem Süden, der viel schwächer war und doch zuweilen dicht am Siege gestanden hatte. Nun war er daniedergeworfen, und die tapfere südliche Aristokratie war ruiniert. Aber welche Opfer hatte das erfordert! Der Norden hatte nach und nach 2 656 000 Mann unter Waffen gerufen, der Süden 1 100 000 Mann, also beide zusammen 3 750 000 auf 32 Mill. Einwohner. Von diesen hatten die Konföderierten 200 000, der Norden gar 320 000 verloren, die durch mörderische Schlachten und die Seuchen weggerafft worden waren. Tausende von Gefangenen hatten die Südlichen in ihren entsetzlichen „Pferchen" (zu Andersonville in Georgia allein über 12 000) elend verkommen lassen. Die Kriegskosten des Nordens beliefen sich auf $2^3/_4$ Milliarden Dollar (1 Dollar = 4,25 Mark), diejenigen des Südens unter Hinzurechnung des Vermögensverlustes, den die Aufhebung der Sklaverei den Sklavenstaaten gebracht hatte, gar auf 6 Milliarden Dollar. Die Staatsschuld der Union betrug am Ende des Krieges 2800 Mill. Dollar. Furchtbar war die Verwüstung. Ganze Städte lagen in Trümmern; das östliche Virginien, das „Land des Frühlings", das vier Jahre hindurch unausgesetzt der Kriegsschauplatz gewesen, war verödet und entvölkert, und auf den Ackerflächen wucherte das Gestrüpp; auch in Südcarolina sah man noch acht Jahre nach dem Kriege überall verlassene Herrenhöfe und verwüstete Plantagen.

Die „Rekonstruktion" des Südens.

Tiefe, brennende Wunden hatte also der Frieden zu heilen. Seine erste Aufgabe war, durch Rekonstruktion des Südens die Union wiederherzustellen. Der Vizepräsident Andrew Johnson, der an Lincolns Stelle trat, ein Selfmade man von geringer Bildung, aber großem Selbstgefühl, den demokratischen Grundsätzen zugeneigt, war der Meinung, die niedergeworfenen Rebellenstaaten bedingungslos in die Union wieder aufzunehmen. Dem widersetzte sich aber der Kongreß; er verlangte als Vorbedingung des Wiedereintritts der Südstaaten in die Union die Aufstellung einer Verfassung, welche die Sklaverei ausschlösse; bis dahin sollten sie für politisch unmündige Territorien gelten. Die Südländer indessen wiesen diese Bedingung zurück und fuhren fort, die Farbigen wie Sklaven zu behandeln; ja es bildete sich im Süden der Geheimbund Ku-klux-klan, der mit allen, auch den gewaltsamsten Mitteln, die Gleichberechtigung der Neger verhindern wollte. Schließlich wurde der Präsident Johnson, weil er die Rechte des Kongresses verletzt habe, sogar in Anklagezustand versetzt. Zwar wurde er im Mai 1868 freigesprochen, aber der Kongreß entschloß sich nach langem Zögern zu dem entscheidenden Schritte, daß er, um ein Gegengewicht gegen die Anmaßung der Weißen zu schaffen, durch das Gesetz vom 28. Juli 1868 den Farbigen das Stimmrecht einräumte, also nach echter Demokratenweise die gebildete Minderheit durch die rohe Mehrheit

schlug. Nachdem Grant 1869 den verwaisten Präsidentensitz eingenommen hatte, wurde diese Bestimmung durch das Gesetz vom 30. März 1870 dahin ergänzt, daß weder Rasse, noch Hautfarbe, noch frühere Sklaverei einen Bürger der Vereinigten Staaten des Stimmrechts berauben oder in der Ausübung desselben beschränken dürfe. Das war die Grundlage, auf der sich, wenn auch unter vielen Schwierigkeiten, die Rekonstruktion des Südens vollzog, durch eine furchtbare soziale Revolution hindurch, die Tausende von Sklavenhaltern ruinierte und aus dem Lande trieb, nach dem Westen, Mexiko, den Antillen, um sich eine neue Existenz zu gründen.

Ergebnisse des Bürgerkrieges.

Und das war das große Ergebnis des Bürgerkrieges: es gab den Millionen der Farbigen das volle Bürgerrecht und stellte den Grundsatz fest, daß die Vereinigten Staaten nicht als ein bloßes Bündnis unabhängiger Staaten, sondern trotz aller Bevölkerungsunterschiede als eine einige und unteilbare Nation zu betrachten seien. In diesem Sinne war der Ausgang des furchtbaren Krieges ein Sieg des Staatsgedankens und des Nationalitätsprinzips. Aber eine dauernde sittliche Erhebung des Volkes brachte er nicht mit sich; der alte schlechte Grundsatz: „Dem Sieger die Beute!" verursachte vielmehr unter den siegreichen Republikanern die ärgste sittliche Verderbnis in der Verwaltung, die Jagd nach dem Dollar wurde gieriger als je, und der Rassengegensatz zwischen Weißen und Schwarzen ist unlösbar geblieben, denn der politischen Gleichstellung ist die gesellschaftliche nicht gefolgt, und so ist jene fast wertlos.

Mexiko und Mittelamerika.

Bevölkerungsverhältnisse in Amerika.

Der Sieg der Union wirkte weit über die Grenzen und in die Zukunft hinaus. Er erhob die Vereinigten Staaten zur herrschenden Macht des ganzen amerikanischen Festlandes und entschied das Schicksal Mexikos, ohne daß sie auch nur einen Mann und ein Schiff dafür in Bewegung setzte. Diese übermächtige Stellung der Union beruht aber nicht nur auf ihrer eignen inneren Stärke, sondern auch auf der inneren Schwäche der Kreolenstaaten des spanisch-portugiesischen Amerika. Während in Nordamerika die Urbevölkerung auf schwache Reste zusammengeschwunden ist, sich auf einige entlegene Landstriche beschränkt und auf die Entwickelung des Landes gar keinen Einfluß ausübt, weil sie auf einer niedrigen Kulturstufe beharrt, die europäische Bevölkerung dagegen riesig wächst und an Kultur wie an Masse eine unvergleichliche Überlegenheit entfaltet, sind in Mittel- und Südamerika die Weißen, die Kreolen fast überall in der Minderzahl, vielfach in der Abnahme, die einheimischen und die gemischten Rassen in der großen Mehrzahl und in schneller Zunahme, weil sie größtenteils schon vor der spanischen Eroberung eine höhere, auf Ackerbau beruhende Kultur besaßen. Freilich war ihre selbständige geistige Kultur bei der Eroberung so völlig zerstört worden, daß ihnen fortan eine höhere Bildung nur in europäischen, spanischen oder portugiesischen Formen möglich war. Bei dieser Rassenmischung ist daher hier für eine absehbare Zukunft die Entstehung einer geschlossenen Nationalität ganz unmöglich, während eine solche in der Union wenigstens in ihren Grundzügen schon vorhanden ist.

Charakter der Kreolenstaaten.

Die Schwierigkeiten der politischen Lage wurde für die Kreolenstaaten noch durch andre Gegensätze vermehrt. Zunächst übte die römische Kirche auf die einheimische Rasse einen fast unbeschränkten Einfluß aus, und auf diese gestützt, widersetzte sie sich starr allen modernen Ideen. Sodann erwuchsen die neuen Verfassungen nicht etwa naturgemäß aus den gegebenen Verhältnissen, sondern beruhten fast überall auf einer unüberlegten Übertragung des nordamerikanischen Vorbildes auf höchst verschiedene Verhältnisse, und auf der französisch-demokratischen Schablone, verlieh also einer teils ganz rohen, teils politisch völlig ungeschulten Bevölkerung, die drei Jahrhunderte lang unter dem bevormundenden Despotismus einer fremden Regierung gestanden hatte und noch jetzt in ihrer Masse wirtschaftlich von großen Grundherren abhängig war, plötzlich ein fast unbeschränktes Maß demokratischer Freiheit. Seitdem besteht die Geschichte dieser Staaten, mit wenigen Ausnahmen, aus einem eintönigen Wechsel zwischen der Anarchie und der Willkürherrschaft einzelner hervorragender Männer, und ihre Kulturfortschritte waren äußerst langsam.

Selbst in Mexiko nahmen die Dinge keinen andern Gang. Zum erstenmal in der Geschichte bildete dies Land seit 1825 eine politische Einheit, und wenn irgendwo, so schienen hier die natürlichen Bedingungen für eine selbständige unabhängige Entwickelung gegeben zu sein. Denn Mexiko genügt völlig sich selbst und ist nur schwer zugänglich. Hinter einer flachen, hafenarmen, fieberschwangeren Küste erhebt sich das Binnenland wie ein riesiger Felsblock in mehreren Terrassen von der Üppigkeit der Tropen bis zu den Regionen des ewigen Schnees; es ist ohne fahrbare Ströme und auf weite Ausdehnung eine dürre, braune Steppe mit den seltsamen Formen der Agaven und Kakteen, von tief eingerissenen Schluchten (Barrancas) durchsetzt, aber in den oasenartig eingebetteten wasserreichen Thalmulden bringt es die Produkte aller Zonen hervor. Doch immer wieder bewahrheitet sich der Satz: „nicht das Land hat den Menschen, sondern der Mensch hat das Land", und so günstig das Land der Bildung eines geschlossenen Volkes zu sein scheint, so tief zerklüftet ist und war seine Bewohnerschaft. Von den etwa $8\frac{1}{2}$ Mill. Einwohnern, die Mexiko 1862 zählte, kam auf die Kreolen nur 1 Million, $4\frac{1}{2}$ Millionen auf die sogenannten Indios, die Urbevölkerung, die aber wieder in zahllose selbständige Stämme mit 59 Sprachen zerfiel, der Rest auf die Mischlinge ($2\frac{1}{2}$ Millionen) und die Neger (70000). Die Kreolen, also die herrschende Klasse, der Kern der Stadtbevölkerung und die Großgrundbesitzer seit der spanischen Eroberung (s. Bd. V, S. 103 f.), waren durch die spanische Herrschaft lediglich zum Genusse der Macht, aber nicht zu wirtschaftlicher Arbeit erzogen; sie drängten sich daher entweder zu dem Priesterstande, der maßgebenden, allmächtigen Kaste des Landes, oder zu den gelehrten Berufen, vor allem zu Beamtenstellungen oder zur Advokatur oder, namentlich später, zur Presse, betrachteten selbst den Großgrundbesitz lediglich als Machtmittel, aber nicht als Selbstzweck, bewirtschafteten daher ihre Güter fast niemals selbst, sondern lebten in den größeren Städten, namentlich in Mexiko, der glänzendsten Stadt des romanischen Amerika, dem politischen Ränkespiel und dem gedankenlosen Lebensgenusse, der für gebildete Frauen das Dasein völlig ausfüllte. Da sich mehr und mehr alles Leben in der Hauptstadt konzentrierte, so verödeten die Provinzialstädte, und die Selbständigkeit der Bundesstaaten wurde bei den meisten zum leeren Scheine, weil es eine seßhafte Aristokratie nicht gab. Nirgends aber bildete sich ein bürgerlicher Mittelstand. Der Kreole war Kavalier oder Proletarier, selbst der Handwerker zählte zu dieser Klasse, denn er war vom Großkapital völlig abhängig und der Arbeitslohn so niedrig, daß er sich nicht emporarbeiten konnte.

Mexikos Natur und Bevölkerung.

Dieser spanischen Welt, die Spanien zum Mutterlande hatte, Rom als Hauptstadt der katholischen Kirche verehrte und von Paris ihre Moden wie ihre dürftige geistige Nahrung bezog, standen die Indios fast ohne jede innere Gemeinschaft, als die „Barbaren" gegenüber. Sie lebten in Zuständen, die sich in ihrem Kerne seit dreihundert Jahren kaum verändert hatten (s. Bd. V, S. 72 f., 736). Ihr zähe festgehaltener Gemeinbesitz band jeden fest an sein Heimatsdorf und schloß jeden fremden Zuzügling aus. Sogar ihre alten Rechtsansprüche auf die spanisch gewordenen reichen „Thalgüter" hatten sie nicht vergessen und nahmen sie später sehr ernsthaft wieder auf. Um das spanische Wesen kümmerten sie sich so wenig, daß sie sich nur von den Dorfältesten Recht sprechen ließen und daß noch 1870 eine Gemeinde wenige Meilen von der Hauptstadt einen Spanier bat, ihr eine Bittschrift an den König von Spanien zu besorgen!

Die Indios.

Nur die römische Kirche hielt diese beiden getrennten Welten zusammen. Sie war im neuen Mexiko so mächtig, wie sie im alten Spanien gewesen war. Von dem Grund und Boden gehörte ihr vor 1860 ein Drittel bis ein Halb, ihre geistlichen Einkünfte betrugen jährlich 6—8 Mill., ihre Einnahmen etwa 20 Mill. Dollars, um die Hälfte mehr als die des Staates. Ihr sittlich-religiöser Einfluß war gering, die gebildeten Männer blieben so ungläubig wie gewöhnlich in den romanisch-katholischen Ländern, die Frauen und die Volksmasse, namentlich die Indios, hingen ebenso fest an dem glänzenden Zeremoniendienst. Für die geistige Bildung des Volkes wurde sonst gar nicht gesorgt, in den entlegeneren Gegenden konnten selbst die Alkalden oft

Kirche und Volksbildung.

weder lesen noch schreiben, die kreolischen Frauen der höheren Stände waren völlig unwissend und geistesträge, die Männer empfingen eine oberflächliche Bildung in wenigen Kollegien; die 1551 gegründete Universität in Mexiko bestand nur dem Namen nach. Da blieb natürlich auch das Bedürfnis nach Lektüre sehr gering; im ganzen weiten Lande gab es um 1856 nur 44 Zeitungen, meist kleine Blätter.

Volkswirtschaft.

Dem entsprach der Zustand der Volkswirtschaft. Fahrbare Straßen gab es nur zwischen Veracruz und der Hauptstadt, sonst nur schwierige Saumpfade. Es fehlte an Kapital, der Zinsfuß war hoch, und der Großhandel geriet mehr und mehr in die Hände von Ausländern, namentlich von Deutschen. Zählte doch die mexikanische Handelsflotte im Jahre 1857 nur 50 Schiffe. Die Industrie beschränkte sich auf wenige Zweige; am wichtigsten war immer noch der Bergbau, namentlich auf Silber. Ausfuhr und Einfuhr litten gleichmäßig unter dem altüberlieferten Prohibitiv- und Monopolsystem, das zu einem kolossalen Schmuggelhandel führte, wie im 17. und 18. Jahrhundert (s. Bd. VII, S. 78). Die amtlich bekannte Ausfuhr, meist Metalle, betrug im Jahre 1856 nur 28 Mill., die Einfuhr 26 Mill. Dollar.

80. General Santa Anna.

Parteikämpfe.

Das Aufblühen des Landes wurde durch nichts mehr gehemmt, als durch die beständigen Parteikämpfe der Kreolen, die gegen die träge Ruhe unter spanischer Herrschaft seltsam abstachen. Von Anfang an standen den Klerikalen, die sich auf den mächtigen Klerus und mittelbar auf die von diesem beherrschten Indios stützten, die Liberalen (Puros) gegenüber, die nach der Weise der romanischen Aufklärung des 18. Jahrhunderts vor allem die drückende Übermacht der Kirche bekämpften. Daneben her ging die Parteiung zwischen Zentralisten und Föderalisten und der Gegensatz zwischen den Kreolen und Indios, der auf der Rassenverschiedenheit und dem Besitze beruhte, also zur Hälfte sozial war, aber die Indios erst allmählich zu lebhafterer Teilnahme an den ihnen zunächst ganz gleichgültigen politischen Kämpfen der Kreolen veranlaßte. Denn das Ziel beider Parteien war immer wieder die Macht, der Sitz des Präsidenten und die Beherrschung des Kongresses zum eignen Vorteil, keineswegs höhere Interessen, und wenn die schwächere Partei Gelegenheit fand und Kräfte genug zu besitzen glaubte, so erhob sie ohne Bedenken den bewaffneten Aufruhr. So taumelte Mexiko von einem Bürgerkriege in den andern.

Santa Anna.

Nach der Abwehr der letzten spanischen Invasion im Jahre 1829 hatten nach vierjährigen Kämpfen die Liberalen das Feld behauptet und ihren Führer, den schlauen und ehrgeizigen General Santa Anna, im Jahre 1833 zum Präsidenten des Bundesstaates erhoben. Aber in dem alsbald entbrennenden Kampfe um die Einziehung der

geistlichen Güter und die Verminderung des Heeres trat Santa Anna unvermutet auf die Seite der Klerikalen, löste den widerstrebenden Kongreß auf, berief einen neuen, schlug Aufstände blutig nieder und proklamierte am 23. Oktober 1835 statt des Bundesstaates die zentralistische Republik. Doch der Abfall von Texas und die unglücklichen Kämpfe daselbst (s. S. 203) erschütterten seine Stellung, und Bustamente trat an seine Stelle. Dieser geriet nun wieder mit Frankreich in Streit wegen der Beeinträchtigung französischer Unterthanen; Frankreich schickte Flotte und Truppen, die am 27. November 1838 das Fort S. Juan de Ulloa, am 5. Dezember auch Veracruz zur Übergabe nötigten, und erzwang eine Entschädigung von 600000 Dollar. Inzwischen war Santa Anna aus seiner Gefangenschaft heimgekehrt, machte sich im September 1841 zum Diktator, konnte aber den Abfall von Yukatan nicht hindern und wurde zu Anfang des Jahres 1845 durch einen Aufstand unter Paredes und Herrera gestürzt und in die Verbannung geschickt. Sein Nachfolger, der Präsident Herrera, büßte die Anerkennung der Republik Texas mit seinem Sturze, und der am 30. Dezember 1845 zum höchsten Amte erhobene General Paredes nahm den Kampf um Texas mit den Vereinigten Staaten auf. Da dieser von Anfang an unglücklich verlief, so wurde Santa Anna zurückgerufen, erst zum Oberbefehlshaber, dann zum Diktator, endlich zum Präsidenten bestellt, vermochte aber dem Kriege trotz zeitweise hartnäckiger Gegenwehr keine günstige Wendung zu geben und wurde flüchtig. Der Friede von Guadelupe-Hidalgo am 2. Februar 1848 besiegelte die Niederlage Mexikos, das die Unionstruppen erst im Juli räumten (s. oben S. 204).

Wechselnde Präsidenten

Und doch brachten neue Parteikämpfe zwischen Paredes und Herrera, ein gefährlicher Indianeraufstand in Yukatan, die Unabhängigkeitserklärung der nördlichen Staaten und der Streit um die Herabsetzung der Zölle seit 1851 abermals solche Verwirrung über das Land, daß alles nach Santa Anna rief als dem einzigen Retter in der Not. Triumphierend kehrte dieser aus Jamaika zurück, hielt am 27. April 1853 seinen Einzug in Mexiko, ergriff unter dem Titel eines Präsidenten thatsächlich die Diktatur als Alteza Serenissima und verkündete abermals die eine und unteilbare Republik. Da er sich, wie natürlich, auf die Klerikalen stützte, so erlag er im Sommer 1855 einer liberalen Erhebung, die den General Alvarez, einen Indianer, auf den Präsidentenstuhl brachte. Allein dessen Nachfolger, Ignazio Comonfort (seit dem Dezember desselben Jahres), verdarb es mit beiden Parteien, als er ihnen im Dezember 1857 einen Ausgleich aufzwingen wollte. Die Puros erklärten ihn daher für abgesetzt, und die Regierung ging nun verfassungsmäßig auf den Präsidenten des obersten Gerichtshofes, Benito Juarez, einen eifrigen Puro, über. Diesem stellten jedoch die Klerikalen im Januar 1858 den General Zuloaga gegenüber, aber schon 1859 warf sich der General Miramon zum Diktator auf, und wiederum brach das Land auseinander. Denn in Juarez fanden die Klerikalen einen zähen und entschlossenen Gegner.

Von Abkunft war Juarez ein reiner Indianer, 1806 im Dorfe San Pablo Guelatao im Staate Oaxaca geboren. Nach dem frühen Tode seiner armen Eltern nahm sich ein Kaufmann in Oaxaca des begabten Knaben an und ließ ihn studieren. Juarez wurde Advokat und ein eifriger Puro. Als der Indianergeneral Alvarez zum Präsidenten gewählt wurde, ernannte er Juarez zum Minister. Bei dem freiwilligen Rücktritte Alvarez' von der Präsidentschaft trat auch Juarez Ende 1855 aus dem Kabinett und kehrte in seine Heimat als Gouverneur des Staates Oaxaca zurück. Aus dieser Stellung rief ihn die Wahl zum Präsidenten des höchsten Gerichtshofes schon 1857 ab.

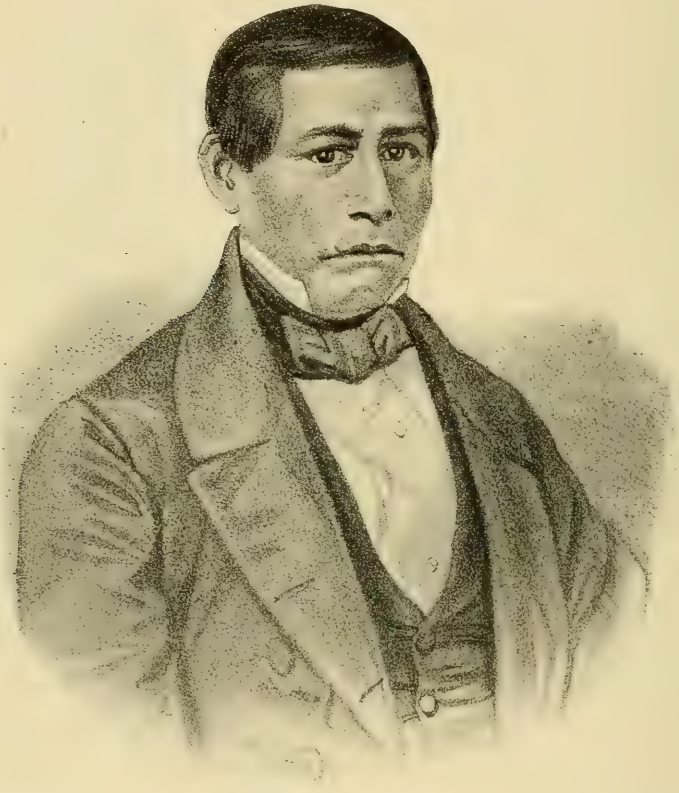
Juarez und der Sieg der Liberalen.

In dem Kampfe mit Miramon standen Priesterschaft und Militär gegen Juarez, der von Ort zu Ort fliehen mußte, sich aber endlich in Veracruz festsetzte und von einem Teile des Landes anerkannt wurde. Auch die Vereinigten Staaten stützten ihn durch ihre Anerkennung, ließen sich diese allerdings durch die Gewährung von drei Etappenstraßen quer durch mexikanisches Gebiet bezahlen. Da erließ Juarez von Veracruz aus 1860 die „Reformgesetze", die das ungeheure Kirchenvermögen für Nationaleigentum erklärten und dessen Verkauf anordneten, die Mönchsklöster aufhoben sowie religiöse Freiheit und Zivilehe einführten. Die Zahl seiner Anhänger mehrte

sich infolgedessen so sehr, daß er jetzt Miramons Herr wurde, seinen Einzug in die Hauptstadt Mexiko hielt und am 11. Juni 1861 von großer Majorität zum Präsidenten gewählt wurde.

Die Klerikalen und Napoleon III.

Die schwergetroffenen Klerikalen sahen sich jetzt nach auswärtiger Hilfe um. Der General Almonte und der Pater Miranda, beide als entschiedene Anhänger Miramons aus Mexiko verbannt, fanden Gelegenheit, in Paris dem Kaiser Napoleon die Lage Mexikos ihren Interessen gemäß vorzustellen. Sie erweckten in ihm die Vorstellung, daß es nur geringer Mittel bedürfen würde, um, mit Hilfe der klerikalen Partei, die Machtsphäre Frankreichs über Mexiko zu erweitern, dort „die lateinische Rasse zu reorganisieren". Und wirklich schien eine Einmischung Frankreichs in die



81. Benito Juarez.

mexikanischen Verhältnisse kaum sehr gewagt, da der eben ausgebrochene Bürgerkrieg in Nordamerika die Vereinigten Staaten nicht bloß lahmlegte, sondern die ersten Erfolge der Konföderierten auch die Erwartung erweckten, daß Frankreich in ihnen Bundesgenossen seiner Interventionspolitik finden würde und dem Übergewichte der Union einen Damm entgegenstellen könne. Die ganze Zukunft Amerikas stand auf dem Spiele.

Französische Beschwerden.

Es fehlte nicht an Beschwerden Frankreichs über Mexiko, die eine französische Intervention rechtfertigen konnten; ja sie boten den Vorteil, mit andern europäischen Mächten vereint gegen die Herrschaft der Puros in Mexiko auftreten zu können. Juarez hatte europäische Konsuln verhaften, Europäer zum Kriegsdienste ausheben lassen, die Binnenzölle auf fremde Waren verdoppelt und jüngst den Kongreßbeschluß verkündigt, daß alle Zahlungen an das Ausland auf zwei Jahre eingestellt werden

sollten. Das traf den europäischen Handel mit Mexiko in der bedrohlichsten Weise; behauptete doch der französische Bankier Jecker, ein naturalisierter Schweizer, an die mexikanische Regierung eine Forderung von 14 Mill. Piaster zu haben, für deren Einziehung es ihm gelang, Personen in der nächsten Umgebung des Kaisers, namentlich Morny, zu interessieren.

Westmächtliche Einmischung.

So ließ sich denn Napoleon wirklich auf das mexikanische Abenteuer ein. Auf seinen Betrieb schlossen am 31. Oktober 1861 Frankreich, England und Spanien in London eine Konvention, um durch eine gemeinschaftliche Expedition von Mexiko Zahlung und Genugthuung für die Forderungen und Beschwerden ihrer Unterthanen zu erhalten.

Noch vor Ende des Jahres landeten die spanischen Expeditionstruppen (5600 Mann) unter General Prim in Veracruz; im Januar 1862 folgten ihnen diejenigen Englands (1000 Mann) und Frankreichs (3300 Mann). Jetzt erst erkannten sie die Schwierigkeiten, denen sie entgegengingen; das Klima erzeugte Seuchen im Lager, die Hitze war furchtbar und die Stimmung der Bevölkerung durchweg feindselig. Dazu wurde es schon im März klar, daß Napoleon III. Sonderzwecke verfolgte; sandte er doch eine Verstärkung von 4600 Mann unter Lorencez. Unter diesen Umständen bequemten sich Spanien und England rasch zu einem Abkommen mit Juarez; den Forderungen Frankreichs, die ihnen zu weit zu gehen schienen, versagten sie ihre Unterstützung, und Ende April schifften sich ihre Truppen wieder ein.

Vordringen der Franzosen nach Mexiko.

Aber auch allein glaubten sich die Franzosen den Mexikanern gewachsen; sie rechneten auf eine Erhebung des Landvolkes und auf die Unbrauchbarkeit der Regierungstruppen. Daher rückte der General Graf Lorencez Anfang Mai 1862 von Orizaba getrosten Mutes mit nur 5000 Mann gegen die große Stadt Puebla de los Angelos. Am 5. Mai wagte er den Sturm. Wirklich hatten schon einige Franzosen die Mauern erstiegen, als ein fürchterliches Gewitter losbrach und der Regen in Strömen vom Himmel herabstürzte. Dadurch wurde dem Kampfe ein Ende gemacht, und die Franzosen mußten sich zum Rückzuge entschließen.

Dieser Mißerfolg regte Frankreich aufs äußerste auf. Die Ehre Frankreichs schien beschimpft; nur der Sturz der mexikanischen Regierung konnte die erlittene Demütigung ausgleichen. Unter General Forey wurden daher 22000 Mann nach Mexiko gesandt, um den Adler Frankreichs auf den Zinnen von Mexiko aufzupflanzen. Nach umfassenden Vorbereitungen setzte sich Forey im Februar 1863 zu neuem Angriffe gegen das trotzige Puebla de los Angelos in Marsch. Mit dem größten Mute indes verteidigten die Mexikaner ihre Stadt. Juarez schickte ein Heer unter Comonfort zum Entsatze; aber General Bazaine schlug es bei St. Lorenzo, und nun erst war es möglich, Puebla von allen Verbindungen mit der Landeshauptstadt abzuschneiden. Da kapitulierte denn der tapfere Kommandant Ortega am 18. Mai. Jetzt war auch der Weg nach Mexiko für die Franzosen geöffnet. Am 10. Juni hielt Forey seinen Einzug in die alte Kaiserstadt der Azteken, während Juarez mit den Trümmern des mexikanischen Heeres sich nach San Luis de Potosi flüchtete.

Erzherzog Maximilian Kaiser von Mexiko.

In Mexiko aber trat auf Veranlassung Foreys und des französischen Gesandten Saligny eine Junta zusammen, die mit der Führung der Regierung eine Regentschaft, bestehend aus Almonte, dem Erzbischof Labastida und dem General Salas, betraute. In Übereinstimmung mit dieser Regentschaft versammelte Forey die Notabeln des Landes. Von ihnen erschienen 215 auf die Ladung und proklamierten am 11. Juli 1863 dem Wunsche Napoleons gemäß die Wiederaufrichtung des mexikanischen Kaisertums unter dem Erzherzog Maximilian von Österreich.

Ein jüngerer Bruder des Kaisers Franz Joseph, am 6. Juli 1832 in Schönbrunn geboren, war der geweckte Knabe der Liebling seiner geistvollen Mutter, der Erzherzogin Sophie, und wurde im freieren Sinne, als gewöhnlich die Prinzen seines Hauses erzogen. Vor allem fesselten ihn botanische und geschichtliche Studien, und hier wiederum namentlich die Gestalten seiner Ahnherren, Maximilians I. und Karls V. Sein Trieb ins Weite und zu einer großen Wirksamkeit führte ihn zunächst zur Marine, die ihm sehr viel verdankte, und die Ehe mit der ehrgeizigen und hochgebildeten Prinzessin Charlotte von Belgien, der Tochter König Leopolds I.,

bestärkte ihn in seinem Thatendrange noch mehr. Aber seine Thätigkeit als Statthalter Lombardo-Venetiens war erfolglos, und ausgedehnte Reisen bis nach Südamerika befriedigten ihn nicht. In dieser Stimmung faßte ihn Napoleon III.

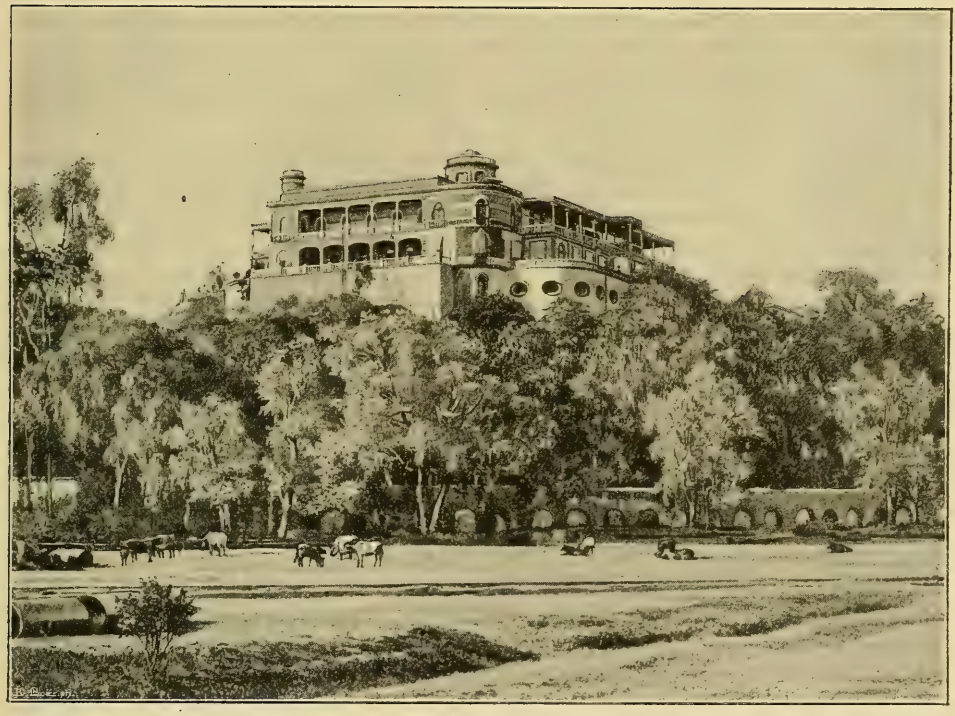
Annahme der Kaiserkrone.

Als die mexikanische Abordnung am 3. Oktober auf dem Zauberschlosse Miramare bei Triest vor dem Erzherzog erschien, machte dieser die Annahme der Kaiserkrone davon abhängig, daß „die ganze Nation in freier Kundgebung ihres Willens den Wunsch der Hauptstadt bestätige". Eine Abstimmung der Gemeinden wurde demgemäß, soweit der Einfluß der französischen Waffen reichte, veranstaltet, und nun erst, nachdem ihm berichtet war, daß 2000 Gemeinden sich mit der Wahl einverstanden erklärt hätten, schloß der Erzherzog am 12. März 1864 in Paris einen Vertrag mit Napoleon III., nach dem dieser versprach, die französischen Truppen nur allmählich auf 25 000 Mann herabzusetzen und diese nur zurückzuziehen, nachdem die mexikanische Armee reorganisiert sei. Eine Fremdenlegion von 5000 Mann sollte noch sechs Jahre länger bleiben. Dafür hatte Maximilian 270 Mill. Frank an Frankreich zu zahlen für die bis zum 1. Juli 1864 aufgelaufenen Kosten, von da an für jeden Franzosen jährlich 1000 Frank. Nur zu wahrhaften Wucherzinsen (63 Proz. Kurs und 6 Proz. Zinsen) konnte der Erzherzog in London eine Anleihe von 6 Mill. Pfd. Sterling abschließen, um den Anfang zur Erfüllung dieser Forderungen zu machen. Noch einmal schwankte er, endlich leistete er den von Franz Joseph geforderten Verzicht auf seine österreichischen Thronfolgerechte und erklärte am 10. April 1864, daß er die mexikanische Krone annehme. Der edle Ehrgeiz, einem zerrissenen Volke den Frieden und eine bessere Zukunft zu bringen, lockte ihn über das Weltmeer und ins Verderben. Er verließ mit seiner Gemahlin Charlotte sein Schloß Miramare am Bord der österreichischen Fregatte „Novara", empfing in Rom den Segen des Papstes, landete am 27. Mai in Veracruz und hielt am 12. Juni 1864 unter dem freudigen Zurufe des Volkes seinen Einzug in seiner Reichshauptstadt Mexiko. Er nahm seine gewöhnliche Residenz in dem herrlichen, auf hohem Porphyrfelsen thronenden Palaste von Chapultepek vor der Stadt inmitten des berühmten Parks von Riesencypressen, die beide auszuschmücken er nicht müde wurde.

82. Maximilian, Kaiser von Mexiko.
Nach einer Photographie.

Maximilian und die Franzosen.

Aber es war nur der mittlere Teil des Landes, etwa die Hälfte, der den neuen Herrscher anerkannte; die andre Hälfte hielt an Juarez fest, dessen Sache im Süden der General Porfirio Diaz in Oaxaca verteidigte, im Norden der greise Indianer Alvarez, der frühere Präsident. Hier stand auch bei Monterey die ansehnliche Truppenmacht, die Juarez selbst zur Verteidigung der Republik gesammelt hatte. Und der Widerstand des Präsidenten erwies sich zäher und nachhaltiger, als man erwartet hatte. Wurde er auch wiederholt bis an die äußerste Grenze des Landes gescheucht, immer kehrte er zurück und gewann von neuem Boden. Die Stützen des neuen Kaiserreichs dagegen waren die französischen Truppen und die klerikale Partei. Denn die Bildung einer kriegstüchtigen mexikanischen Armee stand noch in den Anfängen, und die Stärke der belgischen und österreichischen Fremdenlegion, die Maximilian angeworben hatte, belief sich nur auf 8000 Mann. Bazaine aber, der im Oktober 1863 an



83. Der Palast von Chapultepek.

Foreys Stelle den Oberbefehl der französischen Truppen erhalten hatte, beutete mit Rücksichtslosigkeit das Land aus und gebärdete sich wie der Vormund des Kaisers.

Sein Bruch mit den Klerikalen.

Im Oktober 1864 nun sandte der Papst den Nuntius Meglia nach Mexiko und forderte von dem Kaiser die Rückerstattung aller Kirchengüter, die Wiederherstellung aller Klöster und Mönchsorden, den Ausschluß aller nichtkatholischen Konfessionen, die Überweisung allen Unterrichts an die katholische Kirche. Maximilian wies diese Forderungen zurück, weil sie seiner ganzen Denkweise widerstrebten und ihre Erfüllung finanziell unmöglich war. Damit aber war der Bruch mit der klerikalen Partei, die ihn gerufen hatte, und sein eignes Schicksal entschieden. Der Erzbischof Labastida selbst stellte sich an die Spitze der neuen Gegner des Kaiserreichs; von den Kanzeln wurde gepredigt, der Kaiser wolle Gott und die heilige Jungfrau abschaffen. Statt dessen ging das Bestreben Maximilians, dem es mit der übernommenen Aufgabe hoher Ernst war, dahin, das verwahrloste Volk durch besseren Unterricht, Beförderung der deutschen Einwanderung und Herstellung von Verkehrsmitteln zu heben. Am 10. April 1865 verkündete

er auch eine Verfassung, alles, um die liberale Partei zu sich herüberzuziehen. Aber das war unmöglich, und mit seinen Reformen kam er nicht über geringe Anläufe hinaus; es fehlte selbst an den dürftigsten Mitteln. Denn auf die Finanzquellen des Landes hatten die Franzosen ihre eiserne Hand gelegt.

Stellung der Union.

Nun aber schlugen die Amerikaner dem wankenden Throne Maximilians auch die letzte Stütze weg. Die Union hatte Juarez als rechtmäßigen Präsidenten anerkannt und hielt an ihm fest; sie wollte nicht dulden, daß in Mexiko eine Monarchie sich aufrichte und daß dort eine europäische Macht festen Fuß fasse. Siegreich über die Rebellion, war sie vollkommen im stande, ihrem Willen jeden wünschenswerten Nachdruck zu verleihen. Mehrere Umstände drängten zu entschiedenem Handeln. Es war Bazaine gelungen, Porfirio Diaz in Oaxaca zur Ergebung zu zwingen und Juarez bis an den Rio del Norte zurückzudrängen. Maximilian hatte darauf, um nun auch den Norden durch Furcht zu bezwingen, alle zu Juarez haltenden Soldaten für Verbrecher erklärt und angeordnet, daß alle höheren Offiziere, die gefangen genommen würden, binnen 24 Stunden erschossen werden sollten, und dies „Blutdekret" vom 3. Oktober schon zehn Tage, nachdem es erlassen war, am 13. Oktober 1865 an dem General Arteaga und mehreren Obersten vollstrecken lassen. Endlich lief am 1. November 1865 die Amtsperiode des Präsidenten Juarez ab.

Abzug der Franzosen.

Die Union stellte daher, indem sie sich rundweg weigerte, Maximilian anzuerkennen, im Dezember 1865 an den Kaiser Napoleon die bündige Forderung, die französischen Truppen aus Mexiko zurückzuziehen. So drohend war ihre Sprache, daß der Kaiser, um einen Krieg mit der kampfbereiten Union zu vermeiden, trotz großer Worte im Senat und im Gesetzgebenden Körper, dem scharfen Drucke nachgab und schließlich im April 1866 sich verbindlich machte, in drei halbjährlichen Abteilungen bis zum 1. November 1867 die sämtlichen französischen Truppen aus Mexiko abzurufen. Maximilian geriet außer sich. „Ich bin betrogen!" rief der unglückliche Fürst aus, er wollte abdanken. Aber seine Gemahlin hielt ihn davon zurück und eilte selbst im Juni von Mexiko nach Paris, den Sinn des Kaisers zu wandeln. Sie kam im unglücklichsten Augenblicke. Napoleon stand unter dem erschütternden Eindrucke der Schlacht von Königgrätz, alle Welt forderte stürmisch den Rückzug aus Mexiko. So konnte Charlotte weder durch Thränen, noch durch Vorwürfe Napoleon umstimmen. Erbittert rief sie aus: „Ich habe, was ich verdiene; die Enkelin Louis Philipps hätte sich niemals auf einen Bonaparte verlassen dürfen!" Auch der Papst konnte sich nicht entschließen, auf die Bitten der Kaiserin die klerikale Partei durch ein Machtwort auf die Seite des untergehenden Kaisers zurückzuführen. Die doppelte Enttäuschung brach die Geisteskraft der unglücklichen Frau; im Oktober 1866 versank sie in Irrsinn, aus dem sie niemals wieder zur Klarheit erwachte.

In Mexiko erschien unterdessen der Generaladjutant Napoleons, Graf Castelnau, um Bazaine zu überwachen, dem man ehrgeizige Pläne zutraute, dem Kaiser Maximilian die Rückkehr der französischen Truppen anzuzeigen und zugleich im geheimen demjenigen die Präsidentschaft für die Folge zuzusichern, der am willigsten wäre, die französischen Schuldforderungen zu bezahlen. Es fand sich indes kein Bewerber um diesen Preis. Vielmehr fand es die Zustimmung der Puros, daß Juarez aus eigner Machtvollkommenheit seine Präsidentschaft bis auf weiteres für verlängert erklärte.

Schon am 16. März 1867 schifften sich die letzten Franzosen in Veracruz nach Europa ein, selbst die Fremdenlegion gegen alle Zusicherungen. Alles Kriegsmaterial, das sie nicht mitnehmen konnten, verkaufte Bazaine teils an die feindlichen Heerführer, teils ließ er es ins Meer werfen. Es war klar, nicht die geringste Unterstützung mehr wollten die Franzosen dem Kaiser Maximilian zuwenden, sich ohne sie in Mexiko zu behaupten. Dem Kaiser aber stand der Entschluß fest, in fürstlicher Treue für seine treuen Anhänger einzustehen bis zum Ende und den Sturz seines Thrones, wenn er ihn nicht aufhalten könne, auch nicht zu überleben.

Sieg der Republikaner.

Von allen Seiten erhoben sich jetzt die Republikaner. Porfirio Diaz gewann Oaxaca zurück, nahm Puebla ein und legte sich vor Mexiko, das General Marquez

hartnäckig für den Kaiser verteidigte. Und von Norden rückte General Escobedo mit 30 000 Mann heran, um das Kaisertum zu stürzen, das im April nur noch die Städte Mexiko, Queretaro und Veracruz umfaßte. Um diesem Gegner zu begegnen, warf sich der Kaiser persönlich nach dem hoch auf einem isolierten Hügel gelegenen und daher leicht zu verteidigenden Queretaro. Escobedo begann die Belagerung der volkreichen und wohlbefestigten Stadt, die sich mit Ausdauer verteidigte. Als aber die Lebensmittel erschöpft waren, beschloß der Kaiser in der Nacht des 14. Mai einen Ausfall zu machen, um sich mit dem Reste seiner Truppen durch die Belagerer durchzuschlagen und die Küste zu gewinnen. Allein der kaiserliche Oberst Miquel Lopez lieferte durch Verrat das kastellartige Kloster La Cruz in die Hände des Feindes; der Ausfall scheiterte, und der Kaiser mußte sich mit der ganzen Besatzung gefangen geben.

Maximilians Ende.

Ein Prozeßverfahren wurde gegen ihn eröffnet; man rechnete ihm die „Anmaßung" der höchsten Gewalt, die Entzündung des Bürgerkrieges und den Erlaß des unseligen Dekretes vom 3. Oktober 1865 zum Verbrechen an. So wurde er daher mit den Generalen Miramon und Mejia zum Tode verurteilt. Umsonst legten die europäischen Staaten und selbst die Union ihr Fürwort ein; Juarez bestätigte zur Sühne für Arteaga das Urteil, und in der Morgenfrühe des 19. Juni 1867 wurde Kaiser Maximilian in Queretaro erschossen. Vor Jahren hatte er den Wunsch ausgesprochen:

„Ich möchte nicht im Thal verderben,
Den letzten Blick gehemmt durch Zwang;
Auf einem Berge möcht' ich sterben
Im goldnen Sonnenuntergang."

Er wurde ihm anders erfüllt, als er gemeint hatte, aber doch erfüllt. Auf einem weitumschauenden Hügel, dem Cerro de las Campanas, waren im Viereck die Truppen aufgestellt, um die sich Tausende von Menschen in atemloser Spannung drängten, und die tödlichen Schüsse fielen, als sich die strahlende Sonne der Tropen über die Berge erhob. Maximilian starb in der ruhigen Fassung des Christen, denn er war sich bewußt, in allem stets das Beste gewollt zu haben: ein hochsinniger Fürst, ein deutscher Idealist, zu edel für diese verderbte kreolische Welt, die seiner nicht wert war. Mejia und Miramon, seine treuen Generale, folgten ihm auch im Tode. Dieselbe Fregatte Novara, die den Kaiser nach Veracruz gebracht hatte, führte jetzt seine Leiche nach Triest zurück. Am 18. Januar 1868 wurde sie in der Kapuzinergruft zu Wien beigesetzt.

Aufsteigen der Indios.

Mit großer Mehrheit berief der Kongreß nunmehr Juarez zum gesetzlichen Präsidenten. Er verstand es, bis an seinen Tod (1872) sich im Besitze der höchsten Gewalt zu behaupten. Aber der rachsüchtige Indianer brachte dem Lande keine Erneuerung, nicht einmal den Frieden, denn die alten Parteikämpfe dauerten fort. Seine Rassengenossen drangen in die höheren Ämter ein, und da die „Reform" aufrecht blieb, die geistliche Laufbahn also nicht mehr reizte, so drängten sich die gebildeten Elemente immer stärker in die Staatsämter, die Advokatur und die Presse, einander das Brot vom Munde wegnehmend und ewig umsturzlustig. Weit bedenklicher aber war die Bewegung in der Masse der Indios. Die Aufhebung des Gemeinbesitzes durch die „Reform" scheiterte vollständig an ihrem passiven Widerstande, sie begannen sogar die kreolischen „Thalgüter" in Besitz zu nehmen, zuweilen mit offener Gewalt, und im Jahre 1872 forderten die Indios der Sierra del Nayarit (am Stillen Ozean) unter Lozada schon geradezu die Beseitigung der herrschenden (kreolischen) Klassen, der „Blutegel der Nation", und die Berufung einer Nationalversammlung aus Abgeordneten der (indianischen) Dörfer (pueblos), um über die Regierungsreform zu entscheiden. Als solche würde in diesem Falle wahrscheinlich eine absolute Monarchie in engster Verbindung mit der Kirche, auf Grund des bäuerlichen Gemeinbesitzes, eine Art Cäsaropapismus, wie in Byzanz und Rußland, zustandekommen. Anderseits wuchs seit dem Untergange des Kaisertums mächtig der politische und wirtschaftliche Einfluß der Nordamerikaner. Zwischen sie und die emporstrebenden Indios mitteninne gestellt, haben die verkommenen Kreolen Mexikos kaum noch eine Zukunft.

Die mittelamerikanische Union.

Ähnlich gestalteten sich die Dinge in Mittelamerika, dessen reichgesegnete, zwischen zwei Weltmeeren gelegenen Plateaulandschaften Guatemala, San Salvador, Honduras und Costarica sich 1821 als Vereinigte Staaten von Zentralamerika zu

einem Bundesstaate zusammengeschlossen hatten (vgl. Bd. IX, S. 229). Auch hier überwogen in dem bunten Rassengemisch überall die Indios und die Mischlinge (Mestizen), und zwar in noch weit höherem Grade als in Mexiko. Um 1842 gab es in Guatemala 800000 Indios und 150000 Mestizen gegenüber 7—8000 Weißen, in San Salvador unter 350000 Einwohnern kaum 1 Prozent Weiße, in Honduras unter 250000 Menschen nur 4—5000, in Nicaragua unter 300000 Einwohnern gar nur 2—3000 Kreolen. Nur Costarica hatte eine fast ganz kreolische Bevölkerung. Dieser Gegensatz zerriß sehr bald die Union. Schon im Jahre 1838 erhob sich der Mestize Carrera in Guatemala an der Spitze der Indios, von der Geistlichkeit unterstützt, zu einem blutigen Rassenkriege gegen den Bundespräsidenten Morazan (seit 1832), der durch Gewährung der Religionsfreiheit, Abschaffung der Zehnten und Aufhebung der Klöster den Klerus schwer gereizt hatte. Morazan mußte endlich weichen, und die Union wurde 1839 aufgelöst bis auf die Gemeinsamkeit der Flagge und des Wappens (die hinter einer Bergkette aufgehende Sonne mit dem Wahlspruch: „Dios, Union, Libertad"). Als Morazan aus der Verbannung zurückkehrte und von Costarica aus die Union wiederherzustellen versuchte, wurde er überwältigt und am 15. September 1842 in San José kriegsrechtlich erschossen. Die verheerenden Kämpfe zwischen Zentralisten und Föderalisten dauerten allerdings fort, im ganzen behaupteten jedoch die Föderalisten das Übergewicht, besonders seit dem Siege Carreras bei Arada am 2. Februar 1851, und damit die Priesterschaft. Doch hielt Carrera, zum lebenslänglichen Präsidenten berufen, mit dem Rechte, seinen Nachfolger zu ernennen, im ganzen gute Ordnung im Lande und suchte sogar mit Hilfe der Jesuiten das arg vernachlässigte Unterrichtswesen emporzubringen (gest. 1865). Auch Costarica gedieh durch die fleißige Arbeit seiner überwiegend weißen Bevölkerung, eine wirkliche spanische Kolonie.

Honduras und Nicaragua.

Dagegen litten die beiden mittleren Staaten Honduras und Nicaragua, vor allem das letztere, fortwährend unter inneren Unruhen und unter den Bestrebungen auswärtiger Mächte, sich in diesen wichtigen interozeanischen Durchgangsländern, besonders in Nicaragua und seiner verheißungsvollen Einsenkung längs des Juanflusses und der beiden großen Seen festzusetzen. Schon 1848 besetzten die Engländer im Namen der Mosquitos an der Hondurasküste, die sich unter ihren Schutz gestellt hatten, die Stadt San Juan an der Mündung des gleichnamigen Flusses und legten hier die Kolonie Greytown an. Da sich die nordamerikanische Union gemäß der Monroedoktrin sofort dagegen verwahrte und der Republik Nicaragua ihr ganzes Gebiet verbürgte, so drohte die Gefahr eines Krieges mit England, wurde aber durch den Clayton-Bulwervertrag vom 19. April 1850 beseitigt, in dem beide Mächte dahin übereinkamen, keine ausschließlichen Rechte über den zu erbauenden Kanal vom Atlantischen zum Großen Ozean auszuüben, keine Befestigungen an ihm anzulegen und keinen Teil von Mittelamerika zu kolonisieren. Trotzdem gewannen bald danach zwei New Yorker Reederfirmen solchen Einfluß in Nicaragua, daß sie, namentlich das Haus Vanderbilt, den kecken Versuch machten, Nicaragua indirekt unter nordamerikanische Herrschaft zu bringen, vor allem im Interesse der südlichen Sklavenhalter.

Sie bewogen daher die liberale Partei des Landes, gegen die Konservativen die Hilfe eines verwegenen Abenteurers anzurufen. Das war William Walker aus Nashville in Tennessee (geb. 1824), ursprünglich Advokat, dann Journalist in Kalifornien, von wo aus er bereits einen Flibustierzug gegen den mexikanischen Staat Sonora versucht hatte. Mit einem Haufen bewaffneter Abenteurer landete er am 11. Juni 1853 in Realejo an der Westküste, nahm am 15. Oktober die Hauptstadt Granada und ließ sich von dem Präsidenten Corral, den er als solchen anerkannte, zum Obergeneral der Republik ernennen. Als er jedoch im Frühjahr 1856 ansehnliche Verstärkungen erhalten hatte, wurde Corral verhaftet und erschossen, und im Juni Walker selbst als Präsident ausgerufen. Der Firma Vanderbilt hatte er das ausschließliche Transitrecht erwirkt. Als er diesen Vertrag einseitig aufhob, veranlaßten die Vanderbilt seinen Sturz, und er mußte sich am 1. Mai 1857 dem Kapitän eines nordamerikanischen Kriegsschiffes ergeben, der ihn nach New Orleans brachte. Von dort entkam er und landete im November zum zweitenmal in Nicaragua, wurde im Dezember wieder gefangen, jedoch auf Befehl des Präsidenten Buchanan freigelassen, worauf die vier Nachbarstaaten Nicaragua militärisch besetzten. Ein dritter Versuch im Oktober 1858 schlug fehl, und als

Walker im Juni 1860 von New Orleans aus an der Küste von Honduras landete, fiel er am 3. September mit seiner Bande bei Truxillo in die Hände der Behörden, wurde zum Tode verurteilt und am 12. September standrechtlich erschossen. Er starb mutig und gefaßt, eine echte Flibustiernatur.

Mit dem Scheitern dieser Unternehmungen und mit dem Ausbruche des großen Bundeskrieges 1861 hatten die kecken Versuche der Sklavenhalter ein Ende, aber sie bereiteten doch nur die wirtschaftliche Eroberung Mittelamerikas durch die Yankees vor. Daß sie auch auf die westindischen Inseln ihr Augenmerk richteten, hatten schon die Züge des Freibeuters Lopez nach Cuba bewiesen (s. S. 205). Noch günstigeren Boden schienen die meisterlosen Negerrepubliken auf Española darzubieten. Doch schloß sich San Domingo, von Parteikämpfen erschöpft, zeitweise sogar wieder an Spanien an, und in Haiti errichtete der Negergeneral Soulouque als Faustin I. 1849 sogar ein „Kaisertum" nach napoleonischem Muster, das erst 1859 wieder gestürzt wurde.

Südamerika.

Die Südhälfte des großen Kontinents, so sehr sie in manchen Beziehungen die Nordhälfte zu übertreffen scheint, hat in andern wieder große Nachteile. Der Verkehr von den weiten, flachen Stromlandschaften des Ostens nach der Westküste wird durch die gewaltige Erhebung der Andenkette außerordentlich erschwert, die ganze Nordhälfte liegt in der tropischen Zone, ist also mit Ausnahme der Hochlandschaften für europäische Besiedelung nicht geeignet, die Südhälfte aber, die dafür günstigere Bedingungen aufweist, wird durch weite Entfernungen von Europa getrennt. Daraus erklärt es sich nun auch, daß eine Bevölkerung europäischer Abstammung fast nirgends die Mehrheit bildet oder gar allein herrscht, daß vielmehr die eingeborenen Stämme sich überall behauptet und stellenweise sogar eine Neubelebung erfahren haben. Am stärksten war dabei die kreolische Bevölkerung in den alten Kernlanden des spanischen Amerika, in den Hochlandschaften der Westseite, und in einzelnen Gegenden der Ostseite, wo das Klima gemäßigt ist und eine nur dünne eingeborene Bevölkerung vorhanden war (in Ecuador unter 1 Mill. Einwohner $^1/_2$ Mill. Weiße, in Peru 1858 2400000 Weiße gegen $1^3/_4$ Mill. Indios, in Bolivia 1855 unter 2326000 Einwohnern 1650000 Weiße, in Chile von $1^1/_2$ Mill. etwa die Hälfte, in Argentinien 1850 von 1 Mill. gegen 50 Prozent). Viel ungünstiger hatte sich das Verhältnis in den tropischen Landschaften des Nordens gestaltet (in Venezuela 1854 nur 400000 Weiße unter $1^1/_2$ Mill., in Neu-Granada oder Columbien 1853 sogar nur 450000 Weiße von 2363000), am ungünstigsten in Brasilien, wo die unermeßlichen Waldlandschaften in der Tiefebene des Amazonenstromes fast ganz nomadisierenden Indianern überlassen blieben und die europäische Besiedelung sich auf das südliche Hügelland beschränkte, zugleich eine starke Negerzufuhr das Verhältnis der Einwohner europäischen Bluts noch mehr zu deren Ungunsten verschoben hatte (1856 unter 7677000 Einwohnern etwa 1 Mill. Weiße, 2—3 Mill. Neger). In Paraguay hatte die einheimische Rasse durch die Jesuitenmission (s. Bd. V, S. 105) sich derart gekräftigt, daß der europäische Zusatz verschwindend gering war und das Guarani das Spanische als Landessprache beinahe verdrängte. Die europäische Zuwanderung blieb, verglichen mit der nach Nordamerika, auch nach der Losreißung vom Mutterlande, im ganzen schwach, meist auf Kaufleute und Gewerbetreibende in den Hafenplätzen beschränkt. Ackerbaukolonien gründeten vor allem die Italiener in Argentinien und die Deutschen in Südbrasilien, in den mittleren Provinzen Bahia, Minas Geraes, Espirito Santo und Rio schon seit 1818, aber, von Petropolis bei Rio und seiner Umgebung abgesehen, mit geringem Erfolge, mit weit besserem in dem gemäßigten Klima des Hügellandes von Santa Catharina und Rio grande (Donna Francisca, Joinville, Blumenau, S. Leopoldo, Porto Alegre), besonders seit 1849, so daß sich strichweise eine fast geschlossene deutsche Bevölkerung bildete, die in ihrer schlaffen romanischen Umgebung ihr Volkstum besser gewahrt hat als in Nordamerika. Doch hinderte später das an sich begründete Mißtrauen gegen die Verträge auf Halbpacht

Bevölkerung.

(Parceria), die gewissenlose Grundherren und Agenten mit den Auswanderern schlossen, um sie geradezu in eine Art von Leibeigenschaft zu versetzen, so daß eine Verfügung des preußischen Ministers v. d. Heydt vom 3. November 1859 gegen die deutsche Auswanderung nach Brasilien erging, eine gut gemeinte, aber für die Kräftigung des dortigen deutschen Elements höchst nachteilige Maßregel. Im südlichen Chile wurden 1853 in der Provinz Llanquihua 2000 Deutsche angesiedelt. Freilich ist durch solche Zuwanderungen das Rassen- und Völkergemisch nur noch bunter geworden, denn während das Yankeetum eine starke Assimilationskraft besitzt, scheint diese den Kreolen völlig zu fehlen.

Politische Verhältnisse im allgemeinen.

Auch damit hängt die im ganzen sehr geringe Stetigkeit der politischen Verhältnisse Südamerikas zusammen. Sie ist am geringsten in den Laplatastaaten und in den nordwestlichen Gebieten, verhältnismäßig am größten in Chile, Paraguay und Brasilien. In jenen führte das anfangs herrschende Bestreben, größere zentralisierte Staatengebilde zu schaffen, zu einer föderalistischen Reaktion, die in den riesigen Entfernungen, der dünnen Bevölkerung und den großen natürlichen Gegensätzen ihre Rechtfertigung fand und daher schließlich fast überall zur Errichtung von dem Namen nach demokratisch, thatsächlich oft genug diktatorisch regierten Bundesstaaten nach der nordamerikanischen Schablone führte.

Columbia.

Die Staatenverbindung, die sich nach der Befreiung unter dem Namen Columbia 1819 zu einem Einheitsstaate zusammengeschlossen und 1823 auch Ecuador (Quito) aufgenommen hatte, wurde schon 1829 durch den Abfall von Venezuela erschüttert und löste sich 1831 ganz auf. Venezuela blieb darauf ein Einheitsstaat und gab sich 1858 eine neue Verfassung, verwandelte sich aber 1864 in eine Föderation von 18 Staaten. In Neu-Granada wußte es die föderalistische Partei sogar zu erreichen, daß ein Kongreßbeschluß vom 27. Februar 1855 die Sezession grundsätzlich gestattete. Infolgedessen löste sich das Land seit 1857 in acht Staaten auf, die im September 1861 den Namen „Vereinigte Staaten von Columbien" annahmen. Besonders selbständig zeigte sich der Isthmusstaat Panama, schon weil ihm die 1855 eröffnete Eisenbahn quer über die Landenge von Colon (Aspinwall) nach Panama eine große Bedeutung für den Weltverkehr verlieh. Ecuador blieb Einheitsstaat, aber von heftigen Bürgerkriegen zwischen Klerikalen und Liberalen nicht verschont, bis der energische Präsident Moreno (1859—64) den Klerikalen zum Siege verhalf.

Peru und Bolivia.

Ein ähnliches Verhältnis wie zwischen den Staaten des Nordwestens bestand einige Jahre auch zwischen Peru, dem Kernland des alten Inkareichs, dessen schöne Quichuasprache sich nicht nur erhalten hat, sondern auch von den Kreolen gesprochen wird, und Bolivia, dem alten Oberperu, indem beide 1836 unter dem „Großmarschall" Santa Cruz eine Konföderation eingingen. Doch riß sich Bolivia, von Chile unterstützt, schon 1839 nach dem Siege bei Yungay (20. Januar) über Gamarra wieder los und behauptete nach dem Siege auf der Pampa von Ingwi bei Viacha (unweit von La Paz) im November 1841 auch die schöne Landschaft am Titicacasee, dem alten Kulturzentrum der Inkas, bis der Friede vom Juni 1842 das frühere Verhältnis wieder anerkannte. Seitdem verbrauchte Bolivia seine Kraft in unaufhörlichen Bürgerkriegen und hatte mit der Außenwelt kaum Beziehungen, da es den Großen Ozean nur mit einem kurzen, hafenlosen Küstenstriche in der Wüste Atacama berührte und sein hohes Tafelland im Innern von keiner Seite bequeme Zugänge darbot. Auch Peru litt lange Zeit unter fortgesetzten Unruhen. Erst der Präsident Ramon Castilla (1845—51) schuf Ordnung und wurde, nachdem er seinen Nachfolger Echenique gestürzt hatte, zum zweitenmal Präsident (1855—60). Unter Pezet kam es zu einem gefährlichen Konflikte mit Spanien, das sich über die Vergewaltigung einer baskischen Kolonie beschwerte, und um Genugthuung zu erzwingen, 1864 die guanoreichen Chinchainseln besetzte. Pezet gab daher im Januar 1865 nach, büßte das aber, besonders durch Castillas eifrige Bemühungen, mit seinem Sturze. Am 5. Dezember erklärte Peru an Spanien den Krieg und schloß dann mit Chile, Ecuador und Bolivia ein Bündnis, so daß dem spanischen Geschwader fast alle Häfen der

südamerikanischen Westküste gesperrt wurden. Zu schwach, um eine Landung zu unternehmen, beschoß der Admiral Nuñez die wichtigsten Hafenstädte, am 31. März 1866 Valparaiso, am 2. Mai Callao, ohne damit etwas andres zu erzielen als große Erbitterung. Endlich beschloß ein Waffenstillstand den unfruchtbaren Kampf.

Chile

Weit günstiger als in allen andern Republiken der Westküste entwickelten sich die Verhältnisse in dem langgestreckten, schmalen Küstenlande Chile. Denn hier wohnt nicht nur eine ziemlich dichte kreolische Bevölkerung, sondern es war auch der Grundbesitz und damit die thatsächliche politische Macht in den Händen einer geringen Anzahl großer Familien vereinigt, die eine herrschgewöhnte, patriotische Aristokratie bildeten und die Bauern als ihre Hintersassen in wirtschaftlicher Abhängigkeit hielten. Nachdem sie dem Lande 1833 eine Verfassung mit einer starken Präsidentengewalt gegeben hatten, wehrte Chile die „Konföderationsbestrebungen" Perus und Bolivias 1837—39 tapfer ab und erlebte dann unter den langen Präsidentschaften von Bulnes (1841—51) und Manuel Montt (1851—61) eine Zeit glücklichen Gedeihens. Valparaiso wurde der erste Hafen der Westküste, die ersten Eisenbahnlinien entstanden, ein Zivilgesetzbuch wurde aufgestellt, der Zehnte in eine Grundsteuer für Kirche und Schule verwandelt. Auch Heer und Flotte waren im guten Stande. José Joaquin Perez hatte dann heftige Kämpfe mit den Araucanen zu bestehen, die sich der chilenischen Oberhoheit entziehen wollten, und wurde in den Krieg mit Spanien verwickelt, in dem sich die chilenisch-peruanische Kriegsmarine im Gefecht bei Ancud unweit der Insel Chiloe wacker hielt, obwohl sie die zerstörende Beschießung von Valparaiso nicht hindern konnte.

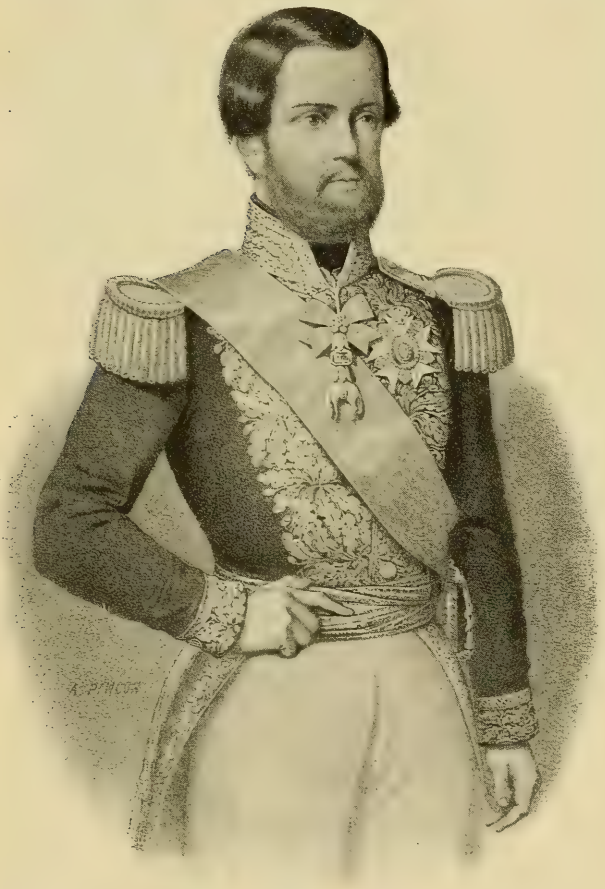
Die La Plata-Staaten.

Auf der Ostseite des Kontinents wiederholten sich die Gegensätze des Westens in den La Plata-Staaten, von denen sich Uruguay, das östliche Grenzland (Banda oriental) gleich zu Anfang selbständig gemacht hatte. In der Bundesrepublik von Argentinien, die 1825 14 Staaten umfaßte, stand der großen Hafenstadt Buenos Ayres mit ihren europäisch gebildeten Handelsherren die feudale Aristokratie der Herdenbesitzer in den unermeßlichen Pampas des weiten Binnenlandes gegenüber, deren jeder über Tausende von halbwilden Rindern und Schafen und Hunderte von ebenso wilden Hirten, die Gauchos (Mischlinge), ausgezeichnete Reiter, verfügt, während die Ackerbaugegenden spärlich und dünn bevölkert waren. Diese Parteien rangen miteinander als „Unitarier" und „Föderalisten" um die Herrschaft, denn Buenos Ayres, das als Stapelplatz das Land wirtschaftlich beherrschte, wollte auch die politische Herrschaft behaupten. Indes gelang es einem jener großen Herdenbesitzer, Manuel Ortez de Rosas, mit Hilfe der Indianer und der Gauchos, die Unitarier zu verdrängen und selbst als Generalkapitän von Buenos Ayres die Leitung der argentinischen Konföderierten in die Hände zu bekommen, die er nun von 1829—52 mit diktatorischer Gewalt und blutiger Härte behauptete. Dagegen erhob sich endlich José de Urquiza, ein Gaucho, Gouverneur von Entre Rios. Von den Nachbarstaaten unterstützt, schlug er Rosas bei Monte Caseros am 3. Februar 1852, so daß dieser auf einem englischen Schiffe entfliehen mußte. Sein ungeheures Vermögen wurde für den Staat eingezogen. Aber schon im September desselben Jahres riß sich Buenos Ayres los, konstituierte sich als selbständiger Staat und schloß im Januar 1856 mit Argentinien nur ein Schutz- und Trutzbündnis. Erst der Sieg Urquizas bei Cepada am 23. Oktober 1859 erzwang 1860 die Wiedervereinigung. Dieser wollte sich nun Buenos Ayres nicht wieder entziehen, doch schwang es sich unter General Mitre 1861 zum Haupte der Konföderation empor, und Mitre wurde 1862 zum Präsidenten der Bundesrepublik gewählt. Unter ihm nahm endlich das Land durch Eisenbahnbauten, Dampferlinien auf den Riesenströmen und Förderung der europäischen, namentlich der italienischen Einwanderung einen erfreulichen Aufschwung. — Uruguay wurde wesentlich von dem großen Stapelplatze Montevideo, der Nebenbuhlerin von Buenos Ayres, beherrscht und von ähnlichen Gegensätzen zerrissen, wie Argentinien. Sie führten endlich zu einem großen Kriegsbrande.

Brasilien.

In merkwürdigem Gegensatze zu diesem ewig sturmbewegten Leben der Republiken stehen Brasilien und Paraguay. Das Kaisertum Brasilien, die einzige Monarchie ganz Amerikas, entwickelte sich unter der Verfassung vom 24. März 1824 und der

Herrschaft eines Zweiges der portugiesischen Königsfamilie (s. Bd. IX, S. 230) ziemlich stetig, vor allem unter Pedro II., der seinem gleichnamigen Vater schon 1832 als sechsjähriger Knabe folgte und am 18. Juli 1841 feierlich gekrönt wurde. Da er keine Söhne zu hinterlassen fürchtete, so übertrug er 1850 das Recht der Thronfolge auf seine Tochter Isabella, die Gemahlin des Grafen Louis von Eu, eines Enkels König Louis Philipps. Seine wohlwollende und verständige Herrschaft erstrebte vor allem die wirtschaftliche Entwickelung des reichen Landes durch die Öffnung der brasilianischen Ströme für den Welthandel und die Förderung der Kolonisation, aber verhängnisvoll sollte es ihm werden, daß, während er selbst einer freien Richtung huldigte, die strengkirchliche Kronprinzessin für eine Gönnerin der Jesuiten galt und somit die auch in Brasilien vorhandenen Gegensätze verschärfte.



84. Pedro II., Kaiser von Brasilien.
Nach der Lithographie von A. Pinçon (etwa 1860).

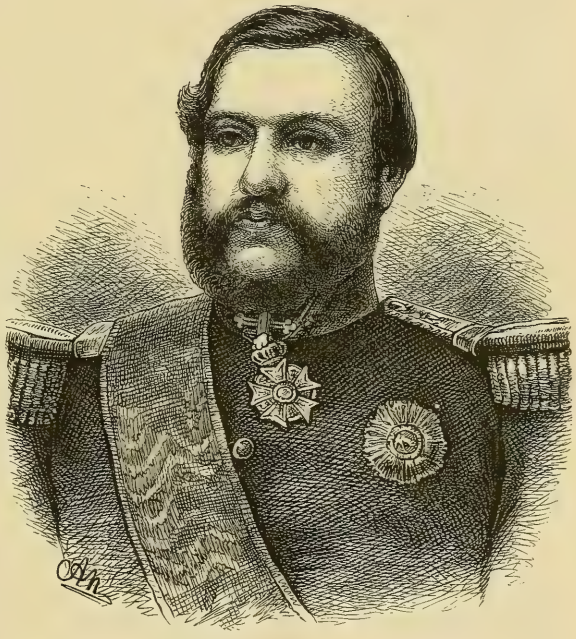
Paraguay.

Auf ganz andrer Grundlage beruhten die Zustände von Paraguay. Diese „Republik" war thatsächlich nichts weiter als die alte Jesuitenmission mit der unbedingten Autorität der Regierung und dem strengen Abschluß des Landes nach außen. Nach der Abwerfung der spanischen Herrschaft hatte der Kongreß die Vollgewalt 1813 den beiden Bürgern Fulencio Yeyros und José Gaspar de Francia übertragen. Aber schon 1814 gewann de Francia die unbeschränkte Alleinherrschaft und behauptete sie bis an sein Ende. Er war in einer Person Obergeneral und Oberrichter, größter Grundbesitzer, erster Kaufmann und einziger Bankier des Landes, das, von den mächtigen Strömen Paraguay und Parana umfaßt, die doppelte Größe von Bayern, wenn auch nur eine Viertelmillion Einwohner hatte. Niemand durfte das Land verlassen, Fremde nur unter der Bedingung einwandern, daß sie sich dauernd in Paraguay niederließen. Die Finanzen waren in gutem Zustande, drei Viertel des Landes Staatseigentum. Nach Francias Tode am 20. September 1840 wählte der Kongreß zunächst wieder zwei Konsuln mit unumschränkter Gewalt auf drei Jahre, Mariano Roque Alonzo und Carlos Antonio Lopez. Jener war ein Soldat, dieser ein reicher Gutsbesitzer, der die Rechte studiert hatte und dann Rechtsanwalt geworden war, sich dann aber, um dem Mißtrauen des Diktators zu entgehen, auf seine Landgüter zurückgezogen hatte. Rasch gewann Lopez das Übergewicht und wurde vom zweiten Kongreß 1844 zum Präsidenten erhoben. Er organisierte wirkliche Regierungsbehörden, führte das spanische Gesetzbuch ein, gründete ein Gymnasium (Colejio nacional) und Volksschulen, errichtete 1847 ein Bistum in Asuncion, der

Hauptstadt, und gab den Verkehr im Inlande wie mit dem Auslande frei. Endlich schaffte er den Sklavenhandel ab und schenkte allen Sklavenkindern die Freiheit. So wehrte er glücklich die Unterwerfungsversuche des Diktators de Rosas ab und erreichte es, daß 1852 Argentinien, 1853 England die Unabhängigkeit von Paraguay förmlich anerkannte. Ihm folgte nach seiner letztwilligen Verfügung sein Sohn Francisco Solano Lopez (1862—70), ein Mann von Kühnheit, Energie und weitem Blick. Unter ihm wuchs die Einwohnerzahl auf über eine Million, auch durch italienische Zuwanderung, die Truppen, schon vom Vorgänger nach preußischem Muster aus dem stehenden Heere und der Landwehr auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht gebildet, stiegen im Kriegsfalle auf 30 000 Mann, die Einkünfte auf $8\frac{3}{4}$ Mill. Frank, ohne daß der Staat ausländische Schulden aufgenommen hätte. Sein Streben, für Paraguay den Verkehr mit dem Meere frei zu halten, drängte ihn schließlich in den Kampf mit den Nachbarstaaten hinein.

Paraguay und die Nachbarstaaten.

Durch einen Gewaltstreich hatte 1854 in Uruguay die Partei der Blancos, der Großgrundbesitzer, die Regierung an sich gebracht und das Haupt der demokratischen Colorados, den Präsidenten Flores, nach Buenos Ayres in die Verbannung geschickt. Indessen Flores kehrte 1863 nach Uruguay zurück und bemächtigte sich nach längerem Kampfe, von Brasilien unterstützt, im Februar 1865 der Hauptstadt Montevideo und damit der Regierung von neuem. Lopez protestierte gegen diese Einmischung Brasiliens in die inneren Angelegenheiten eines andern Staates, denn er sah sich mittelbar durch dieselbe bedroht, da Uruguay in der Hand Brasiliens ihm leicht die Verbindung mit dem Meere verlegen konnte. Längst mit Brasilien wegen Grenzstreitigkeiten gespannt, glaubte er nicht nachgeben zu dürfen, vielmehr alles daran setzen zu müssen, um bei dieser Gelegenheit seinem Staate die äußerst wichtige direkte Verbindung mit dem Meere zu erringen. Als daher sein Protest von Brasilien nicht beachtet wurde, rückte er im Januar 1866 in das benachbarte Kaiserreich ein, besetzte die südliche Hälfte der brasilianischen Provinz Matto grosso und hob in dem okkupierten Lande die Sklaverei auf, die in Brasilien noch bestand. Zugleich versuchte Lopez an der südlichen Stromgrenze sein Land zu sichern. Hier war die Argentinische Republik der Nachbar Paraguays. Zwar erklärte die Republik in dem beginnenden Streite Paraguays mit Brasilien sich für neutral, unterließ es aber nicht, Flores durch Waffen- und Truppensendungen zu unterstützen. Rasch entschieden nahm Lopez die argentinischen Schiffe weg und besetzte zur Sicherung der Stromgrenze die argentinische Stadt Corrientes am Zusammenflusse des Paraguay mit dem Parana. Die Folge war, daß der argentinische Präsident Mitre dem Bunde Uruguays mit Brasilien sich anschloß.



85. Francisco Solano Lopez, Präsident von Paraguay.

Mit einer Armee von 45 000 Mann Infanterie und 10 000 Reitern glaubte sich Lopez der Triple-Allianz vollauf gewachsen. Kühn eröffnete er daher, vom Kongresse zum Oberbefehlshaber der Armee von Paraguay ernannt, den Angriff und sandte zwei Truppenkorps durch die brasilianische Provinz Rio grande do Sul auf den beiden Ufern des Uruguay vor, um sich Montevideos zu bemächtigen. Indessen die Expedition

Lopez im Angriff.

mißlang; das eine Korps wurde von den Truppen der Argentinischen Republik und Uruguays völlig geschlagen, das andre von den Brasilianern unter Kaiser Pedros II. eignem Befehle umstellt und zur Ergebung genötigt.

Kämpfe in Paraguay.

Nach diesem Mißerfolge beschränkte sich Lopez auf die Verteidigung seines Landes. Er konzentrierte 1867 seine Kraft in der Festung Humaita am linken Ufer des Paraguaystromes oberhalb seiner Einmündung in den Parana, die überdies gegen Süden durch eine lange Linie von Verschanzungen, die Rojaslinien, gedeckt wurde. Die Verbündeten rückten gegen Humaita an, die brasilianische Flotte dampfte den Paraguay hinauf. Allein die Rojaslinien geboten ihnen Halt, und der Strom war durch Ketten und Torpedos so wirksam gesperrt, daß das stärkste brasilianische Panzerschiff, die Fregatte Rio de Janeiro, auf einen Torpedo auffahrend in die Luft gesprengt wurde. Zwei Jahre lang lagen die Alliierten vor den Rojaslinien, vollauf beschäftigt, die steten Ausfälle der Paraguiten abzuwehren. Da erst gelang es ihnen, die starken Linien auf einem großen Umwege durch sumpfiges Terrain zu umgehen. Sofort warf sich Lopez auf das vor den Linien zurückgebliebene Korps und vernichtete es fast vollständig bei Tuyuti; dann gab er Humaita auf, das sich übrigens noch bis zum 3. August 1868 hielt, und zog sich durch das Chacogebiet am rechten Ufer des Paraguay zum Schutze seiner Hauptstadt Asuncion auf die Höhen von Villeta nach dem Fort Angostura zurück, in eine Stellung, die durch Wolfsgruben, Schützengräben und Verhaue auf das äußerste befestigt wurde.

Eroberung von Asuncion.

Unterdes hatte jedoch die Flotte der Brasilianer, wenn auch mit dem Verluste von zwei Panzerschiffen, die Durchfahrt auf dem Paraguay erzwungen und, bis zur Landeshauptstadt Asuncion vordringend, die dortigen Staatsgebäude mit Bomben beworfen. Jetzt überschritt auch die Landarmee den Paraguay, wodurch sie Lopez in den Rücken gelangte, und unternahm am 11. Dezember 1868 einen allgemeinen Sturm auf die Höhen von Villeta. Nach einem heftigen Kampfe nahmen die Alliierten den Baldowinopaß und machten dadurch die Stellung der Paraguiten unhaltbar. Dennoch wies Lopez die Aufforderung zur Ergebung zurück; ein zweiter Sturm am Weihnachtstage jedoch brach die Kraft der Paraguiten, sie kapitulierten am 30. Dezember. Der Landweg nach Asuncion stand damit den Alliierten offen. Die Einwohner verließen in flüchtiger Hast, ihre beste Habe und alle Lebensmittel mit sich nehmend, ihre Wohnungen, und am 2. Januar 1869 zogen die Verbündeten in die öde Stadt ein, wo sie eine provisorische Regierung einsetzten.

Lopez' Untergang.

Indessen hatte Lopez mit einem Teil seiner Leute vor der Kapitulation das Lager bei Angostura verlassen. Zauberisch wirkte sein Name. Was noch die Waffen tragen konnte, sammelte sich um ihn zum aussichtslosen Verzweiflungskampfe; zehnjährige Knaben wurden seinen Truppen eingereiht, und selbst Frauen und Mädchen wurden militärisch ausgebildet, um für Schanzarbeiten verwendet zu werden. So setzte er sich nochmals bei Piritebu fest. Indessen der Graf Louis d'Eu, der Schwiegersohn des Kaisers von Brasilien, erstürmte die Stellung am 12. August und schlug drei Tage später bei Caraguatay die Paraguiten aufs Haupt. Noch einmal erhob sich Lopez von neuem, und der Krieg zog sich noch monatelang hin, aber immer mehr lichteten sich die Scharen der Unbezwinglichen. Da warf er sich mit einigen Hundert Mann, dem letzten Reste seiner Getreuen, in die Grenzberge, um sich nach Bolivia durchzuschlagen. Aber unermüdlich hefteten sich die Brasilianer unter General Camora an seine Spuren. Endlich griffen sie ihn am 1. März 1870 am Aquidaban, einem östlichen Nebenflusse des Paraguay, an und drängten ihn in eine Bergschlucht hinunter. Schon hatte Lopez mit einem Häuflein der Seinigen den jenseitigen Rand der Schlucht erstiegen, als auch schon an dieser Seite brasilianische Soldaten erschienen. Ein Schuß trifft ihn und er stürzt in die jähe Schlucht zurück. Seine Begleiter indes erreichten die rettende Grenze.

Der Friede.

Ein harter Frieden wurde dem besiegten Paraguay auferlegt, der übrigens erst am 27. März 1872 zum völligen Abschluß gelangte. Paraguay mußte seine nördlichsten Provinzen an Brasilien, das streitige Land jenseit des Pilcomayo an die

Argentinische Republik abtreten. Brasilien indes zog aus dem Kriege den größten Gewinn. Es hatte dadurch, daß es die Lasten des Krieges fast allein getragen und den siegreichen Ausgang herbeigeführt hatte, sein Ansehen unter seinen Nachbarstaaten außerordentlich gehoben; es nahm aus seinen Kriegserfahrungen Anlaß, nicht nur zur Behauptung seines Übergewichts seine Armee zu reorganisieren, sondern auch, sich selbst zum großen Segen, die Aufhebung der Sklaverei ernstlich ins Auge zu fassen. Paraguay, durch seinen Heldenmut entvölkert, war in seiner Entwickelung auf viele Jahre zurückgeworfen.

Langsame Kulturfortschritte.

Unter den fortwährenden, vorwiegend inneren Stürmen, die das Leben der meisten südamerikanischen Staaten bezeichnen, konnten ihre Kulturfortschritte nur langsam sein, und sie behielten trotz alles Stolzes auf ihre Selbständigkeit und trotz der verhältnismäßig schwachen Einwanderung, noch viel mehr den Charakter von Kolonialländern als Nordamerika. Ihre Volkswirtschaft wie ihre geistige Bildung blieb von Europa ganz abhängig, daher ihre größten Städte fast alle Küstenstädte, Caracas, Pernambuco, Rio, Montevideo, Buenos Ayres im Norden und Osten, Valparaiso und Callao mit Lima auf der Westseite des Kontinents. Sie blieben für das Ausland die großen Lieferanten von Kulturgewächsen und Rohprodukten, die lohnenden Märkte für den Gewerbefleiß Europas und Nordamerikas. Ihr Binnenverkehr erhob sich nicht über ein bescheidenes Maß, die Eisenbahnen, die freilich im Westen ungeheure Terrainschwierigkeiten zu überwinden hatten, kamen noch lange Zeit nicht über Anfänge hinaus. Der Seeverkehr über den Ozean vollzog sich fast durchweg unter fremder Flagge, die großen Dampferlinien waren deutsch oder englisch; selbst die Ausbeutung ihres natürlichen Reichtums, der unerschöpflichen Bergwerke in den Kordilleren wie der ungeheuren Viehherden in den La Plataländern war nicht ohne fremdes Kapital möglich, ihre Kriegsschiffe und Waffen bezogen sie aus Europa. Und während in der nordamerikanischen Union das geistige Leben einen selbständigeren Charakter annimmt, ist es im romanischen Südamerika ganz abhängig von Europa geblieben. Wer konnte, holte sich nach wie vor dort seine Bildung oder mindestens seinen letzten Schliff, vor allem in Paris, dem vergötterten Mekka dieser Kreolenvölker. Denn das heimische Unterrichtswesen stand noch in den ersten Anfängen. In Brasilien z. B. waren einige nach französischem Muster eingerichtete Kollegien entstanden, über ihnen wissenschaftliche Fachschulen (für Rechtswissenschaft 1837 in Pernambuco und San Paulo, für Medizin 1862 in Rio und Bahia), in Quito und Lima gab es seit Jahrhunderten sogenannte Universitäten, in Peru wurde 1859 eine Normalschule errichtet, aber die Volksbildung blieb überall auf niedriger Stufe, weil der Schulzwang nicht durchführbar war und es bis heute geblieben ist, obwohl es an gutem Willen nicht fehlte.

Die Weltstellung der Vereinigten Staaten.

In die großen Weltverhältnisse griff keiner dieser Staaten ein, auch Brasilien war trotz seines ungeheuren Umfangs keine Großmacht. Die einzige Großmacht des ganzen Erdteils sind die Vereinigten Staaten. Ihre Monroedoktrin entsprach und entspricht dem Selbständigkeitsdrange der Kreolenvölker gegenüber dem europäischen Mutterlande, aber dieselbe Empfindung hat sie stets abgehalten, der Union in der Südhälfte des Erdteils jene beherrschende Stellung einzuräumen, die schon manchem nordamerikanischen Politiker als Ziel erschienen ist. Dafür war das Schwergewicht der Union in der Weltpolitik seit dem glücklichen Ausgange des Bundeskrieges im Wachsen. Sie hatte durch ihr einfaches „Nein" die Befestigung des mexikanischen Kaisertums verhindert, und indem sie Napoleon III. zum Rückzuge zwang, hatte sie der Vorherrschaft Frankreichs in Europa einen schweren Stoß versetzt, kurz nachdem sich die Hoffnung des Kaisers, das befreite Italien unter seiner Leitung halten zu können, als ein Traum erwiesen hatte und das französisch-russische Einvernehmen durch sein Vorgehen in der polnischen Frage unheilbar erschüttert worden war. So ebnete ein Zusammenwirken der großen Weltverhältnisse diesseit und jenseit des Atlantischen Ozeans den Boden in Europa für die endliche Neugestaltung der zerspaltenen Mitte des Erdteils, für die Wiederherstellung des Deutschen Reichs, und die tapferen Deutsch-Amerikaner, die für die Union fochten, haben, ohne es zu ahnen, die Wiedergeburt ihrer alten Heimat vorbereiten helfen. Ein neuer Abschnitt der Geschichte begann.

Zweiter Abschnitt.

Das Zeitalter Wilhelms I. des Siegreichen.

Die Neugestaltung Deutschlands und Österreichs.

Deutsches Wirtschafts- und Geistesleben.

Die wirtschaftliche Grundlage der Einheit.

Die Reaktion hatte die nationalen Bestrebungen wohl aufhalten, aber nicht unterdrücken können, denn alles drängte auf ihre Verwirklichung hin. Auch der Weg zum Ziele war durch die Debatten der Paulskirche klar vorgezeichnet, und nur Sonderinteressen und Vorurteile, aber keine sachlichen Gründe sprachen dagegen. Längst bildete die größte Masse des außerösterreichischen Deutschland durch den Zollverein ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, die wirtschaftliche Grundlage für eine nationale Neugestaltung war also bereits gefunden und galt schon in dem Maße als selbstverständliche Voraussetzung aller Arbeit, daß selbst im Kriege von 1866 niemand auch nur daran dachte, sie wieder aufzulösen. Es fehlten, nachdem der Steuerverein (Hannover und Oldenburg), also fast alle Küstenlande der Nordsee, schon 1854 beigetreten waren, nur noch Mecklenburg, Holstein und die Hansestädte, allerdings die größten Seehäfen des deutschen Festlandes. Auch im Innern wurden die noch bestehenden Flußzölle ganz beseitigt (an der Weser 1856) oder herabgesetzt, am Rheine nach den Beschlüssen von 1860, an der Elbe 1863, und noch wichtiger für den deutschen Ostseehandel war die Ablösung des lästigen dänischen Sundzolles 1857.

Landwirtschaft.

Überall waren daher die Fortschritte der deutschen Volkswirtschaft unverkennbar. Auf die Landwirtschaft wirkte die Ablösung der bäuerlichen Lasten und die Fortsetzung der längst begonnenen Gemeinheitsteilungen und Grundstückszusammenlegungen im ganzen günstig, denn sie erhielten oder schufen einen kräftigen, freien Bauernstand. Allerdings wurde im Nordosten das alte Übergewicht des Großgrundbesitzes keineswegs erschüttert, auch nicht durch die Aufteilung von pommerschen Domänen in Bauernstellen, wie sie in den dreißiger und vierziger Jahren vorgenommen wurde, vielmehr vergrößerte sich der ritterschaftliche Besitz noch durch Ankauf von Bauernland, und in vielen Strichen, nicht nur in Mecklenburg, bestand die ländliche Bevölkerung aus Pächtern, Häuslern und Tagelöhnern. Von den etwa 16 000 Rittergütern kommt der bei weitem größte Teil auf den Nordosten. Nur Sachsen näherte sich den westdeutschen Zuständen, wo neben einem wohlhäbigen Bauernstande die Zersplitterung des Bodens in Zwergwirtschaften vorkommt, wie im Regierungsbezirk Trier, in Württemberg u. a. m. Wo es der Boden erlaubte, war der Übergang zur Fruchtwechsel- oder Feldgraswirtschaft (in Holstein, Mecklenburg, den Nordseelanden) vollzogen, so daß in Deutschland auf 1 ha durchschnittlich 23 hl Getreide gebaut wurden (in England 32, in Holland 22, in Frankreich 15). Den Gemüsebau trieb man vielfach im großen, wie um Liegnitz und Erfurt, Obst- und Weinbau blühten in allen günstigen Lagen, und die Hilfsmittel der neueren Chemie und Technik, künstliche Düngung und landwirtschaftliche Maschinen, wurden in steigendem Maße angewendet. In engsten Zusammenhang mit der Industrie trat der Kartoffelbau durch die Branntweinbrennereien, besonders im Nordosten, und der seit der Kontinentalsperre zuerst in Schlesien heimisch gewordene Rübenbau durch die Zuckerraffinerien, namentlich in Schlesien, Posen und in der Provinz Sachsen. In der Zucht von Pferden, deren Deutschland um 1860 über 2 800 000 Stück zählte, leisteten Preußen, Mecklenburg, Holstein, Hannover das beste, in Rindern (gegen 13 Mill. Stück) die Marschen, die Alpenländer, das Vogtland, in Schafen (fast 24 Mill. Stück) der Nordosten, wo besonders auf die Wollproduktion geachtet wurde und die Leipziger Wollmessen noch große Bedeutung behaupteten. In der Forstwirtschaft hatte Deutschland die meisten europäischen Länder überholt, nicht nur in der Ausdehnung des Waldlandes (etwa $^1/_4$ der ganzen Fläche), in der es nur von Rußland, Österreich und Schweden übertroffen wurde, sondern und vor allem in der wissenschaftlich begründeten Pflege und Nutzung, die nicht mehr auf die Jagd, sondern wesentlich

auf die Holzgewinnung ausging und um so besser war, als die meisten Waldungen sich in Staats- und Gemeindebesitz erhalten hatten, also der oft gemeinschädlichen privaten Spekulation entzogen blieben. Die Erträge der Jagd deckten bei weitem nicht mehr den Bedarf, obwohl der Wildstand, nachdem die unheilvollen Folgen der Jagdfreiheit von 1848 überwunden waren, rasch wieder stieg und sogar Reste alter, sonst ausgerotteter Tiergeschlechter, wie das Elchwild im Ibenhorster Forst im Memeldelta und die Biber bei Aken an der Elbe, sorglich geschont wurden. Den Fischfang störten vielfach schon die zunehmenden Fabrikanlagen, die oft die Wasserläufe vergifteten, den Lachsfang am Rhein namentlich die holländische Raubwirtschaft, und an der Seefischerei hatten die Deutschen nur einen sehr bescheidenen Anteil, weil Mittel und Unternehmungsgeist noch fehlten, um, wie andre Völker, auf die hohe See hinauszugehen.

Bergbau.

Das immer künstlichste und schwierigste aller Okkupationsgewerbe, der Bergbau, war längst in die engste Verbindung mit der Industrie getreten, nicht nur, weil die Förderung und teilweise auch die Gewinnung des Materials große technische Hilfsmittel erforderte, sondern auch, weil der Bergbau der Industrie unentbehrliche Stoffe zuführt. Während die Ausbeute an Edelmetallen trotz feinster Behandlung der Erze mehr und mehr zurückging und hinter der ungeheuren Einfuhr vor allem aus Nordamerika beinahe verschwand, in Sachsen z. B. 1825—73 die Zahl der metallbauenden Gruben von 634 auf 298 sank und im Freiberger Revier die Nebenprodukte weit wichtiger wurden als die Silbererze, blieb die Metallgewinnung im allgemeinen doch so bedeutend, daß sie 1863 fast 62 Mill. Ztr. betrug. Im Steigen war die Salzförderung aus den alten unerschöpflichen Salinen des norddeutschen Tieflandes wie aus den Steinsalzlagern, zu denen 1852 das riesige Flötz von Staßfurt neu hinzutrat (1863 im Zollverein 8600000 Ztr.), vor allem aber die Kohlenausbeute in den Werken Oberschlesiens, des Dresdener und Zwickauer Bezirks, des Ruhr- und Saarbeckens (1863 an Steinkohlen 338 Mill., an Braunkohlen 109 Mill. Ztr.).

Industrie.

Obwohl diese Kohlenvorräte nicht so günstig wie in England oder Belgien, sondern durchweg an der Peripherie des zollvereinten Deutschland liegen und nur teilweise an bequemen Wasserstraßen, oder in der Nähe von Eisenlagern, so genügten sie doch, um in Verbindung mit der Kohlenzufuhr aus England, Belgien und Böhmen auch in der deutschen Industrie den König Dampf zur Herrschaft zu bringen. Auch in Deutschland begann der Fabrikbetrieb den handwerksmäßigen Betrieb zu überflügeln, namentlich in der Herstellung von Massenverbrauchsgegenständen, und die Einfuhr fremder, billiger Rohstoffe, namentlich der Baumwolle, die solideren, aber kostspieligeren des Inlandes (Wolle, Leinen) zu verdrängen. Rasch bildeten sich große industrielle Mittelpunkte. Berlin wurde eine der ersten Fabrikstädte, in Sachsen entwickelte sich im äußersten Osten und im kohlenreichen Südwesten ein industrielles Leben wie in den englischen und belgischen Fabrikbezirken, ein ähnliches in Magdeburg und im Ruhrgebiet, nur daß sich vielfach die Industrie nicht auf die Städte beschränkte, sondern im schlesischen und oberlausitzischen Berglande, im Erzgebirge und im bergisch-märkischen Bezirk auf Grund des alten einheimischen Handbetriebes auch das platte Land ergriff und große Fabrikdörfer schuf, in denen die alte Handweberei nur noch ein kümmerliches Dasein fristete. Anderwärts, wie in der Uhrmacherei und der Holzindustrie des Schwarzwaldes, in der Spielwarenfabrikation in Nürnberg, Sonneberg u. a. m., erhielt sich das Hausgewerbe durch fabrikmäßige Organisation. Im Vordergrunde standen die Metall- und Stoffindustrie jeglicher Art. Die 1775 Hüttenwerke des Zollvereins lieferten 1863 fast 34 Mill. Ztr. Metalle und Metallwaren, die Maschinenfabrik von Borsig in Berlin (seit 1837), die 1867 in Paris ihre 2000. Lokomotive ausstellte, und die Gießerei von Friedrich und Alfred Krupp in Essen, die 1818 aus den bescheidensten Anfängen entstanden war, bald aber eine neue Epoche in der Herstellung von Geschützen eröffnete, erlangten Weltruf, die Pforzheimer Edelmetalltechnik behauptete ihre alte Geltung, so gut wie die staatlichen Porzellanfabriken von Meißen und Berlin mit ihren festgegründeten Überlieferungen (s. Bd. VII, S. 300, 517), und ein kluger, schlichter Uhrmacher, F. A. Lange, verpflanzte (1845) diese

feine Technik mit solchem Erfolge unter die betriebsame, findige Bevölkerung des sächsischen Erzgebirges nach Glashütte, daß ihre Erzeugnisse bald ebenbürtig neben den berühmten Schweizer Uhren standen. Von den Textilgewerben nahm auch in Deutschland die Baumwollenspinnerei und -weberei die erste Stelle ein. Der Verbrauch von Rohstoffen stieg bei ihr 1850—57 von 1600000 auf 4140000 Ballen, die Zahl ihrer Spindeln betrug 1860 beinahe $2^1/_2$ Mill., während die Wollgarnspinnerei nur wenig über $1^1/_3$ Mill., die Hanf- und Leinenspinnerei nur 135000 Spindeln beschäftigte. An Maschinenwebstühlen für die verschiedensten Stoffe zählte der Zollverein fast 40000, an Handwebstühlen noch 468000, abgesehen von 387000 Webstühlen, die zur Nebenbeschäftigung dienten. Auch die Verarbeitung von Leder und Rauchwerk, die Zigarrenfabrikation und die Herstellung von chemischen Produkten gewann einen immer bedeutenderen Umfang, und das Buchgewerbe erlangte seine größte Ausbildung in Leipzig, Berlin und Stuttgart.

Binnenverkehr. Wie sehr diese ganze Entwickelung durch die schnelle Zunahme und Verbesserung der Verkehrswege gefördert wurde, bedarf keiner Bemerkung. Neben einem Straßennetz von über 75000 km Länge besaß der Zollverein 1861 bereits mehr als 11000 km Eisenbahnen, die teils vom Staate, teils von Aktiengesellschaften ausgeführt und verwaltet wurden und eine Reihe der kühnsten Tunnel und Brückenbauten (die Göltzschthal- und Elsterviadukte in Sachsen, die Weichselbrücken von Dirschau und Marienburg, die Elbbrücken von Dresden, Riesa, Wittenberge u. a. m.) aufzuweisen hatten. Am dichtesten schloß sich das Netz in den industriereichsten Gegenden zusammen, im preußischen Rheinlande und im nördlichen Westfalen, in Sachsen und in Oberschlesien, während in dem überwiegend landwirtschaftlichen Nordosten und Südosten seine Maschen noch sehr weitläufig blieben. Die Binnenschiffahrt entwickelte sich am meisten auf dem Rhein und der Elbe, besonders, nachdem umfassende Strombauten eine gleichmäßigere Tiefe der Fahrbahn hergestellt hatten und die Verwendung größerer Schiffe ermöglichten. Fördernd wirkte dabei die Einführung der Rad- und Kettenschlepper und die Bildung großer Dampfschiffahrtsgesellschaften, der sächsisch-böhmischen auf der mittleren Elbe, der Köln-Düsseldorfer auf dem Rheine. Im Jahre 1861 gab es auf den Wasserstraßen des Zollvereins über 17000 Segelschiffe mit $^1/_2$ Mill. Last und 254 Dampfer mit fast 30000 Pferdekraft. Dagegen stand Deutschland im Ausbau von Kanälen noch immer sehr weit zurück. Für den Post- und Telegraphenverkehr bildete die Vielstaaterei immer noch ein bedeutendes Hemmnis; gab es doch bis 1868 noch 17 selbstständige Postverwaltungen, darunter immer noch die des Hauses Thurn und Taxis in einer Gruppe von Kleinstaaten, und deren Interesse verhinderte noch die Einführung eines einheitlichen Portosatzes, so daß das Porto auf weitere Entfernungen noch ziemlich hoch blieb. Für die Telegraphie schuf der deutsch-österreichische Telegraphenverein schon 1850 gemeinsame erleichternde Bestimmungen, für den Postverkehr der deutsch-österreichische Postverein vom 5. Dezember 1861, für das bunte Gewirr des deutschen Münzwesens der Wiener Vertrag vom 24. Januar 1857 zwischen dem Zollverein und Österreich (vergl. S. 116), und eine Beendigung des noch viel ärgeren Wirrwarrs in den Maßen und Gewichten verhieß die Bundestagskommission vom 1. Dezember 1865 über die Einführung des metrischen Systems.

Außenhandel. Für den auswärtigen Handel kam trotz der verhältnismäßig ungünstigen Küstenentwickelung Deutschlands und trotz des Mangels einer deutschen Kriegsflotte wie einer gemeinsamen Flagge in erster Linie der Seeverkehr in Betracht. Er beschäftigte vor der Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 schon 4621 Schiffe mit 661000 Last und nahm in der Reihe der großen Handelsmächte die dritte Stelle überhaupt, in Europa die zweite ein. Von den Ostseehäfen aus richtete er sich in erster Linie nach Rußland und den nordischen Ländern, von der Nordsee aus war er Welthandel geworden, der an Bedeutung bald den ganzen deutsch-europäischen Verkehr überwog. Nicht wenig trugen dazu die großen Dampfergesellschaften bei. Schon seit 1847 sandte die Hamburger Paketfahrt ihre gewaltigen Dampfer nach Nordamerika, zehn Jahre später, 1857, begründete H. H. Meyer in Bremen den Nord-

deutschen Lloyd für die Fahrt nach New York und Baltimore. In Bremen verkehrten um 1864 jährlich 3000—3500 Seeschiffe, in Hamburg liefen 1840 erst etwa 3000 Seeschiffe ein, 1865 aber über 5000. Die starke deutsche Auswanderung, die meist über beide Städte ging (1854 z. B. über Bremen fast 77000 Köpfe, über Hamburg 50000), trug sehr viel zu diesem Aufschwunge bei. Und dabei waren diese beiden größten Hafenplätze Deutschlands noch durch Zollschranken von ihrem natürlichen Hinterlande getrennt. Die Ostseeplätze litten, je weiter sie nach Osten lagen, um so mehr unter der russischen Grenzsperre und hatten daher nur, als diese während des Krimkrieges fiel, eine glänzende Zeit; immerhin betrug der Verkehr am Anfange der 60er Jahre an ein- und auslaufenden Schiffen in Lübeck etwa 3600, in Stettin über 4000, in Danzig über 6000. Allerorten, in den großen europäischen Handelsplätzen wie in den Hafenstädten der fremden Erdteile bis nach China und Japan (vergl. S. 98), bestanden deutsche Handelshäuser; die deutschen Schiffe beherrschten bereits einen guten Teil des atlantischen wie des ostasiatischen Verkehrs.

Soziale Mißstände.

Solcher Entwickelung fehlten dunkle Schattenseiten in Deutschland so wenig wie anderwärts. Je mehr es in den Weltverkehr hereingezogen wurde, desto mehr wurde es von den allgemeinen Konjunkturen abhängig. Die nordamerikanische Krisis von 1857 brachte allein in Hamburg über 400 Firmen zu Falle, und die dortige Börse war während mehrerer Wochen fast verödet. Die noch lange überlegene englische Einfuhr in Kohle, Eisen und Baumwolle schädigte einheimische Industriezweige, richtete die blühende deutsche Leinweberei fast zu Grunde, verschuldete das Weberelend in Schlesien und der Oberlausitz. Die Bildung riesiger Vermögen schuf die Finanzmacht des internationalen Judentums, das im Frankfurter Welthause Rothschild seine bedeutendste Vertretung fand und durch die Emanzipation, die gesetzliche Gleichstellung dieser fremden Rasse, die unausgesetzt frischen Zuzug aus Polen erhielt, freie Bahn nach allen Seiten gewann, während es zugleich durch seine kritisch zersetzende Befähigung einen ungebührlich großen Einfluß auf die Tagespresse übte. Die Übermacht des Kapitals steigerte sich mit jeder Erleichterung des Verkehrs, dem Übergange zum Fabrikbetriebe, der Mobilisierung des Grundbesitzes durch die Aufhebung aller bäuerlichen Abhängigkeitsverhältnisse, und während das ehrbare Handwerk jährlich an Boden verlor, wuchs auch in Deutschland ein Fabrikarbeiterstand heran, der, je mehr er durch die Freizügigkeit das Gefühl der Heimat verlor und je mehr er seine Abhängigkeit vom Unternehmertume fühlte, um so mehr zum Feinde der Gesellschaft wurde, aus der er hervorging.

Wachstum der großen Städte.

Die neuen Klassengegensätze, die sich daraus ergaben, verschärften sich noch durch die wachsende großstädtische Konzentration, da sie dort dichter als sonst wo aneinander rückten. Während die Bevölkerung der kleinen Städte und des flachen Landes stehen blieb oder zurückging, erweiterten sich an den Großstädten überall die älteren Ansätze von Vorstädten jenseit des häufigen, bald breiteren, bald schmäleren Promenadenringes zu großen Stadtteilen, die den alten Kern an Ausdehnung und Bevölkerungszahl weit übertrafen und mit Vorliebe auch von der wohlhabenden Bevölkerung als Wohnsitz gewählt, daher oft mit Landhäusern und Gärten besetzt wurden. Aber auch die Größe, die Höhe und die Bewohnerzahl der Häuser nahm zu, die eintönige, unbehagliche, gesundheitsschädliche Mietskaserne verdrängte fast überall das gemütliche Familienhaus. Am schnellsten vollzog sich das großstädtische Wachstum in der Nordhälfte Deutschlands. Berlin wuchs mit fast amerikanischer Schnelligkeit (1840: 311000, 1864: 632000 Einwohner), Breslau stieg 1840—64 von 96000 auf 164000 Einwohner, Dresden 1849—64 von 94000 auf 146000 Einwohner, Leipzig 1849—64 von 62000 auf 85000 Einwohner, Magdeburg 1855—64 von 71000 auf 91000 Einwohner, Hamburg in gleichem Zeitraume von 200000 auf 250000 Einwohner, die Doppelstadt Elberfeld-Barmen hatte 1816 erst 40000, 1864 schon über 120000 Einwohner. Am dichtesten in ganz Deutschland drängte sich die Bevölkerung in dem überwiegend städtisch-industriellen Sachsen zusammen, wo 1864 schon über die Hälfte von Gewerbe und Industrie lebte und die Seelenzahl auf 56 qkm 1840—64 von 7496 auf 8623 wuchs (im Amte Reichenbach auf 15500).

Schulze-Delitzsch.

Auf dem Boden des auch in Deutschland damals herrschenden Manchestertums war den schweren sozialen Übelständen, die sich daraus ergaben, nicht beizukommen. Da wendete Hermann Schulze aus Delitzsch (1808—83) den englischen Grundsatz der genossenschaftlichen Selbsthilfe auf die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden an und schuf seit 1849 in aufopfernder unermüdlicher Arbeit, namentlich nachdem der erste Genossenschaftstag in Weimar 1859 diesen Bestrebungen eine feste Einheit gegeben hatte, bis 1882 mehr als 1800 Vorschußvereine mit 6—700000 Mitgliedern, 954 Rohstoff- und Produktivgenossenschaften, 35 Baugenossenschaften, 621 Konsumvereine, die in der That, von der deutschen Genossenschaftsbank seit 1865 getragen, den kleinen Leuten billigen Kredit und wohlfeilen Einkauf der Rohstoffe wie der Lebensmittel verschafften.

86. Ferdinand Lassalle.

F. Lassalle.

Für die eigentlichen Lohnarbeiter leisteten sie allerdings wenig. Für diese trat Ferdinand Lassalle aus Breslau in die Schranken (1825—64), einer der geistvollsten deutschen Juden, durchaus kritisch-verstandesmäßig veranlagt, wie seine ganze Rasse, philosophisch geschult, ehrgeizig, eitel, sinnlich, leidenschaftlich, aber ein unermüdlicher, schlagfertiger, siegreicher Agitator, der Vater des deutschen Sozialismus. Indem er von dem sogenannten ehernen Lohngesetze Ricardos ausging, nach dem der Durchschnittslohn des Arbeiters niemals über das Minimum des notwendigsten Lebensunterhalts steigen kann, also die Selbsthilfe des Arbeiters für unzureichend, den kleinbürgerlichen Mittelstand für rettungslos dem Untergange verfallen erklärte, forderte er die Staatshilfe zur Bildung großer Produktivgenossenschaften der Arbeiter und daher allgemeines direktes Wahlrecht, erwartete aber das Heil weder von dem kurzsichtigen bürgerlichen Liberalismus noch von einer Republik, sondern von der sozialen und nationalen Monarchie. In den kurzen Jahren seiner praktischen Wirksamkeit, von seinem Berliner Arbeiterprogramm vom 12. April 1862 bis zu seinem frühen Tode

am 1. September 1864, den ein durch einen Liebeshandel leichtsinnig heraufbeschworenes Pistolenduell in der Schweiz herbeiführte, gründete er im Mai 1863 den deutschen Arbeiterverein, den er mit diktatorischer Gewalt beherrschte, und schuf die Grundlehren des deutschen Sozialismus.

Soziale Verhältnisse.

Daß diese radikale Strömung später eine so große Macht erlangte, ist viel mehr dem deutschen Doktrinarismus zuzuschreiben, als unerträglichen Übelständen. Denn ohne Zweifel waren die sozialen Verhältnisse in Deutschland weit gesünder als in dem vielgepriesenen England. Schon die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land hatte nicht das unnatürliche Übergewicht der Städte aufzuweisen wie dort, denn noch 1871 lebten in Deutschland 69 Prozent des Volkes, also über zwei Drittel, außerhalb städtischer Ortschaften; nur einzelne Gegenden, wie ein Teil Sachsens, näherten sich englischen Verhältnissen. Vor allem ist die Verteilung des ländlichen Grundbesitzes viel gesünder geblieben; gehörten doch noch 1883 von den 5276000 landwirtschaftlichen Betrieben, die das Deutsche Reich zählte, fast 3 Millionen den Besitzern des Grund und Bodens, von den übrigen etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen teilweise, und nur 829000 wurden von Pächtern bewirtschaftet. Von der ganzen landwirtschaftlichen Fläche aber lagen 28 Prozent in Grundstücken unter 10 ha (40 Morgen). Das Übergewicht des Bauernstandes dauerte also fort, den Nordosten ausgenommen, und auch hier, wo, außer in Sachsen, der Großgrundbesitz von jeher überwog, war von den schreienden Mißbräuchen des englischen und altfranzösischen „Absentismus" niemals die Rede, sondern die Gutsherren, auch viele der größten, saßen auf ihren oft vornehm eingerichteten Höfen, wirtschafteten selbst und standen zu ihren Leuten in einem persönlichen Verhältnis. Nirgends also hatten sich die Vermögensunterschiede zu so furchtbarer Schroffheit ausgebildet, wie in England; weder der Reichtum noch das Elend erreichte die Höhe Londons. Die Berechnung Lassalles 1863 für Preußen, nach der damals nur 1,3 Prozent ein Jahreseinkommen von mehr als 3000 Mark hatten, 3 Prozent zwischen 1500 und 3000 Mark, 95,7 Prozent unter 1500 Mark, mochte ziffermäßig richtig sein, bewies aber gar nichts, da nicht nur die Einschätzung, namentlich auf dem Lande, zu niedrig auszufallen pflegt, sondern dasselbe Einkommen in verschiedenen Lebenslagen sehr verschiedenen Wert hat.

Auswanderung.

Allerdings hielt die Erweiterung des Nahrungsspielraumes, wie bei den meisten gesunden Völkern, mit dem Anwachsen der Menschenzahl schon vor 1866 nicht mehr Schritt. Das zeigte die starke Auswanderung, die sich überwiegend nach Nordamerika, in schwächeren Strömen nach Brasilien und den europäischen Staaten, namentlich nach Rußland und England, richtete. Denn ein Zuwachs von 150000 Köpfen jährlich, wie er in Preußen 1843—55 eintrat, eine Vermehrung, die für ganz Deutschland (außer Österreich) die Bevölkerung von 30 Millionen im Jahre 1834 auf 36 Millionen im Jahre 1852, auf 40 Millionen im Jahre 1867 brachte, konnte in der Heimat kein genügendes Unterkommen finden; Wanderlust und politisches wie soziales Mißvergnügen kamen noch hinzu, um die Zahl der „Europamüden" anzuschwellen, wie denn die Auswanderung gerade aus den dünnbevölkerten Ackerbaulandschaften des Nordostens mit ihrem Großgrundbesitz verhältnismäßig am stärksten war. Von 1844—47 stieg die Zahl der Auswanderer von 43000 auf 109000, 1848—50 betrug sie jährlich zwischen 81000 und 89000, in den Jahren der siegreichen Reaktion (1851—54) wuchs sie von 112000 auf 250000, sank dann auf die Hälfte und darunter. Und diese Millionen von Menschen gingen fast regelmäßig dem deutschen Volkstume, unter allen Umständen ihrem Vaterlande verloren, mit ihren persönlichen Kräften wie mit ihrem Vermögen; nahmen doch 8700 Preußen, die 1848/49 auszogen, im ganzen 4139000 Mark, 45300 Bayern, die 1844—57 die Heimat verließen, fast 60 Mill. Mark mit fort. Deutschland bedurfte also Gebiete für seine Auswanderer, wo diese dem Vaterlande nicht einfach verloren gingen, Absatzmärkte für seine unvermeidlich wachsende Industrie, Länder für die Erzeugung zahlreicher Rohprodukte, für die es jährlich Hunderte von Millionen an fremde Völker zahlte. Doch diese unabweisbaren Ziele waren unerreichbar ohne eine nationale Staatsgewalt, ohne Einheit der diplomatischen

Vertretung, des Heeres, der Flotte, der Wirtschaftspolitik, wie der junge Heinrich von Treitschke schon 1864 offen aussprach, freilich ohne noch verstanden zu werden.

Die geistige Einheit.

Führte nun der gesamte wirtschaftliche Zustand Deutschlands mit zwingender Gewalt zur Forderung der nationalen Staatseinheit, so drängte nach derselben Seite die ganze Entwickelung des geistigen Lebens. Längst waren hier alle innerdeutschen Staatsgrenzen völlig bedeutungslos geworden, längst gab es nur eine deutsche Wissenschaft, Litteratur und Kunst, längst stellten die gebildeten Deutschen trotz zahlreicher Gegensätze eine große Einheit dar, vornehmlich das Bürgertum, dessen wirtschaftliche Interessen die Gründung des Zollvereins erzwungen hatten und das sich jetzt immer wieder auf großen gesamtdeutschen Turner-, Sänger- und Schützenfesten zusammenfand, längst fühlten sich die deutschen Universitäten, auch jetzt noch die Brennpunkte der deutschen Wissenschaft, schlechtweg als deutsche Hochschulen und waren miteinander durch unbeschränkte Freizügigkeit verbunden.

Philosophie.

Die deutsche Wissenschaft war längst unbestritten die erste der Welt. Allerdings hatte die Philosophie die Herrschaft, die sie durch Hegel und Schelling errungen hatte, völlig eingebüßt, denn diesem dogmatisierenden Idealismus, der Kants klaren Kritizismus (s. Bd. VII, S. 636 f.) und die umgebende Wirklichkeit ganz aus den Augen verloren hatte, setzte sich eine wachsende Reaktion entgegen. Sie knüpfte teils in der schweren politischen Enttäuschung der Zeit an den buddhistischen Grundgedanken des Schopenhauerschen Pessimismus an, daß die bestehende Welt die schlechteste aller möglichen Welten und das Ziel des Lebens sei, das Leben aufzulösen in Selbstvergessen (Nirwana), um endlich einzugehen in das große Nichts, teils ging sie von den Naturwissenschaften aus. Einer schweren Überschätzung ihrer Ergebnisse verdankte der Materialismus eine verhängnisvolle Erneuerung durch Karl Vogt, Jakob Moleschott, Louis Büchner („Kraft und Stoff"), und er wurde, in populären Darstellungen wie in verbreiteten Zeitschriften (z. B. der „Gartenlaube") mit dogmatischer Bestimmtheit verkündet, in weite Kreise getragen. Besonnene Denker dagegen suchten nur die gesicherten Ergebnisse der Naturwissenschaften zu philosophischen, namentlich psychologischen Schlußfolgerungen zu benutzen, so Moritz Drobisch, der zwischen der statistisch festgestellten Regelmäßigkeit der kriminalistischen Erscheinungen und der Willensfreiheit des einzelnen eine Vermittelung suchte, Wilhelm Wundt, der die Seele als das innere Sein der durch den Leib äußerlich dargestellten Einheit, das geistige Sein als die Wirklichkeit der Dinge auffaßte (1863), H. Helmholtz, der das naturwissenschaftliche Prinzip von der Erhaltung der Kraft in die Philosophie einführte (1862). Auf einer ausgebreiteten naturwissenschaftlichen und medizinischen Grundlage wagte Hermann Lotze (1817—81) in seinem „Mikrokosmus" (1856 ff.) ein neues folgerichtiges System aufzustellen, das von der sichersten aller Wahrnehmungen, dem Selbstbewußtsein der Persönlichkeit, ausgehend, die Bedürfnisse des Gemütes wie des wissenschaftlichen Verstandes gleichmäßig befriedigen konnte (das wahrhaft Wirkliche ist nicht der Stoff und noch weniger die Idee, sondern die eine lebendige Persönlichkeit Gottes und das Reich der lebendigen Wesen, die er geschaffen hat. Das Prinzip der Persönlichkeit findet in Gott seine Spitze. Gott ist vollkommene Persönlichkeit; er lebt in allen Wesen, und deren Lebensaufgabe ist es, nach ihren Gaben an ihrer eignen sittlichen Entwickelung und an der Entwickelung des Weltlebens mitzuarbeiten, deren Ziel die Seligkeit aller ist).

Naturwissenschaften.

Es war kein Wunder, wenn viele Vertreter der exakten Wissenschaften in wissenschaftlichen Schlüssen aus ihrem Material eine neue Weltanschauung aufbauen zu können glaubten, denn ungeheuer waren auch in Deutschland ihre Fortschritte, und immer enger wurden ihre einzelnen Zweige untereinander verbunden. Mathematiker wie Lejeune Dirichlet (in Göttingen), Riemann, Jacobi, Neumann (in Königsberg) setzten die Arbeiten des genialen Gauß (gest. 1855) erfolgreich fort. Die Physik machte durch Heinrich Eduard Weber auf dem Gebiete des Elektromagnetismus, durch Helmholtz in der Lehre von den Tonempfindungen, durch J. R. Mayer in der Wärmelehre gewaltige Fortschritte; Bunsen und Kirchhoff lehrten die Spektralanalyse als ein Mittel zur

87. Hermann Helmholtz.
Nach einer Photographie.

Kenntnis chemischer Zusammensetzungen und daher sogar der Weltkörper anwenden, Justus Liebig wurde der Gründer der organischen Chemie, die sofort praktische Anwendung auf die Landwirtschaft fand, H. W. Dove der Erneuerer der Meteorologie durch die Ermittelung des Drehungsgesetzes der Winde. Die Astronomie, durch Bessel in Königsberg glänzend vertreten, drang mit Hilfe verbesserter Instrumente und durch Anwendung der Spektralanalyse immer tiefer in die Erkenntnis der Sternenwelt ein. Für die Botanik wurde neben fleißigen Beobachtern und Sammlern des Bestandes der Pflanzenwelt, wie M. Willkomm, einer der besten Kenner Spaniens, Pöppig u. a. m., M. J. Schleiden (1804—81) durch die Entdeckung der Zelle, als der Grundlage jedes pflanzlichen und tierischen Organismus, der Bahnbrecher einer neuen vertiefenden, bis ins Innerste eindringenden Betrachtung. Von dieser Grundlage aus drang auch die Physiologie, die Wissenschaft vom inneren Lebensprozeß der Organismen, immer weiter vor und wirkte mit an der Umbildung der Psychologie wie der Medizin. Der Begründer der Cellularpathologie wurde Rudolf Virchow in Berlin, der größte Meister der pathologischen Anatomie K. Rokitansky in Wien (1804—78), besonders auch für die Infektionskrankheiten, von denen er 1831 die neue auftretende Cholera in Galizien persönlich beobachtete. Außerordentlich vervollkommnet wurde die Chirurgie

durch die ausgedehnte Anwendung der Narkose seit der Entdeckung des Chloroforms 1847 und die antiseptische Wundbehandlung (s. Bd. VII, S. 811 ff.).

Geographie. Die Geographie und die verwandten Wissenschaften hatten durch Alexander von Humboldt (gest. 1859) und Karl Ritter (gest. 1859) eine unerschütterliche Grundlage erhalten. Jetzt fand sie in den Geographischen Mitteilungen von A. Petermann in Gotha (seit 1856) einen großartigen Mittelpunkt, und Justus Perthes' Kartographische Anstalt erneuerte den Ruhm der alten Nürnberger Kartenzeichner (s. Bd. V, S. 405). In Gotha strömte alles neue Material zusammen, um wissenschaftlich gesichtet zu werden, von hier aus gab Petermann fortwährend Anregung zu neuen Unternehmungen. An der Erforschung Afrikas nahmen die Deutschen einen ganz hervorragenden Anteil, obwohl damals noch keiner an die praktische Verwertung solcher Entdeckungen dachte. Heinrich Barth bereiste seit 1850, teilweise mit Overweg, die ganze Nordhälfte des Erdteils, entdeckte 1851 den Oberlauf des Benuë, des größten schiffbaren Zuflusses des Niger, und erreichte im September 1853 das fast sagenhafte Timbuktu unweit des Niger, indem er mit dem umfassendsten Interesse und Verständnis alle Verhältnisse, Landeskunde, Ethnographie, Kulturzustand, Sprachen beobachtete. Overweg befuhr um dieselbe Zeit zuerst den geheimnisvollen Tschadsee. In denselben Gegenden, in Wadai, fand der jugendliche Eduard Vogel im Februar 1857 einen vielbeklagten Tod. Das Werk Barths im nordwestlichen Afrika baute dann Gerhard Rohlfs 1861—65 weiter aus. Die Erforschung des äquatorialen Ostafrika machte sich der Baron Claus von der Decken seit 1860 von Sansibar aus zur Aufgabe, zunächst um die vielfach angezweifelten Nachrichten der Missionare Krapf und Rebmann von der Entdeckung gewaltiger Schneeberge, des Kilimandscharo und des Kenia (1848/49), auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Er erreichte 1862 wirklich die Hochlandschaften des Kilimandscharo und erstieg den tropischen Bergriesen bis zu einer Höhe von 4000 m, aber bei der Fahrt den Dschubafluß hinauf ins wilde Somaliland wurde er im Frühjahr 1865 mit den meisten seiner Begleiter in der Stadt Bardera erschlagen. Für Asien leisteten in englischen Diensten Hervorragendes die drei Brüder Schlagintweit 1854—57 in der Erforschung Vorderindiens und Hochasiens, auf eigne Hand vor allem in Indochina der unternehmende Adolf Bastian seit 1851. Auch die preußische Expedition von 1861 und die Weltumsegelung der österreichischen Fregatte „Novara" 1857—59 kamen der Wissenschaft zu gute. Für die Erforschung Südamerikas waren vor allem Burmeister und Pöppig thätig, für die Erkundung des wüsten Innern von Australien ließ Leichardt sein Leben (s. S. 34). Auf eine Nordpolfahrt hatte A. Petermann von Anfang an sein besonderes Augenmerk gerichtet, und einen dahingehenden Beschluß des ersten deutschen Geographentages 1865 veranlaßt, während sich gleichzeitig in Dresden ein Ausschuß unter M. J. Schleiden bildete, doch brachte erst 1868 Kapitän Koldewey die Sache zur Ausführung. Denn so groß die Tüchtigkeit und Rührigkeit einzelner Männer für weitaussehende geographische Unternehmungen war, so klein erschienen dabei die Deutschen noch immer als Nation. Auf den Grenzgebieten der Geographie und Geschichte bewegte sich die neue Wissenschaft der Anthropologie, wie sie M. J. Schleiden und K. Vogt ausbildeten, indem sie zugleich die geologische Forschung, wie sie Leopold von Buch (gest. 1853) mit Verzicht auf die Annahme vorwiegend gewaltsamer vulkanischer und neptunischer Umwälzungen ausgestaltet hatte, in ihre Dienste nahmen, vornehmlich um das Alter des Menschengeschlechts festzustellen. Besonders wichtig dafür wurden die sogenannten prähistorischen Forschungen, die sich an die skandinavischen Kjökenmöddinger und die zuerst im Züricher See 1853/54 aufgefundenen Pfahlbauten knüpften (vgl. Bd. I, S. 71). Eine Zusammenfassung aller dieser anthropologisch-geologischen Beobachtungen versuchte später in Anlehnung an Darwin mit Hilfe kühner Hypothesen Ernst Häckel in seiner „Natürlichen Schöpfungsgeschichte" 1868 (vergl. Bd. IX, S. 509 ff.).

Geschichte. Von dem Einflusse der Naturwissenschaften wurde die deutsche Geschichtswissenschaft weniger berührt als die englische; sie blieb immer dessen eingedenk, daß sie eine Geisteswissenschaft sei und die Thaten und Leiden sittlicher Persönlichkeiten zu erforschen

und darzustellen habe (s. Bd. IX, S. 502 ff.). Von der älteren sittenrichterlichen Heidelberger Schule, die aus der natürlichen Reaktion des soliden Bürgertums gegen die Unsitte absolutistischer Höfe hervorgegangen war, übte ihr bedeutendster Vertreter, der greise Fr. Chr. Schlosser (gest. 1861), in dieser Zeit der politischen Enttäuschungen durch seine vielfach aufgelegte Geschichte des 18. Jahrhunderts und seine erst 1857 vollendete „Weltgeschichte für das Volk" auf den bürgerlichen Mittelstand noch einen bedeutenden Einfluß aus. Sein Schüler G. G. Gervinus faßte in seiner „Geschichte des 19. Jahrhunderts" (1855—66) zum erstenmal einen ungeheuren Stoff unter großen Gesichtspunkten zusammen, brach sie aber mit dem Jahre 1830 verstimmt ab, als die deutsche Entwickelung sein politisches Ideal der demokratischen Föderation als einen Irrtum erwies. Dagegen stand Schlossers Nachfolger in Heidelberg, der tapfere Pfälzer Ludwig Häusser (1817—67), durchaus auf dem nationalmonarchischen Standpunkte und schilderte seinen Landsleuten in der Deutschen Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des Deutschen Bundes (1854) diese Zeit gewaltigster Umwälzungen zum erstenmal vom deutschen Standpunkte aus, treu, lebendig und mit erquickender Wärme. Der alte Kämpe für den deutschen Bundesstaat unter preußischer Führung Fr. Chr. Dahlmann in Bonn wirkte nur noch lehrend, aber mit nachhaltiger Wucht auf die akademische Jugend (gest. 1860). Doch siegreich drang allmählich jene Richtung durch, die von Leopold Ranke (1797—1886) ausging. Längst stand sein Charakter als Forscher und Darsteller fest. Überall auf den echten unverfälschten Grundlagen der zeitgenössischen Überlieferung bauend, die er in allen bedeutenden Archiven Europas zu erforschen nicht müde wurde, rückte er stets die Persönlichkeit in den Vordergrund, zeichnete von allen bedeutenden Erscheinungen, die er behandelte, die feinsten Porträts und wußte ihren Handlungen bis ins Einzelnste nachzuspüren. Jede Einzelheit aber stellte er stets in den großen Zusammenhang der die Zeit beherrschenden Ideen und der gesamten Weltbewegung, denn alle Geschichte findet ihre Einheit in Gott. Daraus ergab sich ebenso die aristokratische Art seiner Geschichtsbetrachtung, seine Abneigung gegen die Darstellung von Massenbewegungen und des bloß Zuständlichen, wie seine kühle, zuweilen selbst erkältende Objektivität, so entschieden er seinen persönlichen Standpunkt als Monarchist, protestantischer Christ und Deutscher festhielt. Die gewaltige Bedeutung dieses größten Historikers deutscher Nation liegt darin, daß er einerseits überall auf die echten, unmittelbaren Quellen hinwies, anderseits gegenüber der Schablone, der grämlichen Selbstüberhebung einer moralisierenden Geschichtsbetrachtung und dem flachen naturrechtlichen Liberalismus, jede Zeit, jedes Volk, jeden Menschen aus sich selbst verstehen lehrte. Von seinen eignen größeren Werken entstanden in dieser Zeit die französische (1853 ff.) und die englische Geschichte (1865 ff.); aber weit über die Grenzen der von ihm stets bevorzugten Jahrhunderte, des 16., 17. und 18., wie seiner eignen unmittelbaren Thätigkeit hinaus wirkte er bahnbrechend durch die Organisation der historischen Arbeit. An der Weiterführung der Monumenta Germaniae historica, dem großen Erbe Steins, und an den sich daran anlehnenden Jahrbüchern des Deutschen Reichs bildete sich eine Reihe trefflicher, jüngerer Historiker aus (R. Köpke, E. Dümmler, S. Hirsch, S. Abel, Ph. Jaffé u. a. m.), und nachdem Österreich schon 1848 mit dem großartigen Unternehmen des Archivs für die Kunde österreichischer Geschichtsquellen vorangegangen war, gelang es Ranke, durch seine Beziehungen zu König Maximilian II. von Bayern, im Jahre 1859 die historische Kommission in München als Sammelpunkt der deutschen Historiker ins Leben zu rufen, die nun planmäßig eine Reihe der bedeutendsten Veröffentlichungen förderte (Reichstagsakten, Geschichte der Wissenschaften in Deutschland, Allgemeine Deutsche Biographie u. s. f.); seit demselben Jahre erschien in Berlin die „Historische Zeitschrift" unter der Leitung H. von Sybels. Dieser (1817—95), einer der größten Schüler Rankes, ein geborener Rheinländer, subjektiver als Ranke und an den politischen Kämpfen zeitweilig lebhaft beteiligt, zerstörte die herkömmliche tendenziöse Überlieferung ebenso in seiner Geschichte des ersten Kreuzzuges, wie in der „Geschichte des Revolutionszeitalters" (1853 ff.), die zum erstenmal das wahre Gesicht dieser furchtbaren Umwälzung ohne den Schleier der französischen und

liberalen Phrase zeigte. Auf dem Gebiete mittelalterlicher Geschichte wurde der Holsteiner Georg Waitz in Göttingen durch sein Seminar der Gründer einer neuen kritischen Schule und der wissenschaftlichen deutschen Verfassungsgeschichte (1844—61). Die Geschichte der deutschen Kaiserzeit nach den Ergebnissen der neueren Forschungen im Zusammenhange darzustellen, unternahm Wilhelm Giesebrecht (seit 1855), doch mit dem praktischen Zwecke, in einer Zeit des politischen Niederganges ermutigend und anfeuernd die Erinnerung an die mittelalterliche Größe unseres Volkes zu erneuern, was übrigens zu einer scharfen Auseinandersetzung mit Sybel über Wesen und Bedeutung des mittelalterlichen Kaisertums Veranlassung gab. Noch näher mit den Zwecken der Gegenwart berührte sich die „Geschichte der preußischen Politik" (1855 ff.), von Johann Gustav Droysen (1808—84), denn er suchte in strenger Forschung aus den preußischen Archiven den Nachweis zu führen, daß der deutsche Beruf Preußens durch seine ganze Vergangenheit vorbereitet sei. Endlich trat bereits in dem Anfange der sechziger Jahre der Sachse Heinrich von Treitschke (1834—96) als der feurige Verfechter dieses Berufs in geist- und schwungvollen Aufsätzen hervor und übte als akademischer Lehrer auf die studierende Jugend, zuerst in Leipzig und Freiburg, eine zwingende Macht. Mehr aktenmäßige Forschung als Darstellung boten dagegen die Arbeiten von G. H. Pertz über Stein und Gneisenau. — Gegenüber dieser rasch vordringenden, siegesgewissen preußisch-deutschen, im tiefsten Grunde protestantischen Geschichtsauffassung beschränkte sich die österreichisch-katholische wesentlich auf die Verteidigung. Der ultramontane Historiker Hurter verherrlichte Ferdinand II., Onno Klopp Tilly, A. von Vivenot und H. Hüffer suchten namentlich die Sybelsche Darstellung der österreichischen Politik in der Revolutionszeit zu entkräften. Dagegen schrieb Anton Springer die Geschichte Österreichs seit 1809 von liberalem Standpunkte aus. So machte sich der politische Kampf auch in der Geschichtschreibung geltend, und eine allumfassende Darstellung der politischen Geschichte Deutschlands konnte damals schon deshalb nicht gelingen, weil die Ansichten über ihre Ziele noch weit auseinandergingen. Glücklicher waren die Deutschen darin auf dem Gebiete fremder Volksgeschichte und allgemeiner Kulturgeschichte (Gregorovius, Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter, M. Carrière u. a.).

88. Heinrich von Sybel. Nach einer Photographie.

Germanistik. Inzwischen spürte die Wissenschaft unermüdlich allen Äußerungen des nationalen Lebens zu allen Zeiten nach, den unendlich fruchtbaren Anregungen der Gebrüder Wilhelm und Jakob Grimm folgend, die noch längere Zeit diese Thätigkeit freudig verfolgen und selbst fördern konnten (gest. 1859 bezw. 1863). So erwuchs die großartige selbständige Wissenschaft der Germanistik. Mit besonderer Vorliebe war sie

der älteren Sprache und Dichtung zugewandt, deren Denkmäler Gelehrte wie Karl Lachmann, Moritz Haupt, Friedrich Zarncke, Karl Bartsch u. a. m. in möglichst ursprünglicher Gestalt herzustellen und in ihrem Wesen wie in ihrem inneren Zusammenhange immer tiefer zu erfassen strebten. Der lebhafte Streit, der sich dabei über die Entstehung und älteste Gestalt des Nibelungenliedes erhob, diente nur dazu, die Erkenntnis der Volksdichtung zu vertiefen. Auch der neueren Litteratur wandte sich schon die wissenschaftliche Betrachtung zu, ohne sich noch allzusehr in philologische Einzelheiten zu verlieren, und so rasch schritt die Forschung vor, daß gerade auf dem Gebiete der Litteraturgeschichte am frühesten zusammenfassende Darstellungen gelangen, so nach G. Gervinus die von A. Koberstein, W. Wackernagel, H. Hettner, Julian Schmidt. Eine Gesamtgeschichte der deutschen Kunst wagte zuerst E. Förster, für die mittelalterliche Baukunst auf Grund sorgfältigster Einzelforschung H. Otto. Für die tiefere Erkenntnis der gesamten deutschen Kulturentwickelung bahnten W. Riehl und G. Freytag feinsinnig den Weg. Eine umfassende Sammlung aller deutsch-mittelalterlichen Kulturdenkmäler entstand seit 1852 in dem großartigen Germanischen Nationalmuseum im alten Kartäuserkloster zu Nürnberg, der hochherzigen Gründung des Freiherrn von Aufseß, während das reiche Goethearchiv zu Weimar eine unvergleichliche Quelle für die Kenntnis der klassischen Litteraturepoche, noch immer der Forschung verschlossen blieb (bis 1883).

Altertums- und Sprachwissenschaft.

Je klarer der Zusammenhang der deutschen und aller modernen Kultur mit dem klassischen Altertum hervortrat, desto mehr hat sich der universale Geist der deutschen Wissenschaft in diese Studien vertieft, die für alle Gebiete der Litteratur- und Sprachwissenschaft die Methode gefunden hatten und der Mutterboden für sie alle waren.

Der alte Gegensatz der „Wort- und Sachphilologie" dauerte bis zu einem gewissen Grade fort; jene sah die Aufgabe der Philologie nach dem Vorgange Gottfried Hermanns (gest. 1848) in der allseitigen Auslegung der Schriftsteller und der kritischen Feststellung ihrer Texte und fand ihre bedeutendsten Vertreter in Chr. A. Lobeck, K. Lehrs, J. Bekker, A. Westermann, R. Klotz und Friedrich Ritschl (1806—76); diese wollte unter der Leitung A. Böckhs (gest. 1867) die klassische Philologie zur Altertumskunde, zur Erforschung aller Seiten des antiken Lebens und ihrer zusammenfassenden Darstellung verwerten. Böckh selbst legte durch die großartige Sammlung des Corpus inscriptionum graecarum den Grund zu einer bedeutenden Erweiterung des wissenschaftlichen Materials und verwertete ihn musterhaft in seinen Attischen Staatsaltertümern u. a. m., Fr. G. Welcker und Fr. Preller wurden die Begründer der wissenschaftlichen griechischen Mythologie, K. Fr. Hermann und G. Schömann die bedeutendsten Kenner der „griechischen Altertümer". Schon aber sonderte sich als selbständige Wissenschaft das Studium der Kunst, die klassische Archäologie ab, wie sie neben und nach Welcker E. Gerhard, Brunn, Joh. Overbeck, K. Göttling, B. Starck vertraten, und überall entstanden an den Universitäten als unentbehrliche Hilfsmittel des Studiums Museen von Gipsabgüssen. Früher als auf dem Gebiete der deutschen Geschichte gelangen zusammenfassende Darstellungen der gesamten antiken, der griechischen und römischen Entwickelung. M. Duncker gab die Geschichte des Altertums bis auf die Perserkriege; Ernst Curtius aus Lübeck (1814—96) schrieb aus gründlichster Kenntnis des Landes und Volkes heraus und mit künstlerischem Sinne seine „Griechische Geschichte" (1858), der Schleswiger Theodor Mommsen (geb. 1817) mit einer wunderbaren Kraft der Verlebendigung ausgerüstet, wenngleich nicht ohne starke subjektive Färbung seine „Römische Geschichte", die Frucht der umfassendsten Studien wie der Ausgangspunkt neuer Forschungen, die das ganze ungeheure Gebiet der römischen Welt gleichmäßig umspannten und ihre Kenntnis, namentlich auch mit Hilfe der Inschriften, nicht nur wesentlich erweiterten, sondern auch auf eine bisher nicht erreichte exakte Grundlage stellten. Eines der wichtigsten Hilfsmittel für die gesamte Wissenschaft vom klassischen Altertum war schon seit 1827 das deutsch-italienische Institut für archäologische Korrespondenz in Rom, aus dem 1875 das kaiserlich deutsche archäologische Institut auf dem Kapitol hervorging.

Hatte die deutsche Wissenschaft im Studium des klassischen Altertums die unbestrittene Führung, so waren auch für die Studien, die das Geistesleben aller Völker und Zeiten umspannten, von ihr die fruchtbarsten Anregungen ausgegangen. Seit Franz Bopp (gest. 1867) die enge Verwandtschaft aller arischen (indogermanischen) Sprachen im grammatischen Bau, A. Fr. Pott in Halle für den Wortschatz wissenschaftlich nachgewiesen hatte, erschien dies ganze ungeheure Kulturgebiet als eine große Einheit. Besonders das Studium des Sanskrit und seiner Litteratur, der ältesten dieses Völkerkreises, wurde, auf allen Universitäten durch besondere Lehrstühle vertreten, eifrig gepflegt (Th. Benfey, Hermann Brockhaus, Max Müller) und gab die Grundlage zu so umfassenden darstellenden Werken wie Lassens „Indische Altertumskunde". Die gewonnene Kenntnis wandte Georg Curtius auf das Griechische, Wilhelm Corssen auf das Lateinische, August Schleicher auf das Slawisch-Litauische an, während Friedrich Diez (gest. 1876) für die romanischen Sprachen die Aufgabe der Brüder Grimm meisterhaft löste und der Lehrer

für die Gelehrten aller romanischen Völker wurde. Weit über die Grenzen des arischen Stammes hinaus drang die deutsche Forschung auch in das Gebiet der semitischen Kulturen ein. Männer wie Fleischer, Nöldeke, Weil studierten das Arabische und die Kultur des Islam, Schrader und Olshausen nahmen an der Entzifferung der Keilschriften hervorragenden Anteil, Lepsius und Brugsch an der Erforschung des altägyptischen Geisteslebens, und auch die Museen begannen sich mit diesen fremdartigen Denkmälern zu füllen.

Wie diese neue Zeit mit ihren Entdeckungen und ihrem Handel die Welt umspannte, so eroberte erst ihre philologisch-historische Wissenschaft die ganze Welt der Vergangenheit.

Rechts- und Staatswissenschaft.

Unter dem steigenden Einflusse historischer Betrachtungsweise überwand in der Rechts- und Staatswissenschaft die Berliner Schule Savignys mehr und mehr die naturrechtliche Auffassung der Heidelberger. Auf allen Gebieten des Rechts arbeitete man eifrig an der Sammlung und Erkenntnis der alten Rechtsquellen, und das neue Fach der Rechtsgeschichte nahm neben dem Studium der positiven Rechtssätze den ihm gebührenden Platz ein. Unter den Romanisten ragten dabei hervor Puchta und Bethmann-Hollweg in Berlin, Jhering („Geist des römischen Rechts") in Göttingen, K. G. Wächter in Leipzig, K. A. Vangerow in Heidelberg, unter den Germanisten nach K. Fr. Eichhorn, dem Begründer der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte (gest. 1854), K. Homeyer, H. Zöpfl, K. Gerber und E. Albrecht (in Leipzig), im Strafrecht, das dem Zuge der Zeit nach humaner Umgestaltung namentlich im Vollzug der Freiheitsstrafen folgte, C. J. A. Mittermaier in Heidelberg, im Kirchenrecht Maaßen, von Schulte, Friedberg. Dem Staatsrecht fehlte noch immer eine feste Grundlage, da es noch immer einen deutschen Nationalstaat nicht gab. Deshalb wurde es noch vielfach beherrscht von den naturrechtlichen Theorien Rottecks und Welckers (gest. 1869) oder dem ebenso willkürlich konstruierten „christlich-germanischen" Ideal Stahls (gest. 1861), das in dem göttlichen Rechte des legitimen Königtums das höchste Rechtsprinzip sah, oder es beschränkte sich auf das Studium des geltenden Einzelstaatsrechts und seiner ungeheuren Litteratur. Das Bedeutendste hierin leisteten wohl die beiden Heidelberger R. von Mohl und J. C. Bluntschli. Indirekt, aber sehr stark war die Einwirkung der eindringenden Kenntnis des englischen Staats- und Verwaltungsrechts, das erst R. Gneist als ein eigenartig bedingtes Erzeugnis der besonderen Entwickelung Englands verstehen lehrte und dadurch seines von den deutschen Liberalen lange festgehaltenen Nimbus als eines unbedingt gültigen Vorbildes für andre Völker entkleidete.

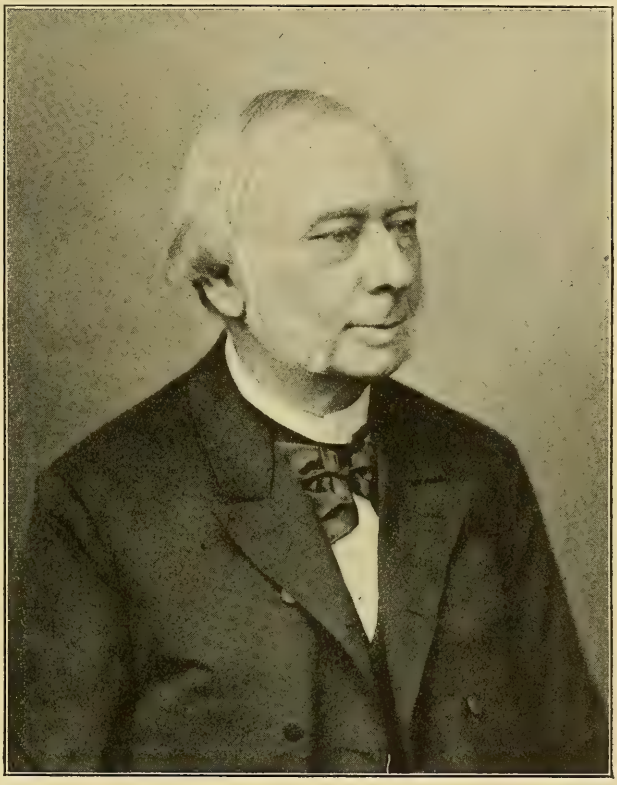
Die historische Volkswirtschaftslehre.

Viel hartnäckiger und langwieriger war der Kampf auf dem Gebiete der jungen Volkswirtschaftslehre. Nach dem Beispiele der historischen Rechtsschule versuchte zuerst Wilhelm Roscher in Leipzig (1817—1894) auf Grund eines ungeheuren, mit unermüdlichem Fleiße zusammengebrachten Materials das wirtschaftliche Leben vorsichtig in seinem historischen Werden zu verstehen, neben ihm K. Knies, G. Hanssen, Th. von Bernhardi u. a. m. Sie alle hielten an den unerschütterlichen allgemeinen sittlichen Grundlagen alles Kulturlebens, der Ehe, dem Eigentum und der damit gegebenen natürlichen aristokratischen Gliederung der Gesellschaft fest, faßten die Volkswirtschaft als ein untrennbares Glied des ganzen Volkslebens auf und leiteten daraus das Recht des Staates ab, unter Umständen regelnd einzuschreiten. Im Gegensatze dazu betrachtete die Freihandelsschule (Prince-Smith, J. Faucher, V. Böhmert) unter dem Einflusse der Cobdenschen Manchesterlehre und des natürlichen Widerspruchs einer aufstrebenden Volkswirtschaft gegen die hemmenden Schranken einer vielfach veralteten Gesetzgebung die Nationalökonomie als eine exakte Wissenschaft, eine Arithmetik des Egoismus, und wollte nach naturrechtlicher Art aus dieser unwandelbaren Natur des menschlichen Erwerbstriebes unbedingt gültige Regeln für alle Zeiten und Völker ableiten.

Der Sozialismus.

Von ganz derselben naturrechtlichen Grundanschauung, aber im Interesse des „vierten Standes", gingen die Sozialisten aus. Schäffle setzte den Entartungen des Kapitalismus theoretisch die Vorzüge des Sozialismus entgegen, der geistvolle, im Grunde konservative K. Rodbertus (gest. 1873) sah in dem Sozialismus den gesunden Gegensatz zu dem unbeschränkten Individualismus, der im Manchestertume gipfelte, und

forderte die Staatsleitung des ganzen Erwerbslebens, um den Arbeitern einen entsprechenden Anteil an den Früchten der fortschreitenden Kultur zu sichern, die ihnen nur die Selbstsucht der Unternehmer vorenthalte. Im schroffen Widerspruche zu dieser Anschauung entstand als ein Gemisch von Abstraktionen aus den besonderen Zuständen Englands, einzelnen falschen wirtschaftlichen Grundsätzen und der materialistischen Weltanschauung die revolutionäre internationale Sozialdemokratie, die in London ihren Hauptsitz hatte und hier in zwei heimatlos gewordenen deutschen Flüchtlingen aus dem Rheinlande, Karl Marx von jüdischer Abkunft aus Trier (gest. 1883) und Friedrich Engels aus Barmen (gest. 1895), ihre anerkannten Apostel fand. Schon 1848 hatten beide in dem „Manifest der kommunistischen Partei" den Satz verfochten, daß das Massenelend das notwendige Ergebnis der neuzeitlichen Volkswirtschaft sei und nur der Kommunismus die Menschheit daraus retten könne. Das ganze System entwickelte dann Marx, vor allem in seinem grundlegenden Werke „Das Kapital" 1867 ff. Von der Entwickelungslehre Hegels, aber von der materialistischen Weltanschauung ausgehend, lehrt Marx, daß die Menschenwelt nicht von idealen Zielen, sondern von materiellen Interessen beherrscht werde und alle historischen Ereignisse und Verhältnisse sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen erklären. Wie der Kapitalismus das notwendige Ergebnis der bisherigen Entwickelung sei, so folge aus diesem der Sozialismus. Aus dem alten Irrtum der Unproduktivität des Geldkapitals leitet er seinen Kernsatz ab, daß die Arbeit allein die Quelle und der Maßstab jedes Wertes, das vorhandene Kapital also durch eine kraft des ehernen Lohngesetzes selbstverständliche Verkürzung des Arbeitslohnes zu gunsten der Unternehmer entstanden sei, wobei er merkwürdigerweise der geistigen Arbeit keinen höheren Rang als der Handarbeit zugestehen will, also auch die zur Leitung jedes Unternehmens erforderliche höhere Intelligenz völlig verkennt. Demnach müssen alle Produktionsmittel genossenschaftliches Eigentum werden und alle gleichen Lohn erhalten, die gleich lange arbeiten, ohne Unterschied zwischen den Arten der Arbeit, und die Arbeitszeit muß verkürzt werden („Normalarbeitstag"), um jede Überproduktion zu vermeiden. Da die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft niemals freiwillig auf ihre Ordnung verzichten wird, so kann die neue sozialistische Ordnung nur durch die Revolution herbeigeführt werden, zu der sich die Proletarier aller Länder vereinigen müssen. Diese Ordnung wird alle Produktionsmittel in das Eigentum der Gesamtheit übernehmen, die Arbeit leiten und ihren Ertrag gleichmäßig

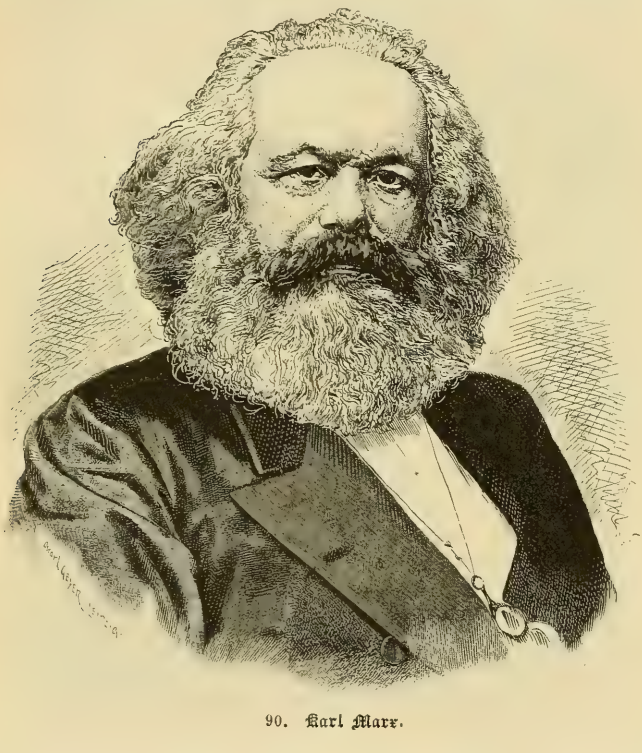


89. Wilhelm Roscher. Nach einer Photographie.

verteilen. Lassalle hat den wichtigsten seiner Sätze, das sogenannte eherne Lohngesetz Ricardos (in der jetzigen Volkswirtschaft steigt der Arbeitslohn niemals über das für den Lebensbedarf unbedingt nötige Maß, eine ganz willkürliche Behauptung), von Marx übernommen und ist auch sonst wissenschaftlich nicht selbständig. So stieg aus dem Schoße der deutschen Wissenschaft und in ihren Formen ein furchtbares radikales System herauf, das die ganze Kultur, auf der jene beruhte, mit Zerstörung bedrohte.

Wissenschaft und Nationaleinheit.

So universal die deutsche Wissenschaft war und ist, so bewahrte sie doch ganz bestimmte nationale Eigentümlichkeiten: das Übergewicht der historisch-philosophischen Auffassung über die naturwissenschaftlich-mathematische der westeuropäischen Kulturvölker, die gleichmäßige Verteilung ihrer Pflegestätten, vor allem auch zahlreicher orts- und landesgeschichtlicher Vereine gegenüber der Zentralisation nicht nur in Frankreich, sondern auch in England, den engen Zusammenhang mit den Universitäten.



90. Karl Marx.

Die nationale Gesinnung der deutschen Gelehrten ergab sich daraus mit Notwendigkeit; sie bildeten eine nationale Schicht, lange bevor es einen deutschen Nationalstaat gab, und wurden in dem Gefühle dieser Zusammengehörigkeit durch die regelmäßigen wissenschaftlichen Wanderversammlungen der Fachgenossen noch wesentlich bestärkt. Daß eine ganze Reihe ihrer hervorragendsten älteren Vertreter (Dahlmann, G. Droysen, M. Duncker, G. Gervinus, J. Grimm, L. Uhland, G. Waitz u. a. m.) in der Paulskirche gesessen hatten, war für die Pflege nationalen Sinnes noch von besonderer Bedeutung.

Lyrik und Epik.

In einer Zeit, die so stark von wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Interessen bewegt wurde, wie die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, konnten die Dichtung, wie die bildende Kunst nur einen bescheidenen Raum für sich beanspruchen, und selbst diesen nur dann behaupten, wenn sie mit dem Leben der Zeit unmittelbar Fühlung nahm, wenn sie seinen ungeheuren Reichtum an Kenntnissen, Gedanken und Bedürfnissen zu erfassen suchte, wenn sie mit einem Worte realistisch wurde. Damit vertrug sich allerdings weder die klassische Idealität noch die romantische Schwärmerei; vielmehr tauchten überall neue Aufgaben auf, die neue Mittel des Ausdrucks forderten. Daher kam in der Litteratur seit den tiefen Wandlungen von 1848/49 neben den Ausläufern der klassisch-romantischen Richtung eine neue realistische empor, und sie führte, wie überall, zum Übergewicht der epischen Prosadichtung (des Romans und der Novelle) und des Dramas. An Lyrikern fehlte es nicht, weil das Bedürfnis nach dem poetischen Ausdruck der persönlichen Empfindung zu allen Zeiten dasselbe bleibt; aber Dauerndes gelang wenigen, wie den geistlichen Dichtern Philipp Spitta (gest. 1859), Karl Gerok (gest. 1890) und Julius Sturm (gest. 1897). Die Epigonen des älteren romantischen Stils fanden ihren

Mittelpunkt an dem geistvollen Musenhofe König Maximilians II. in München (s. S. 189). Ihm gehörte auch Emanuel Geibel (Abb. s. Bd. IX, S. 501) an, der nicht müde wurde, in Gedichten von klassischer Formenschönheit und tiefer Empfindung der Sehnsucht nach des Reiches Erneuerung Ausdruck zu geben, bis er sie mit hellem Jubel erlebte und als ein glücklicher Mann seine Laufbahn abschloß mit den Worten: „Ich sah die Siege Des Deutschen Volkes und sah das Reich" (gest. 1884). Neben ihm wählte sein norddeutscher Landsmann, Graf Schack aus Mecklenburg (gest. 1894), ein feinfühlender, hochsinniger Kunstmäcen, die Stoffe zu seinen epischen Dichtungen mit Vorliebe aus dem farbenreichen Leben des Morgenlandes, dessen arabische Poesien er meisterhaft verdeutschte, und ganz und gar in die morgenländische Lebensweisheit versenkte sich, sie als Mirza Schaffy frei nachbildend, Friedrich Bodenstedt (gest. 1892). Dagegen versuchte der Bayer Hermann Lingg das gewaltige Drama der Völkerwanderung in kraftvollem Epos zu gestalten. Mit sorgfältig abgewogener Kunst und in einer Sprache voll Anmut schilderte der junge Paul Heyse (geb. 1830 in Berlin), selbst ein bildschöner Mensch und südländischen Schönheitsdranges voll, in seinen Novellen die feinsten Probleme des Seelenlebens, nicht ohne einen stark sinnlichen Zug. Kleine Kabinettsstücke gab der Rheinländer Wilhelm Riehl (geb. 1823) in seinen kulturgeschichtlichen Novellen (seit 1856). In Formenstrenge an der Antike geschult, aber von dem modernen Pessimismus ergriffen, schilderte der Österreicher Robert Hamerling (gest. 1889) im „Ahasver" den rastlos umhergetriebenen Menschen, der sich vergeblich danach sehnt, einzugehen in das große Nichts. Einen vollen Nachklang feierte die echte Romantik noch in Otto Roquettes märchenduftendem Epos „Waldmeisters Brautfahrt" (1852).

Roman und Novelle.

Voll der romantischen Vorliebe für das Mittelalter und doch voll sprühenden, warmen Lebens, voll echt deutschen Sinnes für das Charakteristische seiner heimatlichen Landschaft und voll köstlichen Humors gewann der badische Alemanne Joseph Viktor Scheffel (gest. 1886) seinen ersten Preis mit seinem „Trompeter von Säckingen" (1853), und trat mit dem „Ekkehard" (1855) sofort in die Reihe der ersten und populärsten Meister des historischen Romans ein. Gewissermaßen Vorstudien zu einem solchen sind die in mittelalterlich-modernem Geiste gehaltenen Lieder in „Frau Aventiure" und die erhabenen „Bergpsalmen", feucht-fröhlichen Zecherhumor atmet das „Gaudeamus". In der dichterischen Vergegenwärtigung des deutschen Altertums aber leistete das Größte Wilhelm Jordan mit seinen allitterierenden Nibelungendichtungen.

Während diese Dichtung der Vergangenheit zugewandt blieb, suchte Karl Gutzkow (gest. 1878) in zwei gewaltigen kulturhistorischen Romanen, den „Rittern vom Geist" (1850—52) und dem „Zauberer von Rom" (1860—62), den ganzen reichen Inhalt des deutschen Lebens nach 1848 zu vergegenwärtigen. Der Schlesier Gustav Freytag aus Kreuzburg (1816—95) aber, der lange als Redakteur der Leipziger „Grenzboten" in reger politischer Thätigkeit stand, folgte einer Mahnung seines Freundes Julian Schmidt: „Der Roman soll das deutsche Volk da suchen, wo es in seiner Tüchtigkeit zu finden ist, bei seiner Arbeit". So schilderte er es mit voller Sachkenntnis und realistischer Lebendigkeit bei der wirtschaftlich-politischen Arbeit der vierziger Jahre in „Soll und Haben" (1855), bei der wissenschaftlichen derselben Zeit in der „Verlorenen Handschrift" (1864). Mit stark hervortretender liberaler Tendenz, aber mit glänzender Schilderungskunst behandelte Friedrich Spielhagen aus Magdeburg (geb. 1829) die brennenden politischen und sozialen Fragen der Zeit zuerst in den „Problematischen Naturen". Voll tiefen Gemüts und wunderlich spielenden Humors, aber in der Darstellung abspringend und ohne geschlossene Einheit der Handlung, schilderte Wilhelm Raabe (geb. 1831) Menschen seiner Zeit in Freud und Leid eines einfachen Lebens. Sehr bedeutend war auch die Stellung, die sich niederdeutsche Dichter mit der Verwertung ganz spezifisch niederdeutscher Menschen und Verhältnisse weit über die Grenzen ihrer Heimat hinaus errangen. Nachdem schon der Holsteiner Klaus Groth in den tiefempfundenen lyrischen Gedichten des „Quickborn" (1852) die litterarische Verwertbarkeit des Plattdeutschen für gemütvolle oder humoristische Darstellungen über allen Zweifel

erhoben hatte, gelang dem Mecklenburger Fritz Reuter (1810—74) sofort der größte Wurf: seine „Olle Kamellen“ (1862) gaben ohne strengen Zusammenhang des Ganzen behaglich ausgemalte, wunderbar lebendige, anheimelnde Bilder aus seinem eignen leidvollen Leben als Opfer der unseligen „Demagogenjagd“ nach 1830, wie aus dem ganzen engbegrenzten Dasein seiner mecklenburgisch-vorpommerschen Landsleute, ganzer Menschen voll derber, gesunder Lebenslust, tiefen Gemütes, sittlichen Ernstes und schalkhaften Humors, ein wahrhaft erfrischender Gegensatz zu den von hundert widerstreitenden Empfindungen zerrissenen Kulturmenschen Gutzkows oder Spielhagens. In hochdeutscher Sprache dichtete dagegen Theodor Storm aus Husum (1817—88) seine meist von schwermütigem Ernst durchwehten Stimmungsbilder aus seiner Heimat. Innerlich verwandt mit diesen Niederdeutschen durch ausgeprägte landschaftliche Eigenart sind der Schweizer Gottfried Keller aus Zürich (1819—90) in seinen lebensvollen Dorf- und Stadtgeschichten („Der grüne Heinrich“ [1853], „Die Leute von Seldwyla“ [1856]) und der gemütvolle Steiermärker Peter Rosegger (geb. 1843).

Drama. Hinter dieser epischen Prosadichtung trat das Drama noch mehr im Interesse des Publikums als in der Produktivität seiner Dichter zurück. Ein klassisches Lustspiel voll frischesten Lebens der Gegenwart und köstlichen Humors gelang Gustav Freytag in den „Journalisten“ (1853). Tiefer und erschütternder faßte das Leben der Thüringer Otto Ludwig (1813—65) in dem großartigen düsteren bürgerlichen Trauerspiel „Der Erbförster“ (1849) und in der erhabenen biblischen Tragödie „Die Makkabäer“ (1854). An Wucht der Handlung und Kunst der Seelenmalerei kommt ihm der Dithmarsche Friedrich Hebbel (1813—63) gleich, vor allem in dem großartigen Dramencyklus „Die Nibelungen“ (1862), einem Stoffe, der immer und immer wieder deutsche Dichter um so unwiderstehlicher anzog, je größer die Schwächen des mittelalterlichen Nibelungenliedes sind. Das tägliche Brot für die deutsche Bühne bildeten freilich solche Werke sowenig, wie in der klassischen Zeit die Dramen Schillers und Goethes; dafür sorgte die leichtgeschürzte Muse von Mosenthal, Brachvogel, Roderich Benedix, oder auch die Posse von Kalisch und Räder und der Abhub der leichtfertigen französischen Lustspielbühne. Die deutsche Schauspielkunst aber entfaltete sich glänzend, vornehmlich in Wien, Dresden, München und Berlin (s. Bd. IX, S. 533 f.).

Musik. Mit 1848 ging das klassisch-romantische Zeitalter auch für die deutsche Musik zu Ende, nachdem Schumann, Schubert und Mendelssohn noch das deutsche Lied auf seine Höhe gebracht und aus der Fülle deutschen Empfindens heraus einen unverlierbaren Schatz für die weitesten Volkskreise geschaffen hatten. Selbstverständlich behaupteten sich die Opern jener Zeit fortwährend auf der Bühne und im Konzertsaal, und neben sie traten leider nur zu häufig die läppisch-frivolen mythologischen Possen des Pariser Juden J. Offenbach. Aber stürmisch, mit steigender Zuversicht kämpfte die neue „Zukunftsmusik“ gegen die alten Gesetze und Formen an, um so stürmischer vielleicht, als ihr die geweihten Hallen des ersten deutschen Musikinstituts, des Leipziger Gewandhauses, noch jahrzehntelang verschlossen blieben. Auch die Musik wurde realistisch, sie wollte nicht nur die Empfindungen zum Ausdruck bringen, sondern in breiter Tonmalerei ganze Situationen und Reihenfolgen von Vorgängen schildern, gewissermaßen musikalisch nachdichten. Da verwandelte sich mit Durchbrechung der alten festen Kunstformen die Symphonie in die „symphonische Dichtung“, die Oper wurde aus einer Kette von Recitativen, Arien, Duetten und Chören eine ununterbrochene dramatische Deklamation, an die Stelle der Melodien trat die „unendliche Melodie“, die Reihenfolge der „Leitmotive“. Daneben steigerte sich die Technik in der Instrumentation wie in der Behandlung der Instrumente und der menschlichen Stimme bis zum Virtuosentum. Zwei Meister ragten da über alle weit hervor. Der seit 1848 nach einer glänzenden Virtuosenlaufbahn durch ganz Europa in Weimar heimisch gewordene Ungar Franz Liszt (1811—86) leistete das Bedeutendste in seinen großen symphonischen Dichtungen (Prometheus, Faust, göttliche Komödie). Ihm geistesverwandt, erstieg der Sachse Richard Wagner (geb. 1813 in Leipzig) jetzt die Höhe seines künstlerischen Schaffens.

Nach dem Dresdener Maiaufstande flüchtig, lebte er bis 1858 mit G. Semper, G. Herwegh u. a. in Zürich, seitdem auf beständigen Kunstreisen, bis ihm die warme Begeisterung des jungen Königs Ludwig II. von Bayern seit 1864 zwar keine dauernde Heimat in München schuf, aber festen Halt und reiche Mittel gab. Von Liszt aufs thatkräftigste gefördert, vollendete Wagner, auf ein erstaunliches philosophisches und historisches Wissen gestützt, und zugleich von einem übermächtigen künstlerischen Drange fortgerissen, in unermüdlicher energischer Arbeit, durch keinen Mißerfolg abgeschreckt, theoretisch und praktisch seine „Befreiung von der Oper". Er wollte im „musikalischen Drama" alle Künste vereinigen wie die attische Tragödie, mit reicheren künstlerischen Mitteln und mit technisch höherer Vollendung, aber wie jene durchaus im nationalen, ja volkstümlichen Sinne, weshalb er auch heftig gegen „das Judentum in der Musik" eintrat. Wie er schon früher neben großen dramatischen Stoffen aus der Fremde (Rienzi 1840, Der fliegende Holländer 1841) auch deutsche Sagenstoffe dramatisch-musikalisch gestaltet hatte (Tannhäuser 1845, Lohengrin 1848 [s. Bd. IX S. 533]), so wandte er jetzt seine ganze dichterische und musikalische Kraft der Nibelungensage zu und schuf in angestrengtester Arbeit sein gewaltigstes Werk, den „Ring des Nibelungen", „ein Bühnenfestspiel für drei Tage und einen Vorabend", in freier, umgestaltender und ergänzender Nachdichtung auf Grund der skandinavischen Sage, daneben „Tristan und Isolde" (1859) und die „Meistersinger von Nürnberg" (1867), ein ganz moderner Mensch in der Verbindung künstlerischer Kraft mit umfassendem Wissen und leider auch dem modischen philosophischen Pessimismus, der schon im Tannhäuser auftaucht, den Ring des Nibelungen und Tristan und Isolde ganz beherrscht. Noch sollte es freilich lange dauern, ehe sich sein Plan, ein deutsches Olympia für diese neue deutsche Kunst zu gründen, in Bayreuth verwirklichte (1876), aber die begeisterte „Wagnergemeinde" wuchs von Jahr zu Jahr.

Bildende Kunst.

Fast noch mehr als die Musik wurde die bildende Kunst dazu gedrängt, den wachsenden Gedankeninhalt ihrer Zeit sich anzueignen, um wirksam zu sein. So vollzog sich in der Malerei der Übergang von der klassisch-romantischen Kunst zum Realismus, und zwar unter dem starken Einfluß der belgischen und französischen Schule. Das sorgfältigste Studium der Natur und der historischen Wirklichkeit verband sich mit einem lebendigen, die Gegenstände plastisch herausarbeitenden Kolorit, das die alte, wesentlich auf den Gedankeninhalt und die Reinheit der Linien hinarbeitende Richtung nicht kannte oder verschmähte, und das Streben, bedeutende Dichtungen zu illustrieren, gab diesem Realismus eine unerschöpfliche Fülle von neuen Aufgaben. Den Vorrang behaupteten immer noch die Münchener und Düsseldorfer Schule, obwohl ihr größter Meister, Peter Cornelius, schon seit 1844 dauernd in Berlin lebte, mit den Kartons zu den Fresken für die geplante Königsgruft (Camposanto, nach dem Muster von Pisa) beschäftigt (gest. 1867 [s. auch Bd. IX, S. 522 ff.]).

Malerei.

In München lebte die romantische Malerei in dem liebenswürdigen, gemütvollen, ganz musikalisch gestimmten Moritz von Schwind (gest. 1871) noch ungebrochen fort. Sich innig versenkend in die deutsche Sagen- und Märchenwelt, malte er auf der wiederhergestellten Wartburg seit 1855 die Wandbilder aus der Geschichte der thüringischen Fürsten, er schuf in den Aquarellen zu den Märchen von den sieben Raben, zum Aschenbrödel, zur schönen Melusine u. a. m. geradezu künstlerische Nachdichtungen dieser Stoffe, wie in den Bildern für die neue Wiener Oper solche der Hauptgestalten der klassisch-romantischen Opern (seit 1864 ff.). Im Vergleich zur freudigen Naivität dieses „deutschesten Malers" tritt bei Cornelius' größtem Schüler Wilhelm Kaulbach (1805—74) das kritisch-satirische Wesen einer aus drückenden ärmlichen Verhältnissen mühsam durch eigne Kraft emporgekommenen starken Persönlichkeit hervor, vor allem in seinen meisterhaften Illustrationen zum Reinecke Fuchs, während seine Zeichnungen zu Goethe und Shakespeare diesen Zug weniger verraten, in dem Cyklus aus der Entwickelung der deutschen Kunst an der Neuen Pinakothek in München und noch zuletzt in der packenden Darstellung des Inquisitors Peter Arbues. Das Bedeutendste gelang ihm in den sechs gewaltigen Wandbildern für das Treppenhaus des Neuen Museums in Berlin, die es unternahmen, den Inhalt ganzer Kulturepochen in figurenreichen Kompositionen nicht durch frostige Allegorien, sondern durch lebensvolle Menschen ihrer Zeit zu vergegenwärtigen. Einen ähnlich großen Stil zeigt das Gemälde des Germanischen Nationalmuseums: Otto III. in der Gruft Karls des Großen (vgl. Bd. III, S. 463). Während Kaulbach sorgfältiges Naturstudium vermissen läßt und sich selbst um die klassische Formenwelt wenig kümmerte, ging sein Schüler Karl Piloty (geb. 1826) zum historischen Realismus über in zahlreichen großen Geschichtsbildern (Sent an

der Leiche Wallensteins, Wallensteins Einzug in Eger, Cäsars Tod, Nero auf den Ruinen Roms).

Wenn bei der Münchener Schule im ganzen die Monumentalmalerei überwog, so pflegten die Düsseldorfer im wesentlichen das Ölbild als Historien-, Genre- und Landschaftsmaler, wobei nicht selten dasselbe Bild alle drei Elemente vereinigte. Julius Hübner schuf die figurenreiche lebendige Leipziger Disputation (s. Bd. V, S. 208), Eduard Bendemann die großen Wandgemälde aus der mittelalterlichen Geschichte Sachsens im Dresdener Schlosse, Karl Friedrich Lessing (1809—80), der bedeutendste der Düsseldorfer, ein Großneffe des Dichters, mit plastischer Herausarbeitung der Formen Darstellungen, wie Huß auf dem Scheiterhaufen, und ernst-großartige Landschaften. Der bedeutendste Schlachtenmaler dieser Schule wurde Wilhelm Camphausen, der auch die Gestalten des Großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen als Schlachtenlenker in packender Lebenswahrheit verkörperte, das Genre pflegten Ludwig Knaus und der Schweizer Vautier, die Landschaft und die See, namentlich in ihrer Wildheit, stellten Oswald und Andreas Achenbach dar.

Von der Düsseldorfer Schule ging Adolf Menzel aus Breslau (geb. 1815) aus, der größte Meister des historischen Realismus, der Maler Friedrichs des Großen, der diese Zeit so lebendig und treffend verkörperte, als hätte er sie erlebt. In Österreich waren die Meister des Historienbildes Joseph Führich (1800—76) und Karl Rahl (1813—65), der das Waffenmuseum des Wiener Arsenals mit Bildern aus der österreichischen Kriegsgeschichte schmückte. Die ideale Landschaft vertrat vor allem Friedrich Preller in Weimar mit seinen herrlichen Kartons zur Odyssee. Zugleich trugen die vervielfältigenden Künste, namentlich der hochentwickelte Holzschnitt, zahlreiche volkstümliche Kunstwerke in die weitesten Kreise, wie die gemütvollen Darstellungen Ludwig Richters in Dresden aus dem deutschen Bürgerleben und die Bilderbibel Jul. Schnorrs.

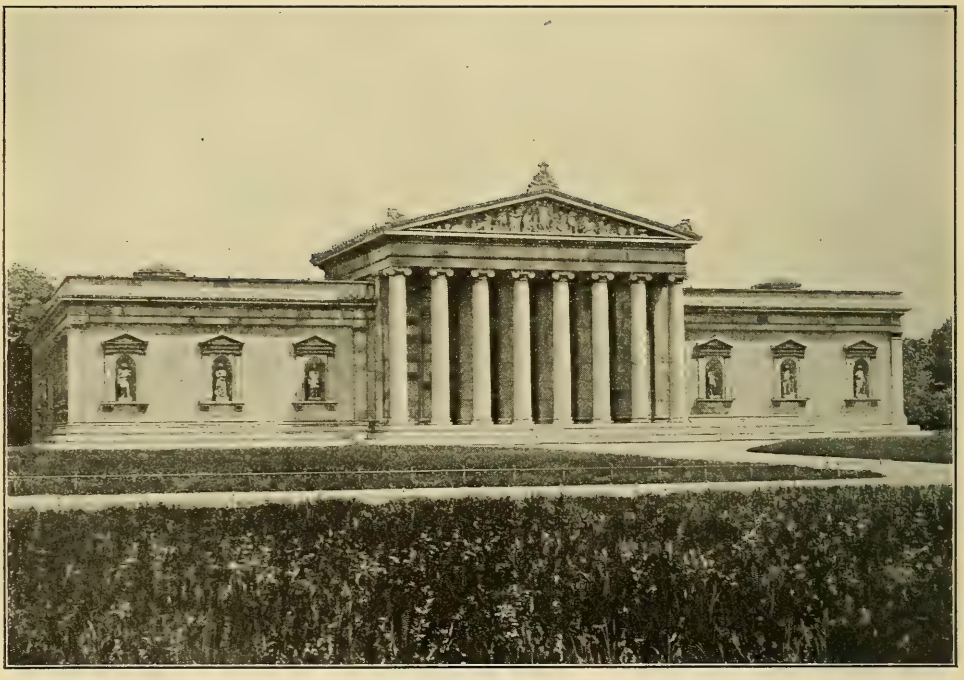
Die Plastik. Die Plastik fand seit dem Auftreten Christian Rauchs ihre wichtigste Pflegstätte in Berlin, weil eine Bildnerei großen Stils nur dort gedeihen kann, wo eine große, lebendige, geschichtliche Vergangenheit vorhanden ist; erst von dort pflanzte sich die Anregung nach Dresden fort, das dadurch zu ihrer zweiten Hauptstätte erwuchs. München behauptete seinen alten künstlerischen Vorrang hier nur im Erzguß, obwohl daneben auch norddeutsche Gießstädte, wie Lauchhammer, entstanden. Die gestellten Aufgaben waren überwiegend monumental; für die Genrekunst in der Plastik, die den Platz für ihre Bildungen im Hause sucht, hatte sich der deutsche Geschmack und auch der Wohlstand noch nicht genügend ausgebildet. Daher überwog der ideale Stil, aber er bediente sich realistischer Mittel (s. Bd. IX, S. 528 ff.).

In Berlin erlebte der greise Rauch, das gefeierte Haupt einer großen Schule (gest. 1857), noch die Enthüllung seines größten Werkes, des Friedrichsdenkmals (31. Mai 1851) und bildete, bis zum letzten Augenblicke thätig, die Feldherren der Befreiungskriege Blücher, York und Gneisenau, für den Opernplatz, die großartige Mosesgruppe für die Friedenskirche in Potsdam, die jetzt die Grabstätte Friedrich Wilhelms IV. schmückt. Rauchs Schüler, Friedrich Drake, E. und A. Wolff, Bläser u. a., schufen die acht idealen Kriegergruppen auf der Schloßbrücke, den imposanten Abschluß jener Siegesstraße, zu der die „Linden" werden sollten. A. Kiß hatte seinen Ruhm als Tierbildner schon durch die Amazone am Alten Museum gewonnen, der A. Wolff seinen Löwentöter erst viel später zur Seite stellte. — Von Berlin hatte Ernst Rietschel (1804—61) Rauchs Kunst mit ihrer klassischen Geschlossenheit nach Dresden übertragen, aber ihre mächtige Idealität gemildert, wie er denn ganz überwiegend nicht gleich Rauch Helden des Staates und des Schwertes, sondern des Geistes zu bilden hatte. Sein Lessing für Braunschweig (enthüllt 1853) brach zuerst einer realistischeren Auffassung die Bahn durch scharfe Charakteristik der ganzen Persönlichkeit und die Durchführung der historischen Tracht statt der sogenannten idealen des Klassizismus; sein Goethe-Schillerdenkmal in Weimar, am 3. September 1857, dem hundertsten Geburtstage Karl Augusts enthüllt, bezeichnete den Höhepunkt seiner Kunst, sein Lutherdenkmal in Worms, an dem seine Schüler Donndorf und Kietz schon großen Anteil

91. Naturhiſtoriſches Hofmuſeum zu Wien (erbaut 1873—1889 von Karl von Haſenauer).

hatten, ist eine der größten plastischen Schöpfungen der Neuzeit, wenngleich sie der inneren Einheit entbehrt. Von hoher Idealität umflossen und doch ganz menschlich gedacht ist seine Pietà in Sanssouci. Daneben arbeitete Rietschel den plastischen Schmuck des Dresdener Museums und des Hoftheaters, beides zusammen mit Ernst Hähnel. Dieser schuf außerdem hervorragende Denkmäler, für Dresden Friedrich August II., für Bonn Beethoven, für Prag Karl IV. Neben ihm kam, realistischer gerichtet, der geniale Johannes Schilling empor, der später vor allem die Großthaten von 1870/71 zu verherrlichen berufen war. In Wien bildete Fernkorn, ein Schüler Schwanthalers, vor allem das Reiterstandbild des Erzherzogs Karl vor der Hofburg.

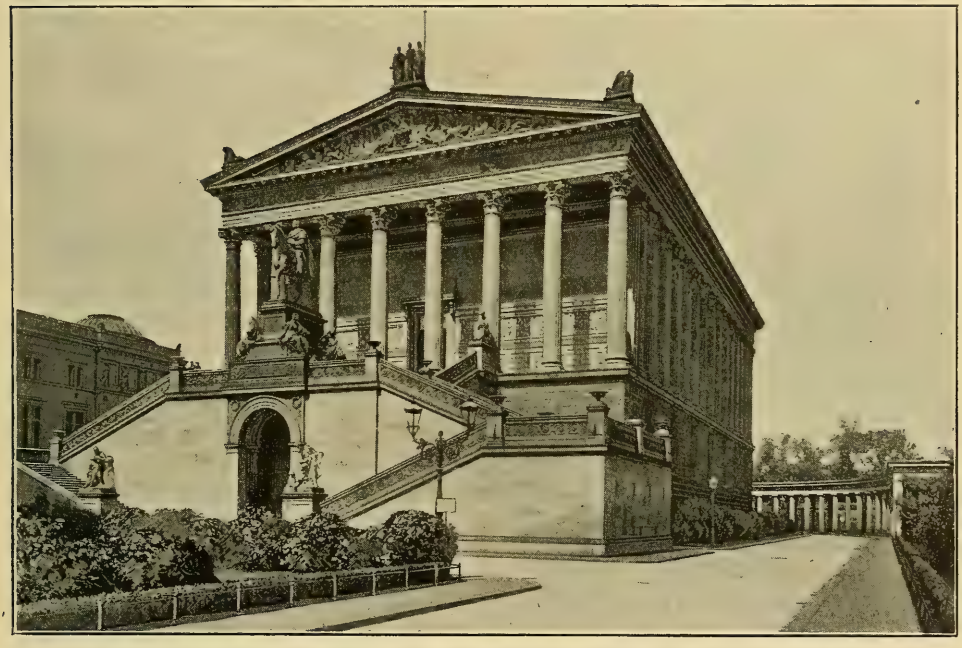
Baukunst. Die Baukunst kam in diesem gelehrten Volke, das die Werke aller Zeiten immer genauer kennen lernte und in den zahlreichen Wiederherstellungsbauten, die für diese Epoche bezeichnend sind (Wartburg, Marienburg, Dome von Wien, Köln, Regensburg,



92. Die Glyptothek zu München (erbaut 1816—1830 von Leo von Klenze).

Ulm u. s. f.), gerade die mittelalterliche Architektur praktisch bis ins einzelnste hinein nachahmte, zu einem einheitlichen Stile so wenig wie die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts überhaupt. Fortwährend standen zwei Hauptrichtungen neben einander: die hellenische oder italienische Renaissance und die romanisch-gotische Romantik in mannigfacher Umbildung nach den Bedürfnissen der Zeit. Für die Kirchen galt die Gotik lange Zeit beinahe fast unbedingt, obwohl sie weder deutschen Ursprungs ist (s. Bd. IV, S. 251) noch auch sich für den protestantischen Gottesdienst besonders eignet; in weltlichen Bauten bevorzugte man im ganzen die Renaissance, wobei wieder die italienischen Vorbilder maßgebender waren als die altgriechischen. Diese hellenische Renaissance ging für München mit den edlen Marmorbauten Leos von Klenze (gest. 1864), der Glyptothek, den Propyläen u. a., zu Ende; aber die Versuche eines gotisierenden neuen Stiles in der großartig gedachten Maximiliansstraße fielen wenig glücklich aus. In Hannover bildete sich in natürlicher Anlehnung an die zahlreichen romanischen Bauten Niedersachsens und begünstigt durch den schönen Haustein eine gesunde und reizvolle landschaftliche Architektur, die in Schloßbauten und ähnlichem (Marienburg bei Nordstemmen, Kolle-

gienhaus in Göttingen) sehr tüchtiges leistete. Die Berliner Bauten dieser Zeit wurden teils in hellenisierender Renaissance aufgeführt (das Neue Museum, die Nationalgalerie, die Börse, das Kunstgewerbemuseum), teils in schwerer mittelalterlicher Backsteinarchitektur, wie das massige Rathaus. In Leipzig trugen die großen Neubauten dieser Jahre (das städtische Museum, das Neue Theater), die endlich wieder eine regere Kunstthätigkeit eröffneten, ebenfalls den Charakter hellenisierender Renaissance. Dagegen begründete in Dresden der genialste Architekt der Zeit, Gottfried Semper aus Hamburg (1803—79), seinen Ruhm als der gedankenvolle und fruchtbare Erneuerer italienischer Renaissance mit den herrlichen Bauten des Museums und des (1869 durch Brand wieder zerstörten) Hoftheaters, das dem modernen Theaterbau überhaupt die Richtung wies. Wegen des Maiaufstandes 1849 flüchtig wie Richard Wagner, wirkte er längere Zeit höchst anregend in London, wurde aber seit 1855 ganz in Zürich heimisch und erbaute hier das großartige Polytechnikum, das Rathaus



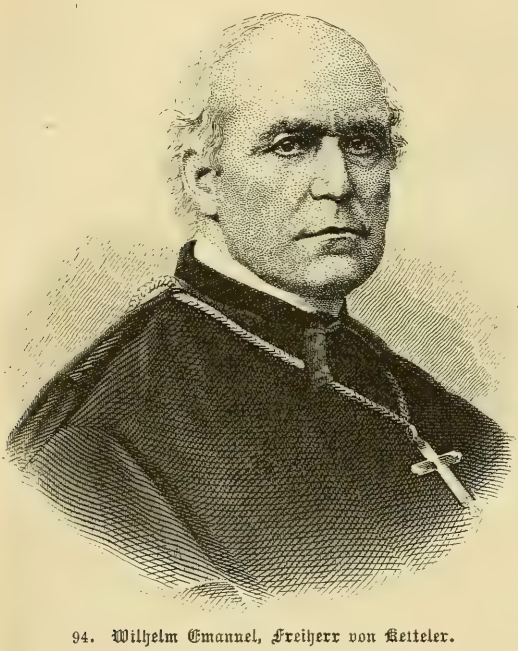
92. Die Nationalgalerie zu Berlin, nach dem Entwurfe von Stüler (1864) erbaut von H. Strack.

in Winterthur u. a. m., während er zugleich in seinem Werke über den Stil (1861—63) eine ganz neue Epoche für die archäologisch-ästhetische Forschung und für das Kunstgewerbe einleitete. Sein europäischer Ruf führte ihn schließlich nach Wien. Denn seitdem hier mit der Niederlegung der Wälle um die innere Stadt 1857 eine großartige Stadterweiterung, teilweise ein förmlicher Neubau der Stadt begonnen hatte, boten sich den Architekten in Fülle die schönsten Aufgaben, vor allem in den Prachtbauten der neuen Ringstraße, die auch für andre Großstädte fast typisch wurde. Eine ganze Schar begabter Baumeister brachten dabei wetteifernd allerdings sehr verschiedene Bauformen zur Anwendung. Theophil Hansen vertrat anfangs einen romanisierend-mittelalterlichen Stil im Waffenmuseum des Arsenals (1849—54), später immer entschiedener die hellenische Renaissance, ohne eigentlich Schule zu machen, Heinrich Ferstel in sehr origineller Weise die Gotik in der großartigen zweitürmigen Votiv(Heiland)kirche an der Ringstraße, in der Kuppelkirche zu Fünfhaus u. a. m., doch neben ihm stand ebenbürtig der Dombaumeister Friedrich Schmidt (1825—91), der an den Wiederherstellungs- und Ergänzungsbauten am Stephansdome eine ganze Schule von Gotikern

erzog und selbst sein höchstes im Rathause leistete (eingeweiht 1883). Siegreich brachten daneben Ferstel im österreichischen Museum, van der Nüll und Siccardsburg im Opernhause (seit 1861), Semper und Hasenauer im neuen Burgtheater und in den prachtvollen, marmorstrahlenden Hofmuseen die italienische Renaissance zur Geltung. So wurde Wien eine der schönsten Städte Europas und eine Hochschule für die Architekten.

Die katholische Kirche.

Inmitten dieser auf- und absteigenden Gegensätze, bei der Erschütterung alter, festgewurzelter Anschauungen hatten die beiden größten Bildungsmächte, Kirche und Schule, einen schweren Stand. Die römisch-katholische Kirche, nach 1815 durch Sonderverträge mit den einzelnen Staaten wiederhergestellt, suchte ihrem Wesen gemäß, das in der Auffassung der Kirche als einer äußerlichen, straffgegliederten hierarchischen Gemeinschaft beruht, den drohenden Gefahren durch Verstärkung der Autorität zu begegnen. So trat an die Stelle der milden Duldsamkeit eines Heinrich Wessenberg (gest. 1860) und eines Sedlnitzky, der aus Gewissensbedenken sein fürstbischöfliches Amt (in Breslau) niedergelegt hatte und 1862 zum Protestantismus übertrat (gest. 1871), der streitbare Ultramontanismus. Sein Ziel ist die völlige Freiheit der Kirche vom Staate, die einseitig von sich aus als die höhere Ordnung die Grenzen beider Gewalten festsetzt, also die Herrschaft über den Staat, daher die unbedingte Unterwerfung ihrer Angehörigen unter ihr unfehlbares Gebot, namentlich die Leitung der gesamten Erziehung. Der Gegensatz war also von Anfang an gar nicht religiös, sondern staatsrechtlich, denn der Ultramontanismus negiert die Souveränität des weltlichen Staates so vollständig, wie einst Gregor VII. (s. Bd. III, S. 522); aber er verschärfte ganz von selbst auch den Gegensatz zum Protestantismus, weil er das diesem feindliche Prinzip stärker als je betonte. Er fand eine starke Stütze an Österreich, das sich seiner für die Behauptung seiner Herrschaft in Deutschland bediente, seinen wichtigsten Mittelpunkt in München, an der päpstlichen Nuntiatur. Die Seele des deutschen Ultramontanismus aber war der Bischof von Mainz, Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler (1850—77, geb. 1811 in Münster), von den Jesuiten gebildet, dann Jurist und schneidiger Schläger, überhaupt durchaus Weltkind, der erst 1836 aus äußerlichen Gründen die Tonsur empfangen und erst später (seit 1841) theologische Studien gemacht hatte, übrigens niemals ein großer Gelehrter oder gar eine besonders religiöse Natur war, sondern immer ein wesentlich politischer Kopf. Starrköpfig, herrschsüchtig, hitzig und streitlustig wie jemals ein Westfale, entfaltete er als Bischof, Prediger und Schriftsteller eine unermüdliche Thätigkeit. Der Kampf um die Kirchenfreiheit in den „Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz“ (Württemberg, Baden, beiden Hessen), der allerdings nicht zum Ziele führte, war sein Werk (s. oben S. 111 ff.). Er ging in den Bestrebungen des Ultramontanismus voran, dem theologischen Nachwuchse eine rein geistliche, von allen weltlichen und namentlich protestantischen Einflüssen abgesperrte Erziehung zu geben, die künftigen Priester also von den Universitäten fern zu halten und in theologischen Internatsschulen zu vereinigen. Schon 1851 verwandelte er das Mainzer Priesterseminar in eine vollständige theologische



94. Wilhelm Emanuel, Freiherr von Ketteler.
Nach einem Kupferstiche.

Lehranstalt und legte damit die katholisch-theologische Fakultät in Gießen völlig lahm, da er erklärte, keinen Priester weihen zu wollen, der nicht in Mainz seine Studien gemacht habe. Knabenkonvikte traten ergänzend hinzu. Außerdem entstanden allerorten, auch in Preußen, neue Klöster. Ketteler selbst rief die Schulbrüder, die Kapuziner, die Franziskanerinnen, die Jesuiten nach Mainz; die Jesuiten verwandelten 1863 die ehrwürdige Benediktinerabtei Maria Laach in der Eifel in einen Mittelpunkt ultramontaner Propaganda und Jugenderziehung. Seit 1850 durchzogen Jesuiten- und Redemptoristenmissionen predigend das Land, bis unter halbprotestantische Bevölkerungen. Die Piusvereine (seit 1848) und zahlreiche andre katholische Vereine verbanden Geistliche und Laien zu gemeinsamer Wirksamkeit für die ultramontane Sache, verbreiteten namentlich populäre Schriften. Selbst die akademische Jugend begann sich in „katholischen" Korporationen mit katholischem Kommersbuche von ihren protestantischen Kommilitonen abzusondern, und die Katholiken höherer Stände vereinigten sich gern in katholischen Kasinos. Auch die katholische Presse, vertreten durch die „Historisch-politischen Blätter", die (jesuitischen) „Stimmen aus Maria Laach" und eine rasch wachsende Anzahl von Zeitungen, wirkte nach derselben Richtung. Das alles wurde ebensosehr durch den liberalen Zug der Zeit gefördert, der alle Schranken der freien Bewegung hinwegräumte, wie durch die reaktionären Tendenzen der Regierungen, die im Katholizismus eine Stütze für ihre eigne Gewalt sahen. In Preußen verwandelte sich die katholische Abteilung des Kultusministeriums aus einer Vertretung der Staatsinteressen gegen die Hierarchie geradezu in das Gegenteil, in ein Werkzeug der Kirche gegen den Staat, so daß dieser die Vermehrung der Klöster, die Jesuitenmissionen, sogar die Ausbildung seiner Geistlichen in auswärtigen Jesuitenschulen geschehen ließ.

Katholische Theologie.

Diese ultramontan umgestaltete Kirche konnte an der deutschen Wissenschaft nur einen bescheidenen Anteil nehmen, denn ihr Prinzip war romanisch, nicht deutsch, und die Anschauung, daß dem Papsttume auch in wissenschaftlichen Fragen die höchste Entscheidung zustehe, entzog der Forschung ihre Lebensluft, die Freiheit. Trotzdem brachte die katholische Theologie eine Reihe bedeutender Gelehrten hervor, wie die Kirchenhistoriker J. Hefele (Bischof von Rottenburg), A. Theiner in Rom, H. Reinkens in Breslau, Ignaz von Döllinger und J. Friedrich in München, den Kanonisten F. von Schulte in Prag (und Bonn) u. a. m. Aber sie durften eine bestimmte Linie nicht überschreiten. Gegen die Philosophen Günther und Frohschamer richteten sich päpstliche Verdammungsurteile, und die von Döllinger angebahnten wissenschaftlichen Versammlungen katholischer Gelehrten (zuerst 1863 in München) wurden von Rom aus ungern gesehen und daher nicht fortgesetzt. Wie der Ultramontanismus zum Protestantismus stand, verriet „unvorsichtig" ein Hirtenbrief des Bischofs Ketteler zur elfhundertjährigen Bonifatiusfeier im Jahre 1855, worin er dem deutschen Volke vorwarf, es habe, wie einst die Juden, seinen Beruf im Reiche Gottes verloren, als es die Einheit des Glaubens zerrissen habe.

Protestantische Theologie.

Allerdings, es lag im Wesen des Protestantismus, daß er von dem Streite der Meinungen, von der Wissenschaft viel stärker beeinflußt wurde als die römische Kirche und daß sein Dasein ein steter Kampf der Richtungen war. Gegenüber dem bis in die dreißiger Jahre hinein herrschenden Rationalismus und dem Supranaturalismus der alten Tübinger Schule, die beide die biblischen Wunder bestehen ließen, der eine, indem er sie natürlich erklärte, der andre, indem er sie als Äußerungen der göttlichen Allmacht ansah, hatte die neue Tübinger Schule unter Ferdinand Baur (1792—1860), von Hegel und Schleiermacher ausgehend, auch die Entstehung und die erste Entwickelung des Christentums als ein geschichtliches Werden aufgefaßt und demgemäß das Neue Testament als die aus den verschiedenen Wendungen dieser Kämpfe (des petrinischen Judenchristentums und des paulinischen Weltchristentums, s. Bd. II, S. 769) hervorgegangene Litteratur erkannt, wobei sie nur allzuviel bewußter Absicht, ja raffinierter Berechnung zuschrieb. Bruno Bauer (1809—82) bildete das weiter aus, und in eine größere Öffentlichkeit hinaus hatte schon vorher David Strauß (1808—74) diese Anschauungen getragen, indem er in seinem „Leben Jesu" (1835)

den Heiland nur als einen religiösen Genius auffaßte und alles Übernatürliche in seinem Wesen und Wirken als ein Erzeugnis gleichzeitiger oder späterer Mythen- (Legenden)bildung erklärte. Um dieses Buch und um die Tübinger Schule überhaupt tobte seitdem heftiger Streit, aus dem aber auch eine neue Epoche für die Bibelforschung und Kirchengeschichte entstand. Die orthodoxe Richtung, besonders in Erlangen, Leipzig, Rostock und Dorpat herrschend, litterarisch lange Jahre vor allem durch E. W. Hengstenberg in Berlin (1802—69), E. Luthardt in Leipzig u. a. m. mit felsenfester Überzeugung in fortgesetzter Forschung und Polemik vertreten, hielt unbedingt an der Inspiration der ganzen Heiligen Schrift fest, wies also jede wirklich historische Betrachtung ab. Dagegen faßte die sogenannte Vermittelungstheologie (Ullmann, Twesten, K. J. Nitzsch u. a.) das Christentum als ein neues Weltprinzip, das seinem Ursprung nach göttlich, der Entwickelung nach menschlich sei; aber die meisten ihrer Schüler wurden doch Anhänger der Orthodoxie. Von ihr gingen dann Männer aus wie Chr. J. von Bunsen, D. Schenkel, Th. Keim, die sich mehr der Tübinger Schule näherten. Auf positiv christlich-konfessionellem Grunde ohne herbe Ausschließlichkeit standen Theologen wie Harleß in Erlangen und München, A. Kahnis in Leipzig, F. A. Tholuck in Halle (1799—1877), der namentlich als Prediger und Erzieher auf viele Generationen von Geistlichen einen außerordentlichen Einfluß übte. Der hervorragendste Dogmatiker wurde A. Ritschl. Inzwischen brachte Konstantin Tischendorf mit unermüdlichem Sammlerfleiß (1815—74) neue handschriftliche Hilfsmittel für die Textgestaltung, namentlich des Neuen Testaments, herbei (vor allem den Codex Sinaiticus aus dem Sinaikloster, Handschrift des 5. Jahrhunderts); Winer (gest. 1853) untersuchte den sehr verschiedenen Sprachgebrauch der neutestamentlichen Schriften, H. Ewald in Göttingen (1803—73), einer der Sieben (s. Bd. IX, S. 464), gestaltete aus den umfassendsten sprachlichen und exegetischen Studien das Hauptwerk seines arbeitsvollen Lebens, die „Geschichte des Volkes Israel bis 135 n. Chr." (seit 1843); K. A. Hase in Jena (1800—90), ausgezeichnet durch eine ungeheure Kenntnis, Klarheit der Auffassung und maßvolles Urteil, wurde der hervorragendste Darsteller der gesamten Kirchengeschichte.

Praktische Richtungen innerhalb der protestantischen Kirche.

Bei der protestantischen Selbständigkeit des Denkens wirkten diese wissenschaftlich-theologischen Bestrebungen und Gegensätze ganz anders auf das praktische kirchliche Leben hinüber, als im Katholizismus. In Preußen wurde von oben her, trotz der Union, die lediglich auf die Gemeinschaft des Kirchenregiments, die Abendmahlsgenossenschaft und den Ritus beschränkt blieb, die konfessionelle Besonderheit überall gefördert. In Mecklenburg, Holstein, Hannover herrschte das strenge Luthertum, oft unduldsam und streitsüchtig, oft aber auch, wenn es von lebendigem Glauben getragen wurde, wie bei Klaus Harms (starb 1855), von großer sittlicher Wirkung; in Kurhessen versuchte A. Vilmar (starb 1868), ein überzeugter, aber fanatischer Verfechter kirchlicher Autorität selbst ohne Rücksicht auf das geltende Recht, in Zusammenhang mit der politischen Reaktion der reformierten Landeskirche sein lutherisches Bekenntnis aufzudrängen. Eine mildere Richtung herrschte in Sachsen, wo Harleß als der eigentliche Leiter der Landeskirche (1850—52) zuerst die positive Richtung wieder zur Geltung gebracht hatte und sein Nachfolger A. Liebner (starb 1871) die lebendige Erkenntnis der Persönlichkeit Christi als die einigende Macht für die Gegensätze der Zeit verkündete. Die Gemeinden selbst folgten der strengen Orthodoxie nur selten. Die meisten Mitglieder huldigten einem gemäßigten Rationalismus oder vermieden jedes tiefere Eingehen, zufrieden mit einer Reihe ihnen verständlich und förderlich erscheinender Wahrheiten, oder sie blieben auch ganz gleichgültig; viele Gebildete wurden unter dem Einflusse des religiösen Liberalismus, dem das Christentum als überwundener Irrtum einer finsteren Vergangenheit galt, der Kirche innerlich entfremdet, ohne äußerlich ihre Verbindung mit ihr zu lösen; tiefere Gemüter schlossen sich wohl auch irgend einer Sekte an, obwohl deren Bedeutung in Deutschland immer gering blieb. Eine einheitliche Organisation vermochten die evangelischen Landeskirchen Deutschlands jetzt sowenig zu gewinnen wie früher; immerhin zeigten Veranstaltungen, wie der seit 1848

bestehende evangelische Kirchenbund (Pastoralkonferenz), die allgemeine deutsch-evangelische Kirchenkonferenz von Abgeordneten der obersten Kirchenbehörden (in Eisenach seit 1852) und der 1863 in Frankfurt a. M. gegründete Protestantenverein mit liberal-kirchlicher Tendenz, sowie die Wirksamkeit des Gustav-Adolfvereins und der Mission, daß ein starkes Gefühl der Gemeinschaft unter den evangelischen Deutschen lebe.

Hochschulen.

Von den Unterrichtsanstalten erfuhren, wie begreiflich, die Universitäten den stärksten Einfluß der neuen Zeit. Sie blieben überall Korporationen mit der selbständigen Verwaltung ihrer Angelegenheiten und starkem Einfluß der Fakultäten auf die Neubesetzung ihrer Lehrstühle, standen aber unter der Oberleitung des Staats, der indes die Freiheit der Forschung und Lehre nirgends antastete, und mußten sich allmählich eine erhebliche Beschränkung ihrer nicht mehr zeitgemäßen akademischen Gerichtsbarkeit gefallen lassen. Die alte Einteilung der Fakultäten blieb meist unverändert, obwohl die philosophische allgemach aufhörte, eine innere Einheit zu sein, denn die Fortschritte der Wissenschaft nötigten in allen Fakultäten zur Gründung immer neuer Lehrstühle für neue Spezialfächer, so daß sich die Universitäten in Gruppen von Fachschulen aufzulösen drohten; für Sammlungen zu Lehrzwecken und für Seminarien wurde besser gesorgt als früher. In der Studentenschaft gaben die farbentragenden und schlagenden Verbindungen, die mehr aristokratisch-konservativen Korps, die Landsmannschaften und die deutsch-nationalen Burschenschaften, so schlecht sie sich untereinander vertrugen und so wenig sie, außer an kleinen Universitäten, wie Jena und Heidelberg, die Mehrheit der Studenten bildeten, doch den Ton an, weil sie eben organisiert waren und über ganz Deutschland geschlossene Verbände bildeten. An fröhlicher Jugendlust fehlte es so wenig wie an ernster Arbeit, und auch an den Zeitereignissen nahm die akademische Jugend in immer steigendem Maße lebendigen Anteil. — So bereitwillig die Universitäten die neueren Wissenschaften aufgenommen hatten, so hatten sie doch nicht verhindert, daß neben ihnen Fachhochschulen aufkamen. Von diesen entwickelten sich die polytechnischen Schulen (in Karlsruhe, Darmstadt, München, Dresden, Stuttgart, Hannover, Aachen), entsprechend der immer feineren Ausbildung der Technik, seit den sechziger Jahren zu wirklichen Hochschulen in akademischen Formen und mit den hochschulmäßigen Anforderungen an ihre Zöglinge.

Gymnasien.

Dieselben Gründe begünstigten die Entstehung realistischer Anstalten neben den alten humanistischen Gymnasien. In diesen suchte die Reaktion nach den Sturmjahren eine Stütze gegen den verderbten Zeitgeist. Sie betrachtete daher nach dem Vorgange Preußens unter dem Kultusminister v. Raumer und seinem verdienten Geheimrat L. Wiese als die Hauptaufgabe des Gymnasiums die Förderung christlichen Glaubens und klassischer Bildung, sah bei den Lehrern vor allem auf christlich-konservative Gesinnung (in Preußen wurde 1852—60 mehr als die Hälfte aller Gymnasialdirektorate [72] neu besetzt) und suchte jedes politische Interesse bei den Schülern oft mit harten Mitteln zu unterdrücken. Die neue Schulpolitik verstärkte daher (in Preußen durch die Revision des Lehrplans und der Reifeprüfungsordnung 1856, in Bayern schon 1854 durch Thiersch) den Unterricht in der Religion und in den klassischen Sprachen, besonders im Latein, hielt, namentlich in Norddeutschland, den freien lateinischen Aufsatz als ein vorzügliches Mittel geistiger Gymnastik und als Zielleistung fest, obwohl sie zugestehen mußte, daß diese Übung jeden praktischen Zweck verloren habe, und daher Bayern so gut wie Württemberg davon absahen, verkürzte in etwas den naturwissenschaftlichen Unterricht, ließ aber doch auch in notgedrungener Anerkennung der Zeitforderungen der Mathematik den einmal errungenen Platz, gewährte dem Deutschen und der Geschichte wie dem Französischen einen größeren Raum, führte sogar das lange politisch verdächtige Turnen als Lehrgegenstand ein. Die Gefahr, die Schüler mit zu starken Ansprüchen an gleichmäßig gute Leistungen in höchst verschiedenartigen Gegenständen zu überbürden, wurde dadurch nahe gerückt und trat namentlich dann unzweifelhaft wirklich ein, wenn, wie besonders in Preußen, die büreaukratische Bevormundung der Schulen durch die Provinzialschulräte immer stärker wurde und durch die Gestaltung der Reifeprüfung zu einer von diesen, nicht von

den Lehrern abzunehmenden Schlußleistung sowie durch das Berechtigungswesen auf möglichst glatte, kontrollierbare und durch den ganzen Staat gleichmäßige Ergebnisse hinarbeitete. Anderseits sorgte der Staat teils direkt, indem er städtische Schulen in seine Kollatur oder Verwaltung übernahm, teils indirekt durch die Verstärkung seiner Aufsicht, für bessere Schulgebäude an Stelle der alten engen, schlecht beleuchteten, oft aus aufgehobenen Klöstern hergestellten und seit der Reformationszeit wenig veränderten Räume, für reichlichere Ausstattung mit Lehrmitteln und für zeitgemäße Erhöhung der bisher zuweilen erbärmlichen Gehalte, also für die soziale Hebung des lange Zeit sehr niedrig geschätzten Lehrerstandes. Die größere Gleichmäßigkeit der staatlich vorgeschriebenen Einrichtungen ließ natürlich den einzelnen Anstalten sehr viel weniger Freiheit als früher; aber da bei jeder Lehrthätigkeit nicht die Vorschriften entscheidend sind, sondern die Persönlichkeit des Lehrers, so war auch diese Zeit keineswegs arm an charaktervollen, eigenartigen Schulmännern, die ihren Anstalten und noch mehr ihrem Unterricht trotz alledem ein gewisses individuelles Gepräge aufdrückten, wie z. B. K. G. Heiland in Stendal und Weimar, Fr. W. Hasselbach, L. Giesebrecht und H. Graßmann in Stettin, A. Meineke in Berlin, W. Herbst in Magdeburg, H. Peter und K. Koberstein in Schulpforta, Fr. Franke in Meißen, F. A. Eckstein in Leipzig, L. Klee in Dresden, Fr. Kraner und H. Ilberg in Zwickau, H. Palm und H. Gessing in Plauen i. V., H. Kaemmel in Zittau, L. Döderlein in Erlangen, W. Bäumlein in Maulbronn u. a. m. Unter solchen Männern wurde auch in rüstiger Arbeit, noch ohne die peinlichen Anforderungen philologischen Spezialistentums und ohne Vernichtung individueller Neigungen, nicht nur in den klassischen Sprachen als solchen, sondern auch im wirklichen Verständnis der Schriftsteller und in den Realien vielfach Besseres als früher, ja Vortreffliches geleistet. Die Generation der Jahre 1866 und 1870 ist von ihnen erzogen worden.

Realschulen.

Aber da die Gymnasien im Zeichen des Neuhumanismus den praktischen Bildungsverhältnissen des höheren Bürgerstandes wenig entgegenkamen, so war die weitere Ausbildung des Realschulwesens die natürliche Folge, obwohl die leitenden Kreise diesen Anstalten oft abgünstig genug gegenüberstanden und sie durch schwankende Behandlung eher schädigten als förderten. Erst der Kultusminister der neuen Ära in Preußen, Bethmann-Hollweg, gründete durch die Vorschriften von 1859 die Realschule I. Ordnung (Realgymnasium) als neunklassige Anstalt mit Latein, die demnach, wenn auch mit einem geringeren Maße von Berechtigungen ausgestattet, den humanistischen Gymnasien als Vorbereitungsschulen für technische Fächer und andre mehr praktische Berufe an die Seite trat. Neben ihnen stand die sechsklassige Realschule II. Ordnung mit fakultativem Latein und die lateinlose höhere Bürgerschule. Anstalten der beiden ersten Arten zählte man 1864 in Preußen erst 46 bezw. 16, neben 14 höheren Bürgerschulen. In Sachsen begnügte man sich noch mit sechsklassigen Realschulen, die 1860 ihr erstes Regulativ erhielten (1865 erst 7), in Bayern wurden 1864 vier Realgymnasien begründet. Alle diese Schulen blieben wesentlich Anstalten der Stadtgemeinden.

Volksschulen.

Die Volksschule stand in Deutschland längst auf einer viel höheren Stufe als irgendwo anderwärts, besonders seitdem der Staat durch Seminarien für eine gute Vorbildung der Lehrer sorgte (1859 in Sachsen 13). F. Stiehls Regulative vom Oktober 1854 hatten allerdings im Sinne der Reaktion die geistliche Aufsicht und den Religionsunterricht schärfer betont und der Seminarbildung die persönliche Freiheit stark beschnitten, um das „subjektive Meinen" abzuschneiden, aber im ganzen erfüllte doch die Elementarschule ihre bescheidene Aufgabe. Man zählte 1861 in Preußen an öffentlichen Elementarschulen 16 540 evangelische, 8082 katholische, 141 jüdische, an konzessionierten Privatschulen 1434 mit im ganzen über 35 000 Lehrern und fast drei Millionen Kindern, so daß nur 130 000 Schulpflichtige, meist in den halb polnisch-katholischen Gegenden, sich der Schule entzogen. In Sachsen gab es (1867) etwa 400 000 schulpflichtige Kinder und über 2000 öffentliche (ganz überwiegend evangelische) Volksschulen, in Bayern (1859) 4810 katholische, 2150 protestantische,

95. Wilhelm I., König von Preußen.
Nach dem Gemälde von Fr. Winterhalter lithographiert von Engelbach.
(Verlag von Alexander Duncker in Berlin.)

153 jüdische Schulen mit 946 000 Zöglingen und fast 9000 Lehrern, von denen gegen 300 katholische Ordensschwestern waren. Nirgends stand also das durchschnittliche Maß der Volksbildung so hoch wie in Deutschland.

Die Presse. Auch der Presse gebührt daran ein wesentlicher Anteil, nur daß sich die Tagespresse zu sehr in kleine Organe von nur örtlicher oder landschaftlicher Bedeutung zersplitterte und die Zahl der großen Blätter mit Selbständigkeit der Meinung und der Nachrichten sich auf sehr wenige, wie die „Augsburger Allgemeine Zeitung", die „Kölnische Zeitung", die (Berliner) „Nationalzeitung", die „Kreuzzeitung" u.s.f. beschränkte. Daneben stand eine Anzahl sehr weitverbreiteter und daher ziemlich einflußreicher, zum Teil illustrierter Wochen- und Monatsschriften, wie die (Leipziger) „Illustrierte Zeitung", die liberale „Gartenlaube", während der Reaktionszeit im Mittelstande eine Macht, das jüngere konservative „Daheim", die „Grenzboten", die „Preußischen Jahrbücher" und nicht zum wenigsten die beiden allverbreiteten Witzblätter, der politische Berliner „Kladderadatsch" und die ganz unpolitischen, aber das deutsche Leben vorzüglich charakterisierenden „Fliegenden Blätter" in München.

Und ein so hochgebildetes, großes Volk, von so gewaltigen geistigen und wirtschaftlichen Kräften, von solchem Reichtum an bedeutenden Persönlichkeiten entbehrte noch immer selbst jenes Maßes von politischer Einheit, das ihm die Sicherung seiner Kulturarbeit und der ihm gebührenden Stellung in der Welt verbürgte! Diese Einheit zu schaffen um jeden Preis war ebenso gut eine praktische Notwendigkeit wie eine sittliche Pflicht.

Die Anfänge König Wilhelms I. und der Konflikt in Preußen.

Prinz Wilhelm von Preußen. Die Männer, die dies unternahmen, konnten nur Preußen sein und also zunächst nur preußische Interessen verfolgen, denn die deutsche Einheit war nur möglich durch den engen Anschluß der übrigen deutschen Staaten an die in Preußen schon geeinte Hälfte der Nation. Wenn irgendwo der Satz gilt: Männer machen die Geschichte, so gilt er von diesen Jahrzehnten, da eine kleine Schar willensstarker und klarblickender Männer die halbwiderstrebende Nation die steilen Bahnen zu Macht und Einheit führte. An ihrer Spitze stand König Wilhelm von Preußen, denn ein Monarch und monarchische Minister mußten es nach der Eigenart der deutschen Geschichte sein, nicht Parlamentarier und Volksredner.

Prinz Wilhelm von Preußen (geb. 22. März 1797) schien zu einer solchen Rolle viel weniger bestimmt zu sein als mancher andre. Denn als der zweite Sohn seiner Eltern konnte er nur erwarten, dereinst der vornehmste Unterthan seines Bruders und der erste Soldat Preußens zu sein. Bescheiden fügte er sich in diese Stellung; mit dem nüchternen, ernsten, pflichttreuen Sinne des Vaters fand er sich nach den erschütternden und erhebenden Erfahrungen der napoleonischen Zeit, die ihm nach Hohenzollernbrauche die Epauletten des Offiziers, 1814 die Feuertaufe bei Bar-sur-Aube und das Eiserne Kreuz brachte, in das Einerlei des militärischen Dienstes in einer langen, schwunglosen Friedenszeit und stieg allmählich (1854) bis zum Generaloberſten empor, wobei er in all den wechselnden Stellungen die gleiche musterhafte Sorgfalt bewährte und eine Kenntnis der Armee sich erwarb, wie kein zweiter. Da die Ehe des Kronprinzen Friedrich Wilhelm (IV.) kinderlos blieb, so opferte er nach schwerem Kampfe, dem Willen seines Vaters sich unterwerfend, seine Herzensneigung zur Prinzessin Elisabeth Radziwill seiner fürstlichen Pflicht und vermählte sich am 11. Juni 1829 in ebenbürtiger Ehe mit Augusta von Sachsen-Weimar, der Enkelin Karl Augusts, in deren Jugend noch die letzten Strahlen des Goetheschen Zeitalters gefallen waren. Am 18. Oktober 1831 wurde ihm der ersehnte Thronerbe Friedrich Wilhelm geboren. Von dem geistvollen, aber phantastisch-doktrinären Bruder ganz verschieden, weniger vielseitig begabt, als dieser, aber ein gründlicher Sachkenner in seinem militärischen Berufe, von natürlichem Scharfblicke für die Dinge und einer fast irrtumslosen Menschenkenntnis, allen Phantasien abhold, fest stehend auf dem Boden des preußischen Staats und des preußischen Königtums, so trat er nach der Thronbesteigung des Bruders zuweilen schon bedeutend hervor. Er folgte nur widerstrebend der Umwandlung Preußens in einen konstitutionellen Staat, die der Vereinigte Landtag vorbereitete, mißbilligte aufs entschiedenste die schwächliche Haltung des Königs gegenüber der Märzrevolution, so daß er dem blinden Volkshasse verfiel, sogar nach England flüchten mußte, und schlug dann mit fester Hand den badischen Aufruhr zu Boden. Für die deutsche Einheitsbewegung hegte er unverhohlen Sympathien, obwohl er ihre Schwäche, den Traum von der Volkssouveränität, sofort durchschaute, und er zog sich als Generalgouverneur von Rheinland und Westfalen vom Hofe auf Jahre nach Koblenz zurück, als eine kläglich hin- und herschwankende Politik Preußen von

96. Maximilian, Graf von Schwerin-Putzar, preußischer Minister des Innern.
Nach der Zeichnung von T. Hellwig lithographiert von Beck.

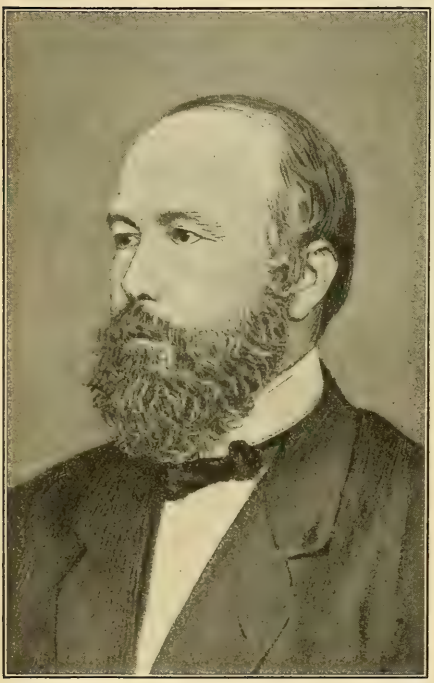
einer Demütigung zur andern geführt hatte. Dort in kleinem Kreise (Albrecht von Roon, G. von Alvensleben u. a.) sind zuerst jene Gedanken entsprungen, deren Verwirklichung die preußische Armee zum schneidigen Werkzeuge einer kühnen Politik umschuf. Trotzdem blieb das persönliche Verhältnis zum König ganz ungestört.

So war es ein ganzer Mann, der fast an der Schwelle des Greisenalters, in Jahren, wo die Mehrzahl der Menschen an die Ruhe denkt, mit fester Hand das Steuer des preußischen Staatsschiffs ergriff, ein Soldat durch und durch, ein stolzer Preuße, ein König vom Scheitel bis zur Sohle, voll hohen Selbstgefühls, tiefen Pflichtbewußtseins und ehrlicher Frömmigkeit, dabei mild, gütig und treu, eine Persönlichkeit ganz eigenartiger, harmonischer Prägung.

Die „neue Ära".

Nur wenig Tage, nachdem der Prinz von Preußen die verantwortliche Regentschaft übernommen, entließ er das Ministerium Manteuffel. Mit freudiger Erwartung begrüßte das preußische Volk in seiner großen Mehrheit die Namen der neuen Minister. Der Finanzminister von Patow und der Minister des Auswärtigen von Schleinitz galten von ihrer früheren Amtsführung her für gemäßigt liberal; der Kriegsminister

von Bonin war als Gegner des russischen Bündnisses bekannt; auch der Minister des Innern von Flottwell, der Kultusminister von Bethmann-Hollweg und Graf Pückler, der landwirtschaftliche Minister, näherten sich einigermaßen den Liberalen. Den Vorsitz führte der Fürst Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, der sein Land 1849 an Preußen abgetreten hatte und jetzt durch seinen Namen dem neuen Ministerium besondern Glanz nach außen lieh. Nur der Justizminister Simons und der Handelsminister von der Heydt waren aus dem früheren konservativen Kabinett herübergenommen; dafür aber gab Rudolf von Auerswald, der 1848 Ministerpräsident gewesen war, ein Jugendfreund des Prinzregenten, als Minister ohne Portefeuille dem neuen Kabinett eine um so entschiedener liberale Färbung.



97. Rudolf von Bennigsen (um 1860).
Nach einer Photographie.

In einer Ansprache an das neue Ministerium am 8. November 1858 legte der Prinzregent sein Regierungsprogramm dar, einfach, sachlich, alle Gebiete des Staatslebens mit offenem Auge musternd. Allenthalben in Berlin drängten sich die Leute vor den Buchhandlungen, das Blatt zu kaufen, oder lasen es, auf der Straße stehenbleibend oder vor aufmerksam lauschenden Gruppen; eine freudige Bewegung ging durch die ganze Stadt. Denn der Prinzregent sprach darin die Hoffnung aus, daß Preußen durch eine weise Gesetzgebung im Innern, durch Wahrhaftigkeit in allen Regierungshandlungen, durch Kampf gegen Heuchelei und Scheinheiligkeit, durch die Pflege der Einigungselemente „moralische Eroberungen“ in Deutschland machen werde. Aber nicht minder bestimmt sprach der Prinz bereits von der Entwickelung der Armee. Wie ein frischer Hauch ging es durch Deutschland. König Maximilian von Bayern entließ das reaktionäre Ministerium von der Pfordten (s. S. 111), und die Nationalgesinnten in ganz Deutschland erwarteten von der „neuen Ära“ in Preußen nachdrückliche Förderung ihrer Einheitsbestrebungen.

Konservative Opposition.

Doch in Preußen selbst hatte das neue Ministerium mit großen Schwierigkeiten zu ringen. Zwar die Wahlen zum Abgeordnetenhause 1859 gaben den Liberalen und damit dem Ministerium eine starke Mehrheit, die, nachdem der Präsident des Hauses, Graf Schwerin, 1848 Märzminister, an Flottwells Stelle in das neue Ministerium berufen war, nur um so williger folgte. Doch das Herrenhaus und eine große Zahl höherer Beamten machten mit der alten Kreuzzeitungspartei Front gegen die „neue Ära“. Denn das Ministerium Manteuffel hatte dafür Sorge getragen, daß zumal die höheren Verwaltungsstellen nur mit Männern seiner politischen Richtung besetzt waren, und das neue Ministerium scheute sich, sofort einen Wandel eintreten zu lassen. So wurde im Lande nicht selten in kaum verhülltem Gegensatze zu der Meinung der Minister weiter regiert. Dazu trat das Herrenhaus bald in offenen Gegensatz zu dem neuen Ministerium.

Der Nationalverein und die Schillerfeier.

So entbehrte das Ministerium Hohenzollern trotz wohlmeinendster Absichten doch der rechten Entschiedenheit und infolgedessen im Volke wie bei dessen Vertretern mehr und mehr des vollen Vertrauens. Nicht viel glücklicher war das Ministerium zunächst

in der auswärtigen Politik. Zwar die entschlossene Haltung Preußens während des italienischen Krieges von 1859 hatte an sich die Selbständigkeit des Staates wesentlich gehoben, aber die öffentliche Meinung außerhalb Preußens stellte sich doch entschieden auf die Seite des „im Stiche gelassenen" Österreichs, und eine Flut von Schmähungen ergoß sich auf Preußen. Nur das Gute hatte die Erregung, daß endlich das deutsche Nationalgefühl wieder erwachte. Dies benutzten die Liberalen. In Hannover versammelte Rudolf von Bennigsen, das Haupt der Opposition in der hannöverschen Kammer, am 19. Juli 1859 die Liberalen Hannovers zu einer beratenden Versammlung, während zugleich die norddeutschen Radikalen auf einer Versammlung in Eisenach den Versuch machten, die nationale Bewegung unter ihre Führung zu bringen. Aus der Vereinigung beider Richtungen bildete sich am 15. und 16. September in Frankfurt der Nationalverein mit dem Ziele, die militärische und diplomatische Einigung unter Preußens Führung herbeizuführen, obwohl er es nicht wagte, dies offen auszusprechen, denn die preußenfeindliche Stimmung, namentlich im Süden, schien so ängstliche Rücksicht zu gebieten. Wie es stand, zeigte die allerorten mit Begeisterung begangene Schillerfeier am 10. November 1859, denn so hell daraus der nationale Gedanke hervorleuchtete, so war dies große unglückliche Volk doch im Grunde noch nicht weiter gekommen, als bis zum Gefühl seiner geistigen Einheit, und nur allzuwahr sagte ein Festgedicht in diesen Tagen:

„Ein hoher Name einet im Süden und im Norden,
Die sonst im bittern Hader entzweit sich fremd geworden;
Vor einem Bilde senken sich friedlich alle Fahnen,
Die sonst im Winde flattern auf weit getrennten Bahnen."

Bei Sang und Gläserklang war man leidlich einig, aber die praktischen Einheitsbestrebungen wollten nicht von der Stelle. Dem Nationalverein bot der allzeit gut deutsch gesinnte, obwohl in seinen Zielen schwankende und unklare Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, dem man in fürstlichen Kreisen etwas mißtrauisch gegenüberstand, in liberal-bürgerlichen viele Sympathie entgegenbrachte, für seinen stehenden Ausschuß Koburg als Sitz an, in Preußen wurde der Verein zugelassen, in Mecklenburg und beiden Hessen verboten, in Sachsen, Bayern, Württemberg und Hannover mit äußerstem Mißtrauen verfolgt. Denn an allen diesen Höfen war seit der „neuen Ära" die lebhafteste Befürchtung vor einer Wiederaufnahme preußischer Hegemoniebestrebungen erwacht, und der hannöversche Ministerpräsident von Borries stand sogar nicht an, am 1. Mai 1860 dem Landtage zu erklären, ehe die Mittelstaaten ihre Hoheitsrechte aufgäben, würden sie wieder die Hilfe des Auslandes anrufen, wofür er zum allgemeinen Ärgernis von seinem König mit dem Grafentitel belohnt wurde. Auch auf preußischer Seite wußte man diese Stimmung in den Mittelstaaten wohl zu würdigen; sie seien alle Rheinbündner, meinte Bismarck, und würden sich nicht einen Augenblick besinnen, im Falle einer Niederlage gegen Frankreich zu denken wie König Wilhelm von Württemberg: das Hemd ist mir näher als der Rock.

Mittelstaatliche Bundesreformpläne.

Über solche Gegensätze konnten nicht Worte hinweghelfen, sondern nur Thaten. Eine Reihe von Bemühungen um „Bundesreform" begann, denn daß die Bundesverfassung unbrauchbar sei, leugnete im Grunde niemand. Nur meinten die Mittelstaaten ihre Selbständigkeit mit einer Reform derart in der Weise vereinigen zu können, daß sie selber neben den beiden Großmächten eine dritte Gruppe bildeten. Diese „Triasidee" wurde besonders in Dresden, München, Darmstadt mit einem gewissen Eifer ergriffen. Schon im September 1859 verständigten sich die leitenden Minister dieser Staaten (v. Beust, v. der Pfordten, v. Dalwigk) in München, im November desselben Jahres in Würzburg über gemeinsame Anträge auf Reform der Bundeskriegsverfassung, des Maß- und Münzwesens und dergleichen. Aber Preußen beantwortete dies sofort mit dem Antrage, die norddeutschen Kontingente einfach an Preußen, die süddeutschen an Österreich anzuschließen, und ehe die Mittelstaaten sich eine Hegemonie dieser Art gefallen ließen, lehnten sie lieber alles ab, und versuchten sich wieder untereinander zu verständigen, was die Quadratur des Zirkels suchen hieß.

Dagegen schlug Preußen den erprobten Weg der Zollvereinsverhandlungen ein, der Sonderverträge mit den Einzelstaaten, und schloß 1861 und 1862 Militärkonventionen mit Koburg-Gotha, Lippe und Waldeck, durch die diese kleinen Kontingente nach preußischer Weise umgestaltet und der preußischen Armee einfach angefügt wurden.

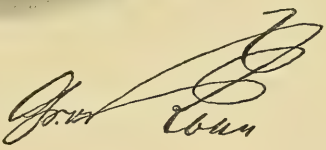
Auswärtige Politik Preußens.

Nach außen hin erschien der Prinzregent Wilhelm schon als das Haupt des deutschen Fürstenstandes, als er um Mitte Juni 1860 in Baden-Baden, umgeben von den Königen von Sachsen, Hannover, Bayern und Württemberg, dem Großherzog von Baden u. a. m., Kaiser Napoleon III. begrüßte, der gekommen war, um das tiefe Mißtrauen in Deutschland zu beschwichtigen. Aber seine Anträge auf Anerkennung der französischen Schutzherrschaft über Belgien gegen eine Regelung der schleswig-holsteinischen Frage im deutschen Sinne lehnte Prinz Wilhelm rundweg ab. Kurz danach machte der Prinz bei einer Zusammenkunft mit Kaiser Franz Joseph in Teplitz (25—27. Juli) eine preußische Garantie für Venetien abhängig von Zugeständnissen in Deutschland. In Rußland aber wußte Bismarck, seit April 1859 preußischer Botschafter in Petersburg, den Kaiser Alexander II. durch geschickte Benutzung des nahen verwandtschaftlichen Verhältnisses zum preußischen Hofe und der Dankbarkeit des Zaren für die Haltung Preußens im Krimkriege (s. S. 61 ff.) auf eine große Wendung in der deutschen Politik vorzubereiten und ihn für Preußen günstig zu stimmen. Die Zusammenkunft des Prinzregenten mit dem Zaren und Kaiser Franz Joseph am 21. und 22. Oktober 1860 in Warschau milderte wirklich die Spannung zwischen Preußen und Österreich auf der einen, zwischen Rußland und Österreich auf der andern Seite. Damals lernte auch der Fürst von Hohenzollern Bismarcks gewaltigen Geist und seine Pläne kennen. Diesem standen sie bereits ganz fest. Kurz nachher riet er in einer Denkschrift für seinen Landesherrn, an den Zollverein anzuknüpfen, daran gemeinsame Einrichtungen im Heerwesen und in der Gesetzgebung zu schließen und ein „Zollparlament" zu berufen, am Bundestage aber möglichst bald mit der Erklärung hervorzutreten, die gegenwärtige Bundesverfassung genüge nicht den nationalen Bedürfnissen. Es war das Programm seiner künftigen Politik, und wenn auch seine Regierung damals noch nicht darauf einging, so hatte doch Preußen jetzt nach allen Seiten hin eine feste Stellung genommen.

Mängel des preußischen Heerwesens.

Doch um solche Pläne zu verfolgen, bedurfte es vor allem einer starken, wirklich kriegstüchtigen Armee. Seit den Befreiungskriegen, gesetzlich seit dem 3. September 1814, galt in Preußen die allgemeine Wehrpflicht. Da nun aber seitdem die Bevölkerung um 78 Prozent gewachsen, der Regimenterbestand aber nahezu derselbe geblieben war, so blieb bei jeder Rekrutenaushebung mehr als der dritte Teil der dienstpflichtigen jungen Leute von der Einstellung in die Regimenter aus Mangel an Raum ausgeschlossen. Das war eine offenbare Ungerechtigkeit, die um so drückender empfunden wurde, als diejenigen, die sich nicht frei losten, nicht nur drei Jahre bei der Fahne zu dienen hatten, sondern auch als Landwehrleute noch bis zum vierzigsten Jahre dienstpflichtig blieben und bei jeder Mobilmachung aus ihren Familien und ihrem Gewerbe gerissen wurden, während die Erhaltung ihrer Frauen und Kinder den Gemeinden zur Last fiel (bei der Mobilisierung von 1859 im Bereiche von fünf Armeekorps über 55 000 Familien), während viel jüngere Leute gar nicht dienten. Eine mildernde Ausgleichung war seit 1831 durch die versuchsweise Herabsetzung der Dienstzeit auf zwei Jahre versucht worden, um dementsprechend eine größere Zahl von Rekruten einstellen zu können. Ein sehr bedenkliches Auskunftsmittel; denn die höhere Ausbildung der Waffen und der Gefechtsweise verlangte vielmehr eine um so sorgfältigere und festere Durchbildung des einzelnen Soldaten nicht für den Paradeplatz, sondern für das Schlachtfeld, wo der einzelne oft in sich die rechte Entscheidung zu finden hat. Daher eben stand die Landwehr, die sich in den Befreiungskriegen mit wohlverdientem Ruhm bedeckt hatte, jetzt nicht mehr auf der Höhe der Brauchbarkeit, während sie doch in der Front neben der Linie verwendet werden mußte. Überdies standen die Landwehrbataillone nur auf dem Papier. Es war darauf gerechnet, daß sie bei Mobilmachungen während der Marschwochen weiter exerziert und zu festem militärischen Halt in sich gebracht würden. Diese Möglichkeit fiel durch die Eisenbahnbeförderung

98. Albrecht von Roon.
Nach einer Lithographie (1860).



weg, denn diese machte es nötig, im Kriegsfalle dem Feinde sofort mit voller Wucht entgegenzutreten. Kaum einberufen, in militärische Disziplin noch nicht wieder eingewöhnt, mit ihren Offizieren unbekannt, mußte also die Landwehr dem Feinde gegenüber gestellt werden. Kein Wunder, daß sie, alte Leute von jungen Gelegenheitsoffizieren angeführt — während die Linie aus jungen Leuten und alten Berufsoffizieren bestand — in den Gefechten bei Xions in Posen und bei Waghäusel in Baden sich nicht bewährt hatte. Und doch beruhte die Stellung, ja die Sicherheit Preußens, das allein von allen Großmächten an drei große Militärmächte unmittelbar angrenzte, auf der Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit seiner Armee. Das mangelnde Vertrauen zu dem Heere, das sich aus den Feldzügen von 1848 und 1849 ergeben, hatte schließlich zu der Demütigung von Olmütz geführt, und schwere Übelstände hatten die Mobilisierungen von 1850 und 1859 wieder und wieder ergeben.

Die Heeresreform und Roon.

Durchdrungen von der Überzeugung, daß die preußische Armee reorganisiert werden müsse, um Preußen zu der verlorenen Höhe wieder zu erheben, hatte der Prinz von Preußen schon in Koblenz den Entwurf einer Reorganisation ins Auge gefaßt, und im Juni 1858, noch vor der formellen Übernahme der Regentschaft, einen der fähigsten Offiziere jenes Koblenzer Kreises, den Generalmajor Albrecht von Roon, mit der Ausarbeitung einer ausführlichen Denkschrift darüber beauftragt, die dieser im Seebad

Kolberg niederschrieb. Dann saß er selbst Tag für Tag in seinem Arbeitszimmer, bis ins einzelne alles ausarbeitend und in einer ausführlichen Schrift die Gründe darlegend. Endlich befahl er nach den üblen Erfahrungen des Jahres 1859 im Oktober desselben Jahres eine Reorganisationskommission zur Beratung dieses Entwurfs zu bilden, entließ seinen bisherigen Kriegsminister Bonin und berief am 5. Dezember den Generalleutnant von Roon zu seinem Nachfolger, den rechten Mann an die rechte Stelle

Albrecht von Roon stammte aus einer ursprünglich niederländischen Familie, die um 1560 vor der spanischen Tyrannei nach Deutschland geflüchtet und in Preußen erst seit 1765 heimisch war. Erst 1799 hatte Heinrich von Roon, der erste Offizier aus dieser Familie, in dritter Ehe mit Ulrike von Borke vermählt, die kleine Herrschaft Pleushagen bei Kolberg gekauft. Hier, unweit des Strandes der Ostsee, wurde Albrecht von Roon am 30. April 1803 geboren und verlebte seine erste Jugend in einsamer Gegend, in kümmerlichen Verhältnissen und ohne rechte Liebe zu finden. Nach dem Tode des längst gelähmten Vaters kam er 1812 nach Stettin in das Haus seiner Großmutter, Frau von Borke, einer tapferen, patriotischen Dame, und erlebte hier die großen Jahre 1812 und 1813. Da sie schon 1813 starb und die Mutter schwachsinnig geworden war, so stand der Knabe fast allein in der Welt und mußte seine Heimat erst im Hause einer Großtante, dann in der Kadettenanstalt (in Kulm und Berlin) finden, in die er 1816 eintrat. Mit vortrefflichen Zeugnissen wurde er 1821 Offizier, erwarb sich seit 1824 auf der Kriegsschule in Berlin eine vorzügliche wissenschaftliche Bildung, namentlich als begeisterter Schüler Karl Ritters, und wirkte dann seit 1828 teils als Lehrer am Berliner Kadettenhause teils im topographischen Büreau des großen Generalstabs. In dieser Zeit schloß er die glücklichste Ehe mit Anna Rogge, einer schlesischen Pfarrerstochter (1836). Mit dem Königshause trat er zuerst als Erzieher des Prinzen Friedrich Karl in Verbindung (1846), den er auf die Universität Bonn und längeren Reisen nach dem Süden begleitete und dessen Vertrauen er fürs ganze Leben gewann. Tief erschütterte ihn die Märzrevolution, aber auf dem Feldzuge in der Pfalz 1849 trat er als Generalstabschef des VIII. Armeekorps zuerst in persönliche Beziehungen zu Prinz Wilhelm, und setzte diese nicht nur in Koblenz fort, sondern auch noch nachdem er 1851 in den Frontdienst erst als Oberst, dann als Generalmajor zurückgekehrt war.

Roon war wie Prinz Wilhelm Soldat und Preuße durch und durch, streng monarchisch, von schlichter Frömmigkeit, von strengstem Pflichtgefühl, jeder Schmeichelei und jeder ehrgeizigen Verlockung schlechtweg unzugänglich, überhaupt äußerlich fast schroff, aber von tiefer Empfindung und herzlichem Wohlwollen, dabei ein Mann, der gründliche militärische Sachkenntnis mit einer vortrefflichen wissenschaftlichen Bildung verband. Eine eigentlich geniale Anlage ging ihm ab und zum Staatsmann fehlte ihm manches, aber dieser stramme Soldat, der straff aufgerichtet, die linke Hand am Degengriff, aus hellen, scharfen Augen geradausschend, mit tiefdröhnender Stimme zunächst etwas ungelenk sprach, entwickelte sich bald zu einem Redner von eigentümlich zwingender Kraft der Logik und zu einem schlagfertigen Fechter in der Debatte. Zu seinen Kollegen im Ministerium hatte er keine inneren Beziehungen, denn er stand durchaus auf monarchisch-konstitutionellem Boden, sie aber betrachteten sich nach englischer Weise mehr als Vertreter der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses wie als Vorkämpfer der Krone, was sie doch nach der preußischen Verfassung waren, und verfochten daher die Heeresreorganisation von Anfang an nicht mit dem vollen Nachdruck.

Der Entwurf zur Heeresreform.

Am 10. Februar 1860 brachte Roon den Entwurf an das Abgeordnetenhaus. Danach sollte die preußische Armee um 117 Bataillone und 72 Schwadronen verstärkt und damit auf 81 Regimenter Infanterie, 10 Bataillone Jäger und 56 Regimenter Kavallerie gebracht werden. Dadurch konnte die allgemeine Wehrpflicht wieder zu einer Wahrheit gemacht, die gesamte Dienstzeit von 20 auf 12 Jahre (drei Jahre bei der Linie, vier bei der Reserve, fünf bei der Landwehr) herabgesetzt und die Landwehr auf den Dienst im Lande beschränkt werden, während für den Kriegsfall eine Feldarmee von 400 000 Mann (Linie und Reserve) zur sofortigen Verwendung stand. Als unerläßlich vorausgesetzt war dabei die Durchführung der vollen dreijährigen aktiven Dienstzeit. Die Mehrkosten beliefen sich jährlich auf $28\frac{1}{2}$ Mill. Mark. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses aber, beherrscht von der Vorliebe für ein „Volksheer" mit kurzer Dienstzeit und von der populären Legende von den Wunderthaten der Landwehr 1813, verwarf die Vorlage in der geplanten Form, und die Regierung begnügte sich mit der einmaligen Bewilligung der geforderten Summe auf ein Jahr für die

Erhaltung einer „verlängerten Kriegsbereitschaft“ (27. Juni) und beging nun den Fehler, auf diese einmalige Bewilligung eine dauernde Einrichtung zu gründen, indem sie die neuen Regimenter planmäßig bildete.

Alsbald traten die Folgen zu Tage. Die öffentliche Meinung sah die Erwartungen, die sie auf die „neue Ära“ gesetzt hatte, nicht erfüllt; sie war jetzt auch verstimmt über die unklare und unsichere Haltung der Liberalen im Abgeordnetenhause, und überdies der Reorganisationsvorlage abgeneigt, da sie darin eine schwere Mehrbelastung und eine außerordentliche Stärkung einer Regierung sah, der sie nicht mehr rechtes Vertrauen schenkte.

Thronbesteigung König Wilhelms I.

Inzwischen erlosch am 2. Januar 1861 in Sanssouci das nur noch schwach flackernde Leben Friedrich Wilhelms IV., und König Wilhelm I. bestieg den Thron (1861—88). Sehr bestimmt hob er in seiner Proklamation „An mein Volk“ vom 7. Januar die Notwendigkeit der Heeresreorganisation hervor. Zugleich verlieh er am 18. Januar, am Krönungsfeste, den neuen Regimentern ihre Fahnen und schloß damit die Reorganisation ab. Aber das alles machte wenig Eindruck. Der König war keineswegs populär, man konnte ihm seine der Märzrevolution allerdings sehr feindliche Haltung nicht vergessen und verunglimpfte den menschenfreundlichsten Monarchen als den „Kartätschenprinzen“, als ob er den ersten Zusammenstoß und das Blutvergießen am 18. März verschuldet habe. Daher bewilligte das Abgeordnetenhaus am 31. Mai 1861 die Kosten der neuen Organisation wieder nur auf ein Jahr, ohne sich zu sagen, daß sie einen dauernden Charakter trage und gar nicht mehr rückgängig zu machen sei. Um die Kosten aufzubringen und die Lasten gerechter zu verteilen, wurde zugleich die Grundsteuer in der Weise umgestaltet, daß die alte, aber durch die Aufhebung der Patrimonialgerichte (s. S. 105) sinnlos gewordene Befreiung der Rittergüter aufhörte, und die Zustimmung des widerstrebenden Herrenhauses durch Ernennung von 18 neuen Mitgliedern (Pairsschub) erzwungen.

Die Fortschrittspartei und die Königskrönung.

Trotz dieser doch sehr liberalen Reform traten die alten radikalen Demokraten am 9. Juni als Fortschrittspartei mit einem Aufruf hervor, der die Erhaltung der alten Landwehr und der zweijährigen Dienstzeit, sowie „Sparsamkeit“ in den Heeresausgaben als ihre Ziele bezeichnete, und in der allgemeinen Verstimmung allgemeinen Anklang fand. Auch den außerpreußischen Deutschen teilte sich diese Stimmung mit, und ein deutsch-russischer Student, Oskar Becker aus Odessa, schoß am 14. Juli in Baden-Baden auf König Wilhelm, weil er „der Einheit Deutschlands im Wege stehe“. Die prachtvolle Königskrönung in Königsberg am 18. Oktober 1861, die das Königtum von Gottes Gnaden sehr entschieden betonte, wirkte in dieser Lage geradezu aufreizend, und am 5. Dezember ging aus den Neuwahlen die Fortschrittspartei als Siegerin hervor. Der „Konflikt“ war da.

Der Ministerwechsel und der Konflikt.

Schon im März 1862 sahen sich die liberalen Minister, der Situation nicht mehr Meister und, ohne das volle Vertrauen des Königs, gedrängt, ihre Entlassung zu nehmen. Das indirekte Mißtrauensvotum, welches das Abgeordnetenhaus in der Annahme des Antrages Hagen auf nachträgliche Spezialisierung der Etatspositionen ihnen erteilte, gab den Ausschlag. Aber der König, weit entfernt, von den Bänken der Linken seinen Kronrat zu wählen, beauftragte vielmehr den Präsidenten des Herrenhauses, den Fürsten von Hohenlohe-Ingelfingen, mit der Neubildung des Kabinetts.

Demnach waren es durchaus konservative Männer, aus denen sich das Ministerium Hohenlohe zusammensetzte: von Jagow für das Innere, Graf zur Lippe für die Justiz, von Mühler für den Kultus, Graf Itzenplitz für die Landwirtschaft. Aus dem früheren Kabinett übernahm der bisherige Handelsminister von der Heydt jetzt die Finanzen; die früheren Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Krieges, Graf Bernstorff, der 1861 an Schleinitz' Stelle getreten war, und General von Roon behielten ihre Portefeuilles. Die neue Ära des Liberalismus war zu Ende — durch die Liberalen selbst. „Wenn die Liberalen jetzt klug sind“, hatte der frühere Ministerpräsident Otto von Manteuffel einmal bemerkt, „gehört ihnen die Zukunft.“ Sie waren nicht klug gewesen, und die Zukunft gehörte ihnen nicht. Als der König das Ab-

geordnetenhaus am 11. März auflöste, gewann die Fortschrittspartei bei der Neuwahl am 6. Mai noch mehr Sitze als bisher, und zwar fast alle auf Kosten der alten Liberalen. Damit war denn der Gegensatz zwischen Volksvertretung und Ministerium auf das schärfste markiert. Die Bewilligung der Kosten für die Armeereorganisation wurde von der Kammer am 23. September mit 308 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Bismarck Ministerpräsident.

Unter diesen Umständen hatten sich, schon als die Ablehnung der Militärvorlage außer Zweifel stand, der Fürst Hohenlohe, von der Heydt und von Jagow für den Rücktritt aus dem Ministerium entschieden. An ihre Stelle traten als Finanzminister von Bodelschwingh, als Minister des Innern Graf Eulenburg, der erst unlängst aus Ostasien nach Abschluß der Handelsverträge mit Japan und China (s. S. 98 und 100) zurückgekehrt war. Am 24. September brachte der „Staatsanzeiger" die Kabinettsordre, daß der König den Fürsten Hohenlohe vom Vorsitz im Staatsministerium entbunden und an seiner Stelle den Wirklichen Geheimen Rat Otto von Bismarck-Schönhausen zum Staatsminister ernannt und ihm den interimistischen Vorsitz des Staatsministeriums übertragen habe. Eine Laufbahn von unvergleichlichen Erfolgen begann.

Bismarcks Berufung war in erster Linie Roons Verdienst. Schon 1859 war davon die Rede gewesen, ihn zu berufen, damals aber hatte der Prinzregent geäußert: „Den? Der würde alles auf den Kopf stellen", und noch später hatte er gesagt: „Der steht mir wider den Mann!" Doch war Bismarck im Mai 1862 zum Botschafter in Paris ernannt worden, schwerlich auf lange Zeit, und hatte somit Gelegenheit gehabt, die eigenartigen Verhältnisse auch dieses Nachbarstaates kennen zu lernen. Endlich hatte Roon in der immer schwieriger werdenden Lage seine Berufung durchgesetzt. Am 15. September erhielt Bismarck in Toulouse auf einer Erholungsreise die Depesche, die ihn zur sofortigen Heimkehr aufforderte („Periculum in mora. Dépêchez-vous"). Am Morgen des 20. September langte er über Paris und Frankfurt in Berlin an, am 22. meldete er sich beim König auf Schloß Babelsberg und hatte mit ihm allein im Park die entscheidende Unterredung. Der Monarch war tief niedergeschlagen und erklärte ihm rund heraus, wenn er sich auch mit ihm nicht verständige, werde er abdanken; er zeigte ihm den fertigen Entwurf einer derartigen Erklärung. „Dahin darf es in Preußen niemals kommen", bemerkte Bismarck fest und erklärte sich dann bereit, die Leitung zu übernehmen ohne Budget, ohne die Heeresreorganisation aufzugeben, ohne Programm. „Dann sind Sie mein Mann", sagte der König, ihr Bund fürs Leben war geschlossen. Am 23. September, nachmittags 5 Uhr, erhielt der neue Minister auf Babelsberg seine Ernennung; am 24. präsidierte er zum erstenmal der Sitzung des Staatsministeriums.

Der Gegensatz.

Bismarck trat in eine schon längst ohne seine Schuld völlig verfahrene Lage ein. Die frühere Regierung hatte den Fehler begangen, nicht von Anfang an mit vollem Nachdruck zu betonen, daß es sich um eine dauernde Einrichtung handle, für die eine einmalige Bewilligung unmöglich genüge; die Mehrheit des Abgeordnetenhauses aber hatte die Notwendigkeit der Reform verkannt, weil sie dieser Regierung eine kräftige Politik nicht zutraute und weil sie eine kriegerische Politik überhaupt nicht wollte, also den schweren Ernst der Lage, der doch keineswegs so sehr verborgen lag, nicht erkannte oder nicht erkennen wollte. Denn für die großen Fragen der auswärtigen Politik hat der deutsche Liberalismus fast niemals ein Verständnis gehabt. Wenn die Liberalen noch jetzt, nachdem die Reorganisation längst durchgeführt war, die keineswegs unerschwinglichen Heeresabgaben verweigerten, so verlangten sie in doktrinärer Rechthaberei nichts Geringeres, als die Unterwerfung der Krone unter die Mehrheitsbeschlüsse des Abgeordnetenhauses, nicht einmal der gesamten Volksvertretung, also etwas, was mit dem Geiste wie mit dem Buchstaben der preußischen Verfassung ebenso im Widerspruch stand, wie mit der überlieferten Macht der preußischen Krone. Thatsächlich stritt diese für die Verfassung, das Abgeordnetenhaus wollte sie im Sinne des in Deutschland nirgends zu Recht bestehenden englischen Parlamentarismus umbilden, im Widerspruch mit der ganzen Entwickelung Preußens, das durch sein Königtum geschaffen worden war, nicht durch sein junges Parlament. Es war eine Lage, sehr ähnlich der in England unter Karl I. (s. Bd. VI, S. 437), und gelegentlich haben auch König Wilhelm und Bismarck daran gedacht; nur war der Unterschied der, daß in Preußen der Geist des Staatslebens für die Krone sprach, in England nicht. In beiden Fällen konnte der Konflikt nur gelöst werden durch einen Ausgleich oder durch Gewalt.

99. **Ministerpräsident Otto von Bismarck-Schönhausen.**
Gezeichnet nach einer Photographie von 1863.

Bismarcks erste Erklärungen.

Der neue Ministerpräsident faßte die Lage mit voller Klarheit und fester Entschlossenheit ins Auge. Ein Schrei der Wut in der ganzen Presse hatte diesen Junker begrüßt. „Bismarck ist der Staatsstreich", hieß es überall. Er dachte nicht daran, aber über seine Auffassung ließ er keinen Augenblick in Zweifel, und seine Pläne deutete er verständlich genug an. In der ersten Sitzung des Budgetausschusses am 30. September erklärte er offen, daß dem Abgeordnetenhause keineswegs das Recht zustehe, allein das Budget anzunehmen oder zu verwerfen; jedes Gesetz über den Staatshaushalt komme durch Vereinbarung zwischen Krone, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus zustande. Komme es nicht dazu, so habe die Regierung ein Notrecht, die Verwaltung auch ohne ein solches fortzuführen, denn diese dürfe und könne keinen Augenblick stillstehen. Über die Gründe zur Heeresreform sagte er dabei die bekannten Worte: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Irrtum von 1848/49 gewesen — sondern durch Blut und Eisen". Aber alles, was er sagte, reizte durch den vornehm überlegenen Ton und die nun einmal gründlich unpopuläre Persönlichkeit des Redners nur noch mehr; von einer „Blut- und Eisenpolitik" wollte man nichts hören, und so bezeichnete das Haus am 7. Oktober die Forterhebung nicht bewilligter Abgaben als verfassungswidrig, das Herrenhaus aber verwarf am 11. Oktober das Budget in der Form der Zweiten Kammer, und am 13. Oktober wurde der Landtag geschlossen, ohne daß das Haushaltsgesetz zustande gekommen war. Eine ungeheure Aufregung, eine im Grunde völlig sinnlose Erbitterung ging durch das ganze Land, ja durch ganz Deutschland. Man meinte, die Verfassung sei gefährdet, ein Staatsstreich stehe bevor. Anderseits bezeugten Loyalitätsdeputationen die unerschütterte Anhänglichkeit weiter Volkskreise, denn hinter dem Abgeordnetenhause stand nur das städtische Bürgertum, nicht das ganze Volk. Dem König griff der Zwist ans Herz; „ich schlafe keine einzige Nacht", sagte er einmal dem greisen Beckerath.

Höchste Steigerung des Konflikts.

Mit dem Beginn der neuen Tagung am 14. Januar 1863 erreichte der Konflikt seinen höchsten Grad. Der König wies die Adresse des Abgeordnetenhauses, die das Ministerium geradezu der Verfassungsverletzung beschuldigte, zurück, im Abgeordnetenhaus bezeichnete der greise Demokrat Waldeck die polnische Konvention mit Rußland (s. S. 177), ohne eine Ahnung von den großen Zusammenhängen, als einen „Schergendienst" für Rußland, eine Schande für Preußen, und selbst die fünfzigjährige Erinnerungsfeier an den 17. März 1813, wobei 67 Fahnen mit dem Eisernen Kreuz in der Spitze und 4000 Veteranen der Befreiungskriege, mit demselben Ehrenzeichen geschmückt, vor dem Schlosse in Parade standen, vermochte nicht den erbitterten Haß zu dämpfen. Auch die neue Heeresvorlage mit dem Flottengründungsplan wurde verworfen, und nachdem der König eine zweite Adresse mit der Forderung, dieses Ministerium zu entlassen, zurückgewiesen hatte, wie die erste, wurde der Landtag am 26. Mai 1863 geschlossen, ohne daß überhaupt ein Staatshaushaltsgesetz zustande gekommen war; jedoch Artikel 109 der Verfassung gestattete die Forterhebung der einmal bestehenden Steuern und Abgaben, solange sie nicht geändert wurden.

Die Preßverordnung; Stimmung in Deutschland.

Um der steigenden Verhetzung durch die fortschrittliche Presse entgegenzuwirken, erließ die Regierung am 1. Juni eine Verordnung mit Gesetzeskraft, worin sie sich auf Grund der Verfassung das Recht nahm, ein Blatt wegen seiner gesamten Haltung zur Verantwortung zu ziehen. Eine Flut von Anschuldigungen wegen Verfassungsbruches in der ganzen liberalen deutschen Presse folgte, und eine sichtliche Erkältung des Volkes gegen die Regierung, ja gegen die Krone trat ein. Selbst der Kronprinz nahm keinen Anstand, sich öffentlich gegen das Ministerium zu erklären. Auch außerhalb Preußens nahm die öffentliche Meinung leidenschaftlich Partei. Der Nationalverein strich sogar „die preußische Spitze" aus seinem Programm, also sein Programm selbst, und das deutsche Volk begann an Preußen irre zu werden. So kam es, daß man selbst den neuen Zug nicht sehen wollte, der in Preußens deutsche Politik gekommen war.

Der kurhessische Verfassungsstreit.

In Kurhessen hatte der Landtag stets gegen die Verfassung von 1852, die unter dem Minister Hassenpflug oktroyiert war, protestiert und endlich beim Bundestage Beschwerde geführt; er verlangte die Wiederherstellung der alten Verfassung von 1831.

Der Kurfürst aber wollte sich mit einigen Modifikationen der Verfassung von 1852 abfinden und verkündigte am 30. Juni 1860 eine abgeänderte Verfassung. Preußen jedoch nahm sich des Landtages an und veranlaßte auch Österreich, darin sich ihm anzuschließen. Allein der Kurfürst beantwortete die ihm ärgerliche Intervention der Großmächte durch eine Verfügung, die alle Gegner der von ihm beliebten Verfassungsmodifikationen von dem Wahlrechte ausschloß, und als nun Preußen den General von Willisen nach Kassel sandte, um zur Versöhnlichkeit zu mahnen, wurde dieser in ungezogener Weise von dem Fürsten abgewiesen. Sofort rief Preußen jetzt seinen Gesandten aus Kassel ab und setzte zwei Armeekorps, das IV. und VII., gegen Hessen in Bereitschaft. Jetzt schloß sich auch Österreich der preußischen Forderung an, und der Bundestag beschloß am 24. Mai die Wiederherstellung der Verfassung von 1831. Grollend stellte der Kurfürst diese Verfassung wieder her; jedoch meinte er sie dadurch außer Anwendung zu setzen, daß er allen Anträgen für den Landtag seine Zustimmung versagte. Bismarck war aber nicht gesonnen, Preußen einen solchen Hohn bieten zu lassen. Wenige Wochen nach seinem Amtsantritte, am 24. November, schickte er, der angebliche „Verfassungsbrecher" in Preußen, durch einen schlichten Feldjägerleutnant dem Kurfürsten eine Note, die ihn zur baldigsten Herstellung eines geordneten Verfassungszustandes aufforderte. Dem preußischen Feldjäger folgte wieder binnen kurzem ein österreichischer General, und der hartnäckige Kurfürst mußte in den Frieden mit seinem Volke willigen.

Der schleswig-holsteinische Konflikt.

Ebenso entschieden griff Preußen zu gunsten der **Elbherzogtümer** ein. Jahrelang hatte **Dänemark** auf das schnödeste die für die Elbherzogtümer 1851 gegebenen Versprechungen (s. Bd. IX, S. 782) verletzt. Die Lage Dänemarks war offenbar schwierig. Ohne die Herzogtümer war der Staat ein Torso, und dazu war Schleswig staatsrechtlich nicht deutsch, der Bevölkerung nach aber zum Teil dänisch, nur freilich bildete es vertragsmäßig mit dem deutschen Bundeslande Holstein eine Staatsgemeinschaft. Daher ging das Bestreben der eiderdänischen Partei dahin, Schleswig von Holstein loszureißen und dem dänischen Gesamtstaate völlig einzuverleiben. Es wurde daher mit allen Mitteln an der Danisierung Schleswigs gearbeitet, die schleswig-holsteinischen Regimenter dänischen Offizieren unterstellt, sogar das holsteinische Bundeskontingent nach Seeland verlegt. Endlich verkündete der König die neue dänische „Gesamtstaatsverfassung" (26. Juli 1854). Sie ließ die verfassungsmäßige Zusammengehörigkeit der Herzogtümer ganz außer acht, denn sie schuf einen Reichstag mit 47 Dänen, 13 Schleswigern, 18 Holsteinern, 2 Lauenburgern und Landtage für die einzelnen Länder. Als der deutsche Bundestag am 12. August 1858 ihre Zurücknahme unter Androhung der Exekution forderte, gab Dänemark die Gesamtverfassung für Holstein und Lauenburg auf (November 1858), aber die schleswigschen Stände klagten 1860 über Verletzung ihres vertragsmäßigen Verhältnisses zu Holstein, und obwohl Dänemark sich zu Zugeständnissen in Holstein bereit erklärte, legte doch Preußen am 5. Dezember 1861 gegen die verfassungswidrige Trennung der beiden Herzogtümer Protest ein. Trotzdem verkündigte König Friedrich VII. auf das Drängen der eiderdänischen Partei am 30. März 1863 in einem Patente, daß Schleswig völlig in das Königreich Dänemark einverleibt, Holstein und Lauenburg aber in thunlichster Abhängigkeit von Dänemark erhalten werden sollten. Daraufhin beantragte Preußen beim Bundestage die **Bundesexekution** gegen Dänemark, und sie wurde beschlossen, wenn Dänemark nicht binnen neun Wochen, vom 1. Oktober 1863 an gerechnet, den deutschen Forderungen nachgeben sollte.

Österreichisch-mittelstaatliche Bundesreformpläne.

Mit dieser schleswig-holsteinischen Sache verflocht sich nun in einer sehr merkwürdigen Weise die entscheidende Frage der Bundesreform, die sich immer unabweisbarer aufdrängte. Schon im Herbste 1861 hatte die mittelstaatliche Partei unter der Führung des sächsischen Ministers F. **von Beust** ein Reformprojekt veröffentlicht, das dem Bundestage eine Versammlung von **Delegierten** der deutschen Einzellandtage als beratendes Organ an die Seite setzte, doch sollte ihre Zuziehung in das Ermessen des Bundestages gestellt bleiben. Jährlich sollten sich die Regierungsvertreter zweimal versammeln, in Regensburg unter österreichischem, in Hamburg unter

preußischem Vorsitze; die regelmäßige Leitung der Geschäfte sollte in den Händen eines Direktoriums liegen, das aus Österreich, Preußen und aus einem von den übrigen Bundesstaaten bevollmächtigten Fürsten bestand. Zur Unterstützung dieses österreichisch-mittelstaatlichen Planes trat im Oktober 1862 der großdeutsche Reformverein unter dem Freiherrn von Lerchenfeld, Dr. von Weis und Prof. Edel in Würzburg ins Leben. Allein Bismarck erklärte dem österreichischen Botschafter Grafen Karolyi unumwunden, Österreich müsse seinen alten Einfluß auf Deutschland aufgeben, wenn es nicht über kurz oder lang mit Preußen zusammenstoßen wolle. Darauf lehnte der Bundestag in der Abstimmung des 22. Januar 1863 das Projekt mit neun gegen sieben Stimmen ab. Jetzt trat Preußen aus seiner bisherigen reservierten Haltung heraus. Bei jener Abstimmung erklärte der preußische Gesandte, das deutsche Volk werde nur in einem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlamente ein wirksames Organ seiner Einwirkung auf die deutschen Angelegenheiten anerkennen. Das entscheidende Wort war gesprochen: Preußen trat für ein deutsches Parlament ein, nur daß „diesem Minister" niemand zutraute, es sei ihm Ernst damit.

Verfassungsversuche in Österreich.

Dagegen steigerten sich überall die Sympathien für Österreich auch in liberalen Kreisen, denn der alte Kaiserstaat war soeben in die Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten. Der Mißerfolg des lombardischen Krieges, die Enthüllung der inneren Schäden Österreichs hatten zu der Entlassung des Ministers Bach und bald darauf auch des Grafen Grünne geführt. Der straffe Zentralismus hatte sich nicht bewährt. Bachs Nachfolger, der Pole Graf Agenor Goluchowski, bisher Statthalter von Galizien, wandte sich daher zum Föderalismus zurück, von dem aus er ein Einlenken in verfassungsmäßige Bahnen versuchte. Durch das „Oktoberdiplom" (20. Oktober 1860) wurde der „verstärkte Reichsrat" geschaffen, der aus 38 für sechs Jahre vorläufig vom Kaiser ernannten Mitgliedern der Kronländervertretungen zusammengesetzt war und Vertreter der Länder diesseit wie jenseit der Leitha umfaßte. Den Ungarn wurde eine zeitgemäße Erneuerung ihrer alten Verfassung verheißen, die alte Verwaltung mit der „Gleichberechtigung der Sprachen" sofort wieder eingerichtet, die Hauptstadt Siebenbürgens vom deutschen Hermannstadt nach dem magyarischen Klausenburg verlegt, den übrigen Landschaften Landesordnungen in Aussicht gestellt, die gemeinsamen Angelegenheiten einem Reichsrate überwiesen. Allein die Ungarn verlangten die unveränderte Wiederherstellung ihrer alten Verfassung, so daß der Landtag wieder aufgelöst wurde; gegen die „Landesstatuten" nahm ein, daß Adel und Priesterschaft danach in den Provinzialvertretungen das ausgesprochene Übergewicht besaßen. Die allgemeine Unzufriedenheit stürzte schon im Dezember den Minister.

Unterdes vollzog sich jenseit der Alpen die Bildung des Königreichs Italien. Nirgends auf der Halbinsel vermochte sich der österreichische Einfluß zu behaupten; ja die hochgehende nationale Bewegung bedrohte unverkennbar Venetien, das letzte Land, das in Italien Österreich noch verblieben war. Krieg und Insurrektion der Provinzen schien dem Kaiserstaate bevorzustehen. In bedenklichster Weise verlor der Guldenschein an Wert, und das Metallgeld verschwand ganz aus dem Verkehre; es zog sich mit dem öffentlichen Vertrauen von Österreich zurück.

Ministerium Schmerling.

So sah sich der Kaiserstaat zu außerordentlichen Maßregeln genötigt, um die Unzufriedenheit seiner Völker zu beschwichtigen und dadurch wieder Vertrauen zu gewinnen. Zu Graf Goluchowskis Nachfolger wurde der liberale Zentralist Ritter von Schmerling bestimmt, Erzherzog Rainer übernahm den Vorsitz im Kabinett. Schmerling, wiewohl alle Zeit mehr Österreicher als Deutscher, war 1848 Reichsminister in Frankfurt gewesen. Dann hatte er als Justizminister im Kabinett Schwarzenberg bei der Aufhebung der Verfassung seine Entlassung genommen. Daher galt er in Österreich für liberal und erfreute sich ziemlicher Beliebtheit beim Volke. Er gab dem neueintretenden Kabinett seine Farbe und ließ es als einen Systemwechsel erscheinen.

100. Franz Joseph, Kaiser von Österreich (um 1870).

Das Februarpatent.

Es war mißlich, ein unlängst erst erlassenes Staatsgrundgesetz, wie es das Oktoberdiplom war, so bald schon wieder zu beseitigen. Daher wurde nur als „Erläuterung und Durchführung" das „Februarpatent" am 26. Februar 1861 gegeben, um die Reichsvertretung zu regeln und die Landes- und Wahlordnungen festzustellen. Die Abgeordneten für das Unterhaus sollten danach unter Berücksichtigung der verschiedenen Berufs- und Standesinteressen von den einzelnen Landtagen gewählt werden; dem Reichstage wurde das Recht des Gesetzesvorschlages und die Öffentlichkeit seiner Verhandlungen zugesprochen, wie denn die einzelnen Landtage mit ähnlichen Rechten für die Kronländer ausgestattet wurden. Den Ungarn wurde ihre alte Verfassung bewilligt, nur mit dem Vorbehalte, daß gemeinsame Angelegenheiten auf dem gemeinsamen Reichstage verhandelt werden sollten. Nun erschienen zwar die Rumänen und die Siebenbürger Sachsen im Reichstage, allein die Ungarn unter Franz Deaks Führung beschickten weder den Wiener Reichstag, noch 1863 den siebenbürgischen Landtag in Hermannstadt, so daß wieder wie zu Bachs Zeiten ein streng büreaukratisches Regiment dort eingeführt, die aufgehobene sächsische „Universität" (s. S. 114) aber wiederhergestellt wurde. Aber auch die Kroaten und Serben protestierten gegen den gemeinsamen Reichsrat; nicht minder hielt sich Venetien, die „gefangene Tochter Italiens", von ihm zurück. So fehlte dem neuen Reichstage fast die Hälfte seiner Mitglieder. Galizien zwar erschien in dem „Schmerlingtheater", wie man ihn spottend nannte, aber nur unter Vorbehalt seiner Selbständigkeit, und die tschechischen Minister erhoben ungemessene Ansprüche für die „böhmische Krone". So unerquicklich gestaltete sich Österreichs Einlenken in die konstitutionelle Bahn angesichts seiner auseinanderstrebenden Nationalitäten; aber seine Anhänger in Deutschland, die „Großdeutschen", wurden nicht müde, auf das „frische konstitutionelle Leben" in Österreich im Gegensatze zu dem Konflikte in Preußen mit Befriedigung hinzuweisen.

Einladung zum Fürstentage in Frankfurt.

Diese Stimmung benutzte die österreichische Politik, im wesentlichen auf Veranlassung von einflußreichen höheren „großdeutsch" gesinnten Beamten aus dem „Reiche", wie Graf Blohme, Biegeleben u. a. m., zu einem äußerst geschickten Schachzuge, der, wenn er gelang, Österreichs Übergewicht im Bunde auf lange hinaus befestigte und ihm unter allen Umständen die populären Sympathien sicherte. Österreich lud die sämtlichen Fürsten Deutschlands zu einem Fürstentage nach Frankfurt auf den 16. August 1863 ein, um gemeinsam über die Reform des Deutschen Bundes zu beraten und zu beschließen. Es handelte sich um ein Projekt im großen Stile. Am 2. August erschien der Kaiser Franz Joseph in Gastein, wo König Wilhelm zur Kur weilte, um diesen persönlich einzuladen und ihm die Denkschrift, die die Grundlage der Beratungen bilden sollte, zu überreichen. In der Einleitung übte der Kaiser eine wahrhaft vernichtende Kritik an den Zuständen des Bundes mit Worten wie diese: „Die Bundesverträge sind in ihren Fundamenten erschüttert — die deutschen Regierungen leben nur noch bis auf weiteres im Vorgefühle naher Katastrophen nebeneinander fort — der jetzige Zustand ist schlechthin chaotisch." Der König indessen, von der Überzeugung durchdrungen, daß eine Besprechung der Fürsten ohne vorhergehende Ministerkonferenzen nicht zum Ziele führen würde, riet zur Verschiebung des Fürstentages bis zum 1. Oktober und lehnte die Einladung nach Frankfurt ab. Gleichwohl überbrachte ihm schon am folgenden Tage ein Flügeladjutant des Kaisers die schriftliche Einladung auf den 16. August, worauf Preußen amtlich seine Zurückhaltung in Wien begründete. Inzwischen entwickelte sich in Frankfurt durch das Zusammentreffen so zahlreicher Souveräne ein glanzvolles Leben; Ehrenwachen in Gala standen allenthalben, die Stadt war mit schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückt. Am Abend des 16. August hielt Franz Joseph selbst, umbraust vom Volksjubel, seinen Einzug in der alten Wahl- und Krönungsstadt. Vor dem Thurn- und Taxisschen Palais, wo er wohnte, hielten Hartschiere in altdeutscher Tracht die Wache. Alles erinnerte an die Pracht einer Kaiserkrönung vergangener Zeiten. Und wirklich war der Kaiser Franz Joseph auf seiner Fahrt durch Süddeutschland von den jubelnden Volksmassen schon als deutscher Kaiser begrüßt worden.

Der österreichische Reformplan

Der Plan Österreichs ging dahin, daß der Deutsche Bund künftighin von einem Direktorium, bestehend aus Österreich, Preußen, Bayern und zwei von den Fürsten gewählten Mitgliedern, geleitet werden solle. Daneben sollte ein Bundesrat bestehen, in dem Österreich und Preußen je drei Stimmen führen sollten; doch sollte Österreich im Direktorium und Bundesrat den Vorsitz haben. Endlich sollten alle drei Jahre Delegierte der Landtage in öffentlicher Versammlung zusammentreten, jedoch nur mit beratender Stimme. Auch ein Bundesgericht war in Aussicht genommen. Die Gegenleistung für dies Entgegenkommen Österreichs sollte sein, daß der Deutsche Bund die Bürgschaft für Österreichs Gesamtbesitzstand übernahm. Das Projekt bedeutete die dauernde Majorisierung Preußens durch Österreich und die Mittelstaaten und seine wie ganz Deutschlands Verpflichtung für die österreichische Politik.

Ablehnung König Wilhelms.

Bevor man in die Beratung über diesen Reformplan eintrat, beantragte der Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin, den jetzt mit Bismarck zur Nachkur in Baden-Baden weilenden König von Preußen nochmals zur Teilnahme einzuladen, da es unangemessen sei, ohne Preußen etwas zu unternehmen. Die andern Fürsten stimmten zu, und König Johann von Sachsen übernahm es, die Gesamteinladung des Fürstentages an den König Wilhelm persönlich zu überbringen. Auch der Kaiser war damit einverstanden, jedoch mit dem Vorbehalt, daß auch für den Fall der Ablehnung die Fürsten das Verfassungswerk in kürzester Frist fertig zu stellen hätten; man könne ja Preußen den nachträglichen Beitritt offen lassen. Als König Johann, König Wilhelms persönlicher Freund, mit seinem Minister von Beust in Baden-Baden am 19. August eintraf, wurde die Lage für Bismarck sehr schwierig. Er wußte sehr genau, daß sehr hohe Einflüsse, namentlich fürstliche Damen, seinen Herrn für das Projekt zu gewinnen suchten, und daß dieser selbst herzlich gern im Kreise seiner fürstlichen Genossen in Frankfurt erschienen wäre. „Dreißig Fürsten als Einlader, ein König als Kabinettskurier", rief er aus, „wie kann man da ablehnen?" Indes sein Verstand hielt doch schließlich, wie immer, das Herz im Zaume. König Wilhelm lehnte in einem eigenhändigen Schreiben an den Kaiser auch diese Einladung des Fürstentages ab.

Beratungen in Frankfurt.

Es war gleichwohl die Meinung des Kaisers Franz Joseph, daß die versammelten Fürsten den Reformplan gleich im Ganzen annehmen sollten. Dagegen indessen protestierte der Großherzog Friedrich von Baden und verlangte Einzelberatung aller Paragraphen. So wurde denn diese begonnen und am 1. September beendet. Immer aber waren noch viele Vorbehalte und Verbesserungsanträge, die im Laufe der Beratung gemacht waren, unerledigt. Dem Antrage, sie zurückzunehmen, widersprach wieder der Großherzog von Baden. Sollte der Fürstentag aber ergebnislos verlaufen? Es wurde daher vorgeschlagen, daß die Fürsten die durchberatene Reformakte „unter Vorbehalt der Zustimmung aller Bundesstaaten", d. h. vor allem Preußens unterzeichnen sollten. Allein nur 24 Fürsten gaben ihre Unterschrift; die Bürgermeister der vier freien Städte wollten vorher die Zustimmung ihrer Bürgerschaften einholen; der Herzog von Altenburg war schon vorher abgereist, und ausdrücklich gegen den Verfassungsentwurf stimmten die Großherzöge von Baden, Mecklenburg-Schwerin und Sachsen-Weimar, der Prinz Heinrich der Niederlande für Luxemburg und die Fürsten von Waldeck und Reuß jüngerer Linie.

Ergebnisse.

War aber überhaupt eine Reform des Bundes ohne Preußens Beteiligung möglich? Ganz bestimmt nicht! Die 24 Unterzeichner der Reformakte wandten sich daher in einem gemeinschaftlichen Schreiben an den König Wilhelm, um ihn zum nachträglichen Beitritte zu ihren Beschlüssen einzuladen. Allein der König verlangte in seiner Erwiderung (22. September) nach einer großartigen Denkschrift Bismarcks vom 15. September für Preußen zunächst ein Veto bei Kriegserklärungen, denn Preußen als europäische Großmacht könne nicht sein Heer von den Beschlüssen einer Bundesbehörde abhängig machen, und habe mehr Einwohner als alle Mittel- und Kleinstaaten zusammen; er verlangte sodann völlige Gleichstellung mit Österreich in der Führung des Vorsitzes, endlich eine aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehende Nationalvertretung des

deutschen Volkes, da durch Delegierte der Einzellandtage „die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation" nicht genügend gewahrt seien. In diesen Punkten sah er die unerläßlichen Vorbedingungen, unter denen allein Preußen die Hand zu Beratungen über eine Bundesreform bieten könne. Als nun Graf Rechberg nach einer so entschiedenen Ablehnung die übrigen deutschen Staaten aufforderte, nunmehr die Frankfurter Vereinbarungen durchzuführen und zunächst das Direktorium einzusetzen, also einen Sonderbund unter Österreichs Führung aufzurichten, da begegnete er überall kühler Ablehnung, denn die Mittelstaaten betrachteten gerade das Nebeneinander zweier Großmächte im Bunde, zwischen denen sie dann die Entscheidung gaben, als eine Bürgschaft ihrer Selbständigkeit. Der Frankfurter Fürstentag war nur ein glänzendes Feuerwerk gewesen.

Das dritte Deutsche Turnfest und die Feier der Völkerschlacht.

Und doch blieb ein Eindruck zurück: die jetzigen Bundesverhältnisse waren gegenüber dem immer stärker aufsteigenden Nationalgefühl nicht mehr haltbar. In hohen Wogen ging die nationale Erregung durch Deutschland, als zwanzigtausend seiner Turner von Schleswig bis Hermannstadt zum dritten Deutschen Turnfeste in Leipzig zusammenströmten, dem größten und schönsten Volksfeste dieser tiefbewegten Jahre (3.—6. August 1863), und als am Schlusse draußen auf dem alten Schlachtfelde der junge H. v. Treitschke die „herrliche Schlacht" feierte in einer Rede von hinreißendem Schwunge und felsenfester Zuversicht auf Deutschlands Zukunft. Wenige Monate später begingen die Veteranen der Befreiungskriege wieder in Leipzig das fünfzigjährige Gedächtnis der Völkerschlacht in großartiger Feier (18. Oktober), und allerorten scholl der Preis dieser gewaltigen Tage und der Ruhm Preußens in Wort und Schrift.

Aber wenn Bismarck gemeint hatte, die von ihm offen kundgegebenen nationaldeutschen Pläne würden eine Wendung in der Volksstimmung herbeiführen, so erfuhr er eine schwere Täuschung. Am 3. September war das Abgeordnetenhaus wieder aufgelöst worden, aber die Wahlen vom 28. Oktober verstärkten die fortschrittliche Opposition so, daß nur noch 37 Stimmen für das Ministerium waren. Auch die Aufhebung der Preßverordnungen vom 1. Juni (am 21. November) übte keine versöhnende Wirkung.

Erneuerung des Zollvereins.

Und doch bewies Preußen soeben, daß es die materielle Grundlage der praktischen deutschen Einheit, den Zollverein, unerschütterlich festzuhalten und seine Genossen immer wieder an sich zu fesseln wisse. Preußen hatte am 29. März 1862 einen vorteilhaften Handelsvertrag mit Frankreich geschlossen, der, entsprechend dem damals immer mächtiger auftretenden Freihandelsprinzip, eine erhebliche Herabsetzung der Zölle für viele Artikel zur Voraussetzung hatte. Es verlangte, daß der am 31. Dezember 1865 ablaufende Zollvereinsvertrag auf der Grundlage des französischen Handelsvertrages erneuert würde. Ein Sturm wurde von allen Gegnern des Zollvereins gegen diese Forderung erregt, Österreich kehrte zu dem früheren Verlangen zurück, mit dem Gesamtgebiete des Kaiserstaates in den Zollverein einzutreten, die Mittelstaaten schrieen über preußische Gewaltthätigkeit; nur Sachsen war schon im Mai beigetreten. Aber Preußen hielt unbeugsam seine Forderung aufrecht und kündigte am 17. Dezember 1863 die Zollvereinsverträge. Schließlich siegte die Macht der realen Interessen über alles Intrigenspiel; die Zollvereinsstaaten erneuerten am 1. Oktober 1864 ihren Vertrag auf weitere zwölf Jahre und schlossen sich dem preußisch-französischen Handelsvertrage an. Auch mit Österreich kam am 11. April 1865 ein Handelsvertrag zustande. Zugleich wurden die Flußzölle herabgesetzt und auf der oberen Elbe ganz aufgehoben.

Das österreichisch-mittelstaatliche Bundesprojekt war gescheitert, der Versuch, den Zollverein zu sprengen, versprach schon keinen Erfolg mehr und die nationale Aufregung ging in hohen Wogen, aber erbitterter wie je standen sich in Preußen die Gegensätze gegenüber, und unbesieglich war in allen liberalen und nationalen Kreisen ganz Deutschlands das Mißtrauen gegen Bismarck. Da trat die längst schwebende schleswig-holsteinische Frage plötzlich in drohender Gestalt heran und zeigte den Deutschen ein großes nationales Ziel.

Der dänische Krieg.

Die neue dänische Verfassung und Friedrichs VII. Tod.

Die Dänen waren ganz besonders durch Zusicherungen von englischer Seite und durch einen Besuch König Karls XV. von Schweden am dänischen Hofe in ihrem Widerstande gegen alle deutsche Einmischung wesentlich bestärkt worden. Sie bereiteten sich offenbar zum Kriege vor, hatten die Herzogtümer mit dänischen Truppen besetzt und das uralte Danewirke bei Schleswig, das Zentrum der Linie Eckernförde-Friedrichstadt, zur Verteidigung vorbereitet. Am 28. September hatte dann König Friedrich VII. einem außerordentlichen Reichsrate eine neue Verfassung für Dänemark und Schleswig angekündigt, und obwohl England und Schweden vor dem Äußersten abrieten, so setzte doch der Minister Hall am 13. November die Annahme der neuen Verfassung mit 40 gegen 16 Stimmen durch. Der Würfel war geworfen, mit eignen Händen hatten die Dänen die Rechtsgrundlage von 1852, auf der ihr Gesamtstaat beruhte, zerstört. Noch fehlte die Unterschrift des Königs; der aber verschied am 15. November ganz unerwartet an der Kopfrose auf Schloß Glücksburg bei Flensburg, erst 55 Jahre alt. Mit ihm erlosch der Mannesstamm des Herrscherhauses, und die Krone ging verfassungsmäßig auf Christian IX., das Haupt der Glücksburger Linie, über.

101. Christian IX., König von Dänemark. Nach einer Photographie.

Wandlung der europäischen Lage.

Die Lage war verwandelt fast in demselben Augenblicke, als Napoleon III. durch eine rasche Wendung auch die europäische Lage völlig veränderte. In seiner Thronrede vom 5. November hatte er trocken bemerkt, die Verträge von 1815 hätten aufgehört zu bestehen; es sei daher nötig, die europäischen Monarchen zu einem Kongresse zu vereinigen, um eine neue Rechtsgrundlage zu schaffen. Das war eine deutliche Absage an Österreich, mit dem er doch in der polnischen Frage zusammengegangen war, und erweckte Schrecken in England. Beide Mächte, bis dahin einig mit Frankreich gegen Preußen, das nur an Rußland einen Halt gehabt hatte und in Deutschland völlig isoliert stand, fühlten plötzlich, daß es das Interesse aller Großmächte sei, gegen den Ruhestörer an der Seine zusammenzustehen. Mit einem Schlage war für Preußen die Lage äußerst günstig geworden, es sah sich zugleich von Frankreich, England und Österreich umworben. Dagegen war es für Dänemark schon äußerst zweifelhaft, ob es wirklich noch auf England zählen könne; jedenfalls standen die beiden deutschen Großmächte, bis vor kurzem noch verfeindet, jetzt zusammen und nahmen bald die Leitung der Dinge selbständig in die Hand.

Friedrichs (VIII.) Erbanspruch.

In dieser Lage entschied sich Christian IX. schweren Herzens, von Volkstumulten in Kopenhagen bedroht, von seinem Minister Hall gedrängt und ohne jede Wurzel in Dänemark, am 18. November die neue Gesamtstaatsverfassung zu unterzeichnen. Die Schleswig-Holsteiner aber waren der Ansicht, daß die Nachfolge in ihren Herzogtümern dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg gebühre, und sahen in dessen Erbrechte einen Schutz gegen die drohende dänische Vergewaltigung, da sein noch lebender Vater, Herzog Christian, mit der Abtretung seiner Güter an Dänemark 1852 keineswegs auf sein Erbrecht verzichtet habe, obwohl die Familie in den Herzogtümern wenig bekannt und noch weniger beliebt war. So erhoben sie ihn in großer Landesversammlung zu Kiel mit Begeisterung auf den Schild.

Diese Begeisterung pflanzte sich bald über ganz Deutschland fort, nicht sowohl für die Hoffnung, noch einen deutschen Kleinstaat mehr zu begründen, als für die aufleuchtende Aussicht, endlich einmal den alten deutschen Boden der Herzogtümer der dänischen Fremdherrschaft entreißen zu können. Der Herzog indes hielt sich zunächst zurück; er begnügte sich, von Gotha aus, wo er lange mit seiner Familie in engen Verhältnissen gelebt hatte, eine Proklamation an die Schleswig-Holsteiner zu richten, ein Ministerium zu ernennen und beim Bundestage seine Anerkennung zu beantragen, indem er ihnen zugleich die Wiederherstellung der sehr demokratischen Verfassung von 1848, zum Mißfallen vieler, versprach.

Die Bundesexekution gegen Holstein.

Auch die Stände und die Ritterschaft Schleswig-Holsteins wandten sich an den Bundestag um Hilfe, und die ganze dänische Verwaltung brach dort zusammen, wo nicht dänische Truppen standen, denn die meisten Beamten verweigerten den Eid für den neuen Landesherrn Christian IX. So beschloß denn der Bundestag am 7. Dezember auf den Antrag der beiden Großmächte den Vollzug der Bundesexekution, behielt sich aber die Entscheidung über die Erbfolgefrage noch vor. Am 24. Dezember rückten die Kontingente von Sachsen und Hannover, die mit der Exekution beauftragt waren, im ganzen 12000 Mann, unter dem Befehle des sächsischen Generals von Hake in Holstein ein, eine ebenso starke preußisch-österreichische Reserve bei Lübeck und Hamburg hinter sich, während sich auf den Rat der Westmächte die dänischen Truppen mit Protest, aber ohne Gegenwehr vor ihnen zurückzogen. Zwei Zivilkommissare übernahmen im Namen des Bundes die Verwaltung von Holstein, doch behauptete die von ihnen in Kiel gebildete holsteinische Landesregierung (unter Dr. Henrici) ihnen wie später dem Herzog Friedrich gegenüber ihre volle Selbständigkeit, wobei es freilich nicht ohne mannigfaltige Verdrießlichkeiten abging. Die Bundeskommissare verstatteten, daß auf einer sehr zahlreich besuchten Volksversammlung in Elmshorn am 27. Dezember der Herzog Friedrich VIII. zum Herzog von Schleswig-Holstein ausgerufen wurde, worauf denn auch dieser, jedoch, wie er erklärte, nur als „Privatmann" nach Holstein kam. Indes in der Stille an den Kaiser Napoleon ein Gesuch um Unterstützung zu richten, verschmähte er nicht.

Bewegung in Deutschland.

Mit dieser Proklamierung des Herzogs war offenbar der Bundesentscheidung vorgegriffen. Aber die Volksstimmung in Deutschland war durchaus und mit stürmischer Leidenschaft dafür. Seit 1848/49 hatte das Land keine solche Aufregung erlebt. Eine schleswig-holsteinische Deputation, die die Hilfe der deutschen Fürsten anrufen sollte, wurde überall mit Jubel empfangen, ein deutscher Abgeordnetentag in Frankfurt a. M. sprach sich für Friedrich VIII. aus und setzte einen Ausschuß von 36 Männern zur Leitung der deutschen Volksbewegung ein. Die meisten Höfe erkannten den Herzog an, Volksversammlungen traten für Schleswig-Holsteins Recht ein, man dachte sogar an die Ausrüstung von Freiwilligen, wie 1848. Man bedachte dabei die Rechtslage nicht und schalt wütend auf die beiden Großmächte, namentlich auf Preußen. Denn diese, die doch vor dem Riß zu stehen hatten, wenn es zum Kriege kam, erhoben am Bundestage Einspruch und beantragten am 28. Dezember, daß von Dänemark nur die Aufhebung der Gesamtverfassung gefordert, im Weigerungsfalle aber Schleswig im Namen des Bundes als Pfand besetzt werde. Weiter glaubten sie als Mitunterzeichner des Londoner Protokolles, an das sie sich noch gebunden hielten, um Dänemark ins Unrecht zu setzen und eine lange noch drohende englische Einmischung abzuwehren, zunächst nicht gehen zu können. Aber wie ihre Unterhandlungen mit Dänemark, den Herzogtümern auf dem Boden der Personalunion ihre Rechte zu wahren, gescheitert waren, so erlagen sie auch am Bundestage der Majorität der Mittel- und Kleinstaaten, die darauf bestand, daß nun auch Schleswig für Herzog Friedrich VIII. mit Waffengewalt in Besitz genommen würde (12. Januar 1864).

Bund zwischen Preußen und Österreich; der Bruch.

Unter diesen Umständen, in einer schlechthin widersinnigen Lage, die den Unsinn des Stimmverhältnisses am Bundestage ins hellste Licht setzte, erklärten am 14. Januar die beiden Großmächte als solche die Auseinandersetzung mit Dänemark selbst in die Hand zu nehmen, obwohl das preußische Abgeordnetenhaus eine Anleihe von 12 Millionen Thaler,

die Bismarck zu einem energischen Vorgehen gegen Dänemark verlangte, mit 275 gegen 51 Stimmen ablehnte, während der österreichische Reichsrat, weniger kurzsichtig und mißtrauisch, 6 Millionen Gulden für den gleichen Zweck bewilligte. Sie schlossen am 16. Januar eine geheime Konvention miteinander, richteten direkt an Dänemark die Forderung, die Novemberverfassung binnen 48 Stunden aufzuheben, und beantworteten die Ablehnung dieses Ultimatums am 18. Januar 1864 mit der Kriegserklärung. Durch Schlesien über Breslau trugen nun endlose Züge ein österreichisches Armeekorps (meist nichtdeutsche Regimenter) nach dem Norden, und König Wilhelm nahm ihm Unter den Linden in Berlin die Parade ab; über Lübeck durch Ostholstein gingen die Preußen vor. Am 1. Februar überschritten 37 000 Preußen mit 110 Geschützen und 23 000 Österreicher mit 56 Geschützen unter dem gemeinsamen Oberbefehle des preußischen Feldmarschalls von Wrangel die Eider, die Österreicher bei Rendsburg, die Preußen von Kiel her. Endlich, endlich fuhr das deutsche Schwert aus der Scheide.

Der Kampf um das Danewerk.

Ihnen gegenüber standen im ganzen fast 60 000 Dänen mit 120 Geschützen unter General de Meza. Das Übergewicht des Fußvolkes war auf seiten der Dänen, dasjenige der Kavallerie und Artillerie hatten die angreifenden Mächte. Mit 36 000 Mann hatten die Dänen den sechs Meilen langen Schanzwall des Dänenwerkes und die Schleilinie besetzt. Gegen diese Aufstellung richteten sich sofort die Angriffe der Verbündeten, der Preußen unter dem Prinzen Friedrich Karl, der Österreicher unter Feldmarschalleutnant von Gablenz. Noch am 1. Februar besetzten die Preußen nach kurzem Kampfe Eckernförde. Allein mit ihrem Angriffe auf Missunde, an der schmalsten Seite der Schlei, am 2. Februar hatten sie bei dem konzentrierten Geschützfeuer der Dänen keinen Erfolg; sie wählten daher Arnis und Cappeln weiter ostwärts, um die Schlei zu überschreiten und die Dänen in ihrer linken Flanke zu überflügeln. Die Österreicher dagegen bestanden das Gefecht bei Jagel und Oberselk vor Schleswig am Königshügel am 3. Februar siegreich. Die Dänen sahen somit ihre Aufstellung zugleich in der Front und der Flanke bedroht und beschlossen daher, als auch die Preußen in der Nacht des 4. Februar die Schlei überschritten hatten, sie aufzugeben. In der Nacht vom 5. zum 6. Februar traten sie mit Zurücklassung zahlreicher Geschütze den Rückzug an, um sich hinter den Schanzenreihen bei Düppel festzusetzen. Nur dieser rasche Abzug und das einfallende Glatteis, das die Verfolgung beschränkte, rettete die dänische Armee vor der Vernichtung, die ihr der preußische Generalstabschef H. von Moltke zugedacht hatte, indem er sie von Flensburg abschneiden wollte. Lediglich der dänischen Nachhut, dem tapferen ersten (Kopenhagener) Regiment, brachten die Österreicher am 6. Februar bei Oeversee unweit Flensburg eine empfindliche Schlappe bei. Am 7. Februar rückten die Verbündeten in Flensburg ein, wo sie Zivilkommissare einsetzten, die im Namen der beiden Großmächte die Verwaltung des Herzogtums Schleswig übernahmen und sofort den Sprachenzwang sowie die Abzeichen der dänischen Herrschaft beseitigten.

Einmarsch in Jütland.

Die Preußen teilten sich jetzt. Das kombinierte Armeekorps unter dem Prinzen Friedrich Karl nahm Stellung im Sundewitt, um gegen die Verschanzungen von Düppel zu operieren. Die Gardedivision dagegen überschritt alsbald die Grenze von Jütland und warf die Dänen in die Festung Fridericia zurück; ihr folgten Anfang März auch die Österreicher und besetzten nach einem siegreichen Gefecht am 8. März Veile. Bis an den Liimfjord drangen jetzt die Verbündeten vor, während die Dänen sich über den Sallingsund nach der Insel Mörs zurückzogen.

Seegefecht bei Arkona.

Unterdes hatte auch die weit überlegene dänische Flotte (18 größere Kriegsschiffe allein auf der Ostsee) die Blockade der deutschen Küsten begonnen; denn die preußische Flotte lag noch in ihren Anfängen und hatte beim Beginn nur zwei Fregatten und eine Korvette samt einer Anzahl von Kanonenbooten zur Verfügung, die obendrein teilweise mit ganz ungeübten Mannschaften besetzt waren. Gleichwohl wagte es der Kapitän zur See Jachmann mit drei preußischen Schiffen („Arkona", „Nymphe", „Grille", 43 Kanonen) am 17. März auf der Höhe von Arkona sich sieben dänischen Schiffen

(167 Kanonen) entgegenzustellen, ohne daß diese des verwegenen Angreifers Herr zu werden vermochten. Es war die Bluttaufe der preußischen Marine.

Belagerung und Erstürmung der Düppeler Schanzen.

Auf den Höhen östlich vom Dorfe Düppel, zu beiden Seiten der Straße Flensburg-Sonderburg, die dort rasch ansteigt, der Insel Alsen gegenüber und von ihr nur durch den schmalen Alsensund getrennt, hatten die Dänen eine doppelte Reihe sehr starker Schanzen, im ganzen zehn, aufgeführt, in denen sie den Angriffen der Preußen sicher glaubten widerstehen zu können, zumal ihr Monitor „Rolf Krake", von andern Schiffen unterstützt, den Alsensund beherrschte.

Den Dänen nachfolgend, hatte Prinz Friedrich Karl vor den dänischen Werken Stellung genommen; allein zu ihrer Überwindung bedurfte es der Herbeischaffung schweren Geschützes, und die ursprüngliche Absicht Moltkes ging überhaupt nicht dahin, um Düppel einen langen Belagerungskampf zu führen. So vergingen die ersten Wochen zwar nicht ohne blutige Kämpfe, doch ohne Entscheidung. Erst in der Nacht des 29. März konnten die Belagerer die erste Parallele ausheben, tausend Schritt von den Schanzen. Doch ging man erst dann ernsthaft an die Belagerung, als ein Angriff auf Alsen über den Alsensund hinüber, der die Schanzen im Rücken gefaßt hätte, in der Nacht des 2. April durch stürmisches Wetter vereitelt worden war, da die preußischen Kanonenboote nicht auslaufen konnten. So wurde am 7. April die zweite, am 11. April die dritte Parallele ausgehoben, nur noch 5—600 Schritte vom Feinde, am 14. noch eine vierte. Im ganzen standen 118 schwere Geschütze im Feuer; die furchtbare Treffsicherheit dieser gezogenen Rohre, bis auf 5 km Entfernung, überschüttete die dänischen Schanzen ununterbrochen mit Eisenmassen, demontierte ihre Geschütze, verwandelte die Werke in unförmliche Erdhaufen, zerschoß ihre für bombenfest gehaltenen Blockhäuser in Splitter, so daß jeder Aufenthalt in den Schanzen unmöglich wurde und die Dänen das Feuer kaum noch erwiderten. In dumpfer Ergebung erwarteten sie den Sturm; sie wußten, daß sie ihn nicht würden abschlagen können. Auf den 18. April, vormittags 10 Uhr, setzte Prinz Friedrich Karl den Sturm an; er beobachtete ihn mit dem Kronprinzen von der Batterie „Feldzeugmeister" jenseit des Wennigbundes aus.

Die preußischen Soldaten (Brandenburger) nahmen das Abendmahl, entschlossen zu siegen oder zu fallen. Die Sturmkolonnen wurden aus allen Bataillonen ausgelost, denn jedes verlangte seinen Anteil an dem Kampfe. In den Laufgräben standen sie in der milden Frühlingsnacht bereit. Morgens um 3 Uhr begann das Bombardement wie alle Tage, zu immer größerer Heftigkeit sich steigernd, bis gegen 8 Uhr an die 30 Schüsse in der Sekunde fielen. Da schlug die Turmuhr in dem Dorfe Düppel Zehn; mit dem Glockenschlage schwiegen sämtliche Geschütze in der langen Reihe. Im Laufschritte brachen die Sturmkolonnen heraus, gleichzeitig gegen die sechs Schanzen der ersten Reihe. Voran ging eine Kompanie in aufgelöster Ordnung, um das Feuer mit der Besatzung zu unterhalten, hinter dieser Pioniere mit Beilen, Faschinen, Hacken und Pulversäcken zum Wegsprengen der feindlichen Palissaden; ihnen folgte die erste Kolonne der Sturmmannschaften, etwas weiter zurück die zweite. Die Tamboure schlugen an, mit Hurra ging es vorwärts, die Schanzen hinan. Nach 6 Minuten schon ist eine genommen und die preußische Fahne auf der Höhe aufgesteckt; nach 22 Minuten sind alle sechs Schanzen im Besitze der Preußen, für deren Heldenmut es keinen Widerstand gab. „Ich werde mich opfern", rief der Pionier Klinke seiner Kolonne zu, „denn hinein müßt ihr, Kameraden", zündete mit der Hand seinen Pulversack an und flog mit den Palissaden der Schanze zugleich in die Luft. Nun ging es sofort zum Angriffe auf die innere Reihe, bis hinauf zur Höhe der Düppelmühle. Ein heißer Kampf entspann sich um die Mühle; Verstärkungen rückten nach, die Dänen wurden trotz tapferster Gegenwehr auch aus der zweiten Linie geworfen, ihrer gegen 4000 abgeschnitten und zu Gefangenen gemacht. Jetzt wurden die eroberten Kanonen umgedreht und auf den „Rolf Krake" gerichtet, so daß dieser schleunigst abdampfte; und hätten die Dänen nicht alsbald ihre Pontonbrücke über den Alsensund abgefahren, so würden die Preußen gleich den flüchtenden Dänen nach Alsen gefolgt sein. „Hut ab vor einer solchen Armee!" rief ein österreichischer Offizier, Augenzeuge des Sturmes, in gerechter Bewunderung aus. 118 Kanonen wurden erobert, und von den 52 Bataillonen der Dänen, die an dem Kampfe teilgenommen, verloren 43 ihre Danebrogs an die Sieger. Mit 1100 Toten und Verwundeten (von 16000 Stürmern) hatten die Sieger ihren glänzenden Erfolg erkämpft, mit ebensogroßen Verlusten die Dänen; ihre Gräber füllten einen ganzen Friedhof links der Straße. Stürmischer Jubel begrüßte die tapfere Waffenthat in ganz Deutschland, zumal in Preußen, und König Wilhelm nahm am 21. April persönlich vor den Schanzen die Parade über seine Düppelstürmer ab, die im Anzuge des Kampftages, die eroberten Danebrogs über sich, leuchtenden Auges an ihrem Kriegsherrn vorüberzogen. Mit warmen Zurufen

102. **Erstürmung der Düppeler Schanzen.** Zeichnung von Richard Knötel.

hatte das befreite Schleswig den greisen Fürsten auf der ganzen Fahrt empfangen, und der Holsteiner Klaus Groth sang ihm damals ahnungsvoll zu:

„Du bist nicht wie ein andrer, der kommt und wieder geht,
Nicht wie der flücht'ge Wandrer, deß Spur der nächste Wind verweht;
Einst trat ein nord'scher Riese den Fuß in diese Flur;
Nun tragen Feld und Wiese für immer Deine Königsspur!"

Räumung von Fridericia.

Jetzt sollte die Belagerung der Festung **Fridericia**, welche die Dänen durch zwei verschanzte Lager gedeckt hatten, mit allem Nachdruck von den Österreichern aufgenommen werden. Allein die Dänen verzichteten auf die Verteidigung und räumten in der Nacht des 28. April, 237 Kanonen im Stiche lassend, in aller Stille die Festung.

Gefecht von Helgoland.

Nur zur See versuchten sie noch Widerstand. Auf der Höhe von **Helgoland** griffen sie am 9. Mai ein österreichisch-preußisches Geschwader unter dem österreichischen Kontreadmiral **Tegethoff** an, das die dänische Blockade der Nordseehäfen brechen sollte; aber so wacker widerstand die verbündete Flottille, daß, obgleich die österreichische Fregatte „Schwarzenberg", in Brand geschossen wurde und sich unter dem Schutz des „Radetzky" zurückziehen mußte, sie doch trotz ihrer Überlegenheit nur eine schwache und wirkungslose Verfolgung wagten. Ungefährdet erreichten die zerschossenen Schiffe Kuxhaven.

Die Londoner Konferenz und der Waffenstillstand.

Der Trotz der Dänen war indessen noch lange nicht gebrochen. Zwar ihren Hilferuf hatte Rußland aus Rücksicht auf das befreundete Preußen kurz abgewiesen, Frankreich kühl und bestimmt, England mit dem Ausdrucke „tiefsten Bedauerns" abgelehnt, obwohl das Unterhaus offen Partei für die Dänen nahm und ihren „Sieg" bei Helgoland mit lautem Jubel begrüßte; jedoch war in **London** eine **Konferenz** der Großmächte am 25. April eröffnet worden, auf der sie wiederzuerlangen hofften, was sie im Felde verloren hatten. Auch der Deutsche Bund war auf dieser Konferenz durch den sächsischen Minister Beust vertreten. Freilich bestand der prinzipielle Gegensatz zwischen der mittelstaatlichen und der preußisch-österreichischen Politik fort, denn jene beharrte auf ihrem Grundgedanken, den Herzog von Augustenburg als rechtmäßigen Landesherrn zu betrachten, und diese stand formell noch immer auf dem Londoner Protokoll. Daher behandelte die liberale deutsche Presse Bismarck noch immer beinahe als Vaterlandsverräter und vergällte sich selber die Freude über die glänzenden Kriegserfolge. Trotz alledem war dem Minister die starke Erregung des deutschen Nationalgefühls, das sich in donnernden Resolutionen zahlloser Volksversammlungen und ähnlichen Kundgebungen äußerte, sehr willkommen, und noch willkommener vielleicht eine mit 30 000 Unterschriften bedeckte Adresse an den König, die vollständige Trennung der Herzogtümer von Dänemark, unter Umständen sogar ihre Einverleibung in Preußen forderte. „Die ganze Meute wollen wir läuten lassen!" rief Bismarck mit einem drastischen Jägerausdruck aus. Wenn die deutschen Bevollmächtigten in London die Losreißung Schleswig-Holsteins forderten, so hatten sie in der That die ganze Nation in allen ihren Lagern hinter sich.

Die Konferenz vermittelte zunächst einen **Waffenstillstand** zwischen den kriegführenden Parteien vom 12. Mai bis zum 26. Juni, um den Friedensschluß einzuleiten. Und wirklich erklärten sich auch die siegreichen Verbündeten zum Frieden bereit, wenn unter völliger Trennung der Verfassung und Verwaltung die Elbherzogtümer fortan lediglich durch das Band der Personalunion mit Dänemark verbunden würden, wie es das Londoner Protokoll festgestellt hatte. Dänemark indes wies diese Forderung als unannehmbar zurück, verließ also selbst den einzigen anerkannten Rechtsboden, den es besaß, und auch von einer Teilung der Herzogtümer nach der Schleilinie oder sonstwo, wie sie England vorschlug, wollte es nichts wissen. Denn seine Erwartung war noch immer, daß es, wenn es seine Truppen auf die Inseln zurückziehe, den Verbündeten widerstehen würde. So löste sich denn am 25. Juni die Konferenz ergebnislos auf, und der Waffengang begann von neuem.

Übergang nach Alsen.

Auf der Insel **Alsen** stand in wohlbefestigten Stellungen die Hauptmasse der dänischen Armee. Der Meeresarm des Alsensundes deckte sie, wie sie meinten, unangreifbar gegen die Preußen auf dem Festlande. General **Herwarth von Bittenfeld**

führte diese jetzt, während Prinz Friedrich Karl schon seit dem 18. Mai an Wrangels Stelle den Oberbefehl über die gesamten Truppen der Verbündeten übernommen hatte.

Freilich konnten die Dänen aus ihren Schanzen auf dem hohen Inselufer jedes Boot, das die Überfahrt wagte, in Grund schießen oder mit dem „Rolf Krake" niederrennen. Aber Herwarth ließ sich nicht schrecken. Boote wurden herbeigeschafft, genügend, um auf einmal 2500 Mann gegenüber Arnkiel über den hier nur 800 Schritt breiten Sund zu werfen, Pontons, um Brücken für Reiterei und Geschütz zu bauen, bereit gehalten. Dann wurde in der Nacht vom 28. zum 29. Juni das Wagnis des Überganges unternommen. Die Nacht war neblig, der Wind wehte entgegen. Geräuschlos schifften sich die Preußen in vier Abteilungen ein; mit umwickelten Rudern ruderten sie vorwärts. Es war 2 Uhr; der Morgen des frühen nordischen Sommertages begann dunstig zu grauen und entschleierte in unbestimmten Umrissen den waldigen Hochrand der Insel. Sie mochten die Hälfte des Weges gewonnen haben, als die dänischen Schildwachen die Verwegenen entdeckten und sofort Feuer gaben. „Hurra!" riefen die Preußen zur Antwort hinüber und setzten die Ruder ein, daß sich die Stangen bogen. Da donnerten auch schon aus den Schanzen die dänischen Kanonen, und aus den Schützengräben krachten Salven auf das Wasser. In demselben Augenblick indes dröhnen die preußischen Kanonen vom Ufer her die Antwort; hoch über den Booten weg fliegen die Granaten in die dänischen Schanzen hinein. Endlich stoßen die Boote auf; watend gewinnen die Soldaten das Ufer und stürmen, des Pelotonfeuers nicht achtend, die Höhen hinauf. Vertrautes Hurra begrüßt sie; an der Nordspitze der Insel, bei Arnkiel, ist eine andre Abteilung gelandet. Die Dänen, in die Mitte genommen, flüchten mit Bestürzung aus den Schützengräben; die Preußen dringen in den Rücken der Schanzen und erobern rasch eine nach der andern. Der „Rolf Krake" unterdessen hatte sich gegen die Boote gar nicht vorgewagt; er lag am Eingange des Sundes und wechselte Kugeln mit den preußischen Strandbatterien.

Landeinwärts indes, bei der Rönhofffschanze, setzten sich die Dänen; ein hitziges Gefecht entspann sich. Aber Verstärkungen mit Feldgeschützen langten nach und nach an, so daß das Mißverhältnis der Zahl sich mehr und mehr auszugleichen begann. Die Dänen wurden erst auf Kjär, dann auf Ulkebüll und Sundsmark zurückgeworfen und schifften sich endlich auf der stark verschanzten Halbinsel Kekenäs in großer Unordnung nach der Insel Fünen ein. Es war 9 Uhr, als die Preußen die Insel Alsen mit der Stadt Sonderburg in ihrer Hand hatten; nachmittags um 2 Uhr befand sich kein dänischer Soldat mehr auf der Insel. 2600 Gefangene, 108 Kanonen, 26 Danebrogs bestätigten den glänzenden Sieg der Preußen.

Besetzung Jütlands und der friesischen Inseln.

Die Preußen überschritten jetzt, während die Österreicher über den Ottensund nach der Insel Mörs vordrangen, unter General Vogel von Falckenstein den Limfjord, um auch den Norden von Jütland zu besetzen. Am 12. Juli standen sie auf Kap Skagen, der äußersten Nordspitze Jütlands. Wenige Tage danach, am 19., mußte sich auch der Kapitän Hammer mit seiner Flottille, die das Wattenmeer gedeckt hatte, an eine preußische Flottille und steirische Jäger ergeben, womit neben dem ganzen dänischen Festlande auch die friesischen Inseln in die Gewalt der Verbündeten kamen.

Umschwung in Kopenhagen.

Jetzt, wo selbst Fünen bedroht war, und die Preußen geräuschvolle Vorkehrungen zur Landung dort trafen, erfuhr die Stimmung in Kopenhagen einen jähen Umschlag. Die eben noch so kriegslustigen eiderdänischen Demagogen gerieten in lebhafte Besorgnis vor einem Angriff auf Seeland und verlangten, daß die Reste der Armee und Flotte zur Verteidigung um die Reichshauptstadt gesammelt würden, wenn die Sieger den Frieden verweigern sollten. König Christian entließ, aufs tiefste erbittert, am 8. Juli unter den stärksten, aber vollberechtigten Vorwürfen, sein eiderdänisches Ministerium Monrad und umgab sich mit einem friedliebenden Kabinett, dessen Leitung Bluhme, der Schöpfer der Verträge von 1852, übernahm.

Friede von Wien.

Bereitwillig bewilligten die Sieger am 20. Juli die nunmehr nachgesuchte Waffenruhe. Am 1. August schon war man über die Bedingungen des Friedens einig, den Bismarck persönlich in Wien mit dem Grafen Rechberg und dem dänischen Gesandten

von Quaade verhandelte; am 30. Oktober wurde der endgültige Vertrag zu Wien unterzeichnet. Der König von Dänemark trat darin alle seine Rechte auf die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an den Kaiser von Österreich und den König von Preußen ab, wobei er nur einige kleine nordschleswigsche Gebietsteile im Austausch mit altjütischen Enklaven südlich der Königsau behielt, und verpflichtete sich zugleich, „die Dispositionen, welche Preußen und Österreich in bezug auf die Herzogtümer treffen würden, anzuerkennen". Nach ihrer Bevölkerungszahl sollten die Herzogtümer einen Teil der dänischen Staatsschuld übernehmen; Kriegskosten wurden nicht verlangt. So waren denn jetzt nach langem Sehnen die Elbherzogtümer von Dänemark abgetrennt, das deutsche Land für Deutschland erobert, alte unvergessene Schmach gesühnt. Bismarck hatte seinen ersten und glänzendsten diplomatischen Feldzug gewonnen.

Neue Spannung zwischen Preußen und Österreich.

Wendung der österreichischen Politik.

Schon aber bereitete sich eine Wendung in dem Verhältnis zwischen Preußen und Österreich vor, die schließlich zum Bruche führte. Halb widerwillig hatte sich Österreich, seine seit länger als ein Jahrzehnt festgehaltene Politik verlassend, mit Preußen gegen Dänemark verbündet, und die Losreißung der Herzogtümer hatte es niemals erstrebt. Jetzt war es durch die Halsstarrigkeit der Dänen und Bismarcks Meisterschaft doch dazu gekommen und auch gar nicht mehr zweifelhaft, daß Preußen nicht aus den Herzogtümern weichen werde, ohne sein und Deutschlands Interesse dort energisch gesichert und also seine eigne Macht verstärkt zu haben. Um diesen Preis aber die enge Bundesgenossenschaft mit Preußen nach König Wilhelms und Bismarcks Wunsche zu erkaufen, lag auch dem Grafen Rechberg, dem Urheber des Bündnisses und einem persönlichen Freunde Bismarcks, ganz fern. Als er nun vollends wegen des Scheiterns der Zollvereinsverhandlungen (s. S. 288) am 27. Oktober 1864 seinen Abschied nahm, geriet sein Nachfolger, Graf Mensdorff-Pouilly, ein tapferer und ehrlicher General, aber ohne alle politische Erfahrung, sehr bald unter den Einfluß seines Amtsgenossen Schmerling, des Vertreters einer großösterreichischen Politik, und Österreich begann mehr und mehr sich wieder den Mittelstaaten zuzuwenden, um Preußen mit Hilfe des Bundestags im Zaume zu halten und es aus Schleswig-Holstein hinauszumanövrieren.

Abzug der Bundestruppen aus Holstein.

Statt dessen manövrierte Preußen zunächst die Bundestruppen aus Holstein hinaus. Um die Etappenlinien zu sichern, hatten die Preußen gleich im Anfange des Feldzugs Altona, Kiel und Rendsburg besetzt, und im Juli die Sachsen kurzerhand aus Rendsburg verdrängt; jetzt, nachdem die Herzogtümer befreit und die Bundesexekution demnach gegenstandslos geworden war, stellte es noch im Einvernehmen mit Österreich am 1. Dezember in Frankfurt den Antrag, die Bundestruppen aus Holstein abzuberufen, und hielt zugleich, um keinen Zweifel über den Ernst seines Entschlusses aufkommen zu lassen, zwei Divisionen bei Minden und Torgau in drohender Bereitschaft, während eine ungeheure Aufregung namentlich Sachsen ergriff und hier bereits militärische Vorkehrungen getroffen wurden. So nahm der Bundestag am 5. Dezember den Antrag an, und die Hannoveraner und Sachsen kehrten heim, diese auf dem weiten Umwege durch Hannover, Kurhessen, Südthüringen und Bayern, „um Kollisionen auf preußischem Gebiete zu vermeiden", beide mit den bittersten Empfindungen darüber, durch die Politik (freilich der Mittelstaaten, nicht Preußens) um ihren berechtigten Anteil an der Befreiung Schleswig-Holsteins gebracht worden zu sein. Die Verwaltung der Herzogtümer ging nun vollständig in die Hände eines preußischen und eines österreichischen Zivilkommissars über.

Die „Februarforderungen".

Aber von einem aufrichtigen Zusammenwirken der beiden Großmächte war bald keine Rede mehr. Österreich lenkte immer mehr zu der Auffassung der Mittelstaaten hinüber, die den Herzog Friedrich als souveränen Herrn anerkennen und Preußen aus dem Lande hinausdrängen, also einen neuen selbständigen Bundesstaat errichten wollten. Preußen hatte nur die Wahl, sich um die Früchte seiner Siege bringen oder es auf einen Konflikt ankommen zu lassen. Bismarck versuchte zunächst einen Mittelweg. In einer Note an Österreich vom 22. Februar 1865 formulierte Preußen seine

Bedingungen dahin, daß die Herzogtümer dem Zollvereine beiträten, ihr Post- und Telegraphenwesen an Preußen übergäben, ihre Militärmacht nach preußischem Muster umgestalteten und unter den Befehl des Königs von Preußen stellten, der dafür den Schutz der Herzogtümer gegen jeden Angriff übernähme, und einige strategisch wichtige Punkte, besonders Düppel-Sonderburg, Friedrichsort und die Mündungen des zu erbauenden großen Nordostseekanals abträten, während Rendsburg Bundesfestung mit preußischer Besatzung würde. Wiewohl nun diese „Februarbedingungen" dem deutschen Interesse nicht weniger entsprachen als dem preußischen, so wies sie doch der Herzog von Augustenburg, wie ein Souverän, nicht wie ein Prätendent Bismarck gegenübertretend, als „unannehmbar" zurück. Auch Österreich war ihnen mit Entschiedenheit entgegen, ebenso die Mittelstaaten und die Mehrheit der Bevölkerung in den Herzogtümern, teils aus Scheu vor dem preußischen „Militarismus" und der ganzen straffen preußischen Verwaltung, die mit der etwas behaglichen hergebrachten Weise wenig stimmte, teils in dem ehrenhaften Gefühl, daß das Volk nun einmal dem Herzog Friedrich gehuldigt habe und ihm nicht untreu werden dürfe. Daß es vollkommen unmöglich sei, schon aus finanziellen Gründen, Schleswig-Holstein mit einer ungeheuren Staatsschuld (etwa 240 Mill. Mark) als selbständigen Staat zu behaupten, daran dachten wenige. Da nun die Landesregierung in ihrer Mehrheit ebenso dachte, so war die Wirksamkeit des preußischen Zivilkommissars (von Zedlitz) gelähmt, und der österreichische Kommissar (Halbhuber) begünstigte ganz offen die sehr rührige Agitation der Augustenburger Partei. Über diese Beeinträchtigung seines Mitbesitzrechtes beschwerte sich Preußen, indes vergebens, und ebenso verlangte es die Ausweisung des Herzogs von Augustenburg aus den Herzogtümern sowie der augustenburgischen „Nebenregierung" in Kiel. Endlich griff Preußen zur Selbsthilfe, besetzte den Kieler Hafen, um die Marinestation von Danzig hierher zu verlegen (März 1865), und wies zwei der rührigsten Agitatoren aus dem Lande. Ein von Österreich unterstützter Bundesbeschluß vom 6. April, den beiden Großmächten die vertrauensvolle Erwartung auszusprechen, daß sie nunmehr Holstein dem Prinzen von Augustenburg übergeben würden, wurde von Preußen ausdrücklich zurückgewiesen.

103. Richard, Graf von Belcredi.
(Zu S. 298.)

Die Lage der preußischen Regierung war aber nicht leicht. Das Abgeordnetenhaus, so kurzsichtig wie die deutschen Liberalen überhaupt, strich am 8. Mai trotz aller überzeugenden Reden Roons abermals die Kosten der Heeresreorganisation und lehnte selbst einen Antrag auf eine Erklärung zu gunsten der preußischen Regierungspolitik ab, denn es war augustenburgisch und wollte vor allem die Wiederherstellung des angeblich verletzten Budgetrechts. Es war lediglich ein Prinzipienstreit, denn die

Die Lage der preußischen Politik.

finanzielle Lage war trotz des Krieges so günstig, daß die Staatseinnahmen ohne Erhöhung der Steuerlast seit dem Jahre 1865 7 Mill. Thaler mehr ergaben als im Jahre vorher. Die ungeheure Mehrheit der Deutschen stand auf demselben Standpunkte. Unter den wenigen Ausnahmen war H. von Treitschke, schon einer der ersten Publizisten der Nation, der in seinem bald berühmten Aufsatze „Bundesstaat und Einheitsstaat" mit hinreißender Beredsamkeit und unerbittlicher Schärfe nachwies, daß die politische Entwickelung Deutschlands auf die Unterordnung oder Einverleibung der Kleinstaaten unter Preußen zustrebe, aber er schlug damit der allgemeinen Ansicht gerade ins Gesicht. Diese ließ sich durch nichts irre machen in der Verurteilung der Politik Bismarcks als reaktionär, freiheitsfeindlich und undeutsch. Selbst ein so scharfsichtiger Politiker wie Th. von Bernhardi, kein Liberaler, urteilte nicht anders, der Kronprinz war Bismarcks entschiedenster Gegner und für den Prinzen von Augustenburg gestimmt. Nur der König hielt den verhaßten Minister, und Moltke bemerkte schon 1864: „Bismarck ist ein echter deutscher Patriot, ein so großer, genialer Staatsmann, wie er in einem Jahrtausend nur einmal geboren wird." Parlamentarische Unterstützung fand er nur bei den Konservativen, aber diese wollten wieder von einem Bruche mit Österreich nichts wissen. Ruhig, festentschlossen, klar ging er trotzdem seinen Weg. Doch die sehr ernsthaft von ihm erstrebte Zweiherrschaft Österreichs und Preußens in Deutschland mußte er aufgeben, weil Österreich sich von dem für Preußen unannehmbaren Bundesrechte nicht trennen wollte, da es seine Alleinherrschaft über Deutschland sicherte. Die Rechtsbedenken des Königs hatte ein Gutachten der preußischen Kronsyndici beseitigt, das die oldenburgischen wie die augustenburgischen Ansprüche auf die Herzogtümer als unbegründet abwies, indem es sich auf den Standpunkt stellte, daß das feudale Privatfürstenrecht dem Staats- und Völkerrechte, wie es in der dänischen Erbfolgeordnung von 1852 festgesetzt worden sei, nachstehen müsse. Noch einmal wandte sich der Monarch am 30. Juni persönlich an den Kaiser Franz Joseph; er war jetzt entschlossen, es um der Herzogtümer willen auf einen Krieg ankommen zu lassen, und ließ die ersten militärischen Maßregeln in Erwägung ziehen. Daraufhin beschloß ein Ministerrat, der am 21. Juli in Regensburg, bei der Durchreise des Königs von Karlsbad nach Gastein abgehalten wurde, von Österreich die Herstellung der Autorität in den Herzogtümern, also die Beendigung der augustenburgischen Agitation zu fordern, sonst würde sich Preußen dort im Zustande der Notwehr befinden. Dem bayrischen Ministerpräsidenten von der Pfordten (seit 1864), der eine Vermittelung versuchte, erklärte Bismarck am 23. Juli rund heraus, wenn Österreich das Regensburger Ultimatum nicht annehme, so sei der Krieg unvermeidlich.

Die innere Lage Österreichs.

Aber war denn Österreich in der Lage, ihn aufzunehmen? Die Gesamtstaatsverfassung war noch immer nicht durchgeführt, und der Wiener Rumpf-Reichsrat erwies sich als äußerst widerspenstig. In anbetracht der allerdings argen Finanznot, die 1864 in einer Mindereinnahme von 20 Mill. Gulden gegen den Voranschlag zu Tage trat, strich der Reichsrat von dem Militäretat von 107 Mill. 28 Mill., so daß alle entbehrlichen Pferde verkauft, ein großer Teil der Leute beurlaubt und viele Militärbauten eingestellt werden mußten. Kaiser, Adel und Generalität waren darüber tief erbittert, die Ungarn und die Slawen wollten von dem zentralisierenden und germanisierenden Liberalismus Schmerlings niemals etwas wissen, der Klerus grollte wegen der 1861 proklamierten unbeschränkten Glaubensfreiheit, und als nun das Abgeordnetenhaus am 21. Juni statt der geforderten Anleihe von 117 Mill. nur 13 bewilligte, da reichten am 27. Juni alle Minister, mit Ausnahme des Grafen Mensdorff, ihre Entlassung ein, die der Kaiser ungnädig gewährte. Den Vorsitz des neuen Ministeriums übernahm Graf Belcredi, bisher Statthalter von Böhmen, ein feudalklerikaler Edelmann. Nach dem Schlusse des Reichsrates am 27. Juli konstituierte er sich sein Ministerium aus Männern seiner Richtung; das Auswärtige behielt Graf Mensdorff.

Die Konvention von Gastein.

So stand es in Wien, als man sich über das preußische Ultimatum zu entscheiden hatte. Man beschloß, zu verhandeln, und schickte den österreichischen Gesandten in München, Graf Blome, einen gebornen Holsteiner, zum König Wilhelm und Bismarck

104. Generalfeldmarschall Edwin von Manteuffel.

nach Gastein. Auf Blomes Vorschlag wurde am 14. August ein Vertrag dahin abgeschlossen, daß in Schleswig Preußen allein, in Holstein Österreich allein die Regierung, doch jede Macht im Namen beider, führen solle; sein Mitbesitzrecht an Lauenburg verkaufte Österreich an Preußen für $2^1/_2$ Millionen Thaler dänisch und verpflichtete sich außerdem, durch Holstein für Preußen Etappenstraßen offen zu halten und den Eintritt beider Herzogtümer in den Zollverein gut zu heißen. In Kiel blieb preußische Besatzung. Am 20. August vollzogen beide Monarchen den Vertrag in Salzburg. Offenbar war der Vorteil dieses Vertrages auf seiten Preußens; König Wilhelm erkannte dies an, indem er Bismarck zum Grafen erhob. Österreichischer Gouverneur in Holstein wurde der General von Gablenz, preußischer in Schleswig der Generalleutnant Edwin von Manteuffel, ein Mann, ebenso besonnen wie energisch.

Zwar aus den Elbherzogtümern kamen Proteste gegen den Vertrag, und die öffentliche Meinung in Süddeutschland verurteilte ihn auf das schärfste. Der Bundestag entzog sich aller Verlegenheit, indem er sich auf ein Vierteljahr vertagte. Aber dem preußischen Volke begann ein Gefühl dafür aufzugehen, daß die Macht und die Zukunft des Vaterlandes hoch über allem Parteihader ständen.

„Sistierung" der Gesamtverfassung.

Der vorläufige Ausgleich mit Preußen gewährte Österreich die Möglichkeit, seine inneren Verhältnisse einigermaßen zu ordnen. Schon am 20. September 1865 wurde die Gesamtverfassung bis zum Vollzug des Ausgleichs mit Ungarn und Kroatien

„sistiert", am 14. Dezember eröffnete der Kaiser zum erstenmal in Person den ungarischen Landtag, am 20. Dezember stellte er einer Deputation des böhmischen Adels die Krönung in Prag in Aussicht. Der deutsch-liberale Zentralismus Schmerlings war aufgegeben. Österreich hatte einen Weg eingeschlagen, der es zum slawisch-ungarischen Föderalismus unter der Vorherrschaft des feudalen Adels und des ultramontanen Klerus, also weit hinter die Zeit Maria Theresias zurück, führen mußte.

Und das geschah gerade in dem Augenblicke, da Österreich den Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland aufnehmen mußte. Mit Slawen und Ultramontanen im Bunde ließ sie sich ganz gewiß noch weniger erringen, wie zur Zeit Ferdinands II., denn der Gegner war ungleich gewaltiger als damals.

Der Ausbruch des Deutschen Krieges.

Preußisch-italienische Verhandlungen.

Daß der Krieg mit Preußen nur vertagt, nicht zu vermeiden war, das hatte Graf Bismarck mit voller Klarheit erkannt, obwohl er ihn vermied, solange er konnte. Durch den preußischen Gesandten in Florenz, den Grafen Usedom, hatte er daher schon im Sommer 1865 die italienische Regierung sondieren lassen, welche Haltung sie bei einem preußisch-österreichischen Konflikt einzunehmen beabsichtige. Diese, von der öffentlichen Meinung ungestüm zur Erwerbung Venetiens gedrängt, mit ihrem Kaufantrage aber von Österreich im Oktober abgewiesen, sprach mit Entschiedenheit ihre Sympathie für Preußen aus, während Österreich in Paris Anstrengungen machte, um für den Fall eines Krieges mit Preußen durch Napoleon die Neutralität Italiens zu erlangen. Aber die Hoffnung, durch Preußens Mitwirkung Venetien zu erwerben, nachdem die Septemberkonvention (1864, s. oben S. 160) den Weg nach Rom verlegt hatte, wies Italien an Preußen, und der Abschluß eines günstigen Handelsvertrages mit dem Zollverein, wobei die Mittelstaaten endlich das Königreich Italien anerkannten (Dezember 1865), verschaffte Preußen bei den Italienern eine große Popularität. Zu Frankreich stand Preußen seit 1863 im ganzen freundschaftlich; jedenfalls hatte Bismarck bei einem Aufenthalte in Biarritz (Oktober 1865) erfahren, daß Napoleon III., durch die heillosen Nachwirkungen der mexikanischen Expedition gelähmt, dem Entscheidungskampfe in Mitteleuropa gegenüber neutral zu bleiben gedenke. Allerdings geschah das unter der Voraussetzung, daß Preußen und Österreich in einem langen mörderischen Kampfe ihre Kräfte erschöpfen würden und er dann im stande sein werde, ihnen seine Vermittelung aufzuzwingen, um selbst für Frankreich einen Landgewinn, für Italien Venetien zu erlangen. Denn eines solchen Erfolges bedurfte er, um sein wankendes Ansehen im Lande zu befestigen.

Ende des preußisch-österreichischen Bündnisses.

Die sich anbahnenden Beziehungen zwischen Preußen und Italien hatten das Ihrige dazu beigetragen, Österreich zu dem Gasteiner Vertrage zu bestimmen. Dennoch waren wenige Monate vergangen, als auch, nach anfänglich gutem Einvernehmen beider Statthalter, schon die augustenburgischen Agitationen in Holstein unter den Augen des österreichischen Gouverneurs mit verstärkter Lebhaftigkeit begannen. Volksversammlungen fanden statt; die holsteinische Presse floß über von Schmähungen gegen Preußen; der Erbprinz Friedrich erschien sogar in dem schleswigschen Eckernförde, um die Huldigungen seiner Anhänger entgegenzunehmen (14. Oktober). Manteuffel drohte ihm im Wiederholungsfalle mit Verhaftung, regierte dabei das Land als der ehrliche entschlossene Mann, der er war, straff, sparsam und gerecht, überall zwar nicht Liebe, aber Achtung erwerbend. Als endlich nach seinen Berichten Graf Bismarck in einer ausführlichen Depesche vom 26. Januar 1866 alle Beschwerden Preußens über die Nichtachtung des preußischen Mitbesitzrechtes an beiden Herzogtümern zusammenfaßte, erfuhr er von Wien aus eine kühle Ablehnung (7. Februar), die er ohne Antwort ließ. Damit war das österreichisch-preußische Bündnis zu Ende. König Wilhelm hielt daher unter Zuziehung Moltkes und Manteuffels am 28. Februar 1866 in Berlin einen Kriegsrat; der Beschluß ging dahin, daß es mit der Ehre Preußens unverträglich sei, in der Angelegenheit der Elbherzogtümer vor Österreich sich zu beugen, also der

Krieg um sie aufzunehmen sei, daß aber ein Anlaß zur Mobilmachung noch nicht vorliege. Nur der Kronprinz stimmte gegen den Krieg.

Österreichische Rüstungen.

Anders dagegen entschied der Kriegsrat, den der Kaiser Franz Joseph 7.—10. März in Wien hielt; Österreich begann sofort mit militärischen Vorbereitungen und Truppenansammlungen in Böhmen und Mähren, so daß binnen kurzem 90 000 Mann zum Einbruch in Schlesien bereitstanden, und sprach am 16. März den befreundeten deutschen Regierungen vertraulich die Erwartung aus, daß sie, wenn es zum Bruche mit Preußen käme, für Bundesexekution gegen Preußen und die Mobilmachung der deutschen Bundeskontingente stimmen würden.

Preußisch-italienisches Bündnis.

Auf die Kunde von diesen militärischen und diplomatischen Maßregeln Österreichs richtete Preußen am 24. März gleichfalls eine Note an die deutschen Regierungen, in der es, zugleich eine Bundesreform in Aussicht nehmend, anfragte, „ob und in welchem Maße es auf deren Unterstützung in dem Falle rechnen könnte, wenn es von Österreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Kriege genötigt werde". Zugleich wurden am 27. März die ersten militärischen Maßregeln verfügt. Allein die Antworten auf jene Note blieben teils ganz aus, teils lauteten sie ausweichend. Selbst Bayern zeigte sich jetzt unsicher, obwohl von der Pfordten keineswegs österreichisch gesinnt war, aber er sah in dem Nebeneinander der beiden Großmächte im Bunde eine Bürgschaft für die Selbständigkeit und Geltung der Mittelstaaten, und erschrak vor dem demokratischen Gedanken eines wirklichen deutschen Parlaments. Schlug sich aber Bayern auf die Seite Österreichs, so war damit die Parteinahme der Mittelstaaten überhaupt entschieden und Preußen in Deutschland isoliert. Daher brachte Bismarck nunmehr die Verhandlungen mit Italien, zu deren Führung der General Govone schon am 8. März nach Berlin gekommen war, zum Ende und schloß am 8. April ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Preußen und Italien auf drei Monate. Italien bedang sich darin den Erwerb von Venetien aus — Südtirol hatte Bismarck verweigert — Preußen eine mindestens ebenso große Gebietserweiterung, falls es binnen dieser Frist in Deutschland wegen der Bundesreform zum Kriege kommen sollte. Die Entscheidung blieb also ganz in den Händen Preußens. Die Führer der beiden werdenden Nationen Mitteleuropas vereinigten sich, um die Fesseln zu brechen, die ihnen eine längst veraltete Ordnung der Dinge auferlegte.

Der preußische Bundesreformplan; Attentat auf Bismarck.

Denn nicht allein um Schleswig-Holstein wollten König Wilhelm und Bismarck die Existenz Preußens einsetzen, sondern um dem deutschen Volke eine Verfassung zu erzwingen, unter der es seine gewaltigen Kräfte frei entfalten und Preußen endlich die ihm gebührende Stellung erringen konnte. Dem entsprechend stellte Preußen am 9. April im Bundestage den Antrag auf Einberufung einer aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgehenden deutschen Nationalversammlung für einen bestimmten Tag, um über einen bis dahin von den Regierungen ihr vorgelegten Entwurf einer Bundesreform zu beraten. Der Bundestag übergab den preußischen Antrag einem Ausschuß, der ihn nach Bundesbrauch begrub. Denn die Bestürzung und Verblüffung war allgemein, obwohl die vertraulich mitgeteilten Grundzüge der Reform sich in sehr bescheidenen Grenzen hielten und von einem Ausschluß Österreichs kein Wort sagten, auch kein einheitliches Bundesoberhaupt vorschlugen und Frankfurt als Bundeshauptstadt bestehen ließen. Aber die Regierungen entsetzten sich über eine Erneuerung der Paulskirchenversammlung, und die deutschen Liberalen wollten schlechterdings nicht glauben, daß dieser „reaktionäre Junker" ehrlich eine so volkstümliche Verfassung vorschlug. Wieder einmal zeigte die Mehrheit des deutschen Volkes eine erstaunliche politische Unreife. Tagtäglich ergoß sich eine Flut von Schmähungen und Verwünschungen, ja von rohen Drohbriefen über Bismarck. Kein Wunder, daß endlich ein junger Fanatiker, der Student Julius Cohn, ein Stiefsohn des demokratischen Flüchtlings Karl Blind in London, Ernst machte; als der Minister am 7. Mai nachmittags Unter den Linden vom König nach der Wilhelmsstraße zurückging, feuerte er mehrere Revolverschüsse auf ihn ab, die ihn teilweise trafen, aber nur leicht streiften. Die Auflösung des Abgeordnetenhauses am 9. Mai und die Ausschreibung von Neu-

wahlen auf den 3. Juli schienen nur angeordnet zu sein, um die Stimme des Volkes im entscheidenden Augenblicke zu ersticken. Um so lauter erhob sie der Ausschuß des Nationalvereins, der am 14. Mai den Urheber des „Kabinettskrieges“ kraftvoll verfluchte. Nicht minder heftig sprach sich am 20. Mai der deutsche Abgeordnetentag in Frankfurt aus. „Und wenn die Kroaten vor Berlin ständen, diesem Ministerium keinen Groschen“ war die patriotische Losung der Fortschrittspartei. In wahrhaft unwürdigen Jammertönen protestierten zahlreiche Körperschaften und Vereine in Preußen gegen den Krieg, nur Erklärungen aus Halle und Breslau machten eine rühmliche Ausnahme, und H. von Treitschke rief den Preußen zu: „Ist es ein schlechtes Lob für einen preußischen Minister, daß ihn Preußens Feinde hassen wie den Gottseibeiuns?“

Rüstungen in Deutschland.

So ließ sich das deutsche Volk die Entscheidung über seine ganze Zukunft durch das Schwert des Siegers aufzwingen. Denn wenn es jetzt nicht, wie einst die geringschätzig behandelten Italiener 1859/60 thaten, gewaltig seine Stimme zu gunsten dieser Bundesreform erhob, der so oft heiß begehrten, die jetzt die mächtigste deutsche Regierung ihm freiwillig bot, dann blieb nur der verabscheute Bundes- und Bruderkrieg, und die Mitschuld daran traf das deutsche Volk. Bereits standen sich die beiden Gegner die Hand am Schwerte gegenüber. Jeder machte dem andern den Vorwurf, zum Kriege herausgefordert zu haben; jeder lehnte den Vorwurf von sich ab. Da schlug Österreich beiderseitige Abrüstung vor und Preußen ging sofort (21. April) darauf ein. Nun aber erklärte Österreich am 26. April nur gegen Preußen, nicht auch gegen Italien, das ja ebenfalls gerüstet habe, abrüsten zu wollen. Preußen jedoch verlangte, daß die Abrüstung aller drei Mächte eine vollständige sein müsse, und das lehnte wieder Österreich ab. Zugleich begannen nun auch die deutschen Gegner Preußens in größerem Maßstabe zu rüsten; Sachsen hatte in seiner bedrängten Lage sogar schon vor Österreich seine Reservisten einberufen. Da nun auch schon Kurhessen und Hannover militärische Vorkehrungen trafen, also unter Umständen die Verbindung der beiden Teile Preußens gefährden konnten, so wurde bis zum 8. Mai die Mobilisierung der ganzen preußischen Armee, aller neun Armeekorps, angeordnet und am 10. auch der größte Teil der Landwehr einberufen. Hannover wurde dadurch und durch eine drohende Depesche am 9. Mai so eingeschüchtert, daß es sich zu Neutralitätsverhandlungen bereit erklärte. Wie sehr trotz alledem noch König Wilhelm bereit war, den Krieg zu vermeiden, wenn ihm auch nur einige Zugeständnisse gemacht wurden, zeigt sich darin, daß er auf eine geheime Verhandlung einging, die Anton von Gablenz, der Bruder des Generals, der in Preußen ansässig war, auf Grund eines preußisch-österreichischen Dualismus vorschlug und während des Mai in Wien begann. Aber die Feindseligkeit war schon zu groß, und die inneren Verlegenheiten, namentlich die verzweifelte Finanzlage, drängten Österreich zu einem großen kriegerischen Erfolge, an dem man gar nicht zweifelte.

Napoleons Kongreßvorschlag.

Man war entschlossen, die Hauptkräfte auf Preußen zu werfen und daher unter Umständen noch vor dem Kriege Venetien den Italienern zu opfern, bot dies auch um den 24. Mai in Paris an. Die Aussichten schienen dafür bei Napoleon III. nicht ungünstig, denn seine Andeutungen, daß er sich als Preis seiner Neutralität von Preußen einen Teil des linken Rheinufers ausbedinge, hatte Bismarck durchaus ablehnend beantwortet. Da hoffte er, durch einen Kongreß die Rolle eines Schiedsrichters in die Hände zu bekommen, und schlug daher am 24. Mai einen solchen zur Schlichtung der streitigen Fragen vor. Preußen stimmte dem Vorschlage schon am 29. Mai, Italien am 1. Juni bei, Österreich jedoch verlangte, daß auf dem Kongresse, wenn es ihn annehmen solle, der Papst eingeladen, also die ganze italienische Frage aufgerollt werde, und daß „von keiner Seite ein Anspruch auf eine Gebietsvergrößerung erhoben werden dürfe“; es sollte also die Entscheidung über Venetien und Schleswig-Holstein von vornherein ausgeschlossen werden, um derentwillen gerade der Kongreß vorgeschlagen wurde.

Der Bruch.

An demselben Tage, am 1. Juni, übergab es, unbekümmert um Preußens Widerspruch, dem Bundestage die schleswig-holsteinische Frage zur Entscheidung

und beauftragte Gablenz, die holsteinischen Stände auf den 11. Juni einzuberufen. Damit war der Vertrag von Gastein zerrissen, der Kriegsfall gestellt. Manteuffel erklärte darauf Gablenz, er habe Befehl, zur Sicherung des preußischen Mitbesitzrechtes Holstein wieder zu besetzen, indem er Gablenz freistellte, in der gleichen Weise in Schleswig zu verfahren. Und schon folgenden Tages (7. Juni) rückten 20 000 Mann Preußen aus Schleswig und Lauenburg in Holstein ein, während preußische Kriegsschiffe auf der unteren Elbe erschienen. Darauf verließ der Prinz Friedrich das Land, und auch Gablenz mit seiner Brigade Kalik (4800 Mann) zog sich über Hamburg, Hannover und Hessen nach Böhmen zurück. Nunmehr legte Preußen in einer Zirkularnote vom 10. Juni den deutschen Regierungen den weiter ausgeführten Entwurf einer Bundesreform vor. Er schloß Österreich aus dem Bunde aus, gab den militärischen Oberbefehl im Norden an Preußen, im Süden an Bayern, faßte die Errichtung einer Bundesmarine und eines Parlaments ins Auge. Doch schon am 11. Juni beantragte Österreich bei dem Bundestage die Mobilmachung sämtlicher nichtpreußischen Kontingente und brach die diplomatischen Beziehungen mit Preußen ab. Und so eilig hatten es Österreich und seine Freunde, zum offenen Bruche mit Preußen zu gelangen, daß die Abstimmung über den österreichischen Antrag schon nach drei Tagen angesetzt wurde.

Napoleon III. und Österreich.

Denn Österreich glaubte sich in der vorteilhaftesten Lage zu befinden. Am 12. Juni schloß es nach langen Verhandlungen mit Frankreich einen geheimen Vertrag. Venetien sollte danach an Italien fallen, doch mit Vorbehalt aller Rechte des Papstes. Falls in Italien eine reaktionäre Bewegung ausbrechen sollte, würde das zuzulassen sein. Als Entschädigung sollte Österreich Schlesien erhalten, aber keine einheitliche Ordnung in Deutschland einrichten; dafür beanspruchte Frankreich „Kompensationen" (am Rhein). Während dieser Vertrag sich ins tiefste Geheimnis hüllte, verkündigte Napoleon III. in der Form eines an seinen Minister des Auswärtigen, Drouyn de l'Huys, gerichteten Briefes, der an demselben Tage dem Senate vorgelegt wurde, seine Absichten unter der Maske aufgegebener Vorschläge für den Kongreß ziemlich deutlich (für Österreich Erhaltung seiner „alten Stellung in Deutschland", für die Mittelstaaten „eine festere Verbindung und größere Geltung", für Preußen eine „bessere Gleichartigkeit und Kraft im Norden", für Italien Venetien, für Frankreich nur dann eine Vergrößerung, wenn das europäische Gleichgewicht gestört werde). Er hielt jetzt, da Italien den Krieg schwerlich mit ganzer Kraft führen würde und die Mittelstaaten alle gegen Preußen standen, den Sieg Österreichs für ganz sicher. Mit diesem wäre die fast fertige Einheit Italiens zerstört und die werdende Einheit Deutschlands verhindert worden. Es war eine Lage fast wie 1757 (s. Bd. VII, S. 465 f.).

Abstimmung am Bundestage

Nur wenige wußten ganz, um welch furchtbar ernste Zukunftsfrage für Deutschland es sich handelte, als der österreichische Antrag am 14. Juni 1866 unter ungeheurer Spannung zur Abstimmung kam. Der preußische Bundestagsgesandte von Savigny legte Verwahrung ein gegen die Verletzung der durch die Bundesverfassung vorgeschriebenen Formen, die nur einen Exekutionsbeschluß gegen einen Bundesstaat und erst nach dessen Annahme den Antrag auf Mobilisierung von Streitkräften kannte; natürlich enthielt er sich der Abstimmung. Das Ergebnis war, daß neun Stimmen für den Antrag abgegeben wurden, nämlich Österreich, die vier Königreiche, beide Hessen, Nassau und die Kleinstaaten der 16. Kurie; dagegen stimmten Weimar und die thüringischen Staaten, ausgenommen Meiningen, dann Luxemburg, beide Mecklenburg, Oldenburg, Anhalt, Schwarzburg und die freien Städte außer Frankfurt zusammen fünf Stimmen; Baden stimmte nicht mit. Nun erhob sich Savigny, erklärte durch den gefaßten Beschluß den Bundesvertrag für gebrochen, den Bund damit für aufgelöst, und verließ die Bundesversammlung. Die Bundesmehrheit protestierte zwar gegen diese Auffassung, erhielt aber ihren Beschluß aufrecht. Sie ahnte nicht, daß sie selbst das Todesurteil über den Deutschen Bund ausgesprochen hatte, um dessen Verteidigung sie sich über das ganze so hochgepriesene Bundesrecht hinwegsetzte. Der „Bruderkrieg" war da.

Stimmung in Deutschland.

Unzweifelhaft war die Stimmung weithin in Deutschland ganz überwiegend preußenfeindlich. Allerdings gab es genug gemäßigte Liberale, die jetzt bereit waren, auf Bismarcks Reformplan einzugehen, schon weil sie einen Sieg Österreichs unter keinen Umständen wollten. In Hannover und Hessen, in Thüringen und Sachsen, sogar in Bayern, Württemberg und Baden traten sie zu Tage. Aber diese Stimmen verhallten zunächst ohnmächtig in dem tobenden Zeitungslärm, in dem sich aller Haß der Partikularisten, Demokraten und Ultramontanen gegen das monarchisch-protestantische Preußen mit einer Roheit entlud, an die man noch heute nicht ohne Beschämung denken kann. Die Volksvertretungen folgten dem Strome; in Sachsen wurden mit überwältigender Mehrheit trotz der Einsprache des wackeren Bürgermeisters Koch von Leipzig die Kosten für die Heeresrüstung genehmigt. Das bayrische Abgeordnetenhaus bewilligte mit sehr großer Majorität die 31 Millionen Gulden, die von der Pfordten für den Krieg forderte; in Württemberg stimmten von 90 Abgeordneten nur 8 für Bewahrung der Neutralität; selbst in Baden war der Großherzog zur Berufung des Ministeriums Edelsheim gedrängt worden, das sofort auf Österreichs Seite trat.

Haltung des preußischen Volkes.

Inmitten dieses tobenden, überschäumenden Hasses ringsum, selbst zerklüftet und verbittert durch einen jahrelangen Parteikampf, bewährte das preußische Volk eine wunderbare militärische Mannszucht. Ohne Begeisterung, aber pünktlich und vollzählig stellten sich die Reservisten und die Landwehr zu den alten Fahnen, denn tief im Blute lag ihnen allen die monarchische Gesinnung und die Gewöhnung des Dienstes; die neue so hartnäckig bestrittene Heeresorganisation bewährte eine Leistungsfähigkeit, die Preußens Freunde mit staunender Bewunderung, seine Feinde mit Entsetzen erfüllte, und die Oberleitung des Staates und des Heeres entfaltete eine Überlegenheit des festen Entschlusses und des klaren Blickes, wie sie niemand auch nur entfernt erwartet hatte.

So brach der Krieg über dies friedensverwöhnte Geschlecht herein, blitzschnell und betäubend, zermalmend und erhebend, wie ein schweres, aber luftreinigendes Gewitter.

Die Überwältigung der norddeutschen Mittelstaaten.

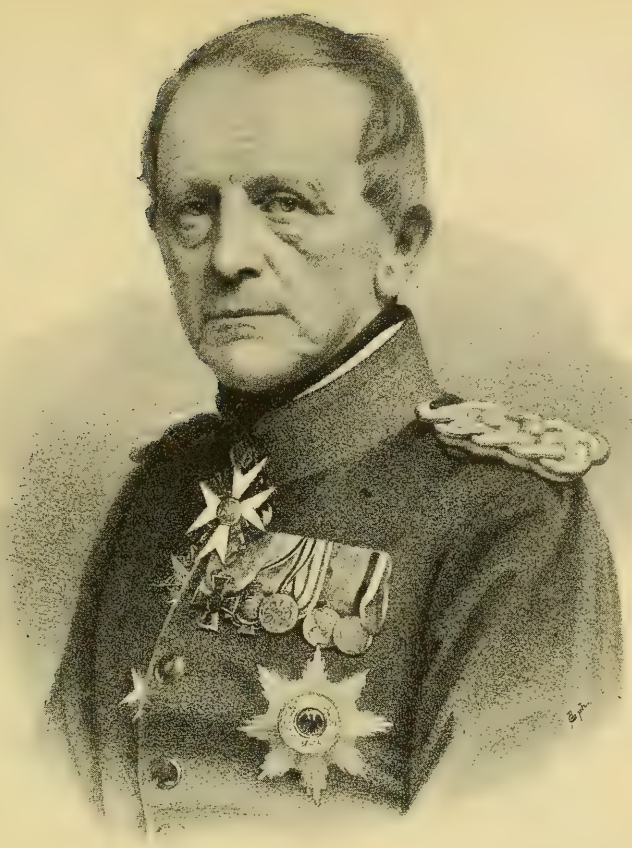
Preußische Aufstellung.

Die preußischen Truppen standen im nordwestlichen Deutschland zunächst weit voneinander getrennt, Manteuffel in Holstein, Vogel von Falckenstein bei Minden, von Beyer bei Wetzlar, alles in allem nur 48000 Mann, deren Kern das VII. (westfälische) Armeekorps bildete. Die großen Heeresmassen waren im Osten längs der preußisch-sächsischen und der schlesisch-böhmischen Grenze in drei Armeen versammelt: um Torgau die Elbarmee, 46000 Mann unter Herwarth von Bittenfeld, um Görlitz die Erste Armee, 93000 Mann unter Prinz Friedrich Karl, um Neiße und in der Grafschaft Glatz die Zweite Armee, 115000 Mann unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, dahinter bei Berlin, noch das (erste) Reservekorps unter von der Mülbe (Landwehr). Im ganzen also standen 254000 Mann zum Stoße auf Sachsen und Böhmen bereit.

H. v. Moltke.

Die Seele der preußischen Kriegführung war als Chef des Generalstabes der General Helmut von Moltke.

Zu Parchim in Mecklenburg am 26. Oktober 1800 in sehr bescheidenen Verhältnissen geboren, war er schon als junger Leutnant, nachdem er drei Jahre dänischer Offizier gewesen, 1822 in preußische Dienste getreten. Auf einer Orientreise im Herbst 1835 machte er die Bekanntschaft von Chosrew Pascha und wurde bis zum Tode des Sultans Mahmud 1839 militärischer Ratgeber des türkischen Kriegsministers, hatte auch an der Schlacht bei Nisib (24. Juni 1839, Bd. IX, S. 376) teilgenommen, nur daß seine Ratschläge meist sehr unvollkommen befolgt worden waren. Mitten in den Kriegsstürmen erforschte er, meist unter großen Strapazen, Kleinasien und Syrien. Im Jahre 1839 nach Berlin in den Generalstab zurückgekehrt, stieg er allmählich bis zum Generalmajor auf, wurde 1855 Adjutant des Kronprinzen Friedrich Wilhelm und 1858 Chef des Generalstabes der Armee. Bei der Armeereform war er in hervorragender Weise organisatorisch thätig; für den schleswig-holsteinischen Feldzug gab er die allgemeine Direktive. Seine ganze Genialität aber offenbarte er in dem Kriege gegen Österreich, in dem ihm die glänzende Durchführung seines strategischen Grundsatzes „Getrennt marschieren, vereint schlagen" die Bewunderung der ganzen Welt eintrug, die von ihm bisher nur wenig gewußt hatte.



105. Generalfeldmarschall Graf Helmut von Moltke.

Er verkörperte in sich jene eigentümliche Verbindung von militärischer Praxis und eminenter wissenschaftlicher Bildung, die in der neuesten Zeit dem preußisch-deutschen Heere so charakteristisch ist und ihm seine unübertroffenen Erfolge gebracht hat. Wie das „Volk der Denker" zu einem „Volke der Thaten" wurde, das zeigte Moltke am glänzendsten Beispiel. „Genie ist Fleiß", sagte er, und sicher hat es niemals einen fleißigeren und gelehrteren Offizier gegeben, denn „Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige". Sein ebenso klarer als scharfer Geist vereinigte alle Zweige des Wissens, die nur irgendwie mit seinem Berufe in Verbindung standen, zu einer harmonischen Einheit und wußte jedem Gedanken den kürzesten und treffendsten Ausdruck zu verleihen. So wurde er einer der ersten deutschen Schriftsteller und Redner. Dieser Reichtum eines ungeheuren Wissens, das er souverän beherrschte, machte ihn in Verbindung mit dem ruhigen durchdringenden Blick zu einem ausgezeichneten Beobachter und Kenner von Menschen und Dingen in ganz Europa und einem großen Teile Vorderasiens. Kam es dann zur praktischen Thätigkeit, dann offenbarte dieser wunderbare Mensch, der mit dem schmalen, bartlosen, durchgeistigten Gesicht und der schmächtigen Gestalt aussah wie ein stiller Gelehrter in Uniform, berechnende Vorsicht mit kühnster Entschlossenheit. Kaltblütig beobachtend übersah er die vor ihm tobende Schlacht, des Erfolges gewiß, denn seine Berechnungen konnten nicht trügen, und seines Werkzeuges, der Armee, war er sicher. Schweigsam und doch warmherzig, seines Wertes sich bewußt und doch durch und durch anspruchslos und bescheiden, so hatte dieser glücklichste Feldherr des Jahrhunderts nur Bewunderer, keinen Feind und ging fast kampflos durch ein Leben voll der wunderbarsten Erfolge, bis ein rascher Tod ihn schmerzlos abberief (25. April 1891).

Der preußische Feldzugsplan.

Nach seinem Plane sollten die im Westen stehenden Truppen sofort die zwischen den preußischen Provinzen liegenden Mittelstaaten überwältigen, die Hauptmassen im Osten zugleich Sachsen besetzen und dann von dort aus und von Schlesien her in Böhmen einbrechen, dort sich vereinigen, die Österreicher schlagen und geradeswegs auf Wien vordringen. So richteten bereits am 15. Juni die preußischen Gesandten in

106. Kronprinz Albert von Sachsen (um 1870).
Nach einer Photographie.

Dresden, Hannover und Kassel die gemessene Aufforderung an die dortigen Regierungen, noch an diesem Tage zu erklären, ob sie sofort entwaffnen und den preußischen Bundesreformplan annehmen wollten, gegen Bürgschaft ihres Besitzstandes und ihrer Souveränität, soweit diese nicht durch jenen Plan verändert würde.

Räumung Sachsens.

Die sächsische Armee, 32 000 Mann mit 64 Geschützen, stand unter dem Oberbefehl des Kronprinzen Albert (geb. 23. April 1828) kriegsfertig in geschlossener Stellung um Kesselsdorf und Tharandt, zur Deckung Dresdens, mit Spitzen an der Landesgrenze, des Anmarsches der Österreicher gewärtig. Obwohl von diesem gar keine Rede war, verwarf doch die Regierung das preußische Ultimatum, rief die Hilfe des Bundes an und befahl den Abmarsch der Armee übers Erzgebirge nach Böhmen, dessen Grenze sie am 18. Juni auf drei Straßen nach Teplitz hin überschritten. Nur der Königstein blieb besetzt und sperrte die Elbe. Die Elbbrücken bei Riesa und Meißen wurden zerstört, die Eisenbahnen unterbrochen, die Lokomotiven in wilder Jagd nach Bayern geschickt. Aber schon am Abend des 15. oder am Morgen des 16. Juni überschritten die Spitzen der preußischen Truppen bei Riesa, Leipzig und Löbau die Grenze, am 18. zogen sie in Dresden ein. Doch blieb die zurückgelassene Landeskommission und damit die Verwaltung unter einem preußischen Kommissar in ungestörter Thätigkeit.

Besetzung Kurhessens

In Kurhessen war bisher nicht das mindeste geschehen, um die Truppen kriegsfertig zu machen. Erst am 15. Juni befahl der Kurfürst die Mobilisierung und begehrte dazu vom Landtage die nötigen Mittel. Der aber lehnte sie mit 35 gegen

14 Stimmen ab und forderte die Neutralität. Mitten in diese Verhandlungen hinein fuhr am Morgen des 15. das preußische Ultimatum, und da dies abgelehnt wurde, noch am Abend die Kriegserklärung. Nunmehr wurde der Abzug der völlig ungerüsteten Truppen (4200 Mann mit 16 meist unbespannten Geschützen) nach Hanau angeordnet und die Eisenbahn nach Eisenach unterbrochen. Unter dem finsteren Schweigen der Bevölkerung räumten sie die Hauptstadt. Der Kurfürst aber blieb auf Wilhelmshöhe, weil der ständische Ausschuß sich rundweg weigerte, den Staatsschatz wegbringen zu lassen. Er bestand im wesentlichen aus dem englischen Blutgelde für die hessischen Landeskinder (s. Bd. VII, S. 533) und wurde jetzt der Dynastie zum Verderben. Denn inzwischen war General von Beyer schon seit dem 16. von Wetzlar her in vollem Anmarsch, seine Kolonnen bedeckten auf Stundenlängen die Straßen und trafen am 19. in Kassel ein. Der Kurfürst wurde als Gefangener nach Stettin gebracht.

Rückzug der Hannoveraner.

In Hannover, wo die Bevölkerung einen Anschluß an Österreich für ganz unmöglich gehalten hatte — soeben gingen die letzten Bataillone der Brigade Kalik südwärts durch das Land — befahl der blinde König, als am 15. Juni Graf Isenburg das preußische Ultimatum übergab, die zerstreuten und nur halb kriegsbereiten Truppen, wie sie gingen und standen, nach Göttingen zu werfen und alles Material dorthin zu führen. Noch in der Nacht trafen die ersten Bataillone in der stillen Musenstadt ein, wo alles in der heftigsten Aufregung war. Von einer Annahme des Ultimatums war auch hier gar keine Rede; einer städtischen Deputation, die übereinstimmend mit dem Antrag Rudolfs von Bennigsen im Landtage, in Herrenhausen vom Könige noch zu später Nachtstunde empfangen wurde und die Neutralität verlangte, erklärte der Monarch, verblendet von der angeblichen Überlegenheit Österreichs und seinen 800 000 Mann, daß er als Christ, Monarch und Welf die preußischen Zumutungen ablehnen müsse, und reiste um 4 Uhr morgens mit dem Kronprinzen zur Armee nach Göttingen. Schon waren die preußischen Kolonnen von Harburg und Minden her im Vormarsch; am 17. abends zog Vogel von Falckenstein im grollenden Hannover ein, wo er noch ein ungeheures Kriegsmaterial vorfand; ein preußisches Geschwader aber überrumpelte die Festung Stade und besetzte Emden, dessen Einwohner mit lautem „Hurra" die aufsteigende preußische Flagge begrüßten.

Binnen drei Tagen waren die drei norddeutschen Mittelstaaten mit allen ihren reichen Hilfsquellen bis auf geringe Reste in den Händen der Preußen, ihre Truppen auf dem Rückzuge oder außer Landes. Den unermeßlichen Eindruck charakterisierte der „Kladderadatsch" damals also:

„Das Vorspiel ist vorüber! Kommt und seht,
Wie meisterlich und rasch es abgespielt!
Vom Winde weggeblasen und verweht,
Die gestern noch so sicher sich gefühlt!"

Die Hannoveraner in Thüringen.

Erst später entschied sich das Schicksal der hannöverschen Armee, prächtiger Truppen, deren Anblick dem Zuschauer das Herz zuschnürte bei dem Gedanken, in welch unnatürlichen Kampf sie doch gingen. Für einen solchen waren sie freilich mangelhaft organisiert und konnten trotz der größten Anstrengungen nur unvollkommen kriegsfähig gemacht werden, hatten namentlich zu wenig Munition und nicht genug Pferde. So setzten sie sich, 18 000 Mann mit 52 Geschützen stark, unter dem General von Arentschild am 21. Juni von Göttingen aus in Bewegung, erreichten an diesem Tage Heiligenstadt, am 22. Mühlhausen, am 23. Langensalza, 24 km von Gotha, 30 km von Eisenach, natürlich in der Absicht, über den Thüringer Wald zu gehen und den Bayern die Hand zu reichen, deren Spitzen in Meiningen standen, allerdings ohne von den Hannoveranern etwas zu wissen. Wäre der König ruhig weiter marschiert, so hätte er auf diesem Wege kaum Widerstand gefunden, denn in Gotha wie in Eisenach standen nur je 2000 Mann feindlicher Truppen, weil Vogel von Falckenstein der Meinung war, er solle vor allem auf Frankfurt a. M. vordringen, daher die Hannoveraner ganz aus den Augen verlor und den Plan des großen Hauptquartiers, diese mit überlegenen Kräften zu umstellen und ohne Kampf zur Übergabe zu zwingen, nicht energisch verfolgte, vielmehr sogar mehrere Weisungen aus Berlin unbeachtet ließ oder zu spät ausführte. Daher standen am 23. Juni Manteuffel und Göben noch immer um Göttingen, Beyer

an der Werra 30 km von Eisenach. Da nun aber die Hannoveraner von dieser ihnen sehr günstigen Lage gar nichts wußten, so gingen sie auf Unterhandlungen ein, die auf unmittelbare Weisung von Berlin her eröffnet wurden, um die Armee zur Waffenstreckung, den König zur Annahme der preußischen Bundesreform zu bestimmen, immer in der Voraussetzung, daß Falckenstein nach den erhaltenen Befehlen handle, und es wurde ein Waffenstillstand auf 24 Stunden abgeschlossen. Nun aber wollte König Georg V. in den Verhandlungen, die teils von seinen Offizieren in Gotha unter Teilnahme des Herzogs Ernst, teils in Langensalza selbst seit dem Morgen des 25. von dem preußischen General von Alvensleben geführt wurden, von einer Waffenstreckung nichts wissen, sondern begehrte den freien Abzug nach Süddeutschland, wo er auch nur auf einige Monate neutral bleiben wollte.

Schlacht und Kapitulation von Langensalza.

Während dieses teilweise sehr unklaren Hin- und Herredens verschiedener Bevollmächtigter, die wieder voneinander nichts Genaues wußten, glaubten die Hannoveraner zu bemerken, daß ihnen nur sehr schwache Kräfte gegenüberständen, und brachen daher am 26. früh die Verhandlungen ab. Und doch war es schon zu spät, denn schon am Tage zuvor standen 11 000 Preußen in Eisenach, 9000 in Gotha, da Falckenstein endlich gehorcht hatte. Statt nun aber mit gesammelter Macht auf Langensalza vorzugehen, befahl er auf die falsche Nachricht hin, daß die Bayern bei Vacha 30 km südlich von Eisenach ständen, Beyer und Göben dorthin Front zu machen; nur Manteuffel sollte auf Langensalza vorrücken, der General von Flies in Gotha aber „dem Feinde an der Klinge bleiben". Inzwischen hatten die Hannoveraner ebenfalls in der Erwartung, die Bayern kämen heran, eine feste Stellung hinter der Unstrut nördlich von Langensalza bei Merxleben genommen. In der Meinung, sie wollten nordwärts abziehen, griff sie am Vormittage des 27. Juni General von Flies mit seinen 9000 Mann an. In dem mörderischen Kampfe unter brennender Sonnenglut thaten beide Teile ihr Bestes und brachten einander schwere Verluste bei, aber die schneidigen Attacken der trefflichen hannöverschen Reiterei prallten an dem Feuer der preußischen Infanterie ab, und obwohl diese schließlich der Übermacht weichen mußte, so hatten doch die Hannoveraner fast ihre ganze Munition verbraucht und waren zu ermüdet, um marschieren zu können. So vollzog sich unaufhaltsam ihr Schicksal. Am folgenden Tage waren die Preußen unter Manteuffel bis Alt-Gottern, nordwestlich von Langensalza, unter Göben bis Groß-Behringen südwestlich davon, unter Kummer bis Gotha vorgerückt; die Hannoveraner waren also jetzt völlig umstellt und mußten am Morgen des 29. Juni das Gewehr strecken. Die Gemeinen wurden einfach in die Heimat entlassen, die Offiziere auf Ehrenwort verpflichtet, nicht mehr gegen Preußen zu kämpfen. 18 000 wackere Soldaten waren mit einem Schlage den Gegnern Preußens entzogen. Der landlose König ging zu seinem Schwiegervater, dem Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg, auf dessen Jagdschloß „Zur fröhlichen Wiederkunft" er vorläufig Aufenthalt nahm, während Königin Maria noch im Lande blieb.

Der italienische Feldzugsplan.

Wie Österreich von seinen deutschen Bundesgenossen, abgesehen von den Sachsen, keinen Nutzen zog, so sollte Preußen mit Italien dieselbe Erfahrung machen. Umsonst hatte im Auftrage Moltkes der Legationsrat Th. von Bernhardi in Florenz bei dem italienischen Ministerpräsidenten La Marmara darauf hinzuwirken gesucht, daß der Hauptstoß von Bologna aus über den unteren Po mit Umgehung des Festungsvierecks gegen das östliche Venetien und die Alpenlande gerichtet und durch eine Landung Garibaldis an der dalmatinischen Küste unterstützt werde, um das unzufriedene Ungarn zu revolutionieren, wofür auch in Schlesien eine ungarische Legion gebildet wurde. Obwohl König Victor Emanuel persönlich ganz damit einverstanden war, so stand doch La Marmoras Sinn mehr nach einer kriegerischen Demonstration, als nach einem großen Feldzuge, denn ihm lag nur daran, Venetien zu gewinnen, und unter keinen Umständen wollte er Piemont irgend welcher ernstlichen Gefahr aussetzen. Als daher Italien am 20. Juni den Krieg an Österreich erklärt hatte, sollte nach seinem Plan die Hauptmasse der 250 000 Mann, drei Korps unter dem persönlichen Oberbefehle des Königs, mitten durch das Festungsviereck hindurch nach der Etsch vordringen, während Cialdini

von Bologna her nur das IV. Korps über den unteren Po gen Norden führen sollte, um sich auf dem linken Etschufer mit der Hauptarmee zu vereinigen. Die österreichische Südarmee unter dem Kommando des Erzherzogs Albrecht, das V., VII. und IX. Armeekorps umfassend, zählte nur etwa 100 000 Mann, aber sie hatte an den Festungen Verona, Peschiera, Mantua und Legnago die stärksten Stützpunkte.

Schlacht bei Custozza.

Am 22. Juni überschritten die Italiener, 12 Divisionen mit 120 000 Mann, an vier Punkten den Mincio und rückten langsam, zunächst ohne Widerstand zu finden, vor, in der Meinung, daß die Österreicher hinter der Etsch ständen. Daher wurden zwei Divisionen in der Ebene gegen Mantua vorgeschoben, zwei andre beobachteten Peschiera; die übrigen sollten durch das zerschnittene Hügelland zwischen dem Mincio und der Linie Villafranca-Sommacampagna-Sona-San Giustina vorgehen mit Front gegen Verona. Von Verona her zog ihnen indes der Erzherzog mit seinem ganzen Heere entgegen. Schon am Abend des 23. Juni standen seine Truppen auf jener Linie im Osten des Hügellandes, am Morgen des 24. Juni gingen sie nach rechts schwenkend in südlicher Richtung gegen die Flanke der Italiener vor, die von der Nähe des Feindes keine Ahnung hatten. In ihrer Stellung bei Custozza und bei Monte della Croca am Südrande jenes Hügellandes überraschend und ungestüm angegriffen, wehrten die Italiener trotz der glühenden Hitze den Angriff mit größter Tapferkeit ab; erst um 3 Uhr nachmittags begann ihr linker Flügel zu weichen. Auf dem rechten Flügel indes schwankte der Kampf um die starke Höhenposition von Custozza noch völlig unentschieden. Allein das siegreiche Vordringen seines rechten Flügels machte es dem Erzherzog möglich, mit den Truppen desselben seinen linken zu verstärken; nun erst gelang es den Österreichern, abends um 7 Uhr den Italienern Custozza zu entreißen und damit die Schlacht zu entscheiden. Nur die Hälfte der italienischen Armee, das I. und III. Korps, hatte an dem Kampfe teilgenommen, da das II. noch weit zurück war; denn im entscheidenden Augenblicke war La Marmara verschwunden, weil er die Schlacht zu früh verloren gab, und es fehlte deshalb an jeder Oberleitung. Daher konnte der Kronprinz Humbert, der südöstlich vom Schlachtfelde stand, seinen ganz richtigen Gedanken, nordwärts schwenkend den Österreichern in die Flanke zu fallen und sie von Verona abzuschneiden, nicht ausführen und wurde ohne seine Schuld mit in die Niederlage verwickelt.

107. Erzherzog Albrecht, Oberbefehlshaber der österreichischen Südarmee. Nach der Lithographie von Kriehuber aus 1851.

Aber so schlecht die italienische Führung gewesen war, so glänzend hatten sich die Truppen geschlagen, 5 vereinzelte Divisionen von 60 000 Mann gegen 82 000 vorzüglich geleitete Österreicher. Die Verluste waren beinahe gleich, etwa 8000 Mann auf jeder Seite.

Rückzug und neuer Vormarsch der Italiener.

Dennoch war es notwendig, um die Armee zu retablieren und zu verstärken, sie bis hinter den Oglio zurückzuführen. Infolgedessen trat zwischen den beiden Armeen eine längere Waffenruhe ein. Erst die Nachricht von dem glänzenden Siege der Preußen bei Königgrätz wurde für Italien das Signal, den Kampf wieder zu beginnen. Cialdini drang mit dem IV. Korps über den unteren Po bei Borgoforte bis zur Brenta vor, denn es galt die Eroberung von Südtirol. Mit großem Erfolge kämpfte die Abteilung des Generals Medici gegen die vortrefflichen Tiroler Scharfschützen; am 23. Juli schlug er sie bei Levico, 15 km östlich von Trient. Mit ihm sollte vom Westen her Garibaldi zusammen operieren, der mit 30 000 Freischärlern westlich vom Gardasee in das tirolische Judicarienthal eingebrochen war. Aber der Alte zeigte sich den wohlgeübten Verteidigern gegenüber seiner Aufgabe gar nicht gewachsen und vermochte noch nicht ganz 22 km weit in das Thal vorzudringen. Von einer Eroberung Südtirols, das Italien sehnlichst zu gewinnen strebte, war also nicht die Rede.

Der Kampf mit Österreich.

Der österreichische Aufmarsch.

Während sich diese Ereignisse im Westen Deutschlands und im Süden der Alpen vollzogen, waren auch auf dem Hauptkriegsschauplatze in Böhmen schon die ersten Schläge gefallen. In der richtigen Erkenntnis, daß die größte Gefahr von Norden drohe, hatte die österreichische Heeresleitung weitaus die stärksten Kräfte gegen Preußen gesammelt und beschlossen, sich gegenüber den Italienern, wo es sich nur noch um einen ehrenvollen Rückzug aus dem grundsätzlich schon aufgegebenen Venetien handelte, lediglich auf die Verteidigung zu beschränken. Den Oberbefehl über die Nordarmee drängte die Volksstimmung so stürmisch dem Feldzeugmeister Ludwig von Benedek, einem protestantischen Ungarn bürgerlicher Abkunft (geb. 1804 in Ödenburg) auf, dem einzigen General, der sich 1859 in Italien glücklich geschlagen hatte, daß der Kaiser nicht zu widerstehen wagte. Und doch wußte Benedek selbst sehr wohl, daß ihm die Aufgabe zu schwer sei, denn diesem tapferen Soldaten fehlte zwar nicht der eiserne Wille, wohl aber der klare zusammenfassende Blick und der schnelle Entschluß des Feldherrn. Auch hatte er kein rechtes Vertrauen zu seinen Truppen. Infolge der Finanznot mangelte es an tüchtigen Unteroffizieren, die bei diesem bunten Völkergemisch mit mindestens zehn verschiedenen Regimentssprachen doppelt nötig gewesen wären, die Hälfte der Leute war erst ein halbes Jahr bei der Fahne und ausschließlich den niedersten Volksschichten entnommen, da Österreich die allgemeine Wehrpflicht nicht kannte; Artillerie und Reiterei waren zwar vortrefflich, aber die Infanterie führte noch Vorderlader und war seit 1859 besonders auf den Kampf mit dem Bajonett eingeübt worden. Daher beschloß Benedek die Hauptmasse bei Olmütz zu sammeln und zunächst in der Verteidigung zu bleiben, nach Böhmen bis zur Iser nur das I. Armeekorps Clam-Gallas vorzuschieben. Diesem schlossen sich auch die Sachsen an, die erst auf langen heißen Märschen die Iser erreichten, da für ihren raschen Transport so gut wie nichts vorgesehen war. Man zählte nunmehr 238 000 Österreicher und 23 000 Sachsen. Erst als der bayrische Generalstabschef von der Tann am 14. Juni in Olmütz ein Abkommen traf, wonach auch die Bayern nach Böhmen kommen sollten, befahl Benedek am 17. Juni seiner gesamten Streitmacht den Abmarsch nach der oberen Elbe. Er hoffte, die schlesische Armee abzuwehren, die des Prinzen Friedrich Karl zu überwältigen und dann durch Sachsen gegen Berlin vorzugehen. Einzelne Husarenpatrouillen ritten nach Sachsen hinein, bis nach Zittau und Freiberg, bayrische Ulanen rekognoszierten bis Plauen im Vogtlande.

Die Kämpfe um die Iserlinie.

Am 22. Juni standen die Korps der Ersten preußischen Armee und der Elbarmee, die von Dresden herangezogen war, eng massiert an den Grenzen der sächsischen und preußischen Oberlausitz, das Hauptquartier des Prinzen in Hirschfelde zwischen Görlitz und Zittau, schon angesichts der böhmischen Grenzgebirge; am 23., Sonnabends, überschritten ihre endlosen Heersäulen, deren Anblick auf die Landesbewohner den tiefsten Eindruck

machte, unter brausendem Hurra die böhmische Grenze bei Markliſſa, Seidenberg, Zittau und Waltersdorf unterhalb der Lausche, des höchsten Gipfels der Lausitzer Berge. Da die Truppen trotz der schwierigen Gebirgspässe nirgends wirklichen Widerstand fanden, so besetzten sie schon am folgenden Tage die große Fabrikstadt Reichenberg. Erst am 26. Juni stießen sie bei Liebenau und Turnau auf den Feind. Es war das 60 000 Mann starke Korps des Grafen Clam-Gallas, das Benedek gegen Norden vorgeschoben hatte, um die Iserlinie zu behaupten. Mehrere Stunden lang hielt die österreichische Artillerie der preußischen stand; als aber preußische Infanterie zum Angriff vorging, zogen sich die Österreicher in das verschanzte Dorf Podol zurück. Noch in derselben Nacht indes erstürmten die Preußen das Dorf und die Brücke über die Iser, worauf Clam-Gallas sein ganzes Korps weiter südwestwärts bei Münchengrätz an der Iser konzentrierte. Gleichzeitig hatte die Elbarmee unter dem Sieger von Alsen, Herwarth von Bittenfeld, am 25. Juni Gabel, wenige Stunden westlich von Reichenberg, erreicht. Auf der malerischen, waldreichen, nordostböhmischen Hochebene, die hohe steile Phonolitkegel überragen, warfen ihre Vortruppen die Österreicher bei Hünerwasser am 26. Juni zurück, und reichte nun der Ersten Armee die Hand. Clam-Gallas sah sich daher in der festen Stellung, die er bei Münchengrätz eingenommen hatte, am 28. Juni von zwei Seiten bedroht. Die Divisionen Horn und Fransecky erstürmten das steile Plateau des Muskeyberges; die Division Münster von der Elbarmee überschritt bei dem Dorfe Haber, ohne daß die Sachsen, Clam-Gallas' linker Flügel, sie zu hindern vermochten, westlich von der Stadt die Iser. Infolgedessen gaben Kronprinz Albert und Clam-Gallas ihre Stellung auf, brachen die Schlacht ab und zogen noch an demselben 28. Juni eilig über Fürstenbruck in südöstlicher Richtung nach Gitschin von dannen. Damit war die ganze Iserlinie für die Österreicher verloren.

108. Feldzeugmeister Ludwig von Benedek, Oberbefehlshaber der österreichischen Nordarmee.

Nach der Lithographie von Kriehuber aus dem Jahre 1857.

In Gitschin erhielt indes der Kronprinz Albert die Nachricht Benedeks, daß er vier Armeekorps dorthin in Bewegung setze, um dann wieder gegen die Iser vorzustoßen. Infolgedessen beschloß der Kronprinz, Gitschin um jeden Preis zu halten, und ließ daher mit im ganzen 50 000 Mann die zum Teil steilen, felsigen Höhen quer über die Straßen nach Turnau und Münchengrätz besetzen, besonders stark das hochliegende Dorf Diletz östlich von jener. Inzwischen war Prinz Friedrich Karl telegraphisch angewiesen

Treffen bei Gitschin.

worden, mit allen Kräften vorzugehen, um die schlesische Armee, die in schwieriger Lage sei, zu degagieren. Unverzüglich nahm dieser daher, nachdem er seine bei Turnau und Podol zurückgebliebenen Korps an sich gezogen hatte, die Verfolgung des weichenden Gegners auf, und am Nachmittage des 29. Juni erreichte ihn die Division Tümpling von Turnau her. In blutigem Kampfe rangen die Gegner um den Besitz der Höhen und des Dorfes Diletz, das die 2. sächsische Brigade Kronprinz tapfer verteidigte. Aber bald nach 7 Uhr näherte sich die 4. Division Werder von Münchengrätz her, und gleichzeitig erhielt Kronprinz Albert den Befehl Benedeks, jeden ernsten Kampf zu vermeiden und sich auf die Hauptarmee in südöstlicher Richtung zurückzuziehen, da der Vormarsch der Hauptarmee aufgegeben werden müsse. Es blieb nichts übrig, als den Kampf abzubrechen, was nicht ohne herbe Verluste abging, und nach Gitschin zurückzugehen. Doch noch in der Nacht wurde die Stadt im verworrenen Straßenkampfe mit den Sachsen erstürmt, kaum daß Clam-Gallas mit dem Stabe durch schleunige Flucht entkam. Erschöpft und entmutigt wichen die Österreicher und Sachsen, diese in bester Ordnung, südostwärts auf Miletin, Horschitz und Smidar zurück. Das tieferschütterte Korps Clam-Gallas mußte in die Reserve gezogen werden.

109. General Herwarth von Bittenfeld, Oberbefehlshaber der preußischen Elbarmee.

Nach einer Photographie.

Von den 9 Divisionen der Ersten Armee hatten 5 genügt, alle diese Erfolge zu erringen; 4 hatten den Feind noch gar nicht zu Gesichte bekommen. Dennoch mußten sie, während die Elbarmee als äußerster rechter Flügel der Ersten südöstlich über Unter-Bautzen und Liban ihren Marsch fortsetzte, einstweilen in Gitschin stehen bleiben. Es galt den Aufmarsch der Zweiten Armee, die der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Schlesien heranführte, zu gemeinsamer Aktion abzuwarten.

Anmarsch der Zweiten preußischen Armee.

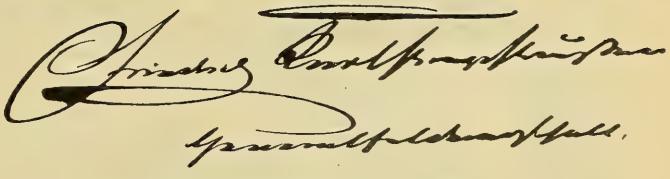
Die Zweite Armee, die aus Mittelschlesien gegen Böhmen vorbrach, hatte einen kürzeren, aber schwierigeren Weg. Die Straßen durch das Gebirge bilden lange Defileen, und an deren Ausgange stand der Feind. Der Kronprinz ließ daher zunächst auf seinem äußersten linken Flügel das VI. Armeekorps von Neiße in der Richtung auf Olmütz vorgehen, um den Feind in dieser Richtung abzuziehen. Dann überschritt am

26. Juni das I. Armeekorps unter General von Bonin auf der Straße nach Trautenau, das V. unter General von Steinmetz auf der Straße nach Nachod und zwischen beiden, sie in Verbindung zu erhalten, das Gardekorps unter dem Prinzen August von Württemberg die österreichische Grenze.

Treffen bei Trautenau.

Benedek hatte zur Deckung der Grenze die Korps von Gablenz und Ramming weit vorgeschoben. Schon am folgenden Morgen, am 27. Juni, stieß daher Bonin bei der rings von Höhen eingefaßten Stadt Trautenau, im Rücken den ragenden Kegel der Schneekoppe, auf den Feind. Er trieb ihn aus der Stadt hinaus, ohne ihn weit in dem sehr schwierigen Terrain verfolgen zu können, und erstürmte in blutigem Kampfe den Kapellenberg, der die Stadt im Süden beherrscht. Das Gardekorps bot ihm Unterstützung an; allein Bonin, der das Gefecht für beendigt hielt, lehnte sie ab. So rückten die Garden denn weiter bis Eipel und Kosteletz vor. Unterdessen zog Feldmarschalleutnant von Gablenz von rückwärts Verstärkungen an sich und nahm um 3 Uhr nachmittags den Kampf unerwartet wieder auf. Die Ostpreußen Bonins, völlig überrascht, wurden nach erbittertem Handgemenge um den Kapellenberg zurückgeworfen; sie mußten die Stadt aufgeben und gingen in fester Ordnung, ohne eine Fahne oder ein Geschütz zu verlieren, $1\frac{1}{2}$ Meilen bis Goldenölse zurück.

Siege des Gardekorps.



110. Prinz Friedrich Karl von Preußen.
Nach dem Leben auf Stein gezeichnet von E. Milster.

Auf die Kunde von diesem Mißerfolge des I. Korps sandte der Kronprinz sofort am nächsten Morgen, am 28. Juni, das Gardekorps gegen den siegreichen Feind vor. Mit rücksichtsloser Tapferkeit griff die 1. Gardedivision, 13 Bataillone mit 12 Geschützen, bei Burkersdorf Gablenz an, der ihr 28 Bataillone und 64 Geschütze entgegenstellte. Allein auch die doppelte Übermacht vermochte dem siegesfreudigen Ungestüm der preußischen Garden nicht standzuhalten; die Höhen wurden erstürmt, und die Feinde weit über Burkersdorf hinaus zurückgetrieben, während zur gleichen Zeit die 2. Gardedivision Trautenau zurückeroberte und die ihr entgegenstehenden Feinde völlig auseinander sprengte. Von dem Gablenzischen Korps gab es nur noch Trümmer, die eilig über die Elbe nach Neuschloß zurückwichen. Der Vortrab der Garde aber erstürmte am folgenden Tage trotz der tapferen Gegenwehr des Regiments Coronini die Stadt Königinhof, wo sich nunmehr das ganze Gardekorps vereinigte. Infolge-

dessen konnte auch das I. Armeekorps sich wieder in Vormarsch setzen. Der Übergang über die obere Elbe war gewonnen.

Treffen bei Nachod und Skalitz.

Eine Strecke von vier Meilen Weges dehnte sich auf der engen Straße von Reinerz nach Nachod das V. Korps hin, das der greise General von Steinmetz nach Böhmen hinein führte. Beim Vorbrechen aus dem Defilee am 27. Juni warf er den Kürassierregimentern des Feldmarschallleutnants von Ramming ein Ulanen- und ein Dragonerregiment entgegen. Die Österreicher wurden geworfen, ein Jägerkarree von den Dragonern niedergeritten, und nun entwickelte sich unaufhaltsam Regiment auf Regiment aus dem Engpasse. Ramming wurde bei Nachod völlig geschlagen und, lebhaft von der preußischen Reiterei verfolgt, bis nach Skalitz zurückgetrieben. Allein hier zog Benedek das Korps ganz in die Reserve und ließ statt dessen das 8. Korps unter dem Erzherzog Leopold in die Gefechtslinie einrücken. So hatten die Preußen, die während der Nacht auf dem Schlachtfelde biwakiert hatten, am nächsten Morgen, am 28. Juni, völlig frische Truppen gegenüber. Der Erzherzog eröffnete den Angriff, um die Preußen in das Nachoder Defilee zurückzutreiben; aber bald war auch er auf Skalitz zurückgeworfen. Hier setzten sich die Österreicher hinter den hohen Eisenbahndämmen fest; aber mit gefälltem Bajonett stürmten die Preußen die Dämme hinauf und trieben den Feind westwärts von dannen. Auf Königinhof und Gradlitz zu setzte sich nunmehr Steinmetz in Marsch, um den Anschluß an die Garde wiederzugewinnen. Bei Schweinschädel indes verlegte ihm am Nachmittage des 29. Juni das 4. österreichische Korps unter Graf Festetits den Weg, wieder frische Truppen. Aber der Alte ließ sich nicht aufhalten. Das Dorf Schweinschädel, wo die Österreicher ein großes massives Gehöft stark befestigt hatten, wurde erstürmt und die Feinde genötigt, aus dem Dorfe und dem benachbarten Walde nordwärts zu weichen. Schon um $7\frac{1}{2}$ Uhr abends nahm Steinmetz den Marsch nach Gradlitz wieder auf. Das VI. Armeekorps, das bisher fast noch gar nicht am Kampfe teilgenommen, folgte ihm nach. Die Elblinie war von Arnau bis über Königinhof hinaus im Besitze der Preußen.

111. General von Steinmetz.
Nach einer Photographie.

König Wilhelm übernimmt den Oberbefehl.

Der Eindruck dieser für beide Teile unerwarteten Ereignisse war allerorten ungeheuer. Mehrere Tage hindurch hatten die österreichischen Blätter durch geschickte Verwertung vereinzelter günstiger Vorgänge den Schein bedeutender Erfolge erweckt, und die „Augsburger Allgemeine Zeitung" ließ sich telegraphieren: „Sieg der Bundessache durch Österreichs und Sachsens Waffen auf der ganzen Linie." Da kam am 30. Juni die erschütternde Nachricht von Gitschin, vom Rückzuge der Armee. Die Stimmung

112. Eroberung österreichischer Geschütze durch preußische Kavallerie bei Skalitz. Zeichnung von A. Beck.

schlug völlig um, an die Stelle des früheren Übermutes traten Verzagtheit und Haltlosigkeit. Anders drüben. Die schmucklose Sachlichkeit der preußischen Kriegsdepeschen, die niemals zu viel, oft zu wenig sagten, hatten rasch das Vertrauen auf das Heer erweckt und gestärkt, und als am 29. Juni die Depeschen von Skalitz und Münchengrätz in Berlin eintrafen, da brachten begeisterte Volksmassen nicht nur dem König, sondern auch dem so lange verkannten und verketzerten Grafen Bismarck unter dem rollenden Donner und den zuckenden Blitzen eines schweren Gewitters stürmische Huldigungen dar. Bismarck aber rief den jubelnden Massen zu: „Der Himmel schießt Salut zu unsern Siegen!" Am nächsten Tage, am 30. Juni, verließ König Wilhelm Berlin; in seinem Gefolge befanden sich Moltke und Roon und als Major der Landwehrkavallerie Graf Bismarck. An demselben Tage noch erreichte er über Görlitz und Zittau Reichenberg, am 2. Juli traf er in Gitschin ein und übernahm sofort persönlich den Oberbefehl über die gesamte preußische Armee; denn durch das Zusammenwirken der drei Heere war jetzt der Entscheidungsschlag zu führen.

Stellung der Preußen.

Die Elbarmee war mit der Ersten, deren äußersten rechten Flügel sie bildete, schon in Verbindung. Auch die Erste und Zweite Armee standen nur noch wenige Meilen voneinander; durch das 1. Garde-Dragonerregiment war über Arnau die Verbindung zwischen beiden hergestellt worden. Es stand ihnen frei, zusammenzustoßen, aber Moltke zog es vor, die Trennung, die große taktische Vorteile bot, aufrecht zu erhalten. Gefahr lag für beide nicht im mindesten darin; denn da sie in Fühlung miteinander und nur einen kleinen Tagemarsch voneinander entfernt waren, so mußte jeder Feind zermalmt werden, der sich zwischen sie wagte.

Benedeks Lage und Entschluß.

Bei dieser Lage der Dinge entschloß sich Benedek, in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli die gesamte österreichische Armee in die Gegend von Königgrätz zurückzuführen. Denn durch die Kämpfe der vergangenen Tage um 32 000 Mann geschwächt, fühlte er sich zur Offensive nicht mehr stark genug, und die Armee war moralisch schwer erschüttert. Hatte auf die Offiziere die sichere und schneidige Führung der Preußen den größten Eindruck gemacht, so hatten die Soldaten dem furchtbaren Schnellfeuer der Zündnadelgewehre gegenüber, das sie aus weiter Entfernung mit Kugeln überschüttete wie „mit Erbsen", jedes Vertrauen auf ihre minderwertige Waffe und auf ihre ganze Fechtweise völlig verloren. Auch die altberühmte Reiterei hatte den Erwartungen nicht entsprochen; nur die Artillerie, durchweg mit gezogenen Rohren ausgerüstet, während die Preußen teilweise noch glatte Geschütze ins Feuer führten, hatte sich diesen nicht nur gewachsen, sondern in mancher Beziehung sogar überlegen gezeigt, namentlich durch ihr rücksichtsloses Vorgehen bis auf ganz sichere Schußweite. Gänzlich niedergeschlagen telegraphierte in Erwägung dieser Umstände Benedek am Mittag des 1. Juli dem Kaiser nach Wien: „Bitte Ew. Majestät dringend, um jeden Preis Frieden zu schließen, Katastrophe für Armee unvermeidlich." Doch Franz Joseph ließ ihn wissen, daß er eine Entscheidungsschlacht erwarte, und da sich seine Truppen inzwischen etwas erholt hatten, auch der Feind nicht drängte, so faßte Benedek wieder Mut und beschloß trotz schwerer Bedenken seiner Offiziere, auf dem rechten Ufer der Elbe, den Fluß hinter sich, die Schlacht anzunehmen. Er meinte, mit seiner Übermacht, 222 000 Mann mit 770 Geschützen, die Erste und die Elbarmee, zusammen nur 124 000 Mann, überwältigen zu können, bevor der Kronprinz von Preußen heran war. Freilich hätte ihm eine Stellung hinter der Elbe zwischen Königgrätz und Josephstadt ungleich größere Vorteile geboten.

Entschluß König Wilhelms zur Schlacht.

Das war auch die Meinung in dem preußischen Hauptquartier. Der König bestimmte daher, den Gegner hinter der Elbe vermutend, den 3. Juli zu einem Ruhetage für die ganze Armee, die einerseits längs der Elbe von Arnau bis Königinhof, anderseits auf der Linie Miletin-Horschitz-Smidar stand. Ausgedehnte Rekognoszierungen ergaben jedoch am Abend des 2., daß hinter der Bistritz, nur $7\frac{1}{2}$ km von den Spitzen der Ersten Armee entfernt, der Feind bedeutende Truppenmassen angehäuft habe; man schätzte sie auf drei Korps. Nach Sonnenuntergang gelangte diese Meldung in das Hauptquartier des Prinzen Friedrich Karl auf Schloß Kamenitz östlich von Gitschin. Noch um 9 Uhr abends gab er daher allen seinen Korps Befehl, bald nach Mitternacht

aufzubrechen, und sandte die Meldung nach Gitschin zum König, wo sie um 11 Uhr eintraf. Mit raschem Entschluß nahm König Wilhelm nach kurzer Beratung mit Moltke, Roon und andern Generalen den schon erlassenen Ruhetagsbefehl zurück und verfügte die gemeinsame Aktion der drei preußischen Armeen gegen die Österreicher hinter der Bistritz Dem Prinzen Friedrich Karl fiel die Aufgabe zu, den Feind festzuhalten, daß er nicht hinter die Elbe entwiche. Die Elbarmee sollte durch einen Angriff auf Nechanitz den linken Flügel der Österreicher lahm legen, der Kronprinz aber durch einen mächtigen Vorstoß gegen den rechten Flügel die Entscheidung herbeiführen. Nachts um 12 Uhr stieg der Flügeladjutant des Königs, Graf Finckenstein, zu Pferde, um in dunkler Nacht durch ein unbekanntes feindliches Land 30 km weit auf dem nächsten Wege über Miletin dem Kronprinzen nach Königinhof den Befehl des Königs zu überbringen, an dessen Ausführung das Schicksal der kommenden Schlacht und damit Deutschlands hing.

Unruhig verbrachte der fast 70jährige König die wenigen Nachtstunden, die ihm bis zur Abfahrt auf das Schlachtfeld noch blieben, in den Kleidern auf einem dürftigen Kanapee im „Löwen" zu Gitschin. Um 5 Uhr bestieg er den leichten Wagen, der ihn durch den grauenden Regenmorgen über Horschitz nach dem Ziele führte; ihm folgte sein Stab mit Bismarck, Moltke und Roon. Freilich, daß man die gesamte österreichische Armee sich gegenüber habe, wagte im preußischen Hauptquartier noch immer niemand zu hoffen.

Stellung der Österreicher und Sachsen.

Benedek hatte, wenn er denn doch diesseit der Elbe schlagen wollte, das Terrain sehr günstig gewählt. Die sumpfige Niederung der Bistritz deckte seine Front; dahinter erhebt sich das Land in drei gleichlaufenden Höhenzügen, die durch flache muldenförmige Einsenkungen voneinander getrennt sind. Zwischen der Bistritz und dem ersten derselben vor den Dörfern Sadowa und Benatek liegen zwei Waldstreifen, der Holawald und der hochstämmige lichte Swiepwald mit steilen Felsgruppen. Aber dies ganze Vorterrain wird von dem Plateau von Chlum und Lipa, der höchsten Erhebung des zweiten Höhenzuges, beherrscht, der bei dem Städtchen Nechanitz beginnt. Eine Viertelmeile weiter rückwärts erstreckt sich niedriger der dritte Höhenzug, von dem sich bis zur Festung Königgrätz (eigentlich Königingrätz) das Land in leichten Hügelgruppen abflacht. Quer durch nach Südosten führt die große Straße von Gitschin und Horschitz über Sadowa, Lipa und Wschestar nach Königgrätz. Die zahlreichen Dörfer des Schlachtfeldes waren verbarrikadiert, Verhaue angelegt, Gebüsche und hinderliche Waldstrecken entfernt, die Geschütze großenteils in eingeschnittenen Emplacements untergebracht, die Entfernungen für die Sicherheit des Schusses ausgemessen. Die Schlachtordnung bildete einen Haken mit dem Scheitelpunkte bei Sadowa. Die Sachsen, deren Avantgarde bis Nechanitz reichte, und das 8. Korps, verstärkt durch zwei Kavalleriedivisionen, bildeten den linken Flügel der österreichischen Aufstellung auf dem Höhenrande von Prschim und Problus gegenüber Nechanitz; im Zentrum standen das 10. (Gablenz) und das 3. Korps (Erzherzog Ernst) bei Mokrowous, Dohalitschka, Dohalitz bis zum Swiepwalde und Benatek, den rechten Flügel nahm das 4. (Graf Festetits) und das ansehnlich verstärkte 2. Korps (Graf Thun) ein. In der Reserve standen das 1. und 6. Korps (Clam-Gallas und Ramming) mit zwei Kavalleriedivisionen hinter Langenhof rechts und links von der großen Straße. Benedeks Plan war durchaus klar und verständig. Er wollte die Korps Friedrich Karls und Herwarths zunächst abwehren, dann mit seiner starken Reserve, gegen 70 000 Mann, über den Haufen rennen, ehe der Kronprinz heran war. Gegen diesen hoffte er genügende Kräfte auf seinem rechten Flügel zur Verfügung zu haben. Aber die Grafen Festetits und Thun, ohne rechtes Vertrauen in seine Oberleitung, besetzten im Widerspruch mit seinen Befehlen nicht die flachen Höhen zwischen Nedjelischt und Chlum, sondern gingen eigenmächtig weiter nordwärts vor bis Maslowjed und Horschenowjes östlich von Benatek und kümmerten sich auch sonst nicht um ihre Hauptaufgabe.

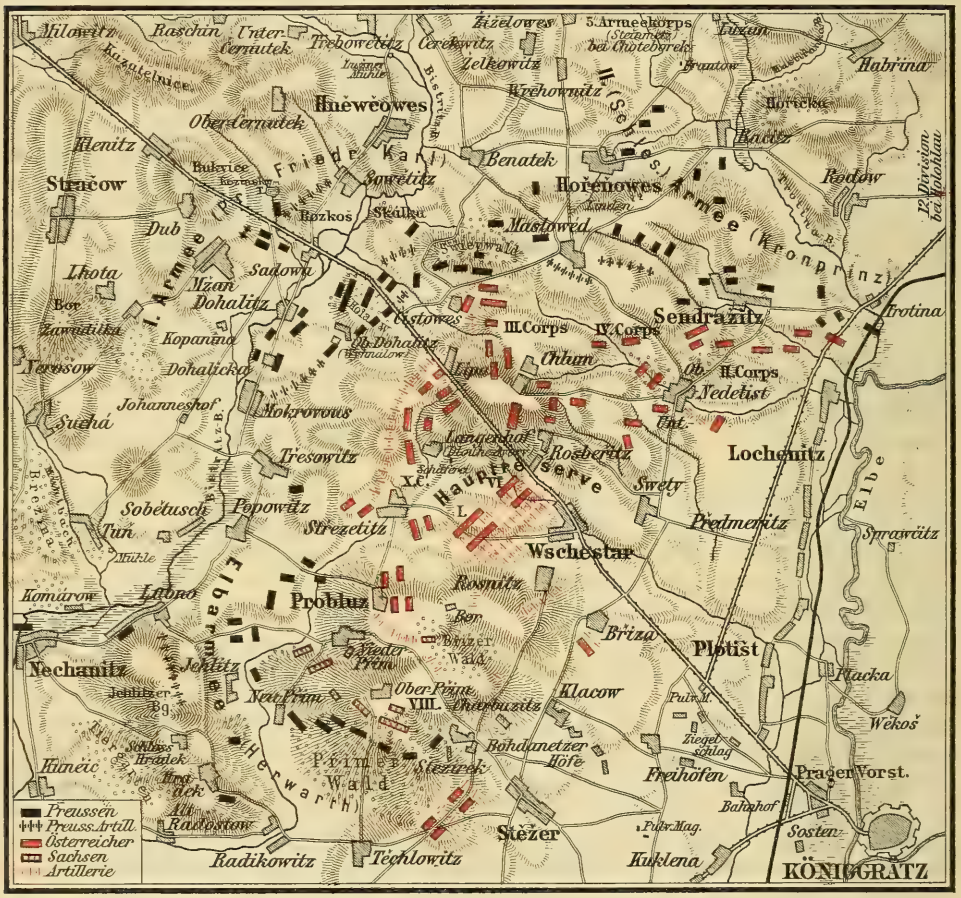
Anmarsch der Preußen.

Die Nacht war regnerisch, und auch am Morgen sprühte es noch dicht, die Fernsicht hemmend, die Wege aufweichend. Um 2 Uhr trat die Erste Armee in den Biwaks unter Waffen, die meisten Soldaten fröstelnd und ohne in der Nacht recht geschlafen zu haben. Erst als die Truppen fast angesichts des Feindes auf dem west-

lichen Thalrande der Bistritz standen, konnten sie Kaffee kochen, die einzige Erquickung für den ganzen blutigen Schlachttag.

Schlacht bei Königgrätz.

Als der König gegen $^1/_2$8 Uhr, von jubelndem Hurra seiner Truppen begrüßt, auf der Höhe von Dub bei Sadowa anlangte und, umgeben von seinem glänzenden Stabe, die seitdem „Sadowa" genannte Rappstute bestieg, war die Riesenschlacht, die größte des 19. Jahrhunderts, auf der ganzen Linie von Nechanitz bis zum Swiepwalde hin schon im Gange. Geschützfeuer eröffnete die Schlacht. Erst aus der immer mehr



Maßstab 1:125000

0 ½ 1 2 3 4 5 Kilometer.

113. Plan der Schlacht bei Königgrätz.

anwachsenden Zahl der feindlichen Kanonen erkannten die Preußen, daß sie nicht bloß einige Korps der Österreicher sich gegenüber hatten, sondern die ganze Armee.

Unter dem Feuer der Feinde ging die Elbarmee bei Nechanitz über die Brücke der Bistritz und griff die Sachsen an. Diese hatten bei Prschim und Problus eine sehr günstige Aufstellung; ein heftiger Kampf entspann sich. Da die Elbarmee nur sehr langsam über die Bistritz kam, so wehrten die Sachsen unter der Führung ihres Kronprinzen sie nicht nur tapfer ab, sondern gingen zweimal, gegen 11 und gegen 12 Uhr, zu heftigen Gegenstößen über. Da aber brach die 10. Division Canstein durch die Mitte des 8. österreichischen Korps und erstürmte, als dies fluchtartig wich, das Dorf Ober-Prschim, wodurch die ganze Aufstellung des linken feindlichen Flügels in der Flanke gefaßt und die Rückzugslinie aufs äußerste gefährdet wurde.

Unterdessen überschritt der Vortrab der Ersten Armee bei Sadowa die Bistritz. Das II. Armeekorps, die Pommern, wandten sich jenseit des Flusses gegen Dohalitschka und Dohalitz, eroberten die Dörfer und Waldstrecken der Niederung und setzten sich darin fest; sechs Stunden

lang überschütteten 200 österreichische Geschütze sie mit Granaten, aber sie wichen nicht von der Stelle. Nicht minder bedrängt war die Lage des IV. Armeekorps, der Thüringer und Altmärker. Von ihnen hatte die 8. Division Horn Sadowa erobert und sich nach hartem Kampfe im Holawalde östlich von Sadowa festgesetzt; die 7. Division Fransecky aber, auf den äußersten linken Flügel der Armee vorgeschoben, war nach der Erstürmung von Benatek in das heftigste Gefecht um den Swiepwald bei Maslowjed, südöstlich von Benatek, verwickelt, dessen Besitz sie in Verbindung mit der Division Horn bringen sollte. Bald drang sie mit dem Bajonett in das Gehölz ein, ja es gab Augenblicke, wo sie es in Besitz hatte; dann aber wurde es mit einem solchen Hagel von Geschossen überschüttet — zuletzt standen 128 österreichische Geschütze gegen 24 preußische hier im Feuer — daß die Wirkung der Kugeln und herabgeschmetterten Baumäste fürchterlich war und es bei dem nächsten Vorstoß der Österreicher wieder verloren ging. Dieser unerschütterliche Widerstand verleitete den Grafen Festetits, allmählich sein ganzes (4.) Armeekorps in diesen Kampf zu verwickeln. Als es nach zweistündigem Kampfe, furchtbar zugerichtet, zurückwich, setzte auch Graf Thun sein 2. Korps gegen $^1/_2$12 Uhr an die Eroberung des verhängnisvollen Waldes. Doch auch dies war umsonst. Stundenlang behauptete sich die einzige 7. Division gegen die beiden feindlichen Armeekorps, in der festen Hoffnung, der Kronprinz werde Hilfe bringen. „Kinder, hier müssen wir stehen oder sterben!" rief Fransecky seinen Leuten zu, nachdem er schon zwei Pferde unter dem Leibe verloren hatte, und aus den gelichteten Reihen klang es zurück: „Keine Sorge, Exzellenz, wir stehen oder sterben!"

Inzwischen verfolgte der König mit seinem Stabe von der Höhe bei Sadowa aus in atemloser Spannung den Gang der ungeheuren Schlacht. Auf Stundenweite ununterbrochen rollender Kanonendonner, knatternde Salven, dichte Rauchwolken, hier und da auflodernde Flammen, und noch nirgends eine Entscheidung! Gegen Mittag stand die Schlacht auf der ganzen Linie, und noch immer war der Kronprinz nicht heran. Aber man war sicher, daß er kommen würde, und so gab der König, statt seine hart mitgenommenen Truppen aus dem Feuer zu ziehen, auch dem III. Armeekorps, den Brandenburgern, den Befehl, in den Holawald vorzugehen. Nur Geschütz und Reiterei blieben noch diesseit der Bistritz in Reserve.

Und der Kronprinz kam. Um 5 Uhr morgens hatte er den Befehl zum Vorrücken der gesamten Zweiten Armee erhalten. Eine Stunde später schon hatte jedes Korps derselben die Ordre, mit Zurücklassung der Bagage und des Trains sobald wie möglich aufzubrechen: das I. Korps, die Ostpreußen, nach Groß-Bürglitz, die Garde nach Jerschitschek, das VI. Korps, die Schlesier, nach Welchow; zwei Stunden später sollte das V. Korps, die Posener, sich als Reserve nach Choteborek in Marsch setzen. Der Kronprinz zeigte sich dabei als ein ganzer Feldherr. Er erkannte, daß er der Ersten Armee nicht unmittelbar zu Hilfe kommen könne; so ging er geradeswegs dem Feinde in die Flanke. Er selbst zeigte seinen Kolonnen das ferne Ziel. „Dort auf den Baum geht's los!" rief er ihnen zu, nach einer Lindengruppe auf der kahlen Höhe bei Horschenjowes deutend, die aus der Ferne wie ein Baum erschien.

Trotz der grundlosen Wege rastlos, mit dem Aufgebote aller Kräfte marschierend, dem immer deutlicher hörbaren Kanonendonner entgegen, langte die 1. Gardedivision schon um 11$^1/_4$ Uhr auf den Höhen von Choteborek an und ging sofort zum Angriff auf den äußersten rechten Flügel des Feindes bei Horschenjowes vor. Dadurch wurde der Feind gezwungen, von seinem grimmigen Einstürmen auf Fransecky abzulassen und sich gegen den neuen Gegner zu wenden. Mit dem ersten Kanonenschuß der Garde — um 11$^3/_4$ Uhr — veränderte sich das Antlitz der Schlacht.

Bald langte nun auch das VI. Korps unter General von Mutius auf dem Schlachtfelde an und richtete seinen Stoß gegen die rechte Flanke des Feindes, die fast völlig offen war, da die beiden hier stehenden Korps, das 2. und 4., allen Anordnungen Benedeks zum Trotze ihre Kraft in dem wütenden Kampfe um den Swiepwald vergeudet hatten; nur neun Bataillone standen noch hier. Benedek mußte vor diesem doppelten Angriffe seinen rechten Flügel bis nach Sendraschitz zurücknehmen, so daß er fast rechtwinkelig zu der Linie des Zentrums zu stehen kam. Aber auch hier hielt er nicht stand; Mutius nahm Sendraschitz und drängte ihn bis auf die Höhe von Chlum zurück.

Nun aber rückte auch im Verein mit der 1. Gardedivision Fransecky vor und eroberte Maslowjed. Das I. Korps unter General von Bonin aber sicherte die Lücke zwischen der Ersten und Zweiten Armee. Jetzt warf sich unter General Hiller von Gärtringens Führung die 1. Gardedivision auf die Hauptposition des Feindes, auf die Höhe von Chlum, von der sie ein mörderisches Geschützfeuer empfing. Allein die entscheidende Position war nur schwach besetzt geblieben, da sie dem beginnenden Feuer der preußischen Geschütze allzusehr ausgesetzt war, und da die Regenluft den Pulverqualm auf den Boden niederdrückte, so gelang es den Garden, von der Straße Maslowjed-Nedjelischt aus in den Bodenrissen und Senkungen auf der Ostseite die Höhe Chlum überraschend anzugreifen und zu nehmen. Die schwer erschütterten Bataillone des 4. österreichischen Korps wichen ohne ernsten Widerstand, und auch Lipa rechts, Rosberschitz links blieb nach hartem Kampfe mit zahlreichem Geschütz in den Händen der Garden, wobei Prinz Anton von Hohenzollern schwerverwundet fiel. Es war nachmittags gegen 3 Uhr. In furchtbarer Bedrängnis ließ jetzt Benedek das 6. Korps Ramming aus der Reserve zum Gegenangriffe auf Chlum und Rosberschitz vorbrechen. Dies Dorf wurde wieder genommen, und auch in Chlum drangen die Österreicher bis zur Kirche vor. Da, als eben General Hiller, von

einem Granatsplitter in die Brust getroffen, tot zusammensank, kam die Avantgarde des I. Korps der hart bedrängten Garde zu Hilfe; unter furchtbaren Verlusten wichen die Österreicher, und auch ein verzweifelter Sturm ihres 1. Korps endete nach kaum einer halben Stunde mit dem verworrenen Rückzuge.

Da war auch die bisher tapfer verteidigte Stellung der Sachsen nicht mehr haltbar. Von der Elbarmee umfassend angegriffen, die Niederlage des rechten österreichischen Flügels vor Augen, befahl Kronprinz Albert um 3 Uhr den Rückzug, zu dessen Deckung einige Bataillone mit Artillerie Nieder-Prschim und Problus noch eine Zeitlang hielten. Allerorten war die Kraft des Widerstandes gebrochen, das Artilleriefeuer ermattete, die Infanterie ging zurück. In einem einzigen mächtigen Angriffe rückte jetzt die ganze Erste Armee gegen die Höhen vor, als eben die Sonne durch die Wolken brach. Immer hastiger wurde der Rückzug der Besiegten; schon artete er hier und da in Flucht aus. Endlich setzte sich der König selbst an die Spitze der gesamten Reservekavallerie der Ersten Armee; der Boden dröhnte unter der gewaltigen Masse der auf die Flüchtigen einsprengenden Reiter. Mit Todesverachtung warf sich, das Fußvolk zu retten, die österreichische Reservereiterei den heranjagenden Preußen entgegen; eine Reihe furchtbarer Zusammenstöße erfolgte, der König selbst geriet ins Granatenfeuer, aber der Sieg blieb den Preußen. Den letzten heldenmütigen Widerstand leistete die österreichische Artillerie, die sich an diesem Tage mit Ruhm bedeckte. Aber auch sie vermochte die Preußen nicht mehr aufzuhalten. Gegen 6 Uhr begegneten sich die Spitzen der preußischen Heersäulen an der Landstraße nach Königgrätz.

Sieg der Preußen.

Am Abend beritt König Wilhelm einen Teil des Schlachtfeldes, um seine Truppen zu begrüßen. Mit Jubel empfingen sie, wo er sich zeigte, ihren Kriegsherrn, der, den ganzen Tag im Sattel, mehrmals im dichten Granatenfeuer, die Mühen und Anstrengungen wie die Gefahren des Tages mit ihnen geteilt hatte, und drückten und küßten ihm, sich herzudrängend, die Hände. Es war schon spät, als er auf einer Wiese nordöstlich von Problus mit seinem Sohne, dem Kronprinzen, zusammentraf. Herzlich umarmten sie sich, und in tiefer Bewegung nahm der König den eignen Orden pour le mérite und hängte ihn dem siegbekränzten Sohne um. „Ew. Majestät haben nicht nur die Schlacht, sondern den Feldzug gewonnen", sagte Moltke zu dem Monarchen in richtiger Würdigung des ungeheuren Erfolges und Graf Bismarck fügte mit jener wunderbaren Mäßigung und Klarheit, die ihn auch in den erregtesten Augenblicken nicht verließ, hinzu: „Die Streitfrage ist also entschieden; jetzt gilt es, das alte Verhältnis zu Österreich wieder zu gewinnen!" Dieser Satz blieb fortan die unbeugsam festgehaltene Richtschnur für sein Handeln.

Rückzug der Österreicher

Eine wirkliche Verfolgung wurde nicht eingeleitet, obwohl noch genug frische Truppen bereit standen. Aber der Generalstab vermochte bei der weiten Ausdehnung des Schlachtfeldes die volle Größe des Sieges noch nicht zu übersehen und nahm an, Benedek habe die Schlacht nur abgebrochen und sei hinter die Elbe zurückgegangen. Daher wurde schon um $^1/_2$7 Uhr die Verfolgung eingestellt und für den 4. Juli ein Ruhetag angeordnet. Das königliche Hauptquartier ging nach Horschitz zurück. Nur diese Zögerung rettete die Österreicher. In wirren Massen, alle Verbände aufgelöst, so fluteten Fußvolk und Reiterei, Geschütze und Wagen hinunter nach der Elbe; fast nur die Sachsen, ihren Kronprinzen inmitten seines 1. Jägerbataillons fest geschlossen wie eine lebendige Mauer schützend, bewahrten feste Haltung. Noch Hunderte der Flüchtlinge fanden in den Wallgräben von Königgrätz ein nasses Grab. Was sich gerettet hatte, ging hier und bei Pardubitz über die Elbe. „Ich habe", rief der unglückliche Benedek aus, „alles verloren, nur leider das Leben nicht." Etwas über 9000 Mann an Toten und Verwundeten kostete die Preußen ihr glänzender Sieg; aber der Verlust der Österreicher und Sachsen belief sich auf 43000 Mann, worunter 12000 unverwundete Gefangene. An Kampftrophäen fielen dem Sieger 5 Fahnen, 187 österreichische Geschütze, eine sächsische Kanone und eine ungeheure Menge von Kriegsmaterial (6000 Pferde, 641 Wagen) in die Hände.

Eindruck der Schlacht; die französische Einmischung.

Am 4. Juli flog die unerhörte Kunde auf dem Drahte durch Europa. „Die Welt bricht zusammen (Il mondo casca)", so rief der päpstliche Staatssekretär Antonelli entsetzt aus, denn mit allen Reaktionsplänen in Italien war es nun zu Ende. In Frankreich aber empfand man „patriotische Beklemmungen" und rief nach „Vergeltung für Sadowa", denn man fühlte, daß aller französische Kriegsruhm der letzten 50 Jahre verblasse vor diesem gewaltigen preußischen Siege. Alle Berechnungen des

114. Rückzug der österreichischen Nordarmee nach der Schlacht bei Königgrätz. Zeichnung von A. Beck.

Kaisers waren durchkreuzt, alle seine Voraussetzungen waren falsch gewesen. Noch spät am Abend des 4. Juli meldete ihm Fürst Metternich, daß Kaiser Franz Joseph ihm Venetien zur Verfügung stelle, wenn er dafür Italien vom Kampfe abhalte. Da entschloß er sich, vermittelnd in den Streit einzugreifen, freilich in einer ganz andern Lage, als er wenige Wochen zuvor gemeint hatte. Schon in der Nacht gingen Telegramme an König Wilhelm und König Victor Emanuel ab, und ein Ministerrat war am 5. Juli drauf und dran, das linke Rheinufer zu fordern und ein Heer an der Ostgrenze aufzustellen, was nicht die Vermittelung, sondern den Krieg wenigstens mit Preußen bedeutete. Aber der Kaiser mußte erfahren, daß sein Heer nicht vorbereitet sei — er hätte in diesem Augenblicke kaum 40000 Mann kriegsfertig gehabt — und daß England und Rußland sich sofort mißtrauisch von ihm zurückzogen, er also ganz isoliert sei. Inzwischen hatte schon am 4. Juli General Gablenz um Waffenstillstand nachgesucht, war aber natürlich abgewiesen worden. Da kam Napoleons Telegramm in Horschitz an. „Unglaublich", sagte der König, doch er war mit Graf Bismarck einverstanden, daß er die Napoleonische Vermittelung nicht einfach ablehnen könne, ließ also nach Paris telegraphieren, er nehme sie an, ohne sich jedoch zu irgend etwas zu verpflichten oder etwas zu fordern, und schickte den Prinzen Reuß nach Paris, um Napoleons Vorschläge zu erbitten. So gewann man Zeit zur Fortsetzung des Feldzugs. König Victor Emanuel aber lehnte, ganz im Einverständnis mit seinem tieferregten Volke, jeden Waffenstillstand ohne Preußen und jede Schenkung Venetiens mit Entrüstung ab und ließ am 8. Juli Cialdini bei Borgoforte über den unteren Po vorgehen (s. oben S. 310). Der Versuch Napoleons III., der Fortsetzung des Krieges Einhalt zu thun, war also völlig gescheitert, was die Franzosen nicht wenig empörte. Am 6. Juli nahmen die Preußen die Verfolgung des Feindes auf. Die Elbarmee rückte über Iglau, die Erste Armee über Brünn direkt auf Wien, die Zweite Armee dagegen wandte sich zunächst nach Olmütz, indem sie am 8. Juli mit der Garde-Landwehrbrigade Prag besetzte.

Vormarsch auf Wien.

In dem verschanzten Lager vor Olmütz hatte Benedek mit seinen schwer getroffenen Korps Zuflucht gesucht, indem er nur das Korps von Gablenz und die Kavalleriedivision des Prinzen von Schleswig-Holstein über Brünn nach Wien entsandte, um den Bau der Florisdorfer Schanzen vor Wien und damit den Donauübergang zu decken. Denn schon war die österreichische Südarmee aus Italien in Anmarsch, um sich an der Donau mit der Nordarmee unter dem gemeinsamen Oberbefehl des Erzherzogs Albrecht gegen die Preußen zu vereinigen. Ein Korps der Nordarmee mit einer sächsischen Division war schon auf der Eisenbahn von Olmütz nach Wien befördert worden, drei andre hatten den Fußmarsch dahin angetreten und waren schon weit voraus, vier mit einem Teile der Sachsen standen noch in Olmütz, als auch schon die Spitzen der preußischen Zweiten Armee in das Marchthal vordrangen. Die Brigade Malotki vom I. Armeekorps warf sich am 15. Juli auf die langen Kolonnen des auf der Chaussee aus Olmütz südwärts ziehenden Feindes und erstürmte das Dorf Tobitschau an der Blatta, während preußische Kavallerie bei Biskupitz etwas weiter flußaufwärts sogar das Flüßchen überschritt. Zwanzig österreichische Geschütze in langer Linie eröffneten ein heftiges Kartätschenfeuer gegen die Verwegenen; allein zwei Schwadronen des 5. Kürassierregiments ritten im sausenden Galopp mitten hinein zwischen die feuernden Geschütze, eroberten 18 davon und brachten sie mit voller Bespannung und Bedienung im Triumphe zu ihrem Regimente. Die Österreicher zogen sich infolgedessen wieder nach Olmütz zurück, und die Preußen fuhren auf der Chaussee ihre Geschütze auf, die Straße völlig verlegend. Selbst bis nach der wichtigen Eisenbahnstation Prerau machten sie einen Vorstoß. Benedek überschritt daher in Gewaltmärschen auf dem Jawornikapaß die Kleinen Karpathen, um das Waagthal hinab zur Donau zu gelangen, was freilich schon sehr zweifelhaft war.

Die Preußen an der Donau.

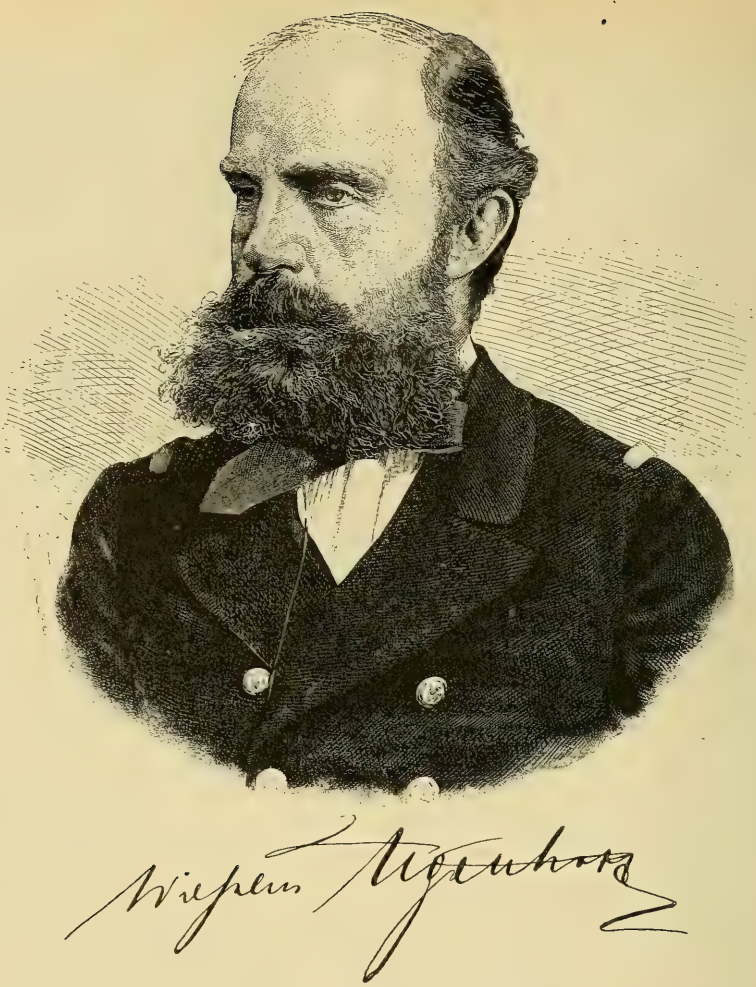
Unterdessen sahen die Preußen der beiden andern Armeen schon jenseit der Donau über der endlosen Ebene des Marchfeldes die malerischen Ketten des Wiener Waldes und die Pyramide des Stephansturms aufsteigen, denn die Spitzen der Elbarmee waren am 20. Juli bis Stockerau, drei Meilen von Wien, die der Ersten Armee bis Gänserndorf, vier Meilen von Wien, gelangt. Binnen wenigen Tagen konnten 194000 Mann

Preußen an der Donau zum Angriff auf Wien versammelt sein, denen binnen kurzem 46000 Mann Ersatztruppen folgen sollten. Um einen sicheren Übergang über den Strom zu gewinnen, schob Prinz Friedrich Karl das IV. Armeekorps bis Stampfen gegen die Kleinen Karpathen nach Preßburg zu vor. Vor Preßburg stand das 2. österreichische Korps unter Graf Thun und die Brigade Mondl vom 10. Korps, um den Preußen den Weg nach Ungarn hinein zu verlegen. Am 22. Juli rückte General von Fransecky, der an diesem Tage das Armeekorps führte, gegen die Feinde vor, sandte die 4. Brigade unter General von Bose links über die Karpathen dem Gegner in die Flanke und hielt durch einen heftigen Artilleriekampf bei Blumenau die Österreicher in ihren Stellungen fest, bis Bose zur Stelle wäre. Dieser hatte in äußerst beschwerlichem Marsche das Gebirge überschritten und die von Schleswig her berühmte Brigade Henriquez, die sich am Paßausgange ihm entgegengestellt, auf Preßburg zurückgeworfen. So waren die Österreicher zwischen zwei Feuer genommen, ihre Niederlage zweifellos, als um Mittag österreichische Parlamentäre erschienen und verkündeten, daß soeben eine fünftägige Waffenruhe für beide Heere begonnen habe. Das Gefecht mußte abgebrochen werden, und an der Front Boses vorüber gingen die Österreicher nach Preßburg zurück.

Seeschlacht von Lissa.

Also überall auf dem Hauptkriegsschauplatze überwältigt, erlebten sie wenigstens in denselben Tagen noch einen glänzenden und wohlverdienten Triumph im Süden, der ihre doch verlorene italienische Herrschaft ruhmvoll abschloß, wenngleich er am Ergebnis des ganzen Krieges nichts änderte.

Die mächtige italienische Flotte von zusammen 34 Schiffen (davon 16 schwere Panzerschiffe) mit 656 Geschützen, 14760 Pferdekraft und fast 11000 Mann Besatzung, der Stolz und die Hoffnung des Landes seit der Errichtung des Königreichs, lag unthätig in Ancona, statt den ursprünglich geplanten Vorstoß auf Dalmatien zu unterstützen, denn ihr Admiral Persano ermangelte durchschlagender Thatkraft und vertraute auch seinen zum Teil ungeübten Mannschaften nicht recht. Gerade umgekehrt stand es drüben auf österreichischer Seite. Seit dem Weggange des Erzherzogs Maximilian (s. S. 231) war die Marine aus übel angebrachter Sparsamkeit vernachlässigt worden; zwei neue Panzerfregatten, „Habsburg“ und „Ferdinand Max“, waren beim Beginne des Krieges noch nicht fertig, das hölzerne Linienschiff „Kaiser“ nicht ausgerüstet, die Bestückung zu schwach, die Besatzung unvollständig. Aber an ihrer Spitze stand ein ganzer Mann, der Kontreadmiral von Tegetthoff, der noch jugendliche Sieger von Helgoland (geb. am 23. Dezember 1827 in Marburg an der Drau als Sprößling einer alten Offiziersfamilie westfälischen Ursprungs). Mit Aufgebot aller Kräfte, vor allem von dem wackeren Fregattenkapitän A. von Eberan unterstützt, setzte er in wenigen Wochen die Flotte, die in Pola und auf der Reede von Fasana lag, in kriegstüchtigen Stand, ließ seine Holzschiffe mit Ketten panzern, so gut es gehen wollte, und machte seine Offiziere mit dem Gedanken vertraut, die Entscheidung nicht im Geschützkampfe, sondern im Rammstoße zu suchen. So alles mit seiner eignen Zuversicht und Thatkraft erfüllend, erschien er schon am Morgen des 27. Juni vor Ancona, aber Persano nahm die ihm angebotene Schlacht nicht an. Erst als die Stimmung des Landes ihn unwiderstehlich vorwärts drängte, lief er am 16. Juli aus, um die starkbefestigte dalmatische Insel Lissa anzugreifen, das „Malta des Adriatischen Meeres“, wie sie Napoleon I. genannt hatte. Zwei Tage hindurch, den 18. und 19. Juli, überschüttete er ihre Batterien mit Geschossen (35—40000!), aber obwohl sie schwer beschädigt und ihre Geschütze teilweise demontiert wurden, es gelang nicht, sie völlig zum Schweigen zu bringen und noch weniger die Einfahrt in den Hafen zu erzwingen, vielmehr wurde einer der italienischen Panzer, der „Formidabile“, schwer beschädigt. Aber die Kräfte der tapferen Besatzung gingen allerdings zu Ende; da kamen am Morgen des 20. Juli, als die Sonne eben den dichten Nebel durchbrach, am nördlichen Horizont die Rauchsäulen der österreichischen Flotte in Sicht, die Tegetthoff auf die Nachricht von der Bedrohung Lissas in eiliger Fahrt heranführte. Er verfügte über 27 Schiffe, davon 7 Panzerfregatten, mit 526 Geschützen, 10000 Pferdekraft und 7500 Mann, war also erheblich schwächer als die Italiener. Um so kühner ging er drauf. Um $^1/_2$11 Uhr stiegen rasch hintereinander an Bord seines Flaggschiffes „Ferdinand Max“ die Signale empor: „Klar zum Gefecht!“ — „Angriffswinkel in drei Divisionen!“ — „Panzerschiffe den Feind anlaufen und zum Sinken bringen!“ In drei ineinandergeschobene Keile formiert, kam die österreichische Flotte mit Volldampf heran, voraus die Panzerschiffe mit dem Admiralschiff Tegetthoffs an der Spitze (Kommandant Linienschiffskapitän Freiherr von Sterneck), dahinter die Holzschiffe mit dem hochragenden „Kaiser“ voraus, am Schlusse die Kanonenboote und die schwächeren Fahrzeuge. Ein tausendstimmiges Hurra der Österreicher scholl den Italienern entgegen, die in Kiellinie, Kurs Nord-Nord-Ost, hintereinander in drei Divisionen lagen, voran die Panzer mit dem „Principe di Carignano“ an der Spitze, hinter der Linie die Holzfregatten Albinis. Persano hatte seine Flagge auf das Turmschiff „Affondatore“ gesetzt, dies aber nicht allgemein mitgeteilt, so daß von Anfang an Verwirrung in die Signalisierung kam. Um $^3/_4$10 Uhr feuerte der „Principe



115. Admiral Wilhelm von Tegetthoff.

di Carignano" den ersten Schuß. Im ersten Stoß brach Tegetthoff durch die italienische Linie, und bald löste sich alles in eine Reihe von Einzelkämpfen auf, bei denen nicht mehr die Oberleitung, sondern lediglich die Umsicht und Entschlossenheit der einzelnen Kapitäne entschied. Mit Volldampf rasten die Schiffe durch die noch hochgehenden Wellen, sich mit ihren Breitseiten überschüttend und den Augenblick erspähend, wo sie rammen konnten oder einen Rammstoß zu vermeiden hatten. Ein erschütterndes, furchtbares Getöse verschlang jeden einzelnen Laut. Zahllose Fontänen sprühten unter den ins Wasser schlagenden Granaten empor, dichter Pulverdampf begann das Schlachtfeld zu verhüllen, aus dem bald hier, bald dort die Masten mit der halben Flaggengala oder der schwarze Rumpf eines Österreichers, der graue eines Italieners emportauchte. Der „Kaiser" (von Petz), von vier Panzern bedrängt, versuchte endlich den „Re di Portogallo" zu rammen, verlor dabei Gallion, Bugspriet und Fockmast, der im Sturze den Schornstein zerschlug und das Deck mit Trümmern füllte, kam aber, wenn auch schwer beschädigt und mit herben Verlusten, glücklich durch und wies noch den „Affondatore" mit drei konzentrierten Breitseiten zurück. Endlich sah Tegetthoff nach verschiedenen vergeblichen Versuchen, zu rammen, den grauen Rumpf des „Re d'Italia" quer vor seinem Bug auftauchen. Ein rascher Entschluß, und mit Volldampf rennt „der „Ferdinand Max" dem feindlichen Panzer hinter dem Fockmast in die linke Seite mit solcher Wucht, daß er sich über den Rumpf des Gegners erhebt, am Bug blankpoliert, denn alle Farbe war abgesprungen. Sofort geht er rückwärts, in der Flanke des Italieners klafft ein Leck von 13 qm, er legt sich auf die Seite, in Strömen dringt das Wasser in den mächtigen Bau, und unter dem hundertstimmigen Rufe: „Evviva l'Italia!" sinkt das stolze Schiff mit der wehenden grün-weiß-roten Flagge am Stock in die gurgelnde Tiefe. Von der Besatzung (700 Mann) retteten sich nur 15 Mann an die Küste, denn jeder Beistand war bei dem furchtbaren Durcheinander unmöglich. Einige Minuten herrschte das Schweigen des Entsetzens, dann brach der Kampf abermals los. Die Italiener

begannen nach Norden abzufallen, in ihrer Mitte den schon brennenden „Palestro". Gegen $^1/_2$3 Uhr brachen die Flammen aus seinen Seiten, eine Rauch- und Feuersäule schoß empor, und das Schiff sank berstend unter. Die Schlacht war zu Ende, die Italiener dampften nach Ancona zurück, kaum verfolgt, die Österreicher gingen nach Lissa, wo sie am 21. Juli ihre Toten begruben (nur 3 Offiziere und 32 Mann); am nächsten Tage trafen sie, von allgemeinem Jubel begrüßt, wieder in Pola ein. Der Kaiser ernannte den Sieger telegraphisch zum Vizeadmiral. Es war die erste Seeschlacht zwischen Panzerschiffen, und merkwürdigerweise zwischen zwei ganz jungen Flotten, von denen die eine, die österreichische, im Auslande bisher kaum beachtet worden war.

Beginn der Unterhandlungen.

Während dieser letzten kriegerischen Ereignisse war die preußische Diplomatie eifrig und mit einer ebenso großen Energie wie Mäßigung bemüht, die Früchte glänzender Siege zu sichern. Niemals hat Bismarck größere Meisterschaft bewiesen, immer nur das Notwendige fordernd, dies aber mit vollem Nachdruck. Die Stimmung in Frankreich war geteilt, aber vorwiegend Preußen feindlich und also unter Umständen gefährlich. Napoleon III., überrascht und betroffen, wie er war, begriff doch vollständig, daß ihm die Konsequenz seiner stets gepredigten und vor allem in Italien 1859 verfolgten Grundsätze schlechthin verbiete, der italienischen und deutschen Einheit entgegenzutreten und, was die Folge gewesen wäre, der klerikalen Reaktion in die Hände zu arbeiten, die er verabscheute, wie sie ihn. Auf seiner Seite standen mit voller Entschiedenheit sein Vetter Prinz Napoleon und die Minister Rouher und Lavalette. Aber die tiefverletzte Eitelkeit der Franzosen, des Heeres, der Abgeordneten (vor allem A. Thiers'), der führenden Pariser Journalisten, kurz der leitenden Kreise, wollte sich die Einheit Deutschlands unter preußischer Führung unter keinen Umständen gefallen lassen und hätte sich höchstens dann mit ihr einigermaßen ausgesöhnt, wenn sich ein ansehnlicher Landgewinn für Frankreich ergeben hätte, woran dem Kaiser persönlich wenig lag; auf ihrer Seite standen Kaiserin Eugenie, Drouyn de l'Huys, der Minister des Auswärtigen, u. a. m. Napoleon III. war also in der peinlichsten Lage und bekannte diese am 11. Juli dem preußischen Botschafter, dem Grafen von der Goltz, ganz offen. Da er nun immerhin in ganz Frankreich bei weitem der Preußen verhältnismäßig am günstigsten gestimmte Staatsmann war, und es daher im preußischen Interesse lag, ihm so weit entgegenzukommen, als es sich mit den eignen Interessen irgend vertrug, so wurde Bismarck zu dem Auswege gedrängt, die in seiner Bundesreformvorlage vom 10. Juni in Aussicht genommene Neugestaltung ganz Deutschlands außer Österreich vorläufig auf den Norden zu beschränken, dafür aber Preußen durch die Annexion der norddeutschen Mittelstaaten zu verstärken, an die, von Schleswig-Holstein natürlich abgesehen, noch am 5. Juli im preußischen Hauptquartiere niemand gedacht hatte. Sollte Napoleon weiter gehen, etwa deutsches Land verlangen, dann war er allerdings entschlossen, sich auf der Stelle und um jeden Preis mit Österreich zu verständigen und die ganze deutsche Nation zum Kampfe gegen Frankreich unter dem Banner der Reichsverfassung von 1849 aufzurufen. Nach wie vor blieb er dabei, einen Waffenstillstand nur zu gewähren, wenn zuvor die Grundlagen zum Frieden festgestellt seien, und diesen nicht abzuschließen ohne Italien. Diese ebenso maßvolle als entschlossene Haltung verfehlte auf Napoleon ihres Eindruckes nicht. Er erklärte dem Grafen Goltz, die Hauptsache sei für ihn die Trennung Süddeutschlands vom Norden und die Erhaltung Sachsens, nicht aus Interesse für die Dynastie, die ihm gleichgültig sei, sondern nur, um Preußens Macht nicht allzusehr zu erhöhen; er stellte auch keine bestimmten Kompensationsforderungen, sondern verständigte sich mit Goltz am 14. Juli über gewisse Friedensvorschläge auf der von ihm angegebenen Grundlage, worin allerdings von großen preußischen Annexionen noch kein Wort stand. Inzwischen war Graf Benedetti, der französische Botschafter in Berlin, von dort nach mühseliger Fahrt in der Nacht des 11. Juli in Zwittau, dem damaligen preußischen Hauptquartiere, eingetroffen, aber ohne irgendwelche formulierte Vorschläge zu überbringen. Ungeduldig darüber, knüpfte Bismarck durch Dr. Giskra, den Bürgermeister von Brünn, unmittelbar mit Wien an, aber da man dort mißtrauisch zögerte, die dargebotene Hand zu ergreifen, und den Unterhändler Baron Herring dreißig Stunden warten ließ, so lief inzwischen am 17. Juli eine Depesche von Goltz mit den Napoleonischen Friedensvorschlägen ein. Bismarck nahm

sie im Prinzip an, forderte aber nun, dem entschiedenen Willen des Königs entsprechend, ausgedehnte Annexionen in Norddeutschland. Auch in Wien, wo jene Vorschläge schon am 15. Juli eingetroffen waren, stimmte man bei und bedang sich nur die ungeschmälerte Erhaltung Sachsens aus, des einzigen Mittelstaates, der Österreich kräftig unterstützt habe; die andern deutschen Bundesgenossen ließ man fallen.

Der Vorfriede von Nikolsburg.

Darauf wurde beiderseits in Nikolsburg, einem schönen Schlosse des Grafen Mensdorff, wo sich das königliche Hauptquartier seit dem 18. Juli befand, ein fünftägiger Waffenstillstand festgesetzt, der am Mittag des 22. Juli beginnen sollte. Vertraulich hatte Bismarck schon vorher erklärt, der König verzichte auf den Einmarsch in Wien. Am Nachmittage begannen in Nikolsburg die Verhandlungen über den Präliminarfrieden, und schon am 23. Juli standen die Hauptbedingungen fest; nur über die Kriegskosten hatte man sich noch nicht zu einigen vermocht, aber auch Napoleon III. hatte den beabsichtigten großen Annexionen zugestimmt. Noch widerstrebte der König, weil er gern einen Teil Böhmens und Sachsens (Leipzig und die Oberlausitz) behalten hätte, ganz im Einklange mit seiner militärischen Umgebung, und von der andern Seite schlug Rußland, betroffen und eifersüchtig auf Preußens glänzende Erfolge, einen Kongreß vor. Die Dinge standen auf der Schneide. Da führte Bismarck in einer großen Denkschrift für den König aus, der schleunigste Abschluß sei nötig, wenn man nicht das ganze Resultat wieder in Frage stellen wolle. Diese unwiderleglichen Ausführungen und die Vermittelung des Kronprinzen überzeugten den König, er gab nach. Die Kriegskosten wurden schließlich, indem man den österreichischen Aufwand für den Feldzug in Schleswig-Holstein und die Naturalverpflegung der preußischen Truppen bis zum endgültigen Frieden mit im ganzen 20 Millionen anrechnete, auf 60 Millionen Mark herabgesetzt. Ganz überraschend aber forderte Graf Karolyi, daß Sachsen außerhalb des Norddeutschen Bundes bleibe. Da stieß Bismarck entrüstet den Stuhl zurück, sprang auf und erklärte, das sei der Krieg, so daß der Österreicher sofort nachgab. Denn Österreich war nicht im stande, den Krieg wieder aufzunehmen. Ein Aufruf an den Opfermut der Ungarn war platt zu Boden gefallen, denn der große Führer der ungarischen Opposition, Franz Deak, erklärte dem Kaiser, der ihn nach Wien berufen hatte, rund heraus, solange die Verfassung nicht hergestellt werde, sei Ungarn tot. Auch diesseit der Leitha hielt die tiefe Verstimmung über die Sistierung der Verfassung jeden Aufschwung nieder, und der unermeßlich reiche Klerus, die festeste Stütze des Staates seit dem Konkordat, zeigte seine patriotische Hingebung durch eine Spende von ganzen 200000 Gulden für die Verwundeten. Anderseits mahnte das Auftreten der Cholera im preußischen Heere und die drohende Einmischung Rußlands wie Frankreichs zu einem möglichst raschen Abschlusse. So wurden am 26. Juli die Friedenspräliminarien von Nikolsburg unterzeichnet. Österreich schied aus dem Deutschen Bunde, versprach die neue Ordnung, die Preußen dem Deutschland im Norden des Mains geben würde, anzuerkennen, vorbehältlich der ungeschmälerten Erhaltung Sachsens, und zahlte 60 Mill. Mark. Dagegen sollten die süddeutschen Staaten unabhängig bleiben und ihre internationalen Beziehungen frei regeln dürfen. Zugleich wurde ein allgemeiner Waffenstillstand in Österreich und Süddeutschland vom 2. August an vereinbart.

Rückkehr König Wilhelms.

Am 30. Juli nahm König Wilhelm auf dem Marchfelde bei Gänserndorf über seine siegreichen Truppen eine glänzende Heerschau ab, dann ging er nach Prag und kehrte von dort am 4. August über Reichenberg, Zittau und Görlitz nach Berlin zurück, in seinem Gefolge der Kronprinz und seine großen Berater. Die Lokomotive war mit Kränzen und Fahnen geschmückt, und unermeßlicher Jubel begrüßte den greisen Sieger allerorten in seinem Lande, scheue Achtung und Bewunderung den künftigen Oberherrn Norddeutschlands auch in Böhmen und Sachsen. In Italien war der Waffenstillstand schon am 25. Juli zustande gekommen und bis zum 10. August verlängert worden. Seine weitere Ausdehnung mußte Italien mit der Räumung Welschtirols erkaufen, die Österreich unbedingt forderte und Preußen nachdrücklich befürwortete, da der König kein Stück des alten Bundesgebietes preisgeben wollte.

Die Überwältigung Süddeutschlands.

Die Aufstellung.

Es war ein trauriges Verhängnis, daß es noch blutiger Kämpfe bedurfte, um die süddeutschen Staaten von der Unhaltbarkeit der alten Bundesverfassung zu überzeugen. Württemberg, Baden, Kurhessen und Hessen-Darmstadt, Nassau und Frankfurt hatten ihre Kontingente aufgeboten; sie bildeten das VIII. Bundesarmeekorps unter dem Befehle eines österreichischen Generals, des Prinzen Alexander von Hessen, verstärkt durch sieben Bataillone Österreicher. In gleicher Stärke stand das bayrische Heer neben ihm unter dem Prinzen Karl von Bayern, einem tüchtigen alten Soldaten, der als Bundesoberfeldherr nach Bundeskriegsrecht auch über jenes den Oberbefehl führte. Es war der Zahl nach eine stattliche Armee von 100000 Mann, tapfer und ausdauernd, aber ohne festen inneren Zusammenhalt, mit ganz verschiedenen Uniformen, Waffen und Kommandos, ausdrücklich dazu bestimmt, daß jedes Kontingent zunächst das eigne Land zu schützen habe, und ohne Begeisterung für die Sache, die sie verfocht, nämlich für die ungeschmälerte Scheinsouveränität der Einzelstaaten, die der Bundestag verbürgte und die das Blut nicht wert war, das für sie noch fließen mußte. Der spöttische Vergleich mit der „Reichsarmee von 1757" war nicht ganz unberechtigt, und es machte keinen Eindruck mehr, daß der Bundestag in seinen letzten Wochen die so lange verpönten „deutschen Farben" Schwarz-Rot-Gold für die einzelnen Kontingente als gemeinsames Abzeichen vorschrieb.

Preußen, alle seine Kräfte gegen Österreich zusammenfassend, hatte zunächst nicht mehr als 47000 Mann dem Bundesheere entgegenzustellen, großenteils schnell zusammengeraffte Truppen, deren Kern das VII. Armeekorps (Westfalen) bildete. Führer dieser preußischen „Mainarmee" war der General Vogel von Falckenstein; die drei Divisionen, aus denen sie bestand, befehligten die Generale Manteuffel, Göben und Beyer.

Vordringen der Preußen bis zum Main.

Das nächste Ziel der Bayern war gewesen, den Hannoveranern die Hand zu reichen; sie waren aber mit ihren Spitzen erst bis Meiningen gelangt, als die Katastrophe von Langensalza eintrat. In Suhl empfing Prinz Karl am 30. Juni diese Nachricht. Jetzt gab er den Vorstoß nach Norden auf, beschloß vielmehr, sich mit dem in der Wetterau stehenden VIII. Bundeskorps zu vereinigen, um dann mit ungeheurer Übermacht die Preußen zu erdrücken. Allein Falckenstein kam ihm zuvor; er schob sich in die Mitte der beiden Armeen, sie weit voneinander haltend, indem er ebenso kühn wie geschickt bald der einen, bald der andern die Stirn bot und sie durch nachträgliche Vorstöße nötigte, immer weiter südwärts auszuweichen. Bei Dermbach im eisenachischen Oberlande traf Göben am 4. Juli die Bayern und zwang sie, bis hinter die Fränkische Saale zurückzugehen, während zugleich die Kunde von dem preußischen Siege bei Königgrätz die Bundestruppen des VIII. Korps bis nach Frankfurt zurückscheuchte. In sehr schwierigen Märschen überschritt nunmehr die Mainarmee das Rhöngebirge und erschien in der rechten Flanke der Bayern. Manteuffel griff diese am 10. Juli links bei Waldaschach, Beyer rechts bei Hammelburg an; im Zentrum bei Kissingen entspann sich zwischen Göben und dem tapferen bayrischen Generalstabschef von der Tann ein heftiger Kampf; er endigte damit, daß die Preußen die Stadt erstürmten und mit dem Bajonett den Feind von den Höhen im Osten der Stadt zurückwarfen.

Kämpfe am Main.

Nach dieser Niederlage gingen die Bayern bis Schweinfurt und Würzburg am Main zurück. Falckenstein wandte sich daher, in höchst anstrengenden Märschen den Spessart übersteigend, gegen das VIII. Korps. Indessen dieses, auf dem Marsche, sich mit den Bayern zu vereinigen, kam ihm entgegen und besetzte die Engen, die aus dem Gebirge nach Westen herausführen. So sahen sich die Preußen bei ihrem Austritte aus dem Gebirge unversehens bei Laufach am 13. Juli von den Hessen angegriffen; allein trotz ihrer Ermüdung warfen sie den Feind blutig zurück und besetzten Laufach. Am folgenden Tage erneuerte sich bei Aschaffenburg der Kampf: die Preußen warfen die ihnen gegenüberstehenden Österreicher und Hessen-Darmstädter auf die Stadt zurück

und eroberten diese im blutigen Straßenkampfe. Infolgedessen zogen die Bundestruppen südwärts über den Odenwald von dannen, und Falckenstein hielt am 16. Juli unter den stolzen Klängen des Preußenliedes in Frankfurt am Main seinen Einzug, indem er dem Könige meldete: „Die Länder nördlich vom Main liegen Ew. Majestät zu Füßen.“ Der Rumpfbundestag war nach Augsburg geflüchtet.

Der Befehl des Königs berief indes Falckenstein aus der alten Bundesstadt zum Gouverneur von Böhmen, was damals nach einem solchen Siegeszuge allgemein und peinlich überraschte, weil man nicht wußte, wieviel Ursache zur Unzufriedenheit der hochverdiente General durch sein Verfahren gegenüber den Hannoveranern gegeben hatte. Die Führung der nun auf 60000 Mann verstärkten Mainarmee erhielt Manteuffel, dessen bisherige Division der General von Flies übernahm.

Kämpfe an der Tauber.

Am 21. Juli brach Manteuffel von Frankfurt auf und führte mitten in dem gebirgigen Terrain des Odenwaldes eine geschickte Linksschwenkung aus, um an die Tauber zu gelangen, hinter der die süddeutschen Truppen Stellung genommen hatten. Am 23. warf Flies die Badener zurück, die, wie es schien, einen ernstlichen Kampf meiden wollten. Am folgenden Tage, 24. Juli, ging Manteuffel zum Angriff auf die Taubérlinie vor. Nach kurzem Kampfe nahm Flies den Hessen Wertheim, Göben den Badenern Werbach, General von Wrangel, der Göbens Avantgarde führte, den Württembergern Tauberbischofsheim. Am Nachmittage erneuerten die Württemberger den Kampf um Tauberbischofsheim; fünfmal griffen sie es an, ohne es jedoch wiedergewinnen zu können. Jetzt zog sich das gesamte VIII. Bundeskorps auf die bewaldete Hochebene von Gerchsheim, halbwegs zwischen Tauberbischofsheim und Würzburg, zurück, während nur eine Meile entfernt bei Helmstadt die Bayern standen. Dennoch zögerte Manteuffel nicht, am 25. Juli den ihm weit überlegenen Gegner anzugreifen. Göben ging gegen Gerchsheim, Beyer gegen Helmstadt vor, Flies blieb als Reserve bei Wertheim stehen. Beide Angriffe waren erfolgreich. Das VIII. Bundeskorps wurde auf Würzburg zurückgeworfen und auch der linke Flügel der Bayern trotz tapferer Gegenwehr zurückgedrängt. Am folgenden Tage, 26. Juli, nahm Flies im Verein mit Beyer den Kampf auch gegen den rechten bayrischen Flügel auf; auch dieser wich bei Üttingen und Roßbrunn, trotz glänzender Angriffe der bayrischen Kürassiere, und zog sich hinter den Main zurück. Bei Rottendorf unweit Würzburg konzentrierte sich nun die ganze süddeutsche Macht. Die Mainarmee rückte ihr nach und eröffnete am 27. Juli um Mittag ein heftiges Feuer gegen die Feste Marienberg, die Citadelle von Würzburg, die indes tapfer widerstand, weil die Preußen nur Feldgeschütze führten. Trotzdem war die Lage der Süddeutschen einfach verzweifelt, denn sie hatten die Preußen im Rücken, waren also von ihren Heimatländern völlig abgeschnitten.

Das II. preußische Reservekorps in Franken.

Zugleich sahen sie sich von einem neuen Gegner in der rechten Flanke bedroht. In Leipzig war das II. Reserve-Armeekorps, 24000 Mann stark, Preußen, Mecklenburger, Anhaltiner, Altenburger, gebildet worden. Der Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin führte es über Plauen und Hof heran. In aller Eile wurde ihm von München her eine bayrische Reservebrigade von vier schlechtausgerüsteten Bataillonen entgegengeworfen, von diesen aber das eine am 29. Juli bei Seybottenreuth von den Vortruppen des Großherzogs angegriffen und zersprengt, worauf die ganze Brigade kehrt machte. Am 30. Juli besetzte seine Avantgarde Nürnberg, am 1. August ritt er selbst dort ein. Auf der alten Hohenzollernburg wurde die preußische Fahne aufgezogen; noch wenig Märsche, und der Großherzog reichte Manteuffel die Hand. Da trat wie auf dem östlichen Kriegsschauplatze an der Donau, so auch auf dem westlichen am Main der Waffenstillstand ein. Würzburg wurde als Friedenspfand den Preußen übergeben, und das VIII. Bundesarmeekorps löste sich auf, indem die einzelnen Kontingente von ihren Landesherren heimgerufen wurden. Am 8. August legte Alexander von Hessen den Oberbefehl nieder.

Ein kurzer Monat hatte die Unbrauchbarkeit des alten Bundeskriegswesens kläglich enthüllt. Daher war die blutige Lehre nicht vergeblich, und es war wenigstens ein Glück im Unglück, daß eine deutsche Faust die alte Ordnung in Scherben schlug.

Die Friedensschlüsse.

Gleichzeitig vollzog sich auch der Friedensschluß zwischen der preußischen Regierung und der Volksvertretung.

Der innere Friede in Preußen.

„Wenn Bismarck siegt, sind wir verloren", sagte beim Ausbruche des Krieges ein hervorragender Fortschrittsmann. Das Wort wurde wahr, freilich in ganz andrer Art, als es gemeint war. Mit dem Kriege, als Preußen mit seiner nationalen Politik Ernst machte, erhob sich der alte kriegerisch-patriotische Geist des preußischen Volkes; wie nichtig erschien der Parteienhader jetzt, wo die Ehre Preußens, vielleicht seine Existenz auf dem Spiele stand! Und wie trefflich bewährte sich vom ersten Kriegstage an die so erbittert angefochtene Heeresreorganisation! Auf den 3. Juli, unter dem frischen Eindrucke glänzender Siege, fanden die Neuwahlen zu dem im Mai aufgelösten Abgeordnetenhause statt; das Ergebnis war, daß die Fortschrittspartei über 100 Sitze in dem Hause verlor. Das Volk sagte sich los von der Führung der stets verneinenden Partei. Welch ein verändertes Antlitz zeigte das neugewählte Haus! Wohl wäre es an sich geneigt gewesen, den „Konflikt" zu vergessen. Aber hochherzigen Sinnes that der König Wilhelm den entscheidenden Schritt zur Versöhnung entgegen. Es fehlte nicht an Stimmen, die jetzt, nachdem die Regierung in der Sache so gänzlich recht behalten hatte, eine Wendung zum Absolutismus befürchteten oder befürworteten, und der Gedanke, daß das Budgetrecht des Hauses bisher geschmälert worden sei, stieß selbst im Ministerium auf lebhaften Widerspruch, aber König Wilhelm und Bismarck beschämten alle Besorgnisse und Erwartungen. Der König erließ eine Amnestie und kündigte in der Thronrede, mit der er am 5. August unter ungeheurem Zudrange und allgemeinster Spannung den Landtag eröffnete, an, daß die Landesvertretung wegen der ohne Staatshaushaltsgesetz während der letzten Jahre geführten Verwaltung um „Indemnität" werde angegangen werden, obwohl sie nur ihre Pflicht erfüllt habe, indem sie den Staatshaushalt auch ohne ein solches Gesetz fortgeführt habe. Der ruhmgekrönte Sieger erkannte also nach den glänzendsten Erfolgen das Budgetrecht der Landesvertretung unumwunden an und bat für das Vergangene um „Nachsicht".

Damit war ein Fundament des festen Vertrauens gegeben, wie es nunmehr vom ersten Tage an das Abgeordnetenhaus gegen das Ministerium zeigte. Es nahm mit 230 gegen 75 Stimmen am 3. September die Indemnitätsvorlage an und übergab damit das Vergangene der Vergessenheit; es bewilligte mit 230 gegen 83 Stimmen am 25. September der Regierung einen außerordentlichen Kredit von 180 Mill. Mark für Militär und Marine; es bestimmte, die Verteilung dem Könige überlassend, eine Summe von $4\frac{1}{2}$ Mill. Mark zu Dotationen für Graf Bismarck „in Anerkennung der von ihm so erfolgreich geleiteten auswärtigen Politik", für den Kriegsminister Roon und die Generale Moltke, Herwarth von Bittenfeld, Steinmetz und Vogel von Falckenstein; es genehmigte die Annexionen der neuen Provinzen und erteilte endlich der Regierung eine Art Diktatur bis zum 1. Oktober 1867, wo die preußische Verfassung in den neuen Landesteilen eingeführt werden sollte.

Die Verhandlungen über die Indemnität hatten zu Tage gebracht, daß durch die Fortschrittspartei selbst ein tiefer Riß ging. Einige zwanzig Mitglieder derselben traten infolgedessen aus der Partei aus; Liberale gemäßigter Richtung schlossen sich diesen an. So entstand die „nationalliberale Partei", bald erheblich vermehrt durch die liberalen Abgeordneten aus den neuen Provinzen und bestrebt, eine Stütze der nationalen Politik Preußens zu sein.

Verhandlungen mit Frankreich.

Während dieser parlamentarischen Verhandlungen führte Graf Bismarck einen meist verborgenen, aber um so schwereren Kampf, um die gewonnenen Kriegserfolge nach allen Seiten hin zu sichern und zu verwerten.

Der russische Kongreßplan war schon Ende Juli aufgegeben worden, weil Napoleon III. nicht darauf eingehen konnte und wollte. Aber schon am 26. Juli, unmittelbar vor dem Abschlusse der Friedenspräliminarien, hatte Benedetti in Nikolsburg angedeutet, daß er „Kompensationen" fordern müsse, und am 5. August stellte er in Berlin dem Grafen

Bismarck die französischen Forderungen, die Drouyn de l'Huys dem kranken Kaiser in Vichy am 29. Juli halb gegen dessen Willen abgedrängt hatte: Rheinhessen mit Mainz, die bayrische Rheinpfalz und das Saargebiet, Austritt Luxemburgs und Limburgs aus dem Bunde. Am nächsten Tage erhielt er die kurze Antwort des Grafen, ein rundes Nein, und als er diesen darauf aufmerksam machte, eine Weigerung Preußens bedeute den Krieg, entgegnete Bismarck entschlossen: „Nun gut, den Krieg!" Nicht anders klang der Entscheid des Königs am 7. August. In einer langen Unterredung führte dann der Minister dem Gesandten gegenüber aus: Jede Abtretung deutscher Erde sei für Preußen eine Unmöglichkeit; mit einer solchen würde es trotz aller Siege Bankrott machen. Wenn Frankreich auf diesen Forderungen bestehe, dann werde Preußen die ganze deutsche Nation aufrufen und sich um jeden Preis mit Österreich endgültig verständigen. „Aber dann gehen wir vereinigt mit 800000 Mann über den Rhein und nehmen Euch das Elsaß ab; unsre beiden Armeen sind mobil, die Eurige nicht, die Konsequenzen denken Sie sich selbst", das alles in gelassenstem Tone. Benedetti erschrak vor dieser furchtbaren Entschlossenheit des gewaltigen Mannes, und es war auch kein Geheimnis, daß die ganze preußische Festungsartillerie, die teilweise schon nach Böhmen unterwegs war, Befehl hatte, nach den Rheinfestungen abzugehen. Er eilte nach Paris, um zu berichten, und der Eindruck war dort derselbe. Napoleon erklärte dem Grafen Goltz gegenüber den ganzen Antrag für ein „Mißverständnis", an dem seine Krankheit schuld sei. Trotzdem kam Benedetti im Laufe des August noch einmal mit einem Vorschlage, Luxemburg an Frankreich zu überlassen, erhielt aber darauf zunächst keine bestimmte Antwort, und Drouyn de l'Huys gab seine Entlassung. Sein Stellvertreter Lavallette, der die Geschäfte bis zum Eintritt des Nachfolgers, Marquis Moustier, führte, erklärte dann in einem Rundschreiben vom 16. September an die französischen Gesandten, die nationale Gestaltung Italiens und Deutschlands entspreche der napoleonischen Politik. Damit zerteilte sich vorläufig diese Wolke, aber ein tiefes Mißtrauen blieb zurück. Die Verstimmung des russischen Hofes über die plötzliche Machtentwickelung Preußens und vornehmlich über die Entthronung deutscher Fürstenhäuser beschwichtigte General von Manteuffel, der am 9. August in besonderer Sendung in Petersburg eintraf, und damit erntete Preußen die Frucht jener vielangefochtenen polnischen Konvention von 1863 (s. oben S. 177); im übrigen ließen König Wilhelm und Bismarck auch den Russen keinen Zweifel darüber, daß sie auswärtige Einmischung in deutsche Angelegenheiten nicht mehr dulden würden. Diese kräftige Sprache verfehlte auch dort ihre Wirkung nicht, um so weniger, als die Wiederherstellung eines guten Einvernehmens mit Preußen für die Erfüllung mancher russischen Wünsche im Orient nur günstig oder vielmehr unentbehrlich war.

So von Mißgunst und Ansprüchen der Nachbarn bedrängt, die noch immer nicht den Deutschen das natürliche Recht auf nationale Selbständigkeit und Einheit zugestehen wollten, das sie doch für sich als selbstverständlich in Anspruch nahmen, legte Bismarck gleichzeitig die Fundamente für die Neugestaltung, also für die Einheit Deutschlands.

Friedensschlüsse mit den süddeutschen Staaten.

Die besiegten deutschen Gegner Preußens hatten alle bereits in Nikolsburg durch ihre leitenden Minister oder andre geeignete Persönlichkeiten um Frieden gebeten, da Österreich sie, mit Ausnahme Sachsens, preisgab, aber jede gemeinsame Verhandlung mit ihnen lehnte Bismarck rundweg ab, indem er sie gleichzeitig bezüglich alles Näheren auf Berlin verwies. Hier erhielten sie einzeln den Frieden, ohne daß die Bitten um französische Vermittelung, die sie alle, besonders eifrig der hessen-darmstädtische Minister von Dalwigk, in Paris erbeten hatten, Gehör gefunden hätten: Württemberg am 13., Baden am 17., Bayern am 22. August, Hessen-Darmstadt am 3. September. Preußen begnügte sich damit, ihnen die Kosten des Krieges aufzulegen: Württemberg 8, Baden 6, Bayern 30, Hessen-Darmstadt 3 Mill. Gulden und von Bayern und Hessen-Darmstadt geringfügige Gebietsabtretungen zur besseren Verbindung des eignen Gebietes zu verlangen, von jenem den Kreis Orb, von diesem den Kreis Biedenkopf, nachdem Preußen von Bayern anfangs das althohenzollernsche Oberfranken gefordert hatte. Außerdem mußte Hessen-Darmstadt die eben erst ererbte Landgrafschaft Hessen-Homburg an Preußen

abtreten, für Oberhessen in den Norddeutschen Bund eintreten, seine ganze Division (die 25.) dem norddeutschen Bundesheere anschließen und das Post- und Telegraphenwesen an Preußen überlassen. Gleichzeitig mit diesen Friedensschlüssen schloß Preußen mit den süddeutschen Staaten zunächst geheime Schutz- und Trutzbündnisse, nach denen beide Teile sich für den Kriegsfall Beistand gelobten und die süddeutschen Truppen dann unter den Oberbefehl des Königs von Preußen traten. So war in militärischer Beziehung die Einheit Deutschlands bereits verbürgt, so gut wie die wirtschaftliche durch die Wiederherstellung der Zollvereinsverträge. Hocherfreut über die neue Eintracht, bot der junge König Ludwig II. von Bayern dem König Wilhelm den gemeinsamen Besitz der alten Hohenzollernburg in Nürnberg als Sinnbild des Bündnisses an.

Friede von Prag.

Mit Österreich kam der Friede in Prag am 23. August zum Abschluß, im wesentlichen auf der Grundlage von Nikolsburg. Für die Zukunft unbequem war der preußischen Politik nur der auf französisches Drängen aufgenommene 5. Artikel, daß, „falls die nördlichen Distrikte von Schleswig durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen gäben, mit Dänemark wieder vereinigt zu werden", dies geschehen solle. Am 24. August löste sich auch der Rumpfbundestag in Augsburg auf, nachdem die Zahl der Gesandten bis auf sieben zusammengeschmolzen war.

Friede mit Sachsen.

Den Abschluß machte der Frieden mit Sachsen. Da Bismarck den Minister von Beust als Unterhändler abgelehnt hatte und dieser daher zurückgetreten war, führte die langen und oft peinlichen Verhandlungen sein Nachfolger, der Freiherr Richard von Friesen, und der sächsische Gesandte in Berlin, Graf Hohenthal, und brachten sie am 21. Oktober zu Ende. Sachsen hatte an Kriegskosten 30 Mill. Mark zu erlegen, stellte sein Post- und Telegraphenwesen unter Preußen, versprach, seine Truppen nach preußischer Weise umzugestalten und unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu stellen. Der Königstein erhielt eine preußische Besatzung, und preußische Truppen blieben im Lande, bis jene Reorganisation vollzogen war. Am 26. Oktober kehrte König Johann nach Pillnitz zurück, am 3. November hielt er seinen Einzug in Dresden. Seine Proklamation: „An meine Sachsen!" und seine Reise nach Berlin im Dezember, auf der ihn der Kronprinz Albert begleitete, leitete hoffnungsreich das neue Bundesverhältnis ein.

Auch mit Meiningen und Reuß-Greiz wurde Frieden geschlossen; nur mit Liechtenstein, das eine Armee von 90 Mann, freilich erst gegen Ende Juli, Österreich zu Hilfe gesandt hatte, hielt es Preußen nicht der Mühe für wert, zu verhandeln.

Die Annexionen.

Das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen, das Herzogtum Nassau und die freie Stadt Frankfurt wurden dem preußischen Staate einverleibt. Dazu kam auf Grund des Wiener und des Prager Friedens Schleswig-Holstein, im ganzen ein Gebietszuwachs von 73100 qkm mit $4^4/_5$ Mill. Einwohnern, der endlich die Schädigung, die Preußen auf dem Wiener Kongresse erfahren hatte, ausglich. Jetzt erst erhielt Preußen ein zusammenhängendes, leidlich abgerundetes Gebiet mit Küstenstellung an beiden deutschen Meeren.

Friede zwischen Österreich und Italien.

Am 3. Oktober 1866 folgte der Frieden zwischen Österreich und Italien in Wien. Seine Bestimmungen ergaben sich völlig aus der Lage. Napoleon überließ Venetien, das ihm Kaiser Franz Joseph zur Verfügung gestellt hatte, an Italien unter der Bedingung, daß die Venezianer durch eine Volksabstimmung den Wunsch zu erkennen gäben, mit Italien vereinigt zu werden, eine bedeutungslose Form, da die politische Reife der Italiener den Ausgang einer solchen Abstimmung von vornherein unzweifelhaft machte. Am 4. November überbrachte eine venezianische Deputation dem Könige in Turin das Ergebnis, und am 7. November hielt Victor Emanuel, umgeben von den Prinzen seines Hauses, seinen feierlichen Einzug in die Lagunenstadt. Die Tage alten Glanzes schienen sich zu erneuern, als die königliche Gondel, in Weiß und Gold gehalten, umgeben von 1000 andern in vollem Schmuck der Farben und Banner, unter unermeßlichem Volksjubel und dem Geläute aller Glocken, zwischen den Palästen des Großen Kanals, der wunderbarsten Wasserstraße der Welt, hinabglitt und der König auf dem Markusplatze vor San Marco, vor dem jetzt die italienischen Banner von den drei Zedermasten herabwehten, vom Patriarchen und der Geistlichkeit begrüßt wurde.

Sein Ministerpräsident Ricasoli, der einstige Leiter der Erhebung von Toscana (1859, s. S. 142), befand sich nicht mit im Gefolge; er hatte sich unerkannt in eine Gondel gesetzt und ließ sich durch die Stadt rudern, um sich ungestört und so recht von Herzen des Volksjubels zu erfreuen. Der italienisch redende Teil von Tirol blieb Österreich erhalten, das dafür jedoch die Anerkennung des Königreichs Italien aussprach, also den feierlichen Verzicht auf die solange behauptete direkte und indirekte Oberherrschaft über Italien. So war die Einheit Italiens vollendet, bis auf Rom und den Rest des Kirchenstaates, allerdings nicht durch eigne, sondern durch fremde Waffenthaten, immerhin aber durch geschickte Ausnutzung der europäischen Lage und durch die entschlossene nationale Haltung des italienischen Volkes.

Der Norddeutsche Bund.

Es mußte sich jetzt zeigen, ob das deutsche Volk, dessen außerpreußischer Teil sich in seiner Hauptmasse die praktischen Vorbedingungen seiner Einheit durch die preußischen Waffen hatte aufzwingen lassen, durch die erschütternden Erfahrungen der letzten Monate soweit gereift sei, daß es den ihm vom Sieger hochherzig gebotenen Anteil an der Regelung seiner Geschicke ergriff.

An der ungeheuren Überlegenheit des preußischen Heerwesens und an der genialen Leitung des preußischen Staates konnte unter urteilsfähigen Männern ebensowenig jetzt noch ein Zweifel sein wie an den nationalen Zielen Graf Bismarcks, obwohl die Beschränkung der neuen Ordnung auf Norddeutschland viele verstimmte und damals weder von den französischen Zumutungen noch von den Schutz- und Trutzbündnissen mit den süddeutschen Staaten etwas bekannt war.

Ordnung der neuen Provinzen.

In den neuen Provinzen war die Stimmung sehr verschieden. Die allezeit österreichischgesinnten leitenden Kreise der alten Reichsstadt **Frankfurt** am Main standen der neuen Ordnung mit dumpfem Grolle, die Massen der Bevölkerung ziemlich gleichgültig gegenüber. In **Kurhessen**, wo sich das Herrscherhaus längst alle Sympathien verscherzt hatte, wünschte die Mehrheit nur möglichste Erhaltung der alten, mühsam erkämpften Einrichtungen, hatte aber gegen die Annexion nichts einzuwenden; nur ein Teil des Adels und der lutherischen Geistlichkeit (die „Renitenten") unter Vilmar hielten sich feindselig beiseite. Ähnlich stand es in **Nassau**, wo noch vor dem Ausbruche des Krieges der Generalsuperintendent den Herzog Adolf im Namen seines Volkes beschworen hatte, nicht mit Österreich zu gehen. In **Hannover** fügte sich die Mehrheit unter der Führung von Rudolf von Bennigsen und Johannes Miquel ohne Widerwillen der Annexion, die sie allerdings, außer in Ostfriesland, nicht gewünscht hatte; energisch dagegen strebten aber der Adel, die Bürgerschaft der Hauptstadt und ein großer Teil des entlassenen Heeres; ja aus diesen Elementen bildete sich eine weitverzweigte geheime Verbindung, die eine bewaffnete Erhebung mit Hilfe des Auslandes plante und sich dafür bereit hielt, gefördert von den meisten der in ihrer Stellung belassenen Beamten, und fortgesetzte geräuschvolle Kundgebungen ließen die Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen. Doch traten von den Offizieren 425 in die preußische Armee, 83 in Sachsen und andern Kleinstaaten ein; nur 81 hielten sich fern. Endlich fuhr eine preußische Verordnung vom 3. Dezember scharf dazwischen, suspendierte kurzweg alle Beamte, die sich irgendwie kompromittiert hatten, und schickte eine ganze Anzahl welfischgesinnter Leute aller Stände nach der Festung Minden. Von den **Schleswig-Holsteinern** waren etwa zwei Drittel der Annexion abgeneigt, darunter die Dänen, obwohl der Erbprinz Friedrich alle von dem freiwilligen Gelöbnis entband. Darin stimmten alle die neuen Provinzen überein, möglichst viel von ihren Sondereinrichtungen, also namentlich ihre Landtage, beizubehaltcn, und daran scheiterte der an sich vortreffliche Plan des Grafen Bismarck, das ganze preußische Gebiet westlich von der Elbe in vier ganz neue, den alten Stammesverhältnissen entsprechende Provinzen einzuteilen: Rheinfranken, Westfalen, Niedersachsen und Thüringen. Die bisherigen Staaten blieben also als Provinzen in ihren alten Grenzen bestehen (nur Hessen wurde mit Nassau vereinigt, aber ohne Verschmelzung der Landtage), sie unterwarfen sich nur sofort dem preußischen Heimatsrecht

und Heerwesen, so daß hier drei neue Armeekorps aufgestellt wurden: das IX. (Schleswig-Holstein mit Mecklenburg und den Hansestädten), das X. (Hannover mit Oldenburg) und das XI. (Hessen-Nassau und Frankfurt mit der 25. hessen-darmstädtischen Division).

Stimmungen außerhalb Preußens.

In den norddeutschen Bundesstaaten, auch in Sachsen, war die Stimmung der neuen Ordnung überwiegend günstig, mochten sich auch noch manche Kreise mißtrauisch und abgeneigt verhalten, so in Mecklenburg, wo die feudale Ritterschaft vom Eintritt des Landes in den Norddeutschen Bund eine Schädigung ihrer Privilegien befürchtete, während die schwache liberale Partei eine solche erhoffte. In den süddeutschen Staaten lehnten die Ultramontanen und Demokraten jede engere Verbindung mit dem protestantischen und „freiheitsfeindlichen" Norden ab und grollten über den Ausschluß Österreichs, allerdings aus sehr verschiedenen Gründen. Doch sprach sich in Bayern die Zweite Kammer, in Baden der Landtag überhaupt für einen möglichst engen Anschluß an den Norden aus, und von dem vorgesehenen Südbunde wollte außer den württembergischen Demokraten im ganzen Süden niemand etwas wissen. Wohl aber empfand auch der Süden die Mainlinie als eine willkürlich aufgerichtete Schranke.

Was der deutschen Einheit noch entgegenstand, das waren also nur in einzelnen Kreisen wirkliche, greifbare Interessen, im übrigen Stimmungen, Gewohnheiten und hartnäckige Vorurteile vor allem im Süden, wo man den Norden gar nicht kannte und auch nicht kennen wollte, hier und da auch die Anhänglichkeit an die gestürzte Dynastie, zu der der Deutsche eben ganz anders stand, als der Italiener, mit einem Worte alte Nationalfehler und die Nachwirkungen der Vielstaaterei, nicht der Verschiedenheit der Stämme, die weder politische Organe noch ein gemeinsames Bewußtsein mehr hatten und deren Grenzen nirgends mit den Staats- und Provinzialgrenzen zusammenfielen. Auf der andern Seite begrüßte die große Mehrheit der gebildeten Deutschen im Norden die neue Gestaltung mit freudiger Hoffnung.

Die Grundlagen der neuen Bundesverfassung.

Bereits am 5. August hatte Graf Bismarck den mit Preußen verbündeten norddeutschen Regierungen ein vorläufiges engeres Bündnis auf ein Jahr vorgeschlagen, das am 18. August zum Abschlusse kam, am 21. auch von Mecklenburg genehmigt wurde. In denselben Tagen war in den zu Braunschweig versammelten Ausschüssen des deutschen Handelstages, des volkswirtschaftlichen Kongresses und des Nationalvereins der Antrag Karl Brauns aus Wiesbaden, des Führers der bisherigen nassauischen Opposition, angenommen, die Verwaltung und Gesetzgebung der Zollvereinsangelegenheiten der künftigen Bundesgewalt zu übertragen, also in dieser Beziehung den Norden und den Süden fest zusammenzuschließen. Am 27. September konstituierte sich dann die neue nationalliberale Partei mit den Zielen: Förderung der nationalen Einheit im Anschlusse an die Krone Preußen, im Innern der liberalen Einrichtungen. Nachdem der preußische Landtag die Grundlage der Bundesverfassung, das Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes, angenommen hatte, erging am 26. November ein Rundschreiben an alle norddeutschen Regierungen, das ihre Vertreter zum 15. Dezember nach Berlin entbot zur Beratung des Verfassungsentwurfes. Diesen selbst diktierte Graf Bismarck, der erst am 1. Dezember von einem längeren, stärkenden Landaufenthalte an der Ostsee heimgekehrt war, am 13. Dezember nachmittags seinem Sekretär Lothar Bucher aus dem Kopfe in die Feder, ohne alle direkte Vorarbeit. Es war ein genialer Wurf, ein Werk aus einem Gusse, das in kein staatsrechtliches System paßte, aber auf den Erfahrungen der Vergangenheit und den praktischen Bedürfnissen der Gegenwart beruhte. Als er den Entwurf am 15. Dezember den Regierungsvertretern vorlegte, die meist mit einem gewissen Unbehagen erschienen waren, erregte bei vielen die Stärke der Präsidialgewalt, die dem Bunde thatsächlich eine monarchische Spitze gab, und die umfassende Kompetenz des Bundes schwere Bedenken, trotz aller weisen Schonung „berechtigter Eigentümlichkeiten" der Einzelstaaten, nicht geringere das allgemeine und direkte Wahlrecht, das Bismarck aus der Reichsverfassung von 1849 herübernahm, weil er meinte, die Volksmassen seien im Grunde nationaler und monarchischer als das liberale Bürgertum und der konservative Adel. Aber schließlich fand der Entwurf mit wenigen Abänderungen Annahme, und für den 12. Februar 1867

wurden die Wahlen zum konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes ausgeschrieben.

Der konstituierende Reichstag.

Eine Aufregung, wie sie seit 1849 nicht mehr erlebt worden, durchwogte das Land, doch im ganzen war das Ergebnis der neuen Ordnung durchaus günstig. Allerdings hatte die nationalliberale Partei nicht die Mehrheit gewonnen, aber immerhin 79 Stimmen, und ihnen nahe standen in wichtigen Fragen die Freikonservativen (36), die Altkonservativen (59) und die sogenannten Altliberalen (27), während die alte Fortschrittspartei auf 19 Köpfe heruntergekommen war, die partikularistischen „Bundesstaatlich-Konstitutionellen", die Ultramontanen und die hannöverschen Welfen nur kleine Gruppen bildeten, die Sozialdemokraten (in Sachsen) erst einen Vertreter entsandten. Am 24. Februar eröffnete König Wilhelm, umgeben von allem Pomp seiner Würde, den Reichstag im Weißen Saale des Königsschlosses, am 2. März konstituierte sich die Versammlung im Sitzungssaale des preußischen Herrenhauses und wählte Eduard Simson zum Präsidenten, den einstigen Vorsitzenden der Frankfurter Nationalversammlung, zum ersten Vizepräsidenten den Herzog von Ujest, zum zweiten Rudolf von Bennigsen. Mit einer mahnenden Rede, über einzelne Bedenken nicht das große Ziel aus dem Auge zu verlieren, legte Bismarck am 4. März den Verfassungsentwurf im Namen der verbündeten Regierungen vor, und der Reichstag begann die Beratungen darüber sofort im Plenum. Die Parteien der Mehrheit nahmen nur an dem allgemeinen und direkten Wahlrecht und an der Diätenlosigkeit der Abgeordneten, die ein Gegengewicht gegen jenes bilden sollte, Anstoß, grundsätzliche Opposition erhoben nur die Ultramontanen, Welfen, Partikularisten und Demokraten. So wurde die Verfassung am 16. April 1867 mit 230 gegen 53 Stimmen im Reichstage angenommen und, nachdem auch die Regierungen einzelnen Veränderungen zugestimmt hatten, am 17. April feierlich verkündigt. Die königliche Thronrede, die den Reichstag schloß, sprach mit dem Danke für die allseitige Opferwilligkeit den festen Entschluß aus, mit allen Nachbarn in Frieden zu leben, und die Hoffnungen, „die uns mit unsern Brüdern im Süden gemeinsam sind", ihrer Erfüllung näher zu rücken, aber keinen Eingriff des Auslandes in deutsche Angelegenheiten zu dulden. Nachdem noch die 22 norddeutschen Einzellandtage die Veränderungen genehmigt hatten, die sich aus der Bundesverfassung für die Landesverfassungen ergaben, war das große nationale Werk rechtlich zum Abschluß gebracht und der feste Grund zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches gelegt.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes.

Der Norddeutsche Bund vereinigte fast 30 Mill. Deutsche und 422000 qkm, also mehr als zwei Drittel des außerösterreichischen Deutschland unter einer halb einheitsstaatlichen, halb bündischen Ordnung. Die Gesamtsouveränität der „verbündeten Regierungen" lag im Bundesrate, unter dem Vorsitze Preußens, der mit einfacher Mehrheit beschloß und in dem Preußen von 43 Stimmen 17 führte, genug, um jede Veränderung der Verfassung zu verhindern, da für eine solche eine Mehrheit von zwei Dritteln gehörte, und seinen Willen nachdrücklich zur Geltung zu bringen, zu wenig, um sich die kleineren Bundesgenossen ganz zu unterwerfen, da diese zusammen die Mehrheit hatten (Sachsen vier, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je zwei, die übrigen je eine Stimme), aber in einem annähernd nach ihrer wirklichen Macht abgestuften Verhältnis. Die beiden schlimmsten Fehler des alten Bundestages, die Forderung der Einstimmigkeit bei allen sogenannten „organischen" Beschlüssen und die unsinnige Stimmenverteilung, waren also beseitigt. Für die einzelnen Geschäftszweige bildete der Bundesrat Ausschüsse, ihre Oberleitung aber lag in den Händen des Bundeskanzlers (seit dem 14. Juli), dessen Amt zwar nicht verfassungsmäßig, aber thatsächlich mit dem des preußischen Ministerpräsidenten zusammenfiel. Dieser Vereinigung der Regierungen stellte sich der Reichstag als die einheitliche Vertretung des norddeutschen Volkes derart gegenüber, daß für ein Bundesgesetz die Zustimmung beider Faktoren, des Bundestages und des Reichstages, erforderlich war. Das Bundesheer wurde auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht ein einheitliches nach preußischer Organisation, Bekleidung und Bewaffnung unter dem Oberbefehle des Königs von Preußen als „Bundesfeldherrn", dem Offiziere und Mannschaften aller Kontingente neben ihrer Verpflichtung gegen ihren Landesherrn den

Fahneneid schwuren. Selbständige Verwaltung ihrer Heeresteile behaupteten Hessen, Braunschweig und Sachsen, das fortan das XII. Armeekorps stellte; die übrigen wurden dem preußischen Heere einverleibt, doch erhielten die Fürsten das Recht kommandierender Generale. Eine vollständige Einheit sollte die Kriegsflotte unter preußischem Oberbefehle bilden, die am 1. Oktober 1867 die neue Flagge hißte, und auch die Handelsflotte erhielt fortan die schwarz-weiß-rote Flagge, eine Verbindung der preußischen und hansischen Farben. Ebenso trat vom 1. Januar 1868 an das gesamte Post- und Telegraphenwesen unter Bundesverwaltung, nachdem mit der noch ziemlich ausgedehnten Taxisschen Post durch Heinrich Stephan, den genialsten Beamten der preußischen Post, schon am 28. Januar 1867 ein Vertrag zustande gekommen war. Endlich ging die völkerrechtliche Vertretung des Bundes, das Recht, den Krieg zu erklären, Frieden und Verträge zu schließen, auf das Bundespräsidium über, unbeschadet des Rechts der Bundesfürsten, Gesandte zu halten und zu empfangen. Dagegen unterlagen einzelne Teile des Rechts (Handelsobligationen, Straf- und Heimatsrecht) zwar der Gesetzgebung des Bundes, aber die ausführende Gewalt blieb hier ebenso den Einzelstaaten wie in den Zollsachen und allen von der Bundesgesetzgebung nicht berührten Zweigen des Staats- und Volkslebens. Niemals ist das Notwendige nachdrücklicher und maßvoller zugleich durchgesetzt worden.

Die Luxemburgische Frage.

Und das geschah, während noch im März 1867 Napoleon III. mit neuen Begehren herantrat und endlich dem König Wilhelm von Holland einen geheimen Vertrag über die käufliche Überlassung des Großherzogtums Luxemburg vorschlug, die nun freilich ohne deutsche Zustimmung schon deshalb unmöglich war, weil Luxemburg als Bundesfestung noch preußische Besatzung hatte. Da Bismarck von diesen Absichten längst wußte, so ließ er, zunächst als Antwort auf eine Interpellation im Reichstage über das Verhältnis zu den süddeutschen Staaten, am 19. März den Text der geheimen Verträge vom August 1866 veröffentlichen, um den Franzosen zu zeigen, daß Preußen im Falle eines Krieges ganz Deutschland auf seiner Seite haben würde. Der Eindruck war hüben und drüben außerordentlich, hier jubelnde Freude über eine glänzende diplomatische Leistung, die der Nation für den Kriegsfall die militärische Einheit verbürgte, dort Erbitterung über eine große Enttäuschung. Unter diesen Umständen zögerte der König von Holland, eine bindende Zusage zu geben, Bismarck aber beantwortete am 1. April eine Interpellation Bennigsens, ob die Regierung etwas von Verhandlungen über die Abtretung des deutschen Landes Luxemburg an Frankreich Kenntnis habe, „er wisse nicht, ob ein solcher Vertrag schon abgeschlossen sei; jedenfalls hofften die Regierungen, zweifellose Rechte deutscher Staaten auf friedlichem Wege wahren zu können". Sehr beruhigend klang und wirkte das nicht; da aber aus der vorsichtigen Rede die Entschlossenheit herausklang und die Meinung des Reichstages wie des Volkes sehr entschieden Partei gegen alle französischen Ansprüche nahm, so verweigerte der König von Holland die Abtretung, und Napoleon III. mußte grollenden Herzens verzichten. An einen Krieg hatte man also in Berlin nur wenige Tage zu denken. Als nun aber Napoleon wenigstens den Abzug der preußischen Besatzung aus Luxemburg forderte, da glaubte Preußen in diesem Punkte nachgeben zu müssen, weil dies Recht durch die Auflösung des Deutschen Bundes hinfällig geworden sei, also bei einem Kriege nicht das klare Recht auf seiner Seite stehe. Demgemäß faßten die Großmächte auf der Londoner Konferenz (7.—11. Mai) den Beschluß, das Großherzogtum Luxemburg für neutral zu erklären und die Werke der Festung zu schleifen. Damit war diese Streitfrage aus der Welt geschafft, aber das Verhältnis zu Frankreich nur gespannter geworden.

Die Zusammenkunft in Salzburg.

Ein neuer Anlaß zur Verschärfung ergab sich, als der neue französische Minister des Auswärtigen, Marquis Moustier, an die Ausführung des 5. Artikels des Prager Friedens erinnerte und damit entschieden zurückgewiesen wurde, da nur Österreich ein Recht auf solche Mahnung habe. Trotzdem fand König Wilhelm, als er mit dem Kronprinzen, Bismarck und Moltke zur Weltausstellung von 1867 nach Paris kam, beim Kaiserpaar eine durchaus zuvorkommende und freundliche Aufnahme. Aber bei Napoleon III. blieb ein Stachel zurück. Er benutzte daher die Trauerkunde vom

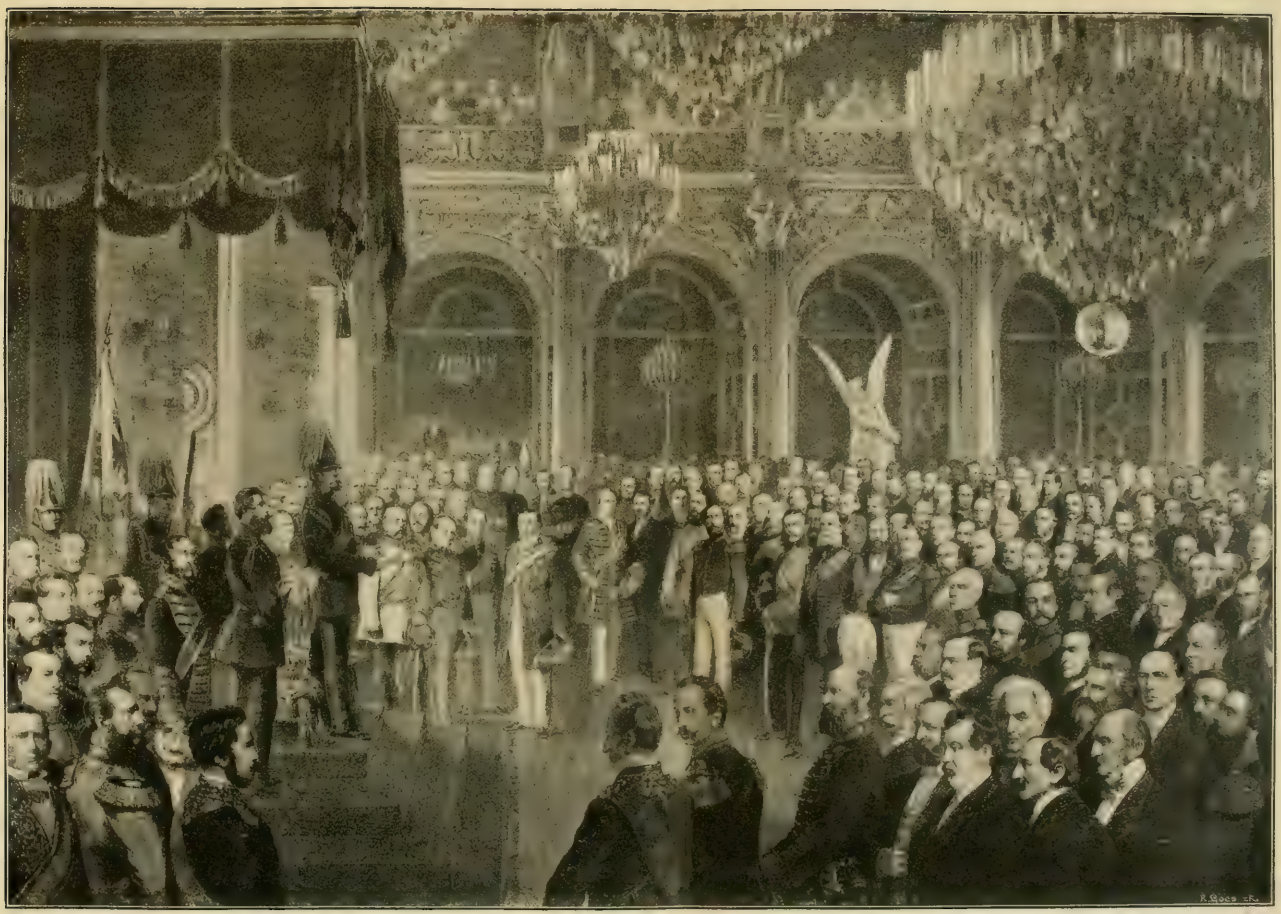
Tode des Kaisers Maximilian von Mexiko (19. Juni), die am 1. Juli in Paris eintraf, um mit der Kaiserin Eugenie dem österreichischen Kaiserpaare in Salzburg einen Beileidsbesuch zu machen (18.—23. August) und sich dort mit Österreich über ihre Stellung zum Prager Frieden zu verständigen. Einen Krieg wollten und konnten beide Mächte in diesem Augenblicke nicht führen, aber sie waren darüber einig, einen Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund nicht zuzulassen, also die Mainlinie zu behaupten und die Vollendung der deutschen Einheit zu verhindern. Da die Zusammenkunft sofort die argwöhnische Aufmerksamkeit ganz Deutschlands erregte, trotz aller friedlichen Versicherungen Napoleons, so erklärte Graf Bismarck in einem Rundschreiben vom 7. September, man werde die Südstaaten nicht zum Eintritt drängen, aber auch jede fremde Einmischung zurückweisen, und ganz denselben Ton schlug der Großherzog von Baden in seiner Thronrede vom 5. September an. So schwer fiel es dem Auslande, Deutschland als eine nationale Einheit gelten zu lassen.

Befestigung der neuen Ordnung in Preußen.

Inzwischen ging die innere Befestigung Preußens und des Norddeutschen Bundes unaufhaltsam ihren Gang. Unzweifelhaft erregten in den neuen Provinzen manche Maßregeln der preußischen Regierung lebhafte Unzufriedenheit, mit und ohne Recht, besonders die an sich unvermeidliche Verschmelzung des Staatsvermögens und der Staatsschuld mit denen des Gesamtstaates und die neuen, wesentlich höheren Steuern. Aber jene Maßregel wurde auf persönlichen Befehl König Wilhelms in bezug auf den kurhessischen Staatsschatz, das alte Blutgeld für den Verkauf hessischer Landeskinder nach Nordamerika, zurückgenommen und damit der wohlthätige Anstoß zu ähnlicher Ausstattung aller Provinzen, also zu größerer Selbständigkeit, gegeben. Eine solche wurde den neuerworbenen Landschaften durch Provinziallandtage (für Hessen-Nassau, „Kommunallandtage" in Kassel und Wiesbaden) von Anfang an verbürgt, ebenso blieben ihre besonderen Eigentümlichkeiten in den Verwaltungsbezirken, der Gemeindeverfassung, dem Kirchen- und Schulwesen erhalten. Von den entthronten Fürsten hatte Herzog Adolf von Nassau gegen eine Summe von 27 Mill. Mark auf alle seine Rechte ehrlich und vollständig verzichtet; als der Kurfürst von Hessen trotz eines ähnlichen Vertrages in einer ausführlichen Denkschrift im September 1868 sein Recht trotzdem aufrecht erhielt, wurde sein hessisches Vermögen mit Beschlag belegt. Am entschiedensten widerstrebte Georg V. von Hannover jedem Verzicht. Er hatte das Haus- und Staatsvermögen in England hinterlegen lassen und ließ in der Hoffnung auf den Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich eine „welfische Legion" aus ehemaligen hannöverschen Offizieren und Soldaten bilden, die erst in Holland, dann in der Schweiz, endlich in Frankreich untergebracht und militärisch eingeübt wurde, um im Kriegsfalle als Vortrab eines französischen Heeres gegen Preußen und als Kern für eine bewaffnete Erhebung in Hannover zu dienen. Obwohl er nun nach dem Vertrage vom 29. September 1867 von Preußen die Zinsen des Hausvermögens von 48 Mill. Mark zurückerhielt (jährlich 2100000 Mark) und 69 Mill. Mark hannöversche Staatsgelder nach Hannover zurückgebracht wurden, so erklärte Georg V. doch bei Gelegenheit seiner Silbernen Hochzeit am 18. Februar 1868 in Wien vor seinen zahlreich aus der Heimat herbeigeströmten ehemaligen Unterthanen, deren Anhänglichkeitsbeweisen die preußische Regierung völlige Freiheit ließ, daß er nach wie vor auf die Wiederherstellung des Welfenthrones hoffe und also mit jenem Vertrage keineswegs auf seine Rechte verzichtet habe. Daraufhin wurde sein Vermögen mit Beschlag belegt. Die „Welfenlegion" löste sich erst im Frühjahr 1870 auf, als der König mit seinen Mitteln am Ende war und die armen verführten Leute die Thorheit ihrer Erwartungen begriffen hatten.

Der norddeutsche Reichstag.

Für die Ausgestaltung des Norddeutschen Bundes legte die Grundlagen vor allem sein erster verfassungsmäßiger Reichstag, der am 7. September 1867 eröffnet wurde. In diesen Jahren, kurz vor und nach 1870, erreichte der deutsche Parlamentarismus die ihm beschiedene Höhe. Eine große Anzahl hervorragender Männer war dort vereinigt, und in der Mehrheit lebte ein kräftiger nationaler Schwung. Naturgemäß überwog der Liberalismus und in wirtschaftlicher Beziehung der Freihandelsstandpunkt,



König Wilhelm eröffnet den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes am 24. Februar 1867.

Nach der Lithographie von C. Mende.

denn dieser entsprach der allgemeinen, von England ausgehenden Zeitströmung, und der nationale Gedanke, den Bismarcks Staatskunst siegreich durchgesetzt hatte, war zunächst ein Eigentum der Liberalen, also des gebildeten deutschen Bürgertums. Allerdings konnte selbst dieser gewaltige Staatsmann niemals eine feste Mehrheit erlangen, denn die Ultramontanen und die noch sehr schwachen Sozialdemokraten (4—5) standen der neuen national-monarchischen Staatsordnung prinzipiell feindlich gegenüber, seine alten konservativen Parteigenossen folgten nur zögernd seiner kühnen Politik, und selbst die Nationalliberalen fühlten sich nach deutscher Art vor allem zur Kritik der Regierung berufen und setzten alten liberalen Herzenswünschen (Diäten, Verantwortlichkeit der Minister, Sicherung der parlamentarischen Redefreiheit) zuweilen dringende praktische Interessen nach, die radikalen Fortschrittler aber blieben unentwegt bei ihrer doktrinären Praxis, alles, was ihren Grundsätzen nicht entsprach, einfach abzulehnen und sich niemals auf Kompromisse einzulassen. Nach alter Gewohnheit zersplitterte sich auch der Reichstag bald in acht verschiedene Fraktionen, die immer nur von Fall zu Fall zusammengingen.

Norddeutsche Bundesgesetzgebung.

116. Chlodwig, Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst. (Zu S. 338.)

Trotz alledem ist dieser erste und letzte Reichstag des Norddeutschen Bundes der fruchtbarste aller deutschen Reichstage gewesen. Die Freiheit des Verkehrs wurde durch das langersehnte Einheitsporto, die Aufhebung des lästigen Paßzwanges, die Freizügigkeit, das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz an Stelle des leider unhaltbar gewordenen alten Heimatsrechtes und die Aufhebung der Zinsbeschränkungen mächtig gefördert, nicht immer mit der notwendigen Vorsicht. Das Heergesetz auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht und ein Flottengründungsplan bildeten die Wehrkraft einheitlich aus, und der Ausbau der Bundeskriegshäfen Kiel und Wilhelmshaven (eingeweiht und benannt von König Wilhelm am 17. Juni 1869) ging zur Seite. Gleichzeitig wurde mit der Errichtung des Bundesoberhandelsgerichts in Leipzig am 12. Juni 1869 der Anfang zu einem höchsten Reichsgericht gemacht, mit der Annahme des Strafgesetzbuches am 25. Mai 1870 die erste unentbehrliche Grundlage für die Einheit des Rechts gewonnen.

Süddeutschland und der Norddbund.

Hinter diesem nationalen Aufschwunge im Norden blieb der Süden weit zurück. Zwar gab es allerorten eine starke, nationalgesinnte Partei, aber die Mehrheit hatte sie nur in Baden, in Württemberg überwogen die Demokraten, die noch immer von Preußen eine Gefährdung ihrer schwäbischen Freiheit fürchteten, in Bayern die Ultramontanen, die Österreichs Ausstoßung nur mit tiefem Groll hingenommen hatten. Wieder, wie gewöhnlich in der neueren deutschen Geschichte, folgten die Regierungen eher und leichter dem Zuge der Zeit, als das Volk. Zwar darüber, daß nach dem Prager Frieden kein einzelner süddeutscher Staat berechtigt sei, in den Norddeutschen Bund einzutreten, war man in Berlin wie in München einig, während in Baden

Regierung und Volk gerade dies erstrebten; aber für die thunlichste Annäherung an den Norden ohne Beschränkung der teuren einzelstaatlichen Selbständigkeit war auch die bayrische Regierung, deren Leitung seit Ende 1866 Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst übernommen hatte, ein Herr von aufrichtig nationaler Gesinnung aus altem Reichsadel. Er wollte zunächst eine Vereinbarung über gemeinsame militärische Einrichtungen zwischen den drei Südstaaten herbeiführen, sodann sie in staatenbündischen Formen durch die ständische Genehmigung der Bündnisse von 1866 und eine parlamentarische Reform des Zollvereins an den Norden anschließen, doch so, daß dessen Gesetze durch den norddeutschen Reichstag und die süddeutschen Einzellandtage beschlossen würden und zwar mit Einstimmigkeit, also daß jeder Landtag durch Verwerfung ein Gesetz für den ganzen Zollverein zu nichte machen konnte, wie früher jede einzelne Regierung. Aber die militärischen Konferenzen in Stuttgart im Februar 1867 verliefen ergebnislos, Baden organisierte seine Truppen ganz nach preußischem Muster als eine Division des norddeutschen Bundesheeres, in Württemberg entließ König Karl den bisherigen Kriegsminister General von Hardegg, der, wie die schwäbische Demokratie, an ein Milizheer nach schweizerischem Muster dachte, und berief im April 1867 den Obersten von Wagner mit dem jungen feurigen Albert von Suckow als Generalstabschef zu seinem Nachfolger, die nun sofort an die Einführung des preußischen Wehrsystems, allerdings mit nur zweijähriger Dienstzeit, gingen. Beide Staaten schlossen sich also lieber an das mächtige und siegreiche Preußen, als an das besiegte Bayern an. Kein viel besseres Schicksal erlebte die bayrische Anregung in der Zollvereinssache. Allerdings bemächtigte sich Bismarck sofort des Vorschlags, aber in seinem Rundschreiben vom 17. Mai 1867, das die Vereinsregierungen zur Beratung nach Berlin für den 3. Juni einlud, beantragte er die Errichtung eines Zollbundesrats und eines Zollparlaments (im Anschluß an Bundesrat und Reichstag), die nach einfacher Mehrheit beschließen sollten. Am 8. Juni wurde der neue, bis zum 1. Januar 1876 gültige Zollvertrag unterzeichnet, der, wenn er nicht gekündigt wurde, weitere zwölf Jahre bestehen sollte. Doch während der Reichstag den Zollvertrag sofort annahm, genehmigte im Süden nur in Baden der Landtag das Zoll- und Wehrbündnis ohne Schwierigkeit; die württembergische Demokratie, Moritz Mohl voran, widerstrebte ebenso zäh wie die bayrischen Ultramontanen, und sie gaben erst nach, als der Handels- und Gewerbestand des Landes stürmisch das Verbleiben im Zollverein verlangte, und Bismarck, im vollen Einvernehmen mit dem Reichstage, erklärte, einem Staate, der nicht das Wehrbündnis oder die Zollverträge nach seinem Vorschlage wolle, würde der Zollverein gekündigt werden. Diese entschlossene Drohung schlug überall durch, noch vor Ende Oktober fanden Zoll- und Wehrverein überall Annahme.

Zollbundesrat und Zollparlament.

Trotzdem bewiesen die süddeutschen Wahlen für das Zollparlament, daß der Sondergeist in verschiedener Färbung dort noch vorherrsche, denn neben 35 nationalgesinnten Männern wurden 50 ultramontane oder demokratische Partikularisten nach Berlin entsandt. So nahm das erste Zollparlament, am 27. April 1868 eröffnet, zwar die Handelsverträge (vor allem den mit Österreich mit Herabsetzung der Eingangszölle) und die Tabaksteuer an, aber jeder Berührung der nationalen Einheitsfrage ging die Mehrheit der Süddeutschen in verdrossener Opposition aus dem Wege. Als es am 18. Mai trotzdem zu einer großen politischen Debatte kam und der schwäbische Abgeordnete Probst furchtsam auf Frankreich hinwies, da widerfuhr ihm unter dem Jubel des Hauses eine scharfe, aber verdiente Abfertigung durch Bismarck, der ihm stolz entgegenrief: „Ein Appell an die Furcht findet in deutschen Herzen kein Echo“, und von der andern Seite klang ihm das schöne, hoffnungsfreudige Wort des wackeren bayrischen Schwaben Völk aus Augsburg entgegen: „Es ist Frühling geworden in Deutschland!“ Die Hoffnung vieler jedoch, daß sich das Zollparlament zum „Vollparlament“ gestalten werde, erfüllte auch die zweite Tagung im Frühjahr 1870 nicht, und den Antrag auf Eintritt Badens, den 1867 das Ministerium Mathy, am 24. Februar 1870 der nationalliberale Abgeordnete Eduard Lasker stellte, mußte Bismarck mit dem Hinweis auf den Prager Frieden ablehnen. Den Zeitpunkt aber,

wo alle süddeutschen Staaten sich freiwillig zum Eintritt melden würden, vermochte kein Mensch zu bestimmen.

Ergebnisse für Norddeutschland.

Trotzdem konnte König Wilhelm dem ersten norddeutschen Reichstage beim Schluß der ganzen Legislaturperiode am 26. Mai 1870 mit vollem Rechte seinen warmen Dank für das Geleistete aussprechen. In allen wesentlichen Dingen war Norddeutschland durch die gemeinsame Arbeit des Bundesrates und des Reichstages in eine geschlossene Einheit verwandelt und mit dem Süden trotz alles Sträubens thatsächlich enger verbunden als unter dem Bundestage. Ein stolzes Nationalgefühl begann das norddeutsche Volk zu durchdringen, und immer mächtiger hoben sich vor seinen Augen die Gestalten König Wilhelms und seines großen Kanzlers empor. Als der Monarch im September 1868 nach Lübeck kam, da begrüßte ihn im Namen der alten Hansestadt Emanuel Geibel mit den schönen Versen, die Millionen begeistert nachempfanden:

„Im engen Bett floß unser Leben,
Vereinzelt, wie ein Bach im Sand,
Da hast du, was uns fehlt', gegeben,
Den Glauben an ein Vaterland.

Das schöne Recht, uns selbst zu achten,
Das uns des Auslands Hohn verschlang,
Hast du im Donner deiner Schlachten
Uns heimgekauft, o habe Dank!"

Die Begründung der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Die Nationalitäten.

Der Austritt Österreichs aus dem deutschen Gemeinwesen brachte eine Entwickelung zum Abschluß, die schon um die Mitte des 12. Jahrhunderts begonnen hatte (s. Bd. IV, S. 657), durch die zunehmende Verbindung dieser südostdeutschen Koloniallande mit halb oder ganz fremdartigen Gebieten und durch die gewaltsame Ausrottung des österreichischen Protestantismus beschleunigt worden war (s. Bd. VI, S, 270, 724). Ganz auf sich selbst gestellt, hatte sich nun das alte Reich der Habsburger lediglich nach seinen eignen Bedürfnissen einzurichten. Die Aufgabe war unendlich schwierig in diesem Zeitalter der aufstrebenden Nationalitäten und des Liberalismus, der gleiches Recht für alle verlangte, also seinem innersten Wesen nach der Beherrschung des einen Volkstums durch das andre widerstrebte. Denn nicht nur machten die undeutschen Volksstämme reichlich drei Viertel der Gesamtbevölkerung aus, sondern es war auch ihr Selbstbewußtsein mächtig gewachsen. Die Polen in Galizien fühlten sich als Teil eines großen Volkes und waren als solche im Besitze einer alten, eigenartigen Kultur und Litteratur, die damals in Mickiewicz und Kraßinski ihre hervorragendsten Vertreter hatte. Bei den Tschechen, deren Sprache noch in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kaum mehr als eine Bauernmundart war und von den Gebildeten im höheren Verkehre gar nicht gesprochen wurde, hatte sich aus einer ursprünglich litterarisch-philologischen Bewegung nach Analogie der wissenschaftlich deutschen Romantik nicht nur ein eindringendes Studium des tschechischen Altertums entwickelt, sondern eine durchgebildete Schriftsprache, eine eigenartige Litteratur und eine ansehnliche, von deutschem Geiste genährte Wissenschaft, die in Männern wie Dobrowski, Kollar, Palacky gipfelte. Ganz ähnlich war die Entwickelung der Magyaren gewesen, seitdem die ungarische Akademie, die Gründung des edlen Grafen Szechényi, diesen Bestrebungen einen Mittelpunkt gab, und Dichter wie Alexander Petöfi und Maurus Jókai eine Dichtung von echt nationalem Gehalt, Gelehrte wie Paul Hunfalvy (Hundsdörfer), A. Vámbéry, J. Budenz (ein geborener Hesse) eine magyarisch-altaische Sprachwissenschaft geschaffen hatten (s. Bd. IX, S. 540 ff.). Sie hatten außerdem den außerordentlichen Vorzug, daß sie dicht geschlossen und stärker als jeder andre Volksstamm Ungarns in der Mitte des Landes saßen, daß ein alter, reichbegüterter und patriotischer Adel an ihrer Spitze stand und daß sie eine zwar seit 1849 außer Kraft gesetzte, aber niemals aufgegebene Verfassung besaßen. Diesen aufstrebenden Nationalitäten gegenüber waren die Deutschen in mehr als einer Beziehung im Nachteile. Seit vielen Jahrhunderten wohnten sie in geschlossener Masse nur in den Donau- und Ostalpenlanden, in Böhmen und Mähren nur an den Rändern in breiter Ausdehnung, jenseit der Leitha nur in einzelnen verstreuten, meist kleinen Gruppen. Selbst westlich von der Leitha in zehn Kronländer verteilt, entbehrten sie jeder gemeinschaftlichen Organisation und hielten auch keineswegs fest zusammen. Ihr Adel,

gewöhnt, über Unterthanen verschiedenen Stammes zu herrschen, empfand mit wenigen Ausnahmen nicht eigentlich deutsch, sondern eben adlig, österreichisch, kirchlich-ultramontan, die Bauern folgten der Führung des ultramontanen Klerus, der Bürgerstand huldigte vor allem liberalen Anschauungen, stand also der Kirche wie dem Adel mit Abneigung gegenüber und war außerdem von einem rührigen, seiner Natur nach internationalen Judentume stark durchsetzt, das namentlich einen großen Teil der Tagespresse beherrschte. Ein wirklich geschlossenes, selbstbewußtes Volkstum bildeten also die Deutschen Österreichs damals gar nicht; sie hatten nur den Vorzug, daß sie als Zweig eines großen Kulturvolkes alle andern Volksstämme der Monarchie an Kultur übertrafen und sie ihnen vermittelten. Die Kraft, den ganzen Staat oder gar ganz Deutschland politisch zu beherrschen, besaßen sie nicht, und sicherlich ließen sich aufstrebende, selbstbewußte, an Zahl die Deutschen zusammen weit übertreffende, ja allein hinter ihnen nicht so sehr zurückstehende Völker wie die Ungarn und Tschechen, von den Polen noch ganz abgesehen, nicht mehr als Staatsbürger zweiter Klasse noch ihre Sprachen als bloße Volksmundarten behandeln. Daran wäre auch durch ein weiteres Verbleiben Österreichs im Deutschen Bunde nichts Wesentliches geändert worden, es hätte denn Österreich mit dem übrigen Deutschland eine so enge staatsrechtliche Verbindung hergestellt, wie seit 1866 Preußen im Norddeutschen Bunde that. Aber das hat es ja niemals erstrebt, und auch vor 1866 hatten die maßgebenden Kreise des Kaiserstaates so wenig an eine politisch-nationale Oberherrschaft der Deutschen gedacht in Österreich, daß Graf Leo Thun die Pflege aller nationalen Eigentümlichkeiten in sein Programm aufnahm (s. S. 117) und das Ministerium Belcredi seit 1865 dem Föderalismus huldigte, der den Selbstständigkeitsbestrebungen der nichtdeutschen Nationalitäten nur förderlich sein konnte. Die Aufgabe war nun, zwischen den Bedürfnissen dieser Nationalitäten auf der einen, den Forderungen der Reichseinheit und der durch die Deutschen vermittelten höheren Kultur auf der andern Seite einen Ausgleich herbeizuführen. Gelungen ist das bis jetzt nicht; nur eins ist in all den wechselnden Bestrebungen und Erscheinungen des letzten Menschenalters immer der feste Mittelpunkt dieses Völkerreiches geblieben: die habsburgische Dynastie und ihr Haupt, Kaiser Franz Joseph, der, ohne irgendwie genial zu sein, mit sicherem Takt und wahrhaft landesväterlichem Herzen, unterstützt durch eine ausgedehnte Sprachkenntnis, die merkwürdige und seltene Kunst verstanden hat, allen Stämmen seines Reiches das Gefühl zu geben, daß er jedem gleich nahe stehe.

117. Friedrich Freiherr von Beust.

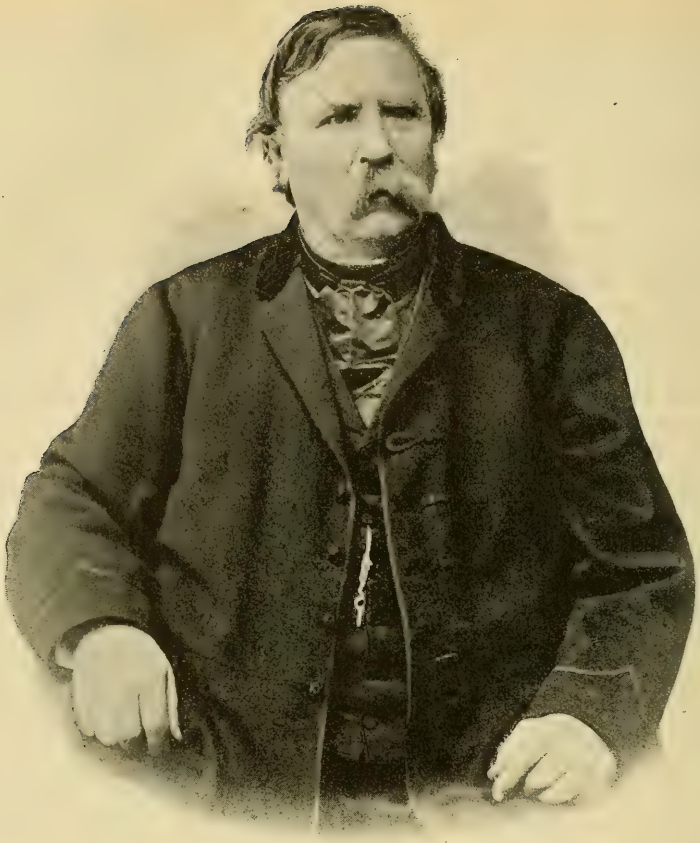
Der Ausgleich mit Ungarn.

Als sich Österreich nach den schweren Niederlagen des Jahres 1866 mit unbefleckter Waffenehre wieder zu sammeln begann, war es schon keine Frage mehr, daß der Ausgleich mit Ungarn, also die Rückkehr zum Dualismus Maria Theresias

(s. Bd. VII, S. 408), die nächste und dringendste Aufgabe sei. Das Ministerium Belcredi blieb zwar zunächst am Ruder, aber schon am 30. Oktober 1866 trat der frühere sächsische Minister F. von Beust in dies Kabinett ein, und im Februar 1867 übernahm er als Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen die Oberleitung. Er galt mit Recht für einen gewandten und geschmeidigen Staatsmann von verbindlichen, liebenswürdigen Formen, und wenn er keine tiefen Kenntnisse der österreichischen Verhältnisse mitbrachte, so stand er ihnen auch unbefangener und nach keiner Seite hin mit Vorurteilen belastet gegenüber. Schon am 8. Februar 1867 schloß er den Ausgleich mit Ungarn nach den Vorschlägen Franz Deáks; zum März wurde der Reichsrat für die „Königreiche und Länder", Galizien inbegriffen, und im Mai der ungarische Reichstag einberufen und ein ungarisches Ministerium gebildet, dessen Leitung als erster Präsident Graf Julius Andrassy übernahm, einer jener ungarischen Patrioten, die 1849 in contumaciam zum Strange verurteilt worden waren. Am 7. Juni setzte sich Franz Joseph in Ofen-Pest unter der ganzen Entfaltung mittelalterlichen Prunks und unter dem unermeßlichen Jubel der Magyaren die Stephanskrone aufs Haupt, im Juli wurde der „Ausgleich" von den Parlamenten der beiden Reichshälften genehmigt. Danach trat das Königreich Ungarn (Magyar ország) mit Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien, eingeschlossen die bisherige Militärgrenze, die ihre Bedeutung verloren hatte und daher „provinzialisiert" werden sollte, als ein selbständiger Staat mit eignem Ministerium und Reichstag neben „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder", Österreich im engeren Sinne. Es erhielt selbständiges Münz-, Post- und Telegraphenwesen und eine besonders uniformierte, in magyarischer Sprache kommandierte Landwehr, die Honveds, unter der Leitung eines ungarischen „Landesverteidigungsministers". Zu den Kosten der gemeinsam verbleibenden Einrichtungen trug es 30 Proz., für die Zivilliste 50 Proz. bei. Ebenso konstituierte sich Österreich, Galizien eingeschlossen, als ein abgesonderter Staat mit einem kaiserl. königl. Ministerium und einem Reichsrate in zwei Häusern (aus Delegierten der Einzellandtage). Beide Reichshälften bildeten ein einziges Zollgebiet und hatten das Herrscherhaus, das Auswärtige, das Heer (mit deutscher Dienstsprache, aber verschiedenen „Regimentssprachen"), die Flotte (mit der alten rot-weiß-roten Flagge und den beiden Wappenschildern im Mittelfelde) und die für diese Reichsangelegenheiten notwendige Finanzverwaltung gemeinsam. An die Spitze derselben trat ein Reichsministerium unter dem Reichskanzler (von Beust), und neben diesem standen nach dem Gesetze vom November 1867 die österreichische und die ungarische „Delegation", Ausschüsse der beiden Reichstage zu je 60 Mitgliedern, die jährlich einmal abwechselnd in Wien und Pest sich versammelten, getrennt in der Beratung, aber vereinigt zur Abstimmung (mit „Ja" und „Nein", ohne Debatte).

Ungarn.

Klug gewährten die Magyaren dem Königreich Kroatien (mit Slawonien) durch den ungarisch-kroatischen Ausgleich vom 21. Juli 1868 eine Sonderstellung in der Weise, daß Kroatien nur bei gemeinsamen Angelegenheiten Abgeordnete im ungarischen Reichstag hatte, im übrigen seine selbständige Verwaltung mit kroatischer Amtssprache unter dem Banus und seinen Sonderlandtag behielt. Um so nachdrücklicher brachten die Magyaren ihre Interessen und ihr Volkstum in Ungarn und dem diesem nunmehr einverleibten Siebenbürgen zur Geltung, obwohl sie nur ungefähr ein Drittel (5 Millionen) der Bevölkerung ausmachten, denn die Deutschen, in Ungarn freilich in sehr zersplitterten Gebieten und ohne wirkliches Selbstbewußtsein, zählten über 2 Millionen (um 1870), dazu in Siebenbürgen die zähen protestantischen Sachsen 200 000, das übrige fiel auf Slowaken und Rumänen. Unter modern konstitutionellen Formen behauptete der ungarische Adel seine Herrschaft durch ein darauf geschickt zugeschnittenes Wahlrecht, das die nichtmagyarischen Volksstämme thatsächlich mundtot machte oder zur Ohnmacht verurteilte. Die Verwaltung der Komitate ging ebenfalls thatsächlich in die Hände dieses Adels über, die deutschen Beamten wurden überall beseitigt. Das „Nationalitätengesetz" vom 6. Dezember 1868 machte das Magyarische zur ausschließlichen Geschäftssprache des Reichstages, der Landesverwaltung, der Gesetze, thatsächlich auch der Gerichte und ließ nur der Gemeinde- und Kirchenverwaltung eine gewisse Freiheit, ihre Sprache zu wählen.



118. Franz Deák.
Nach einer Photographie.

Dementsprechend wurde, nachdem schon nach dem Oktoberpatent von 1860 (s. S. 284) damit kräftig begonnen worden war, die Universität Pest und alle staatlichen höheren Unterrichtsanstalten völlig magyarisiert, allen andern, auch der Volksschule, das Magyarische mindestens als Unterrichtsgegenstand, womöglich als Unterrichtssprache für einige Fächer aufgezwungen. Was Freiheit für die Magyaren war, das wurde der härteste Zwang für die andern Stämme, um so härter, als das Magyarische eine ganz isolierte, nirgends außerhalb Ungarns verständliche Sprache ist, seine Kenntnis also nicht den Zutritt zu einer großen selbständigen Kulturwelt öffnet, wie das Deutsche. Aber die Magyaren hatten die Macht, die Tradition der Herrschaft, den unbeugsamen Stolz, den leidenschaftlichen Patriotismus für sich, und das alles gewann ihnen deutsche und jüdische Ungarn in immer größerer Zahl. Freilich war die neue Verwaltung nichts weniger als musterhaft, sie litt unter schlechter Vorbildung und schlappem oder willkürlichem Auftreten der Beamten, Bestechlichkeit, Cliquenwesen und schamloser Wahlmache für den Reichstag, die die rohen Bauernmassen in „Stimmvieh" für den Adel verwandelte. Kein Wunder, daß da die Finanzlage lange sehr ungünstig blieb, die Steuerrückstände sich 1870 auf 55 Millionen Gulden, der Fehlbetrag 1872 auf 44 Millionen belief.

Österreich. Österreich westlich der Leitha empfing seine neue Verfassung 1867 (vollständig verkündigt am 21. Dezember) im Sinne des bürgerlichen Liberalismus, der jetzt auf einige Zeit zur Herrschaft gelangte, nachdem alle andern Parteien abgewirtschaftet hatten. Sie versprach Gleichheit aller vor dem Gesetz, Glaubensfreiheit, Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Ministerverantwortlichkeit. Aber allzu idealistisch und

allzusehr auf die Übermacht der deutschen Kultur vertrauend, versäumten es die Liberalen, das Deutsche als Staatssprache gesetzlich festzustellen, und gewährten dem Königreich Galizien eine ganz selbständige polnische Verwaltung, die das Land natürlich in die Hände des polnischen Adels brachte, ließen aber seinen Abgeordneten vollen Anteil am Reichsrate, brachten also die an Zahl schwächeren und gespaltenen Deutschen in die Gefahr unter Umständen, von den Slawen überstimmt zu werden, und gaben jedenfalls der stets geschlossenen polnischen Fraktion die Möglichkeit, zu einem maßgebenden, entscheidenden Einfluß zu gelangen. Die Tschechen aber wurden auch durch diese liberale Verfassung keineswegs versöhnt und mieden Reichsrat wie Landtag, und die Klerikalen, die Bischöfe in einer Adresse an den Kaiser vom 28. September 1867 voran, protestierten leidenschaftlich gegen die von der Verfassung verkündigte unbedingte Glaubensfreiheit. Gerade dieser Widerstand bewog den Kaiser dazu, Ende 1867 ein ganz deutschliberales „Bürgerministerium" unter dem Vorsitze des Fürsten Karl Auersperg zu berufen (Giskra, Herbst, Brestel, Hasner, Berger). Dies setzte die Gesetze über die Aufhebung der kirchlichen Gerichtsbarkeit in Ehesachen, die Einführung der Zivilehe, und die Unterordnung der Schule unter Staatsaufsicht durch, sagte sich also thatsächlich vom Konkordate los und brachte den widerstrebenden Bischof Rudigier von Linz mit Gewalt zur Unterwerfung. Allein die Opposition der Tschechen und Südslawen war nicht zu brechen, und im süddalmatinischen Berglande, um die Bocche di Cattaro, brach im Oktober 1869 ein bewaffneter Aufstand aus, den man nur mit Mühe bewältigen konnte. Darüber spaltete sich das Ministerium, die Föderalisten, Tiroler, Polen, Slowenen, Istrier, Triestiner verließen den Wiener Reichsrat, und als auch das neugebildete Ministerium Potocki (April 1870) vergebens mit den widerspenstigen Parteien verhandelt hatte, da löste der Kaiser (21. Mai und 29. Juli 1870) sämtliche Landtage auf und ordnete Neuwahlen an. So viel war schon jetzt klar, daß der bürgerliche Liberalismus allein nicht fähig sei, die Nationalitäten und Parteien Österreichs zu versöhnen, und daß die Selbständigkeit Ungarns zunächst mit der Gefahr einer schweren Kulturverwüstung erkauft worden sei.

Der Zusammenbruch des Bourbonenthrones in Spanien.

Wie in Mitteleuropa die alte Ordnung einer neuen unter schweren Kämpfen weichen mußte, so führten in Spanien lange Parteikämpfe endlich 1868 zum Sturze des bourbonischen Thrones und nach der kurzen Zwischenregierung eines fremden Monarchen (1870—73) zu einem republikanischen Versuche, bis nach jahrelanger Zerrüttung eine abermalige Militärrevolution 1875 den Thron der Bourbonen wieder aufrichtete.

Kulturfortschritte und Reste alter Zustände.

Unter der festen und herrischen Verwaltung des Generals Narvaez, Herzogs von Valencia, seit 1845 hatte Spanien unverkennbare Fortschritte gemacht, die auch nach seinem Rücktritte nicht eigentlich ins Stocken kamen. Er hatte die Verwaltung nach französischem Muster umgestaltet, das Land in 49 Departements („Provinzen") geteilt, ohne die alten Rechte der drei baskischen Landschaften zu beeinträchtigen, die Armee in einen durchaus tüchtigen Zustand versetzt, die nur an einer ungesunden Überzahl der Generale litt (1852 ohne die pensionierten 636), Folge und Ursache der Militärrevolutionen, auch die Flotte auf einen leidlichen Stand gebracht (1852 75 Kriegsschiffe mit 927 Kanonen). Für den völlig vernachlässigten Unterricht, der im Jahre 1839 im ganzen nur über 900 Anstalten aller Stufen verfügte, war so energisch gesorgt worden, daß schon 1857 Spanien über 22 000 öffentliche Volksschulen mit mehr als 1 Million Zöglingen, 47 weltliche Gymnasien (Institutos) und 10 Universitäten zählte, und die Zahl derer, die lesen konnten, sich immerhin auf 1 900 000 belief. Freilich dauerte der echt spanische Zug zur Überfüllung der gelehrten Berufe fort, was eine Menge halb versorgter, also unzufriedener, jeder Veränderung geneigter Existenzen schuf; die Zahl der Ordensgeistlichen war trotz der Aufhebung der Mönchsklöster 1834 immer noch übergroß (1850 gab es noch 14 000 Mönche, die vom Staate erhalten werden mußten, und 12 000 Nonnen in etwa 600 Klöstern), der streng katholisch-kirchliche Geist durchdrang immer noch, trotz aller modernen Freigeisterei, das ganze Volksleben in dem Grade, daß jede abweichende

Glaubensrichtung nicht nur als Ketzerei, sondern als eine Schande des spanischen Namens erschien und von einer Freiheit des Lehrens und Lernens auch an den Universitäten gar keine Rede war. Auch die alte gesellschaftliche Gliederung hatte sich trotz aller modernen Ideen thatsächlich erhalten. Der hohe Adel zählte um 1852 noch 68 Herzöge, 419 Marquis u. s. w., der niedere Adel mehrere Hunderttausend Köpfe (1821 über 700 000) bei einer Bevölkerung von kaum 15 Millionen. Jener war reich begütert, dieser größtenteils verarmt, und daher eine Gefahr für die Ruhe des Landes, da die Hidalgos wirtschaftlicher Arbeit im ganzen nach wie vor abgeneigt blieben. Der Grundbesitz gehörte noch um 1850 zur Hälfte großen weltlichen Grundherren, zu etwa $^1/_6$ der Kirche (12 Millionen bezw. 4,2 Mill. von etwas über 24 Millionen ha), nur zu einem Drittel (8 Millionen ha) mittleren und kleineren Besitzern. Die bei allen romanischen Völkern herkömmliche Waldverwüstung und die dadurch geförderte Austrocknung des Landes dauerte um so mehr fort, als der Wald nur zu einem kleinen Teile Staatseigentum war, und an Forstkultur vor 1846 gar nicht gedacht wurde; ließ doch noch 1853 der Herzog von Rianzares allein in der Sierra Segura (bei Murcia) 1 Million Stämme oder gar das Doppelte schlagen. Litt schon unter diesem Unfug die Landwirtschaft, so brachte ihr die unerschütterte Geltung des alten Rechts der ungeheuren wandernden Schafherden (Mesta) noch andere Nachteile (s. Bd. VII, 695).

Wirtschaftliche Fortschritte.

Trotz dieser vielseitigen Nachwirkung alter Zustände war die Zeit wirtschaftlichen Stillstandes längst überwunden. Der Boden stand, wo er überhaupt anbaufähig war, oft durch höchst mühsame künstliche Bewässerung, und namentlich dann, wenn er sich in den Händen von Bauern befand, überall in hoher Kultur, denn der spanische Bauer ist im ganzen nicht weniger mühsam und fleißig als der italienische. Freilich zog der Steppencharakter eines großen Teiles von Spanien wie anderseits die Gebirgsnatur dem Anbau manche unübersteigliche Schranke. Von der Viehzucht behauptete die Schafzucht ihren alten Vorrang (1858 fast 14 Millionen Stück). Obwohl die Landwirtschaft weitaus das wichtigste Gewerbe blieb, so entwickelte sich doch im Anschluß an den alteinheimischen Bergbau und einzelne von jeher kultivierte Gewerbzweige eine nicht unbedeutende Industrie, besonders in Eisenwaren, Seide, Tuch, Baumwolle; sie blühte am meisten in Katalonien und den andern südöstlichen Küstenlandschaften, in den baskischen und asturisch-galizischen Provinzen. Der Binnenverkehr war bis 1854 fast ganz auf die übrigens meist guten Straßen und auf die kurzen schiffbaren Strecken der Flüsse angewiesen; seitdem aber begann der Bau von Eisenbahnen mit großer Schnelligkeit, so daß 1858 schon 867 km, 1859 bereits 1138 km fertig waren. Die Handelsmarine zählte um 1854 an wirklichen Seeschiffen 5200 mit 361 000 Tonnen, der Wert der Ein- und Ausfuhr stieg 1843—58 von 786 auf 2476 Mill. Realen (zu 0,22 Mark). Auch die Bevölkerung wuchs verhältnismäßig schnell (1850 etwa 14 Millionen, 1857 fast $15^1/_2$ Mill., 1861 beinahe 16 Mill.). Doch hatte die größte Stadt des Landes, Madrid, nicht über 280 000 Einwohner, und an einem besonders hilfsbedürftigen, unzufriedenen Proletariat fehlte es fast gänzlich. Obwohl die Steuern nach altspanischer Weise schwer drückten, die Grundsteuer 1857 z. B. 8—12 Prozent des Einkommens betrug, so waren doch die Finanzen infolge der endlosen Unruhen niemals in blühendem Zustande. Die Staatsschuld berechnete man im ganzen auf 15 500 Millionen Realen, also über 3000 Millionen Mark.

Gefahren des Zustandes.

Wenn nun Spanien trotz tüchtiger Eigenschaften seines Volkes so wenig zu dauerndem inneren Frieden und stetigem Gedeihen gelangte, so trugen daran im wesentlichen die Nachwirkungen alter Sünden und Gegensätze die Schuld. Jedes feste Verhältnis zwischen Dynastie und Volk hatte der unaufhörliche Wechsel von Reaktion und Revolution gründlich zerstört. Sogar die Armee war von jeder Loyalität so weit entfernt, daß die Generale und Oberoffiziere regelmäßig am politischen Parteigetriebe einen hervorragenden Anteil nahmen, und in der Regel eine politische Umwälzung mit einer Militärrevolution (pronunciamiento) einleiteten. Die große Zahl von unzufriedenen kleinen Edelleuten, Beamten, Advokaten beförderte noch die Neigung zu derartigen Versuchen, und die seit der lange vergötterten Verfassung von 1812 (s. Bd. IX, S. 12) unausrottbare

Vorstellung von dem souveränen Rechte des spanischen Volkes ließ jede gelungene Revolution als einen Sieg dieses souveränen Volkes erscheinen. Damit verflochten sich die Gegensätze von Klerikalismus und modernem, vor allem religiösem Liberalismus, zwischen den Anhängern der mit Isabella zur Herrschaft gelangten weiblichen Linie und des verdrängten Don Carlos (s. Bd. IX, S. 396 f.), endlich die landschaftlichen Verschiedenheiten, denn die rührigen, harten Katalonier und die tapferen, zähen Basken fühlten sich durchaus noch immer als besondere Völker, und die Basken (noch $^1/_2$ Million) waren außerdem stolz auf ihre Sonderverfassung und ihre Sonderrechte (fueros). Zu dem allen kam noch die Einwirkung des ewig unruhigen französischen Nachbarlandes, das nun einmal allen romanischen Völkern als Vorbild galt, von dem man seine Gedanken und Ideen wie seine Moden bezog, so stolz besonders der Spanier auf seine Selbständigkeit und auf die alte, längst verlorene Größe seines Landes war.

Reaktionsversuche.

119. Isabella II., Königin von Spanien.

Nach dem Gemälde von F. de Madrazo gestochen von L. Calamatta (1851).

Zwar die Erregung der Gemüter, die auch hier die Februarrevolution hervorrief, war nicht so stark, daß sich die Moderados (Konservativen) unter Narvaez (s. S. 343) nicht hätten im Regimente behaupten können. Die Aufstände, die hier und da ausbrachen, wurden ohne große Mühe unterdrückt, eine Erhebung der Carlisten und republikanische Unruhen im Osten energisch niedergeschlagen, der englische Gesandte Bulwer, der beschuldigt wurde, einen Aufstand in Madrid begünstigt zu haben, kurzweg des Landes verwiesen. Eine allgemeine Amnestie sollte die aufgeregten Gemüter versöhnen, und die Hofpartei in der Umgebung der jungen Königin Isabella wagte eben wegen der im Lande herrschenden Aufregung nichts gegen den Minister, so verhaßt er ihr auch war, zu unternehmen. Das wurde aber anders, als in Frankreich unter dem Präsidenten Louis Napoleon die antirevolutionäre Strömung an Kraft gewann.

Es gelang der Hofpartei, Narvaez, der sich durch den Erlaß eines neuen Wahlgesetzes um seine Popularität gebracht hatte, zum Rücktritt zu drängen (11. Januar 1851). Der Staatsstreich des Prinzpräsidenten äußerte auch in Spanien seine Wirkung; die Reaktion begann sich zu regen. Schon im Oktober 1851 war ein Konkordat mit Rom abgeschlossen worden; jetzt wurde die Presse beschränkt, und als bald danach (Februar 1852) durch einen Priester ein Mordanschlag gegen die Königin gemacht wurde, gab sie sich vollends der Reaktion hin. Narvaez' Nachfolger, Bravo Murillo, wurde durchaus von der absolutistischen Hofpartei geleitet. Die Cortes wurden aufgelöst (9. April 1853), Klerikale und Reaktionäre sichtlich bevorzugt, die verdienstvollsten Generale entlassen, Narvaez, das anerkannte Haupt der Opposition, unter dem Vorwande einer besonderen Sendung nach Wien aus dem Lande entfernt. Es schien, als trage sich auch in Spanien die Regierung mit dem Projekte eines Staatsstreiches, um der Beengung durch die Verfassung ledig zu werden.

Erhebung der „liberalen Union".

Nun brachten das Ausschreiben einer Zwangsanleihe und die allgemeine Furcht vor einem Staatsstreiche die allgemeine Gärung zum Ausbruche. Die Progressisten, die aus den alten Exaltados hervorgegangen waren, vereinigten sich mit den Moderados zu der „liberalen Union". Endlich rief die Verbannung des verdienten Generals Concha im Februar 1854 in Saragossa einen Militäraufstand hervor. Der General Don Leopoldo O'Donnell, des Grafen von Abispal Sohn, der einer alten irischen Adelsfamilie entstammte, stellte sich an die Spitze der Bewegung. Am 28. Juni verließ er mit mehreren Regimentern Madrid, proklamierte die Entlassung des Ministeriums, die Entfernung der Königin-Mutter, die Herstellung der Verfassung von 1837 und brachte den ganzen Süden zur Erhebung. Ebenso erhob Espartero am 23. Juli in Saragossa das Banner des Aufruhrs. In Madrid siegte die Bewegung in einem blutigen Barrikadenkampfe (18. und 19. Juli) und zwang die Königin, Espartero zu berufen, während im Süden und Südosten sozialistische Bewegungen ausbrachen. Am 29. Juli 1854 zog O'Donnell, mit Espartero vereint, in Madrid ein. Die Königin gab jetzt der siegreichen Erhebung nach und beauftragte Espartero mit der Neubildung des Kabinetts, in dem O'Donnell Kriegsminister wurde. Die Königin-Mutter wurde unter militärischer Begleitung über die Grenze nach Portugal gebracht.

120. Leopold O'Donnell, Herzog von Tetuan.
Nach einer Photographie.

Weitere Parteikämpfe.

Die neugewählten Cortes, in der Mehrheit aus Progressisten bestehend, begannen nun das öffentliche Leben und die Zustände Spaniens in neue Bahnen zu leiten. Die Kirchen-, Stifts-, Gemeinde- und Staatsgüter wurden als Nationaleigentum eingezogen und verkauft, der Bauernstand unabhängiger gestellt und freisinnige Gesetze zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes gegeben. Indes darüber löste sich die liberale Union, und Espartero trat aus dem Kabinett. Von neuem erhoben sich in Madrid und in Barcelona Straßenkämpfe; allein O'Donnell schlug sie mit blutiger Strenge nieder (Juli 1856), löste die Cortes im September auf und verhängte über ganz Spanien den Belagerungszustand. Das schien jedoch zu weit zu gehen; die Königin entließ daher O'Donnell und berief ein Ministerium aus Moderados unter Narvaez, das sich mehr und mehr den reaktionären Tendenzen zuwandte. Die Folge war, daß die liberale Union von neuem zusammentrat, um das Errungene zu sichern, und die Königin nötigte, O'Donnell, der für das Haupt der Union galt, am 30. Juni 1858 in das Ministerium zurückzurufen.

Krieg mit Marokko.

Fünf Jahre dauerte das ruhige und gemäßigte Regiment O'Donnells, so daß die Landeswohlfahrt, zumal die Industrie Spaniens, sehr aufblühte. Durch Zugeständnisse suchte er die Klerikalen zu gewinnen: Protestanten wurden wegen Verbreitung der Bibel zu Galeerenstrafe verurteilt, zu gunsten des Papstes und Neapels gegen das Königreich Italien diplomatische Proteste erlassen. Auch nach außen hin zeigte Spanien jetzt eine kräftigere Haltung als bisher. O'Donnell führte in Person die spanischen Truppen nach Marokko hinüber, von dem Spanien beleidigt zu sein glaubte, und erzwang durch die Erstürmung des marokkanischen Lagers vor Tetuan am 4. Februar 1860 von Marokko einen sehr vorteilhaften Frieden, der den Spaniern eine Kriegsentschädigung und die Erweiterung ihres Gebiets um Ceuta brachte. Eine kurz danach ausbrechende

Erhebung der Karlisten unter Ortega im April 1860 wurde rasch unterdrückt. Auch an der Expedition der Westmächte gegen Mexiko nahm Spanien teil (s. S. 231) und brachte dabei den früher spanischen Teil der Insel Haiti, wenn auch nur auf kurze Zeit, unter die spanische Herrschaft zurück.

Ministerwechsel.

Allein die von neuem eintretende Spaltung der liberalen Union führte zu einer Ministerkrisis, und O'Donnell erhielt im März 1863 seine Entlassung. Das Staatsschiff geriet bedenklich ins Schwanken. Der rasch sich jetzt wiederholende Ministerwechsel war sehr dazu angethan, die allgemeine Gärung im Lande zu steigern. Endlich kehrte die Königin zu Narvaez zurück. Durch Beschränkung der Presse, durch Absetzung oppositioneller Beamten und Professoren, wie des Republikaners Emilio Castelar, durch scharfe Polizeimaßregeln suchte dieser die Erregung der Geister niederzuhalten; aber ohne Unterstützung von der Königin gelassen, nahm Narvaez schon im Juni 1865 seine Entlassung. Zum drittenmal wandte sich Isabella zu O'Donnell. Im Verein mit dem Marschall Serrano übernahm O'Donnell am 21. Juni die schwierige Aufgabe, das Land zu beruhigen. Die Zwangsmaßregeln Narvaez' wurden rückgängig gemacht, ein freisinniges Wahl- und Preßgesetz erlassen und die Königin veranlaßt, ihre reaktionär gesinnten geistlichen Berater, den Pater Claret und die Nonne Patrocinio, vom Hofe zu entfernen.

Die Progressisten.

Indes den radikalen Progressisten genügte dies bei weitem nicht mehr, sie verlangten vor allem allgemeines Stimmrecht und Trennung der Kirche vom Staat. Ihr Führer, der General Prim, erhob im Januar 1866 die Fahne des Aufruhrs. Allein O'Donnell drängte ihn mit seiner Insurgentenschar rasch über die portugiesische Grenze und schlug auch die Militäraufstände, die bald danach in Madrid, Salamanca und andern Städten ausbrachen, mit rücksichtsloser Strenge nieder.

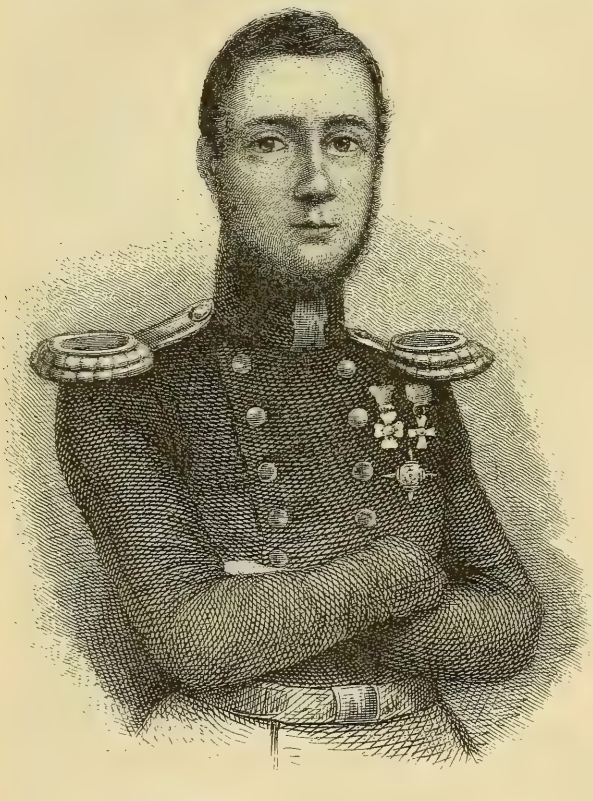
Neue Reaktion.

Das schien der Hofpartei der Weg, überhaupt der Freiheitsbewegung ein Ende zu machen. O'Donnell wurde am 11. Juli 1866 zum drittenmal entlassen und durch ein ganz reaktionäres Ministerium unter Narvaez ersetzt. Die Reaktion feierte jetzt ihre höchsten Triumphe. Ein strenges Polizeiregiment versuchte alle Bewegungen freieren Geistes zu ersticken; die Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen wurde eingeschränkt, der Unterricht den Geistlichen überantwortet, die Corteswahlen auf das gröbste beeinflußt. Dennoch wagten es 137 Abgeordnete, der Königin eine Adresse gegen den unerträglichen Despotismus des Ministeriums zu überreichen; der damalige Präsident des Senats, Marschall Serrano, der in jüngeren Jahren bei der Königin in hoher Gunst gestanden hatte, unternahm es, ihr mündlich Vorstellungen zu machen. Und was war der Erfolg? Der Marschall wurde mit den Führern der Kammeropposition verhaftet und nach den Kanarischen Inseln deportiert (Ende Dezember 1866). O'Donnell flüchtete sich ins Ausland und starb schon am 6. November 1867 in Biarritz. Die Cortes wurden aufgelöst und Preßangriffe auf die Regierung mit dem Tode bedroht. Der liberale Schwager der Königin, der Infant Heinrich von Bourbon-Montpensier, wurde aller seiner Ehren und Würden beraubt und begab sich unter Protest nach Portugal (März 1867). Über fast ganz Spanien wurde der Belagerungszustand verhängt, Kriegsgerichte eingesetzt, ein Terrorismus ohnegleichen geübt. Marschall Narvaez starb darüber im April 1868; aber sein Nachfolger, Gonzalez Bravo-Murillo, ging nur noch bereitwilliger auf das reaktionäre Wüten der Hofpartei ein. Als er im Juli 1868 gefährliche Regungen in der Armee bemerkte, ließ er an einem Tage, 7. Juli, acht der bedeutendsten Generale, darunter abermals Serrano, verhaften und nach den Balearen oder den Kanarischen Inseln bringen. Zugleich traten die Verbindungen mit Rom und mit Napoleon III. immer mehr in den Vordergrund. Große Summen gingen nach Rom, die Wiederherstellung der Mönchsklöster wurde ins Auge gefaßt, und Isabella war eifrig bei dem Plane, 40 000 Mann Spanier nach Rom zu werfen, um den Papst gegen alle Angriffe zu schützen.

Vorbereitungen zur Erhebung.

Niemals hatte die Königin Isabella die Achtung ihres Volkes besessen; jetzt flammte allenthalben ingrimmiger Haß gegen sie auf. Durch ihre launenhafte Willkür hatte sie unzählige Leute verletzt; ihre strenggläubige Frömmigkeit erschien im Lichte ihres mehr

als anstößigen Privatlebens als äußerlich gemacht, ihre Leidenschaft für ihren Kammerherrn Don Carlos Marfori als unwürdig, ihre stete Bereitwilligkeit, den Einflüsterungen einer Hofkamarilla, aber nicht den Ratschlägen ihrer Minister zu folgen, als frivol, ihre Mißachtung gegen die Forderungen der Nation als unerträglich. Dazu kam die Ränkesucht und Habgier der aus Portugal 1864 nach zehnjähriger Verbannung zurückgekehrten Königin-Mutter Christine, und jener gefährliche Schimmer der Lächerlichkeit, den der Papst, ohne es zu wollen, über die Königin verbreitete, als er ihr am 6. Februar 1868 „als dem Sinnbilde aller weiblichen Tugenden" eine geweihte goldene Rose übersandte. Und nirgends ein Zug, der den Eindruck auch nur hätte mildern können, nirgends bei der Königin Isabella eine Empfindung von der hohen Verantwortlichkeit ihrer Stellung, nirgends weder Verständnis noch Neigung, den Bedürfnissen ihres Volkes gerecht zu werden, darum auch nirgends für sie ein Halt in ihrem Volke oder ein schützender Arm, als der Haß und die Verachtung sich in Empörung gegen sie erhoben.



121. Marschall Prim, Graf von Reus.

Auf Napoleon setzte Isabella ihre Zuversicht. Im September 1868 begab sie sich nach San Sebastian, um mit dem in dem nahen Biarritz weilenden Kaiser eine Zusammenkunft und ein Bündnis zu vereinbaren, das namentlich die Besetzung Roms durch spanische Truppen regeln sollte.

Ausbruch der Empörung.

Da brach die Revolution aus. In geheimen Unterhandlungen hatten sich die Führer der liberalen Union mit den Progressisten zum Sturz der verhaßten Herrscherin verständigt. Prim war aus England, Serrano von den Kanarischen Inseln herbeigeeilt. Im Einvernehmen mit ihnen erhob der Admiral Topete am 17. September 1868 im Hafen von Cadiz die Fahne der Empörung; eine Proklamation mit dem Namen Serranos, der seit O'Donnells Tode für das Haupt der liberalen Union galt, an der Spitze, rief die Spanier auf, zum Sturze der Regierung aller Parteiunterschiede zu vergessen. Rasch scharte sich der Süden um Serrano; die Städte der Ostküste sammelten sich um Prim „den Befreier".

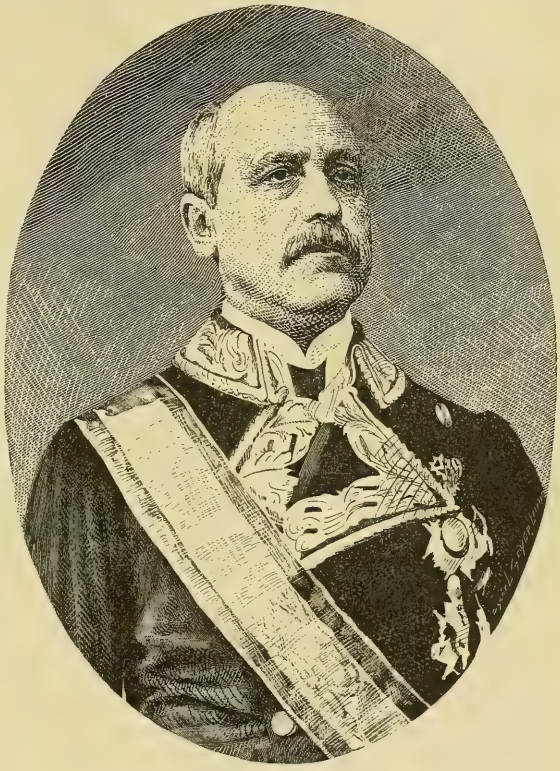
Flucht der Königin.

Auf die Kunde hiervon entließ die Königin das Ministerium Gonzalez Bravo und stellte den General Concha an die Spitze des Kabinetts. Dieser sandte den General Novaliches den Aufständischen entgegen. An der Brücke von Alcolea unweit von Cordova kam es am 28. September zum Zusammenstoß. Serrano schlug die unlustig kämpfenden Regierungstruppen aufs Haupt und rückte auf Madrid vor. Da gab die Königin Isabella in San Sebastian ihre Sache verloren; von Marfori und ihrem Beichtvater Claret begleitet, flüchtete sie sich am 30. September über die nahe französische

Grenze, erließ von Pau aus einen Protest gegen die Revolution und begab sich nach Paris. Auf das Betreiben Napoleons entsagte sie hier am 25. Juni 1870 zu gunsten ihres Sohnes Alfonso (XII.) der spanischen Krone.

Die neue Regierung.

Die Aufständischen hielten am 3. Oktober 1868 ihren Einzug in Madrid. Eine provisorische Regierung wurde ernannt, in der Prim das Portefeuille des Krieges, Topete das der Marine erhielt; den Vorsitz übernahm der Sieger von Alcolea, Don Francisco Serrano y Dominguez, Herzog de la Torre. Das Ministerium begann seine Thätigkeit mit der Aufhebung des Jesuitenordens und zahlreicher Klöster; daran schlossen sich liberale Verfügungen in betreff des Schulwesens, der Presse, des Versammlungsrechtes, der Gemeindeordnung. Aber die Hauptfrage war die Wiederbesetzung des erledigten Thrones. Wohl kam es im Süden zu Kundgebungen zu gunsten der Republik. Aber die am 11. Februar 1869 zusammentretenden Cortes waren in ihrer Mehrheit wie das Ministerium für die Beibehaltung der konstitutionellen Monarchie. Die am 6. Juni verkündigte neue Verfassung erhob diese zum Gesetz, erklärte aber die Volkssouveränität, hielt die katholische Kirche als Staatsreligion aufrecht, gab aber die Ausübung jedes andern Kultus frei und machte die bürgerlichen Rechte vom Bekenntnis unabhängig Bis zur Wiederbesetzung des Thrones wurde der Marschall Serrano mit dem Prädikate Hoheit zum „Regenten“ des Königreichs ernannt.



122. Francisco Serrano y Dominguez, Herzog de la Torre. Nach einer Photographie.

Republikanische und karlistische Erhebungen.

Unterdessen aber hatten die Ideen einer Föderativrepublik zumal im Osten des Landes Ausbreitung gewonnen. In Barcelona, Saragossa und Valencia wurde die Republik proklamiert. Indes der Regent beugte mit Nachdruck einem Zerfallen Spaniens vor. Er verhängte mit Zustimmung der Cortes den Belagerungszustand über das Königreich und sandte Truppen nach dem Osten, welche den republikanischen Aufstand allenthalben siegreich dämpften. Ebenso rasch machte Serrano auch dem Aufstandsversuche der Karlisten im Norden ein Ende; binnen wenig Wochen waren ihre zerstreuten Banden auseinander gesprengt. Im Oktober 1869 war allerorten in Spanien die Ruhe wiederhergestellt, so daß am 15. Dezember der Belagerungszustand wieder aufgehoben werden konnte. Der Aufstand, der sich noch in demselben Jahre auf Cuba erhob, das die Spanier nach ihrer alten Weise immer nur für das Mutterland ausbeuten wollten, ohne den Kreolen irgend welchen Anteil an der Verwaltung einzuräumen, dauerte zwar zehn Jahre und kostete schwere Opfer, übte aber auf den Gang der Dinge im Mutterlande keinen besonderen Einfluß.

Die „Iberische Union“.

Nun aber entzweite die Thronbesetzung die Gemüter. Die Idee der „Iberischen Union“ tauchte auf, der Gedanke, durch die Wahl des Königs von Portugal die ganze Iberische Halbinsel unter einem Zepter zu vereinigen. Allein sie war den Portugiesen

auf das äußerste zuwider und führte sogar in Lissabon zu einer Palastrevolution, durch die der greise Herzog von Saldanha den König Luis nötigte, seinen dem Unionsplane günstigen Minister Loulé zu entlassen und ihm selbst die Leitung der Regierung zu übertragen. Auch insgemein fand der Unionsgedanke wenig Anklang. Serrano war am meisten dafür, den Herzog von Montpensier, Louis Philipps Sohn, den Gemahl der Infantin Maria Luisa, der Schwester Isabellens, zum Könige zu wählen. Allein Montpensier hatte, obgleich er lange in Sevilla gelebt hatte, und zuletzt sogar von Isabella aus Spanien verbannt worden war, es gar zu wenig verstanden, sich populär zu machen. Überdies widerstrebte Napoleon mit Entschiedenheit der Kandidatur eines Orléans. So wandte man sich denn nach Florenz, um den jüngeren Sohn des Königs Victor Emanuel, Amadeus von Aosta, oder seinen Neffen, Thomas von Genua, für den Thron Spaniens zu gewinnen; beide indes lehnten die Kandidatur ab.

Amadeus König von Spanien.

Unterdessen hatte Prim, nachdem der greise Marschall Espartero die von den Progressisten ihm zugedachte Krone abgewiesen, in der Stille bei dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen angefragt, jedoch auch von diesem eine ablehnende Antwort erhalten. Erst auf eine erneute Anfrage des Regenten erklärte sich der Erbprinz bereit, die Kandidatur anzunehmen. Sofort faßte jetzt am 2. Juli 1870 der Ministerrat unter Serranos Vorsitze den einstimmigen Beschluß, den Prinzen von Hohenzollern den Cortes zum Könige vorzuschlagen. Als aber im französischen Gesetzgebenden Körper hiergegen der Minister, Herzog von Gramont, Protest erhob, entsagte Leopold am 12. Juli der Kandidatur, „um nicht eine untergeordnete Familienfrage zu einem Kriegsvorwande heranreifen zu lassen". Nachdem dies doch geschehen war und sich an dieser hohenzollernschen Kandidatur der Deutsch-französische Krieg entzündet hatte (s. unten), kehrte man in Spanien zu der Kandidatur des Herzogs Amadeus von Aosta zu, der sie nunmehr mit Zustimmung seines Vaters Victor Emanuel annahm. Mit 191 Stimmen, während 63 für die Republik und 25 für Montpensier abgegeben wurden, wählten ihn am 16. November 1870 die Cortes zum Könige von Spanien. Am 30. Dezember setzte er in Cartagena den Fuß auf den Boden seines neuen Königreiches. Aber ein düsteres Ereignis warf seinen Schatten auf den Eintritt des neuen Königs von Spanien, denn an demselben 30. starb General Prim, „der Königsmacher", der drei Tage vorher von einem unbekannt gebliebenen Meuchelmörder bei der Heimfahrt aus den Cortes auf den Tod verwundet worden war.

Am 2. Januar 1871 langte Amadeus in seiner neuen Hauptstadt an. Vor den versammelten Cortes leistete er den Eid auf die Verfassung, worauf Serrano die ihm übertragene Regentschaft in die Hände des Präsidenten der Cortes, Zorilla, niederlegte, und dieser Amadeus als König von Spanien proklamierte. Mit freudiger Zuversicht begrüßte Spanien den liebenswürdigen und wohlunterrichteten neuen Herrscher aus dem Hause Savoyen; jahrzehntelang zwischen Revolution und Reaktion umhergeworfen, hoffte es, daß es jetzt in die Bahn einer stetigen und gedeihlichen Entwickelung eingelenkt sei.

Das Vatikanische Konzil und das Ende des Kirchenstaates.

Päpstliche Politik.

Gegen die nationalstaatliche Ordnung der Dinge, die sich in Italien wie in Deutschland bildete, erhob sich drohend die Macht des Papsttums. Denn sie widersprach dem alten Grundsatz der Kurie, die großen Nationen womöglich in kleine Staaten zu spalten, um sie desto sicherer zu beherrschen, sie war liberalen, also höchst sündhaften Ursprungs, und konnte daher die seit 1848 mächtig entfaltete „Freiheit der Kirche" vom Staate gefährden, sie hatte in Deutschland dem protestantischen Preußen zur führenden Stellung verholfen, und in Italien den Kirchenstaat bis auf einen geringen Rest verschlungen, die Kirche selbst aber ihrer Güter schnöde beraubt. Daher gehörten die Sympathien der Kurie dem besiegten Österreich, der alten Hochburg des Katholizismus. Sie sah daher mit heißem Zorn die Auflösung des Konkordats durch das liberale „Bürgerministerium" 1868; sie suchte gegen Italien die Hilfe des Herrschers von Frankreich, „des ältesten Sohnes der Kirche", da sie sehr wohl wußte, daß Napoleon III., so wenig klerikal er gesinnt sei, doch zur Beherrschung des Volkes, also zur Behauptung seiner Stellung, den guten

Willen der Geistlichkeit nicht entbehren könne, jetzt weniger noch als früher, da die politisch entscheidenden Kreise dem Kaiser bitter grollten, weil er die Einheit Italiens zugelassen habe und gegen die nationalen Bestrebungen Preußens nicht eingeschritten sei; sie knüpfte selbst mit der klerikalen Reaktion in Spanien an. Aber sie begnügte sich damit nicht. Aus der konsequenten Fortbildung ihrer eisenfesten Traditionen und Lehren heraus erhob sie sich zu umfassenden grundsätzlichen Angriffen auf die ganze moderne Weltanschauung, aus der all jenes Unheil geflossen war und weiteres zu fließen drohte.

Das italienische Kirchengesetz.

Für König Victor Emanuel war die Vollendung der italienischen Einheit durch die Erwerbung Roms ein mit unerschütterlicher Zuversicht und mit allen Mitteln erstrebtes Ziel. Gewalt und Krieg, oder List und Verrat galten ihm dabei gleichviel. Mit aller Welt setzte er sich deshalb in Verbindung, mit Garibaldi und Mazzini wie mit Napoleon III., und sogar mit Pius IX., denn nichts wäre dem König, der im Herzen ein treuer Sohn seiner Kirche war, lieber gewesen als eine friedliche Verständigung mit dem Papste, der doch auch Italiener war. Aber das Gesetz, das er am 17. Januar 1867 durch sein Ministerium Ricasoli der Zweiten Kammer vorlegen ließ und das der Kirche volle Freiheit, ihre Angelegenheiten zu verwalten, und ihr ganzes ungeheures Vermögen zurückgab, dem Papste aber die souveräne Unabhängigkeit und Exterritorialität versprach, wenn er auf den Kirchenstaat verzichte, scheiterte an dem zornigen Widerspruch der ungeheuren Mehrheit, und Ricasoli trat am 4. April zurück.

Garibaldi vor Rom; Mentana.

Sein Nachfolger, der gewandte, aber grundsatzlose Piemontese Urban Ratazzi, galt für einen Anhänger Frankreichs, zögerte aber nicht, der radikalen Partei unter Garibaldi freie Hand gegen Rom zu lassen, wo der Papst nur noch durch eine Truppe von 11 000 fremden Söldnern seine Herrschaft behauptete. Auf Napoleons ernste Verwarnung ließ Ratazzi allerdings Garibaldi verhaften und schickte ihn nach seinem Caprera zurück; und auch Napoleon, von den Klerikalen Frankreichs gedrängt, ließ alsbald zur Unterstützung der kleinen päpstlichen Armee in Toulon Truppen unter General Failly zur Einschiffung nach Civita Vecchia bereit stellen. Dies aber goß nur Öl ins Feuer; immer höhere Wogen schlug die Bewegung. Garibaldi erschien von neuem; noch zahlreichere Freiwilligenscharen, im ganzen etwa 8000 Mann, sammelten sich um ihn. Jetzt hielt sich Ratazzi zurück; er meinte, daß die Einnahme Roms den Freiwilligen gelingen würde, und wollte Frankreich überraschen mit der vollendeten Thatsache. Italienische Truppen wurden an der Grenze des Kirchenstaates aufgestellt, doch ohne die Freiwilligen zu hindern. So rückte denn Garibaldi in das päpstliche Gebiet ein (Ende September) und der päpstliche General Kanzler zog seine Truppen bis gegen Rom zurück, um die jetzt erbetene französische Hilfe abzuwarten. Am 28. Oktober rückten ihre ersten Bataillone in dem dumpfgrollenden Rom ein. Garibaldi erklärte darauf, gegen die Franzosen kämpfe er nicht, und trat den Rückzug an, aber am 3. November stieß er bei Mentana, dem alten Nomentum, 20 km nördlich von Rom, auf die Päpstlichen unter General Kanzler. Erst als nach verzweifeltem Kampfe die französische Brigade Polhès ins Gefecht eingriff, und das neue Chassepotgewehr seine ersten „Wunder that", ergab sich ein Teil der Rothemden, die andern wichen über die Grenze zurück. Rom war für den Papst gerettet; auch Ratazzi wurde auf Napoleons Verlangen entlassen, und Victor Emanuel berief ein französisch gesinntes Kabinett unter dem klerikalen General Menabrea.

Verhandlungen Napoleons.

Aber für Napoleon war diese abermalige Okkupation Roms vielmehr ein Nachteil, als ein Vorteil. Ließ er seine Truppen dort, so fügte er den Italienern eine tödliche Beleidigung zu, zog er sie zurück, so reizte er die Klerikalen daheim und den Papst dazu aufs äußerste. Er versuchte im November einen Kongreß zur Lösung dieser verzweifelten römischen Frage zu berufen, aber keine Macht ging darauf ein. Freilich erklärte nun sein Staatsminister Rouher am 5. Dezember 1867 in der Kammer, niemals würden die Italiener Rom nehmen, aber er unterhandelte gleich danach mit Italien durch La Marmora, der im Januar 1868 selbst nach Paris kam, über ein Verteidigungsbündnis und hoffte dafür auch Österreich zu gewinnen, um somit sein Verhältnis zu Italien nicht zu verderben und zugleich Preußen im Zaume zu halten. Er versuchte dann wieder sich ganz aus der ihm höchst widerwärtigen römischen Ver-

wickelung herauszuziehen, indem er mit Königin Isabella über den Ersatz der französischen Truppen durch Spanier verhandelte, aber der Sturz der Königin im September machte auch diesen Plan zu nichte. Da kam er wieder auf den französisch-österreichisch-italienischen Dreibund zurück. Aber Österreich wollte zunächst nur von Verteidigungszwecken hören und wünschte Frankreich von einem versuchten kriegerischen Ausbruche abzuhalten. Italien war aber nur zu haben, wenn es Rom erhielt. So legte der Kaiser im September 1869 den Vertragsentwurf wieder beiseite, ohne daß er unterzeichnet worden wäre, und die römische Frage blieb offen, eine heillose Verlegenheit für den Kaiser, ein fast unüberwindliches Hemmnis für ein wirkliches Bündnis mit Italien.

Pius IX.

Während so die französischen Bajonette fortfuhren, die weltliche Herrschaft des Papstes aufrecht zu erhalten, schickte er unter ihrem Schutze sich an, geistliche Entwürfe außerordentlichster Art zur Ausführung zu bringen. Papst Pius IX. (Mastai Ferretti) besaß keineswegs eine umfassende Bildung, nicht einmal in der Theologie, aber er neigte von Jugend auf zur Mystik und war fest überzeugt, daß ihn die Gottesmutter Maria besonderer Offenbarungen würdige. Gegenüber solchen persönlichen Erfahrungen waren verstandesmäßige Erwägungen bei ihm ganz ohnmächtig, und er betrachtete es als die Aufgabe seines Lebens, die Verehrung Marias immer weiter auszubreiten.

Das Papsttum und die moderne Weltanschauung.

Schon am 8. Dezember 1854 hatte er das Dogma von der unbefleckten (sündlosen) Empfängnis der Jungfrau Maria proklamiert, und die katholische Welt hatte es gläubig angenommen. Zehn Jahre später, am 8. Dezember 1861, erließ er die Encyklika und den Syllabus, eine offene Kriegserklärung gegen die moderne Gesittung in Form einer feierlichen Ansprache an die Kardinäle und eines Verzeichnisses von 80 verdammlichen Irrtümern, denn er verwarf darin die Religionsfreiheit, die Freiheit der philosophischen Forschung, die Erziehung durch Laien, die Aufsicht des Staates über die Kirche, die Meinung, daß Päpste und Konzilien jemals geirrt oder daß jene sich weltliche Rechte angemaßt hätten, die vielmehr der Kirche an sich zukämen. Ein Ausschreiben zu einem großen römischen Jubiläum am 25. Februar 1865 verwies nochmals auf Encyklika und Syllabus. Kurz, Pius IX. nahm das Recht oberster Entscheidung in allem, was „die Moral und die Gerechtigkeit betrifft", also thatsächlich die Oberaufsicht auch über das gesamte staatliche Leben, demnach die Oberhoheit des Papstes und der von jeder weltlichen Gewalt rechtlich freien Kirche über die Welt im Stile Gregors VII. in Anspruch. Ganz konsequent erhoffte daher die Kurie 1866 den Sieg Österreichs, und als dies dann nicht nur geschlagen wurde, sondern auch zu einer liberalen Verfassung überging und sich vom Konkordat lossagte, da verurteilte Pius IX. am 22. Juni 1868 in einer Ansprache an die Kardinäle diese Verfassung als ein Werk von unaussprechlicher Abscheulichkeit und Verruchtheit, das jeder Rechtskraft entbehre. Kühner hatte auch Innocenz III. nicht gesprochen.

Berufung des Vatikanischen Konzils.

Die katholischen Regierungen kehrten sich nicht daran, aber sie thaten auch nichts, um solchen Auffassungen entschieden entgegenzutreten, zu deren Ausbreitung dem Heiligen Stuhle doch ungeheure Machtmittel zur Verfügung standen. Die Bischöfe aber hatten sie gehorsam in ihre Gemeinden eingeführt und verteidigt. War das nicht ein Beweis, daß der Papst unfehlbar sei? Er erhob sich jetzt zu dem Entschlusse, diese päpstliche Unfehlbarkeit, an die er selbst fest glaubte, als ein Dogma der Christenheit zu proklamieren und durch ein allgemeines Konzil zur öffentlichen Anerkennung zu bringen. Durch die Bulle Aeterni patris 29. Juni 1868 berief Pius IX. ein allgemeines Konzil auf den 8. Dezember 1869 nach dem vatikanischen Palaste in Rom. Es galt die Weltherrschaft der Kirche aufzurichten, unbedingt und ohne Schranken, im Namen Gottes, nach dem Winke des unfehlbaren Papstes. Geladen wurden auch die orientalischen Bischöfe, sie lehnten aber natürlich die Einladung ab. Geladen wurden auch die Protestanten, in den „einigen Schafstall Petri" zurückzukehren. Aber es war das erste Mal, daß zu einem Konzile die weltlichen Fürsten und Herren nicht geladen wurden.

Deutschland und das Konzil.

Und doch waren sie mittelbar sehr beteiligt. Es lag in diesem Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes, der alle geistliche Erkenntnis in sich monopolisierte, unverkennbar eine Bedrohung der Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten. Obwohl

die Bulle den Gegenstand der Beratungen nicht bezeichnet hatte, so regte der bayrische Minister Fürst Hohenlohe am 9. April 1869 zu gemeinsamen Konferenzen der Regierungen an, um durch gemeinsame Maßregeln die weltlichen Interessen zu schützen. Aber die Konferenzen kamen nicht zustande, weil die katholischen Mächte in diesem Augenblicke durch innere Schwierigkeiten vollauf beschäftigt waren. Auch Graf Bismarck lehnte jede Einmischung ab, solange nicht greifbare Ergebnisse vorlägen, und begnügte sich damit, während des Konzils die Opposition der deutschen Bischöfe gegen die Unfehlbarkeit zu ermuntern. Nun erließen die neunzehn deutschen Bischöfe am 6. September 1869 von Fulda aus einen Hirtenbrief, in dem sie die Erwartung aussprachen, daß das Konzil „keine neuen Dogmen einführen und in die bürgerliche Ordnung nicht eingreifen werde." Sie konnten dies sagen; denn die Einbringung der Vorlagen hatte der Papst sich ausschließlich vorbehalten. Noch aber waltete über das Einzelne tiefstes Geheimnis; es war nur Vermutung, daß es sich um die Anerkennung des Dogmas von der leiblichen Himmelfahrt Mariä und der Unfehlbarkeit des Papstes handeln würde. Freilich eine höchst wahrscheinliche Vermutung. Denn die Jesuiten, die katholische Presse, die Vereine entfalteten überall, nicht zum wenigsten in Deutschland, eine äußerst rege Thätigkeit, um zu beweisen, daß die Unfehlbarkeit des Papstes längst die Überzeugung, ihre dogmatische Feststellung folglich die Sehnsucht jedes guten Katholiken sei.

Eröffnung des Konzils.

Mit allem Glanze wurde das Konzil am 8. Dezember 1869 in Rom eröffnet. Im rechten Kreuzarm der Peterskirche hielt es seine vier Sitzungen, doch wirklich verhandelt wurde nur in den Generalkongregationen. Erschienen waren 767 Geistliche. Die Einladungen waren so erlassen, daß dem Papste von vornherein eine Majorität von 500—600 Stimmen sicher war. Diese setzte sich zusammen aus 119 Titularbischöfen, die meist erst jüngst aus den Zöglingen der Jesuiten ernannt waren und keine Gemeinden vertraten, aus 143 Bischöfen des alten Kirchenstaates, 30 Ordensgeneralen, 68 Bischöfen aus Neapel, 80 aus Spanien und einer Anzahl von Missionsbischöfen aus Asien, Afrika und Australien. Hierunter befanden sich etwa 300 „päpstliche Kostgänger", für die der Papst nicht nur die Reise, sondern auch die Kosten ihres Aufenthalts in Rom bezahlte, eine tägliche Ausgabe von 25 000 Lire (Frank). Ihnen stand eine Opposition von nur etwa 150 Stimmen gegenüber, meist Bischöfe aus Deutschland, Frankreich und Ungarn, die die alten Rechte des Bistums zu behaupten und dem päpstlichen Despotismus eine aristokratische Beschränkung zu geben willens war.

Die Vorlagen.

Vier „Schemata" oder Vorlagen wurden dem Konzil gemacht: „vom Glauben", den modernen Unglauben als eine Folge des Abfalles des Protestantismus verdammend, „von der kirchlichen Disziplin", die Pflichten der Bischöfe bestimmend, „von der Kirche und dem päpstlichen Primat" und über die Einführung eines neuen Katechismus. Beraten wurden diese Schemata in den Kommissionen; in diese aber waren nach vorher festgestellten Listen nur Mitglieder der Majorität gewählt worden, so daß die Opposition überhaupt nur in den allgemeinen „Kongregationen" oder Sitzungen zum Worte kommen konnte. In diesen aber war es nach der Geschäftsordnung, die der Papst erlassen hatte, dem Vorsitzenden des Konzils Kardinal de Angelis jeder Zeit verstattet, einem Redner das Wort zu entziehen.

Die Opposition.

Die Meinung des Papstes war gewesen, daß die Unfehlbarkeit sofort durch allgemeine Akklamation angenommen werden würde und das Konzil in drei Wochen beendigt sein könne. Dies erwies sich aber der immerhin starken Opposition gegenüber sofort als undurchführbar. Dabei gab Pius indes die Hoffnung nicht auf, für das Glaubensdekret, wie es das katholische Kirchenrecht vorschrieb, die moralische Einstimmigkeit des Konzils zu erlangen. Denn er wußte wohl, daß die Opposition unter sich nicht einig war. Ein Teil hielt die Unfehlbarkeitslehre nur nicht für zeitgemäß, andre, wie die Erzbischöfe von Wien (Rauscher) und Prag (Schwarzenberg), die Bischöfe von Mainz (Ketteler) und Rottenburg (Hefele) verwarfen sie völlig als dem Gewissen, der Schrift und der Tradition widerstrebend, begnügten sich aber mit dem Standpunkte der „Inopportunität". Daher brachte es die Opposition nie zu einem kräftigen

gemeinsamen Schritte; alle Proteste gingen von kleinen Gruppen oder einzelnen Mitgliedern aus, so vor allem die Vorstellung, die 46 deutsche und österreichische Bischöfe gegen Ende Januar 1870 gegen die Unfehlbarkeit als eine den Kirchenvätern und den echten Urkunden der Geschichte widersprechende Lehre an den Papst richteten, ohne daß dieser sie angenommen hätte.

Das Dogma von der Unfehlbarkeit.

Die Verhandlungen waren bis zu dem dritten Schema vorgerückt, als der Bischof von Belley in der Generalkongregation vom 14. Februar 1870 die Unfehlbarkeit zur Sprache brachte. Es war das erste Mal, daß ihrer in den Verhandlungen Erwähnung geschah. Am 22. Februar antwortete der ungarische Erzbischof Haynald darauf, daß man keine neuen Dogmen machen solle. Aber mit wildem Geschrei und Lärm machte die Majorität der „Väter" seiner Rede ein Ende. Daher erließ der Papst eine verschärfte Geschäftsordnung, die bestimmte, daß zur Annahme von Glaubensdekreten fortan einfache Stimmenmehrheit statt der bisher geforderten Einstimmigkeit genüge. Hiergegen protestierten zuerst die französischen, zwei Tage später, am 6. März, auch die deutschen und österreichischen Bischöfe. Die Antwort war, daß der Papst noch an demselben Tage dem Konzil als Zusatz zu dem Schema von der Kirche das Dekret über die Unfehlbarkeit zugehen ließ.

Zunächst indes galt es das Schema vom Glauben zum völligen Abschlusse zu bringen. Es kam dabei in der Kongregation vom 22. März zu stürmischen Auftritten. Bischof Stroßmayer von Djakovar (Sirmium) tadelte es mit scharfen Worten, daß der Protestantismus in dem Schema als die Ursache des modernen Unglaubens hingestellt werde. Aber in wüster Aufregung überschrie ihn die Majorität. Da ging am Abend dem Papste ein Telegramm des Grafen Bismarck zu, der bei Aufrechterhaltung der unwahren Anklage gegen den Protestantismus mit der Abberufung des norddeutschen Gesandten vom heiligen Stuhle drohte. Das wirkte; unverzüglich wurde in dem Schema die Stelle von dem Protestantismus gestrichen.

Annahme der Unfehlbarkeit.

Gegen die Dogmatisierung der Unfehlbarkeit selbst richtete sich eine Eingabe der Minderheit vom 10. April 1870 unter der Führung des Kardinals Rauscher, aber am 14. Mai begann die allgemeine Debatte über das Unfehlbarkeitsdekret, den neuen vierten Artikel des Schemas von der Kirche. 106 Redner hatten sich einschreiben lassen; aber erst zur Hälfte war die Rednerliste erledigt, als plötzlich am 2. Juni die Generaldebatte darüber geschlossen wurde. Die entschiedensten Mitglieder der Opposition wollten jetzt von dem Konzil sich zurückziehen; indessen es kam zu keinem Beschlusse, nur zu schwächlichen Protesten, die der Papst gänzlich unbeachtet ließ. Erst am 1. Juli entschloß sich die Minorität, nachdem die Spezialdebatte schon am 5. Juni begonnen hatte, auf weitere Debatten zu verzichten. So kam es denn am 13. Juli zur Abstimmung über das Schema von der Kirche mit Einschluß des vierten Artikels. Von 601 in Rom anwesenden Vätern erschienen dazu 520; von diesen stimmten 371 mit Placet (ja), 61 mit Placet iuxta modum (bedingtes Ja), nur 88 unbedingt mit Non placet (nein). Von den 81 fehlenden Stimmen wurden nachträglich 80 für Placet, 1 für Placet iuxta modum abgegeben.

Zur Verkündigung des Dekretes wurde eine öffentliche Kongregation auf den 18. Juli anberaumt. Am Abend des 15. machte die Minorität (Rauscher war schon abgereist) noch einen letzten Versuch, um wenigstens die Proklamierung der Unfehlbarkeit zu hindern. Eine Deputation von sechs Bischöfen aus ihrer Mitte begab sich in den Vatikan; der Bischof Ketteler von Mainz warf sich vor Pius auf die Kniee und beschwor ihn, durch einige Nachgiebigkeit der katholischen Kirche den Frieden zu wahren. Der greise Papst wurde bewegt. Aber noch an demselben Abend stimmte der Erzbischof Manning von Westminster, ein Hauptführer der Majorität, ihn wieder um. So verließen denn die Bischöfe der Opposition (55), indem sie in einem schriftlichen Proteste ihr Nein wiederholten, Rom, da die Ehrfurcht vor dem heiligen Vater sie hindere, in öffentlicher Sitzung mit Nein zu stimmen.

Unter dem Vorsitze des Papstes wurde am 18. Juli 1870 die letzte öffentliche Sitzung des Konzils abgehalten. Dabei stimmten 533 Väter mit Placet; nur zwei

Männer hatten den Mut, in der entscheidenden Stunde ihr Non placet öffentlich auszusprechen: Bischof Riccio von Cajazzo und Bischof Fitz-Gerald von Little-Rock.

Verkündigung der Unfehlbarkeit.

Pius erhob sich, um das neue Dogma zu verkündigen, daß der römische Papst die volle unmittelbare Macht habe über die gesamte Kirche, nicht allein in Sachen des Glaubens und der Sitten, sondern auch der Disziplin und Regierung, daß er ferner, wenn er ex cathedra rede, d. h. in Ausübung des Amtes eines Hirten und Lehrers aller Christen, in Sachen des Glaubens und der Sitte mit Unfehlbarkeit (infallibilitas) ausgestattet, seine Entscheidungen also an sich, nicht kraft Zustimmung der Kirche, unverbesserlich seien. „So aber jemand", schloß die Verkündigung, „dieser unserer Bestimmung, was Gott verhüten wolle, zu widersprechen wagt, der sei verflucht!" Ein Gewitter stand um dieselbe Stunde über Rom; die Peterskirche war mit Dunkel erfüllt, dumpf dröhnende Donnerschläge begleiteten die Worte des Priesters, der beim Scheine einer Kerze vorlas, daß er wäre, was nur Gott ist, ohne Irrtum.

Vertagung des Konzils.

Das Konzil wurde nun bis auf den 11. November ausgesetzt; aber es wurde nicht wieder eröffnet, sondern am 20. Oktober von neuem „bis auf bessere Zeiten" vertagt. Es hatte die letzte, äußerste Folgerung aus dem hierarchischen System ziehen helfen, die unfehlbare Geltung der päpstlichen Entscheidung, die Unterwerfung der Kirche und der Welt unter die absolute Herrschaft des Stellvertreters Christi. Die Bischöfe waren fortan nur noch päpstliche Beamte, die alte Selbständigkeit des bischöflichen Amts und der Konzilien war vernichtet. Es war der letzte große abschließende Sieg der jesuitisch-romanischen Auffassung von der Kirche als der monarchisch organisierten Hierarchie über die Germanen, die doch nicht ganz von der Ansicht lassen wollten, daß die Kirche eine Heilsanstalt sei, um den Menschen mit Gott zu versöhnen auf dem Grunde lebendiger persönlicher Glaubensüberzeugung. Die Frage war nur, ob die im wesentlichen deutsche Minderheit des Konzils den festen Mut finden würde, ihrem feierlich verkündeten Standpunkte treu zu bleiben.

Päpstliche Politik.

In den letzten entscheidenden Tagen des Konzils umdüsterte der scheinbar urplötzlich aufsteigende Konflikt Deutschlands und Frankreichs den ganzen politischen Himmel. Nicht ohne Befriedigung sah Papst Pius das Gewitter aufziehen; auf das eifrigste betrieb er den Abschluß eines Bündnisses zwischen Österreich und Frankreich (s. unten), und er hoffte mit Bestimmtheit, daß die Jungfrau Maria, wie sie einst bei Lepanto 1571 den Spaniern zum Siege über die Türken verholfen hätte, so auch jetzt den katholischen Waffen den Sieg verleihen würde. Allein er hatte sich jetzt geirrt; er hatte noch weniger erwartet, daß vor dem Siegesdonner von Sedan der morsche Thron seiner weltlichen Herrschaft in Stücke brechen würde.

Bismarck und die Italiener.

Mit bewunderungswürdigem Scharfblick hatte Graf Bismarck die Bedeutung der zweiten französischen Okkupation Roms rechtzeitig erkannt; er wußte um die Erbitterung, welche die Herzen der italienischen Patrioten bei der Erinnerung an die blutigen Opfer von Mentana und bei dem Gedanken erfüllte, daß sie nach der Demütigung, unter der sie Venetien gewonnen hatten, nun auch die viel empfindlichere auf sich nehmen sollten, nicht anders als durch die Gnade Napoleons, wenn je, die natürliche Hauptstadt Italiens Rom erlangen zu können. In diesem Gefühle begegneten sich Liberale wie Mazziniſten ohne Unterschied. Unterhandlungen zwischen Mazzini und Bismarck wurden um den Beginn des Jahres 1868 in Berlin angeknüpft, aus denen die Italiener die Zuversicht schöpften, daß sie, wenn Preußen im Falle eines französisch-deutschen Krieges „wenigstens auf die Neutralität Italiens" rechnen dürfe, die Unterstützung Preußens erwarten könnten, auf eine würdigere Art in den Besitz Roms zu gelangen. Denn der deutsche Staatsmann, den Zusammenstoß Frankreichs mit Deutschland voraussehend, hielt es für seine Pflicht, nichts zu unterlassen, was die von Westen her drohende Gefahr vermindern könnte.

Italien beim Ausbruch des Krieges 1870.

Es kam, wie Bismarck vorausgesehen hatte. Als im Juli 1870 in Paris die Entscheidung für den Krieg gegen Deutschland gefallen war, bot Napoleon III. brieflich dem König Victor Emanuel den Abzug der französischen Truppen aus Rom an, wenn der König auf den Boden des Septembervertrages zurücktrete, und dieser stimmte sofort zu.

Am liebsten hätte er mit Frankreich jetzt das nunmehr von Frankreich eifrig begehrte Bündnis abgeschlossen, um sich Rom zu erobern, aber seine Minister, vor allem der Ministerpräsident Lanza, der Minister des Auswärtigen Visconti Venosta und der energische Finanzminister Quintino Sella, der in Deutschland studiert hatte und warme Sympathien für deutsches Wesen hegte, widersprachen auf das bestimmteste, weil Italien damit wieder tief in die Abhängigkeit von Frankreich hineinkomme. Dazu ging durch das Land bei der ersten Möglichkeit, mit den „Mördern von Mentana" ein Bündnis zu schließen, eine drohende Gärung; überall gab es Volksaufläufe, in Florenz auch um den Palast des französischen Gesandten, und überall erscholl der Ruf: „Tod den Franzosen! Es lebe Preußen!" Endlich war es offenkundig, daß die Mazzinisten zu einem neuen Ansturm auf Rom rüsteten, den die Regierung durchaus verhindern mußte, wenn sie das Heft in der Hand behalten wollte. Die Entscheidung aber gab ein herrisches Telegramm aus Paris vom 23. Juli, das kurzweg erklärte, die Franzosen würden Rom nur dann räumen, wenn Italien den Septembervertrag rückhaltslos anerkenne, das also jede Hoffnung auf die Zustimmung Frankreichs zur Erwerbung Roms zerstörte. Daraufhin führte Sella dem König aus, ein Sieg Frankreichs bedeute den Triumph des Papsttums über Italien, des Syllabus über die Denkfreiheit, der Interventionspolitik über das Nationalitätsprinzip, und die Regierung erklärte am 24. Juli feierlich ihre Neutralität. Nur eine mäßige Verstärkung des Heeres von 130000 auf 200000 Mann wurde für alle Fälle angeordnet.

123. Emilio, Marchese Visconti-Venosta.

Die Entscheidung über Rom.

Die Nachricht vom deutschen Siege bei Wörth, die in der Nacht des 6. August in Florenz eintraf, bewies dem König die Richtigkeit seiner Politik; die Katastrophe von Sedan entschied das Schicksal Roms, das die Franzosen geräumt hatten, als Italien die Septemberkonvention zum zweitenmal anerkannte (28. Juli). Denn der Staatssekretär Antonelli hatte ganz recht, wenn er darauf dem französischen Gesandten bitter bemerkte: „Ihr gebt uns dem sicheren Verderben preis, obwohl Ihr so gut wißt wie wir, daß die Italiener sich nicht einen Augenblick durch einen Vertrag binden lassen." In der That, welche italienische Regierung hätte es wagen dürfen, jetzt, in so gänzlich veränderter Lage, einen Vertrag dem stürmischen Verlangen der Nation nach Rom entgegenzusetzen! Der langersehnte Augenblick, die nationale Einheit zu vollenden, war da. Am 7. September teilte Visconti Venosta den Mächten mit, daß die königlichen Truppen Rom besetzen würden, und nachdem ein letzter Versuch zu friedlichem Ausgleich vom Papste schroff zurückgewiesen worden war, rückten die Italiener unter General Cadorna am 11. September im Kirchenstaate ein.

Einnahme Roms.

Am 20. September stand er vor Rom, die gewaltige Stadt von Osten her im weiten Bogen umschließend. Welch ein Eindruck! Unter dem hellen Septemberhimmel ringsum die weite, sonnenverbrannte, braune Ebene der Campagna mit den endlosen

124. Angriff auf die Porta Pia zu Rom am 20. September 1870. Nach dem Gemälde von Carlo Ademollo

Bogenreihen ihrer Wasserleitungen, im Rücken die blauen Linien der Berge, der zackige Soracte im Norden, die lange Wand des Sabinergebirges im Osten, der Kegel des Monte Cavo über dem Ringe des Albanergebirges im Süden, im Angesicht die langgestreckten, altersbraunen vielumkämpften Zinnenmauern Aurelians, darüber in der Ferne die blaugraue Peterskuppel, in diesem Rahmen die dunklen Heeresmassen der Italiener, die zum letzten Kampfe um die Herrschaft der „ewigen Stadt" heranrückten, auf der erinnerungsreichsten Stätte der Menschengeschichte!

Nichts macht das deutlicher, als die Angriffsdisposition Cadornas, eines der merkwürdigsten kriegsgeschichtlichen Aktenstücke. Sie lautet:

„Die Division Angelini nimmt Front gegen die Thermen des Caracalla und demonstriert gegen die Porta Latina, die Division Ferrero, Front gegen den Esquilin, rückt auf der Straße von Tivoli gegen die Porta San Lorenzo vor, die Division Cosenzi, mit Front gegen die Ludovisischen Gärten und den Zirkus des Sallust, greift die Porta Salaria an, General Maze de la Roche folgt auf der nomentanischen Straße dessen Bewegung und forciert die Porta Pia; die Division Bixio stürmt gegen den Janiculus und entsendet eine Brigade gegen den Aventin. Die Kavalleriebrigade hält auf der Via Appia, die Ambulanzen beim Hain der Egeria, die Reserveartillerie bei den Gräbern der Scipionen."

Die päpstlichen Truppen, Söldner aus aller Herren Ländern, hatten besonders die Porta Pia im Osten befestigt und leisteten Widerstand. Die Italiener, anstatt zu stürmen, begnügten sich damit, mit Kanonen das Thor und die Mauer zu beschießen. Papst Pius stand am Fenster des Vatikans, den Blick gen Himmel gerichtet; er erwartete, daß die Apostel Petrus und Paulus die Engelscharen mit flammenden Schwertern zu seiner Hilfe herbeiführen würden. Sie kamen nicht; wohl aber brach die Kanonade nach drei Stunden den Widerstand der päpstlichen Truppen, sie überlieferten das Thor und gingen über den Tiber nach der Leostadt zurück. Unter dem hellen Schmettern der altsavoyischen Trompeten und vom Jubel des Volkes als Befreier begrüßt, zogen die Italiener die jetzige Via Venti Settembre hinunter in Rom ein. Die Päpstlichen wurden entwaffnet, und auch die Leostadt besetzt. Mit einer gewissen Heiterkeit ergab sich der Papst in sein Schicksal. „Man rät mir", sagte er, „abzureisen; allein ich denke, wenn die Piemontesen mir die weltliche Herrschaft nehmen, werde ich darüber nicht den Schlaf verlieren."

Einverleibung des Kirchenstaates.

Schon am 2. Oktober wurde eine allgemeine Volksabstimmung im Kirchenstaate vorgenommen; 133 681 Stimmen wurden für den Anschluß an das Königreich Italien abgegeben, nur 1507 fielen gegen die Annexion, worauf denn am 8. Oktober der Kirchenstaat dem Königreiche Italien einverleibt und die Verlegung der Residenz nach Rom beschlossen wurde. Am 21. Dezember nahm Victor Emanuel die Huldigung Roms entgegen, unbekümmert um Protest und Bannstrahl des Papstes. Italien hatte seine Hauptstadt gewonnen, durch eigenen Entschluß unter rascher Benutzung der günstigen Umstände. Das Volk war mit der Regierung versöhnt.

Der Fall des napoleonischen Kaisertums und die Wiederherstellung des Deutschen Reiches.

Die letzten Jahre Napoleons III.

Veränderte Lage Napoleons III.

Niemals ist der enge Zusammenhang zwischen der inneren und äußeren Politik Napoleons III. schärfer hervorgetreten als in der Zeit, da ihm auswärtige Erfolge versagt blieben und die Erinnerung an die früheren verblaßte. Die allmähliche Befreiung des gegen seinen Willen geeinigten Italien, das völlige Scheitern seiner Intervention für Polen 1863, der klägliche Ausgang des mexikanischen Abenteuers, endlich und vor allem die Siege Preußens und die überraschende Machtentwickelung Deutschlands waren ebensoviele empfindliche Schläge für den eitlen Wahn der politisch denkenden, also leitenden Kreise der französischen Nation, ihr gebühre die Oberleitung Europas und das entscheidende Wort in allen wichtigen Fragen, auch wenn sie französische Interessen gar nicht berührten.

Eindruck der Schlacht von Königgrätz.

„Patriotische Beklemmungen" ergriffen die französische Nation, wie der Staatsminister Rouher in der Kammer sagte, nach dem Tage von Königgrätz. Als eine Demütigung für Frankreich empfand sie es, daß sich Preußen herausgenommen hatte,

einen Sieg zu erfechten, der nach Großartigkeit der Durchführung wie der Folgen die glänzendsten Waffenthaten ihres ersten Napoleon überstrahlen konnte. Wo blieb nun das „Prestige" der großen Nation? Aber zu dem Hasse gegen das sieghafte Preußen gesellte sich offenkundige Mißachtung gegen die unfähige kaiserliche Regierung. Es gab nur einen Weg, die verlorene Höhe wieder zu gewinnen: Triumph über Preußen! Eine Partei bildete sich, auf die öffentliche Meinung in Paris sich stützend, die den Krieg gegen Preußen als die nächste Aufgabe Frankreichs ansah, im Volke als Genugthuung für die nationale Eitelkeit, bei Hofe als Kräftigung des napoleonischen Thrones. „Rache für Sadowa!" hatte Thiers, der große Historiker des Konsulats und des ersten Kaiserreiches, der eigentliche Urheber der napoleonischen Legende, in der Kammer ausgerufen; das wurde die Parole.

Mißlingen der Kompensationsverhandlungen.

Napoleon III. geriet in die schlimmste Lage. Persönlich von der nationalen Eitelkeit freier als irgend ein Franzose, von Idealen erfüllt, die sich vor seinen Augen soeben in Deutschland und Italien verwirklichten, der deutschfreundlichste aller französischen Herrscher, und ein noch wärmerer Freund Italiens, das er von Jugend auf liebte, eine im Grunde des Wesens freundliche Natur, verabscheute er den Krieg doppelt, seitdem er die Greuel des Schlachtfeldes von Solferino mit Augen gesehen und zugleich erfahren hatte, daß ihm die Gaben des Feldherrn versagt seien. Dazu kam seit 1863 ein quälendes, sehr schmerzhaftes Blasen- und Nierenleiden, das ihm bei heftigen Anfällen alle Geisteskraft raubte und bewegungslose Ruhe als das höchste Gut erscheinen ließ. Und doch zwang ihn die Unsicherheit seiner Stellung dazu, gegen seine eigne bessere Überzeugung, der verletzten Eitelkeit der Nation, die er regierte, irgend eine Genugthuung, wenn möglich eine Gebietserweiterung, zu verschaffen, um wenigstens den Schein zu wahren, als bestehe ihr Prestige fort. Auch das mißlang. Er schob nur der werdenden deutschen Einheit einen schwachen Riegel vor, indem er den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Nordbund verhinderte, aber er reizte dadurch das deutsche Nationalgefühl auf und erreichte weder eine Abtretung am linken deutschen Rheinufer, noch die Erwerbung Luxemburgs oder Belgiens, und auch der Ende 1868 geplante, sogar schon vollzogene Ankauf einiger wichtiger belgischer Eisenbahnen, deren Besitz das Land in eine gewisse wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich gebracht hätte, scheiterte an dem entschlossenen Widerspruche der belgischen Regierung, besonders des Ministers Frère-Orban (Januar 1869). Die neue Besetzung Roms 1867 aber, die ihm die Rücksicht auf die Klerikalen abzwang, machte es ihm unmöglich, in ein festes Bündnis mit Italien zu kommen, zu dem Victor Emanuel ganz bereit gewesen wäre. Daran scheiterte schließlich auch der 1868/69 verhandelte Gedanke eines Dreibundes mit Italien und Österreich.

Verhältnis zu Österreich.

Mit Österreich bestand seit der Salzburger Zusammenkunft im August 1867 ein Einvernehmen über die gemeinsame Aufrechthaltung des Prager Friedens nach der französisch-österreichischen Auslegung, das unverkennbar seine Spitze gegen Preußen kehrte. Allerdings legten die inneren Schwierigkeiten, namentlich die finanziellen Verlegenheiten und die Unfertigkeit der noch in voller Umbildung begriffenen Armee dem Reichskanzler Beust gebieterisch die Pflicht auf, den Frieden möglichst zu bewahren, aber immer im Einvernehmen mit Frankreich, um eine weitere Erschütterung der Machtstellung Österreichs zu vermeiden. Daher wollte er nur von einem Verteidigungsbündnis hören, und selbst das kam 1869 wegen Italien nicht zum Abschluß. Nun kam im März 1870 der Erzherzog Albrecht nach Paris und erörterte mit dem Kaiser unter dem tiefen Eindrucke, den Laskers sehr unzeitgemäßer Antrag, Baden in den Nordbund aufzunehmen (24. Februar), soeben in Paris gemacht hatte, weil man dies dort als eine Verletzung des Prager Friedens auffaßte, einen Feldzugsplan, nach dem Süddeutschland gleichzeitig von Frankreich, Österreich und Italien her angegriffen und niedergeworfen werden sollte, ehe die norddeutschen Steitkräfte zu Hilfe kommen könnten. Vielmehr sollten diese von Mainz und von Dänemark her selber angegriffen werden. Nach der Überwältigung Süddeutschlands sollten sich die Streitkräfte der Verbündeten bei Nürnberg vereinigen und auf Leipzig vordringen, wo man die Entscheidungsschlacht er-

wartete. Dabei verschwieg der Erzherzog dem Kaiser nicht, daß die französische Armee viel zu schwach sei, um allein einen Krieg mit Deutschland aufzunehmen, und daß Österreich, von Italien ganz abgesehen, mindestens 6 Wochen zur Mobilisierung bedürfe, auch seine neue Organisation vor Jahresfrist nicht vollenden könne. Die Angelegenheit wurde dann während des Juni von dem französischen General Lebrun in Wien weiter verhandelt. Dieser kam nach Paris mit der bestimmten Erklärung des Kaisers Franz Joseph zurück, daß Frankreich im Kriegsfalle vorerst auf bewaffnete Hilfe Österreichs nicht zu rechnen habe. Deutschfeindlich waren also die Gesinnungen der verhandelnden Mächte, denn sie beruhten auf der Voraussetzung, daß sie die Überschreitung der Mainlinie nicht dulden dürften, und darin lag unzweifelhaft eine schwere Kriegsgefahr, mochte sie auch nicht unmittelbar brennend sein.

Französische Rüstungen.

Unter allen Umständen aber erschien es seit 1866 dem Kaiser und seinem Kriegsminister, dem Marschall Niel, notwendig, die Armee zu verstärken. Seither waren von dem Jahreskontingent von 100000 Mann nur 23000 wirklich eingezogen, die übrigen ohne alle Schulung gelassen worden. Während Norddeutschland allein jährlich 90000 Mann wirklich einstellte und also binnen drei Jahren mit der Reserve im Jahre 1870 über 539000 aktive Truppen besaß, wurde die französische Friedensstärke von 350000 Mann im Kriegsfalle nur auf 420000 Mann gebracht. Dies erschreckende Ergebnis trieb 1867 zu einer Heeresreform. Die wirkliche Aushebung sollte so erhöht werden, daß Frankreich binnen 8 Jahren mit 800000 Mann ins Feld rücken konnte, und neben der Feldarmee eine Mobilgarde von 400000 Mann aus denen, die sich freigekauft oder freigelost hatten, zum Schutze des Landes gebildet werden. Aber die Opposition in der Kammer, die doch die kaiserliche Regierung so laut ihrer schlechten auswärtigen Politik anklagte, die deklamierte jetzt leidenschaftlich gegen diese unerträgliche Mehrbelastung, deren es überhaupt gar nicht bedürfe, um mit diesem Preußen fertig zu werden. Also wurde Niels verständiger Plan so beschnitten, daß die französische Feldarmee 1870 mit kaum 330000 Mann in den Krieg gehen mußte, und die Mobilgarde nur teilweise aufgestellt und noch weniger brauchbar wurde. Dagegen wurde schon 1867 das weittragende Hinterladegewehr von Chassepot eingeführt, die neue Mitrailleuse in die Artillerie eingestellt und für die Ergänzung des Materials nach Kräften gesorgt.

Liberale Reformen.

Es gab aber auch noch eine andre Möglichkeit, das Kaisertum zu sichern, der Übergang zu einer liberalen Verfassung, zu einer konstitutionellen Monarchie. Schon 1860 hatte der Kaiser dem Gesetzgebenden Körper das Recht zu einer Adreßdebatte gegeben, seit 1866 stand ihm der Entschluß zu einer liberalen Wendung fest, obwohl sein Staatsminister Rouher eifrig dagegen sprach, und am 19. Januar 1867 verkündete Napoleon in einem alsbald veröffentlichten Schreiben an diesen, die (2.) Kammer solle das Recht zu Interpellationen erhalten, in einzelnen Fällen würden die Fachminister, nicht ausschließlich mehr der Staatsminister, die Regierung vor der Kammer vertreten, die Presse, die Vereine und Versammlungen würden größere Freiheit erhalten. Der Eindruck war der, daß die liberale und klerikale Presse noch viel mehr, vor allem ein verantwortliches, parlamentarisches Ministerium verlangte, dagegen von der geplanten Heeresreform nichts wissen wollte. Dementsprechend zeigten die Wahlen zum Gesetzgebenden Körper am 23. Mai 1869 ein starkes Anwachsen der Opposition gegen das Kaisertum. Sie hatte 1852 nur 810000 Stimmen gehabt, 1857 hatte sie 840000, 1863 schon 1800000, 1869 sogar 3310000. Die gemäßigte liberale Mittelpartei unter Emile Ollivier verfügte jetzt über 130 Stimmen und hatte mit den 40 Abgeordneten der Linken die Mehrheit. Wohl waren 1869 für die Regierung noch 4664000 Stimmen abgegeben worden; aber mußte nicht ihre Majorität ernstlich gefährdet erscheinen, zu deren gunsten doch alle Beamten vom Minister und Präfekten bis zum Flurschützen jederzeit die angestrengteste Thätigkeit entwickelt hatten? Als nun die Kammer, zunächst nur für die Wahlprüfungen, am 28. Juni zusammentrat, verlangten 116 Mitglieder des Gesetzgebenden Körpers in einer gemeinsamen Interpellation Verantwortlichkeit der Minister und freie parlamentarische Bewegung. Napoleon entschloß sich zu einem weiteren liberalen Entgegenkommen. Rouher, der gewandte Verfechter des kaiserlichen Absolutismus,

wurde am 17. Juli entlassen und zum Präsidenten des Senats ernannt, die Leitung übernahm vorläufig ein Geschäftsministerium. Der Senat aber nahm eine Reihe liberaler Verfassungsänderungen an (Wahl des Vorstandes durch den Gesetzgebenden Körper, Freiheit zu Interpellationen, Verantwortlichkeit der Minister), die am 10. September veröffentlicht wurden, und bei der Wiedereröffnung des Gesetzgebenden Körpers am 29. November 1869 kündigte der Kaiser in der Thronrede seine Schwenkung nach der liberalen Seite an. Es schien ihm voller Ernst damit zu sein. Denn am 2. Januar 1870 wurde ein Ministerium zumeist aus Mitgliedern des linken Zentrums berufen und Emile Ollivier, der Führer der gemäßigt-liberalen Opposition, mit dem der Kaiser schon seit Jahren in persönlichen Beziehungen stand, an die Spitze gestellt (Ollivier Präsidium und Justiz, Graf Daru Auswärtiges, Buffet Inneres u. s. f.). Zugleich erhielten, um der öffentlichen Stimme Genüge zu thun, zahlreiche höhere Beamte, unter ihnen der Seinepräfekt Haußmann, ihre Entlassung. „Meine Ideen sitzen auf der Regierungsbank", triumphierte der alte Thiers, und aus allen Provinzen strömten in Menge Zustimmungs- und Glückwunschadressen herbei.

125. Emile Ollivier.
Nach einer Photographie.

Das Plebiszit.

Obwohl nun trotz heftiger Debatten von den liberalen Verheißungen sich zunächst nichts verwirklichte, so wurde doch durch die Aufhebung des Systems der Regierungskandidaten die Freiheit der Wahlen wiederhergestellt und eine neue Verfassung entworfen, die eine Fülle liberaler Bestimmungen enthielt (Ministerverantwortlichkeit, Recht des Gesetzgebenden Körpers, Petitionen anzunehmen, Ausübung des Gesetzgebungsrechtes durch den Senat und den Kaiser in Gemeinschaft, bei fortdauernder Verantwortlichkeit gegenüber dem Volke). Dem französischen Volke sollte sie, wie künftig jede andre bedeutende Verfassungsänderung, zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Kaiser verlangte das Plebiscit in der Überzeugung, darin eine Stütze und einen Damm gegen das Andrängen der republikanisch gesinnten Linken zu erhalten. Seine republikanischen Gegner dagegen protestierten gegen die Volksabstimmung, nach der alten Unart der Republikaner, nur dann die Volksmeinung gelten zu lassen, wenn sie republikanisch war; sie fürchteten aber mit Recht, daß die napoleonische Dynastie aus derselben gestärkt, aufs neue sanktioniert hervorgehen möchte. Denn es war klar, wie auch die dem Volke vorzulegende Frage formuliert werden mochte, Ja wurde immer als Unterstützung des Kaiserreichs, Nein als Bekämpfung desselben gefaßt. Auf den 8. Mai wurde das Plebiscit angesetzt. Die Beamten wurden durch die Minister angewiesen, eine „verzehrende Thätigkeit" zu seinen gunsten zu entwickeln. Das Ergebnis war, daß für die liberale Reform 7210296, dagegen 1530610 Stimmen abgegeben wurden. Frankreich sanktionierte also das Kaiserreich von neuem, und damit nach Napoleons III.

dringendem Herzenswunsche die Thronfolge seines Sohnes. Bedenklich war dabei nur, daß in Paris, Lyon, Marseille, Bordeaux, Toulouse, Nimes, Metz — also in fast allen Großstädten — die Nein erheblich überwogen, und daß selbst von den Stimmen der Armee 51000 auf Nein lauteten, doch was wollte gegenüber dieser überwältigenden Kundgebung der Massen für das Kaiserreich, die doch in der Hauptsache nicht gemacht war, eine so schwache Minderheit bedeuten! So faßte denn auch Napoleon die Sache auf, und er ließ sich daher, da Graf Daru zurückgetreten war, den Herzog von Gramont als Minister des Auswärtigen gefallen (15. Mai 1870), den bisherigen Botschafter in Wien, den Ollivier vorschlug, weil er einen etwas kräftigeren Ton in der auswärtigen Politik für notwendig hielt, als Daru und Lavallette angeschlagen hatten. Gramont war ein entschiedener Feind Preußens, aber ein beschränkter, phantastischer, unklarer Kopf und, wie Ollivier wohl meinte, ein lenkbares Werkzeug. Nebenher gewann er dadurch seine Gegner von der Kriegspartei der „Arkadier" für sich.

126. Herzog von Gramont.
Nach einer Photographie.

Eindruck des Plebiszits.

„Plebiscit", war eine weit verbreitete Meinung unter dem Landvolk, wäre der Sohn Napoleons; darum hatten sie mit Ja gestimmt, weil sie die Fortdauer geordneter Verhältnisse wollten. Allerorten war gepredigt worden, daß mit Ja zu stimmen „Frieden und Freiheit" sichere. Und doch zog gerade die eroberungslustige Kriegspartei aus dem Ergebnis der Volksabstimmung den nächsten Vorteil. Nur eins sei jetzt noch nötig, war die Meinung dieser Chauvinisten, um den Thron der bonapartischen Dynastie auch für die Zukunft sicher zu stellen: durch die Eroberung des linken Rheinufers die Unzufriedenen in Volk und Heer mit einem Male zu gewinnen. Eifriger als bisher noch stellten auch die Mitglieder der äußersten Linken, wie Gambetta, Ferry, Grevy, sich als die wahren Wächter der nationalen Ehre Frankreichs hin und machten noch heftiger, als es Thiers that, Napoleon den Vorwurf, daß er „Sadowa habe geschehen lassen"; und ihr Wort in Kammer und Presse galt viel bei der großen Menge. Bei diesen war es das Verlangen, das Kaisertum in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, was sie so kriegslustig erscheinen ließ; bei den andern war es die Hoffnung, durch einen auswärtigen Krieg am leichtesten aus allen Schwierigkeiten herauskommen zu können, die Disziplin in der Armee wiederherzustellen, den Radikalismus einzudämmen, zu dem früheren Absolutismus zurückzukehren. Unbestreitbar war es jedenfalls, daß ein glücklich geführter auswärtiger Krieg mehr als alles andre den Thron Napoleons sichern mußte.

Friedliche Erklärungen in Paris.

Das alles waren freilich zunächst nur Pläne, denn alle Hoffnungen auf den festen Abschluß von Bündnissen für einen Krieg waren gerade in diesem Augenblicke verschwunden (s. oben S. 359). Auch that die Regierung gerade jetzt nichts, um sie zu ermutigen. Eine Interpellation im Gesetzgebenden Körper über den Vertrag, den soeben

der Norddeutsche Bund mit Baden, der Schweiz und Italien zur Unterstützung des kostspieligen Baues der Gotthardbahn durch einen Zuschuß von 20 Millionen Frank geschlossen hatte, wies die Regierung in friedlichem Sinne zurück, und am 30. Juni erklärte Ollivier bei Beratung des Kriegsbudgets, zu keiner Zeit sei die Erhaltung des Friedens gesicherter gewesen, allerdings unter der Voraussetzung, daß niemand an die Verträge von 1856 und 1866 taste. Am 1. Juli erkrankte Napoleon wieder so schwer, daß ihm persönlich nichts erwünschter sein konnte, als Ruhe und Frieden.

Der Ursprung des Deutsch-französischen Krieges.

Stimmungen in Frankreich.

Eine Kriegsgefahr lag weniger in den Absichten der Leiter der französischen Regierung, als in der hochmütigen und mißtrauischen Stimmung eines großen Teils der einflußreichen Kreise, der Klerikalen, die nach wie vor in Preußen den gefährlichsten Feind ihrer Kirche sahen, der Abgeordneten radikaler wie absolutistisch-kaiserlicher Gesinnung und der Pariser Presse. Eine starke Regierung hätte sie bändigen können, aber dies Kaisertum, das auf der Volkssouveränität beruhte und sich soeben erst ein parlamentarisches Ministerium hatte abdringen lassen, war dafür zu schwach und schwerlich im stande, einem starken populären Drucke zu widerstehen. Und dieser kam unerwartet aus der schon vielerörterten spanischen Thronfrage.

Die spanische Thronfrage.

Im Februar 1869 schlug zuerst der spanische Staatsrat Salazar y Mazarredo für den spanischen Thron den Prinzen Leopold von Hohenzollern (geb. 1835) vor. Das war der Bruder des Fürsten Karl von Rumänien, der Sohn des Fürsten Karl Anton und der Prinzessin Josephine von Baden, also Enkel der Großherzogin Stephanie (Beauharnais), der Stieftochter Napoleons I., zugleich als Gemahl Antoniens von Portugal Schwager des Königs Luis, demnach ein Verwandter des Hauses Bonaparte, im übrigen ein stattlicher Herr im besten jugendlichen Mannesalter. Die nächste Antwort war eine runde Ablehnung, die auch auf eine zweite Anfrage im September 1869 damit beantwortet wurde, daß der Prinz ohne Zustimmung des Kaisers Napoleon und des Königs Wilhelm die spanische Krone niemals annehmen werde. Dieser erfuhr davon ebenso wie Graf Bismarck, behandelte aber die Angelegenheit ganz als Familiensache und machte seinem Ministerium keine amtliche Mitteilung, um den Staat nicht vorzeitig in die Angelegenheit zu verwickeln. Bei einer trotzdem im Februar 1870 erneuerten Anfrage sprach sich Bismarck bei einer Beratung im Berliner Schlosse, der die hohenzollernschen Fürsten, Roon, Moltke u. a. beiwohnten (15. März), für die Annahme der Krone aus, weil diese für Deutschland manche Vorteile habe und er einen Widerspruch Napoleons, der doch davon wußte, keineswegs fürchtete, aber der Prinz lehnte zum drittenmal ab. Erst als Prim in der bittersten Verlegenheit sich im Juni durch Salazar zum viertenmal und zwar direkt, ohne König Wilhelm zu benachrichtigen, an den Prinzen (damals in Sigmaringen) wandte und die bindende Versicherung hinzufügte, die Cortes würden ihn mit großer Mehrheit wählen, nahm Prinz Leopold am 20. Juni die Krone an, ohne König Wilhelm vorher zu benachrichtigen, dessen Zustimmung er nach dem Hohenzollernschen Hausgesetz gar nicht bedurfte, der aber nachträglich weiter nichts dagegen einzuwenden hatte, obwohl er sein Befremden nicht verhehlte. Am 4. Juli erhielten die spanischen Minister die amtliche Nachricht.

Eindruck der Kandidatur in Paris.

Aber am Abend des 2. Juli hatte Prim dem französischen Gesandten in Madrid, Mercier de Lostande, Mitteilung von der endlich gefallenen Entscheidung gemacht und war sofort zu seinem Erstaunen auf dessen entschiedenen Widerspruch gestoßen. Am 3. Juli 1870 war die Nachricht, daß der Prinz von Hohenzollern die spanische Thronkandidatur angenommen habe, nach Paris gelangt und hatte dort, sofort durch die Zeitungen verbreitet, eine hochbrandende Erregung der Geister hervorgerufen. All der Groll und Haß, der sich seit vier Jahren gegen Preußen angesammelt hatte, brach stürmisch hervor. Es hieß, Preußen wolle den Spaniern einen König aufdrängen, die Monarchie Karls V. wiederherstellen; das sei ein Angriff auf die Interessen und die Ehre Frankreichs. Nicht anders dachte Gramont. Ohne irgendwie zu überlegen oder Aufklärungen abzuwarten, erklärte er auf eine Anfrage des Abgeordneten Cochéry im

Gesetzgebenden Körper unter lärmenden Beifallsrufen, Frankreich könne es nicht dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den spanischen Thron setze, dadurch zu ihrem Vorteil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas störe und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährde.

Das war eine unverhüllte Drohung. Mit wildem Triumphgeschrei stimmten die Zeitungen ein. „Man muß die Preußen mit Kolbenstößen in den Rücken zwingen, über den Rhein zu gehen und das linke Rheinufer zu räumen", schrieb der alte Girardin in der „Liberté". „Das Kaudinische Joch ist bereit für die Preußen", drohte Cassagnac im „Pays". Nur wenige Blätter wahrten eine würdige Haltung. Ungehört verhallte die Warnung des „Siècle": „Frankreich, nimm dich in acht! Keine Unbesonnenheit! Keine Überstürzung!"

Prinz Leopolds Verzicht.

Graf Benedetti, der französische Gesandte beim Norddeutschen Bunde, der sich damals in Wiesbaden aufhielt, übrigens ein friedliebender und der deutschen Einheit keineswegs feindlicher Mann, erhielt nun von Gramont die Weisung, sich nach Ems zu begeben und von dem Könige von Preußen zu verlangen, daß er den Prinzen von Hohenzollern zum Verzicht auf die spanische Krone nötige. „Es wäre für uns sehr unangenehm", äußerte eine sehr hochgestellte Persönlichkeit in den Tuilerien, „wenn der König von Preußen nachgäbe; denn dann müßte man wieder von vorn anfangen." Zugleich jedoch, um den Schein der Friedensliebe zu wahren, teilte Gramont dem englischen Gesandten in Paris, Lord Lyons, mit, daß „ein freiwilliger Rücktritt des Prinzen eine höchst glückliche Lösung seine würde" (8. Juli). Der König, überrascht und gänzlich ohne diplomatischen Beirat, bewahrte eine feste und doch freundliche Haltung. Er erwiderte am 9. bei der ersten Audienz auf dieses Ansinnen Benedettis, daß ihm die Frage gänzlich fremd sei, und er sich darauf beschränkt habe, dem Prinzen zu erklären, daß er seinem Vorhaben kein Hindernis entgegensetze. Verbieten könne er ihm nichts. Gramont jedoch genügte das nicht; er wies Benedetti in mehreren hastigen, rasch einander folgenden Depeschen an, den König zu einer entscheidenden Antwort zu drängen, zu der Erklärung nämlich, daß er dem Prinzen den Verzicht befehle, obwohl dieser doch schon erklärt hatte, er habe diesem hier nichts befohlen und nichts zu befehlen. Der König sollte also gedemütigt werden. Allein der König beharrte auch in der zweiten Audienz, die er am 11. dem französischen Botschafter gewährte, dabei, daß der Verzicht nur von dem Prinzen ausgehen müsse; er wurde ungeduldig und bemerkte schon, Frankreich scheine den Krieg zu wollen, was Benedetti eifrig verneinte. Und dieser Verzicht erfolgte am 12. durch den Fürsten Anton im Namen seines auf einer Alpenreise abwesenden Sohnes, des Erbprinzen Leopold.

Erklärungen und Forderungen in Paris.

Der Ministerpräsident Ollivier erklärte darauf an demselben Tage in Gegenwart zahlreicher Kammermitglieder sich für befriedigt: „Wir wollten die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern nicht", sagte er, „sie besteht nicht mehr; also ist der Zwischenfall erledigt." Indessen die große Partei der Kriegslustigen war dieser Auffassung nicht. Vielmehr schlug Gramont, um den Zwischenfall doch nach seinen Absichten auszubeuten, dem norddeutschen Gesandten in Paris, Baron von Werther, am Nachmittage vor, daß der König von Preußen an den Kaiser einen Brief richten möchte mit der Erklärung, daß der König mit seiner Erlaubnis zur Thronkandidatur nicht willens gewesen sei, den Interessen und der Würde des französischen Volkes zu nahe zu treten. Der Verzicht des Prinzen sei nur Nebensache. Zugleich legte er den Entwurf zu einem solchen Abbittebriefe, den der König abschreiben und einschicken möchte, Werther vor. Und dieser, anstatt energisch das ungehörige Ansinnen zurückzuweisen, sandte ihn nach Berlin, worauf Graf Bismarck unverzüglich, unter strengem Tadel, den Gesandten von seinem Posten bis auf weiteres beurlaubte.

König Wilhelm und Benedetti in Ems.

Zugleich machte auch in der Kammer die Kriegspartei Lärm. Der Abgeordnete Clemens Duvernois richtete noch am 12. an die Regierung die Interpellation, „welche Bürgschaften sie stipuliert habe, um die Wiederkehr fortwährender Verwickelungen mit Preußen zu vermeiden". Demgemäß wies Gramont Benedetti an, jene Forderung dem

Brief König Wilhelms an die Königin Augusta aus Ems vom 13. Juli 1870.

Übertragung:

Ems, 13. 7. 70.

Die Benedettische Prétension von heute früh, ist nicht allein geblieben; Werther berichtet über seine erste Unterredung mit Gramont und Ollivier in der sie ipsissima verba gesagt haben: Die Hohenzollern-Candidatur-Beilegung sei überhaupt Nebensache, die Verheimlichung der Unterhandlungen sei eine Verletzung des Kaisers und Frankreichs also die Hauptsache; diese müsse gut gemacht werden und dies sei durch ein Schreiben meinerseits an den Kaiser N. zu erreichen, in welchem ich aussprächе, daß ich nicht die Absicht gehabt, den Kaiser und Frankreich zu beleidigen; dies Schreiben könne publique werden und in der Kammer als Vertheidigung Preußens paradiren! —

Hat man je eine solche Insolenz gesehen? Ich soll also als reuiger Sünder vor der Welt auftreten in einer Sache die ich gar nicht angeregt, geführt und geleitet habe, sondern Prim, und den läßt man ganz aus dem Spiele! Leider hat Werther nicht sofort nach solcher Zumuthung das Zimmer verlassen und seine interlocuteurs an den Minister Bismarck verwiesen. Ja sie sind soweit gegangen zu sagen, sie würden Benedetti mit der Sache beauftragen! Der wollte heute Abend abreisen; nachdem ich durch Anton [von Radziwill, Flügeladjutant des Königs] hatte sagen lassen, daß ich ihm eine zweite Unterredung in der bereits heute früh definitif abgelehnten Sache nicht erteilen könne zu der er per Telegramm nochmals angewiesen worden war, hat er sich unerwartet rasch gefügt, was berechtigt anzunehmen, daß er die neue Forderung bereits erhalten hat!!

Leider muß aus diesen unbegreiflichen procédés geschlossen werden, daß sie uns coute qui coute herausfordern wollen und daß der Kaiser malgré lui von seinen unerfahrenen Faiseurs, überflügelt ist. Somit wird die Lage in wenig Stunden wieder sehr ernst. Eben kommt ein Telegramm von Stuttgart in welchem Varnbüler sagt, die beleidigenden Zumuthungen Frankreichs von heute seien so verletzend für Württemberg, daß er den französischen Gesandten beauftragt habe, sofort nach Paris zu schreiben, daß man sich dergleichen verbitte. Worauf das gehet, wissen wir aber hier noch nicht. Übrigens haben Bray und Varnbüler den französischen Gesandten schon in den letzten Tagen gesagt, daß wenn Preußen angegriffen würde, ganz Deutschland wie ein Mann aufstehen werde. Das ist sehr brav — wenn es geschähe!

Morgen komme ich zum Diner.

Dein W.

Ems. 13. 7. 70.

Die Benedittiß-Prätension am
Heute früh, ist nicht allein geblieben;
Walther beschloß über seine erste
Unterredung mit Grammont. – Olivier
in der sie ipsissima verba gesagt haben:
die Hohenzollernkandidatur-Beilegung
sei überhaupt Nebensache, die Verheiri-
lichung der Unterhandlungen sei eine Ver-
letzung des Beisands – Frankreichs also die
Hauptsache; diese müsse gut gemacht werden,
– dies sei durch einen Schreiber meines Stils
an den Kaiser N. zu erreichen, in welchem
ich aussprüche, daß ich nicht die Absicht gehabt, den
Kaiser u. Frankreich zu beleidigen; dies Schreiben

Brief König Wilhelms an die Königin Augusta
aus Ems vom 13. Juli 1870.
(Aus Oncken, „Unser Heldenkaiser". Verlag von Schall & Grund in Berlin.)

Monarchen direkt zu stellen und zugleich zu verlangen, daß „der König sich verpflichte, auch in Zukunft niemals eine Kandidatur des Prinzen für den spanischen Thron zuzulassen". Infolgedessen erbat sich Benedetti am Morgen des 13. eine dritte Audienz. Der König, im Begriff seinen Morgenspaziergang zu machen, gewährte sie ihm „nach der Promenade". Da er indessen den Grafen auf der Promenade selbst antraf, so sprach er sogleich mit ihm. Das Ansinnen Gramonts lehnte er, obgleich Benedetti wiederholt in ihn drang, mit Entschiedenheit ab. Es war eine kurze Unterhaltung am Musikpavillon, unter den Augen von Hunderten von Badegästen, die von fern deutlich bemerkten, daß das Gespräch rasch lebhafter und ernster wurde; sie hatten sofort den Eindruck, hier müsse etwas Besonderes vorgefallen sein. Das war in der That der Fall; mehr als sie ahnten: in diesem Augenblicke entschied sich der Krieg.

Die Emser Depesche.

Inzwischen gelangte auch Gramonts Zumutung eines Abbittebriefes durch Werthers Bericht in die Hand des Königs und kurz danach ein ausführliches Schreiben des Fürsten Karl Anton mit Bericht über den Verzicht seines Sohnes. Der König, über jene Zumutung empört, ließ daher Benedetti, der, um die „Bürgschaften" zu erlangen, nochmals eine Audienz erwartete, durch seinen Flügeladjutanten, den Prinzen Anton Radziwill, nachmittags 2 Uhr sagen, „er könne sich nicht entschließen, noch einmal in diese Diskussion einzutreten; er wiederhole, daß er dem Verzicht des Prinzen seine volle und rückhaltslose Zustimmung gebe; mehr könne er nicht thun". Eine wiederholte Bitte des Botschafters um eine Audienz wies er mit Berufung auf seine Erklärung am Morgen entschieden ab. Er habe in bezug auf die Hohenzollernsche Angelegenheit „ihm nichts mehr mitzuteilen; weitere Verhandlungen müßten zwischen den beiden Regierungen stattfinden". Zugleich sandte aber der Geheime Legationsrat Abeken im Auftrage des Königs nachmittags 3 Uhr dem Grafen Bismarck, der, beunruhigt durch die französischen Vorgänge, schon am Abend des 12. Juli von Varzin in Berlin eingetroffen war, um sich nach Ems zum König zu begeben, ein langes Telegramm mit einer ausführlichen Schilderung des Herganges und mit der Erlaubnis, das Ergebnis den Gesandten und der Presse mitzuteilen. Bismarck saß eben mit Moltke und Roon bei Tisch, als um 6 Uhr die Depesche eintraf. Der Eindruck war zunächst niederschlagend. Die Zumutung, Verzeihung bei einem fremden Monarchen für etwas zu erbitten, was der König weder gethan hatte, noch nach seiner wiederholten Erklärung überhaupt thun konnte, und sich für alle Zukunft zu verpflichten, war eine unerhörte Dreistigkeit, eine Demütigung, und diese Demütigung wagte Frankreich dem Sieger von Königgrätz, dem ehrwürdigen Oberhaupte Deutschlands zu bieten. Das mußte sofort vor aller Welt zurückgewiesen werden, energisch, ein für allemal! Graf Bismarck strich also die Depesche bis auf wenige Sätze zusammen, die das rein Thatsächliche enthielten, und sandte sie dann am Abend an die norddeutschen Gesandten und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Es waren die weltberühmt gewordenen Worte: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Seine Majestät hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe." Moltke bemerkte: „Vorhin klang es wie eine Chamade, jetzt wie eine Fanfare." Er gab den allgemeinen Eindruck wieder: es war die ruhige, kraftbewußte Abweisung der unziemlichen, lärmenden französischen Forderungen und Drohungen vor aller Welt. Die dem König zugemutete Demütigung war auf Frankreich zurückgefallen, dies Frankreich, das seit vier Jahren immer und immer wieder unberechtigte Ansprüche geltend gemacht hatte und, wie Bismarck natürlich wußte, seit Jahren an einem Kriegsbündnisse gegen Deutschland spann. Jetzt war es vor die Wahl gestellt, die Zurückweisung auf sich zu nehmen

oder in einem Augenblicke loszuschlagen, wo es noch nicht fertig und das Kriegsbündnis noch nicht förmlich abgeschlossen war. Es war der geniale Schachzug des größten deutschen Patrioten.

Die Entscheidung in Paris.

Auf die Telegramme Benedettis und die Emser Depesche hin trat am 14. Juli früh 9 Uhr der Ministerrat in St. Cloud unter dem Vorsitze des kranken Kaisers zusammen und beschloß zunächst, die bereits erörterte Berufung der Reserven aufzuschieben. So wenig sahen sie in den Emser Vorgängen oder in Bismarcks Depesche an sich eine Beleidigung Frankreichs. Inzwischen aber erfuhr Gramont von Werther dessen ungnädige Beurlaubung, und als er um Mittag zu einem zweiten Ministerrate nach St. Cloud fuhr, wurde sein Wagen von tobenden Menschenmassen umdrängt, die ihm mit geballten Fäusten entgegenschrieen: „Krieg gegen Preußen, Krieg auf der Stelle!“ Jetzt erlangte Leboeuf die Einberufung der Reserven, Ollivier aber sprach noch immer für den Frieden, und schließlich setzte der Kaiser den Beschluß durch, einen europäischen Kongreß zu berufen, der jedem Prinzen einer Großmacht verbieten sollte, einen fremden Thron zu besteigen. Der Kaiser war über dies Ergebnis sehr befriedigt und sagte vergnügt zu einigen höheren Offizieren, die zum Diner befohlen waren: „Packen Sie Ihre Sachen nur wieder aus, denn Gott sei Dank, der Friede ist gesichert.“ Als aber Ollivier gegen Abend mit der Ausarbeitung dieses Vorschlags beschäftigt war, brachte ihm Gramont in höchster Aufregung eine Münchener Depesche, daß die Abfertigung Benedettis allen europäischen Höfen mitgeteilt worden sei. Das sei ein Backenstreich für Frankreich! Zum drittenmal trat, 10 Uhr abends, der Ministerrat in St. Cloud zusammen. In den Straßen von Paris zeigte sich die größte Aufregung; in der preußischen Botschaft wurden von einem tobenden Volkshaufen die Fenster eingeworfen. Ollivier sprach die Empfindung aus: „Wenn wir morgen nicht den Krieg erklären, sind wir gestürzt und ein reaktionäres Ministerium kommt ans Ruder.“ Gramont und Leboeuf drohten mit dem Rücktritt. Das gab den Ausschlag. Um Mitternacht wurde gegen einen letzten Versuch des Kaisers, auf den Kongreß zurückzukommen, der Beschluß gefaßt, die Armee sofort zu mobilisieren, und die Interpellation Duvernois' in diesem Sinne zu beantworten. Der Krieg war entschieden. Auch die Kaiserin hatte beigestimmt, nicht leichten, sondern sehr schweren Herzens, weil sie nach allem, was man ihr sagte, annehmen mußte, der Krieg sei notwendig, um das Kaisertum und damit die Nachfolge ihres geliebten Sohnes zu sichern. Daß sie zum Kriege aus klerikalen Interessen getrieben habe, ist eine tendenziöse Fabel.

Die Erklärungen in der Kammer.

Am nächsten Tage, 15. Juli, erschienen die Minister im Palais Bourbon, um der Volksvertretung Mitteilung von dem Beschlossenen zu machen; sie motivierten es unter anderem damit, daß Preußen bereits gerüstet habe, was nicht richtig war, und daß Preußen die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich durch „Abberufung“ seines Botschafters, des in Urlaub geschickten Herrn von Werther, abgebrochen habe, was wiederum nicht richtig war. „Mit leichtem Herzen“, d. h. reinem Herzen, erklärte Ollivier die Verantwortung für den Krieg aufnehmen zu können. Die Majorität gab ihre laute Zustimmung zu dem gefaßten Beschlusse zu erkennen; die Opposition dagegen, aus Angst vor einem glänzenden Triumphe des Kaisertums, vor allem der 70jährige Adolf Thiers, verlangte trotz alles Tobens unter scharfem Tadel der thörichten Politik Gramonts, mißtrauisch die Vorlegung der betreffenden Depeschen. Eine Kommission wurde zur Prüfung der Sachlage ernannt. Diese ließ sich indes so völlig durch die Mitteilung der von den Ministern ihr gemachten, höchst oberflächlichen, zum Teil sogar unrichtigen Eröffnungen von der Notwendigkeit des Krieges überzeugen, und Leboeuf erklärte so nachdrücklich, die Armee sei erzkriegsbereit (archiprête), daß nunmehr die Kammer mit 246 gegen 10 Stimmen die für die Kriegführung erforderlichen Gelder bewilligte. Der Senat that das sogar einstimmig. Ganz Paris, lärmend und jubelnd ob der endlich geschehenen Kriegserklärung, hallte von dem Rufe wider: „Nach Berlin! Nach Berlin!“ Wohl gab es viele ruhige Leute, die von dem Kriege nichts wissen wollten, aber sie blieben entweder stumm, oder sie wurden von dem tollen Lärm über-

schrieen, wie immer in Frankreich. Am Siege zweifelte kein Mensch; den 15. August, den Napoleonstag, hoffte man in Berlin zu feiern, den Frieden in Königsberg zu diktieren. Nicht der Kaiser und nicht die Kaiserin hatten den Krieg gewollt, sondern die Klerikalen und die Führer des französischen Volkes in Hochmut, Eitelkeit und Verblendung, denen der Kaiser gegen seine bessere Überzeugung nicht zu widerstehen wagte, und in der ganzen Angelegenheit hatten Leidenschaft und Unverstand eine viel größere Rolle gespielt, als Berechnung.

Rückfahrt König Wilhelms nach Berlin.

In Deutschland war die Stimmung anfangs sehr ruhig geblieben, denn niemand glaubte, daß es wegen der spanischen Thronfrage zum Kriege kommen könne. Aber in der Abweisung des französischen Gebarens war mit wenigen unrühmlichen Ausnahmen die ganze deutsche Presse einig, und als am 14. Juli die Emser Depesche durch die Welt flog, da brauste stürmischer Jubel über diese feste und entschlossene Zurückweisung der französischen Zumutungen durch das ganze Land. Diese Stimmung zeigte sich erhebend, als König Wilhelm am 15. Juli Ems verließ, um nach Berlin zurückzukehren. Zu einem Triumphzuge gestaltete sich seine Reise; massenhaft strömte das Volk weither auf den Bahnhöfen zusammen und begrüßte den greisen Monarchen überall, zumal in Kassel, Göttingen und Magdeburg, mit unbeschreiblicher Begeisterung; in ihm erschien das ganze deutsche Vaterland beleidigt. Das Gefühl bewegte die Massen, daß in ihm die Einheit Deutschlands sich verkörpere. Bis Brandenburg fuhr der Kronprinz mit Bismarck, Moltke und Roon dem Könige entgegen, um unterwegs schon mit ihm Rates zu pflegen; denn selbst die Stunden waren jetzt kostbar.

Kurz vor 9 Uhr abends langte der König auf dem Potsdamer Bahnhofe in Berlin an. Bei der Ankunft erhielt er das Telegramm mit der Meldung von den Vorgängen in Paris. „Das ist ja die Kriegserklärung", rief er erschüttert, „nun so sei es in Gottes Namen!" Der Kronprinz aber rief einer Gruppe von Offizieren, die hinter ihm standen, zu: „Krieg, mobil!" Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde zu den Massen draußen fort, tausendstimmiges Hurra antwortete, und mit brausendem begeisterten Zuruf begleitete die zahllose Menge den König, wie er die Linden hinab mit dem Kronprinzen in sein Palais fuhr. Schneckenburgers „Wacht am Rhein" erwachte nach 30 Jahren wieder: Tausende erfüllten den weiten Platz vor dem Palais, um durch Gesang und Hochrufe auf den allgeliebten König dem übervollen Herzen Luft zu machen, bis er durch einen Adjutanten für die Beratungen, die noch notwendig waren, um Ruhe bitten ließ. Noch in der Nacht ergingen die Befehle zur Mobilisierung der gesamten Armee des Norddeutschen Bundes.

Eröffnung des Reichstags und Kriegserklärung.

Mit Stimmeneinheit beschloß der Bundesrat schon am 16. Juli, die Herausforderung Frankreichs anzunehmen. Am 19. Juli sollte der sofort zusammenberufene Reichstag von dem Könige in Person eröffnet werden. Es war ein Tag der schmerzlichsten Erinnerung für den greisen Monarchen. Heute vor sechzig Jahren hatte er als dreizehnjähriger Knabe schluchzend am Bett seiner sterbenden Mutter gekniet, heute sollte der Greis als König, umwogt von der Begeisterung einer ganzen Nation, vor ihren Vertretern von dem Kriege gegen den Erben des Herrschers reden, der seiner Mutter das Herz gebrochen hatte. Der Weiße Saal war dicht gefüllt, alle Galerien besetzt, als er gegen Mittag eintrat, um in gewaltiger Thronrede die Lage darzulegen. Elfmal wurde er vom begeisterten Beifall unterbrochen; dann fuhr er allein hinaus nach Charlottenburg, um am Sarge seiner Eltern zu beten. In derselben Stunde überreichte der französische Geschäftsträger Le Sourd dem Grafen Bismarck die formelle Kriegserklärung. Graf Bismarck las sie dem Reichstage vor; der Reichstag beantwortete sie in einer debattelos einstimmig angenommenen Adresse an den König, in der er die Opferfreudigkeit der Nation, das Vertrauen zu der bewährten Kriegsleitung, den Glauben an die gerechte Sache Deutschlands in warmen Worten aussprach. „Möge der Segen des allmächtigen Gottes", schloß der Präsident Simson die bewegte Sitzung, „auf unserem Volke ruhen auch in diesem heiligen Kriege!" Zwei Tage danach bewilligte der Reichstag einstimmig die 120 Millionen Thaler (360 Millionen Mark), die Bis-

marck für den Krieg forderte. König Wilhelm aber knüpfte die begeisterungsvolle Gegenwart an die begeisterte Vergangenheit, indem er am 19. Juli, dem Todestage der Königin Luise, den Orden des Eisernen Kreuzes für jegliches Verdienst in diesem Kriege erneuerte.

Haltung Süddeutschlands.

So der Norden. Und der Süden? Auch dort fegte der Sturm nationaler Begeisterung alle Bedenken und alle Parteiunterschiede hinweg. Denn auch die Süddeutschen hatten die Empfindung, von den Anmaßungen Frankreichs mitbeleidigt zu sein, und die Ahnung durchzog die Herzen, daß „jetzt oder nie" das deutsche Vaterland zu seiner Einigung gelangen müsse. In Bayern bewilligte, nachdem König Ludwig II. schon am 16. Juli den Befehl zur Mobilmachung gegeben und seine Armee vertragsmäßig unter den preußischen Oberbefehl gestellt hatte, trotz des Widerstrebens der Ultramontanen die Abgeordnetenkammer mit großer Mehrheit den von der Regierung geforderten Kriegskredit. Am 17. Juli erließ König Karl von Württemberg den Mobilisierungsbefehl, und in dem Abgeordnetenhause zogen die „preußenfresserischen" Demokraten es vor, auf ihre Opposition gegen die Volksströmung zu verzichten, so daß mit allen gegen eine Stimme die Forderung des Kriegskredits angenommen wurde. In Hessen-Darmstadt geschah die Bewilligung sogar einstimmig. Der Großherzog Friedrich von Baden, ein wahrhaft deutsch gesinnter Fürst, ging noch einen Schritt weiter; er sandte dem französischen Gesandten sofort seine Pässe zu und ließ einen Pfeiler der Rheinbrücke zwischen Kehl und Straßburg sprengen, um damit allem Verkehr mit Frankreich ein Ende zu machen.

In dieser nationalen Erhebung Süddeutschlands lag für Napoleon schon die empfindlichste Niederlage; denn mit Sicherheit hatte er geglaubt, auf die Neutralität des Südens, vielleicht sogar auf eine Erneuerung des Rheinbundes rechnen zu können. Und jetzt verschmolz der Süden mit dem Norden zu einer unzerreißbaren Einheit. Eben das, was die französische Politik hatte hindern wollen, was sie dazu bestimmt hatte, im Jahre 1866 sich einzumischen und die Mainlinie zu schaffen, das hatte sie selbst zur Thatsache gemacht. Noch niemals hatte Deutschland eine solche Zeit erlebt.

„Vergessen ist der alte Span,
Das deutsche Volk ist eins",

so klang es von den Alpen bis zum Meere. Und um nun aller Welt zu zeigen, daß die französische Kriegserklärung nichts sei als eine Fortsetzung alter Ränke, ließ Graf Bismarck gegen Ende Juli jene „Kompensationsanträge" Frankreichs seit 1866 veröffentlichen. Der Eindruck war überall ungeheuer.

Die Haltung der fremden Mächte.

Aber auch sonst täuschten sich die Franzosen in ihren politischen Berechnungen. Nirgends wollte sich für Frankreich ein Bundesgenosse finden. Österreich erklärte nach einem großen Kronrate auf den Antrag des ungarischen Ministerpräsidenten Andrassy (18. Juli) schon am 20. Juli seine Neutralität, weil es das Übergewicht Frankreichs für ziemlich sicher hielt, es aber nicht verstärken wollte und auf Rußlands Haltung Rücksicht nehmen mußte. Nur zur Sicherung der Neutralität bewilligten die Delegationen 20 Mill. Gulden, auch wurden die Reserven einberufen, und Beust erklärte sich zur Vermittelung bereit, am liebsten im Vereine mit Italien. Gleichwohl standen die Sympathien der Slawen und Ungarn und selbst der Regierung im ganzen durchaus auf französischer Seite; noch an demselben 20. Juli schrieb Graf Beust nach Paris die schwer wiegenden Worte: „Getreu unseren Verpflichtungen betrachten wir die Sache Frankreichs als unsre eigne und werden zu den Erfolgen seiner Waffen in den Grenzen des Möglichen beitragen." Unzweifelhaft hätte er also losgeschlagen, sobald die Franzosen einen bedeutenden Erfolg errangen, und auch die Deutsch-Österreicher, die mit ganzem Herzen zu ihren Volksgenossen jenseit der Grenze standen, hätten ihn daran schwerlich hindern können. Die Regierung Italiens erklärte am 24. Juli ihre Neutralität (s. oben S. 356). Auf Rußland vollends durfte Napoleon gar nicht zählen; denn Kaiser Alexander hielt es unverhüllt mit Preußen. In den ersten Tagen des Juni hatte er mit seinem Oheim, dem König Wilhelm, in Ems eine persönliche Zusammenkunft gehabt, die besonders mit Rücksicht auf die seit langer Zeit gepflogenen

Verhandlungen zwischen Frankreich, Österreich und Italien zu voller Verständigung geführt hatte. Jetzt erntete Preußen den vollen Lohn für sein Verhalten während des polnischen Aufstandes Rußland gegenüber: Alexander II. erklärte, daß Rußland neutral bleiben würde, solange die anderen Mächte neutral blieben; sollte indessen eine derselben auf die Seite Frankreichs treten, so würde Rußland unverzüglich für Preußen das Schwert ziehen. Infolgedessen konnte Preußen die Truppen, die es in seinen östlichen Provinzen stehen hatte, frei gegen Frankreich verwenden. In Dänemark war an sich die Neigung groß, ein Bündnis mit Frankreich abzuschließen, unter der Bedingung, daß ein französisches Landungskorps von 30000 Mann die Operationen der dänischen Armee unterstütze. Allein sofort nach der Entscheidung wurde der dänischen Regierung aus Berlin vertraulich eröffnet, deutsche Truppen würden bei der ersten feindseligen Regung Jütland besetzen, und aus London wie aus St. Petersburg kamen die dringendsten Abmahnungen. So erklärte auch Dänemark seine Neutralität und überließ in Revanche für 1864 Frankreich sich selber. England dagegen und die Vereinigten Staaten von Amerika erklärten sich von vornherein für neutral, freilich so, daß sie die günstige Gelegenheit sich nicht entgehen ließen, den Franzosen Kohlen und in der zweiten Hälfte des Krieges auch Waffen und Kriegsbedarf zu liefern. Denn der Besiegte ist stets willig, höhere Preise zu bezahlen als der Sieger; daran glitten alle deutschen Reklamationen erfolglos ab.

So traten die Gegner Deutschland und Frankreich jeder ohne Bundesgenossen in den Kampf. Vor allem durch die feste Haltung Rußlands blieb Europa vor der Gefahr bewahrt, in einen Weltkrieg gestürzt zu werden.

Der Krieg gegen das Napoleonische Kaiserreich.

Die Mobilisierung des deutschen Heeres.

In elf Tagen war dank der Trefflichkeit der neuen Heereseinrichtungen, die Mobilmachung der deutschen Armeen beendigt, acht Tage später standen sie, in endlosen Eisenbahnzügen heranrollend, schon auf dem linken Rheinufer.

Die Stärke der deutschen Heere war folgende. Der Norddeutsche Bund bot eine Feldarmee auf von 385 600 Mann Infanterie und 48 000 Mann Kavallerie mit 1284 Geschützen, das hessische Kontingent (25. Division) einbegriffen, Bayern 50000 Mann Infanterie und 5500 Mann Kavallerie mit 192 Geschützen, Württemberg 15000 Mann Infanterie und 1500 Mann Kavallerie mit 54 Geschützen, Baden 11700 Mann Infanterie und 1800 Mann Kavallerie mit 54 Geschützen. Zu dieser Feldarmee von 462 300 Mann Infanterie und 56 800 Mann Kavallerie mit 1584 Geschützen kamen an Ersatztruppen und Besatzungsmannschaften 297 500 Mann Infanterie, 25890 Mann Kavallerie und 40 500 Mann Festungsartillerie mit 462 bespannten Geschützen, so daß die Gesamtstärke, dem Mobilisierungsplane entsprechend, 882 990 Mann mit 2046 Geschützen betrug. Aber sämtliche Staaten leisteten erheblich mehr, als ihnen vertragsmäßig oblag. Im August betrug die Armee des Norddeutschen Bundes 982 064 Mann und 209 403 Pferde, Bayern hatte 128 964 Mann und 24 056 Pferde aufgestellt, Württemberg 37 180 Mann und 8876 Pferde, Baden 35 181 Mann und 8038 Pferde. Mit einer Gesamtrüstung von 1 183 389 Mann und 250 373 Pferden stand Deutschland auf dem Plane.

Der deutsche Aufmarsch.

Am 2. August schon hatte die deutsche Feldarmee ihre Aufstellung jenseit des Rheines genommen. Moltkes Plan war, daß sie, ähnlich wie 1866, dreifach geteilt in gemeinsamer Operation gegen den Feind vorrücken sollte. Wie ein Riese sich erhebt, ohne viel Geräusch, aber Kraft und Siegessicherheit in jeder Bewegung, so hatte sich die Mobilmachung und der Aufmarsch dieser gewaltigen Massen vollzogen, derengleichen Deutschland noch niemals gesehen hatte. Und das alles stand zum erstenmal in der Geschichte, unter einem einheitlichen Oberbefehl.

Die Erste Armee bildete den rechten Flügel des gewaltigen Aufmarsches. Sie bestand, 61 000 Mann stark, aus dem VII. (Westfalen unter Zastrow) und VIII. (Rheinländer unter Göben) Armeekorps. Der „Löwe von Nachod", der greise Steinmetz, führte sie von Koblenz aus gegen die Saar hin. Die Zweite Armee unter dem

Helden von Düppel, dem Prinzen Friedrich Karl, rückte von Mainz her durch die östliche bayrische Pfalz vor. Sie umfaßte das Gardekorps (unter dem Prinzen August von Württemberg), das III. (Brandenburger unter Alvensleben II), das IV. (Provinz Sachsen unter Alvensleben I), das IX. (Schleswig-Holsteiner und Hessen-Darmstädter unter Manstein), das X. (Hannoveraner, Oldenburger, Braunschweiger unter Voigts-Rheetz) und das XII. (Sachsen unter ihrem Kronprinzen Albert) Armeekorps. Ihre Stärke betrug 206 000 Mann mit 534 Geschützen. Östlich von ihr um Speier bildete die Dritte Armee, 180 000 Mann mit 480 Geschützen stark, den linken Flügel des deutschen Heeres. Sie war zusammengesetzt aus dem V. (Posener unter Kirchbach) und XI. (Hessen-Nassauer und Thüringer unter Bose) Armeekorps, aus den beiden bayrischen Korps (unter von der Tann und Hartmann), sowie aus der württembergischen (unter Obernitz) und der badischen Division (unter Beyer). Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen war zum Führer der dritten Armee bestellt; man hätte keine geeignetere Persönlichkeit für die schwierige Aufgabe finden können.

Geboren am 18. Oktober 1831 im Neuen Palais bei Potsdam, war er ebenso sehr unter den Augen seines Vaters nach preußischer Überlieferung zum Soldaten erzogen worden, wie durch den Unterricht bedeutender Lehrer wie Ernst Curtius und den längeren Besuch der Universität Bonn seine Geistesgaben allseitig entwickelt waren. Mehrere Jahre hindurch war Moltke sein Adjutant. Im Jahre 1858 mit Victoria, der Prinzeß Royal von England vermählt, hatte er den Feldzug gegen Dänemark mitgemacht, ohne ein Kommando zu bekleiden; 1866 führte er mit glänzendem Erfolge die Zweite Armee gegen Österreich.

Die innere Harmonie seines Wesens, die er in sich ausgebildet, das innige Familienleben, das er führte, gaben der Erscheinung des Kronprinzen etwas Sonnenhaftes. Die stattliche, männlich schöne, ritterliche Gestalt mit dem blonden Vollbart, die Züge voll Geist und Leben imponierten. Ergreifend und schlagfertig wie wenige wußte er zu sprechen. Aber der Kronprinz liebte es mehr, in einer heiteren Leutseligkeit sich zu geben, obwohl er einen hohen Begriff von seiner fürstlichen Würde hatte und etwaige Verstöße dagegen mit einer gewissen Schärfe rügte; nur absichtslos blitzte die Tiefe seiner Kenntnisse hindurch, die Wärme seines Gemüts, das sicher eindringende Urteil. So flogen ihm die Herzen entgegen, und wer ihm näher trat, fühlte erst recht sich gefesselt.

Es gibt keine Stellung, die schwieriger wäre, als die eines Kronprinzen. Mit peinlicher Rücksicht wußte er ihr gerecht zu werden, immer zurückhaltend und diskret. Obwohl er weder mit der Politik seines Vaters in der Konfliktszeit noch mit den Bestrebungen auf die Erwerbung Schleswig-Holsteins übereinstimmte und dies wohl auch offen äußerte, verstand er sich doch niemals dazu, an die Spitze einer Opposition zu treten. Warme Freundschaft und Gesinnungsgemeinschaft verband ihn mit seinem Schwager, dem Großherzog Friedrich von Baden; aber die innigste Vertraute seiner Gedanken war die Kronprinzessin, eine geistig bedeutende und energische Frau, die Erwählte seines Herzens. Die ungekünstelte Art, in der er mit einem jeden verkehrte, trug ihm ein feines Gefühl für den Pulsschlag des Volkes ein. Und wiederum welche schneidige Energie wußte er im rechten Moment zu entwickeln! Das gab Vertrauen und bildete die feste Grundlage für die unglaubliche Popularität, deren „unser Fritz“ bei dem ganzen Preußenvolk, die Soldaten voran, genoß.

So war der Kronprinz gerade für das Kommando der Dritten Armee der rechte Mann. Denn zunächst galt es, die Süddeutschen, die ungetrennt dieser Armee zugeteilt waren, bei aller Begeisterung, die sie für die deutsche Sache zeigten, mit den norddeutschen Truppen in eins zu verschmelzen. Der Kronprinz bedurfte dazu nur weniger Tage, und die Süddeutschen trugen „unserem Fritz“ dasselbe Vertrauen entgegen wie die Preußen selber. „Wenn Sie uns Anno 66 kommandiert hätten“, rief ihm beim Einmarsche in Frankreich ein biederer bayrischer Soldat zu, der die Kriegsdenkmünze von 1866 trug, „so hätten wir die Lausepreußen schon verhauen wollen!“

Die größte Schwierigkeit für die Führung der Dritten Armee lag darin, daß ihr oblag, zugleich die linke Flanke der Zweiten Armee und Süddeutschland gegen Unternehmungen des Feindes aus dem Elsaß zu decken. Sie war daher von vornherein auf ein angriffsweises Vorgehen in einer von den Bewegungen der beiden andern Armeen anfangs abweichenden Richtung angewiesen. Aber wie sehr er auch dieser Aufgabe gewachsen sei, bewies der Kronprinz, dem Blumenthal als Generalstabschef zur Seite stand, sobald er nur die feindliche Grenze überschritten hatte.

Der Küstenschutz.

Unterdessen begannen dank der festen Haltung Rußlands auch die Armeekorps der östlichen Provinzen, das I. (Ost- und Westpreußen unter Manteuffel), das II. (Pommern unter Fransecky) und das VI. (Schlesier unter Tümpling), nach dem Kriegsschauplatze abzurücken. Der Schutz der Ost- und Nordküste, deren Leuchtfeuer gelöscht, deren

127. Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen.

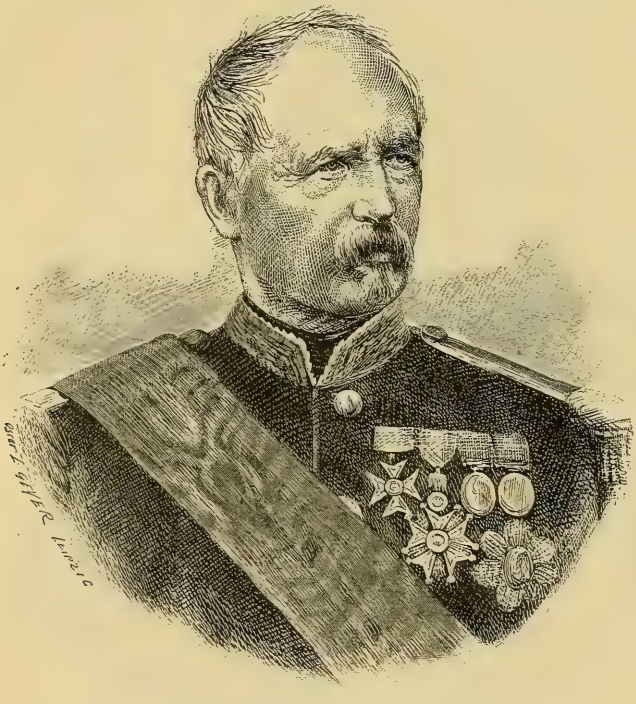
Seezeichen überall aufgenommen, deren Häfen thunlichst gesperrt waren, war zunächst dem Generalgouverneur Vogel von Falckenstein übertragen; an Streitkräften standen hier, außer der leider zu schwachen Flotte, die 17. Division (Mecklenburger) und Landwehrtruppen unter dem Befehle des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg; erst im September konnte auch sie nach Frankreich gezogen werden.

König Wilhelm in Mainz.

Den Oberbefehl über die gesamte deutsche Armee übernahm König Wilhelm von Preußen. Am 31. Juli verließ er Berlin und langte am nächsten Morgen in Düsseldorf an. „Ist Moltke wieder eingestiegen?" fragte er. „Nun, dann können wir weiterfahren." Auch Bismarck und Roon befanden sich in der Begleitung des Königs. Am 2. August langte das Große Hauptquartier in Mainz an.

Der französische Aufmarsch.

Auch der Kaiser Napoleon hatte den Oberbefehl über seine Armee selbst übernommen. Am 28. Juli traf er mit seinem 14jährigen Sohne Louis in Metz ein.



128. Marschall Mac Mahon, Herzog von Magenta.
Nach einer Photographie.

Die Regentschaft war inzwischen der Kaiserin Eugenie übertragen worden. Allein „erzbereit", wie Leboeuf versichert hatte, war die französische Armee mit nichten. Obgleich es Frankreich in seiner Hand gehabt hatte, wenn es denn einmal schlagen wollte, den Beginn des Kampfes zu bestimmen, waren doch die Armeekorps ohne vollständige Feldausrüstung tumultarisch an die Ostgrenze befördert worden. Da jedes Regiment seine Reservisten aus allen Teilen des weiten Reiches einziehen mußte, so ging die Mobilisierung viel langsamer als in Deutschland, viele Regimenter waren noch an der Grenze unvollzählig, Proviant, Monturen, Munition lagen auf den Bahnhöfen angehäuft, aber die Eisenbahnen waren außer stande, die Kriegsvorräte den Truppen zuzuführen. Die Stärke der französischen Feldarmee betrug nur etwa 300000 Mann. Davon hatte das 2. (Frossard), das 3. (Bazaine) und das 4. (Ladmirault) Korps an der Mosel um Metz Stellung genommen, das 1. (Mac Mahon) und 7. (Felix Douay) im Elsaß; die Verbindung beider Gruppen bewirkte das 5 Korps (Failly) bei Bitsch. Weiter zurück stand das 6. Korps (Canrobert) im Lager von Chalons und die Garde unter Bourbaki bei Nancy.

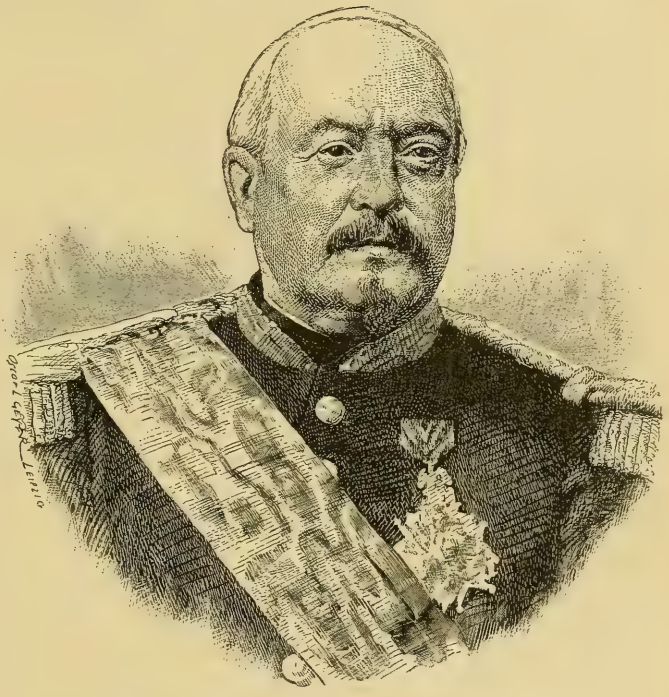
Grenzgefechte.

Plänkeleien mit dem Feinde hatten schon mit der Kriegserklärung längs der ganzen Grenze begonnen. In verwegenem Erkundigungsritt kam der württembergische Generalstabsoffizier Graf Zeppelin quer durch das Elsaß bis an den Fuß der Vogesen; am lebhaftesten aber ging es bei Saarbrücken zu, das Oberstleutnant Pestel mit einigen Kompanien Infanterie und drei Schwadronen Ulanen verteidigte. Als am 2. August das ganze Korps Frossard gegen ihn anrückte, behauptete er sich drei Stunden lang gegen die dreißigfache Übermacht, bevor er die Stadt aufgab und sich hinter die Saar zurückzog. Indes am Abend kehrten die Franzosen wieder auf die Höhen von Spichern vor

der Stadt zurück. Von einer nahen Anhöhe aus hatte der Kaiser mit seinem Sohne dem Gefechte beigewohnt, das als ein großer Sieg der französischen Waffen den Franzosen angekündigt und in Metz und Paris mit Illumination und lautem Jubel gefeiert wurde.

Weißenburg und Wörth.

Der Gedanke Napoleons war gewesen, den Rhein bei Maxau nördlich von Rastatt zu überschreiten und sich mit 250000 Mann wie ein eiserner Schlagbaum zwischen Nord- und Süddeutschland zu legen; er ordnete daher an, daß die „Rheinarmee" vor Metz sich weiter südwärts nach dem Elsaß hin ziehen solle. Aber da brach auch schon der Kronprinz vor und zertrümmerte mit mächtigen Schlägen den ganzen Plan. Am frühen Morgen des 4. August bei nebligem Wetter überschritt die Dritte Armee von Landau und Germersheim die feindliche Grenze. Sie stieß dabei auf die Avantgarde des 1. Korps, die Division des Generals Abel Douay. Um die Stadt Weißenburg und den dahinter liegenden steilen Gaisberg entspann sich ein erbitterter Kampf. Preußen und Bayern im Verein, mit der gleichen ungestümen Tapferkeit andringend, erobern die Stadt, preußische Bataillone erstürmen den Gaisberg; der feindliche Führer fällt, und die Trümmer der geschlagenen Division flüchten eilends südwärts. Auf den Höhen zwischen Wörth und Reichshofen hinter dem Sauerbache vereinigte jetzt Mac Mahon seine Streitkräfte in fester Stellung, bemüht, von allen Seiten Verstärkungen an sich heranzuziehen. Aber die Deutschen ließen ihm keine Zeit dazu. Schon am Morgen des 6. August warf sich Kirchbach bei Wörth nur mit dem V. Armeekorps auf den weit überlegenen Gegner und hielt ihn in stundenlangem heißen Ringen allein fest. Nun langen die Bayern an, und fast gleichzeitig fassen die Bataillone des XI. Korps bei Gunstett den Feind in der linken Flanke. Das tief eingeschnittene Thal der Sauer wird überschritten; die dahinter gelegenen Eichen werden mit gleicher Tapferkeit angegriffen wie verteidigt. Auch als die Kolonnen des V. und XI. Korps, jetzt auch von den Württembergern unterstützt, gegen die Höhen von Fröschweiler und Elsaßhausen vorgehen, da wehren sich die Franzosen noch aufs tapferste, aber die heldenmütigen Angriffe ihrer Kürassierregimenter zerschellen unter dem deutschen Schnellfeuer, sie werden von allen Seiten umfaßt, noch vor 4 Uhr sind beide Dörfer brennend und zerschossen in den Händen der Angreifer, und die Franzosen entgehen nur durch regellose Flucht der vollständigen Vernichtung. In Eilmärschen, ein Teil nach Straßburg, die meisten über die Pässe des Wasgau, flutet alles zurück. Auch Failly, der bei Niederbronn Mac Mahon vergebens hatte Beistand leisten wollen, wird in die Flucht mitgerissen. Das Heer Mac Mahons war so gut wie aufgelöst, das Elsaß bis auf die Festungen für die Franzosen verloren.



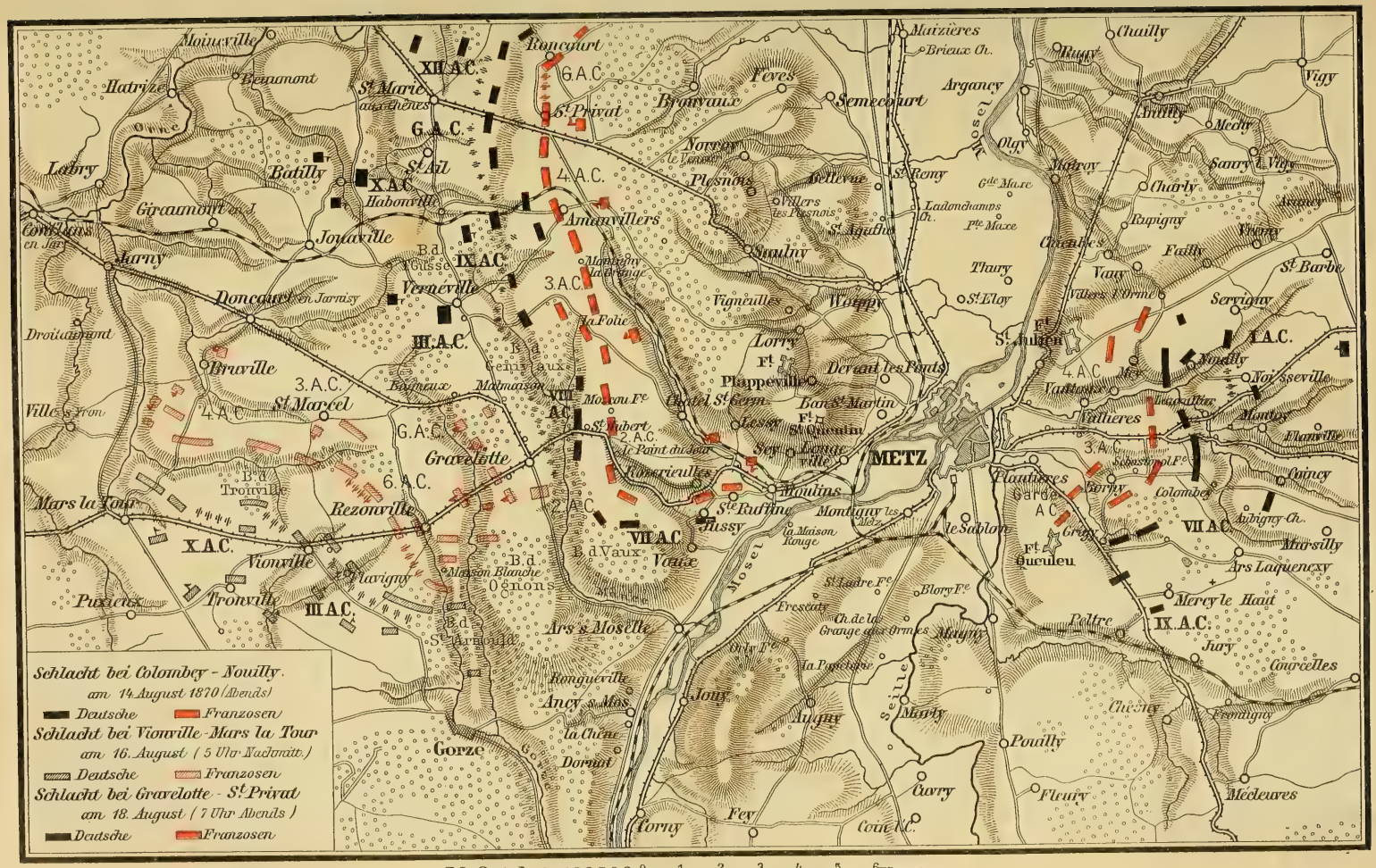
129. Marschall Bazaine.
Nach einer Photographie.

Spichern. An demselben 6. August ging auch die Avantgarde der I. Armee (14. Division unter Kameke) über die Saar und gegen die Höhen von Spichern vor, die sie nur noch von dem Nachtrabe Frossards besetzt wähnte. Sie fand aber auf den steilen Höhen dessen ganzes Korps in so fest verschanzter Stellung vor, daß Frossard die Unterstützung, die ihm Bazaine anbot, unbesorgt glaubte ablehnen zu können. Indessen andre Truppen kamen Kameke, nachdem er vier Stunden lang der dreifachen Übermacht getrotzt hatte, zu Hilfe. Die eben mit der Eisenbahn anlangenden Pommern stürmten aus den Waggons sofort in den Kampf. Es gelang nach wiederholten Versuchen endlich Reiterei und Geschütz auf die unzugänglichen Höhen hinaufzuschaffen; unter furchtbaren Verlusten wurde der linke Flügel des Feindes zurückgedrängt, so daß Frossard den Rückzug über die Grenze antreten mußte. Noch in der Nacht überschritten die deutschen Truppen die französische Grenze, am 11. August auch der König mit dem großen Hauptquartier.

Die Franzosen bei Metz. Infolge der doppelten Niederlage des 6. August nahm Napoleon seine Streitmacht bis hinter die Nied zurück, während zugleich Canrobert von Chalons bis Metz vorrückte. Den Oberbefehl über die somit auf fünf Korps (138000 Mann) verstärkte „Rheinarmee" übertrug der Kaiser am 12. August Bazaine. Mit jubelnder Freude begrüßte Deutschland am 7. August, einem Sonntage, die doppelte Siegesbotschaft, die auch die kühnsten Erwartungen übertraf. Unter diesem Eindrucke schrieb H. von Treitschke seine herrliche Flugschrift „Was fordern wir von Frankreich?" in der er bereits als Ziel des Krieges die Erwerbung des Elsaßes und Deutsch-Lothringens mit Metz bezeichnete. Mit fassungsloser Bestürzung aber empfing Paris die Schreckenskunde. Das Ministerium Ollivier brach sofort unter dem leidenschaftlichen Zorn der Kammer zusammen, derselben Kammer, die doch selbst die Regierung in den Krieg getrieben hatte; den Vorsitz eines neuen übernahm Graf Coufin-Montauban-Palikao (9. August). Der Belagerungszustand wurde über Paris verhängt, das ganze Rekrutenkontingent für 1870 (140000 Mann) sofort unter die Fahnen gerufen, die Bildung zweier neuer Armeekorps, des 12. in Chalons (Trochu) und des 13. in Paris (Vinoy) angeordnet. Zugleich aber wies diese schwache Regierung, der Volkswut nachgebend, die an irgend einem Gegenstande sich auslassen mußte, alle deutschen Unterthanen (allein in Paris über 30000) aus Frankreich aus und ließ sie unter Mißhandlungen, Entbehrungen und Beschimpfungen aller Art über die Grenze bringen.

Deutscher Vormarsch gegen Metz. Es war der Plan des neuen Oberbefehlshabers der Franzosen, die gesamten Streitkräfte über Chalons bis nach Paris zurückzuführen und erst unter den Mauern der Hauptstadt sich in eine Entscheidungsschlacht einzulassen. Für die Deutschen war es daher von der höchsten Wichtigkeit, vor der Vereinigung aller französischen Streitkräfte die Entscheidung herbeizuführen, also den Abzug der Franzosen aus Metz auf jeden Fall zu verhindern. Sie setzten sich daher unverzüglich in Vormarsch gegen die Mosel, der Kronprinz, die Wasgaupässe überschreitend, auf Nancy zu, wohin Mac Mahon seine Heerestrümmer zurückgeführt hatte, die Zweite Armee mit dem Hauptquartiere des Königs gegen Pont à Mousson, um südlich von Metz die Mosel zu überschreiten und den Franzosen die westlichen Rückzugsstraßen abzuschneiden. Die Erste Armee dagegen richtete sich gegen die Ostseite der Moselfestung. Die Bewegungen beider verschleierte die weitvorauseilende deutsche Reiterei. Die Erste Armee hatte den kürzesten Weg und stieß daher schon am Nachmittage des 14. August bei Colombey und Courcelles auf die Nachhut Bazaines, die eben, um abzurücken, ihre Zelte abbrach. Sofort ging Steinmetz zum Angriffe vor und nötigte dadurch Bazaine, um seinem angegriffenen 3. Korps Hilfe zu leisten, auch das schon abmarschierende 4. Korps wieder kehrt machen zu lassen. Nach blutigem Kampfe bis gegen Abend drangen die Deutschen bis unter die Wälle der Außenforts von Metz.

Schlacht bei Mars la Tour. Bazaine hatte kostbare Zeit verloren; der 15. August verging über der Wiederordnung der Truppen. Am 16. August hatte er an der Westseite von Metz seine Truppen gesammelt, nur noch das 3. und 4. Korps erwartend, um dann gemeinschaftlich mit diesen den Marsch nach der Maas westwärts anzutreten. An demselben Tage reiste Napoleon III. nach Chalons zurück. Aber da die Vortruppen des Prinzen



130. Karte zu den Schlachten um Metz am 14., 16. und 18. August 1870.

Friedrich Karl, der bereits Pont-à-Mousson erreicht hatte, in der Voraussetzung, daß der Feind im Abzuge nach Westen sei, bemerkten, daß die französischen Kolonnen sich noch immer nicht weit von Metz entfernt hatten, so gab der Prinz dem III. Korps (Brandenburger) und dem X. Korps (Hannoveraner) am 15. August nachmittags den Befehl, die Mosel zu überschreiten; die übrigen sollten mit möglichster Beschleunigung folgen und die Straße Metz-Verdun zu erreichen suchen, um sich den abziehenden Franzosen quer vorzulegen. Eine Schlacht erwartete er nicht. Und doch kam es am 16. August, einem glühend heißen Tage, zur blutigsten Schlacht des ganzen Krieges, die das Schicksal Bazaines und damit des ganzen Feldzuges entschied.

Zuerst warf sich Alvensleben II. mit dem III. Armeekorps, den Brandenburgern, auf den hier fast dreifach überlegenen Feind, erstürmte die Dörfer Mars la Tour und Vionville an der südlichen Straße nach Verdun und behauptete sie drei Stunden lang mit unerschütterlicher Tapferkeit gegen die feindliche Übermacht. Gegen Mittag kamen ihm einige Bataillone des X. Korps zu Hilfe, aber zugleich zog Bazaine auch das 3. und 4. Korps heran: 150000 Franzosen standen gegen 38000 Deutsche. Ein Angriff der 6. Kavalleriedivision auf dem rechten Flügel bei Flavigny gegen 1 Uhr sollte den furchtbar Bedrängten Luft schaffen, prallte aber an dem Schnellfeuer der Chassepots ab; als die Franzosen gegen den linken Flügel bei Mars la Tour mit Übermacht unter einem Höllenfeuer zum Angriff übergingen, stürzten sich ihnen das altmärkische Ulanenregiment Nr. 16 und das magdeburgische Kürassierregiment Nr. 7 (Oberstleutnant von Schmettow), nicht mehr als sechs Schwadronen, in opfermutigem Todesritte entgegen, durchritten Infanterielinien und Batterien, verloren über die Hälfte ihrer Leute, brachen aber die Wucht des feindlichen Angriffs. Um $^1/_2$4 Uhr traf Prinz Friedrich Karl auf dem Schlachtfelde ein, er war die 22 km von Pont-à-Mousson her in ununterbrochenem Jagen geritten, und fast gleichzeitig erschien die 20., dann ein Teil der 19. Division vom X. Korps auf dem linken Flügel. Der Angriff der Infanterie auf die Franzosen wurde blutig abgewiesen, doch neue Reiterangriffe, darunter die der beiden Gardedragonerregimenter, deckten ihren Rückzug, hielten die Franzosen auf, und gegen 5 Uhr erreichten auf dem rechten Flügel die ersten Bataillone des VIII. und IX. Korps das Schlachtfeld. Da ließ Bazaine auch die Garden gegen diese vorgehen, aber in mörderischem Kampfe hielten ihnen die Rheinländer und Hessen stand, und gegen 7 Uhr gingen auch die Brandenburger und Hannoveraner zum letzten Stoße vor. Die Franzosen wichen, aber erst gegen 10 Uhr abends erlosch das Feuer vollständig.

Mit dem vierten Teile ihres Bestandes, 17000 Mann an Toten und Verwundeten, hatten die Deutschen, zuletzt 69000 Mann, einen hohen Preis errungen: der Abmarsch der Franzosen war gehemmt und die südliche Straße nach Verdun für sie verloren.

Schlacht bei Gravelotte und St. Privat.

Gänzlich erschöpft, mit einem Verluste von etwa 16000 Mann, gingen die Franzosen am Morgen des 17. August näher an Metz zurück. Sie mußten ihre Verwundeten unterbringen, ihre Munition ergänzen, ihre Verbände wieder ordnen. Von der Wiederaufnahme des Marsches war vor mehreren Tagen gar keine Rede, vielmehr mußten sie neue deutsche Angriffe besorgen. Daher nahmen sie vor den Forts St. Quentin und Plappeville auf dem steil ansteigenden Plateau von Amanvillers, Front gen Westen, eine starke Defensivstellung ein, die hinter dem tiefeingeschnittenen Thale der Mance südlich von der Straße Metz-Gravelotte-Vionville-Verdun begann und sich auf der zum Teil mit Gehölzen bedeckten Hochebene über Amanvillers, St. Privat la Montagne und St. Marie-aux-Chênes bis Roncourt ausdehnte, in einer Länge von drei Stunden. Etagenförmig waren am Abhange Schützengräben angelegt, die Dörfer verschanzt, auf der Höhe die Batterien aufgefahren. Den linken Flügel schützte überdies die Schlucht der Mance. Gleichzeitig aber waren alle Armeekorps der Ersten und Zweiten Armee der Deutschen auf das linke Moselufer übergegangen. Nur das I. Korps blieb zurück, um Metz im Osten zu beobachten. Sie standen am Morgen des 18. August auf der Linie Gravelotte-Jarny (unweit der Orne) das VII., VIII., IX., die Garde und das XII. Korps (Sachsen) in der ersten Linie, das III. und X. Korps dahinter in Reserve. Wie weit sich die Stellung der Franzosen, die man nur unvollständig übersah, nordwärts ausdehnte, wußte man noch nicht; doch ging der Plan Moltkes sofort darauf, den linken feindlichen Flügel festzuhalten, den rechten zu umgehen und auf Metz zurückzuwerfen.

Über der großen Rechtsschwenkung der Armee nach Osten hin verging der Vormittag des 18. August; erst am Mittag begann der Angriff auf die französische Stellung, zuerst des IX. (Manstein) und VIII. (Göben) Armeekorps im Zentrum. Sie eroberten die vor der Front liegenden Ortschaften, besetzten Gravelotte, von wo die einzige fahrbare Straße durch das

181. Vor St. Privat am 18. August 1870. Zeichnung von Rich. Knötel.

Mancethal nach dem Meierhofe St. Hubert führt, vermochten aber nicht bis in die Hauptstellung des Feindes einzudringen; ebenso wollte es weiter südwärts dem VII. Korps (Zastrow) nicht gelingen, jenseit der Schlucht der Mance dauernd festen Fuß zu fassen. Unterdessen, gegen 2 Uhr, war aber das Gardekorps mit den Sachsen vor die Front des rechten französischen Flügels gelangt; nach heftigem Geschützkampfe erstürmten Bataillone beider Korps gegen 4 Uhr das Dorf Marie-aux-Chênes vor St. Privat. Aber diese Hauptstellung des rechten französischen Flügels über das ganz offene, stark ansteigende Gelände in der Front anzugreifen, war unmöglich. Daher beschloß Kronprinz Albert von Sachsen, nachdem er die unvermutete Ausdehnung der feindlichen Stellung übersehen hatte, diese durch eine große, weit ausholende Umgehung von Norden, von Roncourt her, zu fassen. Ehe diese noch wirksam werden konnte, ließ Prinz August von Württemberg gegen 5 Uhr die Garden geradeswegs auf das hochgelegene St. Privat vorgehen. Doch unter einem entsetzlichen Bleihagel brachen die tapferen Leute rottenweise zusammen, der Angriff stockte, die Signale riefen zurück. Unter dem Brüllen der Geschütze und dem Knattern des Gewehrfeuers kam die Schlacht auf der ganzen langen Linie gegen 6 Uhr zum Stehen. Da endlich, gegen $^1/_2$7 Uhr, als im Westen schon die Sonne über der sonst so heiteren Sommerlandschaft sank, rollten die Salven von Roncourt her, die Sachsen waren heran, sie stürmten das Dorf im ersten Stoße, dann gingen sie mit den Garden zusammen abermals gegen das brennende, in Flammen und Rauch gehüllte St. Privat vor. Mit Einbruch der Dunkelheit erstürmten die Garden und Sachsen das Dorf und warfen den rechten Flügel Bazaines auf Metz zurück. Auch Amanvillers wurde jetzt geräumt. Da langten nach 16stündigem Marsche auch Franseckys Pommern vor der Schlucht der Mance an; unter den Augen des Königs drangen sie hindurch und setzten sich jenseits fest. Auch die übrigen Korps rückten vor; der vielumstrittene Meierhof St. Hubert wurde genommen, allenthalben waren die Deutschen im Siege. Die geschlagene französische Armee zog sich unter die Kanonen von Metz zurück.

Bei Gravelotte, im trüben Scheine eines Wachtfeuers, auf einer aufgelegten Leiter sitzend, empfing der greise König, in dessen Gefolge zuletzt die Granaten eingeschlagen hatten, wie einst bei Königgrätz, von Moltke die Siegesnachricht; hier diktierte er dem Grafen Bismarck die Depesche, die am nächsten Tage durch alle Welt flog. Schwer waren die Verluste, über 15000 Mann, und in den nächsten Jahren nach dem Kriege bedeckte sich die Hochebene mit den Denkmälern für die Gefallenen, aber das Ergebnis war der furchtbaren Opfer wert. Bazaines „Rheinarmee" war vom Lande abgeschnitten, auf Metz und seine beschränkten Hilfsquellen angewiesen.

Einschließung von Metz; die Maasarmee.

Mit 160000 Mann wurde Prinz Friedrich Karl zurückgelassen, um die Festung und die, alles zusammengerechnet, immer noch fast 200000 Mann starke Armee Bazaines einzuschließen und von der weiteren Teilnahme an dem Kampfe fernzuhalten. Aus den übrigen verfügbaren Truppen, der Garde, dem IV. und XII. Armeekorps und der 5. und 6. Kavalleriedivision, wurde am 19. August die Vierte oder die Maasarmee unter dem Befehle des am 18. August glänzend bewährten Kronprinzen Albert von Sachsen gebildet, die sich alsbald in breiter Front westwärts in Marsch setzte.

Marsch Mac Mahons nach der Maas.

Denn während die „Rheinarmee" bei Metz den wuchtigen Schlägen der Deutschen erlag, hatte Mac Mahon im Lager von Chalons, in das sich auch der Kaiser Napoleon am 16. August begeben hatte, eine Armee von 130000 Mann zusammengebracht. Gegen diese im Verein mit der Armee des Kronprinzen zu operieren, war die Maasarmee bestimmt. Schon reichten sich beide Armeen zum Angriffe auf Chalons die Hand, die Maasarmee stand um Clermont in den Argonnen, die Dritte Armee südlich davon bei Bar le Duc und Ligny, als am 25. August von der Reiterei die überraschende Meldung einging, daß das Lager von Chalons leer und Mac Mahon ostwärts auf Montmédy abmarschiert sei. Das neue Ministerium verzichtete auf den Schutz der Hauptstadt, indem es Mac Mahon den Befehl gab, längs der belgischen Grenze gegen Metz vorzugehen, um den dort eingeschlossenen Bazaine zu entsetzen. Denn es befürchtete bei einer weiteren Fortsetzung des Rückzuges auf Paris die Revolution in der Hauptstadt. Ein höchst gewagter Plan, der nur durch Schnelligkeit und Verborgenheit gelingen konnte; aber nicht weniger kühn war der Entschluß der beiden Kronprinzen, Mac Mahon zwischen sich zu bringen, bevor er Metz erreichen könne. Die Dritte Armee schwenkte daher rechts nordwärts ein und ging in Eilmärschen, bei schlechtem Wetter und auf schlechten Wegen, durch das dünnbevölkerte Gebirgsland der Argonnen vor; die Maasarmee rückte ihr zur Rechten in derselben Richtung vor. Sie hatte den kürzeren Weg, daher traf ihre Reiterei, weit vorauseilend, schon am 27. August bei

Für Kunst aber Vorschrift !!!

Norddeutsche Geb. ..... Thlr. ..... Sgr.
Vereins- " ..... " ..... "
Ausländische " ..... " ..... "
..... " ..... " ..... "
Summa ..... Thlr. ..... Sgr.
Angenommen durch .....

Telegraphie
des
Norddeutschen Bundes.

Reims Befördert
den 9/9 1870 Uhr ..... M.
an ..... in Ltg.
durch .....

Berlin ~~von Berlin.~~ Sedan aber Varennes № 1. W. 1/9 1870 Uhr ..... Min.

Der Königin Augusta in Berlin.
Auf dem Schlachtfelde vor Sedan 1. 9. 70 7½ Uhr.
Die französische Armée ist in Sedan eingeschlossen
u. der Kaiser Napoleon hat mir seine Dienst
angeboten. Ich habe ihn angenommen u. verlange
die Capitulation der Armée als Kriegsgefangener
Gold hat uns sichtlich gesegnet!

[illegible]

Lit. B. № 14. Berlin.

MC 27/12 95

Siegesdepesche König Wilhelms an die Königin Augusta
vom Schlachtfeld bei Sedan am 1. September 1870.
(Aus Oncken, „Unser Heldenkaiser". Verlag von Schall & Grund in Berlin.

Buzancy, halbwegs zwischen der Aisne und Maas, auf den Feind, warf ein Chasseurregiment und nahm ihm Gefangene ab. Die Franzosen hatten bereits die Aisne überschritten und waren im Marsche gegen die Maas, die sie bei Dun und Stenay überschreiten wollten, als Mac Mahon inne wurde, daß der Feind in seiner rechten Flanke und wahrscheinlich auch vor ihm stehe (in der That waren jene Maasübergänge schon von der Maasarmee besetzt); er beschloß daher, den Marsch nach Metz aufzugeben und nordwestwärts auf Mezières zurückzugehen, das einzige, was ihn noch retten konnte. Allein das Ministerium telegraphierte ihm am 28. August: „Wenn Sie Bazaine verlassen, so ist die Revolution in Paris." Das trieb ihn wieder vorwärts nach Metz und damit ins Verderben. Denn schon am 29. August stieß sein 5. Korps (Failly) bei Nouart mit einer Brigade des XII. Korps zusammen, und Mac Mahon beschloß nunmehr, nordwärts auszubiegen und die Maas oberhalb Sedan zu überschreiten, was aber an diesem Tage nur dem 1. Korps möglich war. Bereits standen an diesem Abend die Deutschen auf der Linie Nouart-Buzancy-Vouziers (an der Aisne), rechts die Maasarmee, links die Dritte Armee, beide Front nach Norden; die große Rechtsschwenkung war also vollzogen. Am nächsten Morgen, 30. August, gelang es dem IV. Korps, das bei Beaumont sorglos lagernde Korps Faillys völlig zu überraschen und zu überrennen; bis gegen Abend wurden, teilweise in blutigem Kampfe, unter der Leitung des Kronprinzen Albert, auch die übrigen Korps der Franzosen nach der Maas hingedrängt, die das 5. und 12. Korps bei Mouzon, das 7. Korps bei Remilly überschritt.

Mac Mahons Rückzug nach Sedan.

In der klaren Erkenntnis, daß es nunmehr mit dem Marsche auf Metz endgültig vorüber sei, zog der Marschall im Laufe des 31. August alle seine vier Korps auf die Festung Sedan zurück, wobei es noch bei Douzy zu einem Nachhutsgefecht mit sächsischen Ulanen kam. Noch in der Nacht sammelten sie sich in der Stärke von etwa 130000 Mann mit Geschütz auf dem waldigen Hügelgelände, das Sedan im Halbkreise umgibt und an seiner Südwestseite vom breiten Maasthale, im Osten und Nordwesten von kleineren, aber ziemlich tief eingeschnittenen Thälern begrenzt wird. Ihre Lage war schon fast hoffnungslos, denn im Norden lag die nahe belgische Grenze, im Süden stand der Feind auf der ganzen langen Linie von Carignan an der Maas (Garde) über Douzy (XII. Korps), Remilly (I. bayrisches Korps) nach Donchery an der Maas (XI. Korps), dahinter in Reserve das IV. Korps bei Mouzon, das II. bayrische Korps bei Raucourt, das V. Korps bei Chéhery südlich von Donchery. Während Mac Mahon für den 1. September seinen erschöpften Truppen einen Ruhetag gönnen wollte, war die deutsche Heeresleitung zur Entscheidungsschlacht entschlossen, um den Franzosen auch noch die Auswege nach Osten und Westen zu verlegen und sie völlig einzuschließen.

Schlacht bei Sedan.

Noch in der Nacht setzten sich die Truppen in Bewegung, gegen 200000 Mann mit 500 Geschützen. Links gingen das V. Korps und die württembergische Division in und bei Donchéry über die Maas, im Osten befahl Kronprinz Albert den Vormarsch gegen die östliche Flanke der Franzosen. Und als König Wilhelm mit dem Kronprinzen und seinem Stabe auf den Höhen südlich von Sedan erschien, während der Frühnebel noch in den Thälern lag und ringsum das dumpfe Getöse der heranmarschierenden Heersäulen erscholl, da entfaltete sich vor seinen Augen ein erschütternd großartiges Schauspiel.

Bereits seit den frühesten Morgenstunden waren die Bayern im heftigsten Kampfe um Bazeilles, ein großes Dorf im Südosten von Sedan, das die tapfere französische Marineinfanterie, hier und da von den Einwohnern unterstützt, aufs hartnäckigste verteidigte, bis es endlich gegen 10 Uhr vormittags brennend und halb zerstört in den Händen der Angreifer blieb. Weiter nördlich waren die Vortruppen des XII. (k. sächs.) Armeekorps schon gegen 6 Uhr auf den Höhen gegenüber La Moncelle über dem Thale der Givonne erschienen, und eine ihrer ersten Granaten verwundete den Marschall Mac Mahon, so daß er den Oberbefehl abgeben mußte. Gegen den Anspruch des Generals Ducrot übernahm ihn schließlich als der Dienstältere der General von Wimpffen, der erst am vorigen Tage direkt aus Algier beim Heere eingetroffen war. Während dieses lähmend wirkenden Wechsels nahmen die Sachsen nach hartem Kampfe La Moncelle mit mehreren Fahnen und Geschützen. Zu ihrer Rechten erstürmten die Garden Givonne und dann mit den Sachsen vereinigt das zwischen beiden Dörfern liegende Daigny. So bereits in den ersten Nachmittagsstunden überall aus dem Thale der Givonne verdrängt

und mit einem furchtbaren Granatenhagel überschüttet, wichen die zerschlagenen und entmutigten Heeresmassen der Franzosen in zunehmender Auflösung nach den waldigen Höhen um Sedan zurück und ergaben sich in Scharen den nachdrängenden Siegern. Wenig später als im Osten hatte der Kampf auch im Westen begonnen. Von der württembergischen Division gedeckt, überschritten das XI. und V. Armeekorps, Hessen, Thüringer und Schlesier, bei Donchéry die Maas und eilten wetteifernd auf einer einzigen Straße zum Angriff auf die Höhen vorwärts. Rasch erstürmten die hessischen Bataillone Floing in der Niederung des Flusses und gingen dann, unterstützt von den langen Feuerlinien ihrer Batterien, zum Sturme auf die Höhen vor, die mit Schützengräben und Batterien bedeckt waren. Da die französische Infanterie dem ungestümen Andrange nicht lange stand, warf sich mit glänzender Tapferkeit die französische Reiterei in wuchtigem Anprall den Deutschen entgegen. Doch ob auch Geschwader auf Geschwader über die zitternde Erde dahinstürmten, vor dem prasselnden Schnellfeuer der deutschen Linien sanken reihenweise die Rosse und Reiter. Schon trieben auch weiter nordwärts die Schlesier den Feind siegreich aus Fleigneux und Illy, und von Norden und Westen her schlugen in die fliehenden Massen die sicher treffenden Granaten des deutschen Geschützes. Um die dritte Nachmittagsstunde reichten im äußersten Norden des weiten Schlachtfeldes am Calvarienberge von Illy die Schlesier den Garden die Hand. Der Kreis war geschlossen, jeder Ausweg versperrt, die gewaltige Schlacht entschieden.

Ergebung Napoleons.

Drinnen aber in Sedan, in den Gassen und Gräben, auf den Wällen und Plätzen, unter Tausenden von Rossen und Wagen und Geschützen inmitten des ununterbrochen rollenden Donners, da drängten sich die zerschlagenen Reste des französischen Heeres, noch gegen 80 000 Mann, zum Tode erschöpft, ingrimmig, verzweifelnd, keinem Befehl, keiner Bitte mehr gehorchend. Und mitten unter ihnen in der Präfektur saß der Kaiser. Er hatte am Vormittage im Osten des Schlachtfeldes eine Zeitlang im Granatfeuer gehalten, doch den Tod nicht gefunden, den er suchte; jetzt ergab er sich krank und hoffnungslos als Fatalist in sein Schicksal. Er wies den letzten Vorschlag seiner Generale, nach Osten einen verzweifelten Durchbruch zu versuchen, als ein nutzloses Opfer von sich und befahl die weiße Fahne aufzupflanzen. Während dem hielt draußen auf der Höhe von Frénois der greise Sieger König Wilhelm mit seinem Stabe und blickte erschüttert auf das furchtbar erhabene Bild zu seinen Füßen, auf die dunklen Heersäulen seiner Tapferen, die rastlos vorwärts drangen, auf die weißen Rauchwolken ihrer 500 Geschütze, die das geschlagene Heer in meilenweitem Kreise umgaben, auf die Flammen der brennenden Dörfer und in der Festung Sedan. Da sandte er, um dem nutzlosen Widerstande ein Ende zu machen, einen Parlamentär mit der Aufforderung zur Übergabe in die Stadt. Der Kaiser selbst empfing ihn und schickte gegen Abend seinen Generaladjutanten Reille mit einem eigenhändigen Schreiben an König Wilhelm ab. Mit ernster Freude empfing der Sieger den kaiserlichen Boten, während ringsum der Donner der Schlacht allmählich verstummte. Er brachte ein eigenhändiges Schreiben des verzweifelnden Kaisers an König Wilhelm: „Mein Herr Bruder! Da ich nicht habe in der Mitte meiner Truppen sterben können, so bleibt mir nur übrig, meinen Degen in die Hände Ew. Majestät zu legen. Ich bin Ew. Majestät guter Bruder Napoleon.“ Der König nahm die Ergebung des Kaisers unter der Bedingung an, daß die französische Armee die Waffen strecke, indem er ihm sofort schrieb: „Mein Herr Bruder! Indem ich die Umstände bedaure, unter denen wir uns begegnen, nehme ich den Degen Ew. Majestät an und bitte, einen Ihrer Offiziere ernennen zu wollen, der mit Vollmacht versehen ist, um über die Kapitulation des Heeres zu unterhandeln, das sich so tapfer unter Ihrem Befehle geschlagen hat. Ich meinerseits habe den General von Moltke zu diesem Zwecke bezeichnet. Ich bin Ew. Majestät Bruder Wilhelm. Vor Sedan 1. September 1870.“ Dann fuhr der König unter dem begeisterten Jubel seiner siegreichen Truppen nach seinem Hauptquartier Vendresse zurück.

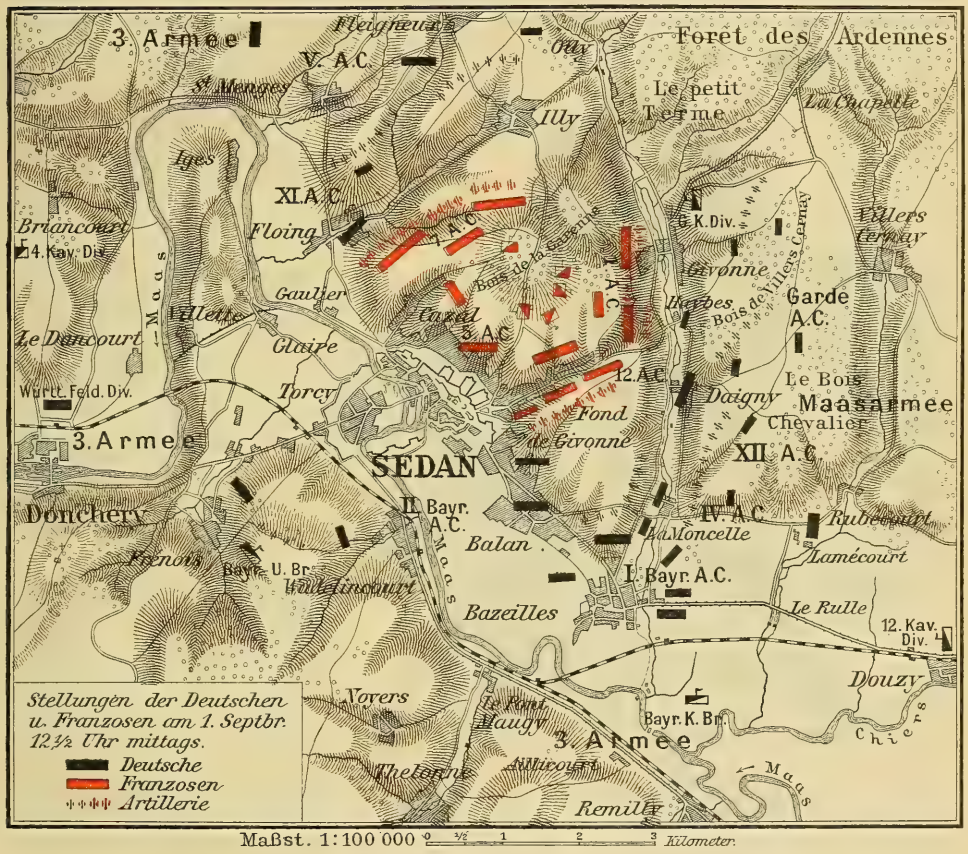
Die Kapitulation von Sedan.

Noch in der Nacht trafen Moltke und von der andern Seite General von Wimpffen in Donchéry zusammen, um über die Waffenstreckung zu verhandeln, die Moltke mit der Drohung forderte, daß im Verweigerungsfalle die deutschen Batterien am 2. September früh 9 Uhr die Beschießung von Sedan eröffnen werden. Wimpffen erbat und erhielt Bedenkzeit und eilte zum Kaiser nach Sedan zurück, um diesen zu einer Vermittelung für seine unglückliche Armee zu bestimmen. Wirklich fuhr Napoleon am frühen Morgen des 2. September nach Donchéry zu, in der Hoffnung, dort den König zu finden. Statt seiner traf er den Grafen Bismarck, der ihm ganz allein auf der Straße

entgegengeritten kam; aber vergebens versuchte er in längerer Unterredung mit ihm mildere Bedingungen zu erlangen, denn dazu war Bismarck überhaupt nicht bevollmächtigt. So unterzeichneten Moltke und Wimpffen mittags $^1/_2$12 Uhr auf Schloß Bellevue bei Donchéry die Kapitulation. Während der Schlacht schon hatten die Deutschen 21000 Mann gefangen genommen; jetzt gab sich ihnen durch die Kapitulation eine Armee von 84450 Mann, darunter 1 Marschall und 39 Generale, mit sämtlichen Adlern, Geschützen und Pferden kriegsgefangen, ein Triumph, ganz ohne gleichen in der Weltgeschichte!

Eindruck in Deutschland.

Der kaiserliche Gefangene bat seinen Überwinder um eine Unterredung. Sie fand in der Villa Bellevue unweit Donchéry statt. Das Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel wurde Napoleon zum Aufenthalte angewiesen, auch seine Bitte ihm gewährt, durch



132. Plan der Schlacht bei Sedan.

Belgien, nicht durch Frankreich die Reise dorthin machen zu dürfen. Die Thränen standen ihm in den Augen, als er den König mit dem Kronprinzen von dannen reiten sah, um die Truppen in ihren Biwaks auf dem Schlachtfelde zu begrüßen. Für die Franzosen, das wußte er, war er mit der Kapitulation ein toter Mann. Der König aber durchritt an diesem Nachmittage fünf Stunden lang die Stellungen seines siegreichen Heeres rings um Sedan, und brausender Jubel erscholl zum Himmel, als die deutschen Krieger aller Stämme von den Alpen bis zum Meere ihren obersten Kriegsherrn begrüßten. Am 3. September wurde die Übergabe des Heeres vollzogen. An demselben Tage flog die unerhörte Siegeskunde durch die Welt. Und da war es allerorten in ganz Deutschland, wie es Karl Gerok geschildert hat:

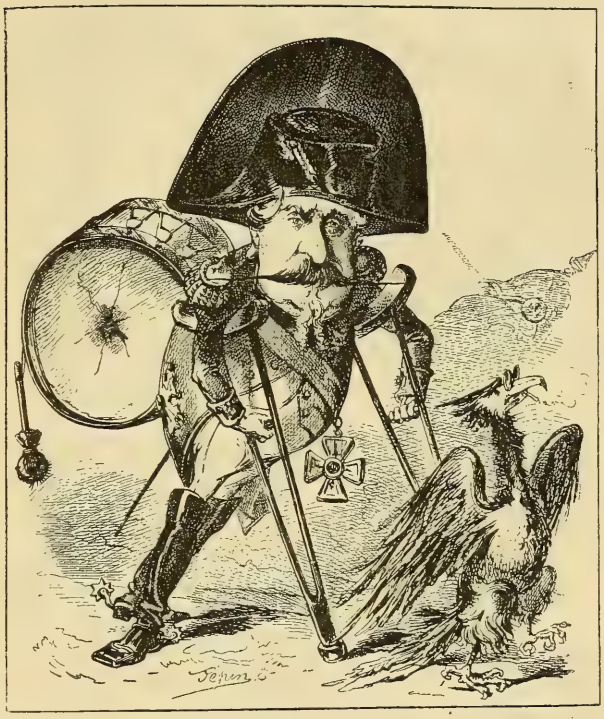
„Die Kinder rufen's in den Gassen aus,
Den Männern rinnt die Thräne von den Wangen;
In Flaggen hüllt sich festlich Haus um Haus:
Viktoria! Der Kaiser ist gefangen!"

Aber auch werkthätige Dankbarkeit regte sich, wie schon nach den blutigen Augustschlachten um Metz, in allen Herzen. Eisenbahnzüge voll freiwilliger Gaben gingen nach Frankreich, um den Heldenkriegern Freude und Erleichterung zu gewähren, und die Tausende von Verwundeten, die zur Genesung in die Heimat zurückgesandt wurden, fanden freudig sich darbietende Pflege und Hilfe bei hoch und gering. Und über alles, die Hoffnung erhob sich, daß die gewaltige Niederwerfung des französischen Kaiserreichs den Frieden bringen würde.

Kämpfe um Metz.

Diese Hoffnung war verfrüht. Denn noch hielt Bazaine in Metz der Einschließungsarmee des Prinzen Friedrich Karl, sieben Armeekorps, mit Zähigkeit stand. Vom Nahen Mac Mahons unterrichtet, versuchte er in zweitägigen blutigen Kämpfen am 31. August und 1. September, als der dumpfe Kanonendonner von Sedan herübergrollte, bei Noisseville im Nordosten durchzubrechen; indes die Belagerer, vor allem Manteuffels Ostpreußen, wiesen ihn schließlich zurück. Aber die gewaltige Festung selbst blieb unüberwindlich.

Vingt ans après.



133. Karikatur auf Napoleon III.,

von Pepin, veröffentlicht am Tage nach der Proklamation der Republik; derartige Flugblätter wurden in jenen Tagen in Paris zu ungezählten Tausenden verbreitet.

Erklärung der Republik.

Dazu kam noch etwas andres. Durch die Schreckenskunde von Sedan erfüllte sich in Paris das Schicksal der Bonaparte. Im Gesetzgebenden Körper forderte die Linke durch Jules Favre am 3. September die Republik; doch wurde die Sitzung bis auf Sonntag den 4. September mittags vertagt. Inzwischen war die Schreckensnachricht allgemein bekannt geworden, ungeheure, furchtbar aufgeregte Menschenmassen erfüllten die Straßen, ungescheut forderten sie schon die Absetzung des Kaisers. Als um $^1/_2$2 Uhr die Kammer bei überfülltem Hause in die Sitzung eintrat, lag außer dem Antrage Favres noch ein andrer des Ministerpräsidenten Grafen Palikao vor, diesen selbst zum Generalstatthalter des Kaiserreichs zu ernennen und eine Kommission von 5 Mitgliedern für die nationale Verteidigung beizugeben. Aber ehe es zu einer Beschlußfassung kam, wurde die Kammer von republikanischen Volkshaufen überflutet und zersprengt, der Senat vertagte sich. Nirgends rührte sich eine Hand für das Kaisertum. Die Kaiserin, von allen verlassen, flüchtete mit wenigen Getreuen nach der Nordküste und erreichte von dort auf einer englischen Jacht in stürmischer Überfahrt England, wo sie mit ihrem Sohne zusammentraf. Eine „Regierung der nationalen Verteidigung", der Ausschuß der kleinen republikanischen Minderheit, deren bedeutendste Mitglieder die Advokaten Leon Gambetta und Jules Favre, der Schriftsteller Graf Rochefort, der General Trochu und der greise Crémieux waren, stürzte die bisherige Regierung, nur weil sie Niederlagen erlitten hatte, bemächtigte sich der Leitung des Staates, eigenmächtig ohne jeden gesetzlichen Beschluß einer gesetzlichen Versammlung, im Namen des „souveränen" Volkes, das sie gar nicht befragten. Schon am Nachmittage des 4. September wurde

die Republik amtlich proklamiert, und das Land folgte, wie immer, widerstandslos der Hauptstadt. Aber wie dem auch war, bald ergriff ein leidenschaftlich entschlossener Wille die Zügel des Staates, um mit fanatischer Energie alle Kräfte des Landes zur „Vertreibung der Fremden" aufzubieten, die doch offenbar nur durch Unfähigkeit und Verrat der kaiserlichen Regierung ihre Erfolge errungen hatten; der Schlachtruf war: keinen Fuß breit unseres Gebietes, keinen Stein von unsern Festungen. Die kaiserlichen Heere waren bis auf geringe Reste zertrümmert oder eingeschlossen, die Periode der großen, raschen Entscheidungen im offenen Felde zu Ende. Es begann der lange zähe Kampf um die Festungen.

Der Seekrieg.

Die fortgesetzten Niederlagen der Franzosen verurteilten auch ihre übermächtige Flotte (49 Panzerfregatten, 110 ungepanzerte Dampfer), auf die man anfangs große Hoffnung wegen einer Landung an der deutschen Küste mit dänischer Hilfe gesetzt hatte, zu unfruchtbarer Thätigkeit, obwohl die deutsche Marine, nicht mehr als 5 Panzerschiffe, 9 Korvetten und 22 Kanonenboote (unter Jachmann in der Nordsee, Held in der Ostsee), sich lediglich auf den Schutz der wichtigsten Häfen beschränken mußte, unterstützt von 90000 Mann Landtruppen unter dem Großherzog von Mecklenburg. Denn als Admiral Bouët-Willaumez, der am 28. Juli mit sieben Panzerfregatten von Cherbourg auslief, im Sunde erschien, um die Dänen mit sich fortzureißen, so erwies sich bald, daß diese zwar die größte Neigung zum Kriege hatten, aber ihn nicht wagten, solange kein französisches Landungskorps erschien. So mußten sich die Franzosen, die in der Kjögebucht bei Kopenhagen ihren Stützpunkt hatten, damit begnügen, vor den einzelnen deutschen Häfen zu erscheinen, die gut gesichert und möglichst unzugänglich gemacht waren, und wurden nach der Schlacht von Wörth angewiesen, sich mit der Blockade zu begnügen. Auch ihr Erscheinen vor Kolberg am 19. August, wo eben alles über den Sieg von Gravelotte jubelte, führte zu keinem Kampfe; nur bei Rügen und vor Danzig kam es zu kleinen Gefechten mit einzelnen kecken deutschen Kriegsschiffen, und nach einem furchtbaren Sturme am 9. September, der manche Schiffe schwer beschädigte, fuhr das Ostseegeschwader nach Hause. Das Nordseegeschwader unter Fourichon zeigte sich am 12. August vor Wilhelmshaven, wagte aber keinen Angriff und kehrte nach der Schlacht von Sedan gleichfalls heim. Daß Bouët-Willaumez im Oktober nochmals in der Nordsee kreuzte, hatte keine Bedeutung. Wohl aber bestand das deutsche Kanonenboot „Meteor" (Kapitän Knorr) am 7. November ein glänzendes Gefecht mit dem viel stärkeren französischen Aviso „Bouvet" vor Havanna. Die deutschen Truppen an der Küste konnten somit schon seit dem September größtenteils nach Frankreich geschickt werden.

Der Festungskrieg gegen die französische Republik.

Belagerung und Einnahme von Straßburg.

Die erste große Festung, um die sich schon seit Mitte August der Kampf bewegte, war die Hauptstadt des Elsaß, Straßburg, „die wunderschöne Stadt", deren Verlust Deutschland niemals verschmerzt hatte (s. Bd. VI, S. 568).

Hier verfügte der Kommandant, General Uhrich, ein alter entschlossener Offizier, über 10000 Mann Linientruppen und Nationalgarden, und die Festung war nach Vaubans Art (s. Bd. VI, S. 538 ff.) stark, auch im Osten durch eine Citadelle geschützt, aber ohne Außenforts und daher einer zerstörenden Beschießung allzusehr ausgesetzt. Sofort nach der Schlacht von Wörth ließ Uhrich die Werke in Verteidigungszustand setzen, das Glacis rasieren und die ganze flache Umgebung auf den Längsseiten der Stadt im Norden und Süden überschwemmen. Von deutscher Seite war die badische Division zur Einschließung bestimmt, die dann durch die Gardelandwehrdivision (Kummer) und eine Reservedivision verstärkt wurde; am 14. August übernahm General von Werder den Befehl und vollzog die Absperrung der Festung, am 17. eröffneten 32 Geschütze von Kehl aus die Beschießung der Citadelle, die binnen wenigen Tagen vollständig zertrümmert wurde. Da Uhrich, wie selbstverständlich, die Übergabe ablehnte, so wandte Werder das nächste, wenngleich furchtbare Mittel an, eine Beschießung der Stadt selbst, die vom Abend des 24. August bis zum Morgen des 27. fast ununterbrochen dauerte und in der Stadt umfassende Zerstörungen durch Granaten und große Brände veranlaßte, aber die Bevölkerung weniger einschüchterte als erbitterte und die Übergabe nicht erzwang. Werder mußte sich also zu einer förmlichen Belagerung entschließen und wählte dazu die Nordwestseite der Festung als Angriffsfront zwischen den Bastionen 11 und 12 mit ihren Vorwerken, von denen besonders die beiden Lünetten 52 und 53 bedeutsam waren. Allmählich wurden 200 schwere Geschütze und 100 glatte Mörser herangezogen mit den erforderlichen Artilleriemannschaften (6—7000) und Pionieren (2200 Mann) unter der Oberleitung der Generale von Decker und von Mertens, darauf in der Nacht des 29. August die erste, in der Nacht des 1. September die zweite Parallele, nur noch 400 Schritte von den Werken entfernt, ausgehoben, bis zum 9. September die Geschütze der Angriffsfront fast völlig zum Schweigen gebracht und in der Stadt die meisten Kasernen zerstört. Nachdem die deutschen Pioniere am 9. September die dritte Parallele, am 11. auch noch eine kurze Halbparallele ausgehoben und am 15. das Glacis vor den beiden Lünetten gekrönt hatten, wurde Bresche in beide geschossen, und beide Werke wurden am 20. September ohne Kampf besetzt. Wenige

Tage später waren auch breite Breschen in den Bastionen 11 und 12 geöffnet und beide sturmfertig. Einen Sturm aber konnte die Festung nicht mehr aushalten. Die Verteidigungsfront war ebenso zertrümmert wie die dahinter gelegene Steinvorstadt, gegen 500 Gebäude in der Stadt zerstört, etwa 8000 Menschen obdachlos, die Munition mit dem Zeughause vernichtet. Als daher am 27. September vormittags aus 200 Geschützen das Feuer eröffnet wurde, um den Sturm auf die Breschen für die nächstfolgende Nacht vorzubereiten, da stieg nachmittags 5 Uhr auf dem hohen Turme des Münsters die weiße Fahne auf. Der markerschütternde Donner schwieg sofort, stürmische Hurras erschollen in den Laufgräben und Batterien, der Kampf war zu Ende. Am 28. September wurde die Kapitulation unterzeichnet, die Übergabe der Truppen und Werke vollzogen, am 30. zogen General von Werder und der Großherzog von Baden in Straßburg ein, an demselben Tage, an dem die alte Reichsstadt, verlassen von Kaiser und Reich, 1681 den Franzosen ihre Thore geöffnet hatte.

Einschließung von Paris.

Doch die Hauptaufgabe der Deutschen blieb die Bezwingung von Paris, der Hauptstadt und Hauptfestung Frankreichs. Um Paris drehte sich seit der zweiten Hälfte des September der ganze Kampf, denn an seiner Bewältigung oder Befreiung hing auch jetzt das Schicksal des zentralisierten Landes. So setzten sich denn von dem Siegesfelde von Sedan am 5. September die Armeen der beiden Kronprinzen alsbald weiter westwärts in Marsch. Dabei zwang die Maasarmee das kleine feste Laon zur Übergabe, wobei die einmarschierenden Truppen durch eine verräterische Sprengung in der Citadelle schwere Verluste erlitten. Am 19. September sahen die Deutschen, nachdem sie in einem kurzen Gefecht die Höhen an der Südseite erstiegen hatten, das Häusermeer von Paris mit seinen zahllosen Türmen, seinen hochragenden Kuppeln und Triumphbögen vor sich. Ein dichter Festungsgürtel umzog die Riesenstadt seit 1840, der seitdem immer weiter ausgebaut worden war; Fort drängte sich an Fort, und als Eckpfeiler erhob sich im Westen der gewaltige Mont Valerien.

Damit war den nahenden Siegern Halt geboten; außerhalb des drohenden Gürtels der Forts, rings um die Stadt her, nahmen die Korps ihre Lager: im Westen bei Versailles das V., neben ihm gegen Nordwesten das IV., nordöstlich die Garde. An diese schloß sich das XII. Korps im Osten an; dann folgte die württembergische Division; zwischen Seine und Marne stand das VI. Korps, das 2. bayrische schloß den Kreis im Süden. Der König nahm am 5. Oktober sein Quartier in der Präfektur von Versailles, der Kronprinz in der Villa Lesombrages, der Bundeskanzler in einem Privathause der Rue Provence. Es waren nur 150 000 Mann, die in einer 82 km langen Linie die Riesenstadt umschlossen, um ihre Ergebung zu erzwingen. Ein ungeheures, beispielloses Unternehmen; denn Paris zählte $1^3/_4$ Millionen Menschen, von denen 500 000 zur Verteidigung die Waffen trugen, teils altgediente Land- oder Seesoldaten, teils Volksaufgebot der Mobil- und Nationalgarde und nur zum kleinsten Teile für Kämpfe im offenen Felde verwendbar. An Festungsgeschützen standen 2600 Stück, an Feldgeschützen 648 zur Verfügung. Den Oberbefehl führte General Trochu, der selbst übrigens die Stadt nur bis Mitte November halten zu können glaubte.

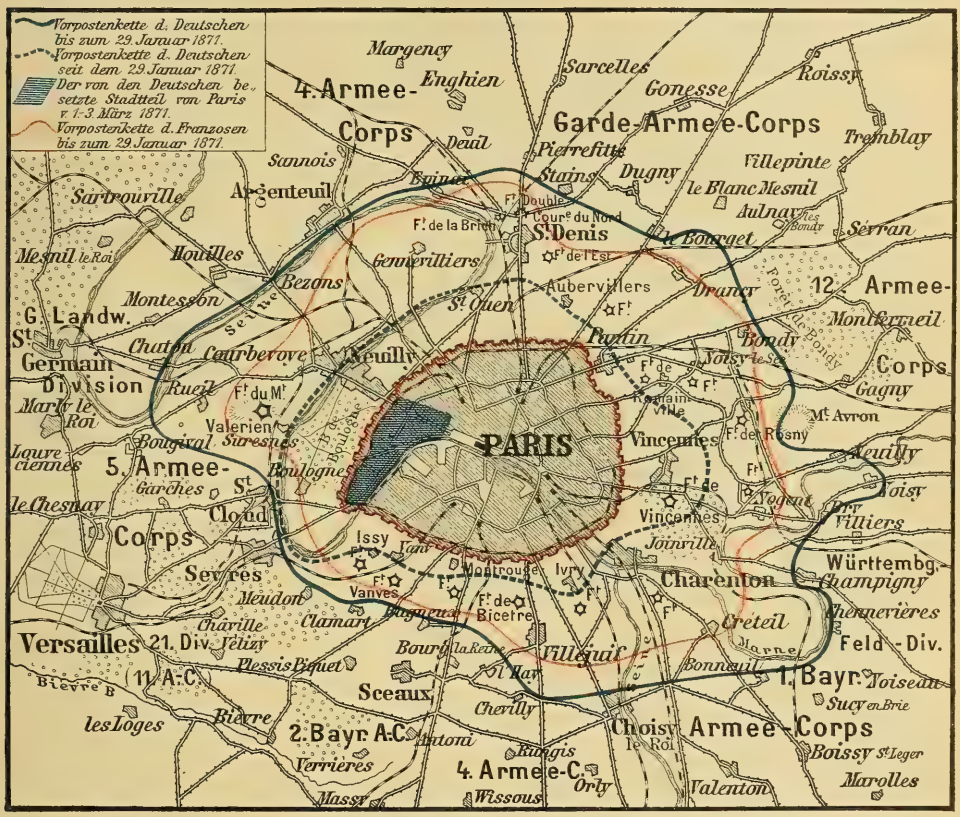
Stimmung in Paris; Verhandlungen in Ferrières.

Die ganze Bevölkerung aber war zum äußersten Widerstande entschlossen; sie betrachtete es fast als ein Verbrechen an der Menschheit, daß die „Barbaren“ es wagen sollten, diese „heilige Stadt“, dieses „Hirn der Welt“, wie Victor Hugo sagte, zu belagern. Die Deutschen fanden daher bei ihrem Anrücken die ganze nähere Umgebung von Paris schon völlig verwüstet und ausgeplündert vor. Die Bewohner waren entflohen, die Häuser großenteils zerstört, Eisenbahnen und Straßen unterbrochen; die Beamten versagten auf Befehl ihrer Regierung ihre Mitwirkung zu einer geregelten Verpflegung. Aus der Heimat mußte daher ein guter Teil des Unterhaltes der deutschen Truppen herbeigeschafft werden, und doch stand dazu nur eine einzige Bahnlinie zur Verfügung, die obendrein nur bis Lagny, weit östlich von Paris, fahrbar war und bis zum Falle von Toul (24. September) und Soissons (13. Oktober) auch noch nicht vollständig benützt werden konnte. Eine Verhandlung um Waffenstillstand oder Friedensschluß, die Jules Favre als republikanischer Minister des Auswärtigen am 19. und 20. September im Rothschildschen Schlosse Ferrières östlich von Paris mit Graf Bismarck führte, immer von der Vorstellung aus, der Kaiser habe den Krieg verschuldet, das französische Volk sei ganz unbeteiligt gewesen, scheiterte an seiner bestimmten

Weigerung, irgend eine Abtretung zu bewilligen, auf der Bismarck im Sinne ganz Deutschlands unbedingt bestand.

Die nächsten Wochen vergingen in angestrengtem Beobachtungsdienst und Befestigung der deutschen Stellungen unter beständigem feindlichen Feuer und gelegentlichen Gefechten. Am 13. Oktober wurde das schöne Schloß St. Cloud vom Mont Valerien unnützerweise in Brand geschossen, dazwischen Ausfälle am 30. September bei Villejuif, am 13. Oktober bei Chatillon (beide im Süden), am 21. Oktober bei Malmaison (im Westen) zurückgewiesen, am 30. Oktober das befestigte Dorf Le Bourget im Norden von der 2. Gardedivision (Budritzky) in blutigem Straßenkampfe erstürmt. Die Einschließung der Riesenstadt war so vollständig, daß sie nur noch durch Luftballons und

Gefechte um Paris.


Vorpostenkette d. Deutschen bis zum 29. Januar 1871.
Vorpostenkette d. Deutschen seit dem 29. Januar 1871.
Der von den Deutschen besetzte Stadtteil von Paris v. 1.-3. März 1871.
Vorpostenkette d. Franzosen bis zum 29. Januar 1871.
PARIS
4. Armee-Corps
Garde-Armee-Corps
12. Armee-Corps
5. Armee-Corps
1. Bayr. Armee-Corps
2. Bayr. A.C.
4. Armee-C.
11. A.C.
21. Div.
G. Landw. Division
St. Germain
Versailles
Sèvres
Meudon
Clamart
Bagneux
Bicêtre
Vanves
Issy
Vincennes
Charenton
Ivry
Villejuif
Choisy le Roi
Sceaux
Bourg la Reine
Antony
Rungis
Orly
Wissous
Verrières
Massy
Palaiseau
Chilly
Arpajon
Longjumeau
Montlhéry
Corbeil
Essonnes
Melun
Lagny
Meaux
Claye
Villeparisis
Le Bourget
St. Denis
Aubervilliers
Pantin
Bondy
Noisy le Sec
Montfermeil
Gagny
Chelles
Vincennes
Joinville
Nogent
Le Perreux
Champigny
Créteil
Marne
Bonneuil
Villiers
Le Raincy
Montmorency
Sarcelles
Gonesse
Roissy
Tremblay
Villepinte
Aulnay
Le Blanc Mesnil
Dugny
Stains
Pierrefitte
Deuil
Enghien
Margency
Sannois
Argenteuil
Sartrouville
Houilles
Mesnil le Roi
Montesson
Bezons
Gennevilliers
Colombes
Nanterre
Rueil
Chatou
Courbevoie
Neuilly
Suresnes
Boulogne
Garches
St. Cloud
Le Chesnay
Marly le Roi
Louveciennes
Bougival
Valerien
Fort de Rosny
Mont Avron
Villemomble
Le Raincy
Fort de Bondy
Fort de l'Est
Fort de la Briche
Double Cour du Nord
Fort de Vanves
Fort de Montrouge
Fort de Bicêtre
Fort de Nogent
Fort de Vincennes
Fort de Rosny
Fort de Noisy
Fort de Romainville
Fort de Aubervilliers
Fort de Double Couronne du Nord
Fort de la Briche
Fort de Stains
Fort de Dugny
Fort de Villepinte
Fort de Aulnay
Fort de Bondy
Fort de Noisy le Sec
Fort de Romainville
Fort de Vincennes
Fort de Nogent
Fort de Joinville
Fort de Villiers
Fort de Bicêtre
Fort de Montrouge
Fort de Vanves
Fort de Issy
Fort de Valerien
Fort de Mont Valerien
Fort de Suresnes
Fort de Boulogne
Fort de Garches
Fort de St. Cloud
Fort de Sèvres
Fort de Meudon
Fort de Clamart
Fort de Châtillon
Fort de Vanves
Fort de Montrouge
Fort de Bicêtre
Fort de Ivry
Fort de Villejuif
Fort de Bonneuil
Fort de Créteil
Fort de Nogent
Fort de Joinville
Fort de Vincennes
Fort de Rosny
Fort de Noisy
Fort de Romainville
Fort de Aubervilliers
Fort de Pantin
Fort de Bondy
Fort de Noisy le Sec
Fort de Villiers

suchte teils das Land möglichst weit zu beherrschen, um die Zufuhren zu sichern, teils die Heeresbildungen zu zerstören, ehe sie gefährlich wurden. Dabei siegte die gegen die Loire entsandte Heeresabteilung, das 1. bayrische Korps (von der Tann) und die 22. Division (Wittich) am 10. Oktober bei Artenay und besetzte am Abend des 11. Oktober nach blutigem Gefecht Orléans; im Westen aber wurde das mit zäher Erbitterung verteidigte Chateaudun, eine offene Stadt, am 18. Oktober erstürmt, Chatres am 21. besetzt. Gleichzeitig ging das XIV. (badische) Korps nach der Einnahme Straßburgs über die Vogesen nach Burgund vor, schlug die französische Ostarmee am 22. Oktober beim Dignon und zwang nach heftigem Kampfe am 30. Oktober Dijon zur Übergabe. Auf Dijon und Besoul gestützt, deckte Werder das obere Elsaß, wo Schlettstadt schon am 24. Oktober gefallen war, Neu-Breisach am 10. November fiel, und sicherte zugleich gegen Seitenangriffe von Süden her den mit Ende Oktober beginnenden Vormarsch der II. Armee von Metz nach der Loire.

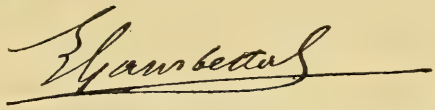
Kapitulation von Metz.

Denn die schwere Entscheidung über Metz war endlich gefallen.

Die Einschließung der gewaltigen Moselfestung und der unter ihren Wällen lagernden Rheinarmee durch sieben deutsche Armeekorps, die seit dem 13. September unter dem alleinigen Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl standen und nach der Übergabe von Straßburg noch durch die Gardelandwehrdivision Kummer verstärkt worden waren, war so vollständig, daß Bazaine erst um den 10. September von der Katastrophe bei Sedan erfuhr. Bis dahin war er nach der großen Ausfallsschlacht von Noisseville natürlich ruhig geblieben, weil er nicht wußte, woher der Entsatz kommen werde; aber auch nachher begnügte er sich mit einzelnen Gefechten, teils um seine Truppen zu beschäftigen, teils um durch gewaltsame Fouragierungen seine knapp werdenden Vorräte zu ergänzen, am 2. Oktober bei St. Remy im Süden, am 7. Oktober bei Woippy im Norden gegen die Gardelandwehr, die sich dabei glänzend hervorthat. Einen großen Durchbruchsversuch unternahm er nicht mehr, teils aus militärischen, teils aus politischen Gründen. Denn wenn er bei Metz blieb, so hielt er einen großen Teil des deutschen Heeres im Osten Frankreichs fest und unterstützte mittelbar die „Regierung der nationalen Verteidigung", obwohl er sie nicht anerkannte; aber er dachte auch daran, entschiedener Bonapartist wie die meisten seiner Offiziere, dies stärkste und beste Heer Frankreichs dem Kaisertum zu erhalten und den Kaiser wieder auf seinen Thron zurückzuführen, was ihm zugleich eine glänzende persönliche Stellung gegeben hätte, aber nun freilich ohne die Genehmigung der Deutschen nicht möglich war. Daher schickte er am 12. Oktober mit Genehmigung des Prinzen Friedrich Karl den General Boyer nach Versailles, um mit Graf Bismarck zu verhandeln. Dieser forderte, daß die Rheinarmee sich offen für das Kaisertum erkläre, die Kaiserin-Regentin sich gleichzeitig in einem Manifest an das französische Volk wende und den Frieden mit Deutschland (selbstverständlich eine Landabtretung inbegriffen) genehmige. Aber weder der Marschall noch die Kaiserin-Regentin wollten von einer Landabtretung etwas hören, und so wurden die Verhandlungen am 24. Oktober abgebrochen.

Damit entschied sich auch das Schicksal der „Rheinarmee". Die rauhe Jahreszeit nahm auch die deutschen Einschließungstruppen sehr mit, da die Quartiere ungenügend waren; sie hatten zeitweilig einen Krankenbestand von 10%. Aber ihre Verpflegung war doch eine völlig ausreichende, besonders auch mit Hilfe der am 22. September vollendeten Feldbahn von Pont-à-Mousson nach Remilly an der Linie Metz-Saarbrücken, die ihre leichte Verbindung mit der Heimat sicherte. Anders bei den fast ganz im Freien unter Zelten lagernden völlig eingeschlossenen Franzosen. Ihre Lagerplätze verwandelten sich allmählich in Sumpf, Ruhr und Typhus griffen in erschreckender Weise um sich, die Lebensmittel wurden immer knapper und schlechter. Man mußte die Pferde schlachten, dadurch aber verlor die Armee die Reiterei vollständig und die Artillerie größtenteils, und da die Körperkräfte der armen Leute immer mehr abnahmen, so konnten sie schließlich weder marschieren noch fechten. In dieser verzweifelten Lage blieb nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Wiederherstellung des Kaisertums nichts als die Übergabe der Festung und der Armee. Am 26. Oktober beschloß sie der Kriegsrat der Rheinarmee, am 27. wurde der Vertrag abgeschlossen, am nächsten Tage früh vom Kriegsrat genehmigt. Die besiegte Armee lieferte Waffen und Geschütze, Adler und Fahnen im Lager ab, übergab am 29. Oktober früh die Forts an die Deutschen und begann um Mittag den Ausmarsch in ihre neuen Lagerplätze auf sechs Straßen, während der Regen vom schwerbewölkten Himmel strömte und die Bäume sich vor der Gewalt des Sturmes bogen. Prinz Friedrich Karl, umgeben von einem glänzenden Stabe, an der Spitze der dritten Division, erwartete persönlich die Garden am Hofe Tournebride im Moselthale, und es war ein erschütternder Moment für alle, als General Desvaux, tiefen Gram in den bleichen Zügen, an ihn heranritt und ihm den Frontrapport überreichte mit den Worten: „Gnädiger Herr, ich habe den Befehl, Ihnen die kaiserliche Garde zu übergeben." Nun kamen sie in langen Kolonnen heran, ohne Waffen und Fahnen, abgemagert, fahl, hohläugig, abgerissen, die Kleidung oft von Schmutz starrend, doch die meisten Truppenteile in würdiger Haltung, um nach kurzer Rast bei guter Verpflegung in endlosen Eisenbahnzügen nach Deutschland in die Kriegsgefangenschaft abgeführt zu werden.

135. Leon Gambetta.
Nach einer Photographie.



Es war die größte Waffenstreckung der Geschichte: 170000 Mann (einschließlich 20000 Kranke), 53 Adler und Fahnen, 541 Feld- und gegen 800 Festungsgeschütze, 66 Mitrailleusen, 300000 Gewehre, 2000 Wagen fielen den Deutschen in die Hände. Das alte, unbezwungene Metz, das die Franzosen einst durch Verrat genommen (s. Bd. V, S. 392), war durch ehrlichen Kampf, nicht durch Verrat, wie die Franzosen wähnten, wieder deutsch geworden, und sieben deutsche Armeekorps waren jetzt frei für den Kampf im Innern Frankreichs, im entscheidendsten Augenblicke.

Verhandlungen mit Thiers; Gambetta Diktator.

Unter dem niederschmetternden Eindrucke des gewaltigen Ereignisses und eines sozialdemokratischen Aufstandsversuchs am 31. Oktober begann die Pariser Regierung durch Adolf Thiers, der soeben von seiner fruchtlosen Rundreise an die Höfe der neutralen Großmächte nach London, Florenz, Wien und St. Petersburg ohne die geringste Aussicht auf die erbetene Hilfe oder Verwendung zurückgekehrt war, mit Graf Bismarck in Versailles Verhandlungen über einen längeren Waffenstillstand vor allem zur Berufung einer Nationalversammlung. Aber sie wurden am 6. November ohne Ergebnis abgebrochen, weil Thiers in die von Bismarck verlangte Übergabe eines der Pariser Forts als Pfand nicht willigte. Anders die Delegation in Tours. Hier war am 9. Oktober Leon Gambetta (geb. 1838 in Cahors) eingetroffen, der am 6. Paris in einem Luftballon verlassen hatte, um als Minister des Kriegs und des Innern die Leitung des Krieges mit thatsächlich diktatorischer Vollmacht zu übernehmen. Fortan lag der Schwerpunkt der Regierung in Tours, nicht in dem belagerten Paris. Leiden-

schaftlich, entschlossen bis zum Fanatismus, ein glühender Republikaner und ganz erfüllt von der Legende, daß die allgemeine Aushebung (lever en masse) 1792 die Fremden vom Boden Frankreichs vertrieben habe, wollte dieser Südfranzose italienischer Abkunft, eine Natur wie Danton, die „Barbaren" durch eine große französische Volkserhebung zermalmen. Auf die Nachricht vom Falle von Metz, den er kurzweg auf Bazaines Verrat zurückführte, ordnete er am 2. November die Aushebung aller waffenfähigen Männer vom 21. bis zum 40. Lebensjahre an, befahl die Errichtung von elf großen Übungslagern für diese Massen, legte den Departements die Lieferung von Geschützen auf, sorgte für Herbeischaffung von Waffen aus England und Nordamerika auf dem Seewege, den die schwache deutsche Flotte nicht sperren konnte, und befahl die äußerste Verteidigung auch offener Ortschaften. So stellte er bis Anfang Februar 1871 im ganzen 600 000 Mann auf, die gut ausgerüstet, aber mangelhaft geübt und organisiert waren, da es namentlich an erfahrenen Offizieren fehlte, und flößte diesen Scharen wie dem französischen Volke überhaupt etwas von seinem eignen fanatischen Patriotismus ein, so daß der Krieg einen immer erbitterteren, härteren Charakter annahm. Sein nächstes Ziel war der Entsatz von Paris. Und in der That, ohne den Fall von Metz hätte er es vermutlich erreicht, und auch so ist er ihm nahe genug gewesen.

Schlachten an der Loire.

Mit Anfang des November begannen die Korps der Belagerungsarmee vor Metz Frankreich zu überfluten. So wurde es möglich, das I. und VIII. Korps als Erste Armee unter Manteuffel zum Schutze der Nordfront der Belagerer, einen großen Teil der Zweiten Armee (IX., X. und III. Korps) zur Deckung der Südfront zu verwenden und das II. Armeekorps unmittelbar in die Zernierungslinie einzufügen, so daß die Stärke des Belagerungsheeres jetzt auf 200 000 Mann stieg. Es war die höchste Zeit. Denn gleichzeitig im Süden und Nordosten sammelte Gambetta gewaltige Truppenmassen zum ersten großen Vorstoß auf Paris, im Süden die neu hergestellte Loirearmee unter Aurelles de Paladine, im Nordosten, unter dem Schutze des alten Festungsgürtels längs der belgischen Grenze, die Nordarmee unter dem am Senegal erprobten General Faidherbe. Ein gewaltiger Ausfall aus Paris sollte mit den Bewegungen beider Provinzialheere zusammengreifen. Der Anfang war glückverheißend. Vor der Übermacht räumte von der Tann Orléans und wurde durch das Gefecht von Coulmiers am 9. November — den ersten Erfolg der Franzosen seit der Kriegserklärung — nach Nordwesten abgedrängt. Allein zu seiner Unterstützung wurde eine besondere Armeeabteilnng unter dem Großherzoge Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin gebildet, der am 17. und 18. November bei Dreux und Chateauneuf die Franzosen auseinandersprengte und gegen die Sarthe vordrang. Einen Versuch Aurelles', mit seinem rechten Flügel über Fontainebleau gegen Paris vorzugehen, wies das X. mit Hilfe des VII. Armeekorps am 28. November durch das siegreiche Gefecht bei Beaune la Rolande nachdrücklich ab. Ebenso warf der Großherzog am 2. Dezember den linken Flügel Aurelles' bei Loigny zurück, indem er mit der 17. (mecklenburgischen) Division den hartbedrängten Bayern, die den entscheidenden Punkt, Schloß Goury, nur noch mit äußerster Anstrengung hielten, rechtzeitig zu Hilfe kam. Die Angriffsstöße der Franzosen waren also fehlgeschlagen. Nunmehr rückte Friedrich Karl mit der Zweiten Armee, auch die Abteilungen des Großherzogs und von der Tanns unter seinen Oberbefehl vereinigend, in konzentrischem Angriffe gegen die Loirearmee vor. In zweitägiger Schlacht, am 3. und 4. Dezember, wurde das französische Heer aus allen Stellungen vertrieben, mit Verlust von 20 000 Mann in zwei Hälften zersprengt und Orléans von neuem besetzt.

Indes der rastlosen Thätigkeit des Diktators gelang es, binnen kurzem aus jeder der beiden Heereshälften eine selbständige Armee herzustellen. Während Bourbaki, der frühere Kommandeur der Kaisergarde, mit der einen bei Bourges sich einstweilen noch ruhig verhielt, rückte Chanzy, Aurelles' Nachfolger, auf den Wald von Marchenoir sich stützend, mit der andern gegen den Großherzog vor. Vier Tage lang, vom 8 bis 11. Dezember, hielt dieser der großen Übermacht bei Beaugency stand. Als nun aber auch die Zweite Armee gegen Chanzy vorging, wurden die Franzosen über den

Loir nach Le Mans zurückgedrängt. Die Regierungsdelegation flüchtete sich schleunigst von Tours nach Bordeaux, und die Deutschen besetzten am 21. Dezember nach kurzem Kampfe auch Tours.

Kämpfe mit der französischen Nordarmee.

Nicht besseren Erfolg hatte die Armee, welche zuerst unter Bourbakis, dann unter Faidherbes Befehle von Norden her zum Entsatze der Hauptstadt vorrücken sollte. Sofort wandte sich Manteuffel mit der Ersten Armee ihr entgegen, schlug am 27. November das Korps des Generals Farre, das sich bei Amiens verschanzt hatte, rückte am 5. Dezember in Rouen ein, drängte das Korps des Generals Briand bis an das Meer zurück und besetzte Dieppe. Faidherbe zog sich nach diesen Niederlagen unter den Schutz der Festungen Lille und Arras zurück, rückte aber dann, mit bedeutenden Verstärkungen versehen, wieder vor, um den Deutschen in den Rücken zu fallen. Auf die Kunde hiervon wandte sich Manteuffel unverzüglich wieder gegen den Feind. Er traf ihn in einer Reihe verschanzter Dörfer an der Hallue, einem Nebenflusse der Somme. Göben ging mit den Rheinländern vor, erstürmte am 23. Dezember die Dörfer und trieb die Franzosen auf den jenseitigen steilen Thalrand zurück. In der Weihnachtsnacht zogen sie sich wieder nach Arras zurück.

Ausfallsschlachten vor Paris.

Der erste große Versuch, die Hauptstadt zu entsetzen, war an der zähen Gegenwehr der viel schwächeren deutschen Streitkräfte gescheitert, vielleicht zum Teil auch deshalb, weil die Bewegungen der Provinzialheere mit denen der Pariser Streitkräfte nicht recht zusammengriffen. Am 24. November war von Paris ein Luftballon aufgestiegen, um nach Tours die Kunde zu bringen, daß die Pariser für den 29. November einen großen Ausfall nach der Ostseite hin planten; er wurde aber nach Norwegen verschlagen, und die entscheidende Depesche langte daher erst am 30. von Christiania in Tours an, von wo aus nun noch alles in Bewegung gesetzt wurde (s. oben). Es war zu spät. Denn am 29. November hatten um Brie, Villiers und Champigny 150 000 Mann unter Ducrot auf rasch geschlagenen Brücken die Marne überschritten, um auf der hufeisenförmigen Halbinsel, die der Fluß östlich von Vincennes bildet, durchzubrechen, gedeckt von den Ostforts, gegen die sich keine deutsche Feldartillerie auf dem Plane halten konnte. Aber mit zähem Heldenmute rangen hier am 30. November und 2. Dezember die Sachsen, Württemberger und Pommern gegen eine dreifache Übermacht unter einem wahrhaft erstickenden Feuer und bei schneidender Kälte unter den herbsten Verlusten — das sächsische Schützenregiment Nr. 108 verlor hier ein Drittel seines Bestandes, alle Korps zusammen gegen 5500 Mann — bis endlich die Franzosen erschöpft zurückwichen. Nur den Mont Avron vor den Ostforts behaupteten sie.

Ein Ausfall der Pariser Armee hatte auch die Bewegungen Faidherbes unterstützen sollen. Er richtete sich gleichzeitig am 21. Dezember gegen die vorgeschobene Stellung der Deutschen in dem Dorfe Le Bourget, das die Garde besetzt hatte, wie gegen die Sachsen an der Marne. Obgleich die Franzosen Erdwerke vorgeschoben und mit schwerem Geschütz armiert hatten, wie denn der Mont Avron einen in die Stellung der Deutschen hineingetriebenen Keil darstellte, so scheiterten doch beide Ausfälle völlig.

Deutsche Weihnachten vor Paris.

Daher konnten die deutschen Truppen vor Paris in leidlicher Ruhe nach heimischer Art in Feindesland das Weihnachtsfest begehen, das ihnen die Liebe der fernen Heimat mit Hilfe der unübertrefflichen Feldpost durch Gaben der verschiedensten Art nach Kräften zu verschönern bemüht war. Daheim aber gab es einen bangen, stillen Winter voll Sorge und Kummer zwischen der Freude über die Erfolge, denn ein Volksheer, wie die Welt noch keins gesehen hatte, stand im Felde; da war also kaum ein Haus, das nicht einen Angehörigen oder einen Freund vor dem Feinde wußte, und gar viele waren darunter, in die längst tiefe Trauer eingekehrt war, oder jüngst seit den mörderischen Winterschlachten vor Paris und an der Loire. Und beständig gingen auf den großen Verbindungslinien die Transporte der Verwundeten und der Ersatztruppen hin und her, und gar mancher Zug brachte Särge Gebliebener mit. Um so dringender regte sich der Wunsch nach baldiger Beendigung des großen Trauerspiels, das man vor allen Dingen von einer energischen Beschießung von Paris erhoffte.

Lage in Paris.

Ob mit Recht, das war eine ganz andre Frage. Gewiß war die Lage in Paris von Woche zu Woche schlechter geworden. Die Lebensmittel bestanden fast nur noch aus Pferdefleisch und elendem Schwarzbrot und mußten seit dem 10. Dezember auch an die Bevölkerung rationsweise verteilt werden. Die Sterblichkeit außerhalb der Hospitäler wuchs bis gegen Ende des Jahres von 1300 Menschen wöchentlich auf 3280, die Erwerbsthätigkeit stockte völlig, die Arbeiter lebten nur noch von ihrem schwachen Solde als Nationalgardisten und wurden immer unzufriedener, so daß schon am 30. Oktober ein sozialdemokratischer Aufstand ausbrach und weiter blickende Leute bereits meinten: „Es wird wie die Junitage (1848) enden.“ Es sollte noch viel schrecklicher enden, aber an Ergebung dachte niemand, im Gegenteil, die bewaffneten Massen drängten die Regierung fortwährend zum Kampfe und schrieen über Verrat, sobald etwas mißlang.

Beschießung von Paris.

So faßte die deutsche Heeresleitung, nachdem entgegenwirkende Einflüsse mitleidiger fürstlicher Damen, die ihren Weg namentlich durch das Hauptquartier des Kronprinzen von Preußen nahmen, von Bismarck und Roon beseitigt waren, am 9. Dezember endlich den Beschluß, durch eine Beschießung der Hauptstadt die Übergabe zu beschleunigen. Mit unsäglicher Mühe war es gelungen, nachdem alle die zahlreichen kleinen Festungen, die den Bahnverkehr im Osten bisher noch gestört hatten, meist nach kurzer Beschießung gefallen waren, 250 schwere Geschütze mit der nötigen Munition (von Lagny aus mit Fuhren) heranzuschaffen und in Batterie zu bringen. Am 27. Dezember begann zunächst die Beschießung des Mont Avron mit so vernichtendem Erfolge, daß die Franzosen ihn aufgaben und die dahinter liegenden Truppen in wilder Flucht sich nach Paris zu retten suchten. Am 5. Januar 1871 wurde dann das Bombardement gegen die Werke von Paris selbst unter Kamekes Leitung eröffnet, zunächst von der Südseite her. Kanonendonner, Feuerströme, Rauchwolken umgaben seitdem Paris. Das Feuer der Forts von Issy, Vanves und Montrouge wurde niedergekämpft, in die Stadt selbst aber täglich nur 200—300 Granaten geworfen; denn es kam nicht so sehr darauf an zu zerstören, als vielmehr zu schrecken und den Entschluß zur unabwendbaren Kapitulation zu beschleunigen. Aber da Paris sehr massiv gebaut ist, so war die Wirkung nicht die beabsichtigte, vielmehr steigerte sich nur die Erbitterung, und alles drängte zu neuen Anstrengungen in der Hoffnung auf einen zweiten großen Entsatzversuch der Provinzialheere.

136. General Graf August von Werder.
Nach einer Photographie.

Kämpfe im Norden.

Ein solcher war in der That geplant und sollte mit einem mächtigen Ausfalle der Pariser zusammenwirken. Schon mit dem Beginne des neuen Jahres 1871 hatte Faidherbe im Nordosten wieder einen Vorstoß gewagt, war aber am 3. Januar durch Göben bei Bapaume erfolgreich abgewiesen worden, und da am 10. Januar die Festung

Peronne fiel, so beherrschten die Deutschen nunmehr die ganze feste Sommelinie und sperrten die beiden direkten Straßen nach Paris über Amiens und über Peronne. Trotzdem begann die französische Nordarmee um Mitte Januar einen neuen Vormarsch. Allein Göben schlug am 18. und 19. Januar Faidherbe bei St. Quentin aufs Haupt, erstürmte St. Quentin und zwang die Trümmer der geschlagenen Armee, sich in die Festungen Arras und Lille zu flüchten.

Die letzten Schlachten an der Loire.

Gefährlicher gestalteten sich die Kämpfe an der Loire, am gefährlichsten aber im Osten Frankreichs, wo die Franzosen einem großen Erfolge ziemlich nahe kamen.

Von Chartres her sollte Chanzy gegen Versailles vorrücken. Ehe er sich aber noch in Bewegung setzen konnte, ging ihm Prinz Friedrich Karl mit dem III., IX., X. und XIII. (17. und 22. Division) Korps, die zusammen aber nur noch 73 000 Mann mit 318 Geschützen zählten, entgegen. Trotz des überaus schwierigen, welligen Geländes, das mit zahllosen ummauerten Einzelhöfen besetzt und mit hohen Hecken durchzogen ist, trotz des beständigen Wechsels von Frost und Tauwetter, Schnee und Regen wurde die viel stärkere Armee Chanzys in den blutigen dreitägigen Kämpfen um Le Mans, vom 10—12. Januar 1871, völlig vernichtet: 60 000 Mann wurden verwundet oder gefangen, der Rest flüchtete sich in voller Auflösung hinter die Mayenne. Von dieser Seite also drohte keine Gefahr mehr.

Kampf um Belfort und in Burgund.

Um so drängender war sie im Osten. Hier war das feste Belfort, der Schlüssel zur schicksalsvollen „burgundischen Pforte", seit Anfang November 1870 eingeschlossen, wurde aber von Oberst Denfert aufs zäheste und tapferste verteidigt. Westlich davon hielt Werder mit dem XIV. Armeekorps die Linie Dijon-Gray-Vesoul, um die Belagerung von Belfort und damit das obere Elsaß zu decken. Gegen diese weit vorgeschobene Stellung Werders in Dijon rückte nun Garibaldi heran, der in wunderlicher, aber ehrlicher Begeisterung für die „Republik" den Franzosen zu Hilfe gekommen war, um sie möglichst nach seinen phantastischen sozialistischen Ideen umzugestalten. Von Gambetta zum Oberbefehlshaber der „Vogesenarmee" ernannt, sammelte der alte Freischarenführer eine abenteuerliche Schar von 20000 Mann, „Franktireurs des Todes", „das Korps der Rächer", „die verlorenen Kinder der Rhone", und wie der Alte sonst schon durch die Namen seiner Freibataillone sich den Deutschen furchtbar machen wollte. Allein Werder schlug die Garibaldianer am 26. November bei Pasques in der Nähe von Dijon aufs Haupt, so daß sie schleunigst wieder gen Süden zurückwichen, und Werder sich von neuem in Dijon festsetzte. Noch übler erging es der Rhonearmee unter Cremer, dem Schützling Gambettas, die jetzt von Lyon gegen Dijon heranrückte. Werder sprengte sie am 19. Dezember bei Nuits, südlich von Dijon, völlig auseinander, behauptete also nach allen Seiten seine Stellungen. Nun aber warf Bourbaki seine Armee mit der Eisenbahn von Bourges an den Doubs. Gambetta hatte den kühnen Plan entworfen, mit dieser mehr als 100000 Mann starken „Ostarmee" die Verbindungslinien der Paris belagernden Armeen mit Deutschland abzuschneiden und den Entsatz der Hauptstadt durch einen Einbruch in Süddeutschland zu bewirken. Dieser neuen, sehr ernsthaften Gefahr zu begegnen, war Werder allein zu schwach. Es wurde daher unter Manteuffels Oberbefehl, den bei der Ersten Armee Göben ersetzte, aus dem VII. und II. Armeekorps eine besondere „Südarmee" gebildet, die in Gewaltmärschen Werder zu Hilfe zog.

Schlacht vor Belfort.

Werder hatte indessen vor der drohenden gewaltigen Übermacht, auf die Deckung Belforts bedacht, Dijon aufgegeben und seine Truppen um Vesoul konzentriert. Durch fortwährende Vorstöße, wie bei Villersexel am 9. Januar, beunruhigte er den anrückenden Feind und setzte sich dann hinter der Lisaine fest, die, westlich von Belfort einen natürlichen Verteidigungsabschnitt bildend, sich südwärts in den Doubs ergießt. Hier zwischen Mömpelgard (Montbeliard) und Belfort nahm er auf dem östlichen steilen Thalrande des Flüßchens eine wohlbefestigte Stellung ein und widerstand mit unerschütterlicher Tapferkeit drei Tage lang, vom 15.—17. Januar 1871, den heftigen Angriffen des dreifach überlegenen Gegners, dem der eintretende starke Frost den Bach überbrückte, bis Bourbaki die Hoffnung, ihn zu überwältigen, aufgab und sich gegen Besançon zurück-

zog. Denn schon nahte über die schneebedeckten Höhen der Côte d'Or im Rücken Bourbakis in Eilmärschen Manteuffels Südarmee.

Garibaldi war bei Dijon stehen geblieben, ohne Bourbaki zu helfen, oder Manteuffel den Weg zu verlegen; die bei Pasques empfangene Lehre hatte ihn scheu gemacht. Überdies deckte die schwache Brigade Keßler die Bewegungen Manteuffels gegen Garibaldi in Dijon und behauptete sich gegen die zehnfache Übermacht, als Garibaldi am 21. und 23. Januar endlich gegen sie vorging, in blutigen Kämpfen, bei denen im Abenddunkel eine Bataillonsfahne des 61. Regiments den Feinden in die Hände fiel, nicht im Kampfe, sondern

„Zerfetzt, zerschossen, halb verbrannt,
Und unter Haufen toter Helden",

die einzige deutsche Fahne, die in diesem Kriege verloren ging.

Untergang der franz. Ostarmee; Übergabe von Belfort.

Auf die Kunde von Werders glorreichem Widerstande gab Manteuffel indessen den Plan, sich mit ihm zu vereinigen, auf und wandte sich mit seinen beiden Korps nach Südwesten, die Rückzugslinie nach Lyon dem Feinde kühn durchschneidend. Das Schicksal der Armee Bourbakis war damit entschieden. Mehr und mehr gegen den Jura und die Schweizer Grenze geschoben, verzweifelte der unglückliche Bourbaki an seinem Schicksale und machte einen Selbstmordversuch. Für den schwer verwundeten General übernahm Clinchant den Oberbefehl. Von allen Seiten in die Engen des schneebedeckten Jura hineingedrängt, sah er keine andere Rettung, als daß er seine noch 80000 Mann starke Armee, halb verhungerte und erfrorene Leute, auf der Straße über Pontarlier auf den neutralen Boden der Schweiz hinüberführte, wo sie sofort entwaffnet und bis zum Frieden interniert wurden (1. Februar). Es war die dritte französische Armee, die in diesem Kriege die Waffen streckte. Nunmehr hielt sich auch Belfort nicht länger. Aufs äußerste bedrängt, öffnete jetzt auf das Geheiß seiner Regierung der wackere Verteidiger Oberst Denfert unter der Bedingung freien Abzugs mit allen kriegerischen Ehren am 16. Februar die Thore.

Der letzte Ausfall von Paris.

Inzwischen war auch vor Paris der Kampf zu Ende gegangen. Die Stimmung der Bevölkerung wurde durch die Hoffnungen auf Erfolge der Provinzialheere und die Beschießung immer erregter. Die deutschen Granaten bestrichen das ganze linke Seineufer, beschädigten das Pantheon (die Kirche der heiligen Genoveva, der Schutzheiligen von Paris), das beständig von Betenden erfüllt war, den Invalidendom, den Justizpalast, töteten und verwundeten gelegentlich Menschen, zerstörten aber sehr wenig, da Brände selten ausbrachen. So entschloß sich endlich Trochu zu der stürmisch begehrten That am 19. Januar 1871. Mit 100000 Mann machte er an der Südwestseite unter dem Schutze des Mont Valerien gegen Buzenval und Garches in der Richtung von Versailles einen Ausfall, um den eisernen Belagerungsring zu durchbrechen. Die Franzosen trafen hier auf die befestigten Stellungen des V. Armeekorps, an denen ihre Kraft zerschellte; dies einzige Korps von 20000 Mann mit einigen Teilen des XI. genügte, um, durch ein heftiges Geschützfeuer unterstützt, die ganze Ausfallsarmee zurückzuwerfen. Trochu legte den Oberbefehl nieder; General Vinoy trat an seine Stelle. Die Antwort auf den Ausfall gaben die Deutschen damit, daß sie am 21. Januar auch von der Nordseite das Bombardement gegen die Werke von St. Denis vor Paris eröffneten.

Waffenstillstand und Übergabe von Paris.

Um den Eindruck der Niederlage und der immer umfassenderen Beschießung zu verstärken, trafen in den nächsten Tagen von allen Seiten die Nachrichten von den vergeblichen Anstrengungen der Provinzialheere ein, und in der Stadt stieg die Not. Eine eingehende Untersuchung ergab, daß die Lebensmittel nur noch bis zum 3. Februar reichten, daß Paris also dicht vor der Gefahr einer furchtbaren Hungersnot stehe; die Sterblichkeit stieg infolge der schlechten Verpflegung und der beständigen nervösen Anspannung inmitten des Getöses von hunderten der schwersten Geschütze während der dritten Januarwoche auf 4465, das dreifache der gewöhnlichen Zahl, und ein neuer sozialistischer Aufstandsversuch in der Nacht des 21. Januar bewies der Regierung aufs neue, wie unsicher ihre eigne Stellung sei. So entschloß sie sich unter dem Drucke der bittersten Not endlich zu unterhandeln. Am 23. Januar erschien Jules Favre in Versailles beim Grafen Bismarck, der anfangs, nach den bisherigen Erfahrungen, wenig

Neigung zeigte, sich mit dieser revolutionären, gar nicht anerkannten Regierung einzulassen, und sogar von der Wiederherstellung des Kaisertums sprach. Da indes Favre sich diesmal nachgiebiger erwies, als in Ferrières, so vereinigten sich beide Männer schon am 26. Januar, daß das Feuer eingestellt und die dringend notwendige Verproviantierung von Paris eingeleitet werden sollte. Mit dem Schlage der Mitternachtsstunde schwieg der Geschützdonner von beiden Seiten, zum erstenmal seit dem 19. September 1870, und am 28. Januar wurde ein dreiwöchiger Waffenstillstand, vom 1. Februar an gerechnet, unterzeichnet, während dessen die Nationalversammlung einberufen werden sollte, um zunächst eine anerkannte Regierung herzustellen und dann über Krieg und Frieden zu entscheiden. Die Bedingungen des Waffenstillstandes waren, daß die Pariser Forts ausgeliefert würden, die Besatzung von Paris (Linientruppen und Mobilgarden, zusammen 249000 Mann) sich kriegsgefangen gäbe und ihre Waffen ablieferte, mit Ausnahme der Nationalgarde und einer Division von 12000 Mann Linientruppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, sowie daß in den Waffenstillstand sämtliche Departements mit Ausnahme derjenigen des Doubs, des Jura und der Côte d'Or eingeschlossen würden. Denn dort erwarteten die Franzosen unbegreiflicherweise noch eine günstige Wendung, und doch vollzog sich eben in diesen Tagen das Schicksal der Armee Bourbakis. Am 29. wurden sämtliche Pariser Forts an die deutschen Truppen übergeben, am Mittag zogen sie mit klingendem Spiele ein und sahen nun hinab auf die bezwungene Riesenstadt, über der jetzt die Ruhe tiefer Erschöpfung lag.

Die Erneuerung des deutschen Kaisertums und der Friede.

Während sich Paris in den letzten Zuckungen wand, hatten die deutschen Staatsmänner das Ergebnis des opferreichen Krieges gezogen: die Erneuerung des Deutschen Reiches.

Die Bundesverträge mit den süddeutschen Staaten.

Daß die ruhmvoll erprobte Waffengenossenschaft von Nord und Süd nach dem Frieden zu einer näheren politischen Gemeinschaft führen müsse, war namentlich nach den Tagen von Sedan allen klar, und schon im Abendgolde des 1. September sah das Dichterauge Felix Dahns eine Kaiserkrone leuchten. Schon am 3. September regte Baden seinen Eintritt in den Norddbund an, im Laufe desselben Monats erklärte sich auch Bayern zu einem Verfassungsbündnisse bereit, und am 21. September begann der Präsident des Norddeutschen Bundeskanzleramts, Rudolf Delbrück, in München die Verhandlungen mit Bayern und Württemberg, die indessen bald nach Versailles verlegt wurden. Hier begannen um Mitte Oktober die Besprechungen zwischen den Vertretern der süddeutschen Staaten und den norddeutschen Bevollmächtigten. Am 15. November unterzeichnete Graf Bismarck die Bundesverträge mit Hessen-Darmstadt und Baden auf Grund der Norddeutschen Bundesverfassung, am 23. schloß er auch mit Württemberg ab, doch so, daß dies eigne Post- und Telegraphenverwaltung behielt und sein (XIII.) Armeekorps in ein ähnliches Verhältnis zum Bundesfeldherrn trat wie das XII. (königlich sächsische); am 25. November verständigte er sich endlich auch mit Bayern, wenngleich in der Weise, daß diesem außer seinem Post- und Telegraphenwesen auch eine selbständige Heeresverwaltung blieb und seine Truppen nur im Kriegsfalle unter den Bundesfeldherrn treten sollten. Schwerer als diese „Reservatrechte" wogen einige Änderungen in der Bundesverfassung (Zustimmung des Bundesrats zu einem Angriffskriege, Abänderung der Bundesverfassung nur dann, wenn nicht 14 Stimmen dagegen seien, Bildung eines Ausschusses aus den Vertretern der drei Königreiche für die auswärtige Politik), also eine Lockerung der bundesstaatlichen Einheit. Trotzdem nahm der Norddeutsche Reichstag, der am 24. November wieder zusammengetreten war, am 9. Dezember mit 195 gegen 32 Stimmen die Bundesverträge an, ebenso die Landtage von Hessen, Baden und Württemberg.

Die Kaiserproklamation.

Aber es bedurfte noch eines äußerlichen, volkstümlichen Sinnbildes der wieder errungenen Einheit, und dies konnte nur die Kaiserkrone sein. In seinen preußischen Traditionen und seiner bescheidenen Art, in der König Wilhelm nichts anderes sein wollte, als der erste unter seinesgleichen, lag dem greisen Helden an der Kaiserwürde

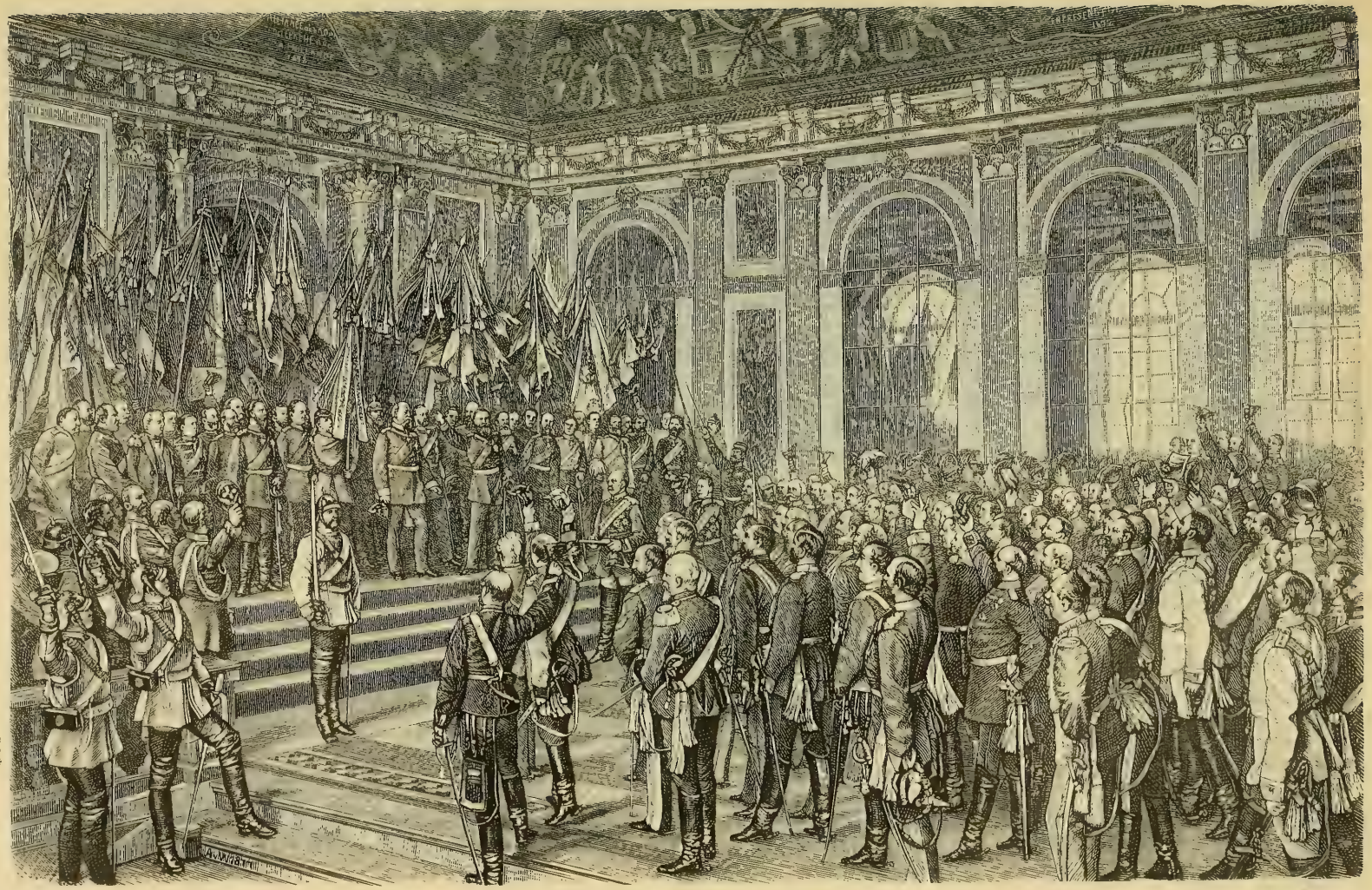
wenig, und er wies gelegentlich den Kronprinzen, der ihm davon in Versailles sprach, mit den Worten zurück: „Davon verstehst Du nichts.“ Auch in andern norddeutschen Kreisen regten sich Bedenken gegen den Kaisertitel, der das Andenken an die angeblich verfehlte Kaiserpolitik des Mittelalters erneuere. Aber der Kronprinz wußte wohl, wie wichtig das Symbol für das Volksgefühl sei, vor allem im Süden, und es gelang ihm schließlich, vor allem den Grafen Bismarck dafür zu gewinnen. Auf dessen Anregung hin richtete König Ludwig II. im Namen der deutschen Fürsten ein Schreiben an König Wilhelm, mit der Bitte, die deutsche Kaiserkrone aus ihrer Hand anzunehmen (3. Dezember); am 18. Dezember trug das Präsidium des Reichstages unter Heinrich Simson dem Könige dieselbe Bitte vor, und König Wilhelm nahm die Krone an, die ihm jetzt nicht nur eine Volksvertretung wie 1849 (s. Bd. IX, S. 700 f.), sondern mit ihr „Deutschlands einträchtiger Fürstenrat“ entgegentrug, wie es einst Dahlmann ersehnt hatte. In der Neujahrsbegrüßung erinnerte ihn dann der Großherzog von Baden an das Wort Friedrich Wilhelms IV., daß eine Kaiserkrone nur auf dem Schlachtfelde errungen werde; jetzt sei der rechte Moment. So wurde denn der Gedenktag der Erhebung Preußens zum Königreiche für die Proklamation des deutschen Kaiserreichs festgesetzt.

Am 18. Januar 1871, an einem Sonntage, gleich nach Mittag waren in der Spiegelgalerie des Schlosses (Galerie des glaces) von Versailles Deputationen aller Korps des Heeres vor Paris mit ihren Fahnen und gegen 600 Offiziere versammelt. Am Mittelpfeiler der Südseite des langgestreckten Saales war ein Altar errichtet. König Wilhelm trat ein; ein Sängerchor der Mannschaften begrüßte ihn mit dem Choral: „Jauchzet dem Herrn, alle Welt.“ Im Halbkreise nahmen die zahlreich anwesenden deutschen Fürsten und Prinzen um den König Aufstellung, hinter den Fürsten die Minister, an ihrer Spitze der Bundeskanzler Graf Bismarck, und die Generale. Der Gottesdienst begann. Nachdem die Predigt des Garnisonpfarrers Rogge beendigt und der Segen über die Anwesenden gesprochen war, trat der König auf die Erhöhung der rechten Seite und verkündete mit lauter Stimme, die darüber ausgestellte Urkunde vorlesend, die Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserreichs. Nun gab er dem Bundeskanzler den Befehl, die Proklamation zu lesen, die der neue Kaiser „an das deutsche Volk“ richtete.

„Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen — nachdem die deutschen Fürsten und freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und freien Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußens fortan den kaiserlichen Titel in allen Unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen, und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen. Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermutigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren. Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.“

Eine freudige Erhebung ging durch die glänzende Versammlung. Der Großherzog von Baden trat vor mit dem Rufe: „Seine Majestät der Deutsche Kaiser Wilhelm lebe hoch!“ Dreimal mit laut hallendem Rufe stimmte die Versammlung ein. Und unter den Klängen des „Heil Dir im Siegerkranz“ verließ der Kaiser den für die Deutschen auf alle Zeiten geweihten Raum.

Das Große war geschehen. Jetzt stimmte endlich am 21. Januar auch die bayrische Abgeordnetenkammer, deren Votum allein noch ausstand, durch unerquickliche Debatten von Ultramontanen und Demokraten aufgehalten, mit 102 gegen 48 Stimmen dem Beitritte Bayerns zum Deutschen Reiche zu. Das Träumen und Sehnen der Besten des deutschen Volkes war erfüllt: Deutschland hatte sich selbst wiedergewonnen. Ein erbliches Kaisertum im Hause der Hohenzollern war in Deutschland aufgerichtet, glänzender als das der Hohenstaufen, kraftvoller als je eins in deutschen Landen gewesen war.



137. Die Kaiserproklamation in Versailles.

Nach dem Gemälde von A. v. Werner. Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft in Berlin.

Der Vorfriede von Versailles.

Inzwischen hatten, nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes am 8. Februar, in ganz Frankreich die Wahlen zur Nationalversammlung (759 Abgeordnete) stattgefunden, und Gambetta hatte am 6. Februar seine Entlassung genommen. Am 12. trat die Versammlung im Theater von Bordeaux zusammen, am 16. wählte sie Jules Grévy zum Präsidenten, am nächsten Tage erhob sie Adolf Thiers zum „Oberhaupte der vollziehenden Gewalt", und am 21. begann dieser mit Jules Favre in Versailles die Verhandlungen über den Präliminarfrieden, am 26. Februar 1871 wurde er unterzeichnet. Frankreich trat an das Deutsche Reich das Elsaß ohne Belfort ab und Deutsch-Lothringen mit Metz, im ganzen 7710 qkm mit $1^1/_2$ Millionen Einwohnern, und zahlte 5 Milliarden Frank Kriegsentschädigung. Die Räumung Frankreichs sollte nach Maß-

138. Adolf Thiers.
Nach einer Photographie.

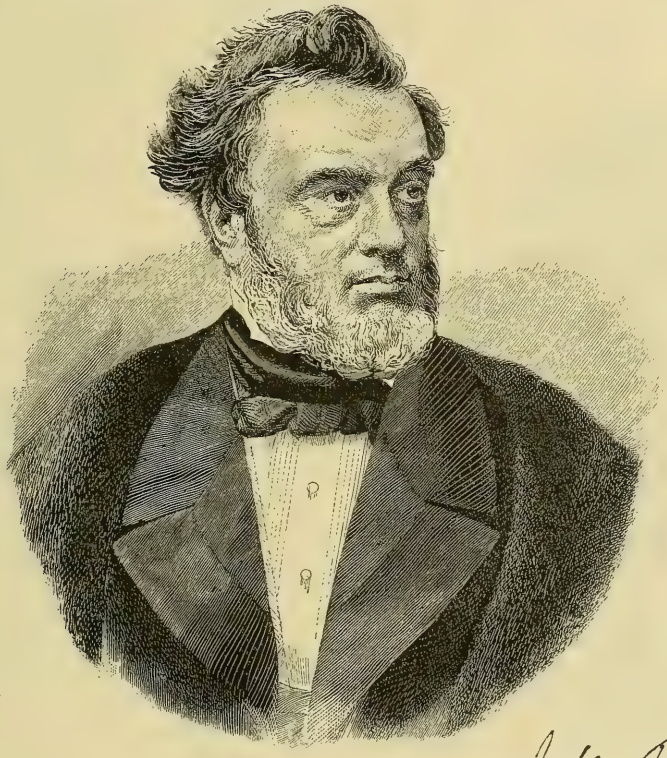
gabe der allmählichen Zahlung vor sich gehen, bis zur Genehmigung dieser Bedingungen durch die Nationalversammlung aber ein genau bestimmter Teil von Paris durch deutsche Truppen besetzt werden. Es war eine wohlverdiente Genugthuung für die deutschen Sieger und eine heilsame Demütigung für die Franzosen. Am 1. März zogen Teile des VI. und XI. preußischen und des 2. bayrischen Armeekorps mit einigen Schwadronen Reiterei und 16 Geschützen, im ganzen 30000 Mann, in Paris ein. Auf dem Felde von Longchamps hielt der Kaiser über sie Parade ab; dann rückten sie durch den Triumphbogen die elysäischen Felder hinab bis zur Place de la Concorde. Auch der Kronprinz mit dem Großherzoge von Baden machte eine Fahrt durch die Straßen, Graf Bismarck erschien zu Pferde in der bezwungenen Hauptstadt. Schon am 2. März stimmte die Nationalversammlung den Präliminarien zu, und am 3. März rückten die deutschen Truppen wieder aus Paris ab.

Der Kaiser aber unterzeichnete am 3. März den ruhmvollen Friedensschluß. Und nun, als diese Depesche am Nachmittage desselben Tages in der Heimat eintraf, da

läuteten überall im Reiche die Glocken der Kirchen den Frieden ein, überall wehte die neue schöne schwarzweißrote Trikolore, glänzten die Städte im Schimmer der Illumination, drängten sich freudig erregte Menschenmassen, und durch die Herzen klang das demütig-fromme Wort des Kaisers wider: „Dem Herrn sei die Ehre".

Kaiser Wilhelms Heimkehr.

Am 7. März verließ Kaiser Wilhelm Versailles, mit endlosem, begeistertem Jubel begrüßte ihn die Heimat; am 17. März langte er wieder in Berlin an. Am 21. März eröffnete er den ersten, aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangenen deutschen Reichstag. Mit dem Danke gegen Gott, der alles zu so wunderbar herrlichem Ende geführt, beginnend, schloß er mit dem Wunsche, daß die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein möge, „sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen."



139. Jules Favre.
Nach einer Photographie.

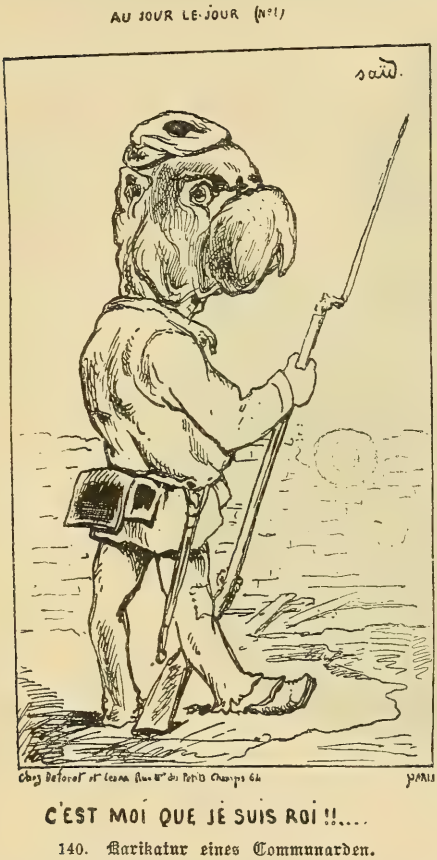
Die Verhandlungen über den endgültigen Frieden wurden währenddem in Brüssel vom Grafen Harry Arnim und Baron Baude geführt. Doch ihr Abschluß verzögerte sich; die Franzosen hofften noch mildere Bedingungen zu erreichen, und ihre Regierung war schon seit dem 18. März durch einen furchtbaren Aufstand in Paris bedroht.

Die Pariser Commune.

„Drei Tage habe ich mit dem Sieger gestritten, um der Nationalgarde von Paris die Waffen zu belassen", berichtete Julius Favre am 23. März 1871 in der französischen Nationalversammlung in Versailles. „Und", setzte er beschämt hinzu, „ich habe unrecht gehabt." Denn die Nationalgarde benutzte die ihr belassenen Gewehre und Kanonen dazu, um der republikanischen Regierung in Versailles Widerstand zu leisten. Paris proklamierte am 18. März die Herrschaft der „Commune", der roten Republik.

Tausende verlorener Existenzen forderten, sobald die Deutschen abmarschiert waren, die Commune, d. h. die Herrschaft der städtischen Masse, um durch den Schrecken sich im Besitze der Macht zu behaupten, die Kleinbürger verlangten sie als das Recht, ihre

Angelegenheiten selbst zu verwalten, der Arbeiter sah in der Commune den Sozialstaat der Zukunft. Die Pariser Nationalgarde war ihre Armee. Freilich barg sie mehr als 20 000 bestrafte Subjekte. Zu ihrer Unterstützung wurde ein Korps aus Marktweibern und öffentlichen Dirnen organisiert und Denunziationsbüreaus errichtet, unter deren Terrorismus Paris klar gemacht wurde, was die Volksmasse unter Freiheit verstände. Mit Linientruppen und entlassenen Kriegsgefangenen ging Mac Mahon gegen die Communards vor, während die Deutschen die Forts im Osten noch besetzt hielten und somit die Stadt auch ihrerseits einschlossen, ohne natürlich am Kampfe teilzunehmen. Als der Widerstand der „Föderierten" endlich zusammenbrach, suchten sie durch Erschießung von Geiseln, durch Vernichtung der öffentlichen Denkmäler, durch Einäscherung der Tuilerien, des Stadthauses und eines Teiles des Louvre der Freiheit ein „würdiges Leichenbegängnis" zu bereiten. So wurde unter entsetzlichen Greueln und blutigen Straßenkämpfen vom 21—28. Mai Paris von den „Versaillern" erobert und durch Massenerschießungen und Massendeportationen der Revolution der Proletarier ein Ende gemacht. Mit Schrecken und Abscheu war man inne geworden, wohin die sozialdemokratische Bewegung strebte.



140. Karikatur eines Communarden.
Von Alph. Levy (April 1871).

Das Urbild dieses treffenden Charakterbildes gehörte der Wirklichkeit an. Levy gab ihm das Bulldoggengesicht, um seinen Eindruck besser zu veranschaulichen.

Der Friede von Frankfurt.

Dieser schrecklichen Gefahr gegenüber suchte die Versailler Regierung direkt beim Grafen Bismarck um Beschleunigung des stockenden Friedenswerkes nach. In Frankfurt a. M. im Gasthof zum Schwan trafen ihre Unterhändler, Jules Favre und Pouyer Quertier, mit dem Grafen Bismarck zusammen und unterzeichneten am 10. Mai den endgültigen Frieden. 569 000 Mann hatte das Deutsche Reich, als es Frieden schloß, in Frankreich stehen, 204 000 standen zum Ersatze in der Heimat bereit; so gewährte es in voller Kriegsrüstung den Franzosen den Frieden. Allein hatte es den Krieg geführt; allein schloß es den Frieden. So verdarben die Diplomaten diesmal nicht, was die siegreichen Heere gewonnen hatten, sondern Graf Bismarcks weitschauende kraftvolle Staatskunst nutzte die Siege, allen Neid und alle Einmischungsgelüste der neutralen Mächte, zumal Englands, nachdrücklich zurückweisend, zum ruhmvollsten politischen Ergebnis aus. Dafür verlieh ihm Kaiser Wilhelm den Fürstenhut.

Heimkehr der Sieger.

Durch das Brandenburger Thor und die Linden entlang, zwischen einer Siegesallee von 7441 eroberten Geschützen hielten am 16. Juni 1871 die preußischen Garden mit Truppenteilen aller deutschen Armeekorps ihren feierlichen Einzug in der Reichshauptstadt Berlin, an ihrer Spitze der Kaiser, Kronprinz Friedrich Wilhelm und Prinz Friedrich Karl, Bismarck, Moltke und Roon und alle die glorreichen Heerführer eines unvergleichlichen Siegeszuges, von hunderttausendstimmigem Jubel umbraust, von Lorbeerkränzen überschüttet. Aber alle die siegreichen Fahnen und die eroberten Feldzeichen des Feindes (83) senkten sich vor dem enthüllten Standbilde König Friedrich Wilhelms III. zum Gruß, den der kaiserliche Sohn dem Vater darbrachte. Ein Dankgottesdienst am 18. Juni, am Tage von Belle-Alliance und Fehrbellin, bildete den schönen Abschluß der Siegesfeier.

Europa unter der Führung des Dreikaiserbündnisses.

Das Dreikaiserbündnis.

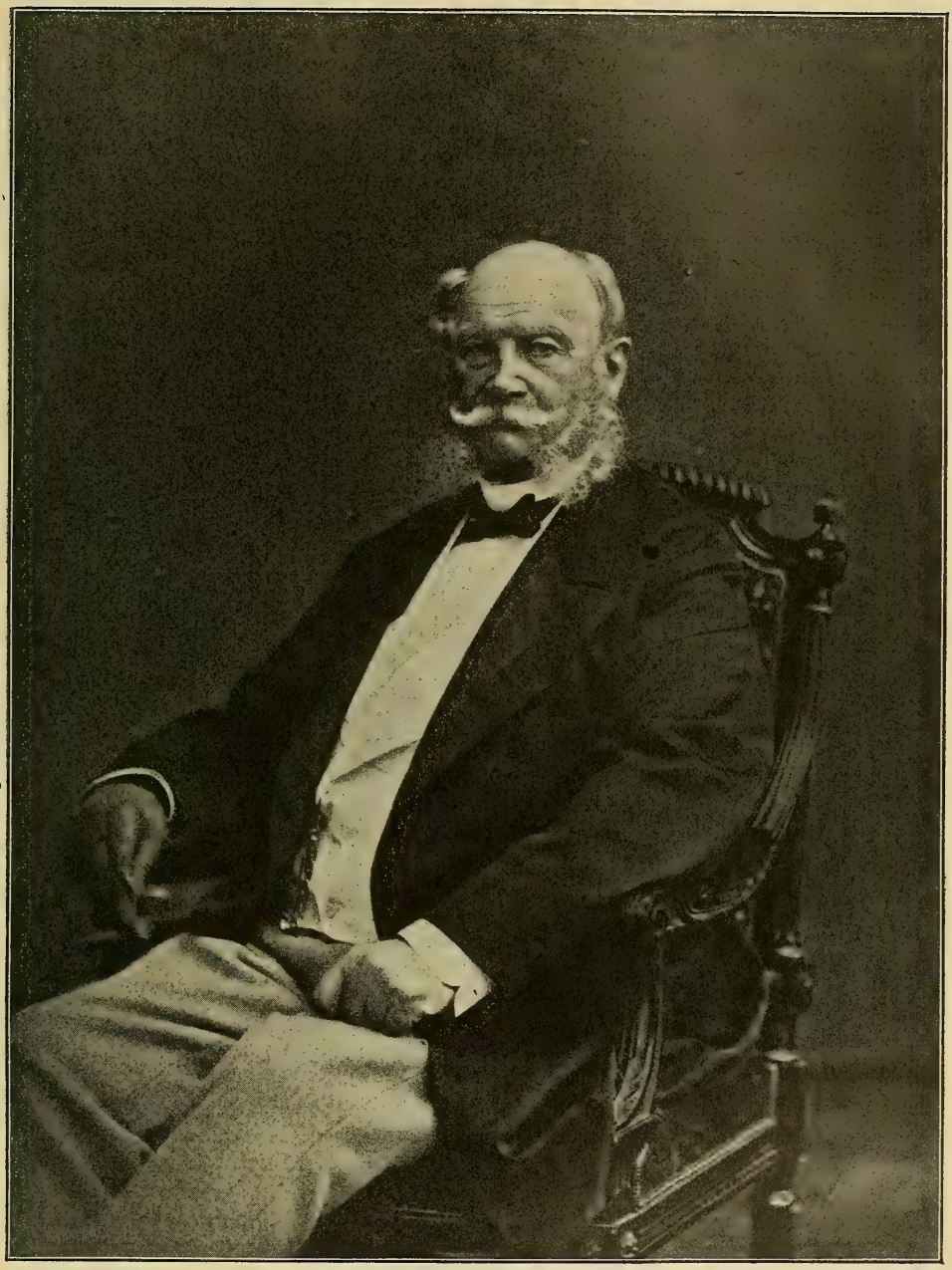
Seit 1871 hatte sich Europa mit der Thatsache abzufinden, daß die jahrhundertelang zerspaltene Mitte des Erdteils, sein stärkstes Kulturvolk zu einer waffengewaltigen Großmacht geeint und im stande sei, jeden Angriff zurückzuweisen und überall ihre Interessen nachdrücklich zur Geltung zu bringen, ohne doch jemals den Versuch zu machen, eine führende Stellung da zu behaupten, wo solche Interessen nicht vorlagen. An so unerhörte Mäßigung bei solchen Kräften und nach solchen Siegen zu glauben fiel freilich den Staatsmännern allerorten unendlich schwer; sie fürchteten noch lange ein neues Zeitalter deutscher Eroberungskriege, und erst allmählich wurde ihr Mißtrauen entwaffnet. Was sie immer aber auch denken und fürchten mochten, zur deutschen Macht Stellung zu nehmen, das war zunächst die wichtigste Aufgabe jeder europäischen Regierung. Am raschesten erfaßte die kluge russische Politik die Lage. Frankreich, das mit England die russische Macht im Schwarzen Meere zerstört hatte, lag zerschlagen am Boden, und England war vollständig vereinzelt, ja mit Deutschland wegen seiner ohnmächtigen Einmischungsgelüste und seines Waffenhandels in zunehmender Spannung; da erließ Fürst Gortschakow am 31. Oktober 1870 ein Rundschreiben an die russischen Vertreter im Auslande, worin er ankündigte, daß sich Rußland an die Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 über die Neutralisierung des Schwarzen Meeres nicht mehr gebunden halte. Dies brüske Vorgehen verstimmte überall, am meisten in London, aber trotz aller Entrüstung erschien Lord Odo Russell am 22. November im königlichen Hauptquartier in Versailles und nahm hier den Vorschlag Graf Bismarcks an, zur Beratung der peinlichen Angelegenheit eine Konferenz der am Pariser Frieden beteiligten Großmächte nach London zu berufen, die am 17. Januar 1871 zusammentrat. Sie willigte in die Aufhebung der von Rußland angefochtenen Bestimmung und hielt nur die Sperre der Meerengen aufrecht, gab also einen wesentlichen Teil des Gewinnes aus dem Krimkriege preis. Etwas später als Rußland näherte sich Österreich der siegreichen Nachbarmacht. Unter dem Eindrucke der Verhandlungen des Norddbundes mit den süddeutschen Staaten richtete Graf Beust am 5. Dezember 1870 ein Schreiben an Graf Bismarck, das den Wunsch nach guten Beziehungen ausdrückte, und empfing von diesem eine ausführliche Antwort (vom 14. Dezember): die Einigung Deutschlands sei kraft der geschichtlichen Notwendigkeit, trotz des Prager Friedens, vollzogen, aber man wünsche ein freundliches Verhältnis zu Österreich, worauf nun wieder Beust am 26. Dezember, jeden Gedanken an eine Beschwerde wegen des Prager Friedens ablehnend, mit warmer Zustimmung antwortete. Auf den Abschluß mit Bayern war dies neue Einvernehmen nicht ohne Einfluß, denn es nahm den „Patrioten“ jeden Rückhalt. Nach dem Frankfurter Frieden entwickelten sich die Dinge weiter. Schon daß beim Triumpheinzuge am 16. Juni die Abgesandten Österreichs und Rußlands, General von Gablenz und Baron von Meyendorff, an der Spitze der Kolonne ritten, war eine deutliche Demonstration vor allem Volke und vor ganz Europa; am 1. Juli pries Beust vor der österreichischen Delegation die Freundschaft Österreichs mit Deutschland und Italien als „das mitteleuropäische Bollwerk des Friedens“, und am 11. August erschien Kaiser Wilhelm zum erstenmal seit 1865, auf der Reise nach Gastein in Ischl bei Kaiser Franz Joseph. Während eines dreiwöchigen gemeinschaftlichen Aufenthalts in Gastein sprachen Fürst Bismarck und Graf Beust alle schwebenden Fragen gründlich durch, woraus sich ein volles Einverständnis beider Staatsmänner ohne geschriebene Verträge ergab. Eine zweite Zusammenkunft beider Kaiser in Salzburg am 7. September befestigte noch dies Verhältnis. Auch der Rücktritt Beusts am 1. November änderte daran nichts, vielmehr legte sein Nachfolger, Graf Andrassy (1871—79), das größte Gewicht auf das engste Einvernehmen. Daß sich auch Italien diesem Bündnis der beiden Kaisermächte näherte, nachdem jeder Grund zur Feindschaft gegen Österreich beseitigt war,

Deutschlands neue Stellung.

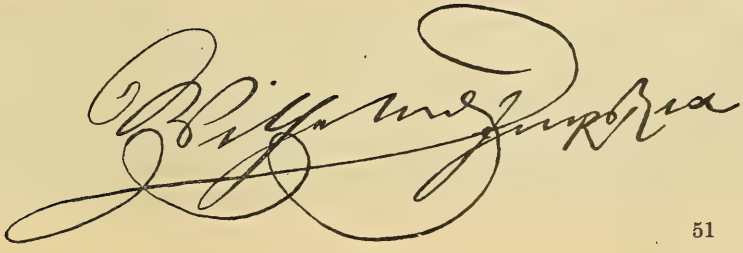
bewies schon der Besuch des Kronprinzenpaares in Berlin im Mai 1872. Das ältere Verhältnis Deutschlands zu Rußland daneben sorgfältig zu pflegen, gerade weil der russische Adel, den Thronfolger Alexander (III.) inbegriffen, und die russische Presse der Einigung Deutschlands nichts weniger als freundschaftlich gegenüberstanden, blieb natürlich einer der vornehmsten Gesichtspunkte Fürst Bismarcks; indem er die im türkischen Orient einander vielfach entgegenlaufenden Interessen Rußlands und Österreichs auszugleichen suchte, machte er Deutschland zum Vermittler und zum Bindegliede zwischen beiden Mächten. Glänzend in die Erscheinung trat dies Dreikaiserbündnis vor allem, als Kaiser Franz Joseph und Kaiser Alexander II., von ihren leitenden Ministern begleitet, vom 6.—11. September 1872 in Berlin verweilten und alle drei Monarchen, der greise Kaiser Wilhelm in der Mitte, auf dem Tempelhofer Felde die glänzende Heerschau abnahmen über die stolzen Regimenter, deren Fahnen alle das Eiserne Kreuz in der Spitze trugen. Auch König Victor Emanuel erschien im September 1873 mit seinen Ministern Visconti Venosta und Minghetti in Wien und Berlin, wo seine offene einfache Art guten Eindruck machte; er empfing dann im April 1875 den Gegenbesuch Kaiser Franz Josephs in Venedig, das dieser selbst, allen Groll vergessend, vorgeschlagen hatte und das jetzt seinen ehemaligen Herrn mit freudigem Gepränge begrüßte, und traf im Oktober desselben Jahres in Mailand mit Kaiser Wilhelm zusammen, dem die Lombarden einen Triumphzug bereiteten, wie ihn Friedrich Barbarossas Heldenmut niemals hatte erzwingen können. Durch weise Selbstbeschränkung hatte Deutschland die Mitte und den Osten Europas eng verbunden, Italien von der drückenden französischen Vorherrschaft befreit, und die beiden Westmächte, die einst die Führung des Erdteils gehabt hatten, beiseite geschoben. Der Schwerpunkt der europäischen Politik lag für zwei Jahrzehnte in der deutschen Reichshauptstadt.

Kaiser Wilhelm I.

Es war das Verdienst eines kleinen Kreises großer Männer. Seit 1870 stand König Wilhelm vor der ganzen Welt nicht nur als der stets siegreiche Feldherr, sondern auch als der fürstliche Führer jener gewaltigen Volksbewegung, die über den Hader der Parteien und die Bedenken einzelner Höfe wie im Sturme hinwegschritt dem Ziele der nationalen Einheit zu, als das ehrwürdige Oberhaupt Deutschlands, als der erste Mann des hohen europäischen Adels. Immer blieb er der Monarch, der Herr, im großen wie im kleinen. So fest das Vertrauen war, das er seinen mit sicherem Blick auserwählten Räten schenkte, so mächtig sein großer Kanzler auf ihn wirkte, so unerschütterlich dankbar er an ihm festhielt, allen Anfeindungen zum Trotz, vertraulich war das Verhältnis niemals. Ein gütiger Hausherr und ein vollendeter Kavalier, zog der greise Kaiser doch durch eine förmliche Höflichkeit, die streng darauf hielt, jedem die gebührende Ehre zu geben, und in keinem Augenblicke der eignen Würde vergaß, eine unsichtbare, aber unüberschreitbare Schranke um sich. Seine Minister ließ er in ihrem Amtsbereich sehr frei gewähren, aber nur in seiner Hand liefen alle Fäden zusammen, die letzte Entscheidung gab überall er, auf Grund seiner fürstlichen Pflicht, seines demütigen Gottvertrauens und der ungeheuren Erfahrung eines fast die Grenzen des Menschlichen überschreitenden Alters, und selbst den Kronprinzen hielt er von allen Geschäften fern. Ihn zu irgend einem Entschlusse anders zu bestimmen als durch wohlerwogene sachliche Gründe, war ganz unmöglich, und stets, auch in Dingen, die ihm nach seinem Bildungsgange fern lagen, suchte er sich durch unermüdliche Arbeit eine selbständige Ansicht zu schaffen. So bewährte er die wunderbare Fähigkeit, sich immer wieder in ganz neue Aufgaben hineinzudenken und jeder, auch der schwierigsten gewachsen zu sein, ohne jemals von der vorwärts drängenden Welt sich verstimmt abzuwenden. Mit merkwürdigem, unfehlbarem Takte sprach er öffentlich in seiner schlichten, klaren Weise zu jeder Sache und zu jedem immer das, was gesagt werden mußte, und niemals hatte er Ursache, ein Wort ungesprochen zu wünschen. Obwohl er aufs würdigste und glänzendste repräsentierte, so lebte er doch für sich in seinem schmucklosen Palais am Opernplatz in streng soldatischer Einfachheit, schlief bis in sein höchstes Alter im schmalen, eisernen Feldbett und war vom frühen Morgen an in Uniform. Denn immer blieb er doch durch und durch Soldat, und wenn der alte Herr, den Kopf ein wenig vorgeneigt, aber



11 Oktober 1876



straff im Sattel bis in seine letzten Jahre (er ritt noch mit 85 Jahren Galopp) die Reihen seiner Regimenter musterte, dann war es jedem einzelnen Mann, als wenn dies schöne blaue Auge sich gerade auf ihn richtete und ihn durch und durch schaute. Und doch strahlten diese Augen wieder von Milde und Güte und guter Laune. So rückte er allen Teilen der Nation gleich nahe und verband sie alle in der Verehrung für seine gewiß nicht geniale, aber einzigartige harmonische Persönlichkeit. Wie in Berlin bei jeder Ausfahrt alles ehrfurchtsvoll grüßend stehen blieb, sobald sein einfacher Zweispänner mit dem Feldjäger auf dem Bock sichtbar wurde, wie sich, wenn jeden Mittag die Wachtparade die Linden entlang zog, Tausende um sein Palais drängten, um ihn zu sehen, wenn er jedesmal unverdrossen an sein „historisches Eckfenster" trat, und einen Blick von ihm zu erhaschen, so empfing ihn im ganzen Reiche, im Norden wie im Süden, zumal wenn er im Herbst bald da, bald dort seine „Kaisermanöver" abhielt, brausender Volksjubel, ein Wald von Fahnen verhüllte die Häuser, und die Glocken der Kirchen läuteten feierlich bei seinem Einzug. Kein deutscher Fürst, der ihm nicht neidlos den Vorrang gegönnt hätte, den er so würdig und doch so bescheiden geltend machte; mit manchem, wie mit dem König Albert von Sachsen, dem Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg u. a. verband ihn ganz persönliche Freundschaft. So wurde der Sohn der Dulderkönigin Luise zum Hort und Helden eines ganzen großen Volkes, und „ein Strom der Liebe, wie er nur den Tiefen des deutschen Gemüts entquillt, hat ihn durch seine letzten Jahre dahingetragen".

Fürst Bismarck.

Nicht das am wenigsten Wunderbare ist an Kaiser Wilhelm, daß er durch die gewaltige, alles überragende Gestalt Fürst Bismarcks nicht verdunkelt wurde. Auch für ihn kam den Deutschen erst seit 1870 das volle Verständnis, und sie erkannten erst langsam, daß in diesem pommerschen Edelmann altmärkischer Abkunft die größte Verkörperung des deutschen Wesens seit Luther vor ihnen stehe, die deshalb niemals ein Fremder ganz verstanden hat. Ein alles durchdringender und umfassender Verstand, der überall den springenden Punkt und den rechten Mann zu finden wußte, und ein tiefes Gemüt, das sich ein Leben ohne Frau und Kinder und ohne Gott nicht denken konnte und das Leben auf einsamem Edelsitz im Rauschen des Waldes und auf rüstiger Jagd allen zerstreuenden und blendenden großstädtischen Genüssen weit vorzog, eine kluge Berechnung, die nichts übersah, und eine ungeheure, zuweilen vulkanisch herausbrechende, den Gegner zermalmende Leidenschaft, eine beispiellose Mäßigung, die niemals weiter ging, als man gehen mußte, und ein eiserner Wille, der jeden Widerstand mit zäher Ausdauer zermürbte oder mit kurzem Rucke zerbrach, ein hochfliegender, niemals ermattender Idealismus in den Zielen, der immer nur das eine wollte, die Größe und das Glück seines Volkes, und der an die unsichtbaren und unwägbaren Kräfte des Gemüts unerschütterlich glaubte, und ein Realismus in den Mitteln, der, an der praktischen Arbeit des Landwirts und Soldaten geschult, die Menschen und Dinge genau so sah, wie sie waren und auf Theorien gar nichts gab, tiefer Ernst und sprudelnder Humor, stolzes Selbstbewußtsein und liebenswürdigste Höflichkeit, das alles hatte sich zu einem so eigentümlichen Ganzen verbunden, wie es nur aller paar hundert Jahre einmal einem Volke beschert wird. Und dies Wesen spiegelte sich in seinen Reden wie in allem, was er schrieb, so charakteristisch wider, daß er in jeder Äußerung, auf den ersten Blick zu erkennen ist. Als parlamentarischer Redner hatte er auf den ersten Blick wenig Anziehendes, denn er sprach mit häufigem Stocken und öfteren Unterbrechungen ohne jedes rhetorische Mittel, aber auf die Dauer fesselte er alle durch die zwingende Macht der Schlüsse, die Eigenart des Ausdrucks, die Kraft der sicher treffenden Bilder, und wenn es sein mußte, durch die Wucht seines Angriffs und die hinreißende Glut seiner patriotischen Begeisterung. Aber menschlich näher trat er den zahllosen Deutschen und Fremden, die er an seinem stets gastlichen Tische sah, denn er ist ein unverwüstlicher Erzähler von unvergleichlicher Anschaulichkeit der Schilderung, unerschöpflicher Kenntnis aller irgendwie bedeutenden Menschen seiner Zeit und einem erstaunlichen geschichtlichen Wissen, und über das alles hin fliegen dann und wann die Lichter eines launigen Humors. Ein Mann wie dieser mußte ebenso begeisterte Verehrung wie erbitterten Haß erregen,

und beides empfand er tief; er klagte zuweilen, daß er von seiner politischen Thätigkeit wenig Freude gehabt und noch weniger anderen eine Freude gemacht habe, und wirklich glückliche Stunden wollte er am Ende einer unvergleichlichen Laufbahn nur vierundzwanzig zählen; aber im Gleichgewicht hielt ihn immer das Bewußtsein der erfüllten Pflicht und die treue Liebe einer Frau (Johanna von Puttkamer), die niemals den Ehrgeiz hatte, eine politische Rolle zu spielen, sondern immer nur seine Lebensgefährtin sein wollte, Leid und Freude tief mit ihm empfindend und ihn umgebend mit dem Behagen eines ebenso vornehmen wie anheimelnden Haushalts.

Der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl.

Die Größe und die unverwüstliche Lebenskraft des Vaters waren für den Sohn, den Kronprinzen Friedrich Wilhelm, ein Verhängnis. Seine schönsten Tage waren die, da er Süd- und Norddeutsche gemeinsam zum Siege führte, da seine Siegfriedsgestalt die Bayern und Schwaben dem neuen Reiche gewann und „unser Fritz“ die populärste Heldengestalt des Krieges wurde. Aber diese Zeiten kamen nicht wieder. Auf der Höhe rüstigster Manneskraft sah er sich fast zur Unthätigkeit verurteilt. Für ein militärisches Kommando war er schon zu hoch gestiegen; von den regelmäßigen politischen Geschäften hielt ihn der Vater fern, nur zu feierlichen Repräsentationspflichten, an denen ihm nichts lag, wurde er herangezogen, und das Gefühl einer fruchtbaren Thätigkeit hatte er nur, wenn er als Generalinspekteur alljährlich einige Wochen die süddeutschen Armeekorps musterte, „immer fest und freundlich“, und das Andenken an glorreiche Tage erneuerte. Auch dem Bezwinger des unbezwungenen Metz, dem Prinzen Friedrich Karl, öffnete sich nach dem Frieden kein anderer Beruf, als der eines Generalinspekteurs, und er lebte, bei tiefem Gemüt durch eine freudlose Jugend an schweigsame Zurückhaltung gewöhnt, meist still für sich mit einem kleinen Kreise von Vertrauten auf dem Schlosse von Klein-Glienicke in der lieblichen Havellandschaft oder auf seinem Jagdhause Dreilinden. Graf Roon blieb im Amte, bis die Kräfte versagten, obwohl er dem Gange der inneren Politik nicht völlig zustimmte. Am glücklichsten von allen fiel dem Schlachtendenker Moltke das Los. Während sein Siegesgenosse Fürst Bismarck um die Ausbildung und Sicherung seines Werkes fortwährend im heißen Kampfe stand, genoß Moltke bei Freund und Feind die unbestrittene Autorität des ersten Feldherrn der Zeit, und seine Meinung galt allerorten unbedingt.

Der Ausbau des Deutschen Reiches.

Das Reich und die Parteien.

Die konservativen Kräfte, die Monarchie und ihr Heer, hatten die Grundlagen des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches geschaffen. Aber die Idee der nationalen Einheit war in diese Kreise erst aus dem liberalen Bürgertum herübergedrungen; ganz naturgemäß gewann daher dieses auf den Ausbau des Reiches und seine Gliederstaaten zunächst einen maßgebenden Einfluß. Mochte die Staatsleitung auch der Hauptsache nach in konservativen Händen bleiben, sie wurde doch überwiegend im liberalen Sinne geführt, und die herrschende Partei im Reichstage wie im preußischen Abgeordnetenhause war der Zahl wie der geistigen Bedeutung nach die nationalliberale. Die Konservativen traten daher zu der liberalen Gesetzgebung in eine grundsätzliche Opposition, die sie auf Jahre von dem leitenden Staatsmanne trennte und diesen folgerichtig dazu drängte, sich mehr und mehr auf die Liberalen zu stützen, ohne daß diese doch jemals vollständig ans Ruder gelangt wären, weil sie in entscheidenden Augenblicken ihre Grundsätze höher stellten, als die Herrschaft.

Die Sozialdemokratie in Deutschland.

Da war es nun ein in der deutschen Geschichte wie im deutschen Wesen tief begründetes Verhängnis, daß in derselben Zeit, da sich die deutsche Nation im Glanze strahlender Siege enger zusammenschloß als je und lang entfremdete Landschaften ruhmvoll zurückgewann, zwei internationale und antinationale Strömungen sich auf deutschem Boden, unter dem idealistischesten und daher doktrinärsten der Völker rasch ausbreiteten und der Ausgestaltung des nationalen Staates feindlich gegenübertraten. Schon im September 1864 hatte sich in London die „internationale Sozialdemokratie“ derart organisiert, daß in London ein „Generalrat“ und für jedes Land ein „Generalsekretär“ eingesetzt wurde, für Deutschland ihr eigentlicher Schöpfer Karl Marx. Der

zweite Kongreß in Genf führte dann die Organisation noch weiter. Doch zerfielen die deutschen Sozialdemokraten nach Lasalles Tode 1864 (s. S. 249) noch in zwei sich heftig befehdende Gruppen, die persönlichen Anhänger Lasalles unter Leitung der Gräfin Hatzfeldt, einer sehr reichen, sehr schlauen und sehr herrschsüchtigen Dame, und die Genossen von Schweizers in Frankfurt am Main, der, übersättigt von einem ausschweifenden Leben, nach den ihm neuen Reizungen eines radikalen Parteiführers suchte. Neben diesen Gruppen bildeten sich in den industriellen Bezirken Sachsens und Thüringens demokratische Arbeitervereine, die sich seit 1867 der Leitung eines Ausschusses in Leipzig unterwarfen und dadurch mehr und mehr in die Hände eines sehr begabten ehrlichen Fanatikers, des Leipziger Drechslermeisters August Bebel gerieten. Als dieser nun von Wilhelm Liebknecht, einem der eifrigsten Anhänger von Karl Marx, für die Sozialdemokratie gewonnen worden war, nahm der Verbandstag der Arbeitervereine im September 1868 zu Nürnberg unter Bebels Vorsitz das Genfer Programm mit dem Streben nach politischer Macht zur Gründung „des sozialdemokratischen Zukunftsstaates" an; eine davon abweichende Minderheit schied aus. Das auf dem Eisenacher Verbandstage im August 1869 angenommene Parteiprogramm forderte den „freien Volksstaat", daher genossenschaftliche Produktion, allgemeines direktes Wahlrecht vom 20. Jahre ab für alle Vertretungskörper, direkte Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr statt der stehenden Heere, unentgeltlichen Unterricht in der Volksschule, Abschaffung aller indirekten Steuern, progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer. Die Leitung der Partei übernahm ein Ausschuß von fünf Mitgliedern, ihr Organ wurde der Leipziger „Volksstaat" unter W. Liebknechts Redaktion. Die Lassalleaner, die sich schon in Eisenach getrennt hatten, konstituierten sich nach dem Stuttgarter Parteitage im Juni 1870 als „Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein" unter von Schweizer, Hasenclever und Hasselmann, und machten den „Sozialdemokrat" in Berlin zu ihrem Organ. Mit der Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts für den Reichstag, dem Gesetze über die Freizügigkeit und andre Verkehrserleichterungen, die die liberale Partei freigebig spendete, wuchs ebenso das Selbstbewußtsein wie die politische Bedeutung der handarbeitenden Klassen, und indem aus der populären Presse des bürgerlichen Liberalismus die diesem längst geläufigen kirchenfeindlichen materialistischen und atheistischen Ideen in immer weiterem Umfange bis in die Massen durchsickerten, verbreitete sich in diesen eine Weltanschauung, die dem Marxismus den günstigsten Nährboden gab. Wie diese Kreise zur bestehenden Ordnung standen, das zeigte schon 1871 die freche Verherrlichung der Pariser Commune im Leipziger „Volksstaat" und auf der Rednerbühne des Reichstages durch Bebel.

Anwachsen der Sozialdemokratie; die ersten sozialen Gesetze.

Als nun vollends mit dem „Milliardensegen" binnen wenigen Jahren ungeheure flüssige Kapitalien über das Land hereinfluteten, das Geld spottwohlfeil wurde, und die „Gründungen" der verschiedensten Art, meist in der Form der Aktiengesellschaft, Eisenbahnanlagen, Fabrikunternehmungen, Banken u. dgl., wie Pilze aus dem Boden schossen, als im Zusammenhange damit die Zuwanderung vom platten Lande in die großen Städte unverhältnismäßig rasch anschwoll, die Arbeitslöhne und damit die Lebensansprüche der Arbeiter sich überraschend schnell steigerten, dann aber seit dem längst vorausgesagten großen „Krach" nach der Wiener Weltausstellung von 1873 viele der schwindelhaften Gründungen jäh zusammenbrachen, Tausende von Arbeitern plötzlich brotlos wurden und die Löhne allgemein fielen, da schwoll die Sozialdemokratie mächtig an und brachte bei den Reichstagswahlen vom Januar 1874 schon zehn Vertreter durch, die meisten in Sachsen. Die bürgerlichen Parteien ließen sich dadurch zunächst in ihrer arbeiterfreundlichen Politik nicht irre machen, bewilligten schon 1871 das Reichsgesetz über die Haftpflicht der Unternehmer für Beschädigungen der Arbeiter bei Eisenbahnen, Bergwerken und Fabriken, lehnten unter E. Laskers Führung die Gesetzvorlagen gegen den Kontraktbruch, besonders durch Arbeitseinstellungen (Streiks) und gegen Angriffe auf die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft (Ehe, Familie, Eigentum) 1874 ab und nahmen dagegen 1876 das Hilfskassengesetz mit Versicherungszwang an. Inzwischen verstärkte die Sozialdemokratie ihre Organisation, indem sich ihre beiden Parteien auf dem Kongreß in Gotha im Mai 1875 auf Grund des Eisenacher Programms von 1869

v. Bismarck 9 July. 1880.

vereinigten. Seitdem wuchs die Bewegung lawinenartig an. Bis zum ersten Kongreß in Gotha im August 1876 waren an freiwilligen Beiträgen über 54000 Mark eingegangen (für die Zentralkasse), und 145 wohlgeschulte, zum Teil besoldete Agitatoren standen der Partei zur Verfügung. Ein Jahr später hatte das neue Hauptblatt „Vorwärts", das aus der Verschmelzung des „Sozialdemokrat" und des „Volksstaats" hervorgegangen, 12000 Abonnenten, und neben ihm gab es noch 41 andre Blätter derselben Richtung. Im September 1877 schlossen sich die Sozialdemokraten Deutschlands, Österreichs, Italiens, Frankreichs, Englands, Belgiens, Dänemarks und der Schweiz in Genf zu einem großen internationalen Verbande zusammen. So trat der „vierte Stand", die Masse der städtischen Arbeiterschaft, überall in den Kampf nicht so sehr um die Gleichberechtigung, als um die Herrschaft ein, im schroffsten Gegensatz zu der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, und mindestens in völliger Gleichgültigkeit gegen die nationale Idee.

Der Altkatholizismus.

Wie diese hier durch das einseitige wirtschaftlich-soziale Interesse überwuchert wurde, so wurde sie für andre Kreise von dem kirchlich-hierarchischen Gedanken, nicht etwa von einer religiösen Bewegung zurückgedrängt. Das Unfehlbarkeitsdogma offen durch ihre Abstimmung zurückzuweisen, hatten die deutschen Bischöfe in Rom nicht über sich gewonnen, weil sie eine neue Kirchenspaltung scheuten und die Behauptung der Hierarchie ihnen nach römischer Art höher stand als die persönliche Überzeugung. Sie alle brachten das „Sacrifizio dell' intelletto", der eine früher, der andre später, der gelehrte, milde Bischof von Rottenburg, Dr. von Hefele, nach langer Seelenqual „mit zitterndem Gewissen", und sie bedrohten jeden Priester, der das neue Dogma nicht annehmen wollte, also auf ihrem eignen früheren Standpunkte beharrte, mit dem Banne. So versagte sich der gesamte deutsche Episkopat gerade wie zu Luthers Zeit den Forderungen des deutschen Gewissens, doch kein Luther erstand in dieser weltlichen Zeit. Die ungeheure Masse der Priesterschaft, längst zum willenlosen Gehorsam gegen die Bischöfe erzogen, fügte sich widerstandslos, und nur in einigen gelehrten, besonders akademischen Kreisen regte sich ein unkräftiger Widerspruch, der mit dem Standpunkte des Erasmus manche Ähnlichkeit hat. J. von Schulte in Prag, der erste Kanonist der Zeit, der Kirchenhistoriker Hubert Reinkens in Breslau, der gelehrte Stiftspropst Ignaz von Döllinger in München weigerten sich, die Unfehlbarkeit anzuerkennen, da sie gegen alle ihre wissenschaftliche Überzeugung verstoße, und gingen auf das Tridentinische Glaubensbekenntnis zurück, das dem Protestantismus allerdings kaum minder feindlich gegenüber stand als das Vaticanum. Vom Banne getroffen, aber in ihren Ämtern von den Regierungen geschützt, brachten diese Männer mit einigen Pfarrern, denen sich ein Teil ihrer Gemeinden anschloß, im September 1871 den ersten altkatholischen Kongreß in München zustande, und eine Reihe von Gemeinden bildete sich. Der zweite Kongreß in Köln (September 1872) veranlaßte die Wahl des Dr. Hubert Reinkens zum Bischof (4. Juni 1873), der in Preußen, Baden und Hessen förmlich anerkannt, in Bayern wenigstens geduldet wurde, und die erste Synode in Bonn nahm im Mai 1874 die Kirchenverfassung mit der Synode als höchster gesetzgebender Instanz und einer „Synodalrepräsentanz" neben dem Bischof als Spitze des Kirchenregiments an, beide mit Zuziehung von Laien. Um 1876 zählten die Altkatholiken in Deutschland etwa 100 Gemeinden mit 60 Geistlichen und 50000 Seelen.

Gründung des „Zentrums".

Eine wirkliche Bedeutung gewann also der Altkatholizismus für Deutschland nicht, weil ihm jedes begeisternde, populäre Element fehlte. Dagegen begann die römische Kirche mit der ihr an sich sehr unbequemen Thatsache eines Deutschen Reiches von überwiegend protestantischer Bevölkerung und unter einem protestantischen Kaiser ernsthaft zu rechnen, sobald sich herausstellte, daß die Stellung des katholischen Österreich in Deutschland endgültig verloren und Frankreichs Macht vorläufig gebrochen sei. Nachdem Antonelli schon im Oktober 1870 in Versailles angefragt hatte, ob sich Deutschland für die ungestörte Abreise des Papstes aus Rom unter Umständen verwenden werde, erbat der Erzbischof Ledochowski von Gnesen im Dezember geradezu die deutsche Intervention für die Wiederherstellung des Kirchenstaates, also den Krieg gegen das

Königreich Italien, und im Februar 1871 richteten 56 katholische Abgeordnete, an ihrer Spitze der frühere hannöversche Minister Ludwig Windthorst und Peter Reichensperger, eine Bittschrift desselben Inhalts an Kaiser Wilhelm. Da sich nun diese Hoffnungen sehr bald als hinfällig herausstellten, so bildete sich zunächst für den Reichstag eine konfessionell katholische Partei von 63 Abgeordneten, das „Zentrum". Sie wollte die Wiederherstellung des Kirchenstaates, die „Freiheit" der Kirche und den Ausbau des Reiches auf „föderativer" Grundlage, trat also in Opposition zu der Regierungspolitik, um durch eine Parteibildung zu ersetzen, was nach ihrer Auffassung die katholische Kirche durch den Ausschluß Österreichs an Halt in Deutschland verloren hatte. Neben schlauen Intriganten, wie Windthorst, der zeitlebens mehr welfisch und preußenfeindlich als ultramontan gesinnt war, standen ehrlich überzeugte, tief religiöse und in ihrer Art gut deutsche Katholiken, wie beide Reichensperger, Mallinckrodt u. a.

Anfang des „Kulturkampfes".

Aber die Thronrede Kaiser Wilhelms am 21. März 1871 wies jeden Gedanken an Intervention in Italien weit von sich, der Antrag des Zentrums auf Einfügung der preußischen Grundrechte in die Reichsverfassung zu gunsten der Freiheit der Kirche wurde mit 229 gegen 59 Stimmen abgelehnt, und bald beantwortete die Regierung diese katholische „Mobilisierung" mit Gegenmaßregeln. Schon am 19. Juni brachte ein scharfer Artikel der Kreuzzeitung eine förmliche Absage an das Zentrum, die katholische Abteilung im preußischen Kultusministerium wurde am 8. Juli aufgehoben, eine Adresse der preußischen Bischöfe unter Führung des Erzbischofs von Köln, Paulus Melchers, wegen Einspruchs des Kultusministers von Mühler gegen die bischöfliche Maßregelung altkatholischer Professoren in Bonn und Braunsberg (7. September) wies der Kaiser als unbegründet zurück, und ein Reichsgesetz vom 10. Dezember 1871, das der bayrische Kultusminister Lutz veranlaßt hatte, bedrohte jeden Mißbrauch der Kanzel zu agitatorischen Zwecken mit strengen Strafen (der „Kanzelparagraph"). Im nächsten Jahre begann die vom Kaiser in seiner Antwort an die Bischöfe bereits angekündigte gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, damit der eigentliche „Kulturkampf", wie der fortschrittliche Abgeordnete Virchow diesen zweiten preußischen Kirchenstreit taufte. An die Stelle von Mühlers trat im Januar 1872 als Kultusminister Adalbert Falk, ein energischer Staatsmann mit rein juristischer Auffassung. Er verfocht das erste dieser Kampfgesetze, das noch von Mühler eingebrachte Schulaufsichtsgesetz, das die geistliche Schulaufsicht in Preußen durchaus von staatlicher Bestallung abhängig machte, überhaupt bedeutend einschränkte, so nachdrücklich, daß es im Abgeordnetenhause mit 207 gegen 155, im Herrenhause mit 126 gegen 76 Stimmen angenommen wurde (Februar), aber es drängte zuerst die Masse der Konservativen in die Opposition. Die Spannung verschärfte sich, als Pius IX. den zum deutschen Botschafter am päpstlichen Stuhle ernannten Kardinal Hohenlohe ablehnte, also nach der Auffassung der Regierung die ihm zur Versöhnung dargebotene Hand zurückstieß. Jetzt führte Fürst Bismarck in einer Depesche wegen der etwaigen neuen Papstwahl aus, seit der Verkündigung der Unfehlbarkeit seien alle Rechte der Bischöfe Rechte des Papstes geworden, die Bischöfe also nur noch päpstliche Beamte ohne selbständige Verantwortlichkeit, Beamte eines absoluten, unfehlbaren, fremden

143. Kultusminister Adalbert Falk.
Nach einer Photographie.

Souveräns, denen der Staat unmöglich dieselben Rechte wie früher zugestehen könne, und am 14. Mai fiel sein berühmtes Wort: „Nach Canossa gehen wir nicht!“ das im ganzen protestantischen Deutschland stürmischen Jubel hervorrief und „deutsche Männer und Frauen in Dankbarkeit und fester Zuversicht“ begeisterte, auf der Harzburg, dem Lieblingssitze des unglücklichen Heinrich IV. (s. Bd. III, S. 516), die hochragende „Canossasäule“ (einen Obelisken) zu errichten.

Die „Maigesetze“

Bald erfuhr die Kirche den eisernen Griff des Ministers. Ein Reichsgesetz vom 4. Juli 1872 verbannte die Jesuiten und die ihnen verwandten Ordensgenossenschaften (Redemtoristen, Lazaristen, Priester vom heiligen Geist und vom heiligen Herzen) als die eigentlichen Träger des internationalen Ultramontanismus aus dem ganzen Gebiete des Deutschen Reiches, und als der Papst in einer Ansprache an die Kardinäle am 22. Dezember sich aufs schärfste gegen solche Kirchenverfolgung erklärte, da wurden mit Schluß des Jahres die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan ganz abgebrochen. Schon im Januar 1873 brachte Falk die vier großen kirchenpolitischen Gesetze ein, zu Anfang Mai wurden sie nach heißen, erbitterten Kämpfen in beiden Häusern des Landtages gegen die Stimmen des Zentrums und eines Teiles der Konservativen angenommen und am 11. Mai vom König genehmigt. Das erste Gesetz entzog der kirchlichen Strafgewalt alles, was nicht auf rein religiösem Gebiete lag; das zweite knüpfte die Befähigung zu einem geistlichen Amte an die wissenschaftliche Ausbildung auf deutschen Gymnasien und Universitäten, stellte die kirchlichen Bildungsanstalten unter die Aufsicht des Staates und schrieb den geistlichen Oberen vor, bei jeder Anstellung die Anzeige dem Oberpräsidenten der Provinz zu erstatten, dem dagegen in gewissen Fällen der Einspruch freistand; das dritte machte den Austritt aus einer Kirchengemeinschaft lediglich von einer Erklärung vor dem Richter des Ortes abhängig; das vierte regelte die kirchliche Disziplinargewalt gegen Geistliche und errichtete einen obersten königlichen Gerichtshof für geistliche Angelegenheiten.

Fortführung des Kulturkampfes.

Diese „Maigesetze“ entfesselten einen Kampf von unerhörter Heftigkeit. Ein Schreiben des Papstes vom 7. August, das ihn zur Entlassung seiner Räte bestimmen sollte, beantwortete der Kaiser am 3. September mit ruhigem Selbstgefühl und würdiger Zurückhaltung, aber das päpstliche Rundschreiben (Encyklika) vom 5. Februar 1875 erklärte die Maigesetze einfach für ungültig. Aufs schärfste traten einander die Souveränität des weltlichen Staates und der Anspruch der Kirche auf Freiheit von jeder Abhängigkeit gegenüber. Binnen kurzem wurden die Bischöfe von Gnesen (schon 15. April 1874), Paderborn, Trier, Köln, Münster, Breslau, Limburg ihres Amtes entsetzt und meist gefänglich eingezogen, gewöhnlich wegen Verweigerung der Anzeigepflicht, der zu genügen doch dieselben Bischöfe in Oldenburg, Waldeck, Süddeutschland und Österreich durch ihr Gewissen keineswegs verhindert wurden. Gegen widerstrebende Geistliche gestattete das Reichsgesetz vom 4. Mai 1874 die Ausweisung oder Internierung an bestimmten Orten; die Vermögensverwaltung der verwaisten Bistümer ging an königliche Kommissare über (20. Mai 1874), für die Vermögensverwaltung in jeder Pfarre wurde durch das Gesetz vom 20. Juni 1875 ein Kirchenvorstand und eine Gemeindevertretung errichtet, später (7. Juli 1876) die Vermögensverwaltung aller Diözesen unter staatliche Aufsicht gestellt, und diesen beiden Gesetzen fügte sich praktisch die Kirche, um größeres Unheil zu vermeiden. Endlich wurden durch das sogenannte „Sperrgesetz“ vom 22. April 1875 die staatlichen Leistungen an die nicht mehr ordnungsmäßig verwalteten Bistümer und Pfarren eingestellt und alle Ordensniederlassungen, die nicht der Krankenpflege dienten (auch nach der Ausweisung der Jesuiten immer noch 914 mit 8795 Mitgliedern) aufgelöst (Mai 1875). Die Einführung der Zivilehe, am 9. März 1874 in Preußen, am 6. Februar 1875 auch im ganzen übrigen Reiche, sollte die von kirchlich-katholischer Seite oft erhobenen Schwierigkeiten bei der Eheschließung aus dem Wege räumen, indem sie diese von der kirchlichen Trauung unabhängig machte, ohne daß deshalb die Ehe für die Katholiken aufgehört hätte, ein Sakrament zu sein. Von gut kirchlich gesinnten Kreisen beider Konfessionen mit schwerer Sorge begrüßt, hat doch die Zivilehe im ganzen die Entfremdung von

der Kirche nur hier und da in großen Städten begünstigt, im ganzen die alte kirchliche Sitte nicht erschüttert.

Wachsende Agitation und Verstörung.

Im übrigen aber stiegen Aufregung und Verstörung durch den „Kulturkampf" von Monat zu Monat. Die Hoffnung, die katholischen Laien würden sich von der Geistlichkeit lossagen und größere Selbständigkeit gewinnen, erfüllte sich, wie wirkliche Kenner der katholischen Kirche sofort vorausgesehen hatten, nirgends; beide wuchsen vielmehr aufs festeste zusammen. Die einigermaßen gedämpfte Agitation von der Kanzel herab wurde durch die zahllosen katholischen Vereine und eine mit reißender Schnelligkeit anwachsende, meist von jüngeren, fanatisch ultramontanen Geistlichen („Hetzkaplänen") geleitete Presse unterstützt. Zählte man 1871 in Preußen 4—5 katholische Zeitungen, so gab es deren 1874 etwa 120, im Rheinlande allein 85 „Kaplansblätter", und die seit Anfang 1871 in Berlin erscheinende „Germania" wurde bald ein großes, tonangebendes Organ. Eine skrupellose geistliche Demagogie, die allmählich auch den Bischöfen über den Kopf wuchs, stellte tagtäglich die Kirchengesetzgebung als eine gott- und rechtlose „diokletianische Verfolgung" hin, predigte den Kampf gegen sie als eine gottgewollte Pflicht und bezeichnete den Fürsten Bismarck, den sie sehr mit Unrecht für den Urheber hielt, als einen boshaften Feind der Kirche. Die Autorität des also als „heidnisch" verschrieenen Staates blieb trotzdem unerschüttert, und er führte seine Gesetze mit fester Konsequenz durch; aber die geistliche Not wuchs, denn schließlich waren zu Ende 1876 von den 12 preußischen Bistümern 7 unbesetzt und etwa 1000 Pfarren verwaist. Verhetzt und verbittert dachten manche an Revolution und Gewaltthat, und ein roher Bursche, der Böttchergeselle Kullmann aus Magdeburg, richtete am 13. Juli 1874 in Kissingen auf Fürst Bismarck, als dieser von seiner Wohnung zur Saline fuhr, aus einer dichten ihm zujubelnden Menge heraus sein Pistol und verwundete ihn leicht an der rechten Hand „wegen der Kirchengesetze in Deutschland". Der Mordanfall erregte überall gerechte Entrüstung, aber der moderne Staat, der sich die irdische Wohlfahrt des Volkes zum Ziele gesetzt hat, empfand die darin sichtbare Verwilderung der Gemüter tiefer als die Weltkirche, die sie um ihrer irdischen Herrschaft willen zuließ. — Auch Hessen-Darmstadt sah sich genötigt, gegen den Bischof von Mainz eine der preußischen ähnliche Gesetzgebung einzuführen; ähnliches geschah in Baden, und in Bayern standen die ultramontanen „Patrioten" den Liberalen und der Regierung, besonders dem ihnen tief verhaßten Kultusminister Lutz, so feindlich gegenüber, daß eine kirchenpolitische Gesetzgebung unmöglich war. Nur Württemberg behauptete äußerlich den Frieden. So rang der moderne Staat mit der unfaßbaren Macht der mittelalterlichen Kirche in ihrer jesuitischen Neugestaltung einen schweren Kampf, der kein Ende absehen ließ.

Verwendung der Kriegsentschädigung.

Trotzdem arbeitete derselbe Staat inmitten dieser Stürme eifrig daran, die Ergebnisse des Sieges über Frankreich zu sichern und durch eine umfassende Gesetzgebung, den Verheißungen der Kaiserproklamation entsprechend, die Versäumnisse von Jahrhunderten einzuholen. Von der in rascher Folge abgezahlten französischen Kriegskostenentschädigung wurden zunächst die Kosten der Wiederherstellung der Armee bestritten, und zwar nicht nach Maßgabe der militärischen Leistungen, sondern nach Preußens hochherzigem Antrag nach der Bevölkerungszahl der einzelnen Staaten; sodann bestimmte man 6 Millionen Mark für die 1870 aus Frankreich vertriebenen Deutschen, zum Ersatz der Kriegsschäden im Rheinlande und in Elsaß-Lothringen 116 Millionen, für die deutschen Reeder 17 Millionen, für die Reservisten und Landwehrleute 12 Millionen, an Dotationen für 28 Generale und den verdienten Präsidenten des Reichskanzleramts R. Delbrück 12 Millionen, für den Reichsinvalidenfonds 560 Millionen, für den unangreifbaren Reichskriegsschatz in den Kellern des Juliusturms von Spandau 120 Millionen, Festungs- und Kasernenbauten 350 Millionen, während zugleich eine Reihe von Festungen (Stralsund, Stettin, Glatz, Erfurt u. a. m) als solche aufgegeben wurden, für die Marine 66 Millionen.

Elsaß-Lothringen.

Elsaß-Lothringen, die wertvollste Beute des Krieges und als „Reichsland" der gemeinsame Besitz aller deutschen Fürsten, in deren Namen der Kaiser die Souveränitätsrechte unter Verantwortung des Reichskanzlers handhabte, stand während

der Diktaturzeit (bis 1874) unter der festen wohlwollenden Verwaltung des früheren Oberpräsidenten von Hessen, von Möller, der den trefflichen Staatssekretär Herzog zur Seite hatte. Die Aufgabe war sehr schwer. Denn obwohl die Landbevölkerung sich ihr Deutschtum gewahrt hatte, so waren doch alle höheren Stände, also namentlich das städtische Bürgertum, so durchaus französisch gebildet, so sehr von dem Stolze auf die französische Gesittung durchdrungen und in so reger Geschäftsverbindung mit Frankreich, wo tausende der gescheiten und fleißigen Elsässer ihr Brot fanden, daß sie die deutsche Vergangenheit und alles, was vor dem großen Jahre 1789 lag, gründlich vergessen hatten und mit wenigen Ausnahmen der deutschen Herrschaft mit dem alten Trotze der Alemannen in abgesagter Feindschaft gegenüberstanden. Die katholische Geistlichkeit verschärfte natürlich dies Verhältnis namentlich seit dem Kulturkampfe; mit Genugthuung hat wohl nur die protestantische Bevölkerung des unteren Elsaß, vor allem ihre Geistlichkeit, den Wechsel der Herrschaft begrüßt, aber diese bildete nur etwa ein Fünftel der Gesamtheit. Trotzdem entschieden sich nur etwa 150000 Elsaß-Lothringer für die französische Staatsangehörigkeit, weil sie an die Dauer der deutschen Herrschaft einfach nicht glaubten; sie mußten bis zum 1. Oktober 1873 das Land verlassen und bildeten nun drüben in Frankreich den Kern einer Emigration, die ihre französischen Gefühle im elsässischen Gewande beflissen zur Schau trug und es angenehm fand, die verwöhnten Lieblingskinder der Franzosen zu werden, die sonst dieser têtes carrées gespottet hatten. Was nicht bis zu diesem Termin auswanderte, mußte sich selbstverständlich der deutschen Unterthanenschaft fügen. Unter diesen Umständen fielen die ersten beiden Reichstagswahlen durchaus deutschfeindlich aus (gingen doch noch 1874 daraus 10 Ultramontane und 5 „Protestler", also Gegner der deutschen Herrschaft, hervor), und die Gemeinderäte von Straßburg und Metz gefielen sich so lange in deutschfeindlichen Kundgebungen, bis sie aufgelöst wurden und die Verwaltung der beiden wichtigsten Städte des Reichslandes auf Jahre an kaiserliche Kommissare überging, übrigens nicht zum Schaden der Sache. Durch dies alles ließ sich die deutsche Verwaltung nicht stören. Ein neues Armeekorps, das XV., wurde in das Reichsland verlegt und absichtlich aus Truppen aller selbständigen deutschen Kontingente zusammengesetzt und die allgemeine Wehrpflicht sobald als möglich in Elsaß-Lothringen eingeführt, doch so, daß diese Rekruten nicht zu besonderen Truppenteilen zusammengestellt, sondern in das rheinische Armeekorps oder die Garden eingereiht wurden, das wirksamste Mittel der Germanisierung, und Metz wie Straßburg umgürteten sich mit neuen gewaltigen Festungswerken, namentlich weit hinausgeschobenen Forts. Die französische Gesetzgebung blieb, mit Ausnahme des Strafrechts, ebenso erhalten wie die Grundlagen der Verwaltung, nur daß an die Spitze der alten Arrondissements (Kreise) Kreisdirektoren traten und die Departementalverfassung fiel; nach dem Aufhören der Diktatur erhielt das Reichsland im „Landesausschuß" sogar eine Art Landesvertretung wie die deutschen Bundesstaaten. Die Eisenbahnen mußte die französische Ostbahngesellschaft an das Reich verkaufen, die sie unter seine Verwaltung nahm, zusammen mit denen des Großherzogtums Luxemburg. Sehr viel geschah für die Verschönerung von Straßburg, wo an Stelle der alten niedergelegten Wälle ein neuer prächtiger Stadtteil entstand. Das Unterrichtswesen erfuhr eine völlige Umgestaltung nach deutschem Muster und zum Teil mit deutschen Lehrkräften und erhielt seine Spitze in der Kaiser Wilhelmsuniversität zu Straßburg, die am 1. Mai 1872 feierlich eröffnet wurde; auch die durch französische Fahrlässigkeit bei der Beschießung im August 1870 zerstörte altberühmte Bibliothek wurde rasch ersetzt, soweit das überhaupt möglich war. Zugleich knüpfte eine starke Einwanderung von Soldaten, Beamten, Lehrern und Geschäftsleuten aus „Altdeutschland" immer stärkere Bande zwischen Elsaß-Lothringen und dem lange vergessenen alten Vaterlande. In der That zeigte der freundliche Empfang Kaiser Wilhelms, als er im September 1876 zum erstenmal das Reichsland besuchte und der Ausfall der Reichstagswahlen von 1877, daß das Protestlertum an Boden zu verlieren beginne, denn zum erstenmal siegten in fünf unterelsässischen Wahlkreisen die deutschfreundlichen „Autonomisten". Nach deren Wunsch verordnete das Gesetz vom 4. Juli 1879 die Ein-

setzung eines reichsländischen Ministeriums und einer kaiserlichen Statthalterschaft in Straßburg, erweiterte also die Selbständigkeit des Landes um ein Erhebliches. Dagegen zeigte sich das Bestreben des neuen Statthalters, des Generals von Manteuffel (seit 1. Oktober 1879), die nach wie vor französisch gesinnten „Notablen“ durch liebenswürdiges Entgegenkommen, zuweilen auf Kosten anderer Interessen, zu gewinnen, als verfehlt. Wie dem aber auch sein mochte, der schwere Ernst des deutschen Entschlusses, das teuer erkaufte Land unter allen Umständen zu behaupten, konnte niemand zweifelhaft sein.

Verkehrsanstalten.

Für die Ausgestaltung des Reichs war die erste durchgreifende Maßregel die längst beabsichtigte, aber schon seit Jahrhunderten vergeblich erhoffte Neugestaltung des Maß- und Münzwesens, die der in einem großen, verkehrsreichen Kulturvolke ganz unerträglichen Zersplitterung auf diesem Gebiete endlich ein Ende machte. Nachdem schon das Zollparlament das metrische Maß- und Gewichtssystem angenommen hatte, schuf das Gesetz vom 30. Juni 1873 auch die Einheit des Münzwesens auf Grund der Goldwährung, derart, daß die Verbindung des Reichsadlers und des landesfürstlichen Porträts oder des Hoheitszeichens auf den Goldmünzen und den größeren Silberstücken den einheitlichen und zugleich bundesstaatlichen Charakter des Reichs augenfällig zum Ausdruck brachte. Bis 1878 verschwand darauf das bunte Gewimmel der alten Münzen, eine wahre Musterkarte der kleinstaatlichen Zersplitterung noch aus den Zeiten des alten Reichs, mit Ausnahme der Thaler, aus dem Verkehr. Die preußische Bank verwandelte sich in die Reichsbank mit starker Beschränkung in der Notenausgabe für andre Banken zu gunsten der neuen schönen Reichsbankscheine. Die einheitliche Organisation des Reichs-Post- und Telegraphenwesens dehnte sich nach der Gründung des Reiches unter der Leitung des neuen Generalpostmeisters Heinrich Stephan (seit 1870) auch über Baden und Elsaß-Lothringen aus. Sie schuf für ganz Deutschland ein billiges Einheitsporto, spann das Netz ihrer Linien immer dichter, besonders zum Nutzen der kleineren Orte und des platten Landes, und krönte ihr Werk durch die Begründung des Weltpostvereins 1878. Diese verständnisvolle Förderung des Verkehrs und die zahlreichen schönen neuen Postgebäude, die sich an die historische Bauweise der Städte mit künstlerischem Geschmacke anschlossen, trugen nicht wenig dazu bei, das Reich der Bevölkerung nahe zu bringen.

Heer und Flotte.

So konnte der erste Reichstag bei seinem Schlusse am 23. Juni 1873 mit Befriedigung auf eine fruchtbare Thätigkeit zurückblicken. Aus den Neuwahlen im Januar 1874 ging allerdings das Zentrum bis auf 92 Mann, die Sozialdemokratie bis auf 10 Abgeordnete verstärkt hervor, aber selbst mit den Polen zusammen bildeten diese Parteien noch nicht ein Drittel des Reichstages, und die gesetzgeberische Thätigkeit zum Ausbau des Reichs nahm, wenngleich unter heftigen Kämpfen, ihren Fortgang. Die wichtigste Vorlage war das Militärgesetz, das angesichts der großen Anstrengungen Frankreichs den Präsenzstand im Frieden für unbestimmte Zeit auf 401000 Mann an Unteroffizieren und Soldaten festsetzte, also der Bewilligung des Reichstags bis auf weiteres entzog. Nach einer großen Rede Moltkes am 16. Februar konnte die Notwendigkeit an sich nicht zweifelhaft sein, aber die Mehrheit trug Bedenken, ihr Budgetrecht auf so lange Zeit an einer so wichtigen Stelle preiszugeben, und erst als Bismarck, damals schwer erkrankt, die Kabinettsfrage stellte, also mit seinem Rücktritt oder mit der Auflösung des Reichstags drohte (27. März), da gelangte der vermittelnde Antrag Bennigsens auf Festsetzung der Friedensstärke für sieben Jahre (Septennat) am 14. April mit 224 Stimmen gegen 116 (Zentrum und Polen) zur Annahme, und die Verstärkung des deutschen Heeres wurde pünktlich durchgeführt. Das Landsturmgesetz von 1875 gab ihm für den Krieg im eignen Lande noch einen stärkeren Rückhalt. Schon früher, im Jahre 1873, war, nachdem die Verwaltung der Marine zu Anfang 1872 dem Kriegsministerium entzogen und der kaiserlichen Admiralität, aber immer noch unter Leitung eines Landoffiziers, des Generals von Stosch, übertragen worden, ein Flottengründungsplan vorgelegt und genehmigt worden, nach dem die kaiserliche Marine bis 1882 auf 8 Panzerfregatten, 6 Panzerkorvetten, 7 Monitors, 20 Korvetten, 6 Avisos, 18 Kanonenboote, 2 Artillerieschiffe, 3 Segelbriggs und 28 Torpedo-

boote gebracht und dafür im ganzen 218 Mill. Mark einmalig verwandt werden sollten. Rüstig wurde mit der Ausführung begonnen und mit Ausnahme der zwei ersten großen Panzer seitdem sämtliche Kriegsschiffe auf deutschen Werften aus deutschem Material gebaut, eines der größten Verdienste des neuen Chefs der Admiralität. Aber der große und unbestreitbar richtige Gedanke des Prinzen Adalbert, der schon am 6. Juni 1873 starb, daß eine Flotte sich nicht nur auf den unmittelbaren Schutz der heimischen Küsten und des überseeischen Handels beschränken dürfe, sondern die offene See beherrschen müsse, fand noch keinen Anklang. Trotzdem zeigte die Flotte bald auf allen Meeren ihre Flagge an der Gaffel starker Kriegsschiffe, und Hoffnungen auf eine größere Zukunft erweckte es in der Marine, die schwer an der erzwungenen Beschränkung ihrer Thätigkeit in den letzten Kriegen trug, daß 1877 Prinz Heinrich, der zweite Sohn des Kronprinzen, in ihre Reihen eintrat, also ihre Verbindung mit dem Hohenzollernhause aufs neue herstellte.

144. Graf Friedrich Eulenburg.

Einheit des Rechts und Gerichts

Zu den starken Klammern, die das Reich zusammenhielten, sollte sich auch die Einheit der Gerichtsverfassung und des Rechts gesellen, die zunächst nur auf dem Gebiete des Strafrechts und in einzelnen Zweigen des bürgerlichen Rechts bestand. Nachdem der Bundesrat im Dezember 1873 grundsätzlich zugestimmt hatte, wurde am 22. Juni 1874 die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch aus den ausgezeichnetsten Juristen gebildet. Ihr folgten die drei großen „Justizgesetze" über die Zivil- und Strafprozeßordnung und über die Gerichtsverfassung (Reichsgericht, Landgerichte, Amtsgerichte; Schwurgerichte beim Landgericht in schwereren Strafsachen, Schöffengerichte beim Amtsgericht für leichtere Vergehen, dazwischen Strafkammern ohne Laienbeisitzer). So sorglich dabei auch den „berechtigten Eigentümlichkeiten" und den Hoheitsrechten der Landesherrschaften, in deren Namen die Rechtsprechung und das Begnadigungsrecht nach wie vor geübt werden sollten, Rechnung getragen worden war, so entbrannte doch um die einzelnen Bestimmungen ein harter Kampf im Reichstage, und erst nach vielen mühselig „zusammengequälten" Kompromissen und durch das entscheidende Eingreifen des Reichskanzlers kam das Ganze am 31. Dezember 1876 zur Annahme. Der Sitz des Reichsgerichts aber wurde durch das Gesetz vom 11. April 1877 gegen die Stimmen Preußens im Bundesrate, also durch eine nicht unbedenkliche Majorisierung des größten Bundesstaates kraft einer rein formellen Mehrheit, nicht nach Berlin, sondern nach Leipzig verlegt, wo seit 1869 bereits das Bundesoberhandelsgericht bestand, und hier dies höchste Gericht des Reichs am 1. Oktober 1879 unter dem Präsidenten Heinrich Simson feierlich eröffnet.

Die preußische Kreisordnung und die Ministerkrisis (1872).

Während somit das Reich seine Einrichtungen immer mehr vervollkommnete, vollzogen sich zugleich tiefgreifende Wandlungen in dem so eng mit ihm verbundenen Organismus des preußischen Staates. Das wichtigste war die Übertragung der Selbstverwaltung, die einst Stein und Hardenberg für die Stadtgemeinden, die Regierung Friedrich Wilhelms III.,

wenn auch in verschnörkelten, altständischen Formen, für die Provinzen gegründet hatte, auf die Landgemeinden und Kreise der ostelbischen Provinzen (außer Posen), eine längst beabsichtigte Reform, die aber, weil sie die alte Herrschaft des Großgrundbesitzes auf dem platten Lande sehr erheblich zu schmälern drohte, in diesen konservativen Kreisen dem stärksten Widerspruch begegnete. Daher wurde die vom König schon in der Thronrede vom 27. November 1871 nachdrücklich angekündigte, vom Minister des Innern, dem Grafen Eulenburg, kraftvoll vertretene Kreisordnung im Herrenhause am 31. Oktober 1872 mit der ungeheuren Mehrheit von 145 gegen 18 Stimmen verworfen. Die nächste Folge war eine schwere Krisis im preußischen Ministerium. Fürst Bismarck, der gegen seine persönliche Neigung für die Durchführung der Kreisordnung nach dem Willen des Königs eintrat, daher auch für eine zeitgemäße Reform des Herrenhauses, und unter Umständen freilich auch mit Hilfe eines Pairsschubs, erlebte es, daß seine Kollegen gegen seinen Willen die Ernennung von nicht weniger als 25 neuen Herrenhausmitgliedern durch den König durchsetzten (30. November). Das also veränderte Herrenhaus gab am 9. Dezember dem Gesetze seine Zustimmung (mit knapper Mehrheit, 116 gegen 90 Stimmen). Aber Bismarck, tief verletzt über das Vorgehen des Ministeriums und über die „politische Unbrauchbarkeit" der Konservativen, seiner alten Parteigenossen, nahm am 21. Dezember 1872 seine Entlassung als preußischer Ministerpräsident und wurde als solcher durch Graf Roon ersetzt, der für das Kriegsministerium den General von Kameke als Gehilfen erhielt. Das Verhältnis des Reichskanzlers zu seinem Monarchen wurde dadurch weder persönlich noch amtlich gestört, aber die Trennung des Reichsamts vom preußischen Amt bewährte sich auf die Dauer so wenig, daß, als Roon, schon längst in seiner Gesundheit erschüttert, am 9. November 1873 zurücktrat, Bismarck den Vorsitz im Ministerrate wieder übernahm.

Die Kreisordnung, am 13. Dezember 1872 für die Provinzen Sachsen, Brandenburg, Pommern, Preußen und Schlesien erlassen, gab den Kreisen die Rechte einer Korporation, mit der Befugnis, Abgaben für Kreiszwecke zu erheben und statutarische Anordnungen zu treffen, schloß von ihnen die Städte von mehr als 25000 Einwohner, die jede einen besonderen „Stadtkreis" bilden sollten, aus, beließ den Landrat an der Spitze, sodaß er auf Vorschlag des Kreistages, nicht mehr der Rittergutsbesitzer allein (s. Bd. VI, S. 688), vom König, aber nicht notwendig aus ihrer Mitte, sondern gewöhnlich aus den Regierungsassessoren, ernannt wurde, gab ihm zur Beratung der Kreisangelegenheiten einen teils von den Städten, teils von den Landgemeinden durch Wahlmänner auf sechs Jahre gewählten Kreistag, zur Unterstützung bei den laufenden Geschäften einen Kreisausschuß von sechs Mitgliedern bei und stellte an die Spitze der Landgemeinden einen von der Gemeindevertretung gewählten, nicht mehr vom Gutsherrn ernannten Gemeindevorsteher mit zwei Schöffen, an die Spitze der von den Gemeinden abgesonderten und ihnen gleichberechtigten Gutsbezirke den Gutsherrn oder einen von ihm bestellten Vertreter.

Reform der Provinzial- und Kirchenverfassung.

Auch die längst bestehenden Provinziallandtage (s. Bd. IX, S. 223) erfuhren durch das Gesetz vom 29. Juni 1875 eine modernisierende Umgestaltung, die dem alten unbillig gewordenen Übergewichte des ländlichen Großgrundbesitzes steuerte. Die Abgeordneten wurden fortan von den Kreistagen und den städtischen Kollegien der selbstständigen Städte auf sechs Jahre gewählt, versammelten sich aller zwei Jahre auf königliche Berufung zur Beratung der Provinzialangelegenheiten und faßten Beschlüsse über die Verwaltung der Landesanstalten wie namentlich der den Provinzen aus der französischen Kriegskostenentschädigung zugewiesenen beträchtlichen Renten (nach dem Dotationsgesetz vom 8. Juli 1875) und wählten für diese Verwaltung einen Provinzialausschuß unter dem Landesdirektor, dem wieder eine Anzahl von Beamten beigegeben wurde. Auch für die Regierungsbezirke trat dem Regierungspräsidenten ein Bezirksausschuß zur Seite. Im April 1878 wurde die allzu umfängliche Provinz Preußen in zwei Provinzen, Ost- und Westpreußen (mit der Hauptstadt Danzig) zerlegt, so daß der Staat deren im ganzen hinfort zwölf zählte. Ebenso erhielt die Kirchenverfassung der östlichen Provinzen durch die Gemeinde- und Synodalordnung von 1873 (Kirchenvorstände, Kreis- und Provinzialsynoden), eine neue, dem Laienelement den gebührenden Einfluß sichernde Ordnung, und 1876 wurde für alle alten Provinzen eine Generalsynode aus 150 Abgeordneten der Provinzialsynoden, 30 Vertrauensmännern des Königs als des Landesbischofs und sechs Vertretern der Universitäten gebildet, während die neuen Pro-

vinzen noch ihre besonderen (lutherischen oder reformierten) Landeskirchen behielten. Die oberste Kirchenbehörde für jene wurde der Oberkirchenrat mit dem Generalsuperintendenten.

Königreich Sachsen.

Dieselbe Strömung, die in Preußen siegreich blieb, ergriff auch andre Bundesstaaten, vor allem Sachsen. Noch unter der Regierung des greisen Königs Johann, der tief betrauert am 29. Oktober 1873 im Schlosse von Pillnitz starb, begann diese Umgestaltung, unter König Albert, dem ruhmvollen Führer der Maasarmee, wurde sie fortgesetzt. Schon 1868 war eine Kirchenvorstands- und Synodalordnung beschlossen worden, 1873 übernahm das Landeskonsistorium das oberste Kirchenregiment, in demselben Jahre ordnete ein umfassendes Gesetz das gesamte Volksschulwesen und stellte es unter die fachmännische Aufsicht von 28 Bezirksschulinspektoren, 1876 erschien ein andres über das höhere Schulwesen mit besonderer Berücksichtigung der realistischen Anstalten. Der Landtag erhielt eine neue Ordnung. Die Städteordnung erfuhr 1873 eine Revision, im Jahre 1874 wurden die vier bisherigen Kreisdirektionen in Kreishauptmannschaften (etwa preußische Bezirksregierungen) umgewandelt, und in den 27 Amtshauptmannschaften (Kreisen) Bezirksausschüsse errichtet. Auch die Durchführung der Reichsgesetze brachte manche tiefgreifende Veränderungen. Wenngleich die Sozialdemokratie in den sächsischen Industriebezirken eine ihrer ältesten Hochburgen hatte, so lebte sich doch kaum ein andrer Stamm so rasch und so ehrlich in den Reichsgedanken ein, wie dieser obersächsische, über den nach Jahrzehnten der Vereinsamung und Verbitterung König Albert neben innerem Gedeihen helle Tage des Ruhmes unter der nationalen Fahne heraufgeführt hatte.

Ludwig II. von Bayern.

Anders stand es doch in Bayern. Gewiß war König Ludwig II. (1864—86) in seiner Weise ein gut deutsch gesinnter Fürst; er hatte im Dezember 1870 das Angebot der Kaiserkrone gemacht, er war beim Triumpheinzuge am 16. Juli 1871 neben dem deutschen Kronprinzen seinen hellblauen Bataillonen strahlend vorangeritten, und er begrüßte 1876 den Kaiser persönlich in Regensburg. Aber er verband damit einen ähnlichen Stolz auf seine Souveränität wie sein Großvater Ludwig I., und das Regieren machte ihm keine Freude. Idealist durch und durch, begeistert für alle künstlerischen Interessen, vor allem für mittelalterliche deutsche Sage und Dichtung, daher ein schwärmerischer Freund Richard Wagners, dem er die Möglichkeit gab, seine „Bühnenweihfestspiele“ 1876 in der stillen, althohenzollernschen Markgrafenstadt Bayreuth zu eröffnen, spann er sich immer tiefer in diese bunte Traumwelt ein. Er mied München immer mehr, um nicht darin gestört zu werden, errichtete sich prunkvolle, märchenhafte Bauten im bayrischen Hochgebirge, die mittelalterlich-romantische Burg Neu-Schwanstein bei Hohenschwangau, eine steinerne Verkörperung der Lohengrinsage, den barockprächtigen Linderhof hoch oben in den Bergen, endlich, als seinem schon krankhaft gesteigerten Selbstgefühl Ludwig XIV. als Ideal erschien, auf der Insel Herrenwörth im weltentlegenen Chiemsee angesichts der Alpenkette ein Riesenschloß im Stile von Versailles, das freilich nicht vollendet wurde. Dort in weltferner Gebirgseinsamkeit lebte er ganz für sich, schwer zugänglich und selten sichtbar, wenn er etwa, selbst im Winter auf einsamen Schlittenfahrten durch die glitzernde Schnee- und Eispracht, düster vor sich hinsehend, am liebsten zuletzt bei Nacht, die Bergwelt durchstreifte. So wurde er seinem treuen Volke schon bei Lebzeiten ein Gegenstand der Sage.

Parteigegensätze in Bayern.

Da er unvermählt blieb und sein jüngerer Bruder Otto schon unheilbarer Geistesumnachtung verfallen war, so mußte die Krone dereinst an seinen Oheim Prinz Luitpold übergehen, und dieser Zweig des Königshauses galt, im Gegensatze zu dem regierenden jüngeren für eifrig kirchlich, ja für ultramontan, stand also, wie man, übrigens mit Unrecht, annahm, dem deutschen Reichsgedanken nicht besonders freundlich gegenüber. Und so tapfer auch die Bayern 1870/71 mitgefochten hatten, in diesem kräftigen Stamme, dem einzigen von allen altdeutschen, dessen Hauptmasse stets ein selbständiges geschlossenes Staatswesen behauptet hatte, lebte ein zäher Sondergeist, der in der eifrig katholischen Gesinnung besonders des Landvolks eine starke Stütze fand. So standen in der Zweiten Kammer des Landtags die altbayrischen Partikularisten, die „Patrioten“,

in ihrem Bestreben, die Selbständigkeit des Landes möglichst ungeschmälert zu erhalten, es vor „Verpreußung“ zu schützen, den größtenteils liberalen, und was hier so ziemlich dasselbe war, nationalgesinnten Abgeordneten aus den neubayrischen Gebieten, Franken, Schwaben und der Rheinpfalz, schroff gegenüber, und da beide Parteien fast gleich stark waren, (1875: 77 und 79) so stand die Gesetzgebungsarbeit zuweilen fast ganz still. Gegenüber der Durchführung des Unfehlbarkeitsdogmas mußte sich der Kultusminister von Lutz damit begnügen, die Altkatholiken zu schützen, ohne daß er den altkatholischen Bischof Reinkens anerkannte; von einer kirchenpolitischen Gesetzgebung konnte in Bayern gar keine Rede sein, soweit nicht das Reich auch in Bayern eingriff; dagegen wurde die Volksschule 1873 wie in Sachsen unter die fachmännische Leitung von Kreis- und Bezirksschulinspektoren, das ganze Unterrichtswesen überhaupt unter staatliche Aufsicht gestellt. Trotz alles Sondergeistes und aller „Reservatrechte“ verflocht aber die Durchführung der Reichsgesetze auch Bayern immer enger mit dem großen Vaterlande.

Württemberg, Baden.

Dasselbe zeigte sich in Württemberg unter der kräftigen Verwaltung des Ministeriums Mittnacht, obwohl dort die Demokratie die alte Sonderstellung des Landes, das einst um sein „altes Recht“ so heiße Kämpfe durchgefochten hatte, oft genug in sehr unwesentlichen Dingen betonte; als Kaiser Wilhelm im September 1876 zum erstenmal das XIII. Armeekorps bei Stuttgart besichtigte, wurde er mit begeistertem Jubel empfangen. In Baden war der Großherzog Friedrich seinem Lande allezeit in der Bewährung gut deutscher Gesinnung vorangegangen, und im Landtage stützte sich das Ministerium Jolly (bis 1876) stets auf eine feste nationalliberale Mehrheit, der erst allmählich die Ultramontanen einige Sitze abgewinnen konnten.

145. Ludwig II., König von Bayern.

Die Finanz- und Zollfrage im Reiche.

Auf keinem andern Gebiete waren die Organismen des Reiches und seiner Gliedstaaten so eng miteinander verwachsen, als auf dem der Finanzen. Das Reich war für seine Bedürfnisse (Heer, Marine, auswärtige Politik, Posten, Telegraphen u. a. m.) zunächst auf die Erträge der Grenzzölle, der indirekten Steuern und der Reichsregalien (Post und Telegraphen) angewiesen; wo diese nicht zureichten, traten die Einzelstaaten mit ihren „Matrikularbeiträgen“ ein. Da diese nach den wechselnden Anforderungen des Reichshaushalts beständig wechselten, also den Haushalt der Einzelstaaten beständig und oft sehr störend beeinflußten, auch die Aufgaben und die Kosten der Reichsverwaltung fortwährend wuchsen, so faßte Fürst Bismarck den Gedanken, das Reich durch Erhöhung seiner eignen Einnahmen finanziell auf eigne Füße zu stellen und die Bundesstaaten aus Erhaltern zu „Kostgängern“ des Reiches zu machen. Dem stand nun aber in bezug auf die Zölle die seit 1865 herrschende Freihandelspolitik gegenüber, die in dem Präsidenten des Reichskanzleramts, dem hochverdienten Staatsminister Rudolf von Delbrück, ihren entschlossensten Vertreter, in der Mehrheit des Reichstages, namentlich bei den Nationalliberalen, und hier wieder bei dem linken Flügel unter Eduard Lasker, entschiedene Unterstützung fand. Noch 1873 wurden die Eingangszölle auf Eisen sogar herabgesetzt, und über eine Petition der dadurch schwer geschädigten Eisen- und Stahlindustriellen ging der Reichstag nach einer großen Rede Delbrücks am 7. Dezember 1875

zur Tagesordnung über, kurz nachdem Bismarck am 22. November seine Steuerreformpläne in großen Zügen mitgeteilt hatte. Ja am 24. Oktober 1876 setzte der Finanzminister Camphausen gegen Bismarck durch, daß der frühere Beschluß, die Eisenzölle am 1. Januar 1877 ganz aufzuheben, aufrecht erhalten wurde. Nicht einmal zu sogenannten Ausgleichsabgaben wurde der Bundesrat im Dezember 1876 bevollmächtigt.

Bismarck und die Konservativen.

Gleichzeitig hatte der Fürst aber auch mit erbitterten Gegnern, besonders von der konservativen Partei, in einem häßlichen Verleumdungsfeldzuge zu ringen.

Schon im Februar 1874 hatte er den Grafen Harry von Arnim, der als Botschafter erst in Rom, dann in Paris und auch während der Friedensunterhandlungen in Brüssel oft eine eigenmächtige Politik verfolgte, aus Paris abberufen, wo er durch den Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, den früheren bayrischen Ministerpräsidenten, ersetzt wurde, und im Mai desselben Jahres in den Ruhestand versetzt, weil er amtliche Aktenstücke zu seiner Verteidigung veröffentlicht hatte. Da er nun gleichwohl sich weigerte, diese Schriftstücke als „persönliches Eigentum" herauszugeben, so wurde er 1875 in allen Instanzen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und 1876 des Dienstes ganz entlassen, zur größten Entrüstung seiner konservativen Freunde inner- und außerhalb des Hofes, die in ihm gern den künftigen Reichskanzler sahen. Aufs höchste erbittert veröffentlichte Graf Arnim im Oktober 1875 in Zürich, zunächst anonym, eine Flugschrift „Pro nihilo" voll der gröbsten und ehrenrührigsten Angriffe auf Fürst Bismarck, sogar auf den Kaiser. Dafür verurteilte ihn der Staatsgerichtshof, nachdem er sich als Urheber bekannt hatte, am 5. Oktober 1875 wegen ‚Landesverrats in contumaciam zu fünf Jahren Zuchthaus. Eine Reihe neuer Angriffe auf den Fürsten eröffnete aber noch 1876 die „Deutsche Reichsglocke" Joachim Gehlsens, indem sie ihn schmutziger Börsenspekulationen bezichtigte, und diese fanden sogar in der hochkonservativen „Kreuzzeitung" ein Echo.

Dr. Delbrück

146. Rudolf Delbrück. Nach einer Photographie.

So öffnete sich ein breiter Spalt zwischen Fürst Bismarck und einem Teile seiner alten Parteigenossen. Gerade dies aber führte zu einer engen Vereinigung aller national-konservativen Elemente des ganzen Reiches in der „deutsch-konservativen Partei" (10. Juli 1876). Sie wollte Beendigung des Kirchenstreits, wirtschaftliche Reformen und energische Bekämpfung der Sozialdemokratie, und auf verwandtem Boden stand die im Februar desselben Jahres gebildete „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer".

Das Reichseisenbahnenprojekt und die Verstaatlichung der deutschen Eisenbahnen.

Also meinte Bismarck auf kräftige parlamentarische Unterstützung zählen zu können, als er den großartigen Gedanken ergriff, sämtliche deutsche Eisenbahnen in das Eigentum des Reichs zu übertragen, um der in der That unerträglichen Zersplitterung des deutschen Eisenbahnwesens ein Ende zu machen und dem Reiche eine Einnahmequelle von der größten Ergiebigkeit zu erschließen. In Preußen allein nämlich gab es 1876 nicht weniger als 63 Eisenbahngebiete mit 50 unabhängigen Vorständen, in ganz Deutschland 82 Gebiete mit 60 Vorständen, von denen 49 private Unternehmungen waren,

und noch 1878 besaßen die Staatsbahnen von 17680 km nur 4800 und hatten außerdem noch 3450 unter ihrer Verwaltung. Das 1873 errichtete Reichseisenbahnamt unter Maybach war gegenüber dem passiven Widerstande der meisten Verwaltungen thatsächlich ohnmächtig geblieben, und auch zwei Entwürfe zu einem einschneidenden Reichseisenbahngesetz 1874 und 1875 waren an dem Widerstande der Mittelstaaten gescheitert. Daher brachten am 24. März 1875 die Abgeordneten Stumm und Lasker im Einvernehmen mit dem Reichskanzler den Antrag auf Erwerbung der Eisenbahnen für das Reich ein, und dieser entwickelte dafür die Gründe in einer ausführlichen Denkschrift vom 8. Januar 1876. Da aber auch dieser Plan auf den entschlossenen Widerstand der Mittelstaaten stieß, die in ihren Eisenbahnen beinahe ihren wertvollsten Besitz und eine Bürgschaft ihrer Selbständigkeit erblickten, so ließ Fürst Bismarck, niemals gewillt, die Reichsgenossen zu vergewaltigen, sein Projekt zunächst fallen, legte aber am 24. März 1876 dem preußischen Landtage ein Gesetz vor, das die Regierung ermächtigte, geeigneten Falles die preußischen Staatsbahnen auf das Reich zu übertragen. Dies erhielt, nachdem es trotz starker Opposition der Fortschrittspartei (E. Richter, R. Virchow) im Abgeordnetenhause am 2. Mai, im Herrenhause gegen die hochkonservative Opposition (Kleist-Retzow) am 20. Mai angenommen worden war, am 4. Juni 1876 Gesetzeskraft. R. Delbrück freilich, ein entschiedener Gegner dieser Bestrebungen und in seiner Gesundheit erschüttert, trat schon am 26. April 1876 zurück und erhielt am 31. Mai in dem hessen-darmstädtischen Minister von Hofmann einen Nachfolger. Um nun wenigstens in Preußen seine Reform durchzuführen, arbeitete Bismarck auf eine ausgedehnte Verstaatlichung der preußischen Privateisenbahnen hin und erwirkte daher den Beschluß, vom Handelsministerium ein Ministerium der öffentlichen Arbeiten abzuzweigen, dessen Leitung am 30. März 1879 Albert Maybach übernahm. Dieser führte den Gedanken des Fürsten mit solcher Energie und so glänzendem Erfolge durch, daß zu Ende 1888 nur noch 1300 km im Privatbesitz, 22420 km im Staatsbesitz waren, und diese rasch vermehrten Linien 1879—88 im ganzen 666 Millionen Mark Überschüsse ergaben. Durch die Einrichtungen sehr selbständiger Eisenbahndirektionen in den großen Verkehrsmittelpunkten wurden die von liberaler Seite immer befürchteten Gefahren allzugroßer Zentralisation vermieden. Dem preußischen Beispiele folgten rasch sämtliche Mittelstaaten, erst Sachsen, dann Bayern u. s. w. So gab Bismarck zu einer großartigen Reform des Verkehrswesens in ganz Deutschland den Anstoß. Es war der Anfang zu einer neuen deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Doch erst nach erschütternden Ereignissen trat sie wirklich ins Leben.

147. Albert Maybach.
Nach einer Photographie.

Wie nun auch gelegentlich die Parteistellung der Einzelstaaten sein mochte, die Regierungen bewährten, dank der weisen Schonung, die ihnen Bismarck allezeit gezeigt hatte, und dem vornehmen, sicheren Takt, mit dem Kaiser Wilhelm seine Bundesgenossen behandelte, überall feste Vertragstreue. So geschah, was wenige gehofft, die meisten entschieden bezweifelt hatten, der monarchische Bundesstaat, diese allerschwierigste, noch

Das Reich und die Fürsten.

niemals zuvor praktisch erprobte Form des zusammengesetzten Staates, erwies sich in Deutschland als durchaus lebensfähig, der Bundesrat wurde in höherem Maße der Hort der nationalen Einheit, als der von Parteien zerklüftete Reichstag, und dieser stolze deutsche Fürstenstand, der mächtigste hohe Adel der Welt, der so oft gegen Kaiser und Reich angekämpft hatte, stellte sich jetzt, da er sah, daß die Reichsverfassung die festeste Bürgschaft seines eignen Bestandes sei, nach dem Beispiele der Hohenzollern mit ehrlicher Hingebung in den Dienst des großen Vaterlandes.

Österreich-Ungarn im Beginn des Nationalitätenstreites.

Föderalistische Versuche.

Dasselbe große Prinzip, das die Einheit Deutschlands förderte, das Nationalitätsprinzip, hatte schon den österreichisch-ungarischen Dualismus herbeigeführt und fuhr fort, das ganze innere Leben des habsburgischen Völkerreichs zu bestimmen, also seine Einheit zu zersetzen. Und daneben war der demokratische Grundzug der Zeit der Herrschaft einer gebildeten Minderheit, wie sie die Deutschen im ganzen darstellten, durchaus feindlich. Die cisleithanische Regierung verfügte bei der natürlichen Schwäche der obendrein gespaltenen Deutschen niemals über eine feste Mehrheit und sah sich daher genötigt, je nach den Umständen zu verfahren und die Nationalitäten gegeneinander auszuspielen. Nach dem Rücktritte „des Bürgerministeriums“ (4. April 1870) und dem kurzlebigen Kabinett Potocki versuchte das föderalistisch-klerikale Ministerium Hohenwart (Schäffle, Jiretschek, Habietinek, seit 7. Februar 1871) unter dem gewaltigen Eindruck der deutschen Siege, die Tschechen auf Grund der Anerkennung des sogenannten böhmischen Staatsrechts (d. h. der Zusammenfassung Böhmens, Mährens und Schlesiens zu einem besonderen Staate) für einen Ausgleich zu gewinnen, doch wohl mit dem Hintergedanken, in ihnen eine starke Vormauer gegen die Anziehungskraft des neuen Deutschen Reiches für die Deutsch-Österreicher zu errichten. Nachdem die Neuwahlen die liberalen Deutschen sowohl im Reichsrate wie in den Landtagen in die Minderheit gedrängt hatten und die deutschen Abgeordneten am 16. September aus dem böhmischen Landtage ausgeschieden waren, nahm dessen tschechische Mehrheit Hohenwarts „Fundamentalartikel“ an, und triumphierend riefen die „Narodny Listy“ (Volksblätter) in Prag aus: „Die Herstellung des böhmischen Staates ist die Antwort auf die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums.“ Aber unmittelbar danach gelang es dem Grafen Beust durch einen Vortrag beim Kaiser am 13. Oktober, das Ministerium Hohenwart und damit den böhmischen Ausgleich zu Falle zu bringen (30. Oktober). Doch er bezahlte diesen Sieg über einen Teil des österreichischen Hochadels mit seinem eignen Sturze (8. November), weil er den Kaiser zu spät gewarnt hatte, zum fassungslosen Staunen der eben noch jubelnden Deutschen, und wurde als Botschafter nach London geschickt.

148. Karl Siegmund Graf von Hohenwart.
Nach einer Photographie.

Herrschaft der deutschen Liberalen; die Kirchengesetze.

Sein Erbe als oberster Leiter der österreichischen Politik wurde Graf Julius Andrassy, dessen Nachfolge in Ungarn Graf Lonyay übernahm. Seine Ernennung (14. November 1871) bedeutete die Hegemonie Ungarns im Kaiserstaate und damit

die Beseitigung des Föderalismus, den Sieg des deutschen Liberalismus, aus dessen Anhängern Fürst Adolf Auersperg am 15. November sein zweites Ministerium bildete (Lasser, Glaser, Stremayr, Banhans, Chlumezky, Unger, bis zum Februar 1879) und die Befestigung des Verhältnisses zum Deutschen Reiche. Denn Andrassy war zwar durch und durch Ungar, aber ein vorurteilsfreier, weitblickender Staatsmann von einer gewissen frischen Unmittelbarkeit der Empfindung und gar kein Büreaukrat, dabei ein aufrichtiger Bewunderer Fürst Bismarcks, dem er mit derselben Ehrlichkeit begegnete, wie dieser ihm. Sein erster Schritt war, daß Auersperg gegen den leidenschaftlichen Widerspruch der Polen und Tschechen statt der Landtagsdelegierten den Reichsrat aus unmittelbaren Wahlen hervorgehen ließ und die Zahl der Abgeordneten von 203 auf 357 erhöhte (durch das Gesetz vom 2. April 1873), ein entschiedener Sieg des Zentralismus. Bald danach begann das Ministerium, ähnlich wie in Preußen, die Souveränität des Staates gegenüber dem unfehlbaren Papste zu wahren, nachdem der Kultusminister Stremayr den Kaiser für die Anschauung gewonnen hatte, daß dieser nicht mehr der Kontrahent des Konkordats von 1855 sei. Auch die österreichischen Bischöfe hatten nämlich, dem Beispiele ihres anerkannten Hauptes, des Kardinals Rauscher folgend, alsbald das sacrificium intellectus gebracht und das neue Dogma anerkannt, wenngleich sie vorsichtig vermieden, es allzu offen aufzudrängen. Trotzdem wuchs die Entfremdung von der Kirche in einem großen Teile des liberalen deutschen Bürgertums, und in den Industriebezirken des nordöstlichen Böhmen, die mit dem protestantischen Sachsen in regem Verkehr standen, fand der Altkatholizismus starken Anhang. Die Regierung aber brachte im Januar 1874 eine Reihe kirchenpolitischer Gesetze ein: die formelle Aufhebung des Konkordats, die Einführung der Anzeigepflicht mit dem Einspruchsrecht der weltlichen Oberbehörde, die Wiederherstellung des landesherrlichen Placets, staatliche Genehmigung der Klostergründungen und staatliches Aufsichtsrecht über die Klöster, gesetzliche Anerkennung der Religionsgenossenschaften. Gegen den Widerspruch der Bischöfe und Klerikalen wurden diese Gesetze, mit Ausnahme des einen über die Klöster, von Auersperg und Stremayr nachdrücklich vertreten und nach stürmischen Debatten im Mai 1874 angenommen. Anders wie in Preußen unterwarf sich der Klerus, weil Kardinal Rauscher ganz sicher war, daß der Geist des Konkordats in der jüngeren Geistlichkeit viel zu stark sei, als daß er durch diese Gesetze hätte erschüttert werden können, und weil er genau wußte, daß bei dem stillwirkenden Einfluß des Klerus bis in die höchsten Kreise hinauf die Regierung gar nicht wagen würde, sie folgerichtig auszuführen; ja er verstand es sogar, als ein eifriger Anhänger der Verfassung zu gelten.

149. Fürst Adolf Auersperg.
Nach einer Photographie.

Obwohl die deutsch-liberale Verfassungspartei bis Anfang 1879, also fast zwanzig Jahre mit kurzen Unterbrechungen, über die Staatsgewalt verfügte, so waren doch die slawischen Stämme überall im raschen Vordringen. Galizien war den Polen völlig ausgeliefert worden, die Verwaltung, die beiden Universitäten Krakau und Lemberg, die höheren Schulen wurden daher so gut wie vollständig polonisiert. Zäher als die immer

Vordringen der Slawen.

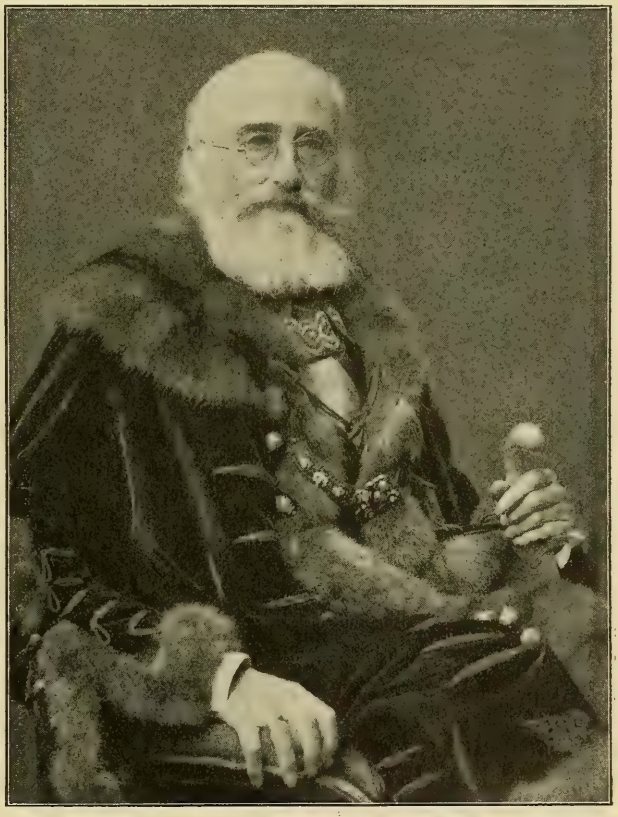
schwache deutsche Kulturschicht in Galizien hielt in Dalmatien die italienische Bevölkerung der Küstenstädte stand, aber sie konnte nicht verhindern, daß schon 1872 das Kroatisch-Serbische, die Volkssprache der großen Masse und des ganzen Hinterlandes, im amtlichen Verkehr zugelassen wurde und auch in die Schulen eindrang. Am heftigsten erhob sich der Nationalitätenstreit in Böhmen. Von ihrem geschlossenen Kernlande aus drangen die Tschechen nach allen Richtungen gegen die deutschen Ränder hin vor. Denn die Geistlichkeit war überwiegend tschechisch, da sich Deutsche selten diesem Berufe widmeten; es wurden daher auch in rein deutschen Gegenden fast nur Tschechen als Priester angestellt, die dann möglichst im Interesse ihrer Nationalität wirkten, um so mehr, als deren Ausbreitung als ein Schutzwall gegen den Einfluß der deutsch-protestantischen Nachbarschaft galt. Auch die Staatsbeamten waren vielfach Tschechen, weil sie, des Deutschen gleichzeitig mächtig, dadurch einen Vorsprung vor ihren deutschen Amtsgenossen hatten, die selten Tschechisch verstanden und noch seltener sich in tschechische Orte schicken ließen. Die mächtigen Grundherren aber sahen mit wenigen Ausnahmen in dem liberalen Bürgertum ihren Feind, begünstigten daher auf ihren Gütern überall das Tschechentum, besonders mit der Anstellung von Beamten. Da endlich die Tschechen, weil sie billiger arbeiteten, auch als Fabrikarbeiter, Dienstboten u. s. f. in den aufblühenden deutschen Industriegegenden in immer größerer Zahl Verwendung fanden, so durchsetzten sich diese Bezirke selbst um Teplitz, Reichenberg, Trautenau u. s. w. immer mehr mit tschechischen Bevölkerungsgruppen. Ähnlich begannen im Süden die Slowenen, namentlich in ihrem Kernlande Krain, ihre Nationalität zur Geltung zu bringen, obwohl dies Bauernvolk eine eigene höhere Kultur gar nicht besaß, sogar seine Sprache erst allmählich und künstlich zum Werkzeug einer solchen ausgebildet werden mußte.

150. Graf Julius Andrassy.
Nach einer Photographie. (Zu S. 418.)

Magyarisierungsbestrebungen in Ungarn.

In merkwürdigem Gegensatze zu diesem fortwährenden Wechsel in Österreich steht in Ungarn die folgerichtige Arbeit der Magyaren an der Durchführung ihrer politischen und nationalen Vorherrschaft den andern Nationalitäten zum Trotz. Sie waren allerdings unter sich über wichtige Fragen, namentlich über das Verhältnis Ungarns zu Österreich keineswegs einig, denn die äußerste Linke erstrebte die einfache Personalunion; aber sobald „nationale“ Fragen auftauchten, hielten sie unbedingt zusammen, und auch der nicht seltene Personenwechsel im Ministerium, wo Koloman Tisza, ein Protestant,

immer mehr hervortrat (seit 1875 als Minister des Innern und Präsident), änderten daran nichts. Die Komitatseinteilung zerschlug 1873 auch den alten sächsischen „Königsboden“ in Siebenbürgen und ließ die sächsische „Universität“ nur als eine Körperschaft für die Verwaltung des Nationalvermögens, aber unter der Leitung des Obergespans von Hermannstadt als Comes, bestehen. Die neue Komitatsverfassung von 1876 legte die Wahl des allezeit absetzbaren Obergespans in die Hände der Regierung, übertrug die eigentliche Verwaltung dem Vizegespan und setzte einen „Munizipalausschuß“ zur Kontrolle der Verwaltung, einen Verwaltungsausschuß zu deren Unterstützung ein, sicherte aber in beiden direkt oder indirekt der Regierung und dem magyarischen Adel den entscheidenden Einfluß. Ähnlich wurde die Gemeindeverwaltung gestaltet. Diese ganze Verwaltung stellte man nun in den Dienst der „magyarischen Staatsidee“, d. h. der möglichsten Alleinherrschaft der magyarischen Sprache, die von zwei Dritteln der Staatsbevölkerung gar nicht verstanden wurde. Die magyarische Staatssprache wurde im Dezember 1873 auch auf den Staatseisenbahnen eingeführt, und 1875 wurden alle des Magyarischen nicht mächtigen deutschen Beamten entlassen. Obwohl den Munizipien (Komitaten) und Gemeinden die Wahl ihrer Geschäftssprache gesetzlich freistand, die unteren Gerichte in den landesüblichen Sprachen zu verhandeln und zu entscheiden hatten, und allen Nationalitäten der Unterricht in ihrer Muttersprache bis zum Beginn des Universitätsstudiums verbürgt war, so wurde doch 1872 der überwiegend deutschen Hauptstadt Budapest das Magyarische durch ein Ausnahmegesetz als Amtssprache, den deutschen Kreisvertretungen als Protokollsprache aufgezwungen; die Untergerichte begannen seit 1875 auch in deutschen, serbischen und rumänischen Bezirken nur magyarisch zu verhandeln und zu entscheiden, was die allerärgsten Übelstände im Gefolge hatte; die beiden Landesuniversitäten Pest und Klausenburg (gegründet 1872) wurden völlig magyarisiert, desgleichen in allen (allerdings nicht sehr zahlreichen) staatlichen Mittelschulen das Magyarische als Unterrichtssprache eingeführt, und neue magyarische Staatsanstalten inmitten andersprachiger Bevölkerung, z. B. in Ödenburg, Preßburg u. s. f., errichtet. Endlich erging 1879 sogar ein Gesetz, nach dem vom 30. Juni 1882 an kein Volksschullehrer angestellt werden sollte, der nicht des Magyarischen vollkommen mächtig sei, und das Magyarische Pflichtfach auch in allen Volksschulen wurde, von denen der Staat nur 131, die Kirchengenossenschaften und Gemeinden gegen 14000 unterhielten. Beide Maßregeln betrafen 1883 auch alle nichtstaatlichen, von Gemeinden unterhaltenen Mittelschulen. Dieser Magyari-



151. Koloman Tisza.

sierung ihres ganzen geistigen Lebens haben sich mit Erfolg fast nur die tapferen Siebenbürger Sachsen erwehrt, die den deutschen Charakter ihres Schulwesens behauptet haben. Die ganze gewaltthätige Politik entsprang nicht nur aus der herben Ausschließlichkeit des magyarischen Patriotismus, sondern auch aus der Besorgnis, die Magyaren, die sich in viel geringerem Prozentsatz vermehren, als alle anderen Volksstämme Ungarns, möchten von diesen allmählich mehr und mehr zurückgedrängt werden, müßten sich also durch beständige Einverleibung fremder Elemente verstärken, und aus der Furcht vor der Übermacht der deutschen Kultur. Sie führte sogar im September 1880 einmal zu dem brutalen Beschlusse der Budapester Stadtvertretung, dem deutschen Theater die stets erteilte Konzession zu verweigern, den übrigens Tisza ein paar Wochen später wieder rückgängig machte, weil die Entrüstung darüber auch in Deutschland zu arg war. Durch solche Mittel stieg, bei sehr geringer Bevölkerungszunahme im allgemeinen, die Zahl der Magyaren in Ungarn und Siebenbürgen von 1869 bis 1880, wenigstens nach der amtlichen Statistik, von 5400000 auf 6200000, die der Deutschen nur von 1810000 auf 1882000, was um so weniger wunder nimmt, als gerade diese, mit Ausnahme der Siebenbürger Sachsen, namentlich die meist zu ihnen gerechneten deutschsprechenden Juden, sich besonders bereitwillig der herrschenden Rasse anschließen.

Italien in den letzten Jahren König Victor Emanuels II.

Grundlagen der italienischen Politik.

Das Jahr 1870 hatte den Italienern die Vollendung ihrer nationalen Einheit gebracht. Am 1. Juli 1871 waren sämtliche Ministerien von Florenz nach Rom übergesiedelt, am 2. Juli hielt Victor Emanuel seinen festlichen Einzug in der Stadt der Kaiser und der Päpste und ergriff, nicht als ein Weltherrscher, sondern als nationaler König Besitz vom Quirinalpalast, hoch über der alten Stadt, von wo aus er alltäglich die graublaue Peterskuppel und die Massen des Vatikans majestätisch sich gegenüber sah; „hier sind wir und hier bleiben wir" (ci siamo e ci resteremo), sagte er zu den Abgesandten der hundert italienischen Stadtgemeinden, die ihn begrüßten. Die Besitzergreifung Roms bestimmte fortan die Politik Italiens. Zwar hatte das Garantiegesetz dem Papste alle Ehren eines Souveräns mit einer Jahresrente von $3\frac{1}{4}$ Mill. Lire zuerkannt und ihm in Rom den Vatikan, den Lateran, den Palast der Cancellaria und das Schloß von Castel Gandolfo im Albanergebirge als exterritorialen Besitz angewiesen, aber „der Gefangene im Vatikan" blieb feindselig wie zuvor gegenüber dem „subalpinen Räuberkönig" und setzte seine Hoffnung auf Frankreich, wo die monarchische Partei, mit den Klerikalen verbündet, sich zur Wiederherstellung des Bourbonenthrons und also des Kirchenstaats rüstete. Dies trieb Italien unwiderstehlich zum Anschluß an Deutschland und Österreich, also zu einem völligen Wandel seiner Politik. Auch die militärische Front begann sich gegen Frankreich zu wenden. Die Eröffnung der Alpenbahn über den Mont Cenis am 17. September 1871 näherte die beiden Länder einander keineswegs, und schon 1872 formierte Italien zur Grenzverteidigung gegen Westen seine ausgezeichneten „Alpenjäger".

Parteigegensätze und soziale Nöte.

Eines festen Anschlusses an zuverlässige Bundesgenossen bedurfte das junge Königreich um so mehr, als seine inneren Verhältnisse nichts weniger als klar waren. Mit den alten Parteigegensätzen verflochten sich die landschaftlichen Unterschiede. Viele alte Republikaner, namentlich im Süden, strebten noch immer radikalen Idealen nach, der greise Garibaldi und der unversöhnliche Mazzini bildeten immer noch eine Macht und die „Irredentisten" träumten von der Erwerbung Welschtirols und Triests, der „Italia irredenta" (des unerlösten Italien), ohne sich zu sagen, daß derartige Thorheiten der Regierung das unvermeidliche Bundesverhältnis mit Österreich erschwerten. Die nationale Mittelpartei Cavours aber, die „Consorteria" lebte in französischen Traditionen und entschloß sich nur schwer, der neuen Wendung in der auswärtigen Politik zu folgen. Dazu kamen die Finanznot und die drückende Steuerlast, namentlich die schweren indirekten Abgaben auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse in den Städten (dazio consumo) und die bei dem Mangel eines allgemeinen Katasters sehr ungleich veranlagte Grundsteuer, die Unbildung und Armut des Volkes, das alteingewurzelte

152 Der Hafen von Genua. Nach einer Photographie.

Unwesen der allmächtigen Räubergesellschaft, der Mafia, auf Sizilien, gegen die noch keine Regierung etwas Durchgreifendes ausgerichtet hatte, die vielfach ganz ungesunden sozialen Verhältnisse, die allerdings mehr auf dem Lande als in den Städten hervortraten (s. oben S. 127), dort aber, namentlich in der von altersher unruhigen Romagna, zu sehr radikalen Bestrebungen führten und jedenfalls eine starke Auswanderung nach Südamerika, Frankreich, Tunis u. s. f., meist von Genua oder Neapel aus, veranlaßten, ganz abgesehen noch von den Tausenden, die alljährlich im Sommer als Erd- und Steinarbeiter und wandernde Händler Verdienst in allen Nachbarlanden bis tief nach Deutschland hinein suchten. Stieg doch die Zahl der überseeischen Auswanderer von 1880—87 von 20000 auf 127000 und erreichte 1888 sogar die ungeheure Höhe von 196000. Erschütternd und lebenswahr hat Edmondo de Amicis diese Zustände in seinem Buche „Sull' oceano" geschildert. Die Regierung aber scheute sich, durch Gesetze in die Privatwirtschaft einzugreifen. Nicht einmal die Melioration der Campagna wurde ernsthaft in Angriff genommen, trotz aller Reformprojekte; sie hatte noch 1881 nur 764 ständige Einwohner (d. h. 1 auf 4 qkm!)

Verhältnis zum Papste.

Unheilbar endlich blieb das Verhältnis zum Vatikan. Zwar im Parlament machte das wenig Not, denn der Italiener ist im allgemeinen ein viel zu klarer Verstandesmensch, als daß er sich für die Wiederherstellung des längst verfaulten Kirchenstaats begeistern sollte, den er besser kennt, als die „Ultramontanen" jenseit der Alpen, und da die Abgeordneten bei dem hohen Zensus, der das Wahlrecht nur etwa 500000 Menschen gab, nur die gebildeten Stände, nicht die Massen vertraten, auch der Papst seinen Anhängern jeden Anteil an den Wahlen verboten hatte (nè elettori nè eletti), so gab es im italienischen Parlament auf dem Monte Citorio in Rom, am Sitze des Papsttums, nichts der deutschen Zentrumspartei Ähnliches. Aber das Verhältnis verschlechterte sich noch durch die Aufhebung der Klöster im Jahre 1873. Obwohl dem Papste von ihren Einkünften eine Jahresrente von 400000 Lire zugewiesen und die Ordensgenerale im Besitz ihrer Generalatshäuser belassen wurden, so belegte er doch alle, die zum Zustandekommen und zur Ausführung des Gesetzes geholfen hatten, mit dem Banne. Daher schwenkte denn auch die Consorteria mehr und mehr von Frankreich ab, und das Ministerium Marco Minghetti, das nach dem Rücktritt des Kabinetts Lanza-Sella am 10. Juli 1873 ans Ruder kam, konnte, auf die Consorteria gestützt, im Herbst des Jahres, angesichts der damals kaum noch zweifelhaften Wiederherstellung des Bourbonenthrones in Frankreich, den Besuch des Königs in Wien und Berlin herbeiführen und 1875 die Gegenbesuche der verbündeten Kaiser empfangen (s. oben S. 400). Dann setzte es im Frühjahr 1875 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch, die das Heer zur besten Schule des Volkes machte, und erreichte für 1876 zum erstenmal die Herstellung des ersehnten Gleichgewichts in den Finanzen, allerdings nur mit Hilfe der höchst unpopulären Mahlsteuer.

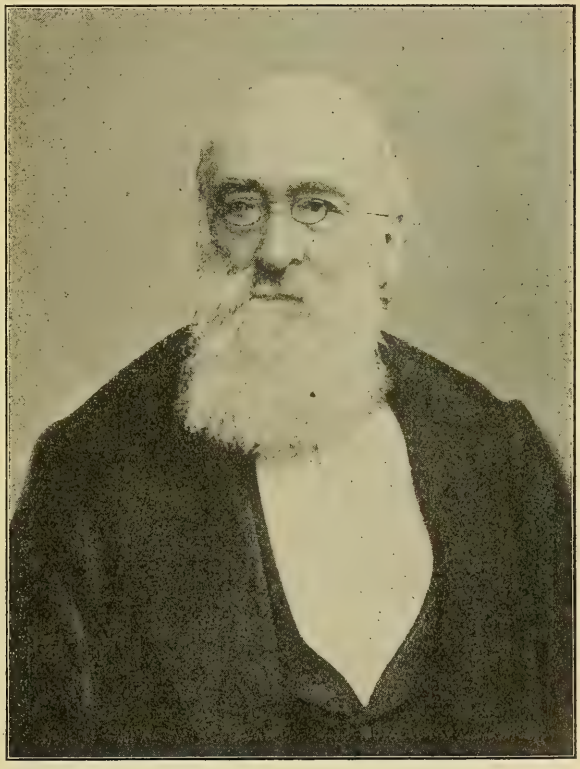
Herrschaft der Linken.

Als aber Minghetti nunmehr die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Angriff nahm und damit in Oberitalien begann, spaltete sich die Consorteria, Minghetti trat zurück (März 1876), und die ursprünglich republikanische, meist aus Süditalienern und Sizilianern bestehende Linke wurde mit dem tüchtigen, klugen, energischen Piemontesen Agostino Depretis (geb. 1812) zur Regierung berufen. Um sich eine feste Mehrheit im Parlament zu sichern, löste dieser das Abgeordnetenhaus auf, verstärkte den Senat durch einen Pairsschub von 80 neuen Mitgliedern und errang bei den Wahlen im November einen glänzenden Sieg, denn von 508 Abgeordneten gehörten 385 seiner Partei an, und ihr Präsident wurde der Sizilianer Francesco Crispi, ein alter Kampfgenosse Garibaldis, einer von den vergötterten „Tausend von Marsala" (s. S. 150). Aber der Realismus der Italiener hatte diese feurigen Südländer, die jetzt ans Ruder kamen, schon zu ehrlichen Anhängern der nationalen Monarchie gemacht, und der Vatikan hatte keine Ursache, sich des Wechsels der Regierung zu erfreuen. Denn jetzt wurde das schon 1874 eingebrachte, aber damals noch zurückgewiesene Gesetz über die allgemeine Schulpflicht angenommen, die Einbehaltung der päpstlichen Rente von $3\frac{1}{4}$ Millionen Lire verfügt und jede Prozession außerhalb der Kirchen ohne Erlaubnis der Behörden

verboten. Im nächsten Jahre 1877 fand der große Flottengründungsplan Annahme, der statt der bisherigen Verteidigungsflotte eine mächtige Schlachtflotte von riesigen Panzerschiffen zur Beherrschung des Mittelmeers schaffen wollte, und in dem als die wichtigsten Kriegshäfen und Arsenale (neben dem einzigen Venedig am Adriatischen Meere) Spezia, Neapel, Castellammare und Tarent eingerichtet wurden, kehrte Italien auch seine maritime Front nach dem Westen, gegen Frankreich.

Tod Victor Emanuels; König Humbert.

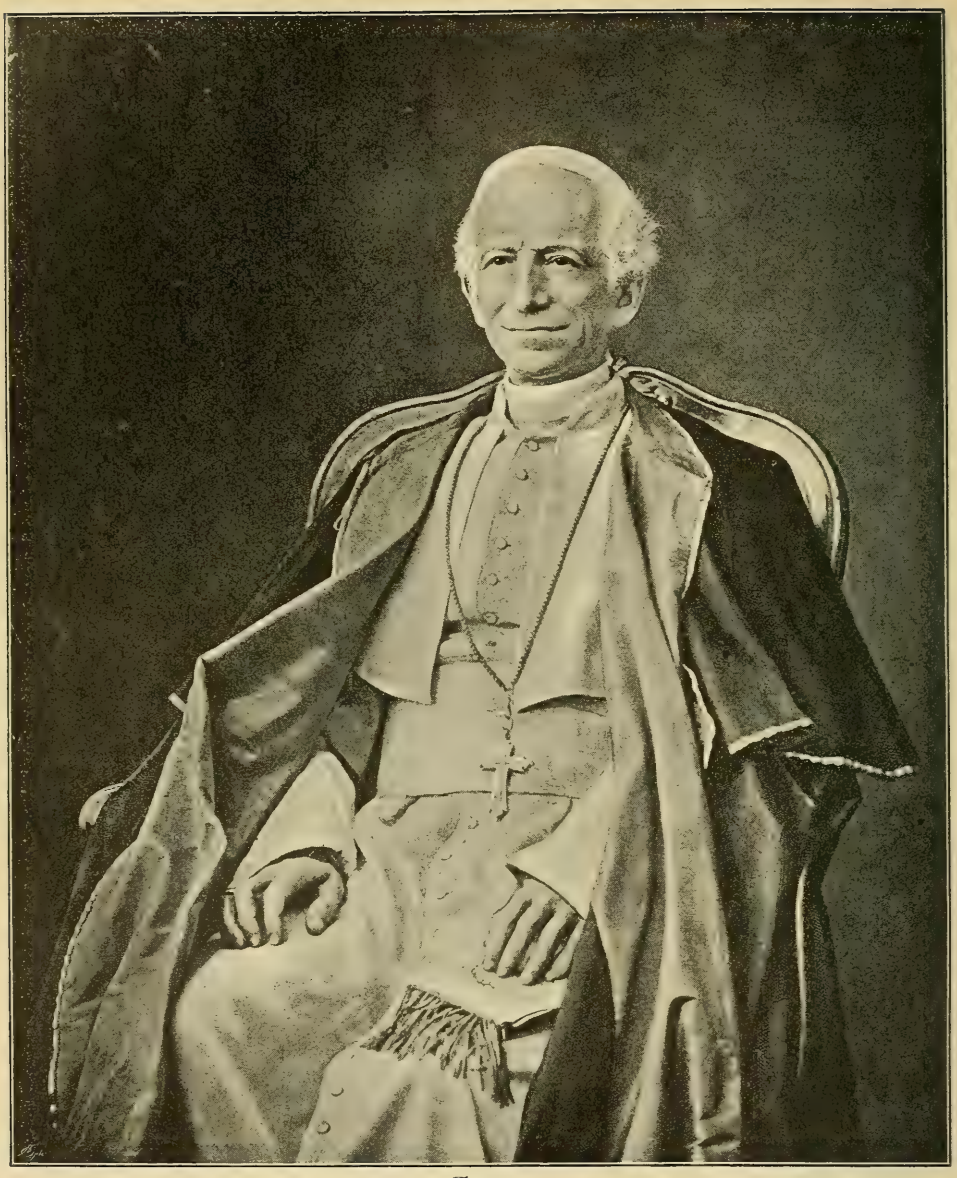
Der italienische Staatswagen fuhr in festen Gleisen, da raffte am 9. Januar 1878 eine schwere Rippenfellentzündung den sonst so kräftigen König im 58. Lebensjahre plötzlich hinweg. Er verschied als katholischer Christ mit den Sakramenten seiner Kirche. Eine unermeßliche Trauer um den „Rè galant' uomo", den „König-Ehrenmann", den „Vater des Vaterlandes", den „König-Befreier" durchwogte das Land und geleitete ihn am 17. Januar zur Gruft, die ihm im altrömischen Pantheon bereitet wurde, dem erhabensten Kuppelbau der Welt. Gegenüber dem Grabe Raffaels, des größten Vertreters der italienischen Kunst, umschließt ein mächtiger, aber ganz schmuckloser schwarzer Marmorsarkophag mit der einfachen Inschrift „al liberatore" (dem Befreier) die sterblichen Reste des ersten Königs von Italien. Zu seiner Beisetzung war auch der Kronprinz des Deutschen Reiches erschienen. Victor Emanuels Nachfolger war Humbert I. (geb. 14. März 1844), seit 1868 Gemahl der schönen, blonden Margherita, der Tochter des Herzogs und der Herzogin von Genua, also der Enkelin König Johanns von Sachsen (geb. 1851). Als der König nun am 19. Januar im Parlament den Eid auf die Verfassung geleistet hatte und, nach dem Quirinal zurückgekehrt, auf den Balkon hinaustrat, da füllten Tausende von Menschen den herrlichen Platz, auf dem die Springbrunnen neben dem Obelisken und den Kolossen von Kastor und Pollux rauschen, und begrüßten das Königspaar und den Kronprinzen des Deutschen Reichs, der den achtjährigen Thronfolger, den Prinzen von Neapel, zu sich emporhob und küßte, mit dem brausenden Jubelruf: „Evviva la Germania, evviva l'Italia!" Das Bündnis der Herrscherhäuser fand die begeisterte Zustimmung des römischen Volkes.



153. Agostino Depretis.

Wenige Wochen später, am 17. Februar 1878, verschied der greise Papst Pius IX. nach ungeheuren Schicksalswechseln im Vatikan. Bereits am 18. Februar traten 60 Kardinäle in der Sistinischen Kapelle zum Konklave zusammen, so ungestört wie nur jemals, und schon aus dem dritten Wahlgange ging am 20. Februar der Kardinal Gioacchino Pecci als Leo XIII. hervor, während draußen viele Tausende von Menschen dichtgedrängt den majestätischen Petersplatz bedeckten und dem Kardinal, der die Wahl verkündigte, mit dem hergebrachten Rufe antworteten: „Habemus papam!" Dann erschien der Papst im vollen Ornat zwar nicht, wie sonst üblich und auch damals erwartet wurde,

Tod Pius' IX.; Wahl Leos XIII.



154. Papst Leo XIII.
Nach einer Photographie.

auf der äußeren Loggia der Kirche, aber von der inneren Halle aus spendete er mit lauter klarer Stimme den Segen auf die dunklen Menschenmassen herab, die tief unten die marmorprangenden Riesenhallen füllten. Pius IX. fand sein Grab nicht hier, sondern in der Krypta der uralten ehrwürdigen Basilika San Lorenzo vor den Mauern (fuori le mura) am Thor nach Tivoli; die Worte: „Universam ecclesiam amore et adoratione sui implevit“ stehen über dem schlichten Sarkophage. Sein Nachfolger empfing am 3. März unter dem üblichen Prunk, aber nicht in St. Peter, sondern im Vatikan die Tiara. Das magere, kluge, lächelnde Gesicht schien einen diplomatischen „Friedenspapst“ zu verkündigen.

Der Kampf zwischen Monarchie und Republik in Frankreich.

Dem ganzen Zustand der Dinge, der sich in Mitteleuropa siegreich durchgesetzt hatte, stand das besiegte Frankreich naturgemäß feindselig gegenüber. Die „Revanche“ wurde eine Art von neuer Religion der Franzosen, von denen bis heute wenige begriffen haben, daß die Jahre 1870/71 nur die Vergeltung brachten für die Übergriffe von Jahrhunderten und daß die Schuld daran nicht nur die Herrscher, sondern auch die Nation selber traf. Dazu gesellte sich eine starke kirchlich religiöse Strömung. Verwirrt in allen ihren überlieferten Vorstellungen und im Innersten erschüttert durch unbegreifliche Niederlagen suchte die Masse des französischen Volkes Halt an der Kirche, erinnerte sich vor allem der entlegenen Zeiten, da das Land, das eine Mal vor den Hunnen durch die heilige Genoveva, das andremal vor der englisch-burgundischen Überflutung durch Jeanne Darc, die „Jungfrau von Orléans“ gerettet worden sei (s. Bd. III, S. 650 ff. u. Bd. IV, S. 81), und hoffte dasselbe jetzt gegenüber den deutschen „Barbaren“, den „Nachkommen der Hunnen.“ In dichteren Scharen als je drängten sich nach dem Kriege jahraus jahrein die Pilgerzüge nach Lourdes und La Salette (s. S. 14), neue Erscheinungen der Gottesmutter traten auf, und der jesuitische Kultus des „heiligen Herzens (Jesu)“ wurde ein neuer Sammelpunkt für die Gläubigen; ja auf dem Montmartre, hoch über dem sündigen Paris, entstand eine prunkvolle Kirche zum heiligen Herzen. Aufs engste verband sich damit der Gedanke an Rom und das Papsttum, dessen „älteste Tochter“ Frankreich sich zu sein rühmte, und wieder trat der alte karolingische Zug nach einem innigen Bunde zwischen Frankreich und der römischen Kirche hervor; man träumte von neuen gesta Dei per Francos zur Wiederherstellung des Kirchenstaats, und bei jedem Pilgerzuge klang das neue Lied: „Dieu, sauvez Rome et la France.“ Da nun alle diese Dinge auf die alte Monarchie zurückwiesen und der Bonapartismus zunächst bedeutungslos war, weil er sich hatte besiegen lassen, so lag der Gedanke an eine monarchisch-legitimistische Restauration in der Luft. Das alte Königtum wiederherzustellen, im Bunde mit Rom dem Papste die weltliche Herrschaft zurückzugeben und das revolutionäre, undankbare Königreich Italien zu zertrümmern, Elsaß-Lothringen zu erobern und Deutschland in die alte Ohnmacht zurückzuwerfen, in Spanien dem klerikalen Karlismus zum Siege zu verhelfen und durch dies alles die verlorene Vorherrschaft in Europa unter katholischem Banner wiederzugewinnen, das waren die Ideale weiter und sehr einflußreicher Kreise.

Reaktionäre Strömungen.

Ob sie sich verwirklichen ließen, das stand allerdings dahin, auch abgesehen noch vom Deutschen Reiche und seinem gewaltigen Kanzler, den die Franzosen mit einem Gemisch von grimmigem Haß und scheuer Bewunderung betrachteten und in seinem Wesen niemals begriffen haben. Denn er war nur, wie selbstverständlich, fest entschlossen, das Errungene auf jeden Fall zu behaupten und das rachedürstende Frankreich, dessen Deutschenhaß ja immer wieder hervorbrach, zu isolieren, also unfähig zum Angriff zu machen. Nur insofern sie darauf Einfluß haben konnten, interessierten ihn die französischen Parteikämpfe; in sie einzugreifen, lag ihm stets ebenso fern, wie Frankreich ohne Not anzugreifen. In der Nationalversammlung in Versailles waren die Monarchisten unzweifelhaft in der Mehrheit, aber die Republikaner unter Führern wie Gambetta, der aus einem Parteihaupte immer mehr zum Staatsmanne heranreifte, doch sehr stark, und die radikale Linke, die fast alle großen Städte vertrat, stand in abgesagter Feindschaft nicht nur der Kirche, sondern auch der Religion gegenüber. Sie war an Zahl noch schwach, und die große Mehrheit der Versammlung fürchtete oder haßte Paris seit der Commune, aber ohne einen neuen Bürgerkrieg konnten die Monarchisten schwerlich ihr Ziel erreichen. Einen solchen zu vermeiden, die gemäßigten Monarchisten und Republikaner zu einer starken, regierungsfähigen Mittelpartei zu vereinigen, die grundsätzliche Entscheidung über die Regierungsform zunächst in der Schwebe zu lassen, das schwer getroffene Land wieder zu ordnen und der deutschen Okkupation möglichst bald ein Ende zu machen, diese Ziele verfolgte Adolf Thiers, das Oberhaupt des Staates und der bedeutendste Staatsmann des Landes, mit zäher Energie und

Die Parteien; Thiers Präsident.

mit Glück. Seine amtliche Stellung befestigte sich dadurch, daß er am 31. August 1871 mit 480 gegen 93 Stimmen auf drei Jahre zum „Präsidenten der Republik" erhoben wurde; aber der eigenwillige und selbstbewußte Mann hatte in der Nationalversammlung wenig Freunde, stellte allzuhäufig die Vertrauensfrage und griff allzusehr in die Einzelheiten der Verwaltung ein.

Beginnende Reorganisation des Landes.

Die nächste und dringendste Aufgabe löste er, dank dem unerschöpften Reichtum des Landes und dem Patriotismus der Franzosen, in überraschender Schnelligkeit. Da die erste große Anleihe von $2^1/_2$ Milliarden (zu $82^1/_2$ % Kurs und 5 % Zinsen) am 27. Juni 1871 zweimal überzeichnet wurde, so gingen die Abzahlungen an Deutschland rascher, als erwartet worden, vor sich. Schon im September 1871 räumten daher die deutschen Truppen die Pariser Forts und die angrenzenden Departements, bis März 1872 zogen sie sich allmählich nach Lothringen zurück, wo General von Manteuffel sein Hauptquartier in Nancy aufschlug, und als mit Hilfe einer neuen Anleihe von 3 Milliarden (zu $84^1/_2$ und 5 %), die am 28. Juli 1872 vierzehnfach überzeichnet wurde, bis zum 5. September 1873 die ganze Kriegsschuld getilgt worden war, räumten die Deutschen auch Lothringen. Mit Recht hat später Thiers als „libérateur du territoire" ein Denkmal in Nancy erhalten. Er machte aber auch einen ernsten

155. „Er." Karikaturen auf Thiers von Gill (Juli 1877).

Thiers war seiner Zeit eine der beliebtesten Gestalten der Witzblätter. In allen möglichen Gestalten (sogar als „Tochter der Madame Angot") ward er hundertfältig dargestellt.

Anfang zur Reorganisation des Landes. Das Gesetz über die Generalräte der Departements vom 10. August 1871 gab diesen in einer Reihe wichtiger Fälle die selbständige Entscheidung über die finanziellen Angelegenheiten der Departements, trat also der übertriebenen büreaukratischen Zentralisation der Verwaltung entgegen, und am 14. August 1872 wurde das neue Wehrgesetz auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen (fünf Jahre Dienstzeit im aktiven Heere mit einjähriger Dienstpflicht für gebildete junge Leute, vier in der Reserve, fünf in der Territorialarmee, sechs in deren Reserve, im ganzen 20 Jahre). Nach außen hin bewahrte Frankreich zunächst natürlich völlige Zurückhaltung; einen Antrag der Legitimisten auf Wiederherstellung des Kirchenstaates, also auf Krieg mit Italien, den eine Bittschrift der französischen Bischöfe im Juni 1871 stellte, lehnte die Nationalversammlung ab. Doch verlor darüber Jules Favre, den die Monarchisten besonders haßten, sein Ministerium des Auswärtigen. Überhaupt fand es die französische Republik, deren Parteigängern alle diplomatische Erfahrungen fehlten, besonders schwierig, für dies Ministerium und noch mehr für die auswärtigen Gesandtschaften geeignete Persönlichkeiten zu gewinnen, die den auswärtigen Staatsmännern einigermaßen gewachsen waren und ihnen auch so erschienen.

Thiers' Sturz; Mac Mahon Präsident.

Inzwischen spitzten sich die inneren Parteigegensätze zu. Als Thiers im November 1872 den Antrag auf förmliche Erklärung der Republik einbrachte, drang er nicht durch, sondern erlangte nur das Versprechen von der Nationalversammlung, sich nicht

eher zu trennen, als bis sie Frankreich eine endgültige Verfassung gegeben habe. Die Monarchisten betrachteten ihn seitdem als ihren Gegner und arbeiteten emsig an seinem Sturze. Infolge einer heftigen Debatte über eine Beschwerde der Klerikalen gegen den radikalen Gemeinderat von Lyon trat zunächst Jules Grévy, der republikanische Präsident der Versammlung, zurück und erhielt in dem Orléanisten Buffet einen Nachfolger. Als nun Thiers nach einem Wahlsiege in Paris sein Ministerium nicht aus der monarchischen Rechten, sondern aus dem gemäßigt republikanischen linken Zentrum (Casimir-Perier und Béranger) ergänzte, richteten die Monarchisten unter dem Herzog von Broglie mit Hilfe der 30 Bonapartisten eine Interpellation darüber an die Regierung und verwarfen den von deren Anhängern gestellten Antrag auf Übergang zur einfachen Tagesordnung mit nur 16 Stimmen Mehrheit. Noch am Abend desselben Tages, 24. Mai 1873, gab Thiers mit seinem ganzen Ministerium seine Entlassung, weil er die Abstimmung als ein Mißtrauensvotum gegen sich selbst auffassen mußte, noch immer in der Hoffnung, seine Abdankung werde nicht angenommen werden. Statt dessen wählten die monarchistischen Parteien mit 390 von 392 abgegebenen Stimmen — die Republikaner enthielten sich der Abstimmung — den Marschall Mac Mahon, den „glorreich Besiegten" von Sedan, zum Präsidenten der Republik.

156. Jules Grevy.

Versuch einer monarchischen Restauration

Die Bahn für eine monarchische Restauration schien nunmehr frei. Soeben hatten die Bonapartisten mit dem Tode Napoleons III., der am 9. Januar 1873 in Chislehurst in Südengland an den Folgen einer Steinoperation starb, ihr Haupt verloren, kamen also fürs erste nicht weiter in Betracht. Mac Mahon aber war ein ehrlicher und loyaler Soldat, ein Mann von unbeflecktem militärischen Rufe, dessen persönliche Geltung die französische Republik bei den monarchischen Regierungen Europas besser einführte, als die Advokaten von 1870/71, doch er war natürlich kein Republikaner aus Überzeugung und auch kein staatsmännischer Kopf, geriet daher leicht unter monarchistische und klerikale Einflüsse und hätte wahrscheinlich, wenn die Sache nur gesetzmäßig verlief, dem Lande ganz gern wieder einen König gegeben. Und daran eben arbeiteten die Monarchisten jetzt mit vollem Nachdruck. Ihr Prätendent war Graf Heinrich von Chambord (geb. 29. September 1820), der Sohn des kurz zuvor ermordeten Herzogs von Berry, der seit 1830 im Auslande, meist in Österreich lebte, in den Orléans zunächst nur eine rebellische Seitenlinie des Hauses Bourbon, in allem, was seit 1789 in Frankreich geschehen war, eine gottlose Revolution sah und das lebendige Frankreich schlechterdings nicht kannte. Sein ererbtes Anrecht auf die alte Krone der Bourbonen hielt er aber unentwegt fest und erließ darüber schon am 5. Juli 1871 und später noch mehrmals, schwungvolle Kundgebungen, die an seiner Gesinnung nicht den mindesten Zweifel gestatteten. Da er aber kinderlos war, so erkannte er in einer persönlichen Zusammenkunft in seiner Residenz Frohsdorf bei Wien am 5. August 1873 den Grafen Philipp von Paris, das Haupt der Orléans, mit seiner ganzen Linie als seine berechtigten Erben an. Nach dieser „Fusion" verhandelten die Monarchisten mit ihm in Salzburg über seine Thronbesteigung, stießen aber auf schwere Hindernisse in seiner unbeugsamen klerikalen und legitimistischen Überzeugung. Er wollte nicht „der

legitime König der Revolution" sein, daher von keiner vertragsmäßigen Abkunft über seine Königsgewalt etwas hören, namentlich auch das weiße bourbonische Lilienbanner an die Stelle der revolutionären Trikolore setzen. Das sündige Frankreich sollte sich ihm reuig zu Füßen werfen und von ihm, seinem Retter, unter dem Segen des Papstes seine neue Ordnung demütig empfangen. Zwischen diesem Standpunkte und der ungeheuren Mehrheit der gebildeten Franzosen klaffte ein unausfüllbarer Abgrund. Zwar schien es dem Unterhändler Chesnelong am 14. Oktober gelungen zu sein, den Grafen zur Anerkennung der modernen Grundlagen Frankreichs und der Trikolore mit Hinzufügung der Lilien zu bestimmen; am 16. berichtete er darüber dem Ausschuß der monarchischen Fraktionen, am 18. verkündigte das orléanistische „Journal de Paris", die Wiederherstellung der erblichen Monarchie mit Heinrich V. stehe unmittelbar bevor, und am 22. wurde von der Rechten ein Antrag dieses Inhalts an die Nationalversammlung beschlossen; da langte am 30. Oktober ein Brief des Grafen von Chambord an, in dem dieser ganz und gar auf seinen alten Standpunkt zurücktrat und seinen Anhängern alle Aussichten abschnitt. Er wollte, hat man gesagt, nicht König einer Partei werden, und zog es vor, seiner Vergangenheit und seinem Charakter treu zu bleiben, und wenn er kein Staatsmann war, ein Charakter ist er jedenfalls gewesen (gest. 1883).

Aussichten der Bonapartisten.

Die Mehrheit vom 24. Mai war zersprengt. Es gelang daher den Republikanern, schon am 20. November 1873 die Verlängerung der Gewalten Mac Mahons auf sieben Jahre, allerdings nur mit einer Stimme Mehrheit, und am 4. Dezember die Einsetzung eines Verfassungsausschusses durchzusetzen, von dessen 30 Mitgliedern freilich 25 Monarchisten waren. Kurze Zeit nachher schien die bonapartische Sache einen neuen schweren Schlag zu erleiden, denn nach endlosen Verhandlungen verurteilte das Kriegsgericht unter dem Vorsitze des Herzogs von Aumale in Schloß Trianon am 10. Dezember 1873 den Marschall Bazaine wegen der Übergabe von Metz zur Kassation und zum Tode, denn ein Sühnopfer verlangte die nationale Erbitterung für diesen furchtbaren Schlag, wenngleich die Überzeugung der Franzosen, Bazaine sei ein Verräter gewesen, schon deshalb jedes vernünftigen Grundes entbehrt, weil dazu der fehlt, der einen solchen bezahlt hätte. Man war es dann zufrieden, daß Mac Mahon seinen alten Kameraden zur zwanzigjährigen Festungshaft auf der Insel St. Marguérite gegenüber Cannes begnadigte. Aus diesem Felsenneste entkam Bazaine trotz strenger Überwachung schon im August 1874 mit Hilfe seiner treuen und entschlossenen Frau, einer reichen Mexikanerin, auf einem genuesischen Fahrzeuge nach dem Festlande, reiste zunächst nach Belgien, später nach Spanien, wo er 1883, zuletzt von seiner Frau getrennt und in dürftigen Verhältnissen, zu Madrid gestorben ist. Aber für die Bonapartisten war er längst ein toter Mann. Sie richteten ihre Hoffnungen jetzt auf Napoleons III. jugendlichen Sohn, den Prinzen Louis, einen geweckten, frühgereiften Menschen, und versammelten sich zu seiner Mündigkeitserklärung am 16. März 1874 in Chislehurst in Scharen (ihrer 6000) um ihn und Kaiserin Eugenie, deren ganzer Stolz er war. Da die Royalisten auf den Grafen Chambord nicht mehr zählen durften und die vorsichtigen, kaufmännisch berechnenden Orléans jeder Popularität entbehrten, so besserten sich unzweifelhaft wieder die Aussichten für die Bonapartisten, die ja von dem göttlichen Rechte des Königtums nichts wissen wollten, sondern ebenso auf dem Boden der Volkssouveränität standen, wie die Republikaner, nur daß sie augenblicklich noch zu schwach waren, um etwas zu unternehmen.

Die neue republikanische Verfassung.

So kam es, daß die Verfassung der dritten französischen Republik von den Republikanern mit den Monarchisten zusammen geschaffen wurde, nicht mit Begeisterung, sondern unter dem harten Zwange der Verhältnisse und mit stillen Vorbehalten der Royalisten wie der Bonapartisten. Nach langem Kampfe kamen am 24. und 25. Februar 1875 (mit einem Nachtrage vom 16. Juli) die „konstitutionellen Gesetze" zustande, nicht zum wenigsten unter Gambettas entscheidender Beihilfe. Die „Kammer der Abgeordneten" (Chambre des députés) wurde künftig aller vier Jahre von allen unbescholtenen, mindestens 21 Jahre alten, seit wenigstens sechs Monaten in ihrem Orte wohnenden Franzosen nach Wahlkreisen gewählt und trat alljährlich in Versailles

zusammen. Neben sie trat der Senat, bestehend aus 75 auf Lebenszeit von der Deputiertenkammer, und 225 auf neun Jahre von den 36 000 Gemeinden Frankreichs durch ebensoviele Wahlmänner gewählten Mitgliedern, mit dem besonders wichtigen Rechte, im Einvernehmen mit dem Präsidenten die zweite Kammer aufzulösen. Der Präsident, auf sieben Jahre vom Kongreß (Nationalversammlung), den beiden vereinigten Kammern gewählt, ist unverletzlich und unverantwortlich; die Verantwortung tragen seine Minister, die Mitglieder der Kammer sind und daher stets eine Mehrheit in ihr haben müssen, also häufig wechseln, aber die eigentliche Führung ihrer Ressortgeschäfte den eingearbeiteten, lange im Amte bleibenden Direktoren und Abteilungschefs überlassen, so daß die Tradition trotz alles Personenwechsels immer gewahrt bleibt. Nur so läßt sich überhaupt regieren.

Wahlsieg der Republikaner.

Nachdem der Marschall sein neues Kabinett Buffet (mit dem Herzog Decazes als Minister des Auswärtigen seit November 1873) gebildet hatte, ergaben die Wahlen zum Senat (in den Departements am 30. Juni 1876) einen glänzenden Sieg der Republikaner, aber auch die Bonapartisten eroberten etwa 40 Sitze, während die Legitimisten ebenso zurücktraten wie ihre Antipoden, die Radikalen. Noch viel glänzender siegten die Republikaner am 20. Februar in den Wahlen zur Abgeordnetenkammer, denn sie erhielten 360 Sitze (Gambetta wurde viermal gewählt), die Bonapartisten 90, die Royalisten nur 80. Da Buffet kein Mandat errungen hatte, so trat er zurück. Am 8. März 1876 konstituierten sich zum erstenmal Senat und Kammer, am 9. bildete Dufaure sein neues Ministerium. Gambetta aber verkündete als Programm der jungen Republik, sie müsse auf allen Proselytismus und Kosmopolitismus verzichten, nur sich selbst leben und vom Auslande, namentlich von England und Deutschland, lernen.

157. M. Waddington.
Nach einer Photographie.

Neuer Anlauf der Klerikalen und Monarchisten.

Die neuen Wahlen waren noch mehr ein Protest gegen den Klerikalismus als gegen die Monarchie gewesen. Denn dieser hatte mit der sogenannten Freigebung des höheren Unterrichts am 12. Juli 1875, der dadurch thatsächlich den geistlichen Orden überliefert wurde, einen ersten bedeutenden Erfolg errungen. Schon im November desselben Jahres waren daraufhin in Paris, Lyon, Lille und Angers „freie katholische, d. h. klerikale Fakultäten" eröffnet wurden, die Zahl der Ordensniederlassungen nahm fortwährend zu, weil die Behörden, zu einem guten Teile noch alte kaiserliche Beamte, sie überall förderten, und selbst der neue Senat lehnte im März 1876 den Vorschlag des Kultusministers Waddington, die Verleihung der akademischen Grade den Staatsanstalten vorzubehalten, zu gunsten der „freien" Fakultäten ab. Schließlich führten diese Bestrebungen noch einmal zu einer schweren inneren Krisis. Im Dezember 1876 wurde Dufaure durch Jules Simon ersetzt. Als nun dieser zu Anfang Mai 1877 eine Interpellation des Republikaners Leblond über die Haltung der Regierung gegenüber den Klerikalen, die Gambetta mit dem Losungsworte „der Klerikalismus ist unser

Feind" energisch unterstützte, nur matt zurückwies, drückte ihm Mac Mahon, von den Klerikalen bestimmt, in einem Briefe vom 16. Mai sein Mißfallen so entschieden aus, daß Jules Simon zurücktrat. Das neue orléanistisch-bonapartistische Ministerium Broglie-Fourtou, durchaus eine „Kampfregierung", vertagte schon am 18. Mai die Kammer, entfernte alle republikanisch gesinnten Präfekten, löste am 26. Juni mit Zustimmung des Senats die Deputiertenkammer auf und schrieb Neuwahlen aus, bei denen nun das ganze Beamtentum samt den Bischöfen geschlossen und mit allen, auch den gewaltsamsten Mitteln für „die Regierung des Marschalls" eintrat.

Republikanischer Wahlsieg.

Trotzdem blieben die Republikaner ganz ruhig, weil sie ihres Sieges sicher zu sein glaubten. Schon unmittelbar nach der Vertagung hatten 363 Abgeordnete, Thiers und Gambetta voran, in einem Manifest die Entscheidung des Landes angerufen; jetzt, während des Wahlkampfes, verkündigte Gambetta offen den Satz: für den Marschall handle es sich nur um Unterwerfung oder Rücktritt (il faudra se soumettre ou se demettre), und der Erfolg gab ihm recht. Kurz nach dem Tode des greisen Thiers (3. September 1877) gewannen die Republikaner bei den Wahlen zur Zweiten Kammer am 14. Oktober eine Mehrheit von 140 Stimmen und siegten am 4. November auch bei den Wahlen für die Generalräte. Nun trat allerdings am 18. November 1877 das Ministerium Broglie-Fourtou ab, doch das nunmehr am 23. November berufene „Geschäftsministerium" mit dem General Rochebouët an der Spitze traf im stillen alle Vorbereitungen zu einem bewaffneten Staatsstreich, indem es für den 13. Dezember die Truppen kampfbereit hielt. Im letzten Augenblicke aber riß der soldatisch-ehrliche Sinn Mac Mahons sich von der Verschwörung los, und er beauftragte wieder Dufaure mit der Bildung eines republikanischen Kabinetts.

Mac Mahons Rücktritt.

Die Lage war freilich noch keineswegs geklärt. Die Republikaner mißtrauten dem Präsidenten, und nur die Rücksicht auf die bevorstehende Eröffnung der Pariser Weltausstellung am 1. Mai 1878 und den Berliner Kongreß legte den Parteien Zurückhaltung auf, wie anderseits die Rücksicht auf den soeben neugewählten Papst Leo XIII., der sicherlich keinen lärmenden Kampf wollte. Als aber die Weltausstellung geschlossen war und die Republikaner bei den Senatswahlen am 5. Januar 1879 von 82 freigewordenen Sitzen 66 erobert hatten, da eröffneten sie den Angriff. Die Radikalen forderten Unterdrückung der freien Fakultäten, weltlichen, unentgeltlichen Unterricht auf Grund der allgemeinen Schulpflicht, Beschränkung des geistlichen Unterrichts, Anklage gegen die Minister vom 16. Mai, Purifikation der Beamten u. s. w. In der That stellte ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß den Antrag auf Anklage wegen Amtsverbrechens gegen Broglie und Fourtou, und Dufaure verlangte vom Marschall die Verabschiedung einer ganzen Anzahl höherer Offiziere. Da gab Mac Mahon am 30. Januar 1879 seine Entlassung. Noch an demselben Abend wählte der Kongreß Jules Grévy, den Präsidenten der Zweiten Kammer, mit 563 von 670 Stimmen zum Staatsoberhaupte. An seine Stelle trat Gambetta, an die Spitze des Ministeriums am 3. Februar Waddington. Man fühlte, daß Frankreich am Eingange einer neuen Zeit stehe. Die Republik konnte als gesichert gelten, Frankreich hatte unter ihr 1878 durch die Weltausstellung seine ungebrochene wirtschaftliche Kraft bewiesen, durch seine Teilnahme am Berliner Kongreß seine Stellung in der europäischen Staatengesellschaft wieder eingenommen. An der „dritten Republik" war es nun zu zeigen, daß sie die liberalen Ideale zu verwirklichen und die bitter getadelten Fehler des zweiten Kaiserreichs zu vermeiden wisse.

Die Wiederherstellung des Bourbonenthrones in Spanien.

Spanien unter Amadeo.

Ähnliche Kämpfe, nur mit anderem Ausgange, spielten sich in denselben Jahren in Spanien ab, und wie dort fast immer, unter starken französischen Einflüssen. König Amadeo (1870—73) gewann schon als Fremder trotz redlicher Bemühungen niemals recht festen Boden. Die stolzen Granden begegneten ihm teilweise mit offener Geringschätzung, die Republikaner, an ihrer Spitze der idealistische Theoretiker Emilio Castelar, Professor der Geschichte an der Universität Madrid, waren ihm grundsätzlich feindlich und in Andalusien wie in den großen Küstenplätzen zahlreich genug, um ernsthafte

Beachtung zu fordern, die Klerikalen karlistisch gesinnt, die Demokraten unter Zorilla wenig zuverlässig; die Männer aller Parteien aber strebten danach, im Staate emporzukommen, um an ihm zu gewinnen. Beständig wechselten daher die Minister; auf Serrano folgte im Sommer Zorilla, auf diesen im Herbste 1871 Sagasta, der die Cortes auflöste. Da bei den Neuwahlen die verbündeten Republikaner und Karlisten unterlagen, so erhoben diese in Biscaya und Navarra wieder einmal, von Frankreich her gefördert, die Fahne des Aufstandes, zuerst unter Diaz de Rada, dann unter Don Carlos selbst. Doch drängte sie Serrano nach dem Siege bei Oroquinta am 4. Mai 1872 nach Frankreich hinüber und bewilligte dem Reste, sogar den rebellischen Offizieren, im Vertrage von Amorevieta am 24. Mai bedingungslose Amnestie, was für die Zukunft ein übles Beispiel gab. So folgte, als Serrano, der kurz zuvor die Leitung des Ministeriums wieder übernommen hatte, wiederum Zorilla hatte weichen müssen, ein neuer Karlistenaufstand in Katalonien, die Geistlichkeit hetzte gegen den König, in den Cortes gab es die unerquicklichsten und unfruchtbarsten Händel, und ein Attentat auf den König am 19. Juli 1872, das unbestraft blieb, zeigte dem Monarchen, wie unsicher auch für ihn persönlich der Boden Spaniens sei. Endlich der vergeblichen Bemühungen überdrüssig und ohne jede zuverlässige Stütze, entschloß sich Amadeo kurzerhand zur Abdankung. Am 11. Februar 1873 ließ er diese den Cortes erklären, am 12. reiste er mit seiner Gemahlin nach Lissabon ab und am 6. März betrat er in Genua wieder den Boden Italiens, wobei er zugleich den Königstitel ablegte.

158. Amadeo von Savoyen.
Nach einer Photographie.

Spanien Föderativrepublik.

Schon am 11. Februar proklamierten die Cortes die Republik; es schien, als ob die romanischen Völker überhaupt dieser Staatsform verfallen seien. Dabei aber standen sich zwei Parteien schroff gegenüber. Die einen wollten die einheitliche konservative Republik nach französischem Muster, die andern die Bundesrepublik in der amerikanischen Weise. Die Föderalisten, wie Castelar, Salmeron, Figueras, Pi y Margall wogen in der provisorischen Regierung vor, die Konservativen wie Serrano in der „Permanenzkommission" der Cortes, die jene überwachen sollte. Endlich jagte Figueras am 24. April 1873 die Permanenzkommission auseinander, und die Föderalisten machten nun den kühnen Versuch, ihr Ideal zu verwirklichen, obwohl die finanziellen Verhältnisse jammervoll waren — die dreiprozentigen Staatspapiere standen schon Anfang März auf $21\frac{1}{2}$ bis 26 — und der unsinnige Plan, das Heer nur aus „Freiwilligen" zu bilden, die vorhandenen Streitkräfte der Auflösung preisgab. Und dabei standen die Karlisten unbesiegt im Nordosten! Trotzdem nahm die konstituierende Nationalversammlung am 8. Juni den Entwurf Castelars an, nach dem Spanien künftig in 13 selbstständige Staaten zerfallen, und in allen volle Religions-, Lehr- und Preßfreiheit herrschen, die Kirche vom Staate getrennt und die Kirchengüter verkauft werden sollten. An die Spitze der Bundesregierung in Madrid trat Castelar. Obwohl die Föderativrepublik der tiefgewurzelten Verschiedenheit der spanischen Landschaften vielleicht mehr entsprach, als der zentralisierte Einheitsstaat, so konnte es doch nur radikalen Träumern einfallen, sie in diesem Augenblicke zu verkündigen und dabei Grundsätze aufzustellen, die der

gesamten Geschichte Spaniens ins Gesicht schlugen. In der That folgte praktisch aus diesen Theorien die wüsteste Zerrüttung und blutiger Bürgerkrieg.

Sozialistische Erhebungen.

Denn sofort brachten in den großen Städten des Südens, in Barcelona, Sevilla, Granada, Cadix, Malaga, Cartagena die Volksmassen unter dem roten Banner der internationalen Sozialdemokratie die Gewalt an sich und richteten sich nach dem Vorbilde der Pariser Commune ein. Dabei fielen ihnen in Cartagena, dem wichtigsten Kriegshafen des Landes, die besten Kriegsschiffe in die Hände und hißten die rote Flagge. Da diese von den Seemächten als Piratenflagge erklärt wurde, so nahm ein deutsches Geschwader unter dem Kommodore R. Werner auf dem „Friedrich Karl" am 23. Juli unter den Kanonen der Festung den Aviso „Vigilante", am 1. August die Panzerfregatten „Vittoria" und „Almansa" weg, setzte die Mannschaften an Land und lieferte die Schiffe der rechtmäßigen Regierung aus. Dann warf Salmeron, seit Ende Juli 1873 an deren Spitze getreten, die Roten in den meisten Städten nieder und ließ das feste Cartagena, wo der energische Contreras kommandierte, einschließen. Endlich mußte man Castelar am 7. September zu seinem eignen bitteren Schmerze mit diktatorischer Vollmacht bekleiden, denn die Karlisten breiteten sich in einem barbarischen Guerillakriege, teilweise von Geistlichen, wie dem erbarmungslosen Santa Cruz, geführt, immer weiter aus, bedrohten zeitweilig sogar Barcelona und erfochten mehrere Vorteile über den Regierungsgeneral Moriones. Da gab Castelar verzweifelnd am 2. Januar 1874 seine Entlassung, der junge General Pavia aber sprengte am nächsten Tage mit bewaffneter Hand die Cortes auseinander, und Marschall Serrano übernahm als „Präsident der Exekutivgewalt" die Regierung, wie sein Kamerad Mac Mahon ein Jahr früher jenseit der Pyrenäen den Parlamentarier Thiers verdrängt hatte.

Emilio Castelar

159. Emilio Castelar.

Serrano und die Karlisten.

Der Fall von Cartagena am 6. Januar leitete die neue Periode aussichtsvoll ein. Nunmehr wandte Serrano alle Kräfte gegen die Karlisten, die von Südfrankreich her fast offen unterstützt wurden. Portugalete wurde zurückerobert, am 1. Juni das eingeschlossene Bilbao entsetzt. Der Angriff des Marschalls Concha auf die karlistische Hauptstellung Estella vom 25. bis 27. Juni scheiterte zwar nach blutigen Kämpfen; aber da hierbei ein deutscher Zeitungsberichterstatter, der Hauptmann a. D. Schmidt, den Karlisten in die Hände gefallen und auf unmittelbaren Befehl des Don Carlos, besonders weil er Protestant war, am 30. Juni erschossen worden war, so erwirkte Fürst Bismarck in wuchtiger Vergeltung von den meisten Großmächten (außer Rußland) die Anerkennung

160. Die deutsche Panzerfregatte „Friedrich Karl“ im Hafen von Cartagena.

der Regierung Serranos und versetzte damit den Karlisten einen schweren Schlag. Nun entsetzte Laserna nach blutigen Kämpfen am 10. und 11. November Irun, und der Marschall rüstete 100000 Mann in vier Armeekorps zum entscheidenden Stoße. Da brachte ein neues Pronunciamiento eine überraschende Wendung.

Erhebung Alfonsos XII.

Schon längst hatten sich die Blicke vieler patriotischer Spanier auf den Sohn der verjagten Königin Isabella gerichtet, Alfonso (XII.). Geb. am 28. November 1857 war er nach der Vertreibung der Mutter bis 1874 im Theresianum zu Wien, später in der englischen Militärschule in Sandhurst erzogen worden. Am 28. November 1874 mündig gesprochen, hatte er eine Glückwunschadresse spanischer Granden auf Veranlassung des früheren Ministers Canovas del Castillo mit einem Manifest vom 1. Dezember beantwortet, in dem er sich, sein Anrecht auf die Krone festhaltend, offen für die liberale konstitutionelle Monarchie erklärte. Gut begabt, in schweren Erfahrungen früh gereift, mannigfach unterrichtet — er sprach fließend außer dem Spanischen Deutsch, Französisch und Englisch — durchaus versöhnlich und dabei von festem Willen, so war er trotz seiner Jugend der Mann, dessen Spanien bedurfte. Da Serrano die Zeit noch nicht für gekommen hielt, obwohl ihm an der Ausübung der obersten Gewalt wenig lag, daher den Anstoß nicht geben wollte, so rief zuerst der General Martinez Campos am 29. Dezember 1874 in Murviedro, dem alten Sagunt (s. Bd. II, S. 448 f.) Alfonso XII. zum König aus, die andalusischen Garnisonen, dann auch die Truppen in Madrid, folgten, Serrano legte sein Amt nieder und ging nach Frankreich. Am 9. Januar 1875 landete der junge König in Barcelona, am 14. Januar zog er in Madrid ein. Nach fast siebenjährigen Wirren war die gesetzliche Monarchie der Bourbonen wiederhergestellt und fand rasch die allgemeine Anerkennung des Auslandes.

161. Canovas del Castillo.
Nach einer Photographie.

Niederwerfung der Karlisten.

Daß Canovas de Castillo die Leitung der neuen Regierung übernahm, verstand sich ebenso von selbst, wie daß ihre nächste und dringendste Aufgabe die Niederwerfung des karlistischen Aufruhrs war. Zunächst wurde er in Katalonien und Aragonien bewältigt, wo der Hauptplatz Seo de Urgel am 26. August 1875 fiel. Dann wandten sich alle Kräfte nach Norden, gegen die baskischen Landschaften, die alte Hochburg des Karlismus. Hier wurde am 24. November das hart bedrängte Pampelona entsetzt, und als dann Quesada mit 100000 Mann heranzog, fiel am 19. Februar 1876 auch Estella. Am 28. Februar zog der König selbst in Pampelona ein, an demselben Tage wich Don Carlos über die Grenze nach Frankreich zurück. Im ganzen verfuhren die Sieger milde, aber 10000 Personen wurden doch des Landes verwiesen, ebenso viele verloren ihre Güter, und man plante eine Einschränkung der alten Fueros der Baskenlande. Den Aufstand in Cuba bewältigte nach schweren wirtschaftlichen Einbußen Martinez Campos erst 1878, indem den Cubanern die Rechte einer spanischen Provinz zugestanden wurden.

Die neue Verfassung.

Inzwischen hatten die neugewählten Cortes, die der König am 15. Februar 1876 eröffnet hatte, am 24. Mai die neue Verfassung angenommen (verkündigt 30. Juni). Sie stellte nebeneinander einen Senat und eine Abgeordnetenkammer, die auf allgemeinen und direkten Wahlen beruht, gab Vereins-, Preß- und Kultusfreiheit, beseitigte aber die Geschworenengerichte, die Zivilehe und die Lehrfreiheit, um die Konservativen und die Klerikalen zu gewinnen. Gegen die Kultusfreiheit protestierte Rom, doch gab es dann nach, da die Protestanten thatsächlich in der Ausübung ihrer Rechte so sehr beschränkt und belästigt wurden, daß die ganze felsenfeste Glaubensfreudigkeit von Männern, wie Pastor Fliedner in Madrid, dazu gehörte, um das alles zu ertragen und sogar den Bau einer evangelischen Kirche in der spanischen Hauptstadt durchzusetzen, wo nun auch Luthers Siegeslied „Ein feste Burg ist unser Gott" in spanischer Sprache erklingt („Castillo fier es nuestro Dios!").

Beruhigung des Landes.

Die republikanischen Attentate auf den König am 25. Oktober 1878 und am 30. Dezember 1879 waren noch Nachwirkungen der langen Aufregung; im ganzen machte die Beruhigung des Landes doch unverkennbare Fortschritte. Gegen die karlistischen Umtriebe übte die Regierung strenge Wachsamkeit und erwirkte deshalb sogar ein päpstliches Verbot gegen die spanischen Bischöfe Die Opposition der katalonischen Fabrikanten gegen den französischen Handelsvertrag von 1882 wurde kurzerhand durch die Verhängung des Belagerungszustandes unterdrückt, eine republikanische Soldatenmeuterei in Badajoz am 5. August 1883 energisch niedergeworfen und hart bestraft. Ganz persönlich trat der König gegen den alten Unfug der Beteiligung der Offiziere an dem politischen Parteitreiben ein, und rücksichtslos verfügte er die Entlassung einer großen Anzahl unfügsamer und unzuverlässiger Elemente. Sehr gefährlich erschienen eine Zeitlang die geheimen sozialdemokratischen Verbindungen der mano nera (der „schwarzen Hand"), die, durch die schwere wirtschaftliche Zerrüttung der letzten unruhigen Jahre begünstigt, rasch anwuchsen und von Xeres aus einheitlich geleitet in etwa 3000 Gruppen namentlich den Süden wie mit einem Netze überspannten. Da sie sich durch Gewaltthaten aller Art bemerklich machten, griff die Regierung endlich scharf ein, bemächtigte sich der Rädelsführer und ließ ihrer sieben hinrichten.

162. Alfons XII., König von Spanien.

Nach einer Photographie.

So vergingen mehrere Jahre, ehe der König es wagen konnte, persönliche Beziehungen zu den mächtigsten Herrschern des Auslandes anzuknüpfen. Erst im September 1883 reiste er in Begleitung mehrerer Minister nach Österreich und Deutsch-

Alfons XII. und die europäischen Mächte.

land, wo ihm Kaiser Wilhelm bei den großen Manövern um Frankfurt a. M. das 15. (schleswig-holsteinische) Ulanenregiment verlieh. Da Alfons XII. dies in seiner Garnison Straßburg auf der Rückreise nach Frankreich besuchte, so empfing der chauvinistische Pöbel bei seinem Einzuge in Paris am 29. September den „roi-ulan“ mit brutaler Verletzung des Gastrechts mit Pfeifen und Johlen, was der König ritterlich mit einer Spende von 10000 Frank für die Pariser Armen vergalt. Kaiser Wilhelm aber sandte, um dem König seine warmen Sympathien zu zeigen, den Kronprinzen nach Spanien, der am 18. November in Genua an Bord eines deutschen Geschwaders ging und nach stürmischer Überfahrt am 22. in Valencia ans Land stieg. Mehrere Wochen in Madrid und in den bedeutendsten Städten des Südens verweilend, gewann er durch seine imponierende und liebenswürdige Persönlichkeit die anfangs kühlen und zurückhaltenden Spanier aller Parteien vollständig für sich und trug durch die dem König so demonstrativ bewiesene Aufmerksamkeit das Seinige zur Befestigung des spanischen Thrones bei. Die dadurch angebahnten freundlichen Beziehungen hinderten freilich im Jahre 1885 nicht den Ausbruch spanischer Volksleidenschaft gegen Deutschland in dem Streite um die Karolineninseln (s. unten); nur die staatsmännische Festigkeit des Königs und die Mäßigung Deutschlands verhinderten Ärgeres und sicherten den Bestand des soeben erst wieder aufgerichteten Bourbonenthrons.

Tod Alfons' XII.

Aber die Tage des jugendlichen Monarchen waren bereits gezählt. Schon am 25. November 1885 erlag er in Schloß Pardo bei Madrid der Lungenschwindsucht und stieg hinab in die Königsgruft des Escorial, die er nur zwei Jahre früher dem deutschen Kronprinzen sinnend und ahnungsvoll gezeigt hatte. Er hinterließ aus seiner zweiten Ehe mit der Erzherzogin Maria Christine von Österreich (29. November 1879) zwei Töchter, Mercedes und Maria Theresia; erst mehrere Monate nach seinem Tode, am 17. Mai 1886, wurde ein Thronfolger, Alfonso XIII. geboren und noch an demselben Tage unter der Regentschaft seiner trefflichen Mutter, die den Spaniern das Andenken an eine andre Königin deutschen Blutes, Elisabeth Christine von Braunschweig, die Gemahlin Karls (VI.), erneuerte (s. Bd. VII, S. 125 ff.), zum König ausgerufen.

Rußland und die Zersetzung der europäischen Türkei (1866—81).

Die russische Agitation und die Balkanstaaten.

Die Gruppierung der großen europäischen Mächte, die sich seit 1871 gebildet hatte, wurde schwer erschüttert durch die Ereignisse im Orient, den Fortgang der Zersetzung in der europäischen Türkei und die Folgen, die sich daraus ergaben. Im Hintergrunde stand überall dabei die alte, durch die unaufhaltsamen Fortschritte Rußlands in Mittelasien gesteigerte Rivalität der großen Slawenmacht mit der britischen Weltmacht; der Anlaß aber, der zum Zusammenstoße Rußlands mit der Türkei und weiterhin zu seiner Isolierung in Europa führte, ging von Rußland aus.

Nihilistische und panslawistische Agitation.

Der Stillstand jener liberalen Reformen, die den Anfang der Regierung Alexanders II. bezeichnet hatten, verschärfte einerseits die nihilistische Agitation und war anderseits ein Sieg der panslawistischen Partei (s. S. 179 ff.). Seit die Regierung 1873 den Besuch der Universität Zürich verboten hatte, entfalteten die in die Heimat zurückkehrenden Nihilisten und Nihilistinnen eine steigende Agitation in Fabriken, Werkstätten, Gutsverwaltungen und Schulen, gründeten einen geheimen Zentralausschuß mit geheimen Druckereien für ihr Organ, den „Volkswillen“ (Narodnaja Wolja), stifteten geheime Gesellschaften in Petersburg, Moskau, Kiew, Charkow u. a. m. und suchten überall die Überzeugung von der Rechtlosigkeit der bestehenden Zustände, der Notwendigkeit einer gewaltsamen Umwälzung zu verbreiten, und hatten dabei zwar nicht bei der Masse des Volkes, wohl aber bei der gebildeten Jugend bis in die Offizierskreise und die Militärschulen hinein zunehmende Erfolge. Die Massenverhaftungen im Jahre 1875 steigerten nur den Fanatismus, halfen aber gar nichts. Von der andern Seite arbeitete die mächtige panslawistische Partei ganz offen daran, die Achtung vor der Regierung dadurch zu untergraben, daß sie ihre ganze auswärtige Politik als ver-

fehlt bezeichnete und zum Kampfe für die Verwirklichung des panslawistischen Gedankens trieb. Schon seit 1875 begann sich daher das alte Verhältnis zu Deutschland zu lockern. Vor allem aber entfaltete die „slawische Wohlthätigkeitsgesellschaft", der die angesehensten Männer, sogar der Großfürst-Thronfolger Alexander angehörten, neben ihren menschenfreundlichen Bestrebungen oder unter ihrer Maske eine überaus rührige und rücksichtslose Agitation, um überall unter den Slawen Österreichs und vor allem der Balkanhalbinsel die Sympathien und die Hoffnungen auf Rußland als das Haupt der „heiligen slawischen Familie" zu nähren. In Wien bestand ein Zentralkomitee für die österreichischen Slawen, mit dem der russische Botschafter Nowikow Verbindungen unterhielt; in Konstantinopel hatte General Ignatjew, der russische Gesandte bei der Pforte, den die zwar indolenten, aber ehrlichen Türken nicht mit Unrecht als den „Vater der Lüge" bezeichnet haben, alle Fäden der Agitation in den Ländern der Balkanhalbinsel in seiner Hand. Alle russischen Konsuln waren zugleich geheime panslawistische Agenten, geheime Gesellschaften für dieselben Zwecke wurden besonders in den serbischen Ländern gebildet, in Belgrad z. B. 1872 eine „Befreiungsgesellschaft" für Bosnien unter Teilnahme fast aller serbischen Offiziere, von Montenegro gingen Agenten nach Albanien hinein, das große Athoskloster Panteleïmon, das 1814—21 der moldauische Hospodar Skarlat Kallimachi gegründet hatte, verwandelte sich in das slawische Kloster Rossikon mit tausend russischen „Mönchen", damit in ein russisches Arsenal und in den Sitz eines panslawistischen „Organisationskomitees", das seine Sendlinge nach Makedonien, Bulgarien, Altserbien schickte und unter der unmittelbaren Leitung des russischen Konsuls in Saloniki stand. Auch die slawische Presse wurde überall unterstützt und durch dies alles der Bestand der europäischen Türkei planmäßig unterwühlt.

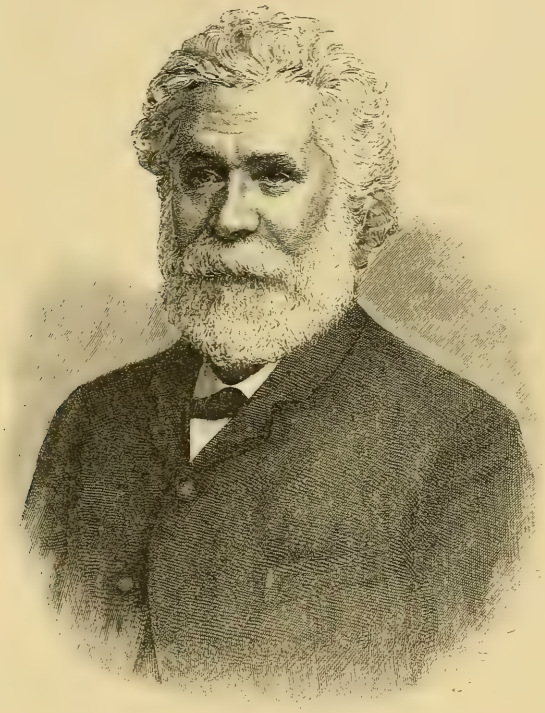
Anfänge des Fürsten Karl in Rumänien.

Während Serbien und Montenegro nicht viel anderes waren, als russische Filialen, arbeitete sich an der unteren Donau das Fürstentum Rumänien in der überraschend kurzen Zeit eines Jahrzehnts zu einem innerlich kräftigen, selbständigen Staatswesen empor. Als Fürst Karl von Hohenzollern die Regierung des ihm völlig fremden Landes antrat, schien die Lage nicht viel aussichtsvoller, als sie der Große Kurfürst 1640 in Brandenburg vorfand. Die Verfassung, die er am 12. Juli 1866 beschwor, war für das zuchtlose, verarmte Volk viel zu demokratisch, das Staatswesen daher allzusehr den wechselnden Parteiströmungen ausgesetzt, das schwache Heer völlig verwahrlost, die neuen Kasernen fast unbewohnbare Räume, die Arsenale leer, die Waffen meist unbrauchbar. Von mehr als 3000 Dorfgemeinden besaßen nur etwa 1300 Schulen, aber in elenden, ungesunden schmutzigen Baracken; selbst die wenigen Lyceen waren in jämmerlichen Räumen untergebracht und ohne jede genügende Ausstattung. Dazu waren die öffentlichen Kassen leer, die Gesamtschuld betrug 400 Mill. Piaster (120 Mill. Mark), das Defizit für 1866 fast 52 Millionen. Eisenbahnen gab es noch immer nicht, und der Handel lag in den Händen der noch von den bürgerlichen Rechten ausgeschlossenen Juden. Wohl zeigte sich neben der Roheit der Massen und der oberflächlichen französischen Bildung der Bojaren viel junge Kraft und guter Wille; aber statt auf die inneren Kulturfortschritte richteten sich beide noch mit Vorliebe auf das Streben nach der Verwirklichung großrumänischer Träume, auf die Gründung eines dakorumänischen Reichs, das auch Siebenbürgen, den Banat, die Bukowina, Bessarabien und womöglich auch Bulgarien umfassen sollte und auf viel verbreiteten Blättern phantasievoller Kartenzeichner bereits verwirklicht schien. Solche Ziele verfolgte selbst der Ministerpräsident Joan Bratiano, mit dem im März 1867 die Radikalen ans Ruder kamen, ein hochbegabter Mann und feuriger Patriot, aber ehrgeizig und maßlos. Er erregte im Juni 1867 Unruhen in Bulgarien, ließ in Bukarest einen „dakorumänischen" Kongreß zusammentreten, angeblich nur zur Begründung einer rumänischen Akademie, thatsächlich auch zur Förderung der großrumänischen Idee, ließ für diese in Siebenbürgen agitieren und im Juli 1868 rumänische Banden in Bulgarien einfallen. Da sich damit ausgedehnte militärische Vorkehrungen verbanden, so gerieten namentlich die Ungarn in leidenschaftliche Aufregung, und der Verdacht entstand, daß Deutschland und Rußland, mit dem Fürst Karl allerdings nach Bismarcks Rat nahe Beziehungen angeknüpft hatte, eine

allgemeine Erhebung der Balkanvölker planten. Da eine solche Aussicht damals Österreich zum Bunde mit Frankreich getrieben hätte, so griff Graf Bismarck energisch durch und forderte am 28. November 1868 durch den norddeutschen Generalkonsul in Bukarest, den Grafen Keiserling, kurzweg die Entlassung Bratianos mit der Drohung, im Weigerungsfalle werde der Generalkonsul abreisen. Der Fürst war tief betroffen, aber er fügte sich und berief das Ministerium Ghika-Cogalniceanu, dem nun allerdings Bratiano als Präsident der Kammer scharfe Opposition machte.

Innere Reformen.

Seitdem lenkte Rumänien, auf auswärtige Abenteuer verzichtend, unter der festen, umsichtigen und wohlwollenden Leitung seines Fürsten in die ruhigeren Bahnen innerer Umgestaltung ein. Wie Fürst Bismarck ihm gleich beim Regierungsantritt geraten hatte, suchte er vor allem eine leistungsfähige, zuverlässige Armee zu bilden. Er berief preußische Instruktionsoffiziere, bewirkte große Waffenankäufe in Deutschland und führte das preußische System ein (allgemeine Wehrpflicht, im aktiven Heere 3, im Territorialheere, d. h. Landwehr, 4—5 Jahre, nach Ablauf der Dienstzeit in der Reserve bis zum 30., in der Miliz bis zum 36., im Landsturm bis zum 46. Jahre). Mit deutschem Kapital (Strousberg und Ofenheim) wurde nach dem Vertrage vom 3. Oktober 1868 der Bau des Eisenbahnnetzes begonnen, nachdem sich das Land schon 1867 durch Einführung des metrischen Systems und des „lateinischen" Münzfußes (Lëi) an die westeuropäische Kulturwelt angeschlossen hatte. Zugleich befestigte der Fürst die Beziehungen zu den Nachbarmächten durch die Besuche bei Kaiser Alexander II. in der Krim (Herbst 1869) und bei Kaiser Franz Joseph in Wien und vermählte sich am 15. November 1869 mit der Prinzessin Elisabeth von Wied, die sich fortan mit deutscher Hingebung und echt weiblichem Takte der schönen Aufgabe widmete, das Geistesleben ihres neuen Vaterlandes mit deutscher Kultur zu durchdringen und als feinsinnige Dichterin unter dem Namen Carmen Sylva die rumänische Poesie dem Abendlande näher zu bringen.



163. Ioan Bratiano.
Nach einer Photographie.

Finanzieller und wirtschaftlicher Ausbau Rumäniens.

Große Schwierigkeiten blieben freilich nicht aus. Der Bankrott Strousbergs zog auch Rumänien in schwere Mitleidenschaft, und die freche Störung der deutschen Friedensfeier in Bukarest am 22. März 1871 richtete sich so direkt gegen den Fürsten, daß dieser mit seiner Abdankung drohte. Der Schrecken davor brachte das konservative Ministerium Catargiu ans Ruder, dies löste die Kammer auf und erhielt durch die Neuwahlen eine feste Mehrheit. Nun gelang es 1872 durch Vereinbarung mit zwei Berliner Bankhäusern, die Vollendung der rumänischen Eisenbahnen und ihren Anschluß an die österreichischen (in Verciorova) und russischen (in Ugheni) zu sichern (1375 km), durch Kreditanstalten den inneren, durch Handelsverträge seit 1875 den auswärtigen Verkehr zu regeln, durch günstige Verpachtung des Tabaksmonopols und Einführung

der Stempelsteuer die Finanzen besser zu ordnen. Da aber trotzdem das Defizit des Staatshaushalts für 1876 immer noch 18 Millionen, die ungedeckte Staatsschuld 97 Mill. Lëi betrug (bei einem Gesamtbudget von 81 Mill.), so entstand im Senat eine wachsende Opposition. Ihr wich am 16. April 1876 das Ministerium Catargiu. So kamen nach der kurzen Zwischenregierung eines Koalitionsministeriums am 6. August 1876 mit Joan Bratiano wieder die Nationalliberalen ans Ruder, als man eben an der Schwelle des Russisch-türkischen Krieges stand, der Rumänien vor die schwerste Probe stellte.

Griechenland.

Der griechischen Dynastie hatte noch vor der Krisis von 1868/69 die Vermählung König Georgs mit der russischen Großfürstin Olga (27. Oktober 1867) und die Geburt des Thronfolgers (2. August 1868), der den bedeutungsvollen Namen Konstantin erhielt, eine größere Festigkeit verschafft, aber die Regierung blieb durchaus von dem Spiel der Parteien abhängig, bewegte sich also in unaufhörlichen Ministerwechseln und Ministerskandalen (wie der Verurteilung zweier Minister wegen Simonie 1876, dem Prozeß gegen Bulgaris wegen Verfassungsbruchs), und für die innere Entwickelung des Landes geschah wenig. Die erste Eisenbahnlinie des Königreichs, die kurze Strecke Athen-Piräus (10 km), wurde erst 1869 eröffnet. Das Gesetz vom 11. März 1871 gab endlich dem tief gewurzelten Räuberunwesen den letzten Stoß, der Vertrag mit einer französisch-italienischen Gesellschaft über die bergmännische Ausbeutung der ungeheuren antiken Schlackenhalden von Laurion (s. Bd. I, S. 562), die reichlichen Gewinn ergab, führte endlich 1873 zum Ankauf der erteilten Konzession und der erworbenen Besitzungen durch den Staat. Selbst die Erforschung der griechischen Altertümer überließen die Griechen wesentlich den abendländischen Kulturvölkern, so vor allem die Ausgrabungen der ehrwürdigen Feststätte von Olympia dem Deutschen Reiche durch den Vertrag vom November 1875. Trotz der Knappheit der Mittel aber hielten die Griechen mit größter Zähigkeit an ihren großgriechischen Plänen fest, des Augenblicks einer neuen großen Katastrophe ungeduldig harrend.

164. Midhat Pascha.
Nach einer Photographie.

Eine solche vorzubereiten war nicht nur die russische Agitation, sondern auch die Unverbesserlichkeit der türkischen Verwaltung eifrig beflissen. Mit dem Tode Omer Paschas am 18. April 1871 hatte die Türkei ihren letzten bedeutenden Feldherrn, mit dem Ali Paschas am 6. September ihren letzten großen Staatsmann verloren. Der Großwesir Mehemed Nedim war ganz in russischen Händen, selbst die Sultanin Walide nahm Geld von Rußland, und der Sultan Abdul Aziz hoffte von diesem die Unterstützung seines Lieblingsplanes, seinen Sohn Jussuf Izzedin gegen das Erbrecht des Hauses Osman zum Thronfolger zu erheben. Erst die tolle Finanzwirtschaft und englische Einwirkungen stürzten am 30. Juli 1872 Nedim und brachten Midhat Pascha, einen der wenigen türkischen Staatsmänner, die ehrlich tiefeinschneidende Reformen erstrebten, an seine Stelle. Allein für solche Dinge war der wahnsinnig verschwenderische Sultan nicht zu haben, und so berief er am 25. August 1875 Mehemed Nedim wieder zum Großwesir. Der wußte sich nicht anders zu helfen als mit der offenen Erklärung des Staatsbankrotts am 6. Oktober 1875, indem er die Zinsen der Staatsschuld,

Türkische Mißwirtschaft.

einige ältere Anleihen und das riesige Privatvermögen des Sultans in solchen (angeblich 144 Mill. Frank) ausgenommen, auf die Hälfte herabsetzte. Denn eine Anleihe in Paris war mißglückt, der Fehlbetrag im Staatshaushalt belief sich auf mehr als 5 Mill. Pfund türkisch, die (nominelle) Gesamtschuld auf $6^1/_4$ Milliarden Frank, fast alle Staatseinnahmen waren verpfändet, die türkischen Staatspapiere entwertet, die Masse der Beamten und der Truppen erhielten überhaupt kaum noch Gehalt, waren also auf Erpressungen und Unterschleife angewiesen, während die Staatswürdenträger immer noch zu ihrem Gelde zu kommen wußten und die höfische Verschwendung fortging. Betroffen wurden von dieser Maßregel besonders englische und französische Kapitalisten und der Papst, der die Erträge des Peterspfennigs großenteils in den billig zu kaufenden und hohe Zinsen versprechenden türkischen Papieren angelegt hatte. Mit diesem finanziellen Zusammenbruch verband sich der Beginn des offenen Aufstandes im Nordwesten der Balkanhalbinsel, der den großen Krieg einleiten sollte.

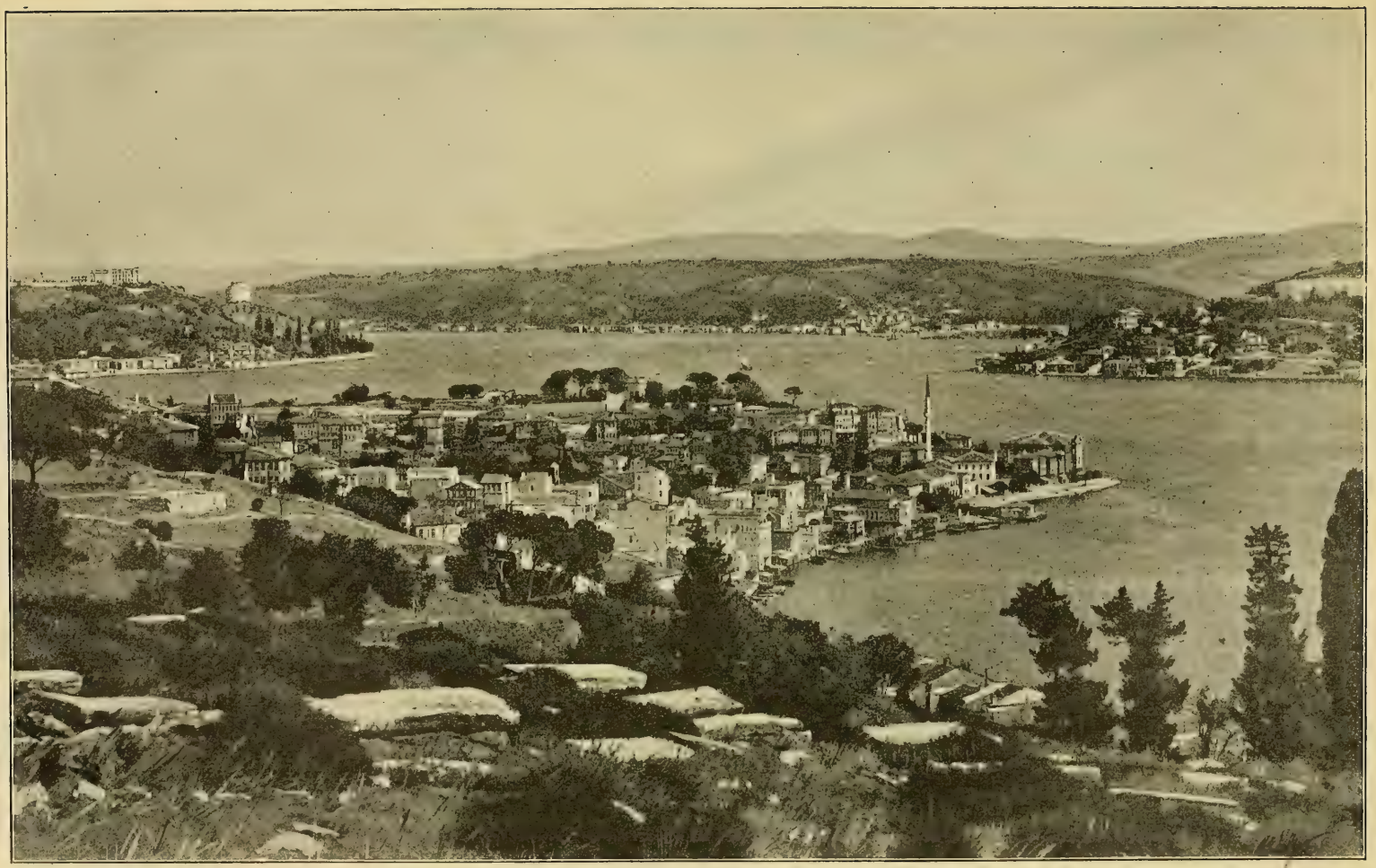
Der Ursprung des Russisch-türkischen Krieges.

Erhebung in Bosnien und der Herzegowina.

Zu den elendesten Provinzen des türkischen Reiches gehörten ohne Zweifel Bosnien und die Herzegowina. Die große Masse der christlichen Bevölkerung bestand aus armseligen Pächtern der mohammedanischen Grundherren (vergl. Bd. VIII, S. 617), die jeden Augenblick fortgejagt werden konnten, nur das Allernotdürftigste erbauten und unter der Last der sich immer steigernden und höchst willkürlich eingetriebenen Staatssteuern, namentlich des verpachteten Zehnten, fast erlagen. Noch 1875 stand deshalb der Landbau und das Gewerbe auf der tiefsten Stufe, an fahrbaren Straßen gab es nur ein paar kurze, vernachlässigte und unzusammenhängende Strecken, an Eisenbahnen die eine Linie von Gradiska nach der Grenze, einige Volksschulen nur bei den Christen. So war es kein Wunder, wenn, geschürt und unterstützt von Serbien und Montenegro her, im Juli 1875 in der Herzegowina, im August auch in Bosnien, der offene Aufstand wieder einmal losbrach. Die türkischen Truppen im Lande waren unzureichend, Trebinje (oberhalb Ragusa) wurde von den Aufständischen, die ihre Weiber und Kinder mit den waffenuntüchtigen Greisen, bei 30 000 Menschen, nach Montenegro in Sicherheit brachten, eingeschlossen und eine Vermittelung der europäischen Konsuln kurzweg als zwecklos abgewiesen.

Ausbreitung der Bewegung, Beginn der fremden Einmischung.

Nun überließ Rußland in kluger amtlicher Zurückhaltung dem bei der Nähe der Grenze allerdings unmittelbarer beteiligten Österreich zunächst die Führung, um die Türkei zu ausreichenden Verwaltungsreformen zu bestimmen. Darüber vereinbarten die Großmächte eine Note des Grafen Andrassy, die im Januar 1876 der Hohen Pforte mitgeteilt wurde, aber nicht nach der ursprünglichen Absicht als Kollektivnote, sondern von jeder Großmacht einzeln. Statt darauf einzugehen, erließ die Pforte schon am 22. Dezember 1875 eine volltönende Reformnote nicht für die aufständischen Provinzen, sondern für das ganze Reich, nur um die verlangten Reformen scheinbar weit zu überbieten und thatsächlich da, wo es am meisten notthat, nichts thun zu müssen. Inzwischen blieben die Insurgenten siegreich, schlugen Muktar Pascha bei dem Versuche, das belagerte Nikschitsch (in der südöstlichen Herzegowina) zu entsetzen, im langgestreckten Dugapaß (im Norden der Festung) und erhielten starken Zuzug von Freiwilligen aus Serbien und Montenegro. Da erhoben sich auch die Bulgaren, zuerst am 4. Mai 1876 bei Drenowo. Nun aber erwachte auch der immer nur schlummernde mohammedanische Fanatismus. Als am 6. Mai in Saloniki zwischen Mohammedanern und Christen ein Streit wegen eines christlichen Mädchens entstand, das zum Islam übergetreten war und nun in einen türkischen Harem gebracht werden sollte, da wurden der deutsche Konsul Abbot und sein französischer Kollege Moulin vom Pöbel erschlagen, ohne daß die türkischen Behörden und Truppen irgendwie einschritten. Um so mehr fühlten sich die Großmächte zur Einmischung aufgefordert. Am 11. Mai verständigten sich die Reichskanzler der drei Kaisermächte in Berlin über bestimmte Forderungen an die Türkei, um in den aufständigen Provinzen zunächst einen zweimonatigen Waffenstillstand und die Einsetzung einer Reformkommission herbeizuführen, Deutschland aber schickte ein starkes Geschwader,



165. Ansicht des Bosporus (bei Arnautkjöi). Nach einer Photographie.

vier Panzerfregatten und vier leichtere Schiffe, unter Kontreadmiral Batsch nach Saloniki und erzwang Genugthuung, und die englische Flotte ging, die Deutschen mißtrauisch beobachtend, in der Besikabucht südlich vom Eingang der Dardanellen vor Anker.

Sturz des Sultans Abdul Aziz.

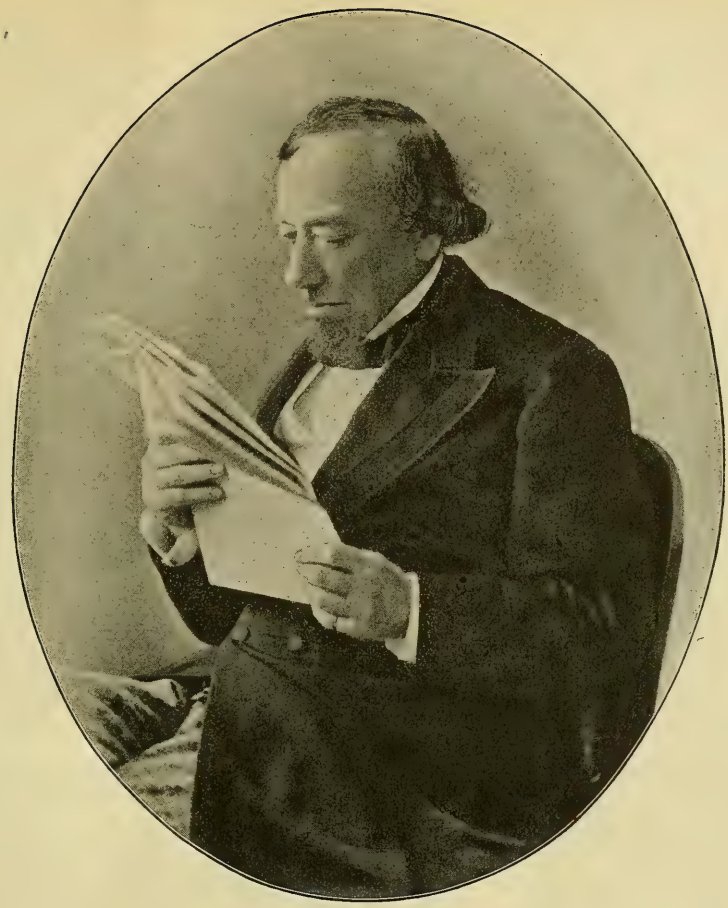
Unter dem Drucke des drohenden Einschreitens der Großmächte wagte die türkische Reformpartei einen entscheidenden Streich. Am 10. Mai stürzte eine Demonstration der Softas (Koranstudenten) in Konstantinopel den Großwesir und den Scheich-ul-Islam und erzwang die Ernennung Mehemed Ruschdi Paschas zum Großwesir, des energischen Hussein Avni zum Kriegsminister und Hairullah-Effendis zum Scheich-ul-Islam. Kaum hatten diese Männer das Heft in der Hand, so verständigten sie sich mit Midhat Pascha zur Absetzung des unfähigen Sultans und bereiteten die auswärtigen Mächte durch eine geheime Denkschrift darauf vor. Nachdem ein Fetwah des Scheich-ul-Islam die Entsetzung des Sultans Abdul Aziz für zulässig erklärt hatte, wurde in der Nacht vom 29. zum 30. Mai 1876 der Palast von Dolma Bagdsche am Bosporus zu Land und See militärisch abgesperrt, Hussein Avni drang ein und erklärte dem Herrscher, er sei entthront. Ohne Gegenwehr fügte sich Abdul Aziz und ließ sich abführen; noch in der Nacht aber wurde sein Neffe Murad V., der Sohn Abdul Medschids, von den Großwürdenträgern als Sultan begrüßt und am 31. Mai proklamiert. Einige Tage später, am Morgen des 4. Juni, fand man den gestürzten Sultan tot in seinem Blute am Boden seines Schlafzimmers im Palaste Tscheragan mit Schnittwunden an beiden Handgelenken, neben ihm eine Schere. Obwohl ein Selbstmord von Anfang an sehr zweifelhaft erschien, so wurde eine gründliche Untersuchung der Leiche doch niemals vorgenommen, sondern nur ein Protokoll über den Befund von 19 Ärzten unterzeichnet. Erst im Juni 1881 ergab ein Prozeß, daß Abdul Aziz auf Anstiften der Verschworenen durch Öffnen der Pulsadern umgebracht worden sei. Midhat Pascha und zwei andere wurden deshalb nach Tajif bei Mekka verbannt. Blutige Rache aber nahm kurz nach der Katastrophe, vielleicht auf Anstiften der Sultanin Walide, ein treuer Anhänger des Ermordeten, der Gardeoberst Hassan, ein Tscherkesse, ein riesenstarker Mann, indem er am Abend des 15. Juni in Midhats Konak eindrang, wo die neuen Minister soeben eine Beratung abhielten, und Hussein Avni mit Reschid Pascha, dem Minister des Auswärtigen, niederschoß. Nach blutigem Kampfe und schwer verwundet überwältigt, wurde Hassan am nächsten Morgen im Hofe des Seraskierats gehängt. Das Kriegsministerium übernahm der greise Abdul Kerim, indes die Seele der neuen Regierung war als Präsident des Staatsrates Midhat Pascha.

Die bulgarischen Greuel.

Doch die beginnende Umwälzung vermochte sie nicht mehr aufzuhalten. Unter entsetzlichen Greueln, ganze Ortschaften ausmordend, hatten die wilden Tscherkessen und Baschi-Bozuks den bulgarischen Aufstand auf gut türkisch in Blut erstickt; 12000 Christen waren die Opfer. Da brauste vor allem in England die leidenschaftliche Entrüstung über diese „bulgarischen Greuel“ auf, zahlreiche Versammlungen forderten energisches Einschreiten, und William Gladstone verlangte nicht nur die selbständige Verwaltung für Bulgarien, Bosnien und die Herzegowina, sondern sogar die Vertreibung der „unaussprechlichen“ Türken aus Europa. Dazu war nun allerdings der damalige Leiter der englischen Politik, Benjamin Disraeli (seit 1874), der eine „Reichspolitik (Imperial policy)“ im größten Stile wollte und daher soeben (28. April 1876) die Königin Victoria zur „Kaiserin von Indien“ proklamiert hatte, wofür ihm der stolze Titel eines Earl of Beaconsfield zu teil wurde (s. unten), keineswegs geneigt, denn er bedurfte der Türkei als einer Vormauer gegen Rußland, aber für sie aufzutreten war ihm bei der Stimmung in England doch auch unmöglich.

Der serbisch-montenegrinische Angriff.

So griff der Brand auf der Balkanhalbinsel weiter um sich. Am 26. Juni 1876 forderte Milan von Serbien den Abzug der Tscherkessen von der serbischen Grenze und seine eigne Erhebung zum Vizekönig von Bosnien unter türkischer Oberhoheit; gleichzeitig riefen ihn die bosnischen Aufständischen zu ihrem Fürsten aus, die Herzegowina als solchen Nikita von Montenegro. Schon standen die serbischen Truppen, ganz überwiegend Milizen, zum Einmarsch fertig, die Hauptarmee, 47000 Mann, unter dem russischen General Tschernajew im Morawathale, am Timok gegen Bulgarien hin Oberst



166. Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield.
Nach einer Photographie.

B Disraeli

Leschjanin mit 16000 Mann, an der Drina längs der bosnischen Grenze Oberst Alimpitsch, zwischen ihm und der Hauptarmee General Zach am Ibar. In Scharen waren russische Freiwillige herzugeströmt, Sanitätszüge kamen von dorther, und am 13. Juli betete der Metropolit von Moskau öffentlich für die Waffen der Fürsten von Serbien und Montenegro. Denn bereits hatten beide den Krieg erklärt, Serbien am 2. Juli, Montenegro, das 15000 Mann unter Waffen stellte, wenig später. Allein trotz aller Begeisterung für die slawischen Brüder waren die Osmanen, 150000 Mann unter Abdul Kerim, ihren Gegnern an Zahl und Kriegstüchtigkeit weit überlegen und ohne allen Zweifel vollkommen im stande, der ganzen Sache ein rasches Ende zu bereiten, wenn ihnen nicht eine fremde Großmacht in den Arm fiel. Zuerst schlugen sie Zach am 6. Juli bei Novibazar, dann Tschernajew, der die Nischawa aufwärts bis Ak(Bjela-)Palanka in der Richtung auf Sofia vorgegangen war, am 18. Juli bei Babina Glawa, so daß er wieder hinter die Grenze zurückwich, endlich Leschjanin am Timok, und gingen dann ihrerseits im Timok- und Morawathale zum Angriff über. Am 5. August nahmen sie Knjaschewaz, am 7. Saitschar am Timok; Abdul Kerim selbst erschien vor dem inzwischen stark befestigten Alexinaz an der Morawa. Er vermochte die tapfer verteidigten serbischen Stellungen in sechstägigen Kämpfen zunächst nicht zu nehmen, da Horwatowitsch nach der Wiedereroberung von Knjaschewaz am 21. August vom Timok her dem

bedrängten Tschernajew zu Hilfe kam, aber am 1. September siegten sie entschieden und warfen die Serben nach Deligrad zurück, wo sie mit Mühe dem weiteren Vordringen der Türken standhielten. Die Siege der Montenegriner bei Vrbiza am 28. Juli, Podgoriza am 18. August und Piperi am 6. September übten auf den Gang des serbischen Krieges keinen Einfluß.

Erhebung Abdul Hamids II.

Inzwischen hatte in Konstantinopel ein neuer Thronwechsel stattgefunden. Da Murad V. den jähen Übergang von einem mißtrauisch überwachten, beständig angsterfüllten Leben zu unumschränkter Gewalt mit Irrsinn bezahlte, so wurde er auf Grund eines Fetwah am 31. August entsetzt, und sein jüngerer Bruder **Abdul Hamid II.** empfing am 1. September in der Ejubmoschee die Huldigung. Um den Krieg rasch zu

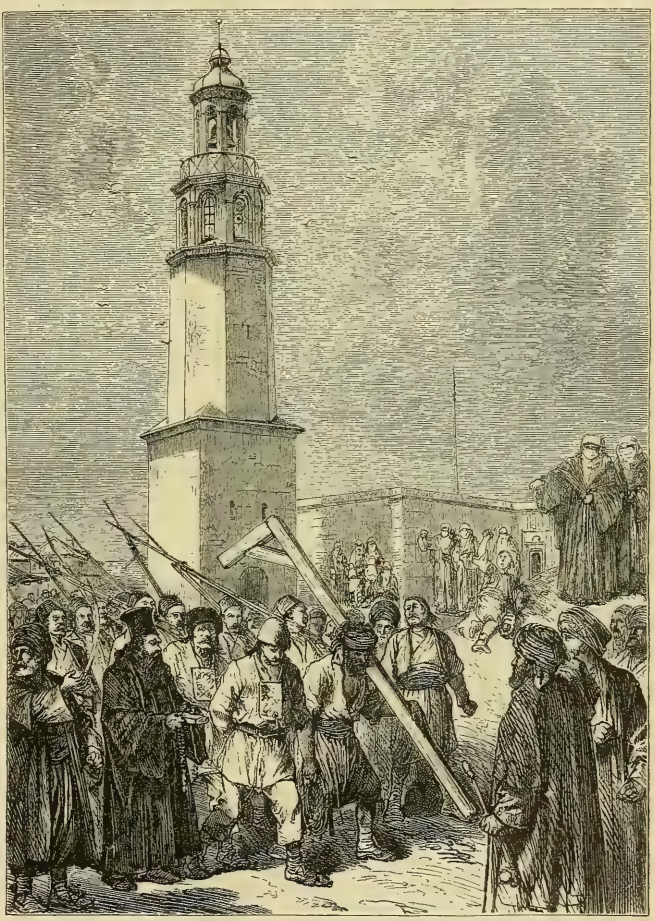
167. Die Einnahme von Kusaschewaz durch die Türken am 5. August 1876.
(Zu S. 445.)

beenden, bot dieser am 14. September den besiegten Serben den Frieden unter der Bedingung an, daß der Fürst aufs neue in Konstantinopel huldige, die Milizen auflöse, türkische Besatzungen in die vier wichtigsten Festungen aufnehme, eine Kriegskostenentschädigung bezahle und den Bau einer türkischen Eisenbahn von Belgrad nach Nisch gestatte; gegenüber Montenegro sollte der Zustand vor dem Kriege wiederhergestellt werden. Statt daß die Serben darauf eingegangen wären, rief vielmehr der General Tschernajew, fest auf russische Unterstützung bauend, den Fürsten Milan im Lager eigenmächtig zum souveränen König aus, und obwohl die Großmächte ihn als solchen nicht anerkannten, so vermittelten sie doch am 25. September eine Waffenruhe, hinderten also die Türken an der Vollendung ihres unzweifelhaften Sieges. Diese gingen darauf ein, wünschten aber seine Verlängerung bis in den März 1877, um Zeit für die Durchführung der von Midhat geplanten Reformen zu gewinnen. Doch Rußland, das gerade diese verhindern wollte, trat für eine nur sechswöchige Dauer ein und forderte, als die Türken

am 28. Oktober Alexinaz und Deligrad beschossen, am 30. Djunis erstürmten und sich damit die Straße nach dem unteren Morawathal öffneten, kategorisch die Bewilligung dieser Dauer binnen zwei Tagen. Es stand auf dem Sprunge, den Krieg mit der Türkei selbst zu beginnen; die panslawistische Partei riß den Zaren unwiderstehlich mit sich fort.

Diplomatische Vorbereitungen Rußlands.

Nur konnten sich die russischen Staatsmänner unmöglich verbergen, daß eine Verständigung mit den Kaisermächten, vor allem mit Österreich, und mit England vorher unumgänglich sei, wenn die bösen Erfahrungen des Krimkrieges vermieden werden sollten. Eine solche Verständigung hatte der Zar schon durch seine Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm in Ems (13.—18. Juni) und mit dem Kaiser Franz Joseph auf Schloß Reichstadt in Böhmen am 8. Juli 1876 zu erzielen gesucht; doch während Deutschland im ganzen den russischen Plänen kein Hindernis in den Weg legte und nur darauf Bedacht nahm, zwischen seinen beiden Bundesgenossen zu vermitteln, zeigte sich Österreich, das ja viel direkter dabei beteiligt war, zunächst sehr zurückhaltend und lehnte noch Ende September den russischen Vorschlag, es möge zur Erzwingung türkischer Reformen Bosnien besetzen, während Rußland in Bulgarien einrücken und England eine Flotte nach Konstantinopel schicken sollte, ebenso entschieden ab wie England. Alexander II. aber konnte nicht mehr zurück. Am 2. November erklärte er Lord Loftus, dem britischen Botschafter in Konstantinopel, der ihn auf Schloß Livadia in der Krim aufsuchte, wenn Europa nicht handle, müsse er es allein thun. Er verspreche indes, Bulgarien nicht auf die Dauer zu besetzen und nicht nach der Eroberung von Konstantinopel zu streben; doch forderte er zunächst eine Konferenz der Botschafter in der türkischen Hauptstadt, um ein Reformprogramm für die drei aufständischen Provinzen festzustellen, und dies nahm Lord Loftus an. Auf der Rückreise nach Petersburg hielt der Zar am 10. November bei der Annahme einer Adresse eine kriegerische Ansprache, und am 16. November befahl er die Mobilisierung von sechs Armeekorps unter dem Oberbefehl des Großfürsten Nikolaus, seines Bruders.



168. Bulgarische Insurgenten in der Festung Widdin zum Richtplatz geführt.

Die türkische Verfassung.

Ein kühner türkischer Schachzug beschleunigte den Ausbruch des Krieges. An demselben Tage, an dem die Konferenzen eröffnet wurden, am 23. Dezember, ließ der neuernannte Großwesir Midhat Pascha unter Kanonendonner eine Verfassung für das ganze Osmanenreich verkündigen. Sie gab im Widerspruch mit allen Traditionen allen Unterthanen des Sultans, die künftig alle „Osmanen" heißen sollten, die gleichen Rechte, Freiheit der Presse und des Unterrichts, Zulassung zu allen Ämtern für jeden, der türkisch verstand, Unverletzlichkeit des Eigentums, Abschaffung der Folter, der Konfiskationen und der Fronen, Unabsetzbarkeit der Richter und Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen, Provinzial-, Kreis- und Gemeinderäte, Ministerverantwortlichkeit und endlich ein Parlament, das aus einem Senat und einem Abgeordnetenhause bestehen sollte. Mochte das Ganze als solches undurchführbar erscheinen, ebenso klar war doch, daß damit auch die weitestgehenden Reformvorschläge der Großmächte bei weitem übertrumpft wurden und daß das absolutistische Rußland einem Reiche, das mit der Durchführung dieser Verfassung auch nur den Anfang machte, den Krieg zu erklären, nicht den Schatten eines sittlichen Rechts besaß. Also behandelte denn auch die Konferenz die Verfassung als nicht vorhanden, sondern einigte sich über ein Reformprogramm für die drei Provinzen, das am 15. Januar 1877 der Pforte überreicht wurde. Als der zu diesem Zwecke besonders berufene Große Rat (über 200 Mitglieder, darunter auch Christen und Juden) am 18. Januar die Vorschläge einstimmig ablehnte mit dem Rufe: „Lieber Tod als Entehrung!", wurden die Konferenzen am 20. Januar geschlossen, und die Botschafter reisten ab. Zwar fiel Midhat Pascha schon am 5. Februar einer Palastintrige zum Opfer, aber sein Nachfolger Edhem Pascha ging zunächst in seinen Bahnen fort. Angesichts des jetzt unvermeidlichen Krieges schloß er am 28. Februar mit Serbien Frieden auf Grund des Zustandes vor dem Kriege und berief das Parlament, das am 19. März wirklich zusammentrat. Einer seiner ersten Beschlüsse war die Ablehnung der von Montenegro geforderten Gebietsabtretung.

169. Sultan Abdul Hamid II.

Nach einer Photographie. (Zu S. 446.)

Das Londoner Protokoll und die Kriegserklärung.

Inzwischen hatte Rußland durch den Vertrag vom 15. Januar 1877 Österreich die Okkupation Bosniens und der Herzogowina zugestanden und sich damit seine freundliche Neutralität gesichert. Es blieb auch mit den andern Großmächten insofern im Einklang, als sie alle am 31. März in London ein Protokoll des Inhalts unterzeichneten, daß sie an den Reformvorschlägen der Konferenz festhielten. Deren endgültige Ablehnung durch die Pforte am 9. April gab den Kriegsgrund. Am 13. April beschloß ein großer Kriegsrat in Petersburg die Mobilisierung des gesamten russischen Heeres, am 24. erließ Kaiser Alexander von seinem Hauptquartier Kischinew in Bessarabien aus das Kriegsmanifest.

Der Russisch-türkische Krieg.

Rumänien und Rußland.

Groß wie bei einem Kreuzzuge waren in Rußland die Begeisterung und die Opferwilligkeit, aber auch der Übermut und die Siegeszuversicht. Österreichs war man sicher, irgend welcher Bundesgenossen glaubte man nicht zu bedürfen, England nicht fürchten zu müssen, obwohl Lord Derby das einseitige Vorgehen Rußlands als den Verträgen von 1856 widersprechend bezeichnete und am 6. Mai genau die Grenzen angab, an denen seine Neutralität aufhören würde: die Donaumündungen, Konstantinopel, die Dardanellen und den Suezkanal. In schwere Bedrängnis geriet zunächst Rumänien. Es war eine Lage, wie die des Großen Kurfürsten in Ostpreußen im Jahre 1655. Die formelle Pflicht wies den Vasallenstaat auf die Seite des Lehnsherrn, des Sultans, alle Sympathien und Interessen drängten auf die andre. Unter allen Umständen galt es militärisch möglichst stark zu sein. Daher war die rumänische Armee mobilisiert worden, der Fürst aber versuchte zunächst seine Neutralität zu behaupten. Mit diesem Gesuch sowohl von Rußland als von der Türkei abgewiesen, schloß er am 16. April einen Vertrag mit Rußland, in dem er zwar seine Waffenhilfe, die ja die Russen auch gar nicht haben wollten, noch nicht gewährte, wohl aber sein Land ihren Durchmärschen öffnete, es also zu ihrer Operationsbasis werden ließ, unter der Bedingung, daß sein Gebietsstand unverletzt erhalten bliebe.

170. General Michael Dimitrijewitsch Skobelew.
Nach einer Photographie.

Anmarsch der Russen; Unabhängigkeitserklärung Rumäniens.

Von einem Angriff der Türken hatten sie schwerlich etwas zu besorgen. Zum Schutze der 825 km langen Donaugrenze verfügte Abdul Kerim im ganzen über 210000 Mann mit 8000 Pferden und 318 Geschützen; da aber davon sehr ansehnliche Besatzungs- und Beobachtungstruppen abgingen, so waren im Felde nur etwa 100000 Mann verfügbar, die in zwei Hauptmassen bei Widdin und Rustschuk standen. Allerdings erleichterte der Riesenstrom die Verteidigung, besonders weil das rechte Steilufer das ganz flache wallachische beträchtlich überhöht, und die türkische Donauflotte von 7 Panzern und 18 andern Schiffen beherrschte ihn vollständig bis Widdin hinauf, allein die Überwachung war äußerst schwierig und die türkische Heeresleitung nicht umsichtig und energisch genug. So gelang es schon am Abend des 24. April, an dem die Russen ihren Übergang über den Pruth in vier Heeressäulen begannen, dem kühnen Reitergeneral Skobelew, die für die Russen ganz unentbehrliche Serethbrücke bei Barboschi zu besetzen und ihnen dadurch die Bahn nach Bukarest zu sichern, ohne daß die Türken etwas Ernstes dagegen thaten. Das Donaugeschwader zeigte sich nun vor Braila, aber am 11. Mai sprengte eine russische Granate den schönen türkischen Panzer „Lüft-i-Dschelil“ in die Luft, am 25. wurde der Monitor „Hefz-i-Rahman“ im Matschinarme von russischen Torpedobooten zerstört. Durch beide Erfolge und durch

Versenkung von Torpedos war der unterste Teil des Stromes den Türken so ziemlich verschlossen. Inzwischen war Rumänien aus seiner unbestimmten Stellung herausgetreten. Seine Truppen, 50000 Mann in zwei Armeekorps unter dem persönlichen Oberbefehl des Fürsten, deckten die Donauübergänge bei Kalafat (gegenüber Widdin), Giurgewo und Oltenitza, damit den Aufmarsch der Russen und wechselten am 5. Mai bei Kalafat über den breiten Strom hinüber die ersten Kugeln mit den Türken. Darauf erklärte Rumänien am 13. Mai den Krieg an die Türkei und proklamierte am 21. Mai nach den Beschlüssen des Landtags seine Unabhängigkeit. Seit dem 19. Mai rückten die Russen in die rumänischen Stellungen ein und bereiteten den Übergang über die Donau bei Braila und Sistowa vor. Am 22. Juni überschritten sie den Strom bei Braila auf Schiffen und Booten, besetzten Matschin, Tultscha und Hirsowa und die wasserlose öde Dobrudscha bis an den Trajanswall. Schwieriger war der Übergang bei Sistowa. Nachdem dorthin, teils zu Wagen, teils von Slatina her auf der Aluta, und dann auf der Donau bei Nacht an Nikopoli vorüber Torpedoboote und Pontons gebracht worden waren, gingen die ersten Truppen in der Nacht des 27. Juni von Simnitza aus auf Booten unter heftigem Feuer hinüber und besetzten Sistowa, das die bulgarische Bevölkerung ihnen übergab, während die Türken nach Tirnowa abzogen. Die nunmehr hergestellte mächtige Donaubrücke von 900 m Länge, die fortan den wichtigsten Übergangspunkt bildete, überschritten in den nächsten Tagen die Hauptmassen der russischen Armee, mit ihnen der Oberbefehlshaber Großfürst Nikolaus und der Kaiser selbst. Ein Manifest verkündete den Bulgaren die nahende Befreiung, Fürst Tscherkaskij, einer der Führer der russischen Panslawisten, übernahm als Generalgouverneur die Verwaltung des Landes, und eine bulgarische Legion, die schon in Rumänien gebildet worden war, schloß sich den Russen an.

171. General Joseph Wladimirowitsch Gurko.
Nach einer Photographie.

Die ersten Erfolge der Russen.

Während nun die Rumänen zunächst auf dem linken Donauufer zurückblieben und die Belagerung von Widdin vorbereiteten, teilten sich die Russen, im Juli etwa 300000 Mann, zunächst in drei Massen. Ihr linker Flügel (XI. und XII. Korps) sollte unter dem Großfürsten-Thronfolger Alexander gegen die Jantra und Rustschuk vorgehen, der rechte (IX. Korps) unter Krüdener gegen Nikopoli; das Zentrum blieb vorläufig bei Sistowa stehen; ein starker Vortrab unter General Gurko eilte weit voraus dem Balkan zu. Am 7. Juli besetzte dieser die alte bulgarische Hauptstadt Tirnowa (s. Bd. IV, S. 741) ohne ernsten Widerstand, was den größten Eindruck auf die Bevölkerung machte und die Russen in den Besitz der Zugänge zum Schipkapasse brachte.

172. Angriff der Türken auf die russischen Stellungen im Schipkapaß. (Zu S. 454.)

Am 13. Juli umging Gurko diese wichtigste Balkanstraße durch den Paß von Hainkoi im Osten und besetzte am 17. nach mehreren Gefechten Kasanlik im breiten, gesegneten Tundschathale an dem hier sehr steil abfallenden Südabhange des Gebirges. Von hier aus griff er, durch General Deroschinskij von Gabrowo her unterstützt, die türkische Besatzung des Schipkapasses so heftig an, daß sie, von Norden und Süden her gleichzeitig gefaßt, am 19. Juli ihre Stellung räumte, die nun die Russen durch 25 Redouten in ein verschanztes Lager verwandelten; dann nahmen diese weiter südlich Eski Sagra am 22. Juli und unterbrachen die Eisenbahn nach Adrianopel. Während dieses kecken Vorstoßes nahm die östliche Abteilung des russischen Heeres am 5. Juli die wichtige Jantrabrücke bei Bjela und drang dann bis zum Schwarzen und Weißen Lom vor, wo sie bis in den September hinein mit der türkischen Ostarmee eine Reihe heftiger Kämpfe bestand; ein Angriff auf Rustschuk war aus Mangel an Belagerungsgeschützen noch nicht möglich. Dagegen zwang Krüdener mit Hilfe der rumänischen Artillerie am 16. Juli Nikopoli zur Übergabe.

Osman Pascha in Plewna.

173. Osman Pascha.
Nach einer Photographie.

Da kam eine plötzliche Wendung, die den Russen leicht verderblich werden konnte. Während nördlich vom Balkan an Stelle Abdul Kerims Mehemed Ali, ein deutscher Renegat (Karl Detroit aus Magdeburg) den Oberbefehl übernahm, bildete im Süden des Gebirges Suleiman Pascha ein neues Heer aus den bisher gegen Montenegro verwendeten Truppen und griff dann, mit Reuf Pascha vereinigt, am 30. Juli Eski Sagra an, das die Russen nach hartem Kampfe und mit schweren Verlusten am Abend räumten, um sich nach dem Schipkapasse zurückzuziehen. Das blühende „Rosenthal" von Kasanlik, dessen bulgarische Bewohner sich eifrig den Russen angeschlossen hatten, wurde dabei von den rachegierigen Türken aufs furchtbarste verheert. Noch ehe dies geschah, setzte sich Osman Pascha, der von Widdin am 13. Juli aufgebrochen war und in rastlosen Eilmärschen trotz glühender Hitze durch ödes Land zum Entsatze des bedrängten Nikopoli heranzog, aber zu spät kam, am 19. Juli südlich davon in dem Städtchen Plewna im Widthale fest und verwandelte den offenen Ort durch Schanzenketten auf den kahlen Höhen ringsum binnen wenigen Tagen in eine starke Festung, die einen der wichtigsten Straßenknoten Bulgariens beherrschte und die ganze russische Aufstellung in ihrer rechten Flanke aufs gefährlichste bedrohte, ja sogar die russische Kriegsbrücke bei Sistowa, die nur drei kleine Tagemärsche entfernt war. Seitdem waren die Russen monatelang bei Plewna und am Schipkapasse wie festgenagelt; um diese beiden Punkte drehte sich bis in den Dezember und Januar hinein ein von beiden Seiten mit zäher Erbitterung und furchtbaren Opfern geführter Kampf.

Russische Angriffe auf Plewna.

Zunächst unterschätzten die Russen die Stärke der Stellung um Plewna völlig. Ein mit viel zu schwachen Kräften, kaum 10000 Mann, unternommener Sturm am 20. Juli kostete den General Krüdener fast den dritten Teil seiner Truppen und scheiterte vollkommen. Als er dann sein ganzes IX. Korps (32000 Mann mit 176 Geschützen) vor Plewna vereinigte, waren die Türken schon weit stärker als er, 60000 Mann, überwiegend Landwehrleute, meist mohammedanische Albanesen und Herzegowzen, schwer zu behandelnde und daher im freien Felde wenig verwendbare Truppen, aber fanatisch, zäh, genügsam, mit den besten modernen Waffen versehen und hinter ihren Schanzen

unüberwindlich. So wiesen sie am 30. Juli auch einen zweiten russischen Sturmangriff auf die Höhen von Griwiza und Raditschewo mit furchtbaren Verlusten (169 Offiziere und 7167 Mann) zurück. Da erbat Großfürst Nikolaus am 31. Juli telegraphisch vom Fürsten Karl die bisher stolz verschmähte Hilfe der Rumänen, die auf Krüdeners Ersuchen schon die Russen in Nikopoli abgelöst hatten. Denn die Lage der Russen war thatsächlich höchst mißlich. Bis die schon am 23. Juli angeordnete Mobilisierung von sechs weiteren Armeekorps (darunter der Garden und des Grenadierkorps) und die Einziehung von 188000 Mann Reserven auf dem Kriegsschauplatze wirksam werden konnte, mußten Wochen und Monate vergehen, die ohne die rumänische Hilfe schwerlich zu überstehen waren. Man erwog bereits den Rückzug über die Donau, da erschien der Fürst Karl, nachdem ihm die Selbständigkeit seiner Heerführung zugestanden worden, am 28. August persönlich im kaiserlichen Hauptquartier Gorni Studen (zwischen Plewna und Bjela) und erhielt hier den Oberbefehl auch über die gesamte russische Westarmee, mit der sich die Rumänen vereinigen sollten. Diese hatten inzwischen bereits am 26. August zwischen Korabia und Magura den Brückenschlag über die hier 1240 m breite Donau begonnen, doch gingen sie dann nicht hier, sondern bei Nikopoli über und erschienen am 4. September vor Plewna, 35000 Mann mit 108 Geschützen, während die Russen (IV. und IX. Korps) hier zunächst nur 30000 Mann mit 282 Geschützen zählten. Die Einnahme des von Rifaat Pascha heldenmütig verteidigten Lowtscha (Lowez) an der Straße nach dem Schipkapasse durch Fürst Imeretinskij und Skobelew am 3. September sicherte ihnen die Verbindung mit dem Balkan, aber ihre Ostarmee wurde am 5. September von Mehemed Ali zum Rückzuge nach der Jantra gezwungen, der von ihnen beherrschte Raum in Bulgarien also auf den kleinen Landstrich zwischen Jantra und Wid beschränkt. Wenige Tage später, am 11. September, dem Namenstage des Kaisers, unternahmen die Verbündeten, nachdem eine heftige Beschießung vom 1. bis zum 10. September ihnen vorgearbeitet hatte, einen dritten Sturm auf die Schanzen vor Plewna. Allein trotz alles Heldenmutes, mit dem die Rumänen die beiden Griwizaredouten, die Russen die Schanzen von Raditschewo angriffen, erlitten sie durch das entsetzliche Schnellfeuer der Türken so furchtbare Verluste (die Rumänen 5000, die Russen fast 16000 Mann), daß sie abermals weichen mußten; die nächtliche Erstürmung der vorderen Griwizaredoute, der „blutigen Schanze", durch die Rumänen änderte an dem Ergebnis wenig, weil das Werk unter dem türkischen Feuer lag. Nun endlich entschloß sich der russische Hochmut, mit dem beliebten brutal-heldenmütigen System mörderischer Sturmläufe zu brechen und auf den dringenden Rat des Fürsten Karl zur förmlichen Belagerung dieser Feldschanzen überzugehen, deren Leitung am 30. September der berühmte Verteidiger von Sebastopol, General Totleben,

174. General Graf Totleben.
Nach einer Photographie.

übernahm. Sie wurde aber im Grunde nur von den trefflich ausgerüsteten und geführten Rumänen an der Ostseite planmäßig eingeleitet, während der Westen thatsächlich offen blieb.

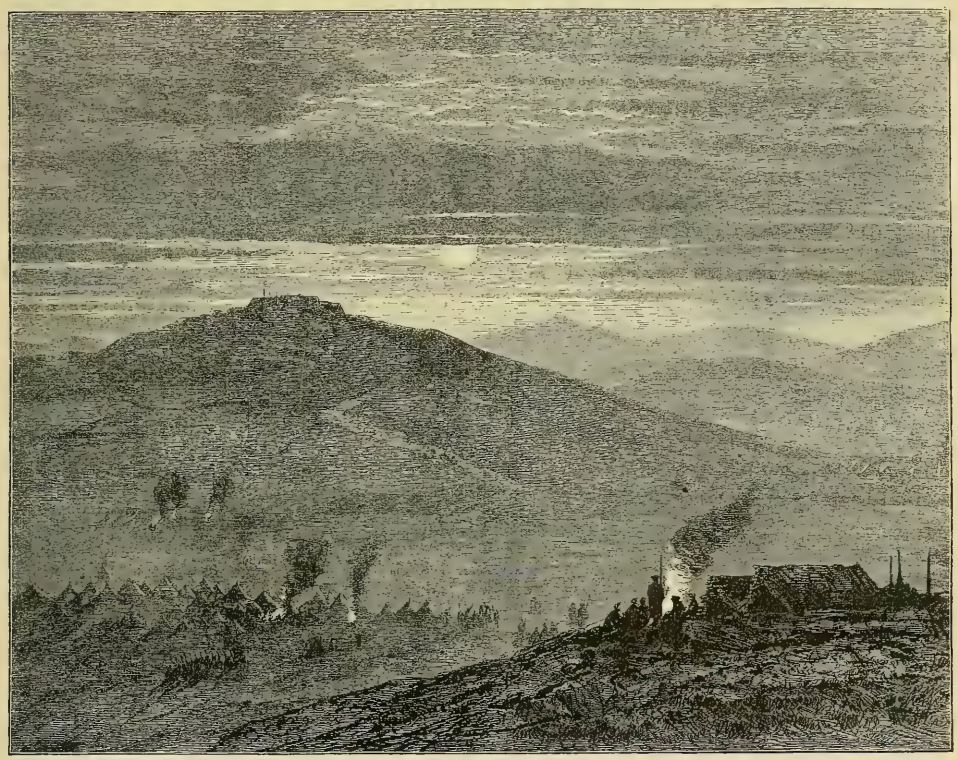
Kämpfe am Schipkapaß.

Denselben zähen Heldenmut, den die Türken in der Verteidigung bewährten, zeigten die Russen und Bulgaren am Schipkapasse. Da dieser nicht einen Engpaß bildet, sondern eine Hochstraße, die, über 22 km lang, auf einem schmalen, in steile Schluchten abstürzenden Gebirgsgrate läuft, so stand er Seitenangriffen und dem Geschützfeuer von den umliegenden Höhen aus streckenweise offen. In seinen Schanzen, namentlich auf dem wie eine Bastion am Südende vorspringenden Felsenplateau von St. Nikolaus (Sweti Nikola), standen damals nur ein russisches Regiment, sechs bulgarische Druschinen und zwei Sotnien Kosaken mit 22 Geschützen, als Suleiman aus Konstantinopel den Befehl erhielt, den Paß zu nehmen, um die Verbindung mit Osman in Plewna herzustellen; dabei sollte ihn Mehemed Ali durch einen Vorstoß gegen Tirnowa, Osman durch einen Angriff auf Selwi und Gabrowo unterstützen. Über die Absichten des Feindes nicht ganz klar, schickte General Radezkij der schwachen Besatzung des Schipkapasses zunächst nur ein Regiment zu Hilfe; er selbst ging mit zwei Brigaden bis Jelena vor. Erst als er am 20. August erfuhr, daß Suleimans Hauptmacht sich gegen Schipka gewendet habe, eilte er dorthin; bis zu seinem Eintreffen aber fiel die ganze Wucht des ungleichen Kampfes gegen eine Übermacht von 40 Bataillonen auf die wenigen Tausende auf der Schipkahöhe. Doch sie hielten seit dem 21. August den immer wiederholten Stößen der Türken stand. Als am Nachmittage des 23. August die Kräfte der Verteidiger völlig erschöpft waren, kam rechtzeitig die erste Hilfe, 200 Schützen auf Kosakenpferden, gegen Abend folgte die ganze Schützenbrigade mit Radezkij. So wurden die russischen Stellungen in zehntägigen verzweifelten Kämpfen, die die Türken über 6700 Mann kosteten, behauptet. Keinen besseren Erfolg erzielten sie mit neuen Angriffen am 16. September. Doch fand Suleimans heervernichtender Heldenmut so viel Anerkennung in Konstantinopel, daß er an Mehemed Alis Stelle erst zum Oberbefehlshaber in Bulgarien, im November aller Truppen diesseit und jenseit des Balkans ernannt wurde.

Der Fall von Plewna.

Eine größere Einheit kam dadurch freilich nicht in die türkischen Unternehmungen. Osman Pascha in Plewna blieb nach wie vor auf seine eignen Kräfte angewiesen. Nachdem er noch am 19. Oktober einen Sturm auf die verhängnisvolle Griwizaredoute abgeschlagen hatte, begann seine Lage allmählich bedenklich zu werden. Denn nach dem Eintreffen der russischen Garden und Grenadiere zählte die verbündete Westarmee 125000 Mann mit 582 Geschützen, war endlich also stark genug, Plewna völlig einzuschließen und von allen Verbindungen abzuschneiden. Am 20. Oktober fiel Rahowa, wodurch die Verbindung zwischen Plewna und der Donau abgebrochen wurde; dann erstürmte General Gurko mit den Garden am 28. Oktober unter entsetzlichen Verlusten, deren Opfer fünf ungeheure Massengräber füllten, die befestigten türkischen Stellungen bei Gorni und Dolni-Dubnjak und Telisch an der Straße nach Orchanje und Sofia, wobei der größte Teil der Besatzung die Waffen strecken mußte, und indem er in der Richtung auf Sofia weiter vorging, schnitt er den Türken in Plewna die letzte Verbindung mit dem Hinterlande ab. Von starken Verschanzungen in einer Gesamtlänge von 75 km rings umschlossen und aller Zufuhren beraubt, lebte die türkische Armee in Plewna bald nur noch von Brot, Maiskolben und Reis und hatte weder Medikamente für ihre zahlreichen Verwundeten, noch Holz zum Kochen oder Heizen, obwohl die Kälte sehr empfindlich wurde. Trotzdem wies Osman die Aufforderung zur Übergabe am 13. November ab und beschloß, sich nach dem Balkan hin durchzuschlagen, bevor die Kräfte seiner Leute völlig erschöpft seien. Er ließ also die schmalen Vorräte und die Patronen (150 Stück für den Mann) verteilen, die schweren Geschütze vernageln und eine Brücke über den Wid neben der vorhandenen schlagen. Am nebeligen Morgen des 10. Dezember begann die erste Hälfte seiner Truppen (25000 Mann) den Vormarsch über den Wid, durchbrach, in verzweifelten Stößen unter dem alten Rufe: „Allah ekbar!“ (Gott ist groß) alles vor sich niederwerfend, die ersten beiden russischen Linien, eroberte elf Geschütze und begann den Vormarsch auf Gorni Etropol. Zu ihrem Unglück griff aber die zweite gleichstarke Hälfte der türkischen

Armee nach Osmans Befehl und aufgehalten durch den ungeheuren Troß, den die flüchtige türkische Einwohnerschaft noch mit Tausenden von Ochsenwagen vermehrte, erst zwei Stunden später an, stieß dabei schon bei Opanez und Keschin auf überlegene Kräfte und mußte größtenteils die Waffen strecken, während die Rumänen die geräumte Griwizaredoute besetzten und bereits um 10 Uhr in Plewna selbst eindrangen. Da nun auch im Westen die Russen bald beträchtliche Verstärkungen heranzogen, so kam auch das Vorgehen der ersten türkischen Kolonne ins Stocken und sie begann wieder nach dem Widthale hinunterzuweichen. Hier von allen Höhen herab mit einem Hagel von Granaten überschüttet und von den rastlos nachdrängenden Russen überall angefallen, die an den Brücken ein entsetzliches Gemetzel anrichteten, befahl Osman Pascha um Mittag



175. Plewna nach der Übergabe am 10. Dezember 1877.

den Rückzug hinter den Wid. Dabei verlor er sein Pferd und wurde selbst am Schenkel verwundet. Umstellt und abgeschnitten, wie er war, ergab er sich persönlich in einem kleinen Hause am Flußufer. Schweigend überreichte er dem General Ganezkij seinen Säbel, ein prächtiges Ehrengeschenk des Sultans, und zu seinem Arzte sagte er mit der Fassung des echten Moslem: „Die Tage vergehen, aber sie gleichen sich nicht. Die einen sind glücklich, die andern unglücklich.“ Es war nachmittags 2 Uhr. Langsam ging der wütende Kampf zu Ende. Als Osman nach der Stadt zurückfuhr, begegnete ihm inmitten ihrer Truppen erst der Fürst Karl, dann der Großfürst Nikolaus; beide drückten dem heldenmütigen, überwundenen Gegner ihre Anerkennung und Bewunderung aus. In Osmans Namen vollzog dann der Divisionsgeneral Adil Pascha die formelle Übergabe. Sie lieferte den Verbündeten 10 Paschas, 2188 Offiziere, 40000 Mann Infanterie und Artillerie, 12000 Reiter und 77 Geschütze in die Hände. Am nächsten Tage zog der Zar mit glänzendem Gefolge in Plewna ein. Osman Pascha gab er seinen Säbel zurück, dem Fürsten Karl verlieh er die höchste russische Auszeichnung, den

Andreasorden mit Schwertern. Die Westarmee wurde aufgelöst, der Kaiser kehrte nach Rußland zurück, der Fürst am 27. Dezember nach Bukarest, wo ihn brausender Jubel empfing, seine Armee übernahm die Belagerung von Widdin. Der mit voller Macht einbrechende Winter gebot den kriegerischen Unternehmungen zunächst Stillstand.

Angriffe der Serben und Montenegriner.

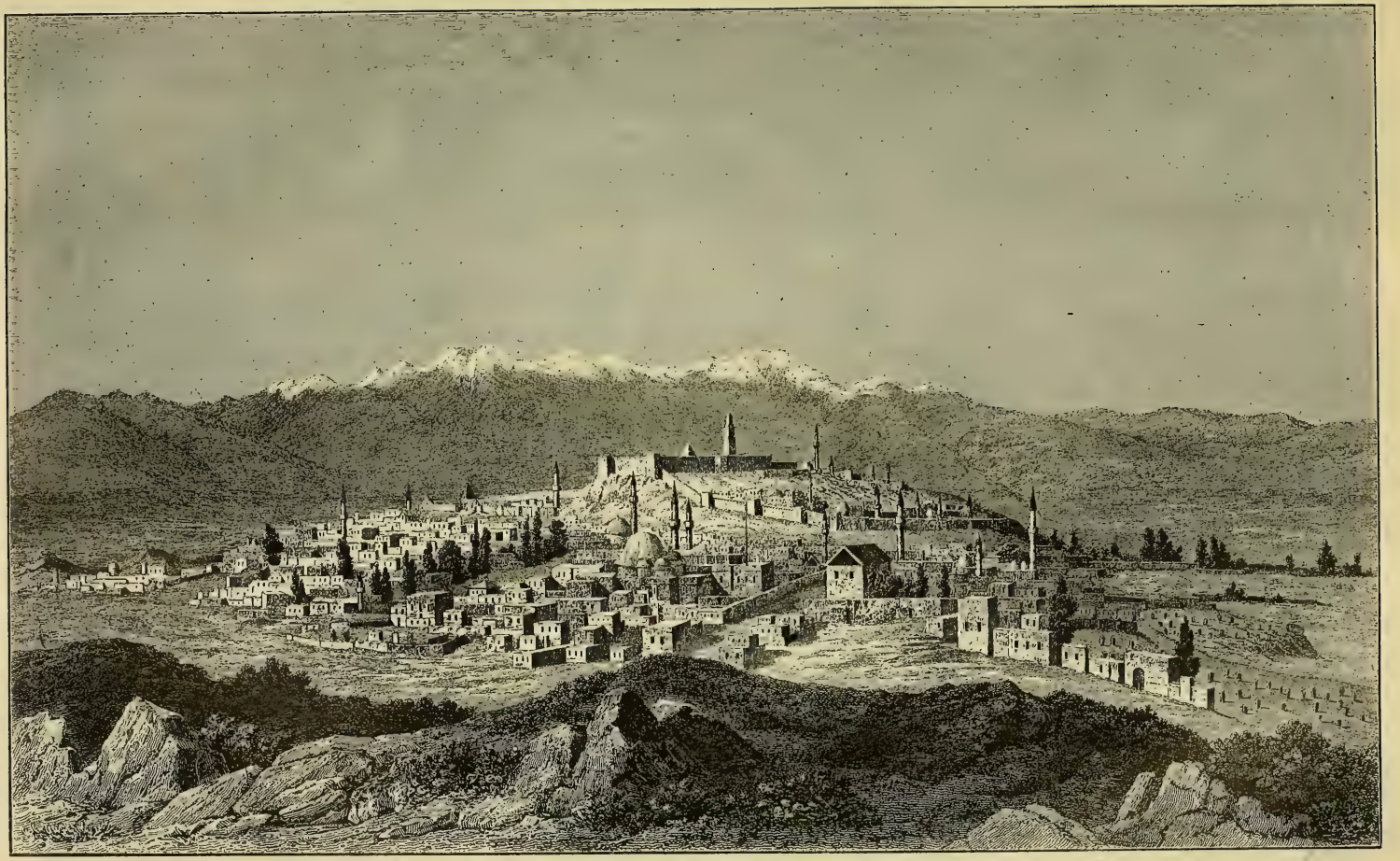
Erst nach dem Falle von Plewna fanden Serbien und Montenegro den Mut, als kaum besonders willkommene Bundesgenossen Rußlands den Kampf gegen die Türken zu erneuern. Von Serbien aus drangen im Verlaufe des Dezember und Januar 73000 Mann mit 250 Geschützen in 5 Korps bis Pirot, Nisch und Wranja vor, ohne nachhaltigen Widerstand zu finden. Die Montenegriner aber nahmen im Januar 1878 Antivari und Dulcigno und näherten sich Skutari. Unruhen auf Kreta und in andern türkischen Provinzen zeigten zugleich, wie morsch das ganze Gefüge des Osmanenreiches sei.

Der erste Feldzug in Armenien.

Auf den Gang der Ereignisse in Europa übte der Kampf in Asien, vor allem auf den kahlen, felsigen rauhen Hochebenen des armenischen Alpenlandes keinen merkbaren Einfluß. Hier hatten die Türken seit Jahren umfassende Vorbereitungen getroffen und namentlich Kars und Erzerum in moderne Festungen verwandelt. Zur Verfügung hatte hier Muktar Pascha etwa 120 000 Mann, und etwa ebensoviel der russische Oberbefehlshaber, General Loris Melikow, ein geborener Armenier. Abgesehen von der rechten (nördlichen) Seitenkolonne, die von Rion her längs der fast unzugänglichen Felsenküste auf Batum losgehen sollte, mußte das nächste Hauptziel der drei andern Heersäulen, die von Achalzik (Dewel), Alexandrapol (Heimann) und Eriwan (Tergukasow) aus vorgingen, Kars, das zweite Erzerum sein. Tergukasow nahm nun bereits am 30. April 1877 Bajesid fast ohne Gegenwehr, da die Türken hier einen Angriff gar nicht erwartet hatten, und rückte dann in westlicher Richtung bis zu dem alten armenischen Kloster Surp Organes vor. Dewel erstürmte am 17. Mai nach heftigem Kampfe Ardahan mit großen Vorräten, Heimann erschien vor Kars und schloß es ein, die Belagerungsartillerie erwartend. Allein Muktar Pascha besetzte mit je 15 000 Mann die beiden Straßen Kars-Erzerum und Bajesid-Erzerum, jene bei Siwin am westlichen Abhange des querlaufenden waldigen Soganlü-Dagh, diese etwa 30 km davon südwärts bei Delibaba. An beiden festen Stellungen prallten die Angriffe der Russen ab, bei Delibaba am 21. Juni, bei Siwin am 25. und 26. Juni. Infolgedessen wich die russische Hauptmacht unter Loris Melikow von Kars wieder nach Alexandrapol zurück, wo sie am 10. Juli eintraf, und auch Tergukasow räumte das feindliche Gebiet bis auf die Citadelle von Bajesid, die von den Türken eingeschlossen wurde und erst am 17. Juli entsetzt werden konnte.

Der zweite Feldzug und die Eroberung von Kars.

Nachdem somit der erste Feldzug für die Russen völlig verloren war, übernahm der Großfürst Michael, der Statthalter des Kaukasus, persönlich den Oberbefehl (25. August) und ging, ansehnlich verstärkt, zum zweitenmal von Alexandrapol aus zum Angriff vor. Am 15. Oktober erfocht er bei Aladscha südöstlich von Kars einen so vollständigen Sieg, daß Muktar Pascha nur Trümmer seines Heeres übrig behielt, die sich den Russen ergaben. Hierauf vereinigte der Großfürst 55 000 Mann mit 138 Geschützen vor Kars. Um die Strapazen und Wechselfälle einer winterlichen Belagerung zu vermeiden, beschloß er den Sturmangriff. Nachdem eine furchtbare, Tag und Nacht fortgesetzte Beschießung diesen seit dem 11. November vorbereitet hatte, brachen seine sieben Kolonnen in der stillen, klaren eiskalten Vollmondnacht des 17. November zum Sturme auf die Außenforts heraus. In blutigem Kampfe nahmen sie die Forts auf dem rechten Ufer des Karstschai und eines von den auf dem andern gelegenen, und erstürmten endlich im nächtlichen Straßenkampfe auch die Stadt. Von der Besatzung schlug sich nur die Reiterei mit dem Kommandanten Hussein Pascha nach Erzerum durch, die große Masse, 800 Offiziere, 7500 Mann und 4500 Kranke, kapitulierten, wobei mehr als 300 Geschütze und ein ungeheures Kriegsmaterial den Russen in die Hände fiel, die ihren Sieg mit einem Verluste von 722 Offizieren und 2196 Mann erkauften. Noch ehe diese schwere Entscheidung fiel, hatten Heimann (von Ardahan her) und Tergukasow (von Bajesid aus) sich vereinigt und am 4. November über Muktar Pascha, der sie in der sehr festen Stellung von Dewa Bojun vor Erzerum erwartete, einen



176. Ansicht von Erzerum (von Norden).

vollständigen Sieg erfochten. Aber obwohl der Pascha nur 5—6000 Mann und von seinen 56 Geschützen nur 13 in die Festung zurückbrachte, so war er doch entschlossen, sie aufs äußerste zu verteidigen, und wurde darin durch den Einbruch des Winters unterstützt, der zwar nicht die Einschließung, wohl aber eigentliche Belagerungsarbeiten unmöglich machte. Immerhin war mit dem Ende desselben Jahres 1877 der größte Teil des türkischen Armenien in den Händen der Russen.

Vordringen der Russen über den Balkan.

Dies traf zeitlich etwa zusammen mit dem Falle von Plewna und konnte die Russen nur ermutigen, diesen entscheidenden Sieg mit allem Nachdruck zu verfolgen, also trotz des Winters den Balkan zu überschreiten, um den Türken keine Zeit zur Erholung zu lassen. Daher sollte Gurko seinen Marsch nach Sofia fortsetzen und von dort aus auf Philippopel und Adrianopel vordringen, Radezkij am Schipkapasse zum Angriff übergehen, das Grenadierkorps bei Gabrowo in Reserve bleiben. Trotz tiefen Schnees und strenger Kälte erreichte Gurko nach scharfen Gefechten am 4. Januar 1878 Sofia, wo er ungeheure Vorräte erbeutete, und besetzte am 11. Januar Ichtiman, am 13. Januar Tatar Bazardschik an der Straße nach Philippopel, da, wo die Maritza in ein breites, mildes Thal eintritt. Radezkij ließ, um die ihm gegenüberstehenden Türken irre zu führen, Dellinghausen gegen die Übergänge im Osten des Schipkapasses demonstrieren und sandte den General Karzow über den sehr schwierigen Trajanpaß im Westen, den dieser bei sibirischer Kälte überschritt, um schon am 9. Januar Karlowo, in der linken Flanke der türkischen Aufstellung bei Schipka, zu erreichen. Diese selbst wurde von zwei russischen Seitenkolonnen, die auf schwierigen Pfaden bei „mörderischem Wetter" nach dem Thale von Kasanlik hinunter stiegen, im Rücken gefaßt, von Radezkij selbst am 9. Januar in der Front angegriffen. Von allen Seiten umgangen, streckte die letzte bedeutende türkische Armee, 32000 Mann mit 103 Geschützen, die Waffen. Suleiman Pascha zog sich nun südwärts nach Philippopel zurück, erreichte dies aber nur mit einem Teile seiner Truppen; die zweite Kolonne wurde von Gurkos Heersäulen, die von Tatar Bazardschik aus vorgingen, ereilt, und in blutigen Gefechten bei 6° Kälte am 15.—17. Januar völlig zersprengt. Inzwischen war der Großfürst Nikolaus mit dem Hauptquartier in Kasanlik eingetroffen, doch weigerte er sich, mit den türkischen Abgesandten, die sich hier am 19. Januar einstellten, um einen Waffenstillstand zu erbitten, zu verhandeln; das werde er erst in Adrianopel thun. Zwar war dies stark befestigt worden, aber Gurkos Kolonnen gingen trotz Kälte und schlechter Verpflegung in so rastlosen Eilmärschen vor — sie machten von Philippopel aus in sechs Tagen 180 Werst, also jeden Tag mehr als sechs Stunden — daß sie schon am 27. Januar vor Adrianopel erschienen und die entmutigten Türken die wichtige Stadt in fluchtartiger Eile räumten. Unaufhaltsam drangen nunmehr die Russen auf Konstantinopel vor, voll Begier, dies alte Ziel ihrer Sehnsucht, ihr Zarigrad, dem sie noch niemals so nahe gestanden hatten, zu gewinnen.

Der Waffenstillstand.

Der Mut der Türken war endlich gebrochen. Am 31. Januar 1878 unterzeichneten ihre Bevollmächtigten Server und Namyk Pascha in Adrianopel ein Protokoll, das die Verwandlung Bulgariens in ein Vasallenfürstentum, Unabhängigkeit und Vergrößerung für Rumänien, Serbien und Montenegro, selbständige Verwaltung für Bosnien und die Herzegowina, eine Kriegskostenentschädigung, die Räumung von Widdin, Rustschuk, Silistria und Erzerum zugestand, endlich eine Verständigung über die Meerengen in Aussicht nahm. Erst jetzt gewährte der Großfürst an demselben Tage den begehrten Waffenstillstand für den ganzen Kriegsschauplatz. Der Einmarsch von 12000 Mann griechischer Truppen in Thessalien mußte daher schon nach wenigen Tagen rückgängig gemacht werden.

Der Vorfriede von San Stefano.

Das osmanische Reich schien wehrlos teils der Auflösung, teils dem beherrschenden Einflusse der Russen verfallen zu sein. Da fiel England ihnen in den Arm. Für den unfähigen Derby wurde Lord Salisbury Minister des Auswärtigen, das Parlament bewilligte im Februar einen Kredit von sechs Mill. Pfd. Sterl. für außerordentliche Vorsichtsmaßregeln im Orient, und Admiral Hornby erhielt den Befehl, ins Marmarameer einzulaufen, wo er am 13. Februar mit seinem mächtigen Panzer-

Der Kongreß zu Berlin vom 13. Juni bis 13. Juli 1878. Gemälde von Anton von Werner

(Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft in Berlin.)

geschwader bei den Prinzeninseln vor Anker ging, angesichts des bedrohten Konstantinopel, von dem die Russen unter Skobelew in Tschadaldscha kaum 30 km entfernt standen. Da erklärte der Großfürst den türkischen Bevollmächtigten in Adrianopel, er werde am 23. Februar mit 10—12000 Mann bis San Stefano, dicht bei der Hauptstadt vorrücken und sein Hauptquartier dort aufschlagen. Umsonst protestierten die Türken noch am Morgen des 23., als der Zug für den Großfürsten schon in Adrianopel bereit stand; der aber erklärte zornig, er werde kommen auf jede Gefahr hin, und traf am Morgen des 24. Februar in San Stefano ein, das die Türken soeben geräumt hatten. Hier unterzeichneten die Unterhändler, von russischer Seite Ignatjew und Nelidow, von türkischer Savfet Pascha und Sadullah Bei, am 3. März 1878 den Vorfrieden. Montenegro, Serbien und Rumänien wurden für unabhängige Staaten erklärt, den beiden ersten eine ansehnliche Vergrößerung zugesprochen, Rumänien eine „Entschädigung" in Aussicht gestellt. Das neue christliche tributpflichtige Vasallenfürstentum Bulgarien sollte etwa 70000 qkm mit fünf Millionen Einwohnern umfassen und von der Donau und dem Schwarzen Meere bis tief nach Albanien hinein reichen und die Küste des Ägäischen Meeres zu beiden Seiten der Halbinsel Chalkidike berühren, derart, daß der unmittelbare türkische Besitz in Europa sich auf einen kleinen Teil Rumeliens (Thrakiens) mit Adrianopel, Albanien, Epirus und Thessalien beschränkte, also in getrennte Stücke zerfiel, zwischen die sich der neue bulgarische Staat mitten hineinschob. Bis zu seiner Einrichtung, höchstens aber zwei Jahre lang, blieben 50000 Russen und ein russischer Gouverneur im Lande. Für Bosnien und die Herzegowina sollten die vereinbarten und noch zu vereinbarenden Reformen durchgeführt werden. Die Festungen längs der Donau wurden geschleift. An Stelle der für die Türkei unerschwinglichen Kriegskosten (1410 Mill. Rubel im ganzen) sollte Rußland die Dobrudscha mit sämtlichen Donaumündungen und den größten Teil des türkischen Armenien (Ardahan, Kars, Batum, Bajesid) erhalten. Kam dieser Friede wirklich zur Ausführung, so war Rußland fortan die gebietende Macht auf der Balkanhalbinsel und die Türkei ein russischer Schutzstaat.

Der Kongreß und der Vertrag von Berlin.

Das Eingreifen der Großmächte.

Doch damit hatte der Siegestaumel die Panslawisten zu weit geführt. Österreich, wo die Delegationen einen Kredit von 60 Mill. Gulden bewilligten, forderte, als Ignatjew in Wien eintraf, als Gegengewicht eine beherrschende Stellung im Nordwesten der Balkanhalbinsel; Lord Salisbury verwarf in einem Rundschreiben vom 1. April den neuen bulgarischen Staat in den geplanten Grenzen und schlug einen europäischen Kongreß vor. Gleichzeitig wurden die Reserven einberufen, 70 000 Mann in England zur Verwendung im Auslande bereit gestellt und 7000 Mann indischer Truppen in Malta vereinigt. Rußland aber war einem neuen Kriege gegen zwei Großmächte nicht gewachsen. Seine Heere wurden durch Krankheiten, namentlich den Typhus, furchtbar mitgenommen, so daß im Mai von der europäischen Armee 70 000 Mann in den Hospitälern lagen, und die Kaukasusarmee während des Krieges vor dem Feinde 3900, durch Krankheiten fast 10 000 Mann verlor; dazu kamen Trunksucht und Zuchtlosigkeit, die sich gegen die mohammedanische Bevölkerung des Rhodopegebirges in scheußlichen Grausamkeiten entlud. Die Finanzlage des Reiches war schlecht, die Not in Tausenden von Familien infolge der Aushebungen schrecklich. Da nun Fürst Bismarck sich schon im Februar bereit erklärt hatte, einen russischen Vorschlag auf einen Kongreß zu unterstützen, wenn Österreich und England zustimmten, so unterzeichneten Graf Schuwalow und Lord Salisbury am 31. Mai ein „Memorandum" als Grundlage der Verhandlungen. Danach sollten die Grenzen Bulgariens wesentlich zurückgeschoben und das Land in ein Vasallenfürstentum und die autonome Provinz Ostrumelien geteilt werden, die griechischen Provinzen unter Beirat der Großmächte eine reformierte Verwaltung erhalten, Bajesid an die Türken zurückfallen, die englischen Finanzansprüche an die Türkei nicht durch die russische Entschädigung beeinträchtigt werden. Der Rückgabe des rumänischen Bessarabien (gegen die Überlassung

der Dobrudscha) an Rußland und der Erwerbung von Batum versprach England nicht geradezu entgegen zu sein. Gleichzeitig mit diesen Verhandlungen gewann England durch die Zusicherung, die Türkei gegen ein weiteres Vordringen der Russen zu schützen, in dem geheimen Vertrage vom 4. Juni, einem Meisterzug Disraelis, die Insel Cypern zur einstweiligen Verwaltung und damit eine beherrschende Stellung gegenüber dem Suezkanal.

Beratungen des Kongresses.

Nachdem es sich so unter allen Umständen gesichert hatte, nahmen alle Großmächte die amtliche Einladung der deutschen Reichsregierung zum Kongreß an und ließen sich durch ihre auswärtigen Minister und ihre Botschafter am deutschen Kaiserhofe vertreten; die kleinen Balkanstaaten wurden nur bei den sie betreffenden Angelegenheiten zugezogen und hatten keine entscheidende Stimme. Am 13. Juni eröffnete Fürst Bismarck als Vorsitzender den Kongreß im Reichskanzlerpalais. Die bulgarische Angelegenheit wurde auf Grund des Londoner Memorandums erledigt, Rumänien erhielt seine Unabhängigkeit und die Dobrudscha bis Silistria, während es trotz seines Protestes seinen Anteil an Bessarabien an Rußland zurückgeben mußte, das somit seine Grenzen wieder bis an die Kiliamündung vorschob. Die europäische Donaukommission sollte bestehen bleiben und durch Rumänien verstärkt werden; Österreich übernahm die Regulierung des berufenen Eisernen Thores (die es im September 1896 vollendete) und wurde von den Großmächten mit der Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina beauftragt. Serbien erhielt mit der Unabhängigkeit die Bezirke von Nisch, Leskowaz, Pirot und Wranja, Montenegro mit Antivari und Dulcigno den ersehnten Zugang zur Adria, doch unter österreichischer Küstenpolizei; Griechenland sollte sich mit der Türkei über eine „Grenzberichtigung" verständigen. In Asien fielen Ardahan, Kars und Batum an Rußland. Während aller dieser oft schwierigen Verhandlungen bewährte sich Fürst Bismarck als „ehrlicher Makler"; namentlich Rußlands Interessen vertrat er, wie er sich selbst äußerte, als wenn er ein russischer Bevollmächtigter wäre. So schloß am 13. Juli der Kongreß in der 20. Sitzung mit der Unterzeichnung des Berliner Vertrages durch die Vertreter der sieben verhandelnden Mächte in sieben gleichlautenden Exemplaren. Nichts war berechtigter als der Dank für den deutschen Reichskanzler; aber die Zuversicht, daß damit etwas Dauerndes geschaffen worden sei, konnte nur gering sein, und jedenfalls brachte der Vertrag eine Verschiebung der europäischen Gesamtlage.

Die Ausführung des Berliner Vertrages.

Bulgarien.

Auf Grund der Berliner Abmachungen schlossen Rußland und die Türkei ihren Frieden am 8. Februar 1879. Er bestimmte die Kriegsentschädigung auf die Summe von 829 Mill. Rubel, die binnen sieben Jahren gezahlt werden sollten. Die Verwaltung Bulgariens hatte schon im März 1878 der Fürst Dondukow-Korsakow übernommen. Obwohl die Bulgaren lebhaft gegen die Zweiteilung ihres Landes protestierten, so fügten sie sich doch endlich den Kongreßbeschlüssen, und eine Notablenversammlung in Tirnowa nahm am 28. April 1879 den Verfassungsentwurf für das Fürstentum an. Während nun der Sultan zum Gouverneur von Ostrumelien den Fürsten Alexander Vogorides (Aleko Pascha), einen griechischen Fanarioten, ernannte, der am 27. Mai 1879 in Philippopel einzog, traf die Wahl der Bulgaren am 29. April einen jungen Fürsten deutsch-protestantischer Herkunft, den Prinzen Alexander von Battenberg (geb. 5. April 1857), einen Sohn des Prinzen Alexander von Hessen (s. S. 327) und seiner morganatischen Gemahlin, der polnischen Gräfin Julie von Hauke, die den Titel einer Fürstin Battenberg nach einer hessischen Herrschaft erhalten hatte. Im Dresdener Kadettenhause erzogen, war der junge Fürst später an den russischen Hof gegangen, mit dem der hessische seit langer Zeit in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen steht, und hatte den türkischen Krieg mitgemacht. So wurde er als Kandidat Rußlands gewählt und sollte ein russisches Werkzeug sein. Nachdem die Großmächte seiner Wahl zugestimmt hatten, erhielt er in Konstantinopel vom Sultan die Belehnungsurkunde, ging in Varna am 6. Juli ans Land

und hielt, nachdem er am 9. Juli in Tirnowa die Verfassung beschworen hatte, am 13. Juli 1879 seinen feierlichen Einzug in seiner Hauptstadt Sofia. Daß er der Reorganisator des bulgarischen Volkes und sein Nationalheld werden sollte, hat damals niemand auch nur im entferntesten geahnt.

Einen glänzenden Erfolg hatte Rumänien errungen. Wenngleich es seinen Anteil an Bessarabien an Rußland zurückgeben mußte, so erhielt es doch dafür mit der Dobrudscha eine ansehnliche Entschädigung. Es entsprach der neuen Stellung des Landes, wenn das Parlament es am 26. März 1881 zum Königreich erhob und der Fürst am 22. Mai feierlich die Königskrone übernahm, die aus der Bronze eroberter türkischer Geschütze geschmiedet war. Rumänien.

Viel größere Schwierigkeiten bereitete die Neuordnung der Dinge im Nordwesten der Balkanhalbinsel. Österreich glaubte anfangs, mit einem verhältnismäßig geringen Aufgebot die Besetzung Bosniens durchführen zu können. Nun erreichte zwar die von Dalmatien aus in die Herzegowina einrückende 18. Division Jowanowitsch schon am 4. August ohne wesentliche Schwierigkeit die Landeshauptstadt Mostar; als aber das XIII. Armeekorps Philippowitsch am 29. Juli die Sawe überschritt, die Hauptmasse bei Brod, Seitenkolonnen bei Schamaz, Alt-Gradiska und Kostajniza, da stieß es sofort auf Widerstand. Denn nicht nur die mohammedanischen Bosnier traten unter Waffen, sondern auch die im Lande zurückgebliebenen türkischen Truppen, 27 Bataillone und 8 Batterien, schlossen sich ihnen an, und Scharen von Albanesen kamen ihnen zu Hilfe, die Gesamtleitung aber übernahm einer von diesen, Muktija Effendi. So konnten die Österreicher nur unter beständigen Gefechten das enge Bosnathal aufwärts dringen und erstürmten am 19. August Serajewo erst nach hartem Kampfe. Da nun der kleine Krieg im Rücken der Österreicher erst recht entbrannte und Ende August 18 000 Albanesen ihre Schanzen bei Doboj, nördlich von Serajewo, drei Tage lang bestürmten, so beschloß Kaiser Franz Joseph, drei weitere Armeekorps nach Bosnien zu werfen. Das III. Korps wurde bei Doboj gesammelt und trat am 5. September den Vormarsch nach Norden an; das IV., das bei Schamaz am 14. September über die Sawe ging, warf den Aufstand in der Posawina (im nordöstlichen Bosnien) nieder, besonders durch den Sieg an der Majewiza Planina am 21. September und vereinigte sich dann bei Lipniz mit dem III. Armeekorps; das V. Armeekorps brach den Widerstand von Westbosnien besonders durch die Eroberung von Livno am 27. September. Im äußersten Nordwesten, in der Gegend um die Unna, erlitt die Brigade Zach noch am 7. September bei Sawalje eine empfindliche Schlappe gegen die Arnauten, Österreichische Eroberung Bosniens.

177. Alexander von Battenberg, Fürst von Bulgarien.
Nach einer Photographie.

und diese brachen sogar über die Grenze in Kroatien ein. Erst die Einnahme der Festung Bihatsch an der oberen Unna am 18. September und des Felsennestes Kladus, dicht an der kroatischen Grenze, am 20. Oktober beendete hier den blutigen Kampf. In der Herzegowina hielt sich die Bergfeste Klobuk bis zum 28. September. Die Österreicher hatte die Eroberung — denn eine solche war es geworden — 179 Offiziere und 5000 Mann gekostet, aber ihre neue Armeeorganisation hatte sich bewährt, nach vielen schmerzlichen Niederlagen war der alte Waffenruhm wiederhergestellt, der Kaiserstaat hatte sich, den ruhmvollen Spuren Prinz Eugens folgend, eine feste Stellung auf der Balkanhalbinsel errungen und einem friedlosen Lande den Frieden gebracht.

Österreichische Verwaltung in Bosnien.

Das Sandschak Nowibazar wurde nach dem Vertrage vom 21. April 1879 nur militärisch besetzt; in Bosnien und der Herzegowina blieb zwar dem Namen nach die

178. Ansicht von Mostar (von Südwest).
Nach einer Photographie von J. Lederer in Serajewo. (Zu S. 461.

Souveränität des Sultans bestehen, aber die ganze Verwaltung wurde im Namen des Kaisers eingerichtet und von Serajewo aus unter der Leitung des Reichsfinanzministers geführt. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1881 verursachte einen Aufstand in einem Teile der Herzegowina und im südlichen Dalmatien; nachdem er 1882 mit fester Hand niedergeschlagen worden war, begannen sich die Zustände sicherer zu gestalten, und auch die Mohammedaner fügten sich willig einem Regiment, das jede Religionsgenossenschaft gewähren ließ, die Verhältnisse zwischen den Grundherren und Bauern ohne schroffen Bruch mit der Vergangenheit in billiger Weise regelte und der Hebung der gründlich verwahrlosten Volkswirtschaft besonders ihr Augenmerk zuwandte. Ein ganzes Straßennetz spannte sich bald über das Land (3572 km Ende 1891), seit 1885 begannen auch Eisenbahnen es zu durchziehen, die schon Ende 1891 eine Länge von 726 km erreichten und diesen vergessenen Winkel der Balkanhalbinsel in regelmäßige Verbindung mit der Kulturwelt setzten. Bald ließ sich die Regierung auch das Schulwesen und die archäologische Erforschung des Landes angelegen sein. Abermals war ein Stück des türkischen Orients der Barbarei entrissen.

Die Grenzregulierung in Albanien.

Dieselben Albanesen, die an der Gegenwehr Bosniens so hervorragenden Anteil nahmen, widersetzten sich auch aufs entschiedenste der Abtretung von Grenzdistrikten an Serbien und Montenegro. Ihrer Wut fiel zunächst am 7. September 1878 in Djakowa Mehemed Ali Pascha zum Opfer, als er die Grenzregulierung durchführen sollte; dann bildete sich, zum erstenmal in der Geschichte, eine „albanesische Liga" aus allen Stämmen des Landes, die als letztes Ziel die Losreißung von der Türkei im Auge hatte. Im April 1879 brachen ihre Scharen sogar in Serbien ein und mußten von den Truppen des Fürstentums zurückgewiesen werden. Um die Abtretung des Küstenstrichs von Dulcigno an Montenegro durchzusetzen, schickten die Großmächte ein großes Geschwader dahin, das endlich im November 1880 die Durchführung des Berliner Vertrages in diesem Punkte erzwang.

179. Ansicht von Doboj.

Nach einer Photographie von J. Lederer in Serajewo. (Zu S. 461.)

Vergrößerung Griechenlands.

Noch später gelang es den Griechen, ihre durch diesen Vertrag grundsätzlich zugestandene „Grenzberichtigung" durchzusetzen. Erst als in England am 28. April 1880 an Stelle Beaconsfields der griechenfreundliche Gladstone ans Ruder gekommen war, beschloß die von ihm angeregte Berliner Konferenz nach dem französischen Antrage, dem Königreiche Griechenland Thessalien bis zum Olymp und Pindos zuzusprechen, doch scheiterte dieser Vorschlag an der bestimmten Weigerung der Türkei. Ein bewaffneter Zusammenstoß wurde indes durch die Verwendung der Großmächte, namentlich Österreichs und Deutschlands, vermieden, und endlich einigten sich die Mächte auf einer Konferenz in Konstantinopel im März 1881. Deren Beschlüssen entsprechend trat die Türkei in dem Vertrage vom 22. Mai 1881 Thessalien bis zum Südabhange des Olympos, einschließlich des Tempethales, und bis zum Pindos, von Epirus den östlichen Teil bis zum Artafluß, also ausschließlich des Gebietes von Janina, im ganzen fast 14 000 qkm mit 300 000 meist griechischen Einwohnern, ab, und im November besetzten die griechischen Truppen unter General Sutzos die neuerworbenen Landesteile.

180. Serajewo, von Westen gesehen. Nach einer Photographie von J. Lederer in Serajewo. (Zu S. 461.)

Der Ausgang Kaiser Alexanders II.

Während somit der Berliner Vertrag nur langsam durchgeführt werden konnte, wogte in Rußland eine stürmische Erregung. Die panslawistische Presse war außer sich darüber, daß dies ungläubige Europa das heilige Rußland um einen Teil seiner Siege betrogen habe, und die ganze öffentliche Meinung empörte sich über die angebliche Unfähigkeit der russischen Heerführung, nicht minder über die kolossalen Unterschleife, die wieder einmal bei der Heeresverpflegung zu Tage getreten waren. Niemals war der Zorn und die Verachtung gegen das herrschende System größer gewesen. So schoß die Saat der Nihilisten üppig ins Kraut; sie erschienen in den beiden Riesenprozessen, die teils unmittelbar vor dem Ausbruche des Krieges 1877 in Moskau, teils während desselben vom Oktober 1877 bis Januar 1878 gegen ganze Scharen nihilistischer Angeklagter geführt wurden, beinahe als die Rächer der Nation an einer ebenso unfähigen wie verderbten Verwaltung, und sie machten sich diese Stimmung zu nutze. In dichter Reihe folgten einander die Attentate, besonders gegen hochgestellte Beamte, schließlich auch gegen den Kaiser, und wie immer bei den Nihilisten waren die Frauen voran. Schon am 24. Februar 1878 verwundete Wjera Sassulitsch den Polizeipräsidenten Trepow in Petersburg durch Revolverschüsse in seinem Arbeitszimmer; sie wurde vom Schwurgericht unter dem Beifalle des Publikums freigesprochen. Am 25. Mai wurde in Kiew der Gendarmeriehauptmann Heyking von unbekannten Mördern erdolcht, am 4. August wieder in Petersburg der Chef der berüchtigten dritten Abteilung (der Geheimpolizei), General Mesenzew. Im Namen der Panslawisten aber verlangte Aksakow eine Konstituante, eine verfassunggebende Nationalversammlung, und die Semstwa (s. S. 170) forderten Erweiterung ihrer Rechte, Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit. Da keine Konzessionen derart kamen, begannen nach einer Pause die Attentate aufs neue. Am 9. Februar 1879 wurde der Gouverneur von Charkow, Fürst Krapotkin, erschossen, am 12. März der Nachfolger Mesenzews, General Drentelen, auf offener Straße verwundet, und wieder entkamen die Mörder. Dann wandten sich die Nihilisten gegen den Kaiser selbst. Als er am 2. April 1879 längs des Sommergartens an der Newa einen Spaziergang machte und alles ehrfurchtsvoll grüßte, feuerte aus der Menge heraus Solowjew fünf Revolverschüsse auf ihn ab, ohne zu treffen, und am 26. August verurteilte das geheime Exekutivkomitee den Zaren förmlich zur Hinrichtung durch Dynamit. Entsetzliche Thaten bewiesen, daß es diesen Fanatikern mit ihrem Spruche fürchterlicher Ernst sei. Als der Kaiser in der Nacht des 18. November auf der Rückfahrt aus dem Süden Moskau passierte, zerschmetterte eine Explosion den Bahnkörper außerhalb der Stadt und den kaiserlichen Zug, aber es war nur der Gepäckzug, der Hofzug kam gegen die Erwartung erst später. Die Urheber waren Leo Hartmann und Sophie Perowskij, ein bildschönes Mädchen aus vornehmer Familie, hochbegabt und von entschlossenstem Mute. Die Verbrecher blieben damals unentdeckt, und ein neues Attentat kam. Als am Abend des 5. Februar 1880 der kaiserliche Hof im Petersburger Winterpalais, einem Gebäude von riesiger Ausdehnung, das Tausende von Menschen bewohnten, den Besuch des Fürsten Alexander von Bulgarien erwartete und eben im Begriffe war, den Speisesaal im dritten Stockwerk an der westlichen Schmalseite des Palastes nach der Admiralität hin zu betreten, explodierte eine Mine im Erdgeschoß und zerschmetterte die unter dem Speisesaal liegenden Räume, vor allem die Wachtstube der Schloßwache, von der 10 Mann getötet und 53 verwundet wurden. Ein Nihilist, Chalturin, ein schwindsüchtiger Mensch, hatte sich als Lackierer Eingang und Wohnung im Palais zu verschaffen gewußt und dort allmählich Dynamitpatronen aufgehäuft.

Nihilistische Attentate und panslawistische Agitation.

Durch so fürchterliche Anzeichen gewarnt, entschloß sich der Kaiser zu einer entscheidenden Wendung; er berief den freisinnigen General Grafen Loris Melikow mit unumschränkter Vollmacht an die Spitze der Regierung. Dieser räumte zunächst im Winterpalais gründlich auf, beseitigte die allmächtige Stellung der dritten Abteilung, entließ 6000 Gefangene aus der Haft, gewährte den Semstwa und der Presse größere

Die liberale Wendung.

Freiheit und veranlaßte den Rücktritt des unpopulären Unterrichtsministers Tolstoj (s. S. 182). Endlich, da der nihilistische Radikalismus entwaffnet schien, unterzeichnete der Kaiser am Morgen des 13. (1.) März 1881, eines Sonntags, die entscheidende Urkunde, die eine Notablenversammlung zur Beratung über die Lage des Reiches berief und am nächsten Tage im „Regierungsboten" erscheinen sollte. Der erste Schritt zum Verfassungsstaat war geschehen.

Ermordung Alexanders II.

In diesem zukunftvollen Augenblicke trafen die nihilistischen Mörder endlich den Kaiser.

Unmittelbar nach jenem entscheidenden Federzuge fuhr der Kaiser nach dem Exerzierhause der Garden in der Nähe der Isaakskirche und nahm hier zu Pferde die übliche sonntägliche Wachtparade ab, seit längerer Zeit zum erstenmal. Er war wie gewöhnlich sehr blaß, Haar und Bart seit dem türkischen Kriege stark ergraut, die dunklen schönen Augen blickten kummervoll aus dem edlen Gesicht. Dann bestieg er den Wagen, um zur Großfürstin Katharina Michailowna zum Frühstück zu fahren. Niemand ahnte, daß alle Wege, die dorthin führten, mit nihilistischen Mördern besetzt waren, und daß es für ihr erlauchtes Opfer kein Entkommen mehr gab. Als der kaiserliche Wagen, von den prächtigen roten Reitern des „Konvois" geleitet, über den Newskijprospekt an der Kasanschen Brücke vorbeifährt und dann in die schmale Straße an der Südseite des Katharinenkanals einbiegt, gibt Sophie Perowskij ein verabredetes Zeichen. Darauf nähern sich einige Männer, meist in Bauerntracht, aus verschiedenen Richtungen jener Straße. In dem Augenblicke, wo der Wagen im raschen Tempo herankommt und die angesammelte Menge schon Hurra ruft, gibt es plötzlich einen scharfen Knall, Feuer und Rauch steigen auf, Pflastersteine und Splitter fliegen hinter dem Wagen in die Höhe, einige Kosaken und Zuschauer liegen verwundet am Boden. Der treue Kutscher des Kaisers sieht, daß der Wagen zwar beschädigt, aber noch fahrbar ist; in rascher Erkenntnis der Gefahr peitscht er auf die Pferde des Dreigespanns ein, da gibt der Kaiser das Zeichen zum Halten und steigt aus, erdfahl im Gesicht, Blut an den Händen. Alles drängt sich an ihn, frägt, ob er verwundet sei. „Nein, aber diese da", sagt er mit zitternder Stimme, auf die Verwundeten deutend. Im selben Augenblicke faßt man einen Menschen in Bauerntracht als den Verbrecher (Ryssakow). Die Frage des Kaisers, ob er ihm ans Leben gewollt habe, bejaht er mit stierem Blick; der Kaiser kehrt ihm den Rücken und geht durch die ehrfurchtsvoll ausweichende Menge längs des Kanalgeländers auf den Wagen zu. Da hebt, aus den Menschen hervorspringend, ein Mann etwas wie einen Schneeball in der Rechten hoch empor und wirft es zwischen sich und den Kaiser. Ein Blitz und Knall, dichter Rauch verhüllt auf einige Sekunden beide. Als er sich verzogen hat, liegt der Kaiser in einer Blutlache im Schnee, das Gesicht mit Blut bedeckt, die Beine zu einer formlosen Masse zerschmettert, wenige Schritte von ihm der ebenso schrecklich zugerichtete Verbrecher (Grinewizkij). Des Kaisers Lieblingsbruder Michael beugt sich über ihn, fragt: „Sascha (Alexander), erkennst du mich?" Der aber führt die blutende Hand an die Stirn, sagt leise: „Kalt, kalt!", dann nach einer Pause: „Ins Winterpalais, dort sterben!" Die Sinne schwinden dem grausam Verstümmelten, man hebt ihn in einen Schlitten des Stadthauptmanns Fedorow, der langsam, das bleiche Haupt des Sterbenden an die Brust gelehnt, mit ihm die Gartenstraße entlang nach dem Palaste fährt; der lange Weg ist eine einzige Blutspur. Als man den Kaiser entkleidet, sieht man, daß der Unterleib aufgerissen, das linke Bein bis unterhalb des Knies, das andre bis an den Oberschenkel zerschmettert ist, beide hängen nur noch an zerrissenen Muskeln. Die Ärzte legen starke Gummiringe um die Schenkel, um die entsetzliche Blutung zu hemmen, und reichen ihm belebende Mittel; der Kaiser schlägt noch einmal die Augen auf und scheint die Seinen zu erkennen, die weinend und betend an dem blutüberströmten Sterbelager knieen, ein Priester reicht ihm das Sakrament. Währenddem haben sich draußen auf dem ungeheuren Halbrund des Schloßplatzes um die Alexandersäule Tausende von Menschen gesammelt, in banger Erwartung stumm nach den Fensterreihen des Winterpalastes blickend. Beständig jagen Schlitten und Wagen mit den höchsten Würdenträgern heran, unter den ersten der Großfürst Thronfolger mit seiner Gemahlin, totenblaß, keinen Gruß erwidernd. Immer hoffnungsloser lauten die Nachrichten aus dem Schlosse, und alles starrt angstvoll nach der Kaiserflagge, da senkt sie sich auf Halbmast. der Zar-Befreier hat ausgelitten, es ist 3,40 nachmittags. Sich bekreuzigend sinken die Tausende in die Kniee und sprechen ein stilles Gebet für den Ermordeten.

Regierungsantritt Alexanders III.

So endete der edelste, gütigste und liebenswürdigste Herrscher, den Rußland jemals gehabt hat, der Enkel der Königin Luise, als das Opfer einer ruchlosen, fanatischen Sekte. Am 23. März erließ das geheime nihilistische Exekutivkomitee einen offenen Brief an Alexander III., der ihm Frieden anbot, wenn er die politischen Verbrecher begnadige und ein Parlament berufe, im andern Falle mit dem Schicksale des Vaters drohte. Die Verblendeten ahnten nicht, daß das, was sie forderten, bereits so gut wie gewährt war, als sie den Zaren tödlich trafen. Jetzt war es damit vorbei. Alexander III., unter so entsetzlichen Umständen zur Nachfolge berufen, antwortete

nach der feierlichen Beisetzung des Vaters in der Dreieinigkeitskirche der Festung mit der Hinrichtung von fünf Kaisermördern, unter ihnen Ryssakow und Sophie Perowskij am 15. April und kündigte am 11. Mai in einem Manifest den festen Entschluß an, an der ererbten selbstherrlichen Gewalt festzuhalten, ein Ergebnis langer, heftiger Kämpfe im Rate des Kaisers. Loris Melikow trat zurück, General Ignatjew, das Haupt der Panslawisten, übernahm das Ministerium des Innern. Es war die natürliche Reaktion gegen den Kaisermord, aber doch ein schweres Unglück für Rußland.

Der Wettstreit der Kolonialmächte.

Der Russisch-türkische Krieg war nicht nur eine Etappe auf dem Wege zum Zerfalle der Türkei, auch nicht nur ein Teil des großen Kampfes zwischen der russischen und britischen Weltmacht, sondern er bezeichnete auch den Beginn eines neuen Abschnitts in dem Wettstreit der europäischen Mächte um die Herrschaft der Welt. Alle trübsinnigen Aussagen von dem allmählichen Zurücktreten Europas Lügen strafend, breitete sich nicht nur die europäische Kultur, dank dem ungeheuren Vorrat der in diesem kleinsten der alten Erdteile durch Jahrtausende aufgespeicherten geistigen und materiellen Kraft, unwiderstehlich bis in die fernsten Gegenden des Erdballes aus, sondern die europäischen Nationen bedeckten, wie früher Amerika, so jetzt ganz Afrika und Australien mit ihren Siedelungen und unterwarfen in immer steigendem Umfange auch die Länder des Islam und die alten Kulturvölker Asiens ihrer direkten oder indirekten Herrschaft in der neuen Form des Protektorats. Und während bis dahin nur England und Rußland Kolonialmächte großen Stils gewesen waren, so nahm jetzt auch Frankreich seine alte Kolonialpolitik mit verstärkter Energie und mit äußerlich glänzendem Erfolge wieder auf, und mit Beginn der achtziger Jahre traten neben dem kleinen Belgien auch die beiden neugeeinten mitteleuropäischen Nationen Deutschland und Italien in die Schranken, um endlich ihren Anteil an der Welt zu fordern, den ihnen das Schicksal innerer Zerrissenheit nur allzulange vorenthalten hatte. Somit bahnte sich im Gegensatze zu der bis dahin unbestrittenen, alles überragenden Vorherrschaft des britischen Weltreichs eine gleichmäßigere und gerechtere Verteilung der Kolonial- und Handelsmacht an, analog dem Gleichgewicht der Großmächte in Europa nach dem Falle der bourbonischen Übermacht. Um die weitere Ausbildung dieses Verhältnisses wird sich die weltgeschichtliche Entwickelung der nächsten Zukunft drehen.

Rußland, England und Frankreich in Asien.

Persien.

Zwischen Rußland und England handelte es sich nach wie vor um den maßgebenden Einfluß in den nordasiatischen Hochlanden, die zwischen den Machtgebieten beider liegen. Im ganzen hatte dabei England keine glückliche Hand. Der Widerstand, den Lord Palmerston Persien in der Frage um Herat entgegengesetzt (s. S. 83), einen für die Sicherheit Persiens gegen die Raubzüge der Turkmenen ganz unentbehrlichen Besitz, hatte die persische Politik mehr und mehr auf die Seite Rußlands getrieben; doch war das Land immerhin stark genug, seine Selbständigkeit zu behaupten. Obwohl unter der Herrschaft einer türkischen Kaste und einer türkischen Dynastie stehend, bewahrten doch die Perser noch immer ihre eigentümliche alte Kultur, hielten fest an ihrer schönen bilderreichen Sprache und Litteratur, lauschten gern bei der Wasserpfeife und dem Rauschen eines Springbrunnens im Grünen dem Liede eines Sängers und brachten eine sehr bedeutende historische Litteratur hervor, ein scharf denkendes, kluges, witziges, höfliches Volk, das stolz ist auf seine große Geschichte, für das aber allerdings auch heute noch die alte persische Vorschrift, die Wahrheit zu reden, keineswegs überflüssig ist. Obwohl umgeben von unzugänglichen Gebirgen und öden Steppen und mit dem Meere nur unzureichend verbunden, verschlossen sich die Perser doch nicht europäischen Kultureinflüssen. Dreimal (1873, 1878 und 1889) besuchte der Schah Naßir-eddin (1848—96), selbst ein vielseitig gebildeter Mann und Dichter, Europa, er regelte das Münzwesen auf französischem Fuße, führte Posten und Telegraphen (1892 schon 6650 km) ein, verschönerte seine

Hauptstadt Teheran am Fuße des schneebedeckten Elburz, die sogar Gasbeleuchtung erhielt, und sandte junge Perser zur Ausbildung nach Europa. Später ließ er seine Armee von österreichischen Offizieren nach europäischer Weise ausbilden. Doch blieb seine Politik nach außen friedlich. Während des Russisch-türkischen Krieges dachte er daran, Bagdad zurückzufordern, vermochte aber gegenüber der entschiedenen Parteinahme seines Volkes für die bedrängten Glaubensgenossen zu einem feindlichen Auftreten gegen die Türkei nicht zu gelangen. Dagegen hatte er die Genugthuung, daß diese 1878 die seit 1850 besetzte Grenzstadt Kotur in Armenien an Persien zurückgab.

Schir Ali von Afghanistan und die Engländer.

Viel unsicherer als in Persien waren die Zustände in Afghanistan, das deshalb auch vielmehr in den russisch-englischen Gegensatz hineingezogen wurde. Denn niemals hat dies Gebiet, halb wildes Gebirge, halb trockene Steppe, eine wirkliche geographische oder politische oder nationale Einheit gebildet. Über türkischen, mongolischen und indischen Stämmen sitzen als Herren die stolzen, kriegerischen Afghanen arischer Herkunft, aber selbst in zahlreiche, ziemlich selbständige Stämme unter ihren Häuptlingen (Sirdars) gespalten, die nur zeitweilig ein energischer Wille zusammenzwingt. Häufige Spaltungen im Herrscherhause, eine Folge des unsicheren Erbrechtes, machten die Geschichte des Landes zu einem wenig unterbrochenen Bürgerkriege. Nach dem Tode von Dost Mohammed am 29. Mai 1863, der ganz Afghanistan mit Herat zusammengefaßt hatte (s. Bd. IX, S. 372 f. und oben S. 183), mußte sein Sohn Schir Ali (geb. 1825) im langjährigen Bürgerkriege mit seinen Nebenbuhlern ringen. Am 5. Mai 1866 bei Schekabad geschlagen, erlangte er den Thron durch die Siege von Bamian (Dezember 1868) und Gasna (Januar 1869) wieder, geriet aber in Widerspruch zu seinem Sohne Jakubbeg, dem der Gegensatz zwischen dem reformfreundlichen Emir und der altnationalen Partei zu Grunde lag. Daher schloß Schir Ali ein Bündnis mit England und bemühte sich 1869 sogar um ein britisches Protektorat, indem er versprach, einen britischen Residenten zuzulassen und britische Truppen in seine Grenzfestungen aufzunehmen. In einer kaum begreiflichen Kurzsichtigkeit wies damals England diese überaus günstigen Anerbietungen zurück.

181. Schir Ali.

Fortschritte der Russen in Turkestan.

Und doch näherten sich die Russen mit raschen Schritten der Nordgrenze Afghanistans. Nachdem sie 1862—64 die Linie Pischpek-Aulije-Ata-Tschulak, dann Tschimkent, also den ganzen Strich zwischen dem oberen Tschu und dem mittleren Sir-Darja besetzt hatten, bildeten sie 1865 den „turkestanischen Grenzbezirk". Darüber gerieten sie in Krieg mit dem Chanat Chokand, das diese Grenzen beanspruchte und eben damals seine Macht sogar durch das chinesische Ostturkestan auszubreiten begann (s. unten S. 481), erstürmten aber am 28. Juni 1865 Taschkent, wobei der Chan Atinkul seinen Tod fand. Nun nahm aber auch der Chan von Bochara, das anerkannte

Oberhaupt des mittelasiatischen Islam, den Kampf auf, freilich mit mehr Mut als Glück. Denn die Russen, am Sir-Darja aufwärts dringend, erstürmten nach dem Siege bei Irdschar am 20. Mai 1866 das wichtige Chodschent 24. Mai, nahmen im Oktober Dschisak, im Frühjahr 1867 Jeni Kurgan und erzwangen durch zwei neue Siege im offenen Felde den Frieden, der ihnen den Westen des Chanats Chokand mit Taschkent als Hauptwaffenplatz überlieferte. Kaum hatten sie nun das neue Generalgouvernement Turkestan eingerichtet, so setzte der General Kaufmann den Krieg gegen Buchara mit glänzendem Erfolge fort. Im Frühjahr 1868 marschierte er das Serafschanthal aufwärts, schlug die Bucharen am 13. Mai vor Samarkand und besetzte am nächsten Tage diese alte glänzende Hauptstadt Dschingischans. Ein neuer Sieg bei Kattakurgan auf der Straße nach Buchara am 14. Juni nötigte den Chan, das eroberte Gebiet von Samarkand den Russen abzutreten.

Englisch-russische Grenzbestimmung.

Herr von Samarkand, knüpfte General Kaufmann seit 1870 Verbindungen mit Schir Ali an, den die Zurückweisung seines Anerbietens nicht wenig gegen England verstimmt hatte. Eben damals hatte er am 8. Mai 1870 seinem aufständischen Sohne Jakubbeg Herat wieder abgenommen und sich nach langen Schwankungen wieder mit ihm ausgesöhnt. Das rastlose Vordringen Rußlands brachte nun in England endlich den Entschluß zuwege, Afghanistan durch eine festbestimmte Grenze gegen russische Begehrlichkeiten zu sichern, und eine solche wurde wirklich 1872/73 von einer englisch-russischen Kommission abgesteckt und zwar derart, daß alles Land bis zum oberen Amu-Darja (Badachschan, Wachan, Kundus, Chulum, Balch, Andchui, Schibergan) zu Afghanistan gehören sollte.

182. General von Kaufmann.

Die Russen in Chiwa.

Inzwischen bereiteten die Russen einen neuen Vorstoß im Westen von Turkestan vor. Raubzüge der Turkmenen von Chiwa, das in seiner fruchtbaren Oase am unteren Amu-Darja hinter brennenden Sandwüsten sich sehr sicher fühlte, hatten schon 1869 die Anlegung der russischen Festung Krasnowodsk auf der öden Südostküste des Kaspischen Meeres veranlaßt, um von dort diesen räuberischen Einfällen besser entgegentreten zu können; dann führte General Kaufmann im Jahre 1873 den entscheidenden Stoß, zu dem alles mit der größten Sorgfalt und Umsicht vorbereitet worden war. Vier Kolonnen setzten sich durch die Wüste gegen Chiwa in Bewegung, zwei vom Kaspisee aus, die eine unter Lomakin von der Kinderlinbucht her, die andre unter Merkosow von Krasnowodsk, die dritte führte Werewkin von Orenburg aus an der Westseite des Aralsees hin, die vierte Kaufmann selbst von Taschkent aus. Während Lomakin in der glühenden, wasserlosen Wüste halbwegs wieder umkehren mußte, besetzte Werewkin am 8. Mai glücklich Kungrad unweit der Mündung des Amu-Darja

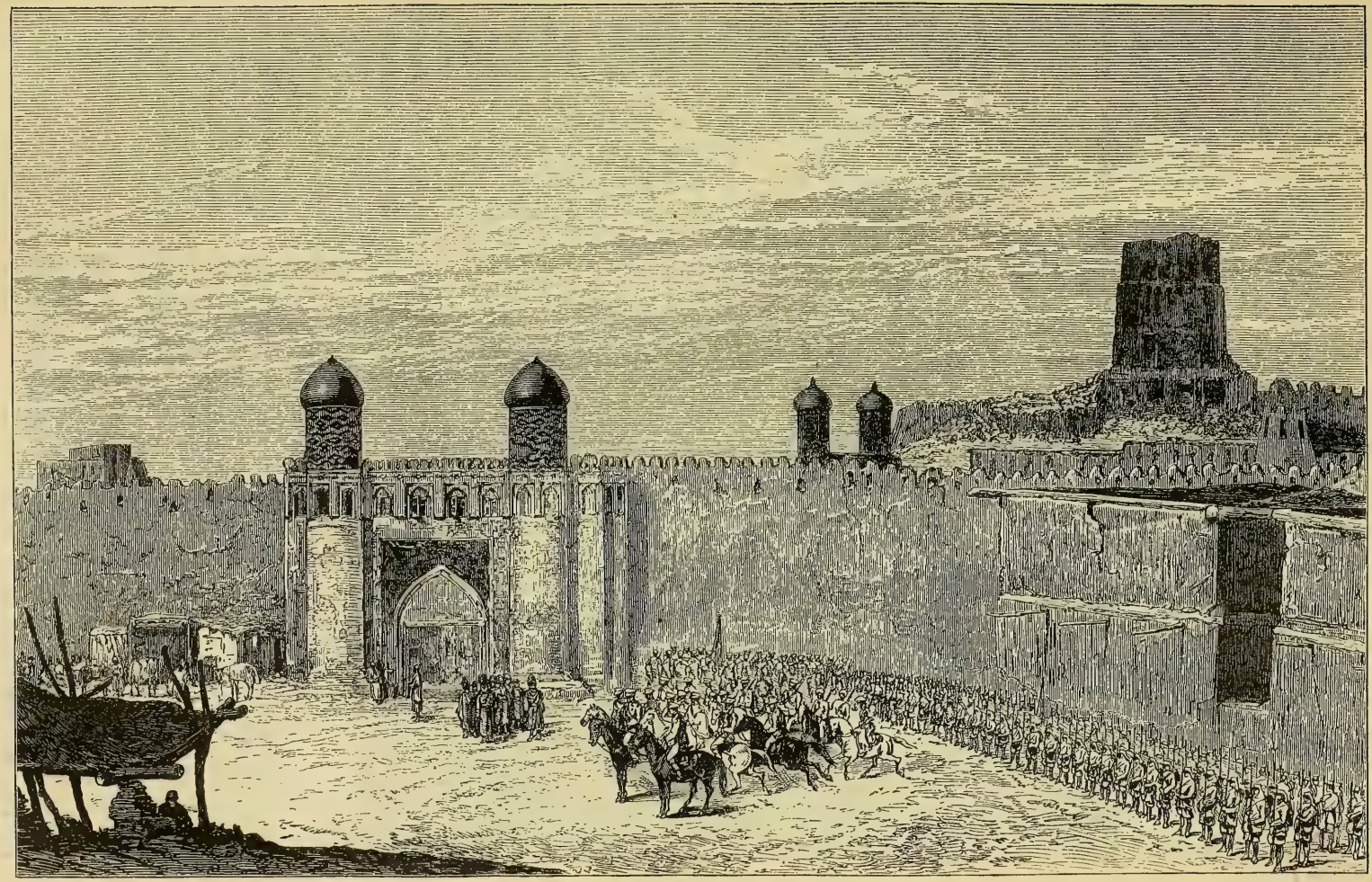
in den Aralsee, vereinigte sich am 13. Mai bei Chodschaili mit Merkosow und drang unter beständigen Kämpfen auf die Stadt Chiwa vor. Inzwischen hatte Kaufmann unter den größten Beschwerden den Amu-Darja erreicht, überschritt ihn vom 18. bis 22. Mai bei Akamysch, besetzte am 23. Mai Hasarasp und erhielt dort die ersten Nachrichten von dem glücklichen Eintreffen der beiden andern Kolonnen. Diese zwangen am 29. Mai Chiwa durch eine heftige Beschießung zur Übergabe, und am 10. Juli hielt Kaufmann seinen Einzug in die bezwungene Stadt. Der Emir Seid Mehemed Rehim, der geflüchtet war, kehrte zurück und willigte am 24. Juli in den Frieden. Er stellte sich unter die russische Oberhoheit, trat das ganze rechte Ufer des Amu-Darja ab, gestand den Russen das Alleinrecht zur Schiffahrt auf dem Strome zu, sowie die Befugnis, auch auf dem linken Ufer Landungsplätze und Faktoreien anzulegen und in ganz Chiwa Handel zu treiben, zahlte zwei Millionen Rubel Kriegskosten und versprach die Sklaverei abzuschaffen. Von jenem abgetretenen Gebiet rechts des Amu überließen die Russen den größten Teil dem Chan von Bochara zum Dank für sein freundliches Verhalten während des Krieges und behielten sich nur den Landstrich zunächst dem Aralsee vor, wo sie die Festung Petro-Alexandrowsk anlegten. Schon im nächsten Jahre 1872 dehnte General Lomakin die russische Herrschaft längs der Ostküste des Kaspisees bis an die persische Grenze aus und richtete die transkaspische Provinz ein. Als sich dann 1875 die Chokander gegen ihren russenfreundlichen Chan erhoben und ihn samt dem russischen Residenten verjagten, schlug Kaufmann den Aufstand nieder und vereinigte durch kaiserlichen Ukas vom 2. März 1876 das Chanat Chokand als Provinz Ferghana mit dem russischen Reiche. Die „zweite Parallele“ gegen Indien war so ziemlich fertig. Die Unterstützung der mohammedanischen Herrschaft Jakubbegs im chinesischen Ostturkestan durch England bot dafür keinen rechten Ersatz, zumal da die Russen schon 1871 Kuldscha besetzt hatten.

Russische Gesandtschaft in Kabul.

Für die nächsten Jahre gebot der Russisch-türkische Krieg den russischen Waffen in Mittelasien Halt; aber schon im Frühjahr 1878 schloß Schir Ali, der den letzten Rest seines Vertrauens zu England eingebüßt hatte, als dies den Bedrängnissen der Türkei unthätig zusah, ein Verteidigungsbündnis mit Rußland ab und nahm eine russische Gesandtschaft unter General Stoljetjew ehrenvoll in Kabul auf. Die gefährliche Diversion, die dadurch Rußland der britischen Politik bereitete, daß es zugleich 15 000 Mann von Samarkand nach Afghanistan, 4000 Mann gegen Merw in Bewegung setzte und den Afghanen Indien als lockendes Ziel vor Augen hielt, beschleunigte den Abschluß des Londoner Memorandums im Mai 1878 (s. S. 459).

Englischer Feldzug gegen Afghanistan.

Sobald aber der Berliner Vertrag abgeschlossen war, nahm Lord Beaconsfield den Kampf um Afghanistan damit auf, daß er die Zulassung einer britischen Gesandtschaft in Kabul verlangte. Da Schir Ali diese ablehnte, begann England von Indien her im November 1878 den Krieg. In drei Heersäulen gingen 41000 Mann mit 144 Geschützen gegen Afghanistan vor. Stewart marschierte durch den Bolanpaß über Ketta (Quetta) auf Kandahar, Browne von Pischauer aus durch den Chaiberpaß auf Kabul, nach demselben Ziele der Oberbefehlshaber General Roberts durch den Kurumpaß. Da der harte Winter den Russen jede Unterstützung Schir Alis unmöglich machte, so flüchtete dieser nach dem russischen Turkestan, Roberts aber besetzte schon am 22. November Kurum, am 2. Dezember den Paiwarpaß, Browne am 20. Dezember 1878 Dschellalabad, Stewart erreichte im Januar 1879 Kandahar. Nachdem Schir Ali am 21. Februar in Masar i Scheri einem qualvollen Leiden erlegen war, wurde in Kabul sein Sohn Jakub Chan zum Emir ausgerufen. Dieser kam am 8. Mai ins englische Lager bei Gandamak zwischen Kabul und Dschellalabad und schloß am 26. Mai mit dem Major Cavagnari den vielerörterten Frieden von Gandamak. Er gewährte eine britische Residentschaft in Kabul und die freie Einfuhr britischer Waren, versprach keinen Verkehr mit fremden Mächten zu unterhalten, einen Telegraphen zwischen Kabul und Kurum legen zu lassen, und trat Kurum, Sibi, Pischim und den Chaiberpaß, die sogenannte „wissenschaftliche Grenze“ an England ab, wofür er eine britische Rente empfing. Nachdem der Vizekönig von Indien, Lord Lytton, den



183. Die Übergabe von Chiwa am 29. Mai 1873.

Vertrag am 30. Mai unterzeichnet hatte, traten die englischen Truppen den Rückweg an und Major Cavagnari hielt am 24. Juli 1879 als britischer Resident seinen Einzug in Kabul.

Erhebung in Afghanistan.

Doch in England und Indien triumphierte man zu früh, denn man hatte nicht mit dem nationalen und religiösen Fanatismus der Afghanen gerechnet. Schon am 3. September wurde die britische Gesandtschaft von meuterischen Truppen und Volkshaufen angegriffen und Cavagnari mit den meisten seiner Begleiter nach tapferer Gegenwehr erschlagen. Auf der Stelle folgte allerdings die Rache. Roberts, der noch im Kurumthale stand, rückte bereits am 24. September wieder in Afghanistan ein, wo sich Jakub Chan sofort in seinem Lager einstellte, besetzte nach heftigen Gefechten am 9. Oktober Kabul und ließ hier fünf Hauptschuldige ohne Ansehen der Person aufknüpfen. Dann räumte er die Stadt und schlug Lager bei Scherpur, mußte es aber am 23. Dezember gegen einen stürmischen Angriff der Afghanen verteidigen und schon am nächsten Tage Kabul zum zweitenmal besetzen. Nunmehr nahm Roberts, indem er Jakub Chan, dessen Mitschuld sich herausgestellt hatte, als Gefangenen nach Indien schickte, die Leitung der Verwaltung Afghanistans selbst in die Hand und ließ am 22. Juli 1880 Abdurrahman Chan, der in Balch erhoben worden war, auf einem großen Durbar (Versammlung) der afghanischen Fürsten als Emir anerkennen gegen Erneuerung des Friedens von Gandamak mit Ausnahme der Bestimmungen über die Zulassung einer stehenden britischen Gesandtschaft.

184. Afghanen.
Nach einer Photographie.

Bürgerkrieg in Afghanistan.

Wiederum hatte man sich verrechnet, denn im ganzen mittleren Afghanistan und in den nordöstlichen Grenzgebirgen war Ejub Chan anerkannt worden, ein Enkel Dost Mohammeds und ein ebenso energischer wie fähiger Mann. Schon am 24. Juli erschien er ganz überraschend mit 12000 Mann am Hilmend, drängte den General Burrow, der bei Girischk mit nur 5000 Mann Engländern und Afghanen stand, auf Kandahar zurück und brachte ihm am 26. Juli bei Mainwand eine schwere Niederlage bei. Um Kandahar, das General Primrose verteidigte, entbrannte nun ein hartnäckiger Kampf. Am 18. August wies Ejub, der am 11. vor der Festung erschienen war, einen großen Ausfall blutig zurück. Inzwischen war aber Roberts schon am 7. August in Eilmärschen von Kabul aufgebrochen, hatte unterwegs alles, was an Verstärkungen verfügbar war, an sich gezogen und erschien, nachdem er 512 km in 27 Tagen auf schlechten und schwierigen Wegen zurückgelegt hatte, am 2. September im Angesicht von Kandahar. Sein glänzender Sieg am 3. September befreite die

185 Ansicht von Kabul.

Festung, aber Ejub entkam mit der Reiterei und allen ihm treuen Stammesfürsten nach Herat, wo er sofort daran ging, sein Heer zu organisieren. Trotzdem befahl Gladstone, der soeben wieder ans Ruder gelangt war, gegen alle militärischen Autoritäten, in der friedensseligen Kurzsichtigkeit, die die englischen Liberalen in der großen Politik zu beweisen pflegten, entsprechend der Abstimmung des Unterhauses am 25. März 1881, die sofortige Räumung Afghanistans, weil er die Kosten der Behauptung scheute (1 bis $1^1/_2$ Millionen Pfd. Sterl.). Kurz nachher erneuerte Ejub den Kampf. Zum Glück für die Engländer blieb jedoch Abdurrahman am 22. September 1881 bei Kandahar siegreich, eroberte nach einem zweiten Siege auch Herat und zwang Ejub zur Flucht nach Persien, worauf er nun in ganz Afghanistan als Herrscher anerkannt wurde.

Unterwerfung der Tekinzen.

Während dieser Kämpfe um Afghanistan hatten die Russen Turkestan vollends bemeistert. Die schwere Niederlage, die General Lomakin am 9. September 1879 gegen die Teketurkmenen bei Geok-Tepe, im Norden des Atrekflusses erlitt, hatte ihn zum Rückzuge hinter den Atrek gezwungen und die Tekinzen zu Raubzügen bis an den Kaspisee ermutigt. Gerade dies aber trieb die Russen zum thatkräftigsten Vorgehen. Von Bami aus, wohin die Eisenbahn von Krasnowodsk in Eile geführt worden war, rückte am 12. Dezember 1880 General Skobelew mit 8000 Mann und 58 Geschützen gegen Geok-Tepe, die Hauptfestung der Tekinzen vor, erreichte sie schon zwei Tage später und begann die förmliche Belagerung des Platzes, wo 30—40000 Menschen Zuflucht gefunden hatten. Nach hartnäckiger Verteidigung wurde Geok-Tepe am 24. Januar 1881 erstürmt und dabei erbarmungslos alles niedergemetzelt, was den Russen vor die Klinge kam. Im April unterwarf sich der Rest des Stammes, sein Gebiet wurde am 24. Mai zur transkaspischen Provinz geschlagen und kurz danach durch Vertrag vom 21. Dezember 1882 die Grenze gegen Persien am nördlichen Ufer des Atrek etwas weiter nach Süden vorgeschoben.

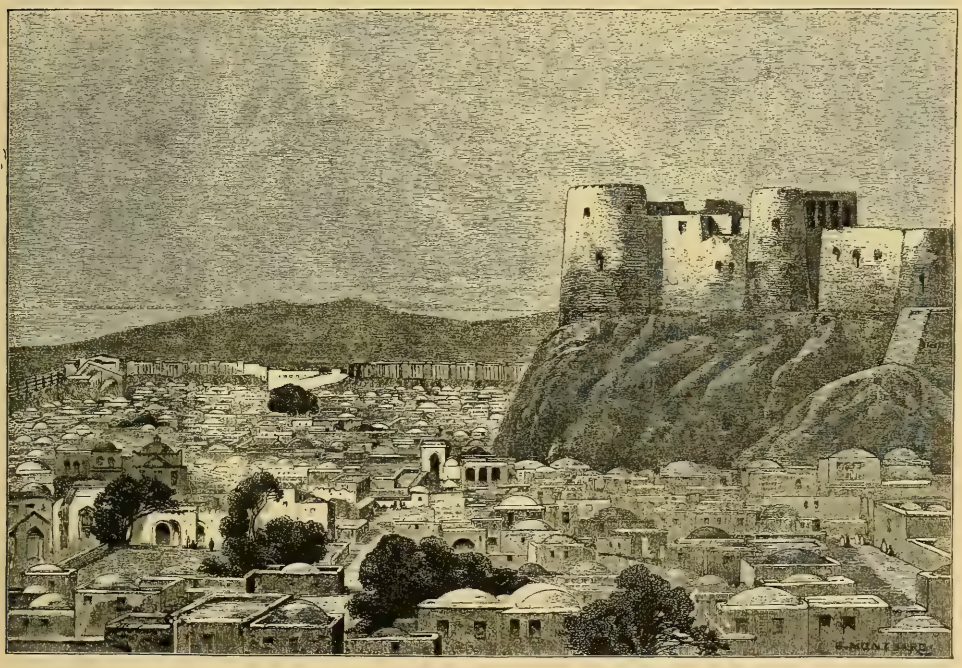
Erwerbung von Merw.

Doch damit war es noch keineswegs genug. Wenig über ein Jahr später unterwarfen sich am 12. Februar (31. Januar) 1884 auch die Turkmenen der wichtigen Oase Merw, eine der ältesten Städte der Welt, wo alle Straßen zusammenlaufen, die von Süden nach Turkestan führen, der russischen Herrschaft, vier Chane und 24 Älteste mit 280000 Menschen in 40000 Zelten; im April besetzten die Russen Serachs, südwestlich von Merw, an der persischen Grenze. Beunruhigt durch dies Vorgehen knüpfte England langwierige Verhandlungen über eine neue Grenzregulierung mit Rußland an und brachte es am 16. März 1885 zu einem Abkommen, daß die russischen und afghanischen Truppen, die einander im Gelände des oberen Murghab und des Kuschk gegenüberstanden, dort, wo sie waren, stehen bleiben sollten. Als trotzdem General Komarow am 30. März die Afghanen angriff und zurückwarf, entstand in England große Aufregung, und Gladstone forderte einen Kredit von 11 Millionen Pfd. Sterl. der auch am 27. April vom Unterhause bewilligt wurde; schließlich aber regelte eine englisch-russische Kommission die Grenze im wesentlichen nach den Wünschen Rußlands, denn sie sprach den Afghanen den wichtigen Sulfikarpaß an der Straße von Serachs über den Paropamisus nach Herat und Meruschak am oberen Murghab zu, den Russen aber das bestrittene Pendschdeh am Murghab, das Komarow demgemäß am 13. Februar 1886 besetzte. Von da aus stand ihnen die Straße nach Herat, zehn Tagemärsche weit, offen, die „dritte Parallele“ gegen Indien war begonnen, und englische Offiziere berechneten bereits, daß die Russen binnen drei Monaten 95000 Mann nach Herat bringen könnten. Diese Zeit mußte sich noch wesentlich verkürzen, seitdem die transkaspische Eisenbahn am 14. Juli 1886 bis Merw eröffnet war und von da drei Heerstraßen nach der afghanischen Grenze gebaut wurden. Schon am 28. Juli 1887 trat Afghanistan das fruchtbare Gebiet in dem Winkel zwischen dem Kuschk und Murghab an Rußland ab. Am andern, östlichen Flügel der Grenze aber, auf der öden Hochsteppe des Pamir, des „Daches der Welt“, erschien im August 1891 eine russische „Forschungsexpedition“ von 600 Mann, und am 12. Juli 1893 schlug Oberst Janow die ihm entgegentretenden Afghanen bei Somatasch am Joschykkul. Seitdem

trennt nur noch eine Strecke von wenigen hundert Kilometern die russischen Vorposten von der Nordwestecke Ostindiens. Den Emir von Afghanistan aber trieben diese rastlosen Fortschritte der Russen ganz in die Arme Englands, so daß er im Oktober 1893 eine britische Gesandtschaft in Kabul aufnahm. Herat wurde von britischen Ingenieuren befestigt, und die Eisenbahnen nach Ketta und Pischim sicherten die rasche Verbindung mit Kandahar. Auch in Persien suchte England dem russischen Einfluß ein Gegengewicht zu bieten, indem es 1888 die Öffnung des Karunflusses in Chusistan für seine Schiffahrt durchsetzte und eine Reihe von Konzessionen für Bergwerke und Straßenbauten sowie die Einrichtung einer Bank in Teheran (1889) erlangte.

Charakter der russischen Herrschaft in Turkestan.

Die russische Herrschaft in Turkestan war dadurch freilich nicht zu erschüttern. Wo sie einmal feststand, ist sie niemals wieder in Frage gestellt worden. Denn mit kluger Milde lassen die Russen jedem Stamme seine hergebrachten Einrichtungen, dem



186. Ansicht von Herat.

Islam seine volle Freiheit und begnügen sich mit einer leichten, den Verhältnissen angepaßten Besteuerung und mit ihrer militärischen Überlegenheit, ohne jemals für sich die Stellung des herrschenden Volkes zu beanspruchen wie die Engländer. Selbst den entthronten Fürsten ist ein reiches Einkommen und eine bevorzugte Stellung verblieben, und die glänzende asiatische Garde des Kaisers bringt fortwährend junge vornehme Asiaten in persönliche Beziehungen zu dem allmächtigen „weißen Zaren“ an der Newa, dessen Unterthanen die Russen ebensogut sind wie die Eingeborenen. Aber in allen größeren Städten bilden sich russische Viertel, russische Dampfer befahren den Aralsee und die beiden in ihn sich ergießenden Ströme, die transkaspische Eisenbahn führt jetzt bereits durch Sandwüsten und Oasen bis Bochara und Samarkand. So fühlen diese lange so unbändigen Türkenstämme nicht den Druck, sondern die Wohlthaten einer ebenso einsichtigen als festen Herrschaft, die allen Frieden und Gedeihen sichert, und die Russen bedürfen für das ganze weitausgedehnte Gouvernement Turkestan, das Deutschland an Größe weit übertrifft, nur 45000 Mann.

Indien Kaiserreich.

Dem gegenüber waren die Engländer in der Sicherung und Ausgestaltung ihres indischen Reichs, ihres kostbarsten Besitzes, natürlich nicht müßig gewesen. Eine längere Reise des Thronfolgers, des Prinzen von Wales, durch ganz Indien 1875/76 bereitete einen entscheidenden Schritt im Sinne von Disraelis Imperial Policy vor. Am 28. April 1876 ließ er die Königin Victoria zur Kaiserin von Indien (Kaisar-i-Hind) proklamieren, faßte also die mannigfaltigen Länder vom Himalaya bis zum Kap Komorin, zum erstenmal in der Geschichte, zu einer politischen Einheit unter einem stolzen Titel zusammen. In einer glänzenden Versammlung aller Fürsten und Würdenträger der Halbinsel wurde am 1. Januar 1877 zu Delhi, der alten Hauptstadt der Mongolenherrscher, das Kaiserreich Indien feierlich verkündet und der Orden der indischen Krone gestiftet. Als Stellvertreter der Kaiserin führte der Generalgouverneur fortan den Titel Vizekönig. Außer gelegentlichen Fehden mit unruhigen Gebirgsstämmen blieb Indien während dieser ganzen Zeit von Kriegsgefahr verschont.

Eroberung von Ober-Birma.

Eine Erweiterung erfuhr der britische Besitz einerseits im Westen durch die Erwerbung der „wissenschaftlichen Grenze" gegenüber Afghanistan, anderseits im Osten durch die Eroberung des Reiches Birma, von dem der südliche Teil bereits seit 1852 englisch war (s. oben S. 103). Dort regierte seit 1878 König Thiba, ein grausamer, launenhafter Despot, der sein ganzes Volk in willkürlicher Sklaverei hielt und gegen seine nächste Umgebung fortwährend mit Tod, Kerker und Martern wütete. Umsonst drang der britische Resident in Mandalay auf ein vernünftiges Regiment, er mußte im Oktober 1879 die birmanische Hauptstadt verlassen. Eine birmanische Gesandtschaft, die dann 1880 den Vizekönig in Simla aufsuchen wollte, wurde schon an der Grenze zurückgewiesen, weil man ihre Vorschläge als ungenügend befand. Als dann zu Ende desselben Jahres birmanische Truppen an der Grenze erschienen, um Ersatz für die Schädigungen zu fordern, die von den bewaffneten Banden eines nach Ostindien entkommenen Anverwandten Thibas, des Prinzen Nyungyan, dem birmanischen Gebiete zugefügt worden seien, begegneten sie kühler Ablehnung. Allmählich mehrten sich aber die inneren Schwierigkeiten in Birma. Die Truppen, die 1881 die unbotmäßigen Schanstaaten im Osten unterwerfen sollten, gingen zu den Feinden über und ließen sich von ihnen Land anweisen, weil sie der heimischen Sklaverei müde waren, und die finanzielle Not nahm zu. So bequemte sich Thiba, von einer reformfreundlichen Partei unter seinen höheren Beamten gedrängt, endlich zu großen Zugeständnissen an England, indem er im April 1882 eine Gesandtschaft an den Vizekönig schickte. Die königlichen Handelsmonopole wurden aufgehoben, der Verkehr auf dem Irawaddi freigegeben und ein britischer Resident wieder in Mandalay zugelassen, der auch für die beabsichtigten Reformen gute Ratschläge geben sollte. Bald aber gab es Streitigkeiten mit der britisch-birmanischen Handelsgesellschaft, der König ließ ihr Eigentum in Birma mit Beschlag belegen, und wies ein englisches Ultimatum vom 17. Oktober 1885 zurück. Der Abschluß eines Vertrages mit Frankreich im Januar desselben Jahres beschleunigte noch das Vorgehen Englands. Noch im November überschritt General Prendergast die birmanische Grenze, besetzte am 17. November nach heftigem Kampfe Minla am Irawaddi, am 28. November ohne Gegenwehr Mandalay. Der König ergab sich und wurde in Ostindien interniert, Ober-Birma aber vom 1. Januar 1886 unter englische Verwaltung genommen, im März vom Vizekönig Lord Dufferin dem indobritischen Reiche einverleibt, ein Zuwachs, der den Engländern eine beherrschende Stellung auch auf der hinterindischen Halbinsel und an der Grenze des eigentlichen China sicherte. Ein gefährlicher Aufstand im Jahre 1887, das Werk eines Thronprätendenten, verdrängte allerdings die Engländer vorübergehend aus Mandalay, das dabei teilweise in Flammen aufging, aber im November wurde der General Roberts der Bewegung Herr.

Englische Politik in Ostindien.

Währenddem waren die Briten eifrig darauf bedacht, ihr indisches Reich weiter auszubauen. Die Armee freilich blieb immer noch weitaus zu klein für den ungeheuren Umfang des Kaisertums und genügte eigentlich nur, ähnlich wie das römische Heer

der ersten christlichen Jahrhunderte, für den inneren Sicherheitsdienst und für die Grenzbewachung, nicht für einen Krieg im großen Stile, denn es zählte 1885 nur 61000 Mann englischer und 140000 Mann einheimischer Truppen, so daß für einen Krieg an der besonders wichtigen Westgrenze höchstens 50000 Mann ohne Reserven zur Verfügung standen. Die Bildung von Freiwilligenkorps aus Europäern und Eurasiern nach englischem Muster (nominell 25000 Mann) hatte nur für den inneren Dienst Bedeutung. Das Eisenbahnnetz wurde so vergrößert, daß es im Jahre 1896 im ganzen 32000 km umfaßte, aber das will für das riesige Land nicht so gar viel sagen, umfaßt doch jetzt (1897) das preußisch-hessische Staatsbahnnetz allein über 30000 km. Sehr viel geschah verhältnismäßig für den Unterricht. Neben den drei „Universitäten" (s. oben S. 84) gab es 1885 82 ganz englisch eingerichtete Colleges und zahlreiche

187. Die birmanische Gesandtschaft in Kalkutta (1882).

höhere Schulen; dagegen kam das Volksschulwesen begreiflicherweise nicht über die Anfänge hinaus, denn was wollen 112000 Schulen mit etwa $2^3/_4$ Millionen Zöglingen bei einer Bevölkerung von weit über 200 Millionen bedeuten! Immerhin genügte das Geleistete, um in manchen Schichten der einheimischen Bevölkerung ein gewisses Maß von europäischen Ideen und ein lebhaftes Bildungsstreben zu verbreiten. Dies zeigte sich namentlich in der Entstehung und dem raschen Wachstum einer einheimischen Presse, die 1880 bereits 230 Blätter in 18 verschiedenen Sprachen, freilich nur mit einer Gesamtauflage von 130000 Exemplaren besaß, 1894 aber 547. Die wohlmeinenden Bemühungen des Vizekönigs Lord Ripon (1880—84), die Eingeborenen in ausgedehnterem Maße zur Selbstverwaltung der Städte heranzuziehen, erregten im wesentlichen nur viel weiter gehende Wünsche in indischen Kreisen und führten, da sich diese nicht erfüllten, seit 1885 zu den alljährlich abgehaltenen Hindukongressen, die oft eine ziemlich oppositionelle Haltung zeigen.

Folgen der engl. Fremdherrschaft für Indien.

So wohlthätig nun die englische Herrschaft im allgemeinen wirkte, indem sie einem ungeheuren Gebiete eine feste Ordnung und einen in der indischen Geschichte unerhörten Friedenszustand sicherte, so traten doch die unvermeidlichen Konsequenzen der indischen

Zustände und einer Fremdherrschaft wie dieser im Laufe der letzten Jahrzehnte immer stärker hervor. Während die Bevölkerung in dem unmittelbar britischen Gebiete allein 1872—91 von 186 auf 221 Millionen wuchs, blieb die Kulturfläche dieselbe, und der Nahrungsspielraum verengerte sich um so mehr, als 94 Prozent der Bewohner lediglich vom Landbau lebten. Umgekehrt wuchsen die Steuern fortwährend, so daß sie sich 1884—85 auf 38 Millionen Pfd. Sterl. bei einem Gesamtwert der Produktion von 300 Millionen Pfd. Sterl., also auf $^1/_8$ des Jahreseinkommens beliefen. Und dabei versetzt jede Mißernte, die unfehlbar eintritt, wenn der Regen nicht zu der erwarteten Zeit fällt, Millionen in Hungersnot, die 1877 in einem Gebiete von 58 Millionen Einwohnern wütete und 5 Millionen Menschenleben wegraffte. Noch 1896 wiederholte sich diese Erscheinung in der furchtbarsten Weise. Die Gründe zu dieser Überlastung einer im ganzen sehr armen Bevölkerung liegen zum größten Teile doch eben in der Fremdherrschaft. Die Kosten des unter allen Umständen unentbehrlichen Heeres sind dabei nicht einmal die Hauptsache; schlimmer wirkt die Verschuldung, die durch die Abwälzung schwerer Kriegslasten des britischen Weltreiches (der Truppensendung nach Malta 1878, der Kämpfe in Afghanistan seit 1878, in Ägypten 1882, in Birma 1885/86) auf die indische Staatskasse, und durch die Anleihen für Kulturzwecke, namentlich für Eisenbahnbauten (1858—85 sind 150 Millionen Pfd. Sterl. englisches Kapital dort angelegt) herbeigeführt worden ist. Da diese Staatsschuld zu $^9/_{10}$ in England untergebracht ist, so kommt sie einer ungeheuren Besteuerung Indiens zu gunsten Englands gleich. Dazu gesellen sich die hohen Gehalte und Pensionen für englische Beamte und Offiziere (1884/85 jährlich etwa 20 Millionen Pfd. Sterl.), die auch großenteils außer Landes verzehrt werden, endlich der Gewinn englischer Unternehmer, denn der Handelsumsatz bezifferte sich 1882/83 auf $133^1/_2$ Mill. Pfd. Sterl., von denen über 75 Millionen auf England kamen, und Indien ist, obwohl auch hier Fabrikanlagen entstanden sind, doch der Hauptmarkt für die englische Baumwollenindustrie geblieben. Höchst nachteilig wirkte endlich für ein Land mit Silberwährung das allgemeine Sinken des Silberpreises. Wenn sich aus dem allen der ungeheure Wert des indischen Besitzes für das Mutterland ergibt, so steht doch England ganz ähnlich zu seinem indischen Reiche, wie einst das antike Rom und Italien zu dem griechischen Osten, den es ebenfalls nicht kolonisierte, sondern nur beherrschte und ausbeutete. Trotz alledem hat es wohl nur im Falle einer schweren Niederlage etwa gegen Rußland eine Erhebung in Indien zu befürchten; eine solche aber würde, falls sie gelänge, nur zu einer furchtbaren Anarchie oder zu einer neuen Fremdherrschaft führen, denn, wie die Dinge liegen, hat Indien kaum eine andre Wahl, als die zwischen diesen beiden Übeln.

Niederländisch-Indien.

Wesentlich älter als der englische ist der niederländische Kolonialbesitz im tropischen Asien, der unter seinen beinahe 1900000 qkm mit etwa $31^1/_2$ Millionen Einwohnern vor allem das schönste und fruchtbarste aller asiatischen Länder, die herrliche Insel Java mit weitaus dem größten Teile jener Bevölkerung (24 Millionen) umfaßt. Seit der Aufhebung der holländisch-ostindischen Kompanie 1798 war diese Inselwelt ebenso unmittelbarer Besitz der Krone geworden, wie das britische Ostindien 1858, und ein Generalgouverneur, den der König auf fünf Jahre ernennt, steht mit dem „Rate von Indien" an der Spitze. Nur Java und Madura waren ganz direkt unter niederländische „Residenten" getreten, während in den sogenannten „Außenbesitzungen (Buitenbezittingen)" außerhalb jener beiden Gebiete neben den Provinzen auch zahlreiche Vasallenfürstentümer („Regentschaften") bestehen geblieben sind. Auf das eigentümliche innere Leben dieser zum Teil altkultivierten Malaienstämme haben die Niederländer niemals viel Einfluß geübt, weniger als die namentlich in den Hafenstädten schon seit Jahrhunderten angesiedelten, ihnen näher stehenden Chinesen. Da die Europäer, deren man im ganzen nur 58000 zählt, in diesen tropischen Ländern nur herrschen und erwerben können und wollen, so hatte die niederländische Verwaltung von Anfang an ihr Augenmerk vor allem auf die wirtschaftliche Ausnutzung dieser meist unendlich fruchtbaren Inselande gerichtet. An Stelle des älteren Verfahrens führte der Generalgouverneur Graf Johannes van den Bosche (1830—33) das sogenannte Kultur-

system ein, nach dem der Staat alle nicht in Privat- oder Gemeindebesitz befindlichen Ländereien ausnutzte, indem er sie durch fest besoldete Frondienste der Bevölkerung bestellen ließ und ihre Erträge durch Vermittelung der 1824 gegründeten privilegierten Niederländischen Handelsgesellschaft in Holland veräußerte. Der Überschuß belief sich auf Java in guten Jahren auf 40—60 Millionen Gulden. Die Einführung des Chinarindenbaums 1854 steigerte noch die Bedeutung der tropischen Kulturen, doch wurde das „Kultursystem", da sich manche Übelstände herausgestellt hatten, durch das Gesetz vom 21. Juli 1870 auf den Kaffeebaum beschränkt. Nach Ausdehnung ihres Besitzes strebten die Niederländer, während sie das Innere Borneos den wilden Dajaks überließen, im wesentlichen nur auf Sumatra, da sich das ansehnliche Sultanat Atschin (Atjeh) auf der Nordwestspitze ihrer Oberherrschaft noch entzog. Allein die erste Expedition im April 1873 mißlang völlig, und auch der tüchtige General van Swieten, der mit einer ansehnlichen Macht im Dezember landete, erreichte zwar in unaufhörlichen, überaus hartnäckigen Kämpfen mit den tapferen Malaien die befestigte Residenz, den Kraton, und nahm ihn am 24. Januar 1874 mit Sturm, aber er vermochte weder das Innere noch die Ostküste vollständig zu bezwingen. Ein bedeutender Erfolg war noch die Eroberung von Lohong am 30. April 1875, und endlich wurde das Land 1880 als Provinz Atjeh organisiert. Da jedoch diese bürgerliche Verwaltung mit den Eingeborenen nicht fertig werden konnte, so wurde 1884 Atschin wieder unter einen Militärgouverneur gestellt und ein Teil des Landes sogar geräumt. Neue Kämpfe beendete 1896 General Vetter siegreich, nachdem er schon auf der Insel Lombok 1894 nach anfänglichem Mißgeschick den widerspenstigen Sultan gezüchtigt hatte. Vor Kriegen mit den Nachbarn hat die friedliche Politik des Mutterlandes das niederländische Indien geschützt.

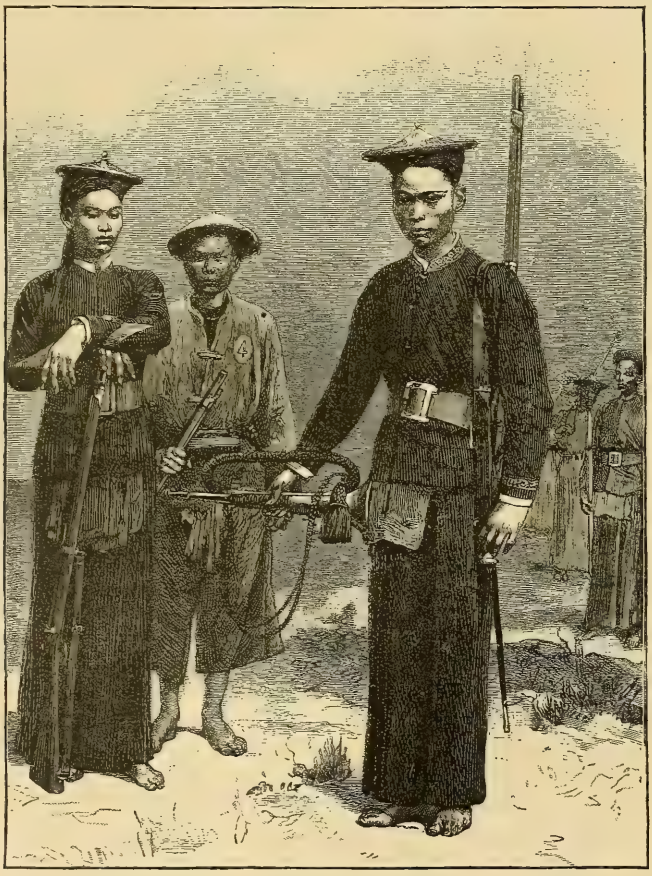
Erweiterung des französisch-indischen Reiches.

Neben diesen beiden alten Kolonialmächten begannen nun auch die Franzosen sich in Hinterindien weiter auszubreiten, von den Grundlagen aus, die das vielverlästerte zweite Kaiserreich hier gelegt hatte (s. S. 104). Die nächste Veranlassung dazu bot ein Konflikt, in den die Annamiten mit China bei der Niederwerfung des mohammedanischen Aufstandes in Jünnan (s. S. 481) geraten waren, da sie den Chinesen die Zufuhr von Waffen und Munition auf dem Roten Flusse durch Tongking verweigert hatten. Diesen Wasserweg hatte nämlich ein unternehmender französischer Kaufmann, Dupuis, erschlossen. Auf jene Weigerung Annams hin veranlaßte er in Paris 1873 die Entsendung einer kleinen französischen Expedition nach Tongking. Von dieser besetzte auf Befehl des Admirals Dupré der blutjunge Marineleutnant Garnier mit zwei Kanonenbooten und 175 Mann Hanoi, die Hauptstadt Tongkings und das ganze flache, heiße und feuchte Delta des Roten Flusses (Songka), wo er kühn die Verwaltung unter französischem Protektorat organisierte. Mit den feigen Annamiten allein wäre er fertig geworden, allein aus Yünnan kamen diesen die sogenannten Schwarzflaggen zu Hilfe, chinesische Freibeuter, Reste der Taipings, die nach der Beendigung dieses Aufstandes 1865 (s. oben S. 96) nach Yünnan übergetreten waren und sich dann in Tongking festsetzten. Sie griffen 1874 die Citadelle von Hanoi an, und als Garnier bei einem Ausfalle umgekommen war, räumten die Franzosen ganz Tongking und begnügten sich mit einem lockeren Protektorat über Annam (15. März 1874). Da erklärte nun aber der chinesische Abgeordnete Marquis Tseng 1882 in Paris, China erkenne diesen Vertrag nicht an. Trotzdem besetzten die Franzosen unter dem Kapitän Rivière am 2. April 1883 Hanoi und das Delta des Roten Flusses zum zweitenmal, erlitten jedoch am 19. April gegen die Schwarzflaggen eine empfindliche Niederlage, bei der Rivière mit 30 Toten und 55 Verwundeten auf dem Platze blieb. Jetzt mußte Frankreich nachdrücklicher auftreten. Mit einem starken Geschwader nahm Admiral Courbet die Forts, die den Zugang zur annamitischen Landeshauptstadt Huë verteidigten, und erzwang am 25. August 1883 einen Vertrag, der das französische Protektorat über Annam und Tongking erneuerte, jene Forts französischen Besatzungen übergab und die Zollverwaltung an Frankreich überließ. Durch diesen Widerspruch gegen seinen erklärten Willen schwer gereizt, sandte China Truppen nach Tongking und nahm, wie es scheint,

die tapferen Schwarzflaggen in seinen Sold. Ein hartnäckiger Kampf entspann sich. Die Franzosen, zu Anfang 1884 durch ein Landungskorps von 16000 Mann unter Millot verstärkt, eroberten einen festen Platz des Deltas nach dem andern, so daß der Vizekönig Li mit dem französischen Bevollmächtigten Fournier am 11. Mai in Tientsin einen Vertrag abschloß, der Tongking den Franzosen überließ. Ein neuer Vertrag mit Annam vom 6. Juni stellte Annam unter einen französischen Residenten und räumte die Hauptstadt Huë einer französischen Besatzung ein.

Konflikt und Friede mit China.

Aber bei der Ausführung dieses Vertrages kam es zwischen den vorrückenden Franzosen und den Chinesen am 23. Juni bei Bac Leh zum Kampf, in dem die Franzosen geschlagen wurden. Da die chinesische Regierung dafür keine Genugthuung geben wollte, so drang Admiral Courbet in den Minfluß ein, zerstörte am 23. August ein Geschwader von 22 Schiffen, am nächsten Tage das Arsenal von Futscheu. Zugleich wurde Kelung an der Nordspitze von Formosa besetzt, zu Anfang des Jahres 1885 auch die Fischerinseln (Pescadores, Ponghu) weggenommen und der Golf von Petschili blockiert, während auch in Tongking der Kampf wieder aufgenommen wurde und hier die Chinesen nach blutigen Kämpfen mit der französischen Hauptmacht seit Januar 1885 im März sogar die wichtige Grenzstadt Langson wegnahmen. Aber die chinesische Regierung scheute vor einer Fortsetzung des Krieges mit Frankreich zurück und willigte am 4. April 1885 in den Vorfrieden von Paris, am 9. Juni in den endgültigen Frieden von Tientsin, der das französische Protektorat über ganz Annam und Tongking anerkannte. Die Schwarzflaggen konnten erst im Mai 1886 ganz niedergeworfen werden. Freilich erkaufte Frankreich diesen Erfolg und die Einrichtung seiner Schutzherrschaft (bis 1889) mit 334 Mill. Frank und dem Leben von 9000 Menschen, und das Ministerium Jules Ferry bezahlte ihn im März 1885 mit seinem Sturze (s. unten). Ihre endgültige Grenze erhielt die französische Herrschaft über Tongking durch die Erwerbung des siamesischen Gebiets am rechten Ufer des Mekong im Juli 1893, wo sie nunmehr mit dem indisch-britischen Reiche zusammenstieß. Die Franzosen faßten ihren hinterindischen Besitz durch das Dekret vom 17. Oktober 1887 zur Kolonie Indochina zusammen, derer Oberleitung der Generalgouverneur mit dem hohen Rate von Indochina in Saigon führt.



188. Tongkinesische und annamitische Hilfstruppen der Franzosen.

Die ostasiatischen Mächte.

Die mohammedanische Erhebung in Yünnan.

Dem Andrängen der europäischen Kultur setzte China nach wie vor einen überaus zähen Widerstand entgegen, mit nicht geringerer Ausdauer aber kämpfte es gefährliche innere Bewegungen nieder, die einzelne Teile des Reiches abzureißen drohten. Die bedenklichsten gingen von den Mohammedanern aus. Noch während des Taipingaufstandes hatten sich 1857 in den Hochgebirgen der südwestlichen Grenzprovinz Yünnan die mohammedanischen Einwohner, der Abkunft nach echte Chinesen, gegen die Willkürherrschaft der kaiserlichen Beamten erhoben und unter der Führung eines Schriftgelehrten Tuwensiu im April desselben Jahres die zweite Hauptstadt des Landes Talifu erobert. Da die Regierung damals mit den Taipings vollauf beschäftigt war, so gelang es den Aufständischen, unterstützt von flüchtigen Taipings, allmählich sich die ganze Provinz zu unterwerfen und 1868 auch die Hauptstadt Yünnanfu zu nehmen. Als König Suleiman regierte nunmehr Tuwensiu das Reich Panthai, einen Staat von vier Millionen Einwohnern, von Talifu aus. Erst 1872 wurde Talifu von den chinesischen Truppen wiedererobert und bis 1875 der ganze Aufstand niedergeschlagen.

Das Reich Jakub Begs in Ostturkestan.

Ohne Zusammenhang mit diesem brach im äußersten Nordwesten des ungeheuren Reichs, wo sich die chinesische Herrschaft nur auf Besatzungen und Militärkolonien stützte, unter den ebenfalls mohammedanischen, aber türkisch-tatarischen Dunganen 1861 eine Empörung los. Unter blutigen Greueln eroberten sie die Provinz Kansu, dann ergriff die Bewegung auch die Bevölkerung des Thianschangebirges, wo Urumtschi 1863 den Rebellen in die Hände fiel, und als sich ihnen 1864 auch ein Teil von Ostturkestan anschloß, eroberten sie Kuldscha, Aksu und sogar Jarkand. Inzwischen griff aber ein tapferer Abenteurer aus Chokand, Jakub Beg, der sich früher gegen die Russen ausgezeichnet hatte, mindestens mit Zulassung seines Chans, in den Kampf ein, eroberte 1864 Kaschgar, 1864/65 Jarkand, drängte die Dunganen wieder über den Thianschan zurück und dehnte sein Reich allmählich über ganz Ostturkestan (die hohe Tatarei, chinesisch Thian Schan Nanlu), westlich bis zum Bolor-Dagh aus, indem er der Form nach die Oberhoheit des Chans von Chokand anerkannte. Seine Verwaltung war fest und verständig. Er setzte die furchtbar drückenden chinesischen Steuern (25 Prozent des Einkommens) auf ein Fünftel herab, gab Zollfreiheit im Innern, sorgte für Brücken, Wege und Kanäle, hielt auf strenge Rechtspflege und ließ seine Truppen, 10—15000 Mann, von englisch-indischen und afghanischen Offizieren möglichst nach europäischem Muster ausbilden. Als aber nun die Dunganen 1872 durch die Eroberung der westlichen Mongolei mit Koldo und Uljassutai immer weiter nach Osten vordrangen, raffte sich die chinesische Regierung auf und sandte ein Heer von 40000 Mann gegen die Rebellen. Dies nahm ihre Hauptstadt Sinning unter greulichen Metzeleien, eroberte 1873 ganz Kansu wieder und dämpfte bis 1878 den Aufstand völlig. Zu statten kam dabei den Chinesen die Ermordung Jakub Begs am 31. Mai 1877. Die Verwirrung, die darauf in Ostturkestan ausbrach, benützend eroberten sie noch im Dezember desselben Jahres Jarkand und Kaschgar und stellten bis 1879 auch hier ihre Herrschaft vollständig wieder her. Durch einen Vertrag mit Rußland 1881 gewannen sie 1882 sogar Kuldscha zurück, nachdem eine Zeitlang ein bewaffneter Zusammenstoß beider Reiche gedroht hatte.

Reformbestrebungen in China und Konflikte mit den europäischen Mächten.

Die zähe Kraft der Chinesen, die sich in diesen Kämpfen bewährte, setzten sie auch den europäischen Mächten entgegen. An Männern, die wenigstens die äußeren Vorzüge der europäischen Kultur zu würdigen wußten, fehlte es ihnen keineswegs. Prinz Tschun, der Vater des jungen Kaisers Tsaithien (geb. 1871), der 1875 seinem früh verstorbenen Vetter Tungtschi gefolgt war, der Marquis Tseng und vor allem Li Hung Tschang, der Vizekönig erst von Hupe und Hunan, dann von Petschili, waren bis zu einem gewissen Grade zu abendländischen Reformen geneigt, im übrigen aber viel zu sehr von dem unermeßlichen Stolze ihres alten Kulturvolks durchdrungen, um den Fremden im Reiche der Mitte jemals wirkliche Gleichberechtigung zuzugestehen,

und in der That auch machtlos gegen den nationalen Geist, die tiefgewurzelte Sitte und die Herrschaft des landschaftlichen Cliquenwesens (s. oben S. 89). Immer und immer wieder vergriff sich der Pöbel der großen Städte an christlichen Missionaren und ihren Gemeindemitgliedern, und wenn auch die Großmächte immer wieder Genugthuung erzwangen, der fremdenfeindliche Geist, wie er sich später in einem neuen Geheimbunde, dem Kalao, verkörperte, spottete ihrer Kriegsschiffe und Geschütze. Nur Schritt für Schritt ließ sich die chinesische Regierung zu einzelnen Zugeständnissen herbei. Seit dem Ausgange der siebziger Jahre beglaubigte sie stehende Gesandtschaften in Europa und Nordamerika, sie erkannte 1885 das französische Protektorat über Annam und Tongking, 1886 die englische Herrschaft über Oberbirma an und versprach, einen päpstlichen Nuntius in Peking zuzulassen, während der Schutz der römisch-katholischen Missionen an die Vertreter der Großmächte überging, denen sie angehörten, statt wie bisher ein Vorrecht Frankreichs zu sein. Nach unendlichen Mühen gelang es endlich den Botschaftern in Peking, die Zusicherung eines alljährlichen Empfanges beim Kaiser durchzusetzen, der zum erstenmal am 3. Mai 1891 vor sich ging. Während der Handelsverkehr in den 19 geöffneten Häfen des Reichs alljährlich zunahm, wobei England in erster, Deutschland in zweiter Reihe stand, auch einzelne Telegraphenlinien gelegt wurden, widersetzten sich noch mehr religiöse als konservative Bedenken dem Bau von Eisenbahnen, weil ein solcher ohne die Beseitigung bewohnter Gebäude und von Gräbern so gut wie unmöglich wäre. Daher bestanden noch 1890 nur einige kurze Strecken von zusammen 200 km Länge.

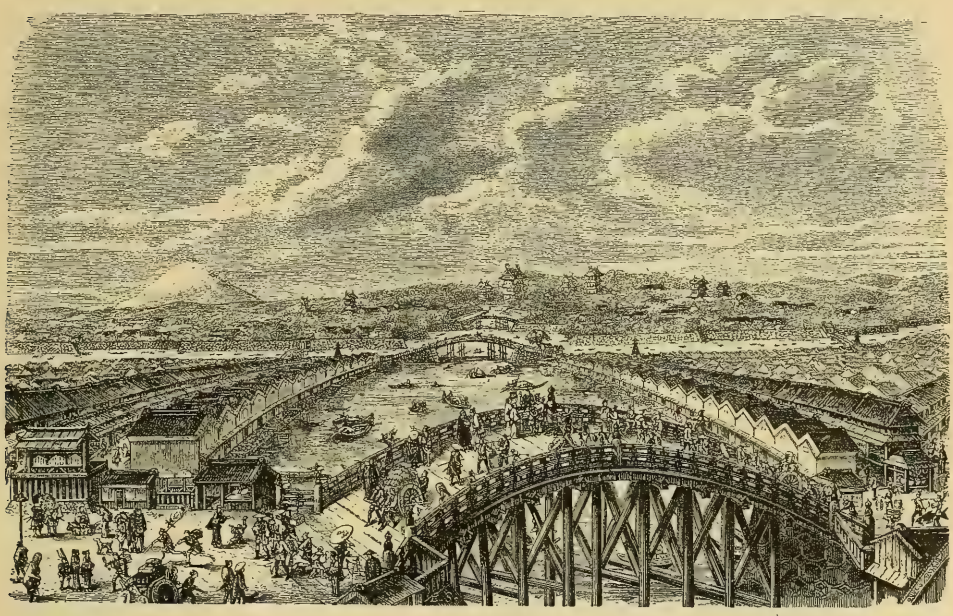
189. Li Hung Tschang, Vizekönig von Petschili.

Die militärischen Reformen hingen völlig von dem guten oder schlechten Willen der Vizekönige ab. Das Bedeutendste in dieser Beziehung leistete Li Hung Tschang in Petschili mit Unterstützung europäischer, namentlich deutscher und englischer Offiziere. Er errichtete ein geworbenes Heer von 40000 Mann aus den sehr kräftigen und ausdauernden Nordchinesen, das nach europäischer Weise eingeübt und bewaffnet wurde, legte an dem Eingange des Golfes von Petschili die beiden Kriegshäfen Port Arthur und Weiheiwei an und bildete das Nordgeschwader aus Panzerschiffen, die meist in Deutschland gebaut und mit Hilfe europäischer Seeleute geführt wurden. Aber den passiven Widerstand seiner Landsleute und den bösartigen Haß der Cliquen in Heer Flotte vermochte er nicht zu überwinden, und im Kriege gegen Japan haben seine Chinesen ihre Probe im ganzen schlecht bestanden.

Der Mikado und die Samurai.

Denn Japan war seit dem Sturze des Shogunats 1868 (s. S. 161) rüstig in die Bahnen abendländischer Entwickelung eingelenkt, allerdings nicht ohne heftige innere Kämpfe, in denen der politische Meuchelmord geradezu zu einer festen politischen Institution wurde. Denn die Sieger, also im wesentlichen die kriegerische Kaste der Samurai, waren in ihrem Nationalstolze den Fremden an sich keineswegs günstig

gesinnt, es mehrten sich also die Anfälle auf diese, von denen sich einer sogar gegen den britischen Gesandten Sir Harry Parkes, einen der kundigsten und fähigsten europäisch-asiatischen Diplomaten richtete, und die Verfolgungen der einheimischen Christen wurden schärfer, ohne daß die Regierung ihnen zu steuern vermocht hätte. Auch das erste (beratende) Parlament im April 1869, das wesentlich aus Samurai bestand, zeigte eine hochkonservative Gesinnung, und das zweite mußte im Juni 1870 aufgelöst werden, da es sich in völlig unpraktische Debatten verlor. Im Ministerium aber bekämpften sich die Angehörigen der einzelnen Clans mit altjapanischer Eifersucht. Endlich führte der kluge und energische Mikado einen entscheidenden Schlag. Er berief die Daimios nach Tokio und verfügte durch ein Edikt vom 29. August 1871 die Aufhebung der Clans und die Verwandlung ihrer Gebiete in kaiserliche Provinzen. Die bisherigen Bezüge der Samurai sollten abgelöst werden. An die Spitze des Reichs trat ein Staatsrat (Sei in) mit einer beratenden Versammlung, deren Mitglieder der



190. Ansicht von Tokio (im Hintergrunde der Fusi-Yama).

Kaiser ernannte. Damit war zunächst eine thatsächlich unumschränkte Monarchie an Stelle des alten Lehnsstaats getreten. Um nun die ausländischen Zustände näher kennen zu lernen, wurde im Dezember 1871 eine große Mission nach Europa und Nordamerika geschickt, und offen bekannte sich der Minister Ito zu dem Programm: Annahme aller vorteilhaften fremden Einrichtungen und enger Anschluß an die zivilisierten Nationen, daher aber auch Revision der Verträge, vor allem Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit für die Fremden, die den stolzen Japanern als eine Schmach erschien. Allein das Ministerium spaltete sich, da sich die Befriedigung der Samurai als sehr schwierig erwies und die Mission, die im September 1873 heimkehrte, die Revision der Verträge gegen den einmütigen Willen der fremden Mächte nicht hatte durchsetzen können. Auch das neugebildete Kabinett war den Fremden wenig günstig. Denn im Inneren schwoll die Opposition gegen die Europäisierung Japans wieder an. Im Januar 1874 wurde der Premierminister Iwakura meuchlerisch angefallen, auf Kiushiu brach ein Aufstand des Clans Hizen los, der mit Mühe unterdrückt wurde, und die unzufriedenen, beschäftigungslosen Samurai verlangten einen Krieg gegen China. Ihrer unruhigen Thatenlust nachgebend sandte die Regierung 1874 wenigstens ein Geschwader nach Formosa, wo die Mannschaft einiger japanischer

Schiffe von den Eingeborenen erschlagen worden war, und erzwang von China eine reichliche Entschädigung. Anderseits schloß sie im Mai 1876 einen Freundschaftsvertrag mit Korea, der den japanischen Kaufleuten die drei Häfen Söul, Fusan und Gensan öffnete und eine japanische Gesandtschaft zuließ, und verwandelte den bisherigen Vasallenstaat auf den Liukiuinseln in eine japanische Provinz. Dagegen empfand man die Abtretung des nördlichen Teils der Insel Sachalin an Rußland 1875, obwohl dagegen die Kurilen eingetauscht wurden, als einen Rückzug Japans. Jedenfalls folgte eine abermalige Erhebung der Samurai im Oktober 1876 auf Kiushiu, im Januar 1877 in Satsuma, wo der Abgott aller südlichen Samurai, Saigo Takamori, an der Spitze stand. Erst nach siebenmonatigen Kämpfen, die die Regierung 150 Mill. Mark und 17 000 Mann an Toten und Verwundeten, die Aufständischen 18 000 Mann kosteten, gelang es die Empörung zu dämpfen; Saigo war gefallen. Wie wenig freilich die Besiegten versöhnt waren, zeigte die Ermordung des Staatsrats Okubo am 14. Mai 1878, der zu den entschiedensten Gegnern Saigos gehört hatte.

Zunehmende Europäisierung.

Trotz dieser inneren Kämpfe hatte die Regierung eine Reihe abendländischer Einrichtungen angenommen. Im Jahre 1871 führte sie das amerikanische Münzsystem ein, das den Yen dem Dollar gleich setzte, 1872 die allgemeine Wehrpflicht nach deutschem Vorbilde, der bald die allgemeine Schulpflicht folgte, vom 1. Januar 1873 an sogar den Gregorianischen Kalender. Post und Telegraphenwesen übernahm der Staat, die Eisenbahnen (zuerst die Linie Jokohama-Tokio 1872) bauten überwiegend Privatgesellschaften. Die Niederlassung der Fremden regelte zuerst der Vertrag von Kobe, das kluge Werk von Sir Henry Parkes, und endlich fielen 1876 auch alle Beschränkungen, die bisher den Christen auferlegt worden waren, so daß sich seitdem das Christentum rasch ausbreitet.

Die japanische Verfassung.

Nun aber stellte es sich doch mehr und mehr heraus, daß der Absolutismus mit dieser Entfesselung der Volkskraft und dem starken Selbstbewußtsein der Samurai unverträglich war. Daher versprach der Kaiser 1881 eine Verfassung und beauftragte mit der Ausarbeitung seinen Minister Ito, der deshalb 1882/83 eine zweite Reise nach Europa unternahm. Am 11. Februar 1889 wurde sie verkündigt. Indem sie die preußische Verfassung zu Grunde legte, stellte sie nebeneinander ein Herrenhaus, das aus den kaiserlichen Prinzen und den Mitgliedern oder den Vertretern des Adels besteht, und ein Abgeordnetenhaus, zu dem 300 Mitglieder durch direkte Wahlen, aber nach einem niedrigen Zensus entsendet werden. Dem Kaiser verblieb die Verfügung über die Organisation und Friedensstärke des Heeres und der Flotte, die beide vollkommen europäische Gestalt annahmen, über die Einrichtung der Verwaltung und die Gehalte der Beamten; auch blieb die Einwirkung des Parlaments auf die Feststellung des Staatshaushalts ziemlich beschränkt. Am 25. November 1890 wurde das erste japanische Parlament eröffnet. Ob unter diesen modernen Formen Japan einen sicheren inneren Frieden finden wird, steht dahin, denn die Bedeutung und die Nebenbuhlerschaft der Clans ist trotz ihrer Aufhebung noch keineswegs verschwunden; aber im ganzen hat die neue politische und militärische Organisation des merkwürdigen „Landes der aufgehenden Sonne", deren Abbild seine rotweiße Strahlenflagge jetzt trägt, im Kriege gegen China 1894 ihre Feuerprobe glänzend bestanden.

Die Teilung Afrikas.

Afrika und die europäischen Völker.

Wenn in Asien zwei große Mächte ihre Selbständigkeit behaupteten, weil sie auf einem geschlossenen Volkstum und einer uralten Kultur beruhten, so öffnete sich in derselben Zeit Afrika, obwohl sein Inneres eben erst der wissenschaftlichen Kenntnis erschlossen wurde, doch mit Ausnahme einiger weniger entlegenen Gebiete der europäischen Zivilisation und Herrschaft, weil hier die eingeborenen Völker nirgends eine dieser nur einigermaßen ebenbürtige Kultur besaßen. Doch ist das Verhältnis der Europäer zu den verschiedenen Teilen Afrikas ganz verschieden. Der vom Islam seit mehr als einem Jahrtausend unterworfene Norden fügte sich bis auf einzelne Teile

191. Ansicht von Chartum vor der Einnahme durch den Mahdi.

der direkten und indirekten Herrschaft europäischer Mächte, so daß der zerrissene Zusammenhang der Mittelmeerländer wiederhergestellt wurde, nahm aber nur mehr äußerliche Elemente abendländischer Zivilisation auf, ohne sein Wesen aufzugeben, dessen Gegensatz zur abendländischen Kultur vielmehr fortdauert. Die tropische Mittelzone des Erdteils fiel fast vollständig den europäischen Nationen zu und verwandelt sich allmählich durch die Arbeit einheimischer Kräfte unter europäischer Leitung in eine Gruppe von Pflanzungskolonien. Der gemäßigte Süden wird zu einem großen Auswanderungs- und Ansiedelungsgebiet germanischer Völker und hat in einzelnen seiner Teile schon die politische Selbständigkeit errungen.

Ägypten. Ein höherer Kultureinfluß auf den Nordosten Afrikas, das Nilland im weitesten Sinne, ging von Ägypten aus, das ja selbst schon seit längerer Zeit unter dem Einflusse europäischer, namentlich französischer Gesittung stand (s. oben S. 21 u. Bd. IX, S. 365 f.). Schon der Gründer der neuen ägyptischen Dynastie, Mehemed Ali (gest. 1848) hatte 1820—22 Nubien erobert und am Zusammenfluß des Weißen und Blauen Nils Chartum gegründet. Von seinen Nachfolgern drang Ismael noch tiefer in den Sudan ein, ein weites nach Süden langsam ansteigendes Flachland, im Norden von Arabern, im Süden von Negern in buntem Gemisch bewohnt, die längs des Nils Ackerbau, im übrigen meist Viehzucht treiben. Seine Truppen eroberten seit 1860 Sennâar am Blauen Nil, dann das Land der Schillukneger am Weißen Nil, endlich Kordofan, und als der Sultan von Darfur hier einbrach, auch Darfur, das zu Ende des Jahres 1874 mit Ägypten vereinigt wurde. Von hier nahmen die Ägypter 1876 das ganze Land am Oberlaufe des Weißen Nils bis an den Mwutan Nsige (Albertsee) in Besitz. Gleichzeitig besetzten sie an der Ostseite des inselgleich aus weiten Ebenen aufragenden abessinischen Hochlandes Massaua, und der von ihnen eingesetzte Generalgouverneur Werner Munzinger, ein geborener Schweizer, beherrschte 1872 das ganze Binnenland nordwärts bis Sauakin, landeinwärts bis Kassala und Berber (am oberen Nil unterhalb der Einmündung des Atbara) und trug sich mit den kühnsten Plänen gegen Abessinien.

Zustände in Abessinien. Die dortigen Zustände schienen ihn zu begünstigen. Das abessinische Alpenland, eine christliche Insel inmitten mohammedanischer und heidnischer Länder, war deshalb jahrhundertelang von aller Verbindung mit der christlichen Kulturwelt abgeschnitten, daher in der Gesittung wie in seiner Religionsentwickelung völlig verwildert, hielt aber trotz der starken Unterschiede seiner Landschaften (Tigre, Amhara, Godscham, Schoa) und trotz des Gegensatzes zwischen der semitisch-äthiopischen Bevölkerung der Hauptmasse des Landes und dem beweglichen Mischvolke der Galla im Süden und Südosten wenigstens an der Idee einer kirchlichen Einheit unter dem Abuna und einer politischen unter dem von diesem gekrönten Negus Negest, dem „König der Könige", dem „Kaiser von Äthiopien" fest. Freilich war dies Kaisertum in den letzten Jahrzehnten seit 1831 selten eine Wahrheit, und die eigentlichen Herren des Landes blieben in der Regel die Könige der einzelnen Landschaften. Aber trotz der mangelhaften Organisation bildeten die zähen, bedürfnislosen, tapferen Abessinier auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht für den Kriegsfall gewaltige Heere und wurden in ihrem unwegsamen Hochlande fast allen ihren Feinden furchtbar.

Kaiser Theodor II. Aus langer Verwirrung und Zerrüttung erhob sich nun Abessinien wieder zu Macht und Einheit unter der Führung eines begabten, kraftvollen und ehrgeizigen Despoten, Kaiser Theodors II.

Zum Hauptmann einer der zahlreichen Räuberbanden, die seit alters Abessinien brandschatzten, hatte sich um die Mitte des Jahrhunderts Kasa emporgeschwungen. Als Sohn des früheren Statthalters Hailu 1818 in Scherhie an der Westgrenze geboren, war er in dem Kloster von Tschankar bei Gondar zum Geistlichen erzogen worden, dann aber geflüchtet. Er vergrößerte die Zahl seiner wilden Gesellen so sehr, daß es ihm 1852 gelang, den Fürsten Guschu von Godscham in der Nähe des Tanasees zu besiegen und sich des Fürstentums zu bemächtigen. Nun kehrte er seine Waffen gegen den Oberherrn von Godscham, den König (Ras) Ali von Schoa, der zugleich

die Landschaft Amhara als Statthalter des Schattenkaisers zu Gondar verwaltete. Auch Ras Ali erlag ihm 1853. Jetzt hinderte ihn nur noch Ubie, der mächtige Statthalter von Tigre, sich selbst zum Kaiser zu machen. Nachdem er auch diesen im Februar 1855 bei Deraski besiegt hatte, ließ er sich durch den Abuna Salama, den er durch Versprechungen und Drohungen für sich gewonnen hatte, in Debr-Eki zum Kaiser von Abessinien krönen und nahm den Namen Theodoros II. an. Noch im Sommer unterwarf er sich auch das Reich Schoa. Mit Energie ging er jetzt an die Hebung des Landes, rottete das Räuberwesen aus, verbesserte die Rechtspflege, brach das Übergewicht der Geistlichkeit durch Einziehung ihres ungeheuren Grundbesitzes. Hauptsächlich aber richtete er sein Augenmerk auf die Reorganisation des Heeres; denn das große Ziel, das ihm vorschwebte, war die Vernichtung der Herrschaft des Islam in Ägypten.

192. Kaiser Theodor von Abessinien.

Konflikt mit England.

Er hielt dafür, daß die christlichen Mächte Europas sich zu diesem Zwecke bereitwillig mit ihm verbünden würden. Im Herbste 1862 sandte er daher den Franzosen Bardel mit einem Bündnisantrage an Napoleon; allein dieser ließ durch Drouin de L'Huys höflich ablehnend antworten. Mit dem gleichen Auftrage schickte er den englischen Konsul Cameron an die Königin Victoria, indem er mit dem Bündnisse zugleich ihr seine Hand antrug. Ohne Verständnis für die Naivität dieser Zumutung geriet Theodor in den höchsten Zorn, als die Königin ihn überhaupt keiner Antwort würdigte. Er ließ Cameron, nachdem er den französischen Konsul aus dem Lande gewiesen hatte, ins Gefängnis werfen und zugleich eine Anzahl christlicher Missionare, von denen er sich in Europa verleumdet glaubte, verhaften. Auf der Bergfestung Magdala im äußersten Südwesten von Amhara interniert, wurden die Gefangenen mit Ketten belastet und auf das härteste behandelt. Jetzt sandte England die versäumte Antwort durch Hormuzd Rassam an den Erzürnten ab. Allein dieser hielt auch Rassam fest und wollte die Gefangenen nur frei geben, wenn man ihm eine Anzahl geschickter Handwerker und Techniker aus Europa sendete. Da blieb denn England nichts anderes übrig, als mit Gewalt die Freilassung der Gefangenen ins Werk zu setzen.

Schon seit Jahren hatte der Reformator Abessiniens sich in einen halb wahnsinnigen Despoten umgewandelt, dessen Grausamkeiten und Erpressungen das ganze Land zur Empörung reizten. Die fortwährenden Kämpfe mit den Aufständischen hatten allmählich sein Heer bis auf 7000 Mann herabgebracht, mit denen er 1866 ein festes Lager bei Debra-Tabor bezog. Allein der Aufstand des Landvolks nötigte ihn im Winter 1867—68, sich langsam von dort nach der Feste Magdala zurückzuziehen, um sich hier mit den letzten Trümmern seiner Macht gegen den Haß des ganzen Landes zu behaupten, wie gegen den neuen Feind, der schon seinen Fuß auf die abessinische Küste gesetzt hatte.

Feldzug der Engländer; Theodors Ende.

Im September 1867 hatte die Einschiffung der englisch-indischen Armee in Bombay begonnen. Sie landete bei dem ägyptischen Hafen Zeila gegenüber Aden und rückte zu Anfang des Dezember aus dem flachen heißen Küstenstriche durch den Paß von Komagli in das afrikanische Alpenland ein. Ihre Stärke betrug 16000 Mann aller Waffengattungen; die Geschütze wurden von 45 Elefanten getragen. Unter den größten Schwierigkeiten waren 520 km bis nach Magdala zurückzulegen; aber die Einwohner waren allerorten willig, gegen Bezahlung Dienste beim Transport zu leisten und Lebensmittel zu liefern. Endlich am 9. April 1868 erreichte der Vortrab, 3500 Mann stark, das Thal des Beschilo, jenseit dessen sich in drei Gipfeln der Felsenberg von Magdala erhob. Am folgenden Tage, dem Karfreitage, befahl der Oberbefehlshaber Sir Robert Napier den Angriff. 1500 Mann stiegen in den tiefen Grund des Thales hinab; da stürzten ihnen 5000 Abessinier, mit Luntenflinten bewaffnet, und 1000 Speerwerfer von der Festung her entgegen. Aber die weittragenden Snydergewehre und die Armstrongkanonen der Engländer richteten ein so fürchterliches Blutbad unter den dichten Scharen der Angreifer an, daß sie sich zurückziehen mußten. Die Niederlage raubte dem Kaiser Theodoros allen Mut zum Widerstande; er ließ Napier Versöhnung anbieten und schickte auf dessen Verlangen nicht bloß die sämtlichen Gefangenen, sondern auch alle Europäer, die er in seinen Diensten hatte, in das englische Lager. Nachdem somit die Europäer in Sicherheit gebracht waren, ordnete Napier am 13. April einen allgemeinen Sturm auf die Festung an. Die Engländer fanden kaum Widerstand: nur 11 Mann der Sturmkolonne wurden verwundet. Als sie eindrangen, fanden sie in der Nähe des Thores die Leiche des Kaisers; er hatte sich durch einen Pistolenschuß selbst getötet, um den Zusammensturz seiner Macht nicht zu überleben.

Die Engländer begnügten sich damit, die Festung zu schleifen. Dann traten sie unverzüglich den Rückmarsch an; schon im Juni hatten alle sich wieder eingeschifft. Auf eine dauernde Besetzung des Landes hatten sie es nicht abgesehen. Es war genug, daß der Respekt vor dem Namen Englands im Orient wiederhergestellt war, und das war mit den 8 Millionen Pfd. Sterling (160 Mill. Mark), welche die Expedition gekostet hatte, nicht zu teuer bezahlt.

Kaiser Johannes

Mit dem Tode Theodors war das abessinische Kaisertum vorläufig zu Ende. Bald aber fand er einen Nachfolger in Kasa, dem Sprößling einer alten Adelsfamilie, die sich ihrer Abstammung von Salomo rühmte. Als Gouverneur von Adua hatte er sich 1867 gegen seinen Herrn, den Fürsten Gobase von Tigre, empört und sich an seine Stelle gesetzt. Da er 1868 die Engländer unterstützte, so erhielt er bei deren Abzug eine Menge Waffen und Munition, die ihn in den Stand setzte, seine Macht weiter auszubreiten. Am 14. Juli 1871 schlug er mit seinen wohlbewaffneten 12000 Mann die fünffache Übermacht des Fürsten Gobasieh von Amhara vor seiner Hauptstadt Adua aufs Haupt und ließ seinen Gegner, der in seine Hände gefallen war, blenden und auf der Bergfeste Aba Salama einkerkern. Darauf krönte ihn der Abuna Athanasius am 21. Januar 1872 in Axum, der alten Kaiserstadt, unter dem Namen Johannes zum Negus Negesti von Äthiopien. Nur Menelik von Schoa behauptete noch seine Unabhängigkeit.

Kämpfe mit Ägypten.

Kaum war das neue Kaisertum begründet, so sah es sich von der anwachsenden ägyptischen Macht bedroht. Schon im Sommer 1872 besetzte Werner Munzinger die Bogosländer, den nördlichen Ausläufer des abessinischen Hochlandes, und eifrig betrieb er

seitdem die Eroberung ganz Abessiniens für Ägypten. Im November 1875 begann der entscheidende Vorstoß von zwei Seiten her. Die eine Kolonne, die Munzinger selbst führte, ging von Tadschura (südlich von der Straße Bab el Mandeb) aus gegen den Südosten des Hochlandes vor, wo ihr Menelik von Schoa die Hand reichen sollte. Allein schon beim Vormarsch durch Aussa stieß sie auf Widerstand, und Munzinger erhielt in einem Gefecht am 14. November eine schwere Wunde, der er schon zwei Tage später erlag. Die zweite stärkere Kolonne von 30000 Mann begann den Angriff vom Norden her. Aber die Abessinier, von ihren Geistlichen zum heiligen Kriege gegen die „Türken" begeistert, schlugen am 17. und 18. November die Ägypter bei Gudda Guddi in Tigre (nördlich von Adua) vollständig, drängten sie zurück und brachten ihnen am 7. März 1876 bei Gura auf der Hochebene südlich von Asmara eine vernichtende Niederlage bei, der die Hälfte des ägyptischen Heeres mit der ganzen Ausrüstung zum Opfer fiel und der ägyptische Prinz Hassan, ein in Deutschland gebildeter Offizier, nur mit Mühe entkam. Ägypten bequemte sich nun zu einem Vertrage, in dem es die Bogosländer mit Keren behielt, aber den Abessiniern die ersehnte Verbindung mit Massaua öffnete und dem Negus jährlich 8000 Dollar zahlte. Als sich diesem auch Menelik von Schoa 1879 unterwarf, war ganz Abessinien wieder geeinigt.

194. Werner Munzinger.

Der Sudan unter ägyptischer Herrschaft.

Blieb dieser Teil des ägyptischen Eroberungsprogramms unausgeführt, so schien sich dagegen im Sudan die ägyptische Herrschaft zu befestigen. Seit 1874 schaltete dort, erst als Gouverneur der „Äquatorialprovinz", seit 1877 als Statthalter des ganzen Sudan der Engländer Charles Gordon, einer der merkwürdigsten Männer dieser reichen Zeit (geb. 28. Januar 1833).

Seinem Berufe nach Ingenieuroffizier, hatte er sich als solcher vor Sebastopol bewährt, dann aber als Führer der „immer siegreichen Armee" im chinesischen Taipingaufstande (s. oben S. 96) die Lorbeeren des Feldherrn errungen. Doch sie galten ihm wenig. Denn sein Ziel waren nicht Ruhm und Eroberungen, sondern die Beglückung der Menschheit. Naiv gläubig, fest von der göttlichen Leitung der Menschengeschicke bis ins einzelnste hinein überzeugt, ein Puritaner, in dem etwas von den gottseligen Dragonern Cromwells steckte, von eiserner Entschlossenheit und ein Mann, der die Furcht nicht kannte, für sich völlig bedürfnislos, an ein Leben von asketischer Strenge gewöhnt (er aß nie Fleisch und trank niemals Wein), am liebsten einsam träumend auf dem Rücken eines sanft schreitenden Kamels in der Wüste, gebräunt von der südlichen Sonne und auf allen Meeren geschüttelt, verkehrte er in seiner Herzensgüte und in seinem unstillbaren Drange, wohlzuthun, am liebsten mit den Niederen und Armen jedes Volks und jeder Rasse. Mit dem Islam verband ihn eine gewisse innere Verwandtschaft, denn er war ein christlicher Fatalist, und für die so oft verkannten Nubier und Neger hegte er die lebhaftesten Sympathien. So war er wie geschaffen, unter diesem Volke zu wirken, das ihn bald als seinen Vater und Retter vergötterte.

Zuerst 1874 als Gouverneur der Äquatorialprovinz nach Gondokoro am Oberlauf des Weißen Nils gesandt, gründete er mit dem Italiener Ramolo Gessi zunächst

längst des Stromes bis zum Albertsee hinauf eine Reihe von Stationen, darunter Ladó, und fuhr mit seiner Flottille bis in den gewaltigen Ukerewesee (Victoria Njansa) hinein, wo er ein Fort anlegte und mit dem christlichen König des Negerreichs Uganda, Mtesa, in Verbindung trat. Seit dem Mai 1877 regierte er von Chartum aus den ganzen Sudan, ein Gebiet von der Größe halb Europas. Unter seinem festen und menschenfreundlichen Regiment verwandelte sich Chartum in den wichtigsten Handelsplatz am oberen Nil, eine Stadt von etwa 40000 Einwohnern mit zahlreichen fremden, auch europäischen Kaufleuten, mit Konsulaten und Missionen, deren Häuser sich stattlich von der Masse der aus Schlamm und Luftziegeln erbauten Hütten der Eingeborenen abhoben (s. Abb. 191). Gordon errichtete einen ansehnlichen Palast für die Statthalterschaft, einen schönen öffentlichen Garten, ein Arsenal, eine Militärschule, sogar eine Druckerei und eine Moschee für die Mohammedaner. Doch viel mehr als dies alles lag ihm der Kampf gegen den mörderischen, länderverwüstenden Sklavenhandel am Herzen. Große, zuweilen fürstengleiche arabische Unternehmer, wie die Familie Sobehr in dem Sklavenmarkte Schekka im südöstlichen Darfur, nahmen große Scharen von Arabern und Nubiern in ihren Dienst, machten von ihren Wohnstätten aus, wie Schekka, el Fascher, Fodscha, Berber u. a. m., Raubzüge in die Negerländer, namentlich nach den Gebieten am Bahr-al-Ghasal, oder hetzten die Negerstämme zu Kriegen gegeneinander, um Sklaven zu rauben oder zu kaufen, und überspannen das ganze weite Land mit einem Netze von verpalissadierten Plätzen (Seriben), wo sie die Sklavenherden sammelten, um sie dann gefesselt in Karawanen auf die großen Märkte zu bringen und in die mohammedanischen Länder zu verkaufen, deren tief gewurzelten häuslichen Gewohnheiten ihnen schwarze Sklaven unentbehrlich machten. Im engen Zusammenhange damit stand, wie immer in Afrika, der schwunghafte Elfenbeinhandel. Beides, vor allem der Sklavenraub, verwüstete ganze Länder und entsittlichte die Sklavenjäger selbst. Da aber Gordon wußte, daß eine plötzliche Aufhebung der Sklaverei unmöglich sei, so verbot er nur die Annahme neuer Sklaven vom 1. Januar 1878 an und ging nur dem Sklavenhandel energisch zu Leibe. Gegen das seit längerer Zeit rebellische Darfur vorgehend, erreichte er über Obeid, Fodscha, Fascher mit Gessi im September 1877 Schekka, konfiszierte das riesige Vermögen der Familie Sobehr, löste ihre bewaffneten Haufen auf und ließ die Sklaven frei. Schekka wurde fast ganz zerstört, etwa 300000 Sklaven in Freiheit gesetzt und 500 Sklavenhändler flüchtig und brotlos. So herzhaft Gordon aber dies alte Übel angriff, er glaubte selbst nicht an die Dauer der ägyptischen Herrschaft im Sudan. Denn eins konnte er nicht ändern, die Habgier und Willkür der ägyptischen Beamten und Offiziere und

195. Charles Gordon.
Nach einer Photographie.

die Unbrauchbarkeit der Truppen, die größtenteils aus feigen Fellachen bestanden. Er wünschte daher den Sudannegern, die er hoch über die verkommene türkisch-arabische Gesellschaft stellte, die Aufrichtung eines selbständigen Staatswesens, und der Fall der ihm verhaßten ägyptischen Herrschaft hat er durch seine Maßregeln, ohne es zu wollen, wesentlich vorbereitet. Er verließ Afrika im Jahre 1880 wieder, unmittelbar nach der glänzenden Erledigung einer schwierigen Gesandtschaft zum Negus Johannes, dessen Volk ihm lebhafte Sympathien einflößte.

Erweiterung der Selbständigkeit Ägyptens.

Ein Reich wie dies ägyptische auf seiner damaligen Höhe, in seiner ungeheuren Ausdehnung von der öden Dünenküste des Nildeltas bis zum Ukerewesee, vom Roten Meere bis Darfur, mußte das Bedürfnis empfinden, sich mehr und mehr von der türkischen Lehnsabhängigkeit zu befreien. Auf dieser Bahn drang Ismail Pascha rüstig vor. Nach dem Tode seines alten Gegners Ali Pascha (6. September 1871, s. oben S. 441) genehmigte der Sultan im Juni 1872 eine neue Gerichtsverfassung für Ägypten auf den Vorschlag einer internationalen Kommission und gewährte dem Chedive durch einen neuen Ferman vom 8. Juni 1873 die Erbfolge nach der Erstgeburt, die erbliche Statthalterschaft von Massaua und Sauakin, die völlige Unabhängigkeit der Justiz und Verwaltung, das Recht zu Verträgen unpolitischen Inhalts, zu Anleihen, zur Münzprägung (mit dem Namenszuge des Sultans) und zur Vermehrung der Armee, deren Offiziere der Chedive bis zum Obersten ernannte und deren Fahnen die türkischen Zeichen führen sollten, das alles gegen einen Jahrestribut von 150000 Beutel (3 Mill. Mark) und Waffenhilfe im Kriegsfalle, wie sie 1877 wirklich geleistet wurde. Um den Verkehr mit den Fremden zu erleichtern, wurde die bisherige Konsulargerichtsbarkeit und die Entscheidung der Prozesse zwischen Einheimischen und Fremden 1875 einem internationalen, aus Christen und Mohammedanern gemischten Gerichtshofe übertragen. Kurz, Ägypten schien auf dem besten Wege, sich unter einer Art von europäischer Vormundschaft mehr und mehr vom Osmanenreiche abzulösen und friedlich zu europäisieren.

Zunehmende Abhängigkeit von den europäischen Mächten.

Die Finanznot, eine unvermeidliche Folge der echt orientalischen Verschwendung des Chedive, führte weiter. Ismail Pascha mußte schon im November 1875 seinen Besitz an Suezkanalaktien, 176602 Stück, um 4 Mill. Pfd. Sterl. an die englische Regierung verkaufen und damit England, dessen Flagge schon im Jahre 1872 von 1082 den Kanal benützenden Schiffen 762 trugen, den maßgebenden Einfluß auf diese wichtige Wasserstraße zugestehen. Dann mußte er sich auf das Drängen des englischen Generalzahlmeisters Cave, der die Finanzlage Ägyptens gründlich untersuchte, gefallen lassen, daß, nachdem im April 1876 die Zinsenzahlung für die Staatsschuld und die Privatschuld des Chedive auf ein Vierteljahr suspendiert worden war, eine Staatsschuldentilgungskasse mit ausländischen Kommissaren errichtet wurde und auf die Forderung der englisch-französischen Kommission 1878 den größten Teil des vizeköniglichen Grundbesitzes, fast ein Viertel des gesamten Kulturlandes, an den Staat abtreten. Endlich sah er sich gezwungen, unter Nubar Pascha, einem christlichen Armenier, ein neues Ministerium zu bilden und in dieses einen Engländer und einen Franzosen (für die Finanzen und die öffentlichen Arbeiten) aufzunehmen.

Absetzung Ismails.

Dergleichen war für einen orientalischen Fürsten allerdings unerträglich. Ismail suchte sich daher dem Zwange zu entziehen, indem er durch einen Militäraufstand in Kairo am 18. Februar 1879 Nubar Pascha zum Rücktritte zwang und durch ein Dekret vom 22. April seine Zahlungsverpflichtungen eigenmächtig herabsetzte. Allein die beiden fremden Minister traten auch in das neue Ministerium Scherif Pascha ein, und gegen jenes Dekret legten alle Großmächte, auch Deutschland am 17. Mai, im Interesse der Gläubiger Verwahrung ein. Schließlich erreichten sie beim Sultan am 26. Juni 1879 die Absetzung des Vizekönigs Ismail, der sich mit seinem Harem nach Neapel zurückzog, und die Erhebung seines Sohnes Tewfik zum Chedive (geb. 1852). Der türkische Investiturberat vom 25. Juli verbot diesem, neue Anleihen ohne Zustimmung der Pforte und der Gläubiger aufzunehmen, und beschränkte den Friedensstand des Heeres auf 18000 Mann. Das Ministerium übernahm im September

Riaz Pascha; für die Staatsschuld aber wurde im Juli 1880 eine europäische Liquidationskommission eingesetzt.

Erhebung Arabi Paschas; Beschießung von Alexandria.

Aber diese Ordnung seiner Finanzen stürzte Ägypten in schwere Wirren, brachte es endlich thatsächlich unter englische Schutzherrschaft und kostete es den Sudan. In den zahlreichen entlassenen und auf Halbsold gesetzten ägyptischen Offizieren, gegen 2500, kochte der heiße Groll gegen die herrschsüchtigen Abendländer, und es bildete sich zunächst unter ihnen eine Nationalpartei, deren Seele Arabi Bei wurde. Durch einen neuen Militäraufstand in Kairo am 8. September 1881 erzwang dieser die Entlassung des Ministeriums, dann die Berufung einer Notablenversammlung, um eine Verfassung vorzubereiten, endlich am 2. Februar 1882 die Bildung eines neuen Ministeriums unter Mahmud Barudi Pascha, in das Arabi Pascha als Kriegsminister eintrat. Damit war er thatsächlich der Herr des Landes. Als nun im Mai eine englisch-französische Flotte vor Alexandria erschien und die Forderung stellte, das neue Ministerium aufzulösen, kam es am 11. Juni in dieser halbabendländischen Hafenstadt zu einem unerwarteten Ausbruche mohammedanischer Volksleidenschaft. Über 350 Europäer wurden erschlagen, während die gewaltige Panzerflotte der Westmächte müßig zusah. Nun verstärkte Arabi Pascha die Festungswerke von Alexandria, und als die Gesandten in Konstantinopel, wie gewöhnlich fruchtlos, über ein gemeinsames Einschreiten berieten, Frankreich aber in wunderlicher Verblendung sich zurückzog, ging England mit gewohnter brutaler Energie allein vor. Am 11. und 12. Juli schoß Admiral Seymour mit den Riesengeschützen seiner Panzerschiffe die Forts von Alexandria in Trümmer und versäumte es doch, Truppen zu landen, um neuen Greueln in der Stadt Einhalt zu thun. Unter dem schweren Drucke dieser Ereignisse sagte sich der Chedive von Arabi Pascha los (23. Juli), wogegen dieser den Vizekönig am 2. August für einen Verräter erklärte, die Vollgewalt im Namen des Sultans an sich riß und den Angriff auf Alexandria ankündigte, um alle Feinde auszurotten. Bei Kafr-el-Dauar, östlich von der Stadt an der Eisenbahn nach Kairo, nahm er eine feste Stellung.

196. Lord Wolseley.
Nach einer Photographie

Die englische Okkupation.

Nunmehr blieb für England nichts übrig, als mit äußerstem Nachdruck vorzugehen. In der Nacht vom 29. zum 30. August landeten englische und indische Truppen unter Lord Wolseley unerwartet, trotz des lebhaften Protestes seines Erbauers, F. Lesseps,

197. Der Hafen von Alexandria. Nach einer Photographie

am Suezkanal bei Port Said am Mittelmeer und bei Ismailia am Timsasee, um von hier längs der Eisenbahn durch das Wadi Tumilat in das Nildelta vorzudringen. Dadurch im Rücken gefaßt, gab Arabi Pascha seine erste Stellung auf und verschanzte sich an dieser Linie bei Tel-el-Kebir da, wo die Bahn in das Fruchtland des Deltas eintritt. Hier wurde er am 23. September von den Engländern angegriffen und nach kurzem Kampfe völlig geschlagen. In Unordnung wichen seine Truppen auf Kairo zurück, wo sich Arabi den Engländern ergab. Dort sprach ihn ein Gerichtshof des Aufruhrs schuldig und verbannte ihn nach Ceylon. Damit war das Schicksal Ägyptens entschieden. Lord Dufferin, der britische Botschafter in Konstantinopel, erklärte kurzweg, das englisch-französische Kondominium habe ein Ende. Die ganze Verwaltung des Landes trat in der Weise unter englische Kontrolle, daß jedem Minister ein englischer Unterstaatssekretär (Musteschar) beigegeben wurde; das ägyptische Heer wurde von Baker Pascha unter englischen Oberoffizieren in der Stärke von etwa 10000 Mann reorganisiert und eine starke Gendarmerie aufgestellt. Außerdem blieben einige englische Regimenter im Lande. Umsonst forderte die Pforte, von Rußland und Frankreich unterstützt, die Räumung Ägyptens; auch den von England im Mai 1887 vorgeschlagenen Vertrag über die Beendigung der „Okkupation" binnen drei Jahren verwarf schließlich der Sultan, und nur die Neutralisierung des Suezkanals erreichte Frankreich durch ein Übereinkommen vom Oktober desselben Jahres. So blieben die Rotröcke in Ägypten, und im ganzen nicht zum Schaden des Landes. Die Finanzen wurden mit Hilfe einer neuen, von der fortbestehenden europäischen Kommission genehmigten Anleihe 1885 neu geordnet, das ganze Kulturland neu vermessen, die Fronarbeiten aufgehoben, neue Kanal- und Hafenanlagen gemacht, die größeren Städte, wie Alexandria und Kairo, nach europäischen Reinlichkeits- und Polizeianforderungen umgestaltet, und selbst auf die ganze Lebensanschauung der Eingeborenen begann die pünktliche, straffe, knappe Art der englischen Beamten und Soldaten rasch einen gewissen Einfluß auszuüben.

Die Franzosen in Tunis.

Wenn Frankreich seine alten Ansprüche auf das Nilland so leichtherzig preisgab und seitdem vergeblich versucht hat, sie wieder zur Geltung zu bringen, so hatte es doch seine Herrschaft von der Nordküste Afrikas von Algerien aus weiter ausgedehnt und schon 1881 ein anerkanntes Protektorat über Tunis gewonnen. Diesen Plänen standen vor allem italienische Interessen und Absichten entgegen, denn die italienische Kolonie in Tunis war ungleich bedeutender als die französische, und die italienische Regierung mußte es bei der Nähe Siziliens (die Entfernung vom Kap Bon bis Marsala beträgt in gerader Linie nur etwa 110 km) die größten Besorgnisse einflößen, wenn sich eine fremde Seemacht in den Besitz dieser altkarthagischen Küste setzte, von der Italien so oft bedroht worden war. Aber das Ministerium Ferry benutzte Raubeinfälle tunesischer Grenzstämme, der Krumirs, um im April 1881 ein Korps von 30000 Mann einrücken zu lassen. Die Krumirs wurden mit Hilfe der Flotte östlich von Tabarka eingeschlossen und zerstreuten sich nach einiger Gegenwehr, der wichtige Hafen von Biserta wurde besetzt, und der Bei Mohammed-es-Sadok wurde, als die Franzosen am 8. Mai vor seiner Hauptstadt erschienen, gezwungen, in dem sogenannten Bardovertrage vom 12. Mai alle seine Regierungsrechte den Franzosen zu übertragen und auf allen Verkehr mit andern fremden Mächten zu verzichten. Da brach im Juni 1882 ein national-religiöser Aufstand zunächst im Süden, in Sfaks und Gabes, aus. Obwohl sich die Franzosen rasch beider Städte bemächtigten, so dehnte sich der Aufstand doch nach dem Norden aus. Erst der Entfaltung bedeutender Streitkräfte, eines Heeres von 45000 Mann unter General Saussier und eines starken Geschwaders, gelang es, am 28. Oktober die heilige Stadt Kairowan (s. Bd. III, S. 247), den religiösen Mittelpunkt Nordafrikas, zu besetzen und bis Ende des Jahres 1882 den Aufstand völlig niederzuschlagen. Ein französischer Ministerresident in Tunis übernahm die Oberleitung der Regiernng; eine starke französische Besatzung blieb im Lande, während die tunesische Armee bis auf eine Leibgarde für den Bei aufgelöst wurde. Eisenbahnen setzten bald Tunis mit dem algerischen Netze in Verbindung, und das weite Seebecken

von Biserta verwandelte sich rasch in einen gewaltigen französischen Kriegshafen, das afrikanische Gegenstück zu Toulon und höchst bedrohlich für Italien. Die Wirkung dieser Ereignisse auf das Verhältnis Frankreichs einerseits zu England, durch das der französische Einfluß aus Ägypten verdrängt worden war, anderseits zu Italien, das eine langgehegte, nicht unberechtigte Hoffnung zerstört sah, konnte nicht ausbleiben.

Erhebung des Mahdi im Sudan.

Am empfindlichsten waren aber doch die Folgen für die ägyptische Machtstellung, denn diese brach im Sudan jäh zusammen. Der Araber Mohammed Achmed, ein Fakir und Derwisch aus Obeid südwestlich von Chartum, hatte schon im Juli 1881 die Fahne des Aufruhrs erhoben. Als nun der Aufstand Arabis die ägyptische Herrschaft überhaupt erschütterte und die Kunde vom Siege der „Nazarener" am unteren Nil im Sudan erscholl, da verband sich mit dem Groll der Sklavenhändler, die Gordon ihres Reichtums und ihres Erwerbs beraubt hatte, der Fanatismus des Islam, und Mohammed ließ ausbreiten, er sei der Mahdi (spr. Machdi), der von diesem für das 14. Jahrhundert nach der Hedschra verkündigte Vorläufer des Propheten, der demnächst wieder erscheinen und die Herrschaft des Islam über die ganze Welt ausdehnen werde. Zahlreiche Soldaten des aufgelösten ägyptischen Heeres und Überläufer verstärkten ihn, und der aufflammende Fanatismus führte ihm täglich neue Scharen von Streitern zu. So nahm er nach mehreren kleinen Siegen el Obeid und vernichtete ein ägyptisches Heer von 16000 Mann und 70 Geschützen, das unter Hicks und Alaeddin Pascha von Chartum aus gegen ihn vorging, am 5. November 1883 bei Kasgil südlich von Obeid vollständig. Nun fiel auch die Provinz Bahr-el-Ghasal in die Hände des Mahdi, und seine Scharen fluteten nordwärts bis Donkola am Nil, ostwärts bis ans Rote Meer, bis gegen Sauakin und Massaua. Ein englisches Korps von 4000 Mann unter Baker Pascha, das bei Sauakin landete, erlitt am 4. Februar 1884 bei El-Tib unweit der Küste gegen die äthiopischen Truppen Osman Digmas, eines früheren Sklavenhändlers, eine völlige Niederlage. Grahams schwerer Sieg bei Tamanib am 13. März warf zwar die Araber zurück, sicherte aber eben nur Sauakin.

198. Mahdi Mohammed Achmed.

Belagerung und Fall von Chartum.

Das weite Binnenland des Sudan gehorchte also dem Mahdi. Nur Chartum mit einigen andern Posten am Nil, wie Berber und die Äquatorialprovinz, die seit 1879 ein deutscher Arzt und Naturforscher, Dr. Eduard Schnitzer aus Schlesien (geb. 1840), unter dem Namen Emin Pascha als ägyptischer Gouverneur von Lado aus vortrefflich leitete, waren noch in den Händen der ägyptischen Regierung. Das natürlichste wäre nun wohl gewesen, wenn England, das den Ägyptern seinen Schutz aufgezwungen hatte, im Interesse seines Schützlings und der Zivilisation mindestens

diese Reste der Herrschaft gehalten hätte. Aber sein damaliger Leiter Gladstone wollte von der Weltpolitik Lord Beaconfields nichts wissen und dachte nur daran, die am oberen Nil abgeschnittenen Posten zu retten. Mit dieser ebenso schwierigen als peinlichen Aufgabe betraute er Gordon.

Eben im Begriff, im Auftrage König Leopolds II. von Belgien, mit dem er zu Anfang Januar 1884 in Brüssel verhandelte, nach dem Kongo zu gehen, erhielt Gordon die Aufforderung der englischen Regierung, nach London zu kommen, nahm den Auftrag: „Rescue and retire“ („Rettung und Rückzug“) sofort an und reiste noch an demselben Abend, nur von Oberst Stewart begleitet, über Calais, Marseille und Brindisi nach Alexandria ab, wo er am 24. Januar eintraf. Hier ernannte ihn der Chedive wieder zum Generalgouverneur des Sudan; Gordon aber fuhr mit der Eisenbahn den Nil aufwärts bis Assuan, von dort mit Dampfer nach Koroskо und bestieg dort am 2. Februar das Kamel, das ihn durch die Wüste nach Abu Hamed trug. Als er wieder zu Schiff am 11. Februar in Berber eintraf, illuminierte die ganze Stadt; am 18. Februar war er in Chartum. Ein Erlaß, der die Sklaverei grundsätzlich zuließ, war ihm vorausgegangen; jetzt erließ er die Steuern auf ein halbes Jahr, öffnete die Gefängnisse und befahl die Regierungsschuldbücher zu verbrennen, um allen Quälereien vorzubeugen. Zugleich ernannte er den Mahdi zum Sultan von Kordofan, um einen friedlichen Übergang zu den neuen Verhältnissen anzubahnen, was dieser freilich mit Spott zurückwies. Dann schickte er, was von Offizieren, Soldaten und Einwohnern fortwollte, etwa 3000 Menschen, den Nil hinunter, er aber wollte bleiben, um Chartum und seine Bevölkerung vor den Horden des Mahdi zu schützen, denn sie vertraute ihm blind und stellte ihm nicht nur 700 Freiwillige auf ihre Kosten, sondern schoß ihm auch große Summen zinslos vor.

Und er vertraute fest, die Stadt halten zu können. Von seinen 8—9000 Mann war allerdings nur etwa die Hälfte, Neger und Sudanesen, zuverlässig, das übrige türkisches und ägyptisches Gesindel. Aber er hatte Lebensmittel auf fünf Monate, Pulverfabriken und Schiffswerften, eine Nilflotte von 108 Fahrzeugen, von denen 11 Dampfer und 4 Panzer waren. Chartum befestigte er noch durch eine starke Ringmauer vom Blauen zum Weißen Nil, durch Werke auf der quer vorliegenden Insel Tuti und durch das weit vorgeschobene Nordfort, das er dem intelligenten, aber schließlich treulosen Neger Ferratsch anvertraute.

Schon bald nach der Ankunft Gordons hatten sich feindliche Haufen unter der grünen Fahne des Propheten auf der Straße nach Sennaar gezeigt und hatten nicht vertrieben werden können. Die Einschließung begann aber erst am 12. März mit der Wegnahme des Forts Halfijeh unterhalb der Stadt, das Gordon zwar wiedereroberte, aber als zuweit entlegen schließlich aufgab. Ein Vorstoß am Blauen Nil aufwärts am 18. März scheiterte an der Feigheit seiner Truppen, die zwei ihrer Führer des Verrats beschuldigten und lynchten. Trotzdem blieb die Verbindung mit Ägypten, also auch mit England, noch offen, nur that Gladstone trotz aller Hilfgesuche schlechterdings nichts für Gordon, bis es zu spät war, obwohl Graham in Sauakin stand (s. oben S. 495) und Chartum über Berber in 3—4 Wochen hätte erreichen können. Noch wies Gordon am 26. Mai einen allgemeinen Sturm mit Hilfe seiner Flottille glänzend ab; doch zu Anfang Juni fiel Berber unter einem schrecklichen Blutbade, das gegen 5000 Menschen kostete, und damit war der Verkehr mit Ägypten so gut wie gänzlich unterbrochen. So im Stiche gelassen und in täglichen Gefechten mit den Belagerern immer mehr geschwächt ohne Möglichkeit eines Ersatzes machte Gordon noch einen Versuch, von seinen Leuten und den Einwohnern zu retten, was zu retten war, und sandte am 10. September den Obersten Stewart mit neun Fahrzeugen den Nil hinab. Doch kehrten mehrere von diesen bei Berber, von heftigem Feuer empfangen, wieder um, der Dampfer „Abbas“ mit zwei Schleppschiffen kam zwar glücklich durch, lief aber im vierten Katarakt unterhalb Abu Hammed auf einen Felsen so unglücklich auf, daß die Mannschaft landen mußte. Hier wurde sie von den Anwohnern heimtückisch in eine Falle gelockt und bis auf wenige erschlagen.

Inzwischen war der Mahdi im Oktober selbst vor Chartum angekommen und forderte Gordon zur Übergabe auf. Dieser lehnte sie natürlich ab, doch seine Lage wurde täglich schwieriger. Omdurman, wo Ferratsch kommandierte, wurde abgeschnitten und am 5. Januar 1885 zur Übergabe gezwungen, die Truppen begannen zu murren, die Bevölkerung verlor das Vertrauen, und im Dunkeln umschlich den Helden der Verrat. Er wußte nicht, daß Gladstone sich endlich im September einen Kredit von 300 000 Pfd. Sterl. zur Rettung von Chartum hatte bewilligen lassen und daß General Wolseley mit 7000 Mann von Ägypten her vorrücke. Diesen unendlich langen Weg den Nil aufwärts schlug nämlich die Hauptkolonne ein, wobei ihr sogar kanadische Flußboote zur Überwindung der Stromschnellen des Nils nachgeführt wurden; von Sauakin aus, wohin doch die jetzt mühsam den Nil aufwärts ziehenden Truppen zu Schiff von Suez her in wenigen Tagen hätten gebracht werden können, ging nur eine schwache Seitenkolonne vor und auch diese nicht mit der notwendigen und möglichen Schnelligkeit. So vollendete sich Gordons Geschick. Am 26. Januar 1885 drangen die Belagerer gegen Morgen durch eine schwache Stelle des Walles am Weißen Nil, die ihnen vielleicht der Verrat von Ferratsch Pascha bezeichnete, in das schlafende Chartum ein und verbreiteten sich mordend unter fürchterlichem Geschrei durch die Straßen der unglücklichen Stadt. Gegen 10 000 Menschen, vor allem sämtliche Männer, wurden dabei niedergemetzelt; unter den ersten fiel auch Gordon auf der Treppe seines Palastes, ein Opfer seines menschenfreundlichen Heldenmuts.

Wenige Tage zuvor, am 21. Januar, hatte Ch. Wilson von Sauakin her mit der Spitze dieser Kolonne Metammeh am Nil etwa 200 km unterhalb von Chartum erreicht, wo er einige Dampfer Gordons vorfand. Mit diesen hätte er binnen drei Tagen vor der belagerten Stadt eintreffen können und damit hätte er wahrscheinlich Gordon gerettet; statt dessen verwandte er die nächsten Tage auf ziemlich unnütze Rekognoszierungen, brach erst am 24. Januar auf und gönnte sich stets ausgiebige Nachtruhe. Da meldete am 27. ein Kameltreiber, Chartum sei am vorhergehenden Tage gefallen. Trotzdem dampfte Wilson weiter, sah am Morgen des 28. in der Ferne das weißschimmernde Chartum und war um Mittag bei Halfijeh. Schon hier erhielten seine Schiffe heftiges Geschützfeuer, und als sie, dessen nicht achtend, weiterfuhren, sahen sie beide Ufer, die Wälle, die Forts, sogar die Dächer von Chartum mit feuernden Schützen bedeckt, und alle trugen die Uniform des Mahdi. In der bitteren Erkenntnis, zu spät gekommen zu sein, mußte die kleine Flottille mit einigen Verlusten an Toten und Verwundeten wieder umkehren. Das stolze England hatte eine furchtbare Blutschuld auf sich geladen.

199. Glaubenskreiter des Mahdi.

Bald nach der Einnahme wurde Chartum nach unsäglichen Greueln und gründlicher Plünderung von Grund aus zerstört. Der Mahdi nahm seinen Sitz im nahen Omdurman, starb aber schon am 28. Juni 1885, wahrscheinlich an einer Herzverfettung. Da die ägyptisch-englische Regierung nunmehr ihre Truppen völlig zurückzog, so breitete sein Nachfolger Abdullahi seine Herrschaft bis an die Grenze Oberägyptens bei Wadi Halfa aus.

Zerstörung Chartums.

Nur in der Äquatorialprovinz behauptete sich, völlig abgeschnitten, Emin Pascha; doch mußte er sich nilaufwärts nach Wadelai zurückziehen. Hier brachte ihm der Engländer Stanley, der im englischen Interesse vom Kongo her eine starke Expedition heranführte, im April 1888 eine zweifelhafte Hilfe, während zugleich eine deutsche Expedition unter Dr. Karl Peters von der Ostküste her vordrang, bewog ihn aber, angesichts der Übermacht des Mahdi und der meuterischen Gesinnung seiner Truppen, die solange ehrenvoll behauptete Äquatorialprovinz zu verlassen und nach Südosten abzuziehen. Dabei traf er in Mpupua auf deutsche Kolonialtruppen und erreichte am 4. Dezember 1889 die Ostküste (s. unten). So übte im ganzen Sudan der Mahdi ein despotisches Regiment, das alle Ansätze zu einer höheren Kultur zerstörte. Auch einige europäische Gefangene, Lupton, Slatin Bei, P. Ohrwalder und andere Missionare wurden mit großer Härte behandelt; erst später sind einige unter tausend Gefahren entkommen.

Emin Paschas Abzug.

Die Italiener in Abessinien.

Auch diesmal prallten die erregten Wogen der islamitischen Erhebung an der abessinischen Gebirgsfeste ab, doch der Zusammenbruch der ägyptischen Macht im Sudan führte für das Land eine völlig veränderte Lage auch im Osten herbei. Denn eine neue Kolonialmacht trat hier in die Schranken, Italien, das Land, das von allen romanischen Nationen weitaus die stärkste Auswanderung hat, also das stärkste Bedürfnis nach der Ausdehnung seines Bodens empfinden muß. Bereits im Januar 1881 hatten die Italiener, nachdem sie durch zahlreiche Reisende, wie Antinori, Kardinal Massaga, Cecchi, Bianchi, Antonelli u. a. m. längst Beziehungen zu Abessinien angeknüpft hatten, die Bai und den Küstenstrich von Assab im Gebiete der mohammedanischen Danakilstämme unweit der Straße Bab-el-Mandeb besetzte, indem sie dies kleine Gebiet von der Dampfschiffsgesellschaft Rubattino, die es schon 1870 gekauft hatte, als Kronkolonie übernahmen. Nach der Katastrophe im Sudan dehnten sie ihre Herrschaft längs der Küste weiter aus und besetzten am 8. Februar 1885 mit Zustimmung Englands auch das bis dahin ägyptische Massaua, den natürlichen Hafen Abessiniens, auf einer kleinen Felseninsel vor der heißen, trocknen, fast regenlosen Küstenebene, angesichts der gewaltig aufsteigenden Gebirgsmauer des Hochlandes. Obwohl Italien nun dem 1884 mit Ägypten abgeschlossenen Vertrage über die freie Durchfuhr von Waffen und Munition nach Abessinien beitrat, so war doch der Negus Johannes im höchsten Grade darüber verstimmt, daß ihm der Hafenplatz entgangen war, und ging daher im Januar 1887 gegen die italienische Stellung vor, ihm voraus sein treuer Häuptling Ras Alula mit 20—30000 Mann. Wenige Stunden vor Massaua, bei Dogali, griff dieser am 26. Januar die schwache italienische Vorhut, 3 Kompanien, in einem Hohlwege mit Übermacht an und brachte ihr eine vernichtende Niederlage bei, bei der 23 Offiziere und 407 Mann auf dem Platze blieben, die ganze Ausrüstung verloren ging und nur 82 Verwundete dem Gemetzel entkamen. Doch in Italien empfand man den Tag von Dogali als ein nationales Unglück und handelte entschlossen danach. Nicht weniger als 20000 Mann vereinigte General Marzano in Massaua, und vor dieser ansehnlichen Streitmacht wich der Negus, obwohl er 80000 Mann gegen sie heranführte, am 3. April 1888 ohne Schwertstreich zurück. Eine schwere Niederlage der Abessinier kam den Italienern zu statten. Als von Westen her der Mahdi seine fanatisierten Scharen gegen Abessinien sandte, ging ihnen der Negus über Gondar bis an den oberen Atbara entgegen, erlitt aber in der zweitägigen Schlacht bei Metama (Metammeh) am 8. und 9. März 1889 eine völlige Niederlage und wurde selbst so schwer verwundet, daß er wenige Tage danach starb. Sein natürlicher Nachfolger war Menelik (richtiger Menilek) von Schoa (geb. 1844), der den letzten Kämpfen unthätig zugesehen hatte. Jetzt, als die siegreichen Araber Amhara und Godscham verwüsteten, trat er hervor und wurde rasch von allen Teilfürsten als Negus anerkannt. Inzwischen hatte General Baldissera auf die

200. Negus Menelik von Abessinien.
Nach einer Photographie.

Nachricht vom Tode des Kaisers Johannes seine Kolonnen in das verhältnismäßig kühle, gesunde Hochland im Westen von Massaua vorgeschoben und im Juni Keren, im August Asmara, im September auch Adua, die Hauptstadt von Tigre, besetzt, um die Straßen von Abessinien nach dem Norden und kolonisationsfähiges Land in die Hand zu bekommen. Menelik aber verständigte sich mit Italien durch eine Gesandtschaft nach Rom und schloß am 2. Mai 1889 den Vertrag von Utschalli (Ucciali), in dem er den nördlichsten Teil Abessiniens an Italien abtrat und ganz Abessinien in der Weise unter das italienische Protektorat stellte, daß er jeden selbständigen Verkehr mit dem Auslande aufgab. Am 2. Januar 1890 wurde der ganze italienische Besitz an der Küste des Roten Meeres (in einer Gesamtlänge von 1000 km) und im abessinischen Hochlande zur Colonia Eritrea erklärt. Eine gedeihliche Entwickelung schien angebahnt. Massaua verwandelte sich rasch in eine halbitalienische Stadt, die schon 1891 gegen 10000 Einwohner zählte, und eine ganz tüchtige Wochenschrift (L'Africa italiana) besaß, eine Eisenbahn wurde bis Saati am Fuße des Hochlandes gebaut, Straßen und Telegraphenlinien auch dort angelegt, eingeborene Truppen neben der italienischen Besatzung (gewöhnlich 5000 Mann) gebildet und auf dem Hochlande ein Versuch zur Gründung von italienischen Ackerbaukolonien gemacht. Das schon 1887 erklärte Protektorat über einen Teil der Somaliküste gewann zunächst nur wenig praktische Bedeutung.

Ausbreitung und Niederlage der Italiener.

Was den Italienern die Festsetzung am Roten Meere erleichtert hatte, das Einvernehmen mit England, das verflocht sie auch in den großen Weltgegensatz zwischen England auf der einen, Rußland und Frankreich auf der andern Seite und wurde ihnen schließlich verhängnisvoll. Zwar der Angriffe der Mahdisten erwehrten sie sich tapfer und glücklich. Am 21. Dezember 1893 brachte ihnen Oberst Arimondi vor Agordat eine schwere Niederlage bei, am 17. Juli 1894 erstürmte General Baratieri sogar Kassala. Aber Menelik, unwillig über die Fesseln des Vertrages von Utschalli und von französischen und russischen Sendlingen aufgestachelt, trieb die Häuptlinge des italienischen Abessinien zur Empörung und ließ seine eignen Ras gegen die Italiener vorgehen. Darauf besetzte Baratieri im Dezember 1894 Adua, die Hauptstadt von Tigre, wies am 13. Januar 1895 den Angriff der Tigrener unter Ras Mangascha bei Coatit blutig ab, erreichte am 25. März Adigrat und stellte ganz Tigre unter italienischen Schutz, Erfolge, die daheim stürmische Begeisterung hervorriefen. Doch er war nicht stark genug, um sie zu behaupten. Nicht rechtzeitig unterstützt und schließlich zu spät zum Rückzuge angewiesen, erlag Major Toselli am 7. Dezember der Übermacht des Ras Makonnen beim Passe von Amba Aladschi, und Major Galliano mußte das heldenmütig behauptete Makalle am 25. Januar 1896 dem Heere Meneliks, 80000 Mann, gegen freien Abzug übergeben. Ohne die abgesandten Verstärkungen abzuwarten, ging darauf Baratieri wieder gegen Adua vor, erlitt aber hier am 1. März, von den abessinischen Massen in dem gebirgigen Gelände geradezu erdrückt, eine zerschmetternde Niederlage, trotz der aufopfernden Tapferkeit seiner Offiziere und Soldaten, die von 10000 Mann fast die Hälfte tot auf dem Platze ließen, während die andern größtenteils in Gefangenschaft gerieten. Doch verfolgte Menelik, der selbst die schwersten Verluste hatte, seinen Sieg nicht weiter, sondern ging zurück und schloß am 26. Oktober 1896 in seiner Hauptstadt Adis Abeba mit dem italienischen Bevollmächtigten Nerazzini einen Frieden, der den Kriegszustand beendete, die Unabhängigkeit des Kaisertums Abessinien anerkannte und die Festsetzung der Grenze sowie die Entschädigung für den Unterhalt der Gefangenen späterer Vereinbarung vorbehielt. Ohne Zweifel ist damit Abessinien in die Reihe der selbständigen Mächte eingetreten.

Die Araber in Sansibar und in Zentralafrika.

Wie die mohammedanischen Araber von Norden her bis an die abessinische Grenze ihren Einfluß verbreiteten, so haben sie den Islam und seine Kultur von den oberen Nilländern aus weit westwärts durch das ganze Land südlich von der Sahara getragen und anderseits von ihrer Heimat aus schon vor Jahrhunderten blühende Handelsstädte an der Ostküste des tropischen Afrika gegründet, die dann im 16. Jahrhundert unter die Herrschaft der Portugiesen fielen (s. Bd. V, S. 41, 46). Weiter ins Innere des Kontinents drangen sie hier indes erst vor, als 1784 Sansibar an den Imam von

Maskat kam, der auch Mombas besetzte und trotz verschiedener Empörungen seine Herrschaft behauptete. Seit 1840 wurde Sansibar sogar der Sitz der Dynastie und dies ganze ostafrikanische Insel- und Küstengebiet im Jahre 1856 durch Erbteilung ein selbständiger Staat, dessen Unabhängigkeit noch 1862 England und Frankreich anerkannten. Der Sultan Sejid (Said) Medschid (1856—70) und sein Nachfolger Sejid Bargasch zeigten sich gegen die zahlreichen europäischen Reisenden, die sich in Sansibar für den Marsch ins Innere ausrüsteten, stets sehr zuvorkommend und hielten nicht nur in einzelnen Küstenplätzen Garnisonen, sondern dehnten ihren Einfluß auch bis tief ins Innere aus. Denn in den fünfziger Jahren gründeten arabische Händler (wie in den oberen Nilländern) an den Verkehrslinien nach den großen Seen und darüber hinaus, sogar am oberen Kongo feste Handelsniederlassungen für Elfenbeinhandel und Sklavenjagden, zu denen sie besonders die kräftigen und kriegerischen Hirtenstämme der weiten Steppengebiete, wie die Wangwana und Wanyamwesi, verwandten; sie saßen, oft mit Hunderten von Sklaven und Bewaffneten als eine Art Aristokratie in ihren befestigten Höfen und pflanzten dort auch ihre Gemüse- und Obstsorten an. So entstanden Tabora im letzten Drittel des Weges von der Küste nach dem Tanganjikasee, an dessen Ostufer Udschidschi, am Steilufer des oberen Kongo im Herzen Afrikas Njangwe, und ziemlich regelmäßig zogen lange Trägerkarawanen auf den schmalen Negerpfaden von und nach der Küste, und Bootsflotten verkehrten auf dem Kongo, noch ehe ein Europäer den Oberlauf des majestätischen Stromes jemals gesehen hatte. Seit der Eröffnung des Suezkanales (1869) blühte Sansibar, besonders auch durch die Ansiedelung indischer Händler, noch mehr auf und machte sich von der Vermittelung Bombays unabhängig. Aber die vertragsmäßige Unterdrückung des Sklavenhandels in Sansibar durch die Engländer (1873) schärfte den Gegensatz zu den Europäern und drängten den Sultan Sejid Bargasch dazu, seine Macht auf dem Festlande immer mehr zu befestigen.

Der Islam im tropischen Nordwestafrika.

In ganz andrer Art verbreitete sich der Islam in den westlichen Sudan über den Tschadsee nach dem Niger und bis zum Senegal hin. Doch seine Träger waren hier nicht die Araber, sondern die Fulbe (Fellata), ein hellfarbiges Volk von fast kaukasischem Typus, das von Negern wie von Semiten wesentlich verschieden ist und durch Lebhaftigkeit, Intelligenz und strenge Religiosität hervorragt. Zuerst ein Hirtenvolk in den Gebirgsoasen des Tuareglandes, waren sie später zum Islam übergetreten und breiteten sich seit dem 16. Jahrhundert vom unteren Senegal über den Niger ostwärts erobernd aus. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts gründete der Scheich Othman im beständigen Kampfe mit den heidnischen Negerstämmen ein mächtiges Reich. Dessen einzelne Bestandteile wurden später allmählich selbständiger, hielten aber als Staatenbund, zu dem Futa Djallon südlich von Gambia, Segu, Massina und Gando am Niger, Adamaua am oberen Benuë, Bornu am Westufer des Tsadsees u. a. m. gehörten, um das Zentralreich Sokoto zwischen Niger und Benuë zusammen. Nirgends wohnen die Fulbe allein, aber überall bilden sie eine bald stärkere, bald schwächere herrschende Kaste über der aus Negern (im Osten des Niger den Haussa) bestehenden Urbevölkerung in despotisch oder hierarchisch geordneten Staaten mit ständischer Gliederung in Häuptlinge, Gemeine und Sklaven, und mit einer sehr achtungswerten Kultur mauritischer Färbung, die zu einer verhältnismäßig großen Bevölkerungsdichtigkeit und zur Entstehung ansehnlicher Städte (wie vor allem Kano in Sokoto) mit einem regen Leben in Handel und Industrie geführt hat. Großen Einfluß haben überall die mohammedanischen Priester als Koranausleger und Schriftgelehrte; Schulen verbreiten die Kenntnis des Arabischen, und fortwährend tragen die Marabuts, meist als Händler, den Islam in die Negerländer. — Die unabhängigen heidnischen Neger an der Küste des Westsudan behaupteten nur noch zwei größere Staaten, Aschanti und Dahome, beide unter einem schrankenlosen Despotismus, der alljährlich, meist zum Wohle des Herrschers, zahlreiche Menschenopfer für einen Fetisch verlangte, aber auch, namentlich in Dahome mit seiner Amazonengarde, eine sehr achtungswerte militärische Organisation ausgebildet hat. Im übrigen war die Küste vom Senegal bis nach Dahome

hin längst in den Händen der Europäer, der Franzosen, Engländer, Holländer und Portugiesen, oder der amerikanischen Negerrepublik Liberia, die indes den Absichten ihrer menschenfreundlichen Gründer (1824), ein Kern für eine größere christliche Staatenbildung zu werden, nicht entsprochen hat.

Englischer Krieg mit Aschanti.

Nach Lage der Sache konnte in diesen ziemlich dicht bevölkerten tropischen Ländern nur von europäischen Handels- und Pflanzungskolonien und von der Unterwerfung unter die politische Herrschaft europäischer Völker die Rede sein. Dieser Prozeß aber vollzog sich mit steigender Schnelligkeit. Als die Engländer 1872 die kleinen holländischen Niederlassungen an der Goldküste erworben hatten und auch Elmina, den alten Hafen der Aschanti, besetzten, zogen diese im Frühjahr 1873 mit großer Heeresmacht heran und nahmen den Platz weg. Erst im Oktober konnte General Wolseley mit ansehnlichen englischen Streitkräften von Cape Coast Castle aus den entscheidenden Feldzug beginnen. Er drängte die Aschanti trotz des schwierigen, oft mit kaum gangbarem Busch bewachsenen Geländes langsam ins Innere zurück, schlug sie im Januar und Februar 1874 zweimal und zog siegreich in der verlassenen Landeshauptstadt Kumasi ein, die er den Flammen preisgab. Hierauf unterwarf sich der König Kalkali, gab Elmina auf, versprach Kriegskosten zu zahlen und die Menschenopfer einzustellen.

Die englische Nigerkompanie.

Eine bedeutsame Erweiterung ihres Einflusses im tropischen Afrika sicherten sich die Engländer durch die 1879 gegründete „Afrikanische Kompanie", die längs des mächtigen Nigerstromes und am Benue Handelsfaktoreien anlegte und am 10. Juli 1886, um namentlich der deutschen Konkurrenz zuvorzukommen, als Royal Niger Company einen königlichen Freibrief erwarb. Daß ein deutsch-englischer Vertrag im November 1893 die Freiheit der Schiffahrt auf dem Niger und Benue feststellte, hat das thatsächliche Monopol der Gesellschaft nicht zu zerstören vermocht.

Die Franzosen in Senegambien.

Um dieselbe Zeit, seit 1879, begannen die Franzosen in Senegambien von den besonders durch Faidherbe geschaffenen Grundlagen aus tiefer ins Innere vorzudringen. Sie gründeten damals den Posten Bafulabe am Senegal und schoben 1881—87 ihre befestigten Stationen teils am Senegal, teils in dem Berglande südlich bis zum Dscholiba und den Quellen des Niger vor. So gelang es, das französische Protektorat über die westlichen Fulbestaaten festzustellen, während zugleich der Gedanke, mit diesen Gebieten im Sudan quer durch die Sahara die Besitzungen an der Nordküste zu einem großen französisch-afrikanischen Kolonialreiche zu verbinden, mehr und mehr Gestalt gewann. Von Algerien her führten die Franzosen die Eisenbahn bis nach Biskra am Rande der Wüste, sie besetzten seit 1880 die Oasen von Quargla und Golea als südliche Außenposten und suchten mit Erfolg durch artesische Brunnen besiedelungsfähige Plätze in der nördlichen Sahara herzustellen, aber Vorstöße in die Länder der Tuareg 1881, 1886 und 1889 scheiterten noch. Weiter noch drangen die Missionare vor, die Kardinal Lavigerie (gest. 1892), Erzbischof von Algier und seit 1884 auch von Karthago, nach der Sahara und dem Sudan, später auch nach dem äquatorialen Afrika sandte; vier neue apostolische Vikariate wurden unter seiner Leitung errichtet, und eifrig trat er auch für die Unterdrückung des Sklavenhandels ein.

Entdeckungsfahrten in Zentralafrika.

Inzwischen hatten großartige Entdeckungsfahrten den Europäern auch das ihnen noch fast unbekannte Innere des äquatorialen Afrika erschlossen und europäischer Besitzergreifung um so mehr die Wege gebahnt, als hier wirkliche Staatenbildungen unter den Negerstämmen gar nicht oder nur zeitweilig in der Form despotischer Zwangsreiche (wie das Lundareich im Kassaigebiet) vorhanden waren und die einzelnen Stämme fortwährend durch Kriegszüge und Wanderungen durcheinander geworfen wurden, wie der Wüstensand vom Sturm. Auf der Nachforschung nach dem seit Jahren verschollenen David Livingstone, dem Entdecker des Sambesi (s. oben S. 34), zu der ihm der Besitzer des „New York Herald", Gordon Bennett, den Auftrag gab und die Mittel reichlich gewährte, traf der Engländer Henry Morton Stanley (geb. 1840) im November 1871 den kühnen Mann wirklich in Udschidschi am Tanganjikasee. Livingstone hatte inzwischen 1869 die arabische Handelsstation Njangwe am oberen Kongo von Osten her erreicht und entdeckte dann noch seine beiden großen

Zuflüsse, den Lualaba und Luapula (gest. 1. Mai 1874). Sein Werk führte Stanley weiter. Von Bagamoyo an der Ostküste aus erreichte er 1874 den mächtigen Ukereweesee, dessen Küsten er rings umfuhr, ging dann zu Ende 1875 unter dem Äquator weiter westlich bis zum Gordon Bennett-Berge und gelangte, südwärts umbiegend, im Mai 1876 zum zweitenmal nach Udschidschi. Von hier aus erreichte er Njangwe am Kongo und beschloß, um die Verbindung dieser mächtigen Wassermasse mit dem Atlantischen Ozean festzustellen, den Strom bis zu seiner Mündung hinabzufahren. Am 15. November 1876 brach er mit 18 großen, wohlbesetzten Kähnen auf, die ihm der arabische Händler Tippu Tip widerwillig stellte, überwand die Stromschnellen, schlug sich mit bewaffneter Hand durch feindliche Völkerschaften durch und erreichte am 8. August 1877 nach endlosen Strapazen Boma unweit der breiten Mündung des Riesenstromes. Eine der kühnsten Entdeckungsfahrten aller Zeiten war vollbracht und der Schleier, der die Gestalt des inneren tropischen Afrika verhüllte, war gehoben. Noch ehe Stanley sein Ziel erreichte, hatte König Leopold II. von Belgien im Jahre 1876 die internationale Association africaine zur weiteren Erforschung Inner-Afrikas gegründet. Ein Zweig derselben, die Afrikanische Gesellschaft in Deutschland, sandte 1880 zu diesem Zwecke Paul Pogge und Hermann Wißmann aus. Diese erreichten unter deutscher Flagge von Loanda aus durch das südliche Kongobecken hindurch von Westen her Njangwe, wo Pogge krank umkehrte, um Loanda wieder zu gewinnen (gest. 1884), Wißmann aber ging weiter ostwärts und kam über den Tanganjika glücklich nach Saadani an der Ostküste, die zweite „Durchquerung" Zentralafrikas. Schon im Januar 1884 brach Wißmann mit einer großen deutschen Expedition von Loanda auf, um den Kassai zu erforschen. Dabei legte er auf einer Höhe an dessen Nebenflusse, dem Lulua, die Station Luluaburg an und fuhr erst diesen Strom, dann den gewaltigen Kassai mit seiner Bootsflotte hinunter, mit den Eingeborenen sich bald schlagend, bald vertragend. Als er am 9. Juli 1885 in den Kongo einlief, erfuhr er, daß er auf dem Boden eines europäischen Staatswesens stehe und daß Deutschland in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten sei.

Stanley und de Brazza am Kongo.

Nach Stanleys Rückkehr nämlich hatte dieser kühne Forscher von König Leopold II. den Auftrag erhalten, am Kongo eine Reihe von Stationen anzulegen. Er begann damit 1879, begründete Vivi, Isangila, Manjanga und an der seenartigen Erweiterung des Stromes, am Stanley Pool, Leopoldville. Hier aber stieß er 1882 auf den französischen Reisenden Savorgnano de Brazza, der seit 1879 vom Ogowe her vordrang und das Gebiet bis an den unteren Kongo heran durch Verträge mit den Häuptlingen für Frankreich gesichert hatte. Um nicht mit ihm in Konflikt zu kommen, ließ Stanley das rechte Kongoufer möglichst außer Spiel, schob aber 1882/83 seine Stationen bis an die Stanleyfälle vor, die unter dem Äquator die Schiffbarkeit des Kongo unterbrechen.

Die Deutschen in Südwestafrika.

Während nun die inzwischen entstandene Association internationale du Congo sich bemühte, auf Grund dieser Niederlassungen ein selbständiges Staatswesen aufzurichten, wurde die Welt durch die Kunde überrascht, daß die deutsche Reichsflagge auf der Küste Südwestafrikas gehißt worden sei. Jahrhundertelang hatte das zersplitterte Deutschland zusehen müssen, daß die Erde an andre Völker verteilt wurde und daß seine Reisenden, Kaufleute, Missionare und Auswanderer am letzten Ende für fremde Nationen arbeiteten. Jetzt endlich in der zwölften Stunde griff es zu. Seit 1882 bestand der Deutsche Kolonialverein unter dem Vorsitze des Fürsten von Hohenlohe-Langenburg, der zunächst das Interesse für die Kolonisationsfrage verbreiten sollte, seit 1883 daneben die mehr praktisch gerichtete Deutsche Kolonisationsgesellschaft unter Dr. Karl Peters. Noch weit früher hatten deutsche Kaufleute, namentlich aus den Hansestädten, längs der Westküste Afrikas, teils auf dem Boden fremder Kolonien, teils in Gegenden, wo noch keine europäische Flagge wehte, Handelsfaktoreien angelegt, in Liberia, Akkra, Bageida, Groß- und Klein-Popo, Wydah, Lagos, Kamerun, Gabun, Kwilu, und der treffliche Eduard Robert Flegel hatte das fruchtbare, gesunde Adamaua durchforscht (gest. 1886). Im Lande der Hottentotten nördlich vom Oranjefluß aber

arbeiteten seit den vierziger Jahren Missionare der rheinischen Missionsgesellschaft in Barmen. Auf den weiten, von Berggruppen und Bergzügen hier und da überhöhten Hochflächen des Innern, die einen großen Teil des Jahres hindurch dürr sind, aber nach der Regenzeit einen üppigen Graswuchs und in ihren zahlreichen, oft stromgleichen Rinnsalen mächtige Wassermassen aufweisen, sich also nur unter besonders günstigen Bedingungen, namentlich im Norden, zu Ackerbau, meist aber nur zu einer halb nomadischen Viehzucht eignen, hausten meist Hottentotten, im Norden die kriegerischen Damara und Herero, weiter im Innern die viel tiefer stehenden Buschmänner; über ihnen saß als ein Herrenstand die Bastarde (aus Boeren des Kaplandes und Hottentotten) unter Häuptlingen aus dem Geschlecht der „Afrikaner". Durch die rheinische Mission waren namentlich die Bastards, Hottentotten und Herero im wesentlichen für das evangelische Christentum gewonnen worden. Die öde, wasserlose Dünenküste war von Europäern noch nicht besetzt, mit Ausnahme der zur Kapkolonie gehörigen Walfischbai, ungefähr in der Mitte des ganzen Küstenstrichs (seit 1876). Nachdem nun der Inspektor der rheinischen Missionsgesellschaft Dr. Fr. Fabri schon 1881 beim Reichskanzleramt um Schutz für die Missionare gebeten hatte, schloß zu Anfang 1883 der unternehmende bremische Kaufmann A. E. Lüderitz mit dem Hottentottenhäuptling Joseph Fredericks in Bethanien durch Vermittelung deutscher Missionare zwei Verträge ab, in denen ihm dieser den ihm zu Recht gehörigen Küstenstrich vom Oranjefluß bis zum 26.° südl. Br. in einer Breite von 20 geographischen Meilen mit allen Hoheitsrechten, im ganzen 900 deutsche Quadratmeilen abtrat. Schon am 9. April ergriff der Agent des Unternehmers, Vogelsang, Besitz von dem trefflichen Hafen Angra Pequeña (d. i. kleine Bucht) und erbaute in öder, sandiger und felsiger Umgebung eine Faktorei, Fürst Bismarck aber sagte in einem Schreiben an den kaiserlichen Konsul in Kapstadt vom 18. August dem kühnen Manne den Schutz des Reiches zu, soweit er sich auf wohl erworbene Rechte stütze. Allerdings versuchten die Engländer ihm mit angeblich älteren Ansprüchen Schwierigkeiten zu machen, und der „Nautilus", der am 24. Februar 1884 in Angra Pequeña ankerte, vollzog noch keine Besitzergreifung; als aber Lüderitz selbst im März nach Deutschland zurückkehrte und dem Reichskanzler seine Angelegenheit persönlich vortrug, sandte dieser, da die englische Regierung auf seine Anfrage, ob sie Schutzrechte in jenen Gegenden beanspruche, gar nicht geantwortet hatte, dem deutschen Konsul Lippert in Kapstadt am 24. April 1884 die berühmte Depesche, die den amtlichen Beginn der deutschen Kolonialpolitik bezeichnet: „Sie wollen amtlich erklären, daß Herr Lüderitz und seine Niederlassungen unter dem Schutze des Reiches stehen." Die Entscheidung war also gefallen, und nachdem England die deutsche Erwerbung am 26. Juni anerkannt hatte, hißten die Fregatten „Leipzig" und „Elisabeth" am 1. Juli die deutsche Flagge in Angra Pequeña für „Lüderitzland", das Kanonenboot „Wolf" am 12. August in der Sandwichbucht für die ganze Küstenstrecke bis zum 18.° südl. Br. (Kap Frio), die Lüderitz inzwischen ebenfalls an sich gebracht hatte.

201. Henry Morton Stanley.
Nach einer Photographie.

Die Deutschen in Togo und Kamerun.

In denselben Tagen entfaltete sich die Reichsflagge an mehreren Küstenpunkten des tropischen Afrika. Schon im Februar 1884 hatte die Korvette „Sophie" Großfriedrichsburg, das alte verlassene Fort des Großen Kurfürsten bei dem Kap der drei Spitzen (Tres Puntas) auf später holländischem, damals englischem Gebiete, besucht (s. Bd. VI, 697 ff., VII, S. 282) und eins von den sechs vorgefundenen kurbrandenburgischen Geschützrohren mit nach Hause gebracht. Jetzt, als sich England und Frankreich anschickten, ihre Besitzungen in Westafrika neu abzugrenzen, ließ Fürst Bismarck bei den im Togolande und in Kamerun ansässigen deutschen Firmen anfragen, ob sie den Reichsschutz wünschten. Als dies freudig bejaht wurde, sandte er den hochverdienten Afrikaforscher Gustav Nachtigal, seit 1882 Generalkonsul in Tunis, als Reichskommissar an Bord des Kanonenboots „Möwe" nach Westafrika hinaus. Dieser hißte die deutsche Flagge auf der langgestreckten sandigen Nehrung, die vor einer breiten Lagune die Küste des Togolandes bildet, zuerst am 5. Juli in Bageida, dann am 6. Juli in Lome. Darauf dampfte die „Möwe" weiter nach Kamerun. Hier, wo am Fuße des gewaltigen doppelgipfligen „Götterberges", dessen 4000 m hoher Scheitel bis in die Wolken ragt, mehrere Flüsse des Binnenlandes in einem sumpfigen Delta zu einer weiten Mündungsbucht zusammenströmen, hatten die Dualla eine Reihe von Niederlassungen (towns) auf erhöhten Küstenpunkten gegründet, deren fast jede unter einem selbständigen Häuptlinge stand, und hielten den ganzen Durchgangshandel nach dem Innern fest in der Hand, beherrschten auch den Kamerunfluß mit ihren mächtigen, buntbemalten und kunstreich geschnitzten Kriegskanoes. Unter ihnen bestanden, abgesehen von einigen englischen Firmen, seit 1868 Handelsfaktoreien zweier hamburgischen Häuser, C. Wörmann und Jantzen & Thomählen, deren Angestellte aus Gesundheits- und Sicherheitsrücksichten anfangs auf verankerten Hulks im Flusse, nicht auf dem Lande wohnten. Daneben arbeitete seit 1858 in Viktoria am Fuße des Kamerunberges eine englische Baptistenmission mit mäßigem Erfolge, obwohl sie sogar die Bibel in die Duallasprache übersetzt hatte. Mit Mühe hatten nun die deutschen Kaufleute durchgesetzt, daß die bedeutendsten Häuptlinge, vor allem „King" Bell in Belltown, sich bereit erklärt hatten, ihre Hoheitsrechte vorläufig auf die beiden deutschen Firmen zu übertragen und sich unter den Schutz des Reiches zu stellen. Da die Engländer dies zu verhindern und eine englische Besitzergreifung herbeizuführen suchten, so vergingen den Deutschen die Tage in banger Spannung; da kam am Abend des 11. Juli die sehnlichst erwartete „Möwe" in Sicht und steuerte zwischen den beiden majestätischen Riesenpfeilern, dem Kamerunberge und dem Pik von Fernando Po in die Bucht hinein. Am 14. morgens ging der Generalkonsul Nachtigal mit den Offizieren und einer Abteilung Matrosen an Land und proklamierte unter

202. Gustav Nachtigal.
Nach einer Photographie.

großem Zulauf der Eingeborenen, zuerst in Belltown, dann noch an mehreren andern Küstenplätzen unter der entfalteten Reichsflagge und bei dem Geschützsalut der „Möwe“, daß er dies Land im Namen des Kaisers und des Reichs in Besitz nehme. Das Gleiche geschah dann noch in Bimbia, Malimba und Batanga. Das englische Kanonenboot „Flirt“, das am 19. eintraf, kam zu spät. Die erste deutsche Reichskolonie war begründet. Allerdings war auch hier die Erwerbung leichter, als die Behauptung. Von den Engländern aufgehetzt erhoben sich einige Dorfschaften (Hickory- und Joßtown) gegen den deutschfreundlichen „King“ Bell, verjagten ihn, verbrannten Belltown und bedrohten die deutschen Kaufleute, von denen sie einen gefangen nahmen und ermordeten. Auf diese Nachricht hin ging am 30. Oktober 1884 ein Geschwader von vier Fregatten und Korvetten unter dem Kontreadmiral Knorr aus Wilhelmshaven nach Westafrika

203. Die Zerstörung von Joßtown am 20. Dezember 1884.

ab, und schon am 18. Dezember liefen „Fürst Bismarck“ und „Olga“ in Kamerun ein. Eine am 20. bei Belltown gelandete Abteilung von 330 Mann erstürmte unter heftigem Feuer bei brennender Sonnenhitze den hohen Abhang und nahm Joßtown, das ebenso wie Hickorytown zerstört wurde. Damit war die deutsche Herrschaft in Kamerun gesichert, und auf der Stelle des zerstörten Joßtown erhob sich bald, den breiten Wasserspiegel weithin beherrschend, das deutsche Regierungsgebäude. In seinem schönen Garten fand auch wenige Jahre danach Nachtigal seine letzte Ruhestätte, der auf der Heimfahrt am 20. April 1885 am Bord der „Möwe“ vor Kap Palmas den Folgen seiner schweren Strapazen erlegen war.

K. Peters in Ostafrika.

Inzwischen hatten einige kühne deutsche Männer, an ihrer Spitze Dr. Karl Peters (geb. 1856), der Begründer der „deutschen Kolonisationsgesellschaft“ 1883, auf eigne Hand den Grund zu einer großen Kolonialunternehmung im tropischen Ostafrika gelegt, wo bisher neben den hier herrschenden Arabern und Indern nur die Hamburger Firmen von O'Swald und G. A. Meyer 1870 in Sansibar eine Faktorei gegründet hatten, ohne

an politische Ziele zu denken. Am 4. November 1884 langte Dr. Peters mit drei Begleitern unter falschen Namen — denn es galt die argwöhnischen Engländer zu täuschen — in Sansibar an und begaben sich nach wenigen Tagen mit einer kleinen Trägerkarawane über Saadani ins Innere. Hier schlossen sie in dem schönen, fruchtbaren Gebirgslande eine Reihe von Schutzverträgen mit den unabhängigen Häuptlingen ab und waren bereits im Januar 1885 wieder in Deutschland. Der Reichskanzler zögerte nicht mit den Folgerungen. Bereits am 27. Februar 1885 erhielt die nunmehrige Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft den kaiserlichen Schutzbrief, der ihre Hoheitsrechte über die Landschaften Usegua, Nguru, Ukami und Usagara, ein Gebiet von 142 500 qkm, anerkannte und diese unter den Schutz des Reichs stellte.

Die afrikanische Konferenz und der Kongostaat.

204. Dr. Karl Peters. Nach einer Photographie.

Das traf zusammen mit dem Schlusse der afrikanischen Konferenz in Berlin (26. Februar). Bereits am 6. Oktober 1884 hatte der Reichskanzler mit der weisen und umfassenden Umsicht, die seine ganze Politik bezeichnet, auf Anregung Portugals und „im Einvernehmen mit der Regierung der französischen Republik“ alle an den afrikanischen Fragen beteiligten europäischen Regierungen zu einer Konferenz eingeladen, um diese Angelegenheiten durch eine friedliche Vereinbarung zu regeln, anstatt sie dem Zufalle privater Unternehmungen zu überlassen. Einer neuen Auffassung brach er damit siegreich Bahn, und den Ansprüchen Englands, überall seine Interessen als die allein beachtungswerten zu behandeln, trat er entgegen, als er am 15. November die Beratungen eröffnete, zu denen auch eine Anzahl hervorragender Afrikakenner, wie Stanley, und Interessenten wie C. Wörmann, zugezogen waren. Das ganze äquatoriale Afrika wurde insofern zu einer Art von Freihandelsgebiet erklärt, als alle Völker gleiche Rechte im Betriebe des Handels und völlige Freiheit des Handels auf dem Kongo und Niger genießen sollten. Eine Macht, die künftig irgendwo eine Besitzergreifung vollzog, sollte dies den andern mitteilen, um ihnen Gelegenheit zu geben, den Akt zu prüfen, und bei Streitigkeiten sollte zunächst ein Schiedsgericht angerufen werden. Frankreich erhielt ein ausgedehntes Gebiet am rechten Ufer des Kongo (Congo français), und auch Portugal schob seine Grenze von Süden her bis an die Mündung des Stromes vor, so daß der Association du Congo am untersten Teile nur ein schmales Stück und eine ganz kurze Seeküste verblieb. Dafür wurde ihr das Binnenland in weiter Ausdehnung überwiesen, und sie erlangte die allgemeine Anerkennung für ihren Besitz. Am 1. Juli 1885 wurde in Boma der unabhängige Kongostaat unter der Souveränität des Königs der Belgier proklamiert.

Verträge mit Sansibar.

Nicht ohne Schwierigkeiten kam Deutschland zu einem Einverständnis mit dem Sultan von Sansibar, denn dieser beanspruchte die ganze festländische Küste, und

ohne die Herrschaft über diese waren die deutschen Schutzgebiete im Innern des Landes fast wertlos. Daher ließ Fürst Bismarck zuerst feststellen, auf welche Küstenplätze der Sultan begründete, durch thatsächliche Besitzergreifung erwiesene Ansprüche erheben könne, und sandte dann, um den Verhandlungen Nachdruck zu geben, ein starkes Geschwader unter dem Kontreadmiral Paaschen nach Ostafrika. Am 7. August warfen vier Kriegsschiffe vor Sansibar gegenüber dem Palaste des Sultans Anker, zwei andre von der westafrikanischen Station kamen noch hinzu, und so genehmigte der Sultan Sejid Bargasch den Vertrag vom 14. August 1885, worin er die deutsche Schutzherrschaft über jene Binnenlandschaften und über Witu am unteren Tana anerkannte und Pangani, Bagamoyo und Dar-es-Salaam der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft öffnete. Sein Nachfolger Sejid Khalifa (1888—90) verpachtete durch den Vertrag vom 28. April 1888 der Gesellschaft die Verwaltung des ganzen Küstenstrichs bis zum Rowuma im Süden auf 50 Jahre. Diese begann alsbald in den wichtigsten Häfen ihre Zollstationen einzurichten, legte auch hier und da Plantagen an und beförderte die Gründung von Missionsstationen, während die englisch-ostafrikanische Gesellschaft am 1. Oktober das Küstenland nordwärts bis zum Tana übernahm.

205. Hermann von Wißmann.
Nach einer Photographie.

Erhebung der Araber und Wißmanns Siege.

Dies plötzliche Eintreten der Europäer erregte jedoch die heftigste Erbitterung unter den bisher herrschenden Arabern, besonders weil sie fürchteten, der einträgliche Sklavenhandel möge nun auch im Innern unterdrückt werden. Mit Hilfe der kriegerischen Negerstämme, die sie für sich gewannen, schlugen sie unter der Führung der Häuptlinge Buschiri und Bana Heri noch im September 1888 plötzlich los, überfielen die deutschen Küstenplätze, die militärisch wenig gesichert waren, und erschlugen oder verjagten die deutschen Beamten; nur Bagamoyo und Dar-es-Salaam wurden mit Hilfe der Flotte behauptet. Deutschland stand vor der Wahl, ob es seinen ostafrikanischen Besitz aufgeben oder wieder erobern sollte. Die Entscheidung konnte nicht zweifelhaft sein. Schon am 2. Dezember 1888 wurde die Blockade, an der auch sechs englische Kriegsschiffe teilnahmen, über die ganze Küste verhängt, namentlich um die Waffenzufuhr abzuschneiden und den Sklavenhandel zu verhindern, ein unendlich mühsamer Dienst gegen die zahllosen, flinken arabischen Dhaus an der buchtenreichen Küste unter der Sonnenglut und den Regengüssen der Tropen. Zum Reichskommissar aber wurde am 2. Februar 1889 der erprobteste der deutschen

„Afrikaner" bestellt, H. Wißmann und zwar mit unumschränkter Vollmacht. Als er den Reichskanzler um genauere Instruktionen bat, sagte ihm dieser sehr bezeichnend: „Aber mein lieber Major, wie soll ich Ihnen Instruktionen geben bei sechs Wochen Briefgang nach Sansibar? Ich bin doch nicht der selige Hofkriegsrat! Ihre einzige Instruktion ist zu siegen. Betrachten Sie sich als des Kaisers Reichskanzler für Ostafrika!" Und Wißmann verstand zu siegen. Aus Sudanesen, Sulus und eingeborenen Askari (d. i. Soldaten) bildete er sich unter deutschen Offizieren und Unteroffizieren eine treffliche, zuverlässige Truppe von im ganzen 2000 Mann, die ihm blindlings ergeben war, und begann im Einvernehmen mit dem Kontreadmiral Deinhardt seine Unternehmungen mit der Erstürmung des festen Araberlagers Buschiris in der Nähe von Bagamoyo am 8. Mai 1889. Nach zahllosen, zum Teil hartnäckigen und blutigen Kämpfen wurden bis zum Mai 1890, vielfach unter aufopfernder Teilnahme der Marine, alle von den Arabern besetzten und zum Teil stark befestigten Küstenplätze genommen, und auf einem kühnen Zug Wißmanns ins Innere bis Mpuapua im September und Oktober 1889 mehr durch geschickte Unterhandlungen als durch Gewalt die deutsche Herrschaft über die im Grunde friedlichen Negerstämme am Karawanenwege nach dem Tanganjika festgestellt. Buschiri wurde gefangen und gehängt.

Abgrenzungsverträge.

Als Wißmann, von den Arabern fortan als „Löwe der Küste" gefürchtet und gepriesen, Ende Juni 1890 nach Deutschland zurückkehrte, war der gewaltige Mann, der ihn ausgesandt hatte, nicht mehr im Amte. Der am 1. Juli 1890 abgeschlossene deutsch-englische Vertrag war weder in Fürst Bismarcks, noch in Wißmanns Sinne, denn er überließ das Sultanat Witu und die ganze bis dahin von Deutschland beanspruchte Somalikküste sowie leider auch das Protektorat über das Sultanat Sansibar (d. h. über die Inseln Sansibar und Pemba) gegen die Abtretung Helgolands an England, aber er sicherte wenigstens den Umfang des deutschen Schutzgebiets bis an die großen Seen vor jedem fremden Eingriff und gestattete die formelle Erwerbung der ganzen Küste, die der Sultan Sejid Ali (1890/93) durch den Vertrag vom 17. Oktober 1890 für 4 Mill. Mark an die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft abtrat. Mit Wißmanns Rücktritt im April 1891 übernahm ein kaiserlicher Gouverneur in Dar-es-Salaam die Leitung der Verwaltung von Deutsch-Ostafrika. Auch für das Gebiet von Kamerun und für Südwestafrika bestimmten bald danach Verträge mit Frankreich und England die Binnengrenzen, schwerlich immer so, wie es wünschenswert gewesen wäre. Immerhin war in wenigen Jahren überraschend viel erreicht, und am deutschen Volke war es nun, das auszunützen, was eine geniale Staatskunst und die Thatkraft hervorragender Männer dem Vaterlande erworben hatten.

Die Kaffernkriege im Kaplande.

Mit der Erwerbung der südwestafrikanischen Kolonie hatte Deutschland in der gemäßigten südlichen Zone Afrikas Fuß gefaßt, wo eine europäische Besiedelung möglich und längst im Gange war, allerdings nicht ohne beständige Kämpfe mit den Ureinwohnern, den Hottentotten und Buschmännern im Westen, den kriegerischen Kaffern (vom arab. Kafir, d. i. der Ungläubige) im Osten. Daher beschränkte sich die 1651 begonnene holländische Kolonisation (s. Bd. VI., S. 367) noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts auf den schmalen südlichen verhältnismäßig gut bewässerten Küstenstrich und hatte die unermeßlichen trocknen waldlosen Hochebenen des Innern, wo die halbnomadischen Hottentotten mit ihren Viehherden hausten, die Carroo ausgenommen, so wenig berührt, wie den gebirgigen Ostrand. Die 1814 allgemein anerkannte englische Besitzergreifung (s. Bd. IX, S. 183) des Kaplandes änderte daran nur wenig. Die holländischen Bauern (Boeren), die als Großgrund- und Herdenbesitzer jeder auf seinem einsamen Einzelhofe mit Hottentotten- und Kaffernsklaven in trotziger Selbständigkeit saßen, behaupteten noch derart das Übergewicht, daß die Amtssprache bis 1828 holländisch blieb. Indes drängte doch ihre ganze höchst extensive Wirtschaft auf beständige Ausdehnung ihrer Weidegründe, und die allmählich anschwellende englische Einwanderung meist städtischen Charakters engte sie ein. So begann mit 1819 eine Reihe von blutigen Kriegen gegen die Kaffern, von denen die Amakosa (mit den Galeka) sich südwestwärts bis zum Großen Fischfluß ausdehnten, in dessen Westen erst

um 1811 Grahamstown als Grenzfeste gegründet worden war. In den beiden ersten Kriegen (1819/20 und 1829/30) gelang es, den Kaffern den Keifluß als Westgrenze aufzuzwingen, während das Land zwischen diesem und dem Fischfluß, um Zusammenstöße zu vermeiden, für neutrales Gebiet erklärt wurde und als Ödgrenze liegen blieb. Dahinter gründeten 3600 englische Auswanderer Port Elizabeth. Trotzdem eroberten die Kaffern im dritten Kriege 1835 Bathurst westlich vom Fischflusse und bedrohten sogar die Kapstadt. Erst der vierte Krieg 1846 brachte den Engländern nach schweren Kämpfen den Besitz des Landes zwischen dem Kei und dem Keiskama (Britisch-Cafraria), wo nun East London angelegt wurde. Im fünften Kriege (1850—53) wurden die Amakosa aus dem eroberten Lande völlig hinter den Kei zurückgeschoben und verloren dann 1857 durch eine schreckliche Hungersnot von ihrer Volkszahl zwei Drittel, so

206. Das deutsche Regierungsgebäude in Dar-es-Salaam.
Im Vordergrunde die Offiziersmesse

daß sie von 105 000 auf 38 000 Köpfe herunterkamen; die freien Kaffern aber, die Galeka, Tembu, Pondo u. a. m. zerfleischten sich fortwährend in inneren Kriegen.

Der Kriegerstaat der Sulu.

Dafür war aber nun im Nordosten unter den Sulu (d. i. die Himmlischen) im heutigen Natal und weiter nordwärts eine furchtbare, wohlorganisierte Kriegsmacht entstanden. Ihr Begründer, der schreckliche Tschaka (1817—28), der einmal seiner Mutter 50 000 Menschen zum Totenopfer schlachtete, dehnte sie von dort bis tief ins Innere über das Gebiet des jetzigen Oranjefreistaates und weit nach Norden aus, wo sein Feldherr Mosilikatse die dort vorgefundenen Betschuanen, Buschmänner und Hottentotten fast ausrottete. Nach Tschakas Tode 1828 behauptete sein Bruder und Mörder Dingan die Herrschaft; doch riß sich Mosilikatse los. Alles war bei den Sulu auf den Krieg gerichtet. Ein despotisches Königtum verfügte unbeschränkt über Leben und Eigentum aller Unterthanen, monopolisierte den Handel und verwandelte die ganze erwachsene männliche Bevölkerung in ein stets schlagfertiges Heer, das in festen Garnisonen (Enkanda) und Regimentsverbänden zu 600 oder 1000 Mann über

das ganze Land verteilt war. Den Kriegern war während der Dienstzeit nur das Konkubinat gestattet; erst wenn ein Regiment abgedankt wurde, durften sich die Leute verheiraten, und das Lager wurde zu einer bürgerlichen Niederlassung. Noch ohne Feuergewehre, fast nackt, nur mit großen Schilden aus Rindshaut, deren Abzeichen die Regimenter unterschieden, und mit der furchtbaren Assegai, dem kurzen Stoß- und Wurfspeer bewaffnet, wurden die Sulu durch die geschlossene Wucht ihres todverachtenden Angriffs auch für die europäischen Truppen höchst gefährliche und siegreiche Gegner.

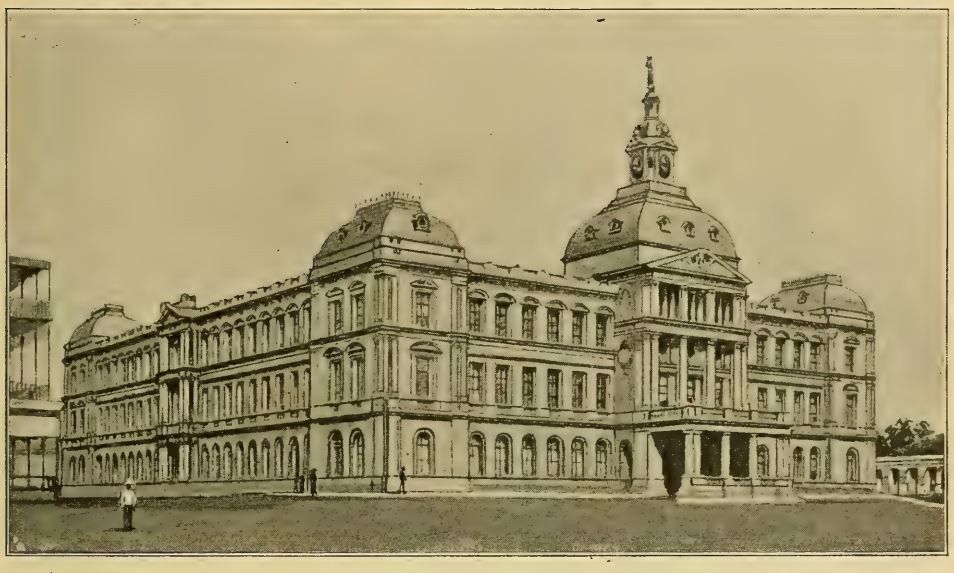
Der Auszug der Boeren.

Zum Zusammenstoße mit dieser merkwürdigen Organisation führte nun die große Auswanderung der Boeren aus dem Kaplande. In ihren Lebensbedingungen durch die Aufhebung der Sklaverei bedroht, die von der englischen Kolonialregierung in falschem Humanitätseifer für die Kaffern und Hottentotten gegen ungenügende Entschädigung zum 1. Dezember 1838 verkündet worden war, begannen schon 1833 einzelne Boeren das Land zu verlassen; doch „der große Auszug" (die groote treck) nahm erst 1834—36 seinen Anfang. Von jenem altniederländischen Freiheitstrotze beseelt, der einst ihre Vorfahren gegen die Spanier unter die Waffen getrieben hatte, kamen sie jetzt zu dem Entschlusse, eher die Heimat aufzugeben, als sich einem ungerechten Zwange zu fügen. So zogen allmählich 10000 Boeren unter selbstgewählten Führern, mit ihren schwerfälligen Ochsenwagen aus, die ihnen zugleich das Haus ersetzten, mit Weibern und Kindern, Sklaven und Herden, in beständigem Kampfe mit den Löwen, oft lange rastend, wo sich Wasser und Weide boten, zuweilen sogar säend und erntend, fast wie die Germanen der Völkerwanderungszeit. Schon zu Ende des Jahres 1836 hatte sich eine große Anzahl von Ochsenwagen am Vaal zusammengefunden, in einer wildreichen, aber menschenleeren Gegend. Als einige noch weiter nordwärts vorgedrungene Boeren von den Kaffern erschlagen worden waren, vereinigten sich 50 Wagen südlich vom jetzigen Heilbronn (im Oranjefreistaat) bei einer Höhe, die seitdem Vechtkop heißt, zu einer geschlossenen Wagenburg. Hier wiesen die Boeren am 17. Dezember in einem verzweifelten sechsstündigen Kampfe die wuchtigen Anläufe der schwarzen Regimenter Mosilikatses (5000 Krieger) zurück; 1113 Assegais wurden danach im Lager aufgelesen, zwei Boeren waren tot, zwölf verwundet (von 35), das Vieh verloren, aber das Lager war gerettet, und draußen bewiesen Hunderte von Kaffernleichen die furchtbare Treffsicherheit der holländischen Büchsen. Bald nachher wurde Mosilikatse durch ein von Dingan gesandtes Heer völlig geschlagen, und ein Boerenkommando von 100 Reitern zerstörte im Februar 1837 seinen Hauptkraal, worauf er nach Norden verschwand und jenseit des Limpopo das Reich der Matabele gründete. Trotzdem beschloß ein großer Teil der Boeren, mit 1000 Wagen über die Drakenberge ostwärts nach dem Küstenlande hinabzusteigen, wo in Port d'Urban bereits seit 1824 eine kleine englisch-holländische Ansiedelung bestand. Um mit dem Könige Dingan dort ein friedliches Abkommen zu treffen, ritt der Boerenführer Pieter Retief mit 60 Boeren und Farbigen nach dem Hauptkraal Dingans Umkungunghlovu, wurde hier auch freundlich aufgenommen und erhielt eine Urkunde über eine Landabtretung. Allein plötzlich wurden sie von den Kaffern, denen die weißen Männer als Geister der Verstorbenen galten, überfallen und sämtlich erschlagen (6. Februar 1838). An demselben Tage griffen 10000 Sulukrieger das Hauptlager der Boeren im schönen Thale des Buschmannflusses, der von rechts in den Tugela fällt, wütend an, wurden allerdings zurückgeworfen, aber mit so schweren Verlusten, daß der Ort fortan Weenen (d. i. Weinen) hieß; andre kleinere Lager fielen ihnen in die Hände und wurden ausgemordet. Im ganzen hatten die Boeren in diesen verzweifelten Kämpfen 41 Männer, 56 Frauen, 158 Kinder und 250 Sklaven mit Tausenden von Viehhäuptern verloren, und selbst die entschlossensten Männer dachten an Rückkehr ins Kapland. Da erklärten die tapferen Frauen, den alten Germaninnen nicht unähnlich, sie würden das Land, das schon so viel Blut gekostet habe, niemals aufgeben, und setzten den Beschluß durch, zu bleiben. Zur Erinnerung an die Gefallenen gelobten sie eine Gedächtniskirche zu bauen in dem Orte, den sie bald danach (1839) gründeten und nach ihren Führern Pietermaritzburg nannten. An Dingan aber nahmen die Boeren ihre Rache, indem

sie mit Hilfe schwarzer Verbündeten und der Engländer von der Küste her seine Scharen am Bloetrivier (Blutfluß) bis zur Vernichtung schlugen und den Fluß rot färbten mit dem Blute der Sulu. Dingan verbrannte seinen Kraal und flüchtete nach dem Norden. In den Trümmern fanden die Sieger die Reste Peter Retiefs und in seiner Ledertasche die wohlerhaltene Urkunde, die sie nun gegen Dingan geltend machten. Bald danach rief dessen Bruder Umpanda (Mpande) die Hilfe der Boeren gegen Dingan an. Von ihnen unterstützt, überwältigte Umpanda seinen Bruder, der dabei umkam, und wurde von den Boeren als König anerkannt, aber als ihr Vasall. Hierauf proklamierten sie 1840 die Republik Natal als unabhängigen Staat.

Port Natal englisch.

Doch sie hatten mit der Ländergier der Engländer nicht gerechnet. Die Kapregierung erließ ein Gesetz, das jeden britischen Unterthan auch für das, was er jenseit der Grenze that, verantwortlich machte, sandte ein Regiment nach Port d'Urban, das die dort angesammelte Munition der Boeren wegnahm, und erklärte diesen, sie seien



207. Das Regierungsgebäude in Pretoria.

nach wie vor englische Unterthanen. Darüber empört, griffen die Boeren zu den Waffen, belagerten Port d'Urban 26 Tage lang und brachten es in die äußerste Bedrängnis (Juni 1842). Indes gelang es dem Obersten Cloete, von der Seeseite her das Fort zu entsetzen. Bei den nun folgenden Verhandlungen mit dem Gouverneur der Kapkolonie, Sir Charles Napier, spalteten sich die Boeren. Ein Teil beschloß, unter Moke über die Drakenberge zurückzuwandern und sich eine neue freie Heimat zu suchen, die andern unterwarfen sich den Engländern, die nun 1844 Natal zur britischen Kolonie erklärten und es dem Kaplande einverleibten (bis 1856).

Transvaalrepublik und Oranjefreistaat.

Als sich nun die Auswanderer südlich und nördlich des Vaalflusses niedergelassen hatten, wo sie schon zahlreiche Landsleute antrafen, erklärte ihnen Sir Harry Smith, der neue Gouverneur des Kaplandes und persönlich ein Freund der Boeren, im Auftrage seiner Regierung, daß sie auch jetzt nicht aufgehört hätten, britische Unterthanen zu sein, und legte 1847 eine Besatzung nach Bloemfontein, dem Hauptorte des neuen Staatswesens südlich vom Vaal. Die Boeren nahmen nun zwar Bloemfontein, wurden aber am 28. August 1848 bei Boomplaats geschlagen und auf den Kopf ihres Führers Pretorius sogar ein Preis gesetzt, worauf jene Maßregel auch auf die Ansiedelungen jenseit des Vaal bis zum 25.° südl. Br. ausgedehnt wurde. Hier hatten sich nämlich inzwischen seit 1848 drei kleine Republiken gebildet, Potschefstrom

(im Süden), Zoutpansberg (im Norden) und Lydenburg (im Osten). Da kam den Boeren der glückliche Umstand zu Hilfe, daß die Engländer beim Angriff auf das wilde Bergland der Basuto und ihren König Moschesch eine völlige Niederlage erlitten. Infolgedessen willigten sie am 17. Januar 1853 in die Sandriverkonvention und erkannten die Unabhängigkeit der drei Boerenrepubliken jenseit des Vaalflusses an. Zwei Jahre später, 1854, errang auch der Oranjeflußfreistaat dieselbe Anerkennung. Die drei Republiken jenseit des Vaal vereinigten sich unter dem jüngeren Pretorius (der Vater starb 1853) zur Transvaalrepublik mit der Hauptstadt Pretoria und gaben sich 1858 eine Verfassung. Obwohl sie fortgesetzt mit den Kaffern zu kämpfen hatten, so hatten die Boeren doch errungen, was sie erstrebt, und lebten nun auf den weiten Hochflächen jeder für sich auf seinem Eigentum mit seinen Viehherden und im ewigen Kampfe mit Löwen und Tigern als ein wehrhaftes, trotziges, zähes Geschlecht, wie die Väter im Kaplande, um wenige weitläufig gebaute Städte, die nur als Sitze der einfachen Verwaltung, als Märkte, Kirch- und Schulplätze Bedeutung hatten.

Die Entdeckung der Diamantfelder.

Da brach urplötzlich über diese stolzen Großbauern und Viehzüchter eine ungeheure wirtschaftliche Umwälzung herein. Um 1869 wurde der Diamantenreichtum der Gegend am unteren Vaal auf dem Gebiete der Oranjeflußrepublik entdeckt. Alsbald ergoß sich ein Strom von Abenteurern aus allen Nationen und allen Erdteilen nach diesem Lande der Hoffnung. Schon im Anfange des Jahres 1870 waren es ihrer 10000; als 1871 die Stadt Kimberley an der Stelle von Colesberg Kopje gegründet wurde, schwoll ihre Einwohnerzahl bald auf 50000 Menschen an, und mehr als 40 Gesellschaften zur Ausbeutung der Gruben entstanden. Umsonst erklärte die Oranjerepublik die Diamantenfelder für Staatseigentum, und auch Transvaal erhob Ansprüche; England aber schob den alten Griquahäuptling Waterboer vor, der den Landstrich einmal an das Kapland abgetreten haben sollte, und nahm diesen 1871 als West-Griqualand in Besitz. Erst viel später entschädigte es den Oranjefreistaat mit dem Bettelgelde von 1700000 Mark, während der jährliche Durchschnittsertrag der Gruben allmählich 80 Mill. Mark überstieg. Der Zorn der Boeren über diesen Gewaltstreich zwang noch 1871 den Präsidenten Pretorius den Jüngern zum Rücktritt; doch sein Nachfolger T. Burgers, ein reformierter Prediger, der in Holland studiert hatte, erregte bald große Entrüstung durch seine liberalen religiösen Anschauungen und sein Bestreben, das altväterische Transvaal durch Hebung des Unterrichtswesens und Erbauung einer Eisenbahn von Pretoria nach der portugiesischen Delagoabai zu modernisieren, wofür er 1875 eine Anleihe von 2 Mill. Mark in Holland aufnahm. Viele Boeren wanderten lieber aufs neue in die Wildnis über den Limpopo oder nach dem Westen hinüber, sogar in die Kalahariwüste, um Belial nicht dienen zu müssen.

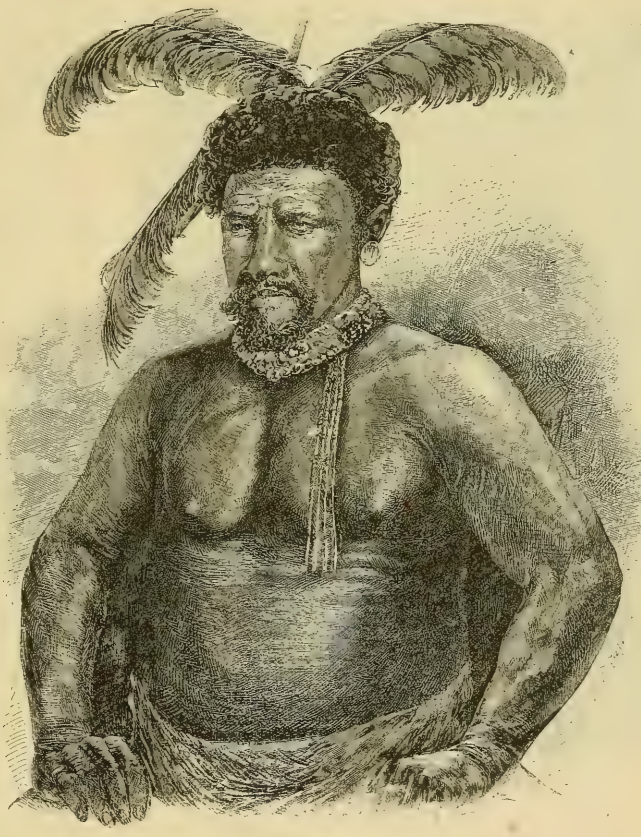
Transvaal unter englischer Hoheit.

Endlich brachte ein Krieg gegen den Kaffernhäuptling Sekukuni im Nordosten 1876 die Krisis zum Ausbruch. Als Burgers ein Kommando von 2500 Mann gegen ihn sandte, ritten 2000 vor der Entscheidung nach Hause. Nur das Fort Burgers wurde angelegt und von Freiwilligen, darunter auch mehreren Deutschen, heldenmütig verteidigt. Daheim aber drohte alles zusammenzubrechen. Die Finanzen waren durch den Kaffernkrieg und den vorschnellen Bahnbau zerrüttet, die neuen Goldfunde im Süden am Witwatersrand und im Norden am Limpopo führten Tausende von Abenteurern und englischen Unternehmern ins Land, und endlich griff England wieder zu, unter dem Vorwande, die Boeren gegen die Kaffern schützen zu müssen. Auf einige mehr oder weniger bestellte Bittschriften hin erschien als königlicher Kommissar Sir Theophilus Shepstone mit Truppen in Pretoria und proklamierte am 12. April 1877 die Vereinigung des Transvaal mit der Kapkolonie, obwohl der Präsident und der Volksraad gegen diesen neuen Gewaltstreich entschieden Verwahrung einlegten und von 8000 Wählern 6591 dagegen protestierten. Nunmehr stand das Land der fremden, namentlich der englischen Einwanderung offen. Auf den Goldfeldern wuchsen Städte mit unheimlicher Schnelligkeit aus dem Boden (wie Johannisburg im Witwatersrand),

die Goldströme, die sich über das Land ergossen, führten allen Luxus und alle Verderbnis des modernen großstädtischen Lebens herein, und das alte ehrenfeste Boerentum wurde durch diese neue städtisch-englische Kultur in seinen Grundlagen bedroht.

Das Kapland stand am Beginne eines ungeheuren Aufschwunges. Seitdem es 1872 die parlamentarische Regierung erhalten hatte, war es thatsächlich ein selbständiger Staat unter britischer Oberhoheit, konnte sich also ganz frei bewegen. Es hatte sich schon 1869 das schöne Gebirgsland der kriegerischen Basuto einverleibt; jetzt nahm es 1874 Ost-Griqualand, 1876 Finguland (Transkai). Ein Aufstand der Galeka, Gaika, Pondo, Tembu und Betschuanen wurde niedergeschlagen; den König der Sulu, Ketschwayo, einen der Söhne Umpandas, der sich in blutigen Bürgerkriegen 1853 zum Mitregenten des Vaters aufgeschwungen hatte und 1872 sein Nachfolger geworden war, hielt Shepstone so lange mit Verhandlungen hin, bis die übrigen Kaffernstämme den englischen Waffen erlegen waren. Als die Engländer schließlich die Auflösung seiner Armee (40000 Mann) und seine Unterwerfung unter englische Oberhoheit forderten, antwortete Ketschwayo stolz, er sei so gut Souverän wie die Königin von England, und sie habe ihm nichts zu befehlen. So kam es zum Kriege. Aber mit blutigen Schlappen büßten die Engländer, als sie zu Anfang Januar 1879 den Tugelafluß überschritten, ihren gewaltthätigen Übermut. Am 22. Januar erlitten sie bei Isandlhana unweit des Tugela gegen die todesmutigen Regimenter Ketschwayos trotz ihres Schnellfeuers eine vernichtende Niederlage, die sie zurückwarf. Daß Prinz Louis Napoleon, der einstmalige Erbe des französischen Kaisertums, der den Feldzug als Freiwilliger mitmachte, bei einem mit sträflichem Leichtsinn unternommenen Rekognoszierungsritt am 1. Juni unter den Assegais der Kaffern fiel, weil seine Begleiter ihn feig im Stiche ließen, war dagegen nur ein tragisches Verhängnis. Aber Ketschwayo war zu sehr Barbar, um den glänzenden Sieg auszunützen, der zu einer allgemeinen Erhebung der Kaffernstämme hätte führen können, und so gewann England Zeit, ansehnliche Verstärkungen unter Lord Wolseley, dem Besieger der Aschanti, nach Natal zu werfen. Am 4. Juli erfocht dieser bei Ulundi zwischen dem weißen und dem schwarzen Umwolosi einen völligen Sieg. Ketschwayo wurde in den Ngomewald am schwarzen Umwolosi gedrängt und fiel dort durch

Unterwerfung des Sulureiches.



208. Ketschwayo, König der Sulu.

Verrat den Engländern in die Hände, die ihn in Kapstadt internierten. Die merkwürdige Heeresorganisation der Sulus lösten sie auf und das Land teilten sie in dreizehn Bezirke unter selbständigen Häuptlingen, bis sie, weil diese sich fortwährend befehdeten, Ketschwayos Sohn Dinisulu 1882 als König unter britischer Oberhoheit einsetzten. Ketschwayo starb 1884.

Erhebung der Boeren in Transvaal.

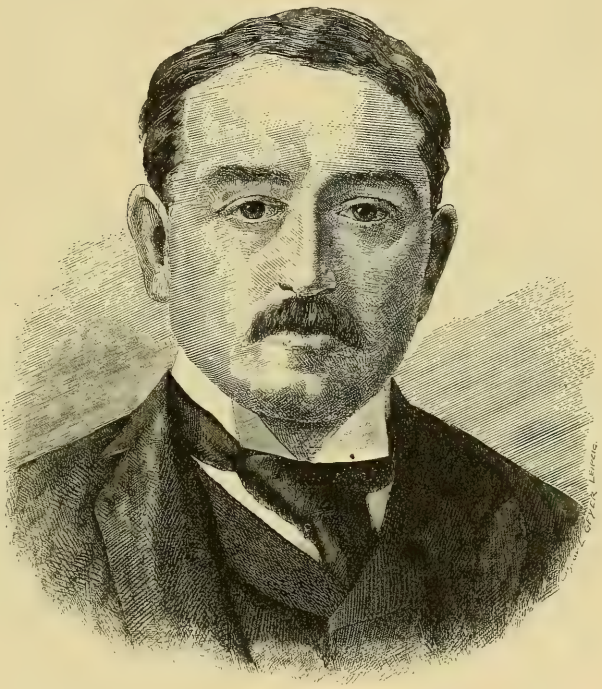
Obwohl somit auch im Osten von der englischen Macht halb umschlossen, zeigten doch die Boeren im Transvaal, daß ihr germanischer Freiheitssinn den britischen Bestrebungen gefährlicher sei als selbst der Todesmut der Sulus. Zu Anfang Dezember des Jahres 1880 trat das Triumvirat Krüger, Pretorius und Joubert an die Spitze des grollenden Volkes und rief es zur Erhebung auf. Durch mehrere Gefechte bei Potschefstrom, Pretoria, Laingsneck aus dem Lande gedrängt, versuchten die englischen Truppen die Wiedereroberung von Natal aus und besetzten den felsigen Majubaberg auf der Grenze zwischen Transvaal dem Freistaat und Natal (an der Straße nach Standerton-Heidelberg-Pretoria). Als die Boeren dies am Morgen des 27. Februar 1881 bemerkten, war ihr Obergeneral Joubert für den Rückzug, doch General Smitt rief Freiwillige vor und erstürmte die steile Höhe mit nur 150 Schützen, deren tödlichem Blei der größte Teil der 600 Engländer mit ihrem Führer, General Colley, erlag. Eine ungeheure Erregung ging durch das ganze germanische Südafrika, Scharen von Freiwilligen eilten aus dem Oranjefreistaat herbei, auch die Boeren des Kaplandes unter Hofmeyr rüsteten sich zur Erhebung und schlossen den „Afrikanderbond". Da kam Gladstones berühmte Depesche: „Wir haben den Boeren Unrecht gethan, macht Frieden". Krüger, besorgt wegen der mangelnden Munition, nahm an und schloß am 4. August 1881 einen Vertrag, wonach Transvaal die Selbstverwaltung unter englischer Oberhoheit erhielt, ein englischer Resident in Pretoria seinen Sitz nehmen und eine königliche Kommission das Verhältnis zu den Eingebornen regeln sollte. Aber der Volksraad verwarf dies Abkommen, wählte 1882 Paul Krüger (geb. 1825 als Sprößling einer ursprünglich altmärkischen Familie), einen Mann ohne höhere Bildung, aber von unbeugsamer Energie und echter Bauernklugheit, zum Präsidenten des Transvaal und schickte ihn im September 1883 mit dem General Smitt und dem Kultusminister du Toit nach Europa, um unmittelbar mit der englischen Regierung zu verhandeln. In dem Vertrage vom 27. Februar 1884 gestand England die Unabhängigkeit der „Südafrikanischen Republik" zu und behielt sich nur ein Vetorecht gegen deren Verträge mit auswärtigen Mächten vor; die von Transvaal zu übernehmende Staatsschuld wurde auf 250 000 Pfd. Sterl. festgesetzt. Als darauf die Gesandtschaft auch in Holland und Deutschland erschien, fand sie im Haag

209. Paul Krüger, Präsident der Südafrikanischen Republik. Nach einer Photographie.

wie in Berlin (8. Juni) die freundlichste Aufnahme, denn schon trat der Gegensatz zwischen der deutschen und der englischen Kolonialpolitik scharf genug hervor. Daß Fürst Bismarck mit den Boeren einfach Plattdeutsch sprach, erweckte in ihnen eine Art Heimatsgefühl, das nicht ohne Folgen blieb. Erst nach heftigen Debatten nahm der Volksraad am 8. August den Vertrag an, und auch dem Finanzminister des Kaplandes, Cecil Rhodes (geb. 1853), war es gelungen, sich mit Hofmeyr zu verständigen.

Cecil Rhodes und die Boeren.

Allein der Gegensatz zwischen dem englischen und dem niederländischen Element in ganz Südafrika dauerte fort, oder vielmehr, er verschärfte sich fortwährend, und der gefährlichste Gegner der Boeren wurde Cecil Rhodes, als Haupt der Diamantengesellschaft von Kimberley, die er durch Verschmelzung der verschiedenen Kompanten gebildet hatte, und als Gründer der Goldfeldergesellschaft (1886) der reichste Mann Afrikas, als Premierminister des Kaplandes (seit 1890) sein eigentlicher Beherrscher, seit dem Eintritt Deutschlands in die Reihe der afrikanischen Mächte die Seele der britischen Ausdehnungspolitik, ein Mann von jener echt englischen, zähen und brutalen Energie, die jedes fremde Recht unbedenklich mit Füßen tritt, sobald es ihr im Wege steht, aber wie früher so auch hier Großes erreicht hat. Nach ihrer ganzen Wirtschaftsweise mußten die Boeren ihr Gebiet fortwährend erweitern, und sie mußten, wenn sie wirklich unabhängig bleiben wollten, die freie Verbindung mit dem Meere suchen. Nach beiden Richtungen drängten sie vor. Schon 1882 hatten ihre Auswandererscharen im Westen die Republik Goſen, im Jahre 1883 Stellaland (im Betschuanenlande) gegründet; im Jahre 1884 verwandelten sie auf Grund eines Vertrags mit Dinisulu einen Teil des Sululandes in die „Nieuwe Republik", näherten sich also dem Meere. Aber auch hier trat ihnen England, besonders auf die Veranlassung von Rhodes hin, entgegen und stellte noch 1884 Stellaland und Goſen durch Sir Charles Warren als Britisch-Betschuanaland unter sein Protektorat. Im Osten annektierte England 1885 das Pondoland, 1887 auch das freie Sululand mit der wichtigen Santa Lucia-Bai, auf die Deutschland seine Ansprüche allzu rasch aufgab, 1888 Tongaland, schloß also die Boerenrepubliken völlig vom Meere ab. Dagegen wurde die „Nieuwe Republik" im September 1887 als Bezirk Vrijheid mit der Transvaalrepublik vereinigt. Gleichzeitig verstanden es die Boeren, in dem schönen, wiesen- und waldreichen, noch unabhängigen Gebirgslande der Swasi an ihrer Ostgrenze Konzessionen für Weide- und Bergwerknutzung zu erwerben, und errangen 1890 das gemeinsame Protektorat mit England. Da diesem jedoch das schwer zugängliche Land nur lästige Ausgaben bereitete, so erkannte es im Dezember 1894 das ausschließliche



210. Cecil Rhodes.
Nach einer Photographie.

Protektorat der Südafrikanischen Republik über das Swasiland an, wogegen diese auf jede Gebietsausdehnung im Norden des Limpopo verzichtete.

Die Chartered Company im Norden des Limpopo.

Denn unermüdlich arbeitete hier die 1889 gestiftete und mit einem Königlichen Freibrief (Charter) ausgestattete Britisch-südafrikanische Gesellschaft (Chartered Company) an der Ausdehnung des englischen Einflusses. Sie stellte die Kalahariwüste und das Volk der Barotse jenseit des oberen Sambesi unter ihren Schutz, setzte sich, nachdem Rhodes schon 1888 die Erwerbung der Berggerechtsame im Matabelelande veranlaßt hatte, im goldreichen Maschonalande auf dem Gebiete des großen Matabelekönigs Lobengula fest, dessen Heere alles weithin mit Schrecken erfüllten, gründete hier die Forts Victoria und Salisbury, gewann, gestützt auf den Vertrag mit Portugal, den England im Mai 1891 erzwang, den freien Verkehr auf dem Pungwefluſſe, der bequemsten Zugangsstraße ins Innere, und schlug im Herbst 1893 eine Erhebung der Matabele mit Hilfe des Betschuanenkönigs Khama und der Barotse, vor allem mit ihren Maximgeschützen, die unter Lobengulas dichten Scharen entsetzlich aufräumten, siegreich zu Boden. Am 4. Dezember wurde Lobengulas Hauptkraal Buluwayo in den Matopobergen erobert, er selbst starb auf der Flucht in den Wildnissen am Sambesi. Die englische Herrschaft reichte bis an den Njassasee heran und beherrschte den ganzen Oberlauf des Sambesi. Ein Vertrag mit dem Kongostaate, der darin einen Landstreifen längs der großen Seen an England überließ, scheiterte nur an dem bestimmten Widerspruche Deutschlands und Frankreichs (1894). Aber wenn Rhodes seinen Lieblingsgedanken, das englische Südafrika mit dem englischen Ostafrika und dem Sudan zu verbinden, zunächst auch aufgeben mußte, sein nächstes Ziel, der südafrikanische Staatenbund, schien nahe.

Jamesons Einfall in Transvaal.

Denn fast von allen Seiten von der englischen Herrschaft umspannt, wurden die Boerenrepubliken auch im Innern von der rasch anwachsenden fremden städtischen Einwanderung bedroht, die seit 1886 in der jungen Großstadt Johannesburg ihren Mittelpunkt und in den beiden großen Gesellschaften, der Diamanten- und der Goldfeldergesellschaft, den Schöpfungen Cecil Rhodes', ihre kapitalkräftige Stütze gefunden hatte. Auch P. Krüger konnte nicht hindern, daß Johannesburg 1893 durch eine englische Bahnlinie mit Britisch-Betschuanaland verbunden wurde; um so eifriger förderte er jetzt den Bau der Linie nach der Delagoabai und schloß schon 1889 mit dem Oranjefreistaat ein enges Bündnis. Aber die größere Gefahr kam nicht von außen, sondern von innen. Die zahlreichen „Uitlanders", d. h. die Engländer in Johannesburg, bildeten 1895 ein sogenanntes „Reformkomitee", um das Wahlrecht für sich zu erzwingen, und bewaffneten sich. Anderseits faßte Rhodes als Direktor der Chartered Company den Entschluß, durch einen Einfall in Transvaal dieser Bewegung zu Hilfe zu kommen und die Regierung im englischen Sinne umzugestalten. Als aber der Kommissar der Chartered Company, Dr. Jameson, mit 800 Reitern und sechs Geschützen von Westen her am 29. Dezember die Grenze überschritt, trat ihnen das sofort unter Waffen gerufene Aufgebot der nächsten Bezirke am 1. Januar 1896 bei Krügersdorp in den Weg und nahm Jamesons Leute derart unter Feuer, daß diese nach schweren Verlusten am 2. Januar entmutigt die Waffen streckten. Die Engländer in Johannesburg aber, wo sich die Deutschen und Franzosen der Regierung zur Verfügung gestellt hatten, wagten nicht loszuschlagen, wurden entwaffnet und ihr „Reformkomitee" zur Verantwortung gezogen. Da Kaiser Wilhelm II. den Präsidenten Krüger zu der Abwehr des völkerrechtswidrigen Einfalls telegraphisch beglückwünschte und in London keinen Zweifel darüber ließ, daß er die Unterwerfung Transvaals unter englische Botmäßigkeit nicht zugeben werde, so mußte die englische Regierung Jamesons „Heldenritt" amtlich verurteilen, doch lieferte der Präsident Krüger die Gefangenen aus und begnadigte die zum Tode verurteilten Leiter des „Reformkomitees".

Aussichten.

Freilich, den unfehlbaren Kugeln der Boerenschützen mag noch manche englische Truppe erliegen; ob sie aber selbst, wiewohl noch weitaus in der Mehrzahl, der höheren englisch-städtischen Kultur auf die Dauer werden standhalten können,

das ist immerhin die Frage. Sie finden eine starke Stütze bei den Boeren des Kaplandes und bis zu einem gewissen Grade auch bei den deutschen Kolonisten (in ganz Südafrika etwa 75000), die in Johannesburg und andern Städten, in Transvaal und in Natal auch auf dem platten Lande in ziemlicher Zahl vorhanden sind und gruppenweise, wie die Hermannsburger in Natal, auch einigermaßen geschlossene Ansiedelungen bilden, aber ihr Nationalgefühl ist selten von jener Stärke, die einem selbstbewußten fremden Volkstume lange standhält. Noch verwickelter wird die Frage nach der Zukunft des germanischen Südafrika durch das Verhältnis zu den Ureinwohnern, namentlich zu den Kaffern. Denn sehr im Gegensatze zu den nordamerikanischen Indianern sterben diese keineswegs aus, sondern wachsen rascher an Zahl als die Weißen und zivilisieren sich. Im Oranjefreistaat waren sie 1885 den Weißen an Zahl nicht viel überlegen (74000 und 62000); aber in Transvaal waren 1890 von 610000 Einwohnern

211. Straße (Commissionsstreet) in Johannesburg.

nur 110000 Weiße, in Natal lebten um dieselbe Zeit 500000 Kaffern neben nur 40000 Weißen; die Basutos konnten schon 1879 gegen 18000 Reiter stellen, die Pondo zählten 1894 gegen 150000 Köpfe. Die Fingu, die England in den fünfziger Jahren an Stelle der Kosa ins Land zog, waren schon 1874 auf 73000 Köpfe gewachsen, hatten sich in seßhafte Bauern und Handwerker verwandelt, hatten meist das Christentum angenommen, regierten sich schlecht und recht selbst, bauten Kirchen, Straßen und Schulen, besaßen in jenem Jahre 46 Volksschulen und 45 Handelsstationen, und hatten eine Aus- und Einfuhr von jährlich 150000 Pfd. Sterl. Auch die einheimischen Sprachen erhalten sich; selbst die Kinder europäischer Kolonisten lernen und sprechen leicht das Sulu. Vermutlich hängt von der Haltung dieser eingeborenen Rassen (im ganzen jetzt zwischen dem Kap und dem Sambesi 4 Millionen gegen eine halbe Million Weiße, davon je $^2/_5$ Holländer und Engländer) die Entscheidung des großen Kampfes zwischen dem englischen und dem niederdeutschen Volkstum um die Herrschaft über Südafrika größtenteils ab. Sie ist aber zugleich eine Frage der großen Weltpolitik zwischen England, Deutschland und Frankreich, denn auch dieses ist in Südafrika stark interessiert, seitdem die Franzosen im Anschluß an ihre alten Ansprüche (s. Bd. VI, S. 527) 1883/84 die Hafenplätze Majunga an der Nordwestküste und

Tamatave an der Nordostküste Madagaskars besetzt, dann durch einen kurzen, aber verlustvollen Feldzug bis zur Hauptstadt Tananarivo (1895) das Protektorat über die ganze Insel erworben und sie schließlich im Jahre 1896 ihrem Kolonialreich einverleibt haben. So tritt auch hier wieder die deutsch-französische Interessengemeinschaft gegenüber der britischen Weltmacht hervor.

Australien.

Während in Südafrika die Entscheidung des großen Völkerkampfes noch aussteht, hat das unbedingte Übergewicht Englands in Australien stets festgestanden, und nur auf einzelnen Inselgruppen ist es den Deutschen und Franzosen gelungen, ihre Herrschaft zu begründen. Aber der ganze große Kontinent hat mehr eine Entwickelung als eine Geschichte, denn er hat niemals einen ernsten Kampf gesehen, nicht einmal mit den scheuen Eingeborenen, schweifenden, kulturarmen Jagdnomaden; alles hat sich hier von jeher um wirtschaftliche Interessen bewegt, und das geistige Leben ist immer ein Nachhall des englischen, ohne Selbständigkeit geblieben.

Anfänge der Besiedelung.

Bei dem eigentümlichen Bau des australischen Festlandes, von dem nur die Ränder und auch diese nur teilweise, fruchtbares und verhältnismäßig gutbewässertes Gebirgsland sind, das flache Innere von endlosen Steppen und Wüsten eingenommen wird und aller schiffbaren Flüsse entbehrt, war die europäische Besiedelung von Anfang an auf die Küstenländer beschränkt, das Innere nur für eine halbnomadische Schafzucht geeignet, und da die wunderliche Tier- und Pflanzenwelt Australiens wenig verwertbares Material darbot, so mußte auch sie gewissermaßen erst kolonisiert werden. Nachdem die Holländer, die Entdecker Australiens (s. Bd. VI, S. 394 f.), das scheinbar wenig anlockende Land ganz beiseite gelassen hatten, hatte England 1787 die Gelegenheit ergriffen, sich seiner überflüssigen Verbrecher durch Deportation nach dem fernen Kontinent zu entledigen, und unter Kapitän Arthur Philipp 778 Strafgefangene nach Botanybai abgeschickt. Dieser landete hier am 18. Januar 1788, fand aber die Lage der Bucht ungeeignet und hißte daher am 26. Januar die englische Flagge an der nahen Sydney Cove an der Südseite des herrlichen, vielgegliederten Port Jackson. Bis 1800 wurden im ganzen etwa 5000 Sträflinge deportiert und angesiedelt. Ebenso war 1803 auf Vandiemensland (Tasmania) eine Sträflingskolonie entstanden und die Stadt Hobarttown gegründet worden. Allein gerade diese Verwendung des Landes hemmte den Zuzug freier Ansiedler, zumal da nicht selten Sträflinge ausbrachen und als Räuber Land und See unsicher machten. Daher wandten sich die freien Kolonisten lieber nach anderen Teilen des Kontinents. Für Südaustralien, dessen Küsten erst 1803 etwas genauer erforscht worden waren, bildete sich 1834 eine Kolonisationsgesellschaft; das Land wurde für England in Besitz genommen und die erste Ansiedlerschar 1836 dorthin geführt. Doch betrug die Zahl der Weißen 1839 erst 12000. Noch etwas früher, 1829, hatte die Besiedelung Westaustraliens begonnen, doch entwickelte sich gerade dies überhaupt von der Natur dürftiger ausgestattete Land sehr langsam. Noch umfaßte die Kolonie Neusüdwales mit der Hauptstadt Sydney den ganzen Osten des Kontinents; Sydney hatte noch 1833 erst 16000 Einwohner, Melbourne entstand als Port Philipp erst 1834, vom jetzigen Queensland war erst die Gegend um die Moretonbucht besiedelt, und noch 1840 schilderte der Gouverneur Macquarie das Land folgendermaßen: „Das Land über 40 (engl.) Meilen von Sydney hinaus undurchdringlich, der Ackerbau unentwickelt, der Handel in seinen ersten Anfängen, ohne feste Einkünfte, mit Hunger bedroht, von Parteiungen zerrissen, die öffentlichen Gebäude im Verfall, die wenigen Straßen und Brücken unpassierbar, die Bevölkerung arm, weder öffentlicher noch privater Kredit, die Moral der größten Masse auf dem tiefsten Stande, die Religion fast verschwunden.“ Erst seitdem 1839 die Deportation aufgehört hatte, nahm die europäische Einwanderung rascher zu, und 1851 wurde im Süden Victoria, 1855 im Norden Queensland als selbständige Kolonie von Neusüdwales abgezweigt.

Aufblühen seit den Goldfunden.

Aber die entscheidende Wendung brachte wie in Kalifornien und Südafrika die Entdeckung der Goldfelder in Viktoria 1851. Auch hier brach ein ansteckendes Goldfieber aus, das sich mit der raschen Erweiterung der Fundstätten nur steigerte. Bis zum Ende des Jahres 1851 zählte man schon 50 000 Goldsucher, im Dezember 1852 kamen allein 152 Schiffe mit 12 000 Passagieren an, und man zählte im ganzen 100 000 Goldgräber, darunter viele Chinesen. Wurden bis zum Februar 1852 allein aus Sydney 18 Mill. Mark ausgeführt, so betrug bis Ende 1852 die gesamte Goldausbeute über 320 Mill. Mark, bis 1875 in Victoria allein 4320 Mill. Mark. Die Einwohnerzahl von Melbourne stieg 1851/56 von 23 000 auf 53 000, die der gesamten Kolonie Victoria 1854—60 von 237 000 auf 462 000. Sydney hatte 1851 schon 51 000 Einwohner, die ganze Kolonie 1857 über 300 000. Gleichzeitig entstanden Eisenbahnen, zuerst in Victoria, wo schon 1853 drei Linien durch die Golddistrikte begonnen wurden; in Neusüdwales wurde die erste kurze Linie Sydney-Paramatta im September 1855 eröffnet. Viel langsamer ging es in den übrigen Kolonien vorwärts. Ganz Westaustralien hatte noch um 1860 nur etwa 5000 weiße Einwohner, Brisbane in Queensland 1857 schon 14 000; aber die Besiedelung drang hier sehr langsam nordwärts, und das wüste Innere war lange Zeit mehr Gegenstand wissenschaftlicher Forschungsreisen (s. S. 34), als der wirtschaftlichen Ausnützung. Erst 1862 erreichte Mac Donall Stuart, quer durch das Land ziehend, die Nordküste und hißte am 24. Juli die britische Flagge in Arnhemsland. Die erste Landvermessung wurde 1868/69 am Port Darwin vorgenommen, und im Oktober 1872 dorthin der Überlandtelegraph von Adelaide aus eröffnet, längs dem sich nun kleine Ansiedelungen bildeten. Eine Nutzung dieser weiten Steppen war nur durch eine halbnomadische Schafzucht möglich; diese aber wuchs so, daß die Zahl der Schafe in Neusüdwales 1863—83 von 7 auf 34 Millionen Stück stieg, von denen Wolle im Werte von $9\frac{1}{2}$ Mill. Pfd. Sterl. ausgeführt wurde, und die Ausfuhr australischer Wolle der europäischen, namentlich der einst so blühenden deutschen Schafzucht die schärfste Konkurrenz bereitete. Ebenso begann die Ausfuhr in Gold, Silber, Kupfer, Eisen und Kohlen einen sehr bedeutenden Einfluß auf die Weltwirtschaft auszuüben. Mit dieser wirtschaftlichen Entwickelung stieg die Einwohnerzahl in nordamerikanischen Verhältnissen. Das ganze Festland hatte 1885 $3\frac{3}{4}$ Mill. Einwohner europäischer Abkunft, Neusüdwales allein über 1 Million, ebensoviel das viel kleinere Victoria, Sydney zählte schon 1881 224 000 Menschen, Melbourne ist mit 440 000 Einwohnern (1894) die viertgrößte Stadt des britischen Gesamtreichs. Und doch waren um 1881 von dem Flächeninhalte von Neusüdwales erst 852 000 acres, freilich das beste Land, unter Kultur, und noch 28 Millionen frei. Mit der Dichtigkeit der Bevölkerung und des Wohlstandes im Südosten hat sich auch die geistige Kultur zu einer achtungswerten Höhe erhoben, Bibliotheken und Zeitungswesen sind in den größeren Städten ansehnlich entwickelt, und das Unterrichtsbudget für Neusüdwales belief sich 1885 auf 700 000 Pfd. Sterl. Die demokratisch-parlamentarische Verfassung bietet dem einzelnen wie jeder Kolonie eine sehr freie Bewegung, doch hat sich allmählich aus der ursprünglich ziemlich gleichartigen Masse eine Art von Aristokratie der reichen Geschäftsleute und Herdenbesitzer erhoben, die sich mit Vorliebe schöne Landsitze baut und eine großartige Gastlichkeit übt.

Neuseeland.

Einer ähnlichen Stellung wie sie Großbritannien zum europäischen Festlande einnimmt, scheint die herrliche Doppelinsel Neuseeland mit ihren Alpengebirgen, prachtvollen Wäldern, rauschenden Gebirgsbächen, heißen Quellen und reichen Bergwerken entgegenzustreben, die von Sydney aus in höchstens sieben Tagen mit Dampfer zu erreichen ist. Hier ging die christliche Mission unter den Ureinwohnern, den polynesischen Maori, tapferen, kräftigen Leuten, die in ihren verpalissadierten Dörfern unter zahlreichen Häuptlingen lebten und um des Menschenraubes willen zu kannibalischen Zwecken einander fortwährend bekriegten, jeder Kolonisation weit voran. Der Apostel Neuseelands, Samuel Marsden, landete 1814; als er, zum Bischof von Neusüdwales aufgestiegen, 1837 starb, waren die Maori fast ganz dem Christentum gewonnen.

wenngleich sie noch 1820—27 einen blutigen Bürgerkrieg miteinander führten. Die englische Besiedelung begann erst 1839 mit der Gründung von Wellington auf der Nordinsel an der Cookstraße durch die New Zeeland Association; 1840 entstand ganz im Norden am Haurakigolf Auckland, und in demselben Jahre wurde Neuseeland zur britischen Kolonie erhoben, deren Gouverneur bis 1864 seinen Sitz in Auckland behielt. Ein lebhafter Aufschwung begann unter dem Gouverneur Sir George Grey 1847—53, und er wurde noch stetiger seit dem letzten großen Maorikriege 1860—66. Während diese einheimische Bevölkerung, fast ganz auf die Nordinsel zusammengedrängt, in rascher Abnahme war und ist (1857—91 sank sie von 56 000 auf 42 000 Köpfe), nahm die europäische Bevölkerung rasch zu, betrug 1851 erst 30 000, 1863 schon 126 000, im Jahre 1885 aber 560 000 Köpfe. Auch hier entwickelte sich besonders die Goldproduktion und die Schafzucht (14 Mill. Stück 1885), und die Gesamtausfuhr erreichte 1885 den Wert von 7 Mill. Pfd. Sterl.

Verhältnis der Kolonien untereinander.

Eine selbständigere politische Stellung gegenüber dem fernen Mutterlande über die ihnen gewährte hinaus haben die australischen Kolonien bis jetzt nicht erstrebt; im Gegenteil war ihr Gemeingefühl so stark, daß 1885 Neusüdwales Freiwillige nach dem Sudan schickte. Aus diesem Grunde hat sich auch der Plan eines australischen Staatenbundes, trotz eingehender Beratungen der Premierminister im Januar 1895, noch nicht verwirklicht, denn die einzelnen Kolonien, die durch ungeheure Wüsten- und Meeresstrecken getrennt und noch ohne jede durchgehende Eisenbahnverbindung sind, haben zu einander weniger Beziehungen als zu England.

Die Inseln der Südsee.

Die kleineren australischen Inselgruppen in der Südsee gingen ihre eigenen Wege.

Neukaledonien wurde 1853 von den Franzosen besetzt und in eine Strafkolonie verwandelt. Dagegen fand die größte Gruppe, die Fidschiinseln (Viti), trotz ihrer üppigen Fruchtbarkeit und landschaftlichen Schönheit erst viel später die Beachtung Englands. Den Schutz, den der König Takombau schon 1858 erbat, hatte es nach langem Zögern 1861 abgelehnt, aber auch ohne diesen fanden sich englische und deutsche Unternehmer auf den Inseln ein, kauften Land und begannen den Plantagenbau. Endlich ergriff England am 30. September 1874 Besitz von der Inselgruppe; da es aber erklärte, Landansprüche, die vor 1875 erworben seien, nicht anerkennen zu wollen, so wurden auch Deutsche aufs schwerste geschädigt, und erst das energische Einschreiten der Reichsregierung erwirkte ihnen einen leidlichen Ersatz. Bald verbreitete sich die englische Kultur über die Inseln, eine regelmäßige Dampferverbindung mit Neuseeland und Australien wurde hergestellt, Zeitungen und Klubs nach englischem Muster entstanden. Doch erhielt sich die christianisierte polynesische Urbevölkerung und macht noch den weitaus größten Teil der Bewohnerschaft aus (1891 von 121000 Köpfen 106000).

Die drohende Schädigung deutscher Interessen auf den Fidschi war es, die den ersten Versuch einer Kolonialpolitik des Deutschen Reiches veranlaßte. Auf der Samoagruppe, die durch ihre Fruchtbarkeit und ihre zentrale Lage in der Südsee mit dem Aufschwunge des Verkehrs immer größere Wichtigkeit erlangte, hatten seit 1830 englische Missionare neben wenigen römisch-katholischen das Christentum mit solchem Erfolge gepredigt, daß sie um 1860 schon 177 Kapellen und über 300 Schulen zählten. Den größten wirtschaftlichen Einfluß aber gewann das deutsche Handelshaus C. Godeffroy in Hamburg, das ausgedehnte Ländereien erwarb und sie mit Kokosbäumen zur Gewinnung der Kopra besetzte. Diese bedeutenden deutschen Interessen wurden nun durch die Kämpfe der Häuptlinge (Tuis) um die Oberherrschaft und die Ränke amerikanischer Abenteurer bedroht, die die schönen Inseln für die Vereinigten Staaten zu erwerben trachteten. Indes verhielt sich das Kabinett von Washington dagegen ablehnend und schloß im Juni 1878 nur einen Handels- und Freundschaftsvertrag, durch den es den Hafen Pago-Pago auf Tutuila erwarb. Sofort besetzte der Kapitän R. Werner, derselbe, der 1873 an der spanischen Küste so energisch aufgetreten war und jetzt vor Apia lag, die Häfen Saluafata und Falealili auf Upolu und legte dadurch den Grund zu dem Vertrage vom 24. Januar 1879, durch den Deutschland den Hafen von Saluafata als Kohlenstation erhielt. Nun sicherte sich auch England eine solche durch den Vertrag vom 28. August 1879. Das wirtschaftliche Übergewicht blieb der „Deutschen Handels- und Plantagengesellschaft der Südseeinseln", die das Haus Godeffroy 1880 ins Leben rief, weil die Unternehmung auf Samoa anfing seine Kräfte zu übersteigen. Um die gewonnene Stellung zu sichern, beantragte Fürst Bismarck die Übernahme einer Zinsgarantie bis zur Höhe von 300000 Mark durch das Reich auf 20 Jahre; doch so gering war selbst damals noch in Deutschland das Verständnis für koloniale Fragen, daß der Reichstag am 27. April 1880 selbst diese lächerlich geringfügige Verpflichtung mit schwacher Mehrheit ablehnte, ein verhängnisvoller Beschluß, denn er zeigte dem Fürsten Bismarck, daß er für überseeische Bestrebungen zunächst auf keine Unterstützung der Volksvertretung

zu rechnen habe, schreckte ihn also von solchen Unternehmungen ab und gefährdet die deutsche Stellung auf Samoa bis zur Stunde. Denn die Eifersucht Englands und Amerikas ließ es zur natürlichsten Regelung der Frage, der Erwerbung der Inseln für Deutschland, nicht kommen und verlängerte zum Schaden aller drei Mächte den thatsächlich anarchischen Zustand auf Samoa. Die Anerkennung des 1880 erhobenen Königs Malietoa Laupepa und die Übertragung der Verwaltung des Hauptortes Apia an die Konsuln hinderten nicht die Wahl des Gegenkönigs Tamasese, und als dieser anerkannt, Malietoa aber im August 1887 von einem deutschen Kriegsschiffe nach Kamerun deportiert wurde, veranlaßte die Erhebung Mataafas als Malietoa II. durch die Ränke des Amerikaners Klein neue schwere Wirren, bei denen eine deutsche Landungsabteilung am 18. Dezember 1888 empfindliche Verluste erlitt und am 15. März 1889 die beiden deutschen Kriegsschiffe „Eber" und „Adler" mit zwei amerikanischen in einem furchtbaren Orkane an der Küste von Apia zerschellt wurden. Endlich erklärte die Samoakonferenz am 14. Juni 1889 die Insel für neutral und unabhängig und verfügte zugleich zur Aufrechthaltung der Ordnung die Anstellung eines Oberrichters und eines Vorsitzenden des Gemeinderates von Apia durch die Mächte oder durch den König von Schweden. Als König wurde 1890 wieder Malietoa II. anerkannt. Aber die Frage des künftigen Besitzes ist ungelöst geblieben, und da die Engländer durch ihre Missionare die Eingeborenen geistig beherrschen, so besteht die Gefährdung der deutschen Interessen fort.

Neuguinea und Bismarckarchipel.

Inzwischen hatte aber die deutsche Kolonialpolitik, nachdem sie ihre ersten überraschenden Erfolge in Afrika errungen, auch in der Südsee an weniger bestrittenen Punkten Fuß gefaßt. Noch in demselben Jahre 1884 hißte Kapitän Schering, mit der Fregatte „Elisabeth" und dem Kanonenboot „Wolf" aus Afrika herüberkommend, die Reichsflagge in Neubritannien, der nunmehr Bismarckarchipel genannten Inselgruppe im Norden von Neuguinea, am 3. November in Mioko, am 4. in Matupi; dann dampfte er hinüber nach Neuguinea, von dem Holland nur das westliche Drittel beanspruchte, ohne es zu besiedeln, und ergriff am 27. November in Finschhafen Besitz von dem Nordosten der gewaltigen Insel, der den Namen Kaiser-Wilhelmsland erhielt. Nach einigen Schwierigkeiten, die der Reichskanzler mit fester Hand beendete, begnügte sich England mit der Südostküste gegenüber dem australischen Festlande (7. Mai 1885). Die Verwaltung der neuen Kolonie blieb unter der Aufsicht des Reiches der Neuguineagesellschaft, die nun bald mit der Anlage von Plantagen begann. Die Besitzergreifung der thatsächlich herrenlosen, bisher von Spanien auch gar nicht beanspruchten Karolinen durch den „Iltis" im August 1885 machte Deutschland wegen des lärmenden Widerspruches der Spanier (s. S. 438) nach dem angerufenen päpstlichen Schiedsspruche vom 22. Oktober rückgängig, dagegen stellte der „Nautilus" noch im Oktober die Insel Yaluit in der Ralickgruppe und die Marschallinseln unter deutschen Schutz. So waren dem Unternehmungsgeiste und der Macht Deutschlands auch im Großen Ozean feste Grundlagen gesichert.

Amerika.

Von allen Erdteilen hat allein Amerika, obwohl von europäischer Kultur seit Jahrhunderten stärker durchdrungen als jeder andre, doch eben auf Grund jener Kultur seine politische Selbständigkeit, mit Ausnahme weniger Landschaften, errungen und sogar eine Großmacht ausgebildet, die mehr und mehr auch politisch im großen Weltverkehr sich geltend macht. Nur Kanada, die Inseln im Mexikanischen Meerbusen (mit Ausnahme von Haiti), ein Teil der Nordostküste von Südamerika (Guyana) und einige Inselgruppen an dessen Südspitze sind im Besitz europäischer Mächte geblieben. In fast allen Teilen hat die wirtschaftliche Entwickelung in den beiden letzten Jahrzehnten erstaunliche Fortschritte gemacht, und die republikanische Staatsform ist in den selbständigen Staaten nunmehr überall durchgesetzt, aber im kreolischen Amerika ist das alte Spiel zwischen Anarchie und Despotismus fast überall fortgegangen, auch in der neuesten Zeit. Das von ihnen wenig oder gar nicht berührte, von Anfang an stärker gebaute Chile hat sich daher zur herrschenden Macht an der Westküste Südamerikas emporgeschwungen, der politische Einfluß dieser Völker auf die außeramerikanische Welt ist aber gleich Null geblieben.

Das germanische Amerika.

Kanada' Bundesstaat.

Im äußersten Norden bildete der englische Besitz lange Zeit keine politische Einheit. Den Nordwesten beherrschte die Hudsonsbaigesellschaft (s. Bd. VII, S. 124). Unter- und Oberkanada waren zwar seit 1840 zu einem Staatswesen, seit 1847 unter einer parlamentarischen Verfassung und mit dem Wechsel der Hauptstadt zwischen Montréal und Toronto vereinigt, aber der Gegensatz zwischen der in Unterkanada überwiegenden katholisch-französischen Bevölkerung und dem englisch-puritanischen Oberkanada war so stark, daß die Hauptstadt 1857 nach Ottawa verlegt werden mußte und endlich der Gedanke durchdrang, diese erzwungene Vereinigung in eine freie bundesstaatliche Verbindung nach dem Muster des großen Nachbarlandes zu verwandeln. So wurde am 1. Juni 1867 der neue kanadische Bundesstaat als Dominion of Canada konstituiert. Sie umfaßte zunächst die Provinzen Quebeck (Unterkanada), Ontario (Oberkanada), Neubraunschweig und Neuschottland; 1869 wurden ihr auch die ungeheuren Länder der Hudsonsbaigesellschaft, die durch Kauf an die Regierung übergingen, teils als Staat (Manitoba), teils als Nordwestterritorium angefügt, 1871 trat auch Britisch-Columbia, 1873 die Prinz-Edward-Insel bei, 1882 wurden die Distrikte Athabaska und Assiniboia organisiert, nachdem ein Aufstand in der letzteren Landschaft 1869/70 niedergeschlagen worden war. An die Spitze des Bundesstaates trat der königliche Generalgouverneur mit einem verantwortlichen Ministerium und einem aus dem Senat und dem sehr demokratischen Unterhause bestehenden Parlamente. Außerdem behielt jede Provinz ihren Gouverneur (lieutenant governor) und ihren Landtag. Die Bundesregierung erhielt ein Vetorecht gegen die Beschlüsse des Parlaments, die Ernennung der Beamten und der (lebenslänglichen) Richter, den Befehl über die Miliz und (1883) das Recht, eine kleine stehende Truppe (1200 Mann) zu halten, neben der nur das wichtige Halifax eine schwache britische Besatzung hat.

Aufschwung Kanadas.

Unter dieser Verfassung erlebte Kanada eine Zeit riesigen Wachstums. Die französischen Kanadier, weit davon entfernt, in der angelsächsischen Bevölkerung aufzugehen, wuchsen bis 1885 auf 1260000 Köpfe, beherrschen Unterkanada vollständig und breiten sich auch in Manitoba rasch aus, sehr selbstbewußt und zukunftssicher, von ihrer reichen und mächtigen, jetzt ganz ultramontan gewordenen Geistlichkeit zusammengehalten und mit dem französischen Mutterlande im engen geistigen Verkehr. Auch die Deutschen, 282000 im Jahre 1885, halten gut zusammen. Die Gesamtbevölkerung erreichte in diesem Jahre die Ziffer von 5 Millionen bei einer jährlichen Einwanderung von 100000 bis 138000 Menschen. Der größte Teil ist englisch, doch bilden, abgesehen von den Franzosen, die Mestizen einen beträchtlichen Bruchteil, der sich gelegentlich durch Aufstände unbequem gemacht hat (so 1870 und 1885). Mit großer Schnelligkeit vollzog sich die Besiedelung der ungeheuren Wildnisse des Innern. Winnipeg z. B., 1870 eine befestigte Handelsstation der Hudsonsbaigesellschaft mit 253 Köpfen, war schon 1885 eine Stadt von 30000 Einwohnern. Dies Wachstum wurde besonders gefördert durch den Bau der kanadischen Pacificbahn, einer Linie von 6028 km Länge von Halifax am Atlantischen bis nach Vancouver am Großen Ozean, die erst durch älteres Kulturland, dann durch ungeheure Wälder und Prärien, endlich über gewaltige Gebirge hinweg führt und 1881 begonnen, am 28. Juni 1886 eröffnet wurde. Auf ihr legt der Eilzug die Strecke von Ozean zu Ozean in etwa vier Tagen, ein Lastzug in sechs bis sieben Tagen zurück. Sie ist daher eine der großen Linien für den Weltverkehr zwischen Europa und Ostasien und eines der wichtigsten Glieder in der Kette geworden, die die über beide Erdhälften zerstreuten Teile des britischen Weltreiches verbindet, und sie hat die Entfernung von Liverpool nach Yokohama auf 28 Tage verkürzt.

Die Vereinigten Staaten unter der Herrschaft des Nordens.

Das alles reicht nun allerdings noch bei weitem nicht hinan an die Entwickelung der Vereinigten Staaten. Nach der gewaltsamen Niederwerfung der „Rebellion" (s. S. 221 f.) stand der Süden zwanzig Jahre lang, bis 1885, unter der harten Herrschaft des Nordens, also der siegreichen republikanischen Partei, die ihr Über-

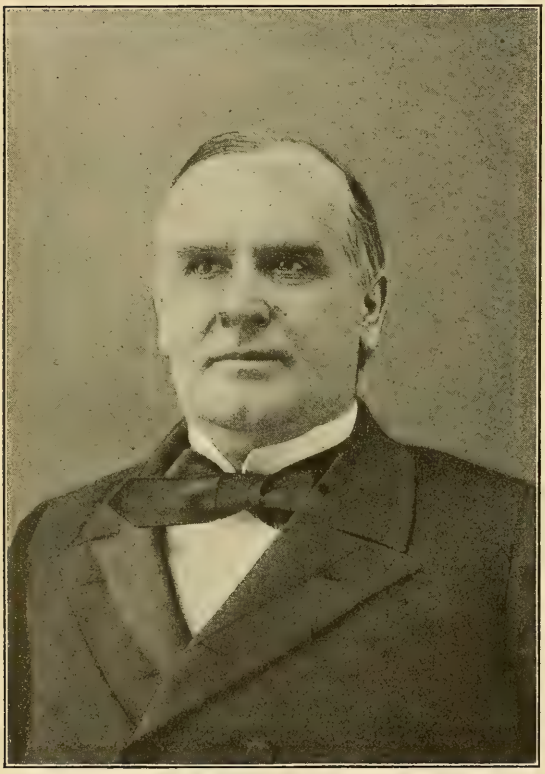
gewicht rücksichtslos und schamlos ausbeutete. Provisorische Regierungen von Abenteurern aus dem Norden, den berüchtigten Carpet-baggers, regierten die südlichen Staaten als rechtlose Territorien mit Hilfe roher Negermehrheiten. Als Ulysses Grant, der siegreiche populäre Feldherr des Sezessionskrieges, mit Hilfe der Neger zum Präsidentenstuhle gelangt war (1869—73), erreichten die Korruption und der Nepotismus ihren höchsten Grad in allen Zweigen der Verwaltung, auch in der einzelner Großstädte, wie vor allem in New York, wo der berüchtigte „Tammany Ring" sie ausbeutete. Denn Grant war politisch von einer kindlichen Urteilslosigkeit und Schwäche und ließ sich in seiner Gutmütigkeit zu allem mißbrauchen. Trotzdem oder auch deshalb wurde er wiedergewählt (1873—77), und der Unfug steigerte sich noch. Dem trat nun allerdings eine starke Bewegung für „Reform des Zivildienstes" entgegen, die der Deutsche Karl Schurz an der Spitze der „liberalen Republikaner" leitete, und mit der Wahl von Rutherford Hayes (1877—81) war sie siegreich; Karl Schurz übernahm sogar das besonders wichtige Departement des Innern, und die „Versöhnung" im Innern machte rasche Fortschritte. Schwierigkeiten erwuchsen aber aus der demokratischen Mehrheit des Kongresses, ein Zeichen von der wieder steigenden Teilnahme des Südens an der Union, und dem wirtschaftlichen Rückgang seit 1873, der zu umfassenden Arbeitseinstellungen führte. Mit schwacher Mehrheit setzten die Republikaner noch die Wahl von James Garfield (1881—85) durch, und James Blaine, ein eifriger Anhänger des „Panamerikanismus", wurde Staatssekretär. Leider endeten die Prozesse gegen schamlose Betrügereien im Eisenbahn- und Postdienst mit einer großen Posse, aber einer der enttäuschten Stellenjäger brachte dem Präsidenten am 2. Juli 1881 durch einen Revolverschuß eine schwere Wunde bei, die von ungeschickten amerikanischen Ärzten falsch behandelt wurde und am 19. September nach schweren Leiden seinen Tod herbeiführte. Sein Nachfolger wurde verfassungsmäßig der bisherige Vizepräsident Arthur, der im Dezember Blaine entließ. Inzwischen schwoll nun die Bewegung für die unaufschiebbare „Reform des Zivildienstes" zu einer solchen Stärke an, daß Blaine bei der Neuwahl unterlag. Mit Hilfe der „liberalen Republikaner" unter Karl Schurz siegte im Dezember 1884 der Kandidat der demokratischen Partei, der bisherige Gouverneur des Staates New York, Grover Cleveland (1885—89, geb. 1837). Damit war nach zwanzig Jahren schnöden Mißbrauches die Herrschaft der republikanischen Partei gestürzt und eine ehrliche Verwaltung wenigstens angebahnt.

212. Grover Cleveland, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nach einer Photographie.

Soweit sich das mit dem verkehrten Systeme der Ämterbesetzung überhaupt vertrug, kämpfte Cleveland wacker gegen die Korruption im Bundesdienst. Für die Stetigkeit an der obersten Stelle sorgte er durch das Gesetz, daß, im Falle der

Wirtschaftliche und soziale Sorgen.

Präsident und der Vizepräsident der Union sterben oder aus irgend welchem Grunde dienstunfähig werden sollten, die Präsidentschaft an die Bundesminister nach einer bestimmten Reihenfolge übergehen sollte (1886). Die Indianerreservationen schützte er energisch gegen die Landgier der Squatter. Aber schwerere Sorgen bereiteten ihm die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Mit der durch das natürliche Wachstum und die Einwanderung zunehmenden Dichtigkeit der Bevölkerung wurde auch in diesem freien Lande der atemlosen Dollarjagd der Kampf ums Dasein härter und schroffer. Die völlig ungebundene Freiheit des Erwerbes und die kolossalen Landschenkungen an die großen Eisenbahngesellschaften hatten die Bildung von Riesenvermögen derart begünstigt, daß einzelne „Eisenbahnkönige" und noch mehr Erwerbsgenossenschaften ein Monopol auf ganze große Nutzungsgebiete hatten, das der ohnmächtigen Staatsgewalt spottete und die Arbeiter bedingungslos einem brutalen Unternehmertume auslieferte. Da die Staatsgewalt um der sogenannten Freiheit willen sich in diese Dinge gar nicht einmischte, so griffen die Arbeiter zur Selbsthilfe und organisierten sich über die ganze Union hin zu der „Zentralarbeiterunion" (knights of labour), um Kranken- und Unterstützungskassen zu begründen und vor allem, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzwingen. So kam es seit 1885 zu ausgedehnten Arbeitseinstellungen, die oft unter schweren Gewaltthaten verliefen und meist Erfolg hatten, da die öffentliche Meinung im ganzen auf ihrer Seite stand. Freilich zählte man im Winter 1885/86 in der ganzen Union auch $^1/_2$ Mill. Arbeitslose, in New York allein 75000, und auf diesem Nährboden schossen auch hier die den praktischen Amerikanern sonst fremden sozialdemokratischen und anarchistischen Lehren ins Kraut und führten in Chicago am 4. und 5. Mai 1886 zu blutigen Bombenattentaten. Der gesunde Menschenverstand der nordamerikanischen Geschworenen sah allerdings in den Urhebern nicht etwa politische Verbrecher, sondern gemeine Mörder, und verhing über sie kurzweg das Todesurteil, das an vieren vollstreckt wurde. Zugleich aber sprach Cleveland in seiner Botschaft an den Kongreß am 22. April 1886 zum erstenmal in diesem Lande die Überzeugung aus, daß die Staatsgewalt diesen brutalen Klassenkämpfen nicht länger unthätig zusehen dürfe, und schlug die Errichtung einer „Arbeitskommission" als oberstes Schiedsgericht für derartige Streitigkeiten vor. Anderseits suchte man der Überfüllung des Arbeitsmarktes durch die Gesetzgebung vorzubeugen, und zwar nach zwei Richtungen hin. Einmal wurde von den europäischen Einwanderern der Nachweis eines gewissen Besitzes gefordert, um die gänzlich Mittellosen (paupers) fernzuhalten, sodann ergriff man eine Reihe von Maßregeln gegen die Einwanderung der Chinesen in den Pacificstaaten. Diese wuchsen nämlich in Kalifornien



213. William Mac Kinley.
Nach einer Photographie.

1860—80 von 35000 auf 105000 Köpfe (von denen kaum 5000 meist prostituierte Weiber waren), schlossen durch spottbillige Löhne in gewissen Geschäftszweigen jede Konkurrenz weißer Arbeiter völlig aus, hielten so eng zusammen, daß sie sogar eine Art geheimer Gerichtsbarkeit unter einander ausübten, und lebten in eignen Vierteln dicht zusammengedrängt in höchst ungesunden, engen Wohnungen, in unglaublichem Schmutz und in ärgster Unsittlichkeit. Auf Grund eines Vertrages mit China vom 17. November 1880 verbot ein Bundesgesetz vom 6. Juli 1884 die Chineseneinwanderung auf zehn Jahre; ein zweites vom 1. Oktober 1888 nach blutigen Tumulten in den Territorien Montana und Washington (1885) untersagte sie überhaupt, freilich ohne durchgreifende Wirkung, da die Zopfträger nun von Kanada oder Mexiko her über die offene Grenze hereinkamen. Dagegen führte die Union das Gesetz gegen die Vielweiberei vom Februar 1887 so wirksam durch, daß dieser anstößige Brauch der Mormonen bald ganz verschwand.

Die Zollreformfrage.

Die wichtigste Frage, die Clevelands Verwaltungszeit bewegte, die Zollreform, kam unter ihm nicht zum Abschluß. Da nämlich der Staatsschatz durch die Erträge der hohen Schutzzölle geradezu überfüllt wurde, so trat Cleveland, den demokratischen Traditionen folgend und von seiner Partei unterstützt, für eine Ermäßigung der Zölle ein, doch brachten die Republikaner im Senat einen Gegenantrag ein und siegten beim Präsidentenwechsel durch die Wahl ihres Parteigenossen Benjamin Harrison (1889 bis 1893), der Blaine wieder zum Staatssekretär machte. Die stolzesten Pläne erfüllten diesen. Er berief einen panamerikanischen Kongreß nach Washington (Oktober 1889), um ganz Amerika durch einen Zollverein zu verbinden, der das wirtschaftliche und damit auch das politische Übergewicht der Union in dem ganzen Erdteil begründet haben würde, und sein Parteigenosse Mac Kinley brachte einen neuen ganz schutzzöllnerischen Tarif in Vorschlag, der die Einfuhr europäischer Industrieerzeugnisse fast unmöglich gemacht und in Verbindung mit jenem Zollverein der nordamerikanischen Industrie den ganzen amerikanischen Markt ausgeliefert hätte. Allein der Zolleinigung widerstrebte das Selbständigkeitsbewußtsein und das Interesse der andern Staaten, und der Tarif Mac Kinleys fand nur in etwas abgeschwächter Form (mit durchschnittlicher Erhöhung der Eingangszölle um 18 Prozent) am 1. Oktober 1890 Annahme.

Nach außen hat die Union bis 1897 streng an dem Grundsatze festgehalten, jede Erwerbung außerhalb Amerikas abzulehnen und sich in auswärtige Angelegenheiten schlechterdings nur so weit einzumischen, als es den Schutz ihrer Interessen galt. Deshalb wurde die von Grant begünstigte Annexion der Republik San Domingo ebenso abgelehnt wie die der Samoainseln (s. S. 521). In der That wäre ein Landheer für auswärtige Zwecke gar nicht vorhanden, und selbst die Flotte ließ man jahrzehntelang verfallen. Erst in den letzten Jahren begann der Bau mächtiger Schlachtschiffe und schneller Kreuzer. Das ungeheure Land fand eben in sich selbst unerschöpfliche Hilfsquellen.

Wirtschaftliche Entwickelung der Union.

Für diese Entwickelung ist dreierlei besonders charakteristisch: einmal das rasche Anwachsen einer selbständigen Industrie, die sich nunmehr auch über die Südstaaten ausbreitete, sodann die Bildung von monopolistisch wirkenden Riesenvermögen, endlich die schnelle Besiedelung aller Gebiete in Verbindung mit einer großartigen Ausbildung des Eisenbahnnetzes, das mit der ersten Pacificbahn 1869 beide Ozeane, New York und San Francisco, verknüpfte und 1893 insgesamt eine Länge von 286000 km hatte. Die Bevölkerung wuchs nach dem Bürgerkriege mit solcher Schnelligkeit, daß sie 1870 über 38 Mill., 1880 schon 50 Mill., 1890 über 62 Mill. betrug, unter denen nur $7^1/_2$ Mill. Neger und nicht mehr als 58000 Indianer waren. Infolgedessen wurde auch ein Territorium nach dem andern in einen Staat verwandelt: 1867 Nebraska, 1875 Colorado, 1889 das Waizenland Nord- und Süddakota, das erzreiche Montana und Washington, 1890 Idaho und Wyoming, 1895 Utah. Die Zahl der Staaten wuchs dadurch auf 44. Freilich verband sich mit der Besiedelung eine geradezu unverzeihliche Verwüstung nicht nur der einst nach Millionen zählenden Büffelherden im „wilden Westen", sondern auch der ungeheuren Wälder, die ja von jeher Privateigentum waren, bis endlich seit 1887 teils die Union, teils die Einzelstaaten

eingriffen und große Waldbestände „reservierten", also der gierigen Spekulation entzogen. Einen etwas andern Charakter tragen die reservierten „Nationalparks", durch besondere Naturschönheiten ausgezeichnete Gegenden, die als Erholungsstätten vorbehalten blieben, wie vor allem der berühmte Yellowstonepark in Wyoming (seit 1872), und also auch jeder Besiedelung verschlossen wurden, abgesehen von einigen Gasthöfen.

Landschaftliche Gegensätze in der Union.

Je mehr die Kultur das ganze Land ergriff, desto mehr verstärkten sich natürlich auch die im Wesen der Dinge liegenden Gegensätze zwischen den Hauptgebieten der Union; nur lief die wichtigste Teilungslinie nicht mehr, wie zur Zeit des Sezessionskrieges, von Ost nach West, sondern es schieden sich immer deutlicher drei Gruppen: die immer mehr industriellen Oststaaten, die wesentlich landwirtschaftliche Mitte im Mississippigebiet, endlich die erzreichen und weinbauenden Gebirgsländer am Großen Ozean jenseit der großen Wüste. Ob diese Gegensätze sich immer nur auf dem Boden der Bundesverfassung werden ausfechten lassen, ist zweifelhaft, aber keine Frage der nächsten Zukunft. Vielmehr erschien die Entwickelung der Union bei der Weltausstellung in Chicago 1893 zur vierhundertjährigen Feier der Entdeckung Amerikas, zu der Norwegen sogar ein Wikingerschiff, Spanien die getreue Nachbildung der Santa Maria (s. Bd. V, S. 52) übers Meer sandte, in imponierendem Glanze, und jedenfalls stehen jetzt die Vereinigten Staaten als die drittgrößte Weltmacht neben England und Rußland; ja sie haben vor beiden den Vorzug, daß sie einen ganz geschlossenen Raum einnehmen und mitten innen liegen zwischen den beiden wichtigsten Ozeanen, also zwischen den beiden Hälften der Alten Welt.

Das romanische Amerika.

Mexiko.

Am stärksten drückte das Übergewicht der Union naturgemäß auf ihren Nachbarn im Süden, Mexiko. Dies erlebte nach der Entscheidung von 1867 eine verhältnismäßig ruhige Zeit. Auf Juarez folgte als Präsident Lerdo de Tejada (1872—76). Da seine Wiederwahl von einer starken Partei unter Porfirio Diaz und Iglesias bestritten wurde, der Kongreß sie aber am 29. Oktober 1876 für gültig erklärte, so erhoben beide nach schlechtem Kreolenbrauch den bewaffneten Aufstand. Nach einem Siege am 15. November besetzte Diaz am 1. Dezember die Hauptstadt und wurde im Februar 1877 förmlich zum Präsidenten gewählt, während Lerdo de Tejada nach den Vereinigten Staaten flüchtete. Nach der Verwaltung des Manuel Gonzalez (1880 bis 1884) erlangte Porfirio Diaz den Präsidentenstuhl in regelmäßiger Wiederwahl noch viermal (1884, 1888, 1892, 1896), eine in der Geschichte der Republik Mexiko unerhörte Erscheinung und vielleicht ein Beweis, daß sie instinktiv einer monarchischen Ordnung zustrebt, jedenfalls aber ein Glück für das vielgeplagte Land. Denn in dieser Zeit vollzog sich, zumeist mit nordamerikanischem und englischem Kapital, wenngleich mit Unterstützung des Staats, der Ausbau eines großartigen Eisenbahnnetzes, von dem 1860 erst 32 km und nach 1870 nicht mehr als 350 km vorhanden waren, das aber zu Anfang 1893 über 10000 km umfaßte und das ganze Land von West nach Ost und von Nord nach Süd umspannte, also seine natürlichen Vorzüge erst zur Geltung brachte. Neben dem alten Hauptgewerbe des Landes, dem Bergbau, entwickelte sich allmählich eine nicht unbedeutende Industrie, auch sie überwiegend durch fremde Kräfte, und solche, namentlich Deutsche und Nordamerikaner, bemächtigten sich auch des Großhandels. In den Verhältnissen der Bevölkerung aber scheint sich das Übergewicht immer mehr auf die Seite der heimischen Rassen zu neigen, denn von den 12 Mill. Einwohnern Mexikos im Jahre 1893 gehörten nur 2 Mill. den Kreolen an, 4 Mill. waren reine Indios, $5\frac{1}{2}$ Mill. Mischlinge aus verschiedenen Rassen, und allen sicherte die Verfassung die gleichen politischen Rechte.

Mittelamerikanische Kanalpläne.

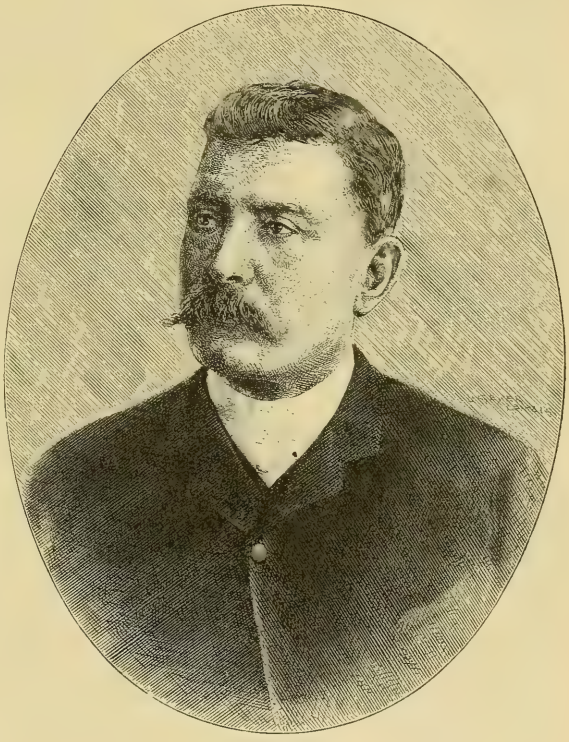
Die wirtschaftliche Umklammerung Mittelamerikas durch die Union würde vollständig werden, wenn der Kanal durch Nicaragua vollendet werden sollte. Die früher durch den Panamakanal drohende Konkurrenz hatte jenen schon bald nach 1870 auftauchenden Plan zurückgedrängt, denn eine Zeitlang schien dies zweite französische Riesenunternehmen dem Erbauer des Suezkanals, Ferdinand von Lesseps, zu gelingen. Er hatte eine französische Aktiengesellschaft gebildet und das große Werk, einen Niveaukanal (ohne Schleusen) von Ozean zu Ozean auf eine

Entfernung von 73 km durch ungesundes, ziemlich gebirgiges Tropenland zu führen, 1881 begonnen; 1884 waren etwa 12000 Arbeiter eingestellt. Allein die große Sterblichkeit in dem mörderischen Klima, die Schwierigkeiten, die weniger das Terrain, als die zahlreichen Flüsse des Isthmus bereiteten, die bald erkannte Notwendigkeit, doch Schleusen einzubauen, steigerten die Kosten so, daß im Jahre 1887 schon 1400 Mill. Frank verbaut und doch erst ein Drittel des Kanals ausgegraben war. Da es Lesseps nicht gelang, die nötigen Riesensummen aufzutreiben, so brach die Panamagesellschaft zusammen und mußte die schon gemachten Arbeiten traurigem Verfall preisgeben. Bald danach bildete sich in der Union die Gesellschaft für die Erbauung des Nicaraguakanals, die im Februar 1889 einen Vertrag mit der Regierung des Landes schloß und die Arbeiten begann. Da die auszugrabende Strecke nur 43 km bei einer Gesamtlänge von 272 km berechnet wurde, so hoffte man auf eine verhältnismäßig rasche Vollendung.

Südamerika.

In Südamerika treten in den beiden letzten Jahrzehnten zwei Thatsachen bestimmend hervor: das Aufsteigen Chiles zur herrschenden Macht am Stillen Ozean und die Verwandlung des Kaisertums Brasilien, der einzigen amerikanischen Monarchie, in eine Bundesrepublik.

Aufsteigen Chiles.



214. Porfirio Diaz, Präsident von Mexiko.

Die Entscheidung für Chile, das 1875 über 2 Mill. Einwohner zählte, brachte der schwere Krieg mit Peru und Bolivia (1879—84). Den Anlaß dazu gaben die wertvollen Guano- und Salpeterlager in der nördlichen Atacamawüste, deren Besitz zwischen Chile und Bolivia von jeher streitig, deren Nutzung aber durch Vertrag geregelt und größtenteils den unternehmenden Chilenen zugefallen war. Als nun Bolivia vertragswidrig einen hohen Ausfuhrzoll auf Salpeter legte, besetzten die Chilenen am 14. Januar 1879 Antofagasta und trafen umfassende Rüstungen. Dasselbe geschah nicht nur in Bolivia, sondern auch in Peru, obwohl die dortigen Heeresverhältnisse kläglich waren (1870 zählte die peruanische Armee 2668 Offiziere und 4171 Mann!), und auch die chilenische Kriegsflotte die Überlegenheit behauptete. Daher erklärte Chile am 4. April auch an Peru den Krieg. Die chilenische Flotte unter Robelledo blockierte sofort die feindliche Küste, besonders Iquique, schlug am 13. April ein peruanisches Geschwader an der Mündung der Loa und erschien im Mai vor Callao. Inzwischen aber erzwang das gefürchtete peruanische Turmschiff „Huascar" unter seinem kühnen Führer Gran die Aufhebung der Blockade von Iquique, die Stadt wurde frisch verproviantiert und das peruanische Heer sammelte sich dort, indem es mit den nahestehenden Bolivianern in Verbindung trat. Da gelang es den Chilenen am 8. Oktober, den „Huascar" zu nehmen und dadurch die unbedingte Herrschaft zur See, auf der eigentlichen Operationsbasis in diesem Küstenkriege angesichts der gelben Steilwand der Kordilleren, zu gewinnen. Nun landete General Encalada mit 9000 Mann nördlich von Iquique und brachte dem verbündeten Heere am 19. November bei Santa Francisca eine vernichtende Niederlage bei, die das peruanische Heer fast auflöste und das Schicksal von Iquique entschied. Am 21. November fiel dieser Platz, am 27. November auch Tarapaca. Damit waren die Chilenen Herren des streitigen Gebietes.

Rücktritt Bolivias.

Darüber brach in Peru wie in Bolivia die Revolution los, und neue Präsidenten wurden erhoben, hier Campero, dort Pierola. Das Schicksal des Krieges vermochten sie aber nicht mehr zu wenden. Während die chilenische Flotte seit dem 10. April 1880 wieder Callao blockierte, landete die Armee nördlich von dem stark befestigten Arica bei Ilo am 24. Februar, so daß die Verbündeten nordwärts nach Tacna zurückgingen. In dessen Nähe wurden sie in ihrer starken Stellung auf dem Alto de Tacna am 26. Mai von den Chilenen angegriffen und abermals völlig geschlagen. Der Preis des Sieges war die Einnahme von Tacna und Arica (7. Juni) und der Rücktritt Bolivias von jeder thätlichen Beteiligung am Kriege.

Einnahme von Callao und Lima; Friedensschluß.

Nunmehr richteten die Chilenen den Stoß gegen das Herz von Peru. Am 20. November landeten sie 10000 Mann bei Pisco südlich von Callao, dann 20000 Mann im Norden der Stadt. Nach der Erstürmung von Luria siegten sie am 12. Januar 1881 glänzend bei Chorillos südlich von Lima, dann weiter nach Norden vordringend, am 15. Januar bei Miraflores, beidemal mit herben Verlusten. Unter den Gefallenen war auch ein tapferer deutscher Offizier, der den großen Namen Moltke trug. Zwei Tage später besetzten die Sieger Callao, am 18. Januar auch die Hafenstadt Lima. Damit war der Krieg zu Ende. Aber es gab in Peru weder eine Armee mehr, noch auch nur eine Regierung, mit der die Sieger hätten verhandeln können; sie mußten deshalb das Land jahrelang besetzen und kamen erst am 20. Oktober 1883 zum Frieden mit Peru, der am 31. März 1884 ratifiziert wurde und dem am 4. April auch Bolivia beitrat. Bolivia trat die Provinz Antofagasta ab, Peru Tarapaca. Die Provinz Tacna sollte zehn Jahre lang in chilenischer Verwaltung bleiben, dann aber durch Volksabstimmung über ihre Staatsangehörigkeit entscheiden.

So gewann Chile den ganzen streitigen Küstenstrich und schnitt damit Bolivia völlig vom Meere ab. Noch während des Krieges hatte es sich durch den Grenzvertrag mit Argentinien vom 23. Juli 1881 die ganze Westhälfte des noch herrenlosen Patagonien bis zur Magellanstraße gesichert. Es war der inneren Stärke nach die größte Macht Südamerikas.

Chilenischer Bürgerkrieg.

Von inneren Wirren blieb es allerdings nicht ganz verschont. Der im September 1886 antretende Präsident José Manuel Balmaceda (geb. 1840) sorgte umsichtig für große Eisenbahnbauten auch über die Kordilleren und für Verbesserung des Schulwesens durch Berufung deutscher Lehrer, aber er geriet mit dem Kongreß in heftigen Streit über das Budget, der im März 1891 zum offenen Bruche führte. Die Mehrheit des Kongresses zog sich nach dem Norden zurück und bildete hier, auf den größten Teil der Flotte gestützt, eine provisorische Regierung (Junta) unter dem Admiral Jorje Montt. Mit wechselndem Glücke wurde anfangs im Norden um Pisagua und Iquique gestritten, aber zur See behaupteten die Kongreßtruppen in den Gefechten bei Caldera und Canaral (Ende April) das Übergewicht, so daß Balmaceda, der einen neuen Kongreß zu bilden versucht hatte, Unterhandlungen begann. Nachdem diese fehlgeschlagen waren, suchte er durch eine gesetzlose Schreckensherrschaft alles einzuschüchtern, erregte aber dadurch die größte Erbitterung. Endlich führte eine kühne Operation der Kongreßtruppen nach dem Plane eines deutschen Offiziers, des eigentlichen Generalstabschefs Emil Körner, die Entscheidung herbei. Mit Hilfe der überlegenen Flotte wurde das ganze Heer überraschend an der Mündung des Aconcagua ans Land gesetzt und ging nach dem Siege vom 21. August gegen die Hauptstadt Santiago und Valparaiso vor. Am 22. August erlagen die Truppen des Präsidenten bei Concon, am 27. August wurde Santiago übergeben, und die Reste seiner Armee wichen nach blutigen Kämpfen bei Vinadalmar in völliger Auflösung nach Valparaiso zurück, wo die zügellosen Haufen alles mit Mord und Plünderung bedrohten. Um das Ärgste abzuwenden, übergaben die Ortsbehörden die Stadt dem deutschen Admiral, der mit einem Kreuzergeschwader soeben aus Ostasien angelangt war und nun mit fester Hand die Ordnung sicherte. Umsonst legte Balmaceda sein Amt zu gunsten des Generals Baquedano nieder, die Sieger erkannten diesen nicht an, und Balmaceda erschoß sich am 19. September im Gebäude der argentinischen Gesandtschaft, wohin er sich geflüchtet hatte. Zu seinem

Nachfolger erwählte der Kongreß am 11. November 1891 den bisherigen Führer der Junta, Jorje Montt.

Gegensätze in Brasilien.

Während Chile sich mächtig erhob, ging Brasilien schweren Erschütterungen und einer ungewissen Zukunft entgegen. Zwei Fragen waren es vor allem, die nach dem siegreichen Abschlusse des Krieges mit Paraguay (s. S. 241 ff.) das weite Reich bewegten, die Abschaffung der Sklaverei und der Kampf mit den Klerikalen. Nachdem der Kaiser Pedro II. schon am 6. November 1866 allen Sklaven, die ins Heer eintreten wollten, die Freiheit gegeben und dieser Schritt vielfach Nachahmung gefunden hatte, ließ das Gesetz vom 28. September 1871 alle Staatssklaven frei und bestimmte, daß alle von jetzt an geborenen Sklavenkinder frei sein sollten und alle Sklaven von Privatbesitzern sich loskaufen könnten, wozu ein Staatsfonds zu ihrer Unterstützung gebildet wurde. Da nun die Zahl der Sklaven seitdem rasch zurückging und 1885 nur noch 1350000 betrug, so schlug die Regierung am 28. September desselben Jahres die allmähliche Freilassung binnen spätestens 17 Jahren vor gegen Entschädigung für ihre Besitzer. Nicht zufrieden damit, setzten indes die Heißsporne am 13. Mai 1888 ein Gesetz durch, das die sofortige Freilassung verfügte, und erbitterten dadurch die schwer betroffenen Pflanzer aufs äußerste. Dazu kamen nun Konflikte mit dem katholischen Klerus. Der Bischof d'Olindo von Pernambuco wurde 1874 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er mit Verletzung der Staatsgesetze den großen Bann über die Freimaurer ausgesprochen hatte und sich weigerte, ihn zurückzunehmen. Als der päpstliche Nuntius und der Bischof von Para dagegen protestierten, wurde dieser verhaftet und klerikale Tumulte in einigen Provinzen niedergeschlagen. Das Gesetz vom 28. Dezember 1880 zerstörte dann die bisherige Alleinherrschaft der römischen Kirche, indem es den naturalisierten Nichtkatholiken die Wählbarkeit zum Reichstage und zu den Provinzialversammlungen verlieh.

Sturz des Kaisertums; Brasilien Bundesrepublik.

Während nun die Regierung durch dies alles den mächtigen Klerus verletzte, verdarb sie es durch die rasche Aufhebung der Sklaverei auch mit der Pflanzeraristokratie, und verlor um so mehr allen Halt in dieser treulosen kreolischen Gesellschaft, als der Kaiser, durchaus ein hochgebildeter Friedensfürst, persönlich gar keine Fühlung mit der Armee hatte. Als er nun die Thronfolge seiner Tochter, der Gräfin Isabella d'Eu, die für ganz klerikal galt, sichern wollte, brach am 15. November 1889 ein Militäraufstand in Rio aus, an dessen Spitze sich der Marschall Deodoro da Fonseca setzte. Die Minister wurden verhaftet, der Kaiser mit seiner Familie an Bord eines Dampfers gebracht und zur Abreise nach Europa gezwungen, wo er schon am 4. Dezember 1891 in Paris verschied. Die neue Regierung unter Fonseca gab allen, die lesen und schreiben konnten, das Wahlrecht, und der auf dieser Grundlage gewählte konstituierende Reichstag genehmigte am 24. Januar 1891 die neue Verfassung, die Brasilien nach nordamerikanischem Vorbilde in einen Bundesstaat von 20 Republiken verwandelte. Vielleicht ist dadurch der Zerfall des ungeheuren Gebietes eingeleitet worden.

Die Mächte des mitteleuropäischen Dreibundes.

Begründung des Dreibundes.

Wie die Länder außerhalb Europas fortwährend von diesem verhältnismäßig kleinsten Teile der Alten Welt die stärksten Einflüsse erfuhren, so standen auch die europäischen Völker beständig unter den Rückwirkungen, die diese Beziehungen ausübten; ja ihr Verhältnis zu einander wurde durch sie stärker bestimmt, als jemals zuvor.

Das deutsch-österreichische Bündnis.

Zunächst lockerten die Nachwirkungen des Russisch-türkischen Krieges 1877—78 das alte Verhältnis der drei Kaisermächte. Die Überspannung der russischen Ansprüche im Vertrage zu San Stefano hatte Österreich an die Seite Englands getrieben, und der ganze Groll der Russen über die Verkürzung ihrer Siegesbeute durch den Berliner Kongreß richtete sich, wiewohl Fürst Bismarck damals Rußland stets unterstützt hatte, in erster Linie gegen Deutschland, weil sie noch immer Preußen als ihren dienstwilligen

Vasallen betrachteten und in der selbständigen Haltung Deutschlands einen Akt der Undankbarkeit gegen die Unterstützung der preußischen Politik 1866 und 1870—71 erkennen zu dürfen glaubten. Da Fürst Gortschakow ganz diese Gesinnung teilte, so lag die Möglichkeit vor, daß die Panslawisten den Zaren zu einem Kriege gegen Deutschland fortrissen. Daher sandte Kaiser Wilhelm, als Alexander II. im August 1879 nach Warschau kam, den bei ihm persönlich hochangesehenen Feldmarschall Edwin von Manteuffel (wie 1866) zu ihm und entschloß sich auf dessen Meldungen hin zu einer persönlichen Zusammenkunft mit seinem Neffen, die am 3. und 4. September in Schloß Alexandrowo (bei Thorn) auf russischem Boden stattfand, aber zu keiner innerlichen Annäherung führte. Inzwischen hatten Fürst Bismarck, damals zur Kur in Gastein, mit Graf Andrassy den Gedanken eines näheren deutsch-österreichischen Bündnisses besprochen, das diesen russischen Drohungen ein starkes Gegengewicht bieten sollte, und kam zu weiteren Verhandlungen am 21. September nach Wien, wo er am Hofe wie bei der Bevölkerung den herzlichsten Empfang fand. Nach mehrfachen Besprechungen mit dem Kaiser, Andrassy und Tisza, wurde der Entwurf zu dem Vertrage am 24. September festgestellt, und nachdem der Reichskanzler am nächsten Tage nach Berlin zurückgekehrt war, auch von Kaiser Wilhelm genehmigt, so schwer dem alten Herrn die darin liegende Wendung gegen Rußland wurde. Am 7. Oktober 1879 unterzeichneten der deutsche Botschafter in Wien, Prinz Reuß, und Graf Andrassy das **deutsch-österreichische Verteidigungsbündnis**. Es verpflichtete jede der beiden Mächte, der andern mit allem Nachdruck beizustehen, wenn die eine oder andre von Rußland angegriffen werden sollte oder wenn dies einer andern Macht bei einem Angriff auf Deutschland oder Österreich Hilfe leiste; bei jedem Kampfe aber, in den einer der verbündeten Staaten mit irgend jemand geraten sollte, sicherten sich beide freundliche Neutralität zu. So standen die beiden stammverwandten Kaisermächte, niemand bedrohend, aber auch niemand fürchtend fortan in enger völkerrechtlicher Verbindung nebeneinander, ohne doch die Selbständigkeit ihrer Politik aufzugeben. Das Bündnis blieb vorläufig in seinen Einzelheiten geheim, doch wurde sein friedlicher Zweck gegenüber Rußland und Frankreich nachdrücklich betont und in St. Petersburg sogar der ganze Vertrag noch vor dem förmlichen Abschlusse mitgeteilt. In Rußland freilich steigerte sich die feindselige Gesinnung zunächst derart, daß man sich in Deutschland bereits auf das schlimmste gefaßt machte und noch Ende Oktober Graf Moltke in Dresden erschien, um mit dem König Albert von Sachsen über die Annahme des Oberbefehls gegen Rußland zu verhandeln. Diese entschlossene Haltung verfehlte schließlich ihre Wirkung nicht, der Friede blieb erhalten.

Anschluß Italiens.

Nicht lange, und dem neuen Zweikaiserbündnis schloß sich als dritte Macht **Italien** an. Zwar neigte das neue radikale Ministerium **Cairoli**, das erste König Humberts, anfangs zu Frankreich und wagte aus Rücksicht auf die „Freiheit“ weder gegen die Republikaner noch gegen die Irredentisten einzuschreiten, die den Krieg gegen Österreich predigten (s. unten), obwohl Cairoli seit seiner Zusammenkunft in Gastein mit Fürst Bismarck im August 1879 wußte, daß Italien als Bundesgenosse willkommen sei. Doch die entscheidende Wendung kam erst mit der französischen Besitzergreifung von Tunis im Mai 1881, die Italiens Interessen aufs schwerste schädigte und bedrohte (s. S. 494 f.). Cairoli schied aus dem Amte mit den bezeichnenden Worten an den französischen Gesandten: „Ich war der letzte italienische Minister, der Frankreich geliebt hat“, und das Ministerium **Depretis-Mancini** (seit dem 17. Mai) beschloß, sich dem Zweikaiserbündnis zu nähern, um Italien vor einer verhängnisvollen Isolierung zu bewahren. Auf den Rat Bismarks ging das italienische Königspaar im Oktober 1881 mit Mancini nach Wien. Doch wurde der formelle Beitritt Italiens zu dem mitteleuropäischen Bündnis erst mit dessen Erneuerung am 2. Januar 1883 vollzogen, und zwar in der Weise, daß Italien, falls es von Frankreich angegriffen würde, die Hilfe Deutschlands zugesichert erhielt, und umgekehrt. Da es aber dadurch noch nicht gegen einen Flottenangriff auf seine langgestreckte Küste gesichert war, so trat es auch in ein näheres Verhältnis zu **England**, dessen Spannung mit Frankreich seit der Okkupation

Ägyptens 1882 (s. oben S. 493 f.) offenkundig hervortrat, und sicherte sich dadurch die Möglichkeit zu einer Kolonialerwerbung am Roten Meere. So entstand ein mitteleuropäisches Friedensbündnis, das durch Italien eine gewisse Fühlung auch mit England hatte und in modernen, völkerrechtlichen Formen gewissermaßen die Länderverbindung des mittelalterlichen deutsch-römischen Reichs erneuerte.

Das deutsch-russische Verhältnis.

Da aber zu fürchten stand, daß die beiden Mächte, gegen deren Angriffe sich der Dreibund richtete, Rußland und Frankreich, gerade dadurch zu einem engeren Zusammenschlusse getrieben werden möchten, namentlich dann, wenn Deutschland bei Rußland den Verdacht erweckte, daß es mit seinem größten Gegner England in besonders nahen Beziehungen stehe, und die aufsteigenden überseeischen Interessen Deutschlands überall auf englische Gegnerschaft stoßen mußten, so suchte Fürst Bismarck ein leidliches Verhältnis auch zu Rußland zu behaupten, falls das Dreikaiserbündnis 1884 abliefe. Fürst Gortschakow ging darauf nicht ein, verschwieg sogar seinem kaiserlichen Herrn ein Schreiben, das Fürst Bismarck in dieser Sache an ihn gerichtet hatte. Als dies aber nach seinem Tode am 11. März 1883 seinem Nachfolger Nikolai von Giers in die Hände kam, begab sich dieser im November nach Berlin und Friedrichsruh, und im Jahre 1884 verpflichteten sich alle drei Kaisermächte auf drei Jahre, den Frieden unter sich zu wahren und in Fragen, die zu Zwistigkeiten führen könnten (nämlich zwischen Österreich und Rußland im Orient), sich freundnachbarlich auseinanderzusetzen, wobei der deutschen Politik die vermittelnde, also die ausschlaggebende Rolle zufiel. Denn Frankreich von der Befriedigung seiner Revanchegelüste abzuhalten, sei es durch Isolierung, sei es durch die Förderung solcher Interessen, die den Deutschen nicht zuwider waren, das war und blieb ein Hauptzweck der Politik Fürst Bismarcks, und er hat ihn 19 Jahre durch völlig erreicht.

Die nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland.

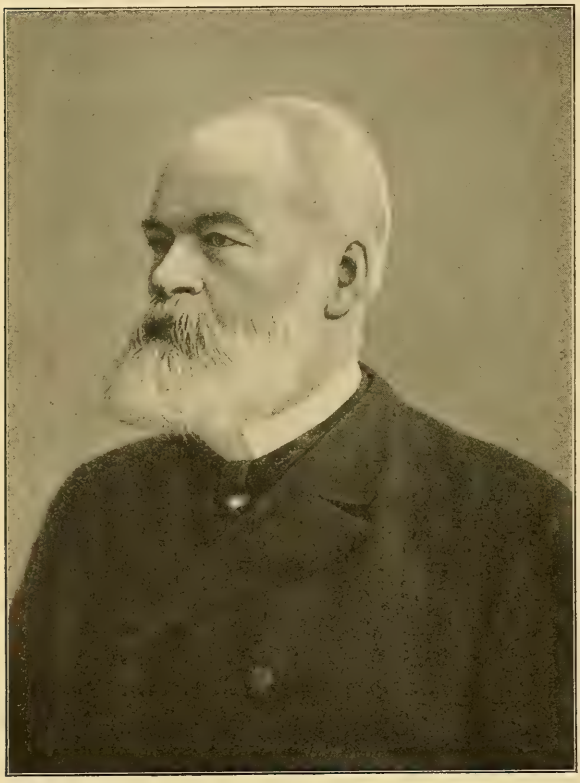
Bismarcks Reformgedanken und die Kathedersozialisten.

Hinter dieser mächtigen, kunstvoll geschaffenen Deckung begann nun im Deutschen Reiche eine großartige Neugestaltung wirtschaftlicher und sozialer Art, die der Nation in allen ihren Teilen ein gesichertes Dasein schaffen sollte. Auch diese bahnbrechenden Gedanken entstanden in dem mächtigen Haupte des großen Staatsmannes, der das Reich geschmiedet hatte. Stets ein Verächter aller hergebrachten Schulmeinungen, also auch des damals in allen Kreisen, auch in der Regierung herrschenden Manchestertums, hatte er schon 1864 Staatshilfe für die hungernden Leinweber des schlesischen Gebirges vorgeschlagen, deren einst blühendes Hausgewerbe durch die fabrikmäßige Herstellung billiger Baumwollenstoffe vernichtet wurde, und hatte dann im Oktober 1871 dem damaligen Handelsminister Grafen Itzenplitz gegenüber geäußert, der Staat müsse zwar den staatsgefährlichen Agitationen der Sozialdemokratie entgegentreten, könne aber gewisse Wünsche der Arbeiter erfüllen. Um solche Maßregeln vorzubereiten, schlug er eine beratende Kommission vor. Doch Itzenplitz, ganz in manchesterlichen Theorien befangen, lehnte ab und beachtete auch eine neue Anregung Bismarcks nicht, die dieser im November gab, weil er damals es nicht ohne Grund für möglich hielt, die Anhänger Lassalles zur Regierung herüberzuziehen. Zu Hilfe kam ihm dabei eine neue Schule der deutschen Nationalökonomie, die Kathedersozialisten. In Eisenach im Oktober 1872 auf die Einladung des Professors Gustav Schmoller (in Straßburg) versammelt, erklärten sich diese für die soziale Monarchie, als die sich das preußische Königtum schon unter Friedrich Wilhelm I. und III. namentlich im Interesse der Bauern bewährt hatte (s. Bd. VII, S. 280 und Bd. IX, S. 72 f.), gegenüber dem Naturrecht der Manchesterleute. Praktisch forderten sie Fabrikinspektoren, Untersuchung der Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse, Überwachung des Bank- und Versicherungswesens. Sie wurden zunächst als gefährliche idealistische Schwärmer heftig bekämpft, und auch H. von Treitschke betonte 1874 in seinem berühmten Aufsatz „Der Sozialismus und seine Gönner" nachdrücklich wenigstens die natürlichen Schranken jeder Sozialreform, sowie die sittlichen Grundlagen des Wirtschaftslebens. Jedenfalls that die Regierung in den nächsten

Jahren gar nichts in der gewiesenen Richtung, und so verfielen die deutschen Fabrikarbeiter in immer wachsendem Maße der Sozialdemokratie.

Bismarcks Zoll- und Steuerpläne.

In einer ganz ähnlichen Lage wie hier befand sich der Reichskanzler jahrelang mit seinen Steuer- und Zollplänen; er fand in der Regierung nirgends verständnisvolle Mitarbeiter und konnte nicht einmal verhindern, daß die Eingangszölle auf Eisen mit dem 1. Januar 1877 aufhörten (s. oben S. 415 f.). Die Folge war eine schwere Krisis der deutschen Eisenindustrie, da das billige englische Roheisen nunmehr in Massen auf den offenen deutschen Markt gebracht wurde und den Preis des deutschen Eisens bis unter den Selbstkostenpreis herabdrückte. Aber diese Krisis brachte auch die entscheidende Wendung. Amtsmüde und körperlich leidend forderte Fürst Bismarck im April 1877 seinen Abschied; doch der Kaiser schrieb darauf sein berühmtes „niemals" und bewilligte dem Kanzler einen zehnmonatigen Urlaub, den dieser in Friedrichsruh, Kissingen, Varzin und Gastein zubrachte, eifrig mit dem Studium wirtschaftlicher Fragen beschäftigt. Zugleich drängte er den Finanzminister Camphausen unablässig zur Ausarbeitung von Vorlagen für die Finanz- und Steuerreform und verhandelte im Dezember zu Varzin mit Bennigsen über dessen Eintritt ins Ministerium, kam aber mit ihm nicht zum Ziele, weil dieser einen Ministerposten auch für seinen Parteigenossen, den Freiherrn von Stauffenberg, forderte, der für Bismarck zu weit links stand. Endlich gelangten im Februar 1878 Vorlagen über Reichsstempelabgaben und Erhöhung der Tabaksteuer an den Reichstag; da dieser indes, noch ganz vom Manchestertum beherrscht, sie ablehnte, nahmen Camphausen und Achenbach (der Handelsminister) ihre Entlassung, und an ihre Stelle traten Hobrecht für die Finanzen, Maybach für den Handel. Zugleich wurde zur Erleichterung des amtlichen Verkehrs für den Reichskanzler die Reichskanzlei errichtet.



215. Professor Gustav Schmoller.
Nach einer Photographie.

Die Attentate auf den Kaiser.

Da beleuchtete eine ruchlose Freveltat blitzartig den Abgrund, an den die bürgerliche Gesellschaft dank dem manchesterlichen Gewährenlassen geraten war. Als der Kaiser am Nachmittage des 11. Mai 1878 in Begleitung seiner Tochter, der Großherzogin Luise von Baden, die menschenwimmelnde Straße Unter den Linden entlang von einem Ausfluge nach seinem Palais zurückfuhr, feuerte ein gemein aussehender Mensch vom Fußsteige aus in der Nähe der russischen Botschaft mehrere Revolverschüsse auf den greisen Monarchen ab. Dieser blieb unverletzt und wollte anfangs gar nicht glauben, daß der Mordanfall ihm gegolten habe. Der sofort verhaftete Verbrecher aber, der 21jährige Klempnergeselle Max Hödel aus Leipzig, bekannte sich trotzig zu

der That, indem er sich als Anarchisten und Nihilisten bezeichnete, und der unbeschreiblich freche Ton der sozialdemokratischen Presse, wie des Leipziger „Vorwärts“ bewies, daß die ganze Partei in ihm ihren Genossen sah. Um so verdienter war es, daß sie getroffen werden sollte. Aber das sofort eingebrachte Gesetz „zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen“ lehnte der Reichstag schon am 24. Mai mit großer Mehrheit ab, teils weil es mangelhaft vorbereitet war, teils aus prinzipiellen Gründen, obwohl Feldmarschall Moltke warnend auf die Notwendigkeit solcher Bestimmungen hinwies. Mitten in der Erregung, die diesen Vorgängen folgte, traf die erschütternde Nachricht ein, daß die neue Panzerfregatte „Großer Kurfürst“ am 31. Mai bei Folkestone im Kanal durch einen Rammstoß des „Königs Wilhelm“, den ein falsch verstandenes Ruderkommando veranlaßt, gesunken sei und 270 von ihrer Bemannung mit sich in die Tiefe gezogen habe. Und noch zitterte der Schmerz über so herbe Verluste durch die Nation, da flog am Abend des 2. Juni die Kunde von einem neuen Attentat auf den geliebten Kaiser durch das Land.

Als der Monarch an diesem Nachmittage, an einem Sonntage, seine gewöhnliche Ausfahrt machte, gegen seine Gewohnheit den Helm auf dem Haupte, da trafen ihn, während ihm alles zujubelte, und er wie immer freundlich grüßte, aus einem Fenster des Hauses Nr. 18 Unter den Linden zwei Schrotschüsse, die ihn am Kopf und Arm verletzten. Erschrocken reißt der Kutscher die bäumenden Pferde zurück, der Feldjäger springt vom Bock, deckt den Kaiser mit seinem Leibe und stützt den aus dreißig kleinen Wunden blutenden Greis, der mit schmerzerfüllten Zügen zurückgesunken ist. Der Wagen kehrt um und fährt durch die entsetzt und teilnahmvoll ihn umdrängende Menge nach dem Palais zurück. Die Zeugen des Verbrechens stehen einen Moment stumm und starr vor Entsetzen, dann aber bricht die elementare Wut los wie ein Gewittersturm, ein Haufe von Männern dringt in das Haus, aus dem die Schüsse gefallen sind, stürmt die Treppe hinauf, zertrümmert im Nu eine verschlossene Thür und stürzt sich ins Zimmer auf einen kleinen blassen Menschen, der mit dem Revolver in der Hand in einer Ecke steht. Zwei Schüsse fallen, der zweite trifft ihn selbst in den Kopf, ein Ulanenoffizier versetzt ihm einen schweren Säbelhieb, andre winden ihm den Revolver aus der Hand und fesseln den Rasenden, der blutend und bald besinnungslos im „grünen Wagen“ durch die tobende Menge nach dem Polizeigebäude gebracht wird.

Es war diesmal ein wissenschaftlich gebildeter Mann, Dr. Nobiling aus Posen (geb. 1848), längere Zeit nach dem Ende seiner Studien am königlichen statistischen Büreau zu Dresden thätig, wo er sich als verbissenen Sozialdemokraten erwiesen hatte. Umsonst suchte ihn die sozialdemokratische Presse von der Partei abzuschütteln, die Thatsachen sprachen doch allzudeutlich, und eine furchtbare Erregung wogte durch das Land. Am 4. Juni übernahm der Kronprinz die Stellvertretung für den Kaiser, dessen Wunden zwar nicht schwer, aber bei dem hohen Alter und der tiefen Gemütsbewegung des Monarchen nicht unbedenklich waren (bis 5. Dezember); am 11. Juni wurde der Reichstag aufgelöst und die Neuwahlen für den 30. Juli angeordnet. Als Regent ließ der Kronprinz der Gerechtigkeit freien Lauf und bestätigte das Todesurteil gegen Hödel, das am 16. August vollstreckt wurde, Nobiling dagegen erlag am 16. September seiner schweren Kopfwunde, ohne daß ein wirkliches Verfahren gegen ihn eingeleitet werden konnte. In der ungeheuren Aufregung, die diese Frevelthaten und die Wahlen zum Reichstage hervorriefen, ging das Interesse für den Berliner Kongreß und der Stolz, daß er in der deutschen Hauptstadt und unter deutschem Vorsitz tagte (13. Juni bis 13. Juli), fast völlig unter.

Das Sozialistengesetz.

Die Neuwahlen des 30. Juli brachten zwar keine Neubildung der Parteien, wohl aber über diese hinaus eine Mehrheit für die wirtschaftliche und soziale Reform, also auch für die Einschränkung der sozialdemokratischen Agitation. So wurde nach heißen Debatten, in denen freiheitliche Theorien mit der harten Wirklichkeit noch einmal scharf zusammenstießen, das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ am 19. Oktober 1878 mit einer Gültigkeitsdauer bis zum 31. Mai 1881 in dritter Lesung mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen und am 21. Oktober vom Kronprinzen vollzogen. Es unterdrückte mit einem Schlage die gesamte Presse und Organisation einer Partei, die sich selbst außerhalb des Gesetzes gestellt hatte, indem sie erklärte, die Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, unter deren Schutze sie doch bestand, zerstören zu wollen. Binnen wenigen Monaten

wurden 135 Vereine, 35 Zeitungen und über 100 Druckschriften verboten und die wichtigsten Agitatoren aus ihrem bisherigen Wirkungskreise ausgewiesen. Freilich, die Organisation verschwand nur von der Oberfläche, im Verborgenen schlich sie weiter. Daher wurde das sogenannte Sozialistengesetz im Jahre 1880 bis zum 30. September 1884 verlängert, und dann noch mehrmals bis zum 1. Oktober 1890.

Die Zollreform.

Doch um die deutschen Arbeiter aus den Banden revolutionärer Theorien zu befreien, bedurfte es mehr als bloßer Unterdrückungsmaßregeln, bedurfte es einschneidender wirtschaftlicher und sozialer Reformen, die ihre Lage verbesserten und der gesamten deutschen Volkswirtschaft erweiterte und befestigte Grundlagen gaben. Das bisher geltende Freihandelsprinzip, das die deutschen Volkswirte bisher gläubig den Engländern, den Inhabern aller politischen und wirtschaftlichen Erbweisheit nach der Meinung der Liberalen, nachgesprochen hatten, bedrohte Deutschland mit einer langsamen „Verblutung". Die deutsche Eisenindustrie vermochte die frei einströmende Zufuhr englischen Eisens sowenig zu ertragen, daß eine Reihe von Hochöfen ausgeblasen und Tausende von Arbeitern entlassen werden mußten. Die ungeheuren Massen von Getreide und Nutzholz, die aus Rußland, Galizien und Ungarn über die offene deutsche Grenze hereinströmten, drückten aufs empfindlichste den Preis der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse und wurden um so mehr zu einer Gefahr für die gesamte deutsche Landwirtschaft, als die deutschen Eisenbahnen diese Zufuhren durch Differenzialtarife noch begünstigten. Die Folgen zeigten sich vor allem darin, daß zahlreiche, namentlich norddeutsche Landwirte sich nicht behaupten konnten und ihre verschuldeten Güter schließlich der Zwangsversteigerung verfielen (in den alten preußischen Provinzen rechts vom Rheine 1868—77 durchschnittlich in jedem Jahre über 10000). Da bildete sich nun im Oktober 1878 aus 204 Abgeordneten, vornehmlich der Konservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums, die „volkswirtschaftliche Vereinigung" des Reichstages für eine Zollreform auf Grund mäßiger Schutzzölle; Fürst Bismarck aber beantragte am 12. November beim Bundesrate die Bildung eines Ausschusses für die Tarifreform und legte diesem am 15. Dezember die Grundzüge seines gewaltigen Planes vor: Vermehrung der indirekten Steuern zur Herabsetzung der weit drückenderen direkten, Zölle auf alle eingehenden Waren mit Ausnahme der für die deutsche Industrie unentbehrlichen fremden Rohstoffe, Abschaffung der Differenzialtarife für fremde Waren. So hoffte er zunächst den deutschen Markt für die deutsche Arbeit zurückzuerobern, dem „Verblutungsprozeß", der nur durch den Milliardenzufluß einigermaßen gehemmt worden sei, ein Ende zu machen, zugleich dem Reiche erhöhte Einnahmen (70 Mill. Mark) zu sichern. Demgemäß schlug die Tarifvorlage vom 4. April 1879 Zölle auf Weizen (1 Mark), Roggen (50 Pfennige) und Eisen (1 Mark auf je 100 kg) vor. Darüber erhob sich nun seit dem 2. Mai eine erregte Debatte, und die Parteien schieden sich. Gegen die Zölle eiferten die meisten freihändlerischen Liberalen (Delbrück, Bismarcks alter Genosse, Ödelhäuser, Bamberger, Lasker, Braun, Rickert, E. Richter); dafür traten die konservativen Fraktionen, das Zentrum und ein Teil der Nationalliberalen ein. Endlich wurden am 9. Mai die meisten Sätze des Tarifs an eine Kommission verwiesen, die Getreide- und Eisenzölle dagegen im Plenum beraten. Da wurden nun zunächst am 23. Mai die Getreidezölle (226 gegen 109 St.), endlich am 28. Mai auch die Holzzölle (172 gegen 88) angenommen. Das neue Parteiverhältnis drückte sich sofort in der Zusammensetzung des Präsidiums aus, denn die Präsidenten Max von Forckenbeck und Stauffenberg gaben ihre Entlassung; für jenen trat der Konservative von Seydewitz, für diesen der Freiherr von Franckenstein, eines der führenden Zentrumsmitglieder, ein. Aber noch mehr. Zu Anfang Juli gaben drei liberale Minister, Falk, Hobrecht und Friedenthal, ihre Entlassung, und am 9. Juli stellte Franckenstein im Einvernehmen mit dem Reichskanzler den Antrag, was über 130 Mill. Mark aus den Zöllen und aus der Tabaksteuer eingehe, den Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer Matrikularbeiträge (die dann als Abzüge an den Überweisungen aus der Reichskasse erschienen) auszuzahlen. Dieser Antrag führte die Verschiebung des Verhältnisses der Parteien zur Regierung weiter. Denn während mit Fürst Bismarck das

216. Westfassade des Reichstagsgebäudes zu Berlin. Erbaut 1884—1894 von Paul Wallot.

Zentrum und die Konservativen sowie eine Anzahl Nationalliberaler, darunter Völck und Treitschke, für ihn eintraten, bekämpften ihn Bennigsen, Beseler u. a. als ein gefährliches Zugeständnis an den Partikularismus, doch er wurde schließlich noch am 9. Juli in erster Lesung gegen die Mehrzahl der Nationalliberalen mit 211 gegen 122 Stimmen genehmigt. Ebenso fanden in dritter Lesung die Eisenzölle und die Verdoppelung der Getreidezölle, endlich das ganze Tarifgesetz am 12. Juli mit 217 gegen 107 Stimmen Annahme. Daß diese Abstimmung der Meinung der Mehrheit wenigstens in Preußen entsprach, zeigten die Wahlen zum Abgeordnetenhause am 7. Oktober, denn sie bedeuteten eine völlige Niederlage der liberalen Parteien. Die Nationalliberalen schmolzen von 168 auf 105, die Fortschrittler von 48 auf 19 zusammen, die Zahl der Konservativen stieg von 42 auf 115, die der Freikonservativen von 35 auf 50, die des Zentrums von 89 auf 96. Inzwischen hatte sich schon im Juli ein Teil der Nationalliberalen, v. Treitschke mit 15 andern, von der Masse der Partei losgesagt, und die neuernannten Minister, von Puttkamer für Kultus und Unterricht, Bitter für die Finanzen, Lucius für die Landwirtschaft, waren keine Liberalen. So vollzog sich die Trennung Fürst Bismarcks von der Partei, mit deren Unterstützung er wesentlich das Reich gegründet und seinen politischen Ausbau durchgeführt hatte, und er sah sich, da ihre Masse ihre Prinzipien der Teilnahme an der Herrschaft vorzog, für den wirtschaftlich-sozialen Ausbau seiner Schöpfung auf die neue konservativ-klerikale Mehrheit angewiesen. Dies mußte nach allen Richtungen hin von den weitestgehenden Folgen sein.

Der Kampf um die Vollendung des Zollvereins.

Diesem neuen Verhältnis entsprechend fand nun Bismarck bei den Liberalen in Parlament und Presse den heftigsten Widerspruch, als er daran ging, die unnatürliche und unleidliche Trennung der beiden Hansestädte Hamburg und Bremen, der einzigen deutschen Welthandelsplätze, und damit der unteren Elbe und Weser von dem nationalen Wirtschaftsgebiete zu beseitigen, wie das bereits § 34 der Reichsverfassung in Aussicht genommen hatte, allerdings nur für den Fall, daß die Städte selbst den Antrag stellten. Da sie dies nicht thaten, Hamburg sogar im Mai 1879 den Beitritt rundweg ablehnte, so beantragte Preußen am 19. April 1880 beim Bundesrate, Altona und einen Teil der Hamburgischen Vorstadt St. Pauli an den Zollverein anzuschließen. Darüber entstand in Hamburg leidenschaftliche Aufregung, und nicht minder heftig wurde der Antrag im Reichstage von den Liberalen als eine Vergewaltigung Hamburgs bekämpft. Trotzdem wurde zugleich (14. Juni) durch eine Verordnung des Bundesrats die Verlegung der Zollgrenze an der Elbe, die bisher bei Bergedorf oberhalb Hamburgs gelegen hatte, an die Elbmündung bei Kuxhaven in Aussicht genommen (für 1. Oktober 1881), nachdem die revidierte Elbschiffahrtsakte, die am 7. März 1880 in Wien unterzeichnet worden war, nur zwei deutsche Zollämter an der Elbe, Schandau und Bergedorf, festgestellt hatte. Damit wäre denn Hamburg eine ringsumschlossene Enklave des deutschen Zollgebiets geworden. Diese unmögliche Lage und die Erkenntnis, daß der Kanzler die Interessen der wirtschaftlichen Nationaleinheit, die Gegner lediglich partikularistische Vorurteile vertraten, spaltete abermals die nationalliberale Partei; der freihändlerische Teil (Lasker, Forckenbeck, Bamberger, Stauffenberg, Rickert u. s. f., im ganzen 28), erklärten am 28. August 1880 als „Secessionisten“ ihren Austritt, der rechte Flügel aber näherte sich dem Reichskanzler. Dieser selbst aber übernahm am 16. September das Handelsministerium (für Hofmann) und K. H. von Bötticher, der bisherige Oberpräsident von Schleswig-Holstein, das Reichsamt des Innern.

Beitritt Hamburgs und Bremens.

Nun begann die wirtschaftlich-soziale Politik des Reichs in hohen Wogen zu gehen. Ihr erster der großen Menge fühlbarer und verständlicher Erfolg war der Erlaß von 14 Mill. Mark an der drückenden preußischen Klassensteuer, der nach heißem Streite in beiden Häusern des Landtags angenommen und am 21. März 1881 bekannt gemacht wurde. In Hamburg aber siegte endlich die längst bestehende Partei des Zollanschlusses. Am 25. Mai 1881 wurde der Vertrag unterzeichnet, an demselben Tage, als Eugen Richter im Reichstage gegen die „Vergewaltigung“ der freien Hansestadt donnerte. Auf den Antrag des Bremers Mosle, der in einem begeisterten Preise der

Wirtschaftspolitik Bismarcks gipfelte, ging der Reichstag zur Tagesordnung über. Hamburg behielt sein unentbehrliches Freihafengebiet, zu deren gewaltigen Anlagen das Reich bis 40 Mill. Mark beisteuern sollte, und trat im übrigen mit Stadt und Gebiet dem Zollverein nach dem 1. Oktober 1888 an einem vom Bundesrate zu bestimmenden Tage bei. Der am 27. Oktober neugewählte Reichstag genehmigte den Vertrag am 21. Januar 1882 mit 171 gegen 102 Stimmen. Ähnliche Bedingungen und 12 Mill. Mark Zuschuß gewährte das Gesetz vom 31. März 1885 der Hansestadt Bremen. Die wirtschaftliche Einheit des Deutschen Reichs war gesichert, der Zollverein vollendet.

Die soziale Gesetzgebung.

Derselbe Reichstag, der sich gegen diesen Fortschritt sträubte, hatte doch den ersten Schritt zur Sozialreform widerstrebend gethan. Nachdem schon die Thronrede vom 15. Februar 1881 deren Notwendigkeit betont hatte, kam am 8. März die Vorlage über die Unfallversicherung der Arbeiter mit Staatsbeihilfe an ihn, eine Umgestaltung des ganz ungenügenden Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 (s. oben S. 405). Umsonst ereiferten sich Richter und Bamberger für die öden Gemeinplätze des abgewirtschafteten Manchestertums; der Reichstag nahm wenigstens den Grundsatz des Versicherungszwanges an. Den neugewählten Reichstag aber eröffnete am 17. November 1881 die berühmte kaiserliche Botschaft (an Stelle der Thronrede des damals erkrankten Monarchen): die soziale Gefahr sei nur durch die soziale Reform zu beschwören, und diese sei eine Pflicht des christlichen Staates. Daher seien in Aussicht zu nehmen Unfalls-, Kranken- und Invaliditätsversicherung und eine Steuerreform durch weitere Ausbildung der indirekten Steuern und der Monopole zur Entlastung der Gemeinden. Das soziale Königtum war damit amtlich verkündet, jenes Königtum, das schon Schiller in ahnungsvollen Versen die Jungfrau von Orleans schildern läßt, das „den Schwachen beisteht und den Bösen schreckt", „das Obdach der Verlassenen", das lebendige, persönliche Königtum, das ein Erlaß an das preußische Staatsministerium vom 4. Januar 1882 über die Pflicht der Exekutivbeamten, die Politik der königlichen Regierung zu vertreten, nachdrücklich proklamierte und Fürst Bismarck am 24. Januar in glänzender Rede vor dem Reichstage mit dem Nachweise, was aus Preußen und Deutschland unter einem unpersönlichen, parlamentarischen Königtume seit 1862 geworden sein würde, rechtfertigte. Die Ablehnung des Regierungsantrags, den am 14. Januar 1881 ins Leben gerufenen preußischen Volkswirtschaftsrat auf das Reich auszudehnen, am 1. Dezember 1881 und die Ablehnung des Tabaksmonopols am 27. April 1882 schienen nichts Gutes zu versprechen, indessen für einige der wichtigsten sozialpolitischen Gesetze fanden sich doch ansehnliche Mehrheiten zusammen. Das Krankenversicherungsgesetz für die Arbeiter in einer ganzen Reihe von Gewerben mit Ortskrankenkassen, zu denen die Unternehmer $^1/_3$, die Arbeiter $^2/_3$ des Beitrags leisten sollten, wurde

217. Karl Heinrich von Bötticher.
Nach einer Photographie.

angenommen und am 15. Juni 1883 vollzogen; den ersten Entwurf zum Unfallversicherungsgesetz vom 8. Mai 1883 lehnte zwar schon der Ausschuß am 12. Juni ab, aber der neue Entwurf mit dem Versicherungszwang zunächst für die dem Haftpflichtgesetz von 1871 unterworfenen Arbeiter und der Entschädigung für Körperverletzungen und Tötungen durch Kurkosten und Rente, wofür die Beteiligten unter Zuziehung von Arbeitervertretern in große Berufsgenossenschaften zu vereinigen waren, fand schließlich nach heftigen Kämpfen, namentlich um den Ausschluß der bestehenden Versicherungsgesellschaften, mit 170 gegen 80 Stimmen die Genehmigung des Reichstages und erhielt am 6. Juli 1884 die Unterschrift des Kaisers.

Wirtschaftliche Lage in Deutschland.

Um dieselbe Zeit sah sich der Reichstag vor Fragen gestellt, von deren Erledigung die unentbehrliche Erweiterung des deutschen Wirtschaftsgebiets und also auch die befriedigende Lösung der sozialen Frage zu einem guten Teile abhängt. Denn mit der raschen Zunahme der deutschen Bevölkerung stand der verfügbare Boden und also auch der Nahrungsspielraum in keinem gesunden Verhältnis mehr, Deutschland mußte demnach notgedrungen in höherem Grade Industrieland werden als bisher und wurde es. Von 16 Mill. erwerbsthätigen Deutschen im Jahre 1882 war noch die gute Hälfte in den Urproduktionen beschäftigt, in Industrie, Bergbau und Handel kaum 8 Mill.; von den 23 Mill. erwerbsthätigen Personen des Deutschen Reiches im Jahre 1895 trieben nur noch wenig über 8 Mill., also 36 Prozent, die Landwirtschaft als Hauptgewerbe (im Nebenberuf noch über $3\frac{1}{2}$ Mill.), über 46 Prozent waren in Handel, Industrie und Handwerk thätig, und die Zahl der Lohnarbeiter betrug etwa 13 Mill., also den vierten Teil der Gesamtbevölkerung. Demgemäß drängte sich diese immer mehr in den größeren Städten zusammen, die daher auch mit ihren Vororten thatsächlich und rechtlich verwuchsen. Berlin, weitaus die größte Industriestadt Mitteleuropas, verdreifachte in noch nicht dreißig Jahren (1860—88) seine Einwohnerzahl (500000 zu $1\frac{1}{2}$ Mill.), Leipzig wurde aus einer Handelsstadt zugleich eine große Fabrikstadt von 400000 Menschen (1895, gegen 106000 im Jahre 1871), München übertraf es noch um ein weniges (1871: 169000), Hamburg stieg auf 625000 Einwohner, als die künstlichen Schranken, die es von seinem natürlichen Hinterlande trennten, gefallen waren, und im ganzen wuchs die Zahl der deutschen Städte von mehr als 100000 Einwohnern auf 28, von denen 23 auf Norddeutschland kamen. Die Ausfuhr des deutschen Zollgebietes aber stieg 1872—85 von etwa 2500 Mill. auf 2900 Mill. Mark, während die Einfuhr, da die deutsche Industrie den einheimischen Markt mehr beherrschte als bisher, in dem gleichen Zeitraume von 3464 Mill. auf fast 3000 Mill. Mark zurückging und sich erst seitdem wieder hob. Dem entsprechend vergrößerte sich die deutsche Handelsflotte der Tonnenzahl nach (1885: 1294288), während die Zahl der Schiffe, da ihr Gehalt zunahm, zurückging. Den Binnenverkehr aber belebte mächtig der weitere Ausbau des Eisenbahnnetzes (auch durch Sekundärbahnen) und der Kanäle.

Um so mehr bedurfte Deutschland erweiterte Absatzgebiete, verstärkte Zufuhren fremder Rohstoffe, und selbst unter diesen Voraussetzungen vermochte es ohne den Druck der Übervölkerung nur zu bestehen, wenn der Überschuß anderwärts unterkam. Und doch besaß es nicht einen Fuß breit Landes außerhalb seiner Grenzen, wo es jene Rohstoffe hätte gewinnen, oder gar seinen Auswanderern eine neue Heimat mit deutscher Kultur und Sprache hätte bieten können. Betrug seine ortsanwesende Bevölkerung am 1. Dezember 1871 etwas über 41 Mill., so wuchs sie bis zum 1. Dezember 1875 auf 42757000, also um 4,04 Prozent, trotz der schweren Menschenverluste des französischen Krieges, 1880 auf 45 Mill., 1885 auf beinahe 47 Mill., 1895 auf mehr als 52 Millionen. Dem entsprechend stieg auch die überseeische Auswanderung; sie erreichte 1880 ihren höchsten Stand mit 220000 Köpfen und ging dem Vaterlande in nationaler wie in wirtschaftlicher Beziehung ganz oder größtenteils verloren.

Die Anfänge deutscher Kolonialpolitik.

Der zunehmenden Erkenntnis dieser unnatürlichen Verhältnisse entsprang die Begründung des deutschen Kolonialvereins 1882 und der deutschen Kolonisationsgesellschaft 1883 (s. oben S. 502). Noch aber verstand die Mehrheit des Reichstages die Zeichen der Zeit so

wenig, daß sie im April 1880 die Samoavorlage des Reichskanzlers ablehnte (s. S. 520 f.), und auch sein Antrag, einige große Dampferlinien nach Ostasien, Australien und Afrika, wie Frankreich und andre Staaten es längst mit bestem Erfolge thaten, von reichswegen zu unterstützen, wurde im Juni 1884 noch im Schoße der Kommission begraben. Die Neuwahlen ergaben eine starke Verminderung der unbedingt auf dem Boden des Reiches stehenden Parteien (76 Konservative, 28 Freikonservative, 50 Nationalliberale, zusammen 154) gegenüber dem Anwachsen des Zentrums (108), der Freisinnigen (64), der Welfen (19), Polen (16), Elsaß-Lothringer (15), Sozialdemokraten (24), und diese Mehrheit verweigerte am 15. Dezember angesichts einer auswärtigen Politik von unvergleichlichen Erfolgen dem Reichskanzler trotz der augenfälligen Notwendigkeit und der dringenden Befürwortung die lächerliche Summe von 20000 Mark für die Anstellung eines zweiten Direktors im auswärtigen Amte, in der ersten jener schimpflichen Debatten, bei denen Thorheit, Bosheit und Undankbarkeit um die Palme stritten und die in keinem großen Parlamente der Erde ihresgleichen gefunden haben. Doch ein Sturm der Entrüstung brauste durch Deutschland; er entlud sich in Tausenden von Briefen, Adressen und Anerbietungen an den Fürsten Bismarck, ermutigte den großen Staatsmann, auszuharren, und schüchterte die Mehrheit vom 15. Dezember so weit ein, daß sie in den nun aufsteigenden Kolonialfragen zur Minderheit wurde. Die Forderung von 150000 Mark für die Erschließung von Zentralafrika wurde nach anfänglicher Ablehnung schließlich doch bewilligt, desgleichen am 10. Januar 1885 unter dem Eindrucke der Kämpfe um Kamerun (s. oben S. 505) 180000 Mark für die Einsetzung eines kaiserlichen Statthalters (des Freiherrn von Soden) und den Bau eines Regierungsdampfers daselbst, endlich am 23. März 1885 die Vorlage für die Unterstützung zweier Postdampferlinien nach Ostasien und Australien auf 15 Jahre mit einem Reichszuschuß von jährlich 4 Mill. Mark.

Bismarck als Streitredner; sein 70. Geburtstag.

Niemals war Bismarck in seiner Beredsamkeit größer gewesen als in den Streitreden dieser Monate, und wahrhaft erschütternd wirkte es, als der gewaltige Mann am 13. März von dem „Völkerfrühling“ sprach, der nur wenige Jahre nach 1870 gedauert habe, und von „dem alten deutschen Erbfeinde, dem Parteihader“, der als der böse Loki der deutschen Göttersage den blinden Hödur, den Urwähler, verleite, daß er das eigne Land erschlage, und als er den Reichstag anklagte, daß nicht er der erhoffte Hort der Einheit geworden sei, sondern nur die Regierungen treu zusammenhielten. Er machte wieder die Erfahrung, daß in der neueren deutschen Geschichte alle großen Fortschritte der Masse des Volkes haben aufgezwungen werden müssen, und er hoffte für die Zukunft das beste von der studierenden Jugend. Was aber das deutsche Gemüt an Liebe und Begeisterung aufzubieten wußte, das erfuhr er selbst erhebend, als sein 70. Geburtstag, der 1. April 1885, zum Nationalfest wurde, so weit Deutsche wohnen, und ihm die Nation, den greisen Kaiser und ihre Fürsten an der Spitze, als dem Baumeister ihrer Einheit huldigte. Inzwischen trug seine Wirtschaftspolitik ihre Früchte, obwohl noch am 27. Januar 1886 das Branntweinmonopol dasselbe Schicksal hatte, wie früher das Tabaksmonopol, und die letzte Thronrede Kaiser Wilhelms am 24. November 1887 konnte einen Überschuß von 50 Mill. Mark als Ergebnis der Steuerreform ankündigen.

Der kirchenpolitische Ausgleich.

Die Wohlfahrt und der innere Friede der Nation war das oberste Ziel aller dieser Bestrebungen, und der Kirchenfriede sollte ihren Kreis schließen. Selbst die Maigesetze waren nur Kampfgesetze gewesen, um den Frieden zu erzwingen. Er war nicht erreicht worden, vielmehr waren Verwirrung und Erbitterung nur gewachsen, und wenn die römische Welthierarchie diese Unordnung in einigen ihrer zahllosen Sprengel gelassen ertragen konnte um ihrer ungebrochenen Herrschaft willen, ein deutscher Landesvater, der seine persönliche Verantwortung fühlte, konnte sie nicht ertragen. Daher verhandelte Fürst Bismarck nach dem Tode Pius' IX. schon im Juli und August 1878 in Kissingen unter der Hand mit dem päpstlichen Nuntius Masella (in München) auf Grund des Anerbietens, das der päpstliche Kardinalstaatssekretär Franchi gemacht hatte, die Anzeigepflicht anzuerkennen und den diplomatischen

Verkehr mit der Kurie wiederherzustellen. Aber nach Franchis plötzlichem Tode am 1. August wandte sich das Blatt, und mit dem Nuntius Jacobini (in Wien) konnte 1879 weder in Gastein noch in Wien eine Verständigung erzielt werden. Inzwischen war eine solche angesichts der Haltung der Liberalen in der Steuer- und Wirtschaftsreform immer unvermeidlicher geworden, weil man nur so die Hilfe des Zentrums dafür zu gewinnen hoffen durfte, und im Juli wurde Falk als Kultusminister durch Puttkamer ersetzt (s. S. 407). Diesen begrüßte das Zentrum sympathisch, doch betonte der neue Minister am 5. Februar 1880 im Abgeordnetenhause sehr entschieden, daß der Friede nur auf der Grundlage der preußischen Landesgesetzgebung möglich sei. Nun erklärte ein päpstliches Breve vom 24. Februar an den Erzbischof von Köln die Anzeigepflicht für „erträglich" (tolerari posse); da sich aber herausstellte, daß die Kurie dem Staate kein Einspruchsrecht zugestehen wollte, so wurden im April die Verhandlungen abgebrochen, und die Regierung ging selbständig mit ihrer Gesetzgebung vor. Ein vom Landtage sehr verstümmeltes, aber trotzdem von der Regierung angenommenes Gesetz vom 14. Juli 1880 hob die Strafbestimmungen der Maigesetze für geistliche Amtshandlungen durch gesetzlich angestellte Stellvertreter auf und ermöglichte dadurch bis Anfang des Jahres 1881 die Wiederherstellung einer geordneten Seelsorge in 593 Pfarreien mit fast 2 Mill. Seelen; auch die Krankenpflegerorden wurden wieder zugelassen. Als Puttkamer am 17. Juni 1881 das Ministerium des Innern übernahm (bis 1890) und Gustav von Goßler als sein Nachfolger eintrat, wurden allmählich acht Bistümer durch Vikare besetzt, in fünf Diözesen die Staatsleistungen wieder aufgenommen, und nur noch 133 Pfarren waren verwaist. Das von ihm am 7. Februar 1882 vorgelegte und durch einen konservativ-klerikalen Kompromiß gegen die Liberalen durchgebrachte Gesetz vom 31. Mai erlaubte begnadigten Bischöfen die Rückkehr in ihre Diözesen und beseitigte das sogenannte „Kulturexamen" und die „Staatspfarrer". Als dann der Papst die Anzeigepflicht grundsätzlich genehmigt hatte, regelte das Gesetz vom 11. Juli 1883 diese für die Pfarrer und Pfarrverweser, befreite aber die Hilfsseelsorge davon und stellte damit den Zustand wieder her, der im alten Preußen bis 1849, in den neuen Provinzen bis zur Einführung der preußischen Verfassung bestanden hatte und auch sonst in den meisten deutschen Staaten sowie in Österreich noch bestand. Nunmehr wurden die Bischöfe von Limburg (Roos) und Münster begnadigt und das Sperrgesetz für die Diözesen Ermland, Kulm, Hildesheim, Münster und Köln außer Kraft gesetzt; doch kehrte der entsetzte Erzbischof Paulus Melchers nicht nach Köln zurück, sondern blieb als Kardinal in Rom. Das Bestreben, das Zentrum, das zu einer zuverlässigen Stütze der Regierung doch niemals wurde, zu entwurzeln, führte noch weiter. Ihm sollte schon die Übertragung des Schiedsspruchs an den Papst im Streite um die Karolineninseln 1885 (s. oben S. 521) dienen. Sodann gab das Gesetz vom 31. Mai 1886 die Errichtung von geistlichen Seminarien und Konvikten frei, verzichtete auf die Staatsprüfung der Geistlichen, hob den Gerichtshof für geistliche Angelegenheiten und die Strafen für Verweigerung der Absolution auf, gestattete unbedingt die stille Messe und die Sterbesakramente und übertrug den Vorsitz im Kirchenvorstande dem Pfarrer. Schon vor dem Abschlusse des Gesetzes war am 25. April die Anzeige der „gegenwärtig erledigten" Pfarren erfolgt, und die Besetzung der erledigten Bistümer (Gnesen, Posen, Ermland, Limburg, Kulm) durch päpstliches Breve mit landesherrlicher Zustimmung vollzog sich noch im Laufe des Jahres 1886. Endlich ließ das Gesetz vom 29. April 1887 die Orden zur Aushilfe in der Seelsorge, zur Pflege der Barmherzigkeit und des weiblichen Unterrichts sowie die einfach beschaulichen Genossenschaften zu, doch blieb für jede einzelne Niederlassung die ministerielle Genehmigung nötig. Behauptet hatte der Staat die Anzeigepflicht, die Zivilehe, die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, die Ausweisung des Jesuitenordens, die Teilnahme der Gemeinden an der kirchlichen Vermögensverwaltung, und nur unter seiner Hoheit waren alle Gesetze über die kirchlichen Verhältnisse ergangen, aber die Macht der Hierarchie stand ungebrochen aufrecht, und der Staat hatte mit ihr verhandeln müssen wie Macht zu Macht.

Polentum und deutsche Kolonisation.

Durch den „Kulturkampf" war ein ohnehin schwieriges Verhältnis noch schwieriger geworden, die Beziehungen zu der polnischen Bevölkerung, die in dem katholischen Bekenntnis stets ein zusammenhaltendes Band besessen und dadurch in ihrem Gegensatze zu dem hier ganz überwiegend evangelischen Deutschtum der Ostmarken bestärkt worden war. Dazu kam einerseits eine schwankende Regierungspolitik und seit 1871 der Beistand des Zentrums, das in den katholischen Polen schlechthin nur seine Glaubensbrüder sehen wollte, anderseits das Beispiel Galiziens, das als ein fast ganz polnisches Staatswesen erschien. Nun war allerdings binnen 30 Jahren (1848—78) in der Provinz Posen das Übergewicht im Grundbesitz von den Polen auf die Deutschen übergegangen; denn wenn von den 6214772 Morgen des dortigen Großbesitzes im Jahre 1848 nur beinahe $2^1/_2$ Mill. Morgen in deutschen Händen waren, so hatte sich 1878 das Verhältnis umgekehrt (deutsch 3461000 Morgen, polnisch etwas über 2700000); aber davon waren 820000 Morgen Staatsdomänen, über 500000 Morgen im Besitze deutscher Fürsten; deutsche Privatbesitzer hatten in diesen drei Jahrzehnten verhältnismäßig wenig erworben. Auch in Westpreußen betrug der Großbesitz 35 bis 64 Proz. der Gesamtbodenfläche. Das Verhältnis der deutschen zur polnischen Bevölkerung hatte sich daher nicht wesentlich günstiger gestaltet, sondern eher verschlechtert. Bis 1861 war in allen ehemals polnischen Landesteilen Preußens das Polentum im Rückgange; damals standen in der Provinz Posen 680000 Deutschen wenig über 800000 Polen gegenüber. Seitdem begann jedoch die immer stärkere Zuwanderung polnisch-russischer Wanderarbeiter, die wenigstens zum Teil im Lande blieben; sie brachte allmählich seit 1873 nicht nur die bis dahin überwiegende Zuwanderung deutscher Arbeiter ins Stocken, sondern trieb auch die einheimischen Arbeiter in immer größerer Zahl zur „Sachsengängerei", zur Wanderung nach dem Westen. Der Grund war für beide Teile derselbe, nämlich die Zunahme des Arbeitslohnes und der Lebenshaltung von Osten nach Westen, und die Großgrundbesitzer beider Nationalitäten begünstigten diesen Vorgang, weil die polnisch-russischen Arbeiter billiger zu haben waren als ihre deutschen Genossen und sie bei dem durchschnittlich zu großen Umfange ihrer Güter intensiv, also teuer nicht wirtschaften konnten. Daher nahm z. B. in Westpreußen das Deutschtum 1861—86 um so stärker ab, je mehr der Großgrundbesitz überwog (0,8—7 Proz.). In Oberschlesien förderte besonders die hochentwickelte Kohlen- und Eisenindustrie die Anhäufung polnischer Arbeiter. Dieser drohenden Repolonisierung der Ostmarken begann die preußische Regierung erst seit 1885 planmäßig entgegenzuarbeiten. Von ihrem Hausrechte Gebrauch machend, wies sie im Jahre 1885 kurzweg 30—40000 polnisch-russische Einwanderer aus, worüber Puttkamer am 6. Mai 1886 dem Abgeordnetenhause Erklärungen abgab, die dem Reichstage verfassungsmäßig im Dezember desselben Jahres verweigert wurden. Nachdem die preußische Thronrede am 14. Januar 1886 Maßregeln zum Schutze des bedrohten Deutschtums im Osten angekündigt hatte, entwickelte Bismarck in einer großen Rede am 28. Januar das Programm der Regierung: Auskauf des polnischen Adels als des eigentlichen Kernes der polnischen Bestrebungen, Ansiedelung deutscher Bauern, Förderung des deutschen Schulwesens. Dazu verlangte er einen Kredit von 100 Mill. Mark zur Beförderung deutscher Ansiedelungen in Westpreußen und Posen, das staatliche Ernennungsrecht für die Lehrer an den öffentlichen Volksschulen in diesen beiden Provinzen sowie in Oberschlesien, endlich 200000 Mark jährlich zur Gründung deutscher Fortbildungsschulen in 115 Orten. Trotz scharfer Opposition des Zentrums wurden alle Gesetze angenommen und im April und Mai vollzogen, zur Ausführung des Besiedelungswerkes aber am 21. Juni 1886 die „Ansiedelungskommission" eingesetzt. Sie begann ihr Werk rasch und energisch. Schon bis zum Ende des Jahres 1886 hatten sie beinahe 12000 ha (zu 4 Morgen) in Posen und Westpreußen angekauft, die in größeren und kleineren Bauernstellen an deutsche Käufer oder Pächter um den Selbstkostenpreis und mit drei Freijahren übergehen sollten, um in wesentlich polnischer Umgebung deutsche Bauerndörfer zu gründen. In den nächsten drei Jahren bis 1889 waren über 42000 ha, bis Ende 1896 über 92000 ha, meist Rittergutsland, erworben und im

ganzen gegen 2000 deutscher Ansiedler (mit ihren Familien etwa 10000 Köpfe), auch aus Süddeutschland, angesetzt, freilich immer noch viel zu wenig, um eine wesentliche Verschiebung in den Bevölkerungsverhältnissen herbeizuführen, wenngleich genug, um die Polen zu reizen. Auch hier zeigte es sich, daß die in der Neuzeit herrschenden liberalen Ideen von der Gleichberechtigung aller Volksteile den nationalen Minderheiten nachteilig ist.

Die antisemitische Bewegung.

Das geschärfte deutsch-nationale Bewußtsein, das sich in der Wiederaufnahme der alten Kolonisationspolitik Friedrichs des Großen äußerte (s. Bd. VII, S. 518, 587 f.), trieb in Verbindung mit wirtschaftlichen Gründen den Antisemitismus hervor.

Es war eine Bewegung gegen ein halbfremdes, weitverbreitetes Volkstum, die Juden, die mit religiöser Unduldsamkeit gar nichts zu thun hatte. Seit der Emanzipation und der deutschen Reichsgesetzgebung, die sie überall vollendete, war die Zahl der Juden in Deutschland sehr rasch gewachsen. Sie betrug 1871 schon 512000, im Jahre 1875 über 520000, 1880 in Preußen allein fast 364000, viel mehr im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, als in jedem andern westeuropäischen Kulturlande, und sie drängten sich überwiegend einerseits in den Ostprovinzen zusammen, weil sie zunächst aus den alten polnischen Landschaften jenseit der Grenze einwanderten (in Ostpreußen allein schon 1824—71 durchschnittlich im Jahre 4400), anderseits in den großen Städten, so daß 1880 von jenen preußischen Juden 208000 in Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien und Berlin (hier allein 54000) lebten. Da sie durch ihre oft sehr unbedenkliche Findigkeit in Handel und Börsenspiel und ihr enges Zusammenhalten untereinander oft rasch reich wurden, so waren sehr viele von ihnen im stande, ihren Kindern eine höhere Bildung geben zu lassen, so daß schon 1875 von den preußischen Gymnasiasten etwa der zehnte Teil Juden waren. Seitdem gewannen sie steigenden Einfluß auf die Presse, die Wissenschaft, die parlamentarischen Versammlungen und als Richter oder Rechtsanwälte auch auf die Rechtspflege. Das Verhängnisvolle war nun, daß sich neben vielen, die sich ehrlich auf den Boden des deutschen Volkstums und der deutschen Kultur stellten, doch die Masse, beständig durch neueinströmende, ganz rohe Elemente verstärkt, sich gegen beides teils gleichgültig, teils herausfordernd, teils hoffärtig und mit verletzendem Hohne als eine höhere Rasse, als das „auserwählte Volk" der Nation, unter der und von der sie lebte, gegenüberstellte, aller Lehren der Geschichte und aller Billigkeit vergessend. Dies trieb zu Ende der siebziger Jahre die antisemitische Bewegung hervor, die neben so edlen und maßvollen Verfechtern wie H. von Treitschke freilich auch, wie natürlich, manche brutale Gesellen erzeugte und sich allmählich eine eigne Presse schuf, hier und da auch besondere Vertreter in die Parlamente brachte, um so mehr, als sich mit dem Kampfe gegen die Übermacht und den Übermut des Judentums auch der gegen die Ausartungen des Kapitalismus verband. Ein greifbares Ergebnis hatte sie zunächst nur insofern, als sie in weiten Kreisen der Gebildeten eine gewisse stillschweigende, namentlich gesellschaftliche Ausschließung jüdischer Elemente herbeiführte.

Die Regentschaft in Braunschweig.

Trotz so mannigfacher alter und neuer Gegensätze innerhalb des deutschen Volkslebens wuchs doch das deutsche Volk immer mehr zur Nation zusammen. Noch gab es manche Parteien im Reiche, die ihm selbst oder wenigstens seiner verfassungsmäßigen Gestaltung ablehnend gegenüberstanden, außer den Sozialdemokraten und Polen die Mehrzahl der Elsaß-Lothringer, die hessische sogenannte Rechtspartei und die hannöverschen Welfen (ein Teil des Adels vor allem), die nach dem Tode König Georgs V. 1878 in seinem Sohne, dem Herzog Ernst August von Cumberland, der sich mit der dänischen Prinzessin Thyra vermählt hatte und im reizenden Gmunden am Traunsee lebte, ihren wahren Landesherrn erblickten. Da dieser nun mit dem Tode des greisen kinderlosen Herzogs Wilhelm von Braunschweig Anrechte auf dies Herzogtum hatte, sich aber rechtlich immer noch im Kriegszustande mit der Krone Preußen befand, also an der Ausübung der Regierung „behindert" war, so hatte ein Regentschaftsgesetz vom 16. Februar 1879 die Einsetzung einer Regentschaft vorgesehen, solange diese Behinderung fortdauere, d. h. solange der Herzog von Cumberland den dermaligen Rechtszustand im Deutschen Reiche nicht anerkannte. Zwar nahm dieser nun nach dem Tode Herzog Wilhelms am 18. Oktober 1884 die Herrschaft über Braunschweig in Anspruch, allein der dort kommandierende General erließ sofort eine Proklamation, die das Herzogtum unter den Schutz des Reiches stellte, der Regentschaftsrat trat unter dem Ministerpräsidenten, dem Grafen Görtz-Wrisberg, zusammen, der Bundesrat erklärte am 2. Juli 1885 den Regierungsantritt des Herzogs von Cumberland unter den obwaltenden Umständen für unvereinbar mit der Reichsverfassung, und der Landtag wählte am 21. Oktober den Prinzen Albrecht von

Preußen einstimmig zum Regenten. Dieser zog am 2. November in Braunschweig ein; die Lokomotive, die seinen Zug dahin führte, trug bezeichnenderweise den Namen Fürst Bismarck.

Einzelstaaten und Reich.

Den Bundesstaaten, die von der Reichsgesetzgebung in den wichtigsten Stücken abhängig waren und in einzelnen Zweigen auch unmittelbar der Reichsverwaltung unterstanden, war doch ein weites Feld zu selbständiger, fruchtbarer Thätigkeit geblieben: die Ausführung der Reichsgesetze, die sie ihren besonderen Verhältnissen anzupassen hatten, durch ihre eigne Verwaltung und die selbständige Förderung aller Kulturaufgaben. Um so rascher gewann der Reichsgedanke überall Boden und verflocht sich aufs engste mit der Treue zu den alten Herrschergeschlechtern, die als Deutschlands hoher Adel mit dem Kaiser das Reich leiteten. So erschienen Landesfeste, wie das der 700jährigen Herrschaft des Hauses Wittelsbach in Bayern (1881) und später das 800jährige Jubiläum der Wettiner in Sachsen (1889), großartige Schaustellungen, die in zusammengedrängten Bildern ebenso den derzeitigen Zustand des Landes wie seine Geschichte vorüberführten, so gut als deutsche wie als Stammesfeste, denn jeder sagte sich, daß ein gedeihlicher Bestand des Einzelstaates, wie er hier erschien, nur unter dem festen Schutze des Reiches möglich sei, und freute sich der lebensvollen Vielheit in der Einheit.

Thronwechsel in Bayern.

Überall war damit zugleich der monarchische Sinn erstarkt; selbst so schwere Katastrophen wie das tragische Ende König Ludwigs II. von Bayern am 13. Juni 1886 vermochten ihn nicht zu erschüttern.

218. Luitpold, Prinzregent von Bayern.
Nach einer Photographie.

Den Näherstehenden war es schon seit längerer Zeit klar, daß die zunehmende Menschenscheu und die leidenschaftliche Baulust des Königs auf einer schweren geistigen Erkrankung beruhten. Häufig von quälenden Wahnvorstellungen gepeinigt, konnte der unglückliche Monarch nur noch wenige Menschen um sich leiden, und ein Verkehr seiner Minister mit ihm war fast unmöglich geworden. Zugleich hatte sich sein königliches Selbstbewußtsein so krankhaft gesteigert, daß er sich mit dem wunderlichen Gedanken trug, irgendwo eine absolute souveräne Herrschaft für sich zu erwerben, und daher den bekannten Münchener Gelehrten Franz von Löher mehrfach auf weite Reisen schickte, um eine solche ausfindig zu machen. Zur Entscheidung führten endlich die schweren Geldverlegenheiten der Kabinettskasse, denen durch weise Sparsamkeit abzuhelfen jenseit aller Vorstellungen des Königs lag. So beschloß der Ministerrat im Beisein des Prinzen Luitpold, seines Oheims, am 7. Juni auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, den König als irrsinnig zu entmündigen und die Regentschaft dem Prinzen Luitpold zu übertragen, was am nächsten Tage amtlich bekannt gemacht wurde. Als nun die „Staatskommission" unter der Leitung des Ministers von Crailsheim am frühen Morgen des 10. Juni auf Schloß Neuschwanstein bei Hohenschwangau, dem Wohnsitze des Königs, erschien, fanden die Herren das Schloß von Gendarmerie und den Feuerwehren der Umgegend besetzt und wurden verhaftet. Doch befreite sie auf Befehle aus München der Bezirkshauptmann von Füssen alsbald wieder, starke Gendarmerieabteilungen besetzten die Umgebung, und das in Kempten stehende Jägerbataillon erhielt Befehl, sich bereit zu halten, weil unter den wackeren Gebirglern die größte Aufregung über die angebliche Vergewaltigung ihres trotz alledem geliebten „Küni" (Königs) herrschte. An demselben 10. Juni übernahm Prinz Luitpold die Regentschaft, am 12. Juni wurde der

König vom Obermedizinalrat von Gudden zu Wagen nach Schloß Berg am Starnberger See gebracht, wo ein Heilungsversuch unternommen werden sollte. Doch mit der merkwürdigen Schlauheit Irrsinniger wußte der König seine Wächter sicher zu machen, so daß Gudden am Abend des 13. Juni, des Pfingstsonntags, bei ungewöhnlich stürmischem und regnerischem Wetter ganz allein mit ihm einen Spaziergang machte. Dabei stürzte sich Ludwig II., der sich schon früher gelegentlich mit Selbstmordgedanken getragen hatte, in den See, und bei dem Versuche Guddens, ihn zurückzuhalten, fanden beide ihren Tod. Niemand im Schlosse hatte von dem schrecklichen Ereignisse, das sich ohne Zeugen im Abenddunkel abgespielt hatte, eine Ahnung; erst als das lange Ausbleiben auffiel, wurden ängstliche Nachforschungen angestellt und noch in der Nacht beide Leichen unweit des Ufers im flachen Wasser gefunden. Der berechtigte Thronerbe war der jüngere Bruder Otto; da aber auch dieser schon seit 1871 unheilbar geisteskrank war, so trug sich das Wunderliche zu, daß, nachdem ein König thatsächlich entsetzt worden war, weil er irrsinnig war, ein zweiter erhoben wurde, obwohl er irrsinnig war. Die Regentschaft dauerte also fort. König Ludwigs II. Leiche wurde am 16. Juni in der Tracht der Ritter des Hubertusordens im Schlosse von München aufgebahrt und am 19. Juni vor einer glänzenden Trauerversammlung, unter der sich auch die Kronprinzen von Deutschland und Österreich befanden, in der marmorprangenden Hofkirche beigesetzt.

Die Hoffnungen, die besonders die Ultramontanen auf den Prinzregenten Luitpold setzten, erfüllten sich in keinem Stücke. Des „Königreichs Bayern Verweser" versäumte vom ersten Augenblicke an keine Gelegenheit, seine Treue zum Reiche zu betonen, und lehnte das Entlassungsgesuch des Ministeriums Lutz, der den Klerikalen tief verhaßt war, am 6. Juli ab. Bei den Landtagswahlen von 1887 verloren diese sogar ihre absolute Mehrheit.

Dichtung. Das deutsche Nationalbewußtsein, das sich unter solchen Umständen herausbildete, trat auch äußerlich in der mannigfachsten Weise hervor und stärkte sich daran. Allerdings, die glänzende Blüte der Dichtung, die manche von dem großen nationalen Aufschwunge erwartet hatten, trat nicht ein, dazu waren die besten Kräfte des deutschen Volkes allzu lange und allzu stark mit den politischen und wirtschaftlichen Aufgaben beschäftigt, die naturgemäß auch im Vordergrunde des Interesses standen. Schon die patriotische Dichtung von 1870/71 war, so Schönes sie auch hervorbrachte, der in der Zeit der Befreiungskriege an Gehalt nicht ebenbürtig, allen früheren Dichtungen dieser Art gewachsen dagegen die religiöse Lyrik eines Karl Gerok und Julius Sturm. Auch in Roman und Novelle gelang Bedeutendes. Gustav Freytag errang noch einen letzten großen Erfolg mit dem historischen Romancyklus „Die Ahnen", zu dem ihm während des Feldzuges in Frankreich der Gedanke gekommen war, einem poetischen Gegenstück seiner Bilder aus der deutschen Vergangenheit. Der Brandenburger Theodor Fontane gab in seinen historischen Romanen mit sorgfältigster Kleinmalerei Bilder aus großer Zeit („Vor dem Sturme"); Fr. Spielhagen kam jetzt erst zu seinen bedeutendsten Leistungen („Sturmflut"); Scheffel fand in R. Baumbach und J. Wolff beliebte Nachahmer, und den Geschmack der Zeit an dichterischer Vergegenwärtigung auch einer fernen Vergangenheit befriedigte Georg Ebers mit seinen Romanen aus der ägyptischen Vorzeit, Felix Dahn mit den Erzählungen aus der germanischen Wanderzeit, beide mit vollster Beherrschung des wissenschaftlichen Stoffs. In psychologischer Vertiefung leisteten zuweilen Frauen das beste, wie die hochbegabte österreichische Novellistin Marie von Ebner-Eschenbach. Kraftvolles dramatisches Talent zeigten Ernst von Wildenbruch, dieser vornehmlich in nationalen Stoffen, Heinrich Bulthaupt und Martin Greif, der sich zugleich als Lyriker einen Namen machte, in Österreich der charakter- und kraftvolle Volksdichter Ludwig Anzengruber. Die eigentlichen Beherrscher der Bühne waren freilich Lustspieldichter, wie Moser, Schönthan, L'Arronge, P. Lindau, neben deren leichtgeschürzten Werken leider auch Übersetzungen oft frivoler französischer Stücke einen breiten Raum einnahmen.

Es war teils eine Folge der Ermattung des nationalen Aufschwungs, teils des Übergewichts, das gerade deshalb die sozialistische und pessimistische Weltanschauung in weiten Kreisen gewann, wenn in den 80er Jahren der brutale französisch-norwegisch-russische Naturalismus in breitem Strome auch in die deutsche Litteratur eindrang und, mit jener düsteren Weltanschauung verbunden, alle bisher geltenden ästhetischen und

sittlichen Gesetze beiseite schob, um die nackte Wirklichkeit, als die fast nur das Häßliche und Krankhafte erschien, und Menschen ohne sittliche Ideale und ohne sittlichen Wert zu schildern, die sich unter dem Zwange einer dumpfen Notwendigkeit fühlen und schließlich an sich und aller Welt verzweifelnd zu Grunde gehen. Doch lassen begabte Dramatiker, wie der Ostpreuße Hermann Sudermann und der Schlesier Gerhard Hauptmann, auf reifere und abgeklärtere Werke hoffen.

Musik.

Die gleiche Auflösung der bisherigen Kunstformen hatte schon längst die Musik ergriffen, wenngleich die „Zukunftsmusik" keineswegs überall zur Herrschaft gelangte (s. S. 260) und ein gewisses Gegengewicht in der verständnisvollen Pflege älterer Musik, namentlich J. S. Bachs und Fr. Händels fand. R. Wagner erreichte in rastlosem Schaffen jetzt erst die Höhe seines Ruhmes, und seine Musikdramen begannen von Bayreuth aus die großen Bühnen zu erobern (s. S. 261); neben ihm standen Meister wie Johannes Brahms, Max Bruch u. a., und äußerst fruchtbar erwies sich fortwährend die Opernkomposition. Dabei entwickelte sich die Technik des Klaviers, der verschiedensten Instrumente und der menschlichen Stimme bis zu einem vorher kaum jemals erreichten Grade.

Malerei.

Ganz unmittelbar von dem nationalen Aufschwunge wurde die bildende Kunst ergriffen, denn zahlreiche neue großartige, wahrhaft volkstümliche Stoffe waren ihr jetzt geboten oder wurden wieder lebendig und gewaltige Aufgaben wurden ihr gestellt. Historienmaler wie Anton von Werner, Adolf Menzel (s. S. 262), Emil Hünten, Wilhelm Camphausen, Georg Bleibtreu im Norden, Franz Defregger u. a. im Süden schilderten mit realistischer Treue die großen Ereignisse großer Zeiten, Porträtmaler wie Franz von Lenbach, Heinrich von Angeli, Vilma Parlaghy hielten die Züge der bedeutenden Zeitgenossen in einer Fülle von sprechenden Darstellungen fest, die an das 16. Jahrhundert erinnert, und die vervielfältigenden Künste, sich technisch immer mehr vervollkommnend, und durch neue Verfahrungsweisen (Phototypie, Heliogravure, Zinkographie, Farbendruck) immer leistungsfähiger, wurden nicht müde, beide zu verbreiten. Neben dem auch sonst besonders gepflegten Porträt überwogen die Landschaft und das Genre. Selbst die religiöse Malerei nahm die Richtung auf das Realistisch-Genrehafte und sah ihre Muster in den germanischen Malern des 16. Jahrhunderts, so daß sie mit bewußter Vorliebe die Gestalten der heiligen Geschichte in das Kostüm dieser Zeit kleidete, das jene naiv angewendet hatten, oder Christus mitten in eine moderne Umgebung setzte (Eduard von Gebhardt, Fritz von Uhde). Die Aufgabe, große Räume malerisch zu verschönern, gab der Historienmalerei einen großen monumentalen Zug, der dem allzuweit gehenden Realismus wirksam steuerte (Hermann Wislicenus im Kaiserhause zu Goslar, Friedrich Geselschap in der Berliner Ruhmeshalle, Leonhard Gey in der Meißner Albrechtsburg), während die ungeheuren Rundgemälde historischer Szenen und großer Landschaften den Realismus so weit trieben, daß sie den Vordergrund plastisch gestalteten. Eine neue, sehr anspruchsvoll und zukunftssicher auftretende Richtung, die in Anlehnung an die französische Kunst zuerst in der Münchener „Sezession" bedeutsam wurde, erstrebte die ganz naturalistische Wiedergabe des Wirklichen in der natürlichen Beleuchtung (Impressionismus, Freilichtmalerei) mit völligem Verzicht auf die Schönheit. Eine ganz eigenartige Stellung gewann Arnold Böcklin besonders mit seinen idealen Landschaften und mythologischen Bildern, die den Geschöpfen einer reichen Phantasie warmes Leben einzuhauchen scheinen.

Plastik.

Verwandte Erscheinungen zeigt die Plastik, der eine fast überwältigende Fülle großer Aufgaben gestellt wurde. In ihr behaupteten Berlin (Friedrich Schaper, Rudolf Siemering, Reinhold Begas) und Dresden (Joh. Schilling) ihre beherrschende Stellung, und auch sie leistete Großes in lebensvollen Porträts. Der wachsende Wohlstand vornehmlich des Bürgertums verschaffte Bildnern wie Malern reicheren Absatz wie früher, in Privathäusern wie in Museen, die auch außerhalb der Residenzen in größeren Städten (Leipzig, Köln, Frankfurt a. M., Danzig, Königsberg u. s. f.) entstanden waren, und zahlreiche Kunstvereine sorgten dafür, der großen Menge der Gebildeten durch regelmäßige Ausstellungen die moderne und die ältere Kunst näher zu bringen.

Baukunst. Die Baukunst fand reichlichste Arbeit in der Verschönerung der rasch anwachsenden größeren Städte, denn öffentliche Bauten wie Privathäuser begann man wieder reicher und künstlerischer aufzuführen, ältere, lange vernachlässigte, verunstaltete oder unvollendete verständnisvoll und schonend wieder herzustellen (Münster in Ulm, Marienkirche in Zwickau, Thomaskirche in Leipzig, Schloßkirche in Wittenberg, Albrechtsburg in Meißen, Kaiserhaus in Goslar, Pfalz Dankwarderode in Braunschweig, Marienburg in Westpreußen u. a. m.). Dabei vollzog sich in den weltlichen Bauten rasch der Übergang von der Renaissance zu den pomphaften und weiträumigen Formen des Barockstils. In den Kirchenbauten, die sich mit der raschen Neugründung von Pfarrsprengeln in den Großstädten außerordentlich vermehrten, bevorzugte man die Gotik oder die Formen des Übergangsstils. Selbst reinen Nutzbauten, wie den Stein- und Eisenbrücken, den mächtigen großstädtischen Bahnhöfen, den Postgebäuden, Schulen, Kasernen u. s. f. begann man mehr und mehr künstlerische Ausgestaltung zu geben. Neben älteren Architekten, wie Konstantin Lipsius, lösten überwiegend jüngere Männer diese Aufgaben, wie Paul Wallot, Ludwig Hoffmann, Arwed Roßbach, Hugo Licht u. a. m.

Eine besondere Befruchtung von der Kunst erfuhr das lange ganz vernachlässigte Kunstgewerbe, teils durch planmäßigen Unterricht in Fachschulen, teils durch Errichtung von Museen, wie in Berlin, Leipzig, Nürnberg und andern Städten.

Philosophie. Die deutsche Wissenschaft behauptete auch im neuen Reiche den ersten Rang in der Welt. In einer wahrhaft befriedigenden und herrschenden Philosophie das reiche Leben der Zeit zusammenzufassen, gelang allerdings nicht, so bedeutend im einzelnen z. B. die Leistungen von W. Wundt in der Psychologie und Logik, von Friedrich Theodor Vischer in der Ästhetik waren. Mehr zersetzend als auferbauend wirkte der Pessimismus E. von Hartmanns („Philosophie des Unbewußten") und die Umwertung aller moralischen Werte (d. h. die Aufhebung aller sittlichen Werte), wie sie Friedrich Nietzsche im grimmigen Hasse gegen die „Herdenmoral" des Christentums unternahm, um in dem „Übermenschen", der „jenseit von Gut und Böse" als „blonde Bestie" rücksichtslos seine Individualität der großen stumpfen Masse gegenüber zur Geltung bringt, der Menschheit ihr neues Ideal zu zeigen, eine unbewußte Reaktion gegen die sozialistisch-kollektivistische Richtung, die den Einzelmenschen am liebsten in ein Produkt seiner Umgebung auflösen und die selbständige Persönlichkeit aus der geschichtlichen Entwickelung ausscheiden möchte. Die Naturwissenschaften, die theoretischen, wie die angewandten, verfolgten ihre Siegesbahnen weiter (s. S. 250 ff.); die Medizin leistete das Größte in der Vervollkommnung der Chirurgie (von Nußbaum, Thiersch, Langenbeck) und in der Bakteriologie (Robert Koch), die zu neuen Heilverfahren führten.

Historische Wissenschaften. In der Erd- und Völkerkunde faßten Gelehrte, wie Oskar Peschel und Friedrich Ratzel einen täglich immer massenhafter zuströmenden Stoff in großen, kritischen Darstellungen zusammen, indem sie dabei immer mehr alte schablonenhafte Auffassungen aufgaben. Am unmittelbarsten wurde natürlich die Geschichtsforschung und Geschichtschreibung von der Neugestaltung Deutschlands beeinflußt. Die Einheitskriege fanden neben zahlreichen populären Darstellungen eine wissenschaftlich exakte von militärischem Standpunkte aus in den Werken des Großen Generalstabes, die Moltke an oberster Stelle leitete; eine ebenso quellenmäßige von allgemein historischem Standpunkte aus erfuhr die ganze große Periode in dem letzten Werke H. von Sybels, „Die Gründung des Deutschen Reichs". Gleichzeitig erschien eine Fülle von Denkwürdigkeiten und Briefen bedeutender Männer dieser Zeit wie des ganzen halben Jahrhunderts, das ihr voranging, und auch hier stehen Bismarck, Moltke und Roon an der Spitze; sogar Fürsten, wie Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, griffen zur Feder. Da aber die ganze Vergangenheit, vornehmlich Deutschlands, mit der Gründung des Deutschen Reichs in neue Beleuchtung trat, so wurde auch die Darstellung dieser Vergangenheit in vertiefter Weise in Angriff genommen. An erster Stelle steht hier H. von Treitschkes „Deutsche Geschichte seit 1815", deren Vollendung sein allzufrüher Tod (1896) hinderte. L. von Ranke beschloß eine unvergleichliche Laufbahn mit einer Weltgeschichte, und auch andre große Unternehmungen dieser Art bewiesen

das lebendige Interesse weiter Leserkreise, während die deutsche Litteraturgeschichte in Karl Gödeke, Wilhelm Scherer und Erich Schmidt, die Kunstgeschichte in Joh. Overbeck, Wilhelm Lübke, Karl von Lützow, die Rechtsgeschichte in Rudolf Sohm, die Schulgeschichte in Friedrich Paulsen, die Agrargeschichte in August Meitzen und Karl Lamprecht, die gesamte neuzeitliche Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte, vornehmlich Preußens, in Gustav Schmoller ihre Meister fand; auch die Landes- und Stadtgeschichte gewann bald erneutes und vertieftes Interesse. Freilich versuchte auch der Ultramontanismus in Werken, wie Joh. Janssens „Deutsche Geschichte" (seit der Mitte des 15. Jahrhunderts), seine ablehnende Haltung gegenüber der Neugründung des Reichs historisch zu motivieren. Die klassische Philologie gewann neuen Stoff vornehmlich aus den Schätzen der ägyptischen Papyrusfunde, den Inschriften und Ausgrabungen und erhob sich aus der minutiösen Einzelforschung, in die sie mehr und mehr versank, zuweilen zu umfassenden Darstellungen, wie in Otto Ribbecks „Geschichte der römischen Poesie".

Schulwesen.

Das alles konnte auf das Schulwesen, namentlich das höhere, nicht ohne Einfluß bleiben. In der inneren Entwickelung ist dieser Zeit charakteristisch die weitere Ausgestaltung des Realschulwesens, in der Sachsen voranging, und des höheren Mädchenschulwesens, in den humanistischen Gymnasien der Sieg der „Sachphilologie" über die „Wortphilologie", der die Lektüre und Erklärung der Schriftsteller in den Vordergrund rückte, dagegen den lateinischen Aufsatz als Zielleistung fallen ließ, endlich die stärkere Betonung des deutschen Aufsatzes und der neueren Geschichte, für die Schulverwaltung die Zunahme der gymnasialen Staatsanstalten, die Errichtung zahlreicher neuer, zweckmäßig eingerichteter Schulgebäude und die materielle Verbesserung in der Lage des Lehrerstandes, dessen hohe Bedeutung für die Pflege des nationalen Gedankens Fürst Bismarck in der Schönhauser Stiftung (1885) rühmend anerkannte. Die Hochschulen empfingen namentlich durch die Begründung fachwissenschaftlicher Seminarien, sowie großer naturwissenschaftlicher und medizinischer Institute und die Vermehrung ihrer Sammlungen eine immer reichere Ausgestaltung.

Kirche.

Daß die Kirche beider Konfessionen trotz alles Pessimismus, Materialismus und Sozialismus weder die Macht über die Gemüter verlor, noch ihre praktischen Aufgaben vergaß, bewies die fortgesetzte, wenngleich immer noch unzureichende Gründung neuer Parochien, die Zunahme des katholischen Ordenswesens und der evangelischen Diakonissenhäuser, die wachsende Bedeutung der inneren Mission auch durch Gründung von kirchlich geleiteten Arbeiter- und Jünglingsvereinen und die Ausbreitung der Heidenmission, auch in den deutschen Kolonien. Die um die Mitte des Jahrhunderts weitverbreitete Meinung, die Rolle der Kirche sei ausgespielt, hat sie Lügen gestraft. Leider läßt sich anderseits nicht leugnen, daß seit dem Kulturkampfe die konfessionellen Gegensätze schärfer geworden sind, vor allem durch die Zunahme des Ultramontanismus, der den „Evangelischen Bund" hervorgetrieben hat.

Staatliche Förderung von Wissenschaft und Kunst.

Neben dem, was in allen diesen Dingen die freie Thätigkeit einzelner oder die Arbeit größerer Gemeinschaften leistete, nahm das Reich oder auch ein größerer Einzelstaat eine Reihe bedeutender wissenschaftlicher Aufgaben unmittelbar in die Hand. Neben der erweiterten Fortführung der „Monumenta Germaniae" (s. S. 253) übernahm das Reich das bisherige „Institut für archäologische Korrespondenz" in Rom als kaiserliches archäologisches Institut, das 1875 in dem schönen Bau auf dem Kapitol eine neue Heimat fand; es gründete 1874 die deutsche archäologische Schule in Athen und unternahm auf die Anregung von Ernst Curtius seit 1875 die Aufdeckung von Olympia (s. Bd. II, S. 491 ff.), während Karl Humann und A. Conze 1878—86 in Pergamon eine der bedeutendsten Kulturstätten der hellenistischen Zeit erschlossen (s. Bd. II, S. 266 ff.); es ermöglichte 1874 die Errichtung der wichtigen Zoologischen Station in Neapel durch A. Dohrn aus Stettin. Für die angewandten Naturwissenschaften wurde die physikalisch-technische Reichsanstalt seit 1886 eine großartige Zentralstelle, und an der Erforschung Afrikas wie der Polargegenden nahmen Deutsche einen hervorragenden Anteil. Große Publikationen aus ihren Staatsarchiven ver-

anstalteten Preußen, Bayern und Sachsen. Auch in der Pflege der Kunst ging das Reich voran, indem es nicht nur allerorten vom Bodensee bis ans Meer eine Reihe stattlicher, stilgemäßer Postgebäude errichtete, sondern auch dem deutschen Reichstage in dem prunkvollen Palaste Paul Wallots (seit 1884) und dem Reichsgerichte in Leipzig den schlichtgroßartigen Bau Ludwig Hoffmanns (seit 1888) schenkte.

Nationale Denkmäler und Feste.

Mit ihm und mit den Einzelstaaten oder Gemeinschaften wetteiferten große und kleine Städte und nicht selten auch Dörfer in der Errichtung von Siegesdenkmälern, bald figurenreichen großartigen Werken, wie die Berliner Siegessäule, die die Einheitskriege 1864—71 als eine zusammenhängende Reihe vergegenwärtigt, oder die Denkmäler in Dresden, Leipzig, Hamburg, München, Augsburg u. a. m., bald einfachen Denksteinen mit dem Eisernen Kreuze und den Namen der gefallenen Ortsangehörigen darauf. Zu einem der großartigsten dieser Denkmäler, der Germania auf dem Niederwalde, dem genialen Werke Johannes Schillings in Dresden, legte der Kaiser am 16. September 1877 den Grundstein und vollzog dann auch inmitten eines glänzenden Kreises deutscher Fürsten die Weihe am 28. September 1883. Auch das mühevolle Werk Ernst von Bandels, das Hermann(Armin)denkmal auf der Grotenburg im Teutoburger Walde, wurde erst mit Reichshilfe vollendet und am 16. August 1875 im Beisein Kaiser Wilhelms enthüllt. Den Gedanken aber, daß das neue Reich auf der Entwickelung Preußens beruhe, brachte die Ruhmeshalle in Berlin (das alte Zeughaus, s. Bd. VII, S. 380) zum imponierenden künstlerischen Ausdrucke. Zugleich wurde die Erinnerungsfeier an die Kapitulation von Sedan am 2. September rasch für ganz Deutschland ein regelmäßig wiederkehrendes volkstümliches Nationalfest, ebenso wie der Geburtstag des Kaisers und der des Fürsten Bismarck besonders seit 1885. Auch den vierhundertjährigen Geburtstag Martin Luthers beging am 10. November 1883 zwar nur das protestantische Deutschland, aber doch mit dem klaren Bewußtsein, daß man nicht den konfessionellen Helden, sondern den größten deutschen Mann schlechtweg feierte.

Ausgestaltung der kaiserlichen Marine.

Dies Nationalgefühl überwand siegreich den Parteihaß da, wo das Gefühl einer auswärtigen Bedrohung und der Notwendigkeit engsten Zusammenschlusses sich regte. Dies kam vor allem der Ausgestaltung der deutschen Wehrkraft zu gute, allerdings weniger der Flotte als dem Landheer, denn das unglückliche Schlagwort von der Küstenverteidigungsflotte wirkte noch nach, und die binnenländisch-militärische Kurzsichtigkeit verkannte noch die Bedeutung der Seeherrschaft. Daher leistete der General von Stosch als Chef der Admiralität (1872—83) zwar Vortreffliches für die Organisation der Verwaltung und die Durchführung des Flottenbauplans von 1873 (s. S. 411 f.), aber er überschätzte auch die Wichtigkeit des Torpedowesens, das nur für die Küstenverteidigung Bedeutung hat, und verwandte ansehnliche Mittel zum Ausbau einer starken Torpedobootflotte. Sein Nachfolger, Leo von Caprivi (1883—88), betonte in seiner Denkschrift von 1883 die Notwendigkeit einer starken Hochseeflotte für die Weltstellung des Reichs, wies ihr jedoch noch keine entscheidende Bedeutung im großen Kriege zu, fuhr daher im Ausbau der Torpedoflotte fort und vernachlässigte die Herstellung von Panzerschlachtschiffen und geschützten Kreuzern, so daß während seiner Verwaltung kein einziges Fahrzeug jener Art und von dieser nur zwei vom Stapel liefen, während die vorhandenen ungepanzerten Kreuzer rasch ihren Wert verloren. Und das geschah zu einer Zeit, wo Deutschland in die Reihe der Kolonialmächte eintrat und die Zahl seiner überseeischen Aufgaben von Jahr zu Jahr zunahm. Auch der Bau des Nordostseekanals, zu dessen riesigen Schleusen bei Holtenau Kaiser Wilhelm am 3. Juni 1887 selbst den Grundstein legte, sollte wesentlich Verteidigungszwecken dienen, indem er die Flotte sozusagen verdoppelte, und besonders zu seinem Schutze wurde ein ganzes Geschwader kleiner Panzerschiffe gebaut. Und doch gab der Kanal der Flottenentwickelung eine neue Richtung, denn seinen vollen Wert bekam er erst für eine selbständig vorgehende Angriffsflotte.

Das militärische Septennat.

Während somit die Marine hinter dem zurückblieb, was sie sein mußte und sein konnte, entwickelte sich das Landheer, dessen Bedeutung allen in die Augen sprang, zu einer ungeheuren Stärke, dank der lärmenden französischen Revanchepolitik des Generals Boulanger und der fortgesetzten Rüstungen Rußlands (vgl. unten). Daher

legte der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf am 25. November 1886 dem Reichstage ein Gesetz vor, das den Friedensstand des Reichsheeres für sieben Jahre (1. April 1887 bis 31. Dezember 1894) auf 468 409 Mann feststellte, die Offiziere und Einjährig-Freiwilligen ungerechnet. Der Ausschuß indes, für das Budgetrecht des Reichstags grundlos bangend, schlug nur eine Bewilligung von 450 000 Mann auf drei Jahre vor. Erst als eine tiefe Erregung im Volke bewies, daß dieser Standpunkt nicht durchweg geteilt werde, verstand sich die Mehrheit (v. Stauffenberg) dazu, die Regierungsforderung zu bewilligen, aber nur auf drei Jahre. Umsonst vertrat Moltke am 11. Januar 1887, Bismarck in fünf Reden am 11., 12. und 13. Januar die unverkürzte Bewilligung; der Reichstag nahm den Antrag Stauffenbergs am 14. Januar mit 186 gegen 154 Stimmen an und entschied damit auch sein eignes Schicksal, denn noch an demselben Tage sprach die Regierung die Auflösung aus und ordnete die Neuwahlen für den 21. Februar an. Inzwischen steigerten sich die Kriegsvorbereitungen Boulangers derart, daß die freikonservative „Post“, unzweifelhaft auf Veranlassung des Auswärtigen Amts, am 1. Februar einen überall das größte Aufsehen erregenden Artikel „Auf des Messers Schneide“ brachte, der den Krieg als unvermeidlich bezeichnete, wenn Boulanger am Ruder bleibe. Unter diesen Eindrücken schlossen sich die Konservativen der verschiedenen Fraktionen mit den Nationalliberalen durch ein „Kartell“ fest zusammen und erfochten am 21. Februar bei den Wahlen einen glänzenden Sieg. Die Nationalliberalen wuchsen von 52 auf 98, die Konservativen von 75 auf 79, die Freikonservativen von 27 auf 41; das Zentrum behauptete nur eben seine Stärke (97). Die Freisinnigen erhielten im ersten Wahlgange nicht einen einzigen Sitz und erst in den Stichwahlen mit Hilfe des Zentrums 32 (statt 66), die Sozialdemokraten verloren ihre alte Hochburg Sachsen vollständig und brachten überhaupt nur 11 Abgeordnete (statt 25) durch, die demokratische süddeutsche Volkspartei verschwand ganz aus dem Reichstage. Wieder einmal hatte der Reichsgedanke über die Parteiwut gesiegt. Weiter kam der Regierung zu Hilfe, daß der Papst das Zentrum geradezu anwies, für das Septennat zu stimmen, weil dies dem kirchlichen Ausgleich förderlich sei. So wurde der Reichstag am 3. März 1887 eröffnet und auf den Vorschlag des Kriegsministers, den Bennigsen zu dem seinigen machte, am 9. März der Antrag Stauffenbergs im Plenum mit 222 gegen 23 Stimmen verworfen, und § 1 der Regierungsvorlage, der über das ganze Gesetz entschied, an demselben Tage mit 203 gegen 48 Stimmen ohne Kommissionsberatung angenommen; das Zentrum enthielt sich beidemal der Abstimmung. Auf Grund dieses Gesetzes wurden eine Reihe neuer Truppenteile und zwei neue Armeekorps, das XVI. (Lothringen) und das XVII. (Westpreußen) gebildet. Der Eindruck dieser einmütigen Entschlossenheit war überall mächtig, am mächtigsten in Frankreich. Noch im März erschien der greise Lesseps im vertraulichen Auftrage seiner Regierung in Berlin, um die friedlichsten Versicherungen zu geben; anderseits ordnete Fürst Bismarck die Freilassung des am 20. April wegen Spionage verhafteten französischen Grenzkommissars Schnäbele an, und am 17. Mai trat Boulanger zurück (s. unten).

Der deutsch-russische Neutralitätsvertrag.

Als nun aber gleichzeitig das Dreikaiserverhältnis vom Jahre 1884 ablief (s. oben S. 531) und weder Österreich noch Rußland Neigung bezeigten, es zu erneuern, um im Osten freie Hand zu behalten (besonders mit Hinblick auf Bulgarien, s. unten), Rußland aber sich bereit erklärte, mit Deutschland allein einen Vertrag zu schließen, der diesem die wohlwollende russische Neutralität bei einem französischen, den Russen die Neutralität Deutschlands bei einem englischen Angriffe zusicherte, so ging Fürst Bismarck auf diesen Vorschlag ein und schloß den Neutralitätsvertrag auf drei Jahre (bis 1890). In Österreich und Italien, denen dies Abkommen ehrlich mitgeteilt wurde, erregte es große Befriedigung, denn dadurch wurde Österreich seiner Verpflichtung von 1879 enthoben, bei einem Angriffe Frankreichs auf Deutschland diesem unter Umständen mit ganzer Macht beizustehen. Die Nation schuldete dem greisen Kaiser also thatsächlich noch weit mehr, als sie glaubte, da ihm in einmütiger Begeisterung Fürsten und Volk am 22. März 1887 zu seinem 90. Geburtstage huldigten.

Die neue Heeresverstärkung.

Trotzdem dauerte die kriegerische Stimmung in Frankreich fort, und die in Rußland wieder erwachende feindselige Gesinnung kam nicht nur in gehässigen Maßregeln gegen deutsche Unterthanen, sondern auch in den fortdauernden Truppenverschiebungen nach dem Westen zum Ausdruck. Darauf antwortete Deutschland zunächst damit, daß die Reichsbank und die preußische Seehandlung im November 1887 erklärten, sie würden in Zukunft russische Staatspapiere nicht mehr beleihen, was eine schwere Erschütterung des ganzen russischen Kredits zur Folge hatte. Nun gelang es allerdings dem Fürsten Bismarck, als der Zar mit seiner Familie auf der Rückreise von Kopenhagen nach St. Petersburg Berlin berührte und dem Kaiser den längst erwarteten Besuch machte, in einer persönlichen Unterredung am 18. November dem Monarchen zu beweisen, sein Verdacht, Deutschland habe in den bulgarischen Wirren von 1885 (s. unten) ein doppeltes Spiel gespielt, sei völlig ungegründet und beruhe auf einigen gefälschten Briefen des Prinzen Ferdinand von Koburg und des deutschen Botschafters Prinzen Reuß in Wien. Aber es galt aller Welt durch die That zu zeigen, daß Deutschland den festen Willen habe, jeden Angriff zurückzuschlagen. Daher lautete schon die Thronrede am 24. November sehr ernst, und am 9. Dezember ging dem Reichstage eine neue Militärvorlage zu, nach der wieder eine Landwehr zweiten Aufgebots (bis zum 39. Lebensjahre) und ein Landsturm (bis zum 45. Jahre) aufgestellt, die Kriegsstärke des Heeres dadurch um 500 000 Mann vermehrt werden sollte. Schon bei der ersten Lesung am 16. Dezember trat die volle Einmütigkeit aller Parteien (außer bei den Sozialdemokraten) hervor, nicht minder, als am 31. Januar 1888 die Forderung einer Anleihe von 278 Mill. Mark für das verstärkte Heer gestellt wurde, und sie trat, noch unter dem mächtigen Eindrucke der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses in Berlin, Wien und Pest am 3. Februar, in der großartigen Reichstagssitzung des 6. Februar 1888 erhebend zu Tage. In einer nahezu zweistündigen Rede, fortwährend von lautem Beifall unterbrochen, gab Fürst Bismarck einen Überblick über die auswärtige Politik seit 1848, um die Notwendigkeit, so stark wie nur möglich zu sein, zu erweisen, und schloß mit den berühmten Worten: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst aber nichts in der Welt!“ Nachdem der stürmische Beifall im ganzen Saale verrauscht war, gaben fünf Redner im Namen ihrer Parteien die Erklärung ab, sie würden das Anleihegesetz, das an die Budgetkommission ging, nach deren Beratung als Ganzes ohne Debatte annehmen, und dasselbe geschah auf der Stelle in derselben Sitzung einstimmig mit der Wehrvorlage. Als der Reichskanzler aus dem Hause trat, um heimzukehren, empfingen ihn draußen auf der Leipziger Straße dichtgedrängt Tausende von Menschen mit begeisterten Zurufen; mit Mühe konnte er sich eine enge Gasse bahnen, durch die seine hohe Gestalt, um Haupteslänge alle überragend, vom Volksjubel umbraust, langsam dahinschritt, bis sie im Reichskanzlerpalais verschwand. Es war der letzte große Tag des deutschen Reichstags gewesen, der letzte Sieg Kaiser Wilhelms des Siegreichen.

Die Krankheit des Kronprinzen Friedrich.

Freilich, die Freude des greisen Herrn wurde durch eine furchtbare Sorge um das Leben des Kronprinzen getrübt, die bald von keinem Hoffnungsstrahle mehr erhellt wurde.

Noch im August 1886 hatte der Thronfolger bei der 500jährigen Jubelfeier der Universität Heidelberg durch sein ganzes Auftreten die lebhafteste Bewunderung erregt und am 1. Januar 1887 den kaiserlichen Vater an der Spitze der deutschen Generale zu seinem 80jährigen Militärjubiläum in kraftvoller Rede begrüßt. Bald nachher stellte sich eine hartnäckige Heiserkeit ein, die er selbst auf eine Erkältung zurückführte. Aber eine eingehende ärztliche Untersuchung am 6. März ergab als Ursache eine kleine harte Geschwulst am linken Stimmbande. Da sie weder einer sofort eingeleiteten Behandlung, noch einer mehrwöchigen Kur in Ems im April und Mai wich, vielmehr wuchs, so stellten am 18. Mai sechs der bedeutendsten Ärzte Berlins, darunter Gerhardt, v. Bergmann und Tobold, fest, daß es sich um Kehlkopfkrebs handle, was Dr. Gerhardt von anfang an befürchtet hatte, und rieten zur baldigsten Operation, die allerdings die Stimme dauernd schädigen, aber nicht zerstören und das Leben retten werde. Mit Zustimmung des Kronprinzen wurden alle Vorbereitungen dazu für den 21. Mai getroffen, aber noch das Gutachten des von den deutschen Ärzten mit empfohlenen berühmten englischen Kehlkopfspezialisten Morell Mackenzie abgewartet. Dieser, ein Mann, der eine nach deutschen Begriffen nur einseitige oder oberflächliche medizinische Bildung und den Mangel an Sorgfalt durch selbstbewußtes Auftreten und englischen Hochmut für Nichtkundige zu verdecken wußte, erklärte, das

Gewächs sei kein Krebs und es werde einer zweckmäßigen Behandlung ohne Operation weichen. Diese unterblieb daher, ein ungeschickter Eingriff Mackenzies aber beschädigte das rechte gesunde Stimmband des Leidenden derart, daß dieser bis zum 8. Juli stimmlos blieb. Um nun die Behandlung dauernd und allein leiten zu können, bestimmte Mackenzie den Kronprinzen, mit seiner Familie und einem deutschen Arzte am 15. Juni nach England abzureisen, dessen milde Luft vom besten Einfluß auf die Heilung sein werde, obwohl die deutschen Ärzte einstimmig behaupteten, daß die Luftbeschaffenheit dafür völlig gleichgültig sei. In London wohnte der Kronprinz der Feier des 50jährigen Regierungsjubiläums der Königin Victoria bei, und niemand hätte geglaubt, daß diese herrliche, kraftvolle Männergestalt, als die er auch damals noch erschien, dem sicheren Tode verfallen sei. Inzwischen wußten triumphierende englische Zeitungsberichte von den Fortschritten der Heilung und den glänzenden Erfolgen des englischen Arztes reklamehaft zu melden, und Königin Victoria erhob ihn zum Baronet. In der That fühlte sich der Kranke sowohl auf Wight als im schottischen Hochlande ganz kräftig, begab sich aber zu Anfang September durch Deutschland, merkwürdigerweise ohne Berlin zu berühren oder seinen Vater wieder zu sehen, nach Toblach in Südtirol, der milden Herbstluft wegen, dann, als es hier rauher wurde, am 28. September nach Venedig, von hier am 7. Oktober nach Baveno am Lago maggiore, endlich am 3. November nach San Remo an der Riviera. Sein Befinden hatte sich zuletzt fast plötzlich verschlechtert, und selbst Mackenzie, eilig herbeigerufen, sowie Dr. Schrötter aus Wien und Dr. Schmidt aus Frankfurt erklärten jetzt übereinstimmend, das Leiden sei Krebs, und nur die mindestens teilweise Ausschneidung des Kehlkopfes, also die Zerstörung der Stimme könne das Leben noch retten. Diese furchtbare Gewißheit konnte jetzt auch dem deutschen Volke nicht mehr verschwiegen werden, das längst geahnt hatte, das Leben des herrlichen Mannes sei in schlechten Händen. Am gefaßtesten blieb der Kronprinz selbst; die Operation lehnte er ab, und noch verging ihm sein letztes Weihnachtsfest in guter Stimmung, da stellte sich im Laufe des Januar 1888 steigende Atemnot ein und nötigte am 9. Februar den schon im November mit zugezogenen Dr. Bramann, einen Assistenten Bergmanns, den Luftröhrenschnitt zu machen, der freilich nur eben die Erstickungsgefahr abwandte, aber den Fortschritten des unheimlichen Leidens nicht Einhalt that und den Kranken der Stimme völlig beraubte.

Erkrankung und Tod Kaiser Wilhelms.

Diese schrecklichen Nachrichten und der jähe Tod seines geliebten Enkels, des Prinzen Ludwig von Baden, am 28. Februar trafen den alten Kaiser aufs schwerste. „Mein armer, armer Sohn!“ rief er schmerzbewegt aus, er wollte selbst nach San Remo reisen, nur die Ärzte verhinderten ihn daran. Denn er hatte sich schon von einer Erkältung, die er sich am 3. Juni 1887 bei der Flottenschau in Kiel zugezogen hatte, nicht mehr ganz erholt, und am 26. Februar war er zum letztenmal an seinem Eckfenster sichtbar gewesen, mit drei Urenkeln und der Prinzessin Wilhelm, die den vierten glückstrahlend auf den Armen trug. Seit dem 3. März begann sein altes Nierenleiden wieder aufzutreten. Am 7. März abends fühlte er sich schon sehr unwohl und verbrachte eine fast schlaflose Nacht; am nächsten Tage begann er zeitweilig zu phantasieren, und sein Zustand wurde so beunruhigend, daß man telegraphisch den Großherzog und die Großherzogin von Baden herbeirief und die kaiserliche Familie sich am Lager versammelte. Sobald der Kaiser klar war, sprach er eingehend mit dem Prinzen Wilhelm über die politische Lage und gab am Mittag dem Fürsten Bismarck mit zitternder Hand seine letzte Unterschrift für die Botschaft wegen des Reichstagsschlusses. „Ich habe jetzt keine Zeit, müde zu sein“, bemerkte er auf die besorgte Mahnung der Seinigen, sich zu schonen, der letzte zusammenhängende Satz, den er sprach. Gegen Abend erschien der Oberhofprediger Kögel, und der Kaiser lauschte noch aufmerksam seinen Bibelsprüchen und Gebeten. Doch die Nacht verging unter zunehmender Unruhe, Entkräftung und Bewußtlosigkeit. Gegen Morgen traf sein letzter klarer Blick die Kaiserin, die am Bett saß und die Hand des Sterbenden in der ihrigen hielt, dann schloß sich dies schöne blaue Auge für immer, das Bewußtsein verging, die Atemzüge wurden allmählich schwächer, und während draußen vor dem Palais Zehntausende in stummem Schmerze harrend standen, hauchte der Kaiser am 9. März früh gegen $^1/_2$9 Uhr mit einem tiefen Seufzer seine Seele aus. Ohne jeden Todeskampf ging der greise Schlachtensieger aus der Welt. Weinend kniete die Familie um das Bett, indem der Oberhofprediger den Segen sprach, dann erschien auch Fürst Bismarck und kniete betend am Sterbelager nieder, und die Purpurflagge auf Halbmast verkündete der Stadt, daß der erste Hohenzollernkaiser verschieden sei. Um die Mittagsstunde erschien Fürst Bismarck im Reichstage und machte mit schwankender Stimme, die ihm zuweilen zu versagen drohte, dem Hause Mitteilung von dem Tode seines „alten Herrn“.

Kaiser Friedrichs Heimkehr.

Und nun ging eine Trauer durch Deutschland und die Welt, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte, denn ein Dasein war zu Ende, wie es die Welt noch nicht gesehen hatte. Allerorten im ganzen Reiche läuteten eine Woche hindurch die Trauerglocken, und die Trauerreden versammelten immer wieder dichtgedrängte Zuhörerscharen. Derweilen fuhr von San Remo der Nachfolger, Kaiser Friedrich III., über München nach seiner Hauptstadt zurück, ein dem Tode verfallener Mann, schon der Sprache beraubt, aber mit dem Pflichtgefühl des Hohenzollern. Als am 11. März abends sein hellerleuchteter Zug, an allen Bahnübergängen von schweigenden Tausenden ehrfurchtsvoll erwartet, durch das niedersinkende Dunkel in Leipzig einfuhr, begrüßte auf dem Berliner Bahnhofe das gesamte preußische Staatsministerium, den Fürsten Bismarck an der Spitze, den Monarchen, und wer da den todkranken Kaiser sah, vermochte nicht zu glauben, daß diese noch ungebrochene hohe Gestalt mit den raschen, elastischen Bewegungen rettungslos verloren sein sollte. Gegen 11 Uhr, bei heftigem Schneesturme, traf der Monarch in Charlottenburg ein. Am 16. März geleitete ein ungeheurer Trauerzug, in dem alle deutschen und europäischen Fürstenhäuser vertreten waren, vom Dome her durch die düstere Trauerpracht der Linden und des Brandenburger Thores die sterblichen Reste des verewigten Kaisers zu seiner letzten Ruhestätte im Mausoleum von Charlottenburg an der Seite seiner Eltern.

Die 99 Tage.

Und nun folgte ein Kaisertum von 99 Tagen, das nur ein einziges großes, mit heldenmütiger Fassung und christlicher Ergebung getragenes Martyrium war, eine Regierung, deren Leiter sich jede Stunde sagen mußte, daß er von allem, was er lange geplant und gesonnen hatte, nichts vollenden könne. Wohl flackerte zuweilen das erlöschende Leben wieder empor, aber das furchtbare Leiden fraß unaufhaltsam weiter um sich und verzehrte die letzten Kräfte des Kaisers. „Lerne leiden, ohne zu klagen", das war die letzte Mahnung, die er dem nunmehrigen Kronprinzen Wilhelm hinterließ. Am 15. Juni vormittags nach 11 Uhr verschied Kaiser Friedrich im Neuen Palais bei Potsdam friedlich, ohne Todeskampf. In großer Uniform, in der Hand den Säbel, den er bei Wörth getragen hatte, und einen Lorbeerkranz auf der Brust, wurde er in den Sarg gelegt. Seine Gruft wurde ihm in einem Anbau an der Friedenskirche bereitet, der getreuen Nachbildung eines kleinen romanischen Rundbaues zu Innichen in Südtirol, für den er sich bei seinem letzten Aufenthalte daselbst besonders interessiert hatte. Die Frage, ob sich erfüllen würde, was die einen von seiner Regierung gefürchtet, die andern gehofft hatten, blieb ungelöst, aber unvergeßlich stand in der Erinnerung der Nachwelt auch in der neuen Zeit, die mit Kaiser Wilhelm II. für Deutschland begann, das herrliche Bild des heldenhaften und doch so menschenfreundlichen Siegers von Wörth.

Der Rückgang des Deutschtums in Österreich.

Auch für den Kampf der Nationalitäten in Österreich wurde der Ausgang des Russisch-türkischen Krieges von entscheidender Bedeutung.

Fall der Deutsch-Liberalen. Graf Taaffe.

Dadurch, daß die liberale Verfassungspartei selbst der unvermeidlichen Besetzung Bosniens im Sommer 1878, die nach schweren Einbußen an Gebietsstand und Kriegsruhm dem Kaiserstaate eine wertvolle Entschädigung verschaffte und dem tapferen Heere in blutigen siegreichen Kämpfen das Selbstvertrauen wiedergab, kurzsichtig aufs hartnäckigste widerstrebte, weil sie davon eine neue Verstärkung des slawischen Elements befürchtete, untergrub sie selbst die Stellung ihres eignen Ministeriums und zerstörte das Vertrauen der leitenden Kreise zu den Deutschliberalen auf lange Zeit hinaus vollständig. So trat nach monatelanger Krisis im Februar 1879 das Ministerium Auersperg zurück. Die Erbschaft übernahm nach mehrfachem Personalwechsel am 12. August ein Koalitionsministerium, in dem die Verfassungspartei noch durch den Justizminister Stremayr vertreten war, aber die Leitung hatte Graf Eduard Taaffe, der Nachkomme eines jener katholisch-irischen Adelsgeschlechter, die zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges nach Österreich gekommen waren, ein Jugendfreund des Kaisers, dessen Vertrauen er völlig besaß, gewandt, praktisch, nur von dem einen Bestreben

beseelt, die „Versöhnung" der österreichischen Völker herbeizuführen. Sein erster Erfolg war, daß, nachdem bei den Neuwahlen zum Reichsrat die deutsche Verfassungspartei in die Minderheit gedrängt worden war, die Tschechen zur lebhaftesten persönlichen Genugthuung des Kaisers in den Reichsrat eintraten. Die auswärtige Politik wurde trotz alledem im Sinne der Deutschen geführt, denn eben damals schloß Österreich das enge Bündnis mit Deutschland (s. S. 530), und die Nachfolger Andrassys, der unmittelbar nach der Unterzeichnung dieses Vertrages sein Amt niederlegte, erst der Freiherr von Haymerle, nach dessen plötzlichem Tode am 10. Oktober 1881 Graf Kalnoky, bisher Botschafter in Petersburg, blieben durchaus in den eingeschlagenen Gleisen. Da die Verfassungspartei trotzdem auch das Heergesetz (Friedensstärke 255 000 Mann, Kriegsstärke 800 000 Mann) nicht auf zehn Jahre, sondern nur auf ein Jahr bewilligen wollte, so drängte sie die Regierung immer mehr den Slawen und Klerikalen in die Arme. Diese erreichten dadurch den Erlaß der „Sprachenverordnung" vom 27. April 1880 für Böhmen und Mähren, die zum erstenmal grundsätzlich die Gleichberechtigung der beiden Landessprachen insofern anerkannte, als sie zwar das Deutsche als die „innere Dienstsprache" der Behörden festhielt, aber als die Sprache derselben und der Gerichtshöfe im Verkehr mit den Gemeinden und den Parteien die Sprache der Eingaben bestimmte, also den Tschechen in ganz Böhmen und Mähren überall den amtlichen Gebrauch ihrer Muttersprache zugestand. Aber was diesen als ein selbstverständliches Recht erschien, darin sahen die Deutschen eine unerträgliche Verkürzung des natürlichen Vorrechts ihrer weitverbreiteten Kultursprache, und ein leidenschaftlicher Sturm erhob sich gegen die Verordnung in der Presse, in Vereinen, Adressen und Petitionen. Doch ein Antrag im Reichsrate, das Deutsche ausdrücklich als die Staatssprache in Österreich zu erklären, fiel, und im Juli traten die liberalen Minister des Kabinetts zurück. Dafür übernahmen zwei Slawen wichtige Fächer, der Tscheche Pražak (spr. Praschak) die Justiz und der Pole Dunajewski die Finanzen. Gleichzeitig eröffneten die Slowenen eine lebhafte Agitation für die Slowenisierung der Mittelschulen in ihrem Sprachgebiet, obwohl die unbefangenen Leute unter ihnen die Unentbehrlichkeit des Deutschen für ihre Söhne durchaus anerkannten.

219. Graf Eduard Taaffe.
Nach einer Photographie.

Engerer Zusammenschluß der Deutschen.

Diese zunehmende Bedrohung ihrer alten Kulturherrschaft rüttelte die Deutschen endlich aus ihrer vertrauensseligen Unthätigkeit zu energischer Selbsthilfe auf. Auf zahlreichen Parteitagen, zuletzt auf dem allgemeinen deutsch-österreichischen in Wien (November 1880), kamen sie zu dem Bewußtsein ihrer gemeinsamen Interessen, und dann handelten sie danach. Die beiden Klubs der Verfassungspartei, die Liberalen und die Fortschrittler, schlossen sich im November 1881 zur „Vereinigten Linken" zusammen, und selbst die klerikalen Deutschen sonderten sich unter dem Fürsten Alfred

Liechtenstein als Zentrumsklub von den Slawen ihrer Richtung ab. Aber auch außerhalb der Parlamente rührten sich die Deutschen. Schon im Juni 1880 entstand, zunächst auf eine Anregung von Südtirol her, der „Deutsche Schulverein", der sich, fern von jeder politischen Parteinahme, das Ziel setzte, nicht etwa die anderen Nationalitäten zu germanisieren, sondern mit gesetzlichen und friedlichen Mitteln an der Sprachgrenze und in den Sprachinseln deutsche Schulen zu gründen oder zu unterstützen. Schon 1882 umfaßte er 385 Ortsgruppen mit fast 44000 Mitgliedern, 1883 aber 636 Gruppen mit 62000 Mitgliedern, von denen die meisten auf Böhmen kamen, und zahlreiche Vereinsschulen entstanden an den bedrohten Punkten. In Böhmen suchte der „Deutsche Böhmerwaldbund" nicht nur das Interesse für das schöne Gebirge zu erregen, sondern auch seine arme deutsche Bevölkerung zu unterstützen. Sodann fanden die liberalen Deutschen eine Art Mittelpunkt in dem Kultus Kaiser Josephs II., dem sie seit 1883 allerorten Denkmäler errichteten, ihr Sinnbild aber wurden die alten „Freiheitsfarben", die schwarzrotgoldene Fahne der deutschen Bewegung von 1848—49.

Nationalitätenkampf in Böhmen.

Natürlich blieben auch die Slawen nicht unthätig, und sie wurden von der Regierung mehr unterstützt als die Deutschen. Tschechische Vereine setzten sich dem deutschen Schulverein und dem deutschen Böhmerwaldbund entgegen; von den immer noch gemäßigten „Alttschechen" unter Ladislaw Rieger sonderten sich die stürmischer vorgehenden „Jungtschechen", in denen etwas von der Leidenschaft und der Unduldsamkeit des alten Hussitengeistes lebte. Sie erreichten 1882 die Zweiteilung der ältesten deutschen Hochschule Prag in eine deutsche und eine tschechische Universität, und die Slawisierung vieler Mittelschulen, verstärkten durch rücksichtslose, oft brutale Agitation das slawische Element im „goldnen Prag" so, daß die Zahl der deutschen Bewohner allmählich (schon 1883) auf 30000 herabsank, gewannen dadurch die Herrschaft in der Stadtverwaltung und erlangten eine neue Sprachenverordnung (vom 23. September 1886), die die Gleichberechtigung der beiden Landessprachen auch auf die innere Landessprache am böhmischen Oberlandesgericht in Prag, am mährischen in Brünn ausdehnte. Infolgedessen wurde die Stimmung in Böhmen immer feindseliger, auch unter den Deutschen kam eine „schärfere Tonart" zur Geltung, die nicht mehr die Erhaltung der Verfassung, sondern die Interessen der deutschen Nationalität als ihr Ziel betrachtete, und zu Ende 1886 trat die deutsche Minderheit aus dem böhmischen Landtage aus, worauf ihre Mandate im Jahre 1887 für ungültig erklärt wurden. Auch die Slowenen setzten die Slawisierung des Schulwesens in Krain durch und verrannten sich immer tiefer in den Haß gegen das Deutsche, das doch allein diesem kleinen Volke den Zugang zu einer höheren Kultur öffnen kann. So wich das Deutschtum aus vielen Positionen zurück, gegenüber den Tschechen gingen ganze Ortschaften und Gebiete verloren, und doch hatten beide Teile nicht die allermindeste Aussicht, den andern wirklich bewältigen zu können, ein billiger Ausgleich mußte also das Ziel bleiben. Davon war man freilich um so weiter entfernt, als auch die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause 1885 zu ungunsten der Deutschliberalen ausfielen und die „Vereinigte Linke" zugleich in drei Fraktionen zerfiel. Nur im Herrenhause blieb, trotz mehrerer Pairsschübe, die Mehrheit liberal und zentralistisch. In Böhmen aber gewannen allmählich die Jungtschechen das Übergewicht und veranlaßten noch zu Anfang 1890 den Abbruch der mit den Alttschechen begonnenen Ausgleichsverhandlungen.

Folgen.

So zeigte sich in Österreich schneidend, daß die Durchführung des Nationalitätsprinzips da, wo große geschlossene Nationalgebiete mit alter, eigenartig entwickelter Kultur nicht vorhanden sind, geradezu kulturfeindlich wirkt, denn überall wich hier eine höhere Kultur vor einer mit besonderer Energie vertretenen niedrigeren zurück und zwar lediglich zu gunsten einer äußerlichen sprachlichen Gleichförmigkeit innerhalb räumlich doch sehr beschränkter Grenzen. Denn die Güter der deutschen Kultur vermochte trotz aller Überhebung keiner dieser Volksstämme zu entbehren. Das Übergewicht der deutschen Wissenschaft steht heute nicht nur im Gebiete der habsburgischen Monarchie, sondern durch ihre Vermittelung auch weit darüber hinaus bis nach Bukarest,

220. Parlamentsgebäude zu Budapest, erbaut 1885—96 nach den Plänen von Steindl

Belgrad und Sofia fester als je, der geistige Zusammenhang der Deutsch-Österreicher mit Deutschland ist enger als er jemals seit dem Dreißigjährigen Kriege gewesen ist, und die Festigkeit des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche steht außer aller Frage.

Erneuerung des „Ausgleichs"; Umgestaltung des Kriegswesens.

Obwohl nun in den beiden Reichshälften die Nationalitätenfrage von geradezu entgegengesetzten Gesichtspunkten aus behandelt wurde, so blieb doch das dualistische System trotz aller Reibungen unerschüttert. Die Bedingungen des Ausgleichs wurden in den bestimmten zehnjährigen Fristen 1877 und 1887 stets aufs neue geregelt, die österreichische Bank 1878 in die gemeinsame österreichisch-ungarische Bank mit dem ausschließlichen Recht zur Notenausgabe verwandelt, das Heer auf Grund des Gesetzes über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vom 5. Dezember 1868 (zehn Jahre in der Linie, zwei oder zwölf für die unmittelbar in diese eintretenden in der Landwehr, in Ungarn Honvéd) sorgfältig ausgebildet, 1883 gegen das alte österreichische Prinzip im wesentlichen in seine Ergänzungsbezirke verlegt, um die Mobilisierung zu beschleunigen, 1886 durch einen Landsturm ergänzt, die Kriegsmarine den modernen Anforderungen entsprechend völlig umgestaltet.

Wirtschaftliche Fortschritte.

Soviel Kräfte auch der Nationalitätenstreit fortwährend, im Grunde unfruchtbar, verbrauchte, so machte doch die materielle Kultur der Monarchie große Fortschritte. Wien erhielt die Prachtbauten seiner Ringstraße, vor allem Hansens Parlamentshaus, Sempers Hofmuseen und Burgtheater, die Universität und die Oper, Budapest wurde namentlich durch Ybl und Steindl eine der glänzendsten Hauptstädte Europas. Die Gründerjahre brachten neben vielen schwindelhaften Unternehmungen, namentlich in Eisenbahnunternehmungen, 1873 auch die großartige Weltausstellung in Wien mit ihrer berühmten Rotunde. Der darauffolgende Krach richtete noch schwereres Unheil an, als in Deutschland, besonders auch deshalb, weil sich der Adel beider Reichshälften vielfach in diese Spekulationen eingelassen hatte, und die Staatsfinanzen, immer der schwache Punkt Österreichs, kamen erst allmählich ins Gleichgewicht, nicht ohne starke Erhöhung der Steuerlast, die namentlich in Ungarn und in den an sich armen Alpenländern außerordentlich drückend wirkte. Das alles förderte die Börsenmacht des Judentums, besonders des Welthauses Rothschild, das in Ungarn fast allmächtig wurde. Große Aufmerksamkeit wandte man der Verbesserung der Verkehrswege zu. Mit dem dichtesten Eisenbahnnetze bedeckte sich das nordöstliche Böhmen, aber auch im ungarischen Tieflande wurden seine Maschen immer enger, und auch die Karpathen wie die Alpen erhielten zahlreiche kostspielige Schienenwege. Jene dienten namentlich zur Verbindung mit Galizien, dem strategisch wichtigen Vorlande Ungarns, diese führten vor allem in nordsüdlicher Richtung (die Brennerbahn, die Pontebbabahn) und in den wichtigsten Längsthälern (die Arlbergbahn). Im Jahre 1890 betrug die Länge der Eisenbahnen in Österreich über 15000, in den Ländern der ungarischen Krone fast 11000 km (gegen 4145 bezw. 2285 im Jahre 1867). Hatte der Staat lange Zeit Bau und Betrieb seiner Eisenstraßen der Privatindustrie so vollständig überlassen, daß er 1860 nur noch 14 km besaß, und sich mit Unterstützungszuschüssen begnügt, so ging er, als diese schließlich eine unerträgliche Höhe erreichten, seit 1874 zum Eigenbau, seit 1877 zur Verstaatlichung über, und besaß 1885 schon mehr als 5000 km. Für den Ausbau der Binnenwasserstraßen geschah wenig, mit Ausnahme des großen Donaudurchstichs bei Wien seit 1870; die Durchbrechung des Eisernen Thores wurde erst 1878 beschlossen. Im Seeverkehr dehnte der österreichische Lloyd von Triest aus seine Fahrten allmählich bis nach Indien und Ostasien aus, und die Ungarn förderten eifrig ihre einzige Hafenstadt Fiume. Das hauptsächlichste Industrieland blieb Böhmen, in Ungarn bildete sich erst seit 1868 eine einheimische Industrie. Hier begann auch die Landwirtschaft, das Hauptgewerbe des Staats, trotz der dafür sehr ungünstigen Beförderungs- und Besitzverhältnisse des Flachlandes, wo die riesigen Dörfer und Landstädte inmitten einer ungeheuren Feldflur liegen und der Grundbesitz, mit Ausnahme der deutschen Gegenden, ganz überwiegend in den Händen des Adels oder städtischer Kapitalisten ist, ihre Bebauungsflächen immer mehr auszudehnen, seitdem die Eisenbahnen die Beförderung, also die bessere Verwertung von Getreide und Wein erlaubten.

Im ganzen kam der wirtschaftliche Aufschwung überall wesentlich der großstädtischen Bevölkerung zu gute. Wien wuchs bis 1890 auf $1^1/_3$ Mill., Budapest 1891 auf $^1/_2$ Mill., Prag um dieselbe Zeit auf 310000 Einwohner; die kleineren Orte blieben stehen oder gingen zurück. Am schwersten litt der Bauer in Ungarn und in den Alpenländern. Dort vermochte er bei seinem kleinen, noch dazu durch die alte Flurteilung zersplitterten Besitz, nicht zu rationeller Bewirtschaftung überzugehen, arbeitete unter einer drückenden Steuerlast und unter einer ihm oft ganz fremden, noch dazu korrumpierten Verwaltung, vermochte die Konkurrenz nicht mehr zu bestehen und wanderte in Scharen nach Bulgarien, Bosnien und Nordamerika aus. In den Alpenländern waren die Verhältnisse zuweilen nicht viel besser, die Erwerbsverhältnisse bei dem rauhen Boden aber noch kärglicher, und große Grundherren, auch städtische Kapitalisten, begannen, ähnlich wie in Schottland, die verarmenden Bauern auszukaufen, um Wildgehege aus den Dorffluren zu machen, wie es der Steiermärker P. Rosegger 1889 in seinem Roman „Jakob, der letzte", mit erschütternder Wahrheit geschildert hat. Ob der Staat durch den Übergang zum Schutzzollsystem 1882 und die Arbeiterschutzgesetzgebung nach deutschem Muster seit 1886 wirklich nachhaltig zu helfen vermocht hat, ist hier noch so wenig zu sagen wie anderwärts.

Niedergang des Bauernstandes.

In all diesen Nöten und Kämpfen wurde indes die Monarchie auch jetzt durch die wirtschaftliche Einheit, die alten Traditionen und die Dynastie zusammengehalten. Der Gedanke, sich von ihr zu trennen, kam im Ernste keinem Stamme, außer vielleicht Teilen der Rumänen. Um so tiefer empfanden alle ihre Völker den von einem düsteren Geheimnis umhüllten Tod des Thronfolgers, des Kronprinzen Rudolf, am 30. Januar 1889. Geboren am 21. August 1858, unzweifelhaft ein junger Fürst von trefflicher Begabung, ein feiner Beobachter der Natur und des Volkslebens, ein gewandter Schriftsteller und ein freierer Geist, als die herkömmliche Erziehung in diesem Hause gewöhnlich zuließ, wenngleich nicht ohne manche Fehler seines Alters und seiner Lebensstellung, seit 1882 vermählt mit der Prinzessin Stephanie von Belgien, endete er auf dem Jagdschlosse Meyerling bei Baden, wie man annahm, von eigner Hand durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Das schwergeprüfte Elternpaar fand keinen Trost in einem Enkelsohne, und die Thronfolge ging auf den jüngeren Bruder des Kaisers, den Erzherzog Ludwig über, dessen ältester Sohn Franz Ferdinand d'Este schon damals körperlich leidend war.

Die zusammenhaltenden Kräfte. Tod Kronprinz Rudolfs.

Italien im ersten Jahrzehnt des Königs Humbert I.

Die Erbschaft, die König Humbert vorfand, war nicht leicht. Denn noch immer war die republikanische Partei unter der stillen Führung des alten Nationalhelden Garibaldi eine Macht im Lande; sie zählte 227 Vereine und fand beständige Nahrung in dem Streben nach der „Erlösung" der Italia irredenta, Triests und Südtirols, die doch die Regierung niemals unternehmen oder auch nur zulassen konnte. Und doch stand sie mit der Regierung auf demselben Boden, denn durchaus national waren ja beide. Das hat sie schließlich doch zusammengeführt. Wie Garibaldi den Eid auf die Verfassung geleistet hatte, so übernahm nach Depretis' Rücktritt im März 1878 einer der vergötterten „Tausend von Marsala", der alte Mazzinist Benedetto Cairoli (geb. 1826 in Pavia), als Haupt der äußersten Linken die Leitung des Ministeriums. Seinen Grundsätzen gemäß ließ er zunächst alles gehen, ließ die Irredenta ins Kraut schießen, unternahm selbst nichts gegen die anarchistischen Barsantivereine, deren Held ein Unteroffizier dieses Namens war, der seinen Leutnant ermordet hatte. Da kam der Umschwung durch ein ruchloses Attentat. Als das Königspaar am 17. November 1878 zum erstenmal nach Neapel kam, führte ein Maurer Namens Passanante, wie er nachher bekannte, von Hödel begeistert, zwei Dolchstöße gegen den König. Den ersten parierte der Monarch, indem er dem Verbrecher die Säbelscheide entgegenstieß, den zweiten fing Cairoli, der dem König im offenen Wagen gegenüber saß, mit seinem Leibe auf, so daß ihm das Messer in den Oberschenkel fuhr; endlich streckte ein Kürassieroffizier von der Eskorte den Mörder mit einem Säbelhieb über den Kopf zu Boden.

Das radikale Ministerium Cairoli.

Diese Kunde erweckte in ganz Italien aufs stärkste das monarchische Gefühl, überall kam es zu stürmischen Kundgebungen, und Cairoli wurde als Retter des Königs gefeiert. Da er trotzdem gegen die republikanischen Vereine nichts that, so fiel schließlich alles von ihm ab, und er mußte im Dezember 1878 das Ruder an Depretis abgeben. Noch einmal trat er im Juli 1879 an die Spitze, allein das Ministerium des Innern übernahm am 24. November Depretis, und die französische Okkupation von Tunis brachte im Mai 1881 Cairoli zu Falle (s. S. 494). Indem nun für das Auswärtige Mancini eintrat, und die Gefahren im Innern durch Irredentisten, Republikaner und Anarchisten immer mehr wuchsen, während zugleich die Spannung mit Frankreich immer größer wurde, sah sich Italien immer mehr zum ersten Anschluß an die mitteleuropäischen Kaisermächte und zum Einvernehmen mit England gedrängt, dessen Frucht die Besetzung von Massaua 1883 war (s. S. 498 f.).

Depretis und der Sieg der Monarchisten.

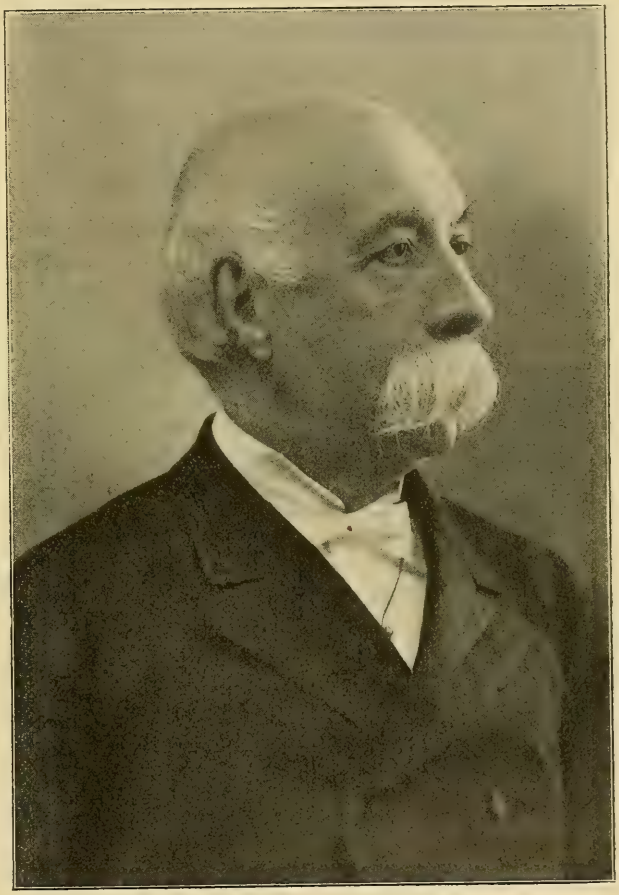
221. Humbert I., König von Italien.
Nach einer Photographie.

Somit nach außen besser gesichert schritt es im Innern zu einer Reihe von Reformen. Die verhaßte Mahlsteuer und der Zwangskurs wurden aufgehoben, die Fortführung des Ankaufs der Eisenbahnen für den Staat beschlossen, das Wahlrecht für die Abgeordnetenkammer durch Herabsetzung des Zensus so erweitert, daß sich die Zahl der Wähler vervierfachte. Daher wandelten die Neuwahlen vom 29. Oktober 1882 die Kammer völlig um, gaben den Monarchisten eine unerschütterliche Mehrheit und beschränkten die republikanische Linke auf etwa 30 Abgeordnete. Nunmehr ging die Regierung gegen Anarchisten und Irredentisten unnachsichtlich vor, ließ Wilhelm Oberdank wegen eines irredentistischen Bombenattentats in Triest am 20. Dezember 1882 aufknüpfen und gab in beiden Kammern durch Mancini scharfe Erklärungen gegen die ganze Richtung ab. Die nationale Trauer um Garibaldi, der, unverbrüchlich festhaltend an seinen Idealen, am 2. Juli 1882 auf seiner einsamen Felseninsel Caprera starb, ließ sie ungestört gewähren, und sie hatte die Genugthuung, daß zur 25jährigen Erinnerungsfeier an die berühmte Thronrede Victor Emanuels, die im Januar 1859 den Krieg gegen Österreich einleitete (s. S. 137), am Todestage des Königs 1884 Zehntausende von Italienern aus allen Teilen des Landes an seinem Grabe im Pantheon ihm huldigten. Ganz persönliche Sympathien erwarb sich der König durch den unerschrockenen Mut, mit dem er 1883 nach dem furchtbaren Erdbeben auf Ischia, 1884 bei einer verheerenden Choleraepidemie in Neapel erschien.

Ministerium Crispi.

Die Opposition gegen die kostspielige und verlustvolle afrikanische Politik stürzte am 17. Juni 1885 das Kabinett Depretis, doch wurde dieser selbst zur Neubildung berufen, und die Ernennung des Generals Robilant, des Botschafters in Wien, zum

Minister des Auswärtigen an Stelle Mancinis bewies, daß Italien seiner bisherigen Politik treu bleiben wolle. Auch Robilants Rücktritt, eine Folge der Katastrophe von Dogali, im April 1887, änderte daran nichts, denn zum achtenmal übernahm Depretis, obwohl schon krank, die Leitung und vertraute das Ministerium des Innern dem Sizilianer Francesco Crispi an (s. S. 424). Dieser vertrat sofort tapfer die afrikanische Politik der Regierung und setzte einen Kredit von 20 Millionen Lire durch. Depretis' Tod am 29. Juni 1887 (in seiner Vaterstadt Stradella) brachte ihn schließlich am 8. August an die Spitze des Ministeriums. Ein zielbewußtes und energisches Regiment begann. Während Crispi nach außen streng am Dreibunde festhielt und durch einen Besuch in Friedrichsruh zu Anfang Oktober 1887 persönliche Beziehungen zum Fürsten Bismarck anknüpfte, geschah mit großen Opfern das Mögliche, um Heer und Flotte auf einen achtunggebietenden Stand zu bringen und die Gebirgsgrenze gegen Frankreich, wie die langgestreckte Küste zu befestigen, denn die strategische Front Italiens kehrte sich jetzt mehr als jemals gegen Frankreich. Die Gemeindeverfassung wurde 1888 im Sinne erweiterter Selbstverwaltung derart umgestaltet, daß die Orte über 10000 Einwohner fortan ihren Bürgermeister (sindaco) frei wählten, und das Gemeindewahlrecht auf alle des Lesens und Schreibens kundige Parlamentswähler mit 5 Lire direkten Staatssteuern ausgedehnt. Ein neues Strafgesetzbuch von 1888 hob sogar die Todesstrafe auf. Der Kirche zeigte Crispi unnachsichtige Festigkeit. Er ließ nicht nur zu, daß Giordano Bruno auf demselben Campo di Fiori in Rom, „wo sein Scheiterhaufen brannte", wie die Inschrift sagt (s. Bd. V, S. 441), am 9. Juni 1889 ein Denkmal erhielt, sondern er setzte auch die Übertragung der Verwaltung des ungeheuren Vermögens der frommen Stiftungen (über 3 Milliarden Lire) an die politischen Gemeinden durch (Dezember 1889). Anderseits genoß der Papst in der Ausübung des geistlichen Amtes volle Freiheit und konnte daher 1888 sein fünfzigjähriges Priesterjubiläum mit Tausenden von Pilgern aller Länder ruhig begehen. Schwere Verlegenheiten brachten gelegentlich Arbeiterunruhen in der Romagna und einzelnen größeren Städten, doch wurde ihrer die Staatsgewalt immer Herr. Der Umbau Roms, der auf den lange verödeten gesunden Höhen im Norden und Osten



222. Francesco Crispi.
Nach einer Photographie.

ganze neue Stadtviertel mit breiten Straßen schuf, die kolossale Tiberregulierung, der Ausbau der herrlichen Marmorfassade des Domes in Florenz nach den Plänen des Architekten de' Fabris (1875—87), die Neugestaltung des Mercato nuovo dort zur stolzen Piazza Vittorio Emmanuele, die prächtigen Uferstraßen in Neapel, die Errichtung glänzender Verkaufsgalerien, z. B. in Mailand und Neapel, und andre Bauten verschlangen zwar ungeheure Summen und brachten Florenz und Rom in so schwere finanzielle Bedrängnis, daß der Staat helfend eingreifen mußte, lieferten aber ebenso wie die zahlreichen, zum Teil großartigen Denkmäler, die sich allerorten zur Erinnerung an die „Auferstehung (Risorgimento)" für König Victor Emanuel, Garibaldi, Cavour erhoben, den Beweis, daß alles, was vor 1859 lag, abgethan sei für immer, und daß die Italiener zuversichtlich an ihre Zukunft unter dem Hause Savoyen glaubten.

Die kleineren Nachbarstaaten Deutschlands.

Den Einfluß einer so starken und so überraschend auftretenden Machtbildung, wie das Deutsche Reich es war, erfuhren nicht zum wenigsten die kleineren Nachbarstaaten überwiegend germanischer Art, am meisten diejenigen, die einst Teile des alten Reiches gewesen waren und sich in den Zeiten der Schwäche von ihm gelöst hatten. Jahrhundertelang gewöhnt, auf das zersplitterte, ohnmächtige, von kleinen und großen Herren mehr oder weniger willkürlich regierte alte Heimatland hochmütig herabzusehen, begannen sie jetzt zu fürchten, das erneuerte Reich möge Rückerwerbungsansprüche geltend machen, woran doch dieses selbst niemals dachte. Aber so ängstlich sie bemüht waren, ihre Selbständigkeit zu behaupten, das, was im alten Herzlande Europas geschah, der Sieg des Staatsgedankens über allerlei Sonderinteressen, die soziale Gesetzgebung, die Entwickelung eines zugleich volkstümlichen und kriegsgewaltigen Heerwesens, der Kampf gegen die Herrschaftsansprüche der römischen Kirche, das alles wirkte anregend und umgestaltend mit zwingender Gewalt auch auf diese Nachbarstaaten hinüber.

Die Schweiz.

Die schweizerische Neutralität.

Am stärksten erfuhr dies die Schweiz. Diese merkwürdige Verbindung von souverän gewordenen mittelalterlichen Stadtstaaten und Bauernschaften aus drei oder vier verschiedenen Nationalitäten verdankte ihre Unabhängigkeit ebensowohl dem Hochgebirge und der alten Tapferkeit ihrer Stämme wie der Eifersucht der umliegenden Großmächte auf den Besitz dieser riesigen Hochburg des Erdteils und wahrte ebendeshalb vertragsmäßig ihre Neutralität, wenn sie auch damit auf eine der wichtigsten Funktionen des Staats, das Recht, seine Interessen unter Umständen mit Gewalt zur Geltung zu bringen, verzichtete. Die Verfassung vom 12. September 1848 hatte rechtzeitig den lockeren Staatenbund in einen Bundesstaat auf moderner Grundlage verwandelt, ohne die überlieferte Selbständigkeit der Kantone mehr als nötig zu beschränken (s. Bd. IX, S. 554), und auch in diesen trat mit der zunehmenden Demokratisierung der Verfassungen eine größere Gleichmäßigkeit der Einrichtungen hervor. Die Neutralität der Eidgenossenschaft sicherte in den Sturmjahren 1848/49 zahlreichen Flüchtlingen ein Asyl, obwohl es darüber zu einem peinlichen Konflikte mit Österreich kam, das wegen Aufnahme italienischer Emigranten 1853/54 seine Grenzen gegen Tessin sperrte, und gewährte dann wieder 1863 den besiegten Polen eine Zuflucht, die auf schweizerischem Boden in Rapperswyl bei Zürich sogar ein Nationalmuseum gründen durften. Der Neuenburger Streit mit Preußen endete 1857 thatsächlich mit dem Siege der eidgenössischen Interessen (s. S. 125). Anderseits nötigte das Orsinische Attentat auf Napoleon III. die Schweiz zur Ausweisung von 17 verdächtigen Italienern aus Genf, und die Erbitterung der Italiener über die Greuel von Perugia erzwang das endliche Verbot der längst veralteten Söldnerei (s. S. 150). Sehr empfindlich berührte die Eidgenossenschaft 1860 die Annexion Savoyens einschließlich der von altersher neutralen Bezirke von Chablais und Faucigny an Frankreich, doch fanden ihre Proteste bei den Großmächten kein Gehör, und ein weiterer Streitpunkt mit Frankreich über das Dappenthal bei Genf wurde friedlich beigelegt

(8. Dezember 1862). Zugleich sorgten Handelsverträge mit Belgien, Frankreich, Österreich, Italien, dem deutschen Zollverein und Japan für eine freiere Bewegung der eidgenössischen Volkswirtschaft, die ebenso einer starken Einfuhr wie Ausfuhr bedurfte, und Eisenbahnlinien, von Gesellschaften erbaut, begannen schon seit 1847, wo die Linie Zürich-Baden eröffnet worden war, das Land mit einem immer dichteren Netze zu überziehen.

Parteien.

Das innere Staatsleben wurde von ähnlichen Parteigegensätzen bestimmt wie überall. Am Bunde, im Ständerat der Kantone (der etwa dem deutschen Bundesrate entspricht) wie im Nationalrat, herrschten im ganzen die Liberalen und Liberal-Konservativen, d. h. das besonders rührige und wirtschaftlich hoch entwickelte Bürgertum der deutschen Nord- und Nordostschweiz; die Klerikalen hatten ihre Hochburg in den katholischen Vierwaldstätten und in Freiburg, den Kantonen des alten Sonderbundes von 1847 (s. Bd. IX, S. 552), sowie im italienischen Tessin, die Radikalen in Genf. Doch zweigten sich später von diesen älteren Parteien eine antiklerikale katholische Partei und eine jungdemokratische mit wirtschaftlich-sozialen Reformtendenzen ab; auch die Sozialdemokratie gewann in den sogenannten Grütlivereinen allmählich Boden.

Kämpfe in Genf.

Am lebhaftesten waren die Parteikämpfe im leidenschaftlichen Genf. Hier kam es über das Ergebnis der Wahlen am 22. August 1864 sogar zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Radikalen und den konservativen Independenten; doch griff die Bundesgewalt sofort energisch ein, ließ schon am nächsten Tage die Stadt von einem waadtländischen Bataillon besetzen, das bis zum Ende des Jahres auf Kosten des Kantons dort blieb, und entschied den Streit nach dem wirklichen Ergebnis der Abstimmung zu gunsten der Konservativen. Auch im Dezember 1865 wurde in den Staatsrat kein einziger Radikaler gewählt. Indessen verstärkten sich die radikalen und ultramontanen Elemente durch Zuzug vom Lande her und fanden in dem Advokaten James Fazy einen rührigen und gewissenlosen Führer. Jahrelang beherrschte dieser Demagog Genf wie ein Diktator, so daß viele Familien der alten konservativen Bürgerschaft auswanderten, und die Ultramontanen, an ihrer Spitze der katholische Stadtpfarrer Mermillod, trugen sich bereits mit der Hoffnung, Genf, die Hochburg des Kalvinismus, ganz für die römische Kirche wiedergewinnen zu können.

Der Krieg von 1870/71; die Verfassungsrevision.

Da wirkte denn nun der Deutsch-französische Krieg und die Erneuerung des Deutschen Reichs auch auf diese Verhältnisse entscheidend ein. Im allgemeinen standen die Sympathien der Schweizer, auch der deutschen, sobald das Übergewicht Deutschlands entschieden und in Frankreich die Republik ausgerufen worden war, durchaus auf der Seite der Franzosen. Um ihre Neutralität zu decken, wurde ein Aufgebot von 80000 Mann unter dem General Hans Herzog an der Westgrenze zusammengezogen, das im Februar 1871 die übertretende Armee Bourbakis entwaffnete (s. S. 392), und diese selbst fand in der Schweiz die freundlichste Aufnahme. Diese Sympathien steigerten sich zu offener Feindschaft gegen Deutschland, als die Reichsdeutschen in der (alten) Tonhalle in Zürich ihre Siegesfeier begingen, und äußerte sich hier in pöbelhaften Auftritten, die der Schweiz nicht zur Ehre gereichten. Anderseits stand sie doch durchaus unter der Wirkung der deutschen Siege. Die schon seit 1866 lebhaft erörterte und im Dezember 1869 grundsätzlich beschlossene Revision der Bundesverfassung in einem mehr zentralistischen Sinne geriet trotz des Widerstrebens einerseits der Urkantone, anderseits der französischen Landschaften mehr in Fluß, und obwohl der erste Entwurf am 14. Mai 1872 in direkter Volksabstimmung noch abgelehnt wurde, so fand doch ein etwas veränderter am 19. April 1874 sowohl im Ständerat als bei der Volksabstimmung eine überwältigende Mehrheit ($14\frac{1}{2}$ gegen $7\frac{1}{2}$ Stimmen der Kantone, 340000 gegen 198000 Stimmen des Volkes), wurde also zum Gesetz erhoben und am 29. Mai verkündigt. Das neue Grundgesetz führte die unmittelbare Volksabstimmung (das Referendum) für alle nicht dringlichen Bundesgesetze ein, wenn 8 Kantone oder 30000 Bürger sie verlangten, wies den Ertrag der Zölle der Bundeskasse zu und gab der Bundesgewalt das Recht, gesetzliche Bestimmungen über die Fabrikarbeit zu erlassen.

Kampf gegen ultramontane Übergriffe.

Fast gleichzeitig wehrten Bund und Kantone ultramontane Übergriffe energisch ab. Die Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas wurde 1873 kurzweg verboten, die päpstliche Nuntiatur in Bern aufgehoben, Mermillod, der sich in Genf bischöfliche Rechte angemaßt hatte, schon im Februar 1873 ausgewiesen, das Bistum Basel aufgelöst, der Bischof Lachat entsetzt und eine ganze Anzahl katholischer Pfarrer im Berner Jura, die dagegen protestierten, ebenfalls vom Amte entfernt, an der Universität Bern aber eine altkatholische Fakultät errichtet. Erst unter Leo XIII. fand auch hier ein Ausgleich statt. Mermillod erhielt 1883 das Bistum Lausanne, das Bistum Basel erstand 1885 wieder, Lachat erhielt eine Stellung in Tessin.

Verstärkung der Bundesgewalt.

Sehr entschieden machte sich die Verstärkung der Bundesgewalt auf dem Gebiete der sozial-wirtschaftlichen Gesetzgebung geltend. Bundesgesetze ordneten 1876 die Forstpolizei, 1877 die Wasserpolizei im Hochgebirge. In demselben Jahre nahm das Schweizervolk das Fabrikgesetz über den Normalarbeitstag (10—11 Stunden) mit großer Mehrheit an, 1877 ein Gesetz über die Haftpflicht der Unternehmer und die Einführung des Branntweinmonopols zu gunsten der Bundeskasse, der schon der neue Zolltarif von 1879 steigende Überschüsse gesichert hatte. Die Wehrorganisation der Eidgenossenschaft wurde 1886—89 durch die Einführung der Landsturmpflicht und Vermehrung des Kriegsmaterials vervollständigt und erhielt durch die Befestigungen am Gotthardpaß hoch über der alten Gotthardstraße und an dem großen Tunnel der Gotthardbahn zwischen Göschenen und Airolo im Herzen der Schweiz eine Art verschanztes Lager. Andre zentralisierende Maßregeln, wie die Ausdehnung der Bundesgewalt auf das Schulwesen, die Verstaatlichung der Eisenbahnen u. dgl. schlugen noch fehl.

Volkswirtschaft.

Unzweifelhaft gestaltete sich die Lage der Schweiz unter dieser Verfassung im ganzen zu einer gedeihlichen. Neben der altertümlichen Viehwirtschaft des Hochgebirges, die namentlich die Urkantone und Appenzell (Inner-Rhoden) völlig beherrscht und zu reinen, fast ackerbaulosen Weideländern macht, und dem blühenden Getreide-, Obst- und Weinbau der flacheren Landschaften hatte sich längst eine rege Industrie ausgebildet, die teilweise an das alte Haus- und Handgewerbe anknüpfte, wie die Stickerei in Appenzell, die oft kunstmäßig entwickelte Holzschnitzerei namentlich im Berner Oberlande, die Uhrmacherei im französischen Jura. In großen Fabrikorten wie St. Gallen, Winterthur, Zürich, Genf erhielt sie ansehnliche, weithin wirksame Mittelpunkte. Das Eisenbahnnetz, 1882 durch die internationale Weltverkehrslinie der Gotthardbahn vervollständigt, umfaßte Ende 1893 über 3400 km und verknüpfte sogar hohe Berggipfel wie den Rigi und den Pilatus mit den großen Strecken; prächtige Kunststraßen überschritten längst die schwierigsten Pässe, und die trefflichen eidgenössischen Posten, die schellenläutend mit ihren Vier- und Fünfgespannen auch die schärfsten Biegungen im raschen Trabe nehmen, vermittelten bald einen ungeheuren Fremdenverkehr, während zugleich das Telegraphen- und Telephonwesen früher als in Deutschland allgemeine Verwendung fand. In der Bewirtschaftung von Gaststätten aber, die großstädtischen Komfort selbst auf hohe Berggipfel und in wilde Einöden zwischen Schnee und Eis hineinzauberten, übertrafen die Schweizer jedes andre Volk.

Geistesleben.

Das Unterrichtswesen blieb im ganzen Sache der Kantone und der Gemeinden, selbst die Universitäten sind kantonale Anstalten; nur das Polytechnikum in Zürich (1855) in seinem Prachtbau auf stolzer beherrschender Höhe wurde von der Eidgenossenschaft begründet, wie 1895 das schöne schweizerische Landesmuseum in derselben Stadt. Wie diese Hochschulen zum Teil mit reichsdeutschen und französischen Lehrkräften besetzt wurden, also den Zusammenhang mit der Wissenschaft der großen Nachbarvölker auch dadurch wahrten, so bildete die Wissenschaft der Schweiz immer nur einen Teil der deutschen und französischen; Historiker wie Jakob Burckhardt in Basel, Meyer von Knonau in Zürich, Henne am Rhyn in St. Gallen, Geographen wie Dufour und Egli, Naturforscher wie F. von Tschudi u. a. m. genossen jenseits der Grenze desselben Rufes wie daheim. Dasselbe gilt im verstärkten Maße von der Dichtung: die großen Novellisten Gottfried Keller und Konrad Ferdinand Meyer sind deutsche Dichter schlechtweg.

223. Polytechnikum in Bürich (rechts oben). Nach einer Photographie.

Wohlstand und Selbstgefühl.

Nichts tritt in dem Aussehen des Landes deutlicher hervor als der allgemein verbreitete ziemlich gleichmäßige Wohlstand, der niemals durch einen Dreißigjährigen Krieg erschüttert worden ist. Die sauberen Dörfer der deutschen Schweiz mit ihren breiten, behäbigen, fensterreichen Häusern inmitten wogender Felder oder grüner Matten verraten ihn nicht minder, wie die alten Städte, die um ihren alten historischen Kern ganz moderne Teile mit großartigen Hotelpaläſten geschaffen haben. Freilich ist kaum eine von ihnen, abgesehen von der Schönheit der Lage, mit größeren deutschen Reichsstädten zu vergleichen, denn ihr architektonischer Charakter hat meist etwas Nüchternes, und es fehlen ihnen allen die historischen Denkmäler an große Männer und an nationale Großthaten fast ganz; hat doch die Schweiz seit fast vier Jahrhunderten weder die einen noch die andern gesehen, so sehr schweizerisches Blut auf fremden Schlachtfeldern in Strömen geflossen ist, und das schönste Kriegerdenkmal, Thorwaldsens sterbender Löwe in Luzern, gilt der Treue schweizerischer Söldner für ein fremdes Herrschergeschlecht (s. Bd. VIII, S. 206). Gleichwohl hält unzweifelhaft ein lebhaftes Gemeingefühl diese Verbindung von Teilen dreier großer Kulturvölker und der verschiedenartigsten Kulturstufen, die so starke Gegensätze wie die patriarchalischen Weideländer Appenzell und Uri, Fabrikstädte wie St. Gallen und Winterthur, und große geistige Zentren wie Zürich und Genf unter einer Verfassung vereinigt, auch heute zusammen trotz des gesteigerten nationalen Selbstgefühls und des ungeheueren Fremdenverkehrs, der das Land allsommerlich überflutet. Es hat seine Wurzeln in den historischen Erinnerungen und dem starken republikanischen Stolze, und es wird dadurch gefördert, daß keine Nationalität die Herrschaft über die andern beansprucht, sondern jede sich dank der Föderativverfassung frei regen kann und die Gleichberechtigung der andern, wie ihrer Sprachen, die freilich alle gleichwertige alte Kultursprachen sind, bereitwillig anerkennt. Die 600jährige Erinnerungsfeier an die Stiftung des Ewigen Bundes von Brunnen wurde deshalb 1891 in der ganzen Schweiz mit gleicher Wärme begangen.

Belgien und Holland.

Gegensätze in Belgien.

In einer ähnlichen Lage wie die Schweiz war Belgien. Völkerrechtlich neutral wie diese, ist es aus zwei beinahe gleichstarken Volksstämmen zusammengesetzt, den niederdeutschen Vlämen und den französischen Wallonen, wobei jene mehr das ländliche, diese das städtisch-industrielle Element vertreten (vgl. Bd. VI, S. 540). Zunächst überwog durchaus der französische Volksteil und die französische Kultur, die auch die gebildeten Vlaminge beherrschte und die niederdeutsche Bevölkerung zu Staatsbürgern zweiter Klasse machte, denn auch die Amtssprache war durchweg französisch. Mit diesen nationalen Gegensätzen verband sich nun der Parteigegensatz der Klerikalen zu den Liberalen, und zwar derart, daß er mit dem nationalen fast zusammenfiel, denn die Wallonen (Fransquillons) huldigten dem französischen Liberalismus, die konservativen Vlaminge wurden von der meist aus ihrer Mitte hervorgehenden Geistlichkeit beherrscht. Eine Zeitlang schien die viel gerühmte liberale Musterverfassung, die der Krone des landfremden Hauses Koburg nur den Schatten monarchischer Befugnisse ließ, diese Gegensätze auszugleichen; allmählich jedoch versagte sie, und es entbrannte der heftigste Kampf, der den Staat bis in seine Grundfesten erschütterte und seinen Bestand in Frage stellte, da die Krone zu schwach war, um sich über den Parteien halten zu können. Die Gegenstände dieses Kampfes waren die Herrschaft über die Schule (da die Verfassung dem Staate die Schulhoheit versagte), die Gleichberechtigung der vlämischen Sprache, die Ausdehnung des Wahlrechts und die Heeresreform; die soziale Frage trat erst viel später hervor.

Der erste Kampf um die Schule.

Der erste Kampf über die Schule entbrannte 1856/57, als die Klerikalen den Antrag auf Beseitigung der Staatsaufsicht über die öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten, Stiftungen u. dgl. einbrachten, um diese dadurch selbst in die Hand zu bekommen. Aber die liberalen Kundgebungen dagegen, die sogar bis zur Demolierung von Klöstern gediehen und im Mai 1857 zur Einberufung der Bürgergarde nötigten, führten zum

Schluß des Landtags am 15. Juni, und da die Neuwahlen sowohl zu den Gemeindevertretungen als zur zweiten Kammer im liberalen Sinne ausfielen, so kam das liberale Ministerium Frère-Orban ans Ruder. Dies versuchte die Staatsaufsicht auch auf die Studienstiftungen der 1835 aufgehobenen katholischen Universität Löwen auszudehnen, stieß dabei auf den heftigsten Widerstand der Klerikalen und erbat am 16. Januar 1864 seine Entlassung. Der König genehmigte diese indes nicht, die Kammer wurde am 13. Juli aufgelöst, und die Neuwahlen ergaben den Sieg der Liberalen, so daß das Gesetz im Dezember angenommen wurde. Unter liberaler Leitung nahm das ganze Schulwesen einen erfreulichen Aufschwung. Namentlich die für ein so industrielles Land besonders wichtigen Fortbildungsschulen vermehrten sich rasch, so daß es im Jahre 1864 ihrer im ganzen 1045 mit 180000 Schülern gab, und 1865 entstand die „Lehrgenossenschaft“ (ligue de l'enseignement) zur Förderung eines geistig freien Schulwesens in beiden Landessprachen, Hebung der sozialen Stellung des Lehrerstandes, Gründung von Volksbibliotheken, Veranstaltung freier Vorträge u. s. f., die natürlich von klerikaler Seite bald heftige Anfeindungen erfuhr.

Einen schweren Kampf veranlaßte auch der Plan der Regierung, Antwerpen in ein großes verschanztes Lager und in den Mittelpunkt eines Verteidigungssystems zu verwandeln, das seine Spitze gegen Frankreich kehrte, doch wurde die Vorlage noch 1864 angenommen. Der freien Handelsbewegung kam die Aufhebung der städtischen Eingangszölle 1860, die Ablösung des lästigen Scheldezolls 1863 und der Handelsvertrag mit England 1862 zu gute.

Befestigung von Antwerpen.

224. Hubert Joseph Walther Frère-Orban.
Nach einer Photographie.

Belgien und Frankreich.

Der aufrichtig betrauerte Tod König Leopolds I. am 10. Dezember 1865 und die Thronbesteigung seines Sohnes Leopold II., zu dessen Nachfolger, da sein gleichnamiger Sohn schon am 22. Januar 1869 starb, der Bruder Graf Philipp von Flandern bestimmt wurde, änderte in der Regierungsweise des Landes nichts Wesentliches. Größeren Einfluß übte die deutsche Bewegung seit 1866. Sie bewirkte die ersten Schritte zur Heeresreform, die Verlängerung der Dienstzeit auf 27 Monate und die Verstärkung der Aushebung von 10000 auf 12000 Mann (1868). Den Versuch Frankreichs, durch Ankauf der wichtigsten belgischen Eisenbahnlinien wenigstens indirekt Belgien unter seinen Einfluß zu bringen, vereitelte das Ministerium Frère-Orban 1869, auf Deutschland gestützt. Beim Ausbruche des Deutsch-französischen Krieges 1870 sperrte Belgien die Grenze durch die Aufstellung einer Armee von 80000 Mann, behauptete also energisch seine Neutralität. Gleichwohl standen die Sympathien der Fransquillons entschieden auf französischer Seite, wie sogar die deutschen Verwundeten erfuhren, die von Sedan durch Belgien transportiert wurden, und erst sehr langsam brach sich die Erkenntnis allgemeiner Bahn, daß von Deutschland nichts zu fürchten, sondern vielmehr der Schutz der belgischen Unabhängigkeit zu hoffen sei, falls das Land nur seine Neutralität streng bewahre.

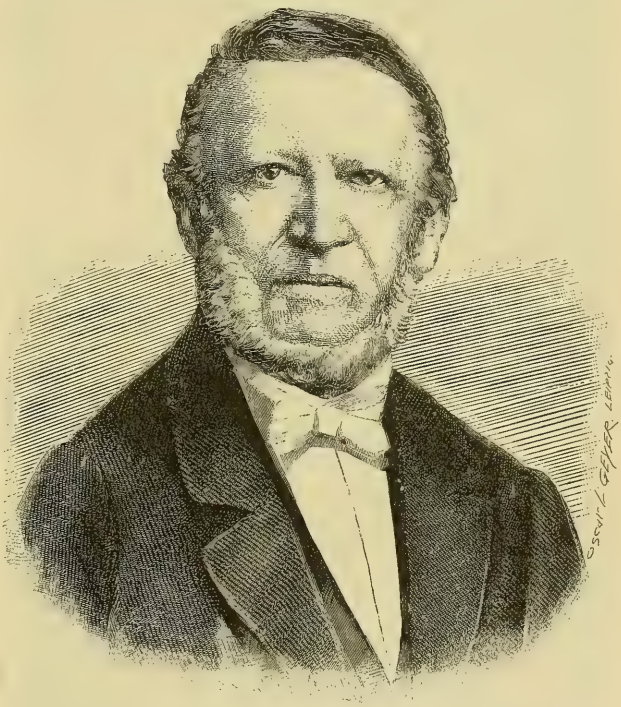
Der zweite Kampf um die Schule.

Inzwischen aber schwoll die Opposition der Klerikalen, mit denen sich die Radikalen und sogar ein Teil der Liberalen bei den Wahlen vom Juni 1870 verbündeten. Infolgedessen trat Frère-Orban zurück, und das klerikale Ministerium d'Anethan übernahm die Leitung. Gestärkt durch eine beträchtliche antiliberale Mehrheit in beiden Kammern begann es die längst von dieser Seite betriebene Reform des Wahlrechts mit der Herabsetzung des Zensus für die Gemeinde- und Provinzialwahlen 1871. Bald mußte es aus persönlichen Gründen dem Ministerium Malou weichen (Dez. 1871), das nun doch scharf gegen die klerikale Wahlbeeinflussung (sogar durch den Beichtstuhl) einschritt, aber auch manche Forderung der Vlämen, vor allem die Zulassung des Vlämischen bei Gericht erfüllte. Anderseits behielten die Liberalen ihr Ziel, die Volksschule völlig von der geistlichen Aufsicht zu befreien, beständig im Auge. Als nun Frère-Orban im Juni 1878 zum zweitenmal ans Ruder kam, eröffnete er den Kampf um die Schule mit der Errichtung eines besonderen Unterrichtsministeriums, und die königliche Thronrede kündigte am 12. November als das Programm der Regierung an, daß der Staat die Oberleitung des gesamten Unterrichts, sowie einen Teil der Kosten zu übernehmen habe. Entscheidend war dann das Volksschulgesetz vom 1. Juli 1879, das überall konfessionslose Gemeindeschule mit rein weltlichen Lehrern vorschrieb, aber noch nicht die Schulpflicht. Da die belgischen Bischöfe und Rom dagegen leidenschaftlich protestierten, so brach die Regierung im Juni 1880 die diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan ab. Ferner wurde die Zahl der Gymnasien (Athénées) wesentlich vermehrt, 50 konfessionslose höhere Töchterschulen begründet, und um den Vlämen entgegenzukommen, das Vlämische als Unterrichtssprache in den Vorbereitungsklassen der Mittelschulen zugelassen (1883). Da jedoch der Schulzwang fehlte, so überwucherten bald die sogenannten freien (klerikalen) Schulen, und in vielen Gemeinden wurde von ihnen ein erbitterter und entsittlichender Krieg gegen die öffentlichen konfessionslosen Anstalten geführt, während zugleich die Verstimmung über die schweren Kosten, die diese veranlaßten (über 22 Millionen Frank jährlich) bedenklich wuchs. Sie führte bei den Neuwahlen vom Juni 1884 zu einer völligen Niederlage der Liberalen und zur Berufung des klerikalen Ministeriums Malou-Bernaert. Eine rücksichtslose Reaktion folgte. Das Schulgesetz vom 20. September 1884 gestattete die unbeschränkte Errichtung von Privatschulen und lieferte diese den geistlichen Orden aus; die öffentlichen Schulen wurden in Masse aufgelöst (bis Ende 1885 von 1993 fast die Hälfte, 877) und durch geistliche Schulen ersetzt, die weltlichen Lehrer entlassen oder auf ein kärgliches Wartegeld gesetzt, die Beziehungen zum Vatikan wiederhergestellt.

225. Leopold II., König von Belgien.
Nach einer Photographie.

Arbeiterunruhen.

In diesen erbitterten Kämpfen hatten die um die Herrschaft ringenden bürgerlichen Parteien gar nicht beachtet, daß unter ihren Füßen sich eine furchtbare soziale Bewegung vorbereitete. Riesig war die altbegründete belgische Industrie besonders in Textilwaren, Spitzen, Leder- und Metallarbeiten gewachsen. Gent allein hatte 1864 schon über 30 000 Webstühle, 40 000 Weber und 70 große Spinnereien, und die Ausfuhr vornehmlich in Industriegegenständen verzehnfachte sich in dem halben Jahrhundert 1840—90, stieg von 139 auf 1437 Millionen Frank. Das Eisenbahnnetz, überwiegend in den Händen des Staats, war 1889 mit 4670 km das dichteste der Erde, die Bevölkerung wuchs in den 25 Jahren 1864—1889 von 4 auf mehr als 6 Millionen, also um 50%, und sie mußte doch meist in der Industrie Beschäftigung suchen. Um so weitere Volkskreise wurden davon berührt, daß die geizige Selbstsucht der Unternehmer die Arbeitskräfte rücksichtslos ausbeutete und für das Wohl oder auch nur den Schutz der Arbeiter so gut wie nichts that, während die Regierung, sie mochte liberal oder klerikal sein, ruhig zusah, da sie ja im Interesse der bürgerlichen Parteien geführt wurde. So fanden die Lehren der internationalen Sozialdemokratie den günstigsten Boden, und eine allgemeine Lohnherabsetzung brachte die Bewegung urplötzlich zum Ausbruch. Bei der Feier der Erinnerung an die Pariser Commune am 18. März 1886 begann sie in Lüttich. Aufrührerische Haufen plünderten Läden und Kaffeehäuser, und der Straßenkampf mit der Polizei dauerte bis Mitternacht. Am 25. März proklamierte eine große Arbeiterversammlung in Brüssel den Satz: „Der Boden soll allen gehören", und konnte erst nach blutigem Handgemenge zerstreut werden, eine andre rief am 26. März in Brüssel offen zur allgemeinen Plünderung auf. Am nächsten Tage rotteten sich in Charleroi 6—8000 Arbeiter zusammen, zerstörten in der Stadt und in der Umgegend Fabriken, Glashütten und Villen, in Roux wurde das Kloster Soleilmont geplündert und verbrannt, in allen Kohlendistrikten die Arbeit eingestellt. Erst ein Aufgebot von 8000 Mann unter General van der Smissen konnte weitere Greuel abwenden und die Ruhe in den aufgewühlten Provinzen Lüttich und Hennegau wiederherstellen, aber große Arbeitseinstellungen schürten fortwährend die Aufregung, und der internationale Arbeiterkongreß in Brüssel, im Juni 1886, war nicht geeignet, beruhigend zu wirken. Das Musterland bürgerlicher Freiheit drohte sich in einen revolutionären Herd schlimmster Art zu verwandeln.



226. Jules Malou.
Nach einer Photographie.

Fortschritte der Vlaminge; Erweiterung des Wahlrechts.

Das drängte endlich die Regierung zu den Anfängen einer Arbeiterschutzgesetzgebung nach deutschem Muster. Im Jahre 1887 wurden Schiedsgerichte zwischen Unternehmern und Arbeitern im Falle von Arbeitseinstellungen, und Bestimmungen über die Lohnzahlung in Geld (statt in häufig schlechten Waren) beschlossen, im

Mai 1888 auch eine verschärfte Aufsicht über die Werkstätten, im Juli 1890 beim 25jährigen Jubiläum des Königs ein freilich ganz unzureichender Versicherungsfonds für Unglücksfälle von Arbeitern gegründet. Aber wie sich die bürgerlichen Parteien immer noch gegen eine weitergehende soziale Gesetzgebung sträubten, so verwarfen sie 1887 auch noch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, obwohl die Zuverlässigkeit der lediglich aus den untersten Volksschichten entnommenen Armee bei inneren Kämpfen höchst zweifelhaft war und die Fälle grober Zuchtlosigkeit sich rasch vermehrten. Nur die Befestigung der Maaslinie wurde genehmigt. Erhebliche Zugeständnisse erreichten die Vlaminge, im Juni 1886 die Errichtung einer königlichen Akademie für vlämische Litteratur und Sprache, im Mai 1888 die Vorschrift obligatorischer Kenntnis des Vlämischen für Offiziersaspiranten, im Dezember desselben Jahres die Erweiterung für den Gebrauch des Vlämischen vor Gericht. Infolgedessen fand das Ministerium in den Vlamingen seine beste Stütze, und ging um so eher an die Ausdehnung des Wahlrechts, die von Sozialdemokraten und Radikalen gleichmäßig gefordert wurde und die Liberalen vermutlich aus dem Sattel hob. Nach langen Beratungen und Debatten wurde das Wahlgesetz im Juni 1894 genehmigt. Es gab das Wahlrecht allen 25jährigen Bürgern, doch so, daß die durch Besitz oder Bildung Bevorzugten statt einer Stimme mehrere erhielten (Pluralwahlsystem). Trotzdem siegten bei den Neuwahlen die Klerikalen und Sozialdemokraten so vollständig, daß die Liberalen beinahe aus der Landesvertretung verschwanden. Seitdem stehen sich die beiden siegreichen Parteien im erbitterten Kampfe gegenüber.

227. Wilhelm III.
Nach einer Photographie.

Der Kongostaat.

Daß einem Monarchen von der geistigen Bedeutung Leopolds II. die machtlose Stellung eines parlamentarischen Königs nicht genügte, war selbstverständlich. Er fand Befriedigung für seine Thatkraft in der Errichtung des Kongostaates 1885 (s. S. 506), dem er einen großen Teil seines Privatvermögens opferte, und erreichte es 1890, daß Belgien diesem jungen Gemeinwesen eine zinsfreie Anleihe von 25 Mill. Frank vorstreckte, gegen das Recht, den Kongostaat nach zehnjähriger Frist zu erwerben. Ob dies geschehen wird, und wie dies sich mit der Neutralität Belgiens vertragen wird, läßt sich jetzt nicht sagen; daß aber die nächste europäische Krisis das von Partei- und Nationalitätenhader zerrissene und sozial unterwühlte Belgien vor die Existenzfrage stellen wird, das ist unzweifelhaft.

Parteien in Holland; wirtschaftliche Verhältnisse.

Eine Erhaltung der belgischen Selbständigkeit wird vielleicht nur möglich sein durch engen Anschluß an die Niederlande, durch die Errichtung eines „Großniederland", die offenbar das letzte Ziel der vlämischen Bewegung in Belgien ist und von

Deutschland her Unterstützung erwartet. Denn Holland kennt nationale Gegensätze, wie Belgien, nicht, und die Klerikalen können hier niemals zu einer maßgebenden Bedeutung gelangen, weil sich der Katholizismus auf den südlichsten Teil des Landes, die früheren Generalitätslande (s. Bd. VI, S. 323), beschränkt. Dafür sonderten sich früh von den Liberalen die sogenannten Antirevolutionäre, die strengen Reformierten. Als alte Kolonialmacht verfügte Holland über einen großen ererbten Reichtum, Schiffahrt und Fischerei blühten seit Jahrhunderten, und seine Finanzlage war lange Zeit so günstig, daß es 1849—59 etwa 122 Mill. fl. Staatsschulden tilgen konnte. Dazu sicherte die Verfassung vom 3. November 1848 dem Volke eine sehr freie Bewegung, den General- und Provinzialstaaten einen weitgehenden Anteil am Staatsleben. Das erste Ministerium König Wilhelms III. (1849—90) war dementsprechend das liberale Kabinett Rudolf Thorbecke (zunächst bis 1853), der auch nachher mehrmals ans Ruder kam und erst 1872 starb. Diese vorwiegend liberale Verwaltung förderte besonders seit 1858 den bisher vernachlässigten Eisenbahnbau, führte 1857 die konfessionslose Volksschule ein, hob vom 1. Juli 1863 an die Sklaverei in Surinam und Westindien auf, gewährte 1865 der Kolonie Surinam eine freie parlamentarische Verfassung und legte seit 1864 das Kolonialbudget den Generalstaaten vor, räumte ihnen also ein Aufsichtsrecht ein. Wie wohl sich der Holländer in seiner Haut fühlte, zeigte so recht die 50jährige Erinnerungsfeier an die Befreiung von der französischen Herrschaft am 17. November 1863, wobei man nur vergaß, daß man sie den preußischen Waffen verdankte. Denn aus ihrem reichen behäbigen Dasein in allen den sauberen, altmodischen Städten, in den fensterreichen blanken Häusern zwischen Kanälen, Baumreihen und Schiffen, inmitten weiter grüner Weideflächen und langen Reihen von Windmühlen, umgeben von den Denkmälern einer ruhmvollen Vergangenheit und gehoben durch die Erinnerung an alte Großthaten blickten die Holländer mit hoffärtiger Geringschätzung auf die „Dietschen" jenseit der Grenze herab. Die Zugehörigkeit der Provinz Limburg und des Großherzogtums Luxemburg zum Deutschen Bunde flößte ihnen keinerlei Anhänglichkeit an Deutschland ein. Die Limburger selbst wünschten die Auflösung dieses Verhältnisses, und Luxemburg stand nur in Personalunion mit Holland; auch pflegten die Bundestagsstimmen für diese beiden Lande selten instruiert zu sein.

228. Rudolf Thorbecke.

Aus dieser selbstzufriedenen Behaglichkeit wurden die Holländer durch die deutsche Umwälzung unangenehm aufgeschreckt. Argwöhnisch blickten sie nach der neu aufsteigenden Macht, und der Handel, den König Wilhelm 1867 ganz persönlich über die Abtretung des Großherzogtums Luxemburg an Frankreich anknüpfte (s. S. 335), war von keinen freundschaftlichen Gefühlen für Deutschland eingegeben. Indes mit der Erneuerung

Reorganisation des Unterrichts; Erweiterung des Wahlrechts.

des Deutschen Reichs fand man sich bald ab, da alle Befürchtungen sich als gänzlich unbegründet erwiesen, und bald traten innere Fragen wieder in den Vordergrund, zum Teil dieselben, wie in Belgien. Der höhere Unterricht wurde 1876 reorganisiert, aber die konfessionslose Schule fand unter den strengen Reformierten und den Katholiken so scharfe Gegner, daß sich beide näherten und somit eine Verschiebung der Parteien eintrat. Die Verfassung wurde auch hier im Sinne einer mäßigen Erweiterung des Wahlrechts revidiert, die Übelstände in den Fabriken durch eine starke Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit vermindert. Jene Parteiverschiebung aber führte bei den ersten Wahlen nach dem neuen Wahlgesetz im März 1888 die Niederlage der bisher herrschenden Liberalen herbei und brachte den ersten Sozialdemokraten (Domela Nieuwenhuis) in die Kammer. Infolgedessen ging die Leitung der Regierung an das Kabinett Mackay über.

Thronwechsel. Inzwischen war (1887) die Thronfolgeordnung, da der Prinz von Oranien Alexander schon 1879, des Königs Bruder Heinrich, Statthalter von Luxemburg, 1879 ohne Erben gestorben war, derart neu geordnet worden, daß die Krone nach dem Tode des Königs an die Tochter seiner zweiten Gemahlin Emma von Waldeck (seit 1879), Wilhelmine (geb. 31. August 1880) übergehen sollte. Dieser Fall trat mit dem Tode Wilhelms III. am 23. November 1890 ein. Die Regierung für die jugendliche Fürstin übernahm die Königin-Witwe Emma, das Großherzogtum Luxemburg aber, wo nur die männliche Erbfolge galt, ging an Herzog Adolf von Nassau über, der am 9. Dezember die Verfassung beschwor und am 23. Juli 1891 seinen Einzug in seiner neuen Hauptstadt hielt.

Dänemark.

Dänemarks Stellung zu Deutschland. Anders als die früheren Reichslande im Westen und Süden standen von Anfang an die skandinavischen Staaten zum Deutschen Reiche. Wenn sich bei ihnen aber auch nicht Besorgnisse wegen etwaiger Rückforderungen geltend machen konnten, so wurde doch auch ihre Bedeutung, namentlich ihre alte Seegeltung, durch die neue Großmacht herabgedrückt, und ihr wichtigstes Interesse war fortan, sich mit ihr zu stellen. So herrschte auch im Norden anfangs durchaus keine freundschaftliche Stimmung gegen Deutschland, und in Dänemark war sie sogar feindlich. Denn Dänemark hatte unter der Erhebung Deutschlands am schwersten gelitten und war durch den Verlust von Schleswig-Holstein das schwächste der nordischen Reiche geworden. Die Hoffnung, nach § 5 des Wiener Friedens Nordschleswig zurückzuerhalten, erfüllte sich nicht, obwohl 1867/68 darüber verhandelt wurde, weil Dänemark sich weigerte, für die Erhaltung des nordschleswigischen Deutschtums bindende Bürgschaften zu geben, und am 11. Oktober 1878 wurde der Artikel durch ein Abkommen zwischen Preußen und Österreich ganz aufgehoben. Unermüdlich freilich arbeitete die dänische Agitation in Nordschleswig, das regelmäßig einen Dänen in den deutschen Reichstag sandte, gegen das Vordringen des Deutschtums, und der Hof von Kopenhagen blieb der Mittelpunkt aller deutschfeindlichen Bestrebungen in Europa. War er doch durch die Vermählung der schönen Königstöchter (Dagmar und Alexandra) mit den Thronfolgern von Rußland und England zu diesen Höfen in die engsten Beziehungen getreten, ein dänischer Prinz, der Gemahl einer russischen Großfürstin, regierte in Griechenland, und noch 1878 vermählte sich die Prinzessin Thyra mit dem Herzog von Cumberland, der seine Ansprüche auf Hannover und Braunschweig keineswegs aufgegeben hatte. In dieser Gesinnung war Dänemark 1870 bereit, sich Frankreich anzuschließen, und unterstützte, als dies unmöglich war, wenigstens die französische Ostseeflotte.

Der parlamentarische Konflikt. Seitdem wandte sich die Hauptarbeit der inneren Wiederherstellung zu. Schon unter dem konservativen Ministerium Bluhme (1864—68) war die Verfassung durch das Revisionsgesetz vom 28. Juli 1866 entsprechend vereinfacht und 1867 der Anfang zur Reorganisation des Heeres gemacht worden. Aber seit 1872 nahm ein schwerer parlamentarischer Konflikt die beste Kraft in Anspruch. Die Mehrheit des Folkething (2. Kammer) wollte den reinen Parlamentarismus nach englischem Muster durchsetzen, also den König zwingen,

die Minister aus dieser Mehrheit zu nehmen, wie zehn Jahre früher das preußische Abgeordnetenhaus; das Ministerium Estrup hielt an dem verfassungsmäßigen Rechte der Krone fest. Infolgedessen kam, wie damals in Preußen, viele Jahre hindurch fast niemals ein Budget zustande; die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1880) und die Neugestaltung der Flotte wurden allerdings bewilligt, aber der große Landesverteidigungsplan, der in der Neubefestigung Kopenhagens gipfelte, nicht angenommen. Infolgedessen begann seit 1885 mit Hilfe einer großartigen Selbstbesteuerung „zur Verteidigung des Vaterlandes" die Ausführung über die Köpfe der Volksvertreter hinweg durch den Kriegsminister Bahnson, und Kopenhagen wurde, während seine alten Wälle fielen, durch Fortführung der schon früher begonnenen Verstärkung der Seebefestigungen und Errichtung eines weit vorgeschobenen Ringwalles (von 25 km Länge) auf der Landseite mit mehreren Forts in ein gewaltiges verschanztes Lager für die ganze dänische Armee verwandelt. Daß der Verfassungskonflikt die Anhänglichkeit an das Königshaus nicht störte, bewies die allgemeine Teilnahme des Volkes an den Familienfesten, dem 25jährigen Regierungsjubiläum des Königs 1888 und der goldenen Hochzeit des Königspaares 1892. In demselben Jahre brachten die Neuwahlen zum Folkething die Radikalen endlich in die Minderheit und beendigten den Verfassungskonflikt.

Wirtschaftliche Entwickelung.

Während aller dieser Jahre befand sich Dänemark in einer stetig aufsteigenden materiellen Entwickelung. Nicht weniger als 80 Prozent des Bodens waren produktives Land geworden; wo der Ackerbau nicht lohnt, blüht die Rinder- und Pferdezucht, und behaglicher Wohlstand blickt aus den sauberen Höfen und Dörfern wie aus den zahlreichen kleinen Städten, die das wellige fruchtbare Flachland der buchenumkränzten Inseln und die Gestade der tiefeingeschnittenen Förden Ostjütlands bedecken. Die Länge der vortrefflich ausgeführten und betriebenen Eisenbahnen (seit 1847) vermehrte sich 1879—91 von 1500 auf 1986 km, gewaltige Trajektschiffe nehmen ganze Züge an Bord und führen sie über den Großen und Kleinen Belt, den Masnedsund und hinüber nach dem schwedischen Helsingborg. Der Seehandel beherrscht noch immer einen großen Teil des Nord- und Ostseeverkehrs und hat sich gegen die drohende Konkurrenz des deutschen Nordostseekanals durch die Anlage eines Freihafens in Kopenhagen zu sichern gesucht. Eine bedeutende Industrie hat sich namentlich in Kopenhagen entwickelt, mit ihr freilich auch die Sozialdemokratie; sie beschäftigte 1890 etwa 200000 Arbeiter und trat bei der nordischen Ausstellung in Kopenhagen 1888 glänzend hervor. Das Herz des Landes aber ist Kopenhagen noch mehr geworden als früher und fast noch mehr als es Paris für Frankreich ist. Enthielt es 1880 schon 275000 Einwohner von 1969000 des ganzen Staats, so stieg diese Zahl 1890 auf 312000 gegenüber einer Gesamtbevölkerung von 2172000, also von 12 auf nahezu 15 Prozent. Es ist jetzt die größte Stadt des germanischen Nordens, der politische, militärische, wirtschaftliche und geistige Mittelpunkt Dänemarks, eine ebenso schöne als behagliche und anheimelnde Stadt in anmutigster Umgebung. Der alte Kern ist trotz englischer Brandkugeln und Feuersnot, die noch 1884 Schloß Christiansborg wieder zur Ruine machte, noch immer wesentlich eine Stadt des 17. und 18. Jahrhunderts geblieben, die neueren Teile haben dagegen ein ganz modern großstädtisches Gepräge erhalten, und dazwischen dehnen sich die schönen Parkanlagen, die an die Stelle der alten Wälle getreten sind, und die alte Strandpromenade an der Citadelle, die „lange Linie", mit dem weiten Blick über den schiffwimmelnden Hafen und den blauen Sund.

Schweden und Norwegen.

Auswärtige Politik.

Viel weniger als Dänemark waren Schweden und Norwegen, seit 1814 durch Personalunion unter dem Hause Bernadotte verbunden, in die große Politik verwickelt worden. Unter Oskar I. (1844—59) hatten sie während des Krimkrieges aus Furcht vor der drohenden Übermacht Rußlands ein Bündnis mit den Westmächten geschlossen (21. November 1855), ohne jedoch in den Kampf thätig einzugreifen. Sein Nachfolger Karl XV. (1859—72), der persönlich zu Frankreich neigte, deshalb auch im Sommer

1861 den französischen und englischen Hof besuchte, verwandte sich im April 1863 im Gefolge der Westmächte für die Polen mit demselben Erfolge wie jene. Lebhafter war das Interesse für das bedrängte dänische „Brudervolk" im Jahre 1864; es äußerte sich nicht nur in stürmischen Kundgebungen, sondern auch schwedische Freiwillige zogen hinüber nach Dänemark, und der schwedische Reichstag bewilligte 3 Millionen Kronen zu Rüstungen. Aber der norwegische Storthing lehnte eine ähnliche Forderung der Regierung ab, diese selbst mißbilligte bei aller Sympathie die herausfordernde eiderdänische Politik und trat schließlich nicht aus einer wohlwollenden Neutralität heraus.

Verhältnis beider Reiche.

Später fesselten innere Angelegenheiten die Aufmerksamkeit. Widerwillig hatten sich beide Nationen unter demselben Herrscherhause verbunden, und sehr verschieden war die Verfassung, unter der sie beide lebten. Im aristokratischen Schweden galt noch die alte ständische Verfassung, so daß der stolze, begüterte Adel im Reichstage ein bedeutendes Gewicht ausübte, und die Stellung des Königs war die eines konstitutionellen Monarchen. Im demokratischen Norwegen, das früh seinen Adel ausgestoßen und noch 1820 auch die Adelstitel aufgehoben hatte, hatte die Verfassung von Eidsvold (17. Mai 1814) dem König gegenüber dem Storthing nur bei Verfassungsänderungen das absolute Veto gegeben, in allen andern Fragen nur das suspensive, dessen Kraft erlosch, wenn der Storthing in dreimaliger Abstimmung bei seinem Beschlusse stehen blieb. Auch die Heeresverfassung war wesentlich verschieden, da in Schweden die alte Indelta fortbestand (s. Bd. VI, S. 682). Eine innere Annäherung schien sich zu vollziehen, als die im Dezember 1865 mühsam durchgesetzte Revision der schwedischen Verfassung den Adel als Korporation des Reichstags aufhob und statt der vier ständischen Kurien zwei Kammern schuf, die erste als Vertretung der Großgrundbesitzer, die zweite als Abgeordnetenhaus. Aber beide Länder gingen dann doch wieder ganz verschiedene Wege. In Norwegen wurde 1866 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, jedoch mit Stellvertretung, die erst 1876 abgeschafft wurde; aber auch dann blieb das norwegische Heer eine Art von Milizheer mit kurzer Dienstzeit in Linie, Landwehr und Landsturm, konnte also lediglich für die Verteidigung des Landes verwendet werden, und die Lieblingseinrichtung waren die freiwilligen Schützenvereine. In Schweden wies der Reichstag 1867 die von der Regierung vorgeschlagene Heeresreform zurück. Wirtschaftlich näherten sich beide Reiche einander und Dänemark durch Verträge über Münzwesen, Post- und Schiffahrtsverkehr (1873 u. 1874), aber die schon 1865—67 ausgearbeitete Vorlage einer Revision des Unionsverhältnisses lehnten beide Reichstage 1871 ab.

Parlamentarischer Konflikt.

König Oskar II., der 1872 seinem Bruder Karl XV. folgte, ein feingebildeter Fürst von ruhiger Besonnenheit und nach außen hin überzeugt von der Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zu Deutschland, erlebte seit 1882 in Norwegen einen schweren parlamentarischen Konflikt zwischen der Krone und dem Storthing, der auch die Union bedrohte. Der Storthing, von den radikalen Demokraten beherrscht, forderte viermal hintereinander die (verfassungswidrige) Teilnahme der Minister an seinen Sitzungen und stellte sie, als der König die Genehmigung kraft seines absoluten Vetos bei Verfassungsänderungen versagte, 1883 unter Anklage. Ein zweiter Streitpunkt ergab sich aus der Absicht der Minister, die Friedensstärke des Heeres zu erhöhen. Endlich wurden nach einem langen Prozeß (7. April 1883 bis 1. April 1884) elf Minister und Staatsräte zu Amtsentsetzung oder Geldstrafen verurteilt. Sie gaben daher ihre Entlassung, die der König auch notgedrungen annahm. Ans Ruder kamen jetzt natürlich am 26. Mai 1884 die siegreichen Radikalen mit ihrem Führer Johann Svendrup, dem bisherigen Präsidenten des Storthings. Nunmehr genehmigte der König die Teilnahme der Minister an dessen Verhandlungen, und einige liberale Lieblingswünsche (Erweiterung des Wahlrechts zum Parlament und zu den Gemeindevertretungen, Geschwornengerichte bei Straffachen) wurden erfüllt. Allein persönliche Zänkereien der Radikalen untergruben bald ihr Ansehen, und im Juli 1889 trat ein konservatives Ministerium (E. Stang) ans Ruder. Dies brachte 1890 ein neues Zollabkommen mit Schweden zustande, da dieses im Interesse seiner Landwirtschaft und Industrie zu Schutzzöllen übergehen, Norwegen am Freihandel festhalten

wollte. In Schweden kam dann im November 1892 eine neue Heeresverfassung zum Abschluß, im März 1894 wurde die Zahl der Abgeordneten zu beiden Kammern wesentlich vermehrt, ohne daß man allerdings zum allgemeinen Wahlrecht übergegangen wäre, wie es der „Volksreichstag" in Stockholm im März 1893 stürmisch verlangt hatte. Ein neuer Kampf mit Norwegen entspann sich, als Stang im Februar 1891 zurückgetreten war und die Norweger eine selbständige Konsularvertretung nach außen verlangten; auch die im November 1895 gebildete schwedisch-norwegische Unionskommission hat ihn noch nicht schlichten können. Jedenfalls ist der Gedanke an eine moderne Erneuerung der skandinavischen Union, der nach dem schleswig-holsteinischen Kriege viel erörtert wurde, jetzt in weite Ferne gerückt, schon weil in diesem Falle die Führung an Schweden fallen müßte.

229. Oskar II., König von Schweden.
Nach einer Photographie.

Wirtschaftliches Leben.

Der wirtschaftliche Fortschritt beider Reiche ist durch solchen Streit nicht aufgehalten worden. Das dünnbevölkerte Norwegen (1896 noch nicht 2 Mill. Einw.), ein großartiges Alpenland am Meere, seiner Natur nach auf Seehandel und Seefischerei angewiesen, besitzt die verhältnismäßig größte Handelsflotte der Welt (mit 7312 Schiffen und $1^1/_2$ Mill. Tonnen im Jahre 1895), und seine Flagge ist die herrschende in allen nordischen Häfen, während der Anbau auf einige günstig gelegene Küstenstriche beschränkt ist (im ganzen auf nur 515500 ha von fast 52 Mill. ha Gesamtfläche) und die Industrie noch ganz in den Anfängen steht. In Schweden nahm die Volkszahl bei der sehr starken Auswanderung ziemlich langsam zu (1865—90 von 4114000 auf 4784000), und doch umfaßt im ganzen die angebaute Bodenfläche nur wenig über 12 Prozent, im fruchtbaren, den dänischen Inseln ähnlichen Schonen allerdings bis 78 Prozent (nämlich von 44481400 ha Gesamtfläche nur 9210447 ha Kulturfläche im Jahre 1870). Auch hier zeigt sich die Erscheinung, daß die Bevölkerung sich immer mehr in den Städten zusammendrängt; doch treibt noch über die Hälfte der Bevölkerung Landwirtschaft, wobei ein kräftiger Bauernstand überwiegt, denn von 66273 Mantal (d. h. Mannteilen, alten Hufen) sind über 38000 in den Händen von selbständigen Bauern oder Käthnern, nur 21600 Adelsland, der Rest Krongut. Eine wirkliche Industrie hat sich neben dem uralten Bergbau auf Kupfer (in Fahlun) und Eisen erst seit 1830 entwickelt (besonders in Stockholm, Göteborg und Malmö). Zu dem reichen Netz der natürlichen und künstlichen Wasserstraßen beider Länder sind die Eisenbahnen erst verhältnismäßig spät hinzugetreten (in Norwegen erst seit 1853)

und beschränken sich überhaupt, selbst in Schweden außer im dichter bevölkerten Süden, im wesentlichen auf einige große Linien (1894 über 8700 km). Ein langer Friede hat in beiden Reichen einen gediegenen Wohlstand entwickelt, der im ganzen Dasein hervortritt, und Stockholm ist mit 271000 Einwohnern (1895) zwar nicht die größte, aber die glänzendste und schönste Stadt des ganzen Nordens geworden, in einer wunderbar abwechselungsreichen halb wild ursprünglichen, halb lieblichen Umgebung von Landsee und Meer, Felsen und Wald, das nordische Venedig.

Skandinavisches Geistesleben.

Sehr rege ist immer seit der Reformationszeit das geistige Leben der nordgermanischen Völker gewesen. Sie haben in der neuesten Zeit alle drei ihr Unterrichtswesen auf allen Stufen reich ausgestaltet, in den entlegneren Gegenden durch Wanderlehrer, neuerdings auch durch „Volkshochschulen“ allen Bildungsbedürftigen bis zu einem gewissen Grade den Zugang zu einer höheren Stufe des Wissens eröffnet, in der Mittelschule aber, namentlich in Schweden und Norwegen, zu gunsten der sogenannten „Einheitsschule“ die humanistische Grundlage durch Beschränkung des Lateinischen und noch mehr des Griechischen so geschwächt, daß es sich kaum mehr lohnt, sie noch länger festzuhalten, weil der Erfolg nirgends mehr ein erheblicher sein kann. In der Wissenschaft, die ihre Mittelpunkte in vier Universitäten (Kopenhagen, Lund, Upsala, Christiania) findet, hat Dänemark lange die Führung behauptet, und Kopenhagen ist vielleicht noch heute die geistige Hauptstadt des gesamten germanischen Nordens. Von den einzelnen Zweigen fand die germanische Altertumskunde und Sprachwissenschaft begreiflicherweise hier die eifrigste Pflege und in dem Kopenhagener Museum für nordische Altertümer eine großartige Sammelstätte, die das gesamte Kulturleben Dänemarks von der Steinzeit bis ins 18. Jahrhundert in ununterbrochener Reihe vergegenwärtigt. Aber auch Philologen wie Karl Madvig, Kritiker und Litterarhistoriker wie Georg Brandes, Mathematiker wie der Norweger Sophus Lie errangen weit über die engen Grenzen ihrer Heimat hinaus Geltung. Die geographische Forschungsarbeit wandte sich mit Vorliebe den Polarländern zu. Der Schwede Erik Nordenskjöld vollbrachte 1878/79 die erste Umsegelung Asiens mit der „Vega“, der Norweger Frithjof Nansen überschritt 1888/89 zum erstenmal das vergletscherte Grönland von der Ost- nach der Westküste und drang in kühner Fahrt 1893—96 erst auf dem „Fram“, dann mit Booten und Schlitten bis 86° 14′ nördl. Br. vor, weiter als jemals ein Polarfahrer. In der Litteratur hatten während der ersten Hälfte des Jahrhunderts Schweden und Dänemark miteinander gewetteifert. Dort brachte im Widerspruch zu dem lange herrschenden französischen Vorbilde ein Dichter ersten Ranges Esaias Tegnér (1782—1846), die nationalen Stoffe wieder zur nachdrücklichsten Geltung, vor allem in dem Epos Frithjof, das rasch für den ganzen Norden volkstümlich wurde, während im Roman besonders Friederike Bremer und Sophie Schwarz Tüchtiges leisteten. Die dänische Litteratur erlebte eine glänzende Zeit mit dem fruchtbaren Dramatiker Adam Oehlenschläger (1779—1850), der unter deutschem Einfluß der Romantik zum Siege verhalf und der größte dänische Nationaldichter wurde, und mit dem liebenswürdigen Märchendichter Hans Christian Andersen (1805—75), dessen Werke auch in Deutschland fast ebenso populär wurden, wie die Hausmärchen der Gebrüder Grimm. In der neuesten Zeit hat dagegen unzweifelhaft Norwegen mit Dichtern wie Hendrik Ibsen, Björnstjerne Björnson, Alexander Kielland u. a. die Führung übernommen und auch auf Deutschland stark eingewirkt, weil dieser pessimistische Naturalismus einer weitverbreiteten starken Zeitströmung entspricht. Unter den nordischen Tonsetzern beansprucht wohl der Däne Nils Gade die größte Bedeutung. Für die bildende Kunst hat Thorwaldsens fortwirkender, ungeheurer Einfluß Kopenhagen zur vornehmsten Pflegstätte gemacht und auch dem Kunstgewerbe (namentlich in Terrakotta- und Porzellanbildnerei) einen mächtigen Anstoß gegeben. Moderne Prachtbauten, wie das nach dem Brande von 1859 aufs reichste wiederhergestellte Schloß Frederiksborg, das Theater und die „Marmorkirche“ in Kopenhagen, deren Kuppel jetzt das Stadtbild beherrscht, brachten überwiegend die Renaissance in nordischer oder italienischer Form zur Geltung, und einer der genialsten Baumeister des neuen Wien,

230. **Stockholm von Södermalm aus.**

Im Vordergrunde links der Stadtteil Staden (das alte Stockholm) mit dem Standbilde Karls XIV. Johann, in der Mitte Skeppsbron (d. i. die Schiffbrücke der Landungsplatz), im Hintergrunde Norrmalm, rechts Skeppsholm (vergl. die Abbildungen Bd. V S. 313 und Bd. VI S. 683).

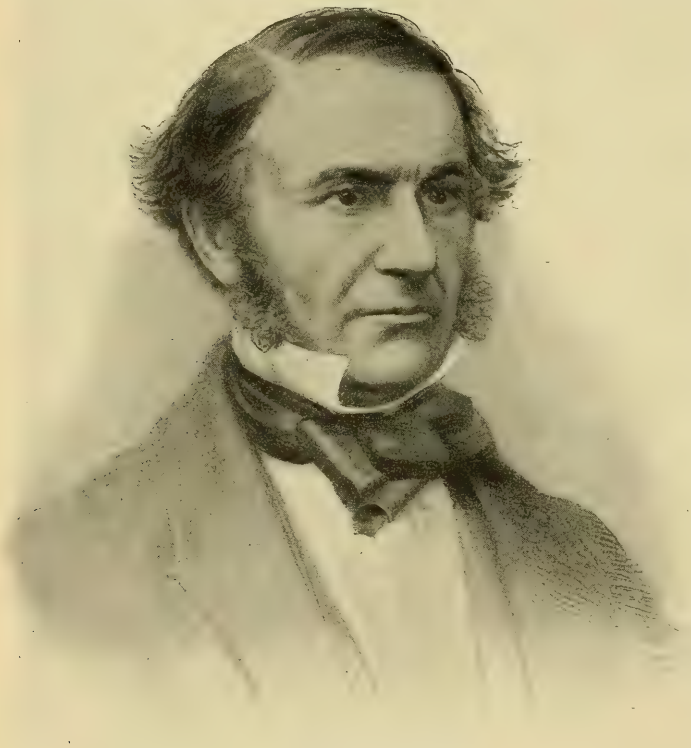
Theophil Hansen, ist ein geborner Däne. In der Malerei leisteten Norweger (Hans Dahl), besonders mit Darstellungen aus der großartigen Natur und dem eigentümlichen Volksleben ihres Landes Bedeutendes.

So haben diese kleinen germanischen Völker im Norden und Westen Deutschlands einen rühmlichen Anteil an der Kulturarbeit des Jahrhunderts behauptet, auf Teilnahme an der großen Politik aber fast ganz verzichtet, denn der aristokratische Charakter der europäischen Staatengesellschaft, der nur den großen Mächten entscheidende Geltung verstattet, hat sich in den jüngsten Jahrzehnten eher verschärft.

Der Kampf um die Einheit des britischen Reichs.

Auflösende Tendenzen.

Wenn in dem jüngsten großen Einheitsstaate Europas, Italien, die lange getrennten Teile eines großen Volkes langsam zu einer Nation zusammenwuchsen, so regten sich in dem ältesten Einheitsstaate des Erdteils, in England, Bestrebungen, die auf eine Lockerung dieser Einheit abzielten und selbst den Zusammenhang des britischen Weltreichs gefährdeten. Es hing dies zusammen mit der fortschreitenden Demokratisierung des Landes und des Parlaments, denn die dadurch immer stärker hervortretenden liberalen Elemente, d. h. der kleine Mittelstand, war demokratischen Schlagworten leicht zugänglich und hatte für die schweren Machtfragen, die das britische Weltreich barg, anfangs wenig Verständnis. So konnte der Plan, Irland eine halbselbstständige Stellung (Homerule) zu gewähren, lebhaften und weitreichenden Beifall erringen und mehrmals der Verwirklichung nahe kommen, und auf der andern Seite sprachen sich die Manchesterleute geradezu für die friedliche Trennung der Kolonien vom Mutterlande aus, während zugleich bei den Liberalen, vor allem bei ihrem Führer Gladstone selbst, diese Weltinteressen hinter den inneren weit zurücktraten. Starke soziale Bewegungen kamen dazu, um diese Fragen noch mehr in den Vordergrund zu schieben. Die Folge war ein heftiger, langwieriger Kampf zwischen den Hauptparteien und ihren Führern, hier Gladstone, dort Disraeli (Lord Beaconsfield) und Salisbury, doch blieb den Homerulern schließlich der Sieg versagt, und der Gedanke an eine Trennung der Kolonien verschwand allmählich vor den praktischen Erwägungen und Interessen der englischen Volkswirtschaft.

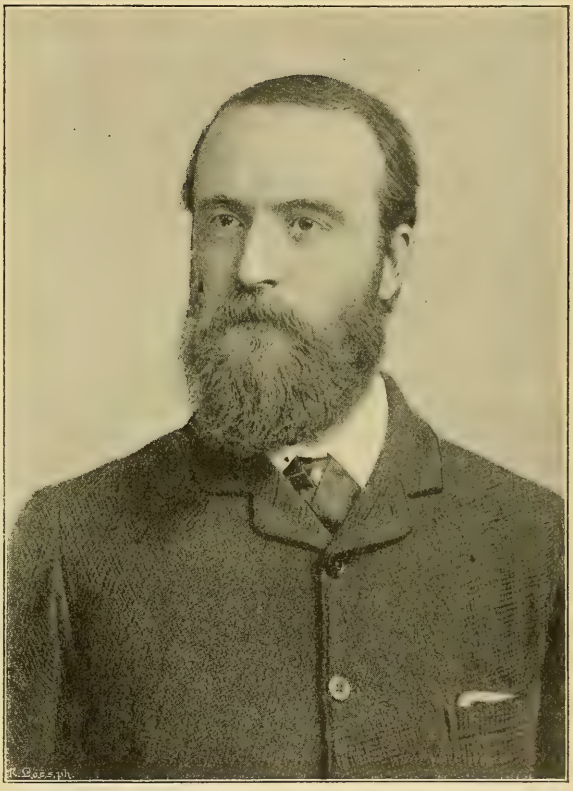


231. William Ewart Gladstone.
Nach einem Kupferstiche (etwa 1865).

Verhältnisse Irlands.

Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Irlands waren allerdings unhaltbar. Ein Drittel des Landes gehörte nur 292 großen Besitzern, zwei Drittel 1942;

die große Masse der Bevölkerung bestand aus Tagelöhnern und Pächtern (500 000 mit einer Familienkopfzahl von 3 Millionen), die in beständiger Unsicherheit lebten, ob nicht ihre Pacht erhöht oder sie selbst an die Luft gesetzt würden, und zu den Grundherren gar kein Verhältnis hatten, da diese meist in England lebten und höchstens einmal zu einer Fuchsjagd oder ähnlichem Sport nach der grünen Insel herüberkamen (s. oben S. 39). Ein grimmiger Haß wuchs aus solchen Verhältnissen auf; er zeigte sich z. B. darin, daß der Verwalter der Güter des Lords Ewe in Mayo, Kapitän Boykott, schließlich für keine Verrichtung Arbeiter bekam, so daß die Ernte auf dem Felde zu verfaulen drohte und endlich nur unter starkem Polizeischutz eingebracht werden konnte (1880). Zuerst hatte nun Gladstone eine Reform der irischen Verhältnisse ins Auge gefaßt (s. oben), aber seine irische Universitätsbill, die das Unterrichtswesen zu gunsten der Katholiken neu ordnen sollte, wurde im März 1873 zurückgewiesen, und die Mißerfolge seiner schlaffen und kurzsichtigen auswärtigen Politik isolierten England derart, daß die Neuwahlen zum Unterhause im Januar 1874 gegen ihn ausschlugen und er am 17. Februar zurücktrat.



232. Charles Stewart Parnell.
Nach einer Photographie.

Sein Nachfolger wurde Disraeli, der entschiedenste Vertreter einer weitausgreifenden Reichspolitik (Imperial policy 1874—80). Seine glänzenden Erfolge: der Ankauf der Suezkanalaktien, die Erhebung Indiens zum Kaiserreich, die Erwerbung Cyperns, die kampflose Zurückdrängung Rußlands 1878, vermochten indes die irische Frage nicht zu ersticken, und die Neuwahlen im Frühjahr 1880, die 349 Liberale, 235 Konservative und 63 irische Homeruler ergab, brachte Gladstone (mit Bright und Forster) zum zweitenmal ans Ruder (20. April 1880). Damit trat die irische Reformfrage wieder in den Vordergrund. Seit der Gründung der irischen Landliga durch den protestantischen Grundherrn Charles Stewart Parnell, die trotz einer Garnison von 30 000 Mann durch unerbittlichen Terrorismus alle Grundherren der Insel in Schrecken setzte (in dem einen Jahre 1881 kamen 4439 agrarische Verbrechen vor), war sie brennend geworden. Da brachte nun Gladstone am 7. April 1881 seine irische Landbill im Unterhause ein, nach der ein Landgerichtshof den dann auf 15 Jahre geltenden Pachtzins feststellen (fixity of tenure), die Pächter das freie Verkaufsrecht ihrer Pachtungen (free sale) erhalten und ihnen Vorschüsse aus der Staatskasse zur Übernahme von Pachtungen und Ankauf von Land gewährt werden sollten. Mit Mühe wurden sie durchgesetzt, zugleich durch ein besonderes Gesetz das Waffentragen verboten. Aber dadurch keineswegs zufriedengestellt forderte Parnell auf einem irischen Nationalkonvent am 17. September rundweg Homerule für Irland, und

Zugeständnisse an Irland.

als er daraufhin am 13. Oktober mit seinem Genossen Dillon verhaftet wurde, gab die Landliga am 18. das Losungswort aus, fortan keinen Pacht mehr zu zahlen. Wohl wurde sie darauf als eine ungesetzliche Verbindung sofort unterdrückt, aber in Strömen floß den Irländern Geld von ihren Stammesgenossen in Nordamerika zu. Selbst Tories wie Salisbury begriffen jetzt die Notwendigkeit, die irische Landfrage gründlich zu lösen und schlugen den Auskauf der irischen Großgrundbesitzer durch den Staat vor, um einen irischen Bauernstand zu gründen, Gladstone aber verständigte sich insgeheim mit Parnell, der im Gefängnis von Kilmainham saß, über die Freilassung der verhafteten Agitatoren und den Erlaß der rückständigen Pachtzinsen, wogegen Parnell dem Minister seine Unterstützung bei seinen Vorlagen im Parlament zusagte. Darauf erhielt er mit den anderen seine Freiheit wieder, und alles schien auf gutem Wege zu sein. Da wurden am 6. Mai 1882 der neue Staatssekretär von Irland, Lord Frederick Cavendish, und der Unterstaatssekretär Bourke im Phönixpark bei Dublin am hellen lichten Tage ermordet. Diese wahnwitzige Bluttat eines überhitzten nationalen Fanatismus zerriß den kaum geschlossenen Bund. Die Regierung forderte am 11. Mai ein neues Zwangsgesetz für Irland mit dem Rechte zu Haussuchungen, Unterdrückung von Zeitungen und dergleichen, Parnell aber mußte dies bekämpfen, wenn er das durch den Pakt von Kilmainham schon stark erschütterte Vertrauen seiner Landsleute nicht vollends verlieren wollte, und bemühte sich nun, sie durch Gründung einer neuen nationalen Liga auf gesetzlichen Boden zurückzuführen. In der That begann die Landbill Gladstones beruhigend zu wirken, die Pachtzinsen waren im ganzen um ein Fünftel herabgesetzt, und Parnell, dem man dies doch in erster Linie zu verdanken hatte, befestigte seinen Einfluß in Irland so, daß fortan nur noch seine Anhänger ins Parlament gewählt wurden, die dort den Ausschlag geben konnten, und er selbst der ungekrönte König von Irland hieß.

Neue Parlamentsreform.

Inzwischen hatte Gladstone einen seiner Lieblingspläne, eine neue Parlamentsreform, in Angriff genommen und nach heftigen Kämpfen, namentlich im Oberhause, endlich im Dezember 1883 glücklich durchgesetzt. Danach wurde das Stimmrecht der Haushalter (s. oben S. 44) von den Städten auf die Grafschaften (das platte Land) übertragen und die Zahl der Wähler um etwa 2 Millionen vermehrt. Dem folgte eine neue Einteilung der Wahlbezirke, die die altenglische Gliederung der Wähler nach Grafschaften, Städten und Burgflecken zerstörte und gleichmäßige Wahlkreise von durchschnittlich 50 000 Einwohnern (für je einen Abgeordneten) schuf (23. Juni 1885). Eine weitere Demokratisierung des Unterhauses, ein verstärktes Eintreten des Mittelstandes in das politische Leben mußte die Folge sein.

Kampf der Parteien um die Herrschaft (Salisbury und Gladstone).

Als diese zweite Bill Gesetz wurde, war Gladstone schon nicht mehr im Amte. Schon am 23. März 1885 war ein Tadelsvotum Lord Salisburys wegen der wahrhaft kläglichen Politik im Sudan, die Gordons Untergang verschuldete (s. S. 496), angenommen worden, dreiste Dynamitattentate der Iren in London, am 24. Januar im Tower, am 9. April in der Admiralität, bewiesen, daß Gladstones Zugeständnisse sie keineswegs versöhnt hatten, und in Irland selbst erhoben dagegen die protestantischen Orangisten heftigen Einspruch. Da stürzte ihn am 9. Juni die Abstimmung des Unterhauses über die an sich ziemlich gleichgültige Vorlage wegen Erhöhung der Abgaben auf Bier und geistige Getränke, und am 23. Juni ergriff Lord Salisbury das Ruder. Zunächst auf kurze Zeit. Denn die Wahlen gegen Ende des Jahres, die ersten nach dem neuen Wahlgesetz, brachten 333 Liberale, 251 Konservative und 86 Parnelliten, also eine sehr starke antiministerielle Mehrheit ins Haus, und schon am 29. Januar 1886 mußte Salisbury wieder zurücktreten. Sein Erbe wurde am 4. Februar natürlich Gladstone. Die Lage war höchst unbehaglich. In London, Leicester, Birmingham gab es Massendemonstrationen beschäftigungsloser Arbeiter, die Anarchisten kündigten in zahlreichen Versammlungen der bürgerlichen Gesellschaft den Krieg bis aufs Messer an, und die irischen Bischöfe fordeten gemeinsam die Lösung der irischen Bodenfrage durch Auskauf der Grundherren. So brachte Gladstone am 8. April seine Vorlage über Homerule, d. h. Errichtung eines selbständigen irischen

Parlaments ein, am 16. April eine Bodenankaufsbill. Darüber geriet aber nun wieder das protestantische Ulster in so leidenschaftliche Bewegung, daß es sich sogar zu bewaffnetem Widerstande gegen das Homerule rüstete, und das Unterhaus lehnte am 7. Juni mit 341 gegen 311 Stimmen die zweite Lesung der Homerulebill, also thatsächlich das Gesetz selber, ab. Die Auflösung des Parlaments am 28. Juni führte zu einer Sprengung der liberalen Partei, denn die „liberale Union" unter Bright und Forster trennte sich von ihr und suchte Fühlung mit den Konservativen, in Belfast kam es zu blutigen Straßenkämpfen zwischen den katholischen Irländern und den Orangisten, und die Neuwahlen seit dem 30. Juni entschieden gegen Gladstone. Am 20. Juli gab er daher seine Entlassung, am 30. Juli trat Salisbury wieder ins Amt (1886—92), und am 5. August eröffnete er das neue Parlament.

Reformen und Zwangsmaßregeln in Irland.

Auch diese konservative Regierung konnte sich der Notwendigkeit durchgreifender Reformen in Irland nicht verschließen. In manchen Teilen der Insel herrschten völlig gesetzlose Zustände. Noch im Jahre 1886 kamen 1056 agrarische Verbrechen vor, und 1770 Personen standen unter besonderem polizeilichen Schutz, wozu 550 besondere Schutzleute nötig waren. Nun wurde einerseits im Juli 1887 die irische Landbill über Milderung des Verfahrens gegen säumige Pächter angenommen, anderseits aber auch eine Strafrechtsnovelle genehmigt, die den Polizeirichtern die Zuständigkeit für summarische Bestrafungen des Boykottens und der Einschüchterung zuwies. Über 18 irische Grafschaften wurde der Belagerungszustand ganz, über 12 teilweise verhängt, die Nationalliga aber als staatsgefährlich auf Grund der Strafgesetznovelle am 20. September in mehreren Grafschaften unterdrückt. Darüber kam es mehrfach zu blutigen Demonstrationen und Zusammenstößen, und im Oktober ließ die Regierung den Agitator O'Brien verhaften. Unter solchen Umständen vereinigte doch das fünfzigjährige Regierungsjubiläum der Königin Victoria im Juni 1887 ganz Großbritannien in den Kundgebungen aufrichtiger Anhänglichkeit und in dem Gefühle freudigen Stolzes auf das in diesem halben Jahrhundert Erreichte, und die glänzende Flottenschau auf der Reede von Spithead am 23. Juli zeigte ihm, daß das Rule Britannia over the wares immer noch eine Wahrheit sei. Auch auf Irland wirkte die Verbindung wertvoller wirtschaftlicher Zugeständnisse mit strengen Ordnungsmaßregeln beruhigend, besonders, als ein päpstliches Schreiben (vom 20. April) an die irischen Bischöfe die agrarischen Gewaltthaten, namentlich das Boykotten, nachdrücklich mißbilligte, und die liberalen Lords Ripon und Morley, die im Februar 1888 im Namen ihrer Partei nach der Insel kamen, fanden überall freundlichen Empfang. Die gegen Ende desselben Jahres angenommene Bill über Ankauf von Pachtgütern durch den Staat besserte die Lage weiter, obwohl die Landliga fortbestand und die Zahl der

233. Marquis von Salisbury.
Nach einer Photographie.

agrarischen Verbrechen sowie der Boykotterklärungen immer noch beträchtlich blieb (555 am 31. Januar 1889). Parnells persönliches Ansehen erlitt schließlich einen schweren Stoß, obwohl er die Beschuldigung der „Times", er habe um den Mord im Phönixpark gewußt, in einem langwierigen Prozeß widerlegt hatte (1887—90), als er im November 1890 wegen Ehebruchs verurteilt wurde, und er starb schon am 6. Oktober 1891 in Brighton, ohne einen Nachfolger von seiner Bedeutung zu finden.

Reform der Grafschaftsverwaltung.

Wie diese konservative Regierung die liberalen Gedanken in Irland teilweise aufnahm, so arbeitete sie auch an der Demokratisierung des Landes weiter. Ein im August 1888 für England und Wales zum Abschluß gekommenes, im Mai 1889 auch auf Schottland ausgedehntes Gesetz über die „Lokalverwaltung" setzte an die Stelle der königlichen „Friedensrichter" (s. Bd. VII, S. 135) Grafschaftsräte (County councils), die von den Steuerzahlern erwählt wurden, so daß die ländlichen Bezirke fortan auch in dieser Beziehung den Städten mit ihrem municipal council gleichgestellt waren. Dagegen ließ die Regierung die 1892 beantragte Anwendung dieses Gesetzes auf Irland schließlich fallen, obwohl Salisburys Neffe, Balfour, der erste Lord des Schatzes und Führer der Ministeriellen im Unterhause, die Vorlage im Februar eingebracht und vertreten hatte.

Sozial-wirtschaftliche Bewegungen.

Anderseits mahnten sozial-wirtschaftliche Vorgänge fortwährend, daß England allen Grund habe, für die Behauptung seiner hergebrachten Stellung Anstrengungen zu machen. Noch mehr als auf dem kolonialen Gebiete wuchs die deutsche Konkurrenz im Welthandel, die bisher als selbstverständlich betrachtete englische Vorherrschaft auf manchen Gebieten bedrohend oder auch zerstörend. Mit Argwohn und Neid blickte der handfeste englische Egoismus auf diese Erfolge des lange geringgeschätzten festländischen „Vetters" und suchte ihnen entgegen zu wirken, wo er konnte. Immer fester schlossen sich auch die englischen Arbeiter unter sich zusammen. In großen Arbeitseinstellungen von teilweise ungeheurem Umfange (1890 streikten zugleich 180000 Dockarbeiter in London und 200000 Bergleute in Yorkshire) maßen sie ihre Kräfte immer wieder mit den Unternehmern, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzwingen, was ihnen teilweise auch gelang, und die Gewerkschaften (Trades Unions, s. S. 40) vereinigten sich am 31. August 1890 in London zu einem Kongreß, bei dem 460 Abgeordnete 311 Gewerkschaften mit 1427000 Genossen vertraten. Er sprach sich zwar für eine internationale Organisation der Arbeiter aus, aber auch für die Boykottierung aller von nicht zu den Gewerkschaften gehörigen Handwerkern gefertigten Waren, brachte also den rücksichtslosesten Egoismus zur Geltung.

Engerer Zusammenschluß des britischen Weltreiches.

Die Regierung selbst suchte vor allem die Verteidigungsfähigkeit des Reichs zu erhöhen, besonders die Überlegenheit der Flotte zu erhalten, für die im Mai 1889 der Bau von 70 neuen Kriegsschiffen mit einem Kostenaufwande von 21 Mill. Pfd. Sterl. beschlossen wurde, und bemühte sich zugleich, die Bande zwischen dem Mutterlande und den Kolonien fester zu knüpfen. Denn der Rückgang der englischen Landwirtschaft vollzog sich unter dem Drucke der fremden, namentlich der amerikanischen Konkurrenz, dem Zuströmen der Bevölkerung in die Städte und deren raschem Wachstum, der Zunahme der großen Parkanlagen u. dgl. so rasch, daß ihr Jahresertrag 1887 nur noch 20 Proz. des Nationaleinkommens darstellte und kaum noch ein Sechstel des mit der Bevölkerung (1891 fast 36 Mill., 120 auf 1 qkm) stets steigenden einheimischen Bedarfs deckte. Die Existenz des englischen Volks beruht demnach durchaus und mehr als jemals auf seiner Industrie, also auf der sicheren Beherrschung weiter Absatzgebiete, und auf der Sicherung der Zufuhren durch eine übermächtige Flotte im Kriegsfalle (s. oben S. 45). Daher waren auch die Bestrebungen, die Einheit des britischen Weltreichs fester zu schließen, vielfach erfolgreich. Zwar der Plan einer Imperial federation gedieh noch nicht zur Reife, aber schon Disraeli ließ 1878 indische Truppen nach Malta bringen, 1882 fochten solche in Ägypten mit, 1885 schickte Neusüdwales freiwillige Truppen nach dem Sudan (s. S. 520), und im April 1887 trat in London ein Kolonialkongreß zusammen, um über gemeinsame Verteidigungsmaßregeln für das Reich zu beraten; auch begannen die Kolonien Agenten in der Hauptstadt zur besseren Vertretung ihrer Interessen zu halten.

Die großartige Kolonialausstellung beim Jubiläum der Königin Victoria 1887 gab ein imposantes Bild von der Leistungsfähigkeit des britischen Weltreichs, und die Eröffnung des damals beschlossenen Imperial Institute mit Universität in London am 10. Mai 1896 war dazu bestimmt, das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Mutterlande zu pflegen. Eine Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Kolonien, zu denen Indien in engem Sinne nicht gehört, lag der Reichsregierung völlig fern: sie hatte ihnen sogar eine selbständige Zollgesetzgebung sowenig verwehrt, daß manche von ihnen sich durch hohe Schutzzölle vom Mutterlande abschlossen, und begnügte sich mit dem stolzen Bewußtsein, daß nicht weniger als 56 abhängige Staatswesen das British Empire bilden, die, obwohl sie über den ganzen Erdball und alle Erdteile verstreut waren, doch durch zahllose wirtschaftliche und geistige Bande mit England zusammenhängen. Die Zeiten, wo man die Trennung der Kolonien erwartete oder gar wünschte, waren längst vorüber; der Gedanke der Zusammengehörigkeit hat sich hüben wie drüben so gekräftigt, daß in absehbarer Zeit an einen Abfall gar nicht zu denken ist, weil auch die Kolonien den Wert der Zugehörigkeit zu einem so mächtigen Reiche wohl zu schätzen wissen. Als Königin Victoria im Juni des Jahres 1897 ihr 60jähriges Regierungsjubiläum beging, waren die Premierminister von 13 englischen Pflanzstaaten und stattliche Scharen von Kolonialtruppen in London versammelt, und auf die Anregung Kanadas hin kam der großartige Gedanke eines gesamtbritischen Zollvereins zur Besprechung. Mit stolzer Zuversicht durfte der Historiker Hartpole Lecky am 26. November 1893 sagen: „Welches Schicksal diesen Inseln auch aufgespart sein mag, soviel dürfen wir zuversichtlich prophezeien, daß keine Umwälzung der menschlichen Dinge mehr die künftige Machtstellung der englischen Sprache und der britischen Rasse vernichten kann".

Daran änderte auch die Fortdauer der inneren Kämpfe nichts. Die Neuwahlen vom Juli 1892 brachten im August den 82jährigen Gladstone zum viertenmal ins Amt, aber für Irland erlangte er auch jetzt nicht das begehrte Homerule, und in der Reichspolitik machte der Wechsel der Parteien keinen großen Unterschied mehr. Das alles beherrschende Verhältnis ist hier der Gegensatz zu Rußland geblieben; aber auch zu Deutschland und Frankreich trat allmählich ein solcher hervor; er drängte diese beiden in Europa einander feindlich gegenüberstehenden Mächte zum Zusammengehen in Kolonialfragen und führte dadurch eine Annäherung beider an Rußland herbei, die langsam auf ihre europäische Stellung zurückwirkt und damit wahrscheinlich eine Verbindung der wichtigsten Großmächte des Festlandes mit der Spitze gegen England vorbereitet.

Die Befestigung der dritten Republik in Frankreich.

Der Lebensodem der französischen Republik war die Revanche für 1870, denn aus der „Regierung der nationalen Verteidigung" war sie hervorgegangen, und ihr Rechtstitel beruhte darauf, daß sie die Sünden des Kaiserreichs wieder gut zu machen verhieß. Gewiß wollte die große arbeitende Mehrheit der Franzosen keinen Krieg, aber den Ausschlag gab eben nicht sie, sondern das Parlament und die Pariser Presse. Dieser „Chauvinismus" schuf sich ein besonderes Organ in der „Patriotenliga" des wortreichen Fanatikers Paul Déroulède (seit 1880) und in Blättern wie dem „Antiprussien" (seit 1883). Nun wußten aber auch die Chauvinisten nur allzugut, daß für Frankreich ein Rachekrieg gegen Deutschland ohne das Bündnis mit einer Großmacht unmöglich sei, und daß ein solches von der Bündnisfähigkeit Frankreichs, also von seiner inneren Ordnung und Stärke abhänge. Auch wer die „Revanche" als letztes Ziel der französischen Politik betrachtete, der mußte demnach an der Kräftigung Frankreichs mitarbeiten, und da seit 1879 eine monarchische Restauration auf absehbare Zeit außer Frage stand, so konnte das nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung geschehen. Die „Revanche".

Faktisch war freilich diese Republik nicht die Herrschaft des souveränen Volkes, sondern die der Abgeordnetenkammer, also eine Oligarchie, deren Mitglieder teilweise von ganz persönlichen Interessen geleitet wurden. Thatsächlich gab daher eine aus dem Die herrschende Klasse.

neuen Geldadel und Teilen des alten Geburtsadels gebildete Aristokratie überall den Ausschlag. Der Gang der Politik war also ganz abhängig von dem wechselnden Spiele der Parteien, das den beständigen Ministerwechsel zu einer festen Einrichtung machte und einen ungeheuren Verbrauch staatsmännischer Talente herbeiführte. Daher herrschte auf die Dauer nur die Mittelmäßigkeit, denn wirklich bedeutende Männer erweckten sich stets eine Unzahl Gegner und wurden meist nach kurzer Zeit verdrängt.

Gambettas Schulgesetze.

Die Persönlichkeit, die in den nächsten Jahren nach 1879 den Ton angab, war Léon Gambetta als Präsident der Abgeordnetenkammer (seit 6. Februar 1879) und als Haupt der „liberalen Union". Sein Ziel war die Befestigung der Republik durch große Reformen und durch die Vereinigung aller Republikaner, damit aber seine eigne Herrschaft. Um die künftige Generation in republikanischem Sinne zu erziehen, ließ er durch Jules Ferry schon im März 1879 zwei Unterrichtsgesetze einbringen. Das erste übertrug die Oberleitung des Unterrichtswesens einem nur aus (50) Laien bestehenden Unterrichtsrat, und in der Zwischenzeit zwischen seinen Beratungen einem Ausschuß von 20 Männern. Das zweite hob die sogenannte Freiheit des Unterrichts (s. oben S. 431) für die nicht ermächtigten Orden, vor allem die Jesuiten (27 mit 1937 Mitgliedern und 71000 Zöglingen, dazu Frauenordensanstalten mit 200000 Schülerinnen) auf, das dritte forderte den Befähigungsnachweis für den Volksschulunterricht. Ergänzend fügte Paul Bert, ein anerkannter Atheist, Anträge auf Errichtung von Lehrerinnenseminaren und endlich auf die Einführung des Schulzwanges und des unentgeltlichen religionslosen Elementarunterrichts hinzu. Es galt also das Schulwesen der Geistlichkeit, die es mehr als je beherrschte (man zählte 1878/79 23625 geistliche Schulen mit 2302000 Schülern), zu entreißen, es zu „laisieren" und es zu einem ausschließlichen Machtmittel des republikanischen Staates umzugestalten, wie früher des monarchischen (s. S. 14 f.). Eben darum entbrannte ein heftiger Kampf. Da der Senat, im ganzen immer noch der Hort der konservativen Interessen, das zweite Gesetz, das wichtigste, im März 1868 thatsächlich verwarf, so verfügte der Präsident am 29. März mit Zustimmung der Kammer die Auflösung zunächst aller Jesuitenanstalten binnen drei Monaten, und bedrohte auch alle andern Orden mit derselben Maßregel, wenn sie nicht binnen derselben Frist um die staatliche Anerkennung für ihre Anstalten nachsuchten und ihre Statuten vorlegten. Da dies nicht geschah, weil die Bischöfe dagegen Verwahrung einlegten, so wurden die Jesuitenschulen am 1. September, die übrigen Ordensanstalten seit dem 6. Oktober geschlossen. Um nun weiter alle republikanischen Parteien für die bestehende Regierung zu gewinnen, brachte der neue Ministerpräsident Freycinet, Gambettas alter Genosse (seit 23. Dezember 1879), am 19. Juni 1880 einen Gesetz-

234. Jules Ferry.
Nach einer Photographie.

entwurf über die Begnadigung aller noch nicht amnestierten Communards ein, der von Gambetta am 21. Juni aufs wärmste vertreten und am 9. Juli angenommen wurde.

Gambettas „großes Ministerium".

So glaubte nun Gambetta den Boden genügend geebnet zu haben, um mit der Einführung der sogenannten Listenwahl sich selbst eine möglichst große Stimmenzahl und damit das moralische Übergewicht über alle anderen Abgeordneten zu verschaffen. Noch scheiterte dieser Antrag am Widerspruche des Senats (8. Juni 1881), der das Diktatorische dieses Gedankens durchschaute, aber die Neuwahlen im August und September 1881 brachten doch den Republikanern einen glänzenden Sieg, denn sie errangen 359 Sitze, von denen der liberalen Union, Gambettas Partei, 206 zufielen, die Bonapartisten nur 57, die Monarchisten 41. Da nun Ferry (seit 23. September 1880 Ministerpräsident), Gambettas bedeutendster Nebenbuhler und der hervorragendste Staatsmann der französischen Republik neben ihm, seine Stellung durch das im Grunde unpopuläre Unternehmen gegen Tunis und die dadurch herbeigeführte Verfeindung mit Italien (s. oben S. 494 u. S. 530) erschüttert hatte, so trat Gambetta am 14. November 1881 seine Erbschaft an und bildete das sogenannte „große Ministerium", freilich ohne Freycinet und Léon Say, daher meist aus jungen, unerfahrenen, ihm ganz ergebenen Leuten, seinen „Kommis", wie seine Gegner spöttisch sagten. Es kam zu spät oder zu früh und erweckte bald die entschiedenste Opposition. Schon als sich das neue Ministerium am 15. November mit der Erklärung, eine weise begrenzte Revision der Verfassung (d. h. vor allem die Einführung der Listenwahl) sei nötig, der Kammer vorstellte, fand es einen eisig kalten Empfang, und Barodet beantragte den Zusammentritt des Kongresses zum 25. Januar 1882 zur allgemeinen Revision der Verfassung. Die von Gambetta im Interesse einiger Freunde neu errichteten Ministerien für den Ackerbau und die schönen Künste (beaux arts) wurden ihm zwar bewilligt, aber unter scharfem Tadel seines eigenmächtigen Vorgehens, und eine Reihe von andern Ernennungen forderte herbe Kritik heraus. Schon hieß Gambetta bei den Radikalen Cäsar und Vitellius. Unter solchen Umständen brachte er seine Revisionsvorschläge am 14. Januar 1882 ein. Der Senat sollte erhalten bleiben, aber in seinen finanziellen Befugnissen beschränkt, für die Abgeordnetenkammer die Listenwahl eingeführt werden. Da er damit ebenso die konservativen Republikaner wie die Radikalen vor den Kopf stieß, so unterlag er am 26. Januar trotz einer glänzenden Rede mit 282 gegen 227 Stimmen und gab nach einer Herrschaft von nur 76 Tagen seine Entlassung.

Die Eisenbahnfrage.

Sein Nachfolger Freycinet (mit Léon Say für die Finanzen) vertagte die Verfassungsrevision, setzte dagegen die Annahme des Unterrichtsgesetzes auch im Senate durch (23. März) und ging vor allem daran, die schwierige Finanzfrage zu lösen. Denn die schwebende Schuld war in fünf Jahren von 700 Millionen auf 3 Milliarden gestiegen und die Steuern wuchsen trotzdem rapid (1870—86 von 397 auf 826 Mill.), vor allem wegen der ungeheuren Heeresausgaben, die das Revanchebedürfnis forderte. Zu helfen war nur, wenn die sechs großen Eisenbahngesellschaften die 700 Millionen Staatsvorschüsse binnen fünf Jahren zurückzahlten. Dazu waren diese auch bereit, aber nur dann, wenn der Staat für 30 Jahre auf sein Rückkaufsrecht verzichtete, also in demselben Augenblicke, wo in Deutschland die Eisenbahnen verstaatlicht wurden, diese Möglichkeit preisgab und den Verkehr Frankreichs der Willkür des Unternehmertums, vor allem des Welthauses Rothschild, auslieferte. Dafür wollten die Gesellschaften nach Freycinets Plane neue Linien von einer Gesamtlänge von 17000 km bauen, die der Staat nach 15 Jahren zu übernehmen hatte. Da die Gesellschaften die Abgeordneten durch Gewährung freier Fahrt in ganz Frankreich gegen die jährliche Zahlung von nur 150 Frank bestachen, die maßgebenden Zeitungen durch andere Mittel gewannen, so schwieg die Presse, auch Gambetta schwieg, den Vorsitz des Budgetausschusses übernahm Grévys Schwiegersohn, Wilson, ein notorischer Börsenspieler, und das Gesetz wurde im August 1883 genehmigt, obwohl die Gesellschaften jede Herabsetzung der hohen Tarife und sogar den Eintritt von Regierungsvertretern in die Verwaltungsräte rundweg abgelehnt hatten. Fortan war das Haus Rothschild thatsächlich der Herr der französischen Eisenbahnen und damit der französischen Finanzen.

Gambettas Tod.

Gambetta erlebte diese ebenso schmachvolle als nachteilige Entscheidung nicht mehr, an der er mitschuldig war; von seiner enttäuschten Geliebten Frau Léon am 27. November durch einen Revolverschuß an der Hand verwundet, starb der ehemalige Diktator am 31. Dezember 1882, erst 44 Jahre alt, ohne große und berechtigte Hoffnungen zu erfüllen. Es war ein echt französisches Ende. Noch früher, im August, hatte Freycinet zurücktreten müssen, weil das Parlament, beherrscht von der öden Revancheidee, seine Kreditforderung zur Sicherung der französischen Rechte in Ägypten in kurzsichtiger Verblendung abgelehnt hatte. Das nächste Kabinett Duclerc bildete nur den Übergang zu einem zweiten Ministerium Ferry (19. Februar 1883).

Ministerium Ferry.

Ferry verfolgte ein doppeltes Ziel: die weitere Befestigung der Republik und die Befriedigung des französischen Ehrgeizes durch eine ausgreifende Kolonialpolitik, um die Franzosen davon zu entwöhnen, „wie hypnotisiert nach der Vogesengrenze zu starren“ und nur an die Revanche zu denken, die jede fruchtbare Politik unmöglich machte. In ersterer Hinsicht verfügte er die Entlassung der orleanistischen Prinzen aus dem Heere (24. Februar), ermöglichte durch das Gesetz über die Absetzbarkeit der Richter eine nicht unbedenkliche „Purifikation“ des Richterstandes im republikanischen Sinne (Juli 1884), schloß endlich durch ein Gesetz vom März 1884 die Ordensleute von dem Unterricht an öffentlichen Schulen aus. Das wichtigste aber war die „Revision“ der Verfassung. Nachdem der Kongreß am 4. August 1884 die Republik ausdrücklich als die gesetzliche Staatsform Frankreichs erklärt und zugleich bestimmt hatte, daß kein Mitglied eines ehemaligen Herrscherhauses Präsident werden könne, hob das Gesetz vom 9. Dezember 1884 die Lebenslänglichkeit der 75 Senatoren (s. S. 431) auf und führte auch für sie die neunjährige Mandatsdauer ein, nur daß sie von beiden Kammern gewählt werden sollten. Ebenso wurde die Listenwahl in Aussicht genommen und am 24. März von der Kammer genehmigt. Aber Ferry scheiterte mit seiner auswärtigen Politik. Seine versöhnliche Haltung Deutschland gegenüber, die zu einem ehrlichen Zusammengehen in Kolonialfragen führte (s. S. 506), erregte das höchste Mißvergnügen der Revancheapostel, und die ebenso kostspielige als mörderische Kriegführung in Tongking (s. S. 479 f.), die ihm den Beinamen des „Tongkinesen“ eintrug, brachte endlich den Sturm zum Ausbruch. Als die Nachricht von der blutigen Schlappe bei Langson eintraf, verweigerte ihm die Kammer am 30. März 1885 die verlangten Kredite für Tongking mit 308 gegen 161 Stimmen, und Ferry trat zurück, mit einem Hasse beladen, der ihm jede bedeutende politische Rolle für die Zukunft abschnitt.

Die Verfassungsrevision und die Niederlage der Republikaner

Sein Nachfolger Brisson führte zunächst die Verfassungsrevision durch, indem auch der Senat am 24. Mai die Listenwahl annahm, mit dem Zusatze, daß die Mitglieder der früheren Herrscherfamilien nicht wählbar sein sollten. Aber wenn man davon eine feste republikanische Mehrheit erhofft hatte, so erfuhr man eine schwere Enttäuschung. Denn die Wahlen vom 4. Oktober 1883 brachten bei einer Gesamtzahl von 596 Abgeordneten 203 Monarchisten und 115 Radikale in die Kammer. Demgemäß hatten die gemäßigten Republikaner nicht mehr allein die Mehrheit, sondern mußten sich entweder mit den Monarchisten oder mit den Radikalen verständigen, bald nach der einen, bald nach der andern Richtung Zugeständnisse machen, also beständig lavieren. Ein unsicherer und schwankender Gang der Regierung war die notwendige Folge. Die asiatischen Kredite wurden am 24. Dezember nur mit schwacher Mehrheit (274 gegen 270 Stimmen) genehmigt, und Grévy erhielt bei seiner Wiederwahl zum Präsidenten am 28. Dezember 1885 nur 15 Stimmen über die absolute Mehrheit. Daher nahm Brisson schon am nächsten Tage seine Entlassung, und Freycinet bildete das neue Ministerium am 7. Januar 1886 aus Opportunisten und Radikalen, darunter als Kriegsminister General Boulanger. Bald zeigte sich nun ein immer stärker hervortretender radikal-chauvinistischer Einfluß. Ein Gesetz vom 18. April 1886 bedrohte alle Spionage mit den härtesten Strafen, ein zweites vom 22. Juni verfügte die Ausweisung der Häupter aller bisherigen Herrscherfamilien und ihrer unmittelbaren Erben in der Reihenfolge der Erstgeburt, die nun alle unter Protest Frankreich verließen;

endlich verfügte das Gesetz vom 30. Oktober die Übertragung der Gemeindevolksschulen ausschließlich an Laienlehrer (im Jahre 1886 unterrichteten an öffentlichen Schulen etwa 10000 Mönche und 40000 Nonnen), wobei indes für die noch bestehenden geistlichen Volksschulen eine Frist von fünf Jahren gewährt wurde. Wirklich wurden bis 1890 im ganzen 5063 öffentliche geistliche Schulen aufgelöst oder in weltliche verwandelt.

Boulanger Kriegsminister.

Eine geschäftige Thätigkeit entwickelte vor allem der Kriegsminister **Boulanger**, ein geborener Bretone und ein Mann von unruhigem Ehrgeiz, der sich als Feldherr des Revanchekrieges an die Spitze des Staates zu schwingen hoffte. Obwohl der Aufwand für das Heer schon auf 833 Mill. Frank gestiegen war, so forderte er doch weitere 360 Mill. für Sprenggeschosse, Repetiergewehre und Barackenlager an der Grenze, beseitigte ihm unbequeme Persönlichkeiten, stellte sich in seinen Reden ziemlich offen als den künftigen Verwirklicher der Revanchehoffnungen vor und gewann dadurch wie durch sein gesucht glänzendes Auftreten bei Paraden eine gewisse Popularität, die sich sogar in Volksliedern äußerte („En revenant de la revue le brave général" u. s. w.). Das schwache Verlegenheitsministerium **Goblet**, das im Dezember 1886 Freycinet ablöste, behielt doch Boulanger bei und ließ ihm völlig freie Hand. Infolgedessen steigerten sich Kriegshetze und Kriegsrüstungen gegen Deutschland. Ungeheure Ankäufe von Pferden, Waffen, Munition und Proviant wurden gemacht, ausgedehnte Barackenlager, meist dicht an der Ostgrenze, mit einem Aufwande von 20 Mill. Frank hergestellt und Truppenmassen an der Ostgrenze angehäuft, als ob der Krieg unmittelbar vor der Thür stände. Erst die entschlossene Haltung Deutschlands (s. S. 549) ernüchterte allmählich die Franzosen, und Grévy trat durch die vertrauliche Sendung des Grafen Lesseps nach Berlin für den Frieden ein, den die rasche Erledigung der Schnäbeleaffaire noch weiter sicherte. Mißmutig gab Déroulède die Leitung der Patriotenliga auf, und als am 17. Mai 1887 das Ministerium Goblet fiel, weil seine Ersparnisvorschläge als ungenügend befunden wurden, da hatte auch Boulanger seine Rolle als Kriegsminister ausgespielt.

235. Sadi Carnot,
Präsident der französischen Republik.
Nach einer Photographie.

Grévys Rücktritt; Carnot Präsident.

Das neue Kabinett **Rouvier** (seit 29. Mai) stützte sich auf die gemäßigten Republikaner und wollte für 1888 eine Ersparnis von 130 Mill. Frank herbeiführen, verwickelte sich aber bald in erbitterte Kämpfe mit den Radikalen, die jetzt in Boulanger einen nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen fanden. Deren Zwecke wurden durch Spaltungen zwischen den Opportunisten wesentlich gefördert, die natürlich auch die Monarchisten zu neuen Hoffnungen ermutigten. Sehr nachteilig war dabei die immer bestimmter auftretende Beschuldigung, daß Grévys Schwiegersohn Wilson an Durchstechereien bei Verleihung von Orden, Ämtern und Konzessionen, die damals aufgedeckt wurden, in hervorragendem Maße beteiligt sei. Infolgedessen gab die Kammer am 17. November dem Ministerium die erbetene Ermächtigung zu Wilsons Anklage. Dadurch war aber auch die Stellung des Präsidenten Grévy so erschüttert, daß er, da er kein Ministerium mehr fand, am 1. Dezember seinen Rücktritt erklärte. Schon am 3. Dezember wählte die Nationalversammlung den Abgeordneten **Sadi Carnot**

(1887—94), einen Enkel Lazare Carnots (s. Bd. VIII, S. 253), der bis dahin wenig hervorgetreten war, denn der bedeutendste Staatsmann, den Frankreich noch besaß, Jules Ferry, hatte zwar im ersten Wahlgange 212 Stimmen erhalten, war aber bei der Stimmung der Radikalen als Präsident unmöglich.

Boulanger als radikaler Agitator.

Carnots erstes Ministerium Tirard nahm ein rasches Ende, weil es den General Boulanger, damals Kommandeur des XIII. Armeekorps in Clermont-Ferrand, wegen grober Unbotmäßigkeit am 15. März 1888 zur Disposition gestellt, am 27. März in den Ruhestand versetzt hatte. Denn sofort hatte sich dieser ganz auf die politische Agitation geworfen und verlangte, von den Radikalen unterstützt, abermals eine Verfassungsrevision. Da sich für eine solche auch die Kammer am 30. März mit 268 gegen 237 Stimmen aussprach, so trat das Kabinett Tirard noch an demselben Tage zurück, und am 3. April übernahm Floquet, der den Radikalen zuneigte, die Leitung. Nunmehr agitierte Boulanger, in der Dordogne und im Norddepartement zum Abgeordneten gewählt, eifrig für eine ultrademokratische Verfassungsrevision mit Aufhebung der Präsidentschaft. Am 20. August wurde er gleichzeitig in drei Bezirken gewählt; die Bonapartisten, die Radikalen und die Patriotenliga, kurz alle Elemente, die auf den Umsturz der bestehenden Ordnung hinarbeiteten, sahen in ihm ihren Helden und feierten ihn in lärmenden Kundgebungen. Schließlich brachte Floquet am 15. Oktober wirklich einen ausführlichen Entwurf zu einer Verfassungsrevision in sehr demokratischem Sinne ein, der allerdings lebhaften Widerspruch fand, und Boulanger benutzte die tiefe Erbitterung zahlreicher schwergeschädigter kleiner Kapitalisten über den Zusammenbruch der Panamakanalgesellschaft, die am 26. Januar 1889 ihre Zahlungsunfähigkeit erklärte, um als deren Vertrauensmann gegen die Regierung aufzutreten, die nichts für sie gethan habe. So wurde er am 28. Januar auch im Seinedepartement, also in Paris, zum Abgeordneten gewählt. Sein steigender Einfluß beschleunigte die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Wiedereinführung der Bezirkswahlen an Stelle der Listenwahlen am 31. Januar, den die Kammer schon am 11. Februar (mit 268 gegen 222 Stimmen), der Senat am 12. Februar gut hieß; da aber die Kammer wenige Tage später, am 14. Februar, die von Floquet beantragte Verfassungsrevision zu vertagen beschloß, so gab das Ministerium seine Entlassung.

Boulangers Beseitigung.

Das opportunistische Ministerium Tirard, das am 21. Februar die Geschäfte übernahm, griff endlich mit Nachdruck durch. Während es schon am 7. März das Verbannungsdekret gegen den Herzog Heinrich von Aumale aufhob, also den Monarchisten einen unschädlichen Dienst erwies, löste es die Patriotenliga auf, stellte Déroulède unter anderm wegen Stiftung einer geheimen, unerlaubten Gesellschaft unter Anklage, die allerdings nur zur Verurteilung in eine Geldstrafe führte, und erhielt am 4. April von der Abgeordnetenkammer die Genehmigung der gerichtlichen Verfolgung Boulangers wegen einer gegen die Sicherheit der Republik gerichteten Verschwörung. Der „tapfere General" war bereits am 2. April nach Brüssel geflüchtet, wurde aber vom Senat als Staatsgerichtshof mit seinen Genossen Dillon und Rochefort am 14. August in contumaciam zur Deportation verurteilt. Die Jahrhundertfeier zur Erinnerung an die große Revolution am 5. Mai 1889, dem Tage der Eröffnung der Reichsstände in Versailles, und die Eröffnung der aus diesem Anlaß veranstalteten Pariser Weltausstellung am 6. Mai trugen weiter zur Beruhigung der Gemüter bei.

Das neue Wehrgesetz; Sieg der Republikaner.

Kurz danach stellte das nach langen Beratungen (seit 1886) endlich angenommene Wehrgesetz vom 15. Juli 1889 das französische Heerwesen auf eine erweiterte Grundlage und gab dadurch ein Gefühl verstärkter Sicherheit nach außen. Denn es verlängerte die Gesamtdienstpflicht von 20 auf 25 Jahre (drei Jahre bei der Fahne, sechs in der Reserve, sechs in der Territorialarmee, zehn in deren Reserve), beschränkte das Recht zum einjährigen Dienst auf die Studierenden der freien Wissenschaften und die Zöglinge einiger höherer Schulen, belegte alle Untauglichen und alle, die weniger als drei Jahre dienten, mit einer Wehrsteuer, deren Ertrag man auf 15 Mill. Frank schätzte, und versprach eine Verstärkung der gesamten Wehrmacht von 2 auf 3 Mill. Streiter im Kriegsfalle. An demselben 15. Juni wurde eine Forderung von 58 Mill. Frank

für den Bau neuer Kriegsschiffe von der Kammer ohne Kommissionsberatung mit 461 gegen 12 Stimmen genehmigt. Die Neuwahlen im September und Oktober 1889 brachten den gemäßigten Republikanern von 576 Sitzen 236, den Radikalen 126, den Royalisten 100, den Bonapartisten 58 und den Boulangisten 47, gab also den grundsätzlichen Republikanern eine entschiedene Mehrheit, und der Selbstmord Boulangers am Grabe einer Geliebten in Brüssel am 30. September 1891 löste seine rasch zusammengeschwundene Partei völlig auf.

Annäherung an das Papsttum.

Daß die gemäßigt-liberale Republik sich mehr und mehr in der allgemeinen Meinung befestige, bewies auch eine wichtige Kundgebung des Papstes. Nachdem im November 1890 der Kardinal Lavigerie, Erzbischof von Algier, in einem Rundschreiben an seine Geistlichkeit sich ganz offen für die bestehende Republik ausgesprochen hatte, gab Papst Leo XIII. auf eine Anfrage der französischen Bischöfe im Dezember durch den Staatssekretär Rampolla dieselbe Erklärung ab. Der alte Bund zwischen dem Papsttume und der französischen Regierung begann sich aufs neue zu schließen.

Annäherung an Rußland.

Aber noch ein andres Verhältnis bereitete sich vor. Nachdem Fürst Bismarcks Nachfolger, General Leo von Caprivi, 1890 die Erneuerung des deutsch-russischen Neutralitätsvertrags abgelehnt hatte, war Rußland isoliert und suchte nach einer Anlehnung. Da eine solche schon längst der fast schwärmerische Wunsch der maßgebenden Kreise Frankreichs gewesen, auch keineswegs ein ganz neuer Gedanke war (s. S. 47), so stattete ein starkes französisches Geschwader unter Admiral Gervais im Juli 1891 einen Besuch in Kronstadt und Petersburg ab, und eine russische Flotte unter Admiral Avellan erwiderte ihn im Oktober 1893 in Toulon. Was sich wirklich unter der Hülle dieser überschwenglichen Freundschaftsbezeigungen verbarg, läßt sich noch immer nicht genau feststellen; aber ein thatsächliches Ergebnis hatten sie trotz aller Zurückhaltung der russischen Regierung. Der Glaube an ein Bündnis mit Rußland und an den unter Umständen zu erwartenden Beistand Rußlands für die endliche Verwirklichung der „Revanche“ stärkte das Selbstgefühl der Franzosen und den Bestand der Republik. Nur die Klügeren merkten bald, daß Frankreich, statt sich diesem Ziele zu nähern, zu einem gefügigen Werkzeuge der russischen Politik geworden sei.

Ergebnisse und Aussichten.

In der That war damit die französische Entwickelung zu einem gewissen Abschluß gelangt. Mit einem entschlossenen Patriotismus, der für alle Zeiten ruhmwürdig bleibt, hatte sich die Nation aus einer furchtbaren Katastrophe trotz tiefgehender Spaltungen wiederaufgerichtet. Sie hatte, begünstigt von dem unerschöpflich scheinenden Reichtume des Landes, ihre Volkswirtschaft und ihre Finanzen in erstaunlich kurzer Zeit wiederhergestellt, nach deutschem Vorbilde eine Armee geschaffen, wie sie Frankreich zu keiner Zeit besessen hatte, den Rang ihrer Flotte als den zweiten der Welt behauptet, das ganze Land namentlich nach Osten hin in ein riesiges verschanztes Lager verwandelt, dessen Mittelpunkt, Paris, seine Außenwerke jetzt da hat, wo sich 1870/71 die deutschen Stellungen befanden. Sie hatte ein wenigstens zum guten Teil staatliches und weltliches Schulwesen auf dem Grunde der allgemeinen Schulpflicht mit reichen Mitteln (seit 1871 etwa 2 Milliarden Frank) ins Leben gerufen, von den Anfängen des zweiten Kaiserreichs aus ein neues gewaltiges Kolonialreich aufgerichtet, endlich ihre Stellung in der europäischen Staatenwelt, wenn auch nicht ihre frühere angemaßte Vorherrschaft, wiedergewonnen. Selbst die Sozialdemokratie hatte dies alles wenig aufgehalten, denn sie ist in Frankreich von weit geringerer Bedeutung als in Deutschland, weil die Zahl der kleinen Landbesitzer dort sehr groß ist und der französische Patriotismus sich internationalen Träumereien gegenüber mehr ablehnend verhält.

Das geistige Leben Frankreichs war nicht zurückgeblieben. Erst seit 1870 begann sich die französische Wissenschaft in der sprachlich-historischen Wissenschaft mit jenem Geiste strenger Kritik zu durchdringen, die der deutschen von jeher eigentümlich war. In der Philologie, in den orientalischen Studien, in Archäologie und Kunstgeschichte wurden die Franzosen erst jetzt den Deutschen ebenbürtig, und zum erstenmal seit Mabillon erstand ein theologischer Kritiker ersten Ranges in L. Duchesne. Den alten Ruhm in den Naturwissenschaften erneuerte L. Pasteur in der Bakteriologie. Die

französische Dichtung verlor in dieser Zeit rasch ihre älteren Hauptvertreter, aber E. Zola wurde der anerkannte Meister eines rücksichtslosen, oft genug höchst sinnlich gefärbten Naturalismus, Alphons Daudet der liebenswürdigste, gemütvollste Erzähler. Auch die Malerei, durch Neuville, Philippoteaux, Détaille u. a. vertreten, blieb den alten Bahnen treu und fand unerschöpflichen Stoff in den Ereignissen von 1870/71; in der Plastik leisteten vor allem Chapu und Dubois Ausgezeichnetes. Kurz, die geistige Kraft der Nation hatte die furchtbare Krisis von 1870/71 siegreich überwunden, ja aus ihr neue Anregung geschöpft.

Anderseits kann manches den patriotischen Franzosen mit Sorge erfüllen. Die Republik und vollends ihre dermalen bestehende Form wird von starken Bevölkerungsgruppen noch immer nur mit Vorbehalt anerkannt und hat schließlich nur an die Stelle der monarchischen Korruption die parlamentarische gesetzt, eine sittliche Wiedergeburt aber keineswegs herbeigeführt. Das Wachstum der Volkszahl ist so langsam, daß es thatsächlich fast stillsteht und die Bevölkerungsziffer bereits weit hinter der des Deutschen Reiches zurückgeblieben ist (38 Mill. im Jahre 1891); nur Paris ist rastlos gewachsen (1871—91 von 1851000 auf 2447000 Einwohner); das Kolonialreich entspricht daher viel mehr dem politischen Ehrgeize der Franzosen als ihrem wirtschaftlichen Bedürfnis und wird zum Teil von Engländern, Deutschen und andern Fremden ausgenützt. Ob dann in der Organisation und in dem Gehorsam der ungeheuren Heeresmassen, die der Staat für den Kriegsfall aufbietet, die erforderliche Straffheit vorhanden sein wird, ja ob alle diese Formationen sich auch wirklich werden aufstellen lassen, das ist bei dem Mangel einer monarchischen Spitze des Heeres und dem Freiheits- und Gleichheitsschwindel mindestens zweifelhaft. Auch die Verweltlichung des Unterrichtswesens ist nur halb gelungen und geht vielleicht einem gänzlichen Mißerfolge entgegen, denn die Schülerzahl der geistlichen Mittelschulen (80000) kommt der der staatlichen (86000) schon jetzt beinahe gleich, und an geistlichen Gemeindeschulen gibt es immer noch fast 6500, deren Unterrichtspersonal in absehbarer Zukunft schwerlich aussterben wird, ungerechnet die geistlichen Privatschulen, die 1887 fast 1000000 Zöglinge, ein Fünftel aller Volksschüler, hatten. Denn immer mehr stellt sich heraus, daß nicht nur das unentgeltliche Volksschulwesen den Gemeinden ungeheure Lasten aufbürdet (1876—91 allein für Schulbauten 312 Mill. Frank), sondern daß der religionslose Unterricht der weltlichen Schulen des festen Grundes aller Erziehung entbehrt und auch durch die planmäßige Pflege eines chauvinistischen Patriotismus und einer platten „Bürgermoral“ nicht ersetzt wird. Um so breiter und tiefer klafft der alte Spalt zwischen dem herrschenden religionsfeindlichen Liberalismus und Radikalismus auf der einen, dem kirchlichen Bedürfnis weiter Kreise und der Kirche auf der andern Seite, denn unversöhnliche Prinzipien stehen sich hier gegenüber. Ob sich aus diesen Gegensätzen eine klerikale und im Bunde mit ihr eine monarchische Reaktion entwickeln wird, das kann erst eine fernere Zukunft lehren.

Rußland und die Balkanstaaten unter Alexander III.

Die Regierung Alexanders III.

Alexander III.

Das gewaltige Reich, auf dessen Beistand zur Verwirklichung der „Revanche“ an Deutschland die Franzosen hofften, gewann nach dem Tode Alexanders II. allmählich eine Stellung in der großen Politik, wie es sie nur in der mächtigsten Zeit Nikolaus' I. behauptet hatte. Zu einem nicht geringen Teile war dies das persönliche Werk Alexanders III. (1881—94).

Alexander III. (geb. 10. März 1845) war nicht zur Herrschaft erzogen worden. Erst der frühe Tod seines älteren Bruders Nikolaus (in Nizza 1865) hatte ihn zur Thronfolge berufen. Er hatte von der Welt wenig außerhalb Rußlands gesehen, war mächtig von den Lehren der beiden Hauptvertreter des ausschließlichen Russentums in Staat und Kirche, Katkow und Pobjedonoszew (des Prokurors des allerheiligsten dirigierenden Synods) ergriffen worden und galt frühzeitig als Feind des deutschen Wesens. In dieser Richtung wurde er durch die Vermählung mit der dänischen Prinzessin Dagmar (Maria Fedorowna, 1866) vermutlich noch bestärkt. Jedenfalls trat 1870 seine deutschfeindliche Gesinnung, im Gegensatze zum Vater, der sich über die Siege seines greisen Oheims herzlich freute, ganz offen hervor, und an seiner Tafel durfte

bei Strafe kein deutsches Wort gesprochen werden. Alles in allem war er viel mehr Russe als jemals ein Kaiser aus dem Hause Gottorp und ähnelte in mancher Beziehung mehr den alten Zaren vor Peter dem Großen. Ein Hüne an Wuchs und von riesiger Körperkraft, war er doch im Grunde weichen Gemütes und ein ausgezeichneter Gatte und Vater, in seinen Entschlüssen langsam, aber von zähem Willen, ein fester Freund und Feind, aber argwöhnisch und mißtrauisch in der schrecklichen Erinnerung an die entsetzlichen Eindrücke bei seiner Thronbesteigung Erst am 28. Mai 1883 empfing er die Krone in Moskau, umgeben von allem Pomp dieser halborientalischen Monarchie; selten zeigte er sich in der Öffentlichkeit. Durchfuhr er sein Reich, so waren ganze Armeekorps zur Überwachung der Bahnlinien aufgeboten. Das Winterpalais, wo sein Vater geendet hatte, mied er durchaus und benutzte es nur bei großen Festen; er blieb im Anitschkowpalais an der Fontanka, dessen Umgebung möglichst abgesperrt wurde; im Sommer bewohnte er das Schloß Gatschina in einem weitläufigen Parke, oder den Alexandriapalast in Peterhof, dessen Park eine hohe Mauer umschließt, und auch dort patrouillierten durch die ganze vornehme Villenstadt beständig stattliche Gardekosaken hoch zu Roß wie in einem Kriegslager. Freier fühlte er sich nur, wenn er auf einer seiner prächtigen Jachten, der mächtigen „Dershawa“ oder dem schnellen „Polarstern“, durch die finnischen Schären oder nach Kopenhagen fuhr, wo er fast jeden Sommer wochenlang im Kreise seiner Verwandten verweilte; dort sah man ihn oft ohne alle Begleitung, ein paar seiner Kinder neben sich, die er zärtlich liebte, in einer einfachen Droschke durch die Straßen der dänischen Hauptstadt fahren, und seufzend kehrte er dann wieder zurück in sein „russisches Gefängnis“.

Er wollte ohne Zweifel aufrichtig seines Volkes Glück und Größe. Von einem Eroberer war keine Ader in ihm, und niemals hat er Krieg geführt. Aber Rußland zur ausschlaggebenden Macht in Europa zu erheben, in Asien seine Grenzen mit ruhigem Nachdruck weiter vorzuschieben, alle Glieder der „großen russischen Familie“ unter der unbeschränkten Selbstherrschaft des Zaren und womöglich unter der Herrschaft der nationalen Kirche, immer enger aneinanderzuschließen, ohne Rücksicht auf historische und nationale Sonderrechte, im Innern jede irgendwie gefährliche Regung niederzuhalten und den Wohlstand vor allem durch Entwickelung einer nationalen Industrie immer mehr zu fördern, diese Ziele hat er mit zäher Willenskraft verfolgt. Die liberalen Gedanken Alexanders II. waren aufgegeben; Aksakows und Katkows Ideen lenkten jetzt das Steuer des weiten Reiches. Ganz persönlich war Alexanders III. Regiment; seine Minister, auch die des Auswärtigen, erst Fürst Gortschakow, dann nach dessen Rücktritt (1883) Nikolaj von Giers, waren niemals mehr als Diener des kaiserlichen Willens.

Heerwesen und Flotte.

Das Heer, das mächtigste Werkzeug dieses Willens, war von Anfang an der Gegenstand seiner eingehendsten Fürsorge. Sehr bald trat an die Stelle der bisherigen, der preußischen sehr ähnlichen Uniformierung bei der Infanterie der nationale dunkelgrüne Halbkaftan mit der schwarzen schirmlosen Lammfellmütze, die bei der Generalität die weiße Farbe erhielt. Die Reiterei (abgesehen von den Kosaken) wurde durchweg in Dragonerregimenter umgestaltet und erhielt die Lanze, verwandelte sich also in eine „Einheitskavallerie“. Nur wenige Garderegimenter bewahrten ihre glänzende historische Tracht. Die allgemeine Wehrpflicht aber wurde seit 1887 auch im Kaukasus durchgeführt, so fest stand dort die russische Herrschaft. Daneben lief auf der „Baltischen Werft“ in Petersburg ein schweres Schlachtschiff, ein schneller Kreuzer nach dem andern vom Stapel, in Libau begannen kostspielige Bauten, um einen eisfreien Kriegshafen außerhalb des engen, leicht zufrierenden Finnischen Meerbusens zu schaffen, und Kronstadt wurde durch ganze Reihen moderner Forts verstärkt. Ganz neu beinahe schuf diese Regierung die Kriegsflotte des Schwarzen Meeres. Als ihr Haupthafen erstand Sebastopol aus seinen Trümmern und wurde im Januar 1893 ausschließlich Kriegshafen; auch das neu erworbene Batum gestaltete sich schon 1886 trotz des Friedens von 1878 zu einem solchen. Mehrmals kam der Kaiser selbst nach dem Süden, um die Erfolge dieser Anstrengungen zu besichtigen.

Volks- und Finanzwirtschaft.

Der schwache Punkt dieser Regierung blieben bis fast an ihr Ende die Finanzen. Erforderte schon vor dem Russisch-türkischen Kriege (1875) die Verzinsung der Staatsschuld ein volles Drittel sämtlicher Ausgaben, so wollte nachher das Defizit nicht mehr verschwinden. Und doch machte die Volkswirtschaft in manchen Zweigen unleugbar bedeutende Fortschritte. Die russische Baumwollindustrie gewann den zweiten Rang in Europa, dicht hinter der englischen, und bezog bald nach der Unterwerfung

Turkestans ein Drittel ihres Rohstoffes dorther, besonders aus Ferghana. Lodz und Tomaszow in Polen wetteiferten mit den größten deutschen Fabrikstädten, allerdings durch deutsches Kapital, und auch sonst errichteten fremde Unternehmer fortwährend Fabriken in Rußland. Der Bergbau im Ural, in Sibirien und den mittelasiatischen Gebirgen machte die russische Fabrikation immer unabhängiger von europäischer Einfuhr; der Naphthahandel von Baku, dessen Bevölkerung trotz seiner trostlosen Lage auf der öden, baumlosen, sandigen Halbinsel Apscheron in zwanzig Jahren mit amerikanischer Schnelligkeit auf 125000 Einwohner stieg, nahm den großartigsten Aufschwung, lieferte den russischen Eisenbahnen und Dampfschiffen einen großen Teil ihres Brennmaterials und begann dem nordamerikanischen Petroleum erfolgreich Konkurrenz zu machen.

236. Alexander III., Kaiser von Rußland.
Nach einer Photographie.

Die Weine und die Südfrüchte der Krim und des Kaukasus, die prächtigen orientalischen Teppiche, Shawls, Stickereien, Geräte und Waffen drangen jetzt bis Petersburg vor, so daß diese nordische Großstadt in mancher Beziehung als die Schwelle des Orients erschien. Denn unaufhaltsam verschob sich das wirtschaftliche Schwergewicht Rußlands nach dem Süden, wohin die größten russischen Ströme weisen und wo der Russe als Träger einer überlegenen Kultur gegenüber dem Orientalen erscheint. Daher liegen heute sämtliche russische Großstädte (über 75000 Einwohner) mit Ausnahme von Petersburg und Riga südlich von Moskau, und die Ostsee beginnt für Rußland ihren Vorrang an das Schwarze und das Kaspische Meer abzutreten. Immer dichter flocht sich das Eisenbahnnetz (1896 fast 38000 km im ganzen Reiche), und 1891 geschah durch den Thronfolger, den Großfürsten Nikolaus (II.), als er von seiner Weltreise nach Wladiwostok kam, der erste Spatenstich zu dem längsten Schienenwege der Welt, der sibirischen Eisenbahn, auf der man nach der Vollendung die ungeheure Strecke (10000 km) von Petersburg oder Moskau aus in 12—13 Tagen wird zurücklegen und binnen vier Wochen eine Armee von 100000 Mann an der Ostküste Asiens wird versammeln können. Schon im Mai 1885 wurde der „Seekanal“ durch das flache Gewässer des Finnischen Meerbusens zwischen Kronstadt und Petersburg eröffnet, der auch großen Schiffen gestattet, in die tiefe, breite Newamündung einzulaufen. Auf dem Schwarzen Meere und der unteren Donau erlangte die russische Dampfschiffahrtsgesellschaft des Fürsten Gagarin immer größere Bedeutung, und die mächtigen Dampfer der sogenannten „freiwilligen Flotte“, einer vom Staate unterstützten Privatunternehmung, standen im Frieden als Truppentransportschiffe, im Kriege als Hilfskreuzer der Regierung zur Verfügung. Zum Schutze der einheimischen

Industrie und zur Steigerung der Einkünfte begann der neue Finanzminister Wyschnegradskij (1887—92) die Zölle an der Westgrenze 1887 und 1890 ansehnlich zu erhöhen. Aber er konnte nicht verhindern, daß infolge des tiefen Mißtrauens, das man allerorten der russischen Politik entgegenbrachte und das zum Ausschluß der russischen Werte von den deutschen Börsen führte (s. oben S. 500), der Rubelkurs, der schon 1886 auf etwa 200 gestanden, im Februar 1888 auf 167 (statt 400 = 4 Mark) zurückging.

Volksnöte.

Auch sonst hemmte manches das Gedeihen der russischen Volkswirtschaft und die Gesundung der Finanzen. Der Bauernstand vor allem, nach Katkow und Aksakow der eigentliche Träger der spezifisch russischen Kultur, zeigte sich der ihm gewährten Selbstverwaltung und Freiheit so wenig gewachsen, daß 1889 wieder kaiserliche „Bezirkshauptleute" aus dem Adel ihre wichtigsten Funktionen übernahmen und die Wucherer, die

237. Schloß Gatschina.
Nach einer Photographie.

„Kulaki", die eigentlichen Herren der Bauern wurden. So stieg die Not aus den längst wirksamen Gründen (s. S. 183 f.) von Jahr zu Jahr und führte zu einer rasch anschwellenden Auswanderung nach dem furchtbaren südlichen Sibirien, dem Lande der Hoffnung für Hunderttausende, wie einst Nordamerika für die europamüden Deutschen. Von 1885—90 wuchs die Zahl der Auswanderer von 9678 auf beinahe 34000, bis 1894 auf 67000, bis 1896 auf 200000. Freilich gingen auf der endlosen Reise oder in Sibirien selbst 20—30 Prozent zu Grunde, aber ein beträchtlicher Bruchteil gelangte doch zur Erfüllung seines Wunsches. Weitaus die Mehrzahl aller (im ganzen etwa 200000) fand Unterkunft im Gouvernement Tomsk. Schwere Landesnöte wirkten zur Steigerung dieses Auswandererfiebers mit, vermehrten aber auch das Elend in der Heimat. Eine Mißernte in den trockenen östlichen Gouvernements (1890) veranlaßte 1891 eine weitverbreitete Teuerung und Hungersnot. Die Regierung suchte mit Geldbeihilfen (zunächst 22 Mill. Rubel), Ermäßigung der Eisenbahntarife für

die Hilfssendungen, Getreideausfuhrverboten u. dergl. zu helfen, aber das alles erwies sich als unzureichend, die Beamten zeigten sich wie gewöhnlich unzuverlässig und habgierig, die Bauern griffen zu Raub und Plünderung, und 1892 raffte der Hungertyphus in 17 Gouvernements Zehntausende dahin. Daß sich die Erbitterung des Volkes mit und ohne Grund gegen die Juden richtete und die Regierung mit Massenausweisungen gegen sie vorging, verschlimmerte eher die Lage, weil die Juden als Vermittler des Verkehrs für diese unreife Volkswirtschaft im Grunde unentbehrlich waren, und für die Juden selbst brachte auch die von dem Pariser Bankier Baron Hirsch 1892 organisierte Massenauswanderung nach Amerika keine wirkliche Hilfe. Als eine neue schreckliche Volksgeißel trat in demselben Jahre die Cholera auf, die von Turkestan her sich zunächst nach dem Kaspischen Meere, dann die Wolga aufwärts fast über das ganze europäische Rußland und weiter nach dem Westen hin verbreitete. Die Vorkehrungen der Regierung stießen dabei vielfach, namentlich in Taschkend, Astrachan und Saratow auf den gewaltsamen Widerstand des verblendeten abergläubischen Volkes. Um so lieber vertiefte es sich in religiöse Grübeleien der verschiedensten Art. Eine beständige Zunahme der Sekten war die Folge; Kenner schätzen heute die Zahl der Raskolniki auf etwa 14 Millionen. Die Nihilisten blieben unter der Hand nicht unthätig und die Furcht vor ihnen verschwand niemals, doch schien die unheimliche Bewegung rückläufig zu sein. Auch das schwere Unglück, das am 29. Oktober 1888 den kaiserlichen Hofzug auf der Rückfahrt von Sebastopol bei Borki in der Nähe von Charkow durch Entgleisung traf, aber die kaiserliche Familie unverletzt ließ, war nicht auf ein nihilistisches Verbrechen zurückzuführen. Trotzdem beschränkte die Regierung 1887 wieder die Freiheiten der Universitäten, weil diese als Herd des Nihilismus verdächtig waren, wogegen sich nun wieder die üblichen Studententumulte erhoben.

Maßregeln gegen die deutsche Kolonisation im Westen.

Aber nicht nur Polizeiwillkür und elementare Ereignisse wirkten störend, sondern auch die im Geiste des Panslawismus geleitete innere Politik. Die früher so sehr begünstigte deutsche bäuerliche Einwanderung geriet gänzlich ins Stocken, und sogar die planmäßige Verdrängung der Deutschen aus dem ländlichen Grundbesitz begann. Der Grund lag in der Befürchtung, die westlichen Provinzen, das alte Kolonisationsgebiet der Deutschen, möchten sich allmählich auf friedlichem Wege germanisieren. In der That war, ganz abgesehen noch von den baltischen Provinzen, die Zahl der deutschen Ansiedler dort nicht unbedeutend. Schon 1870 bildeten in Kronpolen und Masovien die Deutschen und die deutschsprechenden Juden etwa ein Fünftel der Bevölkerung, und 1873 wurde von polnischer Seite behauptet, die Städte Lodz, Zgierz, Jurek u. a. seien ganz deutsch, Kalisch halbdeutsch, der ganze Bezirk von Czenstochau und das Uferland der Weichsel bis Plock sei voll deutscher Kolonisten, die besonders seit der Niederwerfung des polnischen Aufstandes von 1863/64 eingewandert seien. Um 1886 besaßen allein im Gouvernement Warschau deutsche bäuerliche Kolonisten (etwa 4000), die fast alle deutsche Unterthanen waren, insgesamt 72746 Morgen, deutsche Großgrundbesitzer (141) 132911 Morgen, deutsche Großpächter (39) 20257 Morgen, deutsche Fabrikbesitzer 20257 Morgen, also zusammen 4258 Deutsche ein Areal von 206964 Morgen (51741 ha) oder fast 10 Quadratmeilen (von 3500!). Dies waren für altrussische Anschauungen unerträgliche Zustände. Eine Reihe von einschneidenden Bestimmungen wurde deshalb getroffen. Selbst Fürst Hohenlohe mußte seine Güter in Litauen größtenteils verkaufen, und ein Ukas vom Mai 1887 verbot Ausländern schlechtweg in den westlichen Gouvernements außerhalb der Städte Grundbesitz zu erwerben, die deutschen Kolonisten in Südrußland aber wurden durch allerlei Schikanen so geplagt, daß sie scharenweise nach Nordamerika zogen. In Lodz und Tomaszow wurden alle deutschen Vereine geschlossen, aus Polen 1887 alle fremden Verwalter, Inspektoren und dergleichen ausgewiesen, und noch 1893 mußten in Lodz 150 deutsche Werkmeister entlassen werden, nur weil sie nicht russisch verstanden (das dort gar nicht gesprochen wird). Auch das deutsche Theater in Petersburg verlor vom 1. Januar 1887 an die kaiserliche Unterstützung.

Russifizierungsmaßregeln in Polen und den baltischen Provinzen.

Das alles hing eng mit einem herrschenden Grundzuge der inneren Politik zusammen, mit dem Bestreben, die westlichen Provinzen, Polen und die baltisch-deutschen Küstenlande, möglichst rasch zu russifizieren und so eine Vormauer gegen das Abendland zu schaffen. Da wurde den Polen 1885 verboten, Grundbesitz zu erwerben und angeordnet, daß Krongüter in Polen nur an Russen verkauft werden dürften. Auch in den polnischen Volksschulen sollte die Unterrichtssprache das Russische sein (außer im Religionsunterricht), und sogar im öffentlichen Verkehr wurde für die Gouvernements Wilna, Kowno und Grodno das Verbot, polnisch zu sprechen, 1893 eingeschärft. Ebenso schwer legte sich die Faust des ausschließlichen Russentums auf die deutsch-protestantische Kultur der alten vielgeprüften Ordenslande Liv-, Esth- und Kurland, wo sie ja nur von Adel und Bürgertum, im ganzen einer Gruppe von nur 200000 Menschen, getragen wurden; sie sollten gebrochen und durch ihre Zerstörung der Russifizierung der isolierten jeder selbständigen Kultur entbehrenden lettischen und esthnischen Landbevölkerung die Bahn bereitet werden.

Man begann mit der Amtssprache. Als solche wurde für Liv- und Esthland 1885 das Russische für alle Behörden außer gewissen Ortsbehörden, die deutsch, lettisch oder esthnisch verhandeln durften, vorgeschrieben, im besondern auch für die Stadtbehörden von Riga und Reval, der größten Städte; 1891 erging eine ähnliche Bestimmung für Kurland. Scharenweise kamen zugleich russische Beamte ins Land, die von den ganz verschiedenartigen Verhältnissen nichts wußten, sich nicht darin zurecht fanden und nur Verwirrung anrichteten, so daß zeitweise die ganze Verwaltung lahm gelegt wurde. Dann kamen die Schulen an die Reihe. Die alte Kreisschule in Riga wurde 1886 russisch, in demselben Jahre dort ein russisches Realgymnasium begründet. Von Anfang des Schuljahres 1887/8 an sollten alle baltisch-deutschen Gymnasien und Realschulen das Russische als Unterrichtssprache annehmen; die Lehrer, die dessen nicht mächtig waren, wurden im August 1889 entlassen. Manche ritterschaftliche Anstalten hielten noch ein paar Jahre aus, aber 1892 schloß die livländische Ritterschaft ihre blühenden Gymnasien Fellin und Birkenruh, um sie nicht russisch werden zu lassen, und die altberühmte Domschule in Riga wurde russifiziert. Im nächsten Jahre wurde auch das kurländische Gymnasium in Goldingen aufgehoben. Die Volksschulen waren schon 1886 unter das russische Unterrichtsministerium („Ministerium für Volksaufklärung") gestellt worden; 1887 wurde allen zweiklassigen Schulen das Russische als Unterrichtssprache vorgeschrieben und diese Maßregel 1893 in den lettischen Dorfschulen auch auf den Religionsunterricht ausgedehnt. Mit dem allen grub man der deutschen Universität Dorpat die Wurzeln ab. Nachdem der Kurator des Dorpater Lehrbezirks, Kapustin, schon 1887 die sinnlose Aufforderung an die deutschen Professoren gerichtet, vom nächsten Semester ab russisch zu lesen, und diese alle darauf mit dem Entlassungsgesuch geantwortet hatten, schrieb im März 1889 ein Ukas die russische Vortragssprache zunächst für die juristische Fakultät vor; dann wurden bei Vakanzen Russen als Professoren eingeschoben, 1892 zum Rektor ein Russe ernannt, der sich allerdings bald unmöglich machte, die Studenten uniformiert wie in Rußland. So ging die deutsche Universität und das blühende deutsche Schulwesen der Ostseelande zu Grunde, und selbst an die Stelle des Namens Dorpat trat 1893 die amtliche Bezeichnung Jurjew.

Damit verband sich eine quälende Verfolgung der lutherischen Kirche. Scharenweise wurden evangelische Pastoren des Amts entsetzt und ins Innere Rußlands „verschickt", wenn sie etwa geistliche Amtshandlungen an solchen Personen verrichtet hatten, die sich früher durch äußere Gründe für die griechisch-russische Kirche hatten gewinnen lassen und es jetzt bereuten; die Kinder aus Mischehen mußten griechisch-katholisch getauft werden, wo irgend möglich wurden griechische Kirchen errichtet, dagegen protestantische Missionsfeste und Sammlungen für protestantische Zwecke verboten. Selbst die alte Landesverfassung mußte der „Staatsnotwendigkeit" weichen: im März 1890 wurden die baltischen Landtage durch Adelsversammlungen nach russischer Art ersetzt. Alle Vorstellungen des baltischen Adels blieben unbeachtet. Und mochte man in Deutschland noch soviel Sympathien mit den mißhandelten Volksgenossen empfinden, für sie amtlich einzuschreiten war doch unmöglich und jedenfalls zwecklos. Rußland aber entfremdete sich treue Unterthanen, die dem Reiche die wertvollsten Dienste geleistet hatten, und machte sie doch nicht zu Russen, sowenig wie die Polen. Nur die polnischen Bauern zeigten sich dankbar für die Befreiung; der Adel und der sich trotz allen Druckes allmählich bildende polnische Mittelstand blieben russenfeindlich wie zuvor, und die russische Besiedelung dieser Länder wollte nicht vom Flecke rücken. Daneben gewannen die Polen, die in russische Dienste traten oder sich der Presse widmeten, durch ihre

rührigere Art und ihre höhere Bildung rasch einen wenig sichtbaren, aber sehr wirksamen Einfluß.

Finnland. Besser widerstand Finnland den Russifizierungsbestrebungen, weil hier in einem Lande von gewaltiger Ausdehnung eine starke, in sich wenigstens kirchlich und politisch geschlossene Bevölkerung von mehr als $2^1/_2$ Millionen mit einer durchaus protestantisch-germanischen Kultur den Russen gegenüber steht, wenngleich sie keine nationale Einheit bildet (s. S. 170). Zwar stand in Wiborg ein russisches Erzbistum, hier und da wurde eine russische Schule gegründet, der russische Iswoschtschick (Droschkenkutscher) eroberte die Küstenstädte, und die finnische Post wurde mit der russischen vereinigt, aber sonst blieb alles beim alten, und das Land in Sitten und Gebräuchen, Bauart, Münzwesen und Kalender schwedisch-abendländisch, trotz der Scharen von Petersburger Sommerfrischlern, die alljährlich die anmutigen Seen und Küstenlandschaften überfluten. Der Finnische Landtag trat ziemlich regelmäßig zusammen und betonte bei jeder Gelegenheit die verbrieften Rechte des Großfürstentums Finnland, namentlich in dem Kampfe um die Revision des längst veralteten Strafgesetzbuchs.

Französische Sympathien. Es entsprach dieser Politik, wenn in der russischen Presse und Gesellschaft allmählich eine durchaus deutschfeindliche Stimmung zur Geltung kam, namentlich als man in Rußland den ungegründeten Verdacht hegte, daß Fürst Bismarck in Bulgarien heimlich gegen die russische Politik Ränke spinne (s. unten). Eindringlich wurde über das unerträgliche Übergewicht gepredigt, das Deutschland seit 1870 gewonnen, und über den Undank, den es 1878 Rußland bewiesen habe. Gegen diese Tyrannei müßten Slawen und Romanen, ins Praktische übersetzt also Rußland und Frankreich, zusammenstehen. Zwar Katkow, der leitende Geist dieser ganzen Bewegung, wollte von dem Volke der großen Revolution nichts wissen, aber augenblicklich hielt er doch ein Zusammengehen beider Reiche gegen das beide bedrohende Germanentum für notwendig; jedenfalls dürfe Rußland eine abermalige Niederwerfung Frankreichs nicht dulden, habe aber deshalb nicht nötig, geradezu ein Bündnis mit Frankreich zu schließen, sondern müsse nur freie Hand behalten. Solchen Mahnungen kam die Vorliebe der russischen Gesellschaft für französische Bildung und Sprache, die ebenso für liberal wie für elegant galten, entgegen. Hervorragende Franzosen, die nach Rußland kamen, wurden daher von Körperschaften und Behörden mit demonstrativer Freundschaft begrüßt, und die „Hoffnungen" der beiden befreundeten Nationen kamen beim schäumenden Champagner immer und immer wieder zum erhebenden Ausdruck. Besonders gefeiert wurde Deroulède, das Haupt der Patriotenliga, als er im Herbst 1886 auf seiner lange vorher mit Trompetenstößen angekündigten „Reise rund um Deutschland" zum erstenmal nach Rußland kam und dann wieder 1887 erschien, um mit rührenden Worten einen Kranz auf dem Grabe des großen Patrioten Katkow († 1. August 1887) niederzulegen.

Auswärtige Politik. Von solchen Überschwenglichkeiten hielt sich natürlich die Regierung fern. Ja die Zusammenkunft des Zaren mit den Kaisern von Österreich und Deutschland in Skiernewice (15. bis 17. September 1884) schien das alte Verhältnis nochmals zu befestigen (s. oben S. 531), und die offiziösen Preßorgane sandten zuweilen einen kalten Wasserstrahl auf die erhitzten Köpfe panslawistischer Journalisten. Später, als die bulgarische Frage auftauchte, befolgte man die Politik der freien Hand und suchte sich dafür stark genug zu machen. Daher wurde trotz alles feindseligen Geredes der Zeitungen, das auch Fürst Bismarck geringschätzig als „Druckerschwärze" bezeichnete, im Jahre 1887 der Rückversicherungsvertrag mit Deutschland abgeschlossen (s. S. 549), und der Zar erschien im November nach langem Zögern auch in Berlin. Gleichzeitig aber wurden auch so gewaltige Truppen in den Weichselländern angehäuft, daß dort allmählich 315000 Mann mit 698 Geschützen versammelt waren gegenüber 98000 Deutschen und kaum 40000 Österreichern. So drohend dies auch aussah, eine unmittelbar kriegerische Absicht verband der Zar damit nicht, vielmehr wollte er zunächst nur das starke Mißverhältnis ausgleichen, das bei einer Mobilisierung zwischen Rußland und seinen westlichen Nachbarn hervortreten mußte. Anderseits ließ die entschlossene Haltung Deutschlands (s. S. 550) in Petersburg nicht den mindesten Zweifel darüber, daß es einem etwaigen Angriff zu

begegnen wissen werde, und das amtliche Verhältnis zwischen beiden Regierungen verschlechterte sich auch nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. nicht. Im Oktober 1889 verweilte der Zar zum zweitenmal in Berlin, um den Besuch zu erwidern, den ihm Kaiser Wilhelm II. in Petersburg abgestattet hatte, und er versicherte dabei den Fürsten Bismarck ausdrücklich seines persönlichen Vertrauens. Erst als nach dem unfreiwilligen Rücktritt des Reichskanzlers am 18. März 1890 sein Nachfolger Leo von Caprivi die Erneuerung jenes Rückversicherungsvertrages als zu „kompliziert" ablehnte, obwohl Graf Schuwalow, der russische Botschafter, sie ihm anbot, begann Rußland, da es einen Anschluß Deutschlands an England argwöhnte, die Anlehnung, die ihm Deutschland versagte, bei Frankreich zu suchen. Die Flottenbesuche in Kronstadt 1891 und Toulon 1893 (s. S. 587) brachten das neue Verhältnis zum Ausdruck, und es war in der That ein unerhörtes Entgegenkommen, daß der Selbstherrscher aller Reußen das hohe Lied der Revolution, die zur französischen Nationalhymne erhobene Marseillaise, stehend mit entblößtem Haupte anhörte. An Krieg gegen Deutschland dachte er auch jetzt nicht; der wohl schon 1891 festgestellte Vertrag versprach den Franzosen gerade zur Wiedereroberung Elsaß-Lothringens keine Hilfe, sondern kehrte seine Spitze gegen England. Auch der völlige Mißerfolg der Finanzwirtschaft Wyschnegradskijs mag zu dieser friedlichen Haltung mit beigetragen haben. Rußland war in der europäischen Finanzwelt ohne Kredit, die Bevölkerung mit Steuern überbürdet, der Verkehr durch hohe Zölle unterbunden, die Einnahmen gesunken und die Ausgaben überstiegen weit den Voranschlag. So wurde Wyschnegradskij im September 1892 durch den bisherigen Verkehrsminister Witte ersetzt.

Panslawistische Feste.

Die russische Politik verfuhr nur folgerichtig, wenn sie die Bande mit den „slawischen Brüdern" immer enger zu knüpfen versuchte. Die Feier des großen Slawenapostels Methodios (s. Bd. III. 312, 372) wurde im April 1885 ebenso festlich begangen wie im Juli 1888 die der Einführung des Christentums in Rußland (a. a. O. S. 550 f.), beide unter zahlreicher Beteiligung von Abgeordneten anderer slawischer Völker. Aber immer war dabei die Voraussetzung, daß das heilige Rußland als das Haupt dieser Völker und die russische Kirche als die allein herrschende nationale anerkannt werde. Daß nicht nur die Polen, sondern auch die Kleinrussen, die das slawische Wesen viel reiner vertreten, als der herrschende Stamm, die stark mit mongolischen Elementen versetzten Großrussen, sich dagegen ablehnend verhielten, kümmerte die Panslawisten wenig; die reiche kleinrussische Sprache und Litteratur wird noch heute niedergehalten. Ein offenes Feld schien die slawophile Politik auf der Balkanhalbinsel finden zu müssen, doch gerade hier erlebte sie schwere Enttäuschungen.

Das Osmanische Reich unter Abdul Hamid II.

Sultan Abdul Hamid II.

Mit empfindlichen Gebietsverlusten und mit völlig zerrütteten Finanzen war die Türkei aus dem Kriege von 1877/78 hervorgegangen, und ringsum lauerten begehrliche Nachbarn auf eine neue Katastrophe, um den sinkenden Staat wenigstens in Europa zu vernichten. In dieser fast hoffnungslosen Lage erwuchs dem Reiche in Sultan Abdul Hamid II. (geb. 21. September 1842) ein Staatsmann von eigentümlicher Art und Begabung. Gar kein Soldat, aber auch kein Lüstling, wie soviele der Sultane nach Soliman II. und noch Abdul Aziz gewesen waren, im Grunde des Herzens gütig, freigebig, dankbar und ein zärtlicher Vater, aber höchst mißtrauisch und zurückhaltend, wurde er, eine neue Erscheinung in der langen Reihe der Söhne des Hauses Osman, der fleißigste Beamte seines Reiches. Niemals hat er Konstantinopel verlassen, er zog sich völlig in seinen streng bewachten prächtigen Palast Yildiz Kiosk (d. i. Sternenschloß) am Bosporus zurück und ist seit seiner Thronbesteigung in der Öffentlichkeit nur sichtbar geworden, wenn er am Freitag, dem Feiertag der Mohammedaner, oder an einem andern hohen Feste im prunkvollen Aufzuge zur Moschee ritt. An seiner unbeschränkten Macht hielt er so zähe fest und unterdrückte jeden auch nur scheinbaren Versuch, sie irgendwie zu beschränken oder seinem Willen zuwiderzuhandeln, mit harter Hand so unbedenklich, wie nur jemals ein Sultan, beseitigte daher auch

das alte Großwesirat; doch das, was dem Reiche zunächst not that, erfaßte er mit sicherem Blick. Er empfand eine dankbare Vorliebe für Deutschland, das 1878 uneigennützig vermittelt hatte, bewunderte den Fürsten Bismarck und hegte den lebhaften Wunsch, dem Kaiser Wilhelm I. ein türkisches Regiment zu verleihen, einen Gedanken, den der alte Herr gelegentlich lächelnd mit der Bemerkung zurückwies, er könne doch unmöglich, wenn der Sultan ihn etwa besuche, in türkischer Uniform mit dem Fez erscheinen!

Deutsche Reformen.

So berief der Sultan zur Reorganisation der Finanzen und des Heerwesens seit 1880 deutsche Beamte und Offiziere (v. Grumbkow, v. Kamphövener, von der Goltz, von Hobe u. a.). Diesen gelang es, wenigstens einige Ordnung in die Finanzen zu bringen, wenngleich der uralte Krebsschade, die unkontrollierbare höfische Verschwendung, viel zu fest mit der Natur dieses Staatswesens verwachsen ist, um sich beseitigen zu lassen. Mit größerem Erfolge wurde die Armee auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht aller Mohammedaner in Linie (Nizam), Landwehr (Redif) und Landsturm (Mustahfiz) nach deutschem Vorbild umgestaltet und in sieben stehende Armeekorps (Ordu) geteilt, seit 1886 auch das Rekrutenkontingent verstärkt und jedem Linienregiment dafür ein bestimmter Bezirk zugewiesen, was die Mobilisierung wesentlich erleichtern mußte. Neue Militärbildungsanstalten und die häufige Kommandierung türkischer Offiziere nach Deutschland sorgten für bessere Ausbildung der Führer, und da die Türken durch Körperkraft, Genügsamkeit, Gewöhnung an strengen Gehorsam und religiösen Fanatismus geborene Soldaten sind, so wurde das türkische Heer in dieser deutschen Schule zu einer vorzüglichen Truppe, die beste Bürgschaft für den weiteren Bestand des Reiches. Dagegen blieb die Flotte ganz vernachlässigt, und ihre Schiffe verkamen im Goldenen Horn in Rost und Schmutz.

Eisenbahnbau.

Einen überraschenden Aufschwung nahm das Eisenbahnwesen. Mit dem französisch-jüdischen Unternehmer Baron Hirsch, der noch vor dem Kriege (bis 1875) die unzusammenhängenden europäischen Linien baute und dafür die Türkei mit einem Schuldenbetrage von 792 Mill. Frank (den berüchtigten Türkenlosen) belastete, hatte man schlechte Erfahrungen gemacht. Einen neuen Anstoß gab der Berliner Vertrag von 1878, da er die Balkanstaaten zum Ausbau von Eisenbahnen im Anschluß an das mitteleuropäische Netz verpflichtete. Diesen führten die beteiligten Staaten oder die „Gesellschaft für die orientalischen Eisenbahnen" bis 1887 durch; und auch die älteren türkischen Bahnen gingen 1883 in die Verwaltung jener Gesellschaft über (auf 50 Jahre). Im August 1888 wurde der internationale Durchgangsverkehr auf der ganzen Linie Paris—Wien—Budapest—Belgrad—Nisch—Sofia—Konstantinopel eröffnet. Auch in Griechenland entstanden endlich neben den schmalspurigen thessalischen Sackbahnen große Linien von Athen nach dem Peloponnes, aber der Anschluß an die mitteleuropäischen Eisenbahnen wurde noch versäumt. In Kleinasien bestanden ein paar kürzere Eisenbahnen von dem wichtigsten Hafenplatze des Landes, Smyrna, aus schon seit den sechziger Jahren, daneben die Linie von Skutari bis Ismid (Nikomedia), die später eine englische Gesellschaft übernahm; aber den Bau eines umfassenden anatolischen Eisenbahnnetzes begannen erst deutsche Unternehmer, die Deutsche Bank in Berlin 1888 mit deutschen Kräften. Sie eröffnete schon Ende 1892 den Verkehr bis Angora, 1895 bis zur alten Sultansstadt Konia (Ikonion), von wo der Schienenweg über Kaisarijeh (das alte Cäsarea) nach dem oberen Euphrat bei Biredschik und bis Bagdad fortgesetzt werden soll. Seit 1892 braust die Lokomotive auch längs der alten Karawanenstraße von Jaffa nach Jerusalem, seit 1895 übersteigt sie von Beirut aus den Libanon und erreicht Damaskus. So beleben sich wieder die jahrhundertelang verödeten Handelswege des Altertums und des Mittelalters, die Straßen der Griechen, Byzantiner, Araber und Kreuzfahrer, und unwiderstehlich dringt mit dem abendländischen Kapital die abendländische Kultur in die Länder ein, von denen sie einst ausgegangen ist.

Christliche Missionsarbeit.

Keinen unbedeutenden Anteil haben daran die kirchlichen Institute der verschiedenen Konfessionen (vgl. S. 53 f.). Vor allem in Palästina und Jerusalem, dessen ortsansässige Bevölkerung (50—60000) allmählich größtenteils jüdisch wurde, drängten sie sich immer dichter zusammen. Am glänzendsten entwickelten sich die römisch-katho-

238. Yildiz Kiosk und Moschee Hamidije zu Konstantinopel am Freitag. Nach einer Photographie.

lischen Anstalten überwiegend französischen Charakters. Die deutschen Protestanten, bei der Anwesenheit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm 1869 vom Sultan mit dem Grund und Boden des alten Johanniterordens beschenkt und seit der Aufhebung des preußisch-englischen Bistums Jerusalem 1889 kirchlich selbständig geworden, gründeten zu den älteren Anstalten eine Reihe neuer, deren Mittelpunkt die schöne Erlöserkirche an der Stätte der alten Kirche Maria Latina auf dem Muristan werden soll. Ja die württembergische Tempelgemeinde, die Stiftung Christoph Hoffmanns, hatte schon seit 1868 blühende deutsche Ackerbaukolonien bei Haifa, Jaffa, Sarona und Jerusalem begründet, die 1884 zusammen etwa 1300 Ansiedler zählten, und rief als geistigen Mittelpunkt 1876 das „Tempelstift" in Jerusalem ins Leben. Die Amerikaner arbeiteten besonders unter den Armeniern weiter, doch breitete sich bei diesen der russische Einfluß von Edschmiazin her, dem Sitze ihres kirchlichen Oberhauptes, des Katholikos, immer weiter aus. Englisch-protestantischen Missionaren gelang es nicht nur, das Gebiet der Nestorianer mit einem Netze von Kirchen und Schulen zu überspannen, sondern sie 1887 auch zum Anschluß an die anglikanische Hochkirche zu bewegen.

Innere Unruhen.

Freilich blieb der Charakter der türkischen Verwaltung im ganzen doch der alte. Wenn auch einzelne energische und wohlmeinende Statthalter in ihrer Provinz Tüchtiges leisteten, so hing das doch stets von den Persönlichkeiten ab und fand in dem Geiste dieses immer noch schlechtbezahlten, indolenten Beamtentums eher Hemmung als Unterstützung. Daher fehlte viel, daß auch nur der Friedenszustand im Innern gewahrt geblieben wäre. In Makedonien kam es 1881, in einem Teile Albaniens 1883 zu blutigen Aufständen. Kreta sollte nach der Konvention von Chalepa, die Muktar Pascha am 15. Oktober 1878 schloß, einen christlichen Gouverneur erhalten, den die Großmächte bestätigten, die türkischen Besatzungen sollten auf die festen Plätze beschränkt, die Hälfte der reinen Einnahmen für öffentliche Arbeiten auf der Insel bestimmt, Friedensrichter ernannt, die Kenntnis des Griechischen von allen Beamten gefordert und im Zollwesen Christen angestellt werden. Noch 1884 und 1887 ergänzten großherrliche Fermane diese Bestimmungen. Da aber die Durchführung doch unvollständig und die Gegensätze auf Kreta die alten blieben, so kam es im Frühjahre 1889 zu neuen Unruhen, die mit Waffengewalt niedergeschlagen werden mußten und zu einer Verkürzung der Zugeständnisse von Chalepa führten, also Samen zu neuer Zwietracht zurückließen. In Armenien rief 1890 ein revolutionärer Ausschuß zwar zum Aufstande gegen die türkische Mißwirtschaft auf, aber zu einer wirklichen Erhebung kam es nicht; nur wurden die Armenier von den unbändigen Kurden oft durch Raubzüge gereizt und vergalten dann Gleiches mit Gleichem, was nun wieder zum Eingreifen türkischer Truppen führte. Auch unter den Drusen im Libanon und unter den Arabern in Jemen gab es gelegentlich Unruhen örtlicher Natur. In Europa spielte dabei der alte Gegensatz zwischen den Griechen und den Slawen, namentlich den Bulgaren, eine große Rolle. Die Einsetzung bulgarischer Bischöfe in Makedonien durch den Sultan im August 1890 erschien dem Patriarchen von Konstantinopel als eine Beeinträchtigung seiner Rechte, die er mit seinem Rücktritt und der Schließung aller griechischen Kirchen im ganzen türkischen Reiche beantwortete, und die Patriarchen von Antiochia und Jerusalem, sowie der armenische Patriarch in Konstantinopel folgten seinem Beispiele. Erst als der Sultan im Dezember 1890 den Patriarchen alle ihre Rechte (Ernennung der Bischöfe und der Lehrer an den kirchlichen Schulen, Errichtung neuer Gemeinden ihrer Konfession, kirchliche Gerichtsbarkeit in Ehe- und Erbschaftssachen) in erweiterter Form bestätigte, wurde der Streit geschlichtet. Über kirchliche Bedrückungen hatten sich die Christen der Türkei als solche unter diesem Sultan nicht zu beklagen; niemals waren die Osmanen duldsamer gewesen.

Nach außen verhielt sich die Türkei sehr zurückhaltend, in Ägypten wie in Massaua und Tunis, ohne allerdings ihre Rechte irgendwo grundsätzlich preiszugeben (s. S. 498). Selbst in die Wirren im nördlichen Teile der Balkanhalbinsel griff sie nicht gewaltsam ein, soviel Veranlassung dazu auch vorgelegen hätte.

239. Vorgehen der Bulgaren nach der Abwehr des serbischen Angriffs auf die Verschanzungen bei Slivnitza.
Zeichnung von Rich. Knötel.

Die christlichen Balkanstaaten.

Antirussische Erhebung in Bulgarien.

Die widernatürliche Zweiteilung Bulgariens, die Englands Eifersucht im Berliner Vertrage erzwungen hatte, und die Verfassung des Fürstentums Bulgarien von 1879, die unter dem Einflusse ganz demokratischer Ideen zustande gekommen war, endlich die thatsächliche Herrschaft der Russen im Lande und der Kampf der Parteien, ließen die Bulgaren nicht zur Ruhe kommen. Endlich wagte Fürst Alexander notgedrungen einen Staatsstreich; er erklärte am 9. Mai 1881 die Verfassung für aufgehoben und stellte die Grundzüge einer neuen auf. Die große Volksvertretung (das Veliko narodno Sobranje) in Tirnowa nahm am 13. Juli die Suspension der Verfassung für sieben Jahre an und übertrug dem Fürsten außerordentliche Vollmachten. Dieser bildete ein Ministerium aus Russen und konservativen Bulgaren, suchte sich auch durch einen Besuch in Petersburg im April 1882 mit Alexander III., der ihm vermutlich von Anfang an persönlich nicht wohlwollte, zu verständigen und nahm sogar zwei russische Generale in die Regierung auf. Allmählich regte sich aber im Lande, ohne daß der Fürst dagegen hätte einschreiten können, eine so starke Opposition gegen die Russen, daß diese den Plan faßten, den Fürsten mit Hilfe der Liberalen unter Zankow zu entsetzen und eine zehnjährige russische Schutzherrschaft einzurichten. Im entscheidenden Augenblicke aber, unmittelbar nach der Eröffnung des Landtages am 15. September 1883, verriet Zankow dem Fürsten den tückischen Plan und stellte sich ihm zur Verfügung, wenn die Verfassung von 1879 wiederhergestellt werde. Da die Konservativen unter der Bedingung einiger Veränderungen zustimmten und der Landtag in einer Adresse dieselbe Bitte aussprach, so willigte der Fürst ein und bildete ein Koalitionsministerium unter Zankow. Die russischen Minister nahmen sofort ihre Entlassung, nur das Kriegsministerium blieb einem Russen, dem Fürsten Kantakuzeno; im übrigen war die Herrschaft der Russen zu Ende und die Verstimmung in Petersburg groß.

Erhebung in Ostrumelien.

Bald sollte sie noch viel größer werden. Anfangs von den Russen unterstützt, seit 1883 von ihnen bekämpft, arbeiteten die großbulgarischen Gesellschaften nördlich und südlich des Balkan an der Vereinigung beider Bulgarien unter dem Fürsten Alexander und führten endlich die Entscheidung durch einen Gewaltstreich herbei. Am Morgen des 18. September 1885 überfielen Offiziere der bulgarischen Miliz in Philippopel den Generalgouverneur von Ostrumelien, Gawril Pascha, und verhafteten ihn, ebenso wie den Oberbefehlshaber der Miliz, Drigalski Pascha. Eine provisorische Regierung unter Stransky trat zusammen, ließ die bulgarische Fahne aufziehen und proklamierte die Vereinigung Ostrumeliens mit dem Fürstentum Bulgarien. Umsonst hatte der Fürst Alexander, der genau wußte, daß die Großmächte und vor allem Rußland den Zustand von 1878 erhalten wollten, vorher gewarnt; jetzt wurde er von dem Strome mit fortgerissen. Vor die Wahl gestellt zwischen der Ungnade des Zaren und ruhmloser Abdankung, der die allgemeine Verwirrung diesseit und jenseit des Balkan folgen mußte, erklärte er am 20. September, dem Rufe folgen zu wollen, ließ die bulgarischen Truppen in Ostrumelien einrücken und ging selbst über den Schipkapaß nach Philippopel, wo er am 21. September unter stürmischem Jubel einzog. In einem Rundschreiben erklärte er, daß er der treue Vasall des Sultans bleibe und um die Genehmigung der vollzogenen Vereinigung bitte, ließ aber auch die türkische Grenze besetzen. Der Handstreich schien gelungen zu sein, in ganz Bulgarien jubelte alles dem kühnen Führer zu, die Mohammedaner, denen er vertrauensvoll die Waffen ließ, nicht ausgenommen, und er selbst hat wohl auf die Unterstützung Englands gerechnet, das vermutlich bei der ganzen Sache die Hand im Spiele hatte.

Abzug der Russen aus Bulgarien.

Doch die Russen waren außer sich. Schon am 23. September schieden sämtliche russische Offiziere aus der bulgarischen Armee und machten sie dadurch, wie sie meinten, führerlos. Der Kaiser aber ließ den Namen des Fürsten aus der Liste seines Heeres (als Chef des 13. Schützenbataillons) streichen und in der Konferenz der Botschafter, die am 6. November in Konstantinopel zusammentrat, die Entsetzung des Fürsten beantragen. Aber England sprach sich für die Vereinigung beider Bulgarien aus, der

Sultan that nichts dagegen, und in der bulgarischen Armee hatten sich die Russen ihren Nachwuchs selbst erzogen. Junge Männer traten sofort an ihre Stelle, der Hauptmann Nikiforow wurde Kriegsminister, sein 26jähriger Kamerad Petrow Chef des Generalstabs, aufs engste schlossen sich Fürsten und Volk zusammen, und das kaum geschaffene Heer bewährte sich glänzend.

Der serbisch-bulgarische Krieg.

Denn eifersüchtig sah Serbien auf diese unverhoffte Machtentwickelung Bulgariens. Höchst unzufrieden über die Besetzung Bosniens durch Österreich, die alte Lieblingshoffnungen zerstört hatte, von fortgesetzten Parteikämpfen zwischen den Liberalen, der Fortschrittspartei und den Radikalen zerrissen, nicht beruhigt durch die Erhebung zum Königreiche am 6. März 1882, so suchten die Serben Ableitung in einem auswärtigen Kriege. Schon am 13. November erklärte daher König Milan für das „Gleichgewicht der Balkanvölker", wie es 1878 festgestellt worden sei, eintreten zu müssen, und in der Nacht des 14. überschritten seine Truppen die Grenze. Ein Korps von 17000 Mann unter Leschjanin marschierte auf Widdin, die Hauptmasse, 34000 Mann, von Pirot, Nisch und Wranja aus konzentrisch gegen Sofia. In atemlosen Märschen eilten ihnen die Bulgaren, die teilweise weit entfernt an der Südgrenze Ostrumeliens standen, entgegen, 47000 Mann mit 2600 Reitern und 96 Geschützen aus dem Fürstentume, 25000 Mann Infanterie, 1600 Reiter und 4 Geschütze aus Ostrumelien, dazu 6000 türkische Freiwillige. Der Landtag bewilligte einen Kredit von 10 Millionen zu dem vorhandenen Kriegsschatze von $43\frac{1}{2}$ Mill. Frank, die Beamten und Offiziere verzichteten auf einen Teil ihres Gehalts, die Truppen auf den Sold, und die bulgarischen Bauern lieferten bereitwillig das Menschenmögliche. Schon am 17. November stießen an den Höhen von Sliwniza, wenige Meilen westlich von Sofia, stärkere Truppenmassen aufeinander, am Nachmittage warfen zwei bulgarische Bataillone, mit entrollten Fahnen und unter den rauschenden Klängen des Nationalliedes „Dschumi Mariza" (Brause, Mariza!) mit dem Bajonett vorgehend, die Serben zurück und nahmen zwei feindliche Stellungen im ersten Anlaufe. Überall war der Fürst voran, bald zu Roß, bald zu Fuß; seine hohe, männlich schöne Gestalt, sein Zuruf, der Blick seines Auges elektrisierte die jungen Truppen. Am 18. November prallte der Angriff der Serben an der Überlegenheit der bulgarischen Kruppgeschütze ab, am 19. gaben sie sich entmutigt geschlagen. Als der Fürst Alexander am Abend nach Sliwniza zurückritt, sprengte ein junger Offizier salutierend mit der Meldung heran: „Tirnowsches Regiment, Küstenregiment, vier ostrumelische Druschinen, 13000 Mann, zur Stelle", und hinter ihm starrte ein Wald von Bajonetten. Durch Regen und Schnee rastlos marschierend hatten die Braven den Balkan überschritten (60 km den Tag); das Küstenregiment hatte in den letzten 32 Stunden 95 km zurückgelegt. Und doch waren die Leute frisch und begrüßten den Fürsten mit brausendem Jubel und dem „Dschumi Mariza". Dann begannen die Bulgaren am 22. November auf der ganzen Linie den Vormarsch, forcierten den Dragomanpaß, besetzten am 24. Zaribrod, und indem sie den Serben über die Grenze folgten, siegten sie am 26. und 27. November entscheidend bei Pirot. Die Straße nach Nisch und Belgrad lag offen vor ihnen.

Waffenstillstand.

Da erschien am 28. November der österreichische Gesandte in Belgrad, Graf Khevenhüller, im Hauptquartiere des Fürsten und erklärte ihm, wenn er weiter vorrücke, werde er österreichischen Truppen begegnen. Denn Österreich wollte eine Erschütterung der Zustände von 1878 auf der Balkanhalbinsel, die unabsehbare Folgen haben konnte, unter keinen Umständen zulassen. Der Fürst stellte darauf natürlich seinen Vormarsch ein und gewährte am 22. Dezember nach längeren Verhandlungen den Stillstand. Am 25. Dezember hielt er mit 12000 Mann seinen feierlichen Einzug in Sofia. Er hatte den feindlichen Überfall glänzend zurückgewiesen und war durch einen Feldzug von kaum vierzehn Tagen zum Helden seiner Nation geworden.

Vereinigung von Ostrumelien und Bulgarien.

Doch allzu stark waren die Gegensätze der Großmächte in Europa, als daß diesen Verhältnissen eine ruhige Weiterentwickelung beschieden gewesen wäre. Ihrem Friedensgebot unterwarfen sich Bulgarien und Serbien willig, und der Friedenskongreß, der am 4. Februar 1886 in Bukarest zusammentrat, stellte durch den Vertrag

vom 3. März den früheren Zustand zwischen beiden Staaten einfach wieder her. Aber nicht darin lag die größte Schwierigkeit, sondern in der Frage, was aus der Vereinigung beider Bulgarien werden sollte, die unzweifelhaft gegen die Verträge von 1878 verstieß und von Rußland wenigstens unter der Regierung des bitter gehaßten Fürsten Alexander durchaus verworfen wurde. Der kluge Staatsmann im Yildis Kiosk freilich hatte bald begriffen, daß dies jugendkräftige, selbstbewußte Großbulgarien unter dem ruhmbekränzten Sieger von Sliwniza eine feste Vormauer gegen den alten Erbfeind im Norden, den „Moskal", werden könne, und hatte daher unter formeller Wahrung des Berliner Vertrages schon am 2. Februar 1886 den Fürsten Alexander auch zum Gouverneur von Ostrumelien ernannt, worauf dieser als solcher am 17. Februar in Philippopel einzog. Doch geschah dies ohne Zustimmung der Großmächte, die höchstens eine fünfjährige Ernennung wollten, und die gewährte Personalunion verwandelte sich bald thatsächlich in eine Realunion: am 14. Juni wurde die erste gesamtbulgarische Nationalversammlung in Tirnowa eröffnet.

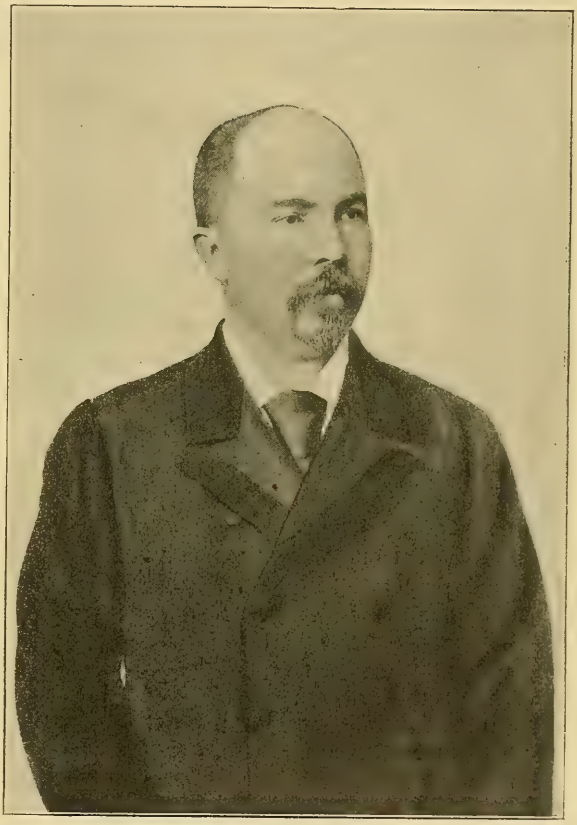
Konflikt mit Griechenland.

Wenn die Großmächte, außer England, dies alles nur widerwillig geschehen ließen, so hatten sie freilich ihre guten Gründe für diese Haltung, denn die Vorgänge in Bulgarien hatten sofort die alten Wünsche der Griechen wiederbelebt, die mit der Abgrenzung von 1881 (s. S. 463) keineswegs zufrieden waren und jetzt für die Rechte ihrer Volksgenossen in dem griechisch-bulgarischen Makedonien fürchteten. Schon im September 1885 waren deshalb Vorbereitungen zur Mobilisierung der griechischen Armee getroffen und Truppen bis an die Nordgrenze vorgeschoben worden; die Thronrede vom 23. Oktober klang sehr kriegerisch, und die gleichzeitig auch an Serbien und Bulgarien gerichtete Aufforderung der Großmächte, zu entwaffnen (11. Januar 1886), lehnte Griechenland ab. Auch die Ansammlung europäischer Geschwader in der Sudabai an der Nordküste von Kreta während des Februar und die Drohung, die griechischen Häfen zu blockieren, fruchtete nichts; selbst als Ende April die mächtigen Panzerschiffe der Großmächte, darunter die deutsche Panzerfregatte „Prinz Friedrich Karl", im Phaleron und im Piräus vor Anker gingen und am 26. April ihr Ultimatum die Abrüstung binnen sieben Tagen forderte, gab die griechische Regierung (Delyannis) nicht nach. Daher verließen die Gesandten am 7. Mai Athen, am 8. wurde die angedrohte Blockade amtlich angekündigt, am 11. begann sie. Da endlich wich Delyannis dem scharfen Drucke (9. Mai), und das mühsam am 20. Mai zustande gebrachte Ministerium Trikupis entschloß sich zur Abrüstung, worauf die Blockade vom 7. Juni aufgehoben wurde.

Sturz, Rückkehr und Abdankung des Fürsten Alexander.

Kurz danach stürzte ein brutaler Handstreich Bulgarien wieder in die schwersten Wirren. Die Liberalen und Radikalen unter Zankow und Karawelow, nicht einverstanden mit der Form der Vereinigung beider Bulgarien, verbanden sich mit unzufriedenen Offizieren und dem ehrgeizigen Metropoliten Klement von Sofia zum Sturze des Fürsten Alexander, um mit russischer Hilfe ihre eigne Herrschaft aufzurichten. In der Nacht des 20. August 1886 überraschten Grujew und Benderew den ahnungslosen Fürsten in seinem Palaste, zwangen ihn unter rohen Drohungen, eine Art von Abdankungsurkunde zu unterzeichnen, brachten ihn unter strenger Bewachung nach Rahowa an der Donau und von hier auf seiner eignen Jacht „Alexander" nach Reni, wo sie ihn den Russen übergaben. Diese ließen ihn durch Bessarabien nach Galizien weiterreisen, nicht ohne daß ihre Offiziere unterwegs sich mit unverhüllter Schadenfreude an dem Anblicke ihres entthronten „Feindes" geweidet hätten. Am 27. August langte er, seinen Quälern aufatmend entronnen, in Lemberg an. Bereits war da die Gegenbewegung durch ganz Bulgarien im vollen Gange. Allerorten erklärten sich die Truppen für Alexander, schon am 25. August bildete Stambulow, der Kammerpräsident in Tirnowa, mit Mutkurow eine provisorische Regierung, Grujew, Klement und Zankow wurden verhaftet, und in Lemberg erhielt Alexander durch eine Deputation die Aufforderung zur Rückkehr. Schon am 29. August betrat er in Rustschuk unter stürmischem Jubel wieder bulgarischen Boden. Aber er wußte sehr gut, daß die Russen ihn dort nicht länger dulden wollten, daß also an seinem Ent-

schlusse wahrscheinlich der Frieden Europas hing. Von dem bulgarischen Nationalhelden hätte man vielleicht erwarten dürfen, daß er den Kampf aufnehmen würde, aber er glaubte die furchtbare Verantwortung für einen solchen Entschluß nicht tragen zu können, hatte auch kaum von irgend welcher Seite, auch nicht von England, thatkräftige Hilfe zu erwarten. So richtete er noch von Rustschuk aus ein unterwürfiges Telegramm an den Zaren, das diesem seine Rückkehr anzeigte, aber mit den Worten schloß: „Rußland hat mir meine Krone gegeben, und ich bin bereit, diese Krone wieder in die Hände Ew. Majestät zu legen.“ Über die Antwort konnte er kaum zweifelhaft sein, als er wie im Triumphzuge über den Balkan nach Philippopel und von dort am 3. September nach Sofia ging. Bereits war da ein kurzes befehlendes Telegramm des Kaisers an ihn gelangt: der Zar könne die Rückkehr des Fürsten nicht billigen, werde sich aber jeder Einmischung in die bulgarischen Verhältnisse enthalten, solange Alexander sich dort befinde. Damit war dessen Schicksal entschieden. Noch am 3. September erklärte er den Ministern, er werde abdanken, um dem Lande eine sonst unvermeidliche russische Okkupation zu ersparen, und alle Bitten zurückweisend, reiste er am 7. September nach Darmstadt ab. Die Genugthuung, daß er, den man wie einen Verbrecher aus dem Lande geschleppt hatte, jetzt in allen Ehren und unter allgemeiner Trauer schied, war ihm zu teil geworden, aber Bulgarien, das ihn niemals vergessen hat, überließ er einer ungewissen Zukunft.



240. Stephan Stambulow.
Nach einer Photographie.

Wahl Ferdinands von Koburg.

Die Regentschaft, die er noch gebildet hatte (Stambulow, Mutkurow, Karawelow), geriet sofort in Konflikt mit dem russischen Kommissar Kaulbars. Von der in Rußland herrschenden Auffassung ausgehend, die wahre Stimmung des bulgarischen Volkes, das von Dankbarkeit gegen Rußland natürlich überfließen und sich ihm blindlings unterwerfen sollte, sei bisher nicht zum Ausdruck gekommen, unternahm dieser eine beispiellose Agitationsreise durch das Land. Da trotz seines Widerspruchs die große Nationalversammlung am 31. Oktober zusammentrat und, ohne Rußland zu fragen, am 10. November den Prinzen Waldemar von Dänemark zum Fürsten wählte, so reiste Kaulbars am 20. November mit sämtlichen russischen Konsuln unverrichteter Sache ab. Zahlreiche unzufriedene Bulgaren folgten ihm, und die Lage wurde sehr schwierig, als Prinz Waldemar ablehnte, und die Regentschaft einige Militäraufstände mit eiserner Faust niederschlug, sogar neun daran beteiligte Offiziere am 6. März 1887 in Rustschuk kurzerhand standrechtlich erschießen ließ. Um so heftiger grollte man in Rußland. Endlich fanden die Bulgaren einen Fürsten in dem Prinzen Ferdinand von Koburg-Kohary

(geb. 26. Februar 1861, dem Sohne des [katholischen] Prinzen August und der Prinzessin Clementine von Orléans, der Tochter König Louis Philipps). Am 7. Juli 1887 gewählt, leistete er am 14. August in Tirnowa den Eid auf die Verfassung und behauptete sich, obwohl keine Großmacht ihn anerkannte. Viel zu sehr Orléans, um ein Held zu sein, regierte er zunächst durch den energischen Ministerpräsidenten Stambulow und pflegte klug das Andenken an den unvergessenen Fürsten Alexander. Als dieser, nachdem er unter dem Namen eines Grafen von Hartenau 1890 in österreichische Dienste getreten war, unvermutet schon am 17. November 1893 in Graz verschied, fand er zu Sofia in der Georgskirche wenigstens seine letzte Ruhestätte.

Thronwechsel in Serbien.

Von andern Nöten wurde Serbien heimgesucht. Der ruhmlose Krieg gegen Bulgarien, die steigende Schuldenlast, die widerwärtigen Ehehändel des Königs Milan mit seiner ebenso schönen als herrschsüchtigen russischen Gemahlin Natalie Keschko, die schließlich im Oktober 1887 zur kirchlichen Scheidung und zur Abreise der Königin führten, brachten den König allmählich um alle Achtung. Umsonst versuchte er durch eine demokratische Umgestaltung der Verfassung, die am 3. Januar 1889 verkündigt wurde, wieder Boden zu gewinnen; schließlich verlor er Mut und Lust, und mehr an seine Bequemlichkeit als an die Zukunft seines Landes denkend, entsagte er am 6. März 1889 der Krone zu gunsten seines Sohnes Alexander (geb. 14. August 1876). Für diesen übernahm zunächst eine Regentschaft unter Ristitsch die Regierung, während Milan das Land verließ, um in Paris dem Vergnügen zu leben. Die nun zur Herrschaft gelangenden Radikalen neigten zu Rußland, vermochten aber die Finanznot nicht zu heben und wichen 1892 wieder den Liberalen. Da wagte der junge, frühgereifte König einen kecken Staatsstreich, erklärte sich am 13. April 1893 für großjährig, ließ die Regenten und Minister gefangen setzen und bildete ein radikal-fortschrittliches Ministerium unter seinem früheren Erzieher Dokitsch. Aber zu ruhiger Entwickelung ist Serbien bis jetzt auch nicht gelangt.

Rumänien.

Viel mehr Stetigkeit zeigten die Verhältnisse in Rumänien, vor allem, weil dort die hohenzollernsche Dynastie feste Wurzeln geschlagen hatte. Da aus der Ehe des Königs Karl nur eine frühverstorbene Tochter hervorgegangen war, so wurde 1886 sein Neffe Ferdinand, Sohn seines Bruders Leopold, zum Thronfolger erhoben und im April 1889 als „Prinz von Rumänien" in den Senat aufgenommen. Unter der weisen und festen Leitung des Königs und seines langjährigen Ministerpräsidenten Joan Bratiano (bis 1888) erlangte Rumänien 1885 seine volle kirchliche Selbständigkeit zur politischen. Handel und Wandel blühten mächtig auf, vor allem in der Verwertung des natürlichen Getreide- und Holzreichtums, und nicht zum wenigsten durch die Mitwirkung der Deutschen, die schon seit dem 18. Jahrhundert eine blühende evangelische (ursprünglich siebenbürgisch-sächsische) Gemeinde in Bukarest besaßen, im Jahre 1882 dort mindestens 20000 Angehörige zählten und in jeder größeren Stadt kleine Kolonien mit trefflichen Schulen gründeten. Bukarest und Jassy verwandelten sich allmählich in glänzende Hauptstädte abendländischer Prägung, Bukarest wurde mit 225000 Einwohnern die volkreichste Stadt der Balkanhalbinsel nächst Konstantinopel. Gleichzeitig wurden die Eisenbahnen und das Tabaksmonopol verstaatlicht, das Gleichgewicht im Staatshaushalt trotz eines großen Steuererlasses hergestellt, die Donauhäfen ausgebaut, das Heer wesentlich verstärkt und immer besser ausgerüstet, Bukarest durch einen Ring von Forts nach den Plänen des belgischen Generals Brialmont in ein verschanztes Lager verwandelt und eine zweite starke Befestigungslinie zwischen Galatsch und Fotschani an der Grenze der Walachei und Moldau geschaffen. Wie diese Werke offenbar gegen einen Angriff von Norden her berechnet waren, so lehnte sich Rumänien immer enger an den Dreibund an. Als Bratiano 1888 den Angriffen der Bojarenpartei endlich weichen mußte, wechselten die Ministerien rasch, aber der allgemeine Charakter der rumänischen Politik veränderte sich doch nicht, und die Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums König Karls am 22. Mai 1891 bewies, wie eng das rumänische Volk mit den Hohenzollern bereits verwachsen sei. Als ein Sinnbild der Verbindung rumänischer und abendländischer Art erhob sich im Waldgebirge der

Karpathen beim Kloster Sinaja (an der Linie Bukarest—Kronstadt) in deutscher Renaissance das prächtige Sommerschloß des Königspaares, Kastell Pelesch (vollendet 1884), umgeben von einer glänzenden Villenstadt des rumänischen Adels.

Ergebnisse der russischen Politik.

So entglitten die Erfolge des schweren Krieges von 1877/8 den Händen der Russen. Bulgarien hatte sich ihnen entwunden und begann seine Sicherheit in der Anlehnung an die Türkei zu suchen, Serbien neigte zwar zu Rußland, war aber durch fortwährende Parteikämpfe zerrissen, militärisch unbedeutend und durch seine geographische Lage ganz in der Hand Österreichs; Rumänien war so stark geworden, daß es fortan ganz unmöglich war, es wie 1877 wider seinen Willen einfach als Durchgangsland zu behandeln. Die Türkei mochte, so lange die Kriegsschuld nicht abgetragen war, finanziell von Rußland abhängig bleiben und von innerer Festigung überhaupt weit entfernt sein, militärisch bedeutete sie bald weit mehr als 1877/8, wo sie doch auch den Russen ihren Sieg recht schwer gemacht hatte. So war die „orientalische Frage" keineswegs gelöst, aber ihre gewaltsame Lösung ist für die nächste Zukunft unwahrscheinlich geworden, denn jeder Versuch dazu müßte einen Weltkrieg heraufbeschwören, und vor dem riesengroßen Einsatz eines so furchtbaren Spiels schreckt jede Großmacht zurück. Ganz natürlich begann daher in Rußland selbst die Begeisterung für die slawischen Brüder der Balkanhalbinsel zu erkalten, und die russische Politik wandte sich ganz andern Zielen zu. Sie kehrte ihre Front mehr und mehr gegen Asien, also gegen England, und statt den alten Glaubensfeind, den Sultan und Kalifen zu bekämpfen, schloß sie ein stillschweigendes Bündnis mit der mohammedanischen Welt, der Millionen von Unterthanen des Zaren angehören und von der zwei der wichtigsten, noch weithin wirksamen Mittelpunkte, Samarkand, die alte glänzende Hauptstadt des unvergessenen Timur, und Bochara, die größte Hochschule des Islam, unter der Herrschaft des Ak Padischa, des weißen russischen Zaren, stehen.

Tod Alexanders III.

Kein Zweifel, daß Alexander III. die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel als Fehlschläge und Beweise schnöden Undanks ganz persönlich schwer empfunden und daß er nur im Drange der Not das Bündnis mit der ihm gründlich unsympathischen französischen Republik geschlossen hat. Vielleicht haben diese Erfahrungen in Verbindung mit der doch niemals unterdrückten Sorge um seine Sicherheit auch auf seine Riesennatur eingewirkt. Mehrfache Anfälle von Influenza schwächten seine Kräfte, und der letzte im Januar 1894 ließ eine Nierenentzündung zurück, die sich, da er sich gar nicht schonte, rasch verschlimmerte. Auf den dringenden Rat seiner Ärzte begab er sich endlich zu Anfang Oktober nach seinem herrlichen Landsitz Livadia bei Jalta an der malerischen Felsenküste der Krim, der russischen Riviera, von wo er später nach Korfu übersiedeln sollte. Doch das Leiden nahm so rasch eine bedenkliche Wendung, daß fast alle Mitglieder der kaiserlichen Familie herbeieilten, auch die Braut seines Sohnes, des Thronfolgers Nikolaus, Prinzessin Alix von Hessen. Sein letzter Wunsch, die Vermählung des jungen Paares noch zu erleben, ging nicht in Erfüllung; bereits am 1. November 1894 verschied er, noch nicht 50 Jahre alt. Noch auf dem Sterbebett hat er als den größten Stolz seiner Regierung hervorgehoben, daß der Friede des Reichs unter ihm niemals gebrochen worden sei. Schwer hatte seine Hand auf den nichtrussischen Völkern seines europäischen Reiches gelegen, ja ihre Eigenart mit Vernichtung bedroht, und die alten Schäden am Körper auch des russischen Volkes waren nicht geheilt worden, aber die Leitung der europäischen Politik war seit 1890 mehr und mehr an Rußland übergegangen, und in Asien stieg seine Macht von Jahr zu Jahr. Daher war die Trauer, die des Kaisers Leiche auf dem langen Wege von Livadia über Moskau zur Gruft in der Dreifaltigkeitskirche der Festung Petersburg begleitete, ebenso allgemein und aufrichtig wie vom russischen Standpunkte aus wohl begründet.

* * *

Schlußwort.

Die hier zu Ende gehende Erzählung hat die Grenzen des Zeitraums, dem sie zunächst gewidmet war, im einzelnen schon vielfach überschritten. Denn seit Jahren sind wir in eine neue Periode eingetreten, neue Gestaltungen haben sich angebahnt. An den Sieg des Nationalitätsgedankens und die Ausbildung der Weltwirtschaft schließt sich der gewaltige Kampf um eine neue Verteilung des Anteils an dieser Weltwirtschaft, d. h. an der Weltherrschaft. Schon haben sich drei ungeheure wirtschaftliche Körper gebildet oder sind in der Bildung begriffen: das russische Reich, eine zusammenhängende Ländermasse von der Ostsee bis zum Großen Ozean, das über alle Erdteile zerstreute britische Weltreich und die nordamerikanische Union zwischen den beiden wichtigsten Ozeanen der Erde. Sollen die übrigen Nationen dem Drucke dieser drei riesigen Machtbildungen nicht erliegen, ihre bis jetzt noch ebenbürtige Stellung nicht verlieren und aufhören, Großmächte im wahren Sinne des Wortes zu sein, so müssen sie mit aller Kraft ihren Anteil an der Welt zu vergrößern suchen und den unversöhnlichen Gegensatz, in dem die beiden stärksten Machtbildungen stehen, benutzen, um sich selbst Raum zu schaffen. Daß die nationalstaatliche Gestaltung, das eine Ergebnis des nunmehr beendeten Zeitraums, dadurch erschüttert werde, ist nicht zu erwarten, denn alle Großmächte beruhen auf der Grundlage einer geschlossenen Nation. Auch die sogenannte internationale Sozialdemokratie wird darin nichts ändern, denn sie muß sich, wenn sie die Interessen des Arbeiterstandes wirklich vertreten will, auf den nationalstaatlichen Boden stellen, weil eine wirtschaftliche Vereinigung der Völker heute unendlich fern liegt, und ihr Zukunftsstaat ist schon deshalb ein Hirngespinst, weil es eine allgemein und für alle Zeiten gültige Gesellschaftsordnung, wie dieser doch sein soll, gar nicht geben kann. Ihre Wirkung wird sich darauf beschränken, die Demokratisierung der europäischen Gesellschaft durch die „Emanzipation des vierten Standes" und den sozialen Gedanken, also die Erkenntnis, daß alle Stände eines Volkes eine große Einheit bilden und der Staat gegen die wirtschaftlich Schwachen schwere soziale Pflichten hat, gefördert zu haben. Es ist aber weder denkbar, daß im wirtschaftlichen Leben der Individualismus jemals dem Kollektivismus völlig weicht, weil dies wider die menschliche Natur wäre, denn aller Fortschritt ist individuell, noch wird sich die Macht der Parlamente erheblich steigern, denn die Schäden dieses Systems liegen klar vor Augen, und die großen Kämpfe der Zukunft werden eine sehr stetige Leitung, wie sie nur die wirkliche Monarchie oder eine Aristokratie ermöglicht, nötiger machen als jemals.

Die technischen Fortschritte, die Ergebnisse der angewandten Naturwissenschaften, werden zu einer immer vollkommneren und allgemeineren Ausnutzung der bekannten Naturkräfte führen und die Völker räumlich immer näher aneinanderrücken, aber es ist wohl nicht vorauszusetzen, daß die großen Erfindungen in derselben Weise wie im letzten Jahrhundert fortgehen, sondern vielmehr, daß ein gewisser Stillstand eintreten wird, wie ja auch die Periode der großen geographischen Entdeckungen unwiderruflich zu Ende ist. Auch der allzustarke Einfluß der Naturwissenschaften auf die Geisteswissenschaften und auf die Kunst im weitesten Sinne, der in Verbindung mit der verschärften Empfindung sozialer Nöte die materialistische und pessimistische Weltauffassung gefördert und dadurch die Nachtseiten des menschlichen Daseins zu bevorzugten Gegenständen künstlerischer Darstellung hat werden lassen, wird sich schwerlich behaupten, so viel auch die Geisteswissenschaften durch das Vorbild der Naturwissenschaften an Exaktheit der Forschung gelernt haben und so begreiflich das Bestreben in Kunst und Dichtung sein mag, das ganze reiche Leben der Zeit auch in seinen häßlichsten Seiten der Wirklichkeit getreu wiederzugeben, also nicht mehr die Darstellung des Schönen, sondern des Charakteristischen als Aufgabe zu betrachten. Denn immer klarer wird es, daß auf der Grundlage des Pessi-

mismus und Materialismus eine befriedigende und befreiende Weltanschauung niemals entstehen kann und daß der Gedanke, eine vollkommene Weltordnung auf Erden zu schaffen, an der Sündhaftigkeit der Menschen notwendig scheitern muß. So wird sich der religiöse Gedanke, der schon heute, und zwar vielfach wieder in ganz konfessioneller Ausprägung, ungleich stärker geworden ist, als er um die Mitte dieses Jahrhunderts war, immer siegreicher Bahn brechen. Die beste Kraft dieses alten Europa aber beruht nicht in seinen riesigen Heeren und Flotten, nicht in seiner Industrie und seinem Handel, also nicht in seinen materiellen Machtmitteln, in denen es von den weit größeren fremden Erdteilen leicht übertroffen werden kann, sondern darin, daß es die idealistischen Grundlagen und Ziele seiner Bildung bewahrt. Denn in diesen kann es von der Kultur der fremden Erdteile niemals erreicht werden, weil diese entweder kolonial, also abgeleitet oder, wo sie sich selbständig entwickelt hat, im Vergleich mit der christlich-europäischen Kultur minderwertig ist.

Ungeheure Aufgaben hat das kommende zwanzigste Jahrhundert zu lösen. Und sind sie gelöst, so werden sich wieder neue ergeben, denn nicht der Besitz, sondern das Streben nach Besserem und Höherem ist das Los der Menschheit, und dies Streben bildet den Inhalt der Weltgeschichte.

Spamers Grosser Hand-Atlas.

150 Kartenseiten nebst alphabetischem Namenverzeichnis.

Hierzu

150 Folio-Seiten Text

enthaltend eine geographische, ethnographische und statistische Beschreibung aller Teile der Erde

bearbeitet von

Dr. **Alfred Hettner,** a. o. Prof. an der Universität Tübingen.

Mit

ca. 600 topographischen, physikalischen, ethnographischen, historischen und statistischen Karten und Diagrammen.

In **32** Lieferungen **16** M.

Elegant gebunden **20** M.

Spamers Großer Hand-Atlas

enthält nicht nur **150** mit allen Mitteln der modernen Technik hergestellte **Kartenseiten** großen und doch gut handlichen Formats, sondern bietet zugleich auf ebensoviel Folio-Textseiten ein vollständiges **geographisches Handbuch** dar, das mit nicht weniger als 600 Detailkarten und Diagrammen ausgestattet ist, die eine ganz wesentliche Ergänzung und Bereicherung des auf den Hauptseiten gebotenen Materials darstellen.

Sämtliche Karten sind trefflich redigiert und aufs beste ausgeführt. Der Stich ist sauber, die Schrift möglichst deutlich und leserlich, in der Farbengebung jene Harmonie gehalten, die so viel dazu beiträgt, das Kartenbild angenehm und übersichtlich erscheinen zu lassen.

Der 150 Folioseiten umfassende, von Herrn Prof. Dr. **Alfred Hettner in Tübingen verfaßte Text** bietet eine fortlaufende Länderkunde, eine Fülle von geographischen, ethnographischen und statistischen Mitteilungen, die den Leser das auf den Kartenblättern in Konturen Dargestellte nun auch innerlich verstehen lehren. Eine reiche Fülle von **Karten** und **Diagrammen** ist in diesen Text eingestreut, die, zum Teil sogar in mehreren Farben hergestellt, entweder besonders wichtige Gegenden in größerem Maßstabe vorführen, oder den Gebirgsbau, das Klima, die Verbreitung der Völker, der Sprachen und Religionen, die geschichtliche Entwickelung der Staaten, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Dichte der Bevölkerung und ähnliche interessante Thatsachen in überraschender Klarheit dem Leser kartographisch vor Augen führen.

Durch diese ganz neue Vereinigung des Kartenmaterials mit dem Text, welche die Anschaffung eines besonderen geographischen Handbuches überflüssig macht, sowie auch durch seine Billigkeit entspricht **Spamers Großer Hand-Atlas** wie kein anderes ähnliches Werk den praktischen Bedürfnissen.

Verlag von Otto Spamer in Leipzig.

Deutsches Dichterbuch.

Lebensbilder aus der deutschen Litteraturgeschichte

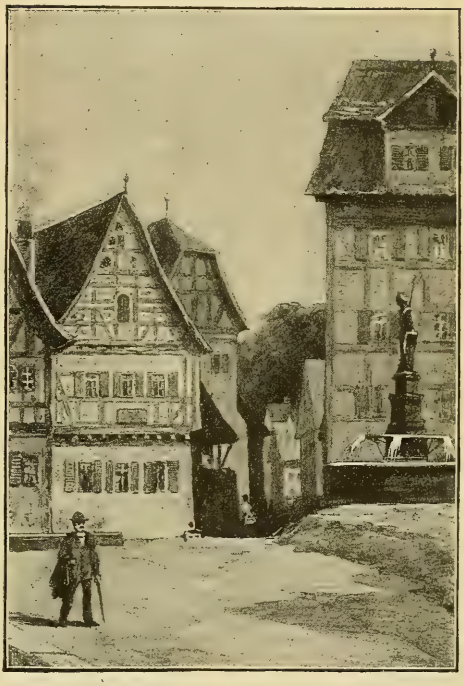
von

Anton Ohorn.

Geheftet ℳ 6.—. Elegant gebunden ℳ 7.—.

Mit 85 Illustrationen.

Anton Ohorn, durch seine Erzählungen, Gedichte und Novellen, wie auch durch seine vortrefflichen Jugendschriften in den weitesten Kreisen bekannt und beliebt, bietet in seinem neuesten Werke eine Reihe charakteristisch gewählter und mit reichen Details ausgestatteter Lebensbilder derjenigen deutschen Dichter, die durch ihre geistigen Vermächtnisse dem Herzen des deutschen Volkes besonders nahe gerückt und wohl würdig sind, durch Wort und Bild in ihrem ganzen Werdegange geschildert und gefeiert zu werden. Mit Walther von der Vogelweide beginnend und mit Viktor von Scheffel endigend, behandelt das Buch die Hauptvertreter der einzelnen Litteraturepochen und zwar unter möglichster Beschränkung des kritischen Beiwerkes, so daß es den einheitlichen Charakter der Biographien nicht stört, aber doch für das Verständnis der einzelnen Dichtwerke ausreicht. Das Buch ist vorzüglich ausgestattet und mit trefflichen Illustrationen versehen, welche Porträts der Dichter, Nachbildungen von Handschriften, Darstellungen von Orten mit litterarischer Bedeutung u. s. w. in reicher Fülle bieten. Erscheint ein solches Buch schon für jeden Litteraturfreund begehrenswert, so ist es vor allem der reiferen Jugend, auch der weiblichen, zu empfehlen, geeignet, Freude und Interesse an der deutschen Litteratur zu wecken und zu fördern.



Schillers Geburtshaus in Marbach.

Der Deutsche Cicerone.

Führer durch die Kunstschätze der Länder deutscher Zunge.

Gebunden je ℳ 6.50. Von **G. Ebe.** Geheftet je ℳ 6.—.

Bereits erschienen: Band I und II.

Das Werk soll für Deutschland und die deutsche Kunst das leisten, was der prächtige Cicerone Jakob Burckhards, der ja in aller Händen ist, für Italien leistet. Es soll dem **Künstler**, wie dem **Kunstliebhaber** einen sicheren und bequemen Führer durch die Denkmäler im ganzen deutschen Sprachgebiet schaffen und damit vor allem auch das Studium der vaterländischen Kunstschätze durch den Augenschein erleichtern. Die Werke sind in grösstmöglicher Vollständigkeit aufgenommen, die Einteilung ist eine ausserordentlich übersichtliche: nach Stilepochen und innerhalb derselben nach Landschaften. Neben den historischen und topographischen Notizen ist eine knappe Beschreibung gegeben. Band I des Werkes umfasst die Architektur von ihren Anfängen bis zum Schlusse des Mittelalters in einer bisher von keiner andern Arbeit erreichten Vollständigkeit. Band II behandelt die Architektur der Renaissance und der Neuzeit. Ausserdem enthält er zwei vorzüglich ausgearbeitete Register, ein Orts- und ein Künstlerregister für das Gesamtgebiet der Architektur. Die weiteren Bände werden umfassen die dekorativen Kleinwerke der Architektur zusammen mit den kunstgewerblichen Arbeiten, dann die Mal- und Skulpturwerke, wobei namentlich auch die in deutschen Museen aufbewahrten Schätze eine ausreichende Berücksichtigung finden.

Prinz Wilhelm als Sekondeleutnant.

Wilhelm der Große

Deutscher Kaiser und König von Preußen.

Sein Leben und Wirken

zum Gedächtnis seines hundertjährigen Geburtstages

dargestellt von

Berthold Volz.

Geheftet ℳ 8.50. Elegant gebunden ℳ 10.—.

Aus Anlaß des 100. Geburtstages Kaiser Wilhelms I. erschienen, unternimmt es das vorliegende Buch, in unübertrefflicher Weise ein getreues Lebensbild Kaiser Wilhelms, verbunden mit einer Schilderung seiner Zeit, dem Leser vor Augen zu führen. Nicht nur als Fürsten und Regenten zeigt es den Kaiser, sondern auch als Menschen, den so viele schöne Eigenschaften auszeichneten, dessen Schlichtheit und Einfachheit ihn die Liebe und Verehrung seines Volkes finden ließen.

Die Darstellung des bekannten Werkes ist glanzvoll und abgerundet, von warmem patriotischen Empfinden belebt.

Der inneren Gediegenheit des Werkes entspricht die prächtige Illustrierung, die zahlreiche authentische Abbildungen in vorzüglicher Wiedergabe umfaßt. Eine geschmackvolle äußere Ausstattung vervollständigt das treffliche Buch.

Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert.

Vom Luneviller Frieden bis zum Tode Kaiser Wilhelms I.

Von

Dr. Berthold Volz.

2. Auflage. Mit 24 Porträts.

Geheftet ℳ 6.—. Gut gebunden ℳ 7.50.

Nicht eine trockene Aufzählung der Thatsachen, sondern eine lebendige Schilderung der Ereignisse, zum Teil auf persönlichen Beziehungen des Verfassers zu den leitenden Personen beruhend, wird zu einem außerordentlich billigen Preise geboten, so daß das Werk ein wirkliches Volksbuch zu werden verdient.

Leixners illustrierte Deutsche Litteraturgeschichte

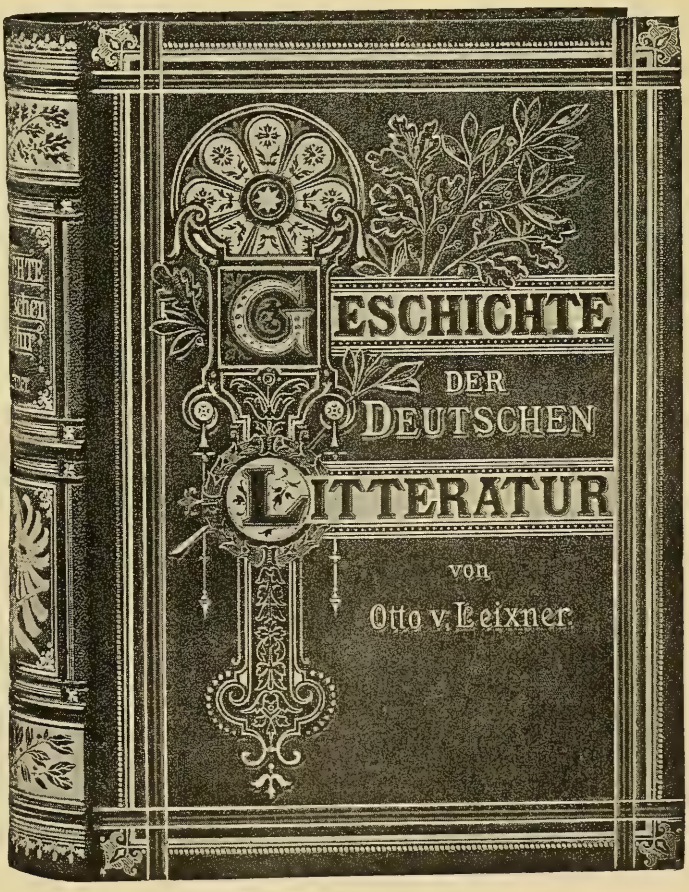
Vierte, vermehrte und verbesserte Auflage.

Ein stattlicher Band von 132 Druckbogen groß 8° mit 1056 Seiten.

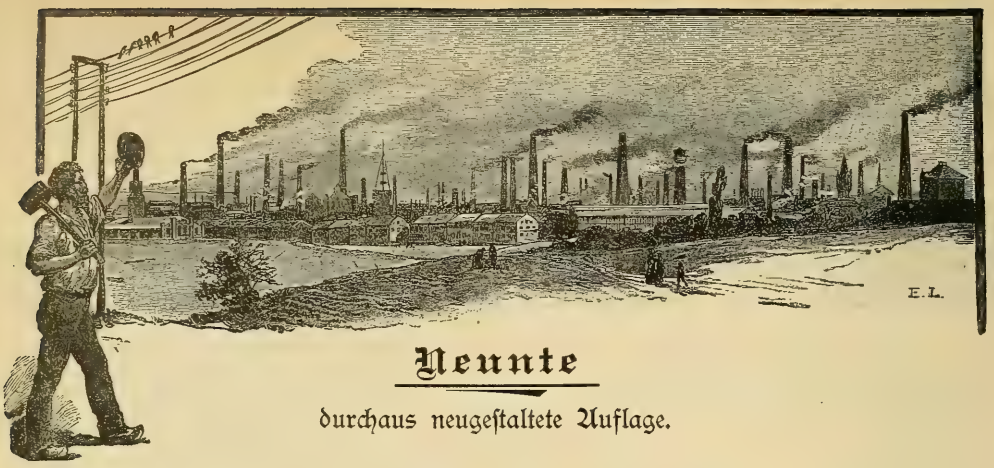
Mit über 400 Abbildungen im Text, 55 zum Teil farbigen Beigaben, wertvollen Porträts, Nachbildungen alter Manuskripte und Handschriften, Büchertiteln, Holzschnitten, Kupferstichen und vielem anderen.

Preis: Geheftet 16 M. In Pracht-Einband 20 M.

Leixner selbst ein feinsinniger Dichter und zugleich ein trefflicher Kulturhistoriker, behandelt mit Frische und lebendiger Anschaulichkeit die gesamte deutsche Litteratur von den ersten Anfängen bis auf unsere Zeit und zwar durchaus im Zusammenhange mit dem nationalen Leben. Von der Überzeugung durchdrungen, daß die höchsten Schöpfungen der deutschen Litteratur den Einklang von Schönheit der Form und höchster, edelster Sittlichkeit zeigen, richtet Leixner seinen kritischen Sinn auf Ausscheidung des Idealen, Bleibenden, Tiefen aus dem Wust des Gemachten und Unwahren, des ethisch Gehaltvollen von dem bloß äußerlich Glänzenden, und deshalb ist diese Litteraturgeschichte vor allen andern geeignet, in die Kenntnis der deutschen Litteratur einzuführen, während selbst der Kenner durch das tiefe und durchaus selbständige Urteil Leixners interessiert wird.



Mit dem Verfasser Hand in Hand gehend, ist die Verlagsbuchhandlung bemüht gewesen, durch vollständig erneuerte, mit allen Hilfsmitteln der modernen Kunsttechnik hergestellte, möglichst vielseitige Illustrierung und zeitgemäße typographische Ausstattung der Leixnerschen Litteraturgeschichte auch in ihrer äußeren Erscheinung den ersten Platz zu sichern. Der Bilderreichtum wird hinsichtlich der Auswahl wie der Güte der einzelnen Vorlagen von keinem anderen ähnlichen Werke erreicht. Die Leixnersche Litteraturgeschichte ist sonach eine Zierde für jede Bibliothek, ein Prachtwerk, gleich ausgezeichnet durch den wertvollen Inhalt, wie die prächtige Form.



Neunte

durchaus neugestaltete Auflage.

Buch der Erfindungen, Gewerbe und Industrien.

Gesamtdarstellung aller Gebiete der gewerblichen und industriellen Arbeit

sowie von Weltverkehr und Weltwirtschaft.

Mit etwa **6000** Text-Abbildungen und farbigen Tafeln in Chromodruck.

Bearbeitet von

Dr. **F. Ahrens**, Prof. für landwirtschaftliche Technologie in Breslau — **C. Arndt**, Ingenieur in Braunschweig — Prof. **H. Brüggemann** in Mülhausen i. E. — Dr. **H. W. Dahlen**, Generalsekretär des deutschen Weinbauvereins in Wiesbaden — **G. Ebe**, Architekt in Berlin — Architekt **J. Faulwasser** in Hamburg — Dr. **L. Grunmach**, Prof. a. d. techn. Hochschule in Charlottenburg — **M. Gürtler**, Direktor der höh. Webeschule in Berlin — Dr. **Chr. Heinzerling**, Frankfurt a. M. — **H. Hermsen**, Oberbetriebsinspektor a. d. Reichsdruckerei in Berlin — Professor **Max Kraft** in Graz — Professor Dr. **Lassar-Cohn** in Königsberg — Dr. **A. Loewenthal**, Lehrer a. d. höh. Webeschule in Berlin — Dr. **A. Miethe** in Braunschweig — Buchdruckerei-Oberfaktor **C. Müller** in Leipzig — Dr. **Püßler**, Lehrer an der Gerberschule in Freiberg i. S. — **Ernst Plimia**, Direktor der k. k. Fachschule für Holzindustrie in Villach — **Franz Rey**, Direktor der k. k. Fachschule für Weberei und Wirkerei in Asch in Böhmen — Geheimrat Prof. **Reuleaux** in Berlin — Ingenieur **E. Rosenboom** in Kiel — **P. Romald**, Stadtbauinspektor in Hannover — Dr. **M. Schmid**, Prof. a. d. techn. Hochschule in Aachen — Dr. **H. Schurtz** in Bremen — **Th. Schwartze**, Ingenieur in Friedenau-Berlin — Dr. **H. Fettegast**, Prof. a. d. Universität in Jena — **Ed. Tonndorf** in Stuttgart — **E. Treptow**, Prof. a. d. Bergakademie in Freiberg — **R. Wilke**, Ingenieur für Elektrotechnik in Berlin — Dr. **F. Wüst**, Lehrer a. d. Hüttenschule in Duisburg — Dr. **Paul Zipperer** in Darmstadt — und vielen andern Fachmännern ersten Ranges.

Vollständig in 10 Bänden

geheftet je **8** M., in Halbfranz gebunden je **10** M. — Auch in **160** Heften zu je **50** Pf., oder in **400** Lieferungen zu je **20** Pf. beziehbar.

Inhaltsübersicht. Band I: Entwickelungsgang und Bildungsmittel der Menschheit. — Entwickelung der Baukunst. — Technik des Bauwesens. — Ortsanlagen. Gemeinnützige bauliche Einrichtungen der modernen Städte. — Beleuchtung, Heizung, Ventilation. — Band II: Die Kräfte der Natur und ihre Benutzung. — Band III: Die Elektrizität, ihre Erzeugung und Anwendung in Industrie und Gewerbe. — Band IV: Landwirtschaft und landwirtschaftliche Gewerbe und Industrien. — Band V: Bergbau und Hüttenwesen. — Band VI: Die Verarbeitung der Metalle. — Band VII: Die Industrien der Steine und Erden. Chemische Industrie. — Band VIII: Die Verarbeitung der Faserstoffe. — Band IX: Weltverkehr und seine Mittel. — Band X: Welthandel und Weltwirtschaft. Generalregister.

Dieses große nationale Werk steht einzig da in der gesamten technischen Litteratur aller Völker. Es ist ein Schatz praktischen Wissens und unentbehrlich für jedermann.

Verlag von Otto Spamer in Leipzig.

BOSTON PUBLIC LIBRARY
3 9999 06561 494 1